



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

URSULA BÜTTNER

HAMBURG IN DER STAATS- UND WIRTSCHAFTS- KRISE 1928-31



CHRISTIANS

URSULA BÜTTNER

Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise

1928–1931

CHRISTIANS

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XVI

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Jobe
und Ursula Büttner*

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1982
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-0774-5

Meinen Eltern

INHALT

VORWORT

9

EINLEITUNG

11

1. Hamburg – ein Sonderfall?: Politische Strukturen und Tendenzen vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise 24

Die Politik der Hamburger SPD bis zum März 1919 (25) Deutsche Demokratische Partei (30) Das Ringen um die Demokratisierung der Verwaltung (36) Versäumte Eingriffe in wirtschaftliche Machtstrukturen (46) Strukturelle Probleme der SPD und der Verlust der republikanischen Mehrheit (50) Der neue Koalitionspartner: Deutsche Volkspartei (52) Die KPD und das Angebot zur Bildung eines »Arbeiter-senats« (59) »Bürgerblock« mit der Deutschnationalen Volkspartei? (65) NSDAP (71) Völkische Bewegung und Nationalklub von 1919 (73) Politische Beeinflussung in Bürgervereinen und Wirtschaftsverbänden (75) Ungünstige Altersstruktur der Eliten (78)

2. Entwicklung der Wirtschaftskrise 83

Hamburgs Wirtschaftsstruktur (83) Berufliche Gliederung der Bevölkerung (90) Strukturwandlungen der Weltwirtschaft infolge des Krieges (95) Außenhandel und Schifffahrt bis zum Beginn der Depression (99) Lage der Werften und übrigen Hamburger Industrien bis 1928 (102) Beginn und Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise in Deutschland (105) Verzögerter Anfang und Gesamtausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs in Hamburg (109) Nöte des Ausfuhrhandels bis zum Winter 1931 (115) Schädigung des Handels durch den Agrarprotektionismus (119) Behinderungen des Außenhandels durch die Devisenbewirtschaftung (123) Verluste und Zusammenbrüche im Außenhandel (126) Sorgen der Schifffahrts- und Werftunternehmen (129) Übrige Industrie, Handwerk und Einzelhandel (134) Zusammenbruch des Hamburger Arbeitsmarkts (138)

3. Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen auf der Ebene des Reichs 141

Die Finanzpolitik des Kabinetts Hermann Müller (141) Die finanzpolitische Konzeption der Regierung Brüning (146) Zweifel an der Deflationspolitik und frühe Alternativvorschläge (150) Reichsbank und Wirtschaftswissenschaft gegen eine Antideflationspolitik (156) Forcierte Deflationspolitik nach der Pfundabwertung (160) Zusammenbruch der kommunalen Finanzwirtschaft (162)

4. Krise der Staatsfinanzen 171

Finanzstruktur Hamburgs und Finanzausgleich (171) Finanzlage und -politik 1924–1929 (179) Riskante Anleihepolitik (184) Finanzpolitik im Zeichen der beginnenden Depression 1929/30 (187) Schwierige Etatplanung für 1931 (198) Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Staates durch Rückforderungen kurzfristiger Kredite (206) Konfliktreiche Bemühungen um Kassenhilfen des Reichs (210) Der Hamburger Staat auf der Protestliste (217) Drohende Illiquidität der Hamburger Sparkassen (220) Forcierte Sparpolitik im Sommer 1931 (223) Kampf um die Abwendung des Staatsbankrotts (230) Trotz wachsender Animosität Übereinstimmung mit der Reichsregierung im Prinzipiellen (233) Arbeitsbeschaffung und Arbeitsstreckung (239)

5. Die Not der Bevölkerung 243
Die Lage der Arbeitslosen (243) Bedrängnisse der Arbeiter und Angestellten (255) Sorgen der Beamten (259) Probleme der selbständigen Gewerbetreibenden und Grundeigentümer (264) Jugend in der Wirtschaftsdepression (267)
6. Politische Forderungen und Einstellungen der Arbeitnehmer 272
Haltung des ADGB zur Wirtschaftskrise und zur Politik der Reichsregierung (273) Tolerierung Brüning's trotz der Notverordnung vom 5. Juni 1931 (277) Konservative Einstellung in Hamburg zu den ersten gewerkschaftlichen Alternativvorschlägen (282) Geringer Einfluß der KPD bei den Betriebsarbeitern (287) Kommunistische Bemühungen um die Erwerbslosen (292) Stärke, grundsätzliche Positionen und Divergenzen der großen Angestelltenverbände (295) Die Freien Angestellten gegen Tolerierungspolitik und monetäre Krisenbekämpfung (299) Der liberale GDA gegen die krisenverschärfende »Sparhysterie« (303) Die politische Orientierung der GDA-Mitglieder (310) Der DHV zwischen »weltanschaulicher« Sympathie für Brüning und Ablehnung der Deflationpolitik (312) Gemeinsamkeiten und Konflikte des DHV mit den »nationalen« Parteien (317) Protestbewegung der unorganisierten Angestellten (325)
7. Politische Forderungen und Einstellungen der Unternehmer 328
Grundsätzliche Positionen (328) Kontinuität der wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen (330) Kampagne für Steuer- und Sozialleistungsabbau zur Zeit der Großen Koalition (333) Positive Einstellung zum Kabinett Brüning 1930 (340) Verhältnis zum Hamburger Senat (341) Lohn- und Gehaltsabbau als Rettungsmittel (345) Wachsende Unruhe und Unzufriedenheit mit Brüning in der Hamburger Unternehmerschaft (348) Unkonventionelle Wirtschaftspolitik ohne Chancen bei der Mehrheit der Hamburger Unternehmer (352) Parteipolitische Orientierung (357) Max M. Warburg und Franz Heinrich Witthoefft (360) Unternehmer und NSDAP (368)
8. Die politische Haltung des selbständigen Mittelstands und der Beamten 370
Wirtschaftspolitische Vorstellungen der selbständigen Gewerbetreibenden (370) Hinwendung zur rechtsradikalen Opposition und Spannungen in den Verbänden (373) Grundeigentümer gegen die Weimarer demokratische, sozialstaatliche Ordnung (377) Wirtschaftspolitische Gegenwehr und Radikalisierung der Beamten (384)
9. Die Oppositionsparteien in der Krise des wirtschaftlichen und politischen Systems 393
Erfolge und Schwächen der NSDAP (395) Der Zerfall der Hamburger DNVP (404) Der Rest des deutschnationalen Landesverbands auf Hugenberg-Kurs (408) Illusionärer Anspruch der DNVP auf Führung der »nationalen Opposition« (411) Förderung der rechtsextremistischen Opposition durch Presse und politische Vereinigungen: Die Hamburger Nachrichten (417) Der Hamburger Nationalklub von 1919 (419) Stahlhelm und übrige Wehrverbände (420) Der Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbek (423) Konflikte um den Rechtstrend der Bür-

gervereine (426) *Programmatik und Politik der Hamburger KPD nach dem 6. Weltkongreß der Komintern* (430) *Organisatorische Schwächen und interne Konflikte der KPD* (436)

10. Leistungen, Belastungen und Schwächen der Regierungsparteien

442

Sozialdemokratische Partei: Organisation und Politik in Hamburg (442) *Kritik an Hermann Müller und Opposition gegen Brüning* (445) *Widerwilliger Übergang zur Tolerierungspolitik nach den Reichstagswahlen 1930* (447) *Abwehr der Radikalen* (450) *Tolerierung Brünings trotz des Affronts der Norverordnung vom 5. Juni 1931* (454) *Prinzipielle Gegnerschaft gegen die gewerkschaftlichen Reformvorschläge zur Deflationsbekämpfung* (456) *Zunehmende Opposition gegen die Tolerierungspolitik* (458) *Mitgliedergewinne und Wählerverluste* (459) *Die Hamburger DDP gegen bürgerliche Sammlungsbestrebungen und Beteiligung am Kabinett Brüning* (461) *Übergang zur Staatspartei* (466) *Reichstagswahlkampf 1930 mit Gustav Stolper als Spitzenkandidaten* (469) *Wiederaufbau der Parteiorganisation* (474) *Zusammenarbeit mit der SPD gegen die Extremisten* (475) *Gegen die Wirtschaftspolitik Brünings und antideflationistische Alternativkonzepte* (477) *Die Situation der Staatspartei bei den Bürgerschaftswahlen 1931* (481) *Politische Richtungen im Hamburger Landesverband der Deutschen Volkspartei* (483) *Wirtschafts- und innenpolitische Kompromißlosigkeit nach Stresemanns Tod* (485) *Unterstützung Brünings im Sinne der Unternehmer* (490) *Unsicherer Kurs der DVP zwischen Brüning und der »nationalen Opposition«* (491) *Die DVP im Bürgerschaftswahlkampf 1931* (497) *Das Ende der parlamentarischen Regierung in Hamburg* (499)

Schluß	501
Abkürzungsverzeichnis	505
Anmerkungen	507
Tabellenverzeichnis	662
Tabellenanhang	664
Quellen- und Literaturverzeichnis	713
Personenregister	735
Organisationsregister	741

Vorwort

Bei einer regionalen sozialgeschichtlichen Untersuchung ist es notwendig, neben der Überlieferung der Behörden, politischer Instanzen und einzelner Politiker in den staatlichen Archiven umfangreiches im Privatbesitz noch erhaltenes Material heranzuziehen. Die vorliegende Arbeit hätte daher ohne die Unterstützung vieler Institutionen, Organisationen und Persönlichkeiten nicht entstehen können. Ihnen allen möchte ich vorweg herzlich danken. Die Mitarbeiter und Referenten der staatlichen Archive, insbesondere des Bundesarchivs und des Staatsarchivs Hamburg, erfüllten mit großer Geduld meine oft exzessiven Anforderungen von Akten und machten auf weitere relevante Bestände aufmerksam. Die Kollegen vom Institut für Zeitgeschichte in München erleichterten durch ihre Hilfsbereitschaft sehr die Benutzung des Schäffer-Tagebuchs. Dank der Aufgeschlossenheit von Herrn Dr. Christian Engeli beim Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin wurde die Durchsicht der Akten des Deutschen Städtetages zur Freude. Die Hamburger Handelskammer gestattete, viele Wochen in ihrem Archiv zu arbeiten. Die gleiche Großzügigkeit zeigten die Handwerkskammer und der Hamburger Grundeigentümergeverein. Ernst-Christian Freiherr von Werthern ermöglichte, trotz erheblicher technischer Schwierigkeiten die Akten der Firma Blohm & Voß auszuwerten; Herr Hans Eden opferte einige Wochen seines Ruhestandes, um sie über das halbe Gelände der Werft heranzuschaffen. Den Herren Eric M. Warburg und Gerd Witt-hoefft schulde ich aufrichtigen Dank für die Erlaubnis, die sehr interessan-

ten schriftlichen Nachlässe von Max M. Warburg und Franz Heinrich Witthoefft zu benutzen.

Den Kollegen und Mitarbeitern der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus habe ich für vielfältige Hilfen zu danken, insbesondere Frau Helga Hermsdorf, Frau Irene Roch und Frau Adeline Vérino für die Herstellung des druckfertigen Manuskripts und die Erarbeitung des Personen- und Organisationsregisters.

Bei den Kapiteln zwei bis vier dieses Buches handelt es sich um die wenig veränderte Fassung meiner Dissertation, mit der ich im Februar 1979 am Fachbereich Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg promovierte. Ich benutze deshalb gern die Gelegenheit, um allen meinen akademischen Lehrern herzlich zu danken. Den größten, in wenigen Zeilen gar nicht auszudrückenden Dank schulde ich meinem »Doktorvater«, Herrn Professor Dr. Werner Jochmann. Durch sein nie nachlassendes kritisches Interesse, seine ständige Bereitschaft zu echtem, gleichberechtigtem Gespräch und vor allem sein starkes, auch moralisches, Engagement hat er es in ungewöhnlicher Weise verstanden, seine Freude an der historischen Forschung zu vermitteln. Bei aller Betonung sorgfältiger, intensiver Quellenarbeit machte er stets Mut, mit dem eigenen Urteil nicht zurückzuhalten.

Ich widme dieses Buch meinen Eltern. Sie haben die Entstehung über viele Jahre mit großer Anteilnahme, Geduld und viel Vertrauen begleitet, mir unzählige alltägliche Belastungen abgenommen und mir auf diese Weise ermöglicht, mich ganz auf die Fertigstellung der Arbeit zu konzentrieren.

Einleitung

Die Bedeutung der Großen Depression zu Anfang der dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts für den Untergang der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus wird in der Forschung allgemein betont. In der politischen Diskussion wird der Zusammenhang von Staats- und Wirtschaftskrise heute wie damals geradezu als selbstverständlich vorausgesetzt. Die Feststellung Werner Conzes, daß die Weltwirtschaftskrise zwar den Erfolg der Nationalsozialisten nicht verursacht, wohl aber ermöglicht habe, dürfte prinzipiell Zustimmung finden.¹ Auch statistisch wurde der Zusammenhang zwischen Konjunkturverlauf und politischer Entwicklung in der Weimarer Republik nachgewiesen.² Dennoch werden die Depression und die daraus resultierenden finanzpolitischen Probleme in Untersuchungen über das Ende dieses Staates zumeist nur am Rande behandelt, um die Rahmenbedingungen für die übrigen, im engen Sinne politischen Entscheidungen zu zeigen.³ Das ist um so auffälliger, als zum einen die Wirtschafts- und Finanzpolitik während der Krise naturgemäß in der Arbeit aller Regierungen einen großen Raum einnahm und zum anderen erhebliche Teile der Bevölkerung sie für die Wirtschaftskatastrophe verantwortlich machten, wie die Beziehung zwischen der Verschlechterung der ökonomischen Situation und der Abwanderung der Wähler zu den radikalen Parteien erkennen läßt.

Diese weitgehende Ausblendung der Wirtschaftskrise hat einige Nachteile. Sie führt dazu, daß die verfassungsrechtlichen und institutionellen

Schwierigkeiten in der Weimarer Republik, die antidemokratischen Traditionen und die Gegnerschaft gegen den Parteienstaat zu absolut gesehen und insofern überbetont werden. Gewiß waren sie von nicht geringer Wirkung, wie der Vergleich mit der Entwicklung in Großbritannien und den Vereinigten Staaten zeigt, die ebenfalls hart von der Depression getroffen wurden. Es darf jedoch nicht verkannt werden, daß in diesen Ländern keine Hyperinflation die materiellen Reserven der Bevölkerung vernichtet und ihre psychische Widerstandskraft gelähmt hatte. Zudem äußerte sich das Funktionieren des demokratischen Systems gerade darin, daß es zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel kam, während in Deutschland die Regierung Brüning, auf die Macht des Reichspräsidenten gestützt und nach der partiellen Ausschaltung des Parlaments von einflußreichen Gesellschaftsgruppen abhängig, unbeirrt an einer Politik festhielt, die durch ihre krisenverschärfende Wirkung den elementaren Interessen der breiten Bevölkerung widersprach.

Die Wirtschaftszerstörung und die Finanzkatastrophe müssen in ihrem vollen Ausmaß deutlich werden, um die Schwere der Entscheidungen zu ermessen, vor die sich die verantwortlichen Politiker, maßgebenden Beamten, Unternehmensleitungen und Verbandsführungen gestellt sahen. Möglichst konkrete Vorstellungen über die Bedrängnisse großer Teile der Bevölkerung sind darüber hinaus nötig, damit die Analyse des Wählerverhaltens nicht in die Nähe moralischer Verurteilung rückt. Bezeichnend dafür sind die noch immer viel zitierte Formel von der »Panik im Mittelstand«,⁴ durch die den Ängsten der NSDAP-Wähler die Berechtigung abgesprochen wird, oder andere offen abschätzige sozialdemokratische und liberale Kommentare zum Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930, die beispielsweise Karl Dietrich Bracher ohne Vorbehalt wiedergibt: Es sei ein »Triumph der Verantwortungslosen«, ein »Spartakusaufstand der politischen Dummheit« gewesen.⁵ In den Darstellungen Werner Conzes klingt die negative Wertung ebenfalls an, so wenn er als Grund für Brünings Scheitern unter anderem nennt, er habe sich nicht auf »die Ebene des Trommlers Hitler« begeben wollen, oder bemerkt, »selbst in harter Arbeitsaskese lebend«, habe der Kanzler geglaubt, »auch dem deutschen Volk einige Jahre der Entbehrung zumuten zu können«.⁶ Von Millionen mit ihren Familien in ihrer Existenz bedrohten Wählern war schwer zu verlangen, daß sie sich aus Sorge um den demokratischen Rechtsstaat und einen kaum noch funktionierenden Parlamentarismus für Parteien entschieden, die der Wirtschaftskrise hilflos gegenüberstanden.

Auch der Rolle einzelner Persönlichkeiten in der Auseinandersetzung um Berufung und Sturz der Regierungen wird zu viel Bedeutung beigemessen, wenn die Behandlung der Wirtschaftskrise weitgehend außerhalb der Betrachtung bleibt. Ihre Entschlüsse und Auffassungswandlungen waren zwar ein Faktor bei der Zerstörung der Weimarer Demokratie, aber doch von den ökonomischen und politischen Vorgängen bestimmt. So hebt Conze den Einfluß Schleichers bei der Ernennung und Ablösung Brünings

als Reichskanzler hervor, nennt auch mit Recht den Machtzuwachs der NSDAP als wichtigstes Motiv für die veränderte Haltung des Generals, erwähnt in diesem Zusammenhang aber nicht, daß den Nationalsozialisten die Steigerung der Wirtschaftsnot durch die prozyklische Finanzpolitik zu ihrem rasanten Aufstieg verholfen hatte.⁷

Nicht zuletzt erhält die Kontroverse um die Bewertung der Ära Brüning durch die Vernachlässigung des wirtschaftspolitischen Aspekts ihre Schärfe. Während auf der einen Seite vor allem Conze den Übergang zum autoritären Präsidialkabinett, das die Funktion des Reichstags auf die Tolerierung der Notverordnungen beschränkte, als notwendige Reaktion auf die Dauerkrise des Parteienstaates deutete, vertrat Bracher als Exponent der anderen Richtung die Auffassung, daß der dauernde Verfassungswandel bei der Berufung Brünings beabsichtigt war und daß durch die Aushöhlung der demokratischen Institutionen, vom Kanzler zwar ungewollt, die legale »Machtergreifung« Hitlers vorbereitet wurde.⁸ Dadurch daß in erster Linie die Regierungsmethoden und die verfassungspolitischen Zielsetzungen analysiert werden, hängt das Urteil letztlich von der Einschätzung der nicht verwirklichten Intentionen Brünings ab. Da aber Conze betont, daß der Parlamentarismus erst unter den erschwerten Bedingungen der Weltwirtschaftskrise versagte, könnte wiederum die Frage nach dem Beitrag der Reichsregierung zur Überwindung oder Verschärfung der Depression zu einer eindeutigeren Entscheidung führen.

Bei der Beurteilung der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning gehen die Meinungen heute weniger auseinander als bei der Analyse der Innenpolitik. Nachdem die finanzpolitischen Entscheidungen in historischen Darstellungen zunächst in Anlehnung an die Quellen als sachgerecht behandelt wurden,⁹ wird im Anschluß an die Ergebnisse nationalökonomischer Forschung nun zugegeben, daß diese Maßnahmen die Krise verschärften und daher objektiv falsch waren.¹⁰ Umstritten ist dagegen noch die Frage, welchen Handlungsspielraum die Reichsregierung hatte. So wird darauf hingewiesen, daß er subjektiv nicht vorhanden war, weil die Politik des Haushaltsausgleichs und der Anpassung des inneren Preisniveaus an die fallenden Weltmarktpreise der herrschenden Lehrmeinung entsprach. Nur Außenseiter hätten mehrere Jahre, bevor Keynes seine Erkenntnisse in seinem Hauptwerk: »The General Theory of Employment, Interest and Money« (1936), zusammenfaßte, die Idee der aktiven Konjunkturpolitik mittels Kreditausweitung vertreten – eine These, die freilich der Nachprüfung bedarf. In Hamburg wurden Keynes' Warnungen vor einer Förderung der Deflation durch prozyklisch wirkende öffentliche und private Entscheidungen nicht nur in wissenschaftlichen Zeitschriften, sondern auch in Tageszeitungen und Verbandsorganen erörtert. Arbeitnehmer- und Beamtenorganisationen verschiedener weltanschaulicher Richtung beriefen sich auf ihn, um die Lohn- und Gehaltsenkungskampagne abzuwehren, und auch einzelne Unternehmer bezogen sich bei ihrer Forderung nach einem grundlegenden Wechsel der Reichsfinanzpolitik auf Keynes' Argumentation.¹¹

Neben der Übereinstimmung mit dem Stand der nationalökonomischen

Wissenschaft wird weiter geltend gemacht, Brüning habe sich wegen der Bindungen durch den Young-Plan weder für eine Abwertung der Reichsmark noch für eine Kreditausweitung entscheiden können oder, wie andere argumentieren: wollen, da er nur bei buchstabengetreuer Erfüllung der Bestimmungen auf die Streichung der, wie er meinte, untragbaren Reparationen hoffen konnte.¹² Immerhin scheint in der wirtschaftshistorischen Literatur inzwischen die Auffassung zu dominieren, daß im Herbst 1931 der Übergang zur autonomen Konjunkturpolitik möglich und nötig gewesen wäre.¹³ Die Devisenbewirtschaftung verhinderte eventuelle währungspolitische Gefahren und schirmte Deutschland gegen denkbare französische Repressalien ab. Die Aufgabe der Goldparität durch den Vertragspartner Großbritannien entlastete den deutschen Schuldner moralisch und rechtlich; auf englische politische Unterstützung konnte die Reichsregierung rechnen. Ohnehin waren die Reparationszahlungen ausgesetzt. Daß sie die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht grundsätzlich überforderten und daher der Preis für ihre Beseitigung zu hoch war, erscheint sicher.¹⁴ Mit Recht ist zudem darauf hingewiesen worden, daß die Reparationen in Brünings Denken zwar eine wichtige Rolle spielten, daß er aber auch ohne dieses Hemmnis aus Sorge vor einer neuen Inflation keine andere Finanzpolitik getrieben hätte. Eine Alternativkonzeption für die Zeit nach der Befreiung von den Reparationsverpflichtungen hatte er entgegen späteren Behauptungen von Kabinettsmitgliedern nicht entwickelt.¹⁵

Ob die gesellschaftlichen Machtverhältnisse einen Kurswechsel notwendigerweise verhinderten, wie Petzina meint, bleibt zu prüfen.¹⁶ Weite Kreise der Bevölkerung wünschten 1931 die Aufgabe der Deflationspolitik. Selbst die Inflation verlor angesichts der gegenwärtigen Zerstörungen und Nöte ihre Schrecken. In den Arbeitnehmerverbänden, zunächst in den bürgerlichen, zunehmend aber auch im ADGB, gab es genügend Rückhalt für den Versuch, durch innere Kreditausweitung und defizitäre Finanzierung vermehrter Staatsnachfrage die Konjunktur zu beleben, selbst wenn diese Organisationen kein geschlossenes Konzept für eine antizyklische Politik, sondern nur Ansätze vorzutragen vermochten.¹⁷ Die mit ihnen verbundenen politischen Parteien verhielten sich zwar reserviert oder ablehnend, doch ist zumindest zweifelhaft, ob sie bei einer anderen Krisenstrategie der Reichsregierung in doppelter Frontstellung gegen das Kabinett und gegen die Verbände opponiert hätten. Es gehörte zu den Bedingungen des Präsidialregimes, daß die potentielle Unterstützung großer Arbeitnehmerorganisationen nicht genutzt werden konnte. Aber auch im Unternehmerlager setzten sich Gruppen und einflußreiche Persönlichkeiten seit dem Sommer 1931 für ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik ein.¹⁸ Obwohl sie die Mehrheit nicht überzeugen konnten, war bei der wachsenden Verunsicherung kaum größerer Widerstand gegen unkonventionelle antizyklische Maßnahmen zu erwarten, als ihn Brünings zwangsläufiger Mißerfolg auf dem traditionellen Kurs ohnehin auslöste.

Borchardt hat in jüngster Zeit bestritten, daß die Verantwortlichen in der

Ära Brüning überhaupt eine Chance besaßen, durch die heute von ihnen geforderte antizyklische Politik den Wirtschaftsverfall aufzuhalten und damit der fortschreitenden Radikalisierung der Bevölkerung entgegenzuwirken.¹⁹ Erst im Sommer 1931 hätten Reichsregierung, Reichsbank und Behörden – ebenso wie die Befürworter wirtschaftspolitischer Alternativkonzepte – erkennen können, daß es sich um eine »prinzipielle Strukturkrise der nationalen und internationalen Wirtschaftsordnung« handelte,²⁰ die nicht von selbst durch einen Wiederaufschwung abgelöst werden würde, sondern neue Methoden staatlicher Gegensteuerung notwendig machte. Ein zu diesem Zeitpunkt eingeleiteter Kurswechsel aber hätte die katastrophale Arbeitslosigkeit des Winters 1931/32 nicht verhindern, allenfalls zu einer Vorverlegung des im Sommer 1932 erreichten Krisentiefs und zu einer etwas rascheren und kräftigeren Konjunkturbelebung führen können. Ob ein solcher Erfolg noch vor Brünings Sturz nicht doch der politischen Entwicklung in Deutschland einen anderen Verlauf gegeben, ob vor allem nicht schon der betonte Bruch mit der bisherigen verhängnisvollen Finanzpolitik eine psychische und politische Entlastung bewirkt hätte, ist heute nicht mehr zu entscheiden. Wie der Überblick über die wirtschaftspolitischen Auffassungen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigt, war die Hinwendung zu den extremistischen Parteien nicht nur irrationaler Protest gegen Not und Arbeitslosigkeit, sondern von der Überzeugung mitbestimmt, daß die Reichsregierung durch ihre Maßnahmen die Situation verschlimmere.

Die damals verfügbaren Pläne der »Reformer« hätten eine konjunkturelle Wende nicht ermöglicht, so lautet Borchardts zweiter Einwand, weil die vorgesehene Kreditschöpfung von 2 Mrd. RM zur Finanzierung von Staatsaufträgen zu gering war. Dieses Argument trifft sicher zu. Allerdings sahen die meisten ihre – mit Rücksicht auf die Inflationsangst der Bevölkerung niedrig gewählten – zahlenmäßigen Angaben nicht als unabänderlich an, sondern wollten durch Beobachtung der Daten über die Wirtschafts- und Währungsentwicklung das Maß für die Begrenzung der Geldschöpfung finden. Aus dem anormal langsamen und un stetigen Wirtschaftswachstum in der Weimarer Republik, aus der relativen Höhe der Arbeitseinkommen und dem geringen Umfang der privaten Investitionen leitet Borchardt endlich die Schlußfolgerung ab, daß erst die »von Brüning und den ihn umgebenden Kräften wahrhaft heroisch durchgestandene Bereinigung« in der Krise die auf Dauer unerträglichen Belastungen der deutschen Nachkriegswirtschaft beseitigt und damit die Voraussetzung für den Erfolg der expansiven Konjunkturpolitik seit 1932 geschaffen habe.²¹ Dieses Urteil läßt manche Fragen offen: Unbestritten hatte die deutsche Wirtschaft nach Kriegsniederlage, politischer Umwälzung und Inflation mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auffällig ist aber, daß Borchardt als einzigen Kostenfaktor die Löhne nennt, die Bedeutung und Entwicklung anderer Elemente dagegen nicht erörtert. Konnte – von politischen Hindernissen einmal abgesehen – im Fall der Reduzierung der Arbeitseinkommen der Nachfrageausfall im Innern wirklich durch Steigerung des Exports ausge-

glichen werden? Hätten verbesserte Kapitalbildung und Unternehmergewinne auch bei schlechten Absatzchancen zu Mehrinvestitionen im Inland oder zu verstärkter Anlage des Geldes im Ausland geführt? Gab es nach der Abwertung der britischen und an ihr orientierten Währungen noch eine Chance, durch deflationären Druck auf die Kosten den Absatz zu steigern? War die »Bereinigung« angesichts der schweren wirtschaftlichen Zerstörungen nicht zu teuer erkaufte, von den politischen Folgen ganz zu schweigen?

Ebenso wichtig wie die Frage nach den Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik ist das von Borchardt ausgeklammerte Problem, inwieweit die *Verschärfung* der Depression durch staatliche Maßnahmen unvermeidlich war. Seit dem Herbst 1930 dienten die Eingriffe nicht mehr nur dem Etatausgleich, sondern das Kabinett Brüning bemühte sich, durch bewusste Forcierung der Deflation die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern und die nach seiner Auffassung notwendigen Vorbedingungen für die Entfaltung der ihr immanenten »Selbstheilungskräfte« zu schaffen. Darüber hinaus sollte der Nachweis der äußersten Leistungs- und Opferbereitschaft zur Streichung der Reparationen, finanzieller Druck auf Länder und Gemeinden zur Überwindung des Föderalismus führen. Bei der Verwirklichung ihrer Konzeption schreckte die Regierung auch vor weitreichenden Eingriffen in bestehendes Recht nicht zurück. In diesem Bereich liegt ihre spezifische Verantwortung.

Es geht nicht um Anklage oder Freisprechung. Die Feststellung, daß sich die maßgebenden Politiker in einer extrem schwierigen Situation nicht für unerprobte Methoden der Krisenbekämpfung entschieden, ist kein Vorwurf. Nicht zu vermeiden ist aber, daß ihre Beschlüsse, die Stellungnahmen zu ihnen und die nicht verwirklichten Gegenvorschläge mit Hilfe der heute verfügbaren Erkenntnisse über die Notwendigkeit antizyklischer Konjunkturbeeinflussung kritisiert werden, soll nicht von vornherein auf eine Beurteilung der in der Endphase der Weimarer Republik so entscheidenden Finanz- und Währungspolitik verzichtet werden. Wichtiger noch als die Intentionen der Handelnden sind die tatsächlichen Ergebnisse ihrer Politik.

Um zu einem eindeutigen Befund zu gelangen, empfiehlt es sich, die Finanzlage und -politik der Länder und Gemeinden in die Betrachtung einzubeziehen. Mit Recht argumentierten ihre Repräsentanten in Verhandlungen mit der Reichsregierung, daß sie die gesamten öffentlichen Finanzen als Einheit behandeln und über die Sanierung des eigenen Haushalts hinaus auch den regionalen Körperschaften die Mittel zur Erfüllung der krisenbedingten Aufgaben zuweisen müsse. Allein von ihrem Umfang her waren die Ausgaben der Länder und insbesondere der Gemeinden für die Konjunktur ebenso wichtig wie die des Reichs. 1928 hatte das Reich, wenn die inlandsunwirksamen Reparationen unberücksichtigt bleiben, einen Finanzbedarf von 6,2 Millionen RM; die Länder benötigten 4,6, die Gemeinden und Hansestädte 8,7 Millionen RM.²² Da die Gemeinden als letzte Instanz für alle sorgen mußten, deren Existenzminimum sonst nicht gesi-

chert war, hing von ihrer Zahlungsfähigkeit auch aus sozialen und politischen Gründen sehr viel ab.

Mit dem Plädoyer für die Einbeziehung wirtschaftshistorischer Erkenntnisse bei der Frage nach den Ursachen und der Verantwortung für den Untergang der Weimarer Republik soll keineswegs einer monokausalen Erklärung das Wort geredet werden. Die verschiedenen in der Forschung erarbeiteten Faktoren haben ihre Bedeutung. Es geht darum, daß nicht als Reaktion auf die Überbetonung der ökonomischen Momente nun dieser Aspekt zu sehr in den Hintergrund gedrängt wird. Brachers Widerspruch dagegen, »daß man noch heute die Auflösung der Weimarer Republik und den Sieg des Nationalsozialismus weitgehend als eine Folge der ökonomischen Notlage interpretiert und die Katastrophe also in erster Linie mit wirtschaftswissenschaftlichen Überlegungen begründet«, ist zuzustimmen, insoweit er sich gegen die Einseitigkeit dieser Sichtweise wendet. Sein Argument, eine solche Auffassung entspreche der Konzeption Brünings, die wirtschafts- und finanzpolitischen Erfordernisse innenpolitischen Rücksichten überzuordnen, und sei durch dessen Scheitern widerlegt, kann nicht mehr überzeugen; denn wie die seither erschienenen Analysen der Finanzpolitik zeigen, waren die Notverordnungen nicht nur politisch, sondern auch sachlich falsch und halfen durch die Verschärfung der Wirtschaftsmisere die »machtpolitischen Gegebenheiten und Imponderabilien« zu schaffen, die dem Kanzler zum Verhängnis wurden.²³ So sehr Bracher mit Recht vor der Ausklammerung der Frage nach den politischen Strukturen und Vorbelastungen warnt, die Vernachlässigung der Wirtschaftspolitik ist von ähnlichem Nachteil.

Um die Verschränkung und gegenseitige Verstärkung der politischen und ökonomischen Probleme zu zeigen, wird in der vorliegenden Arbeit zunächst die politische Ausgangslage in Hamburg vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise in großen Zügen skizziert. Es soll geklärt werden, inwieweit dieselben generellen Schwierigkeiten wirksam waren wie im Reich, wo sich Vorteile und besondere Schwächen abzeichneten. Das Interesse gilt vorrangig der Kräftekonstellation in und zwischen den Parteien, die Methoden zur Überwindung der Krisen in den verschiedenen Bereichen finden mußten oder sie zur Beseitigung des politischen Systems nutzen wollten. Darüber hinaus geht es um die Frage: Welchen Rückhalt hatte die prinzipielle destruktive Opposition gegen den bestehenden Staat vor dem Beginn der Depression in lokalen politischen Verbänden, kommunalen und wirtschaftlichen Vereinigungen? Wie war die Stellung der Bürokratie und der Handelskammer, die in der Krise, als schnelles, effektives Handeln und wirtschaftlicher Sachverstand besonders gefragt waren, noch an Einfluß gewannen?

Eine regional begrenzte Studie bietet die Chance, auf diesen Beobachtungen aufbauend, dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Not und wachsendem Radikalismus näher zu kommen. Eine wesentliche Ursache für die relativ geringe Beachtung der Wirtschaftsprobleme in historisch-politischen Darstellungen über die Endphase der Weimarer Republik

mag – außer in theoretischen Vorentscheidungen – darin zu suchen sein, daß in wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten über das gesamte Reich durch Zusammenfassung von Daten und Entwicklungen in Gebieten mit ganz unterschiedlicher sozioökonomischer Struktur ein Maß an Abstraktion entsteht, das die Verwertung der Ergebnisse für die politische Geschichte erschwert. Es bleibt kaum eine andere Möglichkeit, als die Wirtschaftskatastrophe mit ihren sozialen Folgen lediglich in einem summarischen Abriss als Hintergrund für den politischen Auflösungsprozeß zu behandeln. Auf diese Weise läßt sich aber, genau genommen, nur die Parallelität, nicht das Ineinanderwirken von ökonomischer Misere und zunehmender Radikalisierung der Bevölkerung zeigen.²⁴

Um den Zusammenhang deutlicher zu machen, werden in dieser Arbeit die Auswirkungen der Depression auf die verschiedenen Wirtschaftszweige und Berufsgruppen in Hamburg möglichst konkret dargestellt; es wird gezeigt, wie die katastrophale Zuspitzung der Finanzlage auch die Fähigkeit des Staates, bei Massennotständen und individuellem Unglück helfend einzugreifen, mehr und mehr einengte. Nachdem die Erschwerung des alltäglichen Lebens für die meisten sozialen Gruppen, der auf den Menschen lastende materielle und psychische Druck sichtbar geworden sind, kann dann nach ihren Erwartungen, ihren Anforderungen an Regierungen, Behörden, Parteien und Verbände gefragt und durch die Konfrontation mit der tatsächlichen Lage die politische Reaktion verständlich werden.

Da unmittelbare Äußerungen der Betroffenen nur in ganz geringer Zahl vorliegen, werden die Publikationen der Berufsorganisationen herangezogen, um Hinweise auf die politische Einstellung von Arbeitern, Angestellten, mittelständischen Gewerbetreibenden usw. sowie den eventuellen Wandel ihrer Auffassungen unter dem Einfluß der Krise zu erhalten. Es sind die einzigen Aussagen von einiger Repräsentanz, die sich bestimmten sozialen Gruppen zuordnen lassen. Das Verfahren ist problematisch, weil die Verbandsleitungen mit den Veröffentlichungen nicht nur der Stimmung der Mitglieder Ausdruck geben, sondern zugleich auf die politischen Instanzen einwirken wollten. Doch konnten sie über längere Frist eine Politik im Gegensatz zu den Wünschen an der Basis nicht durchhalten, ohne daß sich Opposition bemerkbar machte und, wenn sie stark genug war, einen Richtungswechsel erzwang. Bei der gebotenen Vorsicht scheinen deshalb Rückschlüsse von den Äußerungen genügend großer Verbände auf die politische Haltung in den von ihnen vertretenen sozialen Gruppen sinnvoll.

In den abschließenden Kapiteln wird – soweit die schwierige Quellenlage dies zuläßt – versucht, zu klären, wie die Verschärfung der Gegensätze in der Gesellschaft auf die Parteien zurückwirkte. Welchen Vorteil konnten die radikalen Oppositionsparteien aus der wachsenden Verzweiflung und Unzufriedenheit mit der Politik der Reichsregierung und des Senats ziehen? Inwieweit gelang es ihnen, über momentane Erfolge bei den Wahlen hinaus die mobilisierten Kräfte fest an sich zu binden zum prinzipiellen Kampf gegen den bestehenden Staat? Wie sehr kamen ihnen dabei die seit

Brachers großem Werk so oft erörterten strukturellen Schwächen der Weimarer Demokratie, ideologische Vorprägungen und antirepublikanische Indoktrination in politischen Vereinigungen und nominell unpolitischen Verbänden zugute? Die an der Regierung beteiligten oder sie tolerierenden Parteien standen vor den drei zentralen Aufgaben: Wege zur Bekämpfung der Wirtschaftsdepression und ihrer unmittelbaren Folgen zu zeigen, die extremistischen Bewegungen einzudämmen und die unter den Belastungen der Krise auseinanderstrebenden, die eigenen Interessen mit wenig Kompromißbereitschaft verfechtenden Mitglieder- und Anhängergruppen zu integrieren. Es stellt sich die Frage, ob sie die Notwendigkeit aktiver Gegensteuerung voll erkannten oder nur für die dringendsten augenblicklichen Probleme nach Lösungen suchten im Vertrauen auf die automatische Überwindung der Depression und, damit verbunden, auch des politischen Radikalismus; inwieweit sie mit der Konzeption der Reichsregierung übereinstimmten, mangels eigener Vorstellungen dem Präsidialkabinett die Entscheidung überließen oder wegen übergeordneter Ziele auf die Durchsetzung alternativer Pläne verzichteten. Am schwersten ist zu klären, wie sich die gesellschaftliche Polarisierung auf die Regierungsparteien auswirkte und interne Spannungen ihre Entschluß- und Handlungsfähigkeit lähmten.

Im Zusammenhang sind diese Fragen auch auf regionaler Ebene bisher wenig behandelt worden. Die meiste Beachtung fanden die Entwicklung einzelner Parteien und die Bedingungen für den Aufstieg der NSDAP.²⁵ Die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme wurden dagegen ebenso wie in den Gesamtdarstellungen über das Ende der Weimarer Republik weithin vernachlässigt.²⁶ Dabei konnten die deutschen Länder über den Reichsrat über die Gestaltung der Reichsfinanzpolitik mitentscheiden – wenn auch in der Ära der Notverordnungen nur in stark eingeschränktem Maß – und durch den internen Finanzausgleich sowie das Aufsichtsrecht gegenüber den Kommunen einen erheblichen Teil der öffentlichen Ausgaben beeinflussen.

Die Situation der Gemeinden in der Depression der frühen dreißiger Jahre fand etwas mehr Interesse: Da sie als letzte Instanz den ausgesteuerten oder nicht versicherten Erwerbslosen, den notleidenden ehemals selbständigen Gewerbetreibenden die Existenz sichern mußten, spitzte sich die Finanzmisere in ihnen besonders dramatisch zu. Obwohl die ökonomischen und sozialen Strukturen, die politischen Konstellationen und die Beziehungen zu den Landesregierungen von Ort zu Ort differierten, konnte Dieter Rebentisch aufgrund einiger Spezialstudien über einzelne Städte und ihre Oberbürgermeister übereinstimmende Entwicklungslinien herausarbeiten.²⁷ Überall, so zeigt er, mußten sich die Gemeindepolitiker und -verwaltungen, um den sozialen Verpflichtungen nachkommen zu können, zu drastischen Abstrichen in den anderen Aufgabenbereichen, so insbesondere bei den Ausgaben für Schule, Kultur und Gesundheit, entschließen und nicht nur die meisten freiwilligen Leistungen einstellen, sondern auch viele gesetzlich oder vertraglich festgelegte Zahlungen schuldig bleiben. Da

die Unterstützung der Erwerbslosen ihre Haushalte ständig unmittelbar bedrohte, waren sie unkonventionellen Maßnahmen gegenüber aufgeschlossen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereit, etwa durch die Vergabe von Aufträgen, lenkend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Die rigorose Durchhaltepolitik der Regierung Brüning stieß schließlich selbst bei dem Zentrum oder der Staatspartei angehörenden Kommunalpolitikern auf Unverständnis.

Diese Ergebnisse zeigen, welche Bedeutung auf überschaubare Regionen wie eine Gemeinde begrenzte Untersuchungen für die Erforschung der politischen und sozialen Geschichte der Weimarer Republik haben können. Eine Arbeit über Hamburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise ist daher nicht nur von lokalem Interesse, sondern soll generelle Aufschlüsse über den Zusammenhang von Wirtschafts- und Staatskrise in Deutschland bieten. Der Bezug zu den Vorgängen im Reich wird immer wieder hergestellt.

Als Modell bietet Hamburg einige Vorteile und einige Besonderheiten. Wie in den beiden anderen Hansestädten dominierten unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise die Probleme einer Großstadtgemeinde bei den politischen und administrativen Entscheidungen. Zugleich waren aber staatliche Aufgaben zu erfüllen, so daß die Nöte sowohl der Kommunen als auch der Länder sichtbar wurden. Gegenüber anderen Großstädten war Hamburg infolge dieser Doppelfunktion in mancher Hinsicht in günstiger Lage: Die mühsamen und oft konfliktreichen Auseinandersetzungen über die Verteilung der Finanzmittel zwischen Land und Gemeinden erübrigten sich weitgehend. Vom Finanzausgleich mit den Kommunen des Landgebiets einmal abgesehen, der im Verhältnis zum Gesamtetat keine Rolle spielte, standen alle Einnahmen, wenn nicht durch Reichsgesetz eine spezielle Verwendung vorgeschrieben war, für den dringendsten Bedarf zur Verfügung, gleichgültig, ob es kommunale oder staatliche Zwecke waren. Langwierige Verhandlungen über außerordentliche Hilfen oder die Zuweisung zusätzlicher Gelder durch das Land waren unnötig. Während 1932 viele Städte, durch ihre partielle Zahlungsunfähigkeit gezwungen, den Ländern zustehende Einkünfte zurückbehielten, was diese mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantworteten, fielen solche Spannungen in Hamburg fort. Aber es fehlte auch eine Instanz unterhalb der Ebene des Reichs, die für einen Ausgleich zwischen mehr oder weniger schwer unter der Krise leidenden Regionen sorgen und den am härtesten getroffenen Gemeinden Unterstützung gewähren konnte.

Als Staat stand Hamburg in unmittelbarer Beziehung zum Reich. Der Senat konnte daher auf Verhandlungen mit der Reichsregierung oder den zuständigen Ressorts bestehen und über den Reichsrat auf die Gesetzgebung einen gewissen Einfluß ausüben. Dagegen fehlte den anderen Gemeinden eine verfassungsrechtlich verankerte Vertretung gegenüber dem Reich. Sie mußten ihre Forderungen durch ihre Spitzenverbände zur Geltung bringen und dabei mit den übrigen Interessenorganisationen – nicht selten erfolglos – konkurrieren. Auch der Senat nutzte die Möglichkeit, kommunale Belange gemeinsam mit allen Großstädten über den Deutschen

Städtetag zu vertreten, war aber im Gegensatz zu ihnen nicht auf diesen Weg angewiesen. An Besprechungen, zu denen die Reichsregierung oder eine Staatsregierung nur die sogenannten größeren Länder einlud, war der Senat ebenfalls stets beteiligt. In diesen Gremien ebenso wie im Reichsrat Verständnis für die Probleme der Gemeinden zu wecken, sah er als wichtige Aufgabe an.²⁸ Trotz der besonderen Bedingungen im Stadtstaat läßt daher eine Untersuchung über Hamburg die Einstellung der maßgeblichen Persönlichkeiten im Reich zu den Nöten der Kommunen gut erkennen.

Im vorliegenden Band wird die Phase zwischen den Bürgerschaftswahlen am 19. Februar 1928 und am 27. September 1931 behandelt. In dieser Zeitspanne mußte der letzte von einer demokratisch gewählten Bürgerschaftsmehrheit getragene Senat mit den wachsenden finanziellen, sozialen und innenpolitischen Problemen infolge der großen Wirtschaftskrise fertig werden. Durch ihren Erfolg 1928 waren SPD und DDP als Kern der Großen Koalition bestätigt worden; das Ergebnis war ein Votum für die Fortsetzung der bisherigen Politik. Die Wahlen kennzeichnen daher keinen Einschnitt in der politischen Entwicklung Hamburgs. Als Ausdruck des politischen Willens der Bevölkerung in einer relativ gesichert erscheinenden Zeit sind sie aber als Grundlage für die Beobachtung der Veränderungen unter dem Eindruck der Krise von Bedeutung. Ein gewisser Wandel ergab sich dadurch, daß wenig später im Reich ebenfalls eine Regierung der Großen Koalition gebildet wurde. Der Senat konnte nun leichter mit ihr und ihren politischen Entscheidungen identifiziert werden; die Senatsparteien mußten nicht nur die eigene Politik, sondern auch die der Reichsregierung vertreten.

Der Beginn des Konjunkturabschwungs läßt sich nicht mit einem Datum fixieren. Er setzte in Deutschland in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich, aber jedenfalls lange vor dem New Yorker Börsenkrach von Anfang Oktober 1929 ein, bei der Verbrauchsgüterproduktion schon 1928.²⁹ In Hamburg erfolgte die Wende später als im Gesamtgebiet der deutschen Wirtschaft. Die Einbeziehung eines längeren Zeitabschnitts vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise ermöglicht deshalb, ihre Auswirkungen im Vergleich in ihrer vollen Schwere zu erfassen.

Anders als im Frühjahr 1928 ergaben sich im Herbst 1931 einschneidende Veränderungen. Sie hingen nur teilweise mit dem Ausgang der Bürgerschaftswahlen zusammen, fielen aber alle in das letzte September- und erste Oktoberdrittel, so daß sich das Wahldatum 27. September gut als Markierungspunkt für die Zäsur eignet. Die Koalitionsparteien verloren die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, der Senat trat zurück, führte aber nach der Verfassung bis zur »Gleichschaltung« im März 1933 die Geschäfte weiter, da die Stärke der extremistischen Flügelparteien die Bildung einer neuen Regierung ausschloß. Die fehlende parlamentarische Mehrheit konnte er bei allen finanziell relevanten Entscheidungen durch Anwendung der »Dietramszeller Notverordnung« vom 24. August 1931 ersetzen, die den Landesregierungen die Befugnis gab, Maßnahmen zur Sicherung des

Staatshaushalts selbst in Abweichung von geltendem Landesrecht ohne Mitwirkung der Parlamente durch Notverordnungen zu treffen.³⁰

Eine seit langem angebahnte Entwicklung erreichte damit ihren Höhepunkt. Die Ausweitung der Staatsaufgaben seit dem 1. Weltkrieg und, daraus resultierend, die Komplizierung der finanzpolitischen Materie hatten den Regierungen mit ihrem großen Apparat geschulter Fachleute gerade in diesem Bereich immer eine gewisse Überlegenheit gegenüber den Abgeordneten gesichert.³¹ Die finanziellen Folgen der Wirtschaftskrise hatten deren Entscheidungsspielraum weitgehend beseitigt; die Hauptaufgabe, mit den vorhandenen Geldern die laufenden Anforderungen zu erfüllen und die Zahlungsfähigkeit des Staates zu wahren, war Sache der Verwaltung. Die Dietramszeller Notverordnung freilich war in Hamburg, von einer unbedeutenden Ausnahme abgesehen, bis zur Wahlniederlage im September 1931 nicht angewendet worden. Die Senatsparteien hatten vielmehr trotz der Chance, die Verantwortung für unpopuläre Maßnahmen von sich zu weisen, an der parlamentarischen Verabschiedung aller notwendigen Gesetze festgehalten. Dies ist im Hinblick auf die These, die Verantwortungsscheu der demokratischen Parteien habe die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems untergraben, zu betonen. Als dann nach dem Anwachsen der extremistischen Flügel nur noch für undurchführbare Agitationsanträge Mehrheiten in der Bürgerschaft zu finden waren, wurde die gesamte finanziell wirksame Politik ausschließliche Angelegenheit der Exekutive.

In den übrigen Bereichen der Politik dagegen war die Handlungsfähigkeit des Senats gehemmt. Dies kam noch stärker zum Tragen, als er nach Brünings Sturz nicht mehr mit übereinstimmenden Intentionen der Reichsregierung rechnen konnte. Seine innenpolitische Basis wurde dadurch geschwächt, daß die DVP Anfang Oktober 1931 im Reich zur Opposition an der Seite der »nationalen Front« überging, die sich gerade in Harzburg getroffen hatte, und auch in Hamburg die Koalition aufkündigte, ohne jedoch ihre Repräsentanten aus dem geschäftsführenden Senat »zurückziehen« zu können.

Durch die Abwertung der Währungen Großbritanniens am 21. September 1931 und zahlreicher anderer Länder in den folgenden Wochen entstand für die Hamburger Wirtschaft eine neue dramatisch verschlechterte Lage. Der Versuch, durch forcierte Deflationierung den Wettbewerbsvorteil der Länder mit abgewerteter Währung auszugleichen, war aussichtslos. Er brachte der deutschen Bevölkerung nur weitere schwere Lasten; die notwendige Devisenbewirtschaftung lähmte die Arbeit der Außenhandelsfirmen. Die Zweifel an den Erfolgchancen der Regierung Brüning mehrten sich; Skepsis, Angst, das verzweifelte Verlangen nach grundlegendem Wandel ergriffen immer weitere Kreise. Die Deflationspolitik war an ihrem Ende angelangt, wurde aber nicht aufgegeben. Die in diesem Band behandelte erste Phase der Krise erhielt ihr Gepräge dadurch, daß die Regierungen und die hinter ihnen stehenden Parteien im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik zunehmend das Gesetz des Handelns verloren und nur

noch notdürftig auf die katastrophalen Entwicklungen reagierten. Im zweiten Abschnitt seit Oktober 1931 wurde diese Tendenz generell beherrschend. Die Spannungen zwischen Reichs- und Landesregierung, zwischen und in Parteien, Verbänden und sozialen Gruppen, die zwar zugenommen, die Funktionsfähigkeit der Institutionen und Organisationen aber bisher nicht gefährdet hatten, wirkten nun auf allen Gebieten lähmend. Den Nutzen hatten die extremen Parteien.

1. Hamburg – ein Sonderfall?

Politische Strukturen und Tendenzen vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise

»Für den Freund parlamentarischer Krisen und parteipolitischer Experimente ist Hamburg eine herzlich langweilige Stadt«, meinte noch Ende Februar 1930 der volksparteiliche Journalist und Bürgerschaftsabgeordnete Rudolf Michael. Während andere Länder und Kommunen sich bemühten, »es der Dauerkrise im Reiche gleichzutun«, habe der Senat dank dem »gesunden Sinn« der Bevölkerung »einen Schein jener Lebenslänglichkeit« zurückgewonnen, »die er vor dem Kriege als rühmliches Erbgut besessen«. ¹ Ein halbes Jahr später machte der beispiellose Erfolg der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen auch in Hamburg die unter der scheinbar ruhigen Oberfläche wachsende Radikalisierung sichtbar; das Ende der stetigen parlamentarischen Entwicklung zeichnete sich ab. ²

Schon 1926 hatte Michael »das kühle Temperament der Wasserkante« gerühmt, das Hamburg seit der Revolution »alle politischen und wirtschaftlichen Krämpfe, unter denen die anderen Länder gelitten, [...] wenigstens in ihren abschreckendsten Formen« erspart habe. ³ Mit seiner optimistischen Auffassung von dem außergewöhnlichen politischen Realismus der hiesigen Bevölkerung befand er sich in Übereinstimmung mit weiten Kreisen in der Hansestadt. Als eine »Insel der Besonderheit«, deren Bewohner sich »durch ein starkes Maß von Vernunft« und einen stillen Sinn für Tradition auszeichneten, charakterisierte sie im selben Jahr 1926 der Vorsitzende der demokratischen Partei in Hamburg, Peter Stubmann. ⁴ Beim Zusammentritt der verfassunggebenden Bürgerschaft am 24. März

1919 hatte die Alterspräsidentin Helene Lange erklärt: »Wir bedürfen zu unserem Werk [...] der nüchternen, unverblendeten Erfassung der Tatsachen, die dieses Volk der Wasserkante immer wieder ausgezeichnet hat, der phrasenlosen, besonnenen Sachlichkeit des Urteils über die Verhältnisse, mit denen wir zu rechnen haben.«⁵ Selbst Sozialdemokraten verwiesen zur Rechtfertigung ihrer Entscheidungen gelegentlich auf die Einmaligkeit der politischen Bedingungen in Hamburg.⁶

Dieses so weit verbreitete Sonderbewußtsein macht es notwendig, die politischen Strukturen und Haltungen in Hamburg näher zu betrachten. Waren die Verhältnisse hier wirklich so einmalig, wie viele Hamburger glaubten, oder waren die Voraussetzungen der politischen Entwicklung denen im übrigen Reich ähnlich genug, um die Stadt als Beispiel behandeln und nicht nur für den begrenzten Raum, sondern grundsätzlich gültige Ergebnisse gewinnen zu können? Die Diskrepanz zwischen den Prognosen über die Chancenlosigkeit der Radikalen und dem raschen Aufstieg der NSDAP auch in Hamburg deutet darauf hin, daß die These von der Unvergleichlichkeit der Situation in dieser Stadt mehr über das Selbstverständnis vieler ihrer Bewohner als über die politische Realität aussagt.

Die Politik der Hamburger SPD bis zum März 1919

Es war kein Zufall, daß vor allem in den Reihen der bürgerlichen Regierungsparteien immer wieder Genugtuung über die ruhige politische Entwicklung in Hamburg geäußert wurde. Über die Gründe ließen diese Kommentatoren keine Zweifel: Für Michael war Preußen, wo ähnlich stabile Regierungsverhältnisse herrschten, die SPD aber ihre Vorstellungen oft rücksichtsloser durchsetzte, im Vergleich zu Hamburg ein Musterbeispiel »für alle Schattenseiten des heutigen Systems«.⁷ Noch deutlicher wurde Stubmann: Hamburg besaß, wie er als wichtigsten Beweis für seine These anführte, »immer eine maßvolle, der Vernunft zugängliche Sozialdemokratie«.⁸ Durch diese Zurückhaltung war dem Bürgertum in Staat und Verwaltung mehr Einfluß geblieben, als es aufgrund seiner parlamentarischen Bedeutung besonders in den ersten Jahren der Republik beanspruchen konnte.

Früher als im Reich hatten sich in der Hamburger SPD diejenigen Kräfte durchgesetzt, die sich nicht mit der Hoffnung auf die revolutionäre Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung begnügen, sondern durch Mitarbeit im Rahmen des bestehenden Systems die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft fördern wollten.⁹ Gestützt auf eine starke und finanziell gut fundierte Organisation,¹⁰ verfolgten sie die Taktik, »jede erreichbare Position zu erkämpfen, um eine Basis für weitere größere Fortschritte zu gewinnen«.¹¹ Insbesondere die Vertreter der Freien Gewerkschaften und der Genossenschaften, die in der Hamburger Partei eine bedeutende Rolle spielten, drängten in diese Richtung.¹²

Gerade die Erfolge in der Hansestadt konnten den »Reformisten« als

Beweis für die Richtigkeit ihrer Politik dienen; war es bei den Reichstagswahlen 1890 doch gelungen, gegen den Nationalliberalen Adolf Woermann, einen der angesehensten Repräsentanten des Hamburger Großbürgertums, auf den Bismarck das viel zitierte Wort vom »königlichen Kaufmann« gemünzt hatte, auch den dritten Wahlkreis für die Sozialdemokratie zu erringen. In der Bürgerschaft waren die Wirkungsmöglichkeiten der SPD zwar äußerst beschränkt, da sie infolge der Benachteiligung durch das Klassenwahlrecht¹³ vor der Revolution nie mehr als 20 der 160 Mandate erkämpfen konnte und von der Mehrheit bis in den Krieg hinein von allen Ausschüssen und Ehrenämtern in den Behörden ferngehalten wurde; dennoch schien es ihrer Führung wichtig, auch hier »erst einmal zum Worte zu kommen, um die Interessen der Arbeiterschaft geltend machen zu können«¹⁴ und durch beharrliche Mitarbeit allmählich Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Obwohl sie von Zeit zu Zeit in großen Kundgebungen gegen den Kapitalismus und den »mit ihm verbündeten Militarismus«,¹⁵ gegen »Kriegshetzer« und »Rüstungsrummel«¹⁶ ihre Macht zur Schau stellten, sah bereits vor 1914 die überwiegende Mehrheit der Hamburger Sozialdemokraten die Hauptaufgabe der Partei darin, nicht »revolutionäre Demonstrationspolitik«¹⁷ zu treiben, sondern durch rege parlamentarische Aktivität, insbesondere auf den Gebieten der Sozial- und Schulpolitik, Verbesserungen für die von ihnen vertretenen Schichten zu erreichen. Mit Recht konnten daher 1933 die ehemaligen sozialdemokratischen Senatoren feststellen, »daß die organisierte Hamburger Arbeiterschaft auch schon vor dem Kriege stets staatsbejahend mitgearbeitet« habe.¹⁸

Dementsprechend stellte sich die Landesorganisation der SPD nach der Mobilmachung als eine der ersten voll hinter die Entscheidung des Reichsvorstands, nun die Regierung zu unterstützen und bei der Bewältigung der durch den Krieg erwachsenden Aufgaben mitzuwirken. Bereits am 4. August 1914, dem Tag, an dem die Reichstagsfraktion die Kriegskredite bewilligte, war in einem später in ganz Deutschland »hundertfach« nachgedruckten¹⁹ Artikel des sozialdemokratischen »Hamburger Echo« die Aufforderung zu lesen: »Wir müssen hinein in den blutigen Wirbel, wir müssen das Vaterland schützen [. . .]. Der Verteidigung unsere Kraft!«²⁰ Dieser Parole getreu, bewilligte nicht nur die Bürgerschaftsfraktion 1915 nach eingehender Beratung mit dem Berliner Parteivorstand erstmals den Etat, sondern setzten sich auch die Vertreter der SPD und der Freien Gewerkschaften in den Ausschüssen, Behörden und Kriegseinrichtungen, in die sie jetzt gewählt wurden, unermüdlich ein, um in enger und bald vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Senat und den Beamten vor allem die Versorgungsprobleme in der von allen Importen abgeschnittenen Millionenstadt lösen zu helfen²¹ und den Angehörigen der Soldaten in den täglichen Nöten beizustehen. Durch diese Tätigkeit wuchsen sie, wie der Führer der Vereinigten Liberalen, Carl Petersen, Ende Januar 1915 befriedigt feststellte, mehr und mehr »in den wirtschaftlichen Betrieb und die Verwaltung des Staates hinein«.²²

Auf der anderen Seite war nun auch der Senat bestrebt, die Integration

der Arbeiterschaft in den Staat zu fördern, indem er ihren politischen Forderungen entgegenkam. Da die Führung der SPD und der Freien Gewerkschaften in Hamburg während des Krieges ihre »vaterländische Gesinnung« bewiesen und durch ihren Einfluß in der Arbeiterschaft entscheidend dazu beigetragen habe, Unruhen unter der durch immer neue Entbehrungen zermürbten Bevölkerung zu verhindern, erklärte der Senat sich im März 1917 zu einer Reform des Wahlrechts bereit.²³ Nicht zuletzt hoffte er, durch dieses Zugeständnis die Position der »besonnenen« Gruppen in der SPD stärken und einen radikalen Kurswechsel verhindern zu können; denn wie im Reich wuchs auch in der Hamburger Sozialdemokratie die Unzufriedenheit mit der Parteileitung und der ihr eng verbundenen Presse.²⁴ Zwar war die ausschließlich aus Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsangestellten bestehende Bürgerschaftsfraktion von der Spaltung der SPD selbst nicht betroffen, aber es war die Frage, wie lange sie angesichts der zunehmenden Opposition und der verschiedenen Absplitterungen bei weiterer Verweigerung innerer Reformen an ihrer gemäßigten Linie festhalten würde.

Obwohl die Vorschläge des Senats den sozialdemokratischen Forderungen nur sehr unzureichend entsprachen, waren die führenden Persönlichkeiten in der Hamburger SPD und den Freien Gewerkschaften 1918 bereits so sehr in das bestehende System integriert, daß eine revolutionäre Durchsetzung ihrer Ziele für sie nicht mehr in Betracht kam. Von der Revolution wurden sie ebenso überrascht wie der Senat.²⁵ Gemäß ihrer parlamentarischen Orientierung bemühten sie sich, die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrats möglichst rasch zu beenden, zumal er dadurch, daß er sich unmittelbar auf die Betriebe zu stützen suchte, die Funktion der alten Arbeiterorganisationen in Frage stellte. Statt dieses revolutionären Gremiums sollte eine nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht berufene Vertretung der gesamten Bevölkerung die Verantwortung für die politische Neugestaltung des Hamburger Staatswesens übernehmen. Tatsächlich gelang es der SPD, durch geschicktes Taktieren zu erreichen, daß am 16. März 1919 durch die Wahlen zur verfassunggebenden Bürgerschaft die revolutionäre Phase in Hamburg ihr Ende fand.

In der neuen Bürgerschaft waren die Machtverhältnisse grundlegend verändert. Mit 50,5 % der gültigen Stimmen hatte die SPD die absolute Mehrheit der Mandate errungen. Dennoch verzichtete sie darauf, nun ihrerseits die bürgerlichen Parteien von der Mitarbeit auszuschließen und den Senat allein oder zusammen mit der USPD zu bilden. »Nicht die Unterdrückung anderer Anschauungen, sondern die Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender, die *Wertung der Tätigkeit aller Volksklassen*, kann der Gesamtheit nur zum Glück gereichen«, erklärte anlässlich der Eröffnung der Bürgerschaft ihr neuer sozialdemokratischer Präsident, Berthold Grosse, in einer Rede, in der der optimistische Fortschrittsglaube des 19. Jahrhunderts nachklang.²⁶ Auch der Fraktionssprecher bestätigte wiederholt die Grundüberzeugung in der Partei, daß Arbeiterschaft und Bürgertum gemeinsam die Geschicke der Handelsstadt lenken müßten.²⁷

Dementsprechend überließ die SPD die Hälfte der Senatsitze zwei Demokraten, die in der Fraktion der Vereinigten Liberalen schon vor 1914 häufig an ihrer Seite gekämpft hatten, und sieben parteilosen, durch langjährige Erfahrung in der Leitung des Staates ausgezeichneten Mitgliedern des Vorkriegssenats. Selbst das Amt des 1. Bürgermeisters erhielt ein hervorragender Repräsentant des »alten Hamburg«, Arnold Diestel; denn die führenden Sozialdemokraten waren überzeugt, daß »an die Spitze des hamburgischen Senats [...] ein Mann [gehöre], der auch den alten hamburgischen Familien nahestehe«.²⁸

Durch diese Zusammensetzung des Senats wurde nicht nur die Kontinuität des staatlichen Lebens in Hamburg sinnfällig gewahrt, sie bildete auch die Grundlage für die oft gerühmte, ungewöhnliche Stabilität der Regierungsverhältnisse in der Hansestadt zur Zeit der Weimarer Republik. Das Bündnis mit der DDP sicherte dem Senat 1921 die feste Basis in der Bürgerschaft, als die SPD ihre knappe absolute Mehrheit verlor. Die Einbeziehung der »alten« parteilosen Senatoren gewährleistete, daß trotz der Oppositionsstellung der DVP die Verbindung mit jenen Kreisen, die in ihr ihre politische Vertretung sahen, nicht abriß und die Bildung der Großen Koalition im März 1925 keine grundlegende Änderung der bisherigen Politik mit sich brachte; denn gesinnungsmäßig standen die im Senat verbliebenen Repräsentanten des Vorkriegssystems zweifellos der DVP nahe, in der sich ihre alten Fraktionen zusammengefunden hatten.²⁹ Darin, daß der parteilose Senator Max Schramm 1925 für die DVP als 2. Bürgermeister in den Senat zurückkehrte, wurde die Fortsetzung des bisherigen Kurses am besten deutlich. Trotz Verschiebungen bei den Wahlen und zum Teil schwerer Differenzen zwischen den Flügelparteien, SPD und DVP, blieb die 1925 vereinbarte Große Koalition bis September 1931 der sichere Rückhalt für den Senat, so daß vom Ende der Revolution im März 1919 bis zum Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise Hamburg stets eine Regierung besaß, die sich auf eine zuverlässige Mehrheit stützen konnte und durch ihre Zusammensetzung eine ruhige Fortführung der Politik ohne scharfe Kursänderungen verbürgte. »Für den Freund parlamentarischer Krisen« war es tatsächlich in all diesen Jahren ein schlechtes Studienobjekt.

Allerdings war diese Stabilität mit einem erheblichen Machtverzicht der stärksten Partei, der SPD, erkaufte, der sie – und letztlich die Republik – einen Teil ihrer Anhänger kostete. Da bei Stimmgleichheit im scheinbar paritätisch besetzten Senat das Votum des Ersten Bürgermeisters den Ausschlag gab, bestand bis Ende 1929, als erstmals der Sozialdemokrat Rudolf Roß für zwei Jahre in dieses Amt gewählt wurde, ungeachtet der Kräfteverhältnisse im Parlament, eine bürgerliche Mehrheit in der Regierung des Stadtstaats. Zwar konnte sich die SPD bei vielen Fragen auf die loyale Mitarbeit der DDP verlassen, so daß das bürgerliche Übergewicht praktisch keine große Rolle spielte, aber an der grundsätzlichen Problematik der Machtverteilung änderte das wenig.

Zweifellos hatte die SPD durch ihre Zurückhaltung bei der Senatsbildung 1919 wesentliche Voraussetzungen für die außergewöhnliche Stetig-

keit der politischen Entwicklung in Hamburg geschaffen. Es war vermieden worden, wie sie in Abwehr kommunistischer Angriffe mit Recht für sich in Anspruch nahm, daß als Folge »völliger Ausschaltung des Bürgertums von der Regierung des Staats [...] der Weizen der Reaktion üppigst in die Halme schießen« konnte.³⁰ Die teilweise Beibehaltung des Vorkriegsstatus bot denjenigen Bevölkerungskreisen, die sich voll mit dem alten System identifiziert hatten, die Gewähr, daß sich der Übergang zur neuen demokratischen Ordnung ohne schroffen Bruch mit der Vergangenheit und ohne gefährliche Experimente in Verwaltung und Wirtschaft vollziehen würde.³¹ Das Beispiel gerade der hervorragendsten Vertreter des »alten Hamburg«, die trotz der veränderten Bedingungen ihre Erfahrung und ihre Schaffenskraft dem neuen Staat zur Verfügung stellten, erleichterte es vielen Angehörigen des Bürgertums, sich mit ihm abzufinden.

Aber die Entscheidung der SPD barg auch manche Probleme:³² So sehr die Sorge, durch Auswechslung sämtlicher Senatoren die Verwaltung lahmzulegen und die Versorgung der Bevölkerung zu gefährden, von dem starken Verantwortungsbewußtsein der führenden Sozialdemokraten zeugte, sie offenbarte auch die Neigung, sich dem Votum der Fachleute zu unterwerfen und vermeintlichen sachlichen Notwendigkeiten den Vorrang vor der Durchsetzung politischer Ziele zu geben. Es fehlte weitgehend die Einsicht, wie sehr die Möglichkeiten der Verwaltung von politischen Entscheidungen abhängen, wie sehr aber auch durch Verwaltungsakte die politische Gestaltung präjudiziert und sabotiert werden kann. Besonders in der Wirtschaftskrise sollte dies deutlich werden. Durch ihre Hochachtung vor dem Fachverstand boten die Sozialdemokraten zudem den bürgerlichen Koalitionspartnern den Ansatzpunkt, um trotz Wahlniederlagen eine Verringerung ihres Einflusses immer wieder zu verhindern. Mit dem Hinweis, daß die SPD selbst 1919, im Besitz der absoluten Mehrheit, die »Intelligenz des Bürgertums« nicht habe entbehren können, wurden Konsequenzen aus den Wahlergebnissen entschieden abgelehnt.³³

Ähnlich problematisch wirkte sich für die SPD die Hochschätzung des Experten bei der Ämterverteilung im Senat aus. Auf die Übernahme des Staates nicht vorbereitet, besaß sie für viele politische Bereiche nur wenig konkrete Zielvorstellungen. Sie behielt sich daher diejenigen Aufgaben vor, denen schon unter dem alten System ihr Hauptaugenmerk gegolten hatte und für die sie durch langjährige Erfahrung geschulte Fachleute besaß, vor allem die Sozial-, Schul- und Jugendpolitik, während sie Schlüsselpositionen wie die Finanz- und Wirtschaftsressorts den bürgerlichen Senatoren überließ.³⁴ Erst im Lauf der Weimarer Zeit wuchs in der Hamburger SPD die Erkenntnis, wie mit Hilfe der Finanzpolitik politische Prioritäten verschoben und Reformpläne verhindert werden können. Bei den Koalitionsverhandlungen 1927 war sie aber nicht mehr in der Lage, ihre Forderung nach größerem Einfluß in der Finanzdeputation durchzusetzen. Durch den Entschluß, die zugefallene politische Macht 1919 nicht voll auszunutzen und mit dem Bürgertum zusammenzuarbeiten, verzichtete die SPD endgültig auf die Verwirklichung mancher Ziele.

Deutsche Demokratische Partei

Den festen Kern der Koalition bildete das Bündnis mit der Deutschen Demokratischen Partei.³⁵ Sie trat in Hamburg die Nachfolge der Vereinigten Liberalen an, die sich 1906 aus Protest gegen den »Wahlrechtsraub«, eine gegen die SPD gerichtete Verschlechterung des Wahlrechts der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, von den drei »alten« Honoratiofraktionen der Bürgerschaft getrennt hatten. Ihr Schritt war nicht von Sympathie für die SPD bestimmt. Doch waren sie unter dem Einfluß Friedrich Naumanns überzeugt, »berechtigte Forderungen des Lohnarbeitersstandes« erfüllen zu müssen, um ihn durch soziale und politische Reformen für den bestehenden Staat zu gewinnen.³⁶ Durch Neuordnung des Schul- und Bildungswesens sollten alle die gleichen Aufstiegschancen und nach Erwerb des nötigen Wissens schließlich dieselben politischen Rechte erhalten. Trotz der unterschiedlichen Fernziele arbeiteten Vereinigte Liberale und Sozialdemokraten oft eng zusammen, um in der Gegenwart ihre übereinstimmenden sozial- und schulpolitischen Intentionen durchzusetzen. Wiederholt unterstützten sie sich sogar gegenseitig bei Stichwahlen.³⁷ Auf diese Weise entstand ein Vertrauensverhältnis zwischen den führenden Politikern der beiden Parteien, das die Verständigung in der Koalition seit 1919 sehr erleichterte.

Dank einer gut ausgebauten, für eine bürgerliche Partei ungewöhnlich effektiven Organisation war es den Vereinigten Liberalen gelungen, eine der sozialen Zugehörigkeit nach vielschichtig zusammengesetzte Mitglieder- und Anhängerschaft zu gewinnen. Die Hamburger DDP konnte diesen Vorteil wahren. Von neuem schlossen sich den Linkliberalen viele junge Akademiker und Studenten an. Sie hatten die starre gesellschaftliche Ordnung, die Bindung an scheinbar unveränderliche Konventionen im Wilhelminischen Deutschland als bedrückend empfunden und begrüßten, daß sich die Hamburger Organisation gemäß ihrer entschieden fortschrittlichen Tradition sofort zu dem Berliner Gründungsaufwurf der DDP vom 16. November 1918 mit seiner mitreißend formulierten Forderung nach Neubeginn im staatlichen, sozialen und geistigen Bereich bekannte. Mit den wenigen gleichaltrigen Akademikern in der SPD hielten sie engen Kontakt. Ein gemeinsamer Arbeitskreis setzte sich nach dem Mord an Reichsaußenminister Rathenau das Ziel, durch Aktivierung der »starken politischen Kräfte [...] in der demokratischen und sozialdemokratischen Linken« zu verhindern, daß die durch die Revolution geschaffenen »ersten bescheidenen Vorbedingungen für eine neue und gesündere Entwicklung in Deutschland« wieder zerstört würden.³⁸ Profiliertester Sprecher dieser jungen Politiker in der DDP wurde bald Heinrich Landahl, der als Studienrat, später als Schulleiter am einzigen Reformgymnasium Hamburgs, der Lichtwarkschule, täglich mit einem überwiegend demokratisch oder sozialistisch eingestellten Lehrerkollegium zusammenarbeitete.³⁹ 1924 wurde er mit 29 Jahren als jüngster Abgeordneter der DDP in die Bürgerschaft gewählt.

Zu dieser »tatkünftig vordrängenden Generation«⁴⁰ stießen eine Reihe jüdischer Kaufleute, Unternehmer und Intellektueller. Auch sie bejahten den neuen Staat bedingungslos, der ihnen endlich die volle politische Gleichberechtigung gebracht hatte und damit die Hoffnung, mit den letzten konventionellen Beschränkungen allmählich auch die gesellschaftliche Isolierung überwinden zu können. Aufgrund ihrer Tradition und der eigenen Erfahrung mehr oder weniger offener Diskriminierung waren sie für weitreichende sozialpolitische Bestrebungen zumeist aufgeschlossener als viele ihrer »Standesgenossen«. Unterstützt wurden die beiden Gruppen von Beamten, Lehrern und liberalen Angestellten, die der DDP in verstärktem Maß zuströmten, nachdem sie berufliche Nachteile wegen der Zugehörigkeit zu einer als »staatsfeindlich« geltenden Partei nicht mehr befürchten mußten. Unternehmer und mittelständische Gewerbetreibende, die der DDP besonders in den ersten Jahren der Weimarer Republik noch in größerer Zahl angehörten, konnten sie daher nicht einseitig auf die Wahrnehmung ihrer Interessen festlegen. Trotz häufiger Kassennöte war der Landesverband auch finanziell unabhängig genug, um sich den Pressionen großer Geldgeber widersetzen zu können.⁴¹

Während die Berliner Leitung der Partei ihrem unternehmerfreundlichen Flügel seit Dezember 1918 wachsenden Einfluß einräumte,⁴² widerstand die Hamburger Landesorganisation der Versuchung, mit der DVP um die Gunst »der Wirtschaft« zu konkurrieren. Wie die Vereinigten Liberalen blieb sie am linken Rand der Gesamtpartei.⁴³ Erleichtert wurde dieser Kurs dadurch, daß sich anders als in Berlin und den meisten übrigen Regionen in Hamburg, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, Nationalliberale der DDP nicht angeschlossen, sondern sehr früh die selbständige Fortführung ihrer Partei gefordert hatten.⁴⁴ Die günstige Zusammensetzung ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft ermöglichte der Hamburger DDP, der Förderung restaurativer innenpolitischer Tendenzen entgegenzutreten. Die Bereitschaft der Parteiführung im Reich, nach dem Bruch der Großen Koalition im November 1923 die Bildung eines »Bürgerblocks« mit der DNVP zu akzeptieren, widersprach der Überzeugung der Hamburger Demokraten, daß die große SPD nicht von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen werden dürfe. Sie verlangten entschiedenes Eintreten für die demokratische Republik und für die wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten.

Besonders deutlich wurde diese Haltung 1926, als nach der Währungsstabilisierung, der Unterzeichnung des Dawes-Plans und der Locarno-Verträge innenpolitische Aufgaben stärker in den Vordergrund rückten. Da die beiden demokratischen Mitglieder des Reichskabinetts, der Innenminister Külz und der langjährige Wehrminister Geßler, nach Meinung des Hamburger Landesverbands der DDP konservativen Bestrebungen in bedenklicher Weise Vorschub leisteten, stieß ihre Politik bei ihm auf Widerstand. Wesentlich durch seine Aktivität kam ein geplantes Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung zu Fall, durch das die Militärbehörden große Machtbefugnisse erhalten hätten.⁴⁵ Nicht weniger energisch,

aber erfolglos bekämpften die Hamburger das Gesetz gegen »Schund- und Schmutzliteratur«, weil sie mit der Mehrzahl der Intellektuellen in der Partei der Ansicht waren, »daß eine Demokratie am allerwenigsten die Freiheit des geistigen Schaffens auch nur im Geringsten gefährden« dürfe.⁴⁶ Vom Innenminister vorgelegte Entwürfe für das Reichsschulgesetz, ein neues Vereinsgesetz und ein Gesetz über Titel und Orden waren nach ihrer Auffassung mit den Zielen der DDP ebenfalls unvereinbar. In ultimativer Form verlangte die Führung des Landesverbands die Aufgabe dieser Politik oder Kütz' Entfernung aus dem Ministeramt.⁴⁷

Geßler warfen die Hamburger Demokraten vor, die politische Verantwortung für die Schaffung der »Schwarzen Reichswehr« und ihre Exzesse bis hin zu den Fememorden zu tragen. Seit in ihrer Stadt Kontakte aktiver Offiziere zu rechtsradikalen Putschisten aufgedeckt worden waren, sahen sie in der falschen Personalpolitik seines Ministeriums die entscheidende Ursache dafür, daß sich die Reichswehr zu einer Gefahr für die Republik entwickelt habe.⁴⁸ Auch auf diesem Gebiet gab es viele Gemeinsamkeiten mit der SPD. Scheidemann konnte mit seiner scharfen Kritik an den Zuständen in der Reichswehr in der Hamburger DDP weitgehend auf Zustimmung rechnen. Zwei Jahre später wurde die Bewilligung weiterer Raten für den Panzerkreuzerbau auf ihrem Landesparteitag am 16. Oktober 1928 einstimmig abgelehnt.⁴⁹ Selbst für einen radikalen pazifistischen Artikel war in ihrem Parteiorgan Platz, und zur örtlichen Führung des Reichsbundes Deutscher Jungdemokraten bestanden gute Beziehungen, obwohl sie in ihm die pazifistische Richtung am kompromißlosesten vertrat. Für diese Haltung fanden die Hamburger in den Gremien der Reichspartei kaum Verständnis.⁵⁰

Die Enttäuschung über den konservativen Trend in der deutschen Innenpolitik bewog den Landesverband der DDP 1926, Bemühungen des ehemaligen Reichskanzlers Wirth zu unterstützen, durch Zusammenfassung der republikanischen Kräfte ihren Einfluß in Regierungen und Parlamenten zu stärken. Während die Mehrzahl der Berliner Vorstandsmitglieder in seiner Republikanischen Union eine gefährliche Konkurrenz für die DDP sah, verlangte der Hamburger Parteiausschuß, sie energisch zu fördern.⁵¹ Ihre Sonderstellung bewies die Landesorganisation auch bei dem Ereignis, das 1926 die Bevölkerung am stärksten erregte, bei der Entscheidung über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürsten. Unter starkem Druck aus Wirtschaftskreisen, die die prinzipielle Unverletzlichkeit des Privateigentums in keinem einzigen Fall und unter keinen Umständen antasten lassen wollten, beschloß der Hauptvorstand, daß die »Organisationen der DDP [...] die Gewissensfreiheit ihrer Mitglieder nicht beeinträchtigen« und vor dem Volksentscheid keine Abstimmungsempfehlung geben dürften.⁵² Dagegen hatte die Hamburger Parteiführung ihre Anhänger aufgefordert, das von KPD und SPD eingeleitete Volksbegehren durch Eintragung in die Listen zu unterstützen; beim anschließenden Volksentscheid verzichtete sie, wie sie ausdrücklich betonte, nur aus Parteidisziplin darauf, ebenfalls positiv Stellung zu nehmen.⁵³ Sie erkannte,

daß die Schonung der Fürstenvermögen Millionen Menschen, die in der Inflation ihre Ersparnisse verloren hatten, als ungerechte Bevorzugung erscheinen und Ressentiments auch gegen die verantwortlichen Parteien hervorrufen mußte.

Die Haltung der Hamburger DDP-Gremien in dieser Frage zeigte, daß sie bereit und in der Lage waren, gegebenenfalls gegen die Wünsche der großen Wirtschaftsverbände und -institutionen zu stimmen. Bei aller Sorge für die Förderung von Handel und Industrie waren sie bestrebt, die Interessen der unteren und mittleren Beamten und Angestellten sowie der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden besonders zu berücksichtigen. Auf diese Weise hofften sie, mit der SPD um die Gunst »der abhängigen wirtschaftlichen Schichten« außerhalb der Arbeiterschaft konkurrieren und sich gegenüber der DVP profilieren zu können.

Die gleiche entschieden soziale Einstellung verlangten die Hamburger Demokraten von der Gesamtpartei. Auf dem Höhepunkt der Inflation löste die Nachgiebigkeit der Reichsregierung gegenüber der Großindustrie heftige Angriffe auf das Kabinett und die demokratischen Minister aus.⁵⁴ Im Zeichen der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise verdichtete sich die Opposition des Landesverbands 1930 zu Anträgen und Resolutionen gegen die in Berlin betriebene konsumentenfeindliche Wirtschaftspolitik. Die Hamburger Parteiführung selbst entschied sich beispielsweise gegen die Interessen des Besitzbürgertums, als sie trotz der heftigen Agitation der Grundeigentümervereine gegen die illiberale »Wohnungszwangswirtschaft« für die Erhaltung des Mieterschutzes und seine Ausdehnung auf gewerbliche Räume eintrat.⁵⁵ Sie bezahlte dieses Engagement damit, daß bis 1924 alle Grundeigentümervertreter der DDP den Rücken kehrten. Den Wünschen der Angestellten gab sie etwa beim Streit um die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage vor Weihnachten den Vorrang. Sogar in Tariffragen griff der Landesparteitag ein, als er 1927 die »bedenklich niedrige« Entlohnung der kaufmännischen und technischen Angestellten in Hamburg kritisierte. Da eine grundlegende Änderung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse aber nicht in Betracht kam, mußte er sich mit unverbindlichen Appellen an die »Einsicht aller verantwortlichen Stellen« begnügen, die »Verelendung« der Angestellten zu verhindern.⁵⁶

Wie alle Liberalen bekannten sich die Hamburger Demokraten zur Bedeutung der Persönlichkeit im Wirtschaftsleben. Sie sanktionierten damit die Rolle und herausragende Stellung des privaten Unternehmers. »Sozialisierungsexperimenten«⁵⁷ setzten sie, soweit erkennbar, von Anfang an energischen Widerstand entgegen. Der Begriff »Wirtschaftsdemokratie«, den sie von der SPD und den Freien Gewerkschaften übernahmen, bedeutete für sie lediglich, »den wirtschaftlich Mächtigen ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und den Notleidenden besonders« nahezu legen.⁵⁸ Eine Umgestaltung der Wirtschaftsverfassung beabsichtigte der Landesverband der DDP ebensowenig wie die Gesamtpartei. Der Unterschied bestand darin, daß er bei den konkreten tagespolitischen Entscheidungen sozialen Problemen stärkere Beachtung schenkte.

Die Abweichungen in der wirtschaftspolitischen Orientierung wie auch die Gegensätze auf dem Gebiet der Innenpolitik bestimmten die unterschiedliche Einstellung zur Deutschen Volkspartei. Seit der schweren Wahlniederlage 1920 mehrten sich in der DDP die Zweifel, ob die getrennte Fortführung zweier liberaler Parteien länger sinnvoll sei. In Hamburg, wo die Landesorganisation zum rechten Flügel der DVP gehörte, fanden die Fusionsbestrebungen dagegen bei der Mehrheit der Demokraten wenig Anklang. Sie störte vor allem, daß sich die DVP nicht entschieden und eindeutig genug zur Weimarer Demokratie bekannte und daß sie bei ihren wirtschaftspolitischen Entscheidungen übermäßige Rücksicht auf die Wünsche der Großindustrie nahm.⁵⁹ Als die Parteivorsitzenden Koch-Weser und Stresemann nach dem Mißerfolg bei den Reichstagswahlen 1928 den Ehrenvorsitz der Liberalen Vereinigung übernahmen, die seit 1924 auf den Zusammenschluß von DDP und DVP hinarbeitete, leistete die Hamburger demokratische Führung offenen Widerstand. Sie fürchtete, bei einem Fortgang der Verhandlungen mit der DVP mindestens 50% ihrer Wähler an die SPD zu verlieren.⁶⁰ Während Koch-Weser und die Anhänger der liberalen Gesamtpartei die DDP als »Mittelpartei« verstanden mit der Aufgabe, die Brücke zwischen rechts und links zu bilden, sahen die Hamburger Opponenten für sie nur eine Zukunft als »radikale bürgerliche Partei« oder, wie es 1928 meist deutlicher hieß, als »bürgerliche Linkspartei«. ⁶¹ Die »Brückentheorie« verwarfen sie als Zeichen für den mangelnden Behauptungswillen der DDP.⁶²

In den Leitungsgremien der Gesamtpartei wurde diese Position jedoch nur von einer Minderheit geteilt, die ohne organisierten Anhang keinerlei Chance hatte, sich durchzusetzen. In Hamburg unterstützte Bürgermeister Carl Petersen im Widerspruch zur Mehrheit des Landesverbandes die Fusionspläne. Nachdem er schon in den Jahren 1903 bis 1910 an den Vereinigungsverhandlungen zwischen den linksliberalen Gruppen beteiligt gewesen war, fühlte er sich dem »innigsten Wunsch« Naumanns verpflichtet, »auch die Nationalliberalen in diesen Gesamtliberalismus hineinzuziehen.«⁶³

Seine abweichende Stellungnahme machte eine wesentliche Schwäche der Hamburger DDP deutlich: Die Verfechter einer bewußt republikanischen, für soziale Ziele aufgeschlossenen Politik waren stark genug, um ihren offiziellen Kurs zu bestimmen. In den entscheidenden Gremien besaßen sie so viel Einfluß, daß die dargestellten Beschlüsse ohne oder gegen wenige Gegenstimmen gefaßt und auf den Parteitag meist mit großer Mehrheit gebilligt wurden. Aber ihre Politik wurde gerade von den Demokraten, die die wichtigsten politischen Ämter bekleideten, nur zum Teil mitgetragen. Alle demokratischen Senatoren und alle im Wahlkreis Hamburg gewählten Reichstagsabgeordneten der DDP waren schon vor dem Krieg als Bürgerschaftsmitglieder an hervorragender Stelle politisch tätig gewesen. Dasselbe galt für viele Hamburger Parlamentarier der DDP.⁶⁴ Auch unter den gewandelten Bedingungen der Weimarer Republik hielten sie überwiegend an den damals gewonnenen Anschauungen fest, so daß

dieselben Politiker, die durch ihre einst progressive Ausrichtung die Voraussetzungen für den Linkskurs der Landesorganisation geschaffen hatten, nun oft ausgesprochen konservativ wirkten.

Dem alten Regime gegenüber, das die staatlichen Machtmittel zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung benutzt hatte, waren sie im Verein mit der SPD für die Beseitigung der Ungerechtigkeiten eingetreten. Seit der Revolution schienen ihnen ihre damaligen politischen Ziele verwirklicht. Nachdem die SPD selbst in staatliche Schlüsselpositionen gelangt war, spielte die Furcht vor ihren wenigstens in der Theorie beibehaltenen klassenkämpferischen Ambitionen wieder eine größere Rolle. Zwar hatten die führenden Sozialdemokraten und Gewerkschaftler vom November 1918 bis zum März 1919 die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt und sich nach Kräften um die Wiederherstellung von »Ruhe und Ordnung« bemüht, aber auch das in der Arbeiterschaft vorhandene revolutionäre Potential war in diesen Monaten sichtbar geworden und hatte viele, insbesondere ältere Demokraten ebenso erschreckt wie die politisch weiter rechts stehenden Angehörigen des Bürgertums. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD in der Regierung war deshalb von dem Wunsch mitbestimmt, zu weit gehende Zugeständnisse an die sozialdemokratische Anhängerschaft zu verhindern und die Interessen des Bürgertums zur Geltung zu bringen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit war dadurch eine neue Situation gegeben. Sozialdemokraten und Linksliberale standen nicht mehr, durch gleiche Augenblicksziele vereint, einem von ihnen unabhängigen Senat gegenüber, sondern hatten in einer gemeinsam gebildeten Regierung zum Teil gegensätzliche Interessen zu vertreten. Alle Hamburger Demokraten waren sich jedoch einig in dem Willen, die SPD auch bei veränderten Mehrheitsverhältnissen nicht von der Regierung auszuschließen, um die in den ersten Nachkriegsmonaten erfahrene revolutionäre Dynamik in der Arbeiterschaft nicht erneut zu entbinden.

Eine weitere Ursache für die scheinbar konservative Entwicklung vieler älterer Demokraten lag darin, daß sie der Überzeugung waren, nur ein reicher Staat wie das alte Hamburg und eine blühende Wirtschaft könnten sich eine großzügige Sozialpolitik leisten, nach dem verlorenen Krieg aber seien die Kosten für den Wiederaufbau der Produktion und die Lasten aus dem Versailler Vertrag allein durch erhebliche Mehrarbeit, große Verzichtes aller Bevölkerungskreise und äußerste Sparsamkeit im privaten und öffentlichen Bereich aufzubringen.⁶⁵ Da sie eine strukturelle Neuordnung der Wirtschaft ablehnten, bedeutete diese Konzeption, daß die Folgen der Niederlage in erster Linie von den Arbeitnehmern, Kleinrentnern und proletarisierten Angehörigen des selbständigen Mittelstandes zu tragen waren. Auf solche Weise konnte es dazu kommen, daß der Repräsentant des linken Flügels innerhalb des Vorkriegsliberalismus, Petersen, nach der Revolution von rechtsgerichteten Demokraten für sich in Anspruch genommen wurde.⁶⁶

Gegenüber der politischen Linie ihrer Parteiorganisation fühlten sich die alten Liberalen in Senat und Bürgerschaft durchaus frei. Entsprechend der früheren, aus der Zeit der Honoratiorenparlamente stammenden Auffas-

sung verlangten sie, in ihren Ämtern ausschließlich nach eigenem Ermessen zu handeln. Der Parteiausschuß erhielt selten Gelegenheit, in der Bürgerschaft anstehende, politisch wichtige Fragen vorher zu beraten, und selbst der Vorstand der Hamburger DDP erfuhr von den Entscheidungen der demokratischen Senatoren häufig erst im nachhinein.⁶⁷ Die Parteigremien besaßen jedoch keine Möglichkeit, stärkeren Einfluß zu erzwingen, da der Landesverband, wie sich 1927/28 sehr deutlich zeigte, bei Wahlen auf die langjährigen Spitzenpolitiker, an erster Stelle: Carl Petersen, wegen ihres hohen Ansehens bei der Bevölkerung angewiesen war.⁶⁸

Die Politik der Hamburger DDP erschien der Öffentlichkeit infolge dieser Verhältnisse oft zwiespältig. Dem konsequent progressiven Kurs ihrer Führungsgremien, der Verbindung liberaler Grundwerte mit sozialen Zielen und dem entschiedenen Engagement für die demokratische Republik, hatte sie es zu verdanken, daß sie sich in Hamburg weit besser behaupten konnte als im Reich. Gleichzeitig zeigten aber die Inhaber der wichtigsten politischen Funktionen immer wieder Auffassungen, die mit der generellen Linie der Landesorganisation unvereinbar waren. Die entstehende Unklarheit trug dazu bei, daß die DDP auch in Hamburg manches von ihrer ursprünglichen Anziehungskraft auf fortschrittlich denkende, zum Neubeginn entschlossene Kräfte verlor und vor allem die Jugend nicht mehr mit dem gleichen Erfolg ansprechen konnte.⁶⁹

Das Ringen um die Demokratisierung der Verwaltung

Ebenso problematisch wie für die DDP selbst war die konservative Grundhaltung vieler ihrer älteren Spitzenpolitiker für den sozialdemokratischen Koalitionspartner. Sie boten den Kritikern innerhalb der SPD und den weiter links stehenden Konkurrenten um die Stimmen der Arbeiterschaft immer wieder gute Ansatzpunkte, um der sozialdemokratischen Führung ihre Zusammenarbeit mit dem Bürgertum vorzuwerfen. Gefährlich waren solche Angriffe freilich erst deshalb, weil es die SPD gegenüber den wichtigsten Aufgaben der verfassungsgebenden Bürgerschaft an Initiative und Zielstrebigkeit fehlen ließ, während die DDP die Verwirklichung ihrer Vorstellungen meist viel entschlossener vorantrieb.

Schon bei der ersten wichtigen Handlung der neuen Bürgerschaft, der Verabschiedung einer vorläufigen, bis zum Abschluß der Verfassungsberatungen gültigen Notverfassung, zeigte die SPD einen bedenklichen Mangel an Konsequenz. Obwohl ihr Sprecher betonte, daß die Bürgerschaft dank der Revolution in Zukunft die Trägerin der höchsten Staatsgewalt und einzige gesetzgebende Körperschaft in Hamburg sein werde,⁷⁰ übernahm die SPD einen Entwurf des alten Senats als eigenen Antrag, während der Übergangszeit für alle nicht auf die Verfassung bezüglichen Gesetze weiterhin den übereinstimmenden Beschluß von Senat und Bürgerschaft zu fordern. Lediglich dem Drängen der Demokraten war es zu danken, daß diese Bestimmung beseitigt wurde. Da nach dem Verzicht der SPD auf die Mehr-

heit im Senat mit abweichenden Voten zu rechnen war, hätten die Sozialdemokraten sonst immer wieder vor der Alternative gestanden, entweder das geplante Gesetz aufzugeben oder den Senat zu stürzen. Gerade in der entscheidenden Neuordnungsphase wäre dadurch die Gesetzgebungsgewalt der parlamentarischen Mehrheit einschneidend beeinträchtigt und den Anhängern des alten Systems über seine Repräsentanten im Senat erheblicher Einfluß eingeräumt worden.

Indem sich die sozialdemokratische Fraktion dennoch zu einer so weitreichenden Konzession bereit fand, bewies sie ihr geringes Gespür für die Bedingungen der Macht. Die politische Bedeutung der alltäglichen kommunalen Aufgaben wurde von ihr offenbar unterschätzt. Dabei übersahen die sozialdemokratischen Abgeordneten, daß die Beurteilung des neuen Staates in hohem Maß von der Gestaltung der konkreten Lebensbedingungen abhing und daß die Verfassungswirklichkeit durch die vielen kleinen, für sich betrachtet, wenig bemerkenswerten parlamentarischen Entscheidungen mitbestimmt wurde. Ob die Demokraten diese Zusammenhänge besser durchschauten oder den umstrittenen Artikel nur aus prinzipiellen juristischen Bedenken ablehnten, muß allerdings offen bleiben. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß diese Frage unterschiedlich zu beantworten ist. Bei den älteren Demokraten standen anscheinend rechtliche Erwägungen im Vordergrund, während bei den Vertretern der neuen Gruppen in der DDP politische Gesichtspunkte maßgebend waren.

Nicht zweifelhaft ist dagegen, daß die Demokraten auch bei den anschließenden eigentlichen Verfassungsberatungen dominierten. Die sozialdemokratische Fraktion vertraute, ja unterwarf sich dem überlegenen juristischen Sachverstand in der DDP. Selbst auf wichtige politische Ziele verzichtete sie, wenn die Demokraten – wie zum Beispiel bei der Behandlung des Räteartikels⁷¹ – die politische Motivation ihrer abweichenden Entscheidung hinter Rechtsgründen verbargen. Sozialistische Vorstellungen spielten in der Hamburger Verfassung eine ebenso geringe Rolle wie in der Reichsverfassung.

Mindestens so dringend wie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung war die Änderung der realen gesellschaftlichen Machtverhältnisse, wenn die durch die Revolution eröffneten politischen Möglichkeiten verwirklicht werden sollten. Im Stadtstaat Hamburg, der keine militärischen Aufgaben zu erfüllen hatte, erforderte das Eingriffe in die überkommenen Machtstrukturen vor allem in den Bereichen der Verwaltung und der Wirtschaft. Die Schaffung eines loyalen, demokratischen Beamtenapparates mußte gerade für SPD und DDP das vordringliche Ziel sein, da sie bei der Realisierung ihrer politischen Konzeption, Veränderungen durch Reformen zu erreichen, auf die Mitarbeit der Bürokratie angewiesen waren.

Die Voraussetzungen für eine grundlegende Umgestaltung der Verwaltung waren in Hamburg besonders günstig. Anders als z. B. in Preußen, wo ein leistungsfähiger Beamtenapparat noch immer Anerkennung fand, wurde die Reorganisation der Hamburger Verwaltung seit langem in der Öffentlichkeit diskutiert. Seit sich 1910 eine sogenannte Gemischte Kom-

mission aus Senats- und Bürgerschaftsmitgliedern dieser Aufgabe angenommen hatte, stand sie offiziell auf dem Programm. Besonders nachdrücklich hatten SPD und Vereinigte Liberale seitdem auf ihre Durchführung gedrängt, waren aber an der Verschleppungstaktik von Senat und Behörden gescheitert.⁷² Kurz vor Kriegsende löste sich die Gemischte Kommission auf, ohne ihrem Ziel einen Schritt näher gekommen zu sein.

Die Hamburger Verwaltungsorganisation zeichnete sich durch eine extreme Zersplitterung in kleine und kleinste Behörden aus, deren Zuständigkeiten selten klar abgegrenzt waren.⁷³ Der ursprünglich für die Bedürfnisse der Stadt geschaffene Apparat hatte nach und nach die Verwaltungsaufgaben eines Staates übernommen, ohne daß der Aufbau den neuen Bedingungen hinreichend angepaßt worden war. Die so entstandene, zur Zeit der Revolution noch unveränderte Situation hatte ein Kritiker bereits vor der Jahrhundertwende beschrieben: »Die Staatsregierung versucht man nach Art der kommunalen Selbstverwaltung auszuüben und die Kommunalverwaltung liegt, wenig ausgebildet, in den Händen der Staatsbehörden.«⁷⁴ Um den neuen, infolge der starken Bevölkerungszunahme im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beschleunigt wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, waren dem alten Apparat immer weitere Behörden hinzu-, aber nicht eingefügt worden, so daß schließlich in der Hamburger Verwaltung »das einzige System in der Gliederung die Systemlosigkeit zu sein« schien.⁷⁵ Zur Zeit der Revolution gab es etwa sechzig Behörden.⁷⁶ Daß diese »Organisation« dennoch, wenn auch wenig effektiv, funktionierte, war lediglich den besonderen Bedingungen des Stadtstaates zu danken, in dem die Behördenmitglieder Unklarheiten rasch im persönlichen Gespräch ausräumen konnten. Doppelarbeit und Verzögerungen auf Grund zweifelhafter Kompetenzregelungen waren freilich an der Tagesordnung.

Das Bild beträchtlicher Kraftvergeudung wurde dadurch vervollständigt, daß die meisten, auch zahlreiche kleinere Behörden, von Senatoren geleitet wurden. Nach der alten Hamburger Verfassung war der Senat nicht nur Regierung, sondern auch oberste Verwaltungsbehörde. In Erfüllung dieser Aufgabe begnügten sich die lebenslänglich berufenen, durchweg juristisch geschulten oder im Wirtschaftsleben erfahrenen Senatoren nicht damit, die Ausübung der Verwaltung im Sinne der Regierung zu kontrollieren, Richtlinien zu geben und in politisch wichtigen Angelegenheiten zu entscheiden, sondern erledigten selbst einen erheblichen Teil der laufenden Geschäfte. Auch als das Versagen dieses Systems bei der Choleraepidemie von 1892 zum Anlaß wurde, ihnen 1896 eine – immer noch kleine – Zahl durch ein technisches oder juristisches Studium qualifizierter Oberbeamten an die Seite zu stellen, änderten sich die Verhältnisse nicht grundsätzlich. Weiterhin galt, was einer dieser Oberbeamten rückschauend bemerkte: »Der Senat war berufen, zugleich zu regieren und zu verwalten, aber viele seiner Mitglieder hatten am Verwalten mehr Spaß.«⁷⁷ Dieses Verhaltensmuster wirkte in der Weimarer Republik in der verbreiteten Überzeugung nach, daß im Stadtstaat mehr administrative als politische Entscheidungen zu treffen seien. Da die neuen Oberbeamten in den Sitzungen der

kollegial beschließenden Behörden nur beratende Stimme hatten, blieb die Vorherrschaft der Laien in der Hamburger Verwaltung bis zur Auflösung des alten Staates ungebrochen.

Vereinfachung und rationelle Durchorganisation dieses schwerfälligen Apparates waren nach der Revolution dringend notwendig, wenn die Verwaltung die mit der Liquidation des Krieges zusammenhängenden Aufgaben bewältigen und darüber hinaus den Anforderungen gerecht werden sollte, die in dem von SPD und DDP erstrebten modernen Sozialstaat auf sie zukommen würden. Mit der Rationalisierung der Verwaltung war zugleich das schwierige Problem ihrer Kontrolle zu lösen. Ein besonderer Ansatzpunkt bestand in Hamburg dadurch, daß die meisten, darunter alle wichtigen Behörden als »Deputationen« organisiert waren. Durch das Recht, eine Anzahl ehrenamtlicher Mitglieder in sie zu entsenden, die in prinzipiell bedeutenden Angelegenheiten mitentscheiden und Einblick in die laufenden Geschäfte nehmen konnten, besaß die Bürgerschaft neben den in allen parlamentarisch regierten Staaten gegebenen Mitteln eine zusätzliche Möglichkeit, Einfluß auf die Verwaltung auszuüben. Die Schwierigkeiten, diese Chance in der Praxis zu nutzen, hatten allerdings schon vor dem Krieg Anlaß zur Klage geboten: Alle – richtiger: alle alten – Fraktionen hätten die Erfahrung gemacht, daß ihre Mitglieder, sobald sie »in die Behörden hineinkommen, [...] fiskalisch werden«, da »der Einfluß der Oberbeamten auf die nicht fachkundigen bürgerlichen Mitglieder der Deputation« sehr groß sei.⁷⁸ Ob sich Deputierte, die, wie die Sozialdemokraten, nicht derselben Gesellschaftsschicht wie die Oberbeamten entstammten oder, wie die Vereinigten Liberalen, die dort gängigen Leitvorstellungen zum Teil mit Skepsis betrachteten, dem besser würden entziehen können, mußte sich nach der Revolution zeigen. Die Gefahr, in Abhängigkeit zu den Fachbeamten zu geraten, wurde mit der Zunahme und Komplizierung der Staatsaufgaben immer größer. 1928 bekannte der sozialdemokratische Finanzexperte, Hans Podeyn, in der Bürgerschaft, der Haushaltsausschuß sei außerstande gewesen, in der zur Verfügung stehenden Zeit alle 1 500 Positionen der Etatvorlage auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen, und es sei ihm daher nicht gelungen, »in den Punkten, in denen er glaubt recht zu haben, Finanzdeputation und Rechnungsamt gegenüber die Richtigkeit seiner Auffassungen [zu] beweisen«.⁷⁹

Mit der Ausdehnung des staatlichen Sektors vergrößerten sich jedoch nicht nur die Probleme, auch die Notwendigkeit wuchs, die Verwaltung parlamentarisch zu kontrollieren. Dadurch, daß der Staat fortwährend tief in das Leben des einzelnen eingriff, gewann die öffentliche Verwaltungstätigkeit immer größere politische Bedeutung. Es reichte deshalb nicht, die Gegner der Republik aus dem Staatsdienst auszuschalten – obwohl auch diese Aufgabe nicht zu unterschätzen war. Nicht nur in den Erziehungsberufen, im Justiz- und Polizeiwesen, auch in scheinbar völlig »unpolitischen« Ämtern gab es Möglichkeiten, den neuen Staat zu unterwühlen, indem etwa das ratsuchende Publikum mit Bemerkungen abgefertigt wurde wie: »Wenn ihr Schuster und Schneider in die Regierung wählt, be-

schwert euch bei diesen da oben!«⁸⁰ Darüber hinaus mußten Garantien geschaffen werden, daß die Beamtenschaft die von der Bürgerschaft beschlossene Politik voll mittrug und sie nicht infolge geheimer Vorbehalte oder aus Verständnislosigkeit gegenüber den zugrunde liegenden Absichten bei der Ausführung verfälschte.

Die ersten Entscheidungen der SPD sprachen nicht dafür, daß sie die politische Bedeutung der Verwaltungsreform genügend erkannte. Wie bei dem Verzicht auf die Senatsmehrheit und dem Antrag, dem Senat in laufenden Angelegenheiten zunächst die gleiche Gesetzgebungsgewalt einzuräumen wie der Bürgerschaft, war die Sorge, die Staatsmaschinerie in den schwierigen Monaten nach dem Zusammenbruch in Gang zu halten, stärker als der Wille, die vorrevolutionären Machtstrukturen zu beseitigen.⁸¹ Kein Beamter wurde von den Hamburger Sozialdemokraten aus seiner Stellung verdrängt. In ihrem Notverfassungsentwurf schlug die Bürgerchaftsfraktion sogar vor, den Ämterzwang für die ehrenamtlichen Behördenmitglieder aufrechtzuerhalten. Gegen ihren Willen sollten Deputierte in staatlichen Schlüsselpositionen bleiben, die entschlossen waren, sich mit den neuen Verhältnissen nicht abzufinden, und aus dem Zwang zur Fortführung ihrer Ämter die moralische Rechtfertigung herleiten konnten, in ihnen die neue Politik zu bekämpfen. Wieder war es die DDP, die darauf bestand, die völlige Neuwahl der Beiräte zu ermöglichen. Die Sozialdemokraten hatten sich mit der Zuwahl weiterer Mitglieder in die sonst unveränderten Behörden begnügen wollen. Sie verkannten, daß diese neuen Deputierten den seit langen Jahren eingearbeiteten keinen Widerpart bieten und deshalb die in sie gesetzte Erwartung nicht erfüllen konnten, demokratischen Geist in die Verwaltung einzuführen. Noch 1924 mußte der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Perner zugeben, daß sich die Mitwirkung der »neuen Bürger aus den bisher ausgeschlossenen Arbeiterschichten« in den Behörden wenig bemerkbar gemacht habe, weil eben »ein allmähliches Hineinarbeiten« erforderlich sei.⁸²

Nach dem Kapp-Putsch trat die politische Dringlichkeit der Verwaltungsreform schärfer ins Bewußtsein. Über die Notwendigkeit, die Demokratisierung im öffentlichen Dienst endlich voranzutreiben, waren sich SPD und DDP vollkommen einig. Der spätere sozialdemokratische Polizeisenator, Adolph Schönfelder, sah darin geradezu die »Existenzfrage für die ganze deutsche Republik« wie für die Partei selbst.⁸³ Abgeordnete der DDP warfen dem Senat Ende 1920 vor, dem republikfeindlichen Treiben deutschnationaler Beamter in den Behörden allzu lange tatenlos zugesehen zu haben.⁸⁴ Ein wesentlicher Grund für die gegenwärtigen »verwirrten Zustände« liege darin, daß sich die politische Umwälzung in der Verwaltung noch nicht ausgewirkt habe und »die Widerstände, die sich dort finden, [...] zum Teil die guten Absichten der Regierung« zunichte machten.⁸⁵ Es sei daher Pflicht der Senatoren, »in ganz anderer Weise wie bisher [...] darüber zu wachen, daß die höheren Beamten nur diejenige Politik treiben, die der Senat von ihnen erwartet und ihnen vorschreibt«.⁸⁶

Der Weg, um dieses Ziel zu erreichen, war dagegen zwischen den Koali-

tionsparteien umstritten. Die DDP forderte als Voraussetzung dafür die möglichst weitgehende Trennung von Regierung und Verwaltung. Nur bei vollständiger Entlastung vom »Kleinkram« der Administration könnten die Senatoren ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden, den politischen Willen von Bürgerschaft und Senat in den Behörden durchzusetzen. Die Zusammenfassung politischer und administrativer Funktionen im Senat verhindere zudem, daß die traditionelle Mitwirkung durch die Bürgerschaft gewählter Verwaltungsmitglieder zu einem Instrument demokratischer Kontrolle ausgestaltet werde. Nur wenn an der Spitze der Behörde ein Berufsbeamter stehe, so daß sich Kritik an der Geschäftsführung gegen ihn, nicht gegen einen Senator richte, könnten die einer Koalitionspartei angehörenden Deputierten auf Mißstände hinweisen, ohne zugleich eine politische Krise auszulösen.⁸⁷

So richtig diese Argumentation war, die zentrale Frage wurde nicht berührt, wie Senatoren und Deputierte angesichts der Komplizierung der Verwaltungsaufgaben, in die einzudringen für Laien immer schwerer wurde, überhaupt noch eine Kontrolle über die Fachbeamten ausüben konnten. Der Vorschlag, den bisher achtzehnköpfigen Senat auf sieben bis zehn, oder gar vier bis fünf Mitglieder zu verkleinern, sprach dafür, daß die maßgebenden Politiker der DDP die Tragweite dieser Problematik nicht erkannten.⁸⁸

Die Auffassungen über die wünschenswerte Größe des Senats hingen nicht zuletzt davon ab, wie das Verhältnis von politischen Entscheidungen und Verwaltungsaufgaben im Stadtstaat beurteilt wurde. Die Meinungen darüber gingen in der Hamburger DDP offenbar auseinander. Die Spannungen zwischen den neuen, um politische und gesellschaftliche Anerkennung noch ringenden Gruppen in der Partei und den etablierten Liberalen traten auch in dieser Frage zutage. Während der erst 1918 zur DDP gestoßene Volksschullehrer und langjährige Vorkämpfer einer demokratischen Schulreform, Theodor Blinckmann, den politischen Charakter fast aller Bürgerschaftsberatungen und Verwaltungsmaßnahmen betonte,⁸⁹ setzten sich die Juristen und altbewährten Parlamentarier in der Fraktion mit ihrer Auffassung durch, daß »in einem Stadtstaat, wo Regierung und Verwaltung zusammenfallen, [...] die eigentlichen grundlegenden politischen Fragen mehr in den Hintergrund treten, die Verwaltung in den Vordergrund.«⁹⁰

An der Spitze dieser Gruppe stand wieder Carl Petersen. Den Anspruch der SPD, als stärkste Partei endlich den 1. Bürgermeister zu stellen, wies er 1928 mit der Begründung zurück: »Es gilt für alle drei Parteien [der Regierungskoalition] mehr städtische als staatliche Politik zu machen, d. h. mehr zu verwalten als zu politisieren. Erlaubt man mir nicht, mein Amt in diesem Sinne zu führen; will man den Bürgermeister zu einem Parteifunktionär machen, so werde ich auf meinem Posten nicht bleiben.«⁹¹ Verwaltung und Politik waren für Petersen selbstverständliche Gegensätze; der politische Charakter der Verwaltungstätigkeit wurde nicht gesehen. Hinter der Äußerung stand die für viele Liberale typische Illusion, daß es außerhalb der im Reich betriebenen »Großen Politik« weite Bereiche gebe, in denen

nach allgemein gültigen, sachlichen Gesichtspunkten entschieden werden könne. Daß auch in den Kommunen immer für oder gegen bestimmte Interessen Stellung genommen, d. h. politisch gehandelt werden mußte, wurde verkannt. Daraus ergab sich die Geringschätzung der nur einem Teil der Bevölkerung verpflichteten Parteien und Parteifunktionäre gegenüber der vermeintlich über den Einzelinteressen und den politischen Gegensätzen stehenden Persönlichkeit an der Spitze des Staates.

Die Überzeugung, daß es in Hamburg überwiegend »unpolitische« wirtschaftliche, technische und kommunale Aufgaben zu lösen gelte, wurde vor allem in der DVP geteilt.⁹² Der ideologische Gehalt dieser Theorie trat dabei besonders klar zutage: Sie diente in erster Linie dazu, den Einfluß der von der DVP vertretenen, als »sachverständig« anerkannten Wirtschaftskreise zu sichern. 1920 war die Stellungnahme der DVP zwar ohne praktische Bedeutung, sie wurde aber bei den endgültigen Beratungen über die Verwaltungsreform 1926 um so wichtiger, da die DVP nach ihrem Eintritt in die Koalition Anfang 1925 die Position derjenigen stärkte, für die das keine politische, sondern eine technische Frage war.

Die Vorschläge der DDP, den stark verkleinerten Senat auf reine Regierungsaufgaben zu beschränken, wurden von der SPD entschieden abgelehnt. Sie sah darin einen Versuch, die Verwaltung gegen den parlamentarisch verantwortlichen Senat abzuschließen, um sie dem sozialdemokratischen Einfluß wieder zu entziehen und von neuem ganz dem akademisch gebildeten Bürgertum zu überantworten. Die geforderte »Fünfmännerregierung«, die in sich verschiedene politische Richtungen berge, sei mit Sicherheit außerstande, sich gegen die Bürokratie durchzusetzen, so daß Hamburg, wenn die demokratischen Pläne verwirklicht würden, »pro forma eine parlamentarisch-demokratische Regierung, de facto . . . eine Beamtenherrschaft hätte.«⁹³

Wie der »Absolutismus« der leitenden Beamten verhindert werden sollte, war der SPD jedoch ebensowenig klar wie der DDP. Auch als Mitglieder eines vierzehn- bis achtzehnköpfigen Gremiums waren die sozialdemokratischen Senatoren überfordert, wenn ihre Partei allein in ihrer Mitarbeit in der Verwaltung schon eine Gewähr für deren demokratische Entwicklung sah. Vor der Aufgabe, die kastenmäßige Abschließung der höheren Beamtschaft aufzubrechen, um wenigstens langfristig eine politische Umorientierung zu erreichen, kapitulierte die Hamburger SPD von vornherein. Sie nahm es hin, daß das akademische Studium nach wie vor ein Privileg der besitzenden Klasse sei, und fand sich resigniert mit der Aussicht ab, auch in zehn Jahren noch über kein Kräfte-reservoir zu verfügen, um höhere Beamtenstellen mit eigenen Anhängern zu besetzen. Soziale Herkunft und Einstellung der Studentenschaft ließen darauf schließen, daß ein Sozialdemokrat als höherer Verwaltungsbeamter oder Richter dann fast ebenso selten sein werde wie vor dem Krieg – mit dieser fatalistischen Prognose begnügte sich der Verfassungsexperte der Hamburger SPD, ohne auf Änderungen an den Hochschulen zu drängen oder das Monopol der Akademiker im höheren Staatsdienst in Frage zu stellen. Die Möglichkeit,

durch größere Durchlässigkeit zwischen dem gehobenen und dem höheren Dienst die Exklusivität des akademisch gebildeten Beamtenkorps zu beseitigen, wurde in Hamburg kaum genutzt. Auch eine demokratische Anregung, an die Spitze der Behörden gelegentlich Männer aus dem praktischen Leben zu berufen, »die sich in wirtschaftlichen Betrieben, in großen sozialen Genossenschaften oder in gewerkschaftlichen Organisationen als vorzügliche Verwaltungsmenschen bewährt« hätten,⁹⁴ fand bei der SPD keinen Widerhall. Nicht mehr Erfolg hatte der führende Beamtenvertreter in der DDP, Christian Koch, mit seinem Gedanken, gegen einen übermäßigen Machtzuwachs der Bürokratie dadurch eine Sicherheit zu schaffen, daß die leitenden Beamten nur auf Zeit angestellt würden.⁹⁵

Soziale Stellung und Zusammenhalt des Berufsbeamtentums als Gruppe wurden von der SPD nicht angetastet: Weder erhielt es Konkurrenz durch das Eindringen neuer Schichten in den höheren Staatsdienst, noch wurde das durch die Lebenslänglichkeit der Anstellung gegebene Sicherheitsgefühl beeinträchtigt. Die Hamburger Sozialdemokraten beschränkten sich bei den Auseinandersetzungen um die Verwaltungsreform darauf, den einmal erreichten Einfluß zu verteidigen, indem sie an der traditionellen Doppelfunktion des Senats als Regierung und oberster Verwaltungsbehörde festhielten. Um die Demokratisierung der Verwaltung voranzutreiben, fehlte es ihnen an der nötigen Konzeption und an Durchsetzungskraft, so daß die dafür günstigsten Jahre ungenutzt blieben und die Lösung dieser Aufgabe in immer weitere Ferne rückte.

Als der Senat 1924 endlich einen Entwurf für ein neues Verwaltungsgesetz vorlegte, machte sich die restaurative Tendenz, die die gesamte innenpolitische Entwicklung in Deutschland kennzeichnete, auch in ihm bemerkbar.⁹⁶ Nicht stärkere parlamentarische Kontrolle und Mitwirkung in der Verwaltung, sondern Festigung der Stellung von Senat und Berufsbeamtschaft war nun das Ziel. In das endgültige Gesetz über den Aufbau der Verwaltung von 1926 wurden zwar Sicherungen gegen den Versuch eingefügt, die Rechte der Deputierten auf einen bedeutungslosen Rest zu reduzieren; aber die erhebliche Verringerung ihrer Zahl von maximal 28 auf acht bis zwölf bei jeder Behörde und die genaue Festlegung eng begrenzter Kompetenzen ließen erkennen, daß der reibungslosen Erledigung der Vorrang vor der Transparenz der Verwaltungsarbeit gegeben wurde. Das Gesetz schuf die Voraussetzungen für eine Rationalisierung des komplizierten Verwaltungsapparats, indem es vor allem die Zusammenfassung der bestehenden ca. fünfundvierzig Behörden – ihre genaue Zahl konnte selbst der zuständige Senator nicht angeben – zu dreizehn Großbehörden vorschrieb. Um gleichzeitig die demokratische Entwicklung der Verwaltung zu fördern, leistete es nichts.⁹⁷

Dennoch war nicht dieser Punkt am heftigsten umstritten, sondern ein dem Senatsentwurf nachgebildeter Antrag der DVP, durch den sie die Bürgerschaft zwingen wollte, neben acht Abgeordneten vier »Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben« zu Finanzdeputierten zu wählen.⁹⁸ Wie sehr sich die Anhänger des Weimarer Staates bereits in der Defensive befanden,

machte diese Auseinandersetzung deutlich: Nicht der »Beeinflussung der Verwaltung im Geiste der neuen Volksverfassung«⁹⁹ galten die Anstrengungen von SPD und DDP, sondern der Abwehr von Bestrebungen, deren Verwirklichung die politische Kräfteverteilung in der wichtigsten Hamburger Behörde weiter zugunsten der Rechtsparteien zu verändern drohte. Da in die Deputationen ohnehin Mitgliedersämtlicher Parteien, auch der radikalen Oppositionsparteien, entsprechend ihrem Stärkeverhältnis in der Bürgerschaft gewählt wurden und die große Mehrheit der führenden Hamburger Wirtschaftler der DVP oder der DNVP nahestand, war abzusehen, daß die Finanzdeputation bei einer Annahme des volksparteilichen Antrags »der Regierungskoalition vollkommen entgegen« würde.¹⁰⁰

Der Vorstoß der DVP diente in erster Linie den Interessen der Handelskammer und der durch sie repräsentierten Kreise, die bis zum Krieg in der Finanzdeputation maßgeblichen Einfluß besessen hatten und 1926 anscheinend die Zeit für gekommen hielten, um sich die in der Revolution verlorene Machtposition zurückzuerobern. Dem Antrag lag die Absicht zugrunde, durch eine Stärkung der Finanzdeputation und ihre möglichst weitgehende Lösung von der Bürgerschaft ein Gegengewicht gegen die gesetzgebende Körperschaft zu schaffen. Begünstigt wurde dieser unter der Parole: »Weniger Parteipolitik, mehr Sachlichkeit!«¹⁰¹ geführte Angriff gegen die Souveränität des Parlaments durch die verbreitete, für Interessenbindungen blinde Hochachtung vor dem Fachverstand und die Überzeugung, daß in Hamburg mehr sachliche als politische Arbeit zu leisten sei. Der volksparteiliche Vorschlag entsprach dem in weiten Kreisen des Bürgertums lebendigen Mißtrauen gegen die Bereitschaft und die Fähigkeit von demokratisch gewählten Abgeordneten, eine »vernünftige« Finanzpolitik zu treiben. Er spiegelte darüber hinaus die in diesen Schichten übliche Geringschätzung der Parteien wider: Den angesehenen »Wirtschaftsführern« sollte erspart werden, über die verachteten Organisationen Einfluß zu gewinnen. Daß der Senat geneigt war, solchen Einstellungen Vorschub zu leisten, und eine Regierungspartei wegen der Ablehnung dieser Bestrebungen bei der Abstimmung über das wichtigste Gesetz der Legislaturperiode aus der Koalition ausbrach, deckte die unsichere Grundlage der Weimarer Parteidemokratie auch in Hamburg auf.

Die Erfolgsbilanz der SPD im Bereich der Verwaltung war wenig befriedigend. Noch Anfang 1928 mußte sie feststellen, »daß leider nur ganz wenige Angehörige der Sozialdemokratischen Partei Oberbeamtenstellen innehaben«. Unter den acht Staats- und vier Senatsräten war kein Sozialdemokrat.¹⁰² Die Behördenpräsidenten, das heißt die leitenden Berufsbeamten, standen mit wenigen Ausnahmen dem rechten Flügel der DDP, der DVP oder gar der DNVP nahe. Besonders bedenklich war für die SPD, daß sie in der Finanzdeputation kaum Einfluß besaß.¹⁰³

Entgegen aller Verfassungstheorie verfügte die Finanzdeputation, wie die Sozialdemokraten inzwischen erkannt hatten, über große politische Macht in Hamburg.¹⁰⁴ Dadurch, daß sie in jede andere Behörde ein Mitglied delegierte, nahm sie schon dort an wichtigen Entscheidungen – oft

ausschlaggebend – teil. Der Senat ließ seine Anträge der Bürgerschaft erst zugehen, wenn die Finanzdeputation ihnen zugestimmt hatte, so daß sie Gelegenheit erhielt, Modifikationen oder sogar den Verzicht auf eine Vorlage zu erzwingen. Da die Bürgerschaft wegen der Komplizierung der Gesetzgebungsmaterie und der Fülle der Aufgaben nur noch sehr selten mit Initiativanträgen vorgehen konnte, sprach praktisch die Finanzdeputation bei vielen, auch bei kulturellen und sozialpolitischen Vorhaben das letzte Wort. Pläne der Parteien, für die die Finanzdeputation die Mittel verweigerte, waren im allgemeinen von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Als sich die SPD deshalb seit 1927 bemühte, das in den ersten Nachkriegsjahren Versäumte nachzuholen, und verstärkt auf mehr Einfluß in der Finanzdeputation sowie die Besetzung leitender Beamtenstellen mit Sozialdemokraten drängte, stieß sie auf den energischen Widerstand der gesamten bürgerlichen Presse und aller bürgerlichen Parteien einschließlich der DDP, die sich ihrerseits inzwischen eine starke Position in der Verwaltung geschaffen hatte und wenig geneigt war, diesen Einfluß zu teilen.¹⁰⁵ Für die Republik war der Erfolg der DDP freilich ein ungenügender Ausgleich für das Versagen der SPD; denn manche der neuen Demokraten in der Beamtenschaft hatten sich der DDP weniger aus Begeisterung für den demokratischen Staatsaufbau als in der Hoffnung angeschlossen, so ihre Karriere am besten fördern zu können. Sie gingen 1933 ebenso leicht zur NSDAP.¹⁰⁶

Als Ergebnis der Koalitionsverhandlungen 1928 erreichte die SPD trotz ihres Wahlerfolgs lediglich, daß ein sozialdemokratischer Senatsrat ernannt wurde – weit entfernt vom eigentlichen Zentrum der Auseinandersetzung um den Staatsapparat bei der Hamburgischen Gesandtschaft in Berlin, wo er zudem durch einen dem rechten Flügel der DVP angehörenden Gesandten kontrolliert wurde. An der Situation in der Finanzdeputation änderte sich nichts.¹⁰⁷ Daß von den dreizehn Behörden, wie in der Presse der SPD hervorgehoben wurde, um einer möglichen Enttäuschung der Anhänger vorzubeugen, sieben sozialdemokratische Senatoren erhielten, war in Wahrheit kein Ersatz. Wie wenig die Senatoren der SPD den Erwartungen hatten genügen können, die Verwaltung mit neuem Geist zu erfüllen, war inzwischen hinreichend deutlich geworden. So sah sich der sozialdemokratische ärztliche Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Barmbeck, Andreas Knack, durch die Praxis, wichtige Projekte erst in letzter Minute in der Bürgerschaft einzubringen, nachdem sie monatelang in den Behörden gelegen hätten, zu der Schlußfolgerung veranlaßt: »Die Verwaltungsbehörden sind in ihrer Mentalität vielfach noch so eingestellt, daß die Bürgerschaft nur das Gremium ist, das wohl oder übel den Vorschlägen der Verwaltung zustimmen muß.«¹⁰⁸ Der Geschäftsführer der DDP, Gerhard Meuthen, beschwerte sich über die Hamburgische Beleihungskasse für Hypotheken: Sie »ist mit einer Behörde zu vergleichen, wie wir sie in der Vorkriegszeit hatten, als die Bürger, die Untertanen, überhaupt nichts zu melden hatten, sondern nur die Behörden als solche.«¹⁰⁹ Über andere Behörden wurden ähnliche Klagen laut. Auch wenn sie von einem sozialde-

mokratischen Präses geleitet wurden, war die meist konservative Haltung der Oberbeamten prägender als der Einfluß des Senators.¹¹⁰

Besonders klar trat das in der Wohlfahrtsbehörde zutage. Obwohl seit 1919 sozialdemokratische Senatoren an ihrer Spitze standen, war der Geist der alten Armenverwaltung, in der Unterstützung als Almosen gewährt und mit Erziehungsabsichten verbunden worden war, auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik noch nicht aus ihr geschwunden.¹¹¹ Ihr Präsident, der Volksparteiler Oskar Martini, trug zudem keine Bedenken, gelegentlich seine Rechtsauffassung dem eindeutigen Willen des Parlaments überzuordnen: Als der Reichstag 1928 eine Rentenerhöhung mit einer Entschließung verabschiedete, daß den Sozialrentnern die Mehrbezüge nicht durch Kürzung der Fürsorgeleistungen wieder genommen werden sollten, legte Martini in einem Rundschreiben an die Wohlfahrtsstellen die Unhaltbarkeit dieser Resolution und eines entsprechenden Durchführungserlasses des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt ausführlich dar. Nachdem Zweifel über seine Haltung nicht mehr möglich waren, schloß er, »aus faktisch politischen Erwägungen« müsse die Wohlfahrtsbehörde »wie wiederholt bei den vorhergegangenen Rentenerhöhungen auf einwandfreie klare Anweisungen verzichten«.¹¹²

Martini war wie fast alle hohen Hamburger Beamten bereits vor dem Krieg im Staatsdienst tätig gewesen. Infolge der vorsichtigen Personalpolitik der SPD war der Altersaufbau der Hamburger Beamtenschaft recht ungünstig. Schon 1924 war ausgerechnet im volksparteilichen Hamburgischen Correspondenten gefordert worden, für eine Verjüngung der Verwaltung zu sorgen, damit »der ungeheure Wandel politischen Denkens in den letzten zehn Jahren« auch hier zum Ausdruck komme.¹¹³ Aber noch 1929 hatten sechs der sieben Staatsräte und einer der vier Senatsräte schon vor 1914 dem hamburgischen Staat gedient.¹¹⁴ Diese alten Beamten hatten damals nicht nur ihr fachliches Können erworben, sondern auch grundsätzliche Auffassungen über ihre eigene Stellung und das Verhältnis von Parlament und Bürokratie entwickelt. Auch wenn sie sich dem neuen Staat gegenüber loyal verhielten, hinderten sie diese Grundüberzeugungen, den veränderten politischen Gegebenheiten immer gerecht zu werden. Manches Mal fehlte es ihnen an Beweglichkeit, um den außergewöhnlichen sachlichen Aufgaben in der Weimarer Republik mit neuen Methoden zu begegnen.

Versäumte Eingriffe in wirtschaftliche Machtstrukturen

Die gleiche Zurückhaltung wie bei der Verwaltungsreform zeigten die Hamburger Sozialdemokraten bei der Aufgabe, die sie selbst für die wichtigste hielten, bei der Veränderung der alten Machtstrukturen im Bereich der Wirtschaft. Zwar bekannten sich die Sprecher der SPD in der Bürgerschaft und besonders vor den Wählern zu der Notwendigkeit, die politischen Errungenschaften der Revolution durch entsprechende Umvertei-

lung der wirtschaftlichen Macht zu sichern; darüber jedoch, wie die geforderte Sozialisierung der Wirtschaft, als Nahziel die Sozialisierung der Monopole, Großbetriebe und Transportunternehmen sowie das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer über Produktion und Verteilung des Arbeitsertrages erfolgreich durchzuführen seien, gab es offenbar keine genauen Vorstellungen. Dem erklärten Willen, die politische Macht zur Verwirklichung dieser Ziele einzusetzen, stand die Sorge entgegen, durch Eingriffe in die ohnehin schwer angeschlagene Wirtschaft ihren völligen Zusammenbruch herbeizuführen, zumindest aber ihre Konkurrenzfähigkeit zu beeinträchtigen und dadurch die bereits vorhandene Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Angesichts solcher Zweifel war die Führung der Hamburger SPD nicht geneigt, wegen der »Sozialisierungsgeschichte« die Koalition mit der DDP zu gefährden. Sie begnügte sich mit der Einsetzung eines Bürgerschaftsausschusses, der die Sozialisierungsmöglichkeiten prüfen sollte. Zu nennenswerten konkreten Maßnahmen kam es in Hamburg nicht.¹¹⁵

Selbst das wichtigste Zentrum wirtschaftlicher Macht in Hamburg, die Handelskammer, blieb von der Revolution fast unberührt. Nicht zuletzt der sozialdemokratischen Hochachtung vor dem Sachverstand hatte sie es zu danken, daß sie den politischen Umbruch ohne wesentliche strukturelle und personelle Veränderungen überstand. Auf diese Weise blieb die Grundlage ihres Einflusses und ihrer weithin einheitlichen politischen Ausrichtung erhalten. Als das Mitglied Eines Ehrbaren Kaufmanns¹¹⁶ und der Fraktion der Vereinigten Liberalen, Carl Bunzel, nach jahrelangen ergebnislosen Bemühungen um die Demokratisierung der Handelskammerwahlen Ende 1918 die Vergabe der meisten Sitze durch allgemeine, freie Wahlen verlangte, stieß er in dem zuständigen Bürgerschaftsausschuß nicht nur bei dem Abgeordneten der »Rechten« und Handelskammermitglied, Max M. Warburg, sondern auch bei dem Vertreter der Sozialdemokratie, dem wenig später zum Senator gewählten Paul Hoffmann, auf Widerspruch.¹¹⁷ Durch die Beseitigung der bindenden Wahlaufsätze, durch die der Handelskammer ein erhebliches Mitspracherecht bei ihrer Erneuerung eingeräumt wurde, wünschte Bunzel, in Übereinstimmung mit verschiedenen Warenvereinen, den neuen Wirtschaftszweigen und den kleinen und mittleren Betrieben eine stärkere Vertretung zu sichern, da die Handelskammer meistens Inhaber großer Firmen und alter angesehener Namen zur Wahl vorzuschlagen pflegte. Gleichzeitig sollte derjenige – 1918 nicht kleine – Teil der Kaufmannschaft mehr Einfluß erhalten, der die bisherige betont nationalistische und annexionistische Politik der Kammer ablehnte.

Demgegenüber machte sich Hoffmann die Argumentation der alten Fraktionen und der Handelskammer selbst zu eigen, daß es allein darauf ankomme, in ihr »möglichst berufene Sachverständige zu vereinigen«, und daß dies am besten durch weitgehende Beteiligung der Kammer an der Benennung der Kandidaten gewährleistet werde. Den Bestrebungen, neue Leute in die Handelskammer zu bringen, um dort einen Einstellungswandel vorzubereiten, trat er mit der Begründung entgegen, »daß man sich in jedem Berufe erst einarbeiten« und daß deshalb »jede Fluktuation unter den Handelskammer-

mitgliedern nach Möglichkeit verhütet werden« müsse. An dieser Auffassung hielt er fest, selbst als Warburg erklärte, »daß man die Schreier, die sich jetzt vorzudrängen versuchten, in der Handelskammer nicht gebrauchen könne«, und damit erkennen ließ, wie wenig Chancen diese traditionsbezogene Institution den Vertretern neuer Gruppen und neuer Vorstellungen einräumen würde. Die sozialdemokratische Schützenhilfe für die Handelskammer wurde zwar schließlich von der Fraktion unterbunden; infolge der schwankenden Haltung ihrer beiden Ausschußmitglieder, die auch nach dieser Intervention keineswegs rückhaltlos für die Anträge Bunzels stimmten, blieb die Gunst der Stunde, als die Handelskammer auf staatliche Finanzhilfe angewiesen war und daher selbst einschneidenden Änderungen hätte zustimmen müssen,¹¹⁸ jedoch ungenutzt.

Aber auch die Fraktion der SPD hatte für die Handelskammer im Grund kein Interesse. Gegen die Befürwortung bindender Wahlaufsätze durch sozialdemokratische Abgeordnete schritt sie aus prinzipiellen Erwägungen ein, ohne die politische Bedeutung der Kammerwahlen wirklich zu erkennen. Offenbar sah sie in der Auseinandersetzung um deren Ordnung einen rein internen Streit der Kaufmannschaft, der die eigenen Anhänger nicht berühre. Nur so ist es zu erklären, daß die SPD noch im Januar und Februar 1919 die Beratung dieser wichtigen Materie einem von der Vorkriegsbürgerschaft eingesetzten Ausschuß überließ und dem vorrevolutionären Senat erlaubte, einen Tag nach der Wahl der neuen Bürgerschaft ein in den entscheidenden Punkten wenig liberalisiertes Gesetz zu verabschieden, ohne alsbald dessen Revision zu betreiben.¹¹⁹

Durch das Desinteresse der SPD behielt die Handelskammer so viel Einfluß auf ihre Zusammensetzung, daß sie immer eine beträchtliche personelle Kontinuität wahren konnte. Bei der vollständigen Neuwahl der Handelskammer 1919 wurden für die Hälfte der dreißig Sitze Kandidaten vorgeschlagen und gewählt, die ihr schon früher, darunter 13, die ihr bereits vor dem Krieg angehört hatten. 1928 waren es immer noch sieben Mitglieder, die dieses Amt schon vor 1918 bekleidet hatten, zehn weitere saßen seit 1919 in der Kammer. Zwischen 1928 und 1933 wurden überhaupt nur acht neue Mitglieder hinzugewählt, darunter 1931 Carl Vincent Krogmann, der Sohn des langjährigen Kammermitglieds Richard C. Krogmann.¹²⁰

Infolge ihres Ansehens und ihrer überlegenen Erfahrung hatten die alten Kammermitglieder eine beherrschende Stellung inne. Da zur Zuwahl meistens Kaufleute vorgeschlagen wurden, die ihre Grundüberzeugungen teilten, zeigte die Politik der Handelskammer ein ausgesprochen konservatives Gepräge. Gerade in ihrem engeren Arbeitsbereich, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, hielt sie an der herkömmlichen liberalen Auffassung unbeirrt fest. Unkonventionelle Vorschläge hatten in ihr kaum eine Chance, was sich insbesondere in der Wirtschaftskrise, als es ständig außergewöhnliche Probleme zu lösen galt, verhängnisvoll auswirken sollte. Auch in allgemeinen politischen Fragen änderte sich die Haltung der Handelskammer nur allmählich und nicht grundlegend. Seit dem Kapp-Putsch und besonders seit dem Rathenau-Mord erlegte sie sich in ihren offiziellen Äußerungen größere

Zurückhaltung auf. Dem demokratischen Parteienstaat standen die meisten ihrer Mitglieder weiterhin bestenfalls reserviert gegenüber.

Dennoch verfügte die Handelskammer auf Grund der in ihr verkörperten wirtschaftlichen Macht und der fast allgemeinen Anerkennung ihrer Sachverständigenkompetenz auch in der Republik über erheblichen Einfluß. Allein in dem gesetzlich verankerten Recht, zu allen Handel und Schifffahrt betreffenden Senatsanträgen, das hieß nach der selten bestrittenen Interpretation der Kammer zum Beispiel auch zu den meisten Steuervorlagen, vor ihrer Einbringung in der Bürgerschaft gutachtlich Stellung zu nehmen, besaß sie ein wichtiges Instrument, um ihren Anschauungen Gehör zu verschaffen. Drei, nach der Verwaltungsreform zwei ihrer Mitglieder gehörten zudem der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe mit vollem Stimmrecht an, so daß sie nicht nur über deren Vorlagen mitentschieden, sondern über den Präses der Deputation auch auf den Senat einwirken konnten. Vollends seit diese Behörde nach der Bildung der Großen Koalition 1925 zur festen Domäne der DVP geworden war, identifizierte sie sich so sehr mit den Voten der Handelskammer, daß sie oft nur noch als deren verlängerter Arm erschien. Den Chef der Arbeitsbehörde veranlaßte das 1932 zu der Randbemerkung: »Die noch zu erwartende Äußerung der Deputation für Handel pp. wird kaum Bedeutung haben, weil sie sich zweifellos den neuen Ausführungen der Handelskammer anschließen wird.«¹²¹ Selbst wenn die Interessen des Staates und der Handelskammer unvereinbar aufeinanderstießen, wie bei der Frage einer Miete für das Börsengebäude, nahm die Deputation zugunsten der letzteren Stellung.¹²²

1928 gewann die Handelskammer dadurch, daß ihr erster Nachkriegspräses, Franz Heinrich Witthoefft, von der DVP in den Senat entsandt wurde, auch dort unmittelbaren Einfluß. Witthoefft blieb nach seinem Eintritt in den Senat nicht nur Mitglied der Handelskammer und nahm regelmäßig an ihren Sitzungen teil, sondern berichtete ihr auch über dessen grundsätzlich geheime Verhandlungen, stimmte das taktische Vorgehen mit ihr ab und bat, ihn mit Material und Vorschlägen zu unterstützen. Zwar gestand er zu, daß die Kammer »keine Nebenregierung werden« dürfe,¹²³ der Öffentlichkeit schien sie aber gelegentlich nicht mehr allzuweit davon entfernt zu sein. So hieß es anlässlich langwieriger Erörterungen über die Ernennung eines neuen Hamburgischen Gesandten in Berlin in einem volksparteilichen Wochenblatt: »Ob und wann ein Wechsel in der Gesandtschaft stattfindet, wissen die Götter, die Handelskammer und vielleicht noch die preußische Regierung.«¹²⁴ Ebenso wie die Bürokratie spielte die Handelskammer am Vorabend der Weltwirtschaftskrise noch immer eine wichtige Rolle in Hamburg, so daß ihren Stellungnahmen große Bedeutung zukam.

Strukturelle Probleme der SPD und der Verlust der republikanischen Mehrheit

Das Zögern der SPD, die Demokratisierung dieser Bereiche zu erzwingen, war nicht zuletzt Folge einer strukturellen Schwäche der Partei: Wie im Reich, so dominierten auch in Hamburg in den sozialdemokratischen Führungsgremien altbewährte, mehr organisatorisch als politisch begabte Kräfte. Durch die Praxis, vorzugsweise in langjähriger Partei- oder Gewerkschaftsarbeit erprobte Kandidaten vorzuschlagen und Amtsinhaber im allgemeinen wiederzuwählen, hatten neue Leute in der SPD nur geringe Aufstiegschancen. Sowohl die Überalterung von Vorstand und Bürgerchaftsfraktion als auch ihre traditionelle berufliche Zusammensetzung, die Vorherrschaft der über die verschiedenen Arbeiterorganisationen aufgestiegenen ehemaligen Facharbeiter aus alten handwerksmäßigen Berufen, der Lehrer und kleinen Angestellten, blieben während der Weimarer Republik daher unverändert.¹²⁵ Phantasie, Initiative und Gespür für politische Macht fehlten ihnen oft ebenso wie Weite des Blicks, um die politische Bedeutung scheinbar abgelegener Gebiete zu erkennen. Ein erheblicher Teil – 1928 ein Drittel – der sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder hatte zudem Funktionen im ADGB inne oder kam aus der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbürokratie und brachte von dort nicht nur die Kenntnis der Verwaltungsprobleme, sondern auch eine ausgeprägte Hochachtung für die staatliche Beamtenschaft mit, was deren Kontrolle zusätzlich erschwerte.

Politik und Zusammensetzung der sozialdemokratischen Führungsgremien im Reich und in Hamburg ließen die SPD an der Aufgabe scheitern, neue Bevölkerungsgruppen für sich zu gewinnen. Symptomatisch dafür war, daß die SPD bei den jungen Wählern zwischen zwanzig und dreißig Jahren nur begrenzten Erfolg hatte. Obwohl die Hamburger Organisation etwas besser abschnitt als die Reichspartei, waren sie auch hier deutlich unterrepräsentiert. Während 1928 in Hamburg fast 27% der wahlberechtigten Bevölkerung höchstens 30 Jahre zählten, stellte diese Gruppe 1928 nur 19,7%, 1931 20,3% der SPD-Mitglieder. An den gleichen Stichdaten hatten 30,5% bzw. 30,8% dagegen die 50, 9,8% bzw. 10,8% die 60 überschritten.¹²⁶ Die Überalterung der Mitgliedschaft war freilich ein Problem, das die SPD mit allen Parteien mit Ausnahme der KPD und später der NSDAP teilte.

In der Hamburger SPD trug dazu nicht zuletzt das Unvermögen bei, in der ungelerten Arbeiterschaft genügend Anhang zu gewinnen. Sie war in der Hansestadt im Vergleich zum übrigen Reich stark überrepräsentiert. Ihr Anteil an der Mitgliedschaft der SPD ging aber gegenüber 1914 von 31,0% auf 27,7% im Jahr 1921 und 27,1% im Jahr 1925 zurück.¹²⁷ Insbesondere die Hafendarbeiterschaft blieb in ihrer Mehrheit den Organisationsversuchen sowohl der SPD als auch der Freien Gewerkschaften unzugänglich. Während des Krieges hatte die Opposition gegen die »Burgfriedens-

politik« dort den meisten Anklang gefunden; durch die Unmöglichkeit, diese große, stark fluktuierende und stets von Arbeitslosigkeit bedrohte Gruppe von den Realisierungschancen des Sozialismus im parlamentarisch-demokratischen System zu überzeugen, bildete sie bis zum Fiasko des Oktober-Aufstands 1923 ein leicht zu mobilisierendes Potential für den Kampf gegen die Republik. In der Endphase des Weimarer Staates freilich konnte die KPD ihre Ziele bei den Hafendarbeitern nicht erreichen.

Der Mißerfolg bei den Industriearbeitern war auch dadurch nicht auszugleichen, daß sich die Sozialdemokraten verstärkt um die übrigen Arbeitnehmerschichten bemühten. Die Zahl der Beamten und Angestellten in der SPD stieg zwar, nachdem sie wegen der Zugehörigkeit zu einer »staatsfeindlichen« Partei keine beruflichen Repressalien mehr zu befürchten hatten, von 0,1 bzw. 1,5 % im Jahr 1914 auf 3,6 bzw. 4,1 % im Jahr 1919, 3,4 bzw. 9,4 % im Jahr 1928 und 3,8 bzw. 11,4 % im Jahr 1931; war aber im Vergleich zur Stärke der beiden Gruppen in Hamburg, wo sie 1925 fast 32 % der Bevölkerung stellten, immer noch sehr gering. Ein guter Teil dieser Angestellten und Beamten stammte zudem aus der Arbeiterschaft und war über die Partei oder die Freien Gewerkschaften in seine jetzige Position gelangt. In der SPD herrschte Zuversicht, daß die ökonomische Situation die Masse der unteren und mittleren Angestellten und Beamten an die Seite der Arbeiterschaft führen werde. Dabei verkannten die meisten Sozialdemokraten, wie sehr gerade der Wille, nicht ins Proletariat abzusinken, diese Schichten von dessen politischer Vertretung fernhielt. Die SPD blieb so zu etwa 60 % eine Arbeiterpartei – bei der Annahme, daß die große Mehrheit der mit 17 bis 18 % ausgewiesenen Hausfrauen derselben Bevölkerungsgruppe zugehörte, sogar zu knapp 75 % –, allerdings mit der wichtigen Einschränkung, daß sie nicht die gesamte Arbeiterschaft, sondern nur die qualifizierten, überwiegend handwerklich ausgebildeten und gewerkschaftlich organisierten, meist älteren Facharbeiter repräsentierte.¹²⁸

Das Dilemma der SPD, neue – bürgerliche – Wählerschichten durch ihre Politik gewinnen und diese gleichzeitig in der Arbeiterschaft verständlich machen zu müssen, führte zu schweren Rückschlägen bei den Wahlen. Schon bei der ersten regulären Bürgerschaftswahl im Februar 1921 verlor die SPD die absolute Mehrheit. Ihr Stimmenanteil ging von 50,5 % auf 40,6 % und bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1924 weiter auf 32,4 % zurück, so daß sie 15 und noch einmal 14 ihrer ursprünglich 82 Sitze einbüßte. Bei den Reichstagswahlen war der Rückschlag sogar noch etwas größer. Sowohl die Verluste der SPD als auch ihr Mißerfolg bei den zwischen 1919 und 1920 neu hinzugekommenen Wählern schlugen in erster Linie für die USPD und seit 1921 für die KPD zu Buche, die bei den Arbeitern der großen Industriebetriebe und Neuwählern ihre höchsten Gewinne erzielen konnten. Für die SPD und damit für die Republik waren diese Wähler oft endgültig verloren. Auch wenn sie später nicht für die KPD stimmten, war der Vorbehalt oder zumindest die Gleichgültigkeit gegenüber dem Weimarer Staat doch so groß, daß sie sich in ihrer Mehrheit nicht der SPD zuwandten, sondern den Wahlen fernblieben. Außer durch diese

Verluste wurde die SPD 1920/21 vermutlich dadurch geschwächt, daß ihre potentiellen Wähler in beträchtlicher Zahl Wahlenthaltung übten. Ein geringer Teil ihrer alten Anhänger ging zudem wohl zur DDP über.¹²⁹

Für die Stabilität der Republik war das praktisch ohne Bedeutung; denn auch die DDP mußte bis 1924 derartige Einbußen hinnehmen, daß dieser geringfügige Gewinn bei weitem aufgesogen wurde. Bei den Bürgerschaftswahlen konnte sie statt 20,5 % der Stimmen und 33 Mandaten im März 1919 zwei Jahre später nur noch 14,1 % der Stimmen und 23 Sitze, 1924 13,2 % der Stimmen und 21 Mandate erringen; bei den Reichstagswahlen blieben ihr von ursprünglich 26,3 % der Stimmen 1920 noch 17,4 % und im Mai 1924 13,0%.¹³⁰ Obwohl DDP und SPD in Hamburg noch immer bessere Ergebnisse erzielten als im Reichsdurchschnitt, hatte die Weimarer Koalition damit – da das Zentrum keine Rolle spielte – 1924 auch in diesem Land die absolute Mehrheit verloren.

Um das volle Ausmaß der republikanischen Niederlage zu erkennen, ist zu berücksichtigen, daß Sozialdemokraten und Linksliberale bei der Reichstagswahl von 1912 bereits 61,3 % bzw. 25,3 % der Stimmen auf sich hatten vereinigen können.¹³¹ So problematisch der Vergleich zwischen Vor- und Nachkriegswahlen auch ist, so scheint angesichts solcher Zahlen zumindest für Hamburg die These doch fragwürdig, 1919 sei die Mehrheit des Bürgertums nur im Schock über die Revolution zu den Weimarer Parteien geflüchtet, deren überwältigender Wahlsieg daher der wahren politischen Einstellung in Deutschland nicht entsprochen habe. Soweit diese Erklärung von demokratischen Politikern vorgetragen wurde, half sie, der kritischen Reflexion über das eigene Versagen zu entgehen.¹³² Für die historische Forschung ist es ergiebiger, anstatt die – gewiß vorhandenen – konservativen Vorprägungen und restaurativen Tendenzen einseitig zu betonen, die Wahlergebnisse des Jahres 1919 als Entscheidung für den politischen Neuanfang ernst zu nehmen und zu klären, warum diese Bereitschaft so rasch der Verherrlichung des alten Systems oder der Hinwendung zu irrationalen Zukunftsvisionen wich.

Der neue Koalitionspartner: Deutsche Volkspartei

Nach der Wahlniederlage der bisherigen Senatparteien 1924 war eine tragfähige Regierungsmehrheit nur durch Einbeziehung der DVP in die Koalition zu erreichen. Weder ein Bündnis von SPD und KPD noch eine Rechtskoalition von der DDP bis zur DNVP hätte die absolute Mehrheit im Parlament gebracht. Dennoch gestalteten sich die Verhandlungen mit der DVP sehr schwierig und führten erst Mitte März 1925 zum Erfolg. Nicht nur in der SPD und bei Teilen der DDP herrschten starke Bedenken gegen die Regierungsbeteiligung der DVP, auch in dieser Partei selbst gab es Kräfte, die ihre Stellung an der Seite der DNVP nicht aufgeben, zumindest aber zuvor möglichst weitreichende Garantien für eine Rechtswendung der künftigen Senatpolitik erzwingen wollten.

Die Hamburger DVP stand auf dem rechten Flügel der Gesamtpartei. Bezeichnend dafür war, daß sich 1919 in den Führungsgremien und unter den Bürgerschaftskandidaten des Landesverbandes wenigstens acht Gründungsmitglieder des Hamburger Landesvereins der Deutschen Vaterlandspartei befanden. Dessen 1. Vorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Bagge, wurde 1919 Geschäftsführer der DVP.¹³³ Ihre »gut nationale« Haltung wurde den Hamburger Volksparteilern 1920 im Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes selbst von dem völkisch-deutschnationalen Bürgerschaftsabgeordneten Alfred Jacobsen bestätigt – obwohl sie gerade beim Kapp-Putsch einer Entscheidung ebenso ausgewichen waren wie die Reichspartei.¹³⁴ Als sich 1924 die innerparteiliche Opposition gegen Stresemanns Hinwendung zur Republik und zur Verständigungspolitik in der Nationalliberalen Vereinigung sammelte, war mit Carl Anton Piper auch ein prominentes Mitglied der Hamburger DVP dabei.¹³⁵ Die Sezession und den Übergang zur DNVP machte er freilich nicht mit; dafür waren in Hamburg die sozialen Unterschiede zwischen den beiden Parteien zu groß.

Mit dem Bestreben, die DVP auf Rechtskurs zu halten, stand ihr Hamburger Landesverband in der Tradition der dortigen Nationalliberalen. Bis zur Gründung der Hamburgisch-Konservativen Vereinigung im Jahr 1912 hatten sie, abgesehen von den wenig stabilen Antisemitenparteien, die am weitesten nach rechts reichende parteipolitische Organisation gebildet und daher mit Rücksicht auf zahlreiche mehr konservativ als liberal eingestellte Anhänger die »nationale« Komponente ihres Programms noch einseitiger betont als die Reichstagsfraktion.¹³⁶ Angesichts der Überlegenheit der SPD und der Linksliberalen bei allgemeinen Wahlen in Hamburg hatten sie wenig Neigung zu innenpolitischen Reformen gezeigt, waren vielmehr bei den Bürgerschaftswahlen von 1910 durch ihr Eintreten für den »Wahlrechtsraub« der drei alten Fraktionen endgültig »auf die Seite der Reaktion« übergewechselt.¹³⁷ Besonders enge Beziehungen bestanden zur Fraktion der Rechten, die sich im Februar 1918 offiziell als Nationalliberale Fraktion konstituierte. Diese Fraktion, die die Mehrzahl ihrer Mandate den Notabeln-Wahlen verdankte, repräsentierte die in Hamburg politisch und gesellschaftlich führenden Schichten. Die Hälfte ihrer 40 Mitglieder gehörte 1913 dem in Handel, Schifffahrt und Bankwesen tätigen Großbürgertum an; weitere 15 Mitglieder waren Akademiker, fast die Hälfte davon hohe Richter.¹³⁸

Auch die DVP blieb in erster Linie die politische Vertretung dieser beiden Bevölkerungsgruppen, wie sie in ihnen ihren hauptsächlichsten und zuverlässigsten Rückhalt hatte. In der Fraktion spielten Großkaufleute und -unternehmer zwar eine immer geringere Rolle – 1919 stellten sie noch 16 von 46, 1928 dagegen nur 11 von 68 Bewerbern¹³⁹ –, aber das besagte nichts über ihren tatsächlichen Einfluß. Seit sie in Senat und Bürgerschaft nicht mehr dominierten, sondern mit anderen Bevölkerungsgruppen um aussichtsreiche Plätze auf den Kandidatenlisten der Parteien konkurrieren mußten, während die parlamentarische Arbeit laufend mehr Zeit in An-

spruch nahm, zogen sich die führenden Wirtschaftler überhaupt aus dem aktiven politischen Leben zurück.¹⁴⁰ Von allen Hamburger Parteien konnte jedoch zweifellos die DVP die meisten Großkaufleute zu ihren Mitgliedern und Sympathisanten zählen, vor Wahlen deren Prestige für sich nutzen und wahrscheinlich die größten finanziellen Zuwendungen aus diesen Kreisen verbuchen.¹⁴¹ Die volksparteiliche Bürgerschaftsfraktion war daher stets bestrebt, den Interessen der Hamburger »Handelsherren« Geltung zu verschaffen, wie sie auch in der Öffentlichkeit allgemein als deren parlamentarische Organ angesehen wurde.

Darüber hinaus gelang es der DVP im Anschluß an die Mittelstandswerbung, die schon die Nationalliberalen als Antwort auf die Herausforderung durch die Hamburgisch-Konservative Vereinigung eingeleitet hatten,¹⁴² bei Grundeigentümern und selbständigen Gewerbetreibenden Unterstützung zu gewinnen. Nachdem sie zunächst versucht hatten, sich mit Hilfe von »unpolitischen« Interessen- und Berufslisten eine eigene parlamentarische Vertretung zu schaffen, schlossen sich die wenigen auf diese Weise gewählten Abgeordneten bis Oktober 1921 alle der DVP an, die seitdem stets den Vorsitzenden des Hamburger Grundeigentümergevereins, Friedrich Eddelbüttel, und seinen Nachfolger, Johannes Hüne, ferner den Präses der Detaillistenkammer, Wilhelm Mähl, mehrere Innungsobere sowie den Vorsitzenden des großen Hamburger Gewerbevereins von 1867, Johannes Hirsch, in ihren Reihen hatte. Ob die mittelständischen Wähler die Hinwendung zur DVP in vollem Umfang mitmachten, erscheint allerdings zweifelhaft. Bei der Werbung um diese Schichten stieß die DVP von Anfang an auf die Konkurrenz der DNVP, die in Hamburg als ausgesprochene Mittelstandspartei wachsende Erfolge bei ihnen erringen konnte, während der »großkapitalistischen« DVP die dort herrschenden, durch die Erfahrungen der Inflation aktualisierten antikapitalistischen Ressentiments Abbruch taten.¹⁴³

Unter dem Druck der Mitglieder blieben daher auch die Repräsentanten der Mittelstandsverbände unsichere Parteigänger, die jederzeit bereit waren, wieder auf Berufslisten zu setzen oder sich anderen Parteien zuzuwenden, wenn sie ihre Interessen dort besser gewahrt glaubten. Die DVP bekam das besonders bei ihrem Eintritt in den Senat 1925 zu spüren, als Johannes Hirsch in seiner Verbandszeitschrift bittere Beschwerde über die Nichtbeachtung des gewerblichen Mittelstands bei der Besetzung der Senatsämter führte. Diese »Rücksichtslosigkeit« der DVP gegenüber der »größten Zahl ihrer Wähler« habe in den Organisationen von Handwerk und Kleinhandel heftige Erregung und Angriffe gegen alle in den politischen Parteien tätigen Mitglieder ausgelöst. Seine Erfahrungen zusammenfassend, schloß Hirsch mit der Warnung: »Auch in den Reihen des gewerblichen Mittelstandes drängen neue Kräfte zur Betätigung, denen man das Recht nicht absprechen kann, ihre Interessen zu wahren.«¹⁴⁴ Als die DVP 1928 den ehemaligen Präses der Handelskammer, Witthoefft, in den Senat entsandte, sah sie sich genötigt, einer drohenden Massenabwanderung ihrer mittelständischen Anhänger dadurch entgegenzuwirken, daß sie den

ebenfalls der Handelskammer nahestehenden Senator Hermann C. Vering, der Forderung der Gewerbeverbände entsprechend, durch Johannes Hirsch ersetzt.¹⁴⁵ Einige ihrer prominenten Mittelstandsvertreter hatte die DVP zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits an die Wirtschaftspartei verloren. Keiner von ihnen kehrte, als deren Hamburger Landesverband infolge organisatorischer Schwächen und persönlicher Fehden rasch wieder in Bedeutungslosigkeit versank, zur DVP zurück.¹⁴⁶ Durch Hirschs Ernennung zum Senator wurde das grundsätzliche Dilemma der Partei nicht gelöst, daß die selbstbewußt gewordenen mittelständischen Gewerbetreibenden eine Bevormundung nicht mehr hinnahmen, während in der DVP nach wie vor das Besitz- und Bildungsbürgertum den Ton angab.

Diese Kreise in der DVP ließen keinen Zweifel daran, daß sie die staatliche Ordnung der Vorkriegszeit, die ihnen die politische und gesellschaftliche Vorherrschaft gesichert hatte, positiver beurteilten als die neue Verfassung. Wie im Reich, so wurden auch in Hamburg volksparteiliche Politiker nicht müde, die Unvereinbarkeit von Liberalismus und Demokratie zu betonen, wobei sich ihr Liberalismus meist in einem ausgesprochen elitären Persönlichkeitskult erschöpfte. Das demokratische Prinzip, allen Bevölkerungsschichten dieselben politischen Rechte einzuräumen, wurde als »Gleichmacherei«, als »Parlamentarismus der nackten Zahl« diffamiert¹⁴⁷ und die Gefahr beschworen, die darin liege, daß die Demokratie auch »unerfahrene Volksgenossen mitbestimmen« lasse.¹⁴⁸ Dem wurde die liberale Forderung entgegengestellt, der hervorragenden Persönlichkeit mehr Wirkungsmöglichkeiten zuzugestehen, konkret: den Einfluß des Hamburger Kaufmanns zu stärken. Mit dem Selbstbewußtsein des hanseatischen Großbürgertums wurde die beanspruchte Sonderstellung begründet: Der Hamburger Kaufmann habe »seine Stadt und seinen Hafen mühselig auf die stolze Höhe von 1914 gebracht« und müsse daher »in der hamburgischen Regierung ein wesentliches Wort mitzusprechen« haben, wenn nicht »die gewaltige Maschine unseres Hafens und Handels rosten« solle.¹⁴⁹

Noch entschiedener als die politischen Ergebnisse wurden in der Hamburger DVP die Folgen der Revolution im sozialen und wirtschaftlichen Bereich abgelehnt. Insbesondere die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages war laufend Ziel heftiger Angriffe. Alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden der Mitwirkung der SPD in der Regierung zur Last gelegt und mit der angeblichen »sozialistischen Neideinstellung« erklärt, aus der heraus die SPD alle Bevölkerungsschichten auf das gleiche niedrige Lebensniveau herabzudrücken suche. Im Vertrauen auf das geringe Urteilsvermögen der Bevölkerung in ökonomischen Fragen schoben volksparteiliche Politiker selbst die Verantwortung für die Inflation der SPD zu, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß die Währungszerrüttung in dem stets rückhaltlos bejahten Krieg ihre Hauptursache hatte, daß Teile der Großwirtschaft sie bedenkenlos gefördert oder wenigstens ausgenutzt und ebenfalls eher der DVP als der SPD nahestehende Beamte in Reichsbank und Ministerien durch ihre Hilflosigkeit zur Verlängerung der Inflation beigetragen hatten.¹⁵⁰ So erhielten die schweren ökonomi-

schen Probleme in der Weimarer Republik in der Ideologie der DVP eine positive Funktion. Sie wurden genutzt, um die Forderung nach Minderung des sozialdemokratischen Einflusses und Stärkung der politischen Position der Kaufmannschaft zu rechtfertigen – ein Verfahren, das von den wirtschaftlichen Führungsschichten zur Durchsetzung ihrer restaurativen politischen und sozialen Ziele auch in der großen Depression am Ende der Weimarer Republik wieder ausgiebig angewandt wurde.

Trotz dieser vielfältigen Vorbehalte hinderte die meisten Angehörigen der alten Hamburger Oberschicht, ähnlich wie manche preußische Konservative, die in generationenlanger Verantwortung für den Staat erworbene gouvernementale Einstellung daran, in prinzipieller, auf seine Zerstörung zielender Opposition zu verharren. Im Gegensatz zu den Deutschnationalen, die in Hamburg nur das eine Ziel kannten, die Republik möglichst rasch zu beseitigen, setzte die DVP daher darauf, im Rahmen des bestehenden Systems die politische Wirklichkeit allmählich ihren Wünschen entsprechend umzugestalten. Es waren die Vertreter des Besitz- und Bildungsbürgertums in der DVP, die, um ihre Auffassungen unmittelbar zur Geltung bringen zu können, 1925 in den Senat drängten, während die Repräsentanten des gewerblichen Mittelstands aus grundsätzlicher Gegnerschaft gegen die SPD und aus Sorge vor der Konkurrenz der DNVP nur widerwillig folgten.¹⁵¹

Der Eintritt in die Regierung bewirkte bei der Hamburger DVP keine Annäherung an demokratische Vorstellungen. Auch als Koalitionspartner der SPD verzichtete sie nicht darauf, ihrer Verachtung für die »Instinkte der Massen« Ausdruck zu geben¹⁵² oder an Stelle der »Herrschaft der Masse« die »Vertretung der öffentlichen Interessen durch geeignete Führerpersönlichkeiten« zu fordern.¹⁵³ Die Vorschläge der Reichstagsfraktion, die Macht des Parlaments durch Stärkung der Präsidialgewalt und Einführung einer zweiten Kammer zu beschränken, wurden in Hamburg lebhaft begrüßt.¹⁵⁴

Ebensowenig wandelte sich die Einstellung zu den sozialstaatlichen Bestrebungen in der Weimarer Republik. Die Pflicht des Staates, »für jeden Bürger zu sorgen«, wurde von Rednern der Hamburger DVP bestritten.¹⁵⁵ Ganz im Sinne des klassischen Wirtschaftsliberalismus hielten sie an der Auffassung fest, der Staat solle »Recht und Ordnung schützen und dafür sorgen, daß gut und gerecht verwaltet wird und daß jeder unbeschränkt seinem Erwerb nachgehen kann«, weiterreichende Aufgaben aber nicht übernehmen, insbesondere nicht in das Wirtschaftsleben und die Beziehungen der Wirtschaftsgruppen eingreifen.¹⁵⁶ Daß die liberale Doktrin der Entwicklung der Produktionsverhältnisse längst nicht mehr entsprach und infolge der durch Krieg und Inflation bedingten Prozesse vollends zum Anachronismus geworden war, wurde nicht anerkannt. Unter dem Schlagwort: Kampf der »Amerikanisierung« bezeichneten volksparteiliche Politiker die Strukturveränderungen im Bereich der Wirtschaft, die wachsende Konzentrierung und Kartellierung der Unternehmen, die zunehmende Bindung des einzelnen durch kollektive Abmachungen und immer stärkere

Arbeitsteilung sowie die fortschreitende Mechanisierung der Produktion, als willkürlich und revidierbar.¹⁵⁷ Die Übernahme zahlreicher neuer Aufgaben durch den Staat erschien dementsprechend nicht als notwendige Folge struktureller Wandlungen, sondern als Ergebnis bewußten politischen Machtstrebens, das darauf zielte, immer mehr Lebensbereiche dem Einfluß der Parlamente zu unterwerfen.

Diese Konzeption entsprach ganz den Interessen der in der DVP dominierenden großbürgerlichen Schichten, während die Sorgen und Wünsche der selbständigen Gewerbetreibenden nur, soweit sie sich mit jenen deckten, und die der Arbeitnehmer gar nicht berücksichtigt waren. In einer Zeit, in der die Position der Gewerkschaften infolge der stets hohen Arbeitslosigkeit geschwächt war, in den Parlamenten Arbeitnehmer aber eine erhebliche Rolle spielten, kam das Prinzip des Noninterventionismus ausschließlich den Arbeitgebern zugute. Ebenso beeinträchtigte die Verneinung der staatlichen Verantwortung für das Schicksal des einzelnen Menschen die Interessen der wirtschaftlich schwachen Schichten, da der Verweis auf Selbstverantwortung und private Wohltätigkeit ihre Abhängigkeit noch verstärkte. Zugleich verhinderte das starre Festhalten an der veralteten Wirtschaftsauffassung des Liberalismus jedoch auch die klare Analyse der Ursachen für die häufigen ökonomischen Krisen in der Weimarer Republik und machte damit deren erfolgreiche Bekämpfung unmöglich, so daß es letztlich zum Nachteil aller Bevölkerungskreise ausschlug.

Solche politischen Überzeugungen führten dazu, daß für die Mehrheit in der Hamburger DVP die Koalition mit der SPD und der nach ihrer Meinung »gerade in ihren jüngeren Elementen sehr stark zum linken Radikalismus« neigenden DDP¹⁵⁸ kaum mehr als ein notwendiges Übel war. Erst 1927 schien sich zeitweise eine Wende anzubahnen, nachdem im September des Vorjahres Silverberg für einflußreiche Gruppen im Reichsverband der Deutschen Industrie für mehr Kooperation mit der Arbeiterschaft durch Wiederherstellung der Großen Koalition und Neubelebung der Zentralen Arbeitsgemeinschaft eingetreten war und gleichzeitig auch die DNVP bei ihrem Kölner Parteitag die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Republik bekundet hatte.¹⁵⁹ Einzelne volksparteiliche Politiker bemühten sich nun, die sozialreaktionäre Einstellung in der Hamburger DVP abzubauen und ein positives Verhältnis zur SPD zu gewinnen. Sie machten sich die alte linksliberale Auffassung zu eigen: Nicht ohne, sondern durch die Sozialdemokratie binde man die Arbeiter an den Staat. Es sei daher notwendig, die SPD nicht länger als »Kinderschreck« zu behandeln, »mit dem man die Stubenhocker aus der Ecke jagt«, sondern sie als »positive Staatspartei wie jede andere« anzuerkennen. Nur »mit dem Mut zu menschlicher, politischer und sozialer Gleichberechtigung zwischen Bürger und Arbeiter« seien überhaupt noch Erfolge zu erzielen.¹⁶⁰ Solche Stimmen wurden aber nicht nur nach der Niederlage bei den Bürgerschaftswahlen 1927 rasch wieder durch den Ruf nach stärkerer Annäherung an die DNVP abgelöst, sie wurden auch ständig dadurch übertönt, daß ein so prominenter Politiker wie der im Wahlkreis Hamburg gewählte Reichstagsabgeordnete, das Handels-

kammermitglied Walther Dauch, unablässig sein Glaubensbekenntnis verkündete: Nicht die »Massen«, sondern die »Führer von Schiffahrt und Handel« hätten Hamburg groß gemacht.¹⁶¹

Anders als im Reich, wo Stresemann nach seinem Eintritt in die Regierung die DVP langsam an die Republik heranführte, war die Deutsche Volkspartei in Hamburg seit ihrer Teilnahme an der Koalition im allgemeinen besonders stark bestrebt, ihre Rechtsorientierung zu demonstrieren. Allein die Auswahl der Senatoren stellte hohe Anforderungen an die Kompromißbereitschaft der Koalitionspartner. Schwer tragbar war vor allem der Kaufmann Hermann C. Vering, der beim Kapp-Putsch 1920 durch seine Weigerung bekannt geworden war, die von ihm geleitete Einwohnerwehr gegebenenfalls gegen die Aufrührer einzusetzen, und der 1923 erneut von sich hatte reden machen, weil er als Leiter des Bundes der Niederdeutschen, der Ersatzorganisation für die verbotene norddeutsche Organisation Escherich, umfangreiche Vorbereitungen der verschiedenen rechtsradikalen Verbände, im Verein mit Teilen der Reichswehr die Republik zu stürzen, finanziert und koordiniert hatte.¹⁶² Für die Hamburger DVP disqualifizierte ihn das jedoch nicht, eines der höchsten Staatsämter in dieser Republik zu bekleiden. 1922 hatte sie selbst in ihrer Tageszeitung die nach dem Rathenaumord aufgelösten Organisationen als »Verbände der Helden« gefeiert und sich damit, wie das Mitglied des Landesverbandes, Max M. Warburg, in einem Protestschreiben ausführte, mit den Rechtsradikalen auf eine Stufe gestellt.¹⁶³ Die Bedenken gegen Vering, die bei seiner Berufung in den Senat nach seiner früheren Haltung berechtigt waren, erwiesen sich freilich als unnötig: Er nutzte im Gegenteil seine Beziehungen, um sich der Abwanderung der Wehrverbände zur »nationalen Opposition« seit 1929 entgegenzustemmen.

Wie Vering entstammten auch die drei anderen von der DVP in den Senat entsandten Politiker alten Hamburger Familien. Es waren Max Schramm, der sein Amt bereits seit 1912 ununterbrochen innehatte, Paul de Chapeaurouge, der aufgrund seiner gouvernementalen Gesinnung in den letzten Jahren der Weimarer Republik und bei der Auseinandersetzung um die Gleichschaltung Hamburgs einer der entschiedensten Gegner der Nationalsozialisten wurde, aus seiner konservativen Grundhaltung aber nie ein Hehl machte, und der älteste Sohn des 1912 verstorbenen, noch immer verehrten Vorkriegsbürgermeisters, Wilhelm Burchard-Motz, dessen Benennung für den Senat eine bewußte Spekulation auf die Anhänglichkeit an das »alte Hamburg« darstellte. Als Senator erregte er 1926 Aufsehen, als er im Verein mit der Hamburger Handelskammer den Flaggenerlaß anregte,¹⁶⁴ über den Reichskanzler Luther stürzte.

Burchards Engagement für die Ausbreitung der alten Reichsfarben, das weit über Hamburgs Grenzen hinaus Aufsehen erregte, löste dort zwar eine schwere Koalitionskrise aus, blieb für ihn selbst aber ohne Folgen.¹⁶⁵ Seine Partei hielt in Hamburg stets demonstrativ an den »deutschen Farben schwarz-weiß-rot« fest.¹⁶⁶ Den im Reich in den letzten Jahren vor Stresemanns Tod gewählten Kompromiß, Schwarz-Weiß-Rot nur noch als

Parteifarben neben der Reichsflagge zu zeigen, machten die Hamburger Volksparteiler niemals mit. Noch 1928 brachten sie dem Stahlhelm, als er sich zum »Reichsfrontsoldatentag« in Hamburg traf, die Grüße »aller Schwarz-weiß-rot Gesinnten« entgegen.¹⁶⁷ Ihre »nationale« Gesinnung bewies die Hamburger DVP zudem dadurch, daß sie keine Gelegenheit ungenutzt ließ, im Verein mit den Deutschnationalen die republikanische Schutzorganisation ihrer Koalitionspartner, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, anzugreifen. Daß der Senat das Protektorat über das Reichsbanner aufgabe, war eine der wichtigsten Bedingungen der DVP für ihre Regierungsbeteiligung gewesen.¹⁶⁸

Sie selbst ließ es sich auch als Senatspartei nicht nehmen, alljährlich zusammen mit zahlreichen rechtsradikalen Bündeln und Vereinen, Stahlhelm, DNVP und Deutschvölkischer Freiheitspartei, später auch der NSDAP, an der Bismarck-Feier der Vaterländischen Verbände teilzunehmen und sich unter schwarz-weiß-roten Fahnen die Reden der nationalen und völkischen Gegner der Republik anzuhören. So wettete 1926 der Hamburger Vorsitzende des Nationalverbands Deutscher Offiziere, General Freiherr von Ledebur, gegen die vielen, die – wie die beiden Koalitionspartner der DVP – beim Volksbegehren zur Fürstenenteignung dafür eingetreten seien, »das Deutsche Reich in einen Raubstaat« zu verwandeln, oder die – wie neben anderen zweifellos der Parteivorsitzende der DVP, Stresemann – »das tief Beschämende unserer Behandlung in Genf überhaupt nicht empfinden«.¹⁶⁹ Dem folgten 1927 die Festrede des Vorsitzenden der vereinigten »vaterländischen« Wehrverbände Groß-Hamburgs, General Paul Helfritz, der 1922/23 als »militärischer Provinzialleiter« in dasselbe Putschunternehmen wie Vering verwickelt gewesen war,¹⁷⁰ und 1928 die Ansprache des Wehrwolf-Führers Oberleutnant Schauenburg. Erst als sich 1929 DNVP und Alldeutscher Verband mit den Wehrverbänden nicht auf eine gemeinsame Veranstaltung einigen konnten, ging auch die DVP zu einer selbständigen Ehrung Bismarcks über, hielt aber daran fest, einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife an seinem Grab niederzulegen. Diese Intransigenz war charakteristisch für die innere Schwäche der Republik. Der Senat war bemüht, ihren Symbolen Achtung zu erzwingen – im Mai 1928 beschloß er, an Veranstaltungen mit Flaggenschmuck nur noch teilzunehmen, wenn die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold »in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise« gezeigt würden¹⁷¹ –; aber gerade die Regierungspartei, die das Wort »Staatsautorität« am häufigsten gebrauchte, war nicht bereit, seinen Beschluß auch für sich anzuerkennen.

Die KPD und das Angebot zur Bildung eines »Arbeitersenats«

Die betonte Rechtsorientierung der Hamburger DVP stellte für die Koalitionspartner eine erhebliche Belastung dar, auch wenn die volksparteilichen Senatoren im allgemeinen loyal mit ihren demokratischen und sozial-

demokratischen Kollegen zusammenarbeiteten. In der DDP machten insbesondere jüngere Mitglieder das Bündnis mit der schwarz-weiß-roten Partei nur widerwillig mit.¹⁷² Erst recht löste es in der SPD Kritik und Zweifel an den führenden Politikern aus; denn die Rechtfertigung der Koalition, sie sei »keine Verbrüderung, sondern eine andere Form des Klassenkampfes«,¹⁷³ wirkte nicht sehr überzeugend angesichts der Befriedigung, mit der die DVP das seit ihrem Regierungseintritt deutliche Erstarken des bürgerlichen Einflusses in der hamburgischen Politik vermerkte.¹⁷⁴

Vollends problematisch wurde diese Argumentation 1927, als der Linksruck bei den Bürgerschaftswahlen SPD und KPD zusammen die absolute Mehrheit brachte. Hatten die verantwortlichen sozialdemokratischen Politiker bis dahin darauf verweisen können, daß eine andere Mehrheitsbildung als die Große Koalition gar nicht möglich sei, so standen sie jetzt vor der konkreten Alternative, mit Unterstützung der KPD einen reinen »Arbeitersanat« zu schaffen. Die KPD reagierte sofort mit der Erklärung, die Ausnutzung der proletarischen Mehrheit im Interesse der werktätigen Bevölkerung ermöglichen und einen SPD-Senat, solange er gewisse Mindestforderungen erfülle, inner- und außerhalb des Parlaments stützen zu wollen.

Ob dieses Angebot eine ausreichend solide Grundlage für die Regierungsarbeit sein konnte oder, wie die nichtkommunistische politische Öffentlichkeit allgemein annahm, lediglich ein taktisches Instrument darstellte, um die »Arbeiterfeindlichkeit« der SPD anzuprangern, ist mit Sicherheit nicht zu entscheiden. Für die zweite Deutung sprach eine etwa zur selben Zeit bekannt gewordene Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, daß die Taktik der Einheitsfront »nur eine Methode der Agitation und der revolutionären Mobilisation der Massen« insbesondere im Kampf »gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie« sei und keineswegs zur politischen Koalition mit der SPD führen dürfe.¹⁷⁵ Auch ließen ähnliche Vorstöße in anderen Parlamenten und im Reichstag erkennen,¹⁷⁶ daß es sich bei dem kommunistischen Angebot um einen Teil einer größeren taktisch-agitatorischen Konzeption handelte. In jedem Fall waren die Bedingungen für die Tolerierung des SPD-Senats kaum akzeptabel, da die finanzielle Durchführbarkeit ignoriert wurde und infolgedessen abzusehen war, daß die KPD bald wieder zur radikalen Opposition übergehen und die SPD bei der dann notwendigen Neubildung des Senats völlig ausgeschaltet werden würde. Auch die Beauftragten der SPD und der als Vermittler tätige sozialdemokratische Vorsitzende des Hamburger ADGB führten die Verhandlungen über den »Arbeitersanat« daher nur im Hinblick auf ihre agitatorische Auswertung, ohne sich ernsthaft um einen tragfähigen Kompromiß zu bemühen.¹⁷⁷ Mißtrauen und Feindseligkeit waren zwischen SPD und KPD infolge jahrelanger gegenseitiger Verhetzung selbst für den Versuch einer Zusammenarbeit zu groß.

Wie die SPD konnte auch die KPD Hamburg zu ihren Hochburgen zählen, so daß allein aus diesem Grund die Gegensätze hier oft besonders hart

aufeinander prallten. Den ersten großen Aufschwung erlebte die Hamburger KPD 1920, als sich bei der Spaltung der USPD, anders als im Reich, der größte Teil der Parlamentsfraktion, des Parteiapparats und der Mitglieder der KPD anschloß.¹⁷⁸ Auch das Organ der Unabhängigen, die Hamburger Volkszeitung, ging an die KPD über. Seitdem konnten die Kommunisten bei Wahlen stets einen um fünf oder sechs Prozent höheren Stimmenanteil erzielen als im Reich.

Insgesamt unterschied sich die Geschichte der KPD in Hamburg nicht wesentlich von der im Reich. Da die Bezirksleitung im allgemeinen treu dem von der Zentrale bzw. der Kommunistischen Internationale bestimmten Kurs folgte, zeigte die Entwicklung der Partei hier dieselben Phasen und Richtungsänderungen, war sie durch dieselben innerparteilichen Kämpfe und »Säuberungsaktionen« gekennzeichnet.¹⁷⁹ Stärkere Opposition gegen die offizielle Politik gab es besonders in den Jahren 1922 und 1925/26. Nach den Betriebsrätewahlen 1922 wehrten sich kommunistische Vertrauensleute gegen das Ansinnen, einen Teil der gewonnenen Mandate an sozialdemokratische Kollegen abzutreten, da eine solche Verwirklichung der »Einheitsfront« lediglich den außenpolitischen Interessen Moskaus diene.¹⁸⁰ Drei Jahre später konnten sowohl die »Rechten« mit ihrem Protest gegen die Zählkandidatur Thälmanns beim 2. Wahlgang für das Reichspräsidentenamt als auch der frühere Leiter der Politischen Abteilung im Bezirk Wasserkaute, Hugo Urbahns, für seine »ultralinke« Politik beträchtliche Unterstützung in Hamburg gewinnen.¹⁸¹ Es gelang den Linientreuen jedoch stets, die Organisation unter Kontrolle zu behalten, wenn auch um den Preis zahlreicher Ausschlüsse – oft gerade der politisch fähigsten Leute – und starker Fluktuation unter den Mitgliedern und in den Führungsgremien.

In der ersten Nachkriegsphase, in der die KPD auf die gewaltsame Veränderung der Herrschaftsverhältnisse nach bolschewistischem Muster setzte, war das »rote Hamburg« ein häufiger Schauplatz für kommunistisch inspirierte, von Kommunisten genutzte oder ihnen auch nur zugeschriebene Unruhen und Umsturzversuche.¹⁸² Nicht umsonst hatten die ehemaligen »Linksradikalen« um Laufenberg und Wolffheim hier ebenfalls ihr Zentrum; sie hatten im Oktober 1919 wegen der von Paul Levi – schließlich vergeblich – erstrebten Aufgabe der selbstzerstörerischen Putschtaktik zugunsten einer flexibleren, Parlament und Wahlen ins politische Kalkül einbeziehenden Haltung die Partei verlassen. In diesen Kämpfen bis hin zur sogenannten März-Aktion von 1921, in denen sich die Kommunisten einer von einem sozialdemokratischen Senator geleiteten Polizei gegenüberübersahen und die SPD ernsthaft für den von ihr mitgetragenen Staat fürchtete, verfestigte sich die Gegnerschaft zwischen den beiden Arbeiterparteien zu jener tiefen und emotionalen Feindschaft, die ihre Zusammenarbeit während der ganzen Zeit der Weimarer Republik belastete.

Nach dem Scheitern des März-Aufstandes gewannen in Hamburg ebenso wie im Reich die »rechten« Anhänger der Einheitsfrontpolitik die Oberhand, die gemäß den Beschlüssen des 3. Kommunistischen Weltkon-

gresses vom Juni/Juli und des Jenaer Parteitages der KDP vom August 1921 durch Teilnahme am politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf die Massen allmählich von den Reformisten zu trennen hofften und bis dahin zu einer begrenzten Kooperation mit ihnen etwa im Rahmen von »Arbeiterregierungen« oder gemeinschaftlichen Streikaktionen bereit waren. Im Zuge dieser Politik kam es nach dem Rathenau-Mord 1922 auch in Hamburg zur letzten großen gemeinsamen Kundgebung von KPD, SPD und ADGB. Wie tief hier infolge der vorausgegangenen Kämpfe die Gegensätze jedoch bereits waren, wurde darin deutlich, daß sich die Führungen von ADGB und SPD erst auf energisches Drängen aus Berlin an der Veranstaltung mit den Kommunisten beteiligten.¹⁸³

Sowohl als Folge der neuen Politik als auch der sich zuspitzenden wirtschaftlichen und politischen Krise erreichte die KPD in den Jahren 1922/23 überall ihren absoluten Höhepunkt. Nicht zuletzt der Bewegung nach dem Rathenau-Mord hatte sie den starken Zustrom neuer Mitglieder zu verdanken, unter denen sich in Hamburg vermutlich mancher ehemalige Sozialdemokrat befand; denn die Kooperationsfeindlichkeit der dortigen Parteileitung hatte in den Distrikten beträchtliche Opposition ausgelöst.¹⁸⁴ Anfang April 1922 besaß die Ortsgruppe Groß-Hamburg der KPD 11 000, im September sogar 14 000 eingeschriebene Mitglieder.¹⁸⁵ Noch im Mai 1924, als der Gipfel bereits überschritten war, konnten die Kommunisten hier 18,3 % der Stimmen für sich verbuchen. Auch in den Gewerkschaften und bei Betriebsrätewahlen erzielten sie jetzt größere Erfolge. Die stärksten Fortschritte machte die KPD bei der Landarbeiterschaft und bei gewerkschaftlich nicht gebundenen oder mit der traditionellen Organisation und Führung des ADGB unzufriedenen Industriearbeitern, insbesondere bei den miserabel entlohnten und unter schlechten Arbeitsbedingungen leidenden Werftarbeitern.¹⁸⁶ Erstwähler gaben ihr 1921 und 1924 in überdurchschnittlicher Zahl ihre Stimme.

Diese Aufwärtsentwicklung fand mit dem Hamburger Aufstand im Oktober 1923 ein jähes Ende. Ursprünglich fürs ganze Reich geplant und in letzter Minute abgesagt, wurde er infolge eines Mißverständnisses in Hamburg ausgelöst, wo er nach dreitägigen, heftigen Straßenkämpfen vor allem deshalb zusammenbrach, weil sich die Bevölkerung nicht im erwarteten Ausmaß mit den Aufständischen solidarisierte.¹⁸⁷ Aus der folgenden schweren innerparteilichen Krise der KPD gingen die sogenannten »Linken« als Sieger hervor, unter denen sich bis 1925 der streng moskauorientierte Flügel durchsetzte. Im Bezirk Wasserkante gewann dessen Exponent, Ernst Thälmann, da sein bedeutendster Gegenspieler, Hugo Urbahns, als Leiter des Aufstands verhaftet und zu zehnjähriger Festungsstrafe verurteilt wurde, seit Ende 1923 endgültig die Oberhand, so daß der Bezirk hinfort als einer der kominterntreuesten galt.¹⁸⁸

Die Taktik der Einheitsfront wurde nun dahingehend präzisiert, daß sie nur noch »von unten«, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der reformistischen Organisationen, angegangen werden durfte, während der Führung schärfster Kampf angesagt und die Zerstörung der SPD zum wichtig-

sten Ziel erklärt wurde. Diese Neuorientierung, die der Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rechnung tragen sollte, aber mehr dem Bedürfnis Moskaus als der deutschen werktätigen Bevölkerung entsprach, wurde dadurch gefördert, daß nach jahrelangen Auseinandersetzungen bis 1925 im EKKI Stalins Theorie vom »Sozialismus in einem Land« durchdrang, nach der nicht mehr die Erringung größtmöglicher Erfolge für das nationale Proletariat, sondern die Absicherung des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion die erste Aufgabe der europäischen kommunistischen Parteien war.

Die KPD bezahlte die Erstarrung in theoretischen Erörterungen und die schließliche Durchsetzung der neuen Politik mit dem rapiden Schwund ihrer Anziehungskraft. Zudem bekam sie in Hamburg die unmittelbaren Folgen des Aufstandes zu spüren, dessen Auslösung sie die Sympathien der zwischen ihr und der SPD stehenden Anhänger der Einheitsfront kostete und dessen Scheitern die Aktivisten entmutigte. Zwar mußten alle Arbeiterorganisationen in der Stabilisierungsphase nach der Inflation große Mitgliederverluste hinnehmen, doch erholte sich die KPD langsamer und schlechter von dem Rückschlag als die anderen. Bis Oktober 1924 verlor sie in Hamburg 60% der Mitglieder.¹⁸⁹ Noch im Mai 1929 wurde in einem kommunistischen Oppositionsblatt die Mitgliederzahl der Ortsgruppe mit wenig mehr als 5000 angegeben.¹⁹⁰ Klagen über die Teilnahmslosigkeit der Genossen kehrten in den Funktionärsversammlungen der Hamburger KPD ständig wieder.¹⁹¹ Die größte Sorge bereitete die katastrophale Kassenlage, durch die die Bezahlung der Parteiangestellten manches Mal gefährdet war.¹⁹² Das Anfang 1926 durchgeführte »Parteinotopfer« brachte nur 14% des erhofften Betrages.¹⁹³

Besonders schwer wog, daß die Hamburger KPD ihre Position in Betrieben und Gewerkschaften nicht halten konnte, obwohl sie gemäß den Beschlüssen der Zentrale dort ihre Hauptanstrengungen konzentrierte. Zwar wurden die Entschließungen des 9. und 10. Parteitags der KPD, daß jeder Kommunist einer freien Gewerkschaft angehören müsse, bis November 1926 zu 80% verwirklicht; dennoch blieb der Einfluß der KPD dort äußerst gering.¹⁹⁴ Von den 4048 Delegierten, die 1926 in den 39 Gewerkschaften des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB gewählt wurden, standen nicht mehr als 199 in Opposition zur offiziellen Richtung; 1927 waren es sogar nur 169 von 4082 Vertretern. In den Vorständen gehörten 1926 sieben, 1927 drei von 324, in den Branchen- und Verkehrsleitungen 1926 49 von 641, 1927 31 von 659 Mitgliedern zur Opposition. Am größten waren die Mandatsverluste der Opposition in den Gewerkschaften, in denen prominente Kommunisten eine Rolle spielten, so im Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, im Metallarbeiterverband und im Verkehrsbund,¹⁹⁵ also in den Organisationen derjenigen Arbeitergruppen, die wie die Hafen- und Werftarbeiter einmal besonders stark mit der KPD sympathisiert hatten.

Ebenso ungünstig war das Ergebnis der unmittelbaren Arbeit im Betrieb. Gerade in den Großbetrieben, aus denen nach kommunistischer

Auffassung die politische Avantgarde der Arbeiterschaft hervorgehen sollte, fand die KPD wenig Resonanz.¹⁹⁶ Von den 176 Betriebszellen der Ortsgruppe Groß-Hamburg besaßen Anfang 1927 drei Viertel weniger als 25 Mitglieder.¹⁹⁷ Besonders auf den Werften ging der Einfluß der KPD nach dem Hamburger Aufstand stark zurück, und selbst unter den Hafendarbeitern blieb er gering, wie sich bei den Arbeitskämpfen im Oktober 1926 und 1928 zeigte.¹⁹⁸ Versuche, diesen Mißerfolg durch verstärkte Agitation unter den Arbeitslosen auszugleichen und durch Integration der Erwerbslosenausschüsse in die Gewerkschaften dort Boden zu gewinnen, schlugen in Hamburg ebenfalls fehl. Die Kommunisten stießen hier auf die Konkurrenz einer parteilosen, syndikalistisch orientierten Gruppe, die ihnen so viel Abbruch tun konnte, daß Versammlungen mangels Beteiligung abgesagt werden mußten und im Winter 1926 bei 50000 Erwerbslosen nur 4000 Exemplare der kommunistischen Erwerbslosenzeitung abgesetzt wurden.¹⁹⁹

Nicht erfolgreicher waren offenbar die Bemühungen, außerhalb der Arbeiterschaft Boden zu gewinnen. Lediglich in der Volksschullehrerschaft hatte die Hamburger KPD einigen Einfluß. Sie besaß eine sehr aktive Lehrergruppe von 21 Mitgliedern und war im Vorstand und in allen wichtigen Ausschüssen des größten Lehrervereins der Stadt, in der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens, vertreten.²⁰⁰ Bei den Bevölkerungsgruppen dagegen, auf die sie die größten Hoffnungen setzte und als deren Anwalt sie sich deshalb 1927/28 sowohl in den Bürgerchaftswahlkämpfen als auch bei der täglichen parlamentarischen Arbeit verstärkt darzustellen suchte,²⁰¹ bei den proletarisierten Beamten, Angestellten und Kleingewerbetreibenden, machte sie anscheinend keine nennenswerten organisatorischen Fortschritte. Ebenso war der Frauenorganisation der gewünschte Erfolg nicht beschieden.²⁰²

Das Versagen der KPD nach 1923, größere Bevölkerungsschichten dauernd organisatorisch zu binden, brachte der Republik jedoch nur einen begrenzten und unsicheren Zuwachs an politischer Stabilität. Wie die Wahlen zeigten, bei denen die KPD in Hamburg auch im Oktober und Dezember 1924 noch reichlich 14 % und 1927/28 sogar schon wieder fast 17 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, war bei aller Abneigung, sich durch die Mitgliedschaft in der KPD voll mit ihrem neuen Kurs und jeder ihrer Aktionen zu identifizieren, die kritische Distanz zum Weimarer Staat weiterhin groß. Beträchtlichen Teilen der Bevölkerung konnte die SPD ihre politische Konzeption, im Rahmen der parlamentarischen Demokratie durch partielle Zusammenarbeit mit dem Bürgertum soziale Fortschritte zu erkämpfen, nicht einsichtig machen, so daß es ihr weder bei den Wahlen noch bei der Mitgliederwerbung in nennenswertem Umfang gelang, vom Mißerfolg der KPD zu profitieren.

Die Hamburger Arbeiterschaft war so seit 1923 stets schwächer organisiert als vor dem Krieg. Sie verlor zusätzlich an Durchsetzungskraft, weil der Kampf um die »Einheitsfront von unten« den Riß zwischen den beiden Arbeiterparteien weiter vertiefte. Die SPD verfolgte dieselbe Taktik wie die

KPD und sah ebenfalls das vordringlichste Ziel darin, »die irregeleiteten Arbeiter, die der KPD noch nachlaufen«, zu sich herüberzuziehen.²⁰³ Auch an Schärfe der Polemik standen sich die beiden Parteien kaum nach. Während die Kommunisten getreu der vom 9. Parteitag im April 1924 ausgegebenen Parole die sozialdemokratischen Führer als Faschisten beschimpften,²⁰⁴ revanchierten sich diese, indem sie zum Beispiel in Abwandlung der im 19. Jahrhundert für den Antisemitismus geprägten Wendung den Kommunismus als »Sozialismus der dummen Kerle« diffamierten.²⁰⁵ Eine Zusammenarbeit mit der KPD zogen sie nach dem Scheitern der Verhandlungen im Oktober 1927 nicht wieder in Betracht. Die SPD blieb deshalb auf DDP und DVP angewiesen und konnte 1928 trotz der erneuten eindeutigen Entscheidung der Wählermehrheit für die »Linksparteien« die Machtverteilung im Senat, in der Verwaltung und besonders in der Finanzdeputation nur unwesentlich verändern. Dennoch ergriff selbst angesichts der wachsenden Bedrohung durch den Nationalsozialismus bis zur Auflösung der Arbeiterparteien keine mehr die Initiative, um die Feindschaft zwischen ihnen abzubauen.

»Bürgerblock« mit der Deutschnationalen Volkspartei?

Die Verhandlungen über den »Arbeitersena« riefen im konservativen Bürgertum wieder Bestrebungen wach, durch Schaffung einer einheitlichen bürgerlichen Front die SPD von der Regierung auszuschalten. Solche Erwägungen waren in den ersten Jahren der Weimarer Republik insbesondere von den wirtschaftlichen Bürgerschaftsgruppen, die allein keine Fraktionsstärke besaßen, und außerhalb der Parteien stehenden Organisationen wie Bürgervereinen und Berufsverbänden ausgegangen. Ihnen allen war die Neigung gemeinsam, politisch-programmatische Unterschiede zwischen den bürgerlichen Parteien gering zu achten und Interessengegensätze innerhalb des Bürgertums zu leugnen. Nach der Bildung des »Bürgerblocks« im Reich hatte der Vorsitzende des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine, Carl Albrecht, Anfang 1927 für die Wahlen zum Landesparlament im Oktober des Jahres die bürgerliche Einheitsliste gefordert, war aber bei den Parteien auf so wenig Gegenliebe gestoßen, daß er schon im Mai offiziell darauf verzichtet hatte. Unter dem Eindruck der gewiß nicht sehr wahrscheinlichen, aber als Möglichkeit immerhin drohenden völligen Ausschaltung des Bürgertums vom Senat griff Albrecht den Gedanken vor der Wiederholung der Wahlen im Februar 1928 erneut und nun außerordentlich drängend auf. Obwohl die Parteien weiter reserviert blieben, kam es wenigstens zum Abschluß eines »Burgfriedens« zwischen DVP und DNVP. Kreise des wirtschaftlichen Großbürgertums – in der Öffentlichkeit war vor allem der Name des ehemaligen Reichskanzlers, Hapag-Direktors und Vorsitzenden des Nationalklubs von 1919, Wilhelm Cuno, zu hören – hatten durch die Drohung, ihre Finanzbeihilfen zu sperren, entsprechenden Druck ausgeübt. Das Abkommen, das die beiden Par-

teien verpflichtete, im Bürgerschaftswahlkampf jede Schärfe gegeneinander zu vermeiden, zerbrach jedoch noch vor dessen Beendigung.²⁰⁶

Dieser Vorgang war bezeichnend für die Tiefe des Gegensatzes zwischen den beiden »schwarz-weiß-roten« Parteien in Hamburg. Wenn er auch weniger grundsätzlicher Natur war als der zwischen den Arbeiterparteien, machte er eine Zusammenarbeit doch unmöglich. Der Hamburger Landesverband gehörte zu den aktivsten und radikalsten Organisationen der DNVP.²⁰⁷ Ohne je zu schwanken oder Kurskorrekturen vorzunehmen, verfolgte er während der ganzen Zeit der Weimarer Republik eine extrem nationalistische und republikfeindliche Politik. Jede, auch nur taktisch motivierte außenpolitische Mäßigung verwarf er ebenso als »Erfüllungspolitik«, wie er sich weigerte, die Beseitigung der Monarchie hinzunehmen, und die geringste Annäherung an die Republik ablehnte. Stresemann wurde selbst als Außenminister eines Rechtskabinetts von den Hamburger Deutschnationalen in einer Weise angegriffen, daß sich der Vorsitzende der Gesamtpartei, Westarp, zu einer Zurechtweisung genötigt sah.²⁰⁸ Eine Zusammenarbeit mit ihnen hätte für die DVP eine Desavouierung ihres Parteivorsitzenden bedeutet.

Die Beteiligung der Reichstagsfraktion an der Regierungskoalition 1925 und 1927 stieß bei der Mehrheit des Landesverbands der DNVP auf heftige Opposition.²⁰⁹ Schon Anfang 1926 favorisierte er offiziell Hugenberg als Parteivorsitzenden, nachdem sich der einst gegen den gemäßigten Hergt unterstützte Westarp in einem Jahr Fraktionsführung als nicht radikal genug erwiesen hatte.²¹⁰

Hugenbergs Konzeption, im Bündnis von großen und kleinen Unternehmern den Rückhalt für die Partei zu suchen, deckte genau die in Hamburg seit langem eingeleitete Entwicklung, und seine in die Formel »Block oder Brei« gepreßte Entschlossenheit, Prinzipientreue über Massengefolgschaft zu stellen, entsprach voll dem Rigorismus der dortigen Deutschnationalen. Mitglieder der Bürgerschaftsfraktion, die 1927 auch für Hamburg einen Ausweg aus der fruchtlosen Obstruktion suchten, bekamen bald zu spüren, daß es für einen gemäßigten Kurs im Landesverband keine Basis gab.²¹¹

Grundlage für die kompromißlose Opposition der Hamburger Deutschnationalen waren sowohl ihre spezifische politische Tradition als auch die besondere soziale Zusammensetzung des Landesverbands. Unter den Gruppen, die sich Ende November 1918 zur DNVP zusammenschlossen,²¹² dominierten in Hamburg die völkischen Antisemiten; hatten sie doch, gestützt auf den alten und neuen Mittelstand, der sich durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Großkonzerne bedroht fühlte, im letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende in der Stadt starken Rückhalt besessen. Hier hatten die Deutschsozialen 1897, 1900 und 1901 in Nachwahlen drei ihrer Kandidaten ins Parlament gebracht, hier waren die Deutschsozialen Blätter erschienen, und hier hatten die Antisemiten im mächtig aufstrebenden DHV einen finanz- und mitgliederstarken Bundesgenossen gefunden.²¹³

Demgegenüber hatten sich die Konservativen erst sehr spät, 1912, von den Nationalliberalen getrennt und eine eigene Organisation gebildet. Ge-tragen von der jüngeren Generation der um 1870 Geborenen und ohne nennenswerten Anhang unter den großen Familien, konnten sie anders als in Preußen weder langjährige politische Erfahrung noch das Prestige für sich in Anspruch nehmen, die im alten Staat politisch und gesellschaftlich führenden Schichten zu repräsentieren. Die Völkischen besaßen daher im Hamburger Landesverband der DNVP von Anfang an das Übergewicht. Sie stellten stets die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder und die Parteibürokratie.²¹⁴ Die Sezession 1922 machten nur einige jüngere Antisemiten mit, während die alten völkischen Funktionsträger in der Partei blieben und der Politik des Landesverbandes weiterhin das Gepräge gaben.²¹⁵ Im Mai 1923 wurde in der Hamburger DNVP der »Arierparagraph« beschlossen²¹⁶ – ein volles Jahr früher als im Reich –, und 1927 kehrten mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei auch die 1922 Ausgeschiedenen zurück. Eine Zusammenarbeit mit der DVP wurde dadurch vollends aussichtslos.

Wie die Antisemiten und die Hamburgisch-Konservative Vereinigung fand auch die Hamburger DNVP bei den selbständigen Gewerbetreibenden zunächst die stärkste Unterstützung.²¹⁷ Sie stellten in den ersten Jahren der Weimarer Republik wahrscheinlich das Gros der Mitglieder- und Anhänger-schaft, spielten in den Vorständen vieler Kreisvereine eine Rolle und waren die wichtigste Zielgruppe der deutschnationalen Politik und Propaganda. Alle ihre Wünsche und Ängste: die Unzufriedenheit über die hohen Steuern und die daran anknüpfende Forderung nach äußerster Sparsamkeit der öffentlichen Hand, die Klage über angeblich untragbare soziale Lasten und tarifliche Bindungen, das Verlangen nach Abbau aller »zwangswirtschaftlichen« Beschränkungen des ungehemmten Erwerbs, der Ruf nach staatlichem Mittelstandsschutz, nach Einengung der Gewerbefreiheit und nach steuerlicher oder gesetzlicher Behinderung der konkurrierenden Warenhäuser und Konsumvereine, fanden in der DNVP einen beredten Anwalt.

Durch den starken Zustrom aus den Reihen der selbständigen Gewerbetreibenden zur DNVP verloren die christlich-sozialen Angestellten, deren Unterstützung die Antisemitenparteien lebensfähig erhalten hatte, in der neuen Partei an Boden.²¹⁸ Der organisatorisch wenig gefestigte Angestelltenausschuß war in der Hamburger DNVP weitgehend einflußlos. Bei Interessenkonflikten zwischen selbständigen Gewerbetreibenden und Handlungsgelhilfen, z. B. bei der Frage der Sonntagsruhe, entschied sich der Landesverband ohne Zögern für die Arbeitgeber. Der DHV erhielt auf den deutschnationalen Kandidatenlisten stets nur einen sicheren Platz – nicht mehr als die in Hamburg völlig unbedeutenden »gelben« Organisationen.²¹⁹ Die Arbeitgeber in der Hamburger DNVP, gerade auch die ökonomisch gefährdeten, wenig selbstsicheren kleinen Handwerker und Einzelhändler, sahen lieber wirtschaftsfriedliche Schein-Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft in ihren Reihen als Vertreter des mächtigen DHV, die zwar die Distanz zum Proletariat betonten, aber trotz aller völkischen Tra-

dition und nationalen Gesinnung ihre Interessen energisch verteidigten und den Arbeitskampf – zumindest in der Weimarer Zeit – bejahten.

Es war bezeichnend für die Isolierung der deutschnationalen Handlungsgehilfen im Landesverband, daß dessen Vorstand 1928 den Antrag auf Ausschluß Lambachs aus der Partei stellte und trotz massiver Proteste zahlreicher Angestelltenorganisationen, darunter auch des Hamburger Angestelltenausschusses der DNVP, aufrechterhielt.²²⁰ Angestellte, die der Wille, sich als Teil des Mittelstandes zu behaupten, von der »gleichmacherischen« SPD und der in Hamburg besonders eng mit ihr verbundenen DDP trennte, konnten in der DNVP ebensowenig eine geeignete politische Vertretung erblicken wie in der DVP. Während die Verbandsfunktionäre zunächst noch ausharrten, bevor sie 1929/30 zu den Volkskonservativen oder später zur NSDAP übergangen, verließen die übrigen Angestellten schon seit 1922 in großer Zahl die Partei, um sich den Deutsch-Völkischen anzuschließen oder ohne politische Bindung zu bleiben, bis Anfang der 30er Jahre die NSDAP als machtvolle Alternative sichtbar wurde. Nicht zufällig waren es Angehörige dieser auch in den angeblich »guten« Jahren der Weimarer Republik stets von Arbeitslosigkeit bedrohten und unter scharfem Lohndruck leidenden, von den schwarz-weiß-roten Parteien vernachlässigten und politisch desorientierten Gruppe, die Anfang Dezember 1928 als erste in großen außerparlamentarischen Aktionen ihre Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien demonstrierten und der noch wenig bedeutenden NSDAP ein Forum boten.²²¹

Besser und länger als die zumindest im Ansatz klassenkämpferischen Angestellten konnten sich untere und mittlere Beamte in der Hamburger DNVP behaupten.²²² Schon die Antisemiten hatten bei ihnen beträchtliche Gefolgschaft gefunden. Auf den Listen der DNVP wurden sie stets in hervorragender Weise berücksichtigt und in der täglichen politischen Arbeit eifrig umworben. Die Erhaltung des Berufsbeamtentums gehörte ebenso zu den stereotypen Forderungen der Deutschnationalen, wie sie bei aller Sorge für den gewerblichen Mittelstand darauf bedacht waren, die Interessen der Beamten nicht zu verletzen. Gehalts- oder Personalabbau waren mit dem ständigen Ruf nach Sparsamkeit der öffentlichen Hand ausdrücklich nicht gemeint. Dies änderte sich erst im Zeichen der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise, unter deren Druck auch das von den Antisemiten ererbte Bündnis zwischen kleinen Beamten und Gewerbetreibenden zerbrach.

Zu diesen Gruppen kamen manche Angehörige der bürgerlichen Oberschicht, die freilich in der DNVP nie dieselbe Rolle spielten wie in der DVP. Unter den mittleren und großen Unternehmern waren es in erster Linie Industrielle, die der DNVP zuneigten.²²³ Sie fühlten sich in der Handelsstadt Hamburg gegenüber den Kaufleuten benachteiligt und waren überzeugt, daß ihre Arbeit weder von den staatlichen Instanzen noch von der wichtigsten wirtschaftlichen Interessenvertretung, der Handelskammer, gebührend gefördert, daß, wie es einer dieser Industriellen formulierte, für sie »nur am ›Katzentisch‹ serviert« werde.²²⁴ Tatsächlich besaß die

Industrie in Hamburg als einziger großer Wirtschaftszweig keine einheitliche, optimal durchsetzungsfähige Kammerorganisation. Ursprünglich mit dem Handwerk in der Gewerbekammer zusammengefaßt, die auch nicht annähernd über denselben Einfluß wie die Handelskammer verfügte, hatte sich ein Teil der letzteren angeschlossen und dort eine Industriekommission gebildet, ohne jedoch von den dominierenden Überseekaufleuten als wirklich gleichberechtigt anerkannt zu werden. Die daraus resultierende Animosität übertrug sich möglicherweise auf die bevorzugte politische Organisation der in der Handelskammer herrschenden Kreise, die DVP. In der arbeitsintensiven Industrie sahen sich die Arbeitgeber zudem unmittelbarer und heftiger als im Handel mit der klassenbewußten Arbeiterschaft konfrontiert. Sie wurden als erste genannt, wenn es um Ausbeutung und unsoziale Gesinnung ging, während der im Handel tätige Unternehmer sich außerordentlicher Wertschätzung erfreute und das seinem Selbstverständnis schmeichelnde Leitbild vom »königlichen Kaufmann« und durch ihn verkörperten »hanseatischen Wagemut« von einer breiten Öffentlichkeit bis hin zur Sozialdemokratie akzeptiert wurde. Auch in der Enttäuschung über den so ungleichen Anteil am Sozialprestige lag für manche Industrielle sicherlich ein Motiv, sich der sozialreaktionärsten Partei zuzuwenden.

Ähnlich waren es im Bildungsbürgertum in erster Linie Angehörige wirtschaftlich bedrängter oder in ihrer gesellschaftlichen Stellung bedrohter Gruppen, die sich der DNVP anschlossen.²²⁵ Die selbständig erwerbstätigen Akademiker in der Partei, die Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte, erhofften sich von der Ausschaltung der Juden aus ihrem Beruf eine Verbesserung ihrer ökonomischen Situation. Die zahlreichen Oberlehrer wehrten sich gegen die ihnen zugemutete Beeinträchtigung ihres sozialen Status, gegen die von SPD und DDP so sehr gefeierten »Errungenschaften der Republik« im Bereich des Bildungswesens, an erster Stelle die Einführung der akademischen Ausbildung und die entsprechende Höherbesoldung der Volksschullehrer, die den Abstand zu dieser Gruppe verringerten, oder die Gründung der Hamburger Universität, die die Gymnasialprofessoren durch den Zuzug »echter« Professoren ihres Platzes an der Spitze der Bildungspyramide beraubte und ihren Titel entwertete, bis sie sich schließlich 1926 durch die Einführung des Titels »Studienrat« gleichsam offiziell deklassiert sahen.

Viele aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum stammende Deutschnationale waren zudem durch langjährige Tätigkeit im Alldeutschen Verband geprägt, der in Hamburg schon seit der Jahrhundertwende einen aggressiv-antiliberalen, völkisch-antisemitischen Kurs im Sinne Claß' verfolgt hatte,²²⁶ oder sie bekannten sich kirchlich zu den orthodoxen Lutheranern und übertrugen deren Rigorismus, lieber nur eine »kleine Herde« anzusprechen, als durch liberale Reformbemühungen ein Sakrileg gegen die reine Lehre zu begehen, vom religiösen auf den politischen Bereich.²²⁷ Damit verband sich bei den meisten dieser Deutschnationalen ein ausgeprägtes elitäres Bewußtsein. Sie wollten und brauchten zwar den jungen Nach-

wuchs ebenso wie die breite mittelständische Mitgliederschaft, aber sie erwarteten ganz selbstverständlich, daß alle ihre Autorität uneingeschränkt akzeptieren mußten – ein Anspruch, der die DNVP auf lange Sicht den größten Teil ihrer Anhänger kostete; denn die Jungen standen in ihrer Mehrheit den Leistungen der älteren Generation in Staat und Gesellschaft durchaus skeptisch gegenüber,²²⁸ und die Mittelschichten waren sich ihrer Bedeutung inzwischen genügend bewußt geworden, um ihre Interessen selbst vertreten zu wollen. Ihnen allen bot die NSDAP den Ausweg, indem sie versprach, mit den »Geheimräten« aufzuräumen, und den Weg in führende Positionen – zunächst in der Partei – ohne Rücksicht auf Alter und Bildungsgrad öffnete.

Obwohl dies erst in der Endphase der Weimarer Republik voll sichtbar wurde, kündigte sich der Niedergang der DNVP bereits in den Jahren relativer Stabilität an: Nach den Angestellten trennten sich auch viele kleine und mittlere selbständige Gewerbetreibende von den Deutschnationalen, und der Mißerfolg bei der Jugend gehörte bald zu den ständigen Sorgen der Parteiführung. Nach der Inflation ging der Mitgliederbestand der DNVP von 18 000 zur Zeit ihrer größten Ausdehnung im Jahr 1922 auf knapp 7000 im Mai 1928 zurück.²²⁹ Gleichzeitig machte sie einen weitgehenden Wandel ihrer Mitglieder- und Anhängerstruktur durch: Die Kräfteverteilung im Landesverband verschob sich infolge der Abwanderung der vielen mittelständischen Parteigänger immer mehr zugunsten des Besitz- und Bildungsbürgertums. Die endliche Wahl des Großkaufmanns Max Stavenhagen zum Vorsitzenden der Hamburger Organisation im Jahr 1931 war dafür ebenso bezeichnend wie der schon seit 1920 sichtbare Trend, daß die DNVP bei Wahlen in ihren ursprünglichen, ehemals antisemitischen kleinbürgerlichen Hochburgen nur unterdurchschnittliche Zuwachsraten, in großbürgerlichen Stadtteilen dagegen überdurchschnittliche Erfolge erzielen konnte.²³⁰

Wegen der besonderen politischen Tradition und geistigen Vorprägung der großbürgerlichen Anhänger der DNVP bewirkte dieser Umschichtungsprozeß jedoch keinen Richtungswechsel in der Politik des Landesverbandes, sondern bildete die Grundlage für die kompromißlose Fortsetzung des radikalen alldeutsch-völkischen Kurses. Während nämlich die in der DNVP verbliebenen Mittelstandsvertreter bereit waren, für einen Zugewinn an Einfluß auf die Regierung politische Dogmen zurückzustellen – in der Reichstagsfraktion befürwortete der Hamburger Maurermeister Brekelbaum im Gegensatz zu dem Werftdirektor Gok 1925 und 1927 Zugeständnisse an die Koalitionspartner²³¹ –, meinten die trotz aller Schwierigkeiten wirtschaftlich nicht wirklich gefährdeten Angehörigen der Oberschicht, es sich leisten zu können, in unversöhnlicher Feindschaft zur Republik, zu Parlament und Erfüllungspolitik zu verharren.

NSDAP

Die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Konkurrenz war freilich in Hamburg im ersten Jahrzehnt der Weimarer Republik noch kaum zu erkennen.²³² Die erste, Anfang 1922 gegründete Ortsgruppe der NSDAP erlangte in dem knappen Jahr bis zu ihrem Verbot im November keinerlei politische Bedeutung. Mit ihren wenigen Dutzend²³³ meist aus der antisemitischen Bewegung der Vorkriegszeit stammenden Mitgliedern konnte sie es in bezug auf Aktivität und Radikalität mit den großen völkischen Verbänden, insbesondere dem in Hamburg nach Tausenden zählenden Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, oder der DNVP nicht aufnehmen.²³⁴ Hitlers Auftreten vor dem Volksgericht nach dem gescheiterten Putschversuch im November 1923 gewann den Nationalsozialisten zwar in den rechtsgerichteten Kreisen auch der Hansestadt zahlreiche Sympathien, wie sich in dem bemerkenswerten Erfolg des Völkischen Blocks bei der Reichstagswahl im Mai 1924 zeigte,²³⁵ aber die Partei entwickelte sich hier nach der Neugründung im März 1925 zunächst weiterhin nur langsam. Heftige, durch sektiererische Rechthaberei und persönliche Feindschaften gekennzeichnete innere Kämpfe behinderten sie in ihren Wirkungsmöglichkeiten so sehr, daß sie, wie es in einem Polizeibericht hieß, im Dezember 1925 »öffentlich kaum noch bemerkt« wurde.²³⁶ Senat, Behörden und konkurrierende Parteien schienen wenig Veranlassung zu haben, diese mitgliederschwache, in sich zerrissene Ortsgruppe der NSDAP stärker zu beachten als andere völkische Zirkel.

In der Zusammensetzung der nationalsozialistischen Mitgliederschaft zeichnete sich allerdings bereits ein Wandel ab, in dem die endliche Überlegenheit der Partei gegenüber allen anderen rechtsradikalen Organisationen begründet lag. Die stärkste Gruppe bildeten jetzt die – in ihrer Mehrheit außerordentlich jungen – kleinen Angestellten, während die fast ausnahmslos älteren und zumeist schon im Kaiserreich in judenfeindlichen Organisationen erprobten selbständigen Gewerbetreibenden erst an dritter Stelle kamen. Den zweiten Platz nahmen die – überwiegend ebenfalls noch sehr jungen – Arbeiter und Handwerksgesellen ein. Beamte – lediglich des unteren Dienstes – wagten demgegenüber nur in geringer Zahl, kurz nach Aufhebung des gegen die NSDAP gerichteten Verbots die Mitgliedschaft bei ihr zu erwerben, und die wenigen jungen Akademiker in der Ortsgruppe blieben zunächst besonders von den Angehörigen des gewerblichen Mittelstands mißtrauisch beobachtete Außenseiter. Eine besondere Affinität bestimmter Berufsgruppen gegenüber der NSDAP ist aus dem Befund aber nicht zu erschließen, weil persönliche Bekanntschaften in dieser frühen Zeit offenbar oft den Ausschlag für den Beitritt gaben.²³⁷

Ganz deutlich kündigten sich die Entwicklungsmöglichkeiten der NSDAP in den Verschiebungen im Altersaufbau an: War die Mehrzahl ihrer Mitglieder 1922 im Alter zwischen 30 und 50 Jahren gewesen, so waren jetzt 64,4 % 30 Jahre und jünger, davon allein 57,4 % 18 bis 25, und nur 14 % mehr als 40 Jahre alt.²³⁸ In diesem Zustrom junger Mitglieder lag die

tiefste Ursache für die Konflikte in der Hamburger NSDAP. Die alten Völkischen dachten noch ganz in den Kategorien der Vorkriegszeit; sie bekämpften in den Juden die vermeintlichen Urheber aller unverständenen und daher als bedrohlich empfundenen, mit der Herausbildung des organisierten Kapitalismus einhergehenden Entwicklungen und neuerdings auch der Revolution, wünschten also letztlich, durch die Ausschaltung der Juden die vorrevolutionären oder gar vorkapitalistischen Verhältnisse wiederherzustellen, während die jungen Nationalsozialisten die Vergangenheit kaum weniger kritisch betrachteten als die Gegenwart und einer neuen, wenn auch völlig unklaren Zukunft entgegenstrebten. Den als »Vereinsmeierei« und »Stammtischpolitik« bespotteten Methoden der Älteren, die organisatorische Erfordernisse recht nachlässig erfüllten, nur vor Wahlen größere Aktivität entfalteten, im übrigen aber im geselligen Beisammensein und in ausgedehnten weltanschaulichen Diskussionen ihr Genüge fanden, setzten sie das Verlangen nach straffer Durchgliederung, energischer, jeder Erörterung entzogener Führung und permanenter Aktion entgegen. Geradezu der Prototyp der alten Antisemiten war der erste Ortsgruppen- und Gauleiter der Hamburger NSDAP, Josef Klant, ein kleiner Einzelhändler, der sich seit Jahrzehnten in den verschiedenen völkischen Parteien und Bünden engagiert hatte. Mit der Ablösung des Siebenundfünfzigjährigen durch den 30 Jahre später geborenen Mittelschullehrer und wissenschaftlichen Angestellten des DHV, Dr. Albert Krebs, im November 1926 wurde die Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen schließlich zugunsten der Jungen in der Partei entschieden. Etwa gleichzeitig wie in anderen Teilen des Reichs wurde damit auch in Hamburg der in der völkischen Bewegung ergraute Vereinsvorsitzende durch den dynamischen, organisatorisch begabteren Parteimanager ersetzt.²³⁹

Unter der neuen Führung erlebte die Hamburger NSDAP bald einen Aufschwung. Nachdem sie im März 1925 mit ca. 135 Mitgliedern wiedergegründet worden war, im Sommer 1926 mit knapp 250 Mitgliedern ihren Höhepunkt in der Ära Klant erreicht hatte und bis zum November infolge der inneren Fehden auf 125 Mitglieder zusammengeschmolzen war, konnte sie im Herbst 1927 über ca. 300 und 1928 über ca. 600 Mitglieder verfügen.²⁴⁰ Deren Einsatzbereitschaft und Aktivität machten es möglich, neben den regulären Sprechabenden und zahlreichen kleineren Versammlungen allmonatlich zwei größere Veranstaltungen durchzuführen, so daß die tatsächliche Stärke der Ortsgruppe von Außenstehenden, selbst der Polizei, erheblich überschätzt wurde.²⁴¹ Gleichzeitig wuchs die Bereitschaft, sich dieser sichtbar aufstrebenden, dynamischen Partei anzuschließen. Insbesondere ehemalige Freikorpskämpfer und Angehörige von Wehrverbänden, die bisher abseits gestanden hatten, brachten ihr nun stärkste Sympathie entgegen. Bei den Bürgerschaftswahlen Anfang Oktober 1927 gelang es der NSDAP, 9754, bei der Wiederholung im Februar 1928 14760 und bei den Reichstagswahlen im Mai sogar 17761 Stimmen zu gewinnen. So unbedeutend der Anteil von 1,5 %, 2,15 % bzw. 2,6 % im Vergleich zu den Ergebnissen der großen Parteien war, er reichte aus, um in der NSDAP als

Erfolg gefeiert zu werden und ihr weiteren Zulauf zu sichern. Die beträchtliche Steigerung um 8000 Stimmen in wenig mehr als einem halben Jahr ließ erkennen, daß der Trend für die NSDAP aufwärts ging.

Noch erlaubten die, absolut betrachtet, bescheidenen Ergebnisse den Gegnern der NSDAP jedoch, sich Illusionen über die geringen Chancen des Rechtsradikalismus in Hamburg hinzugeben. Dabei übersahen sie, daß die Bewegung in und zwischen den Parteien die politische Unruhe in der Bevölkerung nur unvollkommen und verzögert widerspiegelte. Es gehörte zur »Krise des Parteienstaates«, ²⁴² daß sich die politische Meinungsbildung oft eher in Bündeln, Wehrorganisationen, Interessenverbänden und Vereinen vollzog als durch die mit äußerster Skepsis betrachteten etablierten Parteien, daß sich viele Wahlberechtigte bei Abstimmungen ohne rechte Überzeugung für die Partei entschieden, die ihnen im Augenblick das kleinste Übel oder die energischste Anwältin ihrer speziellen Interessen zu sein schien, wenn sie nicht überhaupt auf die Stimmabgabe verzichteten. Politische Einstellungen und Umorientierungen zeichneten sich daher in den Verbänden häufig früher und deutlicher ab als in den Parteien.

Völkische Bewegung und Nationalklub von 1919

Der NSDAP kam je länger je mehr zugute, daß in Hamburg eine alte und starke völkische Tradition ein beträchtliches rechtsradikales Potential hatte entstehen lassen, das unter günstigen äußeren Bedingungen leicht für die extremste Richtung zu mobilisieren war. Zahlenmäßig ist es freilich kaum einzuschätzen. Nicht nur fehlen für viele Organisationen jegliche Angaben; da Mehrfachmitgliedschaften häufig, wenn nicht gar die Regel waren – Klant gehörte beispielsweise unter anderem dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, dem Bund der Niederdeutschen und dem Bund der Aufrechten an ²⁴³ –, würde sich eine einfache Addition der Zahlen auch verbieten. Daß das rechtsradikale Reservoir nicht gering zu achten war, zeigte neben den Erfolgen der DNVP und des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes in den Anfangsjahren des Weimarer Staates insbesondere die wiederholte Aufdeckung ausgedehnter Umsturzvorbereitungen bis 1923, die nur deshalb ein solches Ausmaß hatten gewinnen können, weil die rechten Gegner der Republik durch zahlreiche sympathisierende Polizisten, Beamte und Richter Rückendeckung erhielten. ²⁴⁴ Für den Höhepunkt der gegenrevolutionären Entwicklung im Jahr 1923 ist die Zahl der aktiven Helfer und Mitglieder der völkischen Bewegung in Hamburg auf 20000–30000 geschätzt worden. ²⁴⁵ Nach der Beruhigung der innenpolitischen Verhältnisse im Herbst 1927 berechnete die Polizeibehörde die korporative Mitgliedschaft der Vereinigten Stadtringe Hamburg-Altona, zu denen sich 15 völkische und nationale Organisationen, hauptsächlich Frontkämpfer- und Jugendbünde, zusammengeschlossen hatten, auf ca. 10000 Personen. ²⁴⁶ Wird berücksichtigt, daß Mehrfachzählungen bei die-

ser Schätzung sicher nicht vermieden wurden, daß aber nur ein Teil der völkischen Zusammenschlüsse den Vereinigten Stadtringen angehörte, so scheint die Annahme von ca. 15000 organisierten rechten Extremisten zu diesem Zeitpunkt der Wirklichkeit einigermaßen nahe zu kommen.

Eine Sonderstellung innerhalb der Rechten nahm der Hamburger Nationalklub von 1919 ein.²⁴⁷ Aufgrund seiner sozialen Exklusivität besaß er bei allen denen hohe Autorität, die die Vorkriegsordnung bejahten und die Beteiligung neuer Schichten an der politischen Führung mit Mißtrauen beobachteten. Wer im Nationalklub sprach, galt als gesellschaftlich anerkannt und kam als politischer Partner in Frage.

Wie in den zahlreichen übrigen Herrengesellschaften hatten sich im Hamburger Nationalklub in der Phase der unmittelbar nachrevolutionären Unruhen Angehörige der alten Führungsschichten, hohe Beamte und Offiziere, Juristen, Kaufleute und Industrielle, zusammengefunden.²⁴⁸ Sie einte der Wunsch, an die Stelle der verhaßten Republik, in der die politischen Privilegien beseitigt und die sozialen bedroht waren, der die außenpolitische Machtlosigkeit ebenso zur Last gelegt wurde wie die wachsende Verzahnung von Staat und Gesellschaft, wieder jenen scheinbar über allen Parteien und Interessen stehenden, von qualifizierten Fachleuten ohne politische Rücksichten geleiteten Staat zu setzen, wie er im nachhinein in der Konstruktion Bismarcks gefeiert wurde. Die Identifikation mit dem alten Regime machte es dabei gleichermaßen unmöglich, dessen Verantwortung für Krieg und Niederlage und die folgende außenpolitische Isolierung einzugestehen, wie die für diese Kreise typische Orientierung am 19. Jahrhundert die Einsicht verhinderte, daß das Drängen breiter Schichten nach politischem Einfluß selbstverständlich war, nachdem die Komplizierung aller Lebensbezüge infolge der technisch-industriellen Entwicklung die Einbeziehung immer neuer gesellschaftlicher Bereiche in staatliche Kompetenz notwendig gemacht hatte.

Die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer politischen Vorstellungen erblickten die Mitglieder des Nationalklubs, die zumeist selbst der DNVP, den Vereinigten Vaterländischen Verbänden oder allenfalls dem rechten Flügel der DVP angehörten oder nahestanden, in der Einigung der Rechten von der DVP bis hin zu den Völkischen.²⁴⁹ Diesem Zusammenschluß suchten sie dadurch vorzuarbeiten, daß sie prominente Vertreter der »nationalen« Parteien, Verbände und Strömungen zu Vorträgen vorwiegend über innenpolitische Themen, an zweiter Stelle über die »Erfüllungspolitik« und die Revision des Versailler Vertrags, ferner über wirtschaftspolitische Probleme, gelegentlich auch über die Jugend- und nationale Arbeiterbewegung einluden.²⁵⁰ Von 1925 bis 1927 stand alljährlich ein Vortrag über den italienischen Faschismus auf dem Programm.

Entsprechend der politischen Ausrichtung des Klubs waren Repräsentanten des alten Reichs insbesondere in den Jahren bis 1922 häufig seine Gäste. Weit aus die meisten Redner stellte während der ganzen Zeit der Weimarer Republik die DNVP; aber auch Völkische und Nationalsozialisten kamen schon früh zu Wort, während die DVP – und zwar fast aus-

schließlich der rechte Flügel – erst seit 1926 in annähernd gleicher Weise berücksichtigt wurde. Nachdem bereits 1920 u. a. das Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der spätere Mitbegründer der Deutschvölkischen Freiheitspartei und Direktoriumsvorsitzende der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft, Dr. Adalbert Volck, 1921 Graf Reventlow, Ludendorff, Bang, Graefe-Goldebee und wiederum Volck, 1922 Wulle, Claß, der ehemalige Vorsitzende des Hochschulrings deutscher Art, Dr. Otto de la Chevalerie, und Gottfried Feder im Nationalklub gesprochen hatten, erhielt im Februar 1926 Hitler selbst Gelegenheit, dort seine Gedanken zu entwickeln – zu einer Zeit, als ihm ein öffentliches Auftreten in Hamburg wie in den meisten deutschen Ländern noch verboten war. Der Klub brachte damit nicht nur seine Verachtung für den republikanischen Senat und dessen Entscheidungen zum Ausdruck, sondern bot darüber hinaus der kleinen NSDAP die Möglichkeit, von seinem Prestige zu profitieren. Hinfort war sie für das »nationale Hamburg« nicht mehr nur eine der unzähligen völkischen Sekten, sondern fand in der Rechtspresse der Stadt aufmerksame und wohlwollende Beachtung.²⁵¹

Politische Beeinflussung in Bürgervereinen und Wirtschaftsverbänden

Die Wirkungsmöglichkeiten der völkischen und nationalen Verbände blieben infolge ihrer einseitigen politischen Festlegung auf diejenigen beschränkt, die bei allen Nuancen im einzelnen in der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Republik ohnehin mit ihnen übereinstimmten. Bedeutsamer für die Zukunft des Weimarer Staates und aufschlußreicher für die Stimmungen und Einstellungswandlungen in der Bevölkerung waren daher die Vorgänge in den politisch offeneren oder nicht primär politisch interessierten Organisationen, den Bürgervereinen, Wirtschafts- und Standesverbänden oder auch einfach der Pflege von Geselligkeit, Spiel und Sport dienenden Vereinen. Die allgemeine Politisierung hatte auch vor ihnen nicht haltgemacht. Den Mitgliedern wurden politische Vorträge geboten,²⁵² die Vereine gaben Wahlempfehlungen und suchten bei den Parteien ihre speziellen Wünsche durchzusetzen, so daß es in den Versammlungen und wahrscheinlich erst recht bei zwanglosen Zusammenkünften immer wieder zu leidenschaftlichen politischen Diskussionen kam. Da nicht von vornherein übereinstimmende politische Überzeugungen die Mitglieder zusammengeführt, vielmehr in diesen Vereinen Anhänger aller bürgerlichen Parteien die Möglichkeit hatten, Andersdenkende oder bisher Indifferente zu ihren Auffassungen zu bekehren, traten hier Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Parteien für bestimmte Bevölkerungsgruppen deutlich zutage.

Auf eine lange Tradition zurückblicken konnten insbesondere die ca. 50 Bürgervereine mit ihren rund 20000 Mitgliedern.²⁵³ Seit dem Vormärz vor allem in politisch bewegten Zeiten entstanden – die meisten im Zusammen-

hang mit der Reichsgründung und den Bemühungen um eine Liberalisierung der Hamburger Verfassung seit den 70er Jahren –, waren sie ursprünglich Ausdruck für den Willen des Bürgertums, wenigstens auf der Ebene des Wohnbezirks an den öffentlichen Entscheidungen mitzuwirken. Nach jahrzehntelanger weitgehender Beschränkung auf rein kommunale Angelegenheiten in der Periode nach dem Scheitern der 48er Bewegung, auf Wohltätigkeit, Bildungsfragen, Stadt- und Verkehrsplanung, hatten sich die Bürgervereine seit dem letzten Viertel des Jahrhunderts daneben in zunehmendem Maß der Kandidatenaufstellung und den propagandistischen Vorbereitungen für die Bürgerschaftswahlen gewidmet. Dadurch hatten sie, da die »alten« Parteien über keinen außerparlamentarischen Apparat verfügten, solchen Einfluß gewonnen, daß ihre Dachorganisation, der 1886 gegründete Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine, oft kurz das »Vorparlament« genannt worden war.

Mit dem Engagement bei Wahlen hatte die parteipolitische Differenzierung der Bürgervereine begonnen, die zunächst durchweg, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, »liberal« gewesen waren. Um die Jahrhundertwende fanden deutschsoziale Ideen Eingang bei ihnen,²⁵⁴ und 1906 bewirkte die Abspaltung der Vereinigten Liberalen anläßlich der Beratungen über die Wahlrechtsänderung, daß sich auch die Bürgervereine in fortschrittlich und nationalliberal orientierte schieden.²⁵⁵

Durch die Revolution erhielten die demokratischen Tendenzen in der Bürgervereinsbewegung noch einmal kräftigen Auftrieb. In der Begeisterung des Neubeginns schlossen sich zahlreiche Vereine spontan der DDP an; die Republik schien hier eine starke Stütze zu finden.²⁵⁶ Aber nur wenige Jahre später befanden sich die Demokraten endgültig in der Defensive: 1924 rief der Zentralausschuß zum Ersten Hamburger Bürgertag auf, indem er die Argumente der Rechten gegen die seit 1918 verantwortlichen Politiker gebrauchte. Die Einigung des Bürgertums sei notwendig, damit Politik und Wirtschaftsleben nicht länger »nach einseitigen Parteischablonen« gestaltet und die führenden Positionen wieder nach Eignung und Ausbildung für sie, »nicht für andere Berufe (Parteifunktionär, Redakteur, Maurer, Volksschullehrer, Gastwirt oder Tapezierer)« besetzt würden. Die Geschichte Hamburgs seit 1918 habe gezeigt, daß der Staat an den Rand des Abgrunds gerate, »wenn das Bürgertum ausgeschaltet« werde.²⁵⁷ Die von Anfang an maßgeblich am Senat beteiligte DDP wurde als Vertretung offenbar nicht mehr anerkannt.

Als die Demokraten im Zentralausschuß gegen einen im selben Tenor gehaltenen Aufruf zu den Bürgerschaftswahlen am 26. Oktober 1924 protestierten, den der Vorsitzende ohne vorherige Zustimmung der Delegierten gemeinsam mit dem reaktionären Bürgerbund erlassen hatte, wurde der Antrag nicht nur mit großer Mehrheit abgelehnt, sondern ausdrücklich bestätigt, daß die Urheber »ganz im Geist des Hamburger Bürgertums gehandelt« hätten.²⁵⁸ Einzelne Vereine gingen 1927 sogar so weit, außer mit dem Bürgerbund unter anderen mit dem Alldeutschen Verband und dem Nationalverband Deutscher Offiziere eine gemeinsame Wahlveranstaltung »ge-

gen die Marxisten« durchzuführen.²⁵⁹ 1928 unterstützten die DDP nur noch wenige Vereine, und zwar meist Vereine in Stadtteilen mit relativ großem jüdischen Bevölkerungsanteil, die selbst zahlreiche Juden unter ihren Mitgliedern hatten.²⁶⁰

Zeitpunkt und Ursache der Rechtsschwenkung in den Bürgervereinen zu klären, würde spezielle Untersuchungen erfordern. Sicher spielte die Unzufriedenheit mit dem Machtverlust nach der Revolution infolge der Herausbildung moderner Parteien mit umfassenden Organisationsapparaten eine wichtige Rolle. Hinzu kamen möglicherweise Einwirkungen aus anderen Zusammenschlüssen, die mit den Bürgervereinen zum Teil personell verflochten waren²⁶¹ und eine ähnliche Entwicklung schon früher durchgemacht hatten oder sie etwa gleichzeitig erlebten.

Der große und vor dem Krieg außerordentlich einflußreiche Hamburger Grundeigentümerverschein von 1832 hatte infolge der Beseitigung des Klassenwahlrechts noch weit erheblichere Machteinbußen erlitten als die hauptsächlich bei den allgemeinen Wahlen engagierten Bürgervereine. 1919 konnte er nur vier und 1921 gar nur drei seiner Kandidaten auf einer eigenen Liste in die Bürgerschaft bringen.²⁶² Der politische Wandel hatte für die Grundeigentümer zudem unmittelbare wirtschaftliche Konsequenzen; denn in der nach dem gleichen Wahlrecht zusammengesetzten Bürgerschaft ordnete eine Mehrheit den Schutz der ökonomisch schwachen Bevölkerungsschichten, gerade auch der Mieter, den materiellen Interessen der Hausbesitzer über. Anders als in den Bürgervereinen fand die Republik daher im Grundeigentümerverschein von vornherein wenig Anhang. Der letzte Kontakt zur DDP endete, als 1924 das Vorstandsmitglied Walter Burmeister aus ihr ausschied.²⁶³ Der Verein forderte von nun an seine rund 9000 Mitglieder stets eindeutig zur Wahl einer der »schwarz-weiß-roten« Parteien, DVP, DNVP oder Reichspartei des deutschen Mittelstandes, auf, ließ ihnen finanzielle Unterstützung zuteil werden und seine Vertreter auf ihren Listen kandidieren; doch hatte sich die Mehrzahl der Mitglieder offenbar schon für die radikalste, die Deutschnationale Volkspartei, entschieden.²⁶⁴

Wie die Grundeigentümer setzten auch die selbständigen Gewerbetreibenden wenig Vertrauen in die Bereitschaft der republikanischen Parteien, ihren speziellen Bedürfnissen genügend Rechnung zu tragen. Zwar traten die Hamburger Demokraten entschieden und mit einigem Erfolg für diese Bevölkerungsgruppe ein, aber einer Annäherung an die DDP stand doch im Wege, daß sie selbst manche falschen Vorstellungen über die im gewerblichen Mittelstand herrschende Mentalität hegte²⁶⁵ und die ihr eng verbündete SPD, trotz der Bemühungen einzelner Sozialdemokraten, kein positives Verhältnis zu ihm gewinnen konnte. Die Mehrheit der SPD sah in ihm nur eine im geschichtlichen Prozeß zum Untergang verurteilte Gruppe, der zu helfen oder die zu umwerben völlig aussichtslos sei.²⁶⁶ Wenn auch die Entwicklung bei den zahlreichen Mittelstandsorganisationen unterschiedlich verlief, soviel ist deutlich: Die wenigen Demokraten in ihnen waren 1928 völlig isoliert. Die Innungs- und Verbandsvorstände unterstützten in großer Mehrheit die DVP oder die DNVP, während die übrigen das

Dilemma, in diesen Parteien entweder mit dem städtischen Großbürgertum für Freihandel und extremen Wirtschaftsliberalismus ohne Raum für Mittelstandsschutz oder mit den Großagrariern für Schutzzölle und folgende Rohstoffverteuerung stimmen zu müssen, meist für kurze Zeit zur Wirtschaftspartei trieb.

Bei der Rechtsneigung der Hamburger DVP bedeutete diese Entwicklung, daß ein erheblicher Teil des Bürgertums in den Verbänden in seiner Abneigung gegen die Republik bestärkt wurde. Auch der DHV wirkte in diesem Sinne, hatte aber in Hamburg in den mehr als doppelt so starken liberalen und den etwa gleich großen freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen eine Gegenkraft. Ebenso dominierten in den Verbänden der höheren Beamten die Anhänger der DVP – und in geringerem Ausmaß – der DNVP, während in denen der mittleren und unteren Beamten die Mehrheit mit den republikanischen Parteien sympathisierte. In den Stellungnahmen der Verbände verzahnten sich wirtschaftliche und politische Argumente: Während die rechtsorientierten Berufsorganisationen mehr oder weniger deutlich die Vorwürfe der nationalen und völkischen Bünde gegen die äußere und innere Machtlosigkeit des Weimarer Staates aufgriffen, machten sich diese die sozialreaktionären Auffassungen der Wirtschaftsverbände zu eigen. Da die Zugehörigkeit zu mehreren Organisationen, etwa einem politischen, einem wirtschaftlichen und einem kulturellen Verein, im Bürgertum die Regel war,²⁶⁷ wurden die Mitglieder so von verschiedenen Seiten in dieselbe Richtung gedrängt: der Republik gegenüber reservierte oder feindliche Distanz zu wahren. Noch überwog in den zur Diskussion stehenden Verbänden dabei der Wunsch nach möglichst weitgehender Restauration der Vorkriegsverhältnisse, so daß die als revolutionär geltende NSDAP gegenüber den »schwarz-weiß-roten« Parteien keine Chance hatte. Erst die Zerstörungen in der Weltwirtschaftskrise ließen die Furcht vor den unübersehbaren Folgen radikaler Veränderungen und bisher unbekanntem Entwicklungen allmählich schwinden, zumal sich nun auch die NSDAP »bürgerlicher« darstellte.

Ungünstige Altersstruktur der Eliten

Die skizzierten Entwicklungen in den Verbänden zeigen, daß es auch in Hamburg latente Vorbehalte gegen die bestehende staatliche Ordnung in einem Ausmaß gab, das für wirtschaftlich und politisch schwierige Zeiten Anlaß zur Sorge bieten konnte, wenn es den Regierungen nicht gelang, schnell und erfolgreich zu reagieren. Gewiß waren die Regierungsbildungen seit 1918 hier mit geringeren Problemen belastet als in vielen Ländern des Deutschen Reichs. Durch ihre außerordentlich zielklare republikanische Politik und ihr unbeirrtes Festhalten an der Zusammenarbeit mit der SPD schuf die Demokratische Partei einen festen Kristallisationspunkt für alle Koalitionen. Das günstige Abschneiden der Weimarer Parteien bei den Wahlen 1927 und 1928 schien die optimistischen Prognosen bezüglich der

ruhigen Fortentwicklung der politischen Verhältnisse in Hamburg zu bestätigen. Während alle anderen Parteien mit Ausnahme der KPD bei den Bürgerschaftswahlen 1928 im Vergleich zu 1924 prozentuale Verluste erlitten, konnte die SPD erstmals seit dem Krieg wieder ihren Stimmenanteil von 32,4 % auf 35,9 % steigern, derjenige der DDP ging anders als im Reich nur geringfügig von 13,2 % auf 12,8 % zurück. In der Bürgerschaft, die dann mit den Problemen der Weltwirtschaftskrise fertig werden mußte, saßen 60 Sozialdemokraten, 21 Demokraten, 20 Volksparteilern und zwei bei ihnen hospitierenden Zentrumsvertretern nur 52 eindeutig oppositionelle, zudem in feindliche Lager getrennte Abgeordnete gegenüber, nämlich 27 Kommunisten, 22 Deutschnationale und drei Nationalsozialisten.

Dennoch waren gewisse Schwächeelemente in der politischen Konstellation in Hamburg nicht zu verkennen. Ein Moment der Unsicherheit barg insbesondere die Haltung der DVP, die aus ihrer Vorliebe für den alten Staat selten ein Hehl machte und in ihrer Mehrheit ohne wirkliche Überzeugung nur deshalb an dem Regierungsbündnis teilnahm, weil Kombinationen ohne die SPD unmöglich waren. Die Bereitschaft eines Teils des Bürgertums, den neuen Staat mitzutragen, war zudem durch den Verzicht auf grundlegende Strukturveränderungen erkaufte, so daß wichtige Machtpositionen in den Bereichen Verwaltung und Wirtschaft intakt blieben. Zugleich hatte die stärkste Partei, die SPD, bei der Behandlung dieser Reformaufgaben einen bedenklichen Mangel an Sinn für Macht und eine unpolitische Hochachtung für den Fachverstand gezeigt, durch die sie ihren mit angeblichen Sachargumenten politisch operierenden bürgerlichen Kontrahenten gegenüber oft einen schweren Stand hatte.

Besonders problematisch war in einer Zeit, in der die raschen, durch Krieg und Revolution beschleunigten grundlegenden Veränderungen im staatlichen und sozialen Gefüge Anpassungsfähigkeit und schnelles Reagieren verlangten, die Überalterung der politischen und gesellschaftlichen Führungsgremien. Alle Parteien von der SPD bis zur DNVP hatten Schwierigkeiten, genügend junge Menschen für sich zu gewinnen, so daß in der Gegenwart die Agitationsmöglichkeiten begrenzt und für die Zukunft die Aussichten dunkel waren. Die Sorge darum war ein wesentliches Motiv für den Vorstoß Lambachs 1928, durch den die DNVP in eine ihrer schwersten Krisen geriet.²⁶⁸ Ebenso veranlaßte sie den demokratischen Parteivorsitzenden Koch-Weser 1930 zu seinem risikoreichen Experiment, durch Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden wieder Kontakt zur Jugend zu gewinnen.²⁶⁹ Zahlenmäßig läßt sich der ungenügende Erfolg der Parteien bei jungen Menschen freilich nur für die Hamburger SPD belegen, doch war die Situation im bürgerlichen Lager eher schlechter, wie die dort besonders häufigen Klagen über das geringe Engagement der Jugend zeigten.²⁷⁰ Während in der SPD die Tendenz vorherrschte, die Ursachen in organisatorischen Mängeln zu suchen, wurden in den bürgerlichen Parteien vor allem programmatische Fehlentwicklungen für das Fernbleiben der jüngeren Jahrgänge verantwortlich gemacht. Alle Analysen führten dabei zu bemerkenswert übereinstimmenden Ergebnissen: Den bürgerlichen

Parteien fehle es an mitreißenden Ideen und dem Mut zum Kämpfen. Der »vergeschäftlichte politisch-parlamentarische Betrieb«, in dem Interessenten den Ton angäben und Debatten zu Fachsimplereien entarteten, könne junge Menschen allenfalls abstoßen. Statt zukunftsweisende Konzeptionen zu entwickeln, begnüge man sich damit – dies ist ein Vorwurf, der hauptsächlich DVP und DNVP traf –, die »Wiederherstellung von Gewesenem« zu propagieren, und vergesse dabei, daß eine »in neue staatliche, soziale, kulturelle und geistige Verhältnisse hineingeboren[e]« Jugend diese Vergangenheit nicht mehr als erstrebenswertes Ziel betrachte.²⁷¹ Ganz ähnliche Vorwürfe kamen aus der jüngeren Generation selbst, darunter von der erwähnten Gruppe sozialdemokratischer und demokratischer Nachwuchspolitiker.²⁷²

Die Überalterung der Parteien trat in der Zusammensetzung der Bürgerschaft besonders klar zutage. 1924 wurde in einem zornigen Artikel in der Wochenschrift der Hamburger DVP nach einer Betrachtung der Altersstruktur der Bürgerschaft die Schlußfolgerung gezogen, sie sei ein »Parlament der alten Leute«, das »jede Fühlung mit dem wirklichen politischen und wirtschaftlichen Leben Hamburgs verloren« habe und glaube, »mit den Methoden von 1887 auch das Jahr 1925 noch regieren zu können«. »Draußen schaffen die Jungen, drinnen schwatzen die Greise«, lautete das Verdikt aus den Reihen der Partei, die lange politische Erfahrung und Bindung an das Vorkriegsdeutschland gewiß nicht grundsätzlich negativ beurteilte.²⁷³ Zwar bemühten sich alle Parteien 1928, solchem Unmut Rechnung zu tragen, indem sie ihrem Nachwuchs einige gute Listenplätze einräumten, aber insgesamt änderte sich die Situation doch nur wenig. Die 1928 gewählte Bürgerschaft hatte ein Durchschnittsalter von 49,2 Jahren, bei Ausschluß der kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten sogar von 51,3 Jahren. Die große Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder hatte schon vor dem Krieg für ihr politisches Denken entscheidende Eindrücke empfangen: 90% zählten mehr als 35 Jahre, hatten also schon damals ein Alter erreicht, in dem gewöhnlich der Eintritt ins Berufsleben erfolgte und der Anschluß an eine Partei möglich wurde. 15% der Abgeordneten hatten sogar bereits die Sechzig überschritten.²⁷⁴ Um die Bedeutung dieser Zahlen voll zu würdigen, ist zu berücksichtigen, daß die alten Fraktionsmitglieder gerade in den traditionsbezogenen Parteien, in SPD, DVP und DNVP, etwas weniger in der DDP, aufgrund ihres außerordentlichen persönlichen Ansehens weit mehr Einfluß besaßen als ihre jüngeren Kollegen.

Bei der Auswahl der Senatskandidaten war es allen Parteien erst recht selbstverständlich, nur Persönlichkeiten vorzuschlagen, die seit langem in der politischen Arbeit bewährt waren und möglichst über vieljährige Verwaltungserfahrung verfügten. Von den 16 Senatoren²⁷⁵ waren fünf 1868 oder früher, acht zwischen 1869 und 1878 geboren, vier hatten die Reichsgründung noch bewußt miterlebt. Elf hatten im Staatsdienst, während einer juristischen Ausbildung oder in den Arbeiterorganisationen administrative Probleme kennengelernt. In den leitenden Stellen standen ihnen zudem

Berufsbeamte zur Seite, die, wie bereits erörtert wurde, in ihrer Mehrzahl die traditionelle Karriere durchlaufen und in den juristischen Fakultäten und Behörden des alten Staates entscheidende Vorprägungen erfahren hatten. In den Kammern schließlich, in denen gern ein Korrektiv gegen die leicht erstarrenden Verwaltungsapparate gesehen wurde, bestimmten nicht nur altersmäßig der Vergangenheit verbundene, sondern weithin dieselben Persönlichkeiten wie vor dem Krieg die Entschlüsse.

Alle diese Politiker, hohen Beamten und »Wirtschaftsführer« hatten sich im Kaiserreich ihre Auffassungen über Politik, Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gebildet. Mehr oder weniger bewußt orientierten sich die meisten an den damaligen Verhältnissen, und sei es nur im negativen Sinn, daß sie in der Republik vor allem die früher erfolglos bekämpften Mißstände beseitigen oder bisher unerfüllt gebliebene Wünsche verwirklichen wollten.²⁷⁶ Im Bereich der Wirtschaft war, je länger im Weimarer Staat eine Krise die andere ablöste, ohne Unterschied der Partei die Neigung besonders verbreitet, in der Vorkriegssituation die Norm zu sehen, an der die gegenwärtigen Entwicklungen gemessen wurden. Selbst Parteien, die die kriegsbedingte Übernahme neuer Aufgaben durch den Staat bejahten, hatten Anteil daran, daß bei zahlenmäßiger Erörterung der öffentlichen Haushalte stets das Jahr 1913 als Vergleichsbasis diente. Die in dem Artikel des Volksparteilers angesprochene Gefahr, daß einmal bewährte Methoden als für alle Zeiten gültig betrachtet und deshalb andersartige Erfordernisse der Gegenwart verkannt würden, war auf wirtschaftlichem Gebiet noch größer als sonst.

Ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert, als Gesellschaft und Staat noch weitgehend getrennt und dessen Aufgaben hauptsächlich auf die Regelung der auswärtigen Beziehungen und den Schutz der inneren und äußeren Sicherheit beschränkt waren, bildete letztlich auch die oft vertretene Auffassung, daß in Hamburg überwiegend unpolitische Sachentscheidungen zu treffen seien. Dieser enge Politikbegriff verhinderte die Einsicht, daß auch in einem Stadtstaat Interessenkonflikte nicht nach allgemein anerkannten, vernunftgemäßen Kriterien, sondern aufgrund einer politischen Wertehierarchie zu lösen waren. Erschwert wurden die daraus resultierenden Probleme dadurch, daß die Parteien den nach der Revolution zunächst erhobenen Anspruch, die Gesamtbevölkerung zu vertreten, inzwischen wieder aufgegeben hatten und sich 1928 wie vor dem Krieg lediglich als Anwälte bestimmter Schichten, des Bürgertums, der Arbeiterschaft oder gar nur des Mittelstandes, fühlten, die Vorgänge in anderen Gruppen dagegen ignorierten.²⁷⁷ Dabei verkannten sie, daß eine solche Haltung zwar einer von ihnen unabhängigen Staatsführung gegenüber möglich gewesen war, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung aber umfassende Konzeptionen entwickelt werden mußten. Wie der Ressortpartikularismus in der Verwaltung, so erschwerte es diese einseitige Festlegung der Parteien, den Anforderungen der Gegenwart mit Gesamtlösungen gerecht zu werden.

Die Schwierigkeiten, die sich aus der Überalterung der Führungskreise ergaben, kamen wegen deren starker personeller Verflechtung voll zur Wir-

kung. In Parteien, Kammern, Beiräten, den großen Organisationen und Vereinen, überall waren, wie ein guter Kenner der Szene, Rudolf Michael, 1926 bemerkte, dieselben Namen zu finden. Das gesamte öffentliche Leben werde in Hamburg »von wenigen Hundert gemacht«. ²⁷⁸ Die Folge dieser »gefährlichen Inzucht« war, nach Michaels Auffassung, daß bei der Fülle der Ämter oft Zeit und Kraft fehlten, im Lauf der Tätigkeit eingetretene Veränderungen hinreichend zu reflektieren und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, während neue Leute kaum Chancen erhielten, in die Führungsghremien einzudringen und unkonventionellen Ideen Gehör zu verschaffen.

Dies war die Situation, als sich im Herbst 1928 ein neuer konjunktureller Rückschlag ankündigte. Unter den Ausnahmebedingungen der Weltwirtschaftskrise mußte die Bedeutung der strukturellen Vorbelastungen klar zutage treten. Der in Hamburg weit verbreitete Glaube an die Sonderstellung der Stadt, der Optimismus, daß die große politische Vernunft ihrer Bewohner die außerordentliche Stabilität der staatlichen Verhältnisse weiterhin gewährleisten werde, erscheinen bei näherem Hinsehen trotz mancher günstiger Entwicklungsmomente wenig berechtigt. Die generellen Schwächen des Weimarer Staates bestanden auch in Hamburg; geistige Vorprägungen, politische, soziale, ökonomische und ideelle Interessen wie auch die Reaktionen bei deren Verletzung waren dieselben wie in anderen Teilen des Reichs. Insofern haben die Vorgänge in Hamburg durchaus exemplarische Bedeutung.

2. Entwicklung der Wirtschaftskrise

Hamburgs Wirtschaftsstruktur

Die wirtschaftliche Situation in Hamburg am Vorabend der Großen Depression zu beschreiben, bietet manche Probleme.¹ Die letzte umfassende Berufs- und Betriebszählung hatte 1925 stattgefunden; die nächste wurde erst 1933 durchgeführt, als die Weltwirtschaftskrise tiefgreifende Veränderungen im ökonomischen und sozialen Gefüge der Stadt bewirkt hatte. In der Zwischenzeit wurden nur für einige Teilaspekte des Wirtschaftslebens Zahlen ermittelt. Welche Verschiebungen in und zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbereichen die zur Zeit der Zählung 1925 noch andauernde, durch den plötzlichen Geldmangel nach dem Ende der Inflation ausgelöste Stabilisierungskrise und der Konjunkturaufschwung seit 1927 zur Folge hatten, läßt sich daher ebensowenig feststellen, wie die Ergebnisse der seit der Mitte der zwanziger Jahre in den Betrieben durchgeführten Rationalisierungen zu ermesen sind. Im Vergleich zu den Zerstörungen in der großen Deflationskrise am Ende der Weimarer Republik sind diese Umschichtungen allerdings von geringer Bedeutung. Für eine Betrachtung, die auf die Struktur der Hamburger Wirtschaft vor dem Beginn der Depression zielt, bieten die Resultate von 1925 deshalb trotz aller Ungenauigkeiten im Detail eine geeignete Grundlage.²

Von ausschlaggebender Bedeutung für Aufbau und Entwicklung der Hamburger Wirtschaft war der Hafen. Infolge seiner günstigen verkehrs-

geographischen Lage und guter Verbindungen mit dem europäischen Eisenbahn- und Wasserstraßennetz verfügte der östlichste Atlantikhafen über ein ausgedehntes Hinterland. Dadurch, daß auch größte Seeschiffe mehr als 100 km weit landeinwärts fahren konnten, wurden die teuren kontinentalen Transportwege verkürzt. Die Elbe oberhalb Hamburgs mit ihren Nebenflüssen und abzweigenden Kanälen eröffnete die Möglichkeit, die mitteldeutschen Industriegebiete um Berlin, in Sachsen und Thüringen, große Teile Ostdeutschlands und der Tschechoslowakei bis nach Prag mit dem Flußschiff zu erreichen, so daß Massengüter auf die rentabelste Weise von und nach Hamburg befördert werden konnten. 45 % des Hamburger Frachtverkehrs mit dem Binnenland wurden auf diesem Weg bewältigt.³ Für den Eisenbahntransport, der vor allem für hochwertiges Stückgut und schnell verderbliche Ware in Frage kam, waren die Bedingungen ebenfalls günstig, da Hamburg als Endpunkt von fünf wichtigen Strecken von allen deutschen Städten das drittstärkste Verkehrsaufkommen auf der Schiene zu verzeichnen hatte.⁴ Der Hafen selbst war mit 19 seeschifftiefen Becken mit einer Wasserfläche von 508 ha und 37 flußschifftiefen Becken mit einer Wasserfläche von 348 ha, mit 49 km langen Kaianlagen und weiteren 70 Kilometern Liegeplätzen an Festmachedalben, mit fast 2000 öffentlichen und privaten Hebezeugen und einer überdachten Lagerfläche in Kaischuppen und Speichern von rund 150 ha der größte und leistungsfähigste Seehafen des Deutschen Reichs.⁵ 17 267 Seeschiffe mit einem Raumgehalt von 21 Millionen Nettoregistertonnen – etwa die Hälfte aller in deutschen Häfen eintreffenden Seeschiffe – kamen 1928 nach Hamburg, während den zweitgrößten Hafen des Reichs, Bremen, nur 6876 Schiffe mit einem Raumgehalt von 9 Millionen Nettoregistertonnen anliefen.⁶ 26 Millionen Tonnen Fracht wurden gelöscht und verladen, fast 140 000 Passagiere ein- und ausgeschifft. Mit rund 2000 Häfen in aller Welt war Hamburg durch Liniendienste verbunden. Im Verkehr mit dem Hinterland wurden 1928 auf Flußschiffen rund 8 ½ Millionen und auf der Eisenbahn rund 9 Millionen Tonnen Güter von und nach Hamburg befördert.⁷

Dieser außerordentlichen Bedeutung des Hafens entsprechend dominierte in Hamburg die Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr wie in keinem anderen deutschen Staat. Nach der amtlichen Zählung gehörten 1925 63,9 % aller Betriebe und 57,4 % aller Beschäftigten zu ihr, während Industrie und Gewerbe nur 31,2 % der Betriebe und 37,6 % der Beschäftigten Arbeit boten.⁸ Im Reichsdurchschnitt waren demgegenüber in Handel und Verkehr nur 43,3 % der Betriebe und 29,3 % der Beschäftigten, in Industrie und Gewerbe aber 53,3 % der Betriebe und 67,9 % der Beschäftigten tätig;⁹ im Durchschnitt der deutschen Großstädte entfielen auf den Verteilungssektor 37,6 %, auf den Produktionsbereich 58,9 % der Beschäftigten.¹⁰ Weder in einer so typischen Handelsstadt wie in Frankfurt/Main noch in den beiden anderen Hansestädten hatten damals Handel und Verkehr ein solches Übergewicht wie in Hamburg.¹¹

Noch deutlicher tritt die Sonderstellung dieser Wirtschaftsabteilung bei

einer Analyse der in Hamburg erzielten Umsätze zutage. Mehr als 83 % des Gesamtumsatzes wurden in ihr erwirtschaftet, während im Reichsdurchschnitt Handel und Verkehr einerseits, Industrie und Gewerbe andererseits mit 46 % und 47,5 % fast gleich stark zum Gesamtumsatz beitrugen. Hamburg stand damit an der Spitze aller deutschen Staaten und Großstädte, in weitem Abstand gefolgt von Königsberg, Münster und Bremen, wo Handel und Verkehr 72,5 % bzw. jeweils gut 70 % des Gesamtumsatzes erbrachten. An dem im Reich in diesem Sektor erzielten Umsatz war es mit gut 11 % beteiligt.¹²

Wie sehr Hamburg seine einzigartige Bedeutung als Zentrum von Handel und Verkehr seinem Hafen und der engen Verbundenheit mit der Weltwirtschaft verdankte, ergibt sich bei eingehender Betrachtung der großen Wirtschaftsabteilungen. Allein in der Schifffahrt waren hier 28 213 Menschen – das waren 5,7 % aller Erwerbstätigen – beschäftigt, darunter 21 813 Personen in der See- und Küstenschifffahrt und 6400 Personen in der Binnenschifffahrt. Hinzu kamen 13 454 Menschen, die im Hafenesen und im Lotsenbetrieb ihren Unterhalt verdienten, so daß diese Gewerkeklassen 8,5 % der Erwerbstätigen Arbeitsmöglichkeiten boten.¹³

Wie groß im Handel der Anteil war, der dem Austausch mit dem Ausland diente, ist nicht genau zu bestimmen. Der gesamte Großhandel, dem in der Statistik der Ein- und Ausfuhrhandel zugeordnet war, umfaßte in Hamburg 7635 Niederlassungen mit 57 819 Beschäftigten oder 9,0 % der Betriebe und 17,0 % der Handelsbetriebe sowie 11,8 % aller und 32,9 % der dem Handel zugehörigen Erwerbstätigen. Der Großhandel war damit hier erheblich stärker vertreten als im Reich, wo auf ihn nur 5,0 % der Betriebe, 6,6 % aller und 26,2 % der im gesamten Handel Beschäftigten entfielen.¹⁴ Auf 10000 Personen der Wohnbevölkerung kamen im Reich 131, in Bremen 351, in Hamburg dagegen 502 Erwerbstätige im Großhandel.¹⁵ Fast jeder fünfte – sonst nur jeder zweiundvierzigste – von ihnen arbeitete im allgemeinen Ein- und Ausfuhrhandel. Mehr als die Hälfte aller in Deutschland in dieser Branche tätigen Personen hatte in Hamburg ihren Arbeitsplatz. Dem Auslandsgeschäft war daneben die übermäßige Ausdehnung verschiedener Branchen des spezialisierten Großhandels zu danken. In allen seinen Zweigen spielte es eine weit größere Rolle als in den übrigen deutschen Ländern.¹⁶

Vorwiegend der Beschäftigung im Warenumsatz mit dem Ausland verdankten außerdem das Speditions- und Lagergewerbe sowie die Handelsvermittlung und -beratung ihre außerordentliche Bedeutung in Hamburg. Dem ersten gehörten hier mehr als 2 % aller Handelsbetriebe und mehr als 8 % aller in ihnen tätigen Personen an, im Reichsdurchschnitt hingegen nur knapp 1 % der Betriebe und kaum 3 % der Personen. Die zweite war sogar mit 19 % der gewerblichen Niederlassungen und 12 % der Beschäftigten – gegen 10 % bzw. 6 % im Reichsdurchschnitt – am gesamten Handel beteiligt. Geradezu typisch für den Seehafenplatz Hamburg war darunter die große Gruppe der Handelsmakler und -agenten, die vermöge ausgezeichneten Kenntnis der internationalen Märkte und vielfältiger Beziehungen zu

in- und ausländischen Firmen den Kontakt zwischen Produzenten und Käufern herstellen.¹⁷

Das Ausmaß, in dem die Hamburger Wirtschaft, speziell ihr wichtigster Zweig, der Handel, mit der Weltwirtschaft verflochten war, wird bei einem Blick auf die Umsatzsteuerstatistik wieder besonders deutlich. Ein- und Ausfuhr sowie der sogenannte reine, nicht mit einer Besitzübertragung der Ware verbundene Handel waren in Deutschland von der Umsatzsteuer befreit. Im Reich betraf das 1927 26%, in Hamburg hingegen 65,4% des gesamten Umsatzes. Von den steuerfreien Umsätzen entfielen hier 5,2% auf Industrie und Gewerbe, aber 94,3% auf Handel und Verkehr, so daß in dieser Wirtschaftsabteilung allein 74,1% des Umsatzes in den Genuß der Vergünstigung kamen. Fast zu drei Vierteln vollzog sich der Hamburger Handel danach im Austausch mit ausländischen Lieferanten und Kunden. Seine wichtigsten überseeischen Partner waren 1925 für die Einfuhr: Großbritannien und Irland mit einem Anteil von 20%, die Vereinigten Staaten (16,6%), Vorderasien und Vorderindien (8,3%), das übrige Asien (6,2%), der afrikanische Kontinent (7,3%), Argentinien (6,8%), das übrige Südamerika (4,1%) und Britisch-Nordamerika (4,6%); für die Ausfuhr: Großbritannien und Irland mit einem Anteil von 15,5%, die USA (10,1%), Dänemark (8,6%), Schweden (5,2%), Finnland, Brasilien und Argentinien (jeweils 3,7%), die baltischen Staaten (3,5%), Ostasien (3,2%) und Norwegen (3,1%).¹⁸

Diese Funktion im internationalen Warenumsatz hatte den ungewöhnlichen Aufschwung von Handel und Verkehr in Hamburg ermöglicht, bedingte aber auch vielfältige Abhängigkeiten: von den weltwirtschaftlichen Konjunkturen, den politischen und ökonomischen Entwicklungen in zahlreichen Staaten, den handelspolitischen Entscheidungen der eigenen und fremder Parlamente, Regierungen und Verwaltungen. Dies war um so gefährlicher, als infolge der beherrschenden Stellung von Handel und Verkehr in Hamburg Rückschläge in diesem Bereich sehr schnell alle anderen Wirtschaftszweige in Mitleidenschaft zogen.

Ganz unmittelbar war der älteste und bedeutendste Zweig der Hamburger Industrie, der Schiffbau, von der Entwicklung des Welthandels und der Seeschifffahrt abhängig. In den 84 hier ansässigen Werftbetrieben arbeiteten 1925 fast 22000 Menschen oder 4,4% aller und 11,7% der in der Wirtschaftsabteilung Industrie und Gewerbe beschäftigten Berufstätigen, darunter nahezu 16000 allein in vier Riesenbetrieben. Ein Viertel der insgesamt und mehr als 40% der im Produktionsbereich verwendeten motorischen Kraft wurden auf den Werften eingesetzt. Während der Schiffbau im Reich mit ungefähr 3% der beschäftigten Personen und 4% der motorischen Leistung am gesamten Eisen- und Metallgewerbe beteiligt war, entfielen auf ihn in Hamburg etwa 37% bzw. sogar 79%. Ein gutes Viertel der Belegschaftsmitglieder aller deutschen Werften hatte hier seinen Arbeitsplatz. Schätzungsweise weitere 13000 Menschen waren in anderen Zweigen des Eisen- und Metallgewerbes, hauptsächlich in Gießereien, Schmieden, Verzinkereien und Maschinenfabriken, durch die Herstellung von Te-

legraphenapparaten, feinmechanischen, nautischen und optischen Instrumenten, den Bau von Armaturen, Lüftungs- und Entstaubungsanlagen, für die Schifffahrt tätig. Dazu kamen etwa vier bis viereinhalb Tausend Beschäftigte in sonstigen Hilfgewerben, so daß insgesamt ungefähr 39 000 Menschen durch den Schiffbau Arbeitsmöglichkeiten erhielten; das hieß: Jeder fünfte in der Gütererzeugung Beschäftigte war vom Erfolg dieses Produktionszweigs unmittelbar abhängig.¹⁹

Im ganzen umfaßte das Hamburger Eisen- und Metallgewerbe 58 604 Erwerbstätige. Mit einem Anteil von 31,7% am Personalbestand und 52,7% an der Motorenkraft in Industrie und Handwerk war es der wichtigste Zweig dieser Wirtschaftsabteilung. In der kurzen Spanne von weniger als 20 Jahren seit der letzten Erhebung von 1907 hatte sich die Zahl der Beschäftigten verdoppelt, die Gesamtleistung der eingesetzten Motoren um das siebenfache vermehrt. Dennoch trug das Eisen- und Metallgewerbe zum Gesamtumsatz im Hamburger Staat nur 2,7% bei. Neben der Werftindustrie und ihren Hilfgewerben hatte insbesondere der Bau für den Export bestimmter Maschinen, in erster Linie von Werkzeug-, Landwirtschafts- und Nähmaschinen einige Bedeutung.²⁰

Die zweite für Hamburg charakteristische Industriegruppe bildeten Unternehmen, die wegen der möglichen Frachtkosten- und Zollersparnis den Seehafenplatz als Standort gewählt hatten. Exportorientierte Industrien – wie der Maschinenbau – machten sich den Wettbewerbsvorteil zunutze, daß ihre Erzeugnisse unmittelbar vom Entstehungsort aus verschifft werden konnten; auf Rohstoffe und Halbfabrikate aus überseeischen Gebieten angewiesene Firmen vermieden zusätzliche Kosten für den Landtransport und produzierten für ausländische Märkte bestimmte Veredelungsgüter zum Teil auf Freihafengelände, so daß das Zollinland gar nicht erst berührt wurde. Als typische Ein- und Ausführindustrien waren diese Produktionszweige von der Gestaltung der Weltwirtschaft nicht weniger abhängig als Seeschifffahrt und Werftindustrie.

Um die Größe der Gruppe zahlenmäßig zu bestimmen, fehlen die Unterlagen. Zu den Produktionsbereichen, in denen die Rohstoffzufuhr eine wichtige Rolle spielte, gehörten in Hamburg in erster Linie 41 Eisen- und Metallhütten und -gießereien mit 2410 Beschäftigten, die Kautschuk-, Gummiwaren- und Asbestindustrie mit 4242 Beschäftigten, darunter 2411 allein in zwei Riesenbetrieben, der größte Teil der chemischen Industrie mit ungefähr 5000 von insgesamt 6724 Beschäftigten, das lederproduzierende und -verarbeitende Gewerbe mit 1247 Beschäftigten, die teils in handwerklichen Kleinunternehmen, teils fabrikmäßig betriebene Tabakindustrie mit 3310 Beschäftigten und 44 Kaffeeröstereien mit 829 Beschäftigten. Auch im Reichsmaßstab relativ bedeutend waren die Kautschuk- und Asbestindustrie sowie die chemische Industrie, die an den in Deutschland jeweils erzielten Gesamtumsätzen mit 6,9% und 4,2% beteiligt waren. Die letztere war selbst im Rahmen der Hamburger Industrie recht erfolgreich, obwohl sie hinsichtlich der beschäftigten Personen mit einem Anteil von 3,6% erst an neunter Stelle rangierte. Zu dem im Staat erreichten Gesamtumsatz trug

sie 1,7% bei – mehr als die Wirtschaftsgruppe Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit ihrem reichlich fünfmal größeren Personalbestand, die nur 1,3% erbrachte. Insgesamt arbeiteten in den einfuhrabhängigen Produktionszweigen schätzungsweise wenigstens 20000 Menschen.²¹

Für den Export waren neben einem nennenswerten, aber zahlenmäßig nicht faßbaren Teil dieser Unternehmen, der Wertindustrie und ihrer Hilfgewerbe sowie des Maschinenbaus vor allem noch die Möbel- und Musikinstrumentenindustrien mit knapp 4000 Beschäftigten tätig. Einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der Ausfuhrindustrie in Hamburg bietet wieder die Umsatzsteuerstatistik. Danach waren von dem in Industrie und Handwerk erzielten Umsatz im Reichsdurchschnitt 13,5%, im Hamburger Staat hingegen 22,0% steuerfrei. Mindestens ein gutes Fünftel entfiel also auf die Produktion von Ausfuhrgütern.²²

Die dritte bedeutende Gewerbegruppe im Hamburger Staat bildeten diejenigen Produktionszweige, die der Versorgung der Großstadtbevölkerung und der weiten ländlichen Umgebung dienen. Dazu gehörten hauptsächlich das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 2937 oder 3,5% aller Niederlassungen und 23 242 oder 4,7% aller Beschäftigten, das Bekleidungs-gewerbe mit 9624 oder 11,3% der Niederlassungen und 26 774 oder 5,5% der Beschäftigten, das Baugewerbe mit 4605 oder 5,4% der Niederlassungen und 30 147 oder 6,1% der Beschäftigten, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit 2583 oder 3,0% der Niederlassungen und 13 154 oder 2,7% der Beschäftigten sowie schließlich ein Teil des metall- und des lederverarbeitenden Gewerbes, insbesondere viele der 2535 Schlosser und 4218 Klempner. Insgesamt hatten danach rund 20% der in Hamburg beschäftigten Erwerbstätigen in diesem Produktionsbereich ihren Arbeitsplatz.²³ Die ganze Gruppe war noch weitgehend handwerksmäßig organisiert: 92,9% der Betriebe umfaßten höchstens zehn Personen, 47,6% waren Alleinbetriebe, denen nur die Arbeitskraft des Inhabers zur Verfügung stand, weitere 37,8% Kleinbetriebe mit maximal fünf Personen.²⁴ Überhaupt gehörten der Industrie im engen Sinn in allen Branchen der Gütererzeugung nur etwa zweieinhalb bis dreieinhalb Tausend Fabriken mit ca. 100000 bis 120000 Belegschaftsmitgliedern an; das waren 3 bis 4% der Betriebe und 20 bis 25% der Erwerbstätigen im Hamburger Staat.²⁵

Ähnlich strukturiert und in vielfacher Hinsicht in ähnlicher Lage wie die zuletzt behandelte Produktionsgruppe war deren Pendant auf seiten der Güterverteilung, der Einzelhandel. In 22 392 gewerblichen Niederlassungen waren 59 482 Menschen tätig, so daß auf einen Betrieb weniger als drei Beschäftigte kamen. Der Anteil der Kleinbetriebe mit höchstens fünf Erwerbstätigen lag bei 58,4%, weitere 36,4% der Unternehmen waren Alleinbetriebe. Im wichtigsten Zweig des Einzelhandels, im Lebens- und Genußmitteleinzelhandel, wurden sogar in 11 064 Geschäften nur 22 079 Erwerbstätige, also weniger als zwei Personen je Betrieb, gezählt. 98,4% der Niederlassungen waren Kleinbetriebe, darunter 31,6% Alleinbetriebe.²⁶

Der hohe Anteil der Alleinbetriebe und die geringe Zahl der Beschäftigten je Betrieb weisen darauf hin, daß der Einzelhandel übersetzt war und

die in ihm erzielten Gewinne daher nur dem Ladeninhaber und allenfalls ein bis zwei Angestellten ein – oft äußerst bescheidenes – Auskommen sicherten. Diese Deutung wird durch die Umsatzsteuerstatistik bestätigt: In der Stadt Hamburg erzielten 1928 mehr als zwei Drittel der veranlagten Betriebe im Lebensmitteleinzelhandel, nämlich 67,4 %, einen Jahresumsatz von höchstens 20000 RM; fast ein Viertel – 24,3 % – erbrachte sogar nur bis zu 5000 RM im Jahr. Etwas günstiger war die Situation im Einzelhandel mit Bekleidungsgegenständen, in dem 55,8 % der veranlagten Betriebe maximal 20000 RM, darunter 23,2 % aber nur bis zu 5000 RM im Jahr umsetzten. Im Durchschnitt kam ein Einzelhandelsbetrieb auf einen Jahresumsatz von 41000 RM, doch hatte die Einbeziehung von drei Warenhäusern, von denen jedes einen mittleren Jahresumsatz von 62,7 Millionen RM verzeichnete, und verschiedener anderer Unternehmen mit relativ großen Umsätzen den Durchschnitt erheblich in die Höhe getrieben. Ohne die Warenhäuser und den Handel mit Waren aller Art betrug der mittlere Jahresumsatz je Betrieb 32000 RM; im Lebensmitteleinzelhandel waren es 27000 RM, in der Bekleidungsbranche 80000 RM und im übrigen spezialisierten Einzelhandel 29000 RM. Besonders schlecht war die Lage für die Schokoladen- und Süßwarengeschäfte, den Tabakwarenhandel, die Blumenläden, die Fischgeschäfte, den Einzelhandel mit Seifen- und Bürstenwaren sowie die Uhrmacher, die nur durchschnittliche Jahresumsätze von 10700, 10800, 14400, 15000, 15800 und 18900 RM je Betrieb erzielten.²⁷ Jede Kaufkraftverringering mußte bei derart niedrigen Umsätzen verheerend wirken.

Nicht nur wegen der Funktion Hamburgs als Versorgungsmittelpunkt eines weiten Umlandes, sondern vor allem infolge dieser Übersetzung des Einzelhandels war er in der Stadt ganz erheblich überrepräsentiert. Nur so ist es zu erklären, daß die Zahl der Betriebe und Beschäftigten im Einzelhandel auch im Vergleich zu den übrigen deutschen Großstädten über dem Durchschnitt lag. Auf 1000 Einwohner kamen in Hamburg 47, im Reich aber nur 23 und in den Großstädten 44 Erwerbstätige im Einzelhandel. Während er im Reich 17,9 % aller Betriebe umfaßte und 7,8 % der Erwerbstätigen Arbeit bot, gehörten in Hamburg 26,4 % der Unternehmen und 12,1 % der Beschäftigten zum Einzelhandel.²⁸

In Produktion und Handel zusammen arbeiteten hier somit ungefähr die Hälfte aller Unternehmen und ein Drittel aller Beschäftigten für die Befriedigung der alltäglichen Lebensbedürfnisse. Da im übrigen, wie gezeigt wurde, mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen auf irgendeine Weise in den weltweiten Produktions- und Austauschprozeß einbezogen war, wurde mittelbar die Zukunft auch dieser, vorrangig für den lokalen und regionalen Bedarf tätigen, aber von der Kaufkraft der breiten Bevölkerung abhängigen Wirtschaftsgruppe durch die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen und die Entwicklung der Weltkonjunktur bestimmt.

Berufliche Gliederung der Bevölkerung

Neben der Wirtschaft ist der Umfang der öffentlichen Verwaltung für die Sozialstruktur einer Region von Bedeutung. Der Hamburger Staat verfügte Ende 1925 über 14 132 Beamte, 10 895 Angestellte und 15 194 Arbeiter. In der allgemeinen Verwaltung einschließlich Bau- und Hafenwesen waren 2169 Beamte, 2609 Angestellte und 10 339 Arbeiter beschäftigt, im Bildungs- und Erziehungswesen 5 297 Beamte, 1 308 Angestellte und 10 34 Arbeiter, in Rechtspflege, Strafvollzug, Feuerwehr- und Polizeiwesen 5 607 Beamte, 1 939 Angestellte und 670 Arbeiter sowie schließlich im öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtswesen 1053 Beamte, 5039 Angestellte und 3 151 Arbeiter. Insgesamt standen danach 40 221 Menschen oder rund 7 % der erwerbstätigen Bevölkerung Hamburgs im Dienst des Staates.²⁹

Die Ausdehnung des öffentlichen Sektors war zwar größer als im Reichsdurchschnitt, für einen dicht besiedelten Stadtstaat aber, in dem die Aufgaben im Bereich der Bau- und Verkehrsplanung, des Wohnungswesens, der Gesundheitspflege und des Unterrichtswesens sowie die Sorge für die innere Sicherheit hohe Anforderungen an die Verwaltung stellen, eher gering. Die in der Berufsstatistik zusammengefaßte Wirtschaftsabteilung D: Verwaltung, Heerwesen, Kirche und freie Berufsarten, in der die letzten drei Bereiche nur einen verschwindend kleinen Teil ausmachten, umschloß im Reich 5,1 %, in der Stadt Hamburg 6,6 % der erwerbstätigen Einwohner und ihrer Angehörigen. Hamburg stand damit unter 20 Großstädten erst an 14. Stelle und wurde von anderen Landeshauptstädten – zum Teil erheblich – übertroffen. So gehörten in Karlsruhe 11,3 %, in München 10,2 %, in Dresden 8,7 %, in Berlin und Braunschweig jeweils 8,3 % und in Stuttgart 8,1 % der Wohnbevölkerung zur Abteilung D.³⁰ Vor allem im Hinblick auf den häufigen Vorwurf gegen die republikanischen Regierungen Hamburgs, daß der Verwaltungsapparat übermäßig aufgebläht sei, erscheinen solche Vergleichszahlen bemerkenswert. Gegenüber der Vorkriegszeit hatte sich die Zahl der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter kaum stärker als die Bevölkerung um 13 % vermehrt, obwohl die Überwindung der Kriegsfolgen zahlreiche neue Anforderungen an die Verwaltung stellte. 1925 kamen in Hamburg auf 1000 Einwohner 34,9 Staatsbedienstete, 1914 waren es 34,7 gewesen. Doch waren Prioritätenverschiebungen, insbesondere die stärkere Betonung sozialpolitischer Ziele in der Republik, nicht zu verkennen: Den größten Personalzuwachs hatten die Berufsschulbehörde, das Wohlfahrtsamt, das Landesjugendamt und die Gesundheitsbehörde mit einer Zunahme um 350 %, 285 %, 253 % und 70 % zu verzeichnen; das Arbeits- und Wohnungsamt waren überhaupt neu entstanden. Dagegen waren hauptsächlich die technischen Behörden verkleinert worden.³¹

Bei der relativ geringen Bedeutung der staatlichen Verwaltung in Hamburg waren die Besonderheiten seiner Wirtschaftsstruktur für die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung entscheidend. Hervorstechendstes Merkmal war die ungewöhnliche Größe der Angestelltenschaft, die mit der Ausdehnung der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr

korrespondierte. Während im Reich 1925 16,3 % der Bevölkerung Berufszugehörige der sozialen Gruppe »Angestellte und Beamte« waren, umfaßte sie in Hamburg 12 % mehr, nämlich 28,3 %. Im Durchschnitt der Großstädte betrug der Anteil 27,0 %, und selbst in den beiden anderen Hansestädten, in Bremen und Lübeck, lag er etwas niedriger bei 27,1 % und 23,1 %. Die zwei übrigen in der Statistik erfaßten bedeutenden sozialen Gruppen, die Selbständigen und die Arbeiterschaft, waren hingegen in Hamburg um jeweils rund 3 % schwächer als im Reichsdurchschnitt mit 17,8 % und 39,7 % statt 20,9 % und 42,6 % vertreten.³² Bei möglichst weitgehender Ausschaltung der Beamten und Staatsangestellten ergibt sich, daß in Hamburg ungefähr 140 000 Menschen oder ca. 24 % der Erwerbstätigen Privatangestellte waren. Die Berufszugehörigen umfaßten nahezu ein Fünftel der Bevölkerung.³³ Allein im Handelsgewerbe wurden 1925 79 793 Angestellte – 13,6 % der erwerbstätigen Bevölkerung – gezählt.³⁴ Seit 1907 war die Gruppe weitaus stärker als andere gewachsen. In den Wirtschaftsabteilungen Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe sowie Handel und Verkehr ohne Post und Eisenbahn, in denen in Hamburg Staatsbedienstete fast keine Rolle spielten, wurden 1925 57 690 oder 76 % Angestellte mehr ermittelt als 1907. Die beiden anderen großen sozialen Gruppen hatten demgegenüber nur unterdurchschnittlich zugenommen. Während nämlich der Umfang der Erwerbstätigkeit in diesen Bereichen um 44,2 % gestiegen war, hatte sich die Zahl der Arbeiter nur um 63 948 oder 38,8 %, die der Selbständigen um 9 171 oder 12,2 % vermehrt.³⁵

Obwohl die Selbständigen am Wirtschaftswachstum nur unterdurchschnittlich teilhatten, bildeten sie auch 1925 noch eine bedeutende Bevölkerungsgruppe. 93 498 Personen in selbständiger Stellung wurden 1925 in Hamburg gezählt; wenn die in der Statistik ihnen zugerechneten leitenden Beamten und Angestellten abgezogen werden, waren es 86 497 Menschen oder rund 15 % aller Erwerbstätigen. Den größten Teil, nämlich 56 % der Selbständigen – 48 683 Personen –, umfaßte die Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr, 32 % oder 27 701 Betriebsinhaber, Pächter und Hausgewerbetreibende waren in Industrie und Handwerk, 4 % oder 3 194 Menschen als Landwirte und 8 % oder 6 919 Personen in den übrigen Wirtschaftsbereichen in selbständiger Stellung tätig.³⁶ Als Eigentümer und Pächter von Klein- und Mittelbetrieben fühlten sie sich in ihrer überwiegenden Mehrheit dem gewerblichen Mittelstand zugehörig.³⁷

Dessen innere Struktur war in Hamburg etwas günstiger als im übrigen Deutschland. Der Anteil der Allein- und Kleinbetriebe, bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen, lag um 3 % niedriger als im Reichsdurchschnitt bei 86 %, während der Anteil der Mittelbetriebe von 12,8 % um knapp 3 % größer war.³⁸ Auch nach der Umsatz- und Einkommenssteuerstatistik bot die Hamburger Wirtschaft ein relativ ausgeglichenes Bild, da sowohl die Kleinstbetriebe mit Jahresumsätzen von höchstens 5000 RM, als auch die Bezieher der niedrigsten veranlagten Jahreseinkommen von maximal 1 500 RM im Vergleich zur Situation im Reich und in den übrigen Großstädten unterrepräsentiert, Unternehmen mit höheren Umsätzen und

Steuerpflichtige mit mittleren und größten Einkommen von 1500 bis 8000 RM und mehr als 16000 RM dagegen überproportional vertreten waren.³⁹

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen gab es in Hamburg weniger Selbständige als im Reich, was vor allem auf das weitgehende Fehlen der bäuerlichen Bevölkerung zurückzuführen ist. Bleiben Land- und Forstwirtschaft beim Vergleich unberücksichtigt, so bestätigt sich die Erwartung, daß wegen der Bedeutung von Handwerk und Einzelhandel in der Großstadt die Selbständigen einen überdurchschnittlich hohen Prozentsatz der Erwerbstätigen stellten, nämlich 14,2 % gegenüber 9,7 % im Reich.⁴⁰ Seit 1907 war allerdings die Zahl der Selbständigen nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in Industrie und Gewerbe rückläufig, während sie im übrigen Deutschland trotz der prozentualen Abnahme der Gruppe in allen Wirtschaftssektoren weiter gestiegen war. Daß sich der relative Umfang der Selbständigkeit in Hamburg dennoch kaum schneller verringerte als im Reich, war hauptsächlich durch den starken Zuwachs an – meist kleinen – Eigentümern und Pächtern im Handels-, Verkehrs- und Gastwirtschaftsgewerbe bedingt.⁴¹

Am deutlichsten ist aufgrund einer Sondererhebung die innere Struktur des Handwerks zu erkennen. Nach Angaben der zuständigen Kammern wurden alle am 1. Oktober 1926 und – soweit noch Unterlagen existierten – die am selben Tag des Jahres 1913 bestehenden Handwerksbetriebe erfaßt. Durch die Einschaltung der Kammern war gewährleistet, daß nur Unternehmen einbezogen wurden, die auch nach der Selbsteinschätzung der Inhaber dem Handwerk zugehörten. Nach dieser Statistik gab es 1926 in Hamburg 22862 Handwerksbetriebe mit 23322 selbständigen Inhabern; das waren fast 27 % aller Niederlassungen und gut 26 % aller Erwerbstätigen in selbständiger Stellung. Außerdem waren im Handwerk 41773 Gesellen und 13357 Lehrlinge beschäftigt.⁴² In der allgemeinen Statistik waren sie den Arbeitern in charakteristischen Berufen zugeordnet, doch orientierten sie sich in der Mehrzahl eher am Leitbild des selbständigen Handwerksmeisters, so daß sie ihm bewußtseinsmäßig näher standen als dem Facharbeiter in der Fabrik.

Wie stark der Wunsch nach Selbständigkeit selbst in bescheidenstem Rahmen war, zeigt die Größengliederung der Betriebe. Weit über die Hälfte, nämlich 60,5 %, arbeitete ohne einen einzigen Gesellen, weitere 17,2 % hatten nur einen, 10,5 % zwei bis drei Gesellen.⁴³ Trotzdem war die Situation in vielen Kammerbezirken offenbar noch schlechter. Während nämlich in Hamburg auf 1000 Einwohner nur 19,8, im Reich dagegen 21 Handwerksbetriebe kamen, lag die Quote der in ihnen Beschäftigten mit 75,5 Personen erheblich über dem im übrigen Deutschland ermittelten Durchschnitt von 59,5 Personen.⁴⁴

Ungeachtet solcher unverkennbaren strukturellen Schwächen hatte sich die These vom unausweichlichen Untergang des Handwerks seit 1913 wie überall so auch in Hamburg als falsch erwiesen. Zwar hatten manche traditionellen Zweige – zum Teil in Folge der industriellen Konkurrenz – schwere Einbußen erlitten, aber dem standen größere Zugewinne in neuen, von der

technischen Entwicklung profitierenden oder durch sie erst erforderlich gewordenen Branchen, in Hilfgewerben der Industrie sowie in manchen durch eine etwas gleichmäßigere Einkommensschichtung und gewandelte Konsumgewohnheiten begünstigten Versorgungsbereichen gegenüber.⁴⁵ Insgesamt gab es 1926 im Hamburger Handwerk 1672 – knapp 8 % – Betriebe mehr als 1913.⁴⁶ Der Rückgang der Selbständigen im Produktionssektor war somit allein auf den industriellen Konzentrationsprozeß zurückzuführen, durch den viele kleine und mittlere Unternehmen ausgeschaltet worden waren. Auch an Nachwuchs fehlte es dem Handwerk nicht: 3765 Gesellen und 5127 Lehrlinge waren hinzugekommen; die durchschnittliche Zahl je Betrieb hatte sich bei den Gesellen von 1,79 auf 1,83 Personen und bei den Lehrlingen von 0,31 auf 0,58 Personen erhöht. Trotz der relativ großen Steigerungsrate konnte jedoch von »Lehrlingszüchtereie« mit dem Zweck, Personalkosten zu sparen, wie sie dem Handwerk gern vorgeworfen wurde, 1925 und 1926 keine Rede sein. Vielmehr erfolgte, wie sich bei einer altersmäßigen Analyse von Erwerbstätigen mit denselben Berufen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen ergibt, die Ausbildung der Facharbeiter für die wachsende Großindustrie auch 1925 noch weitgehend in Handwerksbetrieben.⁴⁷

Die größte soziale Gruppe bildete auch in Hamburg die Arbeiterschaft, obwohl sie wegen der relativ geringen Bedeutung der Industrie schwächer vertreten war als im Durchschnitt des Reichs und der deutschen Großstädte. Nach der allgemeinen Berufsstatistik von 1925, in der Handwerksge-sellen und -lehrlinge der Arbeiterschaft zugeordnet waren, umfaßte sie im Hamburger Staat 250861 und in der Stadt 235837 Menschen oder rund 43 % der Erwerbstätigen, im übrigen Deutschland aber 45,1 % und in den Großstädten 47,3 %.⁴⁸ Klarer tritt der Rückstand im Vergleich zum Reich noch zutage, wenn die Beschäftigten des Handwerks abgerechnet werden, die Mentalität und Selbstverständnis oft weit von der eigentlichen Arbeiterschaft trennten. Es ergibt sich dann, daß ihr in Hamburg ungefähr 196000 Personen oder 33,4 % der Erwerbstätigen, sonst dagegen 38 % zuzuzählen waren. Ungefähr 86000 dieser Arbeiter waren in der Industrie, 88200 in Handel und Verkehr beschäftigt, so daß nur auf diese beiden Wirtschaftsbereiche fast 90 %, nämlich 44 % und 45 % der ganzen Gruppe entfielen.⁴⁹

Hinsichtlich der beruflichen Qualifikation zeigte die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in Hamburg manche Besonderheiten. Die Arbeiter in den für den Wirtschaftszweig charakteristischen Berufen – dazu gehörten hauptsächlich die Facharbeiter und die Handwerksge-sellen und -lehrlinge – waren hier stark unterrepräsentiert. 112527 Personen wurden 1925 in dieser Gruppe gezählt; das waren 44,9 % der Arbeiterschaft und 19,2 % der erwerbstätigen Bevölkerung bei einem reichsweiten Durchschnitt von 58,5 % bzw. 26,4 %. Ohne die Beschäftigten des Handwerks stellten die verbleibenden ca. 57000 Facharbeiter sogar nur etwa 29 % der Arbeiter und 9,7 % aller Hauptberufstätigen, während sie es im übrigen Deutschland im Mittel auf ca. 51 % bzw. 19,2 % brachten.⁵⁰ Entsprechend war die Gruppe der sonstigen Arbeiter mit Ausnahme der Betriebshandwerker, in

der im wesentlichen die ungelernten und angelernten Arbeiter erfaßt wurden, in Hamburg vergleichsweise groß. Sie umschloß 108 463 im Hauptberuf Beschäftigte oder 43,2 % aller Arbeiter und 18,5 % der Erwerbstätigen, sonst dagegen durchschnittlich 33 % bzw. 14 %. Der wichtigste Grund für die relative Stärke der Gruppe in Hamburg lag wiederum in der ungewöhnlichen Ausdehnung der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr, in der überall die Arbeiterschaft zu rund 60 % aus »sonstigen« Arbeitern bestand. Nur die in diesem einen Sektor beschäftigten – fast die Hälfte aller – »sonstigen« Arbeiter in Hamburg machten hier nahezu 9 % der erwerbstätigen Bevölkerung aus, während es im Reich weniger als 3 % waren.⁵¹ Bedeutende Teilgruppen bildeten insbesondere die ungefähr 15 000 Hafentarbeiter, 7000 anderen Transportarbeiter und sicher mindestens ebenso vielen Lagerarbeiter.⁵² Zudem umfaßten die »sonstigen« Arbeiter auch in dem Bereich Verwaltung und Gesundheitswesen einen etwas größeren Teil der Arbeiterschaft als im übrigen Deutschland, und in der Landwirtschaft gehörten statt durchschnittlich 5,5 % sogar 26,8 % zu ihnen. Offenbar war in der Nähe der Großstadt das Eindringen Berufsfremder in die Landarbeiterschaft besonders häufig.⁵³

In der Domäne der qualifizierten Arbeiterschaft wie auch des Handwerks, im Bereich der Gütererzeugung, stellte sich die Situation in Hamburg sehr vielschichtig dar. Werden im Sinne der allgemeinen Berufsstatistik die Handwerksgesellen und -lehrlinge den Arbeitern in charakteristischen Berufen zugezählt, so waren sie in diesem Wirtschaftssektor stärker vertreten als im übrigen Deutschland. Sie umfaßten dort durchschnittlich 58,5 %, in Hamburg aber 59,9 % der Arbeiterschaft. Ohne das Handwerk jedoch, in dem in Hamburg vergleichsweise mehr Gesellen und Lehrlinge beschäftigt wurden als anderswo im Deutschen Reich, gab es nur etwa 30 000 qualifizierte Industriearbeiter, so daß ihr Anteil am Arbeiterbestand der Fabriken und Werften rund 34 % ausmachte, während er sonst bei 46 % lag.⁵⁴

Relativ besonders groß war die Zahl der Arbeiter in charakteristischen Berufen demgemäß in Produktionszweigen, in denen das Handwerk noch einen wichtigen Platz einnahm, so im Bekleidungsgewerbe, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, im Baugewerbe und im Papier- und Vervielfältigungsgewerbe, in denen 81,6 %, 71,4 %, 63,7 % und 60,0 % der Arbeiter zu der Gruppe gehörten. Umgekehrt war der Anteil in den rein industriellen Produktionssektoren sehr gering. In der chemischen Industrie gab es überhaupt keine Arbeiter in charakteristischen Berufen, in der Kautschuk- und Asbestindustrie brachten sie es auf 2,2 %.⁵⁵ In traditionellen Branchen wie dem Bekleidungsgewerbe, dem Holz- und Schnitzstoffgewerbe und besonders dem bedeutendsten Hamburger Produktionszweig, dem eisen- und metallverarbeitenden Gewerbe, waren hingegen auch in der Industrie mehr als die Hälfte der Arbeiter gelernte Kräfte. Allein im Schiffbau, in dem das Handwerk so gut wie keine Rolle spielte, wurden unter knapp 15 000 Arbeitern zehneinhalb Tausend Arbeiter in charakteristischen Berufen gezählt. In der Metallindustrie überhaupt gab es etwa 20 000 Facharbei-

ter; das waren mehr als 60% der in ihr beschäftigten Arbeiter. Von allen gelernten Industriearbeitern waren in Hamburg reichlich zwei Drittel in der Metallverarbeitung tätig.¹⁶

In ihrer politischen Bedeutung sind die Besonderheiten in der Zusammensetzung der Hamburger Arbeiterschaft schwer einzuschätzen. Doch sprechen Berichte alter Arbeiterführer über andere Regionen Deutschlands und Beobachtungen über das Wahlverhalten Hamburger Arbeiter in den ersten Jahren der Weimarer Republik dafür, daß die überdurchschnittlich starke Position der Ungelernten ein wesentlicher Grund für den relativen Erfolg der KPD in Hamburg war, während gleichzeitig der hohe Anteil aus traditionellen Handwerksberufen stammender Facharbeiter, insbesondere der sehr selbstbewußten Metallarbeiter, der SPD zugute kam.¹⁷

Strukturwandlungen der Weltwirtschaft infolge des Krieges

Bei der engen ökonomischen Verflechtung Hamburgs mit der Welt bekam es sowohl die unmittelbaren Folgen des Krieges als auch die Wirkungen der durch ihn ausgelösten oder enorm beschleunigten strukturellen Veränderungen im internationalen Wirtschaftsgefüge besonders stark zu spüren.¹⁸ Durch die Abschnürung vom Weltverkehr waren der wichtigste Erwerbszweig der Stadt, der Überseehandel, und die mit ihm zusammenhängenden Wirtschaftstätigkeiten für die Dauer des Krieges völlig lahmgelegt worden. Bau, Reparatur, Ausrüstung und Bebunkerung der Kriegsschiffe sowie die Beschäftigung verschiedener Industrien für Heereslieferungen hatten nur einen unzureichenden Ersatz für den dadurch bedingten Ausfall an Arbeitsgelegenheit geboten.¹⁹ Die während der vierjährigen Kämpfe zwischen den Angehörigen feindlicher Staaten angestauten Ressentiments erschwerten es, sofort nach Kriegsende zu »normalen« Handelsbeziehungen zurückzukehren.

Auch die Bestimmungen des Versailler Vertrags enthielten für Hamburg einige spezielle Härten. Durch die erzwungene Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte und den Verlust der Stützpunkte und Vermögen in den ehemaligen deutschen Kolonien sowie dem alliierten Ausland wurden die Reedereien und der Überseehandel, soweit er Niederlassungen oder Guthaben in diesen Gebieten unterhalten hatte, eines großen Teils ihrer Betriebsmittel beraubt. Die Pflicht, den Waren und dem Verkehr der Alliierten bis 1925 einseitig Meistbegünstigung zu gewähren, nahm der Reichsregierung das wichtigste Instrument, um die deutschen handelspolitischen Interessen zu verteidigen. Durch die Internationalisierung der Elbe wurde der Einfluß Hamburgs auf die Verwaltung des Stromes empfindlich geschwächt; die Abtretung eines Freihafens an die Tschechoslowakei begünstigte den konkurrierenden Handel dieses Landes, und die Verpflichtung der Reichsbahn, bei der Güterbeförderung nach den Seehäfen der alliierten Staaten dieselben Ausnahmetarife zu berechnen wie im Verkehr mit den

deutschen Häfen, stärkte die Wettbewerbsposition insbesondere Antwerpens.⁶⁰

Schwerwiegendere Folgen noch ergaben sich für Hamburg aus den Strukturwandlungen der Weltwirtschaft. Zumindest für eine erhebliche Zeitspanne war der Weltmarkt kleiner und damit die Betätigungsmöglichkeit für den Kaufmann geringer geworden.⁶¹ Infolge der Zerstörung großer Vermögenswerte während des Krieges war die Kaufkraft der an ihm beteiligten europäischen Industriestaaten geschwächt; die dadurch bedingte Reduzierung der Absatzmöglichkeiten zwang auch die Rohstoffländer, ihre Nachfrage nach Industriegütern einzuschränken. In dieselbe Richtung wirkte der Ersatz verschiedener Rohstoffe durch künstliche Produkte. Die Unmöglichkeit, während des Krieges europäische Erzeugnisse zu erhalten, hatte zudem viele Rohstoffländer veranlaßt, eigene Industrien und eine eigene Handelsflotte aufzubauen. Als nach dem Ende der Kämpfe die europäische Konkurrenz wieder in Erscheinung trat, suchten sie, diese neuen Produktionszweige durch protektionistische Maßnahmen verschiedenster Art, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, hohe Zölle und Gebühren, schikanöse Deklarierungsvorschriften, Subventionen und ähnliches, zu schützen.⁶²

Auf lange Sicht war damit zu rechnen, daß durch die Intensivierung der Wirtschaft in diesen Ländern deren Kaufkraft wachsen und daher der Warenaustausch mit ihnen stark zunehmen würde. Zunächst bedeutete diese Entwicklung jedoch, daß Europa seine Stellung als einziger Industrieproduzent der gesamten übrigen Welt verloren hatte und den alten Industrienationen in der Gegenwart und näheren Zukunft der Zugang zu vielen Absatzmärkten sehr erschwert oder völlig unmöglich war. Der während des Krieges infolge der Herausbildung neuer Staaten oder im Zusammenhang mit dem Streben der Rohstoffländer nach industrieller Emanzipation weit verbreitete Wirtschaftsnationalismus ließ zudem ausländischen Wettbewerbern um öffentliche Aufträge fast keine Chance, so daß bei der allgemeinen Ausweitung des staatlichen Kompetenzbereichs auch der Export von Dienstleistungen und technischem Know-how stark behindert wurde.⁶³ Besonders schwer wirkten sich diese Veränderungen in Ostmitteleuropa aus, weil hier zahlreiche neue Grenzen das ursprünglich einheitliche Wirtschaftsgebiet zerschnitten.⁶⁴

Die Entstehung der vielen neuen Betriebsanlagen, die im Interesse größerer Differenzierung der einzelnen Volkswirtschaften oft durchaus wünschenswert war, führte weltweit zur Herausbildung erheblicher Überkapazitäten in Industrie, Schifffahrt und selbst im Hafengewesen.⁶⁵ Die ungenügende Ausnutzung der Betriebseinrichtungen bedingte, daß die auf das Produkt oder die Dienstleistung entfallenden festen Kosten stiegen, während der große Auftragsbedarf dazu zwang, bei der Kalkulation bis an die Grenze des ruinösen Wettbewerbs zu gehen. In dieser internationalen Übersetzung zahlreicher Erwerbszweige lag eine der wichtigsten Ursachen für die langfristige Krise der Weltwirtschaft in der Zwischenkriegszeit; doch war abzusehen, daß nach einer Phase der Anpassung an die veränder-

ten Strukturbedingungen und tiefgreifenden Umschichtungen ein neues Gleichgewicht entstehen würde.

Auf die Dauer bedeutungsvoller als die Entwicklung solcher Überkapazitäten im Produktions- oder Verteilungsapparat oder das Streben der Rohstoffländer nach industrieller Selbstversorgung war für Europa daher die Tatsache, daß es in Japan, Kanada und insbesondere in den USA mächtige Konkurrenten auf den internationalen Märkten erhalten hatte.⁶⁶ Es war nicht mehr *das* beherrschende wirtschaftliche Zentrum der Welt.⁶⁷ Sehr viel häufiger nahmen Rohstoffe oder Waren den direkten Weg von einem überseeischen Staat zum anderen, ohne erst wie früher in Europa bearbeitet zu werden.⁶⁸ Dessen Schifffahrt ging dadurch manche weitere Fracht verloren. Im Verhältnis zu den USA hatte sich die Kräfteverteilung geradezu umgekehrt. Vor dem Krieg hatten die Vereinigten Staaten noch den größten Teil der benötigten Industriegüter aus Europa bezogen; jetzt besaßen sie die stärkste Industrie der Welt. Gerade in den neuen Produktionszweigen, deren Entwicklung die technisch-industrielle Leistungsfähigkeit eines Landes am deutlichsten widerspiegelt, war ihre Überlegenheit enorm.⁶⁹ In den europäischen Unternehmen selbst, insbesondere wieder in den für die wirtschaftliche Zukunft so entscheidenden neuen Industrien, dominierte vielfach amerikanisches Kapital, während umgekehrt in amerikanischen Aktiengesellschaften europäische Investoren allenfalls über eine Minderheit verfügten.⁷⁰ Der Export europäischer Fertigfabrikate in die Vereinigten Staaten war seit dem Krieg drastisch zurückgegangen, die Wiederausfuhr fast völlig geschwunden, der Import amerikanischer Agrarprodukte, Rohstoffe und Industriegüter dagegen bedeutend gestiegen, so daß die Handelsbilanz aller europäischen Staaten mit den USA stark passiv war.⁷¹

Dadurch wurde die kriegsbedingte Kapitalverschiebung zwischen der alten und der neuen Welt ständig größer.⁷² Zur Deckung ihrer militärischen Lasten hatten die alliierten europäischen Staaten riesige Anleihen in den USA aufgenommen, die so vom Schuldnerland kurzfristig zum mächtigsten Gläubigerland der Welt geworden waren. Die aufgrund der deutschen Reparationszahlungen zurückfließenden Kapitalien, die Einnahmen aus dem Anleihegeschäft und die Handelsüberschüsse ließen eine Geldfülle entstehen, die es ermöglichte, bei der finanziellen Schwäche Europas auch im Frieden weiter als wichtigster Kreditgeber zu fungieren. Die Folge war, daß die Entwicklung der europäischen Kapitalmärkte nicht mehr durch die traditionelle, langfristig vorhersehbare Kreditpolitik der englischen und französischen Notenbanken bestimmt wurde, sondern von den unbeständigeren, oft spekulativen Kreditgewohnheiten der Amerikaner abhängig war. Um neue Gewinnchancen rasch wahrnehmen zu können, bevorzugten sie ohnehin kurzfristige Engagements; Europa gegenüber, über das sie oft nur wenig wußten, fanden sie sich fast nur zu Anleihen mit nahen Zahlungszielen und meist ungünstigeren Konditionen bereit, als sie den viel schwächeren Volkswirtschaften in den Staaten des amerikanischen Kontinents eingeräumt wurden. Die überragende Bedeutung des amerikanischen

Kredits für den europäischen Kapitalmarkt führte so dazu, daß dieser unruhiger und unsicherer wurde.⁷³

Wie hoch die kurzfristig fälligen Schulden Hamburger Betriebe bei amerikanischen Gläubigern waren, ist unbekannt. Doch ist hinsichtlich der Kritik an der angeblich leichtsinnigen Verwendung kurzfristiger Kredite für Investitionen grundsätzlich zu sagen, daß es bei der Einstellung der amerikanischen Kapitalbesitzer nur die Alternative gab, auf Wiederaufbau und Modernisierung des Wirtschaftsapparats und Erweiterung der sozialen und kulturellen Einrichtungen mit ihrem ebenfalls wirtschaftsfördernden Effekt zu verzichten oder die durch die langfristige Anlage kurzfristiger Gelder bedingte Unsicherheit in Kauf zu nehmen.

Zu den vielfältigen »Strukturwandlungen der Weltwirtschaft« kamen Veränderungen innerhalb der deutschen Wirtschaft, die die Situation des Hamburger Kaufmanns erschwerten. Die durch den Krieg beschleunigte Konzentrationsbewegung in der Industrie förderte die ohnehin stets vorhandene Tendenz, unter Umgehung des Handels in unmittelbarem Kontakt mit Rohstofflieferanten und Kunden zu treten, zumal sich der Kaufmann infolge der großen Kapitalverluste nicht mehr im selben Maß wie früher durch Gewährung langer Zahlungsfristen an der Produktionsfinanzierung beteiligen konnte.⁷⁴ Nur Großbetriebe waren in der Lage, ausgedehnte Absatzorganisationen zu unterhalten, und nur sie konnten die Transportkosten lohnende Rohstoffmengen beziehen. Begünstigt wurde der direkte Im- und Export zudem durch die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt, die stabile und einheitliche Frachtraten gewährleistete, und durch das Bestreben der Rohstoffländer, feste Preise für ihre Erzeugnisse durchzusetzen,⁷⁵ da so die spezifische Leistung des Kaufmanns, die günstigste Bezugsquelle und die billigste Transportmöglichkeit ausfindig zu machen, zum Teil entbehrlich wurde.

Obwohl der direkte Im- und Export in den zwanziger Jahren zunahm, blieb jedoch dem Hamburger Überseehandel, wie sich entgegen den ursprünglichen Befürchtungen allmählich zeigte, ein weites Betätigungsfeld erhalten.⁷⁶ Direkter Import war ausschließlich bei Lieferungen von Großproduzenten an Großkonsumenten möglich; für die direkte Ausfuhr kamen im wesentlichen nur Produktionsmittel in Frage, die für Länder mit vergleichbaren Handelsgebräuchen und entwickelter Rechtspflege bestimmt waren. Dagegen gehörten der Import von Gütern, die im Ursprungsland gesammelt, die gereinigt, sortiert, gemischt oder in anderer Form behandelt werden mußten, und der Export von differenzierten Warenpaketen oder in Gebiete, in denen ein Erfolg genaue Kenntnis der Landessitten voraussetzte, nach wie vor zur Domäne des Handels.

Einbußen infolge der Ausweitung der direkten Ein- und Ausfuhr wurden in Hamburg durch die günstigen Auswirkungen einer anderen wirtschaftlichen Strukturverschiebung ausgeglichen. Die forcierte Entwicklung neuer Energiequellen während des Krieges hatte dazu geführt, daß der Standortvorteil der Industrien auf Steinkohlenlagern keine entscheidende Rolle mehr spielte. Die mittel- und süddeutsche Fertigwarenindustrie war

dadurch gestärkt worden, ihr Export gewann gegenüber dem schwerindustrieller Güter zunehmend an Bedeutung. Da diese Industrie anders als die auf Bremen und die holländischen und belgischen Häfen hin orientierte rheinisch-westfälische Industrie im unumstrittenen Hinterland Hamburgs lag, erhielt der dortige Handel zahlreiche neue Aufgaben.⁷⁷

Außenhandel und Schifffahrt bis zum Beginn der Depression

Wie sich die wirtschaftliche Situation in Hamburg unter dem Einfluß der skizzierten Strukturwandlungen bis zum Beginn der Großen Depression konkret entwickelte, kann mangels entsprechender Vorarbeiten nur in groben Umrissen dargestellt werden. Die rapide Geldentwertung in Deutschland führte dazu, daß hier manche Folgen der Veränderungen im internationalen Wirtschaftsgefüge nicht sofort voll zu spüren waren. Das – ungewollte – Währungsdumping ermöglichte kaum zu unterbietende Preise, machte die überall errichteten protektionistischen Hindernisse wirkungslos und erleichterte so dem deutschen Exporteur, trotz der schwierigen Nachkriegsbedingungen alte Verbindungen wieder anzuknüpfen und neue Märkte zu erobern.⁷⁸ Dazu kam der Vorteil, daß er – ebenso wie der Reeder – für seine Leistungen hochwertige Valuta erhielt, den größten Teil seiner eigenen Kosten aber in Papiermark bezahlen konnte. Die demgegenüber von den Interessenten betonten Nachteile der Inflation – der Verlust nicht in Devisen umzuwandelnder Geldkapitalien, die Unsicherheit der Kalkulationsgrundlage, der erhöhte Verwaltungsaufwand infolge der Komplizierung des Zahlungsverkehrs, die Verwilderung des Kreditmarkts und der Vertrauensschwund bei den Kunden infolge des Eindringens unseriöser Valutaspekulanten in den Beruf – sollen nicht verkannt werden.⁷⁹ Aber selbst wenn diese negativen Auswirkungen die finanziellen Vorteile schließlich aufwogen, ist doch festzuhalten, daß die Grundlagen des Ausfuhrgeschäfts ohne die Inflation nicht so rasch hätten wiederhergestellt werden können. So verheerend die Inflation für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt war, da sie den Export großer Teile der Produktion zu Schleuderpreisen bedingte,⁸⁰ wichtige Zweige der Hamburger Wirtschaft wurden zeitweise durch sie begünstigt.

Schwer zu leiden hatte dagegen der Importhandel, denn der rasante Kaufkraftverfall in Deutschland zwang dazu, die Einfuhr auf das absolut unentbehrliche Minimum zu beschränken.⁸¹ Der Umsatz des Importeurs wuchs daher langsamer, als der große Warenmangel nach dem Krieg hatte erwarten lassen. Die zerstörerischen Wirkungen der Inflation bekam er jedoch – wie der Handel überhaupt – voll zu spüren, da er größere verfügbare Gelder benötigte und einen geringeren Teil seines Betriebskapitals in wertbeständigen Anlagen investiert hatte als die Industrie.⁸² Dennoch gelang es einzelnen gut organisierten Branchen, so dem Baumwollhandel, durch frühzeitige Umstellung der Berechnungen auf Goldmarkbasis Wäh-

rungsverluste weitgehend zu vermeiden und dabei das Geschäftsvolumen selbst in den Inflationsjahren zu steigern. Der Vorkriegsstand wurde allerdings nicht annähernd wieder erreicht.⁸³

Erst nach der Währungsreform war die Situation der verschiedenen Wirtschaftszweige unter den veränderten Bedingungen der Nachkriegszeit klar zu erkennen. Der Ausfuhrhandel bekam nun die scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt ungemildert zu spüren. Die Exporte über Hamburg nahmen zwar nach einem vorübergehenden Rückschlag im Zusammenhang mit der Marktstabilisierung in den folgenden Jahren beträchtlich zu, aber nur einmal, 1926, wurde das Vorkriegsvolumen übertroffen, als ein monatelanger Bergarbeiterstreik in England die deutsche Kohlenausfuhr ungewöhnlich begünstigte.⁸⁴ Schon 1927 sanken die Exportzahlen wieder unter das Niveau von 1913, nicht zuletzt, weil die Produzenten angesichts der guten Binnenkonjunktur dazu neigten, die Pflege der ausländischen Absatzmärkte zu vernachlässigen.⁸⁵ Gleiche Mengen wie vor dem Krieg wurden bis zum Ende der Weimarer Republik nicht mehr über Hamburg exportiert.⁸⁶ Die internationalen Wettbewerbsverhältnisse und die Übersetzung des deutschen Handels zwangen zudem zu äußerst knapper Kalkulation, so daß selbst bei guter Beschäftigung der Ertrag oft unbefriedigend war, während politische Unruhen in vielen Abnehmerländern und der Mangel an eigenem Kapital das Risiko erhöhten.⁸⁷ Die Lage des Ausfuhrhandels blieb auch in den Jahren besserer Konjunktur labil.

Ebenso vielschichtig wie die Organisation des Einfuhrhandels, der sich auf einzelne Waren und oft noch enger auf ein Produkt nur eines bestimmten Erzeugungslandes spezialisiert hatte, war die Situation dieses Erwerbszweiges. Generell spiegelte seine Entwicklung das Auf und Ab der Konjunktur in Deutschland recht genau wider. Während der Stabilisierungskrise im Anschluß an die Währungsreform ließ die allgemeine Kaufkraftarmut das Geschäft des Einfuhrhändlers schrumpfen, bis der Konjunkturaufschwung seit Mitte 1926 auch ihm zugute kam. Innerhalb eines Jahres, von 1926 bis 1927, nahm die überseeische Einfuhr über Hamburg um 64 % zu und war damit erstmals ein wenig größer als 1913.⁸⁸ In den folgenden zwei Jahren wuchs sie zwar noch geringfügig, aber schon Ende 1928 registrierten Hamburger Importeure als Zeichen der beginnenden Konjunkturverschlechterung, daß Industrie und Großhandel des Binnenlandes bei der Hereinnahme von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Waren zurückhaltender wurden.⁸⁹

Trotz der mehr oder weniger großen Schwierigkeiten im deutschen Außenhandel ging es zumindest den bedeutenden Schiffahrtsgesellschaften in der Phase zwischen nachinflationärer Depression und Weltwirtschaftskrise recht gut;⁹⁰ denn der Kaufmann war gezwungen, wollte er sein Unternehmen überhaupt aufrechterhalten, auch bei schlechten Gewinnchancen Waren zu verladen. Die langanhaltende, durch das Überangebot an Frachtraum ausgelöste Krise der Weltschiffahrt wirkte sich für diese Reedereien nur insofern aus, als sie sich dem harten Ratenkampf anpassen mußten,⁹¹ hinderte sie aber nicht, nun einen beachtlichen Geschäftserfolg zu erzielen.

Nach dem Krieg hatten die deutschen Reedereien den Verlust fast der gesamten Handelsflotte dadurch auszugleichen gesucht, daß sie alte Schiffe aufkauften, ausländische Fahrzeuge charterten oder – dieser Ausweg bot sich allerdings nur den größten Gesellschaften – mit amerikanischen Schiffahrtsunternehmen eine Arbeitsgemeinschaft vereinbarten.⁹² Wegen der fortschreitenden Geldentwertung hatte die 1921 beschlossene Reedereiabfindung nur gereicht, einen kleinen Teil der verlorenen Schiffstonnage durch Neubauten zu ersetzen.⁹³ Mit der Währungsstabilisierung wurde die Finanzierung weiterer Bauaufträge zunächst völlig unmöglich. Zugleich büßte der Reeder seinen wichtigsten Wettbewerbsvorteil ein, bei Valutaeinnahmen die Kosten größtenteils in entwerteter Mark bezahlen zu können.

Dennoch gelang den großen deutschen Schiffahrtsunternehmen in den folgenden Jahren ein überraschend schneller Aufschwung. Schon 1926 war die Hamburg-Amerika-Linie stark genug, um ihren Vertrag mit dem amerikanischen Konzern wieder zu lösen. Fusionen, Personal- und Kapitalverflechtungen zwischen den Gesellschaften, Vereinbarungen über Gemeinschaftsdienste und sonstige Absprachen hatten in der Zwischenzeit die Konkurrenz der deutschen Reedereien untereinander verringert, zahlreiche internationale Vereinbarungen dem Wettbewerb in der Linienschiffahrt die ruinöse Härte genommen.⁹⁴ Im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik in England erhielten die deutschen Reedereien 1926 reichliche Beschäftigung, so daß aufliegende Schiffe wieder in Dienst gestellt, Reserven gebildet und veraltete Fahrzeuge abgewrackt werden konnten.⁹⁵ Langfristige ausländische Anleihen und die Bewilligung von Darlehen bzw. Zinszuschüssen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge in den Jahren 1924/25 und 1926/27 ermöglichten es, auch wieder Neubauten in Auftrag zu geben.⁹⁶ Hatte die in Hamburg beheimatete Seeschiffsflotte im Vergleich zur Vorkriegszeit noch 1924 nur einen Raumgehalt von knapp 35 % gehabt, so war sie 1928 zu mehr als 60 % wiederaufgebaut.⁹⁷ Ihre Leistungsfähigkeit war dank der seither erzielten technischen Fortschritte mindestens ebenso groß wie 1913.⁹⁸ Da die Schiffe im Durchschnitt erheblich jünger waren als damals,⁹⁹ fielen für Reparaturen und Abschreibungen nur relativ geringe Kosten an.

Beschäftigung und Ertrag waren insbesondere in der Amerika- und Afrikafahrt sowie im Passagierverkehr recht gut,¹⁰⁰ wenn auch die Laderäume insgesamt schlechter ausgenutzt wurden als vor dem Krieg.¹⁰¹ Dennoch und trotz der ständig beklagten, angeblich untragbaren Steuern und sozialen Lasten konnten die bedeutenden Hamburger Linienreedereien, am stärksten die Hamburg-Amerika-Linie, ihre Reingewinne in den Jahren 1926 bis 1928 beachtlich steigern. Ihre überwiegend langfristigen Schulden waren gut fundiert, sie verfügten über umfangreiche Reserven, genügend große disponible Gelder und Kassenmittel, so daß auch ihre Liquidität gesichert schien.¹⁰²

Weniger günstig war dagegen die Lage in der Trampschiffahrt. Ohne den überlegenen organisatorischen Apparat der alten Linienreedereien hatte sie insbesondere in der europäischen Fahrt unter der Konkurrenz der Schiffe

verschiedener kleinerer Länder, an erster Stelle Griechenlands, Finnlands und der baltischen Staaten, zu leiden, die dank ihrer geringeren Belastung mit persönlichen Betriebskosten zu sehr niedrigen Raten Frachten übernehmen konnten.¹⁰³ Schwer zu kämpfen hatte auch die Binnenschifffahrt, da von ihren wichtigsten Transportgütern infolge verschiedener wirtschaftlicher Strukturveränderungen weit geringere Mengen als vor dem Krieg von und nach Hamburg gebracht wurden und darüber hinaus die Eisenbahn ihr große Ladungen entzog.¹⁰⁴

Lage der Werften und übrigen Hamburger Industrien bis 1928

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kleinen Linienreedereien, der Tramp- und Binnenschifffahrt waren eine wichtige Ursache für die Dauerkrise der deutschen Werftindustrie in den zwanziger Jahren. Während des Krieges waren die Produktionsanlagen ohne Rücksicht auf die Friedensbedürfnisse stark vergrößert worden. Gleichzeitig war weltweit jenes Überangebot an Schiffstonnage entstanden, durch das der Bedarf an Neubauten in den folgenden Jahren sehr gering war. Bei den Schiffen, die dennoch in der Phase bis zum Ende der Inflation in Deutschland auf Stapel gelegt wurden, schmolz der Gewinn der Werften bis zur Fertigstellung nahezu auf ein Nichts zusammen. Noch 1928 hatten sie kaum Abschreibungen auf die neuen Produktionsmittel vornehmen können, so daß auch eine Beseitigung der Überkapazitäten durch teilweise oder völlige Betriebsstillegungen schwer möglich war.¹⁰⁵

Angesichts dieser Sachlage war es von erheblicher Bedeutung, daß die kleinen Schiffsunternehmer als Kunden der Werftindustrie weitgehend ausfielen. Obwohl sie die meisten überalterten, abwrackreifen Fahrzeuge in Betrieb hatten, gingen von ihnen nur wenige Neubaufträge ein, weil sie die notwendigen Gelder nicht aufbringen konnten. Dieser Ausfall an Beschäftigung war auch nicht durch verstärktes Engagement im Auslandsgeschäft auszugleichen, da der chronische Kreditmangel in Deutschland konkurrenzfähige Zahlungsbedingungen unmöglich machte. Nur etwa 25 % der Schiffsneubauten auf deutschen Werften wurden für ausländische Rechnung durchgeführt. In der Hauptsache waren die Werften auf die Großreedereien angewiesen und von deren Geschäftserfolg abhängig. Zwei Drittel der Bauaufträge stammten 1927 allein von den beiden dominierenden Gesellschaften, der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd. Da der Bedarf an neuen Schiffen bei den einzelnen Unternehmen im allgemeinen stoßweise auftrat, bedeutete das zugleich, daß die Werftindustrie jähren Konjunkturschwankungen ausgesetzt war und ihre Produktionsanlagen ganz ungleichmäßig ausgenutzt wurden.¹⁰⁶

Die Entschädigungs- und Hilfsaktionen der Reichsregierung brachten zwar wesentliche Erleichterungen, ermöglichten auch manchen Unternehmen, den Betrieb überhaupt fortzuführen, änderten aber nichts an der

Übersetzung des Produktionszweiges, so daß die wichtigste Krisenursache erhalten blieb. Ebenso ergab sich aus den großen Neubaufträgen der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in den Jahren 1926/27 für die Werftindustrie lediglich eine kurze Erholungspause, die nicht ausreichte, um eine grundlegende Sanierung in die Wege zu leiten. Selbst auf dem Höhepunkt der Konjunktur 1927 waren die Werften nur zu etwa 50 % ihres Leistungsvermögens beschäftigt. Ein Jahr später kündigte sich in der Verringerung des Auftragsbestandes und der Verschlechterung der Ertragslage bereits eine neue Krise an.¹⁰⁷

Entsprechend ungünstig sahen die Bilanzen in der deutschen Schiffbauindustrie aus. Trotz der vergleichsweise ungewöhnlich guten Beschäftigung konnten auch 1927 nur wenige Unternehmen einen Reingewinn erzielen.¹⁰⁸ 1928 ging er, insgesamt betrachtet, bei größeren Bruttoeinnahmen um mehr als die Hälfte zurück. Besonders bedenklich war, daß der verbleibende Reinerlös von 1,15 Millionen RM in einem krassen Mißverhältnis zu dem in der Werftindustrie investierten Aktienkapital von 88 Millionen RM stand, von einer Rentabilität also keine Rede sein konnte. Gleichzeitig zeichnete sich auch eine starke Illiquidität des Produktionszweiges ab.¹⁰⁹

Vor diesem Hintergrund erscheinen die beiden führenden Hamburger Werften, Blohm & Voß und die Deutsche Werft, als außerordentlich leistungsstarke und erfolgreiche Unternehmen. Beide hatten seit 1927 umfangreiche Neubauten in Arbeit. Noch Ende 1929 verfügten sie über ein bedeutendes Kontingent an Bauaufträgen, das größte von allen deutschen Werften.¹¹⁰ Außerdem dominierten sie im Reparaturgeschäft, wodurch sie gleichmäßiger beschäftigt und weniger krisenanfällig waren als andere einseitig auf den Neubau konzentrierte Unternehmen.¹¹¹ Bei Abschreibungen im Umfang von 7 % bzw. 9 % des Anlagewertes erzielten beide Firmen seit 1926 beträchtliche Reingewinne. Sie gehörten seitdem zu den wenigen Werften, die eine Dividende zahlten. Die Reserven, die dabei angesammelt wurden, differierten allerdings erheblich. Während sich die Deutsche Werft mit einer knapp zweiprozentigen Rücklage begnügte, besaß Blohm & Voß die größten offenen Reserven überhaupt in Höhe von gut 20 % des Aktienkapitals.¹¹²

Die Lage der übrigen Hamburger Industrien gestaltete sich in der Phase zwischen Währungsreform und Weltwirtschaftskrise ganz unterschiedlich. Die für den Geschäftsverlauf maßgeblichen Faktoren, wie in- und ausländische Nachfrage, nationale und internationale Konkurrenz, Gestehungskosten, entwickelten sich in jedem Produktionszweig anders und waren für jeden verschieden wichtig. Ein Sachverhalt trat jedoch allgemein klar zutage, dem auch in der Großen Depression Anfang der dreißiger Jahre wesentliche Bedeutung zukam: Nicht der Auslandsabsatz, sondern die Gestaltung des Binnenmarktes und insbesondere die Nachfrage der vielen kleinen Konsumenten war für die Wirtschaftsentwicklung entscheidend.

Es war der Geld- und Kapitalmangel in Deutschland, der nach der Währungsstabilisierung die Deflationskrise auslöste; und es war die Konsum-

güter- und nicht die Produktionsgüterindustrie, bei der entgegen der herrschenden ökonomischen Theorie Mitte 1926 der Konjunkturaufschwung einsetzte.¹¹³ Für ausgesprochen exportorientierte Branchen beserte sich die Situation nur langsam. Zum Teil weil die früheren Abnehmerländer inzwischen eigene Industrien aufgebaut hatten, zum Teil weil die Produktionsbedingungen in Deutschland den internationalen Wettbewerb erschwerten, blieb das Auslandsgeschäft auch in den folgenden beiden Jahren mit guter Konjunktur in den meisten Bereichen weit hinter dem Vorkriegsniveau zurück. Absatzprobleme behielten ferner diejenigen Hamburger Industrien, die auf wirtschaftlich schwache inländische Kunden angewiesen waren. So führte die Agrarkrise dazu, daß Landmaschinen schon 1927 kaum noch verkauft werden konnten, während der Maschinenbau sonst gut beschäftigt war. Auch die Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern blieb unbefriedigend, weil eine Mehrheit der Bevölkerung nach Krieg und Inflation nur über bescheidene Einkommen verfügte. Andere Industrien, die, wie z. B. das Tiefbaugewerbe, hauptsächlich öffentliche Aufträge erhielten, litten darunter, daß das Reich, die Länder und Gemeinden sowie die Reichsbahn mit Rücksicht auf die schlechten Finanzverhältnisse 1927 und 1928 nur absolut notwendige Arbeiten durchführen ließen.

Mit Schwierigkeiten ganz anderer Art mußte die in Hamburg ansässige chemische Industrie fertig werden. Den mittleren und kleinen Unternehmen schadeten die Kampfmaßnahmen, die die Großindustrie nach ihrem Zusammenschluß ergriff, die Preisherabsetzungen bei unveränderten Rohstoffkosten, die Kontingentierungen und Sperren im Rohstoffbezug.

In günstiger Position waren dagegen Branchen, die Artikel des alltäglichen, unentbehrlichen Bedarfs herstellten, so die Textil-, die Margarine-, die Seifen- und auch die Zigarettenindustrie, in der seit einer Steuererhöhung im Herbst 1926 nur noch die leistungsfähigsten Betriebe tätig waren und hervorragende Ergebnisse erzielten. Außerdem wurden, wie sich in der Phase vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise erwies, von den Konjunkturschwankungen alle jene Unternehmen vergleichsweise wenig berührt, die aufgrund ihrer hohen Spezialisierung weltweit kaum Konkurrenz hatten.¹¹⁴

Insgesamt wurde die Hamburger Wirtschaft durch den Geld- und Kapitalmangel in Deutschland nach der Währungsstabilisierung schwer in Mitleidenschaft gezogen.¹¹⁵ Fast alle Produktionsbereiche gerieten in die Depression, das Großhandels-, Hafen- und Verkehrsgewerbe wurde durch den enormen Importrückgang getroffen, der Einzelhandel bekam wie alle Versorgungsbranchen die Kaufkraftarmut der breiten Bevölkerung zu spüren.¹¹⁶ Erst die Besserung der Kreditverhältnisse, nicht zuletzt durch das Hereinströmen ausländischer Anleihen, führte seit Ende 1926 zu einem raschen Konjunkturanstieg, an dem auch der Hamburger Platz vollen Anteil hatte. Die Zahl der Arbeitnehmer wuchs 1927 gegenüber dem Vorjahr nur in den Mittel- und Großbetrieben um mehr als 50000 Personen.¹¹⁷ Gleichzeitig gingen die Firmenzusammenbrüche und der Umfang der Er-

werbslosigkeit ganz erheblich zurück.¹¹⁸ Um die Jahreswende 1927/28 wurden allerdings bereits Warnungen laut, daß der Binnenmarkt gesättigt scheine und eine Abschwächung der Konjunktur zu erwarten sei.¹¹⁹

Beginn und Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise in Deutschland

Tatsächlich gab es 1928 wichtige Anzeichen für eine erneute Verschlechterung der Wirtschaftslage in Deutschland. Nachdem die Krise im Agrarsektor bereits einen Tiefpunkt erreicht hatte, machten sich nun auch in der Industrie negative Tendenzen bemerkbar. Die Unternehmensgewinne gingen 1928 noch geringfügig von 3,3 auf 3,2 Milliarden RM, 1929 bereits um ein Drittel auf 2,2 Milliarden RM zurück.¹²⁰ Die Zahl der Konkurse wuchs im Vergleich zum Vorjahr schon 1928 wieder um 43 %, 1929 um weitere 24 %.¹²¹ Der sich ausbreitende Pessimismus führte dazu, daß die Investitionen für industrielle Neuanlagen 1929 auf ein Drittel schrumpften und selbst die Ausgaben für Ersatzanlagen reduziert wurden.¹²² Schon 1928 waren in geringerem Umfang als im Vorjahr neue Aktien emittiert worden, ein Zeichen für die schwindende Bereitschaft, Unternehmen zu erweitern oder gar zu gründen. Auch die Aktienkurse fielen bereits seit 1928.¹²³ Die gewerbliche Erzeugung insgesamt stagnierte in den beiden Jahren. Während sie bei den Produktionsgütern trotz Rückschlägen in wichtigen Bereichen im ganzen noch leicht anstieg, war sie bei den Verbrauchsgütern eindeutig rückläufig.¹²⁴ Wie die Industrie die Investitionen, so schränkte der einzelne den Konsum ein, um angesichts der verschlechterten Zukunftsaussichten durch erhöhte Spar- und Versicherungsleistungen Vorsorge zu treffen.¹²⁵ Seit September 1928 lagen infolgedessen die nicht gebundenen Warenpreise stets unter dem Niveau des Vorjahres.¹²⁶ Schon seit Juni gab es ständig erheblich mehr Arbeitslose als an den entsprechenden Stichtagen des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank 1928 überhaupt nicht mehr unter die Millionengrenze und kletterte im Februar 1929 auf über drei Millionen.¹²⁷

Dies waren schwerwiegende Alarmzeichen, auch wenn bei noch immer leicht zunehmender Beschäftigung und stabilem Volkseinkommen von einer Krise im strengen Wortsinn keine Rede sein konnte.¹²⁸ Die skizzierten negativen Entwicklungen zeigen, daß die deutsche Wirtschaftskrise nicht einfach ein Resultat der weltweiten Depression war, sondern eigene, innere Ursachen hatte. Der Schrumpfungsprozeß in Deutschland zeichnete sich ab und war zum Teil schon im Gang, bevor der New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 den Beginn der Weltkrise signalisierte. Von nun an überlagerten und verstärkten sich die Wirkungen der deutschen und der internationalen Depression. Der Schock über die Zusammenbrüche im »reichsten Land der Welt« lähmte die noch verbliebene Initiative und Risikobereitschaft. Die teils wirtschaftlich, teils politisch motivierte Rückziehung der kurzfristigen ausländischen Gelder verschärfte die Situation auf dem

deutschen Kreditmarkt. Der Verfall der Rohstoffpreise, die schwindende Kaufkraft der betroffenen Länder und die Versuche immer neuer Staaten, durch Absperrung ihrer Märkte die Krise autonom zu überwinden, führten dazu, daß vom Außenhandel keine Besserung der Lage ausgehen konnte. Wie die Wirtschaftszerstörung unter dem Einfluß dieser Faktoren, politischer Spannungen und der verfehlten prozyklischen Finanzpolitik der Reichsregierung fortschritt, ist bekannt.¹²⁹ Lediglich zur Illustration seien daher einige Zahlenreihen angeführt:

Die Industrieproduktion wurde bis 1932 nahezu halbiert:

*Industrieproduktion (1927/29 = 100):*¹³⁰

1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
102	98	97	80	65	58

Die Verluste waren bei vielen Produktionsgütern noch weit verheerender, bei unentbehrlichen Verbrauchsgütern weniger gravierend:

*Produktionsindex einiger wichtiger Erzeugnisse:*¹³¹

	1928	1929	1930	1931	1932
Eisen	100	110	80	57	39
Nichteisenmetalle	100	98	90	70	61
Maschinen	100	101	83	60	38
Kraftfahrzeuge	100	94	62	44	26
Schiffbau	100	123	105	30	3
Bauwirtschaft	100	100	88	56	38
Kohle	100	109	94	78	69
Textilien	100	92	90	88	80
Schuhe	100	104	101	94	85
Glas	100	94	81	62	49
Papier	100	102	97	87	80

Infolge des gleichzeitigen raschen Preisverfalls sank der Wert der Industrieproduktion noch stärker als der Umfang:

*Bruttowerte der Industrieproduktion:*¹³²

	1928	1929	1930	1931	1932
Mrd. RM	84,3	83,5	69,0	50,0	38,0
1928 = 100	100	99	82	59	45

*Indexzahlen der ungebundenen Warenpreise (1913 = 100):*¹³³

1928	1929	1930	1931	1932
139,1	124,2	97,8	66,4	50,3

Solche Preiseinbrüche zerstörten die Kalkulationsgrundlagen und machten Gewinne fast unmöglich. Riesige Verluste und der Verfall der Aktienkurse führten dazu, daß auch die Insolvenzen stark zunahmen.

*Jahresgewinne und -verluste deutscher Aktiengesellschaften:*¹³⁴

Geschäftsjahr (Juli–Juni)	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
Millionen RM					
<i>1. Gewinne</i>					
Insgesamt	1 510,1	1 453,6	1 053,4	566,7	558,0
Grundstoffindustrie	342,2	340,1	210,8	74,0	81,7
Verarbeitende Industrie	570,3	509,6	360,4	179,9	179,2
Handelsgewerbe	42,0	51,7	32,7	25,1	19,9
Banken	196,1	173,2	127,1	59,0	53,8
Verkehrswesen	69,3	84,3	54,1	17,4	14,7
<i>2. Verluste</i>					
Insgesamt	150,2	339,0	551,2	2 465,1	1 094,4
Grundstoffindustrie	13,0	26,5	80,4	352,1	152,2
Verarbeitende Industrie	94,2	218,7	297,3	718,2	463,4
Handelsgewerbe	9,9	13,0	53,0	81,7	39,2
Banken	1,3	45,6	82,3	774,4	127,6
Verkehrswesen	9,0	3,4	6,8	354,2	234,7
1928/29 = 100					
<i>1. Gewinne</i>					
Insgesamt	100	96	70	38	37
Grundstoffindustrie	100	99	62	22	24
Verarbeitende Industrie	100	89	63	32	32
Handelsgewerbe	100	123	78	60	47
Banken	100	88	65	30	27
Verkehrswesen	100	122	78	25	21
<i>2. Verluste</i>					
Insgesamt	100	226	367	1 641	729
Grundstoffindustrie	100	204	633	2 709	1 171
Verarbeitende Industrie	100	232	316	762	492
Handelsgewerbe	100	131	535	825	396
Banken	100	3 508	6 331	59 569	9 815
Verkehrswesen	100	38	75	3 936	2 608

*Index der Aktienkurse (1924/26 = 100):*¹³⁵

	1928	1929	1930	1931	1932
Gesamtindex	148,4	133,9	109,2	85,0	54,5
Bergbau, Schwerindustrie	131,3	124,7	106,7	79,0	56,0
Verarb. Industrie	147,6	126,8	98,2	75,0	49,0
Handel, Verkehr	165,9	155,1	130,6	107,6	63,1

*Neue Konkurse und Vergleichsverfahren:*¹³⁶

	Kon- kurse	Ver- gleiche	Festgestellte Insolvenz- verluste Mio. RM	1928 = 100		
				Kon- kurse	Ver- gleiche	Verluste
1928	10595	3147	418	100	100	100
1929	13180	5001	652	124	159	156
1930	15486	7178	778	146	228	186
1931	19254	8628	901	182	274	216
1932	14138	6189	815	133	197	195

Bei der prekären Ertragslage der Unternehmungen waren Investitionen nicht nur schwer durchführbar, sondern erschienen auch wenig lohnend. Sie schrumpften in der Industrie auf weniger als ein Fünftel, generell auf ein Drittel des Umfangs von 1927. Die Depression wurde dadurch weiter verschärft.

*Investitionen in Mio. RM und Investitionsindex:*¹³⁷

	1928	1929	1930	1931	1932
Industrie	2627	2019	1575	890	449
priv. Sektor des Verkehrswesens	429	327	290	111	49
Landwirtschaft, Handwerk, Handel, sonstige Gewerbe	2489	2203	1869	1483	1054
priv. Investitionen insges.	5545	4549	3734	2484	1552
öffentliche Investitionen	8213	8266	6685	3974	2695
Anlageinvestitionen insges.	13758	12815	10419	6458	4247
interne Bruttoinvestitionen	15876	12219	9498	4370	5314
	1928 = 100				
Industrie	100	77	60	34	17
priv. Sektor des Verkehrswesens	100	76	68	26	11
Landwirtschaft, Handwerk, Handel, sonstige Gewerbe	100	89	75	60	42
priv. Investitionen insges.	100	82	67	45	28
öffentliche Investitionen	100	101	81	48	33
Anlageinvestitionen insges.	100	93	76	47	31
interne Bruttoinvestitionen	100	80	60	28	33

Für die Masse der Bevölkerung die schlimmste Folge der Wirtschaftszerstörung war der Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit:

Beschäftigte Arbeitnehmer laut Krankenkassenstatistik: ¹³⁸

Jahresdurchschnitt	1928	1929	1930	1931	1932
in Tausend	17456	17597	16329	14246	12499
1928 = 100	100	101	94	82	72
v. H. der Arbeitnehmer, jeweils Januar	76,2	73,8	73,0	64,9	62,5

Bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose: ¹³⁹

	1928	1929	1930	1931	1932
in Tausend	1391	1899	3076	4520	5603
1928 = 100	100	137	221	325	403

Die schwindenden Unternehmergewinne und rückläufigen Kapitaleinkünfte, die große Arbeitslosigkeit und weitverbreitete Kurzarbeit, sinkende Löhne und Gehälter bewirkten zusammen, daß das deutsche Volkseinkommen von 1928 bis 1932 um 40% abnahm.

Volkseinkommen in Mrd. RM: ¹⁴⁰

	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1928 = 100			
							1929	1930	1931	1932
In jeweiliger Kaufkraft	70,8	75,4	75,9	70,2	57,5	45,2	101	93	76	60
In Kaufkraft von 1928	72,7	75,4	74,8	71,9	64,0	56,8	99	93	84	75
je Vollperson in Kaufkraft von 1928, 1913 = 100							95	91	80	71

Für eine derartige Wirtschaftskatastrophe, wie sie in den angeführten Zahlen sichtbar wird, waren die großen Bankenzusammenbrüche im Sommer 1931 nur ein besonders deutliches und erschreckendes Symptom.

Verzögerter Anfang und Gesamtausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs in Hamburg

In Hamburg machten sich die konjunkturellen Rückschläge seit dem Herbst 1928 für die Gesamtwirtschaft zunächst weniger stark bemerkbar als in anderen Regionen des Reichs. ¹⁴¹ Der Grund dafür lag in der günstigen Entwicklung des deutschen Außenhandels bis Ende 1929. Zwar ging die Einfuhr infolge der Verschlechterung des Binnenmarktes 1928 und besonders 1929 zurück; aber dem stand eine weit bedeutendere Steigerung der

Ausfuhr gegenüber, so daß der Außenhandel insgesamt 1928 um etwa 5 % wuchs und auch 1929 noch größer war als zwei Jahre zuvor.¹⁴² Diese der inneren Rezession entgegenwirkende Wirtschaftstendenz kam dem wichtigsten deutschen Hafenplatz voll zugute. Die Menge selbst der von See her nach Hamburg eingeführten Güter übertraf noch 1928 und 1929 das Volumen von 1927; der gesamte Warenumsatz im Verkehr mit Übersee lag 1928 um fast 8 %, im folgenden Jahr noch immer um gut 4 % über dem Niveau von 1927. Der überseeische Personenverkehr über Hamburg nahm sogar bis 1930 zu; in diesem Jahr wurden gut 20 % mehr Passagiere ein- und ausgeschifft als 1927.¹⁴³ Die Hafengewerbe und der staatliche Kaibetrieb waren infolgedessen gut beschäftigt. Auch die Werften hatten relativ viel zu tun, weil die immer zahlreicheren Hamburg als Endhafen anlaufenden Schiffe hier oft ihre Reparaturen durchführen ließen.¹⁴⁴ Bei der großen Bedeutung der Handels-, Schifffahrts-, Hafen- und Werftunternehmen kamen deshalb die Schwierigkeiten im Produktionssektor in der Hansestadt gesamtwirtschaftlich nicht voll zum Tragen. Wohl wurden viele Industrie- und Handwerksbetriebe erheblich in Mitleidenschaft gezogen;¹⁴⁵ da aber die Gütererzeugung in Hamburg überhaupt nur eine untergeordnete Rolle spielte, waren die vom Außenhandel ausgehenden positiven Wirkungen bis zum Herbst 1929 stärker.

Der Gesamtumsatz der Reichsbankhauptstelle Hamburg, in dem sich die Geschäftstätigkeit der Banken und dadurch der Unternehmen am Ort widerspiegelt, wuchs nach alljährlichen beträchtlichen Steigerungen selbst 1930 noch geringfügig. Der Landesfinanzbezirk gehörte dementsprechend zu den wenigen, in denen auch 1930 das Umsatzsteueraufkommen zunahm, während es reichsweit schon 1929 zurückging.¹⁴⁶ Zwar gewannen Firmenzusammenbrüche in der Hansestadt seit 1928 wieder an Bedeutung; die Verluste stiegen aber zunächst langsamer an als im Reichsdurchschnitt, schnellten dann allerdings 1930 auf mehr als das Doppelte des Vorjahres in die Höhe.¹⁴⁷ Die Ausdehnung der Depression auf Hamburg zeichnete sich darin ab: Während die schwächeren Unternehmen ihr erlagen, suchten die übrigen – kurzfristig mit Erfolg – durch Vergrößerung der Umsätze die Ertragsminderung auszugleichen.

Weniger eindeutig war die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Seit der Währungsreform waren in Hamburg wie in allen Großstädten fast immer mehr Einwohner erwerbslos gewesen als im übrigen Deutschland, weil das stabilere landwirtschaftliche Arbeitsangebot fehlte. Zudem spielte die generelle Übersetzung der kaufmännischen Berufe in der Handelsmetropole eine besondere Rolle. Nur einmal, 1927, war der Umfang der Erwerbslosigkeit unter den Reichsdurchschnitt gesunken. Wie überall war sie jedoch auch in Hamburg schon seit Juni 1928 dauernd größer als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich hier 1928 ungewöhnlich stark, 1929 etwa im selben Ausmaß wie im Reich und stieg seit dem Oktober erneut steil an. Auf die Einwohnerschaft bezogen, gab es daher seit 1928 in Hamburg wieder mehr Arbeitslose als allgemein in Deutschland, aber immer noch weniger als im Durchschnitt der Großstäd-

te.¹⁴⁸ Die ungünstige Arbeitsmarktlage war zudem durch den Zuzug auswärtiger Erwerbsloser wesentlich mitbedingt,¹⁴⁹ so daß diese Zahlen über die Entwicklung der heimischen Wirtschaft wenig aussagen.

Die Beschäftigung der Betriebe nahm in Hamburg 1929 noch etwas stärker zu als im Reich. Der stabilisierende Effekt, der von der engen Verbindung mit der Weltwirtschaft zunächst ausging, wird in diesen Zahlen deutlich: Einschränkungen wurden 1929 in Investitionsgüterindustrien, so in der Kautschuk- und der Elektroindustrie, ferner im Baugewerbe und im größtenteils von ihm abhängigen Holz- und Schnitzstoffgewerbe, schließlich in der ebenfalls hauptsächlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Nahrungs- und Genußmittelbranche vorgenommen. Dagegen vergrößerte sich der Personalbestand noch in Handel, Verkehr und Versicherungswesen, im Gastwirtsgewerbe sowie im stark exportorientierten Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, darunter in der Werftindustrie um ein Viertel. Aber auch die in Hamburg hochspezialisierte chemische Industrie und sogar die Textil- und Bekleidungsindustrie konnten sich gut behaupten. Erst 1930 gingen die Belegschaftszahlen in diesen Bereichen – zum Teil rasant – zurück.¹⁵⁰

Obwohl der Schrumpfungsprozess einzelne Sektoren der Hamburger Wirtschaft bereits früher erfaßte, wurde er zur beherrschenden Tendenz nach alledem etwa ein Jahr später als im Reich, im Herbst 1929, als zu der innerdeutschen Rezession die Weltwirtschaftskrise hinzutrat.¹⁵¹ Von nun an gerieten auch die Hamburger Unternehmen immer schneller und tiefer in den Sog der Depression. Die Zerstörungen, die sie bewirkte, wurden bei der Berufs- und Betriebszählung im Juni 1933 im vollen Ausmaß sichtbar.

Die Zahl der Beschäftigten war in den acht Jahren seit der letzten statistischen Erhebung in Hamburg um mehr als ein Viertel zurückgegangen, obwohl die Wohnbevölkerung gleichzeitig um 5,7 % gewachsen war.¹⁵² Während nahezu 66000 Menschen mehr in dem Staat lebten als 1925, standen gut 110000 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung. Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten je Betrieb war von 5,7 auf 4,4 gesunken. Von 100 Einwohnern hatten im Reichsdurchschnitt neun, in Hamburg aber fast 15 keine Arbeit.¹⁵³ Einschließlich der wirtschaftlich abhängigen Angehörigen war fast ein Viertel der Bevölkerung von der Erwerbslosigkeit betroffen.¹⁵⁴ In der Gruppe, der dieses Schicksal allein drohte, unter den Arbeitern und Angestellten, waren annähernd 40 % ohne Beschäftigung.¹⁵⁵ Dabei hatte die Arbeiterschaft mit einem Erwerbslosenanteil von 46 % weitaus am schwersten zu leiden.¹⁵⁶

Aber nicht einmal die Arbeitslosenzahlen geben ein vollständiges Bild von der Schwere der Krise. Die katastrophale Wirtschaftslage zwang viele ältere oder erwerbsbeschränkte Menschen früher als sonst aus dem Arbeitsprozeß auszuschneiden; für zahlreiche Jugendliche verzögerte sich aus demselben Grund der Eintritt ins Erwerbsleben. Die Gruppe der Berufslosen war infolgedessen stärker besetzt als in Zeiten mit besserer Konjunktur, der Anteil selbst der Erwerbspersonen, also der Beschäftigten und der Arbeitslosen zusammen, lag im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unter dem

Niveau von 1925. Nur noch 26 von 100 Menschen im Alter von sechzig und mehr Jahren und 19 von 100 Jugendlichen galten 1933 in der Stadt Hamburg als Erwerbspersonen, während es 1925 35 bzw. 27 gewesen waren.¹⁵⁷ Von den nahezu 50000 jungen Menschen, denen es dennoch gelungen war, eine Erwerbsmöglichkeit zu finden, hatten mehr als 10000 sie wieder verloren. Schlimmer noch wirkte sich die Krise allerdings für die nächstältere Gruppe, die Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, aus, die zudem am häufigsten für Kinder zu sorgen hatten. Unter ihnen war mehr als ein Drittel arbeitslos.¹⁵⁸

Am ungünstigsten gestaltete sich die Beschäftigungslage in den Riesenbetrieben mit mehr als 1000 Belegschaftsmitgliedern. 1925 waren in ihnen gut doppelt so viele Menschen tätig gewesen wie 1933. Überdurchschnittlich stark, nämlich um etwa ein Drittel, geschrumpft war auch der Personalbestand der Mittelbetriebe mit sechs bis 200 Beschäftigten. Relativ wenige Arbeitsplätze waren dagegen in den Großbetrieben mit 200 bis 1000 Personen und in den Kleinbetrieben mit höchstens fünf Erwerbstätigen verlorengegangen. In den Kleinstbetrieben mit ein oder zwei Arbeitnehmern neben dem Firmeninhaber war die Personenzahl sogar nur um knapp 3 % gesunken.¹⁵⁹ Doch bedeutet das nicht, daß diese Betriebe krisenfester waren als andere. Die Statistik bietet keine Aufschlüsse darüber, wie viele Unternehmen aufgegeben wurden, wie viele durch Verkleinerung der Belegschaften in eine niedrigere Größenklasse absanken und dort entstandene Lücken auffüllten.¹⁶⁰

Überhaupt spiegelt die Entwicklung der Betriebszahlen den Krisenverlauf nur undeutlich wider. Störend wirkt insbesondere die enorme Zunahme der Alleinbetriebe um 26 %. Stellunglose Handwerksgesellen suchten ihre Situation dadurch zu verbessern, daß sie selbst einen Gewerbeschein erwarben; andere Arbeitslose eröffneten ein kleines Ladengeschäft – mit dem Ergebnis, daß 1933 8567 Einmannbetriebe mehr existierten als 1925. Die Gesamtzahl der Betriebe hatte sich infolgedessen sogar leicht vergrößert.

Soweit sich die Krisenfolgen an den Beschäftigtenzahlen ablesen lassen, wurde in Hamburg der Produktionssektor erheblich schwerer getroffen als der Bereich der Güterverteilung.¹⁶¹ Während sich die Zahl der Erwerbstätigen in Handel und Verkehr nur um 16 % reduzierte, ging sie in Industrie und Handwerk um mehr als ein Drittel zurück. Auf einen Betrieb entfielen in der Produktion statt durchschnittlich 6,7 nur noch 4,5 Personen, in der Güterverteilung statt 5,2 immerhin noch fast ebenso viele, nämlich 4,3 Personen.

Sehr schlecht ging es Hamburgs charakteristischstem Produktionszweig, der Schiffbauindustrie. Ihre Belegschaften schrumpften um annähernd 60 % von fast 22000 auf knapp 9000 Menschen zusammen. Von den vier Riesenbetrieben verschwanden zwei; allein in dieser Größenklasse wurden fast 11000 Arbeiter und Angestellte weniger beschäftigt. Schwer in Mitleidenschaft gezogen waren die Industrien, die in Hamburg in großem Umfang für die Werften arbeiteten, so der Maschinenbau, der 63,5 %, und

der Kessel- und Apparatebau, der 81,4 % des Personalbestandes einbüßte. Insgesamt sank die Gruppe »Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau« dadurch, daß sie nur noch 16 000 statt 35 000 Menschen eine Arbeitsgelegenheit bot, der Beschäftigtenzahl nach vom ersten auf den dritten Platz unter allen produktiven Gewerben zurück.

Überhaupt ergaben sich übergroße Verluste in allen Produktionszweigen, die für industrielle Abnehmer oder einen sehr gehobenen privaten Bedarf tätig waren. Dies galt für die Kautschuk- und Asbestindustrie mit ihrer um 62 % geringeren Belegschaftsstärke und zum Teil für die elektrotechnische Industrie mit 40 % weniger Beschäftigten. Die Musikinstrumentenindustrie, in der in Hamburg der Klavierbau die größte Rolle spielte, verfügte sogar nur noch über 25 % des Personals von 1925.

Wie schon in der vorausgegangenen Phase konnten sich dagegen hochspezialisierte Industrien auch in der Großen Depression relativ gut behaupten. Dazu gehörten in Hamburg die Metallhütten und Halbzeugwerke, die hauptsächlich mittels besonderer Verfahren unentbehrliche Materialien herstellten, ferner die optische und feinmechanische Industrie, die allerdings zum Teil unter der Schiffbaukrise zu leiden hatte, und schließlich die chemische Industrie. In allen blieb der Beschäftigungsrückgang geringer als generell im Produktionsbereich. In der chemischen Industrie stieg die Zahl der Erwerbstätigen sogar leicht an.

In dem in der Großstadt so wichtigen Sektor der Gütererzeugung, der der alltäglichen Versorgung der Bevölkerung diente, war die Lage ganz unterschiedlich. In günstiger Position waren Unternehmen, deren Erzeugnisse zum absolut unentbehrlichen Bedarf gehörten. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ohne die Tabakindustrie verringerte sich der Personalbestand nur um 347 Beschäftigte oder 1,3 %. Vor allem in den Handwerksbetrieben blieb die Zahl der Erwerbstätigen weitgehend konstant. In manchen Sparten, so in der Fleischerei und in der Fischindustrie, übertraf die Mehrbeschäftigung den Bevölkerungszuwachs prozentual sogar recht erheblich. Dagegen verlor die Tabakindustrie infolge mehrerer Tabaksteueränderungen, die das mittelständische Gewerbe weitgehend zum Erliegen brachten, fast drei Viertel ihres Personals.¹⁶²

Stärker als das Nahrungsmittelgewerbe bekamen die Bekleidungsbranchen den Kaufkraftverlust der breiten Bevölkerung zu spüren, der viele zwang, Wäsche, Schuhe und Garderobe restlos aufzutragen. Um 48 % sank die Beschäftigung in der Textilindustrie, um 52 % in der Leder- und Lederwarenherstellung, etwas weniger, um 35 %, im Bekleidungs- und Schuhmachergewerbe, in dem unerläßliche Reparaturarbeiten einen bescheidenen Ausgleich für den Nachfragemangel boten. Kritisch war die Situation auch für das Bau- und Baunebengewerbe, weil im allgemeinen weder Privatleute, noch Firmen, noch der Staat oder öffentliche Institutionen in der Lage waren, ihm Aufträge zu erteilen. 13 000 Erwerbstätige weniger als acht Jahre zuvor wurden 1933 in diesem Bereich gezählt; für 44 von 100 Beschäftigten gab es keine Arbeitsgelegenheit mehr.¹⁶³

Der übergroße Personalabbau in Handwerk und Industrie führte dazu,

daß 1933 in Hamburgs traditionell wichtigstem Wirtschaftsbereich, in Handel und Verkehr, fast doppelt so viele Menschen tätig waren wie in der Produktion. Entscheidend für den verhältnismäßig geringen Verlust an Beschäftigten im Verteilungssektor war zum einen die weit stärkere Vermehrung der Alleinbetriebe, zum anderen die größere Stabilität der Betriebe mit mehr als zehn Personen. Knapp 2000 Einmannbetriebe kamen im Handwerk, 6550 im Handels- und Verkehrsgewerbe hinzu. Bei den Mittel- und Großunternehmen reduzierte sich die Beschäftigtenzahl im Bereich der Gütererzeugung um 40 bis 60 %; in der Güterverteilung ging sie lediglich bei den Riesenbetrieben um knapp die Hälfte zurück, bei den Betrieben mit 11 bis 50 Personen dagegen sank sie nur um 29 %, in der nächsten Größenklasse um 14 %, und bei der Gruppe der Betriebe mit 200 bis 1000 Personen stieg sie sogar um 5 %.

Allerdings wurden gerade die für Hamburg charakteristischen und bedeutendsten Teile des Handelsgewerbes von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. Im Großhandel, dem der gesamte Überseehandel zugehörte, fanden 1933 reichlich 20000 Menschen weniger einen Erwerb als 1925. Der Personalbestand schrumpfte um 35 %, nur im allgemeinen Ein- und Ausfuhrhandel sogar um 46 %.¹⁶⁴ Weitere achteinhalb Tausend Arbeitsplätze gingen in den Hilfsgewerben des Handels, bei den Speditions-, Lagerei- und Bewachungsunternehmen sowie in der Gewerkekategorie: Vermittlung, Verwaltung und Beratung verloren, in der vor allem die für die Hafenstadt typische Berufsgruppe der Handelsmakler, Im- und Exportagenten von Bedeutung war.

Die in Hamburg beheimatete See- und Küstenschifffahrt erhielt ihren früheren Beschäftigtenstand in ziemlich großem Umfang, nämlich zu 82 %, aufrecht. Knapp 4000 Erwerbstätige weniger als 1925 wurden 1933 in ihr gezählt. Da der Betrieb eines Schiffes eine feste Anzahl von Seeleuten erfordert, waren dem Personalabbau recht enge Grenzen gesetzt. Die Minderbeschäftigung spiegelt deshalb gerade in diesem Wirtschaftsbereich die Krisenwirkungen nur beschränkt wider. Die Arbeitslosigkeit in der Schifffahrt war in Hamburg fast viereinhalbmal so groß, weil auch von fremden Reedereien abgemusterte Seeleute in der wichtigsten Hafenstadt des Reichs auf eine neue Heuer warteten.¹⁶⁵ Im Hafetrieb selbst ging die Zahl der Beschäftigten um 3300 Personen, knapp 25 %, zurück.

Von dem allgemeinen Schrumpfungprozeß wurde der Hamburger Einzelhandel nicht erfaßt. Die Zahl der Betriebe wuchs um 6,5 %, die der Erwerbstätigen um 1,9 %. Die durchschnittliche Personenzahl je Betrieb blieb fast gleich. Wie im Produktionsbereich zeigte sich auch im Verteilungssektor, daß sich die Unternehmen in der Krise am besten behaupten konnten, die für den alltäglichen Bedarf der Bevölkerung arbeiteten. Bei einer näheren Betrachtung des Einzelhandels nach Branchen wird dies noch deutlicher. Während sich die Einwohnerschaft Hamburgs zwischen den beiden Volkszählungen um 5,7 % vermehrte, nahm die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten im Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln prozentual um mehr als das Dreifache, um 17,5 bzw. 19,6 v. H., zu.

Ein Unternehmen hatte infolgedessen statt 104 nur noch 94 Einwohner zu versorgen. Dagegen ging der Personalbestand im Einzelhandel mit Bekleidungsgegenständen um ein gutes Fünftel von fast dreizehneinhalb auf zehneinhalb Tausend Erwerbstätige zurück. Wie die entsprechenden Produktionszweige bekam auch dieser Teil des Einzelhandels zu spüren, daß die Bevölkerung bei der Bekleidung sparen mußte. Einschränkungen wurden außerdem bei der Gruppe der Eisenkrämereien, Waffenhandlungen und Spezialgeschäfte für sanitäre Anlagen, Öfen und Herde, beim Einzelhandel mit Porzellan und Glaswaren, Haus- und Küchengeräten, bei den Möbelgeschäften, den Papier- und Schreibwarenhandlungen, bei Juwelieren und Uhrgeschäften notwendig.¹⁶⁶

Das Ausmaß der Wirtschaftsschrumpfung, wie es in den Betriebszählungsergebnissen von 1933 sichtbar wurde, gab denjenigen Recht, die davor gewarnt hatten, »diese Krise von größter Allgemeinintensität einzureihen und in Parallele zu setzen mit den Krisen vergangener Zeiten«. Man durchlaufe »nicht das Tief einer normalen Wirtschaftskrise«, sondern erlebe »den Niedergang einer Wirtschaft« überhaupt.¹⁶⁷ Wie es zu diesem Zusammenbruch kam, welche Entwicklungen und Handlungen ineinander wirkten und ihn herbeiführten, soll für die wichtigsten Hamburger Wirtschaftszweige im folgenden näher untersucht werden.

Nöte des Ausfuhrhandels

Entscheidend war in Hamburg die Situation des Außenhandels.¹⁶⁸ Der Preisverfall auf den Rohstoffmärkten, der sich seit Mitte 1929 zusehends beschleunigte und immer weitere Gebiete erfaßte, zwang die Erzeugerländer, ihre Nachfrage nach industriellen Gütern weitgehend einzustellen. Die Folge war, daß die Industrienationen ihrerseits den Rohstoffbezug reduzierten, weil der Bedarf ihrer nur teilweise beschäftigten Fabriken sank und die Konsumkraft der Bevölkerung schwand. Es wurde eine Spirale in Gang gesetzt, die sich immer schneller und scheinbar endlos nach unten drehte. Erschwerend kam hinzu, daß die Kredite, die den Rohstoffländern insbesondere aus den USA und aus England überreichlich zugeflossen waren, überstürzt gekündigt wurden, als sich die Zukunftsaussichten in ihnen verschlechterten und gleichzeitig der New Yorker Börsenkrach den Kapitalmarkt erschütterte. Bankenzusammenbrüche in Übersee und für den europäischen Exporteur der Verlust vieler Forderungen waren das Resultat.

Häufig waren die Währungen der ohnehin wirtschaftlich schwachen Rohstoffländer solchen Belastungen nicht gewachsen. Der Export nach Übersee wurde dadurch noch schwieriger: Der dortige Importeur mußte auf Bestellungen verzichten, weil die oft rasante Geldentwertung alle Kalkulationen zerschlug. Sofern Zahlungen überhaupt noch erfolgten, wurden sie lange verzögert in der Hoffnung, zu einem späteren Termin einen günstigeren Wechselkurs zu erhalten. Die einheimische Produktion verbil-

ligte sich so sehr, daß die europäischen Industrien selbst bei besserer Qualität ihrer Erzeugnisse nicht mehr konkurrieren konnten.

Der seit dem Krieg verbreitete Wirtschaftsnationalismus erlebte angesichts dieser vielfältigen Störungen der Handelsbeziehungen einen erneuten Aufschwung. Immer mehr Staaten versuchten, sich allein, ohne Rücksicht auf die Entwicklung in der übrigen Welt aus der Krise zu retten. Fast überall sollten die Einfuhren aufs äußerste reduziert, die Ausfuhren aber möglichst stark gesteigert werden. Daß diese Ziele wegen der gegenseitigen Abhängigkeit von Im- und Export als Warenaustausch unvereinbar und daher auf Dauer nicht zu verwirklichen waren, wurde ignoriert in der Erwartung, daß die Wiederherstellung des Gleichgewichts zu Lasten anderer gehen würde. Hohe Zollmauern, administrative Behinderungen des fremden Handels, Einfuhrkontingente und -verbote sowie eine – bei der Währungszerrüttung oft unvermeidliche – restriktive Devisenverwaltung waren die Mittel in diesem Kampf.¹⁶⁹ Eine Sanierung der nationalen Wirtschaften wurde dadurch nicht erreicht, aber der Welthandel weiter eingeschnürt.

Zusätzliche Behinderungen ergaben sich daraus, daß die wirtschaftlichen Nöte in vielen Teilen der Welt von politischen Unruhen begleitet waren. In den meisten Ländern Lateinamerikas wechselten die Diktaturen oder lösten nach westlichem Muster gebildete Regierungen ab. Für den Übersee-Kaufmann bedeutete dies, daß sich die Wirtschaftspolitik der Staaten oft plötzlich änderte und alle Planungen hinfällig wurden. In Ostasien suchten 1931 die japanischen Führungsschichten die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen zu meistern, indem sie die Aggressionen auf ein äußeres Ziel, die Angliederung der Mandschurei, ablenkten. Dabei machten sie sich den Bürgerkrieg in China zunutze, durch den dieses Land schon seit Jahren als Absatzmarkt für den europäischen Export weitgehend ausgefallen war. In Indien richtete sich der von der Unabhängigkeitsbewegung proklamierte Boykott zwar gegen englische Waren, schädigte aber auch den Handel des übrigen Europa. Chancen und Risiken des Exports in alle diese Gebiete wurden infolge der politischen Komplikationen noch unberechenbarer; bedeutende Handelsmöglichkeiten gingen verloren.

Die verbleibenden Absatzmärkte waren außerordentlich hart umkämpft. Die Konkurrenz zwang dazu, sich mit minimalen Gewinnspannen zu begnügen, so daß jede Störung zu Verlusten zu führen drohte. Besonders kritisch war die Situation in Deutschland, wo der Exporteur nach Krieg und Inflation über wenig Eigenkapital verfügte, in- und ausländische Kredite aber geradezu aufgedrängt bekommen hatte, weil sein Geschäft Devisen erbrachte. Die Folge war, daß er sich vielfach der nach dem Krieg veränderten Marktlage nicht genügend angepaßt hatte und inzwischen unrentable Artikel weiterhin vertrieb, daß die Unternehmen im Verhältnis zum erreichbaren Umsatz oft überorganisiert, überkapitalisiert und überschuldet waren.¹⁷⁰ Konjunkturrückschläge mußten ihre Liquidität sehr rasch gefährden. Schon 1929 hatte die plötzliche, durch eine scharfe Kreditrestriktion der Reichsbank ausgelöste Rückrufung umfangreicher Leihka-

pitalien verschiedene Firmen in Schwierigkeiten gebracht; eine allgemeine Krise des Überseehandels war daraus aber nicht entstanden. Drückend wurde der Mangel an Eigenkapital, als mit fortschreitender Deflation – in Übersee noch schneller als in Europa – die Vorräte und Anlagen entwertet und damit die Kreditgrundlagen vernichtet wurden.¹⁷¹

Eine solche Häufung negativer Entwicklungsmomente hatte der internationale Handel bisher nicht erlebt. Der Warenaustausch der Welt schrumpfte dem Wert nach gegenüber dem Höchststand im Jahre 1929 bis Ende 1931 um 43 %. Er war damit nur noch um 2,7 % größer als im letzten Vorkriegsjahr, und der Rückgang setzte sich unvermindert fort. Europa wurde etwas weniger hart getroffen als die übrige Welt. Seine Ein- und Ausfuhr verringerte sich von 1930 bis 1931 um 24,6 %, die der außereuropäischen Staaten um 32,7 %. Die wertmäßige Reduktion war allerdings zu einem erheblichen Teil durch den Preisverfall bedingt. Aber auch die gehandelten Mengen waren 1931 um 20 % kleiner als 1929.¹⁷²

Bei dieser starken und umfassenden Einengung des Welthandels waren Exportförderungsbemühungen einzelner Staaten wenig aussichtsreich. In Deutschland war 1926 durch Initiative der Reichsregierung eine Exportkreditversicherung geschaffen worden, die mit Staatsgarantien arbeitete und den Exporteuren Gelegenheit bot, das bei Auslandsgeschäften besonders schwere Risiko der Vorfinanzierung zum größten Teil abzuwälzen.¹⁷³ Es gab darüber hinaus die Möglichkeit, über die Reichskreditanstalt Zehnjahresdarlehen des Staates zu erhalten, Reichsgarantien für private Kredite und Zinszuschüsse aus Reichsmitteln in Anspruch zu nehmen.¹⁷⁴ Die Hergabe langfristiger Darlehen seitens des Staates schien besonders dringlich, weil sich gezeigt hatte, daß trotz Reichsgarantien fast nur kurzfristige Exportkredite zu bekommen waren.¹⁷⁵ 1927 wurden die Zehnjahresgelder gegen eine Bürgschaft des Reichsfinanzministeriums auf jederzeitige Rückzahlung unmittelbar von der Reichskreditanstalt zur Verfügung gestellt, 1928 und 1929 mußte sie sich die notwendigen Gelder wegen der kritischen Lage der Staatsfinanzen dadurch verschaffen, daß sie 9 bzw. 3,6 Millionen Mark unter Reichsgarantie von den Versicherungsträgern lieh. Diese Exportdarlehen wurden infolgedessen mit einer jährlichen Zinsbelastung von 9 bis 10 % sehr teuer. Zinszuschüsse – 1928 in Höhe von 2 % für 3,5 Millionen RM – kamen fortan fast ausschließlich für sie in Frage.¹⁷⁶ Zudem waren alle staatlichen Hilfen an die Vorbedingung geknüpft, daß sie für »zusätzliche« Ausfuhren benötigt wurden, Geschäfte, die sonst nicht getätigt werden konnten.¹⁷⁷

In Hamburg wurde zur Durchführung der Exportförderungsaktion der Reichsregierung 1929 die Hamburgische Bank von 1923 reorganisiert, die seit der Inflation einen ungewöhnlichen Nimbus besaß, weil sie ihre Existenz dem Versuch hanseatischer Wirtschaftskreise verdankte, durch Selbsthilfe zu stabilen Währungsverhältnissen zu gelangen. Die Wiederbelebung gerade dieses Instituts sollte den Willen zu tatkräftiger Mitarbeit und eigener Initiative bei den Bemühungen um Ausfuhrsteigerung nachdrücklich unterstreichen. Zwei Millionen RM für langfristige Exportkredite wurden

der Bank von Hamburger Wirtschaftsunternehmen zur Verfügung gestellt, weitere fünf Millionen RM erhielt sie gegen Reichsgarantie von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Sie war ermächtigt, diese Gelder zu ähnlichen Bedingungen wie die Reichskreditanstalt zu vergeben: auf zehn Jahre zu einem Zinssatz von etwa 10 % im Jahr, der sich durch Zuschüsse des Reichsfinanzministeriums auf durchschnittlich $7\frac{1}{2}\%$ ermäßigte. Das Kreditrisiko trug die Bank zu 15 % selbst, der Rest wurde vom Reich garantiert. Nicht ausgeliehene Gelder mußte die Reichskasse zu den Selbstkosten der Bank, vorzeitig zurückgezahlte Kredite zu den von den Exporteuren zu tragenden Sätzen übernehmen.¹⁷⁸

Der Erfolg aller dieser Einrichtungen blieb hinter den Erwartungen weit zurück. Bis 1928 wurden nur Ausfuhren im Wert von 70 Millionen RM versichert. Hohe Prämien machten viele Geschäfte unmöglich, weil außer den beteiligten Versicherungsgesellschaften auch das Reichsfinanzministerium Nutzen aus dieser »Hilfsaktion« zog. 90000 RM Überschüsse erbrachte sein Prämienanteil bis Ende November des Jahres, wenn keine Verwaltungskosten gerechnet werden.¹⁷⁹ Die Reichsgarantien, die sich aufgrund verschiedener Ermächtigungen bis Juni 1931 auf 875 Millionen RM hätten belaufen können, wurden bis dahin nur für etwa 300 bis 400 Millionen RM in Anspruch genommen.¹⁸⁰ Von dem 3,6-Millionen-Fonds des Jahres 1929 für langfristige Export-Darlehen war im Oktober 1930 noch eine Million RM übrig, und es bestand wenig Aussicht, daß er voll ausgeschöpft werden würde.¹⁸¹ Die Hamburgische Bank von 1923 hatte bis zu diesem Zeitpunkt von ihren insgesamt sieben Millionen RM nur zwei Millionen unterbringen können und verfügte im August 1931 noch immer über 3,2 Millionen RM.¹⁸²

Die Hauptursache für den geringen Erfolg der Exportförderungsmaßnahmen war in der Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage zu suchen. Bei Auftragsmangel gab es für Kredite keine Verwendung.¹⁸³ Dazu kamen aber Hemmnisse, die sich aus der Konstruktion und Durchführung der Hilfsaktion ergaben. Nach den Bestimmungen sollten die staatlich garantierten Darlehen nur erstklassigen Firmen gegen einwandfreie bankmäßige Sicherheiten gewährt werden, für die zumindest 1929 und 1930 auch private Gelder zu gleich günstigen oder gar besseren Bedingungen zu erhalten waren.¹⁸⁴ Mit dem Fortschreiten der Deflation, durch die das Aktien- und Sachkapital zunehmend entwertet wurde, waren immer weniger Unternehmen imstande, die geforderten Kreditunterlagen zu stellen. So wurden dem Ausschuß, der über die Verteilung des 3,6-Millionen-Fonds zu entscheiden hatte, bis zum Oktober 1929 303 Gesuche mit einer Gesamtantragssumme von 40 Millionen RM unterbreitet, bis zum Oktober des folgenden Jahres aber nur 2,6 Millionen RM bewilligt.¹⁸⁵

Zu einer Milderung der Vorschriften waren die maßgeblichen Berliner Instanzen jedoch nicht bereit. Die Kassennot des Reiches dominierte im Bewußtsein der zuständigen Beamten so sehr, daß sie Kreditverluste unbedingt vermeiden zu müssen glaubten. In dieser Haltung wurden sie dadurch bestärkt, daß 1930 zahlreiche Zehnjahresdarlehen der Aktion von

1927 notleidend wurden. Zudem unterstützten auch Repräsentanten des Bankgewerbes diese Position.¹⁸⁶ Da bei einer solchen Einstellung eine gründliche Prüfung sowohl des Antrags als auch der kreditsuchenden Firma unumgänglich war, nahm das Bewilligungsverfahren meist eine lange Zeit in Anspruch, in der bei der permanenten Verschärfung der Weltdepression die Absatzchancen laufend schlechter wurden. Für viele Firmen wirkten auch die hohen Kosten der Betriebsrevision abschreckend, die selbst dann zu tragen waren, wenn der Antrag schließlich abgelehnt wurde.¹⁸⁷

Die Behandlung der Exportkredite ließ Unklarheiten und Inkonsequenzen in der Zielsetzung erkennen. Dem Ausfuhrhandel sollte geholfen werden, eine Subventionierung aber durfte nicht erfolgen.¹⁸⁸ Sie galt als prinzipiell verwerflich, weil dabei aus Mitteln der Allgemeinheit Einzelgruppen Vorteile verschafft wurden. Durch strenge Auslese der Bewerber mußte deshalb vermieden werden, daß die Darlehen zu verlorenen Zuschüssen entarteten. Die Sorge, die schmale Grenze zwischen Krediten und Subventionen zu überschreiten, führte so dazu, daß der Exporteur aus der Aktion nur wenig Nutzen zog und die Ausfuhr kaum gefördert wurde.

Schädigung des Handels durch den Agrarprotektionismus

Nach dem Beginn der Agrarkrise kollidierte das politische Ziel: Exportsteigerung, das bis dahin absolute Priorität besessen hatte, bald mit dem anderen: Landwirtschaftssanierung. Zwar schädigten die Bemühungen, den deutschen Agrarmarkt gegen das Ausland abzuschließen, in erster Linie den Importhandel, aber auch die Exportunternehmen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Von der generellen Abhängigkeit von Ein- und Ausfuhr einmal abgesehen, bekamen sie zu spüren, daß die betroffenen Staaten Gegenmaßnahmen ergriffen und die ausländischen Konsumenten Ressentiments gegen deutsche Waren entwickelten. Viele Firmen, gerade auch Überseehäuser, betätigten sich ohnehin gleichzeitig im Im- und Exportgeschäft.

In der Zollgesetzgebung des deutschen Reichs waren seit der Wiedererlangung der vollen handelspolitischen Souveränität im Jahr 1925 zwei Phasen zu unterscheiden.¹⁸⁹ In der ersten von 1925/26 bis 1928/29 wurde das – im Vergleich zur späteren Entwicklung maßvolle – Schutzzollsystem der Vorkriegszeit in etwa wiederhergestellt, wobei die Interessen der Veredelungswirtschaft ein wenig mehr Beachtung fanden. Da die Preise inzwischen höher lagen, waren viele landwirtschaftliche Einfuhrgüter sogar verhältnismäßig geringer belastet. Die zweite Phase begann mit dem Erntejahr 1929/30 und war durch einen immer schärferen, bei zahlreichen Produkten bald absolut prohibitiv wirkenden Protektionismus gekennzeichnet. Unter dem Eindruck der Agrarkrise erhielt die Reichsregierung im Dezember 1929 die Ermächtigung, die Getreidezölle innerhalb bestimmter Grenzen

ohne Beteiligung der parlamentarischen Körperschaften festzusetzen, im April 1930 fielen die einschränkenden Bestimmungen fort, und im März 1931 wurde dieses Verordnungsrecht auf alle Agrarprodukte ausgedehnt. Das Reichsernährungsministerium benutzte es besonders seit dem April 1930, um die Zölle in immer kürzeren Zeitabständen zum Teil drastisch zu erhöhen. Schon im Frühjahr 1930 erreichten sie bei Roggen, im Herbst bei Weizen den Weltmarktpreis.¹⁹⁰ Zur Zeit des vorläufig stärksten Agrarschutzes, im Mai des folgenden Jahres, waren die Zölle für Getreide vier- bis vierzehnmal, für Tiere, Fleisch und die meisten Tierprodukte zwei- bis dreimal so hoch wie vor dem Krieg.¹⁹¹ Seit Dezember 1929 bestand zudem das System beweglicher, an die Preisentwicklung gekoppelter Tarifsätze. Bei der Labilität des landwirtschaftlichen Marktes bedeutete das, daß sie sich oft sehr plötzlich änderten und kaum noch zu kalkulieren waren.

Gleichzeitig mit den starken Zollerhöhungen und der Einführung variabler Tarife wurde das im Handel mit Agrarprodukten geltende Einfuhrscheinsystem 1930 nach und nach außer Kraft gesetzt, weil es unter den neuen Bedingungen die Staatskasse zu sehr belastet hätte. Als Gutscheine, die beim Export in Höhe des Zollwertes ausgestellt, im allgemeinen an Einfuhrhändler weiterverkauft und beim Import auf den fälligen Zoll angerechnet wurden, hatten die Einfuhrscheine dem Exporteur bis dahin ermöglicht, deutsche landwirtschaftliche Erzeugnisse entsprechend billiger anzubieten.¹⁹² Durch ihren Fortfall wurde seine Wettbewerbssituation bedeutend erschwert, meistens konnte er es überhaupt nicht mehr mit der ausländischen Konkurrenz aufnehmen.

Nicht weniger bedrohlich als die zollpolitische Neuorientierung waren für den Handel die Versuche, die Nachfrage nach heimischem Getreide durch legislatorische und andere dirigistische Maßnahmen zu steigern.¹⁹³ Ein Brotgesetz mit detaillierten Vorschriften sollte 1930 den Roggenabsatz fördern. Gleichzeitig bemühte sich die vom Reich finanzierte Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft, den Preis zu stützen, indem sie die überschüssigen Mengen aufkaufte, einlagerte und, durch Färbung kenntlich gemacht, weit unter ihren Selbstkosten zu Fütterungszwecken wieder verkaufte. Die Einfuhr anderer Futtermittel wurde durch hohe Zölle verhindert. Daneben setzte die Getreide-Handels-Gesellschaft kleinere Mengen Roggen zu noch stärker subventionierten Preisen im Ausland ab. Da ihr keine unbegrenzten Mittel zur Verfügung standen, hatten die wiederholten Stützungsaktionen jedesmal nur kurzfristig Erfolg. Die Hauptursache für die negative Entwicklung des Roggenmarktes, die Überproduktion, wurde nicht beseitigt, im Gegenteil: Die künstlich hochgehaltenen Preise boten einen Anreiz, die Anbauflächen noch zu vergrößern, früher verfütterte Bestände als Brotgetreide zu verkaufen und statt dessen den subventionierten gefärbten Roggen zur Mast zu verwenden. Der Handel aber wurde aus dem Exportgeschäft völlig ausgeschaltet und bei der binnenländischen Verteilung stark eingeengt.

Auch die gesetzliche Regelung, daß in deutschen Werken vermahlener Weizen im Juli 1929 zu 30 %, dann zu 45 und 50 %, seit September 1930 zu

60 bis 80% und schließlich – nach einer vorübergehenden Senkung der Sätze – seit September 1931 zu 97% aus inländischer Produktion stammen müsse, brachte nicht das erhoffte Ergebnis.¹⁹⁴ Sie beeinträchtigte dagegen die Interessen der Mühlen und des Handels, weil die häufige und plötzliche Änderung der Quoten einen planmäßigen Einkauf unmöglich machte. Besonders schweren Schaden erlitten die großen, in Hafennähe angesiedelten norddeutschen Fabriken. Für sie war deutsches Getreide wegen der hohen Transportkosten so teuer, daß sie konkurrenzunfähig wurden und den Betrieb verkleinern mußten.¹⁹⁵ Die Folge war, daß sie nicht mehr einheimischen, sondern weniger in- und ausländischen Weizen verarbeiteten. Zwar stiegen die deutschen Weizenpreise unmittelbar nach der Einführung des Vermahlungszwangs beträchtlich an; aber das war eher auf die Schutzzollpolitik als auf dieses Gesetz zurückzuführen, dessen Einhaltung nur schwer zu kontrollieren war.

Von allen dirigistischen Eingriffen zugunsten der Landwirtschaft erfüllte lediglich das Maismonopol seinen Zweck. Es war mit Wirkung zum 1. April 1930 geschaffen worden, um die Maiseinfuhr trotz entgegenstehender handelsvertraglicher Verpflichtungen zu unterbinden. Dadurch, daß aller importierte Mais zunächst von der Reichsmaisstelle aufgenommen werden mußte, die den Preis festsetzte, den Kauf aber auch ablehnen und so die Einfuhrmengen bestimmen konnte, geriet der private Handel in vollständige Abhängigkeit von ihr. So unbefriedigend der Nutzen der meisten dieser Zwangsmaßnahmen für den Landwirt war, für den Kaufmann bedeuteten sie, daß »eine halbstaatliche Getreidewirtschaft«¹⁹⁶ entstand, die seine Funktion bedrohte.

Über die Gefahren für den Export, die die Agrarschutzpolitik mit sich brachte, war sich ein Teil des Reichskabinetts durchaus im klaren. Vor der Verabschiedung des großen Zollpakets am 15. April 1930 wies Arbeitsminister Stegerwald eindringlich auf sie hin und warnte, wenn die gefürchteten Konsequenzen einträten, »würde zwar die Landwirtschaft gestärkt werden, aber die Gesamtwirtschaft nicht gewinnen«.¹⁹⁷ Eine Erörterung seiner Bedenken unterblieb jedoch auf ausdrücklichen Wunsch Brünings, der zu diesem Zeitpunkt hoffte, durch agrarpolitische Zugeständnisse die Zustimmung einer Mehrzahl der deutschnationalen Abgeordneten zu seiner Etatvorlage erlangen zu können. Später bekannte er sich zwar ebenfalls zu dem Grundsatz, daß die Hilfen für die Landwirtschaft die deutschen Exportchancen nicht schmälern dürften; wenn diese Zielsetzungen aber unvereinbar waren, erhielten schließlich die Anwälte der agrarischen Interessen in der Regierung seine Unterstützung, so daß die Zollpolitik weitgehend nach ihren Wünschen gestaltet wurde.¹⁹⁸

Die Hamburger Wirtschaft bekam die Wirkungen der neuen Politik seit den Zollgesetzen vom 15. April 1930 drastisch zu spüren. Die staatswirtschaftlichen Bestrebungen und die Beseitigung der Einfuhrscheine zerschlugen den privaten Getreidehandel fast völlig.¹⁹⁹ Im Sommer entstanden erstmals Boykottbewegungen gegen deutsche Waren. Holländische Interessenten propagierten diese Kampfmaßnahme, um die beabsichtigte Erhö-

hung der deutschen Zölle für Molkereiprodukte zu verhindern. Da 76 % der holländischen Butter- und 44 % der Käseausfuhr nach Deutschland gingen, waren solche Pläne für sie existenzbedrohend. Auch aus Dänemark, Schweden, Finnland, den baltischen Staaten, Österreich und der Schweiz berichteten Vertreter Hamburger Firmen, daß unter Hinweis auf den Agrarprotektionismus nach Deutschland vergebene Aufträge annulliert und deutsche Waren zurückgewiesen würden.²⁰⁰ Nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten im September führten politische Bedenken zu einer weiteren Versteifung der Abwehrhaltung.²⁰¹ Diese Entwicklung traf die deutschen Exportunternehmen empfindlich, weil die Handelsbilanz mit allen genannten Staaten stark aktiv war. Holland war 1929 sogar der größte Abnehmer für deutsche Waren überhaupt gewesen. Es hatte dafür 1355 Millionen RM bezahlt, aber nur für 701 Millionen RM Güter nach Deutschland verkauft.²⁰² Dessen Wirtschaft drohte daher bei einer Zerstörung der Handelsbeziehungen weit mehr verlorenzugehen, als zu gewinnen war.

Noch schwerer wurde der Importhandel geschädigt, weil bei der Einfuhr rund 30 %, bei der Ausfuhr nur etwa 5 % auf landwirtschaftliche Erzeugnisse entfielen.²⁰³ Am stärksten hatten die Getreide- und Futtermittelimporteure zu leiden.²⁰⁴ Je nach der Zusammensetzung des Geschäfts schrumpften die Umsätze von 1928 bis 1930 um 50 bis 75 %. Auf die Einfuhr von Mais und Futtergerste spezialisierte Firmen berichteten über eine Verringerung ihrer Tätigkeit um 98 bis 100 %; nur ganz wenige konnten noch 25 % der alten Umsätze aufrechterhalten. Mit der Verringerung der Einfuhren gingen auch die Transitgeschäfte verloren, weil sie nur günstig zu kalkulieren waren, wenn sie zusammen mit großen Importaufträgen abgewickelt wurden. Allmonatlich mußten die meisten Unternehmen hohe Defizite verzeichnen. Oft konnten nicht einmal die Speichermieten erwirtschaftet werden. Betriebseinschränkungen waren deshalb an der Tagesordnung. Im Durchschnitt mußten 40 bis 50 % des Personals entlassen werden. Den verbleibenden Arbeitnehmern wurden nicht selten die Gehälter gekürzt. In einem Fall entschloß sich sogar der Firmengründer, seine Selbständigkeit aufzugeben und als Angestellter ins Ausland zu gehen, obwohl ein solcher Schritt zweifellos allgemein als sozialer Abstieg gewertet wurde.

Die prekäre Situation der betreffenden Importeure spiegeln besonders deutlich die Verhältnisse bei der Getreide-Hebergesellschaft wider, die den Kornumschlag im Hamburger Hafen besorgte. Ihre 230 festangestellten Arbeiter wurden statt an sieben nur noch an vier Tagen in der Woche beschäftigt. Die Zahl der unständig beschäftigten Schauerleute ging von 1927 bis 1930 von ca. 200 auf 20 zurück. Der Umschlag verringerte sich von 1355900 Tonnen in den ersten fünf Monaten des Jahres 1927 auf 580453 Tonnen im gleichen Zeitraum 1930.²⁰⁵ Angesichts solcher Zahlen scheint die Einschätzung eines Interessenten nicht übertrieben, daß die meisten Getreideimporteure »vollkommen ruiniert« seien und ihre Firma nur deshalb weiterführten, weil »Männer, die ihr Leben lang in diesem Geschäfts-

zweig gearbeitet haben und groß geworden sind, sich im Alter nicht noch auf eine andere Tätigkeit umstellen können«. ²⁰⁶

Die fatalen Konsequenzen der neuen Agrarpolitik für Hamburgs Wirtschaft und Hafen veranlaßten den Senat einzugreifen. Da es ihm weder auf parlamentarischem Weg noch in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien gelang, eine stärkere Rücksichtnahme auf die Interessen der Hansestädte zu erreichen, entschloß er sich zu dem ungewöhnlichen Schritt, die Öffentlichkeit gegen den handelspolitischen Kurs der Reichsregierung zu mobilisieren. Am 13. August 1930 berief der Senat eine Pressekonferenz eigens zu dem Zweck ein, einen gleichgerichteten Vorstoß der drei hanseatischen Handelskammern in Berlin zu unterstützen und »um wirksame Vertretung der hamburgischen Beschwerden« zu bitten. ²⁰⁷

Bei der Besprechung der Eingabe, die endlich am 6. November 1930 zwischen führenden Herren der Kammern und des Reichswirtschaftsministeriums stattfand, zeigten sich bedeutende Schwächen in der Leitung der Wirtschaftspolitik: Der mit der Geschäftsführung des Ministeriums beauftragte Staatssekretär Trendelenburg erklärte sich für nicht zuständig, da die »behandelten Angelegenheiten in der Hauptsache Fragen der Agrarpolitik seien«, die in die Kompetenz des Landwirtschaftsministeriums fielen. Das Ressortdenken war so stark, daß offenbar selbst das für die Wirtschaftspolitik maßgebende Kabinettsmitglied den Zusammenhang zwischen Agrarschutz, Handelspolitik und allgemeiner ökonomischer Entwicklung nicht voll erkannte und die Verantwortung für die Integration der verschiedenen Entscheidungen zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept zurückwies. Außerdem verfügte das relativ junge, erst 1919 geschaffene Ministerium gegenüber den großen traditionellen Ressorts über wenig Einfluß. Nach ausführlicher Erörterung der anstehenden Probleme schieden die Kammervertreter aus Berlin schließlich mit dem Eindruck, »daß das Reichswirtschaftsministerium zwar das beste Verständnis für die allgmeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte hat, daß es aber offenbar ganz ohnmächtig ist und eine nachdrückliche Einwirkung nicht ausüben kann«. ²⁰⁸

Behinderungen des Außenhandels durch die Devisenbewirtschaftung

Neue schwerwiegende Probleme ergaben sich für den Außenhandel im Zusammenhang mit der deutschen Bankenkrise. Die weitgehende gesetzliche Beschränkung des Zahlungs- und Überweisungsverkehrs, die nach dem Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank am 13. Juli 1931 zum Schutz der übrigen Geldinstitute eingeführt und in den folgenden drei Wochen nur schrittweise wieder beseitigt wurde, blockierte auch die Abwicklung der laufenden Auslandsgeschäfte. ²⁰⁹ Der Importeur durfte eintreffende Güter und deren Beförderung nicht bezahlen; sie wurden gegen ihn zwangsverkauft oder bestenfalls bis zur Begleichung der Rechnungen auf seine Kosten eingelagert. Der Exporteur erlitt Einbußen, weil die ausländi-

schen Käufer über ihre Guthaben bei deutschen Banken nicht verfügen konnten, die – daher unbezahlt – Waren nicht ausgehändigt erhielten und nach diesen Erfahrungen vor weiteren Bestellungen in Deutschland zurückschreckten. Selbst Gelder, die Hamburger Firmen für außerhalb der deutschen Grenzen ansässige Geschäftsfreunde im Ausland eingezogen hatten, die also ausschließlich dem Handel zwischen fremden Staaten entstammten, durften nicht weitergeleitet werden. Die Behinderungen des Zahlungsverkehrs waren im Außenhandel sehr viel schwerer zu ertragen als im reinen Binnenhandel, weil die ausländischen Konkurrenten nicht mit denselben Schwierigkeiten zu rechnen hatten, sie vielmehr zu nutzen suchten, um in Domänen des deutschen Kaufmanns einzudringen. Auch war vom Ausland her nur schlecht zu übersehen, ob wirklich gesetzliche Bestimmungen oder aber Illiquidität des deutschen Geschäftspartners für das Ausbleiben fälliger Zahlungen verantwortlich waren, wodurch dessen Kredit in Gefahr geriet.

Nur den Außenhandel belastete auch die staatliche Devisenbewirtschaftung, die gleichzeitig mit der Regelung des Zahlungsverkehrs in die Wege geleitet wurde. Seit Anfang Mai 1931 hatte die Reichsbank so große Mengen an ausländischen Zahlungsmitteln abgeben müssen, daß die gesetzlich vorgeschriebene 40 % ige Mindestdeckung der umlaufenden Noten in Gold oder Devisen gefährdet war. Verschiedene politische und wirtschaftliche Ereignisse hatten bei den ausländischen Gläubigern starke Unruhe ausgelöst und dazu geführt, daß sie ihre kurzfristigen Darlehen in großer Zahl zurückforderten. Versuche der Reichsbank, den Devisenankauf durch Kreditrestriktionen zu erschweren und so die Abzüge zu stoppen, hatten nicht den nötigen Erfolg gebracht.²¹⁰ Am 15. Juli wurde deshalb der An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln bei der Reichsbank zentralisiert. Drei Tage später erging eine weitere Verordnung, in der unter Androhung von Gefängnis- und Zuchthausstrafen vorgeschrieben wurde, daß bereits vorhandene Devisenbestände der Reichsbank zum Kauf anzubieten seien. Für »volkswirtschaftlich gerechtfertigte« Zwecke konnten sie den Besitzern belassen werden.²¹¹ Neue Devisen waren in dieser Zeit praktisch nicht zu bekommen, da die Reichsbank sie nur gegen Bargeld abgab, der Kaufmann aber im allgemeinen keines verwahrte, sondern auf sein Bankguthaben vertraute, aus dem ihm täglich nur 100, dann 200 und schließlich seit dem 29. Juli 300 RM ausgezahlt werden durften.²¹²

Noch vor der Freigabe des Zahlungsverkehrs wurden die Devisenbestimmungen am 1. August abermals verschärft. Der Erwerb von Zahlungsmitteln in fremder Währung oder die Verfügung über sie, Zahlungen und Kredite an ausländische Empfänger mußten nun von der zuständigen, beim Landesfinanzamt errichteten Devisenbewirtschaftungsstelle schriftlich genehmigt werden.²¹³ Bemühungen des Hamburger Senats und der hanseatischen Handelskammern, für das Warengeschäft Erleichterungen oder eine großzügige Handhabung dieser außerordentlich drückenden Vorschrift zu erwirken, blieben zunächst ohne Ergebnis. Nur für den Zinsen- und Tilgungsdienst für langfristige Auslandsanleihen sollten Devisen generell zur

Verfügung gestellt werden. Bei Warenimporten wurde dagegen nach der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit unterschieden. Für unentbehrliche Rohstoffe und Halbfabrikate gab es Devisen in unbeschränkter Höhe, für entbehrliche, aber wünschenswerte Einfuhren im Gegenwert von maximal 10000 RM im Monat; für die übrigen Güter wurden überhaupt keine fremden Zahlungsmittel zugeteilt.²¹⁴ Da die maßgeblichen Listen auf Verlangen des Hamburger Senats geheim gehalten wurden, um Repressalien der betroffenen Staaten gegen deutsche Erzeugnisse zu vermeiden, waren die Aussichten, Devisen zu erhalten, in den meisten Branchen völlig unklar.

Viele Importeure fürchteten nicht ohne Grund, daß ihr Geschäft endgültig zerschlagen werde; denn mächtige Interessentengruppen, allen voran der Reichslandbund, drängten darauf, den zollpolitischen Agrarprotektionismus mit Hilfe der Devisenbewirtschaftung durch ein System diskreter, aber um so effektiverer Einfuhrsperren zu ergänzen.²¹⁵ Daß es dazu vorerst nicht kam, hatte der Handel hauptsächlich dem Reichsbankpräsidenten zu verdanken, der am 7. August 1931 unter Hinweis auf die Gefahren für den Export den Verzicht auf die Einfuhrlisten im Kabinett durchsetzte.²¹⁶ Vom selben Tag an wurde der Devisenerwerb für Warengeschäfte dadurch wesentlich erleichtert, daß Firmen, die am 1. Oktober des Vorjahrs mit ausländischen Zahlungsmitteln gearbeitet hatten, nur noch eine generelle Genehmigung benötigten.²¹⁷ Noch verbliebene Lücken in der Devisenbewirtschaftung wurden in den folgenden Wochen durch weitere Verordnungen geschlossen; das vereinfachte Bewilligungsverfahren blieb aber bis Ende September in Kraft.

Von den neuen Bestimmungen ist wegen der negativen Rückwirkungen auf den Hamburger Handel vor allem eine erwähnenswert: Das Verbot, im innerdeutschen Geschäft mit Devisen zu bezahlen, förderte die Tendenz zum direkten Export.²¹⁸ Der Fabrikant brauchte ausländische Zahlungsmittel nicht nur für den Rohstoffbezug, er hatte auch während der Bankenkrise erfahren, daß sie bevorzugt behandelt wurden. Er war deshalb daran interessiert, mit dem ausländischen Käufer seiner Erzeugnisse unmittelbar in Verbindung zu treten oder die Dienste eines fremden Händlers in Anspruch zu nehmen, da er nur so Devisen in die Hand bekommen konnte.

Solche ungewollten Folgen der Devisenbewirtschaftung waren in dieser ersten Phase für den Handel wichtiger als die beabsichtigten. Im allgemeinen erhielt er seit dem 7. August 1931 die benötigten fremden Zahlungsmittel – auch für alle Importe –, es sei denn, daß die Reichsbank sie vorübergehend nicht bereitstellen konnte.²¹⁹ Hemmend wirkte dagegen der große Verwaltungsaufwand, der durch das Genehmigungsverfahren, die Einschaltung mehrerer Behörden (der Devisenbewirtschaftungsstelle, der Reichsbank, oft des Reichsfinanz- und -wirtschaftsministeriums) sowie die Unübersichtlichkeit der vielen Verordnungen und Ausführungsbestimmungen verursacht wurde. Selbst außerordentlich erfahrene Kaufleute gaben bei einer Handelskammersitzung zu erkennen, daß sie nicht mehr wußten, welche Transaktionen erlaubt, welche verboten waren.²²⁰ Die wachsende Arbeitsbelastung bei der Devisenbeschaffung stand oft in kei-

nem vertretbaren Verhältnis mehr zu den sinkenden Verdienstmöglichkeiten im Außenhandel. Viele Geschäfte gingen verloren, weil die Erledigung der Devisenanträge zu lange dauerte und schnelle Entscheidungen deshalb nicht möglich waren. Besonders zu Beginn ihrer Tätigkeit im August waren die Devisenbewirtschaftungsstellen völlig überfordert.

Nachteile entstanden dem Handel ferner dadurch, daß der Wechselkurs vieler Währungen schwankte und der erzwungene häufige An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln daher ein erhöhtes Risiko bedingte.²²¹ Auch waren Planung und Kalkulation erschwert, weil nicht voraussehen war, welche Preise die Reichsbank für Devisen zahlen oder fordern würde. Erhebliche Bedeutung gewannen diese Probleme, als am 21. September 1931 für die im internationalen Handel wichtigste Währung, das englische Pfund, die Goldeinlöschungspflicht aufgehoben wurde. Der Wert des Pfundes gegenüber der Reichsmark sank in den nächsten Wochen um durchschnittlich 20%; die Währungen der skandinavischen Staaten und Japans folgten. Bei laufenden Verträgen, die auf Pfund oder eine dieser Währungen lauteten, mußte der deutsche Kaufmann entsprechend hohe Einbußen hinnehmen. Die Chancen, in Zukunft zu erträglichen Preisen in die »Abwertungsländer« zu exportieren, schwanden; auf den hartumkämpften Märkten Europas, Südamerikas und Ostasiens war der Wettbewerbsvorteil der schärfsten Konkurrenten, der englischen und japanischen Händler, kaum auszugleichen. In dieser Situation wurde die Einengung der Entscheidungsfreiheit durch die Devisengesetze als besonders drückend empfunden. Da die Hamburger Auslandskaufleute allgemein die Illusion hegten, daß sich die englische Währung bald wieder erholen würde,²²² wünschten sie, ihre Pfundeinnahmen zu behalten, Reichsmarkverpflichtungen durch Kredite abzudecken und auf einen günstigeren Wechselkurs zu warten. Zwar war die Devisenbewirtschaftung nicht die Ursache für die Verluste im Zusammenhang mit der Pfundabwertung, aufgrund dieser Einschätzung aber wurden sie ihr zur Last gelegt. Der Unwille gegen Reichsbank und Reichsregierung wuchs.

Während die Organisationen noch über mögliche Abhilfen verhandelten, begann am 2. Oktober eine neue, härtere Phase in der Devisenbewirtschaftung. Statt allgemeiner Genehmigungen zum Erwerb ausländischer Zahlungsmittel erhielten die Firmen von nun an feste Kontingente.²²³ Die Reichsbank besaß dadurch ein hervorragendes Instrument, die Einfuhren generell oder nach Waren differenziert beliebig stark zu drosseln.

Verluste und Zusammenbrüche im Außenhandel

Die Zerrüttung des Weltmarktes und die verschiedenen einfuhrhemmenden Maßnahmen der Reichsregierung führten dazu, daß der deutsche Außenhandel stark zurückging.²²⁴ Nachdem der Import bereits 1928 leicht abgenommen hatte, blieb er im folgenden Jahr der Menge nach ziemlich

unverändert. Zwar kamen infolge des beginnenden Agrarprotektionismus erheblich weniger Lebensmittel und Getränke herein, aber das wurde noch durch vermehrte Einfuhren von Rohstoffen und Halbfabrikaten ausgeglichen. Dem Wert nach sank der Import wegen des seit Frühjahr 1929 einsetzenden internationalen Preisverfalls allerdings bedeutend. Seit 1930 blieb keine Warengruppe mehr von Einschränkungen verschont. Die gesamten Einfuhrmengen waren um 15 %, 1931 abermals um 28 %, die Werte um 26 % und 33 % kleiner als im Vorjahr.

Während diese Entwicklung dem seit 1928 vorherrschenden Trend entsprach, zeichnete sich bei der Ausfuhr im Sommer 1930 eine Tendenzwende ab. Nachdem sie seit 1927 dauernd beträchtlich gewachsen war, schrumpfte sie bis Jahresende wert- und mengenmäßig um 11 % bzw. 8 %. Der Export landwirtschaftlicher Produkte kam fast völlig zum Erliegen, worin sich die fatalen Rückwirkungen der neuen Zollpolitik besonders deutlich zeigten. Dennoch schnitt Deutschland mit diesen Verlusten erheblich besser ab als andere wichtige Ausfuhrländer wie die USA und Großbritannien, die hauptsächlich die von der Depression am schwersten betroffenen überseeischen Gebiete belieferten. Als die Weltwirtschaftskrise 1931 auch die europäischen Staaten voll erfaßte, die für den deutschen Export entscheidend waren, sank er der Menge nach um weitere 10 %, dem Wert nach um 20 %. Das Volumen des deutschen Außenhandels hatte sich damit seit dem Höchststand im Jahr 1929 um 28 %, der Wert um 39 % verringert. Dabei ließen die Zahlen der Handelsstatistik nicht erkennen, welche Ausfälle durch uneintreibbare Forderungen insbesondere in Übersee entstanden.²²⁵

Etwa im selben Ausmaß ging der Warenumsatz im Hamburger Hafen zurück. Entsprechende Einbußen erlitten die ortsansässigen Außenhandelsfirmen, die ihre Geschäfte vorzugsweise über den Heimathafen abwickelten. Am stärksten schrumpfte der Warenaustausch mit Übersee, der sich 1930 bereits um 18 % und bis 1932 um 37 % gegenüber 1929 verringerte, während gleichzeitig der Europahandel nur um 1,5 % bzw. 25 % abnahm. Die Ausfuhr nach Übersee sank bis 1932 sogar auf weniger als die Hälfte.²²⁶

Bei der geschilderten strukturellen Schwäche des deutschen Außenhandels, der Übersetzung des Wirtschaftszweigs und der Überdimensionierung vieler Unternehmen, waren derartige Verluste schwer zu verkraften. Wie prekär die Lage war, zeigte im Juni 1931 der Zusammenbruch eines der angesehensten Hamburger Überseehäuser, der Firma Schlubach, Thiemer und Co., die mit allen Teilen der Welt, vor allem aber mit Mittelamerika, Handel trieb, dort und in Afrika große Plantagen und Niederlassungen besaß und bei ersten englischen und amerikanischen Banken Kredit genoß.²²⁷ Andere bedeutende Überseefirmen gingen im folgenden Jahr in Konkurs oder bemühten sich Anfang 1933 um Reichsunterstützung, um dieses Schicksal abzuwenden. Bei allen lagen die Ursachen für die Schwierigkeiten im Jahr 1931.

Die Rückschläge, mit denen die Unternehmen seit dem Krieg fertig werden mußten, illustriert das Hilfsersuchen einer alten, sehr bekannten Hamburger Ostasienfirma,²²⁸ deren Seniorchef, Franz Heinrich Witthoefft,

mehrere Jahre Präses der Handelskammer, volksparteiliches Mitglied der Nationalversammlung und der Bürgerschaft sowie von 1928 bis 1931 Senator gewesen war, dem Reichswirtschaftsrat angehörte und als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Industrie- und Handelstages fungierte. Die 14 Niederlassungen der Firma in Ostasien, Südafrika, Hamburg, London, Amsterdam und Buenos Aires brachten es selbst 1932 auf Umsätze von 25,8 Millionen RM beim Export und 67,8 Millionen RM beim Import. Sie beschäftigte etwa 200 Angestellte, außerdem 50 bis 60 Arbeiter in ihrem Freihafenlagerbetrieb.

1840 in Singapore gegründet, hatte sich die Firma vor dem Krieg eine umfangreiche Organisation in Ostasien aufgebaut, die Agentur aller deutschen und mehrerer englischen und italienischen Reedereien erworben, eine Flotte von 40 Schiffen unter eigener Regie betrieben, Tropenplantagen und Zinnminen gekauft. Allein aus den überseeischen Unternehmungen hatte sie eine jährliche Rendite von durchschnittlich einer Million RM gezogen; das Vermögen der Inhaber hatte sich 1911 auf 9,8 Millionen RM belaufen. Während des Krieges war der gesamte Besitz im feindlichen Ausland konfisziert und verschleudert, die Organisation zerschlagen worden. Mit 11,9 Millionen RM hatte das Reichsfinanzministerium diese Schäden bewertet, die der Firma in Raten ersetzt werden sollten. Schließlich hatte sie knapp 870000 RM in bar und nicht ganz eine Million RM in zum Teil unverzinslichen Schuldverschreibungen erhalten, die Ende Oktober 1931 zu einem Kurs von 9 % gehandelt wurden und daher auf der Aktivseite der Bilanzen fast nicht mehr ins Gewicht fielen.²²⁹ Nach mühsamem Wiederbeginn war es der Firma 1925 gelungen, das Gerüst für ihre neue große Auslandsorganisation zu schaffen, indem sie die überseeischen Betriebe des bankrotten Stinnes-Konzerns übernahm und allmählich sanierte. Als 1929 alle Niederlassungen mit Gewinn arbeiteten, erzielte sie eine Gesamtrendite von rund 860000 RM. Sie verfügte in den Jahren 1926 bis 1929 laufend über Exportaufträge in Höhe von zehn Millionen RM; allein an die Hamburg-Amerika-Linie zahlte sie 1928 drei Millionen RM für Frachten. Das Vermögen der Inhaber betrug 1929 16,2 Millionen RM.

Während der Weltwirtschaftskrise erlitt die Firma enorme Verluste, selbst wenn von der Einschränkung der Geschäftsmöglichkeiten abgesehen wird. Ihre Ausfälle infolge der Währungszerrüttung in Argentinien, China, den Straits und Südafrika berechnete sie mit vier Millionen RM, infolge der unvorhersehbaren übermäßigen Erhöhung der Bankzinsen auf zeitweise über 12 %²³⁰ mit 1,5 Millionen RM und infolge der Entwertung ihres Effekten-, Grundstück- und Plantagenbesitzes mit 2,5 Millionen RM. Nach dem deutschen Bankenkraich wurden ihr innerhalb von drei Monaten zwei Drittel ihrer Auslandskredite entzogen. Sie war deshalb gezwungen, ihre Engagements in Waren und Außenständen von 57 Millionen RM im Jahr 1929 auf zwölf Millionen RM Ende 1932 zu reduzieren, wobei sie weitere 5,5 Millionen RM einbüßte. Die Folge war jenes krasse Mißverhältnis zwischen Schulden und Eigenkapital in Höhe von 15 zu 2,2 Millionen RM, das den Fortbestand des Unternehmens gefährdete.

Sorgen der Schifffahrts- und Werftunternehmen

Der Niedergang des Außenhandels brachte schwerwiegende Verluste auch für seine Hilfgewerbe. 1931 waren viele Lagerfirmen außerstande, die Pachten für ihre Freihafenschuppen zu verdienen.²³¹ Die Schifffahrt nach Übersee bekam die Störung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Folgen der deutschen Agrar- und Devisenpolitik in gleicher Weise zu spüren wie der Handel. Sie mußte zudem gegen hochsubventionierte Unternehmen fremder Staaten konkurrieren. Seit dem letzten Viertel des Jahres 1929 verschlechterte sich ihre Lage rapide. Das seit dem Krieg bestehende Mißverhältnis zwischen Transportkapazität der Welthandelsflotte und Ladungsangebot nahm immer bedenklichere Ausmaße an. 1930 war der Frachtraum der Seeschiffe, die deutsche Häfen anliefen, fast zur Hälfte, 1931 zu mehr als 50 % leer.²³² Im Hamburger Hafen stellte sich die Situation nur wenig besser dar, weil hier die widerstandsfähigere Linienschifffahrt den Ausschlag gab. Da jeder Transportauftrag hart umkämpft war, fielen die ohnehin unbefriedigenden Frachtraten unaufhaltsam. Die Relation zwischen Betriebseinnahmen und -unkosten wurde dadurch noch ungünstiger. 1930 lagen die letzteren schätzungsweise um 50 bis 60 % höher als 1913, und auch 1931 verringerten sie sich trotz einer Heuersenkung um 13,6 % und rückläufiger Materialkosten nur mäßig. Der deutsche Seefrachtenindex stürzte dagegen 1930 stärker als in irgendeinem Nachkriegsjahr von 109 auf 92 % der Friedenswerte. 1931 ging er auf 84 % und nach der Pfundentwertung noch einmal sehr erheblich auf 69 % im Jahr 1932 zurück.²³³

Am härtesten getroffen wurde die Trampschifffahrt, deren Durchschnittstarife 1930 von 107 auf 82 % sanken.²³⁴ Ihr fehlten das weitverzweigte Organisationsnetz und die festen Geschäftsverbindungen der Linieneedereien. Zudem nutzten diese nun ihre überlegene Wettbewerbsposition, um die Beförderung des Massenguts an sich zu ziehen, die in Zeiten besserer Konjunktur zur ausschließlichen Domäne der Trammer gehörte.²³⁵

Der Personenverkehr über See nahm 1931 ebenfalls erheblich ab, nachdem er im Vorjahr noch leicht gewachsen war. Der Hauptgrund lag in der Erschwerung der europäischen Einwanderung durch die USA, Kanada und viele lateinamerikanische Staaten. Der Auswandererstrom über Hamburg schmolz 1931 um nahezu vier Fünftel von 35 000 auf 7500 Personen zusammen. Insgesamt wurden hier noch 112 000 Passagiere ein- und ausgeschifft, 45 000 weniger als im Vorjahr. Der Reiseverkehr schrumpfte damit etwa im selben Ausmaß wie in den übrigen deutschen Häfen um annähernd 30 %. Auf der wichtigen Atlantikroute, auf der die Transportkapazitäten schon während der Hochkonjunktur 1930 nur zu 44 % in Anspruch genommen worden waren, blieben sie jetzt zu zwei Dritteln ungenutzt. Viele Reisende wanderten von den teuren zu den billigeren Klassen ab. Versuche, dem wie überhaupt dem Verkehrsrückgang durch eine gestaffelte Fahrpreisermäßigung um 10 bis 30 % entgegenzuwirken, schlugen fehl. Sie führten lediglich dazu, daß die Reedereien über den Nachfrageschwund hinausgehende Einnahmen verloren.²³⁶

Für die deutsche Schifffahrt wurde die Lage nach der Devaluation der englischen Währung besonders schwierig. Solange die Frachten überwiegend in Pfund Sterling berechnet wurden, erlitten die Reedereien der Goldwährungsländer etwa zwanzigprozentige Kursverluste. Nach der raschen Umstellung der international gebundenen Beförderungspreise auf Dollarbasis gerieten sie dadurch ins Hintertreffen, daß die englischen und skandinavischen Konkurrenten Abwertungsgewinne in dieser Höhe erzielten oder in der freien Fahrt ihre Leistungen entsprechend billiger anbieten konnten.

Um die Unrentabilität infolge des großen Tonnageerlaufs zu mildern, gingen viele Unternehmen dazu über, einen Teil der Flotten aus dem Verkehr zu ziehen. Während diese Maßnahme noch Anfang 1930 in Deutschland fast keine Rolle gespielt hatte, lagen zu Beginn des folgenden Jahres 213 Seeschiffe mit 646 000 BRT, Anfang 1932 333 Schiffe mit mehr als einer Million BRT still; das waren 16,2 % bzw. 25,5 % der Handelsflotte. Knapp die Hälfte der ruhenden Tonnage gehörte Hamburger Reedereien.²³⁷ Der Waltershofer und der Griesenwärdter Hafen, die als Erweiterungsgebiete für den Fall stärkeren Verkehrsaufkommens gedacht waren, erlangten nun als »Schiffsfriedhöfe« traurige Berühmtheit. Der Mastenwald der dicht gedrängt an der Kette liegenden Fahrzeuge aller Größenklassen signalisierte die Not des Wirtschaftszweigs. Denn das Aufliegen von Schiffen war ein problematisches Rettungsmittel, durch das zwar die laufenden Betriebskosten verringert wurden, aber auch zinsfressendes Kapital ohne Nutzen blieb. Die Eigner entschlossen sich daher nur schwer zu diesem Schritt. Die Linienreedereien konnten zudem wegen der Fahrplanbindungen nur eine begrenzte Zahl ihrer Schiffe aus dem Betrieb ziehen. Infolgedessen entsprach die Reduzierung des Laderaums lediglich knapp der Verringerung des Handelsvolumens, so daß eine Stabilisierung der Frachtraten nicht erreicht wurde.

Ein entsprechend ungünstiges Bild boten die Jahresabschlüsse der deutschen Reedereien.²³⁸ Schon 1928 und 1929 blieb der Reingewinn trotz der relativ guten Auftragslage und stark steigender Bruttoerträge im Vergleich zu den Vorjahren ziemlich unverändert, wurde aber durch eine größere Flotte und mit Hilfe vermehrten Aktienkapitals erwirtschaftet. Vor allem die wachsende Zinsbelastung verursachte hohe Unkosten. Bei der Hamburg-Amerika-Linie (HAL) sank deshalb 1929 der Reingewinn sogar um zweieinhalb Millionen RM. 1930 verdiente keine Reederei genug, um Dividenden zu zahlen, viele konnten nicht einmal ausreichende Abschreibungen vornehmen.²³⁹ Bei der HAL und dem Norddeutschen Lloyd, die im März des Jahres eine Arbeitsgemeinschaft vereinbart hatten und nun die Gewinne und Verluste verrechneten, schrumpfte der Betriebsüberschuß um mehr als 30 % von 112 auf 76,5 Millionen RM. Nur weil sie die erste Rate der amerikanischen Entschädigung für die im Krieg beschlagnahmten Schiffe erhielten, brauchten sie bei den Roheinnahmen lediglich geringfügige Einbußen zu verzeichnen. Bei der zweitgrößten Hamburger Reederei, der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, ging we-

gen der besonders schlechten Lage in ihrem speziellen Fahrtgebiet der Roh-ertrag schon 1930 um fast 50 % zurück.

1931 gerieten alle, selbst die größten Reedereien in akute Bedrängnis. In den Geschäftsberichten bezeichneten sie das Jahr übereinstimmend als das schwärzeste in ihrer Geschichte.²⁴⁰ Die Betriebseinnahmen reichten nicht mehr, um die laufenden Unkosten und die Zins- und Tilgungsverpflichtungen abzudecken. Von Monat zu Monat wurden höhere Zuschüsse erforderlich. Die Erträge sanken unaufhaltsam, bei der HAL nach der Abrechnung mit dem Lloyd um 63 % von 55,1 auf 20,4 Millionen RM. Der Nettoverlust belief sich Ende des Jahres ohne Abschreibungen auf viereinhalb Millionen RM. Bei der Hamburg-Süd waren es bei einem gut fünfmal kleineren Umsatz 1,1 Millionen RM. Solche Verluste konnten die Reedereien trotz der guten Verdienste in den letzten Jahren vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise über längere Zeit nicht aus eigener Kraft tragen. Die Verschuldung wurde immer bedrohlicher, weil sie teure kurzfristige Kredite aufnahmen, um den Zinsen- und Tilgungsdienst für ihre langfristigen Darlehen zu gewährleisten.²⁴¹ Da gleichzeitig der Wert der Anlagen beträchtlich sank, sahen sie sich gezwungen, ständig größere Teile des Betriebsvermögens als Sicherheiten zu verpfänden. Die Aktien der HAL wurden nur noch zu einem Kurs von 10 % gehandelt. Alle Aktienreedereien mußten sich daher bei der Abrechnung für 1931 entschließen, den verheerenden Wirkungen der Krise durch Herabsetzung ihres Kapitals auf ein Drittel in den Bilanzen gerecht zu werden.²⁴²

Das Mißverhältnis zwischen Eigenkapital und fremden Leihgeldern verschlimmerte sich dadurch erheblich. Insbesondere seit dem Zusammenbruch des deutschen Kreditmarkts im Sommer 1931 bildeten die enorm unfundierten Schulden eine ernsthafte Gefahr für die Liquidität der Reedereien.²⁴³ Den größten unter ihnen ermöglichte zwar die Auszahlung einer weiteren Entschädigungsrate durch die USA im September, die kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten abzulösen, aber die gleichzeitige Pfundentwertung brachte auch sie erneut in Schwierigkeiten. Allein die HAL verlor dadurch nach eigenen Angaben 1,5 Millionen RM.²⁴⁴ Die Zahlungsfähigkeit der Reedereien war seitdem dauernd in Frage gestellt.

Da sie von in- und ausländischen Banken keine Kredite mehr erhielten, blieb nichts übrig, als die Reichsregierung um Hilfe zu bitten. Dabei fanden die Schifffahrtsgesellschaften energische Unterstützung beim Hamburger Senat, der befürchtete, ihr Bankrott werde bei ihrer überragenden Bedeutung für den Hafen und die Wirtschaft der Hansestadt den Zusammenbruch der Staatsfinanzen nach sich ziehen.²⁴⁵ Nachdem das Reichskabinett nach schwierigen Verhandlungen zunächst nur für das erste Vierteljahr 1932 Überbrückungskredite in Höhe von 19 Millionen RM für die Großreedereien garantiert hatte, entschloß es sich am 18. März zu einer umfassenden Hilfsaktion. Es übernahm die Ausfallbürgschaft für eine Darlehenssumme von 77 Millionen RM, von denen 70 Millionen RM den großen Gesellschaften und 7 Millionen RM den Tramp- und Küstenschiffen zugute kommen sollten. Aufgrund dieser Zusage, die am 29. März in einer Not-

verordnung verankert wurde, erklärten sich die Banken bereit, die am 1. April rückzahlbaren Kredite in Höhe von 140 Millionen RM der HAL und dem Lloyd für ein weiteres Jahr zu einem ermäßigten Zinssatz zu belassen und für den laufenden Zuschußbedarf neue Mittel zur Verfügung zu stellen.²⁴⁶ Die Forderungen ausländischer Gläubiger unterlagen ohnehin den Bedingungen des internationalen Stillhalteabkommens.

Die Reedereien waren damit ihrer akuten Sorgen enthoben, mußten aber einschneidenden organisatorischen Änderungen zustimmen. Auf Drängen der Banken machte die Reichsregierung ihre Unterstützung davon abhängig, daß die Union zwischen HAL und Lloyd gefestigt und ausgebaut würde.²⁴⁷ Sie verlangte, durch personelle Verklammerung der beiden Gesellschaften und regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Entscheidungsgremien eine einheitliche Betriebsführung zu gewährleisten. Durch optimale Rationalisierung sollten weitere Einsparungen ermöglicht werden. Insbesondere ging es darum, die Konkurrenz der Linien untereinander durch Aufteilung der Fahrtgebiete auszuschalten und das Neben- und Gegeneinanderarbeiten paralleler Betriebseinrichtungen in Hamburg und Bremen zu beenden. Für die Dauer der Garantieleistung behielt sich die Reichsregierung die Zustimmung zur Wahl der Aufsichtsratsmitglieder und die laufende Kontrolle der Verwaltung durch einen Treuhänder vor. Dadurch, daß sie den allseits angesehenen Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Reeder, Graf Roedern, mit diesem Amt betraute, trug sie zwar den Interessen und Empfindlichkeiten der Schiffahrtskreise im weitesten Maß Rechnung; dennoch waren so die Voraussetzungen geschaffen, um staatlicherseits auf die Entscheidungen der großen Linienreedereien Einfluß zu nehmen. Sie überstanden die katastrophalen Rückschläge im Jahr 1931 mit Hilfe des Reichs, aber ihre Unabhängigkeit ging verloren.

Der drohende Zusammenbruch der großen Seeschiffahrtskonzerne füllte die Schlagzeilen der Zeitungen und rief die Regierungen der Küstenländer und des Reichs auf den Plan. Weit weniger Beachtung fand die Existenzkrise in der Binnenschifffahrt, die kleine und mittlere Unternehmen sowie zahlreiche Einzelschiffer traf. Am schlimmsten entwickelte sich die Situation auf der Elbe, weil hier die Einzelschiffer den Ausschlag gaben, die bei Nichtbeschäftigung ihres einen Fahrzeugs über keinerlei Einkommen verfügten. Der Konkurrenzkampf in dem stark übersetzten Gewerbe zeichnete sich daher durch eine so rücksichtslose Härte aus, daß selbst in den wenigen Jahren mit relativ guter Konjunktur nur unzureichende Verdienste hatten erzielt werden können. Die überalterten, völlig unrentablen Kähne zu ersetzen, war meist nicht möglich gewesen; schlechte Wasserstandsverhältnisse und unmoderne, langsam arbeitende Umschlagseinrichtungen in vielen Elbehäfen verhinderten ihre optimale Ausnutzung. Reserven für Zeiten wirtschaftlicher Depression waren kaum vorhanden.

Als 1930 das Ladungsangebot drastisch schrumpfte, insbesondere die Getreidetransporte ins Binnenland infolge der Agrarschutzpolitik fast ganz aufhörten, konnten zahlreiche Schiffer nicht einmal mehr den primitivsten Lebensunterhalt für sich und ihre Familien verdienen. Sie verpfändeten

Einzelhändlern ihre Fahrzeugpapiere, um wenigstens die Grundnahrungsmittel zu erhalten, nahmen Wohlfahrtsunterstützung in Anspruch oder reichten sich in die Schlangen der Arbeitslosen ein, die vor den Volksküchen für ein billiges Mittagessen anstanden. Da sie Versicherungsprämien, Hypothekenzinsen und Tilgungsraten nicht aufbringen konnten, mußten sie ständig befürchten, ihr Schiff an die Gläubiger zu verlieren oder durch einen Totalschaden endgültig aus dem Beruf geworfen zu werden.²⁴⁸

Finanzielle Hilfen waren weder vom Reich noch von den Elbuferstaaten zu erlangen.²⁴⁹ Statt dessen schuf die Reichsregierung in der Notverordnung vom 23. Dezember 1931 schließlich die gesetzliche Grundlage, um die Binnenschiffer der verschiedenen Stromgebiete zu Zwangskartellen zusammenzuschließen, die durch Regelung der Frachtpreise und -verteilung den ruinösen Wettbewerb unter ihnen beenden sollten.²⁵⁰ Die neugewonnene Stärke benutzte die Elbe-Schiffsvereingung, um den Mangel an Beförderungsaufträgen durch die Übernahme von Schlepparbeiten im Hamburger Hafen auszugleichen.²⁵¹ Dieser bedenkenlose Einbruch in die Domäne eines anderen Spezialzweiges der Binnenschifffahrt zeigt, wie sehr sich in der Krise die Spannungen und Interessengegensätze selbst innerhalb einer eng umgrenzten Wirtschaftsgruppe verschärften. Die aggressiven Parolen der NSDAP fanden bei den proletarisierten und desorientierten Schiffern, die sich alle dem mittelständischen Unternehmertum zugehörig fühlten, leicht Eingang.²⁵²

Die Schwierigkeiten in der See- und Binnenschifffahrt führten zu beträchtlichem Arbeitsmangel im Hafen Hamburg. Statt durchschnittlich 20000 bis 21000 Menschen am Tag in den Jahren 1927 bis 1929 waren dort 1930 nur noch knapp 16000, 1931 13500 und 1932 wenig mehr als 10000 Menschen beschäftigt.²⁵³ Für die Werften hatte die Schiffsfahrtskrise ebenfalls verheerende Folgen. Die Nachfrage nach neuen Fahrzeugen fiel fast völlig aus, und auch das Reparaturgeschäft schrumpfte erheblich, da rund ein Fünftel der Flotte aus dem Verkehr gezogen war. Wegen der anhaltend schlechten Ertragslage seit Kriegsende verfügte die Mehrzahl der Schiffbauunternehmen über keine ausreichenden Reserven, um diese Rückschläge auffangen zu können. 1928 und 1929 hatten die leistungsfähigsten unter ihnen, an der Spitze die beiden führenden Hamburger Betriebe, Blohm und Voß und die Deutsche Werft, im Gegensatz zu großen Teilen der binnländischen Industrie allerdings noch gut zu tun. Sie hatten nicht nur die restlichen Bauten aus dem Programm von 1927 in Arbeit, sondern profitierten auch davon, daß die Depression im Außenhandel erst Ende 1929 einsetzte. Als deutsche Bestellungen 1930 selten wurden, konnten sie diesen Ausfall bis zu einem gewissen Grad dadurch ausgleichen, daß sie eine kurze Sonderkonjunktur im Tankschiffbau ausnutzten und erstmals umfangreiche Auslandsaufträge hereinholten. Vorausgegangen war die Beseitigung der internationalen Preisbindung für den wichtigsten Rohstoff, Eisen, die, wie sich jetzt zeigte, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Werften weit stärker beeinträchtigt hatte als die viel beklagte übermäßige Steuerbelastung.²⁵⁴

Immerhin wurden in der Hamburger Schiffsindustrie schon 1930 etwa 10000 Arbeiter und Angestellte »abgebaut«. Auf den Flußschiffswerften waren 60 bis 70 % der Arbeitnehmer erwerbslos.²⁵⁵ Seit 1931 erfaßte der allgemeine Schrumpfungsprozeß auch die stärksten Unternehmen. Der Bilanzposten »in Bau befindliche Schiffe und Vorräte« schmolz bei Blohm und Voß von 60,5 Millionen RM im Geschäftsjahr 1928/29 bis zur nächsten Abrechnung auf 41,6 Millionen RM, 1930/31 auf 11,2 und 1931/32 auf 9,2 Millionen RM zusammen; bei der deutschen Werft beliefen sich die entsprechenden Summen 1929 auf 13,6, 1930 auf 13,4, 1931 auf 2,5 und 1932 auf 2,1 Millionen RM. Der Personalbestand wurde bei Blohm und Voß von 10701 Beschäftigten im Durchschnitt des Jahres 1929 bis Ende Juni 1930 auf 7676, bis Ende des Jahres auf 4879, bis zum 27. Juni 1931 auf 3270 und bis zum 30. Dezember auf 2639 Beschäftigte verkleinert. Für die Belegschaft der Schiffbauabteilung war bereits zum 1. Januar 1931 die 24-Stunden-Woche eingeführt worden, wodurch sie 50 % des Lohnes verlor. Die Deutsche Werft bot 1929 4100, zwei Jahre später nur noch 2900 Menschen einen Arbeitsplatz. Während die beiden Firmen in den vergangenen Jahren ungewöhnlich gute Betriebsergebnisse erzielt hatten, mußten sie 1931 bzw. 1931/32 wieder Verluste verbuchen. Bei Blohm und Voß konnte das Defizit durch Inanspruchnahme der Rücklagen ausgeglichen werden; die Deutsche Werft, die 1930 noch am günstigsten von allen Schiffbauunternehmen abgeschnitten hatte, mußte nun mit einem Minus von 68000 RM abschließen. Sie war besonders durch die Pfundentwertung geschädigt worden, weil sie bei ihren vielen Auslandsaufträgen meist Zahlung in dieser Währung vereinbart hatte.²⁵⁶

Übrige Industrie, Handwerk und Einzelhandel

Die übrigen Hamburger Industrien bekamen die Wirtschaftskrise kaum weniger hart zu spüren als der Schiffbau, zumal sie zu einem großen Teil von dessen Entwicklung auf die eine oder andere Weise abhängig waren.²⁵⁷ 1929 verschlechterte sich die Lage für jene Branchen drastisch, die hauptsächlich inländische industrielle und landwirtschaftliche Produzenten belieferten; das Auslandsgeschäft verlief dagegen noch befriedigend. Seit 1930 gingen solche Unterschiede verloren: Die Depression gewann so allgemeine Bedeutung, daß es nicht mehr lohnt, einzelne Bereiche der Gütererzeugung besonders herauszustellen. Etwa 10 % der Fabriken waren nach kompetenter Schätzung 1930 geschlossen, 75 % hatten nur ungenügend zu tun. Die Kapazität der Industrieanlagen wurde im Durchschnitt lediglich zu 50 bis 60 % ausgenutzt. Ein Jahr später betrug die Auslastung höchstens 40 bis 50 %. Viele Betriebe hatten die 24-Stunden-Woche eingeführt, manche arbeiteten nur noch an ein oder zwei Tagen in der Woche, andere, insbesondere kleine Firmen, bestellten die Belegschaften überhaupt nur bei Bedarf.²⁵⁸ Was bei konjunkturellen Rückschlägen in den vergangenen Jahren deutlich geworden war, bestätigte sich erneut: Am besten behaupten

konnten sich hochspezialisierte Unternehmen, deren Erzeugnisse im In- und Ausland auf keine Konkurrenz stießen, ferner Produktionszweige, die der Versorgung der breiten Bevölkerung mit unentbehrlichen Bedarfsgütern dienten, die Nahrungsmittelindustrie und die chemische Industrie, der in Hamburg die pharmazeutischen Werke das Gepräge gaben. Einen unerwarteten, aber nur kurze Zeit anhaltenden Aufschwung erlebte nach dem Bankenkrah im Juli 1931 die Möbelindustrie, weil viele Menschen aus Angst vor einer neuen Inflation ihr Geld in Sachwerten anzulegen suchten.

Noch härter und insgesamt früher wurde das Handwerk von der Depression getroffen. Da es ausschließlich für den Binnenmarkt produzierte, war es 1928 den negativen Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft voll ausgesetzt. Seit dem Ende der nachinflationären Stabilisierungskrise, unter der es aus demselben Grund besonders schwer gelitten hatte, waren ihm knapp zwei Jahre geblieben, um sich zu rekonsolidieren. 1928 klagten mit Ausnahme des Nahrungsmittel- und des Bauhandwerks wieder alle Branchen über ungenügende Beschäftigung und schlechte Preise. 1930 hatte kein Handwerkszweig mehr ausreichend zu tun.²⁵⁹ Von den rund 1600 Hamburger Bäckereien arbeiteten 450 verkürzt; etwa 25 % der Gesellen in diesem Gewerbe hatten ihre Stelle verloren. Trotzdem war die Situation im Lebensmittelhandwerk noch immer besser als in allen anderen Produktionsbereichen. Der Gesamtumsatz des Handwerks hatte sich 1931 im Vergleich zu 1928 reichsweit um ca. 40 % verringert.²⁶⁰ In Hamburg waren die Nahrungsmittelgewerbe zu rund 25 %, die Reparaturhandwerke aber durchschnittlich zu 50 % und das Bau- und Baunebengewerbe seit Mitte des Jahres zu 80 % bis 95 % unbeschäftigt. Ähnlich schlecht sah es im Bekleidungsgerbe aus.

Bei solchen Einbußen an Arbeitsgelegenheit waren umfangreiche Entlassungen unvermeidlich: Nach den Meldungen der Innungen, denen in Hamburg ungefähr 75 % der Handwerksbetriebe angehörten, boten 1929 19 370 Mitgliedsfirmen 38 373 Gesellen und 11 430 Lehrlingen eine Stelle; 1930 waren in etwa ebenso vielen Betrieben 30 903 Gesellen und 10 685 Lehrlinge tätig, und 1931 gab es in 18 999 Unternehmen sogar nur 18 966 Gesellen und 9 687 Lehrlinge.²⁶¹ Für zahlreiche Meister wurde es zum Problem, den vor Beginn der Krise eingegangenen Ausbildungsvertrag zu erfüllen, weil es ihnen an der nötigen vielseitigen Arbeit fehlte.

Von besonderer Bedeutung war die Entwicklung im Baugewerbe, da von ihm viele Handwerkszweige abhingen. Nachdem es 1928 durch die Errichtung großer öffentlicher und gewerblicher Zweckbauten und vor allem eine sehr intensive Wohnungsbautätigkeit eine ausgesprochen gute Konjunktur erlebt hatte, mußte es 1929 erste Rückschläge hinnehmen. Der Umfang des Wohnungsbaus verringerte sich um ein knappes Fünftel. Öffentliche Aufträge wurden wegen der allgemein schlechten Finanzverhältnisse ebenfalls seltener vergeben. In beiden Bereichen konnte dieser niedrigere Stand aber im nächsten Jahr annähernd gewahrt werden. Der Wohnungsbau profitierte vorübergehend davon, daß in ihm jetzt verstärkt Kapitalien investiert wur-

den, die in anderen Produktionszweigen keine lohnende Anlage mehr fanden. Erst Ende 1930 machte sich die Versteifung des Geldmarktes auch für ihn lähmend bemerkbar. Ganz anders entwickelte sich dagegen die gewerbliche Neubautätigkeit. Sie nahm 1929 noch beträchtlich zu und ging dann 1930 drastisch, um fast zwei Drittel, zurück. Dieser Einbruch reichte aus, daß trotz der sonst relativ stabilen Beschäftigungslage 40 bis 50 % der Bauarbeiter entlassen wurden.²⁶²

Das verbliebene Baugeschäft wurde nach der Bankenkrise im Sommer 1931 fast restlos vernichtet. Private Gelder waren bei der Zerrüttung des Kreditmarkts kaum noch zu bekommen. Im Lauf des Jahres kürzte zudem der Hamburger Senat die Mittel, die er aus dem Hauszinssteueraufkommen für die Förderung des Wohnungsbaus bereitstellte, auf weniger als ein Viertel. Die Folge dieser beiden Vorgänge war, daß er auf etwa 25 % des Umfangs von 1928 schrumpfte. Während in Hamburg bis 1930 im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr Wohnungsneubauten in Angriff genommen worden waren als im Durchschnitt der deutschen Groß- und Mittelstädte, fiel es nun dahinter zurück. Die Neubauten zu Gewerbebezwecken erreichten gegenüber 1928 sogar nur eine Größenordnung von 20 %, und öffentliche Projekte spielten überhaupt keine Rolle mehr.²⁶³

Im Baugewerbe selbst gab es deshalb höchstens für fünf bis zehn Prozent der Betriebe Arbeit. In den übrigen von der Baukonjunktur abhängigen Handwerkszweigen war die Lage wenig besser, weil Reparaturaufträge eine dürftige Ergänzung boten. Maler sowie Bau- und Möbeltischler waren 1931 zu 15 bis 20 %, Klempner zu 25 bis 30 % beschäftigt. Die Zahl der erwerbslosen Tischlergesellen war schon 1929 von 1536 im Vorjahr auf 2394 und 1930 weiter auf 4197 gestiegen. Im gesamten Holzgewerbe, das 1931 allenfalls zur Hälfte ausgelastet war, hatten am 15. Dezember 7801 Gesellen keine Stelle, während es Ende 1928 2004, 1929 3005 und 1930 5495 gewesen waren. 308 Glasereien hielten noch 25 Gesellen und 97 Lehrlinge, im Tapeziergewerbe waren von 500 Gehilfen 400 arbeitslos, und bei den Drechslern hatten sogar 85 % der Gesellen aus ihren Betrieben ausscheiden müssen.²⁶⁴

Viele dieser arbeitslosen Gesellen suchten sich zu helfen, indem sie einen eigenen Betrieb gründeten oder – häufiger – Schwarzarbeiten übernahmen. Die Situation der bestehenden Unternehmen wurde dadurch noch prekärer. Ohnehin war der Preisverfall neben dem Beschäftigungsmangel das gravierendste Problem für das in vielen Teilen übersetzte Handwerk. Um trotz der schwindenden Kaufkraft der breiten Bevölkerung überhaupt Aufträge zu erhalten, kalkulierten die Meister ihre Preise immer knapper. Dennoch verlangten die Kunden, die mit jedem Pfennig rechnen mußten, unter Berufung auf die Preissenkungspropaganda der Reichsregierung weitere Nachlässe. Wie die Preisindices für Lebensmittel und Bekleidung zeigen, war 1931 der fast vierzigprozentige Umsatzrückgang im Handwerk in beträchtlichem Ausmaß auf die Verbilligung der Waren zurückzuführen. Da die Unkosten nicht entsprechend sanken, insbesondere die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe dank der Stützungsaktionen des Kabinetts

Brüning ziemlich stabil blieben, war dies nur durch ständig stärkere Reduzierung der Verdienstspannen möglich.²⁶⁵ Als letzter in der Kette der Produzenten geriet der Handwerker – ebenso wie der Einzelhändler – zwischen die Interessenfronten seiner Materiallieferanten und der Konsumenten. Die Problematik der Deflationspolitik und ihre Unvereinbarkeit mit dem Agrarschutzprogramm bekam er deutlich und schmerzhaft zu spüren. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich nach der Bankenkrise durch die Beschränkung des Zahlungsverkehrs, weil diese kleinen Gewerbetreibenden bei ihren Einkäufen im allgemeinen keinen Kredit genossen.²⁶⁶

Die Einkommensverluste durch Preisabbau und Beschäftigungsmangel waren um so schwerer zu ertragen, als die Mehrzahl der selbständigen Handwerker in recht bescheidenen Verhältnissen lebte. Schon vor dem Krieg hatten weitaus die meisten unter ihnen weniger als 1800 RM und neun Zehntel weniger als 3000 RM im Jahr verdient. In der Weimarer Republik gelang es im allgemeinen nicht, die seither eingetretene Verringerung des Geldwerts um ca. 50 % durch entsprechende Einkommenssteigerung auszugleichen. Auch 1928 verfügten 40 bis 50 % der Handwerker, in besonders benachteiligten ländlichen Gegenden sogar mehr als 80 %, über höchstens 1500 RM im Jahr, verdienten also weniger als die Gesellen. Noch immer mußten etwa 90 % der selbständigen Meister sich mit weniger als 3000 RM begnügen. Dabei ist nicht einmal berücksichtigt, daß dieses schmale Einkommen in vielen Fällen nur dank der unentgeltlichen Mithilfe von Familienangehörigen erzielt wurde.²⁶⁷

Obwohl die Situation in den Städten günstiger war als auf dem Land, konnten auch hier Wirtschaftskrisen für den einzelnen Handwerksbetrieb leicht zur Katastrophe werden. 1931 meldeten zahlreiche Hamburger Innungen, daß ihre Mitglieder nicht mehr in der Lage seien, die geringen Organisationsbeiträge aufzubringen; viele Alleinmeister mußten die Unterstützung der Wohlfahrtsbehörde in Anspruch nehmen. Besonders häufig kamen solche Hilfeersuchen aus dem enorm übersetzten Friseurgewerbe, von Uhrmachern und Juwelieren, ferner von Schuhmachern, die infolge des Übergangs zur industriellen Fabrikation seit langem in ihrer Existenz bedroht waren.²⁶⁸ Andere Handwerker fristeten ihr Dasein mit Einnahmen, die unter den Bezügen der Fürsorgeempfänger lagen. Sie scheuten sich, ihre Not zu offenbaren und bei einer Institution Erleichterung zu suchen, die sie noch immer mit der alten »Armenpflege« identifizierten. Wenn dieser Schritt schließlich doch unvermeidlich wurde, war die Verschuldung oft so katastrophal, daß gerade bei den ehemals selbständigen Gewerbetreibenden die endgültige Verarmung nicht zu verhindern war.²⁶⁹

Ähnlich waren die Nöte im Einzelhandel, da er in der gleichen Weise von der Kaufkraft des breiten Publikums abhängig war wie das Handwerk. Wegen der stärkeren Übersetzung der meisten Branchen verfügten die Ladeninhaber im allgemeinen schon in »normalen« Zeiten sogar über noch geringere Einkünfte, so daß die Ausgangslage eher schlechter war. Besonders schlimme Folgen zeitigte auch für den Einzelhandel Brünnings Preissenkungsaktion, weil die Kunden in der Hoffnung, später günstiger kaufen zu

können, auf alle nicht unbedingt notwendigen Anschaffungen verzichten, selbst wenn sie finanziell sie sich noch hätten leisten können.²⁷⁰ Dies zeigte sich in der Woche nach dem Schalterschuß der Banken: Obwohl die Konten und der bargeldlose Zahlungsverkehr blockiert waren, kam es bei Wäsche, Garderobe, Hausrat und Möbeln dadurch zu überraschend großen Umsätzen, daß gerade die einkommensschwächsten Bevölkerungsschichten, die nicht zum Kundenkreis der Banken gehörten, ihre geringen Ersparnisse aus Furcht vor einer Inflation in Waren anlegten.²⁷¹ Dieser kurze Nachfrageboom machte aber schon bald um so stärkerer Zurückhaltung Platz.

Um Interessenten anzulocken, gingen immer mehr Einzelhändler dazu über, bestimmte Waren zu Einkaufspreisen oder sogar billiger zu verschleudern, mit dem Ergebnis, daß sie die solide Kalkulation gefährdeten, den wertmäßigen Umsatzrückgang insgesamt aber noch forcierten.²⁷² Bis zum 1. Vierteljahr 1932 sanken die Umsätze gegenüber dem gleichen Zeitraum 1929 im Hamburger Einzelhandel überhaupt um 38,7 %, in einzelnen Branchen um mehr als 60 %. Am stabilsten blieb die Nachfrage naturgemäß im Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandel. Bei Fettwaren verringerte sie sich gar nicht, bei Tabakwaren um 12,3 %, bei Brot um 12,4 %. Stärker schrumpften die Umsätze dagegen bei hochwertigen, normalerweise aber zum alltäglichen Bedarf gehörenden Lebensmitteln, so bei Fischen um 32,5 %, bei Milch um 36,3 % und bei Gemüse um 43,9 %. Bei den übrigen Grundbedürfnissen entwickelte sich die Situation ganz unterschiedlich: An Schuhwaren wurden 27,5 %, an Damenbekleidung 36,7 %, an Wäsche, Woll- und Kurzwaren 47,6 % und an Herrenkonfektion 52,1 % weniger verkauft als 1929; bei Brennmaterialien gingen 51,5 % des Umsatzes verloren. Generell am größten waren die Einbußen bei dauerhaften oder zeitweilig entbehrlichen Gebrauchsgegenständen wie Haus- und Küchengeräten (44 %), Papierwaren (57,4 %) und Eisenwaren (62 %) sowie bei ausgesprochenen Luxusartikeln wie Blumen (50,8 %), Juwelen, Schmuck und Uhren (62,3 %).²⁷³ Um die Bedeutung dieser Verluste klar zu machen, sei daran erinnert, daß 1928 in Hamburg 67,4 % der Lebensmitteläden und 55,8 % der Bekleidungsgeschäfte Jahresumsätze von höchstens 20000 RM erzielten und daß in den am stärksten benachteiligten Branchen, im Schokoladen- und Süßwaren-, Tabakwaren- und Blumenhandel, sogar jeder Betrieb im Durchschnitt nur auf 11000 bis 14000 RM kam.²⁷⁴

Zusammenbruch des Hamburger Arbeitsmarktes

Im Lauf des Jahres 1930 hatte die Krise nach und nach alle Wirtschaftsbe-
reiche erfaßt. Sie gewann so allgemeine Bedeutung, daß nur das Wort »Kata-
strophe« noch angemessen erschien. Das volle Ausmaß der Zerstörungen
wird in den gesamtökonomischen Daten sichtbar.²⁷⁵ Wie bereits erörtert
wurde, spiegelte die Umsatzsteuerstatistik die Einschnürung der Wirt-
schaftstätigkeit in Hamburg erst spät wider. Danach sanken die Umsätze

im Staat 1931 nur auf 99 %, 1932 aber auf 52 % des Standes von 1928. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, schrumpften sie 1931 um 2,5 %, 1932 um die Hälfte. Während die Umsatzentwicklung zwischen 1928 und 1931 in Hamburg am günstigsten verlief, fiel es nun hinter zahlreiche Landesfinanzbezirke und hinter den Reichsdurchschnitt zurück.²⁷⁶ Früher, schon 1931, zeichnete sich dagegen die Lähmung des Wirtschaftslebens in der Geschäftsstatistik der Hamburger Reichsbankhauptstelle ab: Ihre Gesamtumsätze schmolzen gegenüber 1928 von 112 % im Jahr 1930 auf 77 % zusammen. Die Konkurse von Erwerbsunternehmen vermehrten sich 1931 im Vergleich zu 1928 um 41 %. Noch im Vorjahr waren Firmenzusammenbrüche nur um 9 % häufiger gewesen als damals. Die Insolvenzverluste hatten allerdings schon 1930 beträchtlich zugenommen. Sie beliefen sich auf 257 %, 1931 auf 211 % der Ausgangszahlen und waren damit sehr viel rascher gestiegen als im Reichsdurchschnitt.

Dementsprechend wurde die Arbeitsmarktlage immer schwieriger.²⁷⁷ Im Februar 1930 leisteten nach einer Erhebung des Ortsausschusses Groß-Hamburg des ADGB 11,8 % der erfaßten beschäftigten Mitglieder Kurzarbeit, im Reich waren es zu diesem Zeitpunkt 13 %.²⁷⁸ Nach Erhebungen des Gewerbeaufsichtsamts schrumpfte der Personalbestand in den Hamburger Groß- und Mittelbetrieben sowie den überwachten Kleinbetrieben bis Oktober 1930 gegenüber dem gleichen Monat 1928 um 12 %. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge wuchs in dieser Periode auf 214 % und bis Oktober 1931 auf 291 %. Anfang 1930 gehörten zu dem Personenkreis 39000, im Oktober 55000 Männer und Frauen; im Februar 1931 waren es 68000, im Oktober 74000, im Dezember 79000 und schließlich im Februar 1932 82000 Menschen. Damit war der absolute Höhepunkt erreicht. Da die Leistungen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung befristet waren, sagte die von ihr erstellte Statistik jedoch, je länger die Depression dauerte, immer weniger über den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit aus.

Neben den Unterstützungsempfängern der Reichsanstalt gewannen die sogenannten »Wohlfahrtserwerbslosen« zunehmend an Bedeutung: arbeitsfähige Erwerbslose ohne Anspruch auf Versicherungsleistungen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst oder mit Hilfe von Angehörigen aufbringen konnten und daher von den Fürsorgebehörden mit dem Notwendigsten versorgt werden mußten. Bis weit ins Jahr 1930 hinein spielten sie in Hamburg eine geringe Rolle. Ihre Zahl lag bis zum Juli bei 10000, schnellte dann aber so in die Höhe, daß die Unterstützung dieser Menschen bald zu einem der schwerwiegendsten Probleme wurde. Ende des Jahres mußte die Stadt 20000, im Mai 1931 25000, im September 35000 und Ende Dezember 48000 Wohlfahrtserwerbslose unterhalten. Auf 1000 Einwohner kamen bis zum Juli 1930 weniger als zehn, um die Jahreswende 17, im Juli 1931 25 und Ende 1931 42 Arbeitslose, die laufend Fürsorgeleistungen in Anspruch nehmen mußten. Die von der Reichsanstalt unterstützten Personen inbegriffen, waren Ende 1930 von 1000 Hamburgern 68, Ende 1931

111 wegen Arbeitslosigkeit auf öffentliche Hilfe angewiesen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen lag dabei noch höher. Sie dürfte ungefähr derjenigen der Arbeitssuchenden entsprochen haben, da auf dem Höhepunkt der Krise nur wenige Menschen ohne Not einen Stellungswechsel anstrebten und diese Fehlerquote reichlich dadurch ausgeglichen wurde, daß andere nach monate- oder jahrelanger erzwungener Untätigkeit resignierten und sich nicht mehr bei den Arbeitsnachweisen meldeten. Demnach war in der Stadt Hamburg Ende 1930 mit knapp 100000 und Ende 1931 mit etwa 140000 Erwerbslosen zu rechnen, das hieß, 82 bzw. 123 von 1000 Einwohnern suchten einen Arbeitsplatz.

Unter ihnen gab es im Vergleich zu früher nur noch wenige Menschen, die nach Hamburg gekommen waren, um hier eine Stelle zu finden. Schon 1929 hatte die Anziehungskraft der Stadt erheblich nachgelassen. Erstmals seit 1926 war die Zuwanderung geringer gewesen als in den Vorjahren. Seit 1930 zogen sogar alljährlich mehr Menschen fort, als Neuanmeldungen registriert wurden.²⁷⁹ Hamburg verlor auf diese Weise bis zur Volkszählung 1933 über 25000 Einwohner. Trotz des großen Zustroms von auswärtigen in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise hatte sich die Bevölkerung seit 1925 nur um 3,6% vermehrt, während die Großstädte insgesamt einen durchschnittlichen Zuwachs von 5,7% verzeichnen konnten.²⁸⁰

Daß sich weniger Fremde in Hamburg ansiedelten, war in der Depression nicht unerwünscht: Ihre Unterbringung erforderte zusätzliche Anstrengungen im Wohnungsbau, und wenn sich die Hoffnung auf Arbeit nicht erfüllte, mußte die Wohlfahrtsbehörde helfen. Die Entwicklung entsprach zudem einer allgemeinen Tendenz, die von den Zeitgenossen oft als säkulare Trendwende von der Land- zur Stadtflucht überschätzt wurde. Da die Industrie und die Großstädte den Erwerbslosen keine Zukunft mehr zu bieten schienen, wanderten viele aufs Land ab, wo sie bei Verwandten oder Freunden Unterstützung und eine funktionierende Nachbarschaftshilfe zu finden hofften.

Darüber hinaus zeigten die überproportionalen Wanderungsverluste in Hamburg aber, daß seine ökonomische Lage und die Möglichkeiten einer Besserung außerordentlich negativ beurteilt wurden. Die statistischen Daten und die subjektiven Einschätzungen der Betroffenen weisen in dieselbe Richtung: Seit dem Sommer 1931 gehörte der Stadtstaat zu den Gebieten, die unter der Weltwirtschaftskrise besonders schwer zu leiden hatten. Während seine Wirtschaftskraft früher viele Tausende von Menschen angezogen hatte, schien er ihnen jetzt keine Chancen mehr zu eröffnen.

3. Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen auf der Ebene des Reichs

Die Finanzpolitik des Kabinetts Hermann Müller

Wiederholt wurde im konkreten Zusammenhang auf Maßnahmen der Reichsregierung hingewiesen, die die Lage der Hamburger Wirtschaft erschwerten. Es ist daher an der Zeit, die staatliche Finanzpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschaftskrise in Deutschland generell darzustellen. Wie wir heute wissen, ist es für den modernen Staat nahezu unmöglich, eine konjunkturneutrale Finanzpolitik zu treiben.¹ Bei dem Umfang seines Budgets wirken alle Entscheidungen unabhängig von ihrer primären Zielsetzung hemmend oder fördernd auf das Wirtschaftsgeschehen ein. In der Weimarer Republik war dieser Sachverhalt nur teilweise bekannt. Es herrschte die Auffassung vor, daß der Staat ökonomische Vorgänge möglichst wenig beeinflussen solle und dies bei einem in Einnahmen und Ausgaben sorgfältig ausgeglichenen Etat gewährleistet sei, weil Produktion und Konsum genau die entzogenen Geldmengen wieder zurückerhielten. Gerade in der Großen Depression erwies sich diese Vorstellung als folgenschwere Illusion.

Vier Regierungen mußten in den letzten Jahren der Weimarer Republik mit den Problemen der Weltwirtschaftskrise fertig werden: vom Juni 1928 bis zum März 1930 die letzte parlamentarisch gebildete Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller, die sich auf die Große Koalition aller Parteien von der SPD bis zur DVP stützte; bis zum Mai 1932 das Kabinett

Brüning, das als erstes mit Hilfe des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten regierte, aber seit dem Herbst 1930 wenigstens von einer Parlamentsmehrheit toleriert wurde, und schließlich die Regierungen Papen und Schleicher, die nur noch bei einer Minderheit des Reichstags Rückhalt fanden. Als der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding 1928 zum zweiten Mal die Verantwortung für die Reichsfinanzen übernahm, war ihre Lage bereits recht prekär. Die bedeutenden Überschüsse, die die Finanzverwaltung nach der Währungsstabilisierung zunächst angesammelt und mit Rücksicht auf die wachsenden Reparationslasten thesauriert hatte, waren von 1925 bis 1927 fast restlos verbraucht worden, um die regelmäßigen Etatdefizite abzudecken.² Zum Teil hatten sie dazu gedient, durch steuerliche Entlastung der Produktion, Zinsverbilligungen für private Darlehen und große Investitionskredite an Länder, Gemeinden, Reichsbahn und -post die Rezession von 1926 zu überwinden. Auch wenn dem noch keine wohldurchdachte, theoretisch gefestigte Gesamtkonzeption zugrunde gelegen hatte, war es damit erstmals gelungen, durch eine antizyklische Finanzpolitik der Wirtschaft neuen Auftrieb zu geben.³ Die Möglichkeit, durch öffentliche Aufträge und Investitionsanreize den Konjunkturverlauf zu beeinflussen, war am Vorabend der Weltwirtschaftskrise bekannt.⁴ Allerdings – und deshalb war es so schwer, diese Erfahrung zu verwerten – hatte man 1926 auf einen flüssigen Anleihemarkt und Überschüsse eines vergangenen Haushaltsjahres zurückgreifen können, die 1928 nicht mehr zur Verfügung standen.

Unter dem Eindruck der guten Konjunktur waren 1927 kräftige Ausgabenerhöhungen beschlossen worden. Insbesondere durch die großzügige Besoldungsreform, durch Verbesserungen bei den Renten und Abfindungen für materielle Kriegsschäden sowie ein umfangreiches landwirtschaftliches Hilfsprogramm waren die Mehreinnahmen verbraucht und darüber hinaus künftige erhebliche Ausgabensteigerungen bei Reich, Ländern und Gemeinden gesetzlich festgelegt worden. Obwohl die Beamten des Reichsfinanzministeriums mit der Fortdauer der guten Konjunktur rechneten, bereitete daher schon die Ausarbeitung eines ausgeglichenen Haushaltsplans für 1928 Schwierigkeiten. Die Balancierung gelang nur dadurch, daß sie die Einnahmen sehr hoch schätzten, die Ausgaben niedrig ansetzten und verschiedene einmalige Einnahmen in den ordentlichen Etat einstellten. Selbst eine geringe Abschwächung der Konjunktur mußte diesen »Haushaltsausgleich durch Optimismus«⁵ gefährden und bei dem völligen Mangel an Reserven zu bedrohlichen Kassendefiziten führen.

Schon 1927 hatte das Reichsfinanzministerium, um den Ultimo-Verpflichtungen nachzukommen, wiederholt kurzfristige Kredite aufnehmen müssen. Die Situation wurde dadurch erschwert, daß der prinzipielle Gegensatz zwischen wirtschaftsfreundlicher und sozial orientierter Finanzpolitik in der Vergangenheit nicht ausgetragen, sondern versucht worden war, gleichzeitig die Steuerbelastung niedrig zu halten und die sozialen Leistungen zu steigern. Nur dank der Rücklagen aus dem Jahr 1924 und dem Konjunkturaufschwung von 1927 war die Unvereinbarkeit der beiden Zie-

le eine Zeitlang verdeckt worden. Sobald diese Bedingungen nicht mehr gegeben waren, mußte der Konflikt aber aufbrechen – gerade als die Exponenten der unterschiedlichen Auffassungen in einer Regierung saßen.

Das Kabinett Müller war sich der kritischen Finanzlage durchaus bewußt. Sowohl Hilferding als auch der Volksparteiler Paul Moldenhauer, der ihn im Dezember 1929 im Amt ablöste, sahen ihre vordringliche Aufgabe darin, für eine wirkliche Balancierung des Etats und die Fundierung der schwebenden Schulden zu sorgen.⁶ Da der Konjunkturrückgang die Einnahmen des Reichs 1929 erst wenig schmälerte, hoffte Hilferding noch, nach der Sanierung der Finanzen Einsparungen bei den Reparationen, über deren Herabsetzung verhandelt wurde, benutzen zu können, um eine große Steuerreform durchzuführen und der Wirtschaft durch Reduzierung der öffentlichen Lasten neue Impulse zu geben.

Dem Ziel des Etatausgleichs ordnete das Kabinett die meisten Ausgabenwünsche unter. Die Aufwendungen für Wirtschaft und Verkehr stagnierten schon 1928; in der produktiven Erwerbslosenfürsorge waren sie sogar rückläufig,⁷ ein deutliches Zeichen für die prozyklische Gestaltung der Finanzpolitik, durch die der Sinn dieser Einrichtung in Frage gestellt wurde. Die enormen Ausgabensteigerungen hatten im wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen waren sie auf die von der früheren Regierung eingegangenen gesetzlichen Verpflichtungen zurückzuführen, zum anderen wurden sie durch die beginnende Wirtschaftskrise bedingt. 40 % der Mehrausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden gingen 1928 allein auf die Besoldungsreform zurück. Die Darlehenspflicht gegenüber der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gewann bei der starken Zunahme der Erwerbslosigkeit gefährlich an Bedeutung. Während die Eigenmittel der Reichsanstalt so berechnet waren, daß sie durchschnittlich 800000 und in besonderen Krisenzeiten aus einem Notstock weitere 600000 Arbeitslose unterstützen konnte, nahmen im Winter 1927/28 mehr als eine Million, im Winter 1928/29 annähernd zwei Millionen Menschen ihre Leistungen in Anspruch.⁸

Es gelang dem Kabinett Müller trotz aller Anstrengungen nie, das latente Haushaltsdefizit zu beseitigen. In den Beratungen über den Etat für 1929 akzeptierten die Koalitionsparteien die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums für Steuererhöhungen nur zum kleinsten Teil. Den Budgetausgleich suchten sie statt dessen dadurch zu erreichen, daß sie die Ausgabenansätze, die schon Hilferding im Vergleich zum Vorjahr um 158 Millionen RM gekürzt hatte, rigoros zusammenstrichen und die Einnahmen erneut höher schätzten. Bei der Höhe des Fehlbetrags, der sich Anfang 1929 auf mehr als eine Milliarde RM belief,⁹ war mit einem Mißerfolg von vornherein zu rechnen. Wenn sich die Regierung und die Koalitionsparteien dennoch auf diesen Kompromiß einigten, so planten sie unausgesprochen bereits die erwarteten Reparationsersparnisse mit ein. Dem langfristigen Finanzprogramm, von dem sich Hilferding unter anderem konjunkturbelebende Effekte versprach, war damit der Boden entzogen.

Die zunächst ungedeckten Ausgabenüberschüsse führten im Herbst

1929 erneut zu einer Kassenkrise. Die Zahlungsfähigkeit des Reichs war seit Dezember 1928 wiederholt ernsthaft bedroht gewesen. Ende März 1929 hatte sich das Finanzministerium einem offenen Kassenbedarf von ca. 750 Millionen RM gegenüber gesehen.¹⁰ Da sich die Aufnahmefähigkeit des Kreditmarkts für kurzfristige Schuldverschreibungen des Reichs rasch verschlechtert hatte, waren die Ultimo-Schwierigkeiten dauernd gewachsen. Selbst eine steuerfreie Inlandsanleihe in Höhe von 500 Millionen RM, ein 50-Millionen-Dollar-Kredit eines amerikanischen Bankenkonsortiums und Zwangsanleihen bei den Versicherungsträgern und Sparkassen hatten nur vorübergehend eine Entlastung gebracht. Unter konjunkturellem Aspekt war aber insbesondere die letzte Maßnahme problematisch, weil diese Gelder dem Wohnungsbau entzogen wurden. Seit dem Herbst 1929 zeigte sich, daß langfristige Auslandsanleihen zur Abdeckung der stark angewachsenen schwebenden Schuld und auf die Dauer auch die zum Monatsultimo regelmäßig benötigten Kassenmittel nur noch mit Hilfe der Reichsbank zu bekommen waren. Ihr Präsident, Hjalmar Schacht, nutzte die Situation aus, um der Reichsregierung seine finanzpolitischen Vorstellungen aufzuzwingen. Unter seinem Druck erging im Dezember ein Gesetz, das die Bildung eines Tilgungsfonds von 450 Millionen RM vorschrieb. Während eines Konjunkturabschwungs sollte das Reich demnach auf inlandswirksame Ausgaben in Höhe von ca. 5 % seines gesamten Haushaltsvolumens verzichten, um die Rückzahlung vor allem der kurzfristigen ausländischen Darlehen sicherzustellen. An Steuersenkungen war überhaupt nicht mehr zu denken. Hilferding zog die Konsequenzen aus dem Scheitern seiner Politik, indem er am 20. Dezember nach der Verabschiedung der »lex Schacht« zusammen mit seinem Staatssekretär Johannes Popitz zurücktrat.

Auch Moldenhauer und Popitz' Nachfolger Hans Schäffer bemühten sich vergeblich, bei den Parteien der Großen Koalition endlich ausreichende Einnahmeerhöhungen und eine Neuordnung der Arbeitslosenversicherung durchzusetzen, durch die der ständige, kaum vorauszuschätzende Zuschußbedarf mit seinen Gefahren für den Reichshaushalt beseitigt werden sollte. Während die SPD den bürgerlichen Koalitionspartnern in der Frage der Einnahmeverbesserungen weit entgegenkam und die Erhöhung zahlreicher Verbrauchssteuern akzeptierte, war sie nicht bereit, auch noch bei der Arbeitslosenversicherung nachzugeben. Der Begrenzung der Darlehenspflicht des Reichs wollte sie nur zustimmen, wenn durch Beitragssteigerungen die Erhaltung des bisherigen Leistungsniveaus gesichert wurde. Demgegenüber vertrat die DVP wie die Unternehmerverbände die Auffassung, daß die Reichsanstalt durch innere Reformen genügend hohe Ersparnisse erzielen müsse, um ohne Zuschüsse und ohne Mehreinnahmen auszukommen. Selbst eine geringfügige, die Wirtschaft nicht übermäßig belastende Beitragserhöhung lehnte die DVP ab, da sie bereits von Plänen in der Umgebung des Reichspräsidenten wußte, mit Hilfe des Notverordnungsrechts eine rein bürgerliche Regierung zu etablieren.

Diese intransigente Haltung bestärkte die Sozialdemokraten in dem Ver-

dacht, daß die Unternehmer die Depression benutzen wollten, um zunächst den Leistungsabbau in der Arbeitslosenversicherung zu erzwingen, dann das System der sozialen Sicherungen überhaupt zu zerbrechen und schließlich mit Hilfe der »Reservearmee« der in elenden Verhältnissen lebenden Arbeitslosen die Löhne zu drücken und die Macht der Gewerkschaften zu zerstören. Ein Kompromißvorschlag des Zentrums und der DDP, durch den die Entscheidung: Beitragserhöhung oder Leistungsabbau zunächst vertagt wurde, hatte daher keinen Erfolg. Am 27. März 1930 trat das Kabinett Müller zurück. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise hatten sich die Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und den sie vertretenden Parteien so verschärft, daß eine Einigung über die Finanz- und Sozialpolitik unmöglich war.

Eine Belebung der Konjunktur oder auch nur eine Verlangsamung des Schrumpfungsprozesses war von der Finanzpolitik des Kabinetts Müller nicht zu erwarten. Zwar kam es wegen des Widerstands der Parteien noch nicht zu einer Erhöhung der Steuern und Abgaben, wie sie sonst für eine primär auf den Etablimentgleich abzielende Politik in der konjunkturellen Abschwungphase charakteristisch ist. Aber die rigorose Drosselung der vermeidbaren Ausgaben führte doch dazu, daß der Auftragsmangel der Wirtschaft verschärft wurde. Da die meisten anderen Ausgaben auf gesetzlichen oder internationalen Verpflichtungen beruhten, mußte die Reichsverwaltung vor allem die Investitionen einschränken. Die Bautätigkeit wurde weitgehend eingestellt, die Aufwendungen für den Straßen- und Wasserbau sowie die Entwicklungshilfen für die Luftfahrtindustrie wurden drastisch gekürzt. Die Sparaktion hatte, wie ein Beamter des Reichsfinanzministeriums kritisch bemerkte, »das sehr unerwünschte, aber unvermeidliche Ergebnis«, daß sie die Beschäftigungsmöglichkeiten verringerte.¹¹

Der problematische prozyklische Effekt der »Parallelpolitik«, bei der mit Rücksicht auf die Etatbalancierung die Ausgaben den jeweiligen Einnahmen angepaßt werden, trat klar zutage: Während in der Zeit schnellen wirtschaftlichen Wachstums dank des Mehraufkommens an Steuern und Abgaben die öffentlichen Investitionen verstärkt werden können und die Konjunktur zusätzlich angeheizt wird, müssen in der Rezession auch die Staatsaufträge gekürzt werden, so daß die negativen Folgen der privaten Investitionsunlust durch den Mangel an staatlicher Nachfrage nach Gütern und Diensten noch verschärft werden. Trotz der ständigen Defizite wirkte der Reichshaushalt in dieser Phase kontraktiv, weil ohne die inlandsunwirksamen Reparationszahlungen und den Schuldendienst für die Auslandsanleihen die Einnahmen die Ausgaben überstiegen. Erschwerend kam hinzu, daß die Transferzahlungen, insbesondere die Arbeitslosenunterstützungen und Renten, eine immer größere Rolle spielten, da von ihnen schwächere belebende Effekte ausgehen als von der unmittelbaren Staatnachfrage nach Gütern und Diensten. Nur die Gemeinden, die sich erst 1930 zu drastischen Einsparungen entschlossen, trieben in diesen Jahren, insgesamt betrachtet, noch eine leicht antizyklische Finanzpolitik, indem sie weiterhin mit Hilfe in- und ausländischer Darlehen Aufträge vergaben.

Die Reichsbank hielt dagegen auch nach dem Konjunkturmchwung an ihrer restriktiven Geld- und Kreditpolitik fest und beschleunigte damit den wirtschaftlichen Niedergang.

Die finanzpolitische Konzeption der Regierung Brüning

Das neue Kabinett setzte zunächst die Finanzpolitik seiner Vorgänger im wesentlichen fort. Nachdem Brüning als Haushaltsexperte und Fraktionsvorsitzender des Zentrums der Regierung Müller gegenüber entschieden auf die Sanierung der Finanzen gedrängt hatte, sah er als Reichskanzler darin lange Zeit seine wichtigste Aufgabe. Mit dem Ressortchef Moldenhauer und seinem Staatssekretär Schäffer übernahm er auch deren Vorschläge für die Budget- und Kassensicherung. Als im Juni 1930 der demokratische Politiker Hermann Dietrich vom Wirtschafts- in das Finanzministerium überwechselte, weil Moldenhauer wegen einiger Zugeständnisse an die SPD von seiner eigenen Partei zum Rücktritt gezwungen worden war, blieb der finanzpolitische Kurs in den Grundlinien weiterhin unverändert. Allerdings konnte die Parallelpolitik mit Hilfe des Notverordnungsrechts jetzt energischer als früher und, je mehr die Konjunktur verfiel, mit immer größerer Härte durchgeführt werden, wodurch auch die mit ihr verbundenen Probleme enorm wuchsen.¹²

Da der Haushaltsausgleich in den letzten Jahren vor allem an der mangelnden Bereitschaft des Parlaments gescheitert war, die notwendigen Einnahmeerhöhungen zu bewilligen, konzentrierten sich die Anstrengungen zunächst auf diesen Fragenkomplex. Während der Amtszeit Brünings wurden die Lohn- und Einkommen-, die Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer, zahlreiche Zölle und Abgaben zum Teil mehrfach erhöht; es wurden Sonderzuschläge zur Lohn- und Einkommensteuer der Ledigen, eine spezielle Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine, Getränke- und Mineralwassersteuern eingeführt und alle Lohn- und Gehaltsempfänger zu einer »Krisensteuer« zugunsten der Arbeitslosen herangezogen; den Angehörigen des öffentlichen Dienstes wurde eine – später durch Gehaltskürzungen ersetzte – Sonderabgabe auferlegt, den Gemeinden das Recht eingeräumt, eine als »Bürgersteuer« bezeichnete, bald nach dem Einkommen gestaffelte Kopfgebühr zu erheben, und schließlich im Dezember 1931 zur Abwehr des Kapitalexports eine »Reichsfluchtsteuer« geschaffen.

Da alle diese Maßnahmen die Einnahmeausfälle nicht ausglich, gewannen seit dem Winter 1930 Ausgabenkürzungen wieder die größte Bedeutung. In der Notverordnung vom 26. Juli 1930 begnügte sich die Reichsregierung noch mit Einsparungen von 100 Millionen RM bei den im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Sachausgaben. Am 1. Dezember 1930 begrenzte sie das Haushaltsvolumen von Reich, Ländern und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 auf den Stand von 1931. Bei der wachsenden Belastung durch die Fürsorge für die Opfer der Wirtschaftskrise

waren daher insbesondere die Gemeinden gezwungen, nach und nach die meisten Sachausgaben zu streichen. Am 6. Oktober 1931 wurde der Neubau öffentlicher Verwaltungsgebäude generell untersagt.

Die Einsparungen bei den persönlichen Ausgaben begannen – von Stellenumwandlungen und Erschwerungen bei der Beförderung abgesehen – am 1. Dezember 1930 mit der sechsprozentigen Kürzung aller Beamtengehälter und -pensionen von mehr als 1500 RM im Jahr. Durch zwei weitere Kürzungen am 5. Juni und 8. Dezember 1931 verloren die Beamten in Reich, Ländern und Gemeinden insgesamt 19 bis 23 Prozent ihrer Bezüge. Die Angestellten des öffentlichen Dienstes mußten ähnliche Abstriche hinnehmen, und auch die Staatsarbeiterlöhne wurden bei den beiden letzten Aktionen um 11,5 % bis ca. 13 % gesenkt. Zu schwerwiegenden Einschränkungen kam es ferner bei der Kriegsopferversorgung, der Renten- und der Arbeitslosenversicherung. Die Leidtragenden waren neben den Erwerbslosen selbst besonders die Gemeinden, die häufiger wegen zu geringer Zahlungen der Reichsanstalt ergänzende Hilfen gewähren und wegen der rascheren Aussteuerung mehr Bedürftigen beistehen mußten.¹³

Die Folgen der Parallelpolitik waren verheerend. Der Staat fiel nicht nur als Auftraggeber weitgehend aus, durch die Steuererhöhungen und Kürzungen der persönlichen Bezüge zwang die Reichsregierung auch Unternehmen und Konsumenten, ihre Ausgaben einzuschränken, wodurch andere Wirtschaftssubjekte Einkommen verloren, sie ihrerseits die Ausgaben drosseln mußten, an anderer Stelle wiederum keine Einkommen gebildet wurden und so fort. Produktion und Beschäftigung gingen ständig zurück. Es entstand ein kumulativer Depressionsprozeß, der sich aus sich selbst heraus verstärkte und noch dauernd an Dynamik gewann, weil sich die Reichsregierung an privatwirtschaftlichen Regeln orientierte und wie eine verantwortungsbewußte Firmenleitung oder ein guter Hausvater weiterhin die Ausgaben den schrumpfenden Einnahmen anpaßte.

Die verhängnisvollen prozyklischen Wirkungen der Reichsfinanzpolitik waren in den Jahren 1928 und 1929 dadurch gemildert worden, daß die Gemeinden den rein fiskalischen Kurs zum Teil nicht mitmachten. Mit Hilfe des Notverordnungsrechts verschaffte sich Brüning das Instrumentarium, um solche Abweichungen zu verhindern. Am 5. Juni 1931 wurde den Ländern ein umfassendes Aufsichtsrecht gegenüber den Gemeinden zuerkannt. Sie sollten deren Haushalts- und Kassenführung, die Vermögensverwaltung und Anleihepolitik kontrollieren. Wenn sich die Gemeindevertretungen weigerten, die zum Budgetausgleich erforderlichen Ausgabenstreichungen und Einnahmeerhöhungen zu beschließen, konnte die Aufsichtsbehörde diese Maßnahmen selbst treffen und bis zur restlosen Durchführung die Kommunalverwaltung sogar einem Staatskommissar übertragen. Darüber hinaus wurden die Regierungen am 24. August 1931 durch die »Diétramszeller Notverordnung« ermächtigt, der Sicherung der Haushalte des Landes und der Gemeinden dienende Vorschriften auf dem Verordnungsweg zu erlassen und dabei selbst von bestehenden Personalverträgen und dem Landesrecht abzuweichen. Spätestens wenn die Länder um

Kassenhilfe bitten mußten, wozu die meisten im Lauf der Krise genötigt waren, konnte das Reichsfinanzministerium sie zwingen, diese Befugnisse in seinem Sinn auszunutzen. Daneben sah die Reichsregierung in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten vor, indem sie Gemeinden mit besonders vielen Wohlfahrtserwerbslosen Beihilfen in Aussicht stellte, die Ausschüttung aber davon abhängig machte, daß alle Einnahmequellen erschöpft waren und die Ausgaben, insbesondere die Personalkosten und die Fürsorgeleistungen, niedrig gehalten wurden. Ländern und Gemeinden blieb daher nichts anderes übrig, als die Parallelpolitik des Reichs mitzumachen, wodurch deren negative Folgen voll zum Tragen kamen.

Brüning wußte, daß die Ersparung von Sachausgaben und die erhöhte Steuerbelastung die Wirtschaft schädigten;¹⁴ welche kumulativen Effekte seine Politik auslöste, durchschaute er aber nicht. Ebenso wie die meisten Wirtschaftstheoretiker, -publizisten und -praktiker, Politiker und Interessenvertreter glaubte er, dem Haushaltsausgleich unbedingten Vorrang vor allen anderen Erwägungen einräumen zu müssen. Bei dem anhaltenden Mangel an Reserven mußten Etatdefizite Kassenkrisen hervorrufen, die nur mit Hilfe der Reichsbank zu überwinden waren. Ein solcher Schritt kam aber weder für die Reichsregierung noch für das Reichsbankdirektorium in Frage; denn nachdem die Inflation unbestreitbar durch den Einsatz der Notenpresse zur Deckung des staatlichen Finanzbedarfs die stärksten Impulse erhalten hatte, waren sie übereinstimmend der Überzeugung, daß eine Geld- oder Kreditschöpfung zugunsten des Reichs unter allen Umständen, auch in einer Deflationsperiode und selbst bei einem relativ geringen Umfang, zur Entwertung der Mark führe. Der Haushaltsausgleich schien ferner unerlässlich, um die 1930 noch erhoffte langfristige Auslandsanleihe zu erhalten, die die Regierung Brüning nach der Fundierung der schwebenden Schuld zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms einsetzen wollte.¹⁵

Seit dem Herbst 1930 gewann schließlich ein weiteres Motiv an Bedeutung. Nachdem die NSDAP den Kampf gegen die »Tribute« in den Mittelpunkt ihrer Agitation zu den Reichstagswahlen am 14. September gestellt und große Wählermassen an sich gezogen hatte, wurde die Beseitigung der Reparationen neben dem Schutz der Währung Brünings vordringliches Ziel.¹⁶ Durch einen solchen Erfolg hoffte er, nicht nur der Lösung der wirtschaftlichen Probleme näher zu kommen, sondern auch den Radikalen das Wasser abzugraben und eine innenpolitische Beruhigung zu erreichen. Dabei verkannte er, daß es den Nationalsozialisten und den mit ihnen sympathisierenden Gruppen primär gar nicht um die »Tribute« ging, sondern sie diese Frage nur als Vehikel für ihre prinzipiellen Angriffe gegen die Republik benutzten, und daß sie breite Zustimmung für ihre Argumentation erst infolge der Wirtschaftsmisere fanden. In den Jahren wirtschaftlichen Wachstums nach dem Ende der Inflation hatten die Radikalen aus dem Reparationsproblem kaum Kapital schlagen können.

Bei Brüning selbst verfestigte sich, je länger die Krise dauerte, die Über-

zeugung, daß die internationalen politischen Schulden die wesentliche Ursache für die weltwirtschaftlichen Störungen seien und insbesondere in Deutschland eine anhaltende Konjunkturbelebung die Beseitigung der Reparationen voraussetze. Seine Absicht war daher, durch eine rigoros fiskalische Finanzpolitik, drastische Ausgabenkürzungen und äußerste Belastung der Steuerzahler nachzuweisen, daß das deutsche Volk selbst bei Anspannung aller Kräfte und größter Opferbereitschaft seinen Verpflichtungen über längere Zeit nicht nachkommen könne. Auf diese Weise hoffte er, die Reparationsgläubiger zum Verzicht auf die offensichtlich uneinbringbaren Forderungen zu bewegen. Dies war für ihn von so grundlegender Bedeutung, daß er bereit war, bis dahin schwerste Entbehrungen zu verlangen, die Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten hinzunehmen und auch die wenigen wirtschaftsschädlichen Rückwirkungen, die er erkannte, als unvermeidlich zu akzeptieren. Ob Brüning darüber hinaus den Konjunkturverfall bewußt forcierte, um die Aufbringung der Reparationen unmöglich zu machen, ist unklar. Wahrscheinlich erfaßte er diesen Effekt der Parallelpolitik ebensowenig wie die Sachverständigen der Gläubigermächte, die seine Entscheidungen billigten. Die Streichung der Reparationen wurde schließlich erreicht; aber dieser Erfolg war mit weit größeren volkswirtschaftlichen Verlusten erkauft, von den politischen Zerstörungen ganz zu schweigen.

Der permanente Preisverfall, der die Deflationskrise kennzeichnete, beunruhigte die Reichsregierung und ihre Ratgeber keineswegs. Im Gegenteil: Er entsprach ihren Erwartungen und erschien sogar als erwünscht.¹⁷ Dahinter stand die in der Weimarer Republik noch weit verbreitete liberale nationalökonomische Theorie, daß der Wechsel von Prosperität und Depression im kapitalistischen System unvermeidlich, aber auch nützlich sei, weil in der Krise ungesunde Unternehmen ausgemerzt und unwirtschaftliche Übertreibungen beseitigt würden. Die Wirtschaft entwickle aus sich selbst heraus genügend »Selbsteilungskräfte«; denn sobald die Preise einen solchen Tiefstand erreicht hätten, daß die Waren wieder ihre Käufer fänden, werde es automatisch zu einem neuen Aufschwung kommen. Durch das Sinken des inländischen Preis- und Kostenniveaus verbessere sich zudem die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, so daß sich vom Export her weitere positive Impulse ergäben. Die Krise mit ihren »reinigenden« Wirkungen durch »künstliche« Eingriffe vorzeitig zu beenden, konnte nach dieser Auffassung keinesfalls die Aufgabe des Staates sein. Folgerichtig versuchte Brüning daher nur, die Hemmungen zu beseitigen, die den vermeintlich notwendigen Deflationsprozeß verzögerten, später den Preis- und Kostenrückgang zu beschleunigen, um das Krisentief schneller zu erreichen, sowie durch direkte Hilfen den Export zu fördern.

Diese bewußte Deflationspolitik begann mit der Notverordnung vom 26. Juli 1930, in der sich die Reichsregierung das Recht vorbehielt, unwirtschaftliche Preisabsprachen zu annullieren. Es folgten Appelle an das Verantwortungsbewußtsein der Produzenten und Händler, die Preise zu ermäßigen, und am 16. Januar 1931 die Freigabe der Preise für Markenwaren,

soweit sie gegenüber dem 1. Juli 1930 nicht um wenigstens 10% gesenkt worden waren. Ihren Höhepunkt erreichte die Deflationspolitik mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931, durch die das Kabinett sämtliche gebundenen Preise noch einmal um 10% reduzierte, Zinsen und Mieten herabsetzte, Tarifröhne und -gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927, höchstens um 15%, drückte und einen Preiskommissar beauftragte, für die weitere Verbilligung von Gütern und Diensten zu sorgen. Die Absicht war, möglichst viele Preise und Kostenelemente gleichmäßig zu verringern, um die Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland zu stärken, die Wirkungen der Maßnahmen im Innern aber zu neutralisieren. Die Realität sah jedoch anders aus als dieses idealtypisch gedachte Modell. Da es völlig unmöglich war, alle Preise und Kosten im gleichen Tempo und Umfang zu drosseln, stimmten häufig die Kalkulationen nicht mehr, wurden Produktionseinschränkungen und Entlassungen notwendig. In der Erwartung weiterer Preisrückgänge stellten die Käufer die vermeidbaren Ausgaben zurück, wodurch wiederum andere Wirtschaftssubjekte Einkommensverluste erlitten und derselbe *circulus vitiosus* ausgelöst wurde wie durch den staatlicherseits erzwungenen Konsumverzicht.

Die Deflationspolitik wurde zudem ständig durch die systemwidrigen Tendenzen des Agrarprotektionismus durchkreuzt, der der Hochhaltung des landwirtschaftlichen Preisniveaus diente. Die Leidtragenden dieser widersprüchlichen Politik waren insbesondere die nahrungsmittelproduzierenden Gewerbe und der Einzelhandel, die die geringe Flexibilität der Rohstoffpreise durch Schmälerung ihrer ohnehin meist kleinen Verdienstspannen ausgleichen sollten. Der Landwirtschaft brachten ihre Opfer aber nur wenig Nutzen, weil es unmöglich war, einen Produktionssektor aus seiner Verflechtung mit der übrigen Volkswirtschaft zu lösen und vor dem allgemeinen Schrumpfungprozeß zu bewahren.

Zweifel an der Deflationspolitik und frühe Alternativvorschläge

Seit dem Frühsommer 1931 mehrten sich die Zweifel an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Sie hatte bei den als sachverständig geltenden Kreisen, bei den Wirtschaftstheoretikern und -publizisten, den Unternehmern und ihren Verbänden, zunächst fast allgemeine Zustimmung gefunden. Nach den jahrelangen vergeblichen Bemühungen um die Sanierung der Finanzen beherrschte diese Aufgabe so sehr das Bewußtsein, daß Brüningens energischer Fiskalismus zumeist begrüßt wurde. Auch seine deflatorischen Maßnahmen entsprachen ganz der vorherrschenden Auffassung, daß der Wiederaufstieg nach der Anpassung der überhöhten inländischen Preise an das Weltmarktniveau durch Exportsteigerungen ausgelöst würde. Insbesondere die Arbeitgeberorganisationen in Industrie und Handel billigten Brüning's Konzeption, hauptsächlich den Arbeitnehmern und Konsumenten die Lasten der Krise aufzubürden, wegen der vermeintlich

notwendigen Kapitalbildung und im Hinblick auf die »Ankurbelung der Produktion« Besitzbürgertum und Gewerbetreibende aber zu schonen.¹⁸ Erst als deutlich wurde, daß dieser Weg nicht zum Erfolg führte, sondern die gesamte Wirtschaftsordnung in Gefahr geriet, begann auch in diesen Kreisen die Abwendung von Brüning. Nachdem die Agrarier trotz aller Zugeständnisse schon früh wieder in die Opposition zurückgekehrt waren, hatte er bei seinem Sturz auch die Unterstützung der übrigen Arbeitgeberorganisationen weitgehend verloren. Nach der Ausschaltung des Parlaments und der dauernden Brüskierung der Arbeitnehmerorganisationen war die Distanzierung dieser aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht und gesellschaftlichen Stellung einflußreichen Gruppen von entscheidender Bedeutung. Obwohl nur wenige ein durchdachtes Alternativprogramm besaßen, war der Wunsch nach einer Änderung der Finanzpolitik nun fast allgemein.

Im Sommer 1931 waren die Warner noch in der Minderheit. Beachtlich waren insbesondere die Pläne des Herausgebers der linksbürgerlichen kritischen Wochenschrift »Das Tagebuch«, Leopold Schwarzschild, und des Frankfurter Bankiers und Geldtheoretikers, L. Albert Hahn. Beide waren Juden; nicht zuletzt deshalb verhallten ihre Cassandra-Rufe weithin ohne Resonanz.¹⁹ Schwarzschild veröffentlichte am 13. Juni 1931 »die Notverordnung, die nicht kam«.²⁰ Da die deutsche Wirtschaft »zur Wiederingangbringung ihrer reichlich vorhandenen Apparatur und zur Wiederbeschäftigung ihrer reichlich vorhandenen Arbeitskräfte neuer Kaufkraft« bedürfe und diese »nur auf dem Wege des Kredits aufzubringen« sei, schlug er vor, durch einen in drei Jahren zu tilgenden, mit einem Prozent verzinlichen, voll rediskontfähigen Zwangskredit der Banken zugunsten des Reichs das innere Kreditvolumen um maximal 4,2 Milliarden RM zu erweitern. Dies erfordere eine Bargeldvermehrung um höchstens eine Milliarde RM, die durch die Rediskontzusage der Reichsbank gewährleistet und, wie Schwarzschild besonders sorgfältig begründete, bei dem geringen Zahlungsmittelumsatz in Deutschland für die Währung völlig ungefährlich sei. Den Zweck der Kreditinanspruchnahme formulierte er knapp und präzise: »mit möglichster Beschleunigung erhebliche zusätzliche Produktionsaufträge in die Wirtschaft zu pumpen, dadurch großen Massen von Arbeitskräften zu neuem Einkommen zu verhelfen und dadurch wieder die Abnehmerschaft für die produzierten Waren zu schaffen«. Eine den Kriegsgesellschaften nachgebildete, mit großen Zwangsbefugnissen ausgestattete »Planstelle« sollte die zusätzlichen Gelder zum Ankauf in Deutschland hergestellter industrieller Konsumgüter oder – in zweiter Linie – zur Durchführung öffentlicher Arbeiten verwenden. Schwarzschild legte Wert darauf, bei der Konsumgüterindustrie einzusetzen, weil in diesem Bereich der größte Bedarf vorhanden war, weil wegen des raschen Umlaufs von Konsumivkrediten mit derselben Kreditmenge größere Effekte zu erzielen waren als bei Investitionskrediten und weil durch die verbilligte Weitergabe der angekauften riesigen Warenbestände ein solcher Preisdruck entstehen sollte, daß sich die relative Kaufkraft der breiten Bevölkerung noch weiter verbesserte.

Prinzipiell ähnliche Vorschläge machte Hahn sechs Tage später in einem Vortrag vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft der Universität Erlangen. Nach Ausführungen über den deflatorischen Charakter der Weltwirtschaftskrise, über Möglichkeiten und Sinn monetärer Gegenmaßnahmen kam er ebenfalls zu dem Ergebnis, das einzige »Mittel, belebend auf die Konjunktur zu wirken, [sei] in der Vergebung staatlicher Aufträge großen Ausmaßes« zu sehen, die »direkt oder indirekt mit Mitteln der Notenbanken« finanziert werden müßten. Allerdings schränkte er diese Empfehlung auf die Staaten ein, die wie besonders die USA und Frankreich während der Depression Gold- und Devisenzuflüsse erhalten hatten; separate Initiativen Deutschlands und Großbritanniens hielt er für aussichtslos und für eine Bedrohung ihrer Währungen.²¹ Erst nachdem das Hoover-Moratorium, die internationalen Stillhalteabkommen und die Einführung der Devisenzwangswirtschaft die durch Goldverluste drohenden Gefahren beseitigt hatten, setzte auch er sich Ende des Jahres für ein autonomes Vorgehen der deutschen Regierung und Reichsbank ein, falls gemeinsame Aktionen der interessierten Staaten nicht zu erreichen waren.²² Trotz der anfangs unterschiedlichen Auffassungen über den Handlungsspielraum der Reichsregierung hatten damit Schwarzschild und Hahn die entscheidenden Voraussetzungen für die Überwindung der Krise, Kreditschöpfung und vermehrte Staatsnachfrage, im Juli 1931 erkannt. Im Gegensatz zu den meisten Zeitgenossen wußten sie, daß die stets beschworene Währungsstabilität längst verloren, der innere Wert des Geldes infolge des zu geringen Umlaufs gefährlich gestiegen war. Dies waren die Grundgedanken, die in allen späteren Reformvorschlägen wiederkehrten.²³

Etwa gleichzeitig riefen die umfangreichen Kreditkündigungen ausländischer Gläubiger, die wegen der Deckungsvorschriften Geldverknappung im Innern notwendig machten, auch innerhalb des Kabinetts und unter den hohen Ministerialbeamten Zweifel an der bisherigen Finanzpolitik hervor. Nur wenige entwickelten aber eine klar durchdachte Alternativkonzeption. Die meisten verbanden kritische Argumente mit diametral entgegengesetzten Vorstellungen, die eine Fortsetzung der Parallel- und Deflationspolitik erforderten, zu einem unsystematischen und in sich widersprüchlichen Konglomerat. Eine kontinuierliche Wandlung der Auffassungen ist im allgemeinen nicht zu erkennen; die Äußerungen spiegeln in dieser Periode vielmehr die völlige Unsicherheit gegenüber der Krise und den unvereinbaren Ratschlägen der vielen befragten Sachverständigen wider. In kurzen Zeitabständen, ja sogar in einer Sitzung, vertraten dieselben Kabinettsmitglieder völlig konträre Anschauungen.

So erklärte Brüning im Mai 1931 mehrfach, der Schrumpfungsprozeß könne »nur bis zu einem gewissen Grade getrieben werden«,²⁴ und ließ damit erstmals erkennen, daß er sich der prozyklischen Effekte seiner Politik zumindest teilweise bewußt war. Im Dezember 1930 noch hatte er auf die »natürliche Schrumpfung« verwiesen, die »während der nächsten Jahre zu erwarten« sei.²⁵ Am 2. Juni klagte er über die psychologisch und materiell destruktiven Wirkungen der bevorstehenden Notverordnung; richtig

bemerkte er, daß weitere Gehalts- und Lohnsenkungen keine Besserung bringen könnten, sondern einen Kreislauf entstehen ließen, aus dem es keinen Ausweg gebe.²⁶ Obwohl diese Äußerung darauf hindeutet, daß Brüning sogar die Möglichkeit der unkontrollierten, selbst induzierten Verschärfung der Deflation ahnte, sah er offenbar keine Alternative: Die Notverordnung kam, und als einziges Mittel zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten empfahl er: »Nerven behalten und durchhalten«, um den Ring zu sprengen. Wie dies geschehen sollte, blieb unklar, wahrscheinlich erhoffte Brüning alle Rettung von der Beseitigung der Reparationen.

Von dem Hinweis, mit sechs Milliarden RM sei die deutsche Wirtschaft zu sanieren,²⁷ war es nur noch ein Schritt zu dem Versuch, durch eine aktive Einflußnahme die Krisenwende herbeizuführen. Daneben stand allerdings unvermittelt die – berechtigte – Überlegung, Deutschland könne sich nur schwer als einziges Land inmitten der weltweiten Depression diesem Schicksal entziehen, wie auch die fatalistische Erwartung, der Schrumpfungsprozeß werde andauern, bis sich die Preise besserten. Die Möglichkeit, durch innere Kreditschöpfung das Geldvolumen in Deutschland zu vermehren, war für Brüning offenbar indiskutabel. Auf entsprechende Vorschläge der Vorstandsmitglieder der IG Farben, Hermann Warmbold und Hermann Schmitz, sowie des stellvertretenden Vorsitzenden des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Paul Silverberg, ging er bei Beratungen mit Wirtschaftsexperten Ende Juli/Anfang August 1931 ebensowenig ein wie auf die vorsichtigeren Anregung des früheren Bankdirektors, Staatssekretärs im Reichskolonialamt und Reichsfinanzministers, Bernhard Dernburg, im Rahmen einer weltweiten Aktion, nicht allein in Deutschland, sei die Depression mit Hilfe einer dosierten Inflation zu überwinden.²⁸ Die Wirtschaftsprobleme »ohne Inflation« meistern zu wollen, wurde statt dessen zur stereotyp wiederkehrenden Formel.²⁹ Brüning gab zwar zu, daß der Geldumlauf in Deutschland zu gering sei, ihn durch die Hereinnahme einer Auslandsanleihe zu vermehren, lehnte er aber im Hinblick auf seine Reparationspolitik ebenfalls ab.³⁰ Damit war für ihn die kurze Phase inneren Schwankens beendet. Seit August 1931 hielt Brüning unbeirrt daran fest, daß die Deflationspolitik aus außenpolitischen Gründen notwendig sei.

Auch der Reichsfinanzminister Dietrich plädierte am 26. Juli 1931 dafür, die Deflation nicht weiter zu steigern, sondern den inneren Wert des Geldes »etwas« zu lockern.³¹ Dennoch wandte er sich zwölf Tage später gemeinsam mit den Reichsbankvertretern Wilhelm Vocke und Fritz Dreyse gegen Pläne Schäffers und Trendelenburgs, die entzogenen Auslandsgelder in Höhe von 3,5 Milliarden RM durch entsprechende Kreditschöpfung der Reichsbanktochter Golddiskontbank zu ersetzen.³² Trendelenburg selbst gehörte jedoch keineswegs unbedingt zum Kreis derer, die die Depression mit den Mitteln der Geldpolitik zu überwinden hofften; grundsätzlich war er vielmehr der Meinung, daß Ankurbelungsmaßnahmen erst Zweck hätten, wenn das Krisentief bereits erreicht sei.³³ Es mischte sich bei ihm die

alte liberale Theorie, nach der die Krise »ausbrennen« mußte, mit der modernen Anschauung von der regulierenden Funktion des Staates.

Der profilierteste Vertreter dieser Auffassung in seinem Ministerium war Oberregierungsrat Wilhelm Lautenbach, der nach und nach bis zum September 1931 ein in allen Einzelheiten durchdachtes, praktikables Programm für eine autonome Krisenbekämpfung in Deutschland entwickelte.³⁴ Lautenbach ging von der Erwägung aus, daß sich private Unternehmer wegen der schlechten Absatzchancen selbst bei äußerster Kreditverbilligung nicht zu Neuinvestitionen entschließen würden und deshalb ohne die Intervention des Staates mit einem Ende der Depression nicht zu rechnen sei. Seine zentrale Forderung lautete daher wieder: Finanzierung von Staatsaufträgen durch zusätzlichen kurzfristigen Kredit. Drei Milliarden RM sollten durch auf die Reichsbahn gezogene, nach längstens zwölf bis 15 Monaten durch Reichsschatzanweisungen zu ersetzende, rediskontfähige Wechsel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgebracht werden. Gefahren für die Währung waren, wie Lautenbach nachwies, nicht zu befürchten; denn der Bargeldbedarf würde nur um ein bis zwei Millionen RM wachsen, das vergrößerte Kreditvolumen im Augenblick der Konjunkturbelebung alsbald wieder schrumpfen, weil die Unternehmer die Gewinne zunächst zur Liquidierung der eingefrorenen Schulden benutzen müßten.

Ähnlich wie Hahn fürchtete Lautenbach vor allem, daß die Stabilisierung im Innern bei weiter fallenden Weltmarktpreisen zu einer bedrohlichen Verschlechterung der Handels- und Devisenbilanz führen könnte. Dennoch entschied er sich nicht gegen ein autonomes Krisenprogramm, sondern suchte durch ergänzende Maßnahmen die Bezahlung der Rohstoffe sicherzustellen, die bei der erstrebten Produktionsvermehrung wieder in größeren Mengen importiert werden mußten. Neben Einfuhrüberwachung und energischer Exportförderung schlug er zu diesem Zweck die Aufhebung aller Preisbindungen sowie Lohnsenkungen vor, denen nach seiner Berechnung bei dem scharfen Konkurrenzdruck Preisreduktionen unmittelbar folgen würden. Durch die Koppelung der Investitionspolitik mit einer solchen »Spar- und Opferpolitik« hoffte Lautenbach zudem, Sanktionen der Gläubigerstaaten gegen den vermeintlich verschwenderischen Schuldner Deutschland verhindern zu können. Dabei ließ er keinen Zweifel daran, daß Einkommenskürzungen nur im Rahmen eines umfassenden Programms akzeptabel waren, »das die Neueinstellung einer sehr erheblichen Zahl von Arbeitern« und damit die Vergrößerung der Gesamtlohnsumme gewährleistete.³⁵

Es gelang Lautenbach, den Kollegen Trendelenburgs im Reichsfinanzministerium, Schäffer, von der Richtigkeit und Durchführbarkeit seiner Gedanken zu überzeugen. Schäffer war einer der wenigen hohen Beamten, wenn nicht der einzige, der sich von seinen früheren Vorstellungen löste und zu einer neuen Konzeption durchdrang. In den ersten eineinhalb Amtsjahren hatte er im Haushaltsausgleich die wichtigste Aufgabe der Finanzpolitik gesehen. Noch am 1. Mai 1931 hatte er sich gegen Dietrichs Auffassung gewandt, daß Haushaltersparnisse zum Zweck voller Dek-

kung krisenfördernd wirkten. Das Wirtschaftsleben komme nur durch fremdes Geld wieder in Bewegung, das allein bei einem balancierten Etat zu erhalten sei.³⁶ Aufgrund der Gespräche mit Lautenbach und anderen setzte sich Schäffer nun im Spätsommer 1931 für Aktionen gegen die Krise ein. Die weitere Steigerung des Geldwertes dürfe keine Regierung tatenlos hinnehmen, so führte er in einer wichtigen Denkschrift vom 2. September aus, wenn nicht die Mehrzahl der deutschen Unternehmen zum Konkurs gezwungen und durch diese erneute gewaltsame Besitzumschichtung das bestehende Wirtschaftssystem politisch restlos diskreditiert werden solle.

Notwendigkeit und Möglichkeit, durch Kreditausweitung und große öffentliche Arbeiten den Konjunkturanstieg herbeizuführen, beurteilte Schäffer ebenso wie Lautenbach. Nur durch Senkung der fixen Kosten je Stück, d. h. durch die bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten, war die Rentabilität der Unternehmen wiederherzustellen und auf längere Sicht auch wieder mit privaten Investitionen zu rechnen. Lohnkürzungen, selbst um 25 %, sicherten in den meisten Branchen keine ausreichenden Erträge, wie sich Schäffer von prominenten Wirtschaftsvertretern bestätigen ließ. Gefahren für die Währung oder die Liquidität der Reichsbank verneinte er ebenfalls, wobei er besonderen Wert darauf legte, daß der Geldvermehrung die Warenvermehrung unmittelbar folgen würde, weil die Industrieanlagen vorhanden und die Herstellungsfristen durch die starke Rationalisierung sehr verkürzt waren. Auch die Auswirkungen für die öffentlichen Haushalte schätzte Schäffer positiv ein: Bei Bestellungen im Umfang von 2,5 Milliarden RM würden Steuermehreinnahmen und Einsparungen bei der Erwerbslosenfürsorge unmittelbar mindestens 500 Millionen RM erbringen, die die Verzinsung der garantierten Kredite und notfalls die teilweise spätere Rückzahlung erlaubten. Als einzigen Nachteil gab er zu, daß bei einer erfolgreichen Wirtschaftsbelebung die Beseitigung der Reparationen und die Verlängerung des Schuldenmatoriums erschwert werden könnten; aber diese Bedenken entkräftete er durch die Frage: »Kann man es verantworten, an einer richtigen und zweckmäßigen Lösung, die sozial entlastend und politisch beruhigend wirkt, aus taktischen Gründen vorbeizugehen?«³⁷ Ungewollt sprach er damit zugleich ein vernichtendes Urteil über Brünnings Politik und Wertskala aus.

Trotz intensiver Bemühungen konnte Schäffer jedoch weder die notwendige Zustimmung der Reichsbankleitung³⁸ noch die der Reichsregierung erlangen, da zumindest für den Kanzler zu diesem Zeitpunkt der Primat der Reparationsentlastung bereits feststand. Seine Einsichten blieben daher folgenlos. Er ordnete sie den Entscheidungen des Kabinetts unter und konzentrierte auch weiterhin alle Anstrengungen darauf, mit Rücksicht auf die Verhandlungen mit den Gläubigermächten für einen ausgeglichenen Haushalt und Kassenliquidität zu sorgen. In welchen inneren Zwiespalt er dadurch geriet, zeigt ein Brief an Moritz Julius Bonn: »Sie müssen mir glauben, daß es für jemand, der an verantwortlicher Stelle steht, seelisch schwer zu ertragen ist, die Krise »ausbrennen« zu lassen, wenn er täglich sieht, was dabei mit verbrennt. Vielleicht gibt es keinen Weg; es ist aber bitter, diese

Erkenntnis zu verdauen.« Erst als Brüning nach Schäffers Überzeugung durch verschiedene Steuersenkungen den finanziellen Zusammenbruch riskierte, ohne auch nur eines seiner Ziele aufzugeben und andere Prioritäten zu setzen, wies der Staatssekretär die Verantwortung zurück. Da er die drastische Verschlechterung der Kassenlage nicht hatte verhindern können, die Zahlungsfähigkeit des Reichs aber bis zum März 1933 garantieren sollte, legte er am 15. Mai 1932 sein Amt nieder.³⁹

Reichsbank und Wirtschaftswissenschaft gegen eine Antideflationspolitik

Der Mißerfolg bei der Reichsbank kam für Schäffer nicht unerwartet. Er wußte, daß die leitenden Reichsbankbeamten »auf alte Mittel eingeschworen« waren.⁴⁰ Mit der Verantwortung für die Hyperinflation belastet, wagten sie nicht, von den klassischen Regeln der Notenbankpolitik abzuweichen. »Bis [19]23 hatten sie die Quantitätstheorie [des Geldes] nicht begriffen«, jetzt übertrieben sie sie »bis ins Lächerliche«, wie der seit Anfang April 1930 amtierende Reichsbankpräsident Hans Luther urteilte. »Orthodoxie als Seelenverfassung« sei für sie charakteristisch.⁴¹ Luther selbst fühlte sich als Verwaltungsjurist und früherer Oberbürgermeister in Währungsfragen zu unsicher, um gegenzusteuern.⁴² Auch als er im Dezember 1931 zweifelte, ob der Notenumlauf nicht vermehrt werden sollte, bei dem Vizepräsidenten Dreyse aber keinerlei Verständnis für seine Gedankengänge fand, vertrat er nach außen die traditionelle Reichsbankpolitik.⁴³ Mit Brüning und der Mehrheit des Kabinetts stimmte er zudem in der konservativen Grundhaltung und der wirtschaftsfreundlichen Orientierung durchaus überein. Ebenso billigte er zweifellos Brünings nationale Ambitionen, die Krise zur Beseitigung der Reparationen zu nutzen, lehnte er doch im August 1931 langfristige Auslandsanleihen ab, weil sie »eine Verklavung des deutschen Volkes nach sich ziehen« würden.⁴⁴ Luther tendierte dazu, die finanz- und währungspolitischen Probleme aus dem Blickwinkel des ehemaligen Reichskanzlers und Finanzministers zu sehen, ohne zu beachten, daß Sparsamkeit und solide Haushaltsgebarung in der Zeit seiner Kabinettszugehörigkeit von 1923 bis 1926 nach der Geldschwemme der Inflation anders zu bewerten waren als in der Deflationskrise.

Die Politik Luthers und der Reichsbank war in der Großen Depression von entscheidender Bedeutung. Dennoch ist sie unter konjunkturellem Aspekt bisher wenig untersucht worden.⁴⁵ Sie kann daher hier nur in großen Zügen nachgezeichnet werden. Luther billigte Brünings finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht nur grundsätzlich, sondern drängte auch beständig auf harte und kompromißlose Durchführung. So verlangte er unter Hinweis auf die notwendige Kreditbeschaffung rigorose Sparmaßnahmen oft energischer als der Kanzler.⁴⁶ Im Gegensatz zum Kabinett bestritt er, daß es eine Deflationspolitik im Sinne einer gewollten Senkung des Preisniveaus überhaupt gebe. Für ihn war die Deflation ein

»Naturvorgang«, der sich unabhängig von den Maßnahmen der Regierung und der Reichsbank entwickelte.⁴⁷ Folgerichtig sah er keinerlei Möglichkeiten, die Krise zu mildern oder gar einen Konjunkturmarsch herbeizuführen. Für die Bemühungen der »Notenbanktheoretiker«, den Preisverfall durch innere Geld- oder Kreditschöpfung zu stoppen, gebrauchte er das Bild, sie »wollten ein Schiff durch Segelkunst lenken, das in Wirklichkeit von einer Dampfmaschine bewegt werde«.⁴⁸

Ihre Pläne schienen Luther aber nicht nur illusionär, sondern auch gefährlich. Die innere Stabilität der Währung, so dozierte er am 7. Dezember 1931 richtig im Kabinett, sei von dem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Geld- und Warenlauf abhängig. Die Inflation beginne, wenn der Umlauf an Zahlungsmitteln verstärkt werde, ohne daß gleichzeitig das Warenvolumen zunehme. Durch eine Geld- und Kreditvermehrung aber sei das Güterangebot nicht zu vergrößern.⁴⁹ Bei dieser Argumentation übersah er – im Gegensatz zu Schäffer –, daß genügend ungenutzte Produktionskapazitäten, Arbeitskräfte und bei Millionen darbeder Menschen auch ein mehr als ausreichender Bedarf vorhanden waren, um bei einer Kaufkraftsteigerung mit einer sofortigen Vermehrung des Warenumsatzes rechnen zu können.

Obwohl Luther in seinen privaten Aufzeichnungen auch wirtschaftspolitische Gesichtspunkte berücksichtigte, hielt er nach außen hin streng daran fest, daß die einzige Aufgabe der Reichsbank der Schutz der Währung sei.⁵⁰ So reagierte ihre Leitung auf die großen Devisenabzüge im Juni 1931 mit den klassischen Mitteln der Notenbankpolitik: Diskonterhöhung und Kreditrestriktionen, die unter den gegebenen Umständen nur wenig nützten, die reservelose deutsche Wirtschaft, wie Luther erkannte,⁵¹ aber in schwere Bedrängnis brachten und den Zusammenbruch wichtiger Firmen verursachten. Nach der Bankenkrise entschloß sich die Reichsbankleitung zwar, die Rücksicht auf die ohnehin stark gefährdeten Unternehmen der Sicherung der freien Deckungsreserve überzuordnen,⁵² als aber Brüning sie im Dezember ersuchte, zur Unterstützung seiner Deflationspolitik den Diskont zu senken, wies Luther dieses Ansinnen unter Berufung auf seine ausschließliche Verantwortung für die Geldwertstabilität kategorisch zurück. Als »Hüter der Währung« glaubte er sogar, eine Devaluation der RM entsprechend der Abwertung des Pfund Sterling ablehnen zu müssen. Um die nachteiligen Folgen für den deutschen Außenhandel und die Zahlungsbilanz auszugleichen, empfahl er, die Spar- und Deflationspolitik zu forcieren und die Devisenbewirtschaftung zu verschärfen.⁵³ Sparen, Entbehren, Reglementieren waren die einzigen Anregungen, die die Reichsbank in der Krise beisteuerte; ihr Präsident kannte nur ein Rezept zur Überwindung der Depression: die Reduzierung des Lebensstandards.⁵⁴

Um Rückendeckung gegen die Anforderungen der progressiven Geldtheoretiker zu erhalten, sorgte Luther dafür, daß an der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft über Möglichkeiten der monetären Krisenbekämpfung am 16. und 17. September 1931 die – in seinen Augen – »richtigen« Leute teilnahmen.⁵⁵ Die vertraulichen Verhandlungen, in deren Mittel-

punkt sehr rasch Lautenbachs Vorschläge rückten, bieten ein gutes Bild vom Stand der nationalökonomischen Wissenschaft in Deutschland zur Zeit der Großen Depression. Nur drei Diskussionsredner stimmten Lautenbachs Grundgedanken rückhaltlos zu: der Sozialdemokrat und Ordinarius der Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, Eduard Heimann, sowie die Privatdozenten an den Universitäten Kiel und Frankfurt, Hans Neisser und Heinrich Rittershausen.⁵⁶ Mit Recht, aber vergeblich wies Heimann darauf hin, »daß es als die kleinere Gefahr erscheint, auf einer genau festgelegten, theoretisch durchdachten Linie zu marschieren, als am Orte zu treten«.⁵⁷

Alle anderen waren einer Meinung, daß die Finanzierung staatlicher Aufträge im Umfang von 2 ½ bis 3 Milliarden RM mit Hilfe der Reichsbank zur Zeit indiskutabel sei. Die eine Gruppe, zu der Rudolf Hilferding, der Freiburger Ordinarius Karl Diehl, das Vorstandsmitglied der Reichs-Kredit-Gesellschaft E. Stern und der Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung und Privatdozent Erich Welter gehörten, war allenfalls bereit, den Ersatz der abgezogenen Auslandsgelder durch Reichsbankkredite zu akzeptieren, lehnte aber im übrigen jede Geldschöpfung prinzipiell ab. In verschiedenen Kombinationen brachten sie immer wieder dieselben Argumente vor: Für Hilferding war es »ganz klar, daß man durch irgendeine Inflation« – und für ihn war eine Geldvermehrung zur Bekämpfung der Deflation »nichts anderes als Inflation« – »die Störungen des Produktionsprozesses gar nicht ausgleicht«. Wichtiger schien ihm, eine Verschlechterung des Wechselkurses der Mark unbedingt zu verhindern.⁵⁸ Die übrigen Gegner Lautenbachs betonten außerdem den liberalen Grundsatz, daß die notwendige Anpassungs- und Reinigungskrise nicht vorzeitig beendet, die »an sich gesunde Preisentwicklung« nicht aufgehalten werden dürfe.⁵⁹ Johannes Popitz schließlich lehnte die Intervention des Staates überhaupt ab, indem er den alten Vorwurf aufgriff, daß die öffentliche Hand nur unrentable Arbeiten in Auftrag geben könne.⁶⁰

Die andere Gruppe mit den Universitätsprofessoren Gerhard Colm (Kiel), Walter Eucken (Freiburg), Wilhelm Röpke (Marburg) und Edgar Salin (Basel) sowie dem Mitinhaber des Berliner Bankhauses Mendelssohn und Co, Rudolf Löb, teilte zwar im wesentlichen diese Auffassungen, war aber wegen der Gefährlichkeit der Situation bereit, das von Lautenbach vorgeschlagene Heilmittel »in homöopathischen Dosen« zu versuchen.⁶¹ So bekannte Röpke, er stehe »gefühlsmäßig« [!] den liberalen Theoretikern »sehr nahe, die die Meinung vertreten, daß es durchaus gefährlich und bedenklich sei, den Adjustierungsprozeß, den Wiedereinschwingungsprozeß, den eben die Krise bedeutet, mit neuen Kreditinjektionen ablenken zu wollen«. Er gestand Lautenbach aber zu, daß die bessere Nutzung der brachliegenden Produktionsreserven zu einer Kostendegression führen werde und daher eine »isolierte Kreditexpansion« – ohne entsprechende Maßnahmen im Ausland – keine Preissteigerungen bewirken müsse. Der zur Verfügung stehende Spielraum sei jedoch »verhältnismäßig eng«, so daß »eine positive Konjunkturbelebung in Deutschland« nicht erwartet

werden könne, sondern bestenfalls »vielleicht ein Anhalten dieses kumulativen Niedergangsprozesses«. ⁶²

Wie ihm ging es auch Colm darum, die Kreditausweitung »nur in einem Ausmaß und in einem Tempo« vorzunehmen, »durch das in jedem Zeitpunkt die Manövrierfähigkeit der Reichsbank erhalten wird«. ⁶³ Daß ein 1½-Milliarden-Programm zum Ruin der Mark führen werde, erschien Salin als sicher. Er hielt höchstens die Ausgabe von Reichsbahnwechseln im Wert von 150 bis 200 Millionen RM für möglich. ⁶⁴ Löb sprach sich zwar wie Eucken für eine gewisse Risikobereitschaft aus, da man »ohne Risiko nehmen [...] aus der heutigen Situation ja ganz sicher nicht« herauskomme, wollte den Versuch, durch Kreditschöpfung die wirtschaftliche Sanierung einzuleiten, aber ebenfalls auf eine Größenordnung »weit unter dem Betrag von 1200 oder 1500 Millionen« RM beschränken. ⁶⁵ Sie alle verkanteten, daß der Erfolg des Projekts gerade von der genügend starken Initialzündung abhing, daß es bei ihrer Haltung daher von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Die Einstellung der Wirtschaftswissenschaftler, die sich bei der Tagung exponierten, war durchaus charakteristisch. Die Mehrheit der deutschen Nationalökonomien vertrat die dargelegten Auffassungen eher noch pointierter. Der Hinweis auf einige prominente Beispiele muß genügen: Melchior Palyi bekundete in einem Gutachten für den Reichskanzler über Vorschläge zur monetären Krisenbekämpfung, die der volkswirtschaftliche Mitarbeiter der Preußischen Seehandlung, Hans Gestrich, vorgelegt hatte, sein völliges Unverständnis für diese Gedanken; wie er malte auch Moritz Julius Bonn in bezug auf Lautenbachs Pläne das Schreckgespenst der Inflation an die Wand, und Gustav Stolper stritt in seiner Zeitschrift, dem Deutschen Volkswirt, mit denselben Argumenten stets energisch gegen alle Reformideen und eine Abwendung von der Deflationspolitik. ⁶⁶

Bei den Diskussionen über das Für und Wider der Kreditschöpfung tauchte schon zu dieser Zeit immer wieder der Name Keynes auf. ⁶⁷ Die in der Literatur häufig zu lesende Erklärung für das Versagen der Politiker und Wirtschaftstheoretiker vor den Aufgaben der Großen Depression, Keynes' Lehren seien 1931 in Deutschland noch unbekannt gewesen, trifft daher nicht zu. ⁶⁸ Auch wenn sein Hauptwerk von 1936: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, noch nicht vorlag, wurden sie nicht nur in wissenschaftlichen Kreisen, sondern sogar in regionalen Verbandszeitschriften erörtert. ⁶⁹ Durch sein Buch: »*A Treatise on Money*« (1930), zahlreiche Veröffentlichungen in deutschen und englischen Fachzeitschriften sowie eine unermüdliche Vortragstätigkeit hatte Keynes für die Verbreitung seiner Gedanken gesorgt. Nicht weil sie diese Ideen nicht kannten, sondern obwohl sie von ihnen wußten, entschieden sich die Gegner einer antizyklischen Geld- und Finanzpolitik für passives Abwarten. Sie hatten sich mehr oder weniger gründlich mit ihnen auseinandergesetzt, gaben aber dennoch den traditionellen Methoden den Vorzug. Zur Vorbereitung einer bewußten Deflationsbekämpfung leisteten die etablierten Wirtschaftstheoretiker in Deutschland nur wenig. ⁷⁰

Forcierte Deflationspolitik nach der Pfundabwertung

Überlegungen über Sinn und Erfolg der Deflationspolitik spielten nach der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft für die Reichsregierung keine Rolle mehr. Die Lösung des englischen Pfundes vom Goldstandard, die drei Tage später bekannt wurde, beendete die Phase der Unsicherheit. Hermann Dietrich erklärte am 2. Oktober 1931 im Kabinett, er habe bis vor kurzem an der Deflationspolitik gezweifelt, infolge der Pfundabwertung aber seine Meinung geändert.⁷¹ Brüning, die einflußreichen Kabinettsmitglieder wie auch die Reichsbank lehnten es mit Rücksicht auf die Inflationsfurcht der deutschen Bevölkerung und wegen der auf Pfund lautenden Schulden ab, dem Vorgehen der englischen Regierung zu folgen. Durch eine verschärfte Deflationspolitik hofften sie, das inländische Kostenniveau so weit zu senken, daß der Exportüberschuß trotz der plötzlichen rund 20%igen Verbilgung der konkurrierenden englischen Waren erhalten blieb.⁷² Die Härten, die damit unvermeidlich verbunden waren, rechtfertigte Brüning durch den Hinweis, daß sich das Deutsche Reich nicht als einziges Land dem weltweiten Schrumpfungsprozeß entziehen könne. Wie gering er die Erfolgchancen letztlich einschätzte, zeigte sich darin, daß er in derselben Kabinettsitzung, in der er diese Konzeption entwickelte, mit einer Verschlechterung der Zahlungsbilanz um eine Milliarde RM rechnete.⁷³ Als positive Zukunftsperspektive hatte er nur noch die vage und illusionäre Hoffnung zu bieten, daß die englische Regierung bald die Goldparität des Pfundes wiederherstellen und dann auch die Wettbewerbslage der deutschen Wirtschaft sich wieder bessern werde.⁷⁴

Als sich diese Erwartung nicht erfüllte, stellte er Ende November die düstere Prognose: In zwei Jahren werde die Sozialversicherung zusammenbrechen. Die deutsche Bevölkerung werde auf den Lebensstandard der tschechischen Arbeiter herabsinken, ein neuer Aufschwung erst nach etwa 20 Jahren kommen.⁷⁵ Dennoch verschloß sich Brüning allen finanzpolitischen Alternativvorschlägen mehr denn je. Eine Woche später erging die Notverordnung, durch die der Versuch systematischer und umfassender Deflationierung Gesetzesform erhielt. Zum Reichspreiskommissar wurde der Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler ernannt, der noch im April 1932 die »Ankurbelung eines künstlich gesteigerten Verbrauchs« ebenso entschieden ablehnte wie die Devaluation der Reichsmark und als Rettungsmittel vor allem Sparsamkeit, außerdem die Beseitigung der Tarifverträge, »stärkste Eliminierung der Frauen aus der Berufstätigkeit« sowie die Liquidierung der Arbeitslosenversicherung und die Bedürftigkeitsprüfung für alle Unterstützten empfahl.⁷⁶

Vergeblich plädierte der neue Reichswirtschaftsminister Warmbold für eine Geldschöpfung von zwei Milliarden RM;⁷⁷ vergeblich bekannte sich auch Dietrich seit Anfang 1932 erneut zu der Auffassung, daß die Deflationspolitik zu weit getrieben worden und eine Inflation nicht zu befürchten sei, solange Geldnoten nur zu produktiven Zwecken gedruckt würden.⁷⁸ Selbst ein Antrag des Reichsarbeitsministeriums, zur Milderung der

Arbeitslosigkeit einer Kreditausweitung und Auftragsvergabe im Umfang von 1,2 Milliarden RM zuzustimmen, verfiel in der Reichskanzlei der Ablehnung, weil dann die Währung nicht mehr zu schützen sei.⁷⁹ Dabei hatte der Ressortchef, der Zentrumsrepublikaner Adam Stegerwald, stets zu den sichersten und selbst bei unpopulären Entscheidungen verlässlichen Gefolgsleuten Brünings im Kabinett gehört. Seit der Pfundabwertung zeigte der Kanzler keinerlei Bereitschaft mehr, seinen finanzpolitischen Kurs auch nur partiell zu überdenken.

Bei den Auseinandersetzungen um eine Neuorientierung der Finanz- und Wirtschaftspolitik kehrten vor allem zwei Argumente stereotyp wieder, deren Berechtigung daher noch kurz geprüft werden muß. Zur Begründung ihrer konservativen Haltung beschworen Brüning und die Anhänger seiner Finanzpolitik zum einen beständig die Gefahr einer neuen Inflation oder verwiesen zumindest auf die Inflationsfurcht der Bevölkerung, durch die monetäre Experimente Panik und ungeahnte Katastrophen hervorrufen könnten; zum anderen erinnerten sie an die außenpolitische und außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands, die eine isolierte Sanierung verhindere. Die Möglichkeit einer neuen Inflation war, solange die verheerende Deflationskrise andauerte, durchaus unreal. Die Angst vor einem solchen Erlebnis war wenige Jahre nach der totalen Geldentwertung gewiß stark und weit verbreitet, wie die Hamsterkäufe in Berlin, Hamburg und anderen Städten nach dem Bankenkrach zeigten.⁸⁰ Aber der Versuch, sich durch die Anschaffung dauerhafter Gebrauchsgüter vor neuen Verlusten zu schützen, hätte den Geldumlauf vermehrt, Produktion und Absatz gefördert und so antizyklische Maßnahmen der Regierung sogar unterstützt. Mit Recht verwahrten sich die Verfechter einer aktiven Konjunkturpolitik gegen die Vorstellung, daß eine gesunde Währung nur aufgrund psychologischer Momente zerstört werden könnte.

Mehr Beachtung verdiente der Hinweis auf die außenpolitischen Bindungen und die Abhängigkeit Deutschlands von der Weltwirtschaft. Bei den deflationistisch eingestellten Reparationsgläubigern hätten Kreditausweitung, Geldschöpfung und defizitäre Haushaltspolitik zweifellos Unwillen erregt und die Bereitschaft zur Revision der »Tribut«-Regelung gemindert. Der Young-Plan schloß die Aufgabe des Gold-Devisen-Standards aus. Daß das Deutsche Reich als Schuldnerland am allerwenigsten auf eine streng fiskalische Finanzpolitik verzichten könne, war auch im internationalen Bereich die vorherrschende Überzeugung. Ebenso waren die Gefahren für die Devisenbilanz nicht zu unterschätzen, denn die separate Überwindung der Deflationskrise bedeutete langfristig ja Stabilisierung oder gar Hebung des inländischen Preisniveaus bei fortwährendem Verfall der Weltmarktpreise, was bei freiem Devisenverkehr zu permanenten Abflüssen führen mußte. Seit dem Sommer 1931 waren diese Befürchtungen aber nicht mehr aktuell: Die Devisenbewirtschaftung erlaubte es, die Herabgabe ausländischer Zahlungsmittel beliebig zu steuern. Für die privaten Auslandsschulden wurde ein Moratorium vereinbart, die Reparationen waren seit Anfang Juli ausgesetzt. Die Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem

Ausland war trotz aller Anstrengungen offenkundig. Nach der Abwertung des Pfund Sterling und 17 anderer Währungen konnte niemand mehr der deutschen Regierung das Recht absprechen, diesem Schritt zu folgen. Spätestens seit Ende September 1931 gab es weder wirtschaftliche noch politische noch moralische Gründe für eine Fortsetzung der Parallel- und Deflationspolitik.

Die Bilanz dieser Finanzpolitik war verheerend. Keines der gesteckten Ziele wurde erreicht. Die Beseitigung der Reparationen kam zu spät und wurde zu teuer erkaufte. Die Ausfuhr ging ständig und insbesondere seit der Pfundabwertung stark zurück. Der Etatausgleich gelang trotz der enormen Kürzung der Ausgaben von 8,2 Milliarden RM in der Rechnungsperiode 1930/31 auf 6,6 Milliarden RM 1931/32 und 5,7 Milliarden RM 1932/33 in keinem Jahr. Es blieben Defizite von 631, 183 bzw. 143 Millionen RM, einschließlich der aus den Vorjahren übernommenen Fehlbeträge von 1,5, 1,7 und 1,9 Milliarden RM.⁸¹

Zusammenbruch der kommunalen Finanzwirtschaft

Noch schlimmer stellte sich die Situation dar, wenn die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden als Einheit gesehen wurden. Trotz der Überschüsse von insgesamt 125 Millionen RM, mit denen die Länder noch in das Haushaltsjahr 1929/30 gegangen waren, führten die rasch wachsenden Belastungen während der Krise bereits am Ende der Rechnungsperiode zu einem wenn auch unbedeutenden Defizit von 10 Millionen RM, das sich in den folgenden Jahren rapide auf 113 Millionen RM 1930/31, 154 Millionen RM 1931/32 und 246 Millionen RM 1932/33 vergrößerte.⁸² Ende 1931 drohte die Zahlungseinstellung Preußens; die Finanzlage Sachsens, Hessens und einiger kleinerer Länder war ebenfalls verheerend.⁸³

Die Situation war nicht zuletzt deshalb so kritisch geworden, weil die Länder den finanziellen Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden verhindern mußten. Bei den Kommunen hatten die Ausgaben schon 1928/29 die Einnahmen um etwa 100 Millionen RM überstiegen, in den nächsten drei Jahren lagen sie um jeweils rund 300 Millionen RM und schließlich 1932/33 um knapp 500 Millionen RM darüber. Die Fehlbeträge summierten sich, so daß sich das dank früherer Überschüsse 1928/29 noch verbliebene Plus von 75 Millionen RM in ein Minus von 207, dann 447, 714 und endlich 1932/33 1175 Millionen RM verwandelte.⁸⁴

Die Gemeinden gerieten in der Krise von zwei Seiten her unter Druck. Dabei wirkte sich aus, daß Reich und Länder der Versuchung erlagen, die eigenen Finanzkalamitäten auf Kosten der Kommunen zu mildern, die sich gegen die Überwälzung neuer Aufgaben und Lasten mangels einer verfassungsmäßigen Vertretung auf Reichsebene nicht genügend wehren konnten. Auf der einen Seite gingen die Einnahmen, da die Gemeinden selbst nur über die besonders konjunkturrempfindlichen Realsteuern verfügten, überdurchschnittlich stark zurück. Während sich das Steueraufkommen

des Reichs gegen 1928/29 erstmals 1931/32 auf 99%, 1932/33 auf 89% verringerte, sank das der Gemeinden von 4,4 (1928/29) über 4,3 (1930/31) und 3,7 (1931/32) auf knapp 3 Milliarden RM (1932/33), also bereits ein Jahr früher auf 99%, dann 84%, schließlich 67%.⁸⁵ Die Erträge ihrer Versorgungswerke schrumpften von 752 Millionen RM im Jahr 1930/31 auf 650, dann 580 Millionen RM.⁸⁶ Auf der anderen Seite stiegen ihre zwangsläufigen Ausgaben infolge der enormen und unaufhaltsamen Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen ins Unermeßliche. Obwohl die Unterstützungen im Lauf der Krise erheblich gekürzt wurden – die jährlichen Aufwendungen für den einzelnen Wohlfahrtserwerbslosen beliefen sich 1929 auf 750 RM, 1930 auf 700 RM und 1931 auf 630 RM⁸⁷ – verdoppelten sich die Ausgaben für den Unterhalt dieser Gruppe und den Anteil an der Krisenfürsorge von Jahr zu Jahr. Sie betragen 1928/29 150, 1929/30 278, 1930/31 595 und 1931/32 1110 Millionen RM.⁸⁸

Angesichts derartiger Anforderungen war die äußerste Drosselung aller anderen Ausgaben unvermeidlich. Detaillierte und rigorose Sparvorschläge, die der Deutsche Städtetag am 15. Dezember 1930 und 17. August 1931 vorlegte, wurden nach und nach von den meisten Gemeinden verwirklicht, weil sonst keinerlei Hilfe des Reichs oder der Länder zu erlangen war. Der kommunale Wohnungs- und Straßenbau kam infolgedessen nahezu zum Erliegen, die Werke und Anlagen wurden nur notdürftig unterhalten, fast alle Bauvorhaben eingestellt, die seit dem Krieg erreichten Fortschritte im Bereich des Bildungswesens – insbesondere durch Erhöhung der Klassenfrequenzen, Verringerung und Verschlechterung des Unterrichts, starke Einschränkung der Lehrgeld- und Lernmittelfreiheit, Erschwerung des Zugangs zu den höheren Schulen und Universitäten – zum größten Teil wieder rückgängig gemacht.⁸⁹ Am 10. August 1931 konnten die kommunalen Spitzenverbände darauf hinweisen, daß die Gemeinden alle Einnahmeausfälle und Mehrbelastungen mit Ausnahme der Kosten für die Versorgung der Wohlfahrtserwerbslosen durch Einsparungen ausgeglichen hätten.⁹⁰

Dieser letzte Ausgabenposten machte das Bemühen um geordnete Finanzen immer wieder zunichte. Waren die Einkünfte aus den Reichsüberweisungssteuern 1929 noch sechsmal so hoch gewesen wie die Aufwendungen für die wirtschaftliche Fürsorge, so deckten sie 1932 nur noch die Hälfte.⁹¹ Schon 1930 war keine Stadt mehr in der Lage, die Wohlfahrtserwerbslosen aus laufenden Mitteln zu unterhalten. Die kurzfristige Verschuldung nahm infolgedessen sprunghaft zu. Die Verantwortlichen waren sich zwar der finanzpolitischen Problematik dieser rein konsumtiven Kredite durchaus bewußt; aber sie hatten keine Wahl, wollten sie keine Hungerrevolten provozieren.⁹²

Nur den dringendsten Kreditbedarf der Gemeinden schätzte der Deutsche Städtetag 1931 auf 70 bis 80 Millionen RM im Monat.⁹³ Ihre Gesamtschuld wuchs zwischen 1928 und 1930 von 5,8 auf 9,1 Milliarden RM und stagnierte in den folgenden Jahren bei etwa 10 Milliarden RM. Die kurzfristige Schuld belief sich 1928 und 1929 auf rund eine Milliarde RM, seit 1930

schnellte sie auf durchschnittlich 1,7 Milliarden RM.⁹⁴ Obwohl sie damit nicht übermäßig hoch war, bildete sie eine ständige Gefahr für die Zahlungsfähigkeit der Gemeinden, weil der überwiegende Teil – bei den am 1. Oktober 1931 fälligen Schulden der Groß- und Mittelstädte 18 von 23 Millionen RM – nicht mehr gedeckt war.⁹⁵ Aber selbst die regulären Kosten des Anleihendienstes, nach den enormen Zinserhöhungen 1931 ca. 650 Millionen RM, waren bei der allgemeinen Zerrüttung der Kommunalfinanzen kaum noch aufzubringen. Am 1. April 1932 waren nur die Städte mit mehr als 25 000 Einwohnern bei diesen Zahlungen mit 109 Millionen RM im Rückstand.⁹⁶ Mahnungen des Reichswirtschaftsministeriums, den Zins- und Tilgungsverpflichtungen pünktlich nachzukommen, verschlugen nichts in einer Zeit, da viele Gemeinden überhaupt nur noch Löhne, Gehälter und Unterstützungen zahlen konnten, Steuerüberweisungen – oft mit stillschweigender Duldung der Landesaufsichtsbehörden – zurückhielten und selbst fällige Rechnungen nicht beglichen.⁹⁷ Daß durch diese Praxis insbesondere kleine und mittlere Produzenten in Bedrängnis gerieten und an der Glaubwürdigkeit des Staates zu zweifeln begannen, braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Die Gemeinden selbst waren der katastrophalen Entwicklung ihrer Finanzen gegenüber machtlos. Um so dringender verlangten sie von der Reichsregierung, durch grundlegende Maßnahmen Einnahmen und Ausgabenverpflichtungen wieder in ein tragbares Verhältnis zu bringen. Neben Lohn-, Gehalts- und Preissenkungen, um ihre besonders hohen zwangsläufigen Kosten zu reduzieren, neben der Erschließung neuer flexibler Einnahmequellen und endlich, seit Mitte 1931, neben einem gesetzlichen Kündigungs- und Vollstreckungsschutz sowie der einjährigen Aussetzung der Tilgung bei langfristigen Anleihen forderten sie vor allem und mit wachsendem Nachdruck, ihnen die Fürsorge für die ausgesteuerten Arbeitslosen abzunehmen.⁹⁸ Als Lösung schlugen sie zunächst die Einbeziehung der Wohlfahrtserwerbslosen in die Krisenunterstützung vor, später, 1932, als mehr Arbeitslose von den kümmerlichen Fürsorgesätzen leben mußten als von den Leistungen der Versicherung, die Zusammenfassung der gesamten Erwerbslosenversorgung in einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge, die organisatorisch von den Gemeinden, finanziell größtenteils vom Reich getragen werden sollte. Ihre Argumentation, daß sie zwar regionalen Notständen, nicht aber den Folgen einer allgemeinen Katastrophe wie der Weltwirtschaftskrise steuern könnten, für die deshalb das Reich aufkommen müsse, fand allmählich breite Zustimmung.

Dennoch blieb es in der Ära Brüning, abgesehen von der gesetzlichen Unterstützung des Ausgabenabbaus, bei punktuellen Hilfen. Die Reichsregierung beschränkte sich darauf, seit Juni 1931 bei ungewöhnlich hohen Wohlfahrtslasten Zuschüsse zu gewähren, durch die der dringendsten Not abgeholfen, die Gefahr des finanziellen Zusammenbruchs aber nur vorübergehend gebannt wurde. Die prinzipielle Reorganisation der Arbeitslosenversorgung wurde nicht in Angriff genommen. Für einzelne Politiker spielte dabei die Befürchtung eine Rolle, sie könne, wenn die Vorschläge

des Deutschen Städtetages verwirklicht würden, zur Armenpflege degenerieren.⁹⁹ Für die Mehrheit des Kabinetts und den Kanzler waren jedoch andere Motive entscheidend. Sie sahen in der finanziellen Hilfsbedürftigkeit der Gemeinden das willkommene Instrument, die Selbstverwaltung einzuengen und ihre politischen Vorstellungen auch in diesem Bereich durchzusetzen. Die Neigung, durch Umverteilung der Aufgaben die kommunale Finanzmisere zu beenden und sich dieses Druckmittels zu begeben, war daher gering.

In der Einstellung der Reichsregierung wirkten weit verbreitete Ressentiments gegen die angeblich unsolide Haushaltsführung der Gemeinden nach. Sie hatten durch die Kritik des Reparationsagenten Parker Gilbert in seinem Bericht vom 20. Oktober 1927 starken Auftrieb erhalten, zumal der Reichsbankpräsident die Vorwürfe aufgegriffen und zu einer heftigen öffentlichen Kampagne gegen die Gemeinden benutzt hatte. Ohne jedes Verständnis für kommunale Aufgaben polemisierte Schacht vor allem gegen die »unproduktive« Verwendung von ausländischen Krediten und gebrauchte seine Stellung als Reichsbankpräsident und Vorsitzender der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, um die Gemeinden vom internationalen Kapitalmarkt abzudrängen – mit dem Ergebnis, daß sie um so stärker kurzfristige und teure Inlandsgelder in Anspruch nahmen.¹⁰⁰ Schachts Vorgehen war sachlich kaum berechtigt. Kommunale Auslandsanleihen fielen ihrem Umfang nach gegenüber denen des Reichs, der Länder und privater Kreditnehmer überhaupt nicht ins Gewicht. Krankenhäuser, Schulen, Bäder, Spielplätze, Sportanlagen und Straßen, die mit Hilfe der Anleihen gebaut wurden, waren zwar nicht produktiv in dem Sinn, daß die Erträge die Verzinsung und Tilgung der Schuld ermöglichen; dennoch waren diese Investitionen volkswirtschaftlich sinnvoll, weil sie der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft sowie der Heranbildung eines qualifizierten Nachwuchses dienten und durch die Verbesserung der Infrastruktur der Privatwirtschaft enorme Ausgaben ersparten. Schacht leitete auch weniger die Sorge um die Liquidität der Gemeinden als das Bestreben, dort, wo er über Einfluß verfügte, die Kapitalimporte zu blockieren, um den »unechten«, nicht durch Ausfuhrüberschüsse, sondern durch Leihdevisen ermöglichten Transfer der Reparationen zu verhindern.

Breite Resonanz sicherten diesen Angriffen vor allem zwei Bevölkerungsgruppen. Unternehmer aller Größenordnungen waren, weil sie sich durch die Realsteuern übermäßig belastet fühlten, von der Verschwendungssucht der Kommunalparlamente überzeugt und liefen mit Hilfe ihrer Interessensverbände, der von ihnen abhängigen Presse und ihrer politischen Vertreter dagegen Sturm. Ihnen gesellten sich viele Anhänger der Reichsreform zu, die ihre Abneigung gegen die Demokratisierung des öffentlichen Lebens verbargen, indem sie die Gemeindegeldverwaltung als krassen Ausdruck des »Überparlamentarismus« bekämpften. Alle diese Kritiker bedienten sich der Methode, Einzelercheinungen zu verallgemeinern. Sie ignorierten, daß die wesentlichen Ursachen für die Schwierigkeiten der Kommunen in der Benachteiligung bei der Neuordnung des Finanzwesens

nach dem Krieg lagen. Die Gemeinden waren von den ertragreichsten Steuern, insbesondere der Einkommensteuer, aber auch den Grund- und Gebäudesteuern, abgedrängt worden, weshalb sie die ihnen verbliebenen Realsteuern oft aufs äußerste anspannen mußten. Während Reich und Länder ihren Anteil am gesamten Steueraufkommen zwischen 1913/14 und 1925/26 hatten vergrößern können, war derjenige der Kommunen von 37,3% auf 31,7% gesunken.

Finanzbedarf und Einnahmen hatten sich kraß auseinanderentwickelt. Die Ausgaben des Reichs waren seit der Vorkriegszeit um 123,5%, die der Länder, etwa dem Durchschnitt entsprechend, um 96,2% und die der Gemeinden um 87,5% gestiegen; gleichzeitig hatten sich aber die Steuereinnahmen des Reichs bei einem Gesamtdurchschnitt von 149,8% um 162,0%, die der Länder um 206,7% und die der Gemeinden lediglich um 112,4% vermehrt. Allein die Wohlfahrtsausgaben waren lange vor dem Beginn der Wirtschaftskrise schon annähernd so groß wie 1913/14 die kommunalen Gesamthaushalte und machten etwa die Hälfte der ganzen Etatsumme aus. Wie sparsam deshalb die Gemeinden in allen anderen Bereichen wirtschaften mußten, zeigt die Entwicklung des Zuschußbedarfs, also der durch Steuern und Erträge aus dem Erwerbsvermögen zu deckenden Ausgaben. Er wuchs bei ihnen am geringsten um 34,8%, dagegen beim Reich um 40% und bei den Ländern um 35,3%. Nach Aufgabengebieten aufgliedert, vergrößerte sich der kommunale Zuschußbedarf beim Wohlfahrtswesen überdimensional um 137%, bei der allgemeinen Verwaltung um 18,2% und bei der Polizei um knapp 10%. Im Bildungssektor ergab sich sogar ein Rückgang um 15,3%. Daß sich die Aufwendungen für Wirtschaft und Verkehr trotz des kriegsbedingten Nachholbedarfs nur um 6,6% erhöhten, zeigt deutlich, wie sehr sich die Gemeinden im allgemeinen auf die notwendigsten Arbeiten beschränkten. Auch ihre Anleihepolitik war durchaus vorsichtig; auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, hatte die Kommunalverschuldung 1925/26 gegen 1913/14 um 2,3% abgenommen.

Aufgrund aller dieser Zahlen war für unvoreingenommene Beobachter seit der regelmäßigen Veröffentlichung der Reichsfinanzstatistik »zumindest wahrscheinlich, daß die Steigerung der Aufwendungen bei den Gemeinden das allgemeine Maß eher unterschreitet«. ¹⁰¹ Albert Hahn war sogar überzeugt, daß »diejenigen unter den Städtegegnern, die überhaupt wirtschaftswissenschaftlich zu denken vermögen, heute nicht mehr [bestreiten], daß die sämtlichen bekannten, gegen die Auslandsanleihen der Städte vorgebrachten Argumente wissenschaftlich unhaltbar sind«. ¹⁰² Die Reichsregierung hinderte das jedoch nicht, an den längst widerlegten Klischees festzuhalten und ihre Politik gegenüber den Kommunen in der Großen Depression durch sie bestimmen zu lassen.

Finanzminister Dietrich war noch im November 1930, als die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen bereits ein bedrohliches Ausmaß erreicht hatte, der Auffassung, Länder und Gemeinden seien nach der Gehaltskürzung besser gestellt als das Reich. Den Kommunen warf er vor, ihnen fehle der

Wille zum Sparen, wie die Höhe der von ihnen gezahlten Spitzengehälter zeige.¹⁰³ Dieses Mißtrauen beherrschte den einstigen Oberbürgermeister von Konstanz bis weit ins Frühjahr 1932 hinein. Hinzu kam eine ausgesprochen negative Beurteilung der Großstädte. Wenn Erwerbslose aus ihnen fort aufs Land zogen, weil ihr Lebensunterhalt nicht mehr gesichert war, so sah Dietrich darin eine durchaus günstige Entwicklung.

Seine »ja bekannte scharfe Einstellung« nannte selbst der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Pünder, als größtes Hindernis, als die Kommunalverwaltungen infolge der zeitweiligen Blockierung des Zahlungsverkehrs und der Häufung der Anforderungen Ende Juli 1931 eindeutig ohne eigenes Verschulden in akute Schwierigkeiten gerieten und eine Übergangshilfe erbateten.¹⁰⁴ Obwohl sie inzwischen fast ausnahmslos nur noch die dringendsten Verpflichtungen erfüllen konnten, bestand Dietrich weiterhin auf dem »schlüssigen zahlenmäßigen Nachweis schärfster Ausgabendrosselung«, bevor er sich zu einer Unterstützung bereit fand.¹⁰⁵ Bemühungen führender Kommunalpolitiker seiner eigenen Partei, mehr Verständnis für die Probleme in den Gemeinden zu wecken, schlugen völlig fehl.¹⁰⁶ Im November 1931 verweigerte Dietrich sogar der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände die erbetene Unterredung, ein bis dahin beispielloser Affront, der um so verbitternder wirkte, als der Finanzminister für die Vertreter der wirtschaftlichen Interessenorganisationen anscheinend stets zu sprechen war.¹⁰⁷ Erst im März 1932 gestand Dietrich zu, »daß die Gemeinden im allgemeinen jetzt eine sparsame Wirtschaft führen«, daß ihre finanzielle Existenz durch die Erwerbslosenfürsorge bedroht werde.¹⁰⁸ Konsequenzen wurden aus dieser Erkenntnis während seiner Amtszeit aber nicht mehr gezogen.

Auch Dietrichs Staatssekretär Schäffer erklärte Anfang Dezember 1930 noch, es sei zu früh, den Gemeinden zu Hilfe zu kommen; sie brächten nur Ordnung in ihr Finanzwesen, »wenn sie in Schwierigkeiten seien«.¹⁰⁹ Mit geradezu brutaler Härte wollte der Reichsbankpräsident, der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reichs und frühere Oberbürgermeister von Essen, Hans Luther, den Willen der Zentralgewalt durchsetzen. Die Auffassung, daß keine Stadt in Konkurs gehen dürfe, lehnte er ab. »Dieser Heilfaktor sollte nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden.«¹¹⁰ Auf den Druck der Reichsbank ging auch die Notverordnung vom 5. August 1931 zurück, die den Sparkassen den Kreditverkehr mit den Kommunen generell untersagte, obwohl sie, wie der Deutsche Städtetag nachweisen konnte, in ihrer Gesamtheit die von ihnen geschaffenen Geldinstitute nicht übermäßig in Anspruch genommen hatten und die mancherorts drohende Illiquidität nicht allein durch festgefrorene Kommunalkredite, sondern ebenso sehr durch die von Reichs- und Landesbehörden mit Rücksicht auf den Baumarkt propagierte übergroße Ausdehnung des Realkredits und die Anlage eines Teils der Reserven in Reichs- und Staatspapieren verursacht war. Die Notverordnung brachte den Kommunalverwaltungen nicht nur eine enorme zusätzliche Erschwerung ihrer Arbeit, sie wirkte ungerecht und diskriminierend, als »Fanfare gegen die Gemeinden«.¹¹¹

Die Reichsbank hatte sie – mit Hilfe der preußischen Regierung – allerdings nur deshalb so leicht durchsetzen können, weil die zugrunde liegende Tendenz den Intentionen des Kabinetts Brüning entsprach. Der Kanzler hatte sogar beabsichtigt, harte Strafen gegen Oberbürgermeister anzudrohen, die ohne landesbehördliche Genehmigung kurzfristige Kredite aufnahmen,¹¹² oft der einzige Weg, an die existentiell von den Städten abhängigen Menschen Zahlungen zu leisten. Vor der Reichstagsfraktion des Zentrums rechtfertigte Brüning Ende August 1931 seine Passivität gegenüber den Nöten der Gemeinden, indem er den alten Vorwurf wiederholte, sie hätten in der Vergangenheit eine hemmungslose Verschwendung betrieben, so daß ihre Finanzen nun durch rigorose Einsparungen saniert werden müßten.¹¹³ Daß für die harte Haltung des Kabinetts andere als nur finanzpolitische Erwägungen entscheidend waren, ließ Anfang Oktober 1931 Stegerwald erkennen. Zumindest einzelne Regierungsmitglieder waren entschlossen, die Wirtschaftsmisere zu nutzen, um den in der Verfassung festgelegten Reichsaufbau ihren Vorstellungen entsprechend zu wandeln. Die Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung, so führte Stegerwald bei einer Ministerbesprechung aus, sei derzeit das Hauptproblem. »Indirekt« könne dieses Ziel erreicht werden, »indem Länder und Gemeinden finanziell ausgehöhlt würden«. Mit einer schweren Finanzkrise sei bei ihnen im nächsten Jahr zu rechnen. »Dann würde der Abbau der übersteigerten Verwaltung einfach sein.« Gesetzliche Hindernisse galten nichts mehr. Nach Stegerwalds Überzeugung war der Augenblick »gekommen, in dem die Regierung wählen müsse zwischen der Verfassung und zwischen Staat und Volk«.¹¹⁴ Daß die Reichsregierung bereits einen guten Schritt zur Verwirklichung dieser Pläne getan hatte, war aufmerksamen Beobachtern deutlich. Zweieinhalb Wochen nach Stegerwalds Vorstoß stand im Hamburger Anzeiger ein äußerst scharf gehaltener Artikel unter der Leitfrage: »Kalte Verreichlichung oder Reichsreform?«.¹¹⁵

Das Verhalten der Reichsregierung rief bei den Repräsentanten der Kommunen, die ständig die drohende Finanzkatastrophe, die Gefahr der Verelendung und weiteren Radikalisierung der Bevölkerung vor Augen hatten, wachsende Verbitterung hervor. Obwohl sie in ihrer Mehrheit denselben Parteien angehörten oder nahestanden wie die Mitglieder des Kabinetts Brüning, verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ihnen und der politischen Führung des Reichs von Tag zu Tag. Nach der ersten Notverordnung hatten sie noch das Verständnis der neuen Regierung für die Schwierigkeiten der Gemeinden dankbar begrüßt.¹¹⁶ Doch schon das Finanzprogramm von Ende September 1930 löste Enttäuschung aus, weil es, wie der Deutsche Städtetag und auch unabhängige Kritiker monierten, an den kommunalen Finanzproblemen völlig vorbeiging.¹¹⁷

Nach den Erfahrungen des Jahres 1931 war die Erregung bei den traditionell ruhig und würdevoll verlaufenden Versammlungen der Städtevertreter kaum noch zu dämpfen. Am 15. April 1932 beschloß der Vorstand des Deutschen Städtetages einstimmig, solange die Arbeitslosenversorgung nicht neu geregelt sei, für das beginnende Rechnungsjahr keine Haushalts-

pläne aufzustellen. In gemäßigtem Ton, aber unmißverständlich hatte der Präsident, der Volksparteiler Oskar Mulert, zuvor kritisiert: »Die Behandlung der Kommunal-Angelegenheiten durch das Reichsfinanzministerium entbehrt jeder grundsätzlichen Betrachtungsweise und ist weitgehend von Zufälligkeiten in der jeweiligen politischen Situation der Reichsregierung bestimmt. Das Verhalten der Reichsregierung ist voller Widersprüche.« Dem Finanzminister berichtete er über die Versammlung: »Mit Abstrichen ist die Not eben nicht mehr zu bannen. Die Gemeinden sind zum erheblichen Teil nicht mehr in der Lage, ihren klaren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Damit rückt die Gefahr einer Auflösung jeder staatlichen Ordnung in der untersten Instanz in unmittelbarste Nähe. Es ist kein Wunder, daß sich unter diesen Umständen der verantwortlichen Leiter der deutschen Städte, die alles in ihrer Kraft Stehende getan haben, um dem Unheil zu steuern, eine ganz außerordentliche Erregung bemächtigt hat, die in den Vorstandssitzungen einen kaum je dagewesenen Ausdruck fand.«¹¹⁸

Ungehemmt von den bei diesen offiziellen Stellungnahmen notwendigen taktischen Rücksichten hatte wenige Tage zuvor ein führender Kommunalpolitiker der Deutschen Staatspartei, Bürgermeister Fritz Elsas, in einem Privatbrief seinen und den Empfindungen seiner Kollegen Ausdruck gegeben. Nach vielen vergeblichen Interventionen bei Dietrich warnte er, »daß das Maß von Arbeitsverdrossenheit«, das durch die Politik des Reichsfinanzministers gegenüber den Gemeinden und durch seine ohne irgendwelche psychologische Rücksichtnahme »bei jedem Anlaß mit erfreulichem Temperament« geäußerte grundsätzliche Einstellung zu ihnen hervorgerufen werde, zur staatspolitischen Gefahr zu werden drohe. Seine eigene Verärgerung war so groß, daß er zwar die Berliner, nicht aber die zentrale Organisation seiner Partei vor den Preußenwahlen mit Spenden unterstützte.¹¹⁹ Mit ungewöhnlicher, nur durch die lange angestaute Empörung erklärlicher Schärfe sprach auch der volksparteiliche Präsident der Hamburger Wohlfahrtsbehörde, Oskar Martini, in einem Gutachten für die Finanzdeputation von »der völligen Verständnislosigkeit des Reichsfinanzministeriums für die Gemeinden«. Bezeichnungen wie »grotesk« für die Politik der Reichsregierung erlaubte sich der konservative Verwaltungsbeamte in offiziellen Äußerungen sonst nicht.¹²⁰

Den Regierungswechsel von Brüning zu Papen nahmen die Spitzenpolitiker der Kommunen schließlich mit Erleichterung auf, weil sie von dem neuen Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk einen weiteren Blick für die Gefahren auch auf der untersten Ebene der öffentlichen Verwaltung erwarteten.¹²¹ Noch nach dem Untergang der Weimarer Republik klang die Erregung nach. Bei seinem Bericht vor dem Vorstand des Deutschen Städtetages am 3. Februar 1933 griff Mulert, dem Anbiederung bei dem neuen Regime fernlag, von allen früheren Politikern nur Hermann Dietrich an, weil er »mit vollem Bewußtsein die Interessen der Gemeinden gegenüber allen andern Interessen zurückgestellt« und »die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise geradezu zur Aushungerung der Gemeinden benutzt« habe.¹²² Durch

ihre intransigente Haltung hatte die Regierung Brüning ihr nahestehende, loyale und pflichtbewußte Politiker in kritische Distanz getrieben. Auch dies gehörte zu jenem Teil des Auflösungsprozesses des Weimarer Staates, der von seinen höchsten Repräsentanten zu verantworten war.

4. Krise der Staatsfinanzen

Finanzstruktur Hamburgs und Finanzausgleich

Die besonderen Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinden in der Weltwirtschaftskrise konfrontiert waren, bestimmten auch im Stadtstaat Hamburg die Finanzentwicklung. Zwar bestand die Möglichkeit, staatliche Aufgaben vorübergehend zurückzustellen, um die frei werdenden Mittel für kommunale Zwecke zu verwenden; die enorme Steigerung der zwangsläufigen Gemeindeausgaben, insbesondere der Wohlfahrtslasten, war aber auf diese Weise nicht auszugleichen.

Infolge der dichten Besiedlung, der Zusammendrängung von Wirtschaftsunternehmen und Erwerbstätigen in der Großstadt übertraf die Finanzkraft Hamburgs die der Flächenstaaten bei weitem. Die gesamten Einnahmen mit Ausnahme der aus Anleihen stammenden Beträge beliefen sich, wie bei allen folgenden Vergleichen auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, im Etatjahr 1925/26 auf 243,66 RM, in den Ländern einschließlich ihrer Gemeinden dagegen im Durchschnitt nur auf 128,80 RM, in Preußen auf 130,05 RM. Selbst die beiden anderen Hansestädte erreichten die Hamburger Summen nicht. So machten dieselben Einnahmen in Bremen 200,41 RM, in Lübeck 173,54 RM je Einwohner aus. Allein aus der wichtigsten Einnahmequelle, den Steuern, bezog der Hamburger Staat 164,84 RM je Einwohner, während sie in den Ländern insgesamt nur 93,68 und in Preußen 96,85 RM erbrachten.¹ Daß dieses günstige Resultat struk-

turelle Ursachen hatte und nicht auf übermäßig hohe Erhebungssätze zurückzuführen war, zeigten Vergleiche zwischen der Realsteuerbelastung in Hamburg und verschiedenen preußischen Großstädten, die die Finanzdeputation wiederholt anstellte.² Dagegen deuteten die ungewöhnlich großen Verwaltungseinnahmen von 69,40 RM gegenüber 25,44 RM im Länderdurchschnitt, 24,53 RM in Preußen und 49,99 RM in Bremen auf die starke Belastung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Gebühren hin.

So gut Hamburg unter den Ländern abschnitt, im Vergleich zu den übrigen Großstädten war die finanzielle Leistungsfähigkeit seiner Bürger keineswegs überragend. Bei der wichtigen Lohn- und Einkommensteuer lag das Pro-Kopf-Aufkommen in acht bzw. sieben Großstädten über dem in Hamburg. Die Steuerkraft war hier nicht zuletzt durch die Folgen des Krieges, des Versailler Vertrags und der Inflation beeinträchtigt worden, die der durch Handel und Schifffahrt geprägten Wirtschaft der Hansestädte besonders stark geschadet hatten. So war das steuerpflichtige Vermögen der natürlichen Personen Ende 1923 gegenüber der Vorkriegszeit in Hamburg um 67%, im Reichsdurchschnitt aber nur um 49% und in Preußen um 48% zurückgegangen. Während die großen Einkommen von mehr als 50000 Mark pro Jahr 1914 noch 48,8% der betreffenden Steuersumme erbracht hatten, waren sie 1924 nur mit 22,3% daran beteiligt. Mehr als die Hälfte stammte dagegen von den Lohnsteuerzahlern und den Beziehern kleiner Einkommen bis 8000 RM im Jahr, die 1914 lediglich 17% beigetragen hatten.³

Dieselben Ursachen, die in Hamburg zu hohen Staatseinnahmen führten, machten auch große Ausgaben erforderlich. In der Millionenstadt, die bis 1930 ständig Zuzug von außerhalb erhielt, waren für Wohnungsbau, Schul- und Bildungswesen, Jugendpflege und Gesundheitswesen, Fürsorge für die Hilfsbedürftigen und innere Sicherheit enorme Aufwendungen zu leisten. Die gesamten nicht durch Verwaltungseinnahmen oder Anleihen gedeckten Ausgaben betragen 1925/26, wiederum auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Hamburg 159,63 RM, während die Länder und Gemeinden im Durchschnitt mit 90,60 RM, die preußischen Behörden mit 90,51 RM auskamen. Aus dem Rahmen fiel insbesondere der Zuschußbedarf des Gesundheitswesens von 15,70 RM je Einwohner gegen 3,02 RM in Ländern und Gemeinden bzw. 2,81 RM in Preußen, weil Hamburg wie alle Großstädte die medizinische Versorgung der umliegenden Region zum Teil mitübernehmen und darüber hinaus als Seehandelszentrum spezielle Einrichtungen wie das Hafenkrankehaus und das Tropeninstitut unterhalten mußte. Aber auch in allen anderen genannten Bereichen wurden weit höhere Beträge aufgewandt als im Durchschnitt, für die Polizei, das Bauwesen und die Jugendfürsorge mehr als das Doppelte.⁴

Um seine bedeutende Funktion im Gütertausch zwischen Deutschland und der Welt zu wahren, gab der Hamburger Staat laufend große Summen für den Hafen und die mit ihm verbundenen Einrichtungen aus. So belief sich der Zuschußbedarf bei den Verkehrsbauten in den Ländern und Gemeinden im Mittel auf 10,88 RM je Einwohner, in Preußen auf 10,19

RM, in Hamburg aber auf 24,52 RM. Während vor dem Krieg die Einnahmen aus dem Hafenbetrieb, wenn die Belastungen durch den Schuldendienst unberücksichtigt bleiben, die Kosten überstiegen hatten – 1913 um 5,3 Millionen Mark –, waren später regelmäßig beträchtliche Zuschüsse nötig. Für 1928 errechnete die Finanzdeputation, wiederum unter Einbeziehung auch der mittelbaren Ausgaben für den Hafenbetrieb, nicht aber der Anleihekosten, ein Defizit von 16,5 Millionen RM. Die starke Verschlechterung der Rentabilität war zum einen darauf zurückzuführen, daß die Modernisierung der Anlagen – insbesondere nach der Vernachlässigung dieser Aufgabe während des Krieges – bei der raschen Entwicklung der Technik laufend große Investitionen erforderte, zum anderen war sie ein Resultat der langwährenden Schifffahrtskrise; denn wegen der unzureichenden Ausnutzung der immer größeren Schiffe wurde auch im Hafen für den Umschlag der gleichen Menge Ladung mehr Platz benötigt als früher. Einschließlich der Aufwendungen für die Verzinsung und Tilgung der für den Hafen verwendeten Kredite war bereits für 1913 ein Defizit von 7,8 Millionen Mark zu verzeichnen. Das für 1928 festgestellte vergrößerte sich, da die Altverschuldung durch die Inflation weitgehend beseitigt worden war, bei dieser Art der Berechnung lediglich um 4,75 Millionen RM auf 21,3 Millionen RM. Insbesondere im selben und im folgenden Jahr wurden jedoch neue große Summen für den Hafen angeliehen, so daß der Schuldendienst 1931 10,4 Millionen RM beanspruchte.

Zu den genannten Leistungen kamen noch die Ausgaben aufgrund des außerordentlichen Haushalts: 1913 31 Millionen Mark, 1928 18 Millionen, 1929 29 Millionen und 1930 9 Millionen RM. Für Bauarbeiten im Hafen brachte der Hamburger Staat in jeweils sieben Jahren von 1912 bis 1918 91,3 und von 1924 bis 1930 147,3 Millionen Mark auf, darunter allein 1913 22,2, 1928 30,3, 1929 29,3 und 1930 22,9 Millionen Mark.¹ In Zeiten guter Konjunktur waren alle Zuschüsse für den Hafen unproblematisch. Im Gegensatz zu den »Eisenbahnländern« hatte Hamburg sein wichtigstes Vermögenobjekt behalten. Die Schulden, die das Reich deshalb nicht übernommen hatte, waren durch die Inflation entwertet worden. Bei der zentralen Bedeutung des Hafens für die Wirtschaft der Stadt kamen die Anstrengungen, seine Konkurrenzfähigkeit zu stärken, vielen Erwerbszweigen und letztlich auch der Staatskasse zugute.

Ähnliches wie für den Hafen galt für das Gesamtbudget des Hamburger Staates: Hohen zwangsläufigen Ausgaben korrespondierten überdurchschnittliche Einnahmen, so daß die besonderen Anforderungen bei »normaler« Wirtschaftslage durchaus zu tragen waren, wenn auch für Neid der finanzschwächeren Länder auf das »reiche Hamburg« kein Anlaß bestand. Dies zeigte auch die Entwicklung seit der Vorkriegszeit: Die Steuereinnahmen waren 1925/26 lediglich um knapp 97% und damit weit weniger gewachsen als im Durchschnitt der Länder und selbst der Gemeinden. Der Anteil Hamburgs am gesamten Steueraufkommen im Deutschen Reich war unverhältnismäßig stark, nämlich von 2,38% auf 1,88% zurückgegangen. Dementsprechend waren die Ausgaben bei einer durchschnittlichen Ver-

mehrum um 96,2 % in den Ländern und 87,5 % in den Gemeinden nur um 48,9 % gesteigert worden.⁶

Die Voraussetzungen der Finanzpolitik hatten sich seit der Revolution grundlegend geändert. Im Bismarckreich hatten die Bundesstaaten weitgehende Steuerhoheit besessen. Aufgrund jahrzehntelanger Praxis war die – durch die Verfassung nicht gedeckte – Auffassung entstanden und bis 1918 politisch wirksam geblieben, daß ihnen die direkten Steuern, dem Reich die Zölle, einige indirekte Steuern und, wenn diese Einnahmen nicht ausreichten, alljährlich neu festgesetzte Matrikularbeiträge der Staaten zustanden. Um die Abhängigkeit des Reichs von diesen Zuwendungen auch nach dem Übergang zur Schutzzollpolitik aufrechtzuerhalten, war es 1879 verpflichtet worden, einen erheblichen – seit 1896 nach und nach wieder reduzierten – Teil seiner Einnahmen den Ländern zu überweisen. Dieses widersprüchliche, unübersichtliche, für alle Seiten unbefriedigende System war nur unwesentlich dadurch modifiziert worden, daß das Reich, um seiner permanenten Finanznot zu begegnen, seit 1906 zunächst versteckt, dann offen einige direkte Steuern für sich erhoben hatte.⁷ Erst nach der militärischen Niederlage zwang die ungeheure Belastung des Reichs durch die Reparationsansprüche der Sieger, durch die Versorgung und Entschädigung der Kriegsoffer und der Angehörigen des alten Heeres zu einer prinzipiellen Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen ihm und den Ländern.

Nach der Weimarer Verfassung fand die Steuerhoheit des Reichs nur in seinem Bedarf und in der Rücksicht auf die Lebensfähigkeit der Länder ihre Grenze. Für die Landesabgaben besaß es die Richtlinienkompetenz. In Ausgestaltung dieser Bestimmungen wurde von September 1919 bis März 1920 unter Reichsfinanzminister Matthias Erzberger ein großes Reformprogramm durchgeführt.⁸ Zahlreiche Reichssteuern wurden neu geschaffen, andere von den Ländern gegen Beteiligung an den Erträgen übernommen. Eine eigene Reichsfinanzverwaltung wurde errichtet, die die gleichmäßige Anwendung der Gesetze gewährleistete, und schließlich die Zuständigkeit von Reich und Ländern auf steuerrechtlichem Gebiet klar abgegrenzt. Steuerquellen, die das Reich ausschöpfte, waren den Ländern völlig entzogen, Zuschläge bedurften der Zustimmung des Reichs. Bei der Einführung neuer Abgaben mußten die Länder Schädigungen der Reichseinnahmen vermeiden. Besondere politische Bedeutung gewann in der Wirtschaftskrise das Versprechen des Reichs, öffentliche Unternehmen, die für die Gesamtheit oder die Mehrzahl der Länder von Nutzen waren, im Bedarfsfall finanziell zu unterstützen. Obwohl manche der ursprünglichen Intentionen durch die Inflation zunichte wurden, Zuteilung und Verteilung einzelner Steuern sich noch mehrfach änderten, hatten die entscheidenden Reformen Bestand. Die Grundlage für eine leistungsfähige, den Anforderungen an den modernen Staat genügende Finanzordnung war geschaffen.

Den Ländern und ihren Gemeinden verblieben ihre traditionellen Aufgabengebiete, insbesondere das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen, das Schul- und Bildungswesen, das Verkehrswesen, der Wohnungsbau, Polizei

und Rechtspflege. Zur Deckung ihres Finanzbedarfs standen ihnen 1928 im wesentlichen die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuern), gewisse Verbrauchssteuern, die wenig lohnenden Aufwandsteuern, die Wertzuwachssteuer und die 1924 zum Ausgleich der Inflationsgewinne der Hypothekenschuldner geschaffene, sehr ergiebige Hauszinssteuer zur ausschließlichen Verfügung.⁹ Am Ertrag der Einkommen- und Körperschaftssteuer, der Umsatz-, Grunderwerb-, Kraftfahrzeug- und Rennwettsteuer, seit dem 1. April 1930 auch der Mineralwasser- und Biersteuer wurden sie vom Reich beteiligt, das daneben eine dritte Gruppe von Steuern nur für eigene Zwecke einzog. Bei knapp 45 % ihrer Steuereinnahmen hatten die Länder auf die Erhebung keinen Einfluß mehr.¹⁰ Ihre Möglichkeiten, gegebenenfalls die Einnahmen notwendigen Ausgaben anzupassen oder durch Steuerensenkungen den wirtschaftlichen Bedürfnissen in ihrer Region Rechnung zu tragen, waren daher stark reduziert.

Nicht nur um dem Reich die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen, auch zugunsten der weniger gut gestellten Staaten mußten die finanzstarken Länder wie Hamburg Teile ihres Steueraufkommens abtreten. In der Phase von 1928 bis 1932, die hier interessiert, beteiligte das Reich die Gesamtheit der Länder bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer mit 75 %, bei der Umsatzsteuer mit 30 %, bei der Biersteuer mit 16 2/3 % und bei den übrigen Überweisungssteuern mit 96 % am Aufkommen. Tatsächlich erhielt der Hamburger Staat jedoch von den von seinen Steuerpflichtigen aufgebrauchten Beträgen weit geringere Quoten zurück, beispielsweise im Rechnungsjahr 1927/28 bei der Einkommensteuer nur 61 %, bei der Körperschaftssteuer 59,2 %, bei der Umsatzsteuer 24,9 % und bei der Kraftfahrzeugsteuer 39,2 %. Ihm entgingen auf diese Weise 25,3 Millionen RM.¹¹

Bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer war der Einnahmeausfall hauptsächlich auf die Forensalvorschriften zurückzuführen. In dem Bestreben, den wirtschaftlichen Ursprung der Steuerleistung zu berücksichtigen, wurde das Soll eines Pflichtigen auf seine Wohngemeinde bzw. den Sitz der Gesellschaft und alle Gemeinden verteilt, in denen er Grundbesitz oder gewerbliche Niederlassungen unterhielt. Die Lohnsteuer fiel dagegen stets der Wohngemeinde zu. Bei der engen ökonomischen Verflechtung Hamburgs mit seinem preußischen Umland, der Beschäftigung zahlreicher außerhalb der Landesgrenzen wohnender Arbeitnehmer waren diese Bestimmungen von erheblicher Tragweite: Hamburg büßte 1927/28 allein durch sie 18 Millionen RM ein.¹²

Bei der Umsatzsteuer wurde ein Ausgleich zugunsten strukturell benachteiligter Regionen in der Art erreicht, daß die Verteilung nur zu einem Drittel nach dem örtlichen Aufkommen und zu zwei Dritteln nach der Bevölkerungszahl erfolgte. Dieser Modus war insbesondere für die Agrarstaaten von Vorteil. Hamburg kostete er 1,1 Millionen RM.¹³ Schwerer wiegende Bedeutung erhielt die Regelung seit dem Rechnungsjahr 1927/28 durch die Garantie des Reichs, wenigstens 450 Millionen RM, seit 1931/32 375 Millionen RM, nach dem Umsatzsteuerschlüssel zu verteilen. Da der

Betrag in den Jahren seit Inkrafttreten der Bestimmung nie aufkam, mußte der Rest von der Einkommen- und der Körperschaftssteuer abgezweigt werden. Der Hamburger Staat verlor auf diese Weise nur 1927/28 weitere 3,4 Millionen RM.¹⁴ Bei der Kraftfahrzeugsteuer schließlich entgingen ihm dadurch, daß für die Überweisungen neben dem örtlichen Aufkommen zur Hälfte die Fläche und zu einem Viertel die Bevölkerungszahl maßgebend waren, 2,8 Millionen RM. Erst seit dem 1. April 1931 wurde Hamburg durch die Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte etwas besser gestellt.¹⁵

Alle diese Bemühungen um einen Lastenausgleich zwischen »reichen« und »armen« Ländern waren im Bundesstaat unbedingt notwendig, sollte nicht ein auch politisch gefährliches ökonomisches und soziales Gefälle zwischen ihnen entstehen. In der Phase relativ guter Konjunktur waren sie deshalb kaum umstritten. Zudem waren nach dem Urteil eines der besten Sachkenner die Einkünfte des Hamburger Staates aus den Überweisungssteuern trotz der Beteiligung des Reichs und der finanzschwachen Länder größer, als wenn er sie selbst erhoben hätte, weil bei der aus der Vorkriegszeit gewohnten geringen Steuerbelastung seiner Bevölkerung und der generellen Rücksichtnahme auf die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft die vom Reichstag bewilligten Sätze in der Bürgerschaft der Ablehnung verfallen wären.¹⁶

Trotz der veränderten Stellung der Länder im Finanzsystem wurde in Hamburg ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit auch in diesem Bereich vermieden. Das schloß nicht aus, daß sich die finanzpolitischen Prioritäten unter dem stärkeren Einfluß der SPD und der Linksliberalen verschoben.¹⁷ Die Leitung der Finanzverwaltung blieb in der Zeit der Weimarer Republik dauernd in den Händen bürgerlicher Politiker. Ihr Vorkriegspräsident, Arnold Diestel, war einer jener Senatoren, die die SPD in ihren Ämtern ließ. In der neuen parlamentarischen Regierung trug er bis zu seinem Tod Anfang Januar 1924 weiter die Verantwortung für die Staatsfinanzen.

Auch sein Nachfolger, der demokratische Politiker Carl Cohn, genoß bei allen Parteien mit Ausnahme der extremen Opposition ein solches Ansehen, daß er unangefochten in seiner Stellung blieb, als SPD und DDP nach dem Verlust der Bürgerschaftsmehrheit 1925 mit der DVP die Große Koalition bilden mußten. Selbst in den deutschnationalen Hamburger Nachrichten wurde sein Rücktritt 1929 bedauert.¹⁸ Der erfolgreiche Überseekaufmann schenkte den Zusammenhängen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Finanzpolitik stets besondere Beachtung.¹⁹ Sein im Beruf erworbenes Prestige benutzte er aber auch, um den Unternehmern ihre Verantwortung gegenüber den weniger privilegierten Schichten vor Augen zu führen und ungerechtfertigte Forderungen oder Versuche von Repräsentanten dieser Kreise zurückzuweisen, dem neuen Staat, insbesondere wegen seiner sozialen Leistungen, die eigenen Mißerfolge anzulasten.²⁰

Nach den Wirren der Inflation sah Cohn seine wichtigste Aufgabe darin, durch eine solide Finanzpolitik dem Kredit Hamburgs in der Welt wieder Geltung zu verschaffen. Bei aller Aufgeschlossenheit für soziale Probleme

und die kulturellen Aufgaben des Staates drängte er deshalb auf größte Sparsamkeit, um Einnahmen und Ausgaben des Etats im Gleichgewicht zu halten, ohne die Bevölkerung oder die Wirtschaft mit Steuern zu überlasten.²¹ Dank dieser Politik, aber auch dank der weitreichenden Beziehungen Cohns gelang es 1926, eine langfristige internationale Anleihe zu besonders günstigen Bedingungen zu erhalten. Billige kurzfristige Kredite wurden der Finanzdeputation während seiner Amtszeit von ausländischen Geldgebern geradezu aufgedrängt, so daß sie bei Fälligerwerden ohne Schwierigkeiten durch neue ersetzt werden konnten. Große Zinsbeträge wurden durch die Ausnutzung dieser Möglichkeit erspart. Problematisch war aber, daß Cohn deshalb zu wenig Beachtung fand, als er davor warnte, Ausgaben im Vertrauen auf diese Finanzierungsmethode weiterhin auf Anleihe zu bewilligen, obwohl der internationale Markt für langfristige Kapitalien den Ländern inzwischen wegen des Widerstands der Reichsbank verschlossen, der deutsche unergiebig und teuer war.²²

Die Vorgänge um Cohns Rücktritt 1929 sind undurchsichtig. Klar ist lediglich, daß er von seiner eigenen Partei erzwungen wurde. Um ihre Sparbereitschaft zu demonstrieren, hatten die Koalitionsparteien vereinbart, den Senat zu verkleinern und, auf eine alte hamburgische Institution zurückgreifend, zwei Politiker der SPD und je einen der DDP und der DVP als »halbamtliche« Senatoren zu berufen. Für die DDP sollte Cohn als »halbamtlicher« Senator an die Spitze der Finanzdeputation zurückkehren. Aus juristischen Gründen mußte er zu diesem Zweck zunächst zurücktreten, so daß Pensionszahlungen fällig und die erstrebten Einsparungen zunichte geworden wären. Obwohl die Koalitionspartner wegen der offensibaren Unsinnigkeit einer solchen Lösung anboten, die DDP aus der Vereinbarung zu entlassen und sogar die Verantwortung dafür vor der Öffentlichkeit mitzutragen, bestanden die Demokraten auf Cohns Ausscheiden aus dem Senat. Die Begründung, daß die Glaubwürdigkeit der Parteiendemokratie dieses Opfer erfordere, wirkte nicht überzeugend. In der Presse wurde deshalb die Vermutung laut, Cohn sei »gewissen Rivalitäten in der demokratischen Fraktion« oder, wie es in konservativen Blättern noch genauer hieß, ihrem »radikalen Flügel« zum Opfer gefallen.²³ Tatsächlich wurde der neu in den Senat einziehende langjährige Fraktionsvorsitzende und Chefredakteur des Hamburger Anzeigers, Curt Platen, der Linken in der DDP zugerechnet. Dagegen stand Cohns unmittelbarer Nachfolger im Amt des Finanzsenators, Walter Matthaei, ihr durchaus nicht nahe, was möglicherweise gegen die letzte Deutung spricht.

Nicht bekannt war der Öffentlichkeit, daß es auch im Senat kurz vor Cohns Rücktritt zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen war, bei denen sich neben dem der Handelskammer nahestehenden Volksparteiler, Franz Heinrich Witthoefft, insbesondere die Parteifreunde des Finanzsenators, Bürgermeister Carl Petersen und Matthaei, gegen ihn exponiert hatten. Nachdem die Entscheidung über die von ihm geforderte Erhöhung des Hafengeldes auf den Vorkriegsstand seit Mai 1928 wiederholt vertagt worden war, hatte er am 8. November erneut auf einen positi-

ven Beschluß gedrängt, da der zu erwartende Fehlbetrag im Haushalt sonst nicht zu decken sei, war aber wiederum am Widerspruch der Genannten gescheitert. Sie bezweifelten nicht nur die Einnahmeschätzungen seiner Behörde, sondern maßen offenbar auch den Warnungen der Interessenten und der Handelskammer, die eine Heraufsetzung der Gebühren als untragbar und gefährlich für die Konkurrenzfähigkeit des Hafens bezeichnet hatten, mehr Bedeutung bei als den Gegenargumenten des Finanzsenators. Obwohl der ehemalige Kaufmann in diesen Fragen sicher ein gutes Urteil besaß, zogen sie es vor, notfalls sogar einen Defizitetat hinzunehmen.²⁴

Anfang des Jahres hatten dagegen dieselben Senatoren die Anregung Cohns abgelehnt, im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Reich über den Finanzausgleich den Fehlbetrag im Haushaltsplan bestehen zu lassen.²⁵ Auch in der Gegnerschaft gegen die Einführung eines Schulgeldes für Fortbildungsschulen hatte sich die Gruppe gegen Cohn zusammengefunden, da eine solche Maßnahme wie eine Erhöhung der Gewerbesteuer wirken würde. Ebenfalls einig gegen ihn war sie sich bei ihrer Forderung, die Hamburger Verwaltung durch Beamte des Reichssparkommissars überprüfen zu lassen – die öffentlich übrigens nur von der deutschen Opposition erhoben wurde –, und auch dieses strittige Thema war in der Sitzung am 8. November wieder zur Sprache gekommen.²⁶ Ob die Differenzen im Senat bei der Ausschaltung Cohns eine Rolle spielten, läßt sich nicht entscheiden. Auffällig ist, daß sich Matthaei bei den finanzpolitischen Beratungen ständig zu profilieren suchte und daß er sich bei allen Kontroversen stets sehr beredt auf die Seite Petersens stellte. Zumindest mögen die häufig zu Tage getretenen Gegensätze dazu beigetragen haben, daß Cohn bei seinen demokratischen Senatskollegen wenig Rückhalt fand.

Matthaei, der Cohn Ende Juni 1929 ablöste, war wie Diestel von Hause aus Jurist. Wie er vor der Übernahme des Finanzressorts gezeigt hatte, zeichnete er sich durch eine konservative Grundhaltung aus und war eher als sein Vorgänger geneigt, den Wünschen der Wirtschaft nachzugeben. Ob und worin sich seine finanzpolitische Konzeption sonst von derjenigen Cohns unterschied, wurde infolge der Weltwirtschaftskrise nicht deutlich. Da die Einnahmen kaum für die zwangsläufigen Ausgaben reichten, war der Entscheidungsspielraum aufs äußerste eingengt, konnten keine Prioritäten mehr gesetzt werden. Die einheitliche Linie in der Hamburger Finanzpolitik wurde auch durch den obersten Beamten der Finanzdeputation, Leo Lippmann, gewährleistet. Er war 1906 in die Behörde eingetreten und 1920 zum Staatsrat und Präsidialmitglied mit beratender Stimme im Senat avanciert. Seinen Aufstieg verdankte er vor allem Arnold Diestel, mit dem er viele Jahre eng zusammengearbeitet hatte und an dessen Vorbild er sich bei seinen Entscheidungen orientierte.²⁷ Obwohl Lippmann für soziale Probleme Interesse hatte und die staatliche Sozialpolitik bejahte, seit er während des Studiums insbesondere durch Lujo Brentano zum Anhänger der Kathedersozialisten geworden war,²⁸ hatten fiskalische Erwä-

gungen für ihn unbedingten Vorrang. Ihnen bei den Politikern Geltung zu verschaffen, sah er als eine seiner wichtigsten Aufgaben an.

Die Einstellung der leitenden Persönlichkeiten in der Finanzdeputation war wegen deren überragender Bedeutung besonders wichtig. Da sie nicht nur in allen anderen Behörden vertreten war und in ihnen über Projekte und Maßnahmen mitentscheiden konnte, sondern auch alle Senatsanträge vor der Vorlage in der Bürgerschaft zur Begutachtung erhielt, besaß sie, wie gezeigt wurde, weitreichende Einflußmöglichkeiten. Die Parlamentarier hatten kaum eine Chance, die Finanzdeputation zu kontrollieren.²⁹ Von den von ihr vorbereiteten Vorschlägen des Senats wichen die Koalitionsparteien nur in Ausnahmefällen ab; während der Weltwirtschaftskrise geschah dies noch seltener, weil rechtliche und moralische Zwänge keine Wahlfreiheit ließen. Dadurch, daß in Hamburg bald nach der Währungsstabilisierung, die erst eine geordnete, zielklare Finanzbehandlung ermöglichte, die Große Koalition etabliert wurde und bis zum Ende der Weimarer Republik bestimmend blieb, kam es nicht zu finanzpolitischen Kurswechseln in Abhängigkeit von den parteipolitischen Konstellationen. Die Hamburger Finanzpolitik kann daher in großen Zügen dargestellt werden, ohne die Auseinandersetzungen um sie im einzelnen zu verfolgen.

Finanzlage und -politik 1924–1929

Wie im Reich ergaben auch in Hamburg die ersten Haushaltsabrechnungen nach der Inflation enorme Überschüsse.³⁰ Der Etat des Jahres 1923/24 schloß, auf Goldbasis umgerechnet, mit einem Plus von 5,6 Millionen RM, und in der folgenden Periode wurden sogar 35,6 Millionen RM mehr eingenommen als ausgegeben. Da Grundlagen für die Schätzung der Erträge noch fehlten, waren zunächst außerordentlich hohe Steuersätze erhoben worden. Das Reich hatte den Ländern vom 1. Februar 1924 bis zum 1. Oktober 1925 90 % des Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer überwiesen,³¹ Hamburg zudem beim Finanzausgleich so gut abgeschnitten, daß es 1923/24 mehr als 100 % und 1924/25 93 % des örtlichen Aufkommens erhalten hatte.³² Um bei der unübersichtlichen Lage die Währungsstabilisierung nicht erneut durch Etatdefizite und den Rückgriff auf die Notenpresse zu ihrer Beseitigung zu gefährden, hatte der Senat die Ausgaben aufs äußerste gedrosselt und beispielsweise die meisten Unterhaltungsarbeiten auf spätere Jahre verschoben. Die Löhne und Gehälter der im Staatsdienst Beschäftigten waren sehr niedrig gewesen. Zum Teil hatten sie sich mit einem Drittel ihrer Vorkriegsbezüge begnügen müssen.³³

Als in den folgenden Etatperioden die Überweisungen des Reichs infolge von Steuersenkungen³⁴ und der Neuregelung des Finanzausgleichs zurückgingen und die Ausgaben den Umfang erreichten, der für »normale« Zeiten als unerläßlich galt, entstanden große Haushaltsdefizite von 34,5 Millionen RM 1925/26 und 11,8 Millionen RM 1926/27. Die Ausgaben wuchsen 1925/26 gegenüber dem Vorjahr um 50 % von 254 auf 381 Millio-

nen RM und bis 1928 weiter auf 492 Millionen RM. Am stärksten, um 140 % von 44,7 auf 107,4 Millionen RM, stiegen zwischen 1924/25 und 1925/26 die Sozialausgaben einschließlich der Aufwendungen für das Wohnungswesen. Es folgten, durch den Nachholbedarf bedingt, die Ausgaben für das öffentliche Bauwesen, insbesondere für den Straßenbau, die sich um 72 % von 19 auf 32,8 Millionen RM erhöhten. Überdurchschnittlich stark wurde ferner das Gesundheitswesen gefördert, während sich die Zuwachsraten in allen anderen Bereichen zwischen 20 und 30 % bewegten. Am wenigsten, nur um 18,7 %, nahmen die Ausgaben für wirtschaftliche Zwecke zu, die allerdings mit 44,1 Millionen RM schon 1924/25 recht hoch gewesen waren. Sie erreichten während der Zeit der Weimarer Republik nie den Vorkriegsstand von 94,5 Millionen RM, obwohl sie seit 1927 – möglicherweise als Folge der Regierungsbeteiligung der DVP – erheblich vermehrt wurden und 1928/29 immerhin 85,6 Millionen RM ausmachten.³⁵

Dadurch daß die Löhne, Gehälter und Versorgungsbezüge der staatlichen Arbeitnehmer allmählich der Steigerung der Lebenshaltungskosten angepaßt und darüber hinaus insbesondere die niedrigen Einkommen auch real verbessert wurden, vergrößerten sich die persönlichen Ausgaben gegenüber der vorangegangenen Haushaltsperiode allein 1925/26 um 26 %, in den folgenden Jahren bis zum Beginn der Wirtschaftskrise jeweils um weitere 7,6 %, 14,8 % und 11 %. Am besten schnitten die Staatsarbeiter ab, die 1930 als Gruppe real, unter Berücksichtigung der verringerten Kaufkraft des Geldes und der Stellenvermehrung, 193 % mehr Lohn erhielten als vor dem Krieg. Die Angestellten insgesamt hatten 84 % gewonnen, die Beamten dagegen nur ca. 10 %, und auch diese nur dank des günstigeren Stellenkegels. Bei allen Gruppen kamen die Verbesserungen zu einem erheblichen Teil dadurch zustande, daß mehr Arbeitnehmer in höhere Lohn- und Gehaltsklassen eingestuft wurden. Die realen Bezüge des einzelnen Arbeiters waren bis 1930 um 35 % bis 50 % gestiegen, für den einzelnen Beamten lagen sie noch am 1. Oktober 1928, also nach der großen Besoldungsreform, unter dem Vorkriegsniveau.³⁶

Die Ausgabenerhöhungen 1925/26 ließen unmittelbar nach der Währungsstabilisierung bereits erkennen, welche Aufgabenbereiche in Hamburg spezielle Beachtung finden sollten. Auch wenn sich in den folgenden Jahren noch gewisse Verschiebungen ergaben, insbesondere das Gesundheitswesen langsamer ausgebaut und das Schulwesen stärker gefördert wurde, blieben die zugrunde liegenden Prinzipien unverändert. Vor allem die sozialen Pflichten des Staates wurden sehr ernst genommen, wie das Bemühen zeigte, sowohl in der Wohlfahrtspflege, im Gesundheitswesen und beim Wohnungsbau für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten Hervorragendes zu leisten, als auch den früher am stärksten benachteiligten Gruppen der staatlichen Beschäftigten vorbildliche Arbeitsbedingungen zu bieten. Die schon in der Phase relativ guter Konjunktur auftauchenden Schwierigkeiten, den Etat zu balancieren, machten aber auch in Hamburg die Unvereinbarkeit einer sozial orientierten Ausgaben- und auf die Interessen der Wirtschaft abgestellten, die Steuerkraft schonen-

den Einnahmenpolitik deutlich, auf die bereits bei der Behandlung der Reichsfinanzpolitik hingewiesen wurde. Der Versuch, die beiden gegensätzlichen Ziele zu kombinieren, war jedoch für eine Regierungskoalition unter Beteiligung von SPD und DVP unvermeidlich. Gleichzeitig wirkten sich die Schwächen des Finanzausgleichs aus, durch die insbesondere bei den Gemeinden die zugewiesenen Aufgaben und Einnahmequellen in keinem adäquaten Verhältnis standen.

Auch die Haushaltspläne für die Jahre 1927 und 1928 schlossen mit Defiziten. Obwohl die Finanzdeputation 1927 ihre bisherige Praxis aufgab, durch niedrige Schätzung der Einnahmen stille Reserven einzukalkulieren, und in wiederholten Verhandlungen mit den Behörden die Ausgaben stark zusammenstrich, gelang es nicht, ausgeglichene Voranschläge zu erarbeiten. Die ständig wiederkehrenden Fehlbeträge veranlaßten den Senat, sich seit November 1927 in einer besonderen Kommission um eine grundlegende und dauerhafte Lösung der Finanzprobleme zu bemühen.³⁷ Die Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, wurden bei diesen Beratungen rasch deutlich: Bei den Sachausgaben waren nennenswerte Einsparungen nicht mehr möglich, bei den persönlichen Ausgaben erforderten sie viel Zeit, weil nach den negativen Erfahrungen mit dem reichsgesetzlich vorgeschriebenen Beamten- und Angestelltenabbau nach der Inflation diesmal nur frei werdende Stellen gestrichen werden sollten. Der Erhöhung der Einnahmen waren vom Reich enge Grenzen gesetzt, die meisten der verbliebenen Möglichkeiten zwischen den Koalitionsparteien und ihren Repräsentanten im Senat umstritten.

Alle erörterten Maßnahmen – die Einführung einer Gemeindebiersteuer, der Fortfall der Ermäßigung für Groß- und Mittelbetriebe bei der Lohnsummengewerbsteuer, die Erhöhung der Gebühren und selbst die Reduzierung der Personalkosten – waren nach der Auffassung Lippmanns nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein; genügenden Erfolg verspreche allein die Verwendung eines größeren Teils der Hauszinssteuer für allgemeine Finantzwecke, die jedoch von den sozialdemokratischen Senatoren entschieden abgelehnt wurde.³⁸ Die Erhöhung des Hafengeldes, die sie statt dessen trotz gewisser Bedenken befürworteten, stieß bei ihren volksparteilichen und demokratischen Kollegen mit Ausnahme des Finanzsenators auf Widerstand, die von diesen vorgeschlagene Heraufsetzung des Gas- und Wasserpreises sowie der Abgaben der Werke an den Staat schien wiederum den Sozialdemokraten schwer erträglich, wenn sie auch in diesem Punkt eher zu Zugeständnissen bereit waren als bei der Hauszinssteuer.

Im Senat setzten sich schließlich die bürgerlichen Politiker durch, wie die Vorlage vom 24. Februar 1928 zeigte. Während die Finanzkommission bei ihrer ersten Sitzung am 10. November 1927 noch übereingekommen war, Umbuchungen bei der Hauszinssteuer nur vorzunehmen, wenn Anleihen für den Wohnungsbau zu erhalten seien, sollte das Etatdefizit von 9,1 Millionen RM danach folgendermaßen gedeckt werden: 1,0 bis 1,2 Millionen RM sollten durch die Änderung der Lohnsummengewerbsteuer, 2,4 Mil-

lionen RM durch Erhöhung der Grundsteuer für bebaute Grundstücke von 12 % auf 13 % der Friedensmiete, 3,6 Millionen RM durch Einführung einer Müllbeseitigungsgebühr in Höhe von 1,5 % der Friedensmiete und 300 000 RM durch Ausdehnung der Hauszinssteuer auf Neubauten aufgenommen, die mit Hilfe öffentlicher, während der Inflation billig zurückgezahlter Darlehen errichtet worden waren. Um einen Ausgleich für die Mehrbelastung der Grundeigentümer zu schaffen und Mietsteigerungen zu verhindern, sollte die Hauszinssteuer von 47 % auf 44,5 % der Friedensmiete gesenkt werden, der für allgemeine Finanzzwecke zur Verfügung stehende Teil aber unverändert 20 % betragen und die Hamburgische Beleihungskasse für Hypotheken, die die öffentlichen Baudarlehen verwaltete, darüber hinaus sogar 1,6 Millionen RM aus den Rückflüssen an Zinsen und Tilgungsraten an den Staat abführen. Das heißt: der Senat beabsichtigte, die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus zu reduzieren, obwohl keine Aussicht auf Anleihen für diesen Zweck bestand.³⁹

Die Fraktionen für die Vorschläge zu gewinnen fiel jedoch schwerer als erwartet. Ein Fehlbetrag von neun Millionen RM erschien ihnen bei einem Budget von 350 Millionen RM nicht beunruhigend. Zumindest sei es, wie der Sprecher der SPD ausführte, nicht gerechtfertigt, deshalb mit »schärfsten Sparmaßnahmen und neuen Steuern« zu drohen. Umbuchungen bei der Hauszinssteuer waren für die Sozialdemokraten nicht akzeptabel, weil sie sich in der Vergangenheit für die Verwendung des gesamten Ertrages für den Wohnungsbau ausgesprochen hatten. Aber auch der Etatredner der DVP äußerte Bedenken gegen diesen Teil der Senatsvorlage und wandte sich gegen eine Einschränkung des Bauprogramms.⁴⁰ Intensive Beratungen im Haushaltsausschuß überzeugten die Regierungsparteien nicht vom Ernst der Finanzlage.⁴¹ So verabschiedeten sie am 22. Juni den Etat, ohne für eine Deckung des Defizits zu sorgen. Lediglich der Beseitigung des Gewerbesteuerprivilegs der Groß- und Mittelbetriebe und dem Geldentwertungsausgleich bei Neubauten hatten sie am 18. April zugestimmt und damit, da die letztgenannte Maßnahme beim Fehlen näherer Bestimmungen ausschließlich der Beleihungskasse zugute kam, Mehreinnahmen in Höhe von gerade 1,2 Millionen RM bewilligt. Inzwischen erwartete die Finanzdeputation für 1927 ein Defizit von zwölf Millionen RM und für 1928, obwohl sie in den 1. Nachtrag fünf Millionen RM zusätzliche Einnahmen eingestellt hatte, von elf Millionen RM.⁴² Nachbewilligungen, unter anderem von 5,5 Millionen RM für Notstandsarbeiten, ließen den voraussichtlichen Fehlbetrag bis Anfang November auf 19 Millionen RM anwachsen.⁴³

Während des ganzen Jahres bemühte sich der Senat um weniger kontroverse Deckungsvorschläge, ohne daß jedoch neue Gesichtspunkte auftauchten oder seine Mitglieder von ihren bisherigen Positionen abrückten. Als die Finanzdeputation Ende September mitteilte, das Minus im Haushalt 1927 werde sich auf vier Millionen RM verringern, schwand die zuvor gezeigte Bereitschaft der demokratischen Senatoren, sich mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage mit umstrittenen Maßnahmen wie der Erhöhung

des Hafengeldes und der Kaiegebühren abzufinden.⁴⁴ Einer Anregung Petersens folgend, der von Matthaei und Witthoefft unterstützt wurde, entschied der Senat endlich Anfang Dezember 1928, auf seine immer noch nicht erledigten Anträge zur Balancierung des Budgets zu verzichten, das für 1927 errechnete Defizit unbeachtet zu lassen und den für 1928 befürchteten Fehlbetrag von rund 16 Millionen RM durch Erhöhung des Hauszinssteueranteils für allgemeine Finanzzwecke um 2,5 % der Friedensmiete und Abtretungen der Beleihungskasse knapp zur Hälfte zu decken.⁴⁵ Während die DVP vorbehaltlos einverstanden war, gelang es den sozialdemokratischen und demokratischen Senatoren lediglich, ihren Parteien die Zustimmung zur Hauszinssteuerumbuchung, beschränkt auf 1928, abzurufen,⁴⁶ so daß schließlich am 13. 3. 1929, mehr als ein Jahr nach der Einbringung der ursprünglichen Vorlage, nur dieser Teil, der fünf bis sechs Millionen RM für den ordentlichen Haushalt erbrachte, die Bürgerschaft passierte.

Der für den Senat unbefriedigende Ausgang der Finanzverhandlungen hatte zunächst keine realen Folgen. Dadurch daß die gute Konjunktur zu größeren Einnahmen führte und den Verzicht auf manche Ausgaben ermöglichte, konnte die Finanzdeputation bei den Abrechnungen über die Jahre 1927 und 1928 entgegen allen ihren Prognosen Überschüsse von 1,3 bzw. 6,6 Millionen RM verbuchen.⁴⁷ Die Schwierigkeiten, auf finanzpolitischem Gebiet einen tragfähigen Kompromiß zu finden, waren aber deutlich geworden. Sie hatten den Senat veranlaßt, sogar das von allen Koalitionsparteien grundsätzlich anerkannte Prinzip des Etatausgleichs vorübergehend aufzugeben. Unter konjunkturpolitischem Aspekt war die Hamburger Finanzpolitik in dieser Phase günstig zu beurteilen: In den schlechten Wirtschaftsjahren 1925 und 1926 wirkten die großen Defizite von 34,5 und 11,8 Millionen RM expansiv, nach dem Konjunkturanstieg die Überschüsse in den Haushalten 1927 und 1928 leicht kontraktiv. Doch war dies nicht das Resultat einer bewußt antizyklischen Gestaltung der Finanzpolitik, sondern durch Fehleinschätzungen der Situation bedingt.

Trotz der Erfahrungen bei den Etatberatungen 1928 legte der Senat auch für 1929 einen defizitären Haushaltsplan vor und beantragte, durch die gleiche Umbuchung bei der Hauszinssteuer wie im Vorjahr für die fehlenden 6,3 Millionen RM Deckung zu beschaffen. Obwohl der Konjunkturrückgang bereits zu erkennen war, hatte er die Einnahmen, wie er betonte: reichlich optimistisch, um fast 40 Millionen RM höher als 1928 auf 385 Millionen RM veranschlagt. Das Defizit hatte er nur dadurch so niedrig halten können, daß er fünf Millionen RM für Volksschulbauten auf Anleihe zu nehmen plante, obwohl dies im Widerspruch nicht nur zu der vorsichtigeren Kreditpolitik des Reichs und der meisten Länder, sondern auch zu der in Hamburg seit der Vorkriegszeit üblichen, bis dahin stets als maßgebend betrachteten Praxis stand, solche regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben in den ordentlichen Haushalt einzustellen.⁴⁸ Da der Abschluß einer Anleihe unmöglich und der Fehlbetrag infolge eines Irrtums bei der Hauszinssteuerberechnung ohnehin zu niedrig angesetzt war, erhöhte er sich de facto auf 16 Millionen RM.⁴⁹

Die Verhandlungen in der Bürgerschaft verliefen ähnlich wie im Vorjahr. Die Redner der DDP und der DVP wiesen zwar darauf hin, daß der Etat fast keine Reserven enthalte, daß die Höferschätzung der Einnahmen im Augenblick rückläufiger Konjunktur problematisch sei und mit erheblichen Nachforderungen gerechnet werden müsse, dennoch waren sich die Regierungsparteien darin einig, das Defizit nicht »besonders tragisch« zu nehmen. Abermals billigten sie den Voranschlag mit geringfügigen Änderungen, ohne Ausgaben und Einnahmen in Übereinstimmung zu bringen.⁵⁰ Erst Ende Januar 1930, wiederum fast ein Jahr, nachdem der Senat seinen Antrag gestellt hatte, genehmigten sie das »Gesetz zur Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt 1929«, durch das das proklamierte Ziel längst nicht mehr erreicht werden konnte.⁵¹ Bereits Ende August 1929 hatte sich der rechnerische Fehlbetrag, die fünf Millionen RM für den Volksschulbau unberücksichtigt, insbesondere infolge sinkender Einnänge bei der Körperschafts- und der Gewerbesteuer auf 18 Millionen RM und bis zum 2. Dezember weiter auf 24,4 Millionen RM vergrößert.⁵² Das tatsächliche Defizit für 1929 betrug schließlich 10,2 Millionen RM. Gegen die großzügige Bewilligung von Anleihen hatten die Fraktionen der Regierungskoalition keine Bedenken, obwohl sie ebensogut wie der Senat wußten, daß sie kaum zu realisieren waren. Im Gegenteil: Der Haushaltsexperte der SPD begrüßte das Vorgehen der Finanzdeputation ausdrücklich und forderte sie auf, da die regulären Einnahmen nicht erhöht werden könnten, noch stärker als bisher Anleihen einzuplanen und durch kurzfristige Kredite vorzufinanzieren.⁵³

Riskante Anleihepolitik

Diese Anleihepolitik, die die Finanzdeputation bereits seit mehreren Jahren praktizierte, barg erhebliche Gefahren. Bis 1924 und zum Teil noch 1925 hatte sie auch Ausgaben, durch die das Staatsvermögen vergrößert wurde, aus dem ordentlichen Haushalt bestritten, obwohl sie nach der Vorkriegspraxis ins Extraordinarium gehört hätten. Im Lauf des Jahres 1925 war sie dann zu dem früheren Verfahren zurückgekehrt, alle werbenden Anlagen, die ständig die für die Verzinsung und Amortisation erforderlichen Beträge erbrachten, ferner alle kurzfristigen Aufwendungen, etwa für den vorübergehenden Ankauf und die Erschließung von Grundstücken, sowie schließlich nichtwerbende Ausgaben auf Anleihe zu nehmen, sofern sie auch den nächsten Generationen zugute kamen und sich nicht in kurzen Zeitabständen regelmäßig wiederholten. So sollten die Kosten für die Errichtung von Verwaltungsgebäuden und höheren Schulen, nicht aber für den Bau von Volksschulen durch Anleihen aufgebracht werden.⁵⁴ Die Verschuldung des Hamburger Staates nahm infolgedessen seit 1926 rasch zu. Insbesondere wuchs sie seit 1929 rapide, als Senat und Bürgerschaft, wie gezeigt wurde, durch eine forcierte Anleihepolitik dem Dilemma zu entgehen suchten, daß der Finanzbedarf weiter stieg, die Erhöhung der Einnah-

men aber Schwierigkeiten bereitete. In den Rechnungsjahren 1924/25 und 1925/26 belief sich die neue, nach der Währungsstabilisierung entstandene Staatsschuld auf wenig mehr als 18 Millionen RM, 1926/27 kletterte sie auf 126,2, 1927/28 auf 130,2, 1928/29 auf 157,1 und 1929/30 auf 264,8 Millionen RM.⁵⁵ Verzinsung und Tilgung erforderten 1924/25 1,2, 1925/26 1,5, 1926/27 9,7, 1927/28 15,6 1928/29 15,6 und 1929/30 24,4 Millionen RM.⁵⁶

Im Vergleich zur Vorkriegszeit war die Verschuldung selbst 1929 an sich nicht hoch. Am 1. August 1914 war sie mit 911 Millionen Mark mehr als dreimal so groß gewesen, und sie war während des Krieges noch gewachsen. Allein 1913 hatte der Hamburger Staat 75,6 Millionen Mark, also mehr als ein Viertel des gesamten Budgets von 261,4 Millionen Mark, angeliehen. Die Verzinsung und Tilgung der Schuld verschlang 14 %, 1928 dagegen gerade knapp 4 % und noch 1929 nur 5,4 % der Ausgaben.⁵⁷ Von 1900 bis 1909 hatte die Verschuldung alljährlich im Durchschnitt um 28, von 1910 bis 1913 um 47 Millionen Mark zugenommen; von 1924 bis 1932 war sie im Mittel um 36 Millionen RM, wenn die krisenbedingten Haushaltsdefizite der Jahre 1929 bis 1932 außer acht bleiben, sogar nur um 29 Millionen RM gestiegen, wobei noch die Geldentwertung um etwa 50 % zu berücksichtigen ist.⁵⁸

Die Situation hatte sich aber insofern entscheidend verschlechtert, als vor dem Krieg jede bewilligte Anleihe auf dem inländischen Kreditmarkt untergebracht werden konnte, während er jetzt die benötigten Mittel zu akzeptablen Konditionen nicht mehr hergab und der internationale Kreditmarkt den Ländern weitgehend verschlossen war. Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen genehmigte langfristige Kredite nur, wenn sie für im engen Sinne werbende Anlagen gebraucht wurden, die zudem auf weite Sicht zur Verbesserung der deutschen Zahlungsbilanz beitrugen. Lediglich die Mittel für den augenblicklichen Kassenbedarf konnten ohne Beteiligung der Beratungsstelle im Ausland angeliehen werden. Das Reich und die meisten Länder waren deshalb dazu übergegangen, nur solche Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt einzustellen, bei denen nach diesen Richtlinien Aussicht auf internationale Kredite bestand. Dadurch daß die Hamburger politischen Gremien die gleiche Vorsicht nicht walten ließen und Anleihebewilligungen ohne Rücksicht auf die Realisierungschancen beantragten und erteilten, wurden die Budgets zwar entsprechend den vor dem Krieg gültigen Prinzipien auf der Ausgabenseite stark entlastet, zugleich stieg aber die schwebende Schuld enorm an.

1926 konnte die Finanzdeputation zum letzten Mal in der Weimarer Republik eine internationale Daueranleihe vereinbaren. Der Umfang der fundierten Schuld blieb daher ziemlich konstant; Veränderungen waren hauptsächlich durch die Schwankungen der Wechselkurse bedingt. Sie bestand aus den vor der Währungsstabilisierung eingegangenen Verpflichtungen, die auf etwa 75 Millionen RM »aufgewertet« worden waren, aus der Pfundanleihe von 1923 im Wert von ca. 17 Millionen RM und der englisch-amerikanischen Anleihe von 1926 in Höhe von ungefähr 73 Millionen RM, so daß ein Gesamtbetrag von rund 165 Millionen RM zusammenkam.⁵⁹

Nachdem die Anleihe von 1926 verbraucht war, benutzte die Finanzdeputation den in der Vereinbarung über die Beratungsstelle offengelassenen Ausweg, um die übrigen vorgesehenen Kredite durch Drei- und Sechsmonatswechsel im Ausland zu beschaffen, die sie bei Verfall immer wieder durch neue ersetzte. Die schwebende Schuld wuchs infolgedessen von 25,6 Millionen RM am Ende der Rechnungsperiode 1926 im nächsten Jahr nur um 4,3 Millionen RM, 1928 aber schon um 28,0 Millionen RM und 1929 ganz gewaltig um 108,7 Millionen RM, wodurch sie am Ende dieses Etatjahres mit 166,7 Millionen RM die Höhe der fundierten Schuld erreichte.⁶⁰

Die Gefahren dieser kurzfristigen Auslandskredite waren den verantwortlichen Beamten und Politikern keineswegs unbekannt. Seit Lippmann in einer großen Denkschrift zur Finanzlage Hamburgs Ende November 1927 erstmals auf das Problem hingewiesen hatte, wandte er sich – ebenso wie Cohn – immer wieder entschieden gegen die bedenkenlose Erhöhung der schwebenden Schuld.⁶¹ Nach seiner Überzeugung war die Situation des Hamburger Staates im April 1929 nicht besser als die des Reichs, das durch die Notwendigkeit, die Ausgaben des Extraordinariums abzudecken, in Schwierigkeiten geraten war, nur daß es seinen dringenden Anleihebedarf offen zutage treten ließ, während die Finanzdeputation ihn durch riskante Zwischenlösungen zu kaschieren suchte.⁶² Die Warnungen fanden jedoch keine Beachtung, wie die Tatsache zeigte, daß 1929 allen kreditpolitischen Prinzipien zum Trotz sogar ein Teil der Ausgaben für Volksschulbauten in den außerordentlichen Etat übernommen wurde.

Hinzu kam, daß die Bürgerschaft in den Rechnungsjahren 1927 bis 1930 für die Tilgung der schwebenden Schulden überhaupt keine und für die Tilgung der Anleihe von 1926 keine ausreichende Vorsorge traf. Während in Preußen die Vorschrift bestand, alljährlich im Haushaltsplan 1,9 % der gesamten Staatsschuld zuzüglich der Zinseinnahmen aus dem angesammelten Kapitalstock für die Tilgung bereitzustellen, wodurch die Amortisation jeder Anleihe in längstens 30 Jahren gesichert war, gab es in Hamburg dafür keine generellen Bestimmungen. Die Beträge, die der preußische Staat für Tilgungszahlungen oder Rücklagen zu diesem Zweck aufbrachte, erreichten 1926 und 1927 eine Größenordnung von 2,1 %, 1928 von 5,7 % und 1929 von 5,9 % der Verschuldung; in Hamburg waren es in diesen Jahren nur 0,3 %, 0,8 %, 0,7 % und 0,4 %.⁶³

Um wenigstens bei der Anleihe von 1926, die von 1931 bis 1951 zurückgezahlt werden sollte, die pünktliche Erfüllung des Vertrages zu gewährleisten, beantragte der Senat im Dezember 1928, rückwirkend von 1927 an jedes Jahr 1,5 Millionen RM und die ersparten Zinsen einem Amortisationsfonds zuzuführen.⁶⁴ Es gelang ihm jedoch nicht, die Fraktionen der Regierungskoalition von der Notwendigkeit dieser Maßnahme voll zu überzeugen. Da sie glaubten, daß ihre Generation infolge des Krieges ohnehin besonders große Lasten zu tragen habe, hielten sie es für durchaus gerechtfertigt, die gesamten Ausgaben für die Abdeckung der Staatsschuld auf spätere Jahre zu verschieben. Der demokratische Abgeordnete und Bankdirektor Hans Pilder gab der Meinung vieler seiner Parlamentskolle-

gen Ausdruck, als er in einem Schreiben an Lippmann »an die verantwortlichen Führer der Staatsfinanzen den dringenden Appell« richtete, »in den Jahren 1928 bis 1930 oder 1932 so schonend wie möglich mit dem Kapitalbestand der Wirtschaft umzugehen« und »auch einmal einige Jahre ohne Amortisations-Quoten« hinzunehmen, »wenn dadurch der Wirtschaft die Kraft belassen wird, später um so sicherer zahlen zu können«⁶⁵. Die Bürgerschaft überwies den Senatsantrag, dem der Haushaltsausschuß zunächst zugestimmt hatte, zu erneuter Beratung an ihn zurück und setzte schließlich die Tilgungsraten um mehr als die Hälfte auf 700 000 RM herab.⁶⁶ Bei diesen Beträgen erforderte die Amortisation der Anleihe 108 Jahre.⁶⁷

Finanzpolitik im Zeichen der beginnenden Depression 1929/1930

Mit zwei Gefahrenmomenten war zu rechnen, als infolge des wirtschaftlichen Niedergangs auch die Bedingungen der Finanzpolitik schwieriger wurden. Zum einen hatte das ungünstige Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgabenverpflichtungen oder -wünschen selbst in den Jahren mit guter Konjunktur 1927 und 1928 den Etatausgleich schwer gemacht; zum anderen konnte das risikoreiche Verfahren, die fehlenden regulären Einnahmen durch kurzfristige Auslandskredite zu ersetzen, nur funktionieren, solange Störungen auf dem internationalen Geldmarkt ausblieben.

Die beginnende Krise machte sich im Staatshaushalt zunächst im starken Anwachsen der Sozialausgaben bemerkbar. Die Arbeitslosigkeit war 1929 in allen Monaten größer als im Vorjahr. Im Monatsmittel empfangen in der Rechnungsperiode 1929/30 fast 37 000 Menschen, $5\frac{1}{2}$ Tausend mehr als im vorangegangenen Haushaltsabschnitt, Arbeitslosenunterstützung oder Krisenfürsorge.⁶⁸ Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen war seit Ende Juli 1928 in einem Jahr um 64 % von 3925 auf 6446 gestiegen, und am Schluß des Etatjahres mußte die Wohlfahrtsbehörde 9789 Arbeitsfähige und ihre Angehörigen unterstützen.⁶⁹ Der Zuschuß Hamburgs zu den Kosten der Krisenfürsorge erhöhte sich von 660 000 RM 1928 auf 976 000 RM 1929.⁷⁰ Die Ausgaben der Wohlfahrtsbehörde, die schon 1928 49 Millionen RM betragen hatten, für 1929 aber nur auf 46 Millionen RM veranschlagt worden waren, wuchsen im Endresultat auf 54 Millionen RM.⁷¹

Einnahmefälle hatten 1929 noch keine große Bedeutung. Da die meisten Steuern nach den Ergebnissen des abgelaufenen Jahres berechnet wurden und sich die Wirtschaftslage erst in der zweiten Hälfte der Haushaltsperiode 1928 zu verschlechtern anfang, konnte der Hamburger Staat noch immer über 98 % der vorjährigen Gesamtsumme verfügen. Die Wirkungen der beginnenden ökonomischen Krise zeichneten sich allerdings deutlich ab; denn geringere Erträge erbrachten insbesondere die Grundsteuern, die Gewerbesteuer, die Körperschafts- und die Einkommensteuer, und zwar die letzte fast ausschließlich infolge sinkender Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb.⁷² Da sich jedoch die Einnahmen aus den Gebühren weiterhin

günstig entwickelten und die Betriebe, an denen der Staat beteiligt war, größere Beträge an ihn abführten, nahmen die Gesamteinnahmen gegenüber 1928 sogar leicht zu.⁷³

Die Etatdefizite, um deren Beseitigung sich der Senat während des ganzen Jahres 1929 vergeblich bemühte, wurden daher hauptsächlich durch die Ausgabensteigerungen insbesondere bei der Wohlfahrtsbehörde, aber auch bei der Finanzdeputation und in geringerem Maß bei der Baubehörde verursacht. Diese ersparte zwar gegen den Voranschlag 2,6 Millionen RM, benötigte aber immer noch 1,4 Millionen RM mehr als 1928.⁷⁴ Nachdem der Bauetat bereits in den früheren Jahren regelmäßig stark gekürzt worden war, scheuten die verantwortlichen Politiker und Beamten, solange die Kassenlage eine Wahl ließ, nicht zuletzt wegen der Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt vor allzu drastischen Abstrichen zurück. Auch bei der Entscheidung, neue Schuldverpflichtungen in Höhe von 125 Millionen RM einzugehen, spielte der Gedanke eine Rolle, durch Staatsaufträge und Notstandsarbeiten Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.⁷⁵ Die Finanzdeputation mußte deshalb 9,5 Millionen RM mehr für die Verzinsung der Schulden aufwenden als 1928.⁷⁶ Dazu kam bei allen Behörden die Zunahme der Personalkosten vornehmlich durch das Aufrücken der Beamten und Angestellten in höhere Altersgruppen, die durch Einsparungen freier Stellen noch nicht ausgeglichen wurde.

Bei dieser Entwicklung der unvermeidlichen Ausgaben bereitete die Aufstellung des Haushaltsplans für 1930 erhebliche Probleme. Die ersten Meldungen der Behörden über ihren voraussichtlichen Finanzbedarf und die zu erwartenden Einnahmen ergaben Ende August 1929 einen Fehlbetrag von 42 Millionen RM. Da die Einnahmeschätzungen keine Reserven enthielten, mußte das gesamte Defizit durch Herabsetzung der Ausgaben beseitigt werden – eine Aufgabe, deren Lösung selbst der Finanzdeputation »nahezu unmöglich« erschien.⁷⁷ Auch die Finanzkommission des Senats wußte keine praktikablen Vorschläge zu machen: Die volksparteiichen und demokratischen Mitglieder empfahlen abermals, die Hamburger Verwaltung durch den Reichssparkommissar überprüfen zu lassen, um von ihm Vorschläge für einen Ausgabenabbau zu erhalten. Auf Antrag Matthaes beschloß die Kommission, die Behörden wie schon im Oktober 1927 durch einen Erlaß des Senats zu äußerster Sparsamkeit zu verpflichten und sie zudem aufzufordern, ihre Etatentwürfe so umzuarbeiten, daß sie höchstens dieselben Summen benötigten, die ihnen durch den Haushaltsplan 1929 bewilligt worden waren. Den zwangsläufigen Mehrbedarf bei den persönlichen Ausgaben, nach den Voranschlägen 6,6 Millionen RM, sollten sie durch entsprechende Kürzungen bei den Sachausgaben ausgleichen.⁷⁸ Schon diese erneuten Einschränkungen veranlaßten die Baubehörde, in einem Schreiben an den Senat darauf hinzuweisen, daß sie, nachdem sie bereits seit Jahren nur unzureichende Mittel für den Unterhalt der öffentlichen Gebäude, Straßen und Anlagen zur Verfügung gehabt habe, ihre Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllen könne, daß die ohnehin »starke Flut von Anträgen und Beschwerden« anschwellen und der Ausfall

an Staatsaufträgen »in dem für notwendig erachteten Umfang mit Sicherheit [...] ein erhebliches Anwachsen der Erwerbslosigkeit mit allen ihren finanziellen und sozialen Wirkungen zur Folge haben« werde.⁷⁹

Während sich die Finanzdeputation noch um die Verbesserung der Etatvorlage bemühte, wurde sie im Dezember 1929 mit neuen akuten Problemen konfrontiert. Wegen der Schwierigkeiten, für den Jahresultimo Kassenkredite zu erhalten, konnte das Reich die Steueranteile der Länder nicht pünktlich überweisen. Hamburg mußte mit den vorhandenen Betriebsmitteln und Reserven zurechtkommen und konnte deshalb unter anderem die üblichen Weihnachtsbeihilfen für die Bedürftigen nicht finanzieren.⁸⁰

Am 23. Dezember lag der Finanzkommission endlich der aufgrund der neuen Einzelentwürfe veränderte Haushaltsplan vor. Er schloß noch immer mit einem Defizit von 17,6 Millionen RM. Während die Finanzdeputation die Erträge der Hamburger Steuern im Hinblick auf die Wirtschaftskrise bedeutend niedriger veranschlagt hatte als im Vorjahr, hatte sie bei den Überweisungssteuern einer Zusage der Reichsregierung entsprechend wiederum die gleichen Quoten eingesetzt, obwohl sie sich bewußt war, daß dieses Versprechen nach der Verabschiedung der »lex Schacht« und dem Rücktritt Hilferdings und Popitz' nicht gehalten würde. Für neue Schulbauten waren wie vor dem Krieg 1,5 Millionen RM eingeplant – die Oberschulbehörde hatte 4,3 Millionen RM gefordert –, Mittel zur Fortführung der begonnenen Projekte aber überhaupt nicht vorgesehen. Ähnlich unrealistisch wie diese Etatansätze waren die Deckungsvorschläge: Daß die SPD bereit sein würde, von der Hauszinssteuer in Höhe von 47 % der Friedensmiete statt wie bisher 22,5 % nun 27 % für allgemeine Finanzzwecke abzuweichen, war nicht zu erwarten. Die an die Beleihungskasse zurückfließenden Zins- und Tilgungsbeträge für den Haushalt in Anspruch zu nehmen, widersprach einem soeben gefaßten, noch nicht rechtskräftigen Reichstagsbeschluß. Die Einführung einer pauschalierten Müllbeseitigungsgebühr in Höhe von 1,5 % der Friedensmiete schließlich war problematisch, weil sie nach einem Gutachten des Oberverwaltungsgerichts nur die nachweislichen Kosten decken durfte. Da aber aussichtsreichere Alternativen nicht zu erkennen waren, entschloß sich der Senat, den Haushaltsentwurf unter Hinweis auf die ungeklärte Finanzlage des Reichs zunächst zurückzuhalten und die Finanzdeputation anzuweisen, das Defizit in der Zwischenzeit durch Ausgabenkürzungen oder -streichungen, mögliche Einnahmeerhöhungen und den Aufschub bereits bewilligter Arbeiten weiter zu vermindern.⁸¹

Die Verhandlungen der Bürgerschaft über die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt 1929, die mit fast einjähriger Verspätung am 29. Januar 1930 stattfanden, ließen erkennen, wo die Kompromißfähigkeit der Koalitionsparteien ihre Grenze fand. Die Sprecher sowohl der DDP als auch der SPD ließen keinen Zweifel daran, wie schwer es ihren Fraktionen gefallen sei, sich mit der für diesen Etat geforderten Bereitstellung eines Hauszinssteueranteils in Höhe von 22,5 % der Friedensmiete abzufinden. Für die Sozialdemokraten betonte Podeyn, sie würden »auf keinen Fall

[...] ohne den allerernstesten und nachhaltigsten Widerstand zulassen, daß über die 2½% hinaus weitere Mittel der Hauszinssteuer in Anspruch genommen werden, für welche Zwecke es auch sei«. Solange man »noch einigen Optimismus aufbringen« dürfe für die weitere Gestaltung der Finanzverhältnisse in Hamburg, solange gebe es »keinen Grund, so ernsthafte Maßnahmen in Angriff zu nehmen«.

Bei dieser Entscheidung spielten für Podeyn neben sozialen vor allem auch arbeitsmarktpolitische Erwägungen eine Rolle. Ausdrücklich mit Bezug auf den noch ausstehenden Haushaltsplan für 1930, über den die Senatoren gerade mit den Experten ihrer Parteien verhandelten, kritisierte er, daß »unter dem Druck der jetzigen Finanzlage und vor allem unter dem Druck der öffentlichen Meinung« der Etat der Baubehörde so stark gekürzt worden sei. »Wenn es wirklich der Wirtschaft schlecht geht, dann hat der Staat durch den Einfluß auf den öffentlichen Baupolymarkt es in der Hand, [...] dafür zu sorgen, daß nicht alle Teile der Wirtschaft in gleicher Weise betroffen und noch mehr in den Abgrund hineingezogen werden. Eine solche Aufgabe darf der Staat niemals ablehnen. Gerade jetzt, wo erklärt wird, daß wir nicht in der Lage sind, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten, wo man schwarz sieht in die Zukunft, gerade jetzt sollten wir den schweren Schritt tun, die staatlichen Mittel mehr als bisher für diesen Zweck einzusetzen.«⁸² Selten wurde die Aufgabe, antizyklische Konjunkturpolitik zu treiben, damals so klar erkannt und formuliert. Auch andere Politiker, Wirtschafts- oder Finanzfachleute warnten gelegentlich davor, daß das ständige Verlangen nach Sparsamkeit und Drosselung der Sachausgaben die ökonomische Entwicklung ungünstig beeinflussen könne; nur wenige gingen aber so weit, gerade für Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs, in denen sinkende Einnahmen und steigende soziale Lasten zu enormen Defiziten in den öffentlichen Haushalten führten, die Vermehrung der Staatsausgaben zu fordern.

Trotz Podeyns Mahnungen wurden bei der weiteren Bearbeitung der Etatvorlage alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben der Baubehörde gestrichen. Für die Errichtung neuer Volksschulen wurden außer der zweiten Rate zur Fortführung der bereits begonnenen Bauten überhaupt keine Gelder eingeplant.⁸³ Im ordentlichen Haushalt wurden der Baubehörde im Vergleich zu den Bewilligungen des Vorjahres 0,9 Millionen RM weniger zur Verfügung gestellt, außerdem aber im Extraordinarium weitere neun Millionen RM gestrichen.⁸⁴ Auch Matthaei gab in der Bürgerschaft bei der ersten Lesung des Etats am 19. März 1930 »die unerfreulichen wirtschaftlichen Folgen einer solchen Zurückhaltung des Staates, des größten Auftraggebers«, zu, beharrte aber darauf, daß »an erster Stelle [...] unanfechtbar die finanzielle Gesundheit des Staates stehen« müsse. Der Finanzbedarf der übrigen Behörden war ebenfalls äußerst knapp bemessen. Sie hatten, wie Matthaei ausführte, Einschränkungen hinnehmen müssen, »wie man sie früher nicht für tragbar hielt«. ⁸⁵ Obwohl es trotzdem wegen der andauernden Zunahme der Personalkosten nur bei knapp der Hälfte der Behörden gelungen war, der Senatsverfügung vom 30. August 1929 entsprechend mit

den im Vorjahr bewilligten Beträgen auszukommen, erklärte selbst die Finanzdeputation nach intensiven Verhandlungen mit den verantwortlichen Beamten, daß weitere Abstriche bei den Ausgaben nicht zu verwirklichen seien.⁸⁶

Ohnehin hatte die Finanzdeputation bei manchen Positionen des Etats reichlich viel Optimismus walten lassen. So waren die Einnahmen gegenüber dem von der Bürgerschaft genehmigten Entwurf für 1929 um 5,2 Millionen RM, da seinerzeit irrtümlicherweise rund fünf Millionen RM zuviel ausgewiesen worden waren, tatsächlich sogar um 10,2 Millionen RM höher veranschlagt. Bei den Reichssteuern hatte die Finanzdeputation endgültig ihrer besseren Einsicht zum Trotz dieselben Einkünfte eingesetzt wie im Vorjahr, bei den Hamburger Steuern sieben Millionen RM abgezogen. Tatsächlich kamen an Überweisungssteuern nach der Abrechnung 11,2 Millionen RM, ohne die 1930 neu eingeführten Steuern 12,4 Millionen RM weniger herein, während bei den landeseigenen Steuern durch Erhöhungen und die Schaffung neuer Abgaben der Voranschlag wenigstens erreicht wurde. Die Ergiebigkeit der Gebühren, die ein Mehr von fast sechs Millionen RM erbringen sollten, wurde erheblich überschätzt. Insbesondere waren bei der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, bei der Baubehörde und der Gesundheitsbehörde am Ende statt der erhofften Mehreinnahmen von mehreren Millionen RM Mindererträge in ähnlicher Höhe zu verzeichnen. Ob die Kaiverwaltung wirklich einen Betriebsüberschuß von reichlich 1,8 Millionen RM und damit 380 500 RM mehr erzielen würde, als im Plan für 1929 vorgesehen war, wurde schon in der dem Etatentwurf beigegebenen Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft bezweifelt: Die Reineinnahmen waren nämlich in den letzten drei Jahren auf 2,5, 2,8 und 1,5 Millionen RM veranschlagt worden, hatten aber 1927 nur 1,1 und 1928 1,2 Millionen RM betragen und wurden für 1929 lediglich auf 1 520 000 RM geschätzt. Die Skepsis war sehr berechtigt: Da der seewärtige Warenverkehr im Hafen Hamburg 1930 beträchtlich zurückging, mußte für den Kaibetrieb schließlich ein Zuschuß von 671 000 RM gezahlt werden.

Bei den Ausgaben rechnete der Senat mit einer Steigerung um 15,9 Millionen RM gegenüber dem letzten genehmigten Plan. Davon entfielen auf die persönlichen Ausgaben 5,2 Millionen RM; für die Verzinsung der zeitweiligen Anleihen waren 8,5 Millionen RM und für den Sachetat der Wohlfahrtsbehörde 5,1 Millionen RM mehr vorgesehen. Insgesamt wurden ihr 51,8 Millionen RM zur Verfügung gestellt, obwohl sie, wie im März 1930 bereits zu erkennen war, im ablaufenden Rechnungsjahr 1929 rund 55 Millionen RM benötigt hatte. Es war daher klar, daß sie mit dem ihr zugeordneten Betrag nur bei einer wesentlichen Besserung der Wirtschaftslage und des Arbeitsmarktes auskommen konnte.⁸⁷

Manchen Etatansätzen lag somit unausgesprochen die Annahme zugrunde, daß sich die Konjunktur in den kommenden Monaten wieder günstiger entwickeln werde. Dennoch blieb ein Defizit von 15,7 Millionen RM, das durch neue Einnahmen gedeckt werden mußte. Der Plan, an dem Matthaei und Petersen zunächst festhielten, rund 15 Millionen RM da-

durch aufzubringen, daß diesmal 7 % der Friedensmiete von dem Bauanteil der Hauszinssteuer für den Etat abgezweigt wurden, und den Rest den Rückflüssen der Beleihungskasse zu entnehmen, scheiterte am Widerstand der Sozialdemokraten. Sie konnten sich Matthaes Auffassung, daß die Steigerung der Erwerbslosigkeit »durch die verhältnismäßig geringe Einschränkung des Wohnungsbaues [...] erträglich sein« werde, nicht zu eigen machen – immerhin sollten die Förderungsmittel um fast ein Viertel reduziert werden –, und auch Petersens Argument, Abstriche am Wohnungsbauprogramm würden die Position des Senats bei Finanzverhandlungen mit dem Reich stärken, wirkte angesichts der Gefahren für den Arbeitsmarkt nicht überzeugend.⁸⁸ Allenfalls ein Prozent mehr als im Vorjahr, also die Halbierung der Hauszinssteuer wie in Preußen: 23,5 % für Finanzzwecke und 23,5 % für den Wohnungsbau, wollte die SPD zugestehen.⁸⁹ Aber auch der Parteivorsitzende der DDP, Stubmann, erklärte in der Bürgerschaft die verstärkte Inanspruchnahme der Hauszinssteuer für den Etat für »nicht unbedenklich«.⁹⁰

Der Senat einigte sich deshalb auf folgende Deckungsvorschläge: Die Verwendung der halben Hauszinssteuer für die regulären Ausgaben des Staates sollte 7,5 Millionen RM, die Erhöhung der Grundsteuer um 2 % der Friedensmiete 4,8 Millionen RM erbringen und die Beleihungskasse aus ihren Rückflüssen zwei Millionen RM zur Verfügung stellen.⁹¹ Bei der Beratung in der Bürgerschaft bedauerte Podeyn erneut, daß die Einsparungen und die übrigen Maßnahmen zur Beseitigung des Defizits sich größtenteils auf dem Baumarkt auswirken »und infolgedessen selbstverständlich auch eine Erhöhung des Wohlfahrtsetats herbeiführen« würden, so daß schon jetzt mit Nachforderungen zu rechnen sei.⁹² Durch die Zustimmung zur Grundsteuer- und Mieterhöhung bewiesen die Hamburger Sozialdemokraten ihr Verantwortungsbewußtsein und die Fähigkeit, als Regierungspartei auch Entscheidungen mitzutragen, die ihre Anhänger am härtesten trafen und von der KPD in der Vergangenheit stets zu heftigen Angriffen gegen die »Sozialfaschisten« benutzt worden waren. Ausdrücklich distanzieren sie sich damit von ihren Parteifreunden in anderen Landes- und Kommunalparlamenten.⁹³

Am rückhaltlosesten konnte die DVP die Senatsvorlage begrüßen, durch die sie sich in ihrer bisherigen Politik bestätigt sah. Im Gegensatz zu der klaren Prognose des sozialdemokratischen Haushaltsexperten gab ihr Sprecher in völliger Verkennung der Zusammenhänge zwischen Staatnachfrage und Konjunkturverlauf der Hoffnung Ausdruck, daß es, »wenn wir nur die nötigen Sparmaßnahmen treffen«, gelingen werde, »unsere Vaterstadt aus den jetzigen schwierigen Verhältnissen herauszubekommen«.⁹⁴

Anders als in den beiden letzten Jahren waren aber alle Regierungsparteien wegen der Unübersichtlichkeit der Wirtschaftsentwicklung entschlossen, gleichzeitig mit der Verabschiedung des Etats auch für Deckung zu sorgen. Nachdem der Haushaltsausschuß den Fehlbetrag durch weitere Verbesserungen bei den Einnahmeschätzungen und Abstriche bei den Ausgaben wenigstens formal auf 14,8 Millionen RM vermindert hatte, wurde

dieser modifizierte Entwurf zusammen mit den Deckungsvorschlägen des Senats am 12. Mai von der Bürgerschaft genehmigt. Bis auf 300 000 RM, denen noch nicht etatisierte Einnahmen des neuen Seegrenzschlachthofes gegenüberstanden, war der Haushaltsplan damit ausgeglichen.⁹⁵

Nur vier Tage später zeigte sich, daß die Finanzlage in Wirklichkeit nicht so günstig war. Obwohl der Senat in den 1. Nachtrag zum Etat außer den von der Bürgerschaft bewilligten Einnahmen als Anteil Hamburgs an der zum 1. April neu eingeführten Mineralwassersteuer und der erhöhten Reichsbiersteuer weitere 1,6 Millionen RM einstellen konnte, ließen die gleichzeitigen Ausgabenanträge – hauptsächlich für Bauarbeiten im Hafen, Um- und Erweiterungsbauten von Volksschulen – das Defizit, wenn auch scheinbar nur unbedeutend, auf 700 000 RM anwachsen. Inzwischen stand jedoch unzweifelhaft fest, daß »sehr große« Nachforderungen für die Wohlfahrtsbehörde und erhebliche Ausfälle bei der Einkommensteuer das Bild bald verändern würden.⁹⁶ Am 6. Juni entschloß sich der Senat, die Behörden im Hinblick auf den zu erwartenden enormen Fehlbetrag aufzufordern, die im Haushaltsplan bewilligten Ausgaben nicht voll zu leisten, insbesondere die Personalkosten unbedingt zu senken und alle irgendwie vermeidbaren Arbeiten oder Anschaffungen zurückzustellen.⁹⁷

Der Kampf um die Balancierung des Haushalts bestimmte von nun an dauernd die finanzpolitischen Überlegungen, Verhandlungen und Maßnahmen. Immer wieder wurden gerade mühsam errungene Erfolge dadurch zunichte, daß unerwartete Ausgaben bewilligt werden mußten und die Einnahmen hinter den Schätzungen zurückblieben. Die Hoffnungen, daß sich die Wirtschaftslage nach der Neuregelung der Reparationsverpflichtungen im Young-Plan dank wieder nach Deutschland hereinströmender Auslandsanleihen mit Beginn des Sommers bessern werde, erfüllten sich nicht. Der mit den Zollgesetzen vom April 1930 einsetzende Agrarprotektionismus der Regierung Brüning brachte im Gegenteil für Hamburgs Handel und Schifffahrt neue Erschwerungen. Die Arbeitslosigkeit ging, wie die Statistik der Arbeitssuchenden und der von der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung Unterstützten zeigte, im Mai und Juni 1930 nur geringfügig zurück und nahm schon seit Juli zunächst langsam, dann seit Oktober rapide wieder zu. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen verringerte sich selbst in den Sommermonaten überhaupt nicht. Von April bis Juni mußte der Hamburger Staat in jedem Monat ungefähr 10 000, im Juli 11 000, im August 13 000 und im September 15 000 durch Arbeitslosigkeit in Not geratenen Familien das Existenzminimum sichern.⁹⁸ Neben unverändert hohen Zuschüssen zur Krisenfürsorge waren deshalb monatlich rund 700 000 RM, im Juli 800 000 RM, im August 900 000 RM und seit September mehr als eine Million RM für die Wohlfahrtserwerbslosen und Arbeitslosen aufzubringen, die mit den Unterstützungen der Reichsanstalt nicht auskommen konnten.⁹⁹

Die Steuereinnahmen blieben im 2. Quartal erstmals deutlich, um 23 %, hinter den Zahlen des Jahres 1928 zurück. Von der zu Beginn des Rechnungsjahres zugunsten der Länder neu eingeführten Mineralwassersteuer

und der erstmaligen Überweisung eines Sechstels des Biersteueraufkommens profitierte Hamburg wegen des schlechten Verteilungsschlüssels relativ wenig.¹⁰⁰ Bei den Mieten und Pachten mußten Nachlässe gewährt werden, die Gebühren, insbesondere die Hafengebühren, brachten nur noch unbefriedigende Erträge.¹⁰¹

Die Ungewißheit bezüglich der Entwicklung der Reichsfinanzpolitik erschwerte die längerfristige Planung auch in den Ländern. Nachdem zunächst unklar gewesen war, welche Ergebnisse die langwierigen Auseinandersetzungen um ein tragfähiges Deckungsprogramm zeitigen würden, herrschte nach der Demission des Finanzministers im Juni, der Ablehnung der neuen Etatvorlage und dem gescheiterten Versuch, sie durch eine Notverordnung in Kraft zu setzen, während des Rests des Sommers 1930 Unsicherheit, ob der neugewählte Reichstag die nur wenig abgewandelte Notverordnung vom 26. Juli akzeptieren würde. Der Hamburger Senat zögerte deshalb, die durch die Notverordnung erschlossenen, besonders umstrittenen Einnahmequellen zu nutzen.

Seit dem Herbst verschlechterten sich die Staatsfinanzen rapide, weil nicht nur der jahreszeitlich bedingte Mangel an Arbeitsgelegenheit, sondern vor allem die nun einsetzende bewußte Deflationspolitik zur Verschärfung und Ausweitung der Wirtschaftskrise führten. Die Konkursverluste stiegen 1930 in Hamburg von 18,9 auf 43,9 Millionen RM. Statt mehr als 20000 Arbeitnehmern täglich waren im Hafen Hamburg nur noch knapp 16000 beschäftigt. Die Zahl der Arbeitsuchenden wuchs in diesem Winter auf über 100000. Die Reichsanstalt mußte im Dezember in der Hansestadt mehr als 58000 und im Februar 1931 nahezu 68000 Menschen unterstützen, der Hamburger Staat in diesen Monaten für rund 20000 Wohlfahrtserwerbslose und ihre Angehörigen sorgen. Am Ende des Rechnungsjahres waren 22585 Erwerbslose auf die laufenden Zahlungen der Wohlfahrtsbehörde angewiesen.¹⁰² Als Beitrag zur Krisenfürsorge mußte Hamburg in dieser Etatperiode statt der veranschlagten einen Million RM 2337000 RM abführen, für die Wohlfahrtsbehörde statt 51,8 fast 73 Millionen RM aufwenden, davon 11 Millionen allein für die finanzielle Unterstützung arbeitsfähiger, durch den Verlust der Erwerbsmöglichkeit in Not geratener Menschen.¹⁰³ Bei den Steuern war trotz verschiedener Tarifierhöhungen gegenüber dem Soll ein Ausfall von fast 28 Millionen RM, gegenüber den tatsächlichen Einnahmen des Vorjahres von 21 Millionen RM zu verzeichnen.¹⁰⁴ Die Überschüsse der Betriebe schrumpften weiter zusammen.

Schon am 21. Juni, also gerade einen Monat nach der Verabschiedung des Haushaltsplans und der Deckungsvorlage, erwartete das Rechnungsamts einen Fehlbetrag von 13,9 Millionen RM für 1930.¹⁰⁵ Am 31. Juli gab Matthaei in der Finanzkommission des Senats bekannt, daß Nachbewilligungen in Höhe von 15,5 Millionen RM, darunter allein 12,6 Millionen RM für die Wohlfahrtsbehörde, unvermeidlich seien, denen nur Einsparungen von 4,2 Millionen RM gegenüberständen, so daß ein Defizit von 11,3 Millionen RM verbleibe.¹⁰⁶ Drei Wochen später bezifferte er es schon auf 25,9 Millio-

nen RM.¹⁰⁷ Neue Deckungsmaßnahmen waren nun nicht länger aufzuschieben, zumal auch für 1929 mit einem Unterschuß von 13,9 Millionen RM gerechnet wurde, der die Kasse belastete.

Eine Einigung, wie die erforderlichen Einnahmen am zweckmäßigsten zu beschaffen seien, fiel dem Senat jedoch schwer, ohne daß parteipolitische Bindungen als Gründe für die unterschiedlichen Auffassungen zu erkennen wären. Matthaei plädierte zunächst für die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe, die Einführung der durch die Notverordnung vom 26. Juli ermöglichten Steuern – der Bürgersteuer, der Gemeindebieber- und -getränksteuer –, die Erhöhung der Grundsteuer um ein Prozent sowie eventuell der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise; als deutlich wurde, daß diese Mehreinnahmen nicht ausreichen würden, wollte der Finanzsenator außerdem die bisher der Beleihungskasse überwiesene Mehrmietensteuer für den Etat in Anspruch nehmen, von den Wasserwerken die Auflösung des Erneuerungsfonds sowie die nachträgliche Abführung dieses früher zurückbehaltenen Teils des Reingewinns in Höhe von 6,5 Millionen RM an den Staat verlangen und die Grundsteuer statt um 1 % um 4 % erhöhen. Dagegen lehnte Lippmann bei den ersten Beratungen die mit der Grundsteuererhöhung verbundene abermalige Verteuerung der Mieten und die Heraufsetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise als unsozial ab. Der sozialdemokratische zweite Bürgermeister Roß wandte sich gegen Matthaeis ausschließlich von fiskalischen Erwägungen bestimmtes Ansinnen, daß die Bürgerschaft kurz vor den Reichstagswahlen am 14. September in einer Sondersitzung über weitere Lasten für die Bevölkerung beschließen solle; er warnte davor, als erste Gemeinde die umkämpften neuen Steuern einzuführen, während sein Parteifreund John Ehrenteit sogar dafür eintrat, die ursprünglich vor allem von der SPD abgelehnte Bürgersteuer mit höheren Sätzen zu erheben. Ihm widersprach Petersen, weil die Bürgersteuer »politisch zu sehr umstritten sei«.¹⁰⁸

Die Finanzkommission kam schließlich überein, auf die Bürgersteuer vorläufig zu verzichten und statt dessen die Erhöhung der Grundsteuer um sechs Prozent ins Auge zu fassen. Am 17. September sollte die Vorlage im Senat, zehn Tage später ohne Ausschußberatung von der Bürgerschaft erledigt werden. In einer weiteren Sitzung der Finanzkommission gelang es den volksparteilichen Senatoren jedoch, ihre sozialdemokratischen Kollegen von der Berechtigung ihrer Bedenken gegen eine so starke Erhöhung der Grundsteuer und der Mieten zu überzeugen. Roß schlug deshalb vor, bis die Zukunft der Bürgersteuer geklärt sei, einen Teil des Defizits ungedeckt zu lassen, stieß aber bei Matthaei auf heftigen Widerstand. Der Präses der Finanzdeputation verwies auf das abschreckende Beispiel des Reichs, das durch wiederholte unzureichende Maßnahmen in eine schwere Finanzkrise geraten sei und sogar mit Kassenschwierigkeiten zu kämpfen habe.

Noch waren für den Senat politische Rücksichten aber wichtiger als diese rein fiskalischen Überlegungen. Er beschloß, nur für diejenigen Mehrausgaben die Bewilligung zusätzlicher Mittel zu beantragen, die sich durch die außergewöhnlichen Anforderungen infolge der großen Arbeitslosigkeit

begründen ließen. Unter der Überschrift: »Notstandsmaßnahmen im Winter 1930« ersuchte er, für die Arbeitsbehörde sechs Millionen RM, und zwar fünf Millionen RM für Notstandsarbeiten und eine Million RM für den Zuschuß zur Krisenfürsorge, für die Wohlfahrtsbehörde 15 Millionen RM, darunter 10,5 Millionen RM für laufende Unterstützungen und drei Millionen RM für die Arbeitsfürsorge, nachzubewilligen. Diese 21 Millionen RM sollten durch die Gewerbesteuer für die freien Berufe, die Bier- und Getränkesteuer, die Nachzahlung der Wasserwerke und die Abführung von 8,5 Millionen RM durch die Beleihungskasse aufgebracht werden. Die Bürgersteuer, die Erhöhung der Grundsteuer und die Umbuchung der Mietsteuer waren nicht vorgesehen.¹⁰⁹

In der Bürgerschaft wurde der Senatsantrag dank der sicheren Mehrheit der Regierungsparteien rasch erledigt. Nach dreieinhalbstündiger Beratung im Steuerausschuß wurde er am 29. September in erster Lesung und am folgenden Tag unmittelbar nach Ablauf der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Frist von 24 Stunden in zweiter Lesung angenommen, so daß die Steuergesetze zum 1. Oktober in Kraft treten konnten. Für die SPD betonte Dahrendorf – insbesondere gegen die heftige Agitation der KPD: »Wer aber die Aufrechterhaltung der sozialen Fürsorge will, muß sich auch für eine Deckung einsetzen.« Seine Fraktion werde »keine Verantwortung für eine Finanzkrise in Hamburg übernehmen, von der wir im Reiche sehen, daß sie sich zu einer Staatskrise zu entwickeln droht.«¹¹⁰ Die Spannungen zwischen Unternehmern und Vertretern des mittelständischen Gewerbes in der DVP zeigte die Ablehnung der Vorlage durch eine sehr beachtliche Minderheit der Fraktion. Während der Großkaufmann Witthoefft die Besteuerung von Bier und Getränken im Senat »ohne weiteres für erträglich« erklärt hatte,¹¹¹ bekämpfte sie der Präses der Detaillistenkammer, Mähl, ganz entschieden, weil »man hier ein sterbendes Gewerbe« – das Gastwirtschaftsgewerbe – »noch außerordentlich bedrückt.«¹¹² Er bestritt die rechtliche Möglichkeit, die Gesetze zum 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Auch die beiden selbständigen Gewerbetreibenden unter den Abgeordneten der Deutschen Staatspartei trennten sich von ihrer Fraktion und stimmten bei der ersten Lesung gegen die Bier- und Getränkesteuer und bei der zweiten Lesung gegen die Getränkesteuer.¹¹³

Trotz der Bewilligung immerhin beträchtlicher Mehreinnahmen von 21 Millionen RM für das halbe Rechnungsjahr bereitete die Entwicklung des Haushalts 1930 auch weiterhin Sorgen. Am 18. Dezember betrug das rechnungsmäßige, aufgrund der verschiedenen Bürgerschaftsbeschlüsse zum Budget sich ergebende Defizit 13,4 Millionen RM, am 1. Februar 1931 wurde es im dritten Nachtrag mit 13,6 Millionen RM, am 29. Mai im vierten Nachtrag mit 14,5 Millionen RM ausgewiesen.¹¹⁴ Den tatsächlichen Fehlbetrag schätzte die Finanzdeputation weit höher, weil erhebliche, dem Umfang nach aber noch nicht endgültig feststehende Einnahmeausfälle und Mehrausgaben erst später verbucht werden konnten. So mußte Matthaei, als Ende des Jahres die Steuereingänge einigermaßen zu übersehen waren, über eine Verschlechterung um 10,7 Millionen RM bei den Überweisungs-

steuern berichten, während noch im September nur mit 585 000 RM gerechnet worden war. Hinzu kamen bei der Grund- und Hauszinssteuer Mindererträge von je einer Million RM, bei der Gewerbesteuer von zwei und bei der Getränkesteuer von zwei bis drei Millionen RM sowie eine neuerliche Nachforderung der Wohlfahrtsbehörde von 6,3 Millionen RM und das am 30. September ungedeckt gelassene Defizit von fünf Millionen RM. Einige der damals beschlossenen Maßnahmen konnten zudem nicht realisiert werden: Die Beleihungskasse war nur in der Lage, im laufenden Rechnungsjahr drei statt der geforderten 8,5 Millionen RM an den Staat abzuliefern, da sie über den größten Teil ihrer Gelder bereits verfügt hatte, und die Wasserwerke hatten Schwierigkeiten, die geplante Anleihe abzuschließen, die ihnen die Rückzahlung der 6,5 Millionen RM ermöglichen sollte. Insgesamt fehlten somit 40 Millionen RM. Bei Einbeziehung der voraussichtlichen Ausfälle bei den Gebühren und sonstigen Einnahmen erhöhte sich das Minus auf 44 Millionen RM, während die noch nicht etatisierten Ersparnisse maximal elf Millionen RM ausmachten, so daß ein endgültiges Defizit von 33 Millionen RM und, falls die Beleihungskasse und die Wasserwerke ihren Verpflichtungen doch noch nachkommen konnten, von 21 Millionen RM blieb.¹¹⁵

Angesichts dieser Zahlen hielt es Matthaei für unbedingt notwendig, ohne Rücksicht auf die politischen Wirkungen zum drittenmal im Rechnungsjahr 1930 Einnahmeerhöhungen zu fordern. Auch die übrigen Mitglieder der Finanzkommission des Senats standen der Situation völlig ratlos gegenüber. Lediglich Witthoefft schloß sich der Auffassung des Finanzsenators sofort an, indem er die Einführung der Bürgersteuer, die Verdoppelung der Biersteuer und weitere Kürzungen der Gehälter verlangte. Daß er darüber hinaus einmal mehr die Revision der Hamburger Verwaltung durch den Reichssparkommissar vorschlug, unterstrich nur die allgemeine Verwirrung; denn praktikable Anregungen waren nach der rigorosen Reduzierung aller vermeidbaren Ausgaben kaum noch zu erhoffen, und die Überprüfung der stets als besonders verschwenderisch angegriffenen Baubehörde durch Fachleute des Reichssparkommissariats hatte diese gerade glänzend gerechtfertigt.¹¹⁶

Glücklicherweise erfüllten sich die Befürchtungen der Finanzdeputation nicht voll, da die Wasserwerke drei Millionen RM und die Beleihungskasse den gesamten verlangten Betrag, wenn auch verspätet, doch abführen konnten und die Einsparungen sich als so erheblich erwiesen, daß die Ausgaben schließlich trotz des Mehrbedarfs der Wohlfahrtsbehörde von 21 Millionen RM noch unter dem Voranschlag blieben. Als 1932 die Abrechnung für 1930 vorlag, zeigte sie ein Defizit von 13,7 Millionen RM.¹¹⁷

Schwierige Etatplanung für 1931

Der pessimistischen Einschätzung der Finanzlage entsprechend gestaltete sich die Arbeit am Haushaltsentwurf für 1931 sehr schwierig. Mitte September 1930 hatte Matthaei noch gehofft, mit den dauernden Mehreinnahmen durch die Bier-, Getränke- und erweiterte Gewerbesteuer auch 1931 auskommen zu können, sofern die Überweisungssteuern nicht zu stark zurückgingen und das Reich nicht unter dem Zwang der eigenen Kassennöte den Finanzausgleich weiter zu Lasten der Länder verschlechterte.¹¹⁸ Bei den Verhandlungen über die bevorstehende Notverordnung vom 1. Dezember 1930 gelang es, den unverteilten Vorwegabzug bei den Überweisungssteuern, durch den das Reich die Ersparnisse der Länder und Gemeinden durch die sechsprözentige Besoldungskürzung partiell für sich in Anspruch nahm, auf 50 Millionen RM zu begrenzen. Hamburg mußte daher etwa zwei Millionen RM abgeben, während es rund 9,5 Millionen RM im Jahr bei den Gehältern sparte.¹¹⁹ Bei den Bestimmungen über die Realsteuersenkung schnitt der Stadtstaat ebenfalls günstig ab. Im Regelfall sollten die Länder die Grundsteuer um 10%, die Gewerbesteuer um 20% senken und zum Ausgleich für den Einnahmeausfall sowie zur teilweisen Abdeckung der Wohlfahrtslasten 50% der Wohnungsbaumittel des Jahres 1929 für Finanzzwecke verwenden. Statt dessen erreichte der Senat schließlich, daß er die beiden Steuern nur um die Hälfte der normalen Sätze ermäßigen und nur ein Drittel des Wohnungsbauanteils der Hauszinssteuer für den allgemeinen Etat heranziehen mußte.¹²⁰ Nach dem Ersatz der Verluste bei der Grund- und Gewerbesteuer von schätzungsweise 1,8 bzw. 2,3 Millionen RM konnte er infolgedessen außer der alljährlich abgezweigten Quote weitere 15,5 Millionen RM aus dem Hauszinssteueraufkommen für den Staatshaushalt vorsehen.¹²¹ Für die Beleihungskasse blieben 28 statt früher etwa 50 Millionen RM übrig. Gewisse Erleichterungen für den Hamburger Etat brachte die Notverordnung endlich durch die Änderung des Verteilungsschlüssels bei der Kraftfahrzeugsteuer und die Beschränkung der Umsatzsteuergarantie auf 375 Millionen RM.

Trotz dieser Verbesserungen, der äußersten Drosselung der Ausgaben – von den ursprünglichen Forderungen der Behörden wurden rund 16,5 Millionen RM gestrichen – und Maximalschätzungen bei den Einnahmen zeigten die ersten Entwürfe für den Haushaltsplan 1931 Defizite bis zu 42,6 Millionen RM. Die Finanzdeputation hatte sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, einen realistischen und wirklich ausreichenden Voranschlag zu erstellen, weil die Notwendigkeit, neue Deckungsmaßnahmen zu beschließen, im Herbst dieses Jahres wegen der Bürgerschaftswahlen zu den größten politischen Schwierigkeiten führen mußte. Sie hatte deshalb zunächst 4,4 Millionen RM für die Tilgung der schwebenden Schuld und 5,1 Millionen RM zum Ausgleich des nach Abzug früherer Überschüsse verbleibenden Fehlbetrags des Rechnungsjahres 1929 vorgesehen, die Mittel für den Zinsendienst beträchtlich erhöht und den Etat der Wohlfahrtsbe-

hörde gegen deren Votum auf 80 bis 82 Millionen RM heraufsetzen wollen. Diese Summe hätte für die Unterstützung von durchschnittlich 60 000 Parteien genügt. Tatsächlich mußten bereits im März 1931 61 000 Parteien laufend von der Wohlfahrtsbehörde unterhalten werden, und im Rechnungsjahr 1931 stieg ihre Zahl auf durchschnittlich 83 446.¹²²

Die Einnahmemöglichkeiten, die die Finanzdeputation nennen konnte, die Verdoppelung der Biersteuer und die Einführung der Bürgersteuer mit dem zweifachen Mindestsatz, reichten jedoch nicht annähernd, um den so ermittelten Mehrbedarf zu decken. Auch der Senat sah keinen Weg, wie die bei vorsichtiger Schätzung für die Wohlfahrtsbehörde erforderlichen Mittel aufzubringen seien. Durch – unumgängliche – noch größere Einsparungen bei den Sachausgaben war dieses Problem, wie Roß erklärte, nicht zu lösen: »Wenn die Wohlfahrtslasten in demselben Umfang wie bisher weiter stiegen, müsse das Reich eingreifen, wenn die Gemeinden nicht zusammenbrechen sollten.« Deutlicher noch als in diesem nach allen Informationen wenig begründeten Vertrauen auf die Hilfe der Reichsregierung kam die allgemeine Ratlosigkeit in der Bemerkung seines Parteifreundes Eisenbarth zum Ausdruck: »Man müsse die wirtschaftliche Entwicklung mit einem gewissen Optimismus betrachten«, weshalb er die Bereitstellung von 80 bis 82 Millionen RM für die Wohlfahrtsbehörde nicht für richtig halte. Mit Recht wandte Matthaei dagegen ein: Selbst wenn sich die Wirtschaftslage 1931 bessere, werde die Wohlfahrtsbehörde davon nur wenig profitieren, da zunächst die erst seit kürzerer Zeit erwerbslosen, von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützten Arbeitnehmer wieder eingestellt würden.¹²³

Da die notwendigen Einnahmen nicht zu beschaffen waren, verzichteten Finanzdeputation und Senat Stück für Stück auf ihre ursprüngliche Konzeption, einen unbedingt ausreichenden Etatentwurf mit Reserven für unvorhergesehene Entwicklungen vorzulegen. Am 7. Januar gestand Matthaei zu, für die Wohlfahrtsbehörde nur 73 Millionen RM vorzusehen und den Betrag für die Tilgung der Staatsschuld von 4,4 auf 1,4 Millionen RM herabzusetzen. Bei den Überweisungssteuern legten die Beamten der Finanzdeputation entgegen ihrer besseren Einsicht wieder die Schätzung des Reichsfinanzministeriums zugrunde und setzten insbesondere bei den drei großen Steuern nur wenig unter dem tatsächlichen Aufkommen des Jahres 1930 liegende Beträge ein. Schließlich wurden die Einkünfte aus der Getränkesteuer um eine Million RM höher veranschlagt, obwohl sie bislang stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, die Bauausgaben weiter reduziert und die Ansätze für die Instandhaltung der Gebäude und des Hausrats schematisch um 30 % gekürzt. Um das restliche Defizit von 5,6 Millionen RM zu beseitigen, einigte sich der Senat gegen erhebliche Bedenken einzelner seiner Mitglieder, die Mehrmietensteuer der Beleihungskasse zu entziehen und für allgemeine Finanzzwecke zu verwenden, die Ausgaben für Arbeiterlöhne durch Nichtwiederbesetzung freier Stellen, insbesondere bei der Kaiverwaltung, um knapp fünf Prozent zu senken und den Etat der Baubehörde noch einmal um 1,8 Millionen RM zu vermindern.¹²⁴ Die Ver-

wirklichung dieser Pläne drohte die Situation der Hamburger Wirtschaft zusätzlich zu erschweren, denn zum einen wurden sowohl die unmittelbaren Bauaufträge des Staates als auch der – zwischen 1928 und 1930 zu 99%¹²⁵ – mit öffentlichen Mitteln geförderte Wohnungsbau drastisch eingeschränkt, zum anderen durch die Einsparung von 13 Millionen RM bei Löhnen und Gehältern nun auch die Konsumbetriebe getroffen.

Die skizzierten Bemühungen und Verhandlungen schlugen sich in dem Haushaltsplan nieder, den der Senat der Bürgerschaft mit erheblicher Verspätung kurz vor Beginn des neuen Rechnungsjahres am 2. März 1931 zuleitete. Er war zum erstenmal in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen, enthielt aber große Unsicherheitsfaktoren. Bei den Einnahmen hatte die Finanzdeputation, wenn die 1930 erstmals in den Etat eingestellten Wohnungsbaumittel und die zur Deckung des seinerzeitigen Defizits beschlossene, unbefristete Grundsteuererhöhung berücksichtigt werden, im Vergleich zur vorjährigen Budgetvorlage 13,4 Millionen RM abgesetzt. Tatsächlich verschlechterte sich die Wirtschafts- und Finanzlage 1931 dermaßen, daß, wie die Abrechnung später zeigte, 64 Millionen RM weniger als angenommen eingingen. Den Anteil an den Reichssteuern schätzte die Finanzdeputation den offiziellen Mitteilungen entsprechend um 13 Millionen RM, den Ertrag der während des ganzen Rechnungsjahres 1930 erhobenen Hamburger Steuern um 17,4 Millionen RM niedriger als im letzten Haushaltsplan, hoffte aber, daß dieser Ausfall durch die im Herbst 1930 beschlossenen bzw. jetzt beantragten Krisensteuern ausgeglichen werde, die 19 Millionen RM erbringen sollten.¹²⁶

Der Voranschlag blieb damit, wie zumindest hinsichtlich der Reichssteuern bereits zu erkennen war, sowohl bei diesen als auch bei den Hamburger Steuern nur wenig, um zwei bzw. drei Millionen RM, hinter dem effektiven Ergebnis des Jahres 1930 zurück. Erreicht wurden 1931 schließlich bei den Reichssteuern statt der erwarteten 104 gerade 76 Millionen RM, bei den Hamburger Steuern statt 181 lediglich 149 Millionen RM. Demgegenüber war der Rückgang bei den übrigen Einnahmegruppen in der Voraus schätzung und in der Realität relativ unbedeutend. Die zunehmende Lähmung von Handel und Schifffahrt machte sich im Budget dadurch bemerkbar, daß der Kaibetrieb nicht nur keinen Gewinn erzielte, sondern einen Zuschuß von einer Million RM erforderte, daß bei der Verpachtung von Kaistrecken 600 000 RM und beim Hafengeld 500 000 RM gegenüber dem Voranschlag verloren gingen.¹²⁷

Bei den Ausgaben waren, wenn der um 24 Millionen RM reduzierte Anteil der Beleihungskasse außer acht bleibt, sechs Millionen RM mehr vorgesehen als im Entwurf für 1930. Bei der Genehmigung der Ausgabenanträge der Behörden hatte sich der Senat von dem Gedanken leiten lassen, vor allem »diejenigen Mittel zu beschaffen, die notwendig sind, um den durch die Wirtschaftskrise Betroffenen die notwendige Hilfe angedeihen zu lassen«, und im übrigen nur Ausgaben einzuplanen, »die erforderlich sind, um das Staatsleben aufrechtzuerhalten und das Vorhandene vor einem Verfall zu bewahren«.¹²⁸

Der Wohlfahrtsbehörde waren daher 74 Millionen RM zugeteilt worden, 22 Millionen RM mehr als im Vorjahr, aber doch acht Millionen RM weniger, als die Finanzdeputation selbst für notwendig erachtet hatte. Die 74 Millionen RM entsprachen gerade dem 1930 benötigten, durch mehrere Nachbewilligungen bereitgestellten Betrag. Der Senat hatte sich, wie er zugab, bei der Schätzung des Wohlfahrtsetats die Ansicht des Reichsfinanzministers zu eigen gemacht, »daß im zweiten Halbjahr 1930 keine weitere Verschlechterung und im Verlauf des Rechnungsjahres 1931 eine wenn auch nur leichte Besserung der Wirtschaftslage« eintreten werde. Er war deshalb davon ausgegangen, daß die Wohlfahrtsbehörde am Ende der Etatperiode etwa die gleiche Zahl von Parteien unterstützen müsse wie zu Beginn des Rechnungsjahres 1930, »nämlich rund 40000 gegenüber dem jetzigen Stande von über 60000«. Dies ist um so überraschender, als die Unwahrscheinlichkeit der Prognose, die das Reichsfinanzministerium im November 1930 gestellt hatte, Anfang März 1931 bereits deutlicher zu erkennen war und der Senat sie an anderer Stelle seiner Etatbegründung selbst als zu optimistisch bezeichnete.¹²⁹ So benötigte die Wohlfahrtsbehörde in Wirklichkeit schließlich 86 Millionen RM, zwölf Millionen RM mehr, als ihr in der Etatvorlage zugedacht worden waren.

Die Arbeitsbehörde erhielt eine Million RM mehr, um den Beitrag Hamburgs zu den wachsenden Kosten der Krisenfürsorge leisten zu können. Tatsächlich mußte sie für diesen Zweck nahezu weitere drei Millionen RM, insgesamt also fast fünf Millionen RM, aufwenden.¹³⁰ Der Etat der Finanzdeputation wurde um 9,3 Millionen RM erhöht, da allein der Posten: Verzinsung der schwebenden Schuld, infolge ihrer Zunahme und steigender Zinssätze 3,1 Millionen RM mehr erforderte und für die Abdeckung des restlichen Haushaltsdefizits von 1929 5,1 sowie für die nicht länger aufschiebbar Tilgung eines minimalen Teils der kurzfristigen Kredite 1,4 Millionen RM nötig schienen. Der gesamte für die Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld vorgesehene Betrag war von 25 auf 35 Millionen RM gestiegen. Diese Summe wurde jedoch nicht ganz erreicht, da der Umfang der schwebenden Schuld im Lauf des Sommers 1931 notgedrungen reduziert werden mußte, da die Pfundabwertung Ersparnisse bei den Zinsen brachte und für den Etat des Jahres 1929 nur noch 4,6 Millionen RM gebraucht wurden. Der Schuldendienst beanspruchte deshalb etwas geringere Mittel, nämlich 31,3 Millionen RM.¹³¹

Die Ausgabenansätze aller anderen Behörden waren um insgesamt 26,6 Millionen RM gegenüber dem Voranschlag für 1930 gekürzt.¹³² Der weitgehende Fortfall der Staatsnachfrage nach Gütern und Diensten zeigte sich in der Verminderung des Etats der Baubehörde von 54,8 auf 45,8 Millionen RM und insbesondere ihrer einmaligen Ausgaben von 14,6 auf 5,0 Millionen RM, in der Reduzierung der einmaligen Ausgaben aller Behörden von 20,5 auf 7,9 Millionen RM und in der Senkung des außerordentlichen Haushalts von 25,8 auf 9,9 Millionen RM. Nur Arbeiten, »die bereits angefangen sind und fortgesetzt werden müssen«, sollten noch aus dem Extraordinarium finanziert werden. Wie sehr bereits auf Kosten der Substanz

gespart werden mußte, zeigten etwa die besonders großen Abstriche beim Ingenieurwesen: Während 1914 für die Instandhaltung der Straßen noch 1,15 Mark je Quadratmeter zur Verfügung gestanden hatten, waren es 1931 trotz der erheblich stärkeren Abnutzung nur 26 Pfennige.¹³³

Zahlreichen Institutionen wurde die Wahrnehmung ihrer Aufgaben dadurch erschwert, daß der Senat die an sie gezahlten Unterstützungen und Beiträge um mindestens zehn Prozent verringerte. Obwohl 567 Beamten- und Angestelltenstellen frei bleiben oder gestrichen werden sollten, waren die Ausgaben für die Besoldung dieser Beschäftigtengruppen lediglich um 6,5 % und damit nur wenig stärker vermindert, als nach der sechsprozentigen Gehaltskürzung zu erwarten war. Ihr Aufrücken in höhere Altersklassen machte größere Abstriche unmöglich.¹³⁴ Insgesamt wurden die persönlichen Ausgaben um 5,3 % niedriger veranschlagt als 1930; die Zahl der Beschäftigten sollte um 1225 oder 2,4 % verkleinert werden.¹³⁵

Die Etatberatungen in der Bürgerschaft standen bereits im Zeichen der im Herbst 1931 fälligen Wahlen: Alle Regierungsparteien waren darauf bedacht, ihre besondere Position nachdrücklich zu vertreten. So erklärte Poddeyn für die SPD, sie sei entschieden gegen die vom Reich erzwungene Realsteuersenkung, zumal die Gemeinden nicht zuletzt deshalb ohne die problematische Bürgersteuer kaum auskommen könnten. Auch der Vorsitzende der Deutschen Staatspartei, Stubmann, wies auf die Ungerechtigkeit dieser nur wenig gestaffelten Steuer hin, weshalb sich seine Fraktion die Entscheidung bis zur zweiten Lesung vorbehalten müsse. Dagegen legte die DVP, wie Rose ausführte, gerade auf die Bürgersteuer den meisten Wert und machte von der Koppelung mit ihr die Zustimmung zur Biersteuererhöhung abhängig.

Überhaupt wollte die DVP die beantragten Steuergesetze nur akzeptieren, wenn der Haushaltsausschuß ebensowenig wie der Senat einen Weg zeigen könne, das Etatdefizit durch Einsparungen zu beseitigen. Sie selbst hielt offenbar trotz der bisherigen Abstriche die Kürzung der Gesamtausgaben um drei Prozent für möglich. Zu diesem Zweck sollten beispielsweise die Mittel für Reisen, die Beschaffung von Büchern, Zeitungen und ähnlichem wesentlich herabgesetzt werden, alle, selbst die dringendsten Bauvorhaben aufgegeben, die Zuschüsse für das Stadttheater, das Philharmonische Orchester und andere vom Staat unterstützte Organisationen weiter reduziert und sämtliche Ansätze für Neuerwerbungen der Museen, Bibliotheken und wissenschaftlichen Einrichtungen gestrichen werden. Für die DVP war dabei die Abgrenzung gegen die SPD und die Staatspartei, die in Hamburg noch viele linksliberale Auffassungen vertrat, besonders wichtig. Rose betonte: Die drei Parteien hätten sich, da sie »weltanschaulich« zu weit voneinander getrennt seien, »nicht himmelhoch jauchzend zu einer Koalition zusammengeschlossen«, sondern nur aus dem Verantwortlichkeitsgefühl heraus, »die Staatsmaschinerie in Gang zu halten«, und daher könne es »sich die einzelne Koalitionspartei erlauben, auch in Fragen des Etats eine Sonderstellung einzunehmen«. Die Biersteuererhöhung wurde so mit den Stimmen der SPD und der Staatspartei am 18. März 1931 be-

schlossen, während die DVP, nachdem ihr Antrag auf Ausschußüberweisung abgelehnt worden war, dagegen votierte.¹³⁶

Auch die Verwendung der Mehrmietensteuer für allgemeine Finanzzwecke wurde sofort in erster und zweiter Lesung genehmigt. Die übrigen Deckungsanträge und der Etatentwurf wurden im Haushaltsausschuß in zweimonatiger Arbeit intensiv beraten. Entgegen der bislang üblichen Praxis, Wünsche der Bürgerschaft in Form von Ersuchen an den Senat vorzubringen, die Vorlage aber unverändert zu lassen, schlug der Ausschuß diesmal bei einem Viertel aller Positionen Modifikationen vor. Die Ausgaben sollten um 6,4 Millionen RM herabgesetzt und um zwei Millionen RM erhöht werden, so daß eine Verbesserung um 4,4 Millionen RM eintrat. Zahlreiche Kürzungen entsprachen den Vorstellungen der DVP, wenn sie auch nicht drei, sondern nur ein Prozent der vom Senat beantragten Ausgaben ausmachten.

Generell wurden die Ansätze für Dienstreisen, Fahrgelder und Zehrkosten, Bücherei und Zeitschriften, Wasserversorgung, Heizung, Beleuchtung und Reinigung um ca. zehn bis zwanzig Prozent vermindert, die Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und des Hausrats nach Möglichkeit über die Streichungen des Senats hinaus noch weiter reduziert. Um die zu erwartenden Schwierigkeiten zu verringern, sollten diese Posten ausnahmsweise untereinander verschiebbar sein. Pauschal beschnitten wurden auch die Mittel für Beihilfen an die Bediensteten des Hamburger Staates bei Krankheit und Todesfällen. Für die Ergänzung der wissenschaftlichen und kulturellen Sammlungen stellte der Ausschuß nur drastisch ermäßigte Summen zur Verfügung. Bei den Ausgaben der Baubehörde wollte er weitere 1,1 Millionen RM einsparen, davon fast drei Viertel, nämlich 837000 RM, durch den Verzicht auf geplante Bauarbeiten. 183000 von 462000 RM wurden außerdem bei dem Ansatz: Bauliche und betriebliche Verbesserung der Hafenanlagen abgezogen. Die Oberschulbehörde sollte für Beihilfen an bedürftige Schüler höherer Lehranstalten und der Oberstufe der Volksschulen statt 150000 nur 130000 RM erhalten, obwohl der Bedarf bei der wachsenden wirtschaftlichen Not vieler Familien sicher zunahm. Damit begann der Abbau jener staatlichen Leistungen, durch die die Parteien der Weimarer Koalition mehr Chancengleichheit hatten gewährleisten wollen. Bei verschiedenen Behörden, so beim Strom- und Hafenbau und bei der Baubehörde, wurden nicht nur neuerlich Stellen gestrichen, sondern auch die für Löhne und Besoldung der Nichtfestangestellten vorgesehenen Mittel zum Teil erheblich herabgesetzt, ein Zeichen dafür, daß der Ausschuß mit Entlassungen als Folge der verringerten staatlichen Bautätigkeit rechnete.¹³⁷

Diese Beschlüsse drohten, wenn sie Wirklichkeit wurden, die konjunkturschädlichen Folgen der vom Senat eingeleiteten Sparpolitik noch zu verschärfen. Darüber hinaus ebnete der Haushaltsausschuß den Weg, um den Ausgabenabbau bei einer weiteren Verschlechterung der Wirtschafts- und Finanzlage rigoros zu forcieren. Er beantragte, den Senat zu ermächtigen, eventuelle Einnahmeausfälle durch entsprechende Einschränkung der be-

willigten, nicht für gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen bestimmten Ausgaben auszugleichen und zu diesem Zweck die Verfügung über ein Zehntel der im Haushaltsplan genehmigten Mittel von der Zustimmung der Finanzdeputation abhängig zu machen. Die Anregung war vermutlich vom Senat inspiriert, stimmte zumindest mit seinen Wünschen überein, wie die Tatsache zeigte, daß er noch vor der Stellungnahme der Bürgerschaft am 4. Mai 1931 eine entsprechende Anordnung für alle Behörden erließ.¹³⁸ Der Haushaltsausschuß hatte sich damit nach den Worten seines Berichterstatters bereit gefunden, »die Finanzdeputation ausnahmsweise für dieses Rechnungsjahr mit Vollmachten zu versehen, die dem althergebrachten Budgetrecht der Bürgerschaft sehr erheblich widersprechen«. ¹³⁹ Er schuf so dem Senat und der Finanzdeputation die Möglichkeit, auf die Rückschläge und Katastrophen rasch zu reagieren, die seit Juni 1931 die Finanzverwaltungen vor immer neue Aufgaben stellten, ohne daß sich das Parlament kurz vor den Wahlen in langwierigen Erörterungen auf notgedrungen unpopuläre Lösungen einigen mußte.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses waren sich bewußt, daß die vorgeschlagenen Kürzungen in vielen Fällen kaum erträglich waren. Es ging ihnen aber darum, die Voraussetzungen für eine »Linderung der in Aussicht genommenen Steuermaßnahmen unter Sicherstellung der leider immer noch in so außerordentlich hohem Maße erforderlichen Wohlfahrtsausgaben« zu schaffen.¹⁴⁰ Dieses Ziel wurde erreicht. Nach den neuesten Informationen aus dem Reichsfinanzministerium mußten zwar bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer 814 000 RM abgesetzt werden, im übrigen konnte das Parlament aber die Ersparnisse bei den Ausgaben von 4,4 Millionen RM und den Gewinn durch Höhererschätzung verschiedener Einnahmen von 4,6 Millionen RM benutzen, um die Bürgersteuer nur mit dem eineinhalbfachen statt dem zweifachen Satz einzuführen und die Hauszinssteuer um ein Prozent der Friedensmiete zu senken. Die Grundeigentümer sollten dadurch zum Ausgleich für die am 1. Januar 1932 fällige Zinserhöhung bei den Aufwertungshypotheken in diesem letzten Viertel des Etatjahres praktisch um vier Prozent entlastet und Mietsteigerungen vermieden werden. Dem Wohnungsbau gingen durch die Änderung weitere zwei Millionen RM verloren. Ein gewisser Einnahmeausfall war ferner zu erwarten, wenn das Reich, wie der Haushaltsausschuß wünschte, zum 1. Oktober die Beschränkung der Getränkesteuer auf Alkoholika zuließ.¹⁴¹

Die anderen Entschliefungen, die der Ausschuß der Bürgerschaft zur Annahme empfahl, hatten nur propagandistische Bedeutung. Sie enthielten Versprechungen für den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß sich die Konjunktur und die Staatsfinanzen unerwartet günstig entwickeln sollten, und waren allein im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen im Herbst zu verstehen. So sollten bei der Bürgersteuer die einfachen Erhebungssätze gelten, wenn im ersten Halbjahr von den wichtigsten Steuern nach Abzug der Ausgaben für die Wohlfahrtsbehörde und die Krisenfürsorge mehr als 89 Millionen RM übrigblieben. 1929 hatten nach Erfüllung dieser Zahlungsver-

pflichtungen aus den gleichen Einnahmen für das halbe Jahr noch 110, 1930 89,6 Millionen RM zur Verfügung gestanden.¹⁴² Ferner sollte die Gewerbesteuer weiter ermäßigt werden, sobald das die Besserung der Finanzlage zulasse. Die schwebende Schuld sollte der Senat durch Veräußerung von Grundbesitz vermindern, falls dies zu angemessenen – in der Krise nicht zu erhoffenden – Bedingungen möglich sei. Alles in allem führte die Arbeit des Haushaltsausschusses zu einer Ersparnis von 600 000 RM, um die der Posten: »Unvorhergesehene Ausgaben« erhöht wurde.

Der geänderte Etat und alle Anträge des Haushaltsausschusses wurden am 21. Mai 1931 mit den Stimmen der drei Regierungsparteien von der Bürgerschaft angenommen. Die Gegensätze zwischen ihnen traten aber wieder deutlich zutage. Die Sprecher der DVP sahen die Mittel zur Überwindung der Depression in Steuerentlastungen, Lohnabbau und möglichster Verbilligung des Produktionsprozesses, wobei sie die Probleme der Kaufkraftarmut und des Mangels an staatlicher Nachfrage nach Gütern und Diensten völlig ignorierten. Obwohl die Hauszinssteuersenkung und die Absicht, die Gewerbesteuer so bald wie möglich zu reduzieren, insbesondere den Wünschen der Volkspartei entsprachen, erklärte sie, dem Etat nur im Hinblick auf die Ermächtigung des Finanzsenators zustimmen zu können, ohne parlamentarische Mitwirkung umfassende zusätzliche Sparmaßnahmen durchzuführen. Sie forderte ihn auf, von dieser Befugnis und dem in der Haushaltsordnung verankerten Widerspruchsrecht gegen jede Ausgabe »rücksichtslos« Gebrauch zu machen. Speziell plädierte sie für den Verzicht auf alle Neubauten und die Erhöhung des Pensionsalters auf 70 Jahre, Vorschläge, die auf die Vernichtung oder Blockierung zahlreicher weiterer Arbeitsplätze hinausliefen.¹⁴³

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei befürwortete die forcierte Sparpolitik, für die sich der Haushaltsausschuß einsetzte, zwar nicht so bedenkenlos und grundsätzlich wie die DVP, teilte aber die Auffassung, daß in den gegenwärtigen Notzeiten »zunächst der Versuch gemacht werden muß, mit allersparsamster Ausgabenwirtschaft so wenig wie irgend möglich an neuen Belastungen unserer Bevölkerung zuzumuten«.¹⁴⁴ Dagegen fiel die Stellungnahme des sozialdemokratischen Etatredners differenzierter und skeptischer aus. Da die SPD am Kabinett Brüning nicht beteiligt war, konnte Pödeyn kritisieren, daß das Reich der Finanzpolitik der Länder nur wenig Spielraum lasse, »daß der wesentliche Teil der Faktoren, die die heutige Gestalt unseres Haushaltsplanes bestimmen, nicht mehr in unseren Händen« liege, daß durch Rahmenvorschriften in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und Mitteilungen über die geplante Steuervereinheitlichung »die Einnahmeposten, die uns noch zur Verfügung stehen, bis fast ins Letzte hinein bestimmt werden durch politische Gewalten, auf die wir nur sehr wenig Einfluß ausüben können«. Diese Situation zwinge zu Ausgabenkürzungen, um den Sozialetat zu sichern, ohne gerade die leistungsschwachen Bevölkerungsschichten wie etwa durch die Bürgersteuer übermäßig zu belasten. Seine Fraktion stehe deshalb zu den Streichanträgen, »weil wir nicht anders können«, sie glaube aber nicht, »daß

Hamburg mit einem so eingeschränkten Etat weiter leben kann und daß es der Entwicklung Hamburgs und seiner Wirtschaft auf die Dauer frommen und gut sein wird, [...] wenn man nur noch durch die Beschränkung von Ausgaben, durch die Reduzierung wichtiger Notwendigkeiten, die einem von Tag zu Tag immer dringlicher auf den Leib rücken, sich helfen kann«. ¹⁴⁵ Der Wirtschaftsbehörde stellte die SPD in deutlichem Widerspruch zu den Ausführungen des Vertreters der DVP die Aufgabe, »viel stärker noch als bisher gegen die Aktionen auf Lohnabbau, Abbau der Sozialpolitik und dergleichen mehr« vorzugehen. ¹⁴⁶

Gefährdung der Zahlungsfähigkeit des Staates durch Rückforderungen kurzfristiger Kredite

Kaum waren die Beratungen über den Haushaltsplan für 1931 abgeschlossen, als durch die hohe kurzfristige Auslandsverschuldung akute Gefahren für die Hamburger Finanzen entstanden. Seit dem Herbst 1930 waren die internationalen Gläubiger bestrebt, ihre Darlehen aus Deutschland zurückzuholen, da sie dessen innenpolitische Entwicklung ungünstig beurteilten und wegen der Verschärfung der Wirtschaftskrise im eigenen Land die kurzfristig ausgeliehenen Gelder zum Ausgleich von Verlusten benötigten. Nach ersten massierten Kreditkündigungen als Reaktion auf den spektakulären Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 war es in den Wintermonaten noch einmal zu einer gewissen Beruhigung gekommen. Im Mai 1931 nun führten der faktische Zusammenbruch der Österreichischen Creditanstalt, der bedeutendsten Privatbank des Landes, die ähnlich konstruiert war wie die deutschen Großbanken, und Nachrichten über Schwierigkeiten bei Karstadt und einem wichtigen Versicherungskonzern dazu, daß der Druck auf die Schuldner kurzfristiger Auslandsgelder wieder stark zunahm. Zwei politische Ereignisse verstärkten im Juni die Nervosität der Gläubiger: zunächst der Aufruf der Reichsregierung aus Anlaß der Notverordnung vom 5. Juni 1931, daß das deutsche Volk die Reparationen nicht mehr lange tragen könne, der zwar nur zur Abwehr radikaler Angriffe erlassen, aber als Eingeständnis der bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit gedeutet wurde; dann fünf Tage später das Verlangen nach sofortiger Reichstagsseinberufung, das die Existenz des Kabinetts Brüning gefährdete und trotzdem nur mit äußerster Mühe abgewehrt werden konnte. Der Bankrott des Nordwolle-Konzerns am 16. Juni und Gerüchte über Schwierigkeiten bei Berliner Großbanken gaben der Tendenz zur Rückrufung kurzfristiger Leihgelder weiteren Auftrieb. ¹⁴⁷

Ihren Höhepunkt erreichte die Kreditkrise mit dem Bankenkrach am 13. Juli. Die anschließende Beschränkung des Zahlungsverkehrs und die Devisenbewirtschaftung verschafften auch den privaten Schuldnern eine Atempause. Am 18. August erklärten sich die internationalen Gläubiger nach längeren Verhandlungen bereit, bei den kurzfristigen Schulden der deutschen Banken, Industrie- und Handelsunternehmen bei Rückzahlung

von etwa einem Viertel und Erfüllung des Zinsendienstes sechs Monate lang stillzuhalten.¹⁴⁸

Die Einbeziehung der öffentlichen Schulden in das Abkommen, auf die nicht zuletzt der Hamburger Senat großen Wert legte, war nicht gelungen, weil die in Frage kommende Summe von ca. 355 Millionen RM zu wenig ins Gewicht fiel. Auch waren an diesem Problem im wesentlichen nur die Hansestädte interessiert, deren kurzfristige Verbindlichkeiten allein 200 Millionen RM ausmachten. Die Vertragspartner brachten jedoch zum Ausdruck, daß die Gläubiger der Länder und Kommunen gegenüber denen privater Kreditnehmer nicht bevorzugt werden sollten. Dementsprechend richtete sich die Reichsbank bei der Zuteilung von Devisen für Darlehensrückzahlungen in allen Fällen nach den Bestimmungen des Stillhalteabkommens, so daß auch die öffentlichen Schuldner eine gewisse Entlastung erfuhren.¹⁴⁹

Wegen des außerordentlichen Umfangs der schwebenden Schuld führten die Störungen auf dem internationalen Kreditmarkt in Hamburg sofort zu erheblichen Schwierigkeiten. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten des Staates hatten 1930 weiter kontinuierlich zugenommen, wenn auch das Tempo der Neuverschuldung dank der Sparmaßnahmen des Senats etwas langsamer geworden war. Ende Juli 1930 betrug die unfundierte Schuld rund 180, Mitte Oktober etwa 200 und am 20. 11. 1930 235 Millionen RM. Hinzu kam die fundierte Schuld von ungefähr 170 Millionen RM.¹⁵⁰ Überwiegend waren ausländische Banken die Gläubiger, weil es die Finanzdeputation nach wie vor ablehnte, die in Deutschland geforderten, bis doppelt so hohen Zinsen zu zahlen.¹⁵¹

Bereits Ende Juli 1930 mußte Matthaei dem Senat jedoch berichten, daß die Aufnahme neuer Anleihen trotz des traditionell guten internationalen Kredits des Hamburger Staates laufend schwerer fiel.¹⁵² Dies war ein Indiz dafür, daß nicht erst der Wahlsieg der Nationalsozialisten am 14. September Zweifel an der Sicherheit der in Deutschland angelegten Kapitalien auslöste, wie die verantwortlichen Politiker und Beamten später stets erklärten. Den ausländischen Geldgebern konnte es nicht verborgen bleiben, daß die Hamburger Bürgerschaft und der Senat bei ihrer Anleihepolitik nicht mehr dieselbe Vorsicht walten ließen wie in den ersten Jahren nach der Inflation. Die Höhe der schwebenden Schuld wurde zwar möglichst geheim gehalten, sie war aber aus den im Haushaltsplan für die Verzinsung zeitweiliger Anleihen veranschlagten Summen ungefähr zu errechnen. Aus den Etatentwürfen ging auch hervor, daß für die Amortisation der fundierten Schuld nur ungenügend vorgesorgt wurde und zur Tilgung der schwebenden Schuld bis 1931 überhaupt nichts geschah, obwohl keinerlei Aussicht auf Umwandlung in eine langfristige Anleihe bestand. Erst dann hatte das beharrliche Drängen der Finanzdeputation wenigstens teilweise Erfolg,¹⁵³ und es wurde der – freilich ganz unzureichende – Betrag von 1,4 Millionen RM für diesen Zweck bereitgestellt. Daß die Gläubiger im Gegensatz zu ihrer früheren Praxis die Haushaltspläne verlangten, zeigte deutlich, wie sehr das Vertrauen in die solide Kreditpolitik des Hamburger

Staates schon gelitten hatte.¹⁵⁴ Sie stand zudem weiterhin in Widerspruch zu den Grundsätzen der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, die Lippmanns Auffassung, in Krisenzeiten sollte die vorübergehende Inanspruchnahme von Darlehen zur Abdeckung von Etatdefiziten zulässig sein, entschieden ablehnte.¹⁵⁵

Der wachsende Radikalismus in Deutschland und insbesondere die Erfolge der Nationalsozialisten verstärkten die Nervosität der Gläubiger, waren aber nicht die wesentliche Ursache für den Abzug der Auslandsgelder. Im November 1930 wurden dem Hamburger Staat erstmals kurzfristige internationale Kredite nicht prolongiert, noch konnte die Finanzdeputation jedoch diese 25 Millionen RM problemlos bei deutschen Unternehmen, privaten Versicherungsgesellschaften und Banken sowie dem Staat nahestehenden Instituten wie der Feuerkasse, den Hamburger Sparkassen und den Versorgungs- und Verkehrsbetrieben, unterbringen.¹⁵⁶ Von nun an verschlechterte sich die Situation rapide. Schon im Dezember teilte Matthaei mit, die Finanzdeputation habe wegen der großen unfundierten Schulden und der Schwierigkeiten, verfallene Schatzwechsel zu ersetzen bzw. für den neu auftretenden Bedarf Kredite zu beschaffen, ständig mit Kassenkrisen zu kämpfen.¹⁵⁷ Die Stellung Hamburgs bei Anleiheverhandlungen hatte sich grundlegend geändert, denn während früher die Bankiers Geld angeboten hatten, mußte jetzt die Finanzdeputation an sie herantreten und um die Bewilligung oder Verlängerung von Krediten ersuchen, für die auf jeden Fall hohe Zinsen zu zahlen waren. So bereitete die im Februar und März 1931 notwendige Prolongation im Ausland plzierter Schatzwechsel im Wert von ca. 90 bis 100 Millionen RM erhebliche Sorgen.¹⁵⁸

Bemühungen, die der Senat deshalb seit Januar 1931 unternahm, die schwebende Schuld durch Verwertung des werbenden Vermögens und der Aktien des Hamburger Staates zu konsolidieren, hatten keinen Erfolg.¹⁵⁹ Wie erwartet, gelang die Verlängerung der im Februar fälligen amerikanischen Gelder nur zum kleinsten Teil, so daß die Kassenlage außerordentlich kritisch wurde. Die Finanzdeputation sah keinen anderen Ausweg, als die Reichsbank um Hilfe zu bitten, die jedoch aus prinzipiellen Gründen verweigert wurde.¹⁶⁰ Darüber hinaus hielt es Lippmann für notwendig, sämtliche bereits bewilligten einmaligen Ausgaben der Behörden und der Beilehungskasse zu sperren. »Eine Stockung auf dem Arbeitsmarkt«, so begründete er seinen Vorschlag, sei »weniger gefährlich als eine Stockung der Zahlungsfähigkeit des Staates«.¹⁶¹ Auch wenn eine so einschneidende Maßnahme schließlich vermieden werden konnte, zeigte sich, welche Risiken die kurzfristige öffentliche Verschuldung auch für die Wirtschaft barg.

Die Schwierigkeiten im Februar waren eine Andeutung dessen, was dem Hamburger Staat bei einer allgemeinen schweren Kreditkrise drohte, wie sie sich seit dem Mai 1931 entwickelte. Die Rückforderungen der ausländischen Gläubiger häuften sich derartig, daß die regulären Einnahmen selbst in Zeiten guter Konjunktur dafür nicht ausgereicht hätten. So wurden etwa für im Ausland untergebrachte Schatzanweisungen im Juli 41 und im August 67 Millionen RM, dazu an kurzfristigen Inlandsschulden im Juli 60

und im August 51 Millionen RM fällig.¹⁶² Die Rückzahlung dieser in einem Monat auslaufenden Darlehen hätte ein Viertel der ordentlichen Einnahmen beispielsweise des Rechnungsjahres 1929 oder fast den gesamten jährlichen Ertrag aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer beansprucht.

Hinzu kam, daß neben den Kreditkündigungen auch die immer stärkere Auseinanderentwicklung der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben die Staatskasse in gefährlicher Weise belastete. Während die Arbeitslosenzahlen und mit ihnen die Sozialausgaben selbst in den Sommermonaten unaufhörlich stiegen, schrumpften die Einnahmen nun drastisch, gingen zudem unregelmäßig und stockend ein. Wichtige Einkünfte wie die Bürgersteuer, die den Ausgleich des Haushaltsplans ermöglicht hatten, standen erst in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres zur Verfügung; Überbrückungskredite waren aber nicht mehr zu bekommen. Die Hauptstaatskasse mußte daher ständig erheblich größere Beträge abgeben, als ihr wieder zuflossen. Von April bis Juli 1931 überstiegen die Ausgaben die Einnahmen allmonatlich um vier bis fünf Millionen RM.¹⁶³ Alle Kräfte waren erforderlich, um den finanziellen Zusammenbruch von Tag zu Tag zu verschieben.

Um die Gefahren für die Staatskasse zu vermindern, forcierte der Senat im Juni seine Bemühungen, durch den Verkauf von Staatsvermögen die kurzfristigen Verbindlichkeiten abzubauen. Am weitesten waren Verhandlungen über die Veräußerung von Aktien und der Konzessionsabgabe der Hamburger Elektrizitäts-Werke an ein Bankenkonsortium und die Schukert-Werke gediehen, durch die ca. 90 Millionen RM in Valuten zur Ablösung des größeren Teils der schwebenden Auslandsschulden von 150 Millionen RM aufkommen sollten. Die Konsequenz dieses Geschäfts, daß die interessierte Elektroindustrie maßgeblichen Einfluß auf Stromerzeugung und -verbrauch in Hamburg gewann, hoffte der Senat verhindern zu können, indem er sich für zehn Jahre ein Rückkaufsrecht und die Ausübung des Stimmrechts aus den Aktien vorbehielt.¹⁶⁴ Die Transaktion kam schließlich infolge des Ausbruchs der Bankenkrise und der Verschärfung der Depression nicht zustande, der Plan läßt aber erkennen, wie verzweifelt die Situation dem Senat inzwischen erschien; denn im Februar hatte er einen ähnlichen Vorschlag des Reichsbankpräsidenten noch entschieden zurückgewiesen, weil der Agitation der Radikalen dadurch Vorschub geleistet würde.¹⁶⁵

Am 12. Juni bestimmte der Senat, daß neue Bauvorhaben nur begonnen werden dürften, wenn bereits gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen vorlägen. Unterhaltungsarbeiten sollten nur bei unmittelbarer Gefahr für Personen oder Staatseigentum ausgeführt und die Beschaffungen auf den allerdringendsten Bedarf beschränkt werden. Die Kassenlage sei derart bedrohlich, so erläuterten Matthaei und Lippmann die Verfügung in einer Besprechung mit den Präsidens und leitenden Beamten der Baubehörde und der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, daß »beispielsweise auch auf die Ausnutzung einer noch so günstigen Konjunktur« verzichtet werden müsse. Selbst »der soziale Gesichtspunkt der Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten durch Staatsaufträge [dürfe] nicht mehr maßgebend

sein, es komme vielmehr einzig und allein darauf an, mit den geringen kassenmäßig verfügbaren Mitteln hauszuhalten«. Den Einwand des Bausenators, daß jede Verringerung der öffentlichen Arbeiten zu Entlassungen und neuer Belastung der Wohlfahrtsbehörde führe, erkannte Lippmann zwar grundsätzlich an, hielt dem aber entgegen, »daß die Kosten der Arbeiten doch schließlich die bei ihrer Nichtausführung entstehenden Wohlfahrtslasten überstiegen, ganz abgesehen davon, daß die entlassenen Arbeiter zunächst nicht Hamburg, sondern der Reichsanstalt zur Last fielen. Gegenüber den Zahlungsschwierigkeiten in dem gegenwärtigen Ausmaß müßten die sozialen Erwägungen leider zurücktreten.«¹⁶⁶

Obwohl also die Bedeutung der Staatsaufträge für das Wirtschaftsgehen bekannt war, schien die Finanzmisere nicht nur Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes zu verbieten, sondern sogar dazu zu zwingen, seine Verschlechterung bewußt hinzunehmen. Trotz sozialen Mitgefühls stellte die Leitung der Hamburger Finanzverwaltung immaterielle Schäden wie die Radikalisierung immer breiterer, der Not ausgesetzter Bevölkerungskreise beim Vergleich der Kosten, die durch staatliche Bauarbeiten und die Unterhaltung der Wohlfahrtserwerbslosen entstanden, nicht in Rechnung. Überlegungen, begonnene Arbeiten zwar möglichst zu strecken, von einer Stilllegung »wegen des ungünstigen Eindrucks auf die Öffentlichkeit« aber im Hinblick auf die Bürgerschaftswahlen abzusehen, erscheinen demgegenüber allzu vordergründig.

Konfliktreiche Bemühungen um Kassenhilfen des Reichs

Beim Erlaß der Verfügung vom 12. Juni spielte auch der Gedanke eine Rolle, daß Hamburg, solange der Verkauf von Aktien nicht gelang, zur Überwindung seiner Zahlungsschwierigkeiten auf die Hilfe der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums angewiesen war. Verhandlungen mit den Berliner Stellen hatten aber nur Aussicht auf Erfolg, so wußte der Senat aufgrund der Erfahrungen vom Februar, »wenn man das Vertrauen erwecken könne, daß die Staatsausgaben sich künftig nur im Rahmen der tatsächlichen Einnahmen hielten«.¹⁶⁷

Erste Bemühungen Mitte Juni, von der Reichsbank die zur Rückzahlung der fälligen Auslandsgelder erforderlichen Mittel zu erhalten, schlugen fehl, obwohl sich der Senat auf einen Vorschlag Max M. Warburgs berufen konnte, der dem Generalrat der Reichsbank angehörte. Ihr Vizepräsident Dreyse ließ sich durch nachdrückliche Hinweise auf die Schädigung des deutschen Kredits und die Folgen für die Wirtschaft, wenn Hamburg seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könne, lediglich zu dem Zugeständnis bewegen, den dortigen Banken Wechsel im Wert von 16 bis 20 Millionen RM über ihr Kontingent hinaus zu diskontieren, damit sie dem Staat die benötigten Kredite gewähren könnten. Allerdings machte er dabei den Vorbehalt, daß die Reichsbank keine Kreditrestriktionen vornehmen müsse. Fünf Tage später, am 20. Juni, trat dieser Fall ein, so daß die Zusage

hinfällig wurde.¹⁶⁸ Zudem weigerten sich auch die Banken, mit denen der Senat sofort verhandelte, die Hamburger Filialen der Deutschen Bank, der Commerz- und Privatbank, der Dresdner Bank und der Darmstädter und Nationalbank sowie die Vereinsbank in Hamburg und drei ortsansässige Privatbanken, sich an der vorgeschlagenen Aktion zu beteiligen. Als Gründe führten sie an, daß sie keine diskontfähigen Wechsel für 16 Millionen RM mehr besäßen und angesichts der eigenen Liquiditätsprobleme nicht ihre letzten Warenwechsel hergeben könnten, daß die Gewährung des Darlehens ohnehin nur eine kurzfristige Entlastung bringen werde, da, wie sie wußten, in den nächsten beiden Monaten auf weit größere Summen lautende, im Ausland zahlbare Schatzanweisungen des Hamburger Staates ausliefen.¹⁶⁹

Dem Senat blieb nichts anderes übrig, als in dringenden Eingaben und mehrfach persönlichen Gesprächen auf höchster Ebene zu versuchen, von der Reichsregierung die fehlenden Gelder – sechs Millionen RM für die Einlösung in New York fälliger Schatzwechsel und zehn Millionen RM für die Bezahlung der Beamtengehälter – zu bekommen. Durch Mitteilungen Warburgs, der den amerikanischen Kredit vermittelt hatte, wußte er, daß die pünktliche Rückzahlung des relativ kleinen Betrags ungeheuer wichtig war, weil die betroffenen Gläubiger Hamburg ganz große Summen geliehen hatten, deren Prolongation sonst gefährdet wurde. Bei diesen Verhandlungen zeigte sich das Reichsfinanzministerium den Wünschen des Senats erheblich aufgeschlossener als die Reichsbank. Staatssekretär Schäffer gab ohne weiteres zu, daß »für den Kredit Deutschlands, [...] abgesehen vom Reich, die Zahlungsfähigkeit Preußens, der Stadt Berlin, Hamburgs und Bremens entscheidend« sei. Er erklärte sich deshalb bereit, Hamburg zum 26. Juni einen Kassenkredit von zwölf Millionen RM zu gewähren, die ebenso wie die Zinsen im Laufe des Juli von den Steuerüberweisungen abgezogen werden sollten. Die restlichen vier Millionen RM stellte die Reichspost bis zum 10. Juli zur Verfügung.¹⁷⁰

Die Vertreter Hamburgs wiesen sofort darauf hin, daß die 16 Millionen RM, die sie im Juni benötigten, auch im Juli fehlen würden. An verschiedenen Terminen mußten in diesem Monat Schatzwechsel in Höhe von rund 40 Millionen RM im Ausland zurückgezahlt werden, die Verlängerung des Gesamtbetrags oder auch nur eines nennenswerten Teils war nicht zu erhoffen. Aber selbst wenn es gelang, diese Kredite vollständig zu prolongieren, mußten die Einbehaltung der zwölf Millionen RM und die Rückforderung des Post-Kredits die Zahlungsfähigkeit des Hamburger Staates von neuem gefährden; denn bei dem ständigen Anwachsen der Wohlfahrtslasten konnte der Senat durch drastische Sparmaßnahmen bestenfalls erreichen, daß die regulären zwangsläufigen Ausgaben die laufenden Einnahmen nicht überstiegen. Überschüsse zur Tilgung von Schulden zu erzielen, war ausgeschlossen.¹⁷¹ Der Senat mußte deshalb auf weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung drängen. Die zwölf Millionen RM wurden zwar unbedingt erst Ende Juli zur Bezahlung der Beamtengehälter benötigt, »woher aber der Betrag für die Post kommen« sollte, war unklar. »Die

Nichtprolongation der geringsten fälligen Summe«, so teilte Lippmann seinem Kollegen Schäffer mit, »muß Hamburgs Zahlungsunfähigkeit verursachen«. ¹⁷²

Inzwischen hatten sich die Voraussetzungen für einen Verhandlungserfolg jedoch erheblich verschlechtert. Während die Beamten des Reichsfinanzministeriums bei den Besprechungen am 23. Juni den allgemeinen Optimismus geteilt hatten, daß der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover, die Bezahlung der internationalen politischen Schulden für ein Jahr auszusetzen, zu einer Stabilisierung der Finanz- und Kreditmarktlage führen werde, standen die neuen Beratungen im Zeichen der Enttäuschung darüber, daß die französische Regierung mit ihrer Zustimmung zögerte und ausländische Gläubiger wieder riesige Summen aus Deutschland abzogen. Obwohl Schäffer nach wie vor anerkannte, daß der finanzielle Zusammenbruch Hamburgs »eine katastrophale Wirkung für das ganze Reich zur Folge haben« könnte, lehnte er am 2. Juli jede weitere Unterstützung entschieden ab. »Die Reichsfinanzen seien [...] zur Zeit derartig, daß infolge großer Fälligkeiten am 5. d[es] M[onats], der Ungewißheit, wie es am 15. d. M. werden würde, das Reich nicht helfen könne.« Seine negative Entscheidung war durch die Erwägung mitbestimmt, daß ein auf wenige Tage befristeter Kredit keine Lösung der Probleme, sondern nur einen kurzen Aufschub bringen werde. ¹⁷³

Als einzigen Ausweg empfahl Schäffer, sich um einen Vorschuß auf den Erlös aus den Elektrizitätswerksaktien zu bemühen, über deren Veräußerung die Finanzdeputation noch immer verhandelte. Sie hatte jedoch bereits versucht, auf diese Weise die Mittel zur Rückzahlung der zunächst fälligen Schatzanweisungen zu beschaffen, und war wegen der Zuspitzung der Lage im Bankgewerbe gescheitert. Lippmanns nachdrückliche Warnung, »wenn man den ausländischen Kredit nicht einlöse, kämen andere Kreditkündigungen, Sparkassenrun und schließlich Revolution«, konnte Schäffer nicht umstimmen. ¹⁷⁴ Auch wenn Lippmann seine Befürchtungen vielleicht übertrieb, um Druck auf die Reichsregierung auszuüben, macht diese Bemerkung deutlich, daß sich die verantwortlichen Politiker und Beamten der Gefahren bewußt waren, die durch die Wirtschaftsnot, die Krise des Bank- und Kreditsystems und ihre lediglich auf Anpassung an den Schrumpfungsprozeß gerichtete Finanzpolitik für den Weimarer Staat entstanden.

Ebenso ergebnislos verlief die Besprechung mit der Reichsbankleitung. Vizepräsident Dreyse lehnte eine Hilfe mit der Begründung ab, sie müsse sich »zum Schutze der Währung an die gesetzlichen Bestimmungen halten«. ¹⁷⁵ Mit Recht wies Schäffer, als er nach der Unterredung mit Matthaei und Lippmann bei Dreyse zugunsten Hamburgs zu intervenieren versuchte und dieselbe formalistische, dem Wirtschaftsgeschehen in keiner Weise gerecht werdende Argumentation zu hören bekam, darauf hin, »daß ein Fall wie Hamburg die Währung mehr gefährdet, als eine dagegen zu ergreifende Maßnahme«. ¹⁷⁶ Wiederum zeigte sich, daß der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium den Problemen der Geld-, Kredit- und Wirtschaftspolitik mehr Verständnis entgegenbrachte als die Reichsbanklei-

tung, wenn ihm auch die Sorge um die Liquidität der Reichskasse oft verbot, nach seinen Einsichten zu handeln.

Der einzige Erfolg der Verhandlungen in Berlin war, daß sich Schäffer außer bei der Reichsbank auch bei maßgeblichen Persönlichkeiten des Bankhauses Warburg, das die meisten der im Juli fällig werdenden Kredite vermittelt hatte, für den Hamburger Staat einsetzte. Die Unterredung mit dem Teilhaber Warburgs, Carl Melchior, ist insbesondere wegen der Illusionen interessant, die sich dieser bedeutende jüdische Bankier und Berater der Reichsregierung bei den Friedenskonferenzen und vielen Reparations- und internationalen Kreditverhandlungen – nicht als einziger – über die politische Zukunft Deutschlands machte. Er vertrat die Ansicht: »Man dürfe [...] das Haus [Warburg] nicht gefährden, indem man die Stadt Hamburg flüssig zu machen suche.« Es müsse »eben der bittere Kelch der Zahlungseinstellung getrunken werden. Revolution erwarte er davon nicht. Selbst eine kommunistische Herrschaft für einige Zeit würde man aushalten, wie dies kurz nach der Revolution (Heinrich Laufenberg) auch möglich« gewesen sei.¹⁷⁷ Eine Übernahme der Regierungsgewalt durch die Nationalsozialisten bezog er in seine Überlegungen überhaupt nicht ein, obwohl sie im Juli 1931 viel wahrscheinlicher war. Sie erschien ihm, wie andere Zeugnisse nahelegen, vermutlich sogar ungefährlicher als ein Sieg der Kommunisten.

Ohne auf die politische Prognose Melchiors einzugehen, gab Schäffer demgegenüber zu bedenken, der Fortbestand des Unternehmens sei sinnlos, wenn es niemanden mehr habe, »für den es Bankgeschäfte machen kann. Aus der Tatsache, daß Hamburg nicht gestützt worden ist, wird man auf Leistungsunfähigkeit des Hauses Warburg schließen, zumal wenn der Sturz über so kleine Summen erfolgt. Von Hamburg kann aber das Kreditgebäude der ganzen deutschen Wirtschaft erschüttert werden.« Die weitgehende Identifizierung der Privatbank M. M. Warburg & Co. mit dem Hamburger Staat wird in diesen Ausführungen deutlich. Sie machten immerhin so viel Eindruck, daß Melchior Max Warburg zu veranlassen versprach, sich noch einmal um eine Kreditaktion der Hamburger Banken für ihre Stadt zu bemühen. Dieser Versuch war freilich von vornherein zum Scheitern verurteilt, da die Lage der meisten Großbanken erheblich kritischer war als die der Firma Warburg, für die zudem die Teilhaber der großen amerikanischen Privatbank Kuhn, Loeb & Co., Paul und Felix M. Warburg, mit ihrem persönlichen Vermögen hafteten.¹⁷⁸

Mit der Firma Warburg einigte sich die Finanzdeputation schließlich in der Weise, daß sie einen kleinen Teil, ca. 18 %, der bis zum Juli fälligen Kredite zurückzahlte und weitere 1,8 Millionen RM, rund 32 %, durch Abtretung ihrer 1931 entstehenden Forderung an die Hamburg–Amerikalinie beglich, die das Bankhaus diskontieren wollte. Die zweite Hälfte der Schulden wurde um einen Monat prolongiert. Der Gedanke, bei den amerikanischen Warburgs neues Geld für Hamburg zu besorgen, wurde verworfen, weil sie gerade dadurch, daß die Reichsbank am 5. Juli den vor längerer Zeit zugesagten 50-Millionen-Dollar-Kredit in Anspruch nehmen

mußte, ihre deutschen Verbindlichkeiten stark erhöht hatten. Generell bezeichneten Warburg und Melchior, mit denen die Finanzdeputation dauernd in Verbindung stand, die Beschaffung englischer oder amerikanischer Darlehen für den Augenblick als unmöglich.¹⁷⁹ Auch die Überlegung, die preußische Regierung um Hilfe oder Vermittlung bei der Seehandlung zu bitten, damit sie Hamburger Schatzanweisungen lombardiere, führte zu keinem Ergebnis.¹⁸⁰

Am 8. Juli versuchte der Senat noch einmal, die Unterstützung der Reichsregierung wegen des zwei Tage später fälligen Postkredits zu erlangen; Brüning lehnte es aber ab, Petersen, Matthaei und Lippmann zu empfangen, weil er kurz zuvor auch dem preußischen, dem hessischen und dem bayerischen Ministerpräsidenten die erbetene Unterredung verweigert habe.¹⁸¹ Die oft berufene »Notgemeinschaft« zwischen Reich und Ländern begann, sich aufzulösen. Bei der Post erreichte der Senat lediglich, daß sie ihr Darlehen bis zum 15. Juli verlängerte. Bei allen Verhandlungen ging es inzwischen nur noch darum, »Frist für einige Tage zu gewinnen, in der Hoffnung, daß bald ein wesentlicher Umschwung kommen werde«. Nach der Annahme des Hoover-Plans, so rechneten die Verantwortlichen, würden »wieder neue Kredite zur Verfügung stehen [...] oder das große H. E. W.-Geschäft zustande kommen«. Andernfalls »bleibe nur die Hilfe des Reichs, die aber nach den letzten Verhandlungen auch zweifelhaft sei«.¹⁸²

Die neuen Besprechungen, zu denen Petersen, Matthaei und Lippmann am nächsten Tag nach Berlin kamen, fanden jedoch zunächst unter ungewöhnlich günstigen Umständen statt. Am 7. Juli hatte die französische Regierung das Hoover-Moratorium akzeptiert, so daß das Reichsfinanzministerium am 15. keine Reparationszahlungen zu leisten brauchte und beträchtliche Mittel zur Verfügung hatte. Dietrich teilte die Meinung seines Staatssekretärs, »daß Hamburg auf keinen Fall zahlungsunfähig werden dürfe«, da dies »für den deutschen Kredit verhängnisvoll sein« würde. Er sagte zu, sich in der nachmittags stattfindenden Kabinettsitzung dafür einsetzen zu wollen, »daß Hamburg die zur Abdeckung der Fälligkeiten im Juli notwendigen Beträge vom Reich« erhalte. »Weitere Verhandlungen erschienen ihm nicht nötig. Es genüge, wenn Hamburg sich lediglich nachmittags den Bescheid abhole.« Auch den Antrag, Ende Juli unbedingt wieder den gleichen Vorschuß auf die Überweisungssteuern zu gewähren wie Ende Juni, da der Senat sonst keine Beamtengehälter zahlen könne, versprach er, wohlwollend zu erledigen.¹⁸³

Noch vor dem Zusammentritt des Kabinetts änderte sich die Situation abermals grundlegend. Unmittelbar nach der Unterredung mit den Senatsvertretern wurden Dietrich und der Reichskanzler über die bevorstehende Zahlungseinstellung der Darmstädter und Nationalbank informiert. Das Kabinett entschloß sich daher, durch Einlösung von Reichs- und Postschatzanweisungen dem deutschen Geldverkehr 350 Millionen RM zuzuführen, um eine allgemeine Bankenkrise abzuwenden. Brüning erklärte zwar, »auch bei dieser Regelung [müsse] Hamburg und Bremen geholfen

werden, denn auch er sei der Ansicht, daß beide Städte auf keinen Fall dem Ausland gegenüber als zahlungsunfähig erscheinen dürften«; Mittel dafür waren aber nicht mehr vorhanden. Nicht einmal bezüglich der vorgezogenen Steuerüberweisung konnte sich Schäffer festlegen, weil »das Reich selbst sich völlig verausgabt« hatte. Die Aufgabe, die Hansestädte zu stützen, übernahm bei den Kabinettsberatungen Vizepräsident Dreyse für die Reichsbank.¹⁸⁴

Bei den folgenden Besprechungen zeigte sich jedoch von neuem, daß die Reichsbank den Nöten und Wünschen Hamburgs erheblich weniger Verständnis entgegenbrachte als das Reichsfinanzministerium in dieser Phase. Dreyse war für die Repräsentanten des Senats überhaupt nicht zu sprechen, obwohl Termine verabredet waren. Sie machten dieselbe Erfahrung, die auch die Städtevertreter so sehr verärgerte: Die entscheidenden Berliner Stellen schienen sich für die Sorgen großer Wirtschaftsgruppen weit stärker zu interessieren als für die Probleme der Länder und Gemeinden. Sie schätzten die Gefahren, die bei einem Bankenzusammenbruch drohten, sehr hoch ein, beachteten dagegen die bevorstehende Zahlungseinstellung eines Landes nur, soweit dadurch der internationale Kredit Deutschlands betroffen wurde, berücksichtigten aber nicht, daß Hunderttausende von Arbeitnehmern und Wohlfahrtserwerbslosen von den Zahlungen der öffentlichen Körperschaften existentiell abhängen. An Dreyses Stelle eröffnete Direktor Hasse Matthaei und Lippmann nach langwierigen, mehrfach unterbrochenen Verhandlungen endlich »als ›ultimative‹ Mitteilung« der Reichsbankleitung, daß sie äußerstenfalls acht bis zehn Millionen RM geben könne, wenn damit sämtliche Auslandsverpflichtungen Hamburgs im Juli geregelt würden. Die Entgegnung der Senatsvertreter, daß die Gläubiger einen solchen Vorschlag kaum akzeptieren würden, wie eine Besprechung bei der Dresdner Bank am Mittag gezeigt habe, machte keinerlei Eindruck. Hasse riet, die Hamburger »sollten ruhig erklären«, daß sie »im Einvernehmen mit der Reichsbank und dem Reich nicht mehr als 25 % anbieten könnten«. Von der Reichsbank aus mit den betroffenen Geldinstituten in Verbindung zu treten, wie es Dreyse in der Kabinettsitzung zugesagt hatte, lehnte er ebenfalls ab. Eine erneute Fühlungnahme für den Fall, daß die Verhandlungen mit den Banken tatsächlich scheiterten, bezeichnete er von vornherein als sinnlos.¹⁸⁵

Wie erwartet, bestanden die beiden Direktoren der Hamburger Filiale der Dresdner Bank, Hübbe und Pilder, mit denen die Senatsvertreter anschließend verhandelten, auf Rückzahlung von 50 % ihrer Forderungen. Beide warnten davor, den ausländischen Gläubigern nur 25 % zu bieten. Ein solches Ansinnen werde als Zahlungseinstellung gewertet werden. Für die Prolongation der restlichen von ihrem Institut vermittelten Darlehen verlangten sie die Hinterlegung diskontfähiger Papiere, obwohl sie zweifellos wußten, daß die Finanzdeputation dieser Forderung nicht entsprechen konnte. Pilder war als Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Staatspartei an der Regierungskoalition in Hamburg beteiligt. »Er sehe die ganze Frage als eine politische Frage an«, so erklärte Hübbe. »Es werde

Sache des präsidierenden Bürgermeisters sein, die weiteren Verhandlungen mit einer verantwortlichen Stelle im Reich zu führen. «¹⁸⁶ Die bevorstehende Illiquidität der Bank machte sich in dieser intransigenten Haltung bemerkbar. Der Hamburger Staat hatte unter dem Widerspruch zu leiden, daß seine von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Gläubiger ihre festgefrorenen öffentlichen Kredite über das Reich einzutreiben hofften, das sich zugunsten dieser bankrotten Institute der Möglichkeit begeben hatte, den Ländern und Kommunen zu helfen. Die Dresdner Bank verzichtete schließlich wenigstens auf die Wechselhinterlegung.¹⁸⁷ In zweitägigen fast pausenlosen Besprechungen erreichten Matthaei und Lippmann im übrigen lediglich, daß sich die Reichspost dank der Unterstützung des Reichsfinanzministeriums bereit erklärte, ihre Darlehen bis auf weiteres zu verlängern.¹⁸⁸

Mit größter Mühe gelang es der Finanzdeputation, die Gläubiger zur Verlängerung der zunächst fälligen Kredite um einen Monat zu bestimmen, indem sie sich im Vertrauen auf die Zusage der Reichsbank zur sofortigen Rückzahlung von einem Viertel verpflichtete. Aber selbst diese Gelder zu erhalten, wurde infolge der Zuspitzung der Bankenkrise immer schwieriger. Am 13. Juli blieben die Schalter der Darmstädter und Nationalbank geschlossen, die folgenden Tage bis zum 18. Juli wurden zu Bankfeiertagen erklärt. Danach war der Zahlungsverkehr bis zum 5. August starken Beschränkungen unterworfen, die jedoch ebenso wie die Devisenbewirtschaftung die Begleichung fälliger öffentlicher Auslandsverpflichtungen generell nicht ausschlossen. Bis zum 15. Juli stellte die Reichsbank dem Hamburger Staat der Vereinbarung entsprechend noch 2,3 Millionen RM zur Regelung der ausländischen Schatzwechselforderungen zur Verfügung, lehnte weitere Kredite zwei Tage später aber grundsätzlich ab, wahrscheinlich weil sie befürchtete, nach der bevorstehenden teilweisen Freigabe des Zahlungsverkehrs von Banken, Sparkassen und Wirtschaftsunternehmen allzu stark in Anspruch genommen zu werden. Der Senat sollte allen auswärtigen Gläubigern mitteilen, so empfahl Hasse, »daß eine Zahlung nicht mehr in Frage kommen könne«. ¹⁸⁹

Da Max Warburg, den die Finanzdeputation als ersten informierte, dringend vor der Abgabe einer solchen Erklärung warnte, die durch die Zerstörung des deutschen Kredits im Ausland auch dem Kaufmann die Einreichung von Wechseln unmöglich machen und damit dem Außenhandel schwersten Schaden zufügen werde, entschloß sich der Senat, den Reichsfinanzminister um sein Eingreifen zu bitten, während Warburg sofort bei Luther intervenierte. In einer Besprechung zwischen Dietrich, Luther und Dreyse wurde daraufhin am 21. Juli vereinbart, Hamburg weitere fünf Millionen RM zur teilweisen Abdeckung seiner Juli-Verpflichtungen zu gewähren. Tatsächlich wurde jedoch nur die Hälfte überwiesen. Insgesamt erhielt Hamburg im Juli nicht zehn, wie ursprünglich vorgesehen, sondern nur 4,8 Millionen RM für diesen Zweck.¹⁹⁰ Die Finanzdeputation mußte sich nun nicht nur in andauernden Verhandlungen um die Bewilligung der erforderlichen Mittel und das Einverständnis der Gläubiger mit den gerin-

gen Rückzahlungsquoten bemühen, sondern auch beständig um die Einhaltung der Zusagen mit den Berliner Stellen kämpfen.

Ende Juli hatte der Hamburger Staat seine Auslandsverschuldung von 157 Millionen RM am 30. November 1930 auf 129 Millionen RM verringert.¹⁹¹ Die schwebenden Schatzwechselkredite blieben aber eine ständige Gefahr, die dadurch immer bedrohlicher wurde, daß zu den regulär im August auslaufenden Darlehen die im Juli nicht erledigten oder nur um einen Monat verlängerten Fälligkeiten kamen. Zudem verhärtete sich die Haltung des Reichsfinanzministers und seiner leitenden Beamten. Bei einer Besprechung mit Bürgermeister Roß, Matthaei und Lippmann am 6. August verweigerten Dietrich und Schäffer die erbetene Hilfe mit der Begründung, auch das Reich sei »nur unter größten Schwierigkeiten über den Juli gekommen« und könne keine Mittel flüssig machen, um Hamburg die teilweise Rückzahlung seiner Auslandsschulden zu ermöglichen. Darüber hinaus machten sie jede Unterstützung, auch die Gewährung eines kleinen Kassenkredits zur Erfüllung der laufenden Verpflichtungen, grundsätzlich davon abhängig, daß Hamburg die Gehälter und Löhne seiner Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter den Sätzen des Reichs anpasse.

Offenbar wurde die Bedeutung dieser Maßnahme im Reichsfinanzministerium überschätzt. Dietrich, Schäffer und die zuständigen Referenten standen hierbei unter dem Eindruck der jahrelangen Kampagne gegen die übertriebenen Personalausgaben der Länder und Großstädte. Nach Hamburger Berechnungen brachte die geforderte Kürzung nur ganz unzureichende Ersparnisse, bei den Beamtengehältern etwa zwei Millionen RM im Jahr. Außerdem verlangte das Reichsfinanzministerium nun als Voraussetzung für die Gewährung von Krediten die Verpfändung von Aktien, wie sie der Bremer Senat schon zugestanden hatte. In Hamburg, wo die Finanzmisere trotz aller Rückschläge nicht so prekär war wie in Bremen, waren die Verantwortlichen dazu aber nicht bereit, weil die Aktien allen Gläubigern, nicht nur dem Reich als Sicherheiten dienen mußten. Dahinter stand die Hoffnung, mit Hilfe des werbenden Vermögens doch noch eine Umschuldungsaktion in die Wege leiten zu können, während die Reichsregierung ihrerseits realisierbare Werte der Länder und Gemeinden als Unterlage für eine große internationale Anleihe in die Hand bekommen wollte.¹⁹²

Der Hamburger Staat auf der Protestliste

Mit diesen konfliktgeladenen Verhandlungen begann eine neue Phase in den Beziehungen zwischen dem Reich und Hamburg. Die Sorge um die Gefährdung des deutschen Kredits, die der finanzielle Zusammenbruch der Hansestädte nach sich ziehen würde, spielte nicht mehr die erste Rolle. Die Reichsregierung ging dazu über – wie dies auch die Einstellung zu den Kommunalvertretern zeigte –, die Notlage der Länder und Gemeinden auszunutzen, um ihnen ihre finanzpolitischen Konzeptionen aufzuzwingen.

Ein Schreiben Lippmanns, in dem er im Anschluß an die Besprechungen

in Berlin drängte, daß sich das Reichsfinanzministerium durch eingehende Prüfung von der vorsichtigen und soliden Finanzwirtschaft des Senats überzeugen und doch noch eine Hilfe gewähren möge, blieb unbeantwortet.¹⁹³ Die Entscheidung, die im Juli dank der Unterstützung der Reichsregierung noch vermieden worden war, ließ sich nun nicht länger hinauszögern. Am 12. August wurde das Berliner Bankhaus Mendelssohn & Co. nach eingehenden Darlegungen über die Ursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten, die Verwendung der Kredite und die als Sicherheiten vorhandenen Vermögenswerte darüber informiert, daß der Hamburger Staat seine fälligen Schulden nicht begleichen könne. Eine Abschlagszahlung wurde nicht angeboten, und auch ein Termin für die Abdeckung der Verbindlichkeiten nicht genannt. Die Bank mußte sich mit der vagen Aussicht begnügen, die Zahlungsstockung werde »überwunden werden, sobald es möglich sei, neue Kredite aufzunehmen«.¹⁹⁴

Am nächsten Tag gingen entsprechende, von der Firma Warburg entworfene, gleichlautende Schreiben an die ausländischen Gläubiger hinaus, in denen die Frage der Zahlungsfähigkeit allerdings im unklaren gelassen und statt dessen die Devisenbewirtschaftung als Grund dafür genannt wurde, daß Hamburg seinen Verpflichtungen nicht pünktlich nachkommen könne. Unter Hinweis auf die Baseler Stillhalteverhandlungen ersuchte der Senat um dreimonatige Prolongation der fälligen Schatzwechsel, ohne die geringste Teilzahlung anzubieten.¹⁹⁵ Dieses – da das Reich seine Hilfe versagte, unvermeidliche – einseitige Vorgehen löste bei den Gläubigern beträchtliche Verärgerung aus. Die Londoner Bank J. Henry Schröder & Co., die dadurch, daß ihr Mitinhaber Frank Cyril Tiarks bei den internationalen Kreditkonferenzen eine maßgebliche Rolle spielte, über die Modalitäten der geplanten Stillhaltevereinbarung bestens informiert war, protestierte sofort gegen die Absicht, »Inhaber hamburgischer Staatsschuldverschreibungen in die Zwangslage zu setzen, die gesamten Fälligkeiten zu erneuern in dem Sinne, daß kein Vorschlag gemacht wird, auch nur einen Teil bei Fälligkeit abzudecken«. Das Schreiben der Finanzdeputation sei »ein Schlag für den Kredit des Staates Hamburg«, dessen Schwere den Verantwortlichen »kaum in vollem Ausmaße bewußt sein« könne. Die Firma, die durch verwandtschaftliche Beziehungen zu der Hamburger Schröder-Bank eng mit der Stadt verbunden war, konnte darauf hinweisen, daß es ihr »unter Berufung auf die Ausnahmestellung des Staates Hamburg« gelungen war, für ihn große Darlehnsbeträge noch zu einer Zeit unterzubringen, als die englischen Banken weitere Investitionen in Deutschland bereits generell ablehnten. Sie drängte deshalb: »Der Kredit des Staates würde durch zwangsweise Erneuerungen der gesamten Schatzanweisungen auf lange Jahre hin derartig geschädigt werden, daß wir Sie mit dem tiefsten Ernst bitten«, ebenso wie im Juli bei den jetzt fälligen Wechseln 20 Prozent zurückzuzahlen, »auch wenn dieses eine Abänderung des Devisenbewirtschaftungsgesetzes und der verschiedenen Reichsnotverordnungen benötigen würde.«¹⁹⁶

Ähnlich faßte auch Max Warburg die Äußerungen zusammen, die ihm in

den letzten Tagen von entrüsteten Inhabern hamburgischer Schatzanweisungen zugegangen waren. Um zu »retten, was zu retten ist«, dürfe der Staat »nicht einfach in dem mehr oder weniger illegalen Zustand der Zahlungsschwierigkeit« verbleiben. Da Warburg die katastrophalen Finanzverhältnisse Hamburgs gut kannte, forderte er den Senat auf, trotz der Verglebarkeit der bisherigen Bemühungen unverzüglich erneut mit der Reichsregierung wegen der zur Ablösung von 20 Prozent der kurzfristigen Auslandsschulden notwendigen 26 Millionen RM zu verhandeln. »Der Betrag ist klein«, so argumentierte er, »wenn man berücksichtigt, welchen außerordentlichen Schaden die Nichterledigung dieser Angelegenheit zur Folge haben kann, er ist weiterhin aber auch klein, wenn man vergleicht, mit welchen um ein Vielfaches größeren Summen das Reich in ähnlichen Fällen, denen der Fall Hamburg an Wichtigkeit nicht nachsteht, in die Bresche gesprungen ist. Ich brauche nur an die Danatbank, an die Dresdner Bank, an die Landesbank der Rheinprovinz usw. zu erinnern.«¹⁹⁷ Selbst ein führender Vertreter der Wirtschaft sah und kritisierte die Bevorzugung großer kommerzieller Unternehmen vor den Ländern und Gemeinden.

In der Hoffnung, doch noch die Unterstützung der Reichsregierung erlangen zu können oder durch die Einbeziehung der öffentlichen Schulden in das Stillhalteabkommen entlastet zu werden, hatte der Senat zwei Tage, bevor er die ausländischen Gläubiger von der Zahlungsunfähigkeit Hamburgs unterrichtete, am 11. August, einen 400000-Dollar-Kredit der Niederländisch-Indischen Handelsbank verfallen lassen, ohne sich mit ihr wegen einer Regelung in Verbindung zu setzen. Die Firma führte daraufhin nicht nur beim Reichsfinanzministerium und bei der Reichsbank Beschwerde und informierte das Außenministerium und die Zentralbank ihres Landes, sondern ließ am 13. August auch notariellen Protest gegen den Staat Hamburg erheben.¹⁹⁸ Seine Zahlungsunfähigkeit war damit sogar amtlich festgestellt. Die Hansestadt erschien zum erstenmal auf der Protestliste – in den Augen ihrer Bankiers »etwas Unmögliches«. Mitentscheidend für die harte Reaktion der »sonst sehr friedlichen Firma« war, daß sie sich, nachdem die holländischen und Schweizer Gläubiger in Basel hinter den amerikanischen, englischen und französischen Interessenten zurückgesetzt worden waren und lediglich deren Verhandlungsergebnis zur Stellungnahme erhalten hatten, nun auch im konkreten Fall als »quantité négligeable« behandelt fühlte.¹⁹⁹ Erst vier Tage nach Fälligkeit der Schatzanweisungen ging ihr der standardisierte Brief der Finanzdeputation an die Gläubiger zu. Den Versuch, das Versagen des Hamburger Staates durch Hinweis auf die Devisenbewirtschaftung und die bevorstehende Stillhaltevereinbarung zu kaschieren, akzeptierte die Bank nicht.

Tatsächlich entschied sich in diesen Tagen, daß das Abkommen, das am 18. August unterzeichnet wurde, für öffentliche Schulden nicht gelten sollte.²⁰⁰ Da es zudem die Rückzahlung eines Viertels der Kredite vorsah, hätte sich die Situation Hamburgs ohnehin nicht geändert. Als sich die Reichsbank eine Woche später in einer Besprechung mit Vertretern der Länder bereit erklärte, eine Stillhalterregelung auch für die kurzfristigen Auslands-

anleihen der öffentlichen Hand zu ermöglichen und für die Ablösung von rund zehn Prozent Devisen zur Verfügung zu stellen, mußte Lippmann berichten, daß offenbar nur Hamburg die erforderliche Summe nicht aufbringen konnte.²⁰¹

Seit Anfang August bot die Devisenbewirtschaftung jedoch wenigstens einen begrenzten Schutz, da die Reichsbank nicht immer in der Lage war, die für die teilweise Tilgung öffentlicher Schulden benötigten Valuta zuzuteilen. Insbesondere hatte nach dem Abschluß des Stillhalteabkommens die Rückzahlung von rund 800 Millionen RM auf die kommerziellen Verbindlichkeiten Vorrang.²⁰² Vom Ausland aus war infolgedessen oft nicht klar zu übersehen, ob Zahlungsunfähigkeit oder Devisenmangel für die Nichterfüllung von Verpflichtungen entscheidend waren. Die Reichsbank gewährte den Ländern zudem in der Weise Rückendeckung, daß sie die Unmöglichkeit, Devisen zu erhalten, bestätigte. So teilte sie der Niederländisch-Indischen Handelsbank am 18. September mit, daß Länder und Gemeinden bis zum Zustandekommen einer generellen Regelung – die erst am 15. April 1932 erfolgte – aufgrund der Devisenverordnung vom 1. August keine kurzfristigen Auslandsschulden zurückzahlen dürften.²⁰³ Dadurch entstand de facto ein Moratorium für die internationalen Kredite, so daß andere durch die Bankenkrise ausgelöste Probleme vordringlich wurden.

Drohende Illiquidität der Hamburger Sparkassen

Der Schalterschluß der Darmstädter und Nationalbank am 13. Juli hatte ebenso wie bei den übrigen Geldinstituten auch bei den Hamburger Sparkassen zu einem Ansturm der Kontoinhaber geführt. Während die Spareinlagen seit der Währungsstabilisierung ständig gewachsen waren, hatten die Auszahlungen schon seit Mai 1931 die Einzahlungen übertroffen. Die Not vieler Sparer, aber auch der allgemeine Vertrauensschwund spiegelten sich in dieser Entwicklung wider. Bis Ende Juli verlor die Hamburger Sparcasse von 1827 (Haspa) rund neun, die Neue Sparcasse von 1864 (Neuspar) knapp sieben und die Sparkasse der »Produktion« ca. drei Millionen RM. Das waren durchschnittlich fünf Prozent der Einlagen. Im Juli hatte die Haspa, für die als einzige Zahlen vorliegen, nur bis zu den Bankfeiertagen 2,2, davon allein am 13. Juli 1,6 Millionen RM, hergeben müssen.²⁰⁴

Über die Liquiditätsreserven der drei stadthamburgischen Sparkassen, die anders als in Preußen und verschiedenen Ländern keine Einrichtungen der Gemeinden, sondern rechtlich selbständige Wirtschaftsunternehmen waren, ist nichts Genaueres bekannt. Die Barmittel scheinen nicht bedeutender gewesen zu sein als bei den Großbanken und den Gemeindeparkassen. Trotz der Abzüge seit Mai besaßen die drei Institute am 15. Juli an Kassenbeständen oder Guthaben bei der Reichsbank, der Girozentrale, der preußischen Staatsbank und anderen Banken noch 2,2, 3,1 bzw. 1,6 Millionen RM.²⁰⁵ Das deutet auf eine erweiterte Barliquidität von sechs bis sieben Prozent hin; entsprechend betrug sie bei den beiden anderen Gruppen von

Geldinstituten knapp 8%.²⁰⁶ Auch die übrigen Reserven waren relativ gering und in der Krise wider Erwarten schwer in Zahlungsmittel umzuwandeln. Sie bestanden beispielsweise bei der Haspa bei fast 200 Millionen RM Spareinlagen aus zwölf Millionen RM täglich fälliger Forderungen an den Hamburger Staat, Wertpapieren, die nach der deflationsbedingten Entwertung noch für einen Lombardkredit von sieben Millionen RM reichten, und einjährigen hamburgischen Schatzanweisungen im Betrag von 14,4 Millionen RM, die nach dem Reichsbankgesetz ebenfalls lombardiert werden konnten. Als die Bankfeiertage die Geldinstitute gegen weitere massierte Abzüge schützten, reichten die sofort verfügbaren Mittel bei der Haspa noch für zwei bis drei Stunden.²⁰⁷ Die Situation der beiden anderen Sparkassen war ähnlich.

Die Zuspitzung der Lage bei den Sparkassen war für den Hamburger Staat in doppelter Weise gefährlich: Zum einen drohte ihre Zahlungseinstellung gerade Angehörige einkommensschwacher Bevölkerungskreise, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Rentner und mittelständische Gewerbetreibende, zu treffen, die ohnehin unter der Depression besonders schwer zu leiden hatten und auf ihre für Notzeiten angesammelten kleinen Sparguthaben angewiesen waren. Zu mehr als einem Drittel beliefen sich die Konten bei der Haspa beispielsweise auf weniger als 50 RM, ein weiteres Drittel blieb unter 500 RM.²⁰⁸ Nachdem diese Menschen vielfach in der Inflation schon einmal ihre Rücklagen verloren hatten, war zu erwarten, daß sie den erneuten Verlust ihrer Ersparnisse nicht ruhig hinnehmen, sondern zumindest mit dem Stimmzettel gegen das wirtschaftliche und politische System rebellieren würden, das solche Katastrophen zuließ. Den Radikalen würde das Geschäft erleichtert werden, die den Regierungen der Weimarer Republik Korruption oder Unfähigkeit vorwarfen und demgegenüber entweder die gesicherten Verhältnisse des Kaiserreichs priesen oder eine neue Ordnung zu schaffen versprachen, in der die »Bank- und Börsenfürsten« keine Chance hätten.

Zum anderen mußten die Sparkassen, wenn ihr Zusammenbruch sonst nicht mehr abzuwenden war, die dem Hamburger Staat geliehenen täglich fälligen Gelder zurückfordern, so daß seine Zahlungsunfähigkeit allgemein bekannt zu werden drohte.²⁰⁹ Die Sparkasse der »Produktion« konnte zwar zunächst auf die Reserven der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG) zurückgreifen, doch fehlten diese Mittel dann für den Wareneinkauf. Die GEG war deshalb ebenfalls gezwungen, sollten keine Schwierigkeiten bei der Versorgung der Mitglieder eintreten, ihre Forderung an den Staat geltend zu machen.²¹⁰ Die 23,4 bzw. 7,5 Millionen RM, die die Sparkassen und die GEG zum Ersatz nicht verlängerter Auslandskredite für kurze Frist bereitgestellt hatten und die wegen der engen Beziehung dieser Unternehmen zum Hamburger Staat bis zum Ausbruch der Bankenkrise als unproblematisch angesehen worden waren, wurden nun zu den drückendsten und gefährlichsten Verpflichtungen.²¹¹ Erschwerend kam hinzu, daß die Finanzdeputation über 4,3 Millionen RM, die sie ihrerseits der Darmstädter und Nationalbank für einige Tage überlassen

hatte, bis Ende Juli nicht mehr verfügen konnte.²¹² Die Erklärung, daß die Sparkassen keine Zahlungen leisten könnten, weil der Staat die fälligen Darlehen nicht zurückerstatte, mußte zehn Wochen vor den Bürgerschaftswahlen verheerend wirken.

Nach Absprache mit der Reichsregierung entschied der Senat, die Hamburger Sparkassen am Nachmittag des 13. Juli aus sicherheitspolizeilichen Gründen zu schließen.²¹³ Am 14. und 15. erübrigte sich die Sonderregelung infolge der allgemeinen Bankfeiertage. Die kurze Frist war ausgefüllt mit pausenlosen Verhandlungen über die Beschaffung der nach der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs benötigten Barmittel und die übrigen zum Schutz der Sparkassen erforderlichen Maßnahmen. Ihre Leitungen erklärten von vornherein, sie sähen »im Augenblick [...] kaum einen Weg [...], wie ohne durchgreifende Hilfe seitens des Staates oder der Reichsbank, selbst bei Rationalisierung der Auszahlungsbeträge«, der Betrieb wieder in Gang gebracht werden solle.²¹⁴

Von dem ersten 100-Millionen-RM-Kredit, den die Reichsbank der Deutschen Girozentrale, der Dachorganisation der Sparkassen, gewährte, erhielten die Hamburger Institute nichts, da er restlos für die völlig illiquiden Kassen verwendet werden mußte.²¹⁵ Unmittelbare Lombardkredite waren nur in sehr geringem Umfang zu bekommen; denn ebenso wie die Hamburger Sparkassen konnten auch die Gemeindesparkassen sich ausschließlich auf diese Weise Bargeld besorgen. Die Reichsbank befürchtete deshalb, durch das Lombardgeschäft übermäßig in Anspruch genommen zu werden, weil die verpfändeten Wertpapiere nicht zur Notendeckung dienen durften.²¹⁶ Die Ansicht, daß die Stabilität der Währung von der Art ihrer Deckung abhängt, galt in der Reichsbank noch als selbstverständlich. So sagte sie den Hamburger Sparkassen am Abend des 13. Juli lediglich ein Darlehen von 600 000 bis 800 000 RM zu, das selbst bei einer Beschränkung der einzelnen Auszahlung auf 20 RM allein von den Filialen der Haspa in längstens drei Stunden verbraucht worden wäre.²¹⁷

Die Vorschriften in den Notverordnungen über die Regulierung des Zahlungsverkehrs entsprachen dagegen den Vorstellungen, die die Vertreter der Sparkassen bei den Besprechungen in der Finanzdeputation geäußert hatten. Bis Ende der Woche standen nur zur Bezahlung von Löhnen, Gehältern, Unterstützungen und Steuern benötigte Beträge zur Verfügung; vom 20. bis 23. Juli durften bei Bedarf 20 RM, dann bis zum 1. August 30 RM und in der folgenden Woche schließlich 50 RM je Sparkonto abgehoben werden.²¹⁸ Trotzdem sahen sich die Sparkassen in Hamburg wie in allen Großstädten auch weiterhin enormen Anforderungen gegenüber. Seit dem Ende der Bankfeiertage mußte beispielsweise die Haspa allein im Sparverkehr im Juli tagtäglich mehr als 200 000 RM, im August fast 400 000 RM mehr auszahlen, als eingezahlt wurden. An einzelnen Tagen verlor sie weit größere Summen, so an den ersten drei Tagen nach der Aufhebung der Beschränkungen, vom 8. bis 11. August, dreieinviertel Millionen RM.²¹⁹ Bei der abweisenden Haltung der Reichsbank gelang es deshalb nur mit größter Mühe und immer nur für ganz kurze Frist die nötigen

Mittel flüssigzumachen. Daß sie an sich noch immer Beachtliches zu leisten vermochten und nur durch die Unzulänglichkeit der Liquiditätsreserven in Gefahr geraten waren, zeigte der Plan, den Kunden eine Stilllegungsprämie von zwei Prozent im Monat zu gewähren. Er veranlaßte den Altonaer Magistrat, beim Senat zu protestieren, weil die Institute der umliegenden preußischen Gemeinden die gleiche Vergünstigung nicht zugestehen konnten.²²⁰

In der letzten Juli-Woche wurden auch die akuten Zahlungsnöte ein wenig leichter. Nachdem sich die Lage in vielen Regionen entspannt hatte, sagte die Reichsbank zu, den Hamburger Sparkassen, sofern andere Wege aussichtslos seien, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Notverordnungen zu ermöglichen.²²¹ Anfang August wurden sie an dem 500-Millionen-RM-Kredit, den die neu gegründete Akzept- und Garantiebanc der Deutschen Girozentrale gewährte, mit 16 Millionen RM beteiligt. Bis Mitte September war ihre Zahlungsfähigkeit dadurch gesichert. Der Hamburger Staat mußte die Ausfallbürgschaft übernehmen, erreichte aber, daß die Sparkassen für die Dauer der Garantieleistung auf die Rückforderung ihrer Gelder verzichteten.²²²

Die Gefahren, die durch diese besonders drückenden überfälligen Schulden entstanden, waren daher zunächst gebannt. Die GEG wurde ebenfalls in den ersten Augusttagen in der Weise befriedigt, daß sie Wechsel der Hamburger Gaswerke über zwei Millionen RM erhielt, die ihr die Akzept- und Garantiebanc diskontierte. Der Wechselbetrag sollte auf die im Geschäftsjahr 1931/32 fälligen Abgaben der Gaswerke an den Staat verrechnet werden, der damit über einen weiteren Teil späterer ordentlicher Einnahmen vorweg verfügte.²²³

Forcierte Sparpolitik im Sommer 1931

Nachdem für die brisantesten Schuldverpflichtungen eine Lösung gefunden war und die ausländischen Forderungen durch die Devisenbewirtschaftung ihre Gefährlichkeit verloren hatten, konnte sich der Senat verstärkt den immer drängenderen ordentlichen Haushaltsproblemen zuwenden. Die gegenläufige Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben führte zu ständig wachsenden Defiziten und rief in kurzen Abständen neue bedrohliche Kassenfehlbeträge hervor. Der Sparerlaß vom 12. Juni hatte daran nichts geändert, da er sich erst nach geraumer Zeit auswirken konnte. Die nächsten Gehälter und Löhne konnte der Hamburger Staat nur mit Hilfe des Reichs bezahlen. Seinen Beitrag zur Krisenfürsorge blieb er seit diesem Monat schuldig.²²⁴

Angesichts solcher Schwierigkeiten entschloß sich der Senat am 19. Juni zu einem ungewöhnlichen Schritt: Jeweils für kurze Frist sollte die Finanzdeputation die voraussichtlichen Einnahmen feststellen, die Mittel für absolut unvermeidliche Ausgaben wie Löhne, Gehälter, Versorgungsbezüge, Unterstützungen und den Zinsendienst vorweg abzweigen und die verblei-

benden Gelder in Zusammenarbeit mit einem Ausschuß der leitenden Beamten aller Behörden auf diese verteilen.²²⁵ Für einen restlichen Finanzbedarf von 12,1 Millionen RM standen im Juli noch 3,5 Millionen RM zur Verfügung; im August und September waren für unerledigte Anforderungen von 23,9 bzw. 23,1 Millionen RM lediglich 7,6 bzw. 5,0 Millionen RM übrig.²²⁶ Nachdem schon die Anordnung vom 12. Juni den Haushaltsplan teilweise außer Kraft gesetzt hatte, wurde er nun vollends bedeutungslos. Mehrere Senatoren äußerten deshalb Bedenken gegen das neue Verfahren. Um ihnen entgegenzukommen und die Finanzdeputation nicht übermächtig werden zu lassen, wurde ihr auferlegt, »im engen Einvernehmen mit den einzelnen Behörden« zu handeln. Da es aber gegen den Hinweis auf die leere Kasse kein Argument gab, war ihr Votum letztlich doch entscheidend. Hatten SPD und DDP schon vor dem Beginn der Krise gelegentlich darüber Klage geführt, daß politische Initiativen am Widerstand der Finanzdeputation scheiterten, so war es in einer Phase, in der nicht einmal sie mit ihrem Stab von Fachleuten die Entwicklung der Kassenverhältnisse sicher abschätzen konnte, erst recht unvermeidlich, daß ihre Stellungnahme den Ausschlag gab.

Durch die Blockierung des Zahlungsverkehrs nach dem Bankenkrah kam es Mitte Juli zu Stockungen und zusätzlichen Ausfällen bei den Steuereinnahmen.²²⁷ Da das Reich zudem zur teilweisen Abdeckung des im Juni gewährten Überbrückungskredits 1,6 Millionen RM einbehielt, bekam Hamburg an Überweisungssteuern statt 13,5 Millionen RM im Juli 1930 in diesem Jahr nur 4,4 Millionen RM. Gegen Ende des Monats rechnete die Finanzdeputation mit einem Haushaltsdefizit von 41 und einem akuten Kassenfehlbetrag von 3,4 Millionen RM. Dabei hatte sie bereits berücksichtigt, daß nach der Notverordnung vom 18. Juli am 1. August nur die halben Gehälter und Pensionen gezahlt werden mußten.²²⁸ Noch immer wurden jeden Tag schätzungsweise 200 000 bis 300 000 RM mehr ausgegeben als eingenommen. Anfang August belief sich das Kassendefizit schon auf ca. zehn Millionen RM; vier Millionen RM entfielen allein auf fällige Rechnungen, die im Juli nicht beglichen worden waren. Angesichts solcher Zahlen befürchtete die Leitung der Finanzverwaltung, daß, »wenn in Hamburg nichts Durchgreifendes geschieht, [...] die völlige Zahlungsstockung auch mit den größten Kunstmitteln nicht mehr aufgehalten werden kann.«²²⁹ Der Senat sah keinen Ausweg, als ihrer Forderung zuzustimmen, den Fehlbetrag im Budget ohne Rücksicht auf die bevorstehenden Bürgerschaftswahlen so rasch wie möglich abzudecken und auf längere Sicht die Reduzierung der Ausgaben um 25 %, ca. 100 Millionen RM, anzustreben.²³⁰

Mitte Juli 1931 erschienen in der Hamburger Presse Berichte über die geplante Entlassung zahlreicher Staatsarbeiter.²³¹ Einen Monat später gab der Senat ein umfangreiches Sparprogramm bekannt.²³² Nachdem die Sachausgaben bereits in den letzten Haushaltsplänen und durch verschiedene Senatsverfügungen stark gedrosselt worden waren, stand nun die Einschränkung der persönlichen Kosten im Mittelpunkt. Über die Notwen-

digkeit, die Zahl der öffentlichen Arbeitnehmer abzubauen, bestand unter den Regierungsparteien seit langem Einigkeit, da das Anwachsen der persönlichen Ausgaben insbesondere nach der Besoldungsreform von 1927 zum Verzicht auf manche sachlich wünschenswerten Projekte gezwungen hatte.²³³ In der Krise waren auch die Gewerkschaften, die Beamten- und Angestelltenverbände zur Mitwirkung bereit, um die sozialen Härten möglichst gering zu halten.

Durch Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 51 Stunden in der Woche und Verkürzung des Urlaubs, durch Erhöhung der Klassenfrequenzen an allen Schulen und der Pflichtstundenzahl der Lehrer, durch die Zusammenlegung oder Aufhebung von Behörden, Dienststellen und anderen staatlichen Einrichtungen sollte nun die Voraussetzung für eine erhebliche Verminderung des Personalbestands geschaffen werden. Um auch die Zahl der Beamten und unkündbaren Angestellten entsprechend reduzieren zu können, war beabsichtigt, das Pensionsalter von 65 auf 63 Jahre herabzusetzen. Außerdem sollten vier der 16 Senatoren zum 15. September aus ihrem Amt ausscheiden. Besonders hart trafen die Abbaumaßnahmen die Staatsarbeiter, da sie Anfang des Jahres, um ihren Arbeitsplatz zu sichern und die Einstellung von Wohlfahrtserwerbslosen zu ermöglichen, der Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden ohne Lohnausgleich zugestimmt, also auf etwa 8 % ihres Einkommens verzichtet hatten.²³⁴ Für die Bevölkerung wirkte sich die Zusammenlegung von Krankenstationen, Polizeiwachen und Dienststellen der Gerichte am unangenehmsten aus. Der Zweck aller dieser Änderungen wurde jedoch erreicht: Anfang 1932 beschäftigte der Hamburger Staat 4442 Menschen weniger als vor einem Jahr.²³⁵

Die Bezüge der weiterbeschäftigten Arbeitnehmer wurden durch die Streichung oder starke Einschränkung der neben dem Gehalt oder Lohn gewährten Vergünstigungen wie Zehrgelder, Dienstzulagen, Notstandsbeihilfen und Zuschüsse zu den Krankenversicherungsbeiträgen von neuem beschnitten. Um seine Position bei Verhandlungen mit der Reichsregierung zu verbessern, glaubte der Senat, darüber hinaus die Anpassung der Gehälter an die der Reichsbediensteten ankündigen zu müssen, obwohl er sie erst zum 1. Januar 1932 durchführen wollte und gerade diese Nachricht, nachdem schon die Mitteilungen über die übrigen Einsparungen unter den Betroffenen große Unruhe ausgelöst hatten, vor den Wahlen politisch sehr problematisch war. Dadurch daß die Unterhaltszuschüsse für Auszubildende um 25 % gekürzt und für Referendare durch geringe, nur bei besonderer Begabung und materieller Notlage gewährte Stipendien ersetzt wurden, erlitten die Bemühungen um mehr Chancengleichheit nach der Verminderung der Beihilfen für bedürftige Schüler im Haushaltsplan 1931 abermals einen Rückschlag.

Die Abstriche bei den Sachausgaben bedeuteten, daß der Hamburger Staat als Auftraggeber für die Privatwirtschaft fast völlig ausfiel. Bereits seit mehreren Wochen durften die wissenschaftlichen Institutionen keinerlei Neuanschaffungen mehr vornehmen. Alle öffentlichen Arbeiten wurden eingestellt, es sei denn, daß gesetzliche Verpflichtungen dies verboten oder

der Bauzustand unmittelbar gefährdet war. Die Beleihungskasse erhielt für die Förderung des Wohnungsbaus keine weiteren Mittel. Die Beträge für die Instandsetzung der Gebäude und des Hausrats wurden auf 60% der schon stark gedrosselten Bewilligungen gekürzt, die Ausgaben für die Unterhaltung der Straßen, Plätze, öffentlichen Anlagen und selbst des Hafens auf das Allernotwendigste beschränkt.

Die Mitteilung der in ihrem Aufgabenbereich möglichen Abstriche von 5,4 Millionen RM gegenüber dem Haushaltsplan verband die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe mit der Warnung: »Die vorgeschlagenen Beträge können nur zum Teil endgültig eingespart werden, im übrigen sind sie lediglich infolge der gegenwärtigen Finanzlage im laufenden Jahr zurückzustellen. Man geht dabei bis an die Grenze, die die schon stark zurückgeschraubte Unterhaltung des Hafens vom Verfall der Anlagen trennt. Eine ordnungsgemäße Unterhaltung der Hafenanlagen findet dann nicht mehr statt, und es werden zukünftig dem Staat alle Schäden infolge fehlender Soltiefen der Hafenbecken und dergleichen mehr zur Last fallen. Als Folge wird endlich auch diesmal wie seinerzeit nach den Kriegsjahren bei der Rückkehr zu geordneten Zuständen notwendig sein, besondere Mittel im größeren Umfang bereitzustellen, um die vernachlässigte Instandsetzung wieder nachzuholen.«²³⁶

Die Wirkungen der Krise waren nun auch im Stadtbild deutlich sichtbar: Beleuchtung, Ausbesserung und Reinigung der Straßen wurden eingeschränkt. Parks und Grünflächen verwilderten, die Blumenbeete wurden umgepflügt, die Wiesen nicht geschnitten. Die meisten Kinderspielplätze und Alteutegärten mußten geschlossen werden, für die anderen standen nur wenige Wächter zur Verfügung, so daß die vielen beschäftigungslosen Jugendlichen von ihnen Besitz ergriffen.²³⁷

Die politische Situation belastete am meisten, daß der Senat glaubte, die Sozialleistungen nicht länger ungeschmälert aufrechterhalten zu können. Der Wohlfahrtsbehörde sollten rund 500 Beamte und Angestellte von anderen Behörden überwiesen werden, um die Unterstützungen genau zu überprüfen und wenn möglich herabzusetzen.²³⁸ Schon einmal hatte Anfang des Jahres eine ähnliche Aktion Unsicherheit und Angst unter den Hilfsbedürftigen hervorgerufen.²³⁹ Durch diese mehrmals verschärfte individuelle Kontrolle wurde in Hamburg anders als in zahlreichen Gemeinden die schematische Senkung der Richtsätze für die Fürsorgeleistungen vermieden, die in vielen Einzelfällen zu großen Härten führte. Dennoch erreichte die Leitung der Wohlfahrtsbehörde dadurch, daß sie die Bewilligungsbefugnis der ehrenamtlichen Pfleger einengte, rigorose Richtlinien für die Bemessung des Bedarfs sowie die Anrechnung eigener geringer Einkünfte, z. B. durch Vermietung eines Teils der Wohnung, herausgab und die Entscheidungen in kurzen Abständen nachprüfen ließ, daß sich die Bezüge der Unterstützten auch hier verringerten.²⁴⁰ Im Lauf des Jahres 1931 verloren die Kleinrentner durchschnittlich 13%, die Sozialrentner 17%, die Wohlfahrtserwerbslosen 15% und die zusätzlich zu den Leistungen der Reichsanstalt unterstützten Arbeitslosen 25% der zuvor gewährten Barbe-

träge.²⁴¹ Die der Wohlfahrtsbehörde aushilfsweise zugeteilten Beamten und Angestellten empfanden ihre Versetzung zudem oft als diskriminierend, lehnten ihre neue Arbeit innerlich ab und verhielten sich den häufig sehr gereizten Hilfesuchenden gegenüber ungeschickt und hochfahrend.²⁴²

Eine andere Einrichtung, die das Los vieler seit längerer Zeit arbeitsloser Menschen erleichtert hatte, mußte im August 1931 ebenfalls abgebaut werden: Die sogenannte »Arbeitsfürsorge« der Gemeinden bot den Wohlfahrtserwerbslosen die Möglichkeit, durch Beschäftigung in einem regulären Arbeitsverhältnis wieder den Anspruch auf Versicherungsleistungen zu erwerben. Zu Stundenlöhnen, die nur wenig unter den niedrigsten Tarifsätzen lagen, wurden sie bei verschiedenen Behörden bei »zusätzlichen«, im Haushalt nicht vorgesehenen Arbeiten eingesetzt und aus dem Etat der Wohlfahrtsbehörde bezahlt.²⁴³ Je mehr sich jedoch die Finanzlage zuspitzte, desto häufiger wurden sie zu Aufgaben herangezogen, die früher zum normalen Pflichtenkreis der Behörde gehört hatten und von Staatsarbeitern ausgeführt worden waren, für die aber nun die Mittel nicht mehr reichten. Insbesondere in der SPD und in den Gewerkschaften, die anfangs die Arbeitsfürsorge gefördert hatten, wurde ihr Wert daher zunehmend bezweifelt. Als sich der Senat im August 1931 entschloß, mehrere tausend Staatsarbeiter zu entlassen, schien es nicht nur aus finanziellen Gründen, sondern auch, um dem Mißtrauen zu begegnen, daß sie durch die billigeren Wohlfahrtserwerbslosen ersetzt werden sollten, notwendig, die Arbeitsfürsorge drastisch einzuschränken.²⁴⁴ Nachdem die Arbeitszeit und damit der Verdienst seit Anfang des Jahres für Verheiratete um ein Viertel, für Alleinstehende um ein Drittel reduziert worden waren, wurde nun die Zahl der Arbeitsplätze von etwa 2300 im Mai und Juni 1931 bis Ende Dezember allmählich auf 627 verringert. Während im Sommer 1930 etwa jeder siebte Wohlfahrtserwerbslose als Fürsorgearbeiter hatte beschäftigt werden können, erhielten in diesem August nur 5,2 % und im Dezember 1,3 % von ihnen eine solche Chance.²⁴⁵

In einer Zeit, in der es schwerfiel, in akuten Notsituationen zu helfen, war für die vorbeugende Fürsorge, für Schulspeisungen, die Verschickung kränkelder Kinder in Erholungsheime und ähnliche Maßnahmen erst recht kein Geld vorhanden. Den angesichts der Finanzmisere unvermeidlichen Beitrag der Wohlfahrtsbehörde zum Sparprogramm kommentierte ihr Präses: »Vom fürsorglichen Standpunkt sind gegen die vorgesehenen Kürzungen ernsteste Bedenken geltend zu machen; insbesondere ist der weitgehende Abbau der Arbeitsfürsorge und der vorbeugenden Fürsorge sachlich nicht vertretbar und finanziell, auf weite Sicht gesehen, auch nicht vorteilhaft für die Staatskasse. [...] Die Unterernährung breiter Volksschichten seit der nunmehr über Jahresfrist dauernden trostlosen Wirtschaftslage hat in den letzten Monaten das Bild sehr nach der ungünstigen Seite verändert, so daß an sich gerade jetzt ein Ausbau der Maßnahmen vorbeugender Fürsorge geboten wäre. – Die planmäßig durchgeführte Arbeitsfürsorge hat zweifellos die Zahl der langfristigen Wohlfahrtserwerbslosen in Hamburg stark vermindert und sich auch als ein wesentliches Mit-

tel zur Beruhigung der breiten erwerbslosen Massen erwiesen. Der Abbau der Arbeitsfürsorge wird entgegengesetzte Wirkungen auslösen.«²⁴⁶

Die Mehrzahl der Beschlüsse wurde zwischen dem 14. und 17. August durch Verwaltungsanordnungen in Kraft gesetzt.²⁴⁷ Am 26. August beschäftigte sich die Bürgerschaft in einer Sondersitzung mit dem Sparprogramm und verabschiedete mit den Stimmen der drei Regierungsparteien die notwendigen Gesetze. Das Dilemma der verantwortlichen Politiker wurde in dieser Debatte sehr deutlich. Als Sprecher des Senats charakterisierte der sozialdemokratische Bürgermeister Rudolf Roß treffend den kumulativen Zerstörungsprozeß in der Deflationskrise: Die Frage sei, »ob man in Deutschland und draußen in der Welt die Vernunft aufbringt, die notwendig ist, damit wir aus diesem hoffnungslosen Kreislauf, aus diesem hoffnungslosen Zirkel von Preissenkung, Lohnsenkung, Produktionsdrosselung usw. wieder herauskommen. Augenblicklich erleben wir den merkwürdigen Vorgang einer sich selbst herunterstufenden Wirtschaft, immer weitere Einschränkungen, die sich wechselseitig bedingen. Diese Schrumpfung, dieses Absteigen kann man eine Zeitlang fortsetzen, aber schließlich ist man am Ende der Treppe, es heißt ›halt‹ oder man stürzt in den Abgrund.« Daß die Sparmaßnahmen diese Entwicklung nicht aufhalten, sondern noch beschleunigen würden, war dem Senat voll bewußt. Roß nannte die beiden entscheidenden negativen Wirkungen: zum einen die Verminderung der Kaufkraft durch die Entlassung mehrerer tausend staatlicher Arbeitnehmer sowie die Kürzung der persönlichen Bezüge, zum anderen die weitere Verringerung der Staatsnachfrage. »Wir sind uns auch darüber vollkommen klar«, so führte er aus, »wie schwer es sich für die Wirtschaft auswirken wird, daß der Staat, einer der größten Arbeitgeber und einer der größten Arbeitsauftraggeber, jetzt seine Ausgaben so erheblich reduzieren muß. Die Einschränkung der Bautätigkeit und vieler anderer Dinge wird sich selbstverständlich auf die Wirtschaft auswirken und die Krise nicht lindern, sondern sogar verschärfen.«²⁴⁸

Der Senat glaubte jedoch, keine Wahl zu haben, als die Sparaktion trotz der Einsicht in die fatalen Konsequenzen durchzuführen. Da Anleihen oder Überbrückungskredite nicht zur Verfügung standen, die Erschließung ausreichender neuer Einnahmen bei der begrenzten Steuerhoheit undenkbar war und das Reich nicht helfen konnte und wollte, mußte das Haushaltsdefizit durch äußerste Drosselung der Ausgaben beseitigt werden, sollte es nicht zum Kassenzusammenbruch kommen. Positive Perspektiven vermochte Roß nicht zu zeigen. Er kündigte zwar an, daß der Senat manche Maßnahmen wieder aufheben wolle, »wenn die Zeiten etwas besser werden«, warnte aber vor der Illusion, »als ob das in großem Umfange und sehr bald geschehen könnte«. In Übereinstimmung mit der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften und der Mehrheit der SPD²⁴⁹ sah er nur eine Chance zur Überwindung der Depression: Die Preise müßten schneller und stärker fallen als die Löhne, weshalb die Reichsregierung die zwangsweise Senkung der kartellgebundenen Preise energisch weiterreiben sollte. Diese Krisentherapie lief auf die Forcierung der Deflationspolitik

hinaus. Sie entsprach Brünnings Konzeption, die Wirtschaft von systemwidrigen Bindungen zu befreien und im übrigen auf die ihr vermeintlich immanenten »Selbstheilungskräfte« zu vertrauen.

Sehr ähnlich äußerte sich der Sprecher der SPD, Hans Podeyn. Auch er betonte, daß man in den Einsparungen »nicht etwa die Mittel zur Verhinderung und Verminderung der Not« sehen dürfe, sondern erkennen müsse, »daß dadurch teilweise die gegenwärtige Not der einzelnen Menschen vergrößert und durch die Not der einzelnen Menschen schließlich auch die Not der Gesamtheit erhöht wird«. Nachdrücklich stellte er für seine Partei fest, »daß diese Notmaßnahmen nicht geeignet sind, die Ursachen der gegenwärtigen Zustände zu beseitigen«. Eine Auskunft, wie ihnen zu begegnen sei, blieb er allerdings schuldig. Daß die SPD trotz dieser realistischen Einschätzung dem Sparprogramm zustimmte, begründete Podeyn wie der Senat damit, daß es eine Alternativlösung nicht gebe.²⁵⁰

In der Auffassung, daß es »sich bei diesem Notprogramm zunächst um ein Aufhalten und nicht um ein Weiterführen« handle, stimmte die Deutsche Staatspartei mit der SPD überein. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten stand sie dem Ausgabenabbau aber prinzipiell positiv gegenüber; es ging ihr lediglich darum, dieses hastig zur Abwendung akuter Gefahren in die Wege geleitete, nach ihrer Meinung in mancher Hinsicht unausgewogene Provisorium durch »ein weitsichtiges und großzügiges Sparprogramm« zu ersetzen. Insofern näherte sie sich der DVP, die noch immer in den Einschränkungen eine Bestätigung ihres ständigen Rufs nach größerer Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung sah und daher in einer kurzen Resolution »die Entschlußfreudigkeit des Senats« begrüßte. Als wesentliche Ursachen für die Krise nannte der staatsparteiliche Redner, Heinrich Landahl, die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft nach dem Krieg, insbesondere die angebliche Übersetzung des Produktionsapparats durch den Aufbau neuer nationaler Industrien, die Abschließung großer »Konsumentengebiete« wie Rußland und China gegenüber dem Welthandel und die starke Zunahme der auf Erwerb angewiesenen Bevölkerungskreise. In Deutschland würden die Schwierigkeiten durch die Reparationen noch verschärft.²⁵¹ Die Erklärung für die Krise, daß mehr produziert würde, als verbraucht werden könne, mußte für unzählige Menschen, die nicht einmal die allernötigsten Güter kaufen konnten, wie Hohn wirken. Zudem war die Konsequenz dieser Deutung, daß die Regierungen des Reichs und der Länder keine Verantwortung für den Konjunkturverlauf trugen, daß sie sich darauf beschränken konnten, ihre Politik der prekären Entwicklung der Finanz- und Kassenverhältnisse anzupassen und im übrigen das Ende der Depression passiv abzuwarten, allenfalls die Streichung der Reparationen zu betreiben.

Sowohl der Senat als auch die Regierungsparteien betonten den Mut, der darin liege, daß sie in Hamburg als dem ersten Land kurz vor den Wahlen durch ein rigoroses Sparprogramm wieder Ordnung in die Finanzverhältnisse zu bringen versuchten. Diese Verantwortungsbereitschaft ist zweifellos anzuerkennen; denn nachdem der Senat zwei Tage zuvor, am 24. Au-

gust, das Recht erhalten hatte, durch Verordnungen alle zur Sicherung des Haushalts notwendigen Maßnahmen zu treffen, hätten die Abgeordneten, wie es in vielen Kommunalparlamenten geschah, die Zustimmung verweigern und dennoch darauf vertrauen können, daß der Ausgabenabbau durchgeführt würde. Allerdings täuschten sie sich, wenn sie wie Landahl glaubten, »daß auch in Hamburg das Volk sich als klüger, vernünftiger und gesünder erweisen wird, als die Parteiführer dort rechts und die Parteiführer dort links es sich vorstellen; [. . .] daß, wenn wir jetzt in voller Offenheit im Gegensatz zu den vielen Phantastereien, die von der Opposition vor die Bevölkerung getragen werden, die Not, in der wir uns befinden, darlegen, wir dann nicht umsonst appellieren an den gesunden, nüchternen und klaren Sinn der Hamburger.«²⁵² Es reichte nicht, die rationale Entscheidung der Wähler zu beschwören, wenn ihnen zugleich mit größter Ehrlichkeit deutlich gemacht wurde, daß die bisherige Senatskoalition keinen Ausweg aus der Krise wußte, daß ihre Politik nicht aus der Depression heraus-, sondern näher an den »Abgrund« heranführte. Ohne die Aussicht, daß es gelingen werde, den wirtschaftlichen Zerstörungsprozeß aufzuhalten, waren die Entbehungen kaum zuzumuten.

Kampf um die Abwendung des Staatsbankrotts

Obwohl das Sparprogramm bis zum Ende des Haushaltsjahres 25 Millionen RM erbringen sollte, verblieb nach den Berechnungen der Finanzdeputation ein Etatdefizit von 13 Millionen RM.²⁵³ Da die Minderausgaben erst nach einiger Zeit finanziell ins Gewicht fielen, wurden die akuten Zahlungsschwierigkeiten nicht beseitigt. Erschwerend kam hinzu, daß immer wieder Kassenlücken entstanden, weil das Reich die Steueranteile der Länder nicht mehr zu festen Terminen überwies. Zumindest im August und September war Hamburg deshalb weiterhin auf Kredithilfe angewiesen. Die Hoffnungen, daß die Verhandlungen mit der Reichsregierung leichter würden, nachdem der Senat seine Bereitschaft zu rücksichtslosen Einschränkungen unter Beweis gestellt hatte, erfüllten sich nicht.

Um die möglichst rasche Rückzahlung der Überbrückungskredite zu erzwingen, versuchte das Reichsfinanzministerium durchzusetzen, daß die Länder nicht nur für neue, sondern für alle noch nicht abgedeckten Reichsdarlehen reale Sicherheiten böten. So sollte Hamburg, als es in der zweiten Augushälfte abermals einen Kredit von zwei Millionen RM benötigte, außer für diesen Betrag für die früher gewährten 16,3 Millionen RM HEW-Aktien verpfänden.²⁵⁴ Da der Senat diese Forderung als ungerechtfertigte Bevorzugung des Reichs vor anderen Gläubigern ablehnte, gerieten die Verhandlungen gefährlich ins Stocken. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Reichsregierung durch die Möglichkeit, Teile der Überweisungssteuern einzubehalten, ohnehin ein Pfand in der Hand hatte.²⁵⁵ Darüber hinaus machte er geltend, das Reich sei rechtlich verpflichtet, Hamburg zu Hilfe zu kommen; denn nach den Bestimmungen über den Finanzausgleich müs-

se es wirtschaftliche, kulturelle und soziale Einrichtungen von allgemeiner Bedeutung auf Antrag des Landes übernehmen oder einen Zuschuß zu den Kosten leisten. Bei der Schwere und Dauer der Depression könne Hamburg die Belastung durch den Hafen, den es im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft unterhalte und für den es jeden Monat zwei bis drei Millionen RM aufbringen müsse, nicht mehr allein tragen.²⁵⁶ Der angeführte Paragraph 54 des »Landessteuergesetzes« vom 30. März 1920 hatte allerdings nur programmatischen Charakter; die Reichsregierungen erkannten den Anspruch Hamburgs auf Übernahme des Hafendefizits bis zum Ende der Weimarer Republik niemals an.

In den konkreten Fragen kam es dagegen am 25. August zu einer Einigung. Die Verantwortung dafür, daß der Hamburger Staat wegen Differenzen über die Absicherung der früher bewilligten Kredite zusammenbrach, wollten die leitenden Beamten des Finanzministeriums nicht übernehmen. Sie verzichteten deshalb auf ihre ursprüngliche Forderung und begnügten sich damit, daß die Rückzahlung des erbetenen Zwei-Millionen-RM-Kredits durch die Abtretung von Grundsteuereinnahmen in derselben Höhe gewährleistet wurde. Für den September sagten sie zu, die Mittel zur Überwindung finanzieller Engpässe zu denselben Bedingungen zur Verfügung zu stellen, vorausgesetzt, daß die Kassenlage des Reichs dies zulasse. Der Senat seinerseits verpflichtete sich, bei eventuellen Zahlungsschwierigkeiten des Reichs im September oder Oktober Hochbahnaktien in Höhe der seit dieser Vereinbarung zugestandenen Darlehen als Kreditunterlagen herzugeben. Bezüglich der früher geliehenen Beträge erklärte er, das Reich nicht schlechter zu stellen als andere Gläubiger, insbesondere ohne seine Zustimmung keine mobilen Werte zu verpfänden oder zu veräußern.²⁵⁷ Nachdem der Senat schon vorher verschiedenen privaten Gläubigern Forderungen zediert hatte, damit sie sich die benötigten Barmittel beschaffen konnten, hatte er damit Ende August über spätere Einnahmen in Höhe von 30 Millionen RM im voraus verfügt.²⁵⁸

Die nächsten Monate waren ferner dadurch belastet, daß die Behörden die Bezahlung fälliger Rechnungen hinausschieben mußten.²⁵⁹ Dieses – angesichts der prekären Kassenlage – unvermeidliche Verfahren löste bei den betroffenen Gewerbetreibenden vielfach Erbitterung gegen den Staat aus. Da sie selbst unter der Wirtschaftskrise schwer litten und oft keine Reserven mehr besaßen, gerieten sie durch die erzwungene Stundung der Außenstände in arge Bedrängnis. Ressentiments gegen die Beamten und selbst gegen die Wohlfahrtserwerbslosen, deren Ansprüche die Regierung höher zu bewerten schien als die eigenen, erhielten Auftrieb. »Tatsache ist«, so hieß es in einem für diese Stimmung bezeichnenden Beschwerdebrief eines Fabrikanten, »daß die erwerbenden Kreise, die doch die Aufbringer der Gesamtlasten an Steuern ohne weiteres sind, hier einfach als zweitklassige Individuen an die Seite geschoben werden, und die Devise ist wie immer: Alles den Beamten, den anderen nichts!«²⁶⁰ Gerade vor den Wahlen trugen staatliche Maßnahmen auf diese Weise dazu bei, die sozialen Spannungen zu verschärfen und die Feindschaft gegen das bestehende System zu steigern.

Wie erwartet, entwickelte sich die Finanzlage sowohl in Hamburg als auch im Reich im September besonders ungünstig. Der Hamburger Staat geriet in diesem Wahlmonat in die kritischste Phase während der Großen Depression. Die Steuererträge waren im September stets sehr gering; in diesem Jahr stellten fünf Lohntermine besondere Anforderungen an die Staatskasse. Fast die gesamten Einnahmen wurden für die persönlichen Ausgaben und die Wohlfahrtsunterstützungen gebraucht.²⁶¹

Zudem spitzten sich die Verhältnisse bei den Sparkassen wieder zu. Die Abzüge hielten in Hamburg unvermindert an und nahmen nach der Pfundabwertung vorübergehend sogar von neuem zu. Wie im August mußten die beiden großen stadthamburgischen Institute auch im September rund zehn bzw. vier Millionen RM mehr auszahlen, als sie an Einzahlungen bekamen. Mitte des Monats waren die von der Deutschen Girozentrale gewährten Kreditmittel verbraucht. Da sich eine geplante weitere Hilfsaktion zugunsten aller deutschen Sparkassen wegen Differenzen zwischen der Girozentrale und der Reichsbank verzögerte, geriet die Hamburger Sparcasse von 1827 in Gefahr, am 28. September ihre Zahlungen abermals einstellen zu müssen. Erst im letzten Augenblick erreichte der Senat, daß ihr die Akzept- und Garantie-Bank unmittelbar ein Darlehen bewilligte. Die Ausfallbürgschaft des Staates mußte um diese drei Millionen RM und, als Anfang Oktober die Girozentrale neue Kreditmöglichkeiten erhielt, noch einmal um 17 Millionen RM erweitert werden.²⁶²

Mitte September rechnete die Finanzdeputation trotz der Sparmaßnahmen schon wieder mit einem Haushaltsdefizit von 22 Millionen RM.²⁶³ Mehrmals stand die offene Erklärung des Staatsbankrotts unmittelbar bevor. Die Zinsen für die Auslandsanleihe von 1926 konnten am 15. nur überwiesen werden, weil das Reichsfinanzministerium die erforderlichen zwei Millionen RM schließlich zu den genannten Bedingungen zur Verfügung stellte.²⁶⁴ Zum 26. September fehlten weitere 3,5 Millionen RM. Dabei war vorgesehen, nur ein Drittel der Gehälter auszuzahlen. Wegen eigener Kassenschwierigkeiten konnte das Reichsfinanzministerium diesmal keinen Barkredit gewähren, sondern nur kurzfristige Schatzanweisungen hergeben, für die sich Hamburg mit Hilfe der Akzept- und Garantie-Bank bei der Reichsbank die benötigten Mittel beschaffen sollte.

Wieder geriet der Staat in eine äußerst gefährliche Situation, weil sich ihre Leitung wie schon im Juli 1931 unter Hinweis auf die Statuten entschieden weigerte, das Kreditbedürfnis eines Landes zu befriedigen. Obwohl Petersen die Unterstützung Dietrichs und eines anderen einflußreichen Parteifreundes, des Aufsichtsratsvorsitzenden der Akzept- und Garantie-Bank, Bernhard Dernburg, gewinnen konnte, gelang es nicht, Luther zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen. Als äußerstes Zugeständnis konnten sie ihm die Zusage abringen, die Reichsschatzwechsel im Betrag von zwei Millionen RM und Effekten im Wert von 1,5 Millionen RM für 14 Tage aus der Hand von Warburg zu lombardieren.²⁶⁵ Da der Hamburger Staat selbst keine lombardfähigen Papiere besaß und sich die örtlichen Banken und großen Wirtschaftsunternehmen in der Depression

nur zögernd bereit fanden, sie herzuliehen, wußte der Senat am 28. September nicht, ob er den 77000 Wohlfahrtserwerbslosen und sonstigen Hilfsbedürftigen in der nächsten Woche noch Unterstützungen zahlen könne.²⁶⁶ Einen Tag später kam schließlich die vorgesehene Kreditaktion zustande. Um sie zu ermöglichen, hatte sich der Senat verpflichten müssen, von den Anfang Oktober eingehenden Grundsteuerbeträgen 3,5 Millionen für die Einlösung der Wertpapiere zu reservieren, so daß diese Mittel an den Gehaltsterminen am 10. und 20. des Monats fehlten.

Wie Petersen in einem Schreiben an Dietrich klagte, ging »also die alte Qual weiter. Das Reich erklärt uns, es wisse nicht, ob es uns das Geld geben könne; alles drängt sich auf wenige Tage zur Erledigung zusammen. Dadurch werden so viele Kräfte und Zeit in Anspruch genommen, daß allmählich die physischen Kräfte der verantwortlichen Personen diesen Zustand nicht mehr ertragen.«²⁶⁷ Immerhin erreichten sie, daß der Lombardkredit der Reichsbank am 8. Oktober durch ein weiteres Darlehen des Reichsfinanzministeriums ersetzt werden konnte und damit auch die Gelder für die Gehälter frei wurden.²⁶⁸

Trotz wachsender Animosität Übereinstimmung mit der Reichsregierung im Prinzipiellen

Bei den Verhandlungen über die nötige Kredithilfe hatte das Reichsfinanzministerium die Senkung der Hamburger Beamtengehälter unter die des Reichs zur Bedingung gemacht.²⁶⁹ Um diesem Verlangen nachzukommen und in Zukunft ähnliche Zwangslagen zu vermeiden, bereitete der Senat noch vor den Wahlen ein weiteres Sparprogramm vor. Matthaci und Lippmann hielten es sogar für notwendig, die Bezüge der Staatsbediensteten und Wohlfahrtsempfänger schon im September zu kürzen, konnten aber mit ihrer rein fiskalischen Argumentation gegen die politischen Bedenken der sozialdemokratischen Senatoren und selbst des Volksparteilers Burchard-Motz nicht durchdringen.²⁷⁰ Erst kurz nach den Wahlen setzte der Senat am 1. Oktober 1931 die neuen Sparmaßnahmen aufgrund der Dietramszeller Notverordnung in Kraft.

Die Erfahrung, daß die Handlungsmöglichkeiten der Hamburger politischen Instanzen nicht reichten, um die Krise zu meistern, führte dazu, daß sich die Kritik an der starren Haltung und dem offenbaren Desinteresse der Reichsregierung an den Problemen der Länder und Gemeinden verschärfte. Das Gefühl, unbeeinflussbaren Entwicklungen und Entscheidungen der Reichsministerien ausgeliefert zu sein, klang in Petersens verzweifelter Hinweis auf die drohende physische und psychische Erschöpfung der Verantwortlichen an. Die Überzeugung, der Reichsregierung auf ihrem Weg geradezu »in heroischer Weise« gefolgt zu sein,²⁷¹ konnte leicht in Verbitterung über mangelnde Gegenleistungen münden. Bei der Bürgerschaftsberatung über das Sparprogramm vom August 1931 lasteten die Sprecher aller Koalitionsparteien einen Teil der Verantwortung für die zugemuteten Ent-

beherrungen dem Kabinett Brüning an und warfen ihm vor, den Interessen Hamburgs zu wenig Rechnung zu tragen.²⁷² In einem Artikel im Hamburger Anzeiger aus Anlaß der neuen Sparaktion wurde am 1. Oktober resümiert: Das Reich sei bereit, »die Länder finanziell versacken zu lassen; das hat es ziemlich offen erklärt. Unter den heutigen Umständen ist Hamburg im Begriff, auf das Niveau einer mittleren, kulturell bedeutungslosen Provinzstadt abzusinken, dank der Finanzpolitik des Reiches.«²⁷³ Weitere Angriffe gegen die Bestrebungen zur »kalten Verreichlichung« folgten.²⁷⁴

Der Meinungsumschwung in dieser demokratischen Tageszeitung war symptomatisch: Ihr Chefredakteur, Dr. Alois Winbauer, gehörte der Deutschen Staatspartei an und neigte in ihr meistens der konservativen Gruppe um Petersen und Matthaei zu. Die Politik des Kabinetts Brüning-Dietrich hatte er mit seiner Zeitung bis dahin stets loyal unterstützt. Nun ließ er die Enttäuschung und Resignation sichtbar werden, die demokratische Politiker nach dem monatelangen vergeblichen Kampf um die Sanierung der Staatsfinanzen beherrschten, verstärkt noch dadurch, daß der Wahlausgang ihre Zuversicht zerstört hatte, die Hamburger Bevölkerung werde ein besonderes Maß an Vernunft beweisen und die sachliche, aufopferungsvolle Arbeit der Senatskoalition honorieren.

Die wachsende Animosität gegen die Reichsregierung war zum Teil berechtigt. Ihre Einstellung zu den Nöten der Länder und Gemeinden war zweifellos von dem Wunsch mitbestimmt, sie zu einer gleichgerichteten Finanzpolitik zu zwingen und darüber hinaus auf viele traditionell zur Kompetenz der regionalen Körperschaften gehörende Bereiche Einfluß zu gewinnen. Das Kabinett Brüning beanspruchte, über die Höhe der Fürsorgeleistungen und des Besoldungsaufwands, den Umfang des Wohnungsbaus, das kulturelle Angebot und selbst die Ordnung des Schulwesens mitzuentcheiden.²⁷⁵ Diese Tendenz, die Zuständigkeit der Länder mehr und mehr einzuengen und sich ein gesetzlich nicht vorgesehenes unmittelbares Aufsichtsrecht gegenüber den Kommunen zu verschaffen, führte zu wiederholten scharfen Protesten der süddeutschen Staatsregierungen, allen voran der bayerischen,²⁷⁶ und rief auch in Hamburg Verärgerung hervor.

Die Methode, dringend erforderliche Finanzhilfen bis zur Erfüllung bestimmter Bedingungen zurückzuhalten, verschärfte die akute Notsituation oft unerträglich, so daß viele Verantwortliche in Ländern und Gemeinden den Kassenzusammenbruch, Hungerunruhen und sogar die politische Revolution als Folge von Tag zu Tag befürchteten. Die Spannungen, die sich daraus im Verhältnis zum Reichskabinett ergaben, erhielten zusätzliche Brisanz, weil die Forderungen zum Teil sachlich nicht berechtigt waren, sondern Ressentiments reflektierten, die sich, wenn sie nicht überhaupt der realen Grundlage entbehrten, auf frühere Zustände bezogen. Das Argument der Reichsregierung, daß die Sanierung der öffentlichen Finanzen die Ordnung der Verhältnisse in den Ländern und Gemeinden mitumfassen müsse, traf zwar zu; wenn deren Vertreter jedoch verlangten, die zwangsläufigen Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden gleich zu behandeln und die insgesamt verfügbaren Mittel nach der Dringlichkeit des Be-

darfs zu verteilen, wurde der Zusammenhang allzu leicht ignoriert. Fragwürdig war ferner, daß die Reichsregierung glaubte, vorhandene Mittel eher der Wirtschaft zuführen zu müssen, als damit Ländern und Gemeinden zu helfen;²⁷⁷ denn auch deren überwiegend in den Konsum gehende Ausgaben kamen Produktion und Handel zugute, während die Gefahren, die der Wirtschaft bei politischen Unruhen erwachsen, die Vorteile der direkten Förderung bei weitem übertrafen.

In anderer Hinsicht war die Mißstimmung in Hamburg gegen die Reichsregierung zwar verständlich, aber nicht begründet. Neben den skizzierten politischen Motiven waren meistens eigene Kassenschwierigkeiten und die Sorge, andere Länder und Gemeinden könnten mit ähnlichen Forderungen folgen, für das mangelnde Entgegenkommen des Finanzministeriums entscheidend. Solange Kreditschöpfung nicht in Frage kam, reichten die Finanzmittel in der Deflationskrise nicht für alle und nicht einmal für die dringendsten öffentlichen Verpflichtungen. Der Reichsregierung blieb daher nichts anderes übrig, als viele Hilfsersuchen zurückzuweisen. Den Versuch des Senats, die Sonderstellung Hamburgs mit der Belastung durch den Hafen zu begründen und unter Hinweis auf die Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes eine bevorzugte Behandlung zu verlangen, konnte sie nicht akzeptieren, da sie damit einen Rechtsanspruch auf regelmäßige Zuschüsse zugestanden hätte. Eine grundsätzliche Alternative zu ihrer finanzpolitischen Konzeption vertrat der Senat jedoch niemals. Wie das Kabinett Brüning war er von der Notwendigkeit des Etaausgleichs im gesamten öffentlichen Bereich überzeugt, und dies bedingte, daß für unvorhersehbare Unterstützungen an Länder und Gemeinden keine Beträge vorhanden waren.

Bei seinen Stellungnahmen zur Reichsfinanzpolitik hatte sich der Senat bis zum Bruch der Großen Koalition im März 1930 darauf beschränkt, den Abbau von Steuern, an denen die Länder stark beteiligt waren, zu verhindern, Verschlechterungen des Finanzausgleichs abzuwehren oder, wenn das nicht möglich war, die Revision der Entscheidung zu betreiben.²⁷⁸ Dabei war er bestrebt, dem Kabinett Müller keine zusätzlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Generell vermied er, sich zu exponieren, wenn die Annahme des Antrags im Reichsrat nicht zu erwarten war.²⁷⁹

Dem Kabinett Brüning gegenüber verhielt sich der Senat zunächst reserviert, da es nicht nur von der SPD, sondern auch vom Hamburger Landesverband der DDP anfangs abgelehnt wurde.²⁸⁰ Als Reichsfinanzminister Moldenhauer im Juni 1930 den Plan entwickelte, der dann zu seinem Sturz führte, zur Abdeckung eines neuen Haushaltsdefizits ein Notopfer der Festbesoldeten in Höhe von vier Prozent des Gehalts und eine Ledigensteuer einzuführen, verweigerte der Senat wie die meisten Landesregierungen die Zustimmung. Maßgebend dafür war, daß der Ertrag ausschließlich dem Reich zugute kommen sollte, während der rasch wachsende krisenbedingte Bedarf der Gemeinden ignoriert wurde. Außerdem spielte der Gedanke eine Rolle, »daß die Vorlage eine so starke Belastung gerade der Schwächeren [... vorsehe], daß der Senat, der eine ruhige Ent-

wicklung der Verhältnisse in Hamburg wünsche, ihr unmöglich zustimmen könne.«²⁸¹

Die geänderte Vorlage Dietrichs, die der ersten, vom Reichstag aufgehobenen Notverordnung vom 16. Juli zugrunde lag, fand dagegen die Billigung des Senats und der Reichsratsmehrheit, da sie den Interessen der Länder und Kommunen etwas mehr entgegenkam: Das Notopfer der öffentlichen Bediensteten war auf 2,5 Prozent herabgesetzt, zum Ausgleich wurde außer von den Ledigen von allen Beziehern jährlicher Einkommen von mehr als 8000 RM ein Steuerzuschlag zugunsten des Reichs erhoben, die Gemeinden erhielten in der Bürger- und Getränkesteuer neue Einnahmequellen.²⁸² Nur wegen der Unsicherheit, ob sie nach der Neuwahl des Reichstags weitergelten würden, verzichtete der Senat zunächst darauf, sie einzuführen.

Im übrigen trat er selten mit abweichenden Meinungen hervor. Im August plädierte er für die sozialere Ausgestaltung der Notverordnung dadurch, daß neben den Empfängern von Krisenfürsorge und Wohlfahrtsunterstützung auch die anderen Arbeitslosen von der Bürgersteuer befreit würden, blieb mit seinem Antrag im Reichsrat aber allein.²⁸³ Offensichtlich wirkte sich hierbei aus, daß die Einnahmen in Hamburg wegen des späteren Beginns der Wirtschaftskrise noch kaum zurückgegangen waren, während sich in anderen Ländern die Folgen des Schrumpfungsprozesses für die Staatskasse voll bemerkbar machten. Im allgemeinen war der Senat wie schon zur Zeit der Großen Koalition bestrebt, aussichtslose Proteste zu vermeiden und sich allenfalls den Einsprüchen oder Änderungswünschen anderer Länder anzuschließen. So zog er es bei der Vorberatung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 vor, im Reichsrat nicht zu opponieren und in unmittelbaren Verhandlungen mit dem Finanzministerium zu erreichen, daß die Realsteuern in Hamburg nur um die halben Sätze gesenkt werden mußten.²⁸⁴

Je mehr die Verschärfung der Wirtschaftskrise auch in Hamburg zu unlöslichen Finanzproblemen führte, desto vorbehaltloser unterstützte der Senat die Politik der Regierung Brüning. Im März 1931 befürwortete er im Reichsrat den Einspruch gegen ein auf Antrag der SPD vom Reichstag beschlossenes Gesetz, als Ausgleich für die Belastung der Massen durch die neuen Konsumsteuern und die Bürgersteuer Einkommen über 20000 RM und Aufsichtsratsantienemen höher zu besteuern, obwohl Hamburg dadurch etwa drei Millionen RM erhalten hätte und der Senat angesichts der prekären Kassenlage sonst auf solche Beträge nicht verzichtete. Wichtiger erschien ihm aber, Brüning zu stützen, der in diesen Steuergesetzen eine unerträgliche Störung seiner Politik sah.²⁸⁵

Die Übereinstimmung im Prinzipiellen und bezüglich der konkreten Maßnahmen wurde nach der Abwertung der englischen Währung im Oktober 1931 besonders deutlich: Bürgermeister Roß begrüßte es bei der Beratung der bevorstehenden neuen Notverordnung ausdrücklich, daß der Kanzler seinen Willen bekräftigt habe, auf keinen Fall »irgend etwas wie eine Inflation herbeizuführen«, und forderte ihn auf, »entscheidend in die

Gestaltung der Preise einzugreifen. Es käme alles darauf an, die reale Kaufkraft auf dem Binnenmarkte auch fernerhin zu halten«. Dabei war Roß klar, daß die ca. zwanzigprozentige Abwertung in den Ländern des Sterling-Blocks die Wettbewerbslage des deutschen Außenhandels stark erschwerte und deshalb Wirtschaft und Finanzen Hamburgs besonders hart traf.²⁸⁶

Wie diese und viele ähnliche Äußerungen zeigen, hinderte auch die Hamburger verantwortlichen Politiker die Furcht vor einer Wiederholung der Hyperinflation, neue währungspolitische Ideen zu rezipieren. Monetäre Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise schieden für sie ebenso wie für Brüning von vornherein aus. Dabei verkannten sie, daß die Kaufkraft des Geldes längst nicht mehr stabil war, daß sie in der Deflation ständig stieg und diese Bewegung keine geringeren Störungen im Wirtschaftsleben auslöste als die inflationäre Geldentwertung. Der tagtägliche Kampf um die Erhaltung der Zahlungsfähigkeit des Staates ließ keine Zeit und Kraft, um sich mit unzähligen abstrusen Reformvorschlägen, aber auch manchen erfolgversprechenden Plänen ernst zu nehmender Geldtheoretiker und Wirtschaftspraktiker auseinanderzusetzen.

Selbst die Bemühungen, die Ursachen der Inflation zu erfassen, führten meist nur zu vordergründigen oder halbrichtigen Ergebnissen. So erörterte Lippmann noch bei der Behandlung dieses Themas in seinen Memoiren, 1934/35, ob für die Stabilität einer Währung Art und Höhe der Deckung oder das ihr entgegengebrachte Vertrauen entscheidender seien, ob die Deckung durch Grundstücke oder Einnahmen aus Grundbesitz besseren Schutz gegen eine Entwertung biete. Lediglich am Rande erwähnte er als Erfahrung des Jahres 1931, daß »auch« die Menge der ausgegebenen Noten eine Rolle spiele. Daß sie nicht absolut, sondern in Relation zur verfügbaren Warenmenge beurteilt werden mußte, sah er nicht. Ohne zu berücksichtigen, daß die Bevölkerung inzwischen gewachsen war und die Produktionskapazitäten sich erheblich vergrößert hatten, wertete er es infolgedessen als eine der bedeutendsten Leistungen Brünings, daß der Geldumlauf in Deutschland in der Weltwirtschaftskrise »durchweg unter der Vorkriegshöhe blieb und damit eine Inflation vermieden wurde«.²⁸⁷

Die Reichsmark entsprechend der Entwicklung der englischen Währung abzuwerten, war für Lippmann, wie er an anderer Stelle seiner Erinnerungen erkennen läßt, wie für Roß nichts anderes als Inflation. »Die durch gesetzliche Maßnahmen im Staat und in der privaten Wirtschaft durchgeführte Senkung der Gehälter und Löhne und die gleichzeitige Herabminderung der Mieten, Zinsen und der Preise für alle Bedarfsgegenstände ermöglichten es der Reichsregierung«, so führte er aus, »von einer Absenkung des Wertes der Reichsmark abzusehen und Deutschland nicht erneut den Schrecken einer Inflation auszusetzen. [...] Die auch damals nicht verkannten Nachteile einer Devaluation [gemeint ist: Deflation] waren weit weniger gefährlich als die Schäden, die aus einer Inflation zu erwarten gewesen wären.«²⁸⁸ Tatsächlich war sich Lippmann selbst bei der Niederschrift seiner Memoiren sicher nur eines ganz geringen Bruchteils der kata-

strophalen Folgen der Deflation bewußt; denn wie zahlreiche Eingaben und letztlich auch die Wahlergebnisse zeigen, fiel der Vergleich mit den Jahren 1922/23 für Millionen verzweifelter Menschen, insbesondere für viele kleine und mittlere Unternehmer und für die Arbeitslosen, seit dem Sommer 1931 zugunsten der Inflation aus.

Die einzige Möglichkeit, auf die Krise und speziell die Pfundabwertung zu reagieren, sah Lippmann wie die Reichsregierung und die Reichsbankleitung in der Forcierung der Deflationspolitik. Auch in diesem Punkt berührte sich seine Auffassung mit der von Roß, wenngleich die unterschiedlichen Ausgangspositionen und Intentionen nicht zu verkennen sind. Während der Sozialdemokrat entsprechend der gewerkschaftlichen Kaufkrafttheorie an Preissenkungen zur Belebung des Binnenmarktes dachte, weil er für den Export keine Chancen mehr erblickte, teilte Lippmann ebenso wie die bürgerlichen Senatoren die Erwartung der Reichsregierung, daß durch gleichmäßige Reduzierung aller Kostenelemente die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren im Ausland auch ohne Währungsmanipulation gesichert werden könne. Letztlich lief aber trotz der abweichenden Voraussetzungen die sozialdemokratische Konzeption ebenso wie die bürgerlich-liberale zumindest auf partielle Unterstützung der Deflationspolitik hinaus. Ihre prozyklischen Wirkungen wurden anders als bei der auf den Haushaltsausgleich gerichteten Parallelpolitik nicht gesehen. Daß das Ziel: Erhaltung des deutschen Exports, nicht erreicht, dagegen die Depression weiter verschärft wurde, erwähnte Lippmann auch im Rückblick nicht.

Die beiden wesentlichen Teilkomplexe der Finanzpolitik Brünings, die Parallelpolitik und die Deflationspolitik, wurden vom Hamburger Senat grundsätzlich akzeptiert. Ansätze, die zur Entwicklung einer Alternative hätten führen können, wie der Hinweis Podeyns auf die Aufgabe des Staates, gerade in Wirtschaftskrisen durch verstärkte Auftragsvergabe korrigierend zu wirken, wurden nicht weiterverfolgt, weil Auslandsanleihen nicht mehr zu bekommen waren und von den verantwortlichen Politikern niemand, auch Podeyn nicht, die innere Kreditschöpfung in sein Programm aufnehmen wollte. Unter diesen Voraussetzungen war der – im letzten aussichtslose – Kampf um die Etatbalancierung mit seinen verhängnisvollen Folgen unausweichlich. Nicht nur unter dem Druck der finanziellen Abhängigkeit von der Reichsregierung, sondern primär aufgrund gleicher Vorstellungen betrieb der Senat wie sie eine Finanzpolitik, die den wirtschaftlichen Niedergang beschleunigte.

Bei dem Bemühen, den Haushalt im Gleichgewicht zu halten, erzielte der Senat beachtliche, wenn auch problematische Erfolge. Obwohl die Einnahmen im Rechnungsjahr 1931/32 im Vergleich zum Vorjahr um 69,4 Millionen RM – rund 16 % – zurückgingen, erhöhte sich das Etatdefizit nur von 13,7 auf 20,7 Millionen RM. Im Ordinarium und Extraordinarium zusammen waren die Ausgaben um 93,2 Millionen RM, etwa ein Fünftel der früheren Beträge, gesenkt worden.²⁸⁹ Dabei hatte der Senat seit dem Sommer 1931 kurzfristige Auslandsschulden in Höhe von 53 Millionen RM zurückzahlen müssen und, da sie nur zum Teil durch Darlehen des

Reichs ersetzt wurden, die Gesamtverschuldung um gut zehn Millionen RM vermindert.²⁹⁰ Um dennoch mit den vorhandenen Mitteln annähernd auszukommen, stellte er nicht nur die Förderung des Wohnungsbaus ein, sondern ersparte auch bei den Arbeiten und Lieferungen für den Staat gegenüber 1929 32,4 Millionen RM; das waren 72 % der damaligen Ausgaben für diesen Zweck.²⁹¹

Arbeitsbeschaffung und Arbeitsstreckung

Im Vergleich zu diesem Nachfrageausfall waren alle Versuche, durch staatliche »Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen« der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, bedeutungslos. So hatte im Sommer 1930 die Aktion der Regierung Brüning, durch vermehrte Aufträge der Reichsbahn und -post sowie Kredithilfen für den Kleinwohnungs- und Straßenbau den Arbeitsmarkt zu entlasten, in Hamburg nur geringen Erfolg. Durch die Zuweisung von 2,6 Millionen RM nach dem »Baukreditgesetz« vom 26. Juli wurde lediglich erreicht, daß der Beleihungskasse wieder knapp dieselben Mittel wie im Vorjahr, nämlich 52,6 Millionen RM, zur Verfügung standen. Die zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn und -post ermöglichten nach den Ermittlungen der Gewerbeaufsichtsbeamten, 13 Arbeiter neu einzustellen und 190 drei bis vier Wochen länger zu beschäftigen.²⁹²

Selbst die seit langem üblichen Bestrebungen, den saisonbedingten Beschäftigungsmangel im Winter durch verstärkte Vergabe öffentlicher Arbeiten auszugleichen, kamen auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise zum Erliegen.²⁹³ Der Aufforderung, für das nächste Jahr vorgesehene Baukredite wie schon früher auch im Winter 1930/31 vorweg zu bewilligen, konnte die Beleihungskasse nicht entsprechen, weil sie von den Plänen der Reichsregierung erfahren hatte, einen erheblichen Teil des Hauszinssteuerertrags zur Senkung der Realsteuern zu verwenden, und über die Höhe der ihr verbleibenden Mittel nichts wußte.²⁹⁴ Als Folge der rigorosen Ausgabenstreichungen im Sommer 1931 konnten die Behörden dann generell nur die allerdringendsten, unaufschiebbaren Arbeiten ausführen lassen, so daß eine Ansammlung von Aufträgen für die »schlechte Jahreszeit« nicht mehr in Frage kam.²⁹⁵ Ebenso fielen die gemischtwirtschaftlichen Versorgungsbetriebe als Auftraggeber weitgehend aus, denn seit sie durch stark erhöhte Ablieferungen an den Staat und sogar die Auflösung ihrer für Ersatzinvestitionen bestimmten Fonds zur Etatbalancierung beitragen mußten, waren sie für größere Arbeiten auf Auslandsanleihen angewiesen, deren Aufnahme nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 nicht mehr gelang.²⁹⁶

Neben diesen Versuchen, den Konjunkturverlauf zu beeinflussen, gab es verschiedene Maßnahmen, die zwar zumeist auch unter dem Begriff »Arbeitsbeschaffung« subsumiert wurden und zu einer gewissen Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten führten, die aber primär sozial-, nicht wirtschaftspolitisch motiviert waren. Es ging darum, die psychischen Schä-

den infolge langfristiger Erwerbslosigkeit dadurch zu mildern, daß den Betroffenen für eine begrenzte Zeit, im allgemeinen für drei Monate, statt Unterstützung Gelegenheit geboten wurde, durch arbeitsähnliche, entlohnte Beschäftigung bei gemeinnützigen, wirtschaftlich wertvollen, aber zusätzlichen Projekten das Existenzminimum zu verdienen. Die dauernde Wiedereingliederung in den Produktionsprozeß war allein wegen der geforderten Zusätzlichkeit der Arbeit ausgeschlossen.

Zu dieser Kategorie von Maßnahmen gehörten vor allem die sogenannten »Notstandsarbeiten«, die ihren Ursprung in der »produktiven Erwerbslosenfürsorge« der Gemeinden hatten und nach der Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von ihr übernommen worden waren. Seither hatten überwiegend die von ihr unterstützten, insbesondere die Empfänger von Krisenfürsorge, aber auch – entgegen der ursprünglichen Intention – die erst relativ kurzfristig erwerbslosen Bezieher von Versicherungsleistungen einen Vorteil von dieser Erleichterung. Als »Grundförderung« gewährte die Reichsanstalt maximal drei RM je Tagewerk als verlorenen Zuschuß oder – seltener – als langfristiges Darlehen.²⁹⁷ Den größten Teil der übrigen Kosten, ca. 90% des Gesamtaufwands, trug der Hamburger Staat, da sich das Reich seit 1929 wegen seiner Haushaltsschwierigkeiten an der daneben vorgesehenen »verstärkten Förderung« durch günstige Kredite nur mit geringen Summen beteiligte.²⁹⁸ 1929 brachte Hamburg für »Notstandsarbeiten« fast zwölf, im folgenden Jahr noch immer mehr als sechs Millionen RM auf. Doch fanden im Jahr höchstens 1500 Menschen durch diese Einrichtung einen vorübergehenden Ersatz für Arbeit. Als im August 1931 die prekäre Finanzlage zur Streichung aller nicht absolut notwendigen Ausgaben zwang, entschloß sich der Senat, auch diese relativ teure Form der Erwerbslosenhilfe zum Ende des Monats einzustellen.²⁹⁹

Ähnlich konzipiert war die »Fürsorgearbeit«, die aber ausschließlich von den Gemeinden finanziert und daher im allgemeinen den Wohlfahrtserwerbslosen vorbehalten wurde.³⁰⁰ Als spezielles Ziel kam hinzu, sie möglichst so lange zu beschäftigen, daß sie wieder Anspruch auf Versicherungsleistungen erwarben. Dadurch daß sie dann aus der kommunalen Fürsorge ausschieden, war die Maßnahme auf längere Sicht für die Gemeinden durchaus rentabel. Diese Intention widersprach zwar dem Arbeitslosenversicherungsgesetz und führte wiederholt zu Konflikten mit der Reichsanstalt, wurde aber von den Kommunalbeamten intern offen zugegeben.³⁰¹ Sie sahen darin eine gerechtfertigte, schwache Gegenwehr gegen das Vorgehen der Reichsregierung, durch Einschränkung der Versicherung den Gemeinden die Sorge für immer neue Gruppen von Wohlfahrtserwerbslosen aufzubürden. In Hamburg wurden bis zum Sommer 1931 rund 2000 Fürsorgearbeiter beschäftigt. Erst unter dem Druck der akuten Zahlungsschwierigkeiten, die alle längerfristigen Überlegungen unmöglich machten, wurde auch die Fürsorgearbeit in dem Tempo, in dem die Reichsanstalt die Betroffenen übernehmen mußte, allmählich abgebaut. Aber selbst zur Zeit der größten Ausdehnung der Notstands- und Fürsorgear-

beiten fiel die Beschäftigung von insgesamt gut 3000 Menschen bei ca. 100000 Arbeitssuchenden wenig ins Gewicht. Von »Arbeitsbeschaffung« konnte keine Rede sein, nicht einmal unter sozialpolitischem Aspekt hatten die Maßnahmen große Bedeutung.

Wie die Bestrebungen zur Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten wurden durch die Zuspitzung der Finanzkrise auch die Versuche hinfällig, die vorhandene Arbeit auf eine größere Zahl von Menschen zu verteilen. So hatten die älteren Angestellten nur für kurze Zeit einen Vorteil davon, daß der Senat 1929 im Hinblick auf die geringe Nachfrage der Privatwirtschaft nach ihnen das Höchstalter für die Einstellung in den Hamburger Staatsdienst von 45 auf 50 Jahre heraufsetzte;³⁰² denn 1931 wurden Angestellte entlassen und nicht angeworben. Aus demselben Grund verlor die Anordnung vom 24. März 1930 an Bedeutung, bei der Einstellung von Aushilfskräften für etatmäßig vorgesehene Arbeiten zu 50 % Wohlfahrtserwerbslose zu berücksichtigen: Nach den rigorosen Einsparungen waren die verbliebenen Aufgaben gut mit dem regulären Personal zu bewältigen.³⁰³

Um den am längsten arbeitslosen Menschen eine bessere Vermittlungschance zu geben und zugleich die Staatskasse zu entlasten, hatte der Senat am 7. April 1930 ferner beschlossen, einem Antrag des sozialdemokratischen Vertreters des Bauhandwerks in der Bürgerschaft, Heinrich Steinfeldt, zu entsprechen und bei allen mit öffentlichen Mitteln durchgeführten Neu-, Um- und Erweiterungsbauten zu verlangen, daß zu 75 % und, wenn es sich ausschließlich um ungelernete Kräfte handelte, sogar zu 90 % Hamburger Erwerbslose eingesetzt würden. Trotz des Widerstands der Unternehmer, die vor allem ihr eingearbeitetes Stammpersonal durchhalten wollten und die Auflage daher immer wieder zu umgehen versuchten, hatte der Senat die Verfügung am 10. September auf sämtliche von den Behörden oder der Beleihungskasse in Auftrag gegebenen Arbeiten ausgedehnt.³⁰⁴ Wie viele Erwerbslose auf diese Weise wenigstens vorübergehend wieder Arbeit erhielten, ist nicht bekannt. Doch lassen die Berichte der Ingenieurabteilung der Baubehörde exemplarisch erkennen, wie die Ausgabeneinschränkung und insbesondere die Drosselung der Bautätigkeit den anfänglichen Erfolg der Maßnahme zunichte machten: Die Zahl der Erwerbslosen, die im Durchschnitt an einem Tag beschäftigt wurden, ging von 1590 im Sommerhalbjahr 1930 auf 1290 im gleichen Zeitraum 1931 und seit dem Zusammenbruch der ordentlichen Finanzwirtschaft dann rapide auf 655 am 1. September desselben Jahres zurück.³⁰⁵

Wie erwähnt, verlor auch die Verkürzung der Arbeitszeit der Staatsarbeiter auf 44 Wochenstunden infolge der Sparmaßnahmen im Sommer 1931 ihren ursprünglichen Sinn. Die Gewerkschaften hatten ihr zum Jahresbeginn zugestimmt, um mehr Menschen in Lohn zu bringen. Im Juli wurden die 1429 Wohlfahrtserwerbslosen, deren Einstellung dadurch ermöglicht worden war, entlassen, um anderen Platz zu machen; die von den Organisationen geforderte Wiederbesetzung der Stellen unterblieb jedoch, weil inzwischen trotz der verminderten Arbeitszeit selbst für die regulären Kräfte nicht genügend Beschäftigung vorhanden war.³⁰⁶ Bemühungen,

auch die privaten Arbeitgeber zur Verkürzung der Arbeitszeit zu verpflichten, schlugen fehl. Die Bürgerschaft nahm zwar einen sozialdemokratischen Antrag an, die Reichsregierung zu entsprechenden Gesetzesregelungen aufzufordern. In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 verschaffte sich das Kabinett Brüning auch die notwendigen Vollmachten, nutzte sie dann aber nicht aus, da es Lohnsenkungen für wichtiger hielt und den Arbeitnehmern weitere Verluste durch Verminderung der Arbeitszeit nicht zuzumuten waren.³⁰⁷

Große Hoffnungen setzten viele Arbeitslose schließlich auf die Ausschaltung der sogenannten »Doppelverdiener« aus dem Erwerbsleben, der Menschen also, die entweder selbst oder durch ihre Ehepartner ein zweites Einkommen hatten. Auch die Bürgerschaft machte sich am 10. Dezember 1930 in einer Entschließung zur Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit diese Auffassung zu eigen. Mit Rücksicht darauf wies der Senat im April 1931 die Behörden an, bei notwendigen Entlassungen von Angestellten in erster Linie gegen diese Gruppe vorzugehen und bei eventuellen Neueinstellungen andere Bewerber vorzuziehen. »Doppelverdiener« unter den Beamten auszuschneiden, hätte den Rechtsgrundlagen des »Berufsbeamtentums« widersprochen.³⁰⁸ Unter wirtschaftlichem Aspekt war die Kampagne ganz ohne Bedeutung. Bei näherem Zusehen stellte sich in den meisten Fällen heraus, daß die verheirateten erwerbstätigen Frauen wegen besonderer sozialer Verpflichtungen oder weil der Mann nichts oder nicht genügend verdiente, zur Berufsarbeit gezwungen waren.³⁰⁹ Bei den Betroffenen lösten die Beschlüsse der Bürgerschaft und des Senats jedoch erhebliche Verbitterung aus, da die moralische Diskreditierung der »Doppelverdiener« dadurch gedeckt wurde.³¹⁰ Daß die Ressentiments gegen sie trotz der geringen konkreten Voraussetzungen eine solche Stärke erreichten, zeigt die Verschärfung der sozialen Spannungen unter dem Druck der Wirtschaftskrise. Einzelercheinungen wurden verallgemeinert, die Wirkungen übertrieben. Vermeintlich bevorzugte Gruppen wurden zum Ziel neidischer Angriffe, obwohl die Beeinträchtigung ihrer Rechte für die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts völlig belanglos war.³¹¹

Letztlich gilt für alle Maßnahmen und Überlegungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, daß sie nicht geeignet waren, den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten. Da die Projekte aus Mitteln des ordentlichen Etats bezahlt wurden, konnten sie nicht antizyklisch wirken; der Arbeitsmarkt empfing keine belebenden Impulse. Die Bemühungen liefen vielmehr darauf hinaus, die schlimmsten sozialen Härten zu mildern und die vorhandene Arbeit – auch durch periodischen Austausch der Beschäftigten – einer größeren Zahl von Menschen zugute kommen zu lassen. Auch in Hamburg wurde die Not nicht wirklich bekämpft, sondern, wie der staatsparteiliche Reichstagsabgeordnete Koch-Weser einmal sarkastisch bemerkte, verteilt und verwaltet.³¹² Bei den meisten politischen Entscheidungen stand der Senat unter dem Druck des drohenden Staatsbankrotts. Er vermochte weder der notleidenden Bevölkerung genügend zu helfen noch der Wirtschaft spürbare belebende Impulse zu geben.

5. Die Not der Bevölkerung

Die Indikatoren des Wirtschaftsverlaufs lassen das Ausmaß des Schrumpfungsprozesses erkennen. Von den konkreten Nöten, denen sich große Bevölkerungskreise täglich konfrontiert sahen, geben sie dagegen kein hinreichendes Bild. Um den Zusammenhang zwischen ökonomischer und politischer Krise zu erfassen, ist es aber notwendig, sich gerade diese Probleme in ihrer ganzen Schwere vor Augen zu führen. Nur so können die Reaktionen der Betroffenen verständlich werden.

Die Lage der Arbeitslosen

Erst knapp zwei Jahre vor dem Ausbruch der großen Wirtschaftskrise war es am 1. Oktober 1927 gelungen, bei der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip durchzusetzen.¹ Damit entfiel der Zwang, die Hilfsbedürftigkeit nachzuweisen, wie es in der von den Gemeinden getragenen Erwerbslosenfürsorge notwendig gewesen war. Die von der neu gegründeten Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung unterstützten Erwerbslosen erhielten je nach der Höhe ihres Einkommens in den letzten sechs Beschäftigungsmonaten ein halbes Jahr lang feste Bezüge von sechs bis 22 RM pro Woche. Für jeden unterhaltsberechtigten Familienangehörigen kamen 0,40 bis 3,15 RM hinzu. Ein Lediger konnte damit in den ersten Jahren nach Erlaß des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in der niedersten Lohnklasse über 75 %, in den oberen Gruppen über 35 %

des früheren Arbeitsentgelts verfügen. Erwerbslose mit vielen Kindern brachten es, da bei den Löhnen außer bei den staatlichen Arbeitnehmern die Familienverhältnisse nicht berücksichtigt wurden, auf 80% bzw. die ehemals gut verdienenden auf 60% des früheren Einkommens.² In Hamburg, wo das Lohnniveau besonders hoch lag, gehörten am 15. Oktober 1929 86% der männlichen Arbeitslosen zu den Gruppen VII bis XI, das heißt: sie bezogen statt 36 bis 60 RM und darüber vor der Entlassung aus dem Betrieb nunmehr, wenn sie ledig waren, 15 bis 22 RM, mit Frau und zwei Kindern 20 bis 31 RM. Von den erwerbslosen ledigen Frauen mußten mehr als zwei Drittel mit 10 bis 13 RM in der Woche auskommen.³

Arbeitslose besonders schlecht beschäftigter Wirtschaftszweige konnten anschließend Krisenunterstützung erhalten. Als Ergänzung zur Versicherung sollte diese Einrichtung verhindern, daß voll erwerbsfähige Männer oder Frauen lediglich infolge der geringen Vermittlungschancen in strukturell gefährdeten Branchen der Fürsorge der Gemeinden anheimfielen, deren Arbeit in erster Linie den aufgrund individueller Schwächen hilfebedürftigen Menschen galt. Je weiter sich die Krise ausbreitete und je länger sie währte, desto weniger konnte freilich diese Intention verwirklicht werden. 1928/29 betrug die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge normalerweise 39 Wochen und für Arbeitslose, die älter als 40 Jahre waren, 52 Wochen. Die Sätze entsprachen in den unteren Lohnklassen denen der Versicherung, in den in Hamburg maßgeblichen Gruppen VII bis XI waren sie niedriger. Der wichtigste Unterschied zur Arbeitslosenunterstützung bestand darin, daß bei der nicht durch Beiträge, sondern ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzierten Krisenfürsorge die Bedürftigkeit nachgewiesen werden mußte und eigene geringe Einkünfte oder mögliche Zuschüsse von Verwandten angerechnet wurden.⁴

Als die Depression die Arbeitslosenversicherung vor bis dahin ungeahnte Aufgaben stellte, war sie praktisch erst wenig erprobt und zwischen den Interessenten noch immer stark umstritten. Die Auseinandersetzungen um Beitragserhöhung oder Leistungsabbau, die bei der von Anfang an prekären finanziellen Situation der Reichsanstalt immer wieder Auftrieb erhielten, belasteten nicht nur die Reichspolitik, sondern führten auch zu permanenter Beunruhigung der Unterstützten. Erste Verschlechterungen brachten für viele Arbeitslose schon das Gesetz vom 24. Dezember 1928 über die Abtrennung einer weniger günstig geregelten Sonderfürsorge für die Fälle berufsbüchlicher Arbeitslosigkeit und die Novelle vom 12. Oktober 1929, durch die insbesondere die weitgehende Anrechnung von Renten und Pensionen vorgeschrieben wurde.⁵

In der Ära Brüning folgten die Leistungseinschränkungen einander dann in raschem Tempo. Durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 wurden die Wartezeiten bis zur ersten Auszahlung der Unterstützung generell von sieben auf 14 Tage verlängert, die Leistungen, wenn die Versicherung erst kurze Frist bestand, in den oberen Lohnklassen auf das Niveau der Krisenfürsorge, d. h. um knapp 10 bis 29% gesenkt. Hatten beide Ehepartner Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, so wurde die niedrigere um die

Hälfte gekürzt, jedes andere Einkommen der Ehefrau bis auf 35 RM im Monat voll angerechnet. Jugendliche unter 17 Jahren – Anfang Dezember gemildert: unter 16 Jahren – erhielten Zahlungen nur, wenn die Familie nicht für den Unterhalt sorgen konnte.⁶

Im Oktober 1930 wurde die Krisenfürsorge zwar auf alle Berufe ausgedehnt, zugleich aber auf die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Erwachsenen beschränkt, so daß außer den jugendlichen Erwerbslosen unter 21 Jahren nun auch alle Arbeitnehmer, die wegen zu kurzer Beschäftigung einen Anspruch auf Versicherungsleistungen nicht erworben hatten, von dieser Hilfe ausgeschlossen waren.⁷ Die maximale Bezugsdauer wurde um sieben Wochen auf 32 bzw. für ältere Arbeitslose 45 Wochen verkürzt, die Höhe der Unterstützungen mit Ausnahme der vier niedrigsten Lohngruppen bei Ledigen um 8,6 bis 26%, bei Verheirateten um maximal 18,2% gegenüber den ursprünglich geltenden Sätzen reduziert.⁸ Die verschärften Bestimmungen über die Bedürftigkeitsprüfung wurden vielfach so rigoros angewandt, insbesondere die Hilfsmöglichkeiten der Angehörigen derart überschätzt, daß die Wohlfahrtsämter einspringen und den Empfängern von Krisenfürsorge durch Zusatzunterstützungen das Existenzminimum sichern mußten. In Hamburg kam es wiederholt vor, daß Arbeitslose ein oder zwei Reichsmark oder sogar wenige Pfennige als Krisenfürsorge erhielten und zugleich an die Wohlfahrtsbehörde verwiesen wurden, weil sie auch nach Meinung der zuständigen Beamten des Arbeitsamts mit diesen Bagatellbeträgen nicht auskommen konnten. Das Verfahren belastete nicht nur die Beziehungen zwischen den Kommunen und dem Reich, sondern löste auch Verbitterung und Erregung bei den auf öffentliche Hilfe angewiesenen Erwerbslosen aus, die sich wie lästige Bittsteller von einer Stelle zur anderen geschoben fühlten.⁹

Für alle Arbeitslosen brachte die Notverordnung vom 5. Juni 1931 die schwersten Entbehrungen.¹⁰ Sämtliche Unterstützungen wurden um 6,7 bis 14,3% gesenkt. In der Krisenfürsorge, in der diese Kürzungen zu den früheren hinzukamen, ergaben sich im ungünstigsten Fall Verluste von mehr als 35%, gegenüber der Arbeitslosenunterstützung sogar von fast 50%; mehr als 11,55 RM in der Woche konnte ein Lediger nicht erhalten. Nur in den obersten Lohnklassen, d. h. bei einem ehemaligen Arbeitseinkommen von mindestens 36 RM in der Woche, wurden die Fürsorgersätze noch erreicht.¹¹ Für viele Arbeitslose hatte sich die Situation schon dadurch verschlechtert, daß sie infolge von Lohnsenkungen und Kurzarbeit in eine niedrigere Einkommensklasse abgesunken waren; da nach der neuen Notverordnung für die Bemessung der Unterstützung nicht mehr der Verdienst der letzten sechs, sondern nur der letzten drei Beschäftigungsmonate entscheidend war, wurde diese Tendenz weiter verstärkt. Bis zu 15 RM im Monat konnten zudem durch die erweiterte Anrechnung von Rentenbezügen verlorengehen.

Darüber hinaus wurde die Frist bis zur ersten Versicherungszahlung je nach dem Familienstand bis auf drei Wochen verlängert und die Ablehnung »nach der Vorbildung oder der früheren Tätigkeit« unzumutbarer Arbeit

praktisch unmöglich gemacht. Für alle minderjährigen Erwerbslosen, nicht nur die Jugendlichen unter 16 Jahren, und für verheiratete Frauen wurde das Versicherungsprinzip aufgehoben und Unterstützung nur noch im Falle der Bedürftigkeit gewährt. Als Folge aller dieser Einschränkungen sank die Durchschnittsunterstützung im Bezirk des Arbeitsamts Hamburg zwischen Oktober 1930 und 1931 in der Arbeitslosenversicherung um 21 % von 84,37 auf 66,82 RM, in der Krisenfürsorge um 28 % von 78,23 auf 56,04 RM im Monat.¹² Im Oktober 1931 schließlich wurde der Termin für den Übergang von der Arbeitslosenversicherung in die Krisenfürsorge um sechs Wochen vorverlegt, so daß viele nicht bedürftige Erwerbslose bereits nach 20 Wochen überhaupt keine, die anderen erheblich geringere Zahlungen erhielten.¹³

Längstens nach 65 oder, wenn sie älter als 40 Jahre waren, nach 78 Wochen, seit Oktober 1930 nach 58 bzw. 71 Wochen, mußten die ausgesteuerten Erwerbslosen ebenso wie diejenigen, die nicht als Arbeitnehmer tätig gewesen waren und daher kein Anrecht auf Versicherungsleistungen hatten, den Weg zu den Wohlfahrtsämtern der Gemeinden finden. Nach Feststellungen der Hamburger Wohlfahrtsbehörde wechselten etwa 30 Prozent der Krisenunterstützten nicht in ihre Klientel über, sei es, daß sie von sich aus auf einen Antrag verzichteten, sei es, daß er an den noch schärferen Kriterien für die Beurteilung der Hilfsbedürftigkeit scheiterte.¹⁴

Insbesondere in der Phase, bevor auch in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge die drastischen Einschränkungen durchgeführt wurden, verschlechterte sich die Situation der Erwerbslosen abermals empfindlich, wenn sie, wie es im unschönen, bezeichnenden Sprachgebrauch der Zeit oft hieß, der kommunalen Fürsorge »anheimfielen«. Als letzte Hilfsquelle sollte sie allen, die den notwendigen Lebensbedarf für sich und ihre Familien »nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen« oder »von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhalten« konnten, die elementaren Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sichern: »Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege«, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit sowie den Minderjährigen eine gewisse Ausbildung.¹⁵

Eine Sonderstellung unter den Hilfsbedürftigen nahmen die Kriegsversehrten und -hinterbliebenen sowie die Sozial- und Kleinrentner ein: alte oder erwerbsunfähige Menschen, deren Vorsorgemaßnahmen durch die Vernichtung der Vermögen der Sozialversicherungen bzw. der eigenen Rücklagen in der Inflation wertlos geworden waren.¹⁶ Durch die Zubilligung höherer Bezüge – 1926 wurden für diese Gruppen um 25 % über dem Niveau der allgemeinen Fürsorge liegende Richtsätze vorgeschrieben¹⁷ – und günstigere Bestimmungen über die Verwertung verbliebener kleiner Vermögen sollte der Tatsache Rechnung getragen werden, daß allein die wirtschaftlichen Folgen des Krieges für die Notlage verantwortlich waren. Während in der alten Armenfürsorge ohne Rücksicht auf die Ursache für die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe prinzipiell nur die zur Fristung des Lebens unerläßlichen Mittel gewährt worden waren, hatte sich angesichts

des Massenelends im Krieg allmählich der Begriff des »sozialen Existenzminimums« durchgesetzt. Danach war es Aufgabe der Fürsorge, die Familien der Soldaten, später auch die durch die mittelbaren Wirkungen des Krieges in ihrem Status bedrohten Menschen, vor dem Abstieg zu bewahren. Sehr bald zeigte sich freilich, daß das Ausmaß der gesellschaftlichen Umschichtungen die Realisierung dieser Forderung unmöglich machte. So blieb es bei dem unzulänglichen Versuch, durch eine besondere »gehobene Fürsorge« einen Ausgleich für die Opfer und Verluste zu schaffen.¹⁸

Da auch für die Erwerbslosen spezielle Regelungen bestanden, bis sie durch die Einführung der Versicherung überflüssig zu werden schienen, galten die Sätze der »allgemeinen Fürsorge« zunächst hauptsächlich für alleinstehende, alte und kranke, aufgrund physischer oder psychischer Schwächen hilfsbedürftige Menschen. Daß schließlich die ausgesteuerten Arbeitslosen, die im Vollbesitz ihrer Kräfte waren und vielfach für Familien zu sorgen hatten, mit den vorwiegend für Alte und Gebrechliche gedachten Unterstützungen dieser Kategorie auskommen mußten, wurde häufig als Härte und Ungerechtigkeit empfunden; denn auch ihre Misere war ebenso wie die Not der Kriegs- und Inflationsoffer auf Entwicklungen »außerhalb ihrer persönlichen Sphäre«¹⁹ zurückzuführen. Bestrebungen, die Wohlfahrtserwerbslosen in die gehobene Fürsorge einzubeziehen, scheiterten bei der ständig wachsenden Zahl der in Frage kommenden Personen an den prekären Finanzverhältnissen der Gemeinden. Statt dessen wurden im Verlauf der Wirtschaftskrise durch Abbau der gehobenen Fürsorge die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen von Wohlfahrtsempfängern nivelliert.

In Hamburg belief sich der Richtsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen in der allgemeinen Fürsorge seit Oktober 1925 unverändert auf neun RM in der Woche, für jeden unterhaltsberechtigten Erwachsenen oder Jugendlichen kamen fünf RM, für jedes Kind unter 15 Jahren drei RM hinzu. Ohne ausdrückliche Zustimmung der Zentrale konnten die Bezirkspflegerversammlungen bei der Bemessung der Unterstützungen um maximal 33 1/3 %, seit Oktober 1927, als eine Mieterhöhung eine weitere Anpassung erforderlich machte, um 50 % über die Richtsätze hinausgehen, außerdem, wenn die Miete mehr als ein Sechstel des Richtbetrags in Anspruch nahm, gewisse Zuschläge bewilligen.²⁰ Infolge der weitgehenden Anrechnung aller sonstigen Einkünfte und Zuwendungen blieben die tatsächlichen Zahlungen häufig, Anfang Oktober 1927 in 48,5 % der Fälle, hinter dem Richtsatz zurück, bei weiteren 34 % wurde er genau ausbezahlt oder um weniger als ein Drittel übertroffen.²¹

Anders als in vielen Gemeinden wurde in Hamburg in der Wirtschaftskrise die schematische Senkung der Richtsätze vermieden, die zu besonders großen Härten führte und daher KPD und NSDAP geeignete Ansatzmöglichkeiten für ihre Angriffe gegen die herrschenden Parteien bot. Dennoch erreichte die Leitung der Wohlfahrtsbehörde, wie bereits erwähnt wurde, dadurch daß sie die Bewilligungsbefugnis der Bezirke wieder auf den Richtsatz plus ein Drittel beschränkte, die Gewährung von Sonderbeihil-

fen bei hohen Mieten erschwerte, strengste Maßstäbe bei der Berechnung des Bedarfs wieder und wieder einschärfte und mehrfach die Überprüfung sämtlicher Akten auf mögliche Einsparungen anordnete, daß auch in Hamburg die Durchschnittsunterstützungen bis Oktober 1931 gegenüber dem Vorjahr um 10 bis 20 % zurückgingen.²²

Um wenigstens eine ungefähre Vorstellung von der drückenden materiellen Lage der Wohlfahrtserwerbslosen – und der Empfänger von Krisenfürsorge, die 1931 mit ähnlichen Bezügen auskommen mußten – zu gewinnen, ist eine amtliche Hamburger Aufstellung vom September 1931 aufschlußreich. Danach reichten um ein Drittel über dem Richtsatz liegende Einkünfte, über die Anfang März 1932 84,9 % der Wohlfahrtserwerbslosen bei Einbeziehung aller Nebeneinnahmen nur verfügten,²³ einem alleinstehenden Erwachsenen in der Woche für 3 kg Brot, 5 kg Kartoffeln, ein Pfund Margarine, ein Pfund Fleisch, Fleischwaren und Fisch, 750 g Reis, Mehl und Hülsenfrüchte, 250 g Zucker, 250 g Kornkaffee und ein Liter Milch. Die Mahlzeiten bestanden also im wesentlichen aus Kartoffeln und Brot. Da für die Miete nur fünf RM angesetzt waren, die, wie die Bearbeiterin selbst einräumte, »zumeist« nicht genügten, mußte weiter am Essen gespart werden.²⁴ Für Kochgas, Feuerung und Licht waren gerade 50 Pfennige eingeplant, die in den meisten Fällen allein für das Kochgas verbraucht wurden. Für alle anderen Bedürfnisse, unter anderem Reinigung und Instandhaltung der Wohnung und der Bekleidung, Körperpflege, Erneuerung von Hausrat, Fahrgeld, Briefmarken, blieb eine Mark übrig.²⁵ Eine Ausbesserung oder gar ein Ersatz unbrauchbar gewordener Bekleidungsstücke, Schuhe oder Haushaltsartikel waren infolgedessen so gut wie ausgeschlossen.

Diese Schwierigkeiten gewannen ständig an Bedeutung, weil nach langer Arbeitslosigkeit der geringe unentbehrliche Besitz stark abgenutzt war und, je weiter sich die Krise ausbreitete, Verwandte oder Freunde immer weniger helfen konnten.²⁶ Unter normalen Umständen harmlose Bagatellschäden konnten die Erwerbslosen vor unüberwindliche Probleme stellen. In den dringendsten Fällen sollte die Wohlfahrtsbehörde das Notwendige liefern, seit dem Sommer 1931 war sie dazu aber nicht mehr in der Lage.²⁷

Bis zum Ende des Jahres konnten die Hilfsbedürftigen in den Verkaufsstellen der Wohlfahrtsbehörde verbilligte Lebensmittel beziehen, mußten freilich lange Wege in Kauf nehmen und, seit die Not immer größere Bevölkerungsgruppen erfaßte, oft stundenlang bei Wind und Wetter auf der Straße Schlange stehen.²⁸ In den Wintermonaten erhielten sie einige Zentner Kohlen kostenlos.

In dieser Zeit boten auch die Notstandsspeisungen eine geringe Erleichterung, die der Arbeiterrat seit dem Winter 1923 alljährlich gemeinsam mit den Hamburger Berufsorganisationen mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Staates durchführte.²⁹ Die Leitung der Wohlfahrtsbehörde stand dem geplanten Ausbau der Einrichtung zunächst reserviert gegenüber, weil »dann die letzte Beschäftigung für den erwerbslosen Haushalt wegfallen«, die Familien auseinandergerissen und politische

Zusammenrottungen begünstigt würden, entschloß sich unter dem Druck der Finanzmisere aber doch, sich des Hilfswerks in stärkerem Maß zu bedienen und Ledigen nur noch möglichst geringe Barmittel und Essensgutscheine zu bewilligen.³⁰ Dadurch änderte sich der Charakter des Unternehmens: Während es nach der ursprünglichen Intention als Ergänzung zu den öffentlichen Maßnahmen das Los der Erwerbslosen verbessern sollte, diente es nun teilweise der Entlastung der Staatskasse. Um ihren Einfluß zu sichern, suchte die Wohlfahrtsbehörde Organisation und Koordination dieser und anderer ähnlicher Hilfsaktionen möglichst weitgehend in eigene Regie zu nehmen. Im Winter 1931/32 zog sich der Arbeiterrat zurück und beschränkte sich, da seine Sammlungen nun in Konkurrenz mit den staatlich geförderten weniger ergiebig waren, auf die Verteilung von Lebensmittelpaketen.³¹

In enger Verbindung mit den Notstandsspeisungen des Arbeiterrats bzw. der Wohlfahrtsbehörde stand das Winterhilfswerk. Es brachte durch groß angelegte Straßen-, Haus- und Betriebssammlungen die Gelder für sie auf, nahm Kleider-, Sach- und Lebensmittelpenden an und verteilte sie. In ähnlicher Weise, wenn auch in erheblich kleinerem Maßstab, waren andere Organisationen für die Hilfsbedürftigen oder einzelne Gruppen von ihnen tätig. Einrichtungen von Parteien und politischen Verbänden – insbesondere NSDAP und Stahlhelm – spielten erst im Winter 1931/32 eine gewisse Rolle. Insgesamt konnten alle diese Anstrengungen, so aner kennenswert und erfolgreich sie, absolut gesehen, oft waren, bei der großen Zahl der Arbeitslosen die Not nur wenig mildern. Das Winterhilfswerk erbrachte an Geld- und Sachspenden 1929/30 knapp 125 000 RM, 1931/32 fast 916 000 RM.³² An den zentralen Notstandsspeisungen nahmen im Winter 1929/30 täglich rund 1 500, im nächsten Jahr reichlich 3 000 und von Oktober bis Dezember 1931 etwa 5 000 Personen teil; das waren, grob geschätzt, 2,5 bis 3,5 % aller Arbeitslosen.³³ Durch die gesamte Sachversorgung der Wohlfahrtsbehörde einschließlich der Arzt- und Arzneikosten erhöhte sich der Wert der Unterstützung für den einzelnen im Durchschnitt um 45 Pfennige pro Woche.³⁴

Dennoch häuften sich wie stets in wirtschaftlich schwierigen Phasen auch seit dem Winter 1930/31 wieder die Angriffe aus den Kreisen der Handwerker und Einzelhändler gegen die Sachversorgung der Wohlfahrtsbehörde. Gewerkekammer und Schuhmacherinnung attackierten die Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte, weil sie durch Schuhreparaturen für Hilfsbedürftige einem ohnehin schwer notleidenden Handwerkszweig Aufträge wegnähmen, und die Detaillistenkammer lief Sturm gegen die verbilligte Abgabe von Lebensmitteln an Fürsorgeempfänger.³⁵

Die Beschwerden über die angeblich ruinöse Konkurrenz des Staates waren wenig berechtigt: Wenn die Wohlfahrtsbehörde 1930 sämtliche Schuhreparaturen an selbständige Handwerksmeister vergeben hätte, wäre der Umsatz des einzelnen um ca. 100 RM, der Verdienst um ca. 20 RM im Jahr gestiegen. Die Erwerbsbeschränkten hatten aber auf dem freien Arbeitsmarkt überhaupt keine Chance.³⁶ Als die Behindertenwerkstätten die mit

dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit rapide zunehmenden Anforderungen nicht mehr alle erfüllen konnten, ging ein erheblicher Teil der Aufträge ohnehin an das Gewerbe; die Wohlfahrtsbehörde wehrte sich aber gegen den Versuch, sie durch die Drohung, sonst laufende Unterstützung beantragen zu müssen, zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen.³⁷ Auch der Verkauf verbilligter Lebensmittel im Wert von 2,5 (1930) bzw. 2,7 Millionen RM (1931) war im Vergleich zu den Ausgaben der Hamburger Bevölkerung für ihre Ernährung in Höhe von etwa 400 Millionen RM unbedeutend.³⁸ Die Behauptung des Syndikus der Detaillistenkammer, »die Nöte der Einzelhändler hätten sich ständig in dem Umfang gesteigert, in dem die Wohlfahrtsbehörde ihre Lebensmittelversorgung vergrößert habe«,³⁹ zeugte von einer schlechten, wenn nicht bewußt falschen Analyse des Kausalzusammenhangs: Die Absatzschwierigkeiten des Einzelhandels hatten ihre Ursache im allgemeinen Kaufkraftschwund und waren ebenso wie die Notwendigkeit, immer größere Bevölkerungskreise aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen, auf die Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Die Leitung der Wohlfahrtsbehörde weigerte sich daher lange, der Forderung der Detaillisten entsprechend auf die Abgabe verbilligter Lebensmittel zu verzichten und statt dessen schätzungsweise mehr als das Zwölfwache aufzuwenden, um den Einkauf beim Einzelhandel zu bezuschussen.⁴⁰ Erst als der starke Andrang in den Verkaufsstellen eine Reorganisation ohnehin unabweisbar machte und zudem die Detaillisten anboten, als Gegenleistung für die Aufgabe der Lebensmittelversorgung auf eigene Kosten allen Erwerbslosen für eine bestimmte Warenmenge Rabatt zu gewähren, entschloß sie sich, von Mitte November 1931 an nur noch kinderreiche Familien und andere besonders schlecht gestellte Gruppen selbst zu beliefern.⁴¹ Loyal durchgeführt, verlangte das Abkommen vom Einzelhandel beträchtliche Opfer, es enthielt aber auch die Möglichkeit, durch überhöhte Preisfestsetzungen oder die Hergabe minderwertiger Artikel die Lasten auf die Erwerbslosen abzuwälzen. Da die Kaufleute, die selbst oft hart um ihre Existenz kämpfen mußten, der Versuchung nicht immer widerstehen konnten und die Hilfsbedürftigen, nachdem sie monate- oder jahrelang Objekt fremder Entscheidungen gewesen waren, auch grundlos zu Mißtrauen neigten, empfanden die meisten von ihnen die Neuregelung als weitere Verschlechterung ihrer Situation.⁴² Zudem wiesen schon nach wenigen Wochen immer mehr Einzelhändler die Gutscheine zurück, weil sie bei der unerwartet großen Zahl der Berechtigten den Verdienstaufschlag nicht tragen konnten. Mit Ende des Winters wurde die Verbilligungsaktion am 10. April 1932 ganz eingestellt.⁴³

Die Auseinandersetzungen um die Sachversorgung der Wohlfahrtsbehörde sind ein Beispiel dafür, wie sich unter dem Druck der wirtschaftlichen Not die Interessengegensätze in der Gesellschaft zu schwer lösbaren Konflikten verschärften. Die Bereitschaft, selbst relativ geringfügige Beeinträchtigungen zugunsten anderer, nicht weniger bedrängter Gruppen hinzunehmen, um Kompromisse zu ermöglichen, war nicht mehr vorhan-

den. Mit allen Mitteln, nicht nur durch die Mobilisierung von Presse und Parteien, sondern auch durch direkte Pressionen auf die Behörden, wurde versucht, die eigenen Forderungen durchzusetzen. Wirtschaftspartei, DNVP und NSDAP nutzten die Gelegenheit, um durch rückhaltlose Unterstützung der Kampagne weiteren Anhang im »Mittelstand« zu gewinnen; aber selbst das liberale, freilich stets wirtschaftsfreundliche Fremdenblatt ergriff zeitweilig einseitig für ihn Partei.⁴⁴

Die Situation der Wohlfahrtserwerbslosen war in Hamburg nicht ungünstiger als in anderen Großstädten. In den vergangenen Jahren hatten Reichsbehörden und weniger leistungsfähige Gemeinden immer wieder den Vorwurf erhoben, daß die Stadt zu hohe Unterstützungen zahle. Die Behauptung war zu Beginn der Wirtschaftskrise nicht mehr richtig, fand aber bei der Finanzdeputation, die auch die letzten Sparmöglichkeiten wahrnehmen mußte, stets Resonanz.⁴⁵ Ein überregionaler Vergleich ist gerade im Bereich der Wohlfahrtspflege besonders schwierig. Die Richtsätze sagen wenig über die tatsächlichen Leistungen, und bei der Gegenüberstellung der durchschnittlichen Aufwendungen je Partei bleibt unter anderem außer Betracht, daß den Erwerbslosen in den preußischen Gemeinden anders als in Hamburg die Hauszinssteuer erlassen war, wodurch sie ca. 5 bis 7 RM im Monat sparten, daß Miete und Lebensmittelpreise oft erheblich differierten und daß auch die statistischen Praktiken nicht immer übereinstimmten. Bei Vergleichen über einen längeren Zeitraum wirken Umstellungen der Erhebungsmethoden störend.⁴⁶ Immerhin können die folgenden Angaben eine vage Vorstellung vermitteln, inwieweit die Aussagen über die Hamburger Verhältnisse allgemeine Bedeutung haben.

In den ersten Jahren nach der Neuordnung der kommunalen Fürsorge nach der Inflation hatten in Hamburg außerordentlich günstige Richtsätze gegolten; da sie aber seit 1926 unverändert blieben, während andere Gemeinden sie zum Teil mehrfach erhöhten, stand der Stadtstaat am Vorabend der Weltwirtschaftskrise keineswegs mehr an der Spitze.⁴⁷ Selbst als der Senat die Richtsatzkürzungen nicht mitmachte, zu denen sich die meisten Magistrate angesichts des drohenden Kassenzusammenbruchs entschlossen, fielen die Hamburger Normen auch 1931 nicht aus dem Rahmen.⁴⁸ Die tatsächlichen Zahlungen waren dagegen im Durchschnitt 1927 in Hamburg höher als in allen anderen in der nordwestdeutschen Wohlfahrtsstatistik erfaßten Städten.⁴⁹ Die starke Berücksichtigung sozialer Aufgaben durch die SPD wie auch den »links« orientierten Landesverband der DDP wird hierin deutlich. Die Unterstützungen gingen dann zwar am stärksten zurück, Hamburg blieb aber in der Gruppe der Städte mit den höchsten Barleistungen.⁵⁰ Die Familie eines Wohlfahrtserwerbslosen erhielt im Juli 1931 in Hamburg im Durchschnitt 57,60 RM, in Berlin aber nur 46,70 RM und in Frankfurt a. M. 50,10 RM.⁵¹ Die große Masse der Hilfsbedürftigen mußte ihr Leben unter noch schlechteren Bedingungen fristen als in Hamburg.

Ebenso schwer wie die materiellen Sorgen waren die psychischen Belastungen bei langfristiger Arbeitslosigkeit zu ertragen: die monate- oder jahrelange erzwungene Untätigkeit, das Gefühl, nutzlos zu sein und »in den

besten Jahren« die Zeit sinnlos mit stundenlangem Warten vor den verschiedenen Dienststellen zu verbringen. Obwohl es so gut wie keine Vermittlungschancen gab, mußten sich die Erwerbslosen bis zum Sommer 1931 täglich bei den Arbeitsnachweisen melden. Da sie sich kein Fahrgeld leisten konnten, waren sie gezwungen, oft weite Wege zu Fuß zurückzulegen, nur um den Kontrollstempel zu erhalten. Erst Mitte Juli 1931 nutzte der Vorsitzende des Hamburger Arbeitsamts die in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 eröffnete Möglichkeit und setzte die Zahl der Stempeltage für die meisten Berufsgruppen auf drei in der Woche herab.⁵² Auch die Wohlfahrtsbehörde verlangte von allen halbwegs arbeitsfähigen Unterstützungsempfängern die regelmäßige Meldung beim Arbeitsamt, weil davon die Anerkennung als Wohlfahrtserwerbsloser und von deren Zahl die Höhe des Reichszuschusses zu den Fürsorgekosten abhing.

Bei ihren Verhandlungen saßen die Arbeitslosen den völlig überlasteten, durch dauernde Überforderung zermürbten Beamten gegenüber, die Tag für Tag 40 bis 50 Hilfesuchende abfertigen, anschließend bis in die späten Abendstunden die Akten bearbeiten und dabei den »schweren seelischen Druck« ertragen mußten, mitanzusehen, wie trotz aller Anstrengungen »ungezählte Familien infolge jahrelanger Not langsam abgleiten«.⁵³ Da auch die Raumverhältnisse bei dem Massenandrang unzulänglich und oft unzumutbar waren, entstand leicht eine spannungsgeladene Atmosphäre, in der geringfügige Anlässe zu Unruhen, Drohungen und Angriffen gegen das Personal führen konnten.⁵⁴ Hinzu kam, daß Kommunisten und – planmäßig offenbar seit Herbst 1931 – Nationalsozialisten die Ansammlung erregter, verzweifelter Menschen nutzten, um sie gegen den bestehenden Staat und seine Vertreter aufzuhetzen. Die Abordnung von Beamten und Angestellten anderer Verwaltungszweige zur Wohlfahrtsbehörde brachte ihr keine nennenswerte Entlastung, da die Einarbeitung das altgediente Personal zunächst stark beanspruchte, viele sich in die Aufgaben und Prinzipien der Fürsorge nicht hineindenken konnten oder überhaupt den Kontakt mit den Hilfsbedürftigen scheuten.⁵⁵

Alte Vorurteile aus der Zeit der »Armenpflege« wirkten hierbei nach. Sie beeinflussten sowohl die Haltung gegenüber den Fürsorgeempfängern als auch deren Selbsteinschätzung und Einstellung zur Wohlfahrtsbehörde. Liberalem Denken entsprechend, wonach der einzelne sein Schicksal ausschließlich selbst zu verantworten hatte und der Staat weder in das Wirtschaftsgeschehen noch in die individuellen Lebensverhältnisse eingreifen durfte, galt bis zum Weltkrieg jede Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung als diskriminierend. Trotz der Bemühungen der Sozialreformer durften in der kommunalen Armenfürsorge erst im Augenblick akuter Existenzgefährdung die zur Erhaltung des Lebens unbedingt erforderlichen Mittel – oft ein Platz im Armenhaus oder in der Armenküche – gewährt, aber keine vorbeugenden oder zukunftsichernden Maßnahmen ergriffen werden. Zugleich wurden die Staatsbürgerrechte aberkannt.⁵⁶

Die Neuregelung der Fürsorge 1924 brach zwar bewußt mit dieser Tradi-

tion, die Zeit reichte aber nicht, um ihr im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu einer neuen Bewertung zu verhelfen. Das Argument einer Gruppe von Fürsorgearbeitern gegen diese Bezeichnung in ihren Papieren, sie seien »keine Sträflinge, sondern freie Arbeiter«, oder Äußerungen wie die eines Abgeordneten der Wirtschaftspartei: »Stempeln gehen wollen wir nicht, wir wollen uns ehrlich ernähren!« sind typische Belege.⁵⁷ Unter den Augen von Bekannten oder ehemaligen Untergebenen persönlich in der Wohlfahrtsstelle um Unterstützung bitten oder sich in die Schlangen vor den Arbeitsnachweisen, Zahlstellen und Notstandsküchen einreihen zu müssen, wurde insbesondere von den Menschen, die sich dem »Mittelstand« zugehörig fühlten, aber auch von vielen Arbeitnehmern als unerträgliche Demütigung empfunden.⁵⁸ Sie überwandten sich daher oft zu spät, die Wohlfahrtsbehörde in Anspruch zu nehmen, so daß die Gesundheit der Familie bereits zerrüttet und ihre wirtschaftliche Situation nur unter Einsatz großer, bei der desolaten Lage der öffentlichen Finanzen nicht verfügbarer Mittel zu bessern war. »Verschämte Armut« war auch in der Weimarer Republik noch ein häufiges Phänomen.⁵⁹

Die Beobachtung, daß Arbeitslose, die Versicherungsleistungen erhielten, weit weniger moralischer Disqualifizierung ausgesetzt waren als Wohlfahrtsempfänger, war neben anderen Gründen ein Anlaß für Überlegungen, alle voll Berufsfähigen aus der kommunalen Fürsorge herauszulösen oder wenigstens als deutlich abgesonderte, von einer speziellen Behörde betreute Gruppe von den übrigen Hilfsbedürftigen zu trennen.⁶⁰ Im Gegensatz dazu erschien den Sachbearbeitern der zuständigen Reichsressorts die weitverbreitete Scheu vor dem Gang zum Wohlfahrtsamt als Faktor, der bei dem Zwang zu äußerster Sparsamkeit gegen die Aufgabe des dreigeteilten Systems und die Unterstützung aller aus der Versicherung ausgesteuerten Arbeitslosen in der Krisenfürsorge sprach.⁶¹

Die Furcht, bei der Inanspruchnahme von Wohlfahrtsleistungen als »Arbeitsloser zweiter Klasse« zu gelten und schlechter beurteilt und behandelt zu werden als die noch von der Versicherung unterhaltenen Leidensgefährten, war nicht völlig unberechtigt. Selbst in der Wohlfahrtsbehörde herrschte bei Beginn der Wirtschaftskrise die Meinung vor, die rasch wachsenden Anforderungen seitens Arbeitsfähiger seien weniger auf ökonomische Fehlentwicklungen als darauf zurückzuführen, »daß das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit für die Lebensgestaltung in breitesten Volksschichten rapide gesunken sei« und daß daher Arbeitnehmer im Vertrauen auf die Hilfe des Staates ihre Stellungen leichtfertig aufgaben. Die »vornehmste Aufgabe der Fürsorge diesen Personen gegenüber« müsse sein, durch erzieherische Maßnahmen ihren Arbeitswillen und »Gemeinschaftsinn« zu stärken, so daß sie bereit wären, alle Kräfte »zu werktätiger Arbeit« für die Allgemeinheit einzusetzen.⁶² Dieser pädagogische Impetus löste, wie die Beschwerde eines Stahlhelmers zeigte, selbst bei konservativen Unterstützungsempfängern Widerstand aus.⁶³ Es brauchte einige Zeit, bis sich bei den zuständigen Beamten die Erkenntnis Bahn brach, daß die Wohlfahrtserwerbslosen als »Opfer der Wirtschaftsnot« ohne eigenes Ver-

schulden auf öffentliche Hilfe angewiesen waren,⁶⁴ nun aber erlaubte die prekäre Finanzlage kein großzügigeres Verhalten.

Konkrete Nachteile ergaben sich aus den Vorurteilen gegenüber den Wohlfahrtserwerbslosen insbesondere bei den Bemühungen, wieder Arbeit für sie zu finden. Private Unternehmen bevorzugten bei den wenigen Neueinstellungen generell Arbeiter und Angestellte, die erst seit kurzer Zeit arbeitslos waren, weil sie an ein geregeltes Berufsleben noch gewöhnt und, wie man glaubte, den körperlichen und geistigen Anforderungen, die es stellte, am ehesten gewachsen waren. Aber auch bei staatlichen Stellen stieß die Wohlfahrtsbehörde auf erhebliche Voreingenommenheit, wenn sie Beschäftigungsmöglichkeiten für Fürsorgearbeiter suchte. Neben ausgewogenen, um eine gerechte Würdigung bemühten Berichten, in denen auf die objektiven Schwierigkeiten: Unternahrung, schlechte physische Verfassung, mangelnde Schulung und Erfahrung in der zuge teilten Arbeit, verwiesen wurde,⁶⁵ finden sich andere, in denen die Verfasser Unzuverlässigkeit, geringe Leistungsbereitschaft und politische Verhetzbarkeit der Wohlfahrtserwerbslosen a priori voraussetzten, ja ihre Kennzeichnung forderten, damit sie die regulären Staatsarbeiter nicht in Verruf brächten.⁶⁶

Wie sehr die Wohlfahrtserwerbslosen in Wirklichkeit nach sinnvoller Betätigung verlangten, zeigt die Tatsache, daß sie sich seit dem Winter 1930/31 auch zur Pflichtarbeit förmlich drängten, obwohl bei ihr anders als bei der Fürsorgearbeit kein Stundenlohn, sondern nur die Unterstützung und ein Taschengeld von 2,25 RM pro Woche gezahlt wurde.⁶⁷ Die tatsächlichen Handicaps nach langer Arbeitslosigkeit und die abweisende Haltung der privaten und öffentlichen Arbeitgeber führten aber dazu, daß die Aussichten, wieder in den Produktionsprozeß integriert zu werden, sehr gering waren. Selbst bei den sogenannten »Reichsnotstandsarbeiten«, die speziell zur Beschäftigung Arbeitsloser durchgeführt und größtenteils aus kommunalen Mitteln finanziert wurden, waren die Bezieher von Wohlfahrtsunterstützungen mit einer bedeutend niedrigeren Quote als den vorgesehenen 20 % beteiligt.⁶⁸ Ebenso brachte die Anordnung des Hamburger Senats, daß bei allen Staatsaufträgen zu 75 bzw. 90 % einheimische Erwerbslose zu beschäftigen seien, den langfristigen keineswegs den erwarteten Nutzen.⁶⁹ Beide Maßnahmen boten zudem immer nur für kurze Zeit eine Entlastung. Von den Vermittlungen in feste Stellen entfielen nach einer Aufstellung für die ersten fünf Monate des Jahres 1931 lediglich 5,2 bis 6,5 % auf Wohlfahrtserwerbslose, während sie etwa ein Viertel der Arbeitssuchenden stellten.⁷⁰ Je länger die Arbeitslosigkeit währte, desto mehr wuchsen Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, weil eine Änderung der Situation immer unwahrscheinlicher wurde.

Bedrängnisse der Arbeiter und Angestellten

Im Vergleich zu diesen Problemen waren die Nöte der noch beschäftigten Arbeitnehmer unbedeutend, wenn auch die prinzipielle Unsicherheit ihrer Situation bei der katastrophalen Lage des Arbeitsmarkts zu einer schweren Belastung wurde. Die Gefahr, selbst den Weg von der Arbeitslosenversicherung über die Krisenfürsorge zur kommunalen Wohlfahrtspflege anzutreten, war ständig gegenwärtig. Zudem verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen, da es angesichts der riesigen »Reservearmee« von Arbeitslosen keine Chance gab, unzumutbare Forderungen zurückzuweisen. Bei der harten Konkurrenz um jeden Auftrag setzten die Arbeitgeber alles daran, die Arbeitskraft des einzelnen so effektiv und billig wie möglich auszunutzen.⁷¹

Die Tariflöhne der meisten Arbeitergruppen verringerten sich zwar in Hamburg bis zum Oktober 1931 erst um etwa 5 % gegenüber dem Höchststand, während gleichzeitig die Lebenshaltung durch den Preisverfall um rund 10 % billiger wurde;⁷² dabei ist aber zu berücksichtigen, daß weder Überstundenvergütungen und Akkordzuschläge bei guter Beschäftigungslage noch die Verluste durch Arbeitszeitverkürzungen und Feierschichten erfaßt werden, so daß sich die Einkommensverhältnisse tatsächlich sehr viel ungünstiger entwickelten. Bereits im Februar 1930 war für fast ein Achtel der Hamburger Gewerkschaftsmitglieder Kurzarbeit angeordnet.⁷³ Einen gewissen Anhaltspunkt, um die finanzielle Situation der Arbeitnehmerfamilien einzuschätzen, bietet die Lohnsteuerstatistik. Danach wuchs die Zahl der Unbesteuerten, deren jährliches Gesamteinkommen unter 1200 RM blieb, bei gleichbleibend rund 580000 Pflichtigen zwischen 1928 und 1932 um mehr als die Hälfte von 198000 auf 312000 Personen.⁷⁴

Die Mehrzahl der Arbeitnehmer hatte nun für sämtliche Ausgaben höchstens einen Betrag zur Verfügung, den Arbeiterhaushalte der niedrigsten Einkommenskategorie mit weniger als 2500 RM im Jahr noch 1927 allein für Ernährung und Wohnung verbraucht hatten. Andere unvermeidliche Kosten für Heizung und Beleuchtung, Körper- und Gesundheitspflege, Versicherungen und Verkehrsmittel waren mit weiteren 395 RM zu Buch geschlagen, die gesamte Lebenshaltung hatte 2100 RM erfordert.⁷⁵ Seit dem Winter 1930/31 wurde von interessierten Kreisen, aber auch von den zuständigen staatlichen Stellen die Gefahr erörtert, daß die Löhne der ungelerten Arbeiter, insbesondere wenn sie Familien hatten, unter die Wohlfahrtsunterstützungen sinken könnten, daraus aber nicht auf die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen geschlossen, sondern der Abbau der Fürsorgeleistungen zur Diskussion gestellt.⁷⁶

Die Probleme der Angestellten waren zum größten Teil mit denen der Arbeiter identisch. Doch war die Ausgangslage relativ ungünstiger, gemessen an den als Bewertungskriterien noch lebendigen Vorkriegserfahrungen. Der Arbeiterschaft gelang es bis 1929/30, ihre realen Stundenlöhne bedeutend zu steigern, und auch das tatsächliche Gesamteinkommen war zweifellos größer als 1914, selbst wenn nach fundierten Schätzungen in länger-

fristiger Perspektive die Vorteile durch die vermehrte Arbeitslosigkeit fast wieder aufgehoben wurden.⁷⁷ Die übrigen Arbeitsbedingungen und die Rechtsstellung der Arbeiterschaft hatten sich ebenfalls verbessert, ihr politischer Einfluß war erheblich gewachsen. Demgegenüber erreichten die Angestellten in der Weimarer Republik nur knapp wieder die realen Vorkriegsgehälter; Einkommensverluste durch Erwerbslosigkeit sind dabei unberücksichtigt. Allerdings bieten solche Vergleiche wegen der starken Differenzierung der Angestelltenschaft, der Staffelung der Gehälter nach dem Alter und den individuellen Leistungen gerade bei dieser Gruppe beträchtliche Schwierigkeiten.⁷⁸ An den sozialpolitischen Errungenschaften, z. B. der allgemeinen Durchsetzung des Tarifvertrags, der Verbesserung des Arbeitsschutzes oder der Sicherung eines Minimums an Freizeit, hatte sie zwar Anteil, zugleich verlor ihr Beruf aber dadurch an Qualität, daß die in den Fabriken und Werkstätten schon früher einsetzende Tendenz zur Arbeitsteilung, Mechanisierung und Schematisierung der Vorgänge nun auch das Büro erreichte.⁷⁹

Dies hatte nicht nur Konsequenzen für die Struktur der Angestelltenschaft und ihre Bezahlung – in der unverhältnismäßig rasch wachsenden Gruppe gewannen vor allem die mit einfachen und eintönigen Tätigkeiten betrauten, wenig ausgebildeten Kräfte an Bedeutung –, sondern führte auch dazu, daß das Selbstverständnis, delegierte Unternehmerfunktion auszuüben und so an der Leitung des Betriebs beteiligt zu sein, der Realität immer weniger entsprach. Zugleich schwand für das Gros der Angestellten die Aussicht, einmal selbständig zu werden. Vielmehr trug eine beträchtliche strukturelle Arbeitslosigkeit in den Jahren nach der Währungsstabilisierung dazu bei, daß sie die Unsicherheit der Arbeitnehmersituation in ihrer ganzen Schwere erfuhren.⁸⁰

Wegen des Anspruchs auf höhere Bezahlung und besseren Kündigungsschutz hatten insbesondere »ältere« Angestellte von 35 oder gar 30 Jahren, wenn sie einmal erwerbslos geworden waren, nur geringe Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Zwar wurden sie in Hamburg wie in anderen Teilen des Reichs bei Einstellungen der Behörden bevorzugt. Selbst spezielle Notstandsarbeiten wurden hier für sie geschaffen. Diese Maßnahmen reichten aber nicht, die abweisende Haltung der privaten Arbeitgeber auszugleichen.⁸¹ Nach einer Untersuchung des Arbeitsamts Hamburg waren Mitte Februar 1929 im Stadtgebiet von den 5311 arbeitsuchenden Angestellten 53 % älter als 35 Jahre und damit nur noch schwer zu vermitteln. Fast 20 % der gemeldeten männlichen kaufmännischen und Büroangestellten waren länger als ein Jahr, etwa 40 % seit mehr als einem halben Jahr erwerbslos.⁸² Die gesamte Gruppe der Angestellten war eher weniger von Erwerbslosigkeit betroffen als die Arbeiterschaft,⁸³ doch widersprach dieses Schicksal so sehr dem traditionellen Berufsbild, daß es besonders schwer empfunden und auch in der Öffentlichkeit stark beachtet wurde. Während die Arbeiterschaft am Vorabend der Weltwirtschaftskrise das Gefühl haben konnte, in der Republik trotz aller Schwierigkeiten beachtliche Fortschritte erzielt zu haben, sah die Mehrzahl der Angestellten keinen

Grund, zufrieden auf die Zeit seit dem Zusammenbruch des alten Staates zurückzublicken.

Nach der Tarifstatistik bezogen Angestellte 1929, als die Arbeitnehmer-einkommen ihren höchsten Stand erreichten, durchschnittliche Mindestgehälter von 222 RM im Monat,⁸⁴ also nur wenig mehr als gelernte Arbeiter, die es auf durchschnittlich 217 RM brachten.⁸⁵ In die niedrigste Gehaltsgruppe eingereihte, schematische Tätigkeiten verrichtende Angestellte (z. B. Karteiführer, Listenschreiber) verdienten 127 RM, die der nächsten Gruppe (z. B. Verkäufer und zweite Buchhalter) 176 RM. Erst Sekretäre und andere teilweise selbständig arbeitende Angestellte hatten im Durchschnitt 255 RM im Monat, Bilanzbuchhalter und gleich eingruppierte Kollegen erhielten rund 330 RM, und selbst leitende Angestellte – wozu nur etwa 10 % der Männer und 1 % der Frauen gehörten⁸⁶ – mußten sich mit 361 RM begnügen. Durch Zulagen und Gratifikationen waren die gesamten Einkünfte nur unbedeutend größer.⁸⁷ 43 % der vom DHV erfaßten männlichen kaufmännischen Angestellten und sogar 81 % der nur in der GDA-Erhebung berücksichtigten weiblichen Angestellten blieben mit ihren Durchschnittsgehältern hinter der Grenze von 2400 RM im Jahr zurück, die zeitgenössischen Sozialwissenschaftlern als *ein* Kriterium für die Zugehörigkeit zum Proletariat galt.⁸⁸ 25,4 % der männlichen und 54,2 % der weiblichen Angestellten erwarben durch ihre Arbeit nicht einmal das Existenzminimum von 1800 RM im Jahr. Besonders ungünstig war die Situation der jüngeren Angestellten und der Frauen, die gegenüber ihren männlichen Kollegen nicht nur durch die oft erheblich geringere Bezahlung gleicher Leistungen, sondern darüber hinaus auch durch die übliche schlechtere Einstufung benachteiligt waren.⁸⁹ Wegen der starken Differenzierung der Gehälter nach dem Alter erreichten aber auch männliche Angestellte das durchschnittliche Einkommen eines Facharbeiters erst mit 26 Jahren,⁹⁰ also zu einem Zeitpunkt, in dem das Risiko der Erwerbslosigkeit schon wuchs.

Am besten bezahlte die Industrie ihre Angestellten, während der Großhandel, das Verkehrsgewerbe und besonders der Kleinhandel hinter dem Durchschnitt zurückblieben.⁹¹ Da gerade diese drei Wirtschaftsgruppen in Hamburg eine hervorragende Rolle spielten, ging es dem Gros der Angestellten hier schlechter als ihren Kollegen in anderen Teilen des Reichs. Nach den Feststellungen des GDA rangierte Hamburg, wenn man die Einkommensverhältnisse der Privatangestellten als Maßstab wählt, unter 18 Großstädten vor Königsberg an zweitletzter Stelle.⁹² Fast 40 % der erfaßten Mitglieder verdienten nicht mehr als 200 RM im Monat. Schon vor dem Krieg hatte die Hansestadt »in bezug auf Gehälter und sonstige Arbeitsbedingungen« unter Angestellten »nicht im besten Ruf gestanden«.⁹³ Auch in der Weimarer Republik zeichneten sich die dortigen Arbeitgeber durch besondere Härte und Unnachgiebigkeit gegenüber den Gehaltsforderungen der Angestellten aus. Symptomatisch dafür war, daß gesetzwidrige Tarifunterschreitungen häufiger vorkamen als anderswo.⁹⁴ Bei dieser Intransigenz wirkte sich aus, daß Übersee- und Handelsfirmen generell unter Krieg

und Inflation schlimmer gelitten hatten als die Industrie und zudem im Konkurrenzkampf mit dem Ausland an geringen Lohnkosten stärker interessiert waren als für den Binnenmarkt produzierende Unternehmen.

In der Weltwirtschaftskrise bestätigte sich die Erfahrung, daß Angestellte in Depressionen wegen der längeren Kündigungsfristen und anderer Schutzbestimmungen weniger leicht entlassen, nach dem Wiederanstieg der Konjunktur aber auch langsamer wieder in den Arbeitsprozeß eingliedert werden als Arbeiter. Zwar wurden die Angestellten in Hamburg wie schon in den Jahren vor dem Beginn der großen Krise weit stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als in anderen Teilen des deutschen Reichs: 1932 suchte hier jeder Vierte von ihnen, sonst dagegen nur jeder Achte eine Stelle.⁹⁵ Nach dem Inkrafttreten der verschiedenen den Außenhandel erschwerenden agrarprotektionistischen Maßnahmen und insbesondere nach der Abwertung der britischen Währung seit Ende September 1931 hatten Hamburger Firmen ihren Angestellten massenweise gekündigt.⁹⁶ Bei einzelnen Gruppen wie den technischen Angestellten waren nach einschlägigen Schätzungen schon 1930 23 % bis 25 % erwerbslos; nicht einmal 2 % der Absolventen der Technischen Staatslehranstalten hatten seit 1929 in ihrem Beruf unterkommen können.⁹⁷ Dennoch erreichte, wie die Berufszählung von 1933 ergab, auch in Hamburg die Erwerbslosigkeit bei den Angestellten insgesamt mit 26,9 % nicht annähernd dasselbe Ausmaß wie bei den Arbeitern, von denen 46 % unfreiwillig aussetzen mußten.⁹⁸

Dagegen teilten die Angestellten, was die Einkommensverhältnisse und die übrigen Arbeitsbedingungen betraf, voll und ganz das Schicksal der anderen großen Arbeitnehmergruppe. Es begann 1930 mit dem Abbau der tariflich nicht festgelegten Leistungs- und Sozialzulagen, die bis dahin bei den männlichen Kaufmannsgehilfen im Durchschnitt etwa 13 % der Gesamteinkünfte ausgemacht hatten.⁹⁹ Die Tarifgehälter selbst wurden bis Mai 1931 in Hamburg im Groß- und Einzelhandel um 5 bis 6 % reduziert.¹⁰⁰ Auch gewannen Tarifverletzungen an Bedeutung. Nichtorganisierte Angestellte, die sich auf »Haustarife« eingelassen hatten, mußten erheblich größere Senkungen hinnehmen, so bei Blohm und Voß ab 1. Juli 1931 um 20 %.¹⁰¹ Durch Kurzarbeit verlor zusätzlich etwa ein Drittel der Angestellten rund 15 % des Gehalts, obwohl diese unmittelbare Kopplung von Arbeitszeit und Bezahlung dem Prinzip der monatlichen Vergütung der Leistungen widersprach.¹⁰² Schwerer noch als die materielle Einbuße empfanden Angestellte aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen, daß sie durch die gerichtliche Sanktionierung dieses Verfahrens in ihrem erstrebten beamtenähnlichen Status beeinträchtigt und den gleichen Bedingungen wie die stundenweise entlohnten Arbeiter unterworfen wurden.

1932 mußten die Organisationen angesichts der großen Zahl erwerbsloser Angestellter, die fast jedes Gehaltsangebot zu akzeptieren bereit waren, dann Tarifsätzen zustimmen, die im Hamburger Groß- und Einzelhandel um 20 % unter denen von 1930 lagen. Diese Kürzungen überstiegen das im Reichsdurchschnitt übliche Maß, so daß sich die Benachteiligung der Ham-

burger Angestellten gegenüber ihren Kollegen in anderen Regionen verschlimmerte.¹⁰³ Insgesamt verloren sie in der Hansestadt in der Weltwirtschaftskrise, wenn sie voll beschäftigt waren, etwa ein Drittel, wenn sie nur verkürzt arbeiten durften, fast die Hälfte der früheren Bezüge. Die Nettoeinkommen entwickelten sich infolge der gestiegenen Belastung mit Steuern und sozialen Abgaben sogar noch ungünstiger. Dabei hatten Angestellte, um gewisse kulturelle Bedürfnisse befriedigen zu können, schon bevor der Gehaltsabbau einsetzte, ihre Ernährung vernachlässigt. Da die physiologisch entbehrlichen Ausgaben nur 20 % des Budgets ausmachten, gingen die nun notwendigen Einsparungen auf Kosten der Gesundheit.¹⁰⁴

Sorgen der Beamten

Angesichts dieser prekären Verschlechterung der Lebensverhältnisse wuchs in der Angestelltenschaft der Neid auf die Beamten, die vielfach ähnliche Tätigkeiten verrichteten, durch die Sicherheit des Arbeitsplatzes aber gerade in der Weltwirtschaftskrise privilegiert waren. Insbesondere Behördenangestellte empfanden es als Ungerechtigkeit, daß sie dieselben Einkommensverluste erlitten wie die Beamten, zugleich aber ständig die Entlassung befürchteten und daher – wie die Arbeiter – weitere 3¼ % ihrer Bezüge an die Arbeitslosenversicherung abführen mußten. Allerdings wurde in Hamburg im Hinblick auf die negativen Erfahrungen nach der Inflation ein neuer rigoroser Abbau von Angestellten vermieden und ihre Zahl durch Einsparung frei gewordener Stellen lediglich 1930 vorübergehend um 400 vermindert.¹⁰⁵

Auch konnten Beamte keineswegs mehr uneingeschränkt auf ihre Weiterbeschäftigung vertrauen. Durch die 2. Verordnung zur Sicherung des hamburgischen Staatshaushalts verschaffte sich der Senat am 1. Oktober 1931 die Möglichkeit, Beamte nicht nur wie bisher bei Aufhebung oder Reorganisation des von ihnen verwalteten Amtes, sondern sobald es keine Verwendung für sie gab, in den Wartestand zu versetzen.¹⁰⁶ Im August bereits hatte die Bürgerschaft einem Senatsantrag entsprechend das Pensionsalter von 65 auf 63 Jahre herabgesetzt.¹⁰⁷ Der damit verbundene Verlust von mindestens 25 % des Gehalts bedeutete für viele, die im Vertrauen auf sichere, vorausberechenbare Bezüge langfristige Verpflichtungen eingegangen waren, eine große Härte. Diese Maßnahme trug entscheidend dazu bei, daß von Anfang 1929 bis 1933 1961 Beamte eingespart werden konnten, mehr als bei der durch Reichsgesetz vorgeschriebenen berichtigten Personalverminderung nach der Inflation.¹⁰⁸

Die stärkste Beunruhigung lösten in der Beamtenschaft die vier in kurzen Abständen einander folgenden Gehaltskürzungen und die in der Zwischenzeit anhaltenden Auseinandersetzungen und Gerüchte über bevorstehende weitere Einschränkungen aus. Die finanziellen Einbußen als solche in Höhe von 14 bis 25 % im Verlauf des Jahres 1931 bzw. 19 bis 27 % seit Anfang 1932 waren etwas geringer als bei der Mehrzahl der Privatange-

stellten und Arbeiter. Der Realwert des Gehalts sank in Hamburg sogar nur wenig oder gar nicht unter das durch die Besoldungsreform im Herbst 1927 erreichte Niveau.¹⁰⁹ Allerdings machten Beamtenvertreter mit Recht geltend, daß die Einkommensverhältnisse bei dieser Betrachtungsweise als zu günstig erschienen, weil im amtlichen Index der Lebenshaltungskosten die fallenden Preise für Nahrungsmittel und Bekleidung übermäßig stark in Erscheinung traten, dagegen die steigenden Steuern und Versicherungsbeiträge gar nicht erfaßt, die Mieten zu gering veranschlagt und insbesondere auch die Ausgaben für die Ausbildung der Kinder nicht berücksichtigt waren,¹¹⁰ die nach dem Zusammenbruch der öffentlichen Finanzwirtschaft durch Schul-, Studien- und Kolleggelderhöhungen gerade die Etats von Angestellten- und Beamtenfamilien schwer belasteten.

Ferner ist zu bedenken, daß die Ausgangslage für die meisten Beamtengruppen ungünstiger war als für die privaten Arbeitnehmer. Bis zum Oktober 1927 konnten Reichsbeamte, wenn sie keine Familie hatten, nicht einmal nominell über dieselben Einkünfte verfügen wie vor dem Krieg.¹¹¹ In Hamburg erhielten nur die unteren Gruppen bis zum Inspektor höhere Beträge. Der Kaufkraft nach hatten aber auch sie 20 bis 30% weniger als 1914, während die übrigen Beamten Verschlechterungen um 40 und mehr Prozent hinnehmen mußten.¹¹² Da eigene Ersparnisse oder Rücklagen der Familie größtenteils in der Inflation verlorengegangen waren, zwangen selbst kleinere notwendige Anschaffungen, z. B. eines Anzugs, eines Mantels oder eines Paares Schuhe, familiäre Ereignisse wie Taufe, Konfirmation, Hochzeit oder Beerdigung, Krankheiten und Unglücksfälle, Schulden einzugehen. Eltern oder andere Angehörige konnten seltener helfen, mußten vielmehr infolge völliger Verarmung durch die Geldentwertung häufig unterstützt werden.

Wie eine Rundfrage des Deutschen Beamtenbundes bei den Beamtenbanken und -sparvereinen 1927 ergab, hatte die Mehrzahl der Mitglieder, abgesehen von den üblichen Gehaltsvorschüssen und Kontoüberziehungen, Darlehen von zumeist 100 bis 300 RM aufgenommen.¹¹³ Höhere Beamte waren weniger, mittlere und untere zu 70 und 80% verschuldet.¹¹⁴ Beigefügte Haushaltsrechnungen zeigten, daß im allgemeinen nicht besondere Vorhaben wie der Bau eines Eigenheims die Ursache für das Kreditverlangen waren, sondern die Unmöglichkeit, von den regulären Bezügen außer einer guten Ausbildung der Kinder oder zumindest des ältesten Jungen auch nur den bescheidensten Lebensbedarf zu bestreiten. Kleine unerwartete Ausgaben genügten oft, um die vereinbarte Rückzahlung von 10, 15 oder 20 RM im Monat zu gefährden.¹¹⁵ Erschwert wurden die finanziellen Sorgen durch die Verpflichtungen aus Ratenkäufen, die gerade bei den Beamten mit ihren ungenügenden, aber bis zur Ära Brüning festen, vorhersehbaren Einkünften eine große Rolle spielten. Den grundlegenden Wandel ihrer Situation seit der Vorkriegszeit empfanden die Beamten nur zu deutlich. Ein fünfundvierzigjähriger Oberinspektor, der seit 1909 kontinuierlich Buch führte und alle Belege aufbewahrte, berichtete z. B., daß er früher alljährlich etwa 1100 RM sparen konnte, während sich

nun seine Schulden um fast denselben Betrag ebenso regelmäßig vermehren.¹¹⁶

Obwohl die Besoldungsreform vom Oktober/Dezember 1927 die Etats des Reichs, der Länder und Gemeinden erheblich belastete und daher von vielen als übertrieben abgelehnt wurde, verringerten sich die materiellen Probleme der Beamten nicht entscheidend. Die Verbesserungen reichten nicht aus, um in den drei Jahren bis zum Beginn der Sonderbesteuerungen und Gehaltssenkungen ihre Finanzverhältnisse zu sanieren. In Hamburg konnten höhere Beamte noch immer nicht ganz dieselben Beträge verbuchen wie vor dem Krieg. Ihre Kaufkraft nahm zwar durch die Gehaltserhöhung um 3 bis 6 % zu, blieb aber trotzdem um 35 bis 41 % hinter der früheren zurück. Auch untere und mittlere Beamte mußten sich weiterhin mit einem geringeren Lebensstandard als 1914 begnügen; die durchschnittlichen Realgehälter beliefen sich auf 70 bis 80 % bzw. 80 bis 90 % der damaligen Bezüge.¹¹⁷

Der Senat geriet dadurch der Reichsregierung gegenüber ins Dilemma: Obwohl die Gehälter der verschiedenen Beamtengruppen unverkennbar höher waren als die vergleichbarer Reichsbeamten, konnte er dem beständigen Drängen nach Anpassung, d. h. Kürzung, nicht nachgeben, sollte nicht ein politisch gefährliches übergroßes Gefälle zwischen der früheren und der gegenwärtigen Bezahlung entstehen und die Loyalität der Beamten gegenüber dem neuen Staat einer unerträglichen Belastungsprobe unterzogen werden.¹¹⁸ Zudem waren die Hamburger Beamten nach Meinung des Senats infolge ihrer ungünstigeren Eingruppierung und schlechteren Aufstiegschancen tatsächlich ihren Kollegen gegenüber nicht im Vorteil. Erst der Zusammenbruch der Staatsfinanzen und die Abhängigkeit von der Hilfe des Reichs boten dem Kabinett Brüning dann die Möglichkeit, seinen Willen auch in diesem Punkt durchzusetzen und die Angleichung der hamburgischen Besoldungsordnung zum 1. Oktober 1931 zu erzwingen.¹¹⁹

Der Gehaltsabbau im Lauf der Deflationskrise machte die Hoffnung der Beamten auf eine allmähliche Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zunichte. Da die Gehälter meist bis zum letzten Pfennig verplant waren, führten Kürzungen, selbst wenn sie geringer waren als die Einkommensverluste anderer Bevölkerungsgruppen, wie auch seit dem Sommer 1931 die unerwartete ratenweise Auszahlung der Bezüge zu kaum lösbaren Problemen. Zusätzliche Schwierigkeiten ergaben sich durch die prekäre Lage der Beamtenbanken. Da sie im allgemeinen keine reichsbankfähigen Papiere besaßen, sondern als Sicherheiten und Liquiditätsreserve nur die Forderungen an die Mitglieder und die regelmäßigen Gehaltsüberweisungen hatten, mußten sie ihre Zahlungsfähigkeit nach dem Bankenkraich im Juli 1931 dadurch zu sichern versuchen, daß sie das Darlehensgeschäft drastisch einschränkten, auf genauer Einhaltung der vereinbarten Konditionen bestanden und laufende Kredite vorzeitig kündigten.¹²⁰

Manche höheren Beamten konnten den Einnahmeausfall durch Verzicht auf eine Haushaltshilfe, Untervermietung von Wohnraum, Streichung der Ausgaben für Erholung, Unterhaltung und kleine Genüsse zum Teil aus-

gleichen. Aber auch von ihnen mußten viele die ohnehin nicht üppige Ernährung einschränken und verschlechtern, die Wohnung wechseln, die Unterstützungen für hilfsbedürftige Verwandte verringern oder einstellen und sogar die Aufwendungen für die Erziehung der Kinder reduzieren.¹²¹ Den niedriger besoldeten Gruppen blieben fast nur diese Möglichkeiten.¹²² Dem Hamburger Senat erschien es im Sommer 1932 zweifelhaft, ob die Beamtenschaft nach »drei Gehaltskürzungen und Übergang zur Dekadenzahlung« der Forderung des Reichsgerichts nach »einer geordneten Lebensführung in wirtschaftlicher Beziehung« noch genügen könne. »Selbst die unmittelbaren Lebensbedürfnisse wird der Beamte«, so hieß es in der Denkschrift weiter, »heute kaum noch immer bar bezahlen können. Auch Beamte mit größerem Gehalt können den Verpflichtungen, die sie in besseren Zeiten mit Rücksicht auf ihre amtliche Stellung und im wohlbegründeten Vertrauen auf ihr gesichertes Gehalt, nicht etwa leichtsinnigerweise, übernommen haben, vielfach nicht mehr nachkommen, ohne daß es in ihrer Macht steht, sich von derartigen Lasten (z. B. Grundstückslasten) frei zu machen.« Weitere Entbehrungen seien ihnen nicht zuzumuten, »wenn Verwaltung und Justiz sauber« bleiben sollten.¹²³

Zu den materiellen Sorgen kamen andere Belastungen: Um die Personalausgaben zu senken, war der Senat entschlossen, die Arbeitskraft der Beamten und Angestellten bis zum äußersten auszunutzen. Dies gab er ausdrücklich als Grund für die geplante Herabsetzung der Altersgrenze für die Pensionierung an. Die Fülle der Aufgaben, die infolge der Weltwirtschaftskrise an den Staat heranträten, sei mit dem stark verringerten Personal nur zu bewältigen, wenn besondere Anforderungen an »Spannkraft und Anpassungsfähigkeit« jedes einzelnen gestellt würden.¹²⁴ Generell wurde die Arbeitszeit verlängert und der Urlaub verkürzt. Beamte und Angestellte von Behörden, die in starkem Maß mit den finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Depression konfrontiert waren, konnten ihr Arbeitspensum ohnehin nur in zahllosen Überstunden oft unter Aufbietung der letzten physischen und psychischen Reserven leisten. Den Menschen, die beim Staat Hilfe suchten oder auch unbezweifelbare Ansprüche geltend machten, erschienen sie aber wegen der geringen Möglichkeiten, die ihnen die Finanzmisere ließ, zumeist als Gegner. Die Ressentiments gegen die Beamten wuchsen und erfaßten breitere Schichten der Bevölkerung.

Im Kampf gegen ihre angebliche Überbürdung mit Steuern hatten Wirtschaftskreise in den vergangenen Jahren immer wieder gegen die Aufblähung der öffentlichen Verwaltung sowie die Bürokratisierung der Entscheidungsprozesse polemisiert und damit vor allem bei manchen kleinen und mittleren Unternehmern Vorurteile gegen die, wie man in völliger Verkennerung der tatsächlichen Lage glaubte, übermäßig gut bezahlten Beamten geweckt.¹²⁵ Die langwierigen, mehrere Regierungskrisen auslösenden Auseinandersetzungen um ein »Notopfer« der Festbesoldeten in den Frühjahrs- und Sommermonaten 1930¹²⁶ ließen die beamtenfeindliche Stimmung anschwellen. Der hartnäckige Widerstand der Organisationen und der DVP gegen den für Außenstehende durchaus erträglich erscheinenden Ge-

haltsabzug von 4 %, später 2½ % mußte aufreizend wirken in einer Zeit, in der andere Gruppen unter Arbeitslosigkeit und zum Teil erheblich höheren Einkommensverlusten litten. Vor den Reichstagswahlen am 14. September entfesselten politische und wirtschaftliche Zusammenschlüsse des Mittelstands eine solche Kampagne gegen die Beamten, daß deren Verbände Abwehraktionen wie den Boykott des freien Gewerbes zugunsten genossenschaftlicher Unternehmen erwogen und Industrie- und Handelskammern sich genötigt sahen, mäßigend einzugreifen.¹²⁷

Ihr Einfluß reichte, von Organisationen vorgetragene Angriffe einzudämmen, die latente Feindseligkeit gegen die Beamten konnten sie nicht beseitigen. Je stärker die Wirtschaftskrise die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in ihrer Existenz bedrohte, desto leichter verleitete der Neid auf die gesicherte Position der Beamten, nicht nur ihre materielle Lage im rosigsten Licht zu sehen, sondern auch ihre Leistungen gering zu achten und sie als nutzlose Schmarotzer abzuqualifizieren. So fragte ein anonym er »im schwersten wirtschaftlichen Kampf Stehender« in einem Schreiben an Bürgermeister Roß, nachdem er die Misere der Arbeitnehmer und der »sogenannten Selbständigen« eindringlich geschildert hatte: »Mit welchem Recht ist der Beamte von aller wirtschaftlichen Not befreit, mit welchem Recht ist er bei dem Kampf ums Dasein nur Zuschauer, nein, nicht nur Zuschauer, sondern die um ihre Existenz Ringenden müssen ihm sein Gehalt, seine Pension zahlen.« Solange nicht jeder arbeitswillige Mensch vor materieller Not geschützt werden könne, so schloß der Einsender, dürfe auch »der Beamte keine Ausnahme bilden und [...] nicht auf seine »wohl-erworbenen« Rechte pochen«. ¹²⁸ Weniger zurückhaltende Mittelstandsvertreter wie neben vielen anderen der Reichstagsabgeordnete Drewitz der Wirtschaftspartei ließen sich zum Vergleich der Beamten mit »Maden, die ins Feuer fliegen« müßten, und ähnlichen auch in Hamburg empört registrierten Diffamierungen hinreißen.¹²⁹ Im Juni 1931 versuchten ebenfalls anonym bleibende Kreise, durch eine Unterschriftensammlung bei Hamburger Firmen die Handelskammer zu bewegen, auf eine 30 %ige Kürzung aller Beamtengehälter und eine völlige Einstellungs- und Beförderungssperre hinzuwirken. Die Begründung war bezeichnend für die affektgeladene Blindheit für die Realität außerhalb des eigenen Interessenbereichs: Während »die Wirtschaftslage immer trostloser« werde und »eine Firma nach der anderen dem Ruin« entgegengehe, schwelle »der Behördenapparat immer gewaltiger an«, so wurde behauptet. Es werde »drauflos gewirtschaftet, als ob wir im vollen säßen«. ¹³⁰

Die Beamtenschaft geriet auf diese Weise in der Depression von zwei Seiten her unter Druck: Die Gehalts- und Pensionskürzungen sowie die drastische Einschränkung der Notstandsbeihilfen brachten sie in schwere materielle Bedrängnis. Zugleich aber war sie dem Neid und den Anfeindungen großer Bevölkerungsgruppen ausgesetzt, verlor auf jeden Fall in starkem Maß an sozialem Ansehen. Die Regierung Brüning tat wenig, um dieser Entwicklung zu begegnen, schien vielmehr mit manchen Bestimmungen und vor allem der diktatorischen Form ihres Vorgehens den Res-

sentiments gegen den öffentlichen Dienst Rechnung zu tragen, ohne Rücksicht darauf, daß sie die verhandlungsbereiten Leitungen der Beamtenverbände dadurch in den Augen der Mitglieder desavouierte.¹³¹

Probleme der selbständigen Gewerbetreibenden und Grundeigentümer

Ähnlich wie bei den Beamten und Angestellten ergaben sich für die selbständigen Gewerbetreibenden besondere Probleme dadurch, daß der Anspruch, sich als »Mittelstand« vom Proletariat abzuheben, der äußerst bedrückten ökonomischen Lage zumeist kraß widersprach, sie aber zwang, den Schein einer nach ihren Maßstäben »normalen« gehobenen Lebensführung solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Wie in den Abschnitten über die Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftssektoren gezeigt wurde, verdient selbst 1928 90 % der Handwerksmeister und sicher ebenso viele Einzelhändler weniger als 3000 RM im Jahr, also kaum mehr als Facharbeiter; durch Umsatzrückgänge um durchschnittlich 40 % und in besonders benachteiligten Branchen um 80 bis 95 % verloren sie in der Weltwirtschaftskrise wie diese den zum Lebensunterhalt nötigen Erwerb.¹³² Seit Anfang 1929 beobachtete das Arbeitsamt Hamburg, daß ein erheblicher Teil der neuen Bewerber um Angestelltenposten früher eine selbständige Tätigkeit ausgeübt hatte. Fast 40 % von ihnen hatten mehr als zehn, weitere 28 % mehr als fünf Jahre ein eigenes Geschäft besessen.¹³³ Diese Zahlen widerlegen die Auffassung der Kammern, daß überwiegend unerfahrene, aus anderen Berufen in das selbständige Gewerbe eingedrungene Personen ausgeschaltet würden und daß dieser »Reinigungsprozeß« nicht durch die Beihilfen der Wohlfahrtsbehörde zu den unzulänglichen Betriebseinnahmen aufgehalten werden dürfe.¹³⁴

Die Unterstützungsanträge von Handwerkern und Detaillisten nahmen seit dem Sommer 1931 deutlich zu, und nach der Pfundabwertung Ende September mußten selbst »Großkaufleute« um öffentliche Hilfe bitten.¹³⁵ Je näher der wirtschaftliche Ruin rückte, desto verzweifelter versuchten aber alle Gruppen des »Mittelstands«, den sozialen Status zu wahren. »Verschämte Armut« war in diesen Kreisen besonders häufig; das Eingeständnis, die Not allein nicht meistern zu können, erschien als persönliche Katastrophe, als nicht wieder gut zu machendes Urteil über ein verfehltes Berufsleben. Die Gleichstellung mit Arbeitern und Angestellten vor den Schaltern der Behörden wurde von vielen als unerträgliche Schande empfunden; noch mehr freilich scheuten sie sich, vor den »Standesgenossen« ihr Elend zu offenbaren. So war ein von der Wohlfahrtsbehörde unterstützter Makler zwar durchaus bereit, seinen Gewerbeschein zu hinterlegen, lehnte es aber ab, sich vor der Handelskammer »quasi zu decouvrieren [. . .], der Stelle, von der ich so ungefähr mein Todesurteil zu erwarten habe«.¹³⁶

Für viele dieser Angehörigen des gewerblichen Mittelstands, Unternehmer, höhere Beamte, Kleinrentner wurde die Lage dadurch erschwert, daß

sie als Grundbesitzer zusätzliche Verluste erlitten. Bei der Not breiter Bevölkerungsschichten gingen die Mieten oft nicht pünktlich ein, mußten gesenkt oder erlassen werden, da die Bewohner sie trotz besten Willens nicht aufbringen konnten. Versuche, Mieten mit Hilfe der Gerichte einzutreiben, verursachten erhebliche und nicht selten sinnlose Kosten. Zwangsräumungen nützten wenig, da gewerbliche Räume sowie mittlere und größere Wohnungen ohnehin kaum zu vermieten waren. Viele Familien suchten im Gegenteil ihre finanziellen Lasten dadurch zu erleichtern, daß sie in kleinere Wohnungen oder zu Verwandten zogen. Nachdem die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 den Mietern ein außerordentliches Kündigungsrecht zum 31. März 1932 eingeräumt hatte, nahm diese Bewegung stark zu.¹³⁷

1933 hatte sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen gegenüber 1929 verfünffacht. 73 % der 7336 ungenutzten Wohnungen hatten drei und mehr Zimmer außer der Küche. An sich war die Quote der nicht vermieteten Wohnungen mit 2,2 % noch immer bedeutend niedriger als vor dem Krieg, als 6,8 % leer standen (1910), aber im Vergleich zu der minimalen Reserve von 0,23 % bis 0,38 % in den zwanziger Jahren war sie doch recht hoch.¹³⁸ Je mehr fremdes Kapital in den Immobilienbesitz investiert war – dies galt insbesondere auch für Eigenheimbesitzer –, desto schwerer wogen für die Eigentümer in der Deflationskrise dieselben Probleme wie für alle Schuldner: Die als Sicherheit dienenden Sachwerte sanken im Preis, so daß die Hypotheken notleidend werden konnten, selbst wenn sich die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer sonst in keiner Weise geändert hatte. Forderungen der Banken nach zusätzlichen Garantien konnten in den seltensten Fällen erfüllt werden. Gegen Zwangsversteigerungen waren Grundbesitzer seit Mitte 1931 allerdings durch die Vorschriften zur Regelung des Zahlungsverkehrs de facto und durch die Notverordnung vom 8. Dezember auch de jure eine Zeitlang geschützt.¹³⁹

Überhaupt trugen sowohl die Reichsregierung als auch der Hamburger Senat ihren Nöten mehr Rechnung als den Sorgen mancher anderer Gruppen. Durch die Senkung der gesetzlich geregelten Mieten um 10 % und das außervertragliche Kündigungsrecht, das die Möglichkeit bot, die übrigen Mieten ebenfalls herabzudrücken, beeinträchtigte das Kabinett Brüning zwar auch die Interessen der Immobilienbesitzer, bemühte sich zugleich aber, ihnen durch zwangsweise Herabsetzung der Zinsen und generelle Verlängerung der Hypotheken und Grundschulden bis Ende 1933 einen Ausgleich zu gewähren.¹⁴⁰ Früher schon war es ihnen durch Ermäßigung der Grundsteuer um 10 %, in Hamburg um 5 %, zum 1. April 1931 sowie die Reduzierung der Hauszinssteuer um 20 % mit Beginn des Rechnungsjahres 1932 entgegengekommen.¹⁴¹ Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erhielten sie Gelegenheit, sich durch einmalige Zahlung des dreifachen Jahresbetrags völlig von dieser Steuer zu befreien.¹⁴² Gleichzeitig wurde die staatliche Bewirtschaftung des Wohnraums zum Schutz der Mieter für größere Objekte sowie gewerblich genutzte Flächen aufgehoben und die endgültige Beseitigung aller einengenden Gesetze für das übernächste Rechnungsjahr in Aussicht gestellt.

Die überaus scharfen Polemiken der Grundeigentümer gegen die Regierungen und Parlamente der Weimarer Republik sind daher nicht als Reaktion auf eine besondere Benachteiligung zu verstehen, sondern nur als Fortsetzung des jahrelangen Kampfes gegen die Steuerbelastung und die Beschränkung der Verfügungsgewalt über ihren Besitz aus sozialen Gründen. Bei dem starken Wohnungsmangel in der Nachkriegszeit in Hamburg, der während der Weltwirtschaftskrise nur vorübergehend dadurch verdeckt wurde, daß viele potentielle Interessenten sich ein eigenes Domizil nicht leisten konnten oder gar aus der unwirtlich gewordenen Großstadt abwanderten, wären die Mieten ohne gesetzliche Bindung für das Gros der Bevölkerung unerschwinglich gewesen.

Mit Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwächeren bewilligte die Bürgerschaft demgegenüber für Altbauten nur 124 % der Friedensmiete, gewährte den Grundeigentümern also nicht einmal einen vollen Ausgleich für die seither eingetretene ca. fünfzigprozentige Entwertung der Mark. Bei den aus öffentlichen Mitteln geförderten Neubauten – 98 % aller Vorhaben – konnte die staatliche Beleihungskasse für Hypotheken auf die Höhe der Mieten und die Vergabe der Wohnungen nach sozialen Kriterien Einfluß nehmen. 32 % der Friedensmiete waren nach der gesetzlichen Regelung für Instandsetzungskosten und etwa 20 % für den Zinsendienst vorgesehen; 14 % mußten seit dem 1. April 1930 als Grundsteuer und 47 % als Hauszinssteuer bezahlt werden, sofern die Grundstücke vor dem Krieg mit mehr als 40 % ihres gemeinen Werts belastet waren. Für gar nicht belastete Grundstücke wurden 10 % und für geringer verschuldete 15 bis 30 % der Friedensmiete erhoben.¹⁴³ Diese Staffelung entsprach der Intention, durch die Hauszinssteuer die Gewinne zu erfassen, die Grundeigentümer dadurch erzielt hatten, daß ihre Hypothekenbelastung durch die Inflation im allgemeinen um 75 % reduziert worden war, wenn sie die Schulden nicht überhaupt in wertlosem Papiergeld zurückgezahlt hatten. In Hamburg waren nach kompetenter Schätzung vor dem Krieg zu 80 % fremde Mittel in den Grundbesitz investiert worden, so daß die Erwerber erheblichen Nutzen von der Inflation hatten.¹⁴⁴ 56 % der Mieteinnahmen hätten sonst für die Verzinsung der Anleihen aufgewandt werden müssen.¹⁴⁵

Im Hinblick darauf waren die Höhe der Hauszinssteuer und der relativ kleine Betrag, der den Grundeigentümern zur Deckung der Betriebs- und Verwaltungskosten und als Rendite des Eigenkapitals blieb, durchaus angemessen. Bei besonderer Notlage, wenn Wohnungen leer standen oder Mietrückstände wegen Erwerbslosigkeit der Wohnungsinhaber ganz oder teilweise erlassen werden mußten, ermäßigte die Finanzdeputation die Steuer entsprechend. Auch erleichterte sie Reparaturen und Umbauten, indem sie Aufwendungen, die über den in der gesetzlichen Miete für diesen Zweck vorgesehenen Prozentsatz hinausgingen, auf die fällige Steuer anrechnete.¹⁴⁶ Trotz dieses Entgegenkommens und trotz der sachlichen Berechtigung der Hauszinssteuer bedeutete die Höhe der Abzüge freilich eine Härte für diejenigen, die mit Ausnahme eines kleinen Grundbesitzes ihr gesamtes übriges Vermögen in der Inflation verloren hatten und nun acht Jahre

später ohne alle Reserven dem Elend der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt waren.

Insgesamt war die Situation der Hauseigentümer zu unterschiedlich, um sie auf einen einfachen Nenner zu bringen. Sie hing u. a. von dem Grad der Verschuldung ab, der Lage und Vermietbarkeit der Wohnungen sowie den sonstigen Lebensverhältnissen der Besitzer. Wenn man die mit dem Grundeigentum zusammenhängenden Probleme isoliert betrachtet, so waren sie zwar schwer genug, aber doch nicht so gravierend wie die Nöte anderer Bevölkerungsgruppen. Mittelbar wurde das selbst in einer heftigen Replik in der Hamburger Grundeigentümer-Zeitung auf eine entsprechende Bemerkung von Staatsrat Lippmann zugegeben: Daß das Grundeigentum »immer noch verhältnismäßig günstig« dastehe, »daß das Privateigentum in Deutschland – insbesondere auch in Hamburg – überhaupt noch existiere«, so wurde ihm erwidert, sei »nicht Verdienst des Staates, sondern der Zähigkeit, Willenskraft und des gesunden Kernes, der diesem bodenbeständigsten aller Zweige der deutschen Volkswirtschaft innewohnt«. ¹⁴⁷

Jugend in der Wirtschaftsdepression

Schwerer als unter allen Entbehrungen und selbst dem Gefühl, durch Erwerbslosigkeit, Inanspruchnahme öffentlicher Hilfe oder Verlust des gewohnten Lebensstandards deklassiert zu sein, litten viele Eltern unter der bitteren Erfahrung, für die Kinder nicht mehr ausreichend sorgen und ihren sozialen Abstieg nicht verhindern zu können. Seit 1931 beobachteten Fürsorgerinnen und Lehrer, daß sich der Gesundheitszustand der Kinder wieder zusehends verschlechterte, daß ihre Konzentrations- und Leistungsfähigkeit infolge mangelnder Ernährung und der psychischen Belastungen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Sorgen im Elternhaus stark nachließ. Schulanfänger waren, wie die amtlichen Untersuchungen 1932 ergaben, im Wachstum um bis zu zwei Jahre zurückgeblieben, andere Schüler hatten bis zu zwanzig Pfund Untergewicht. Das Gesamturteil der Ärzte lautete, die körperliche Verfassung der Kinder entspreche wieder der Situation bei Ende des Krieges nach drei Jahren Lebensmittelkontingentierung und Hunger. ¹⁴⁸

Erst recht waren viele Eltern nicht mehr in der Lage, länger als während der gesetzlich vorgeschriebenen Schulzeit für die Kinder aufzukommen. Sobald wie möglich mußten sie selbst Geld verdienen und zum Unterhalt erwerbsloser Familienmitglieder beitragen. Ausbildungen auf weiterführenden Schulen, Gymnasien, Handels-, Fach- oder gar Hochschulen wurden abgebrochen, damit jahrelang oft unter großen Opfern geleistete Aufwendungen vergeblich und alle Chancen, die gleiche Position wie die Eltern oder eine höher bewertete Stellung zu erreichen, zerstört. Auch die Jugendreferenten der Wohlfahrtsämter erörterten »die schädlichen Folgen sozialer Umschichtung bei langandauernder Arbeitslosigkeit [...], von der heute Angehörige des Mittelstands und der gehobenen Arbeiterschichten

betroffen werden«, kamen aber zu dem Ergebnis, daß sie »nur selten mit den beschränkten Mitteln der Fürsorge aufgehalten werden« könnten. Für eine gehobene Schul- oder Berufsausbildung dürften öffentliche Gelder nur in Ausnahmefällen bereitgestellt werden.¹⁴⁹ Demgemäß gewährte die Hamburger Wohlfahrtsbehörde seit Anfang 1931 prinzipiell nur für eine Handwerks- oder Kaufmannslehre Berufsbeihilfen; darüber hinausgehende Ambitionen unterstützte sie allenfalls bei ganz außergewöhnlicher Begabung.¹⁵⁰

Die Unterbringung der Schulabgänger in Lehrstellen wurde allerdings im Verlauf der Krise immer schwieriger. Im Handelsgewerbe war in Hamburg das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrlingen und Gehilfen zu meist tariflich geregelt, so daß anderswo zu beobachtende Versuche fortzuleben, reguläres Personal durch billige, in der Ausbildung stehende Kräfte zu ersetzen.¹⁵¹ Im Handwerk blieb die Zahl der Lehrlinge zwar zunächst stabiler als die der Gesellen, weil die Lehrverträge Entlassungen weitgehend verhinderten. Der Mangel an Aufträgen machte es den Meistern aber schwer, die vor dem Einbruch der Krise eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen und die Lehrlinge vielseitig praktisch auszubilden. In manchen Betrieben war nur noch theoretischer Unterricht möglich; einige Innungen versuchten, durch die Einrichtung reiner Lehrwerkstätten die praktische Unterweisung sicherzustellen, andere organisierten den Austausch von Lehrlingen zwischen den Meistern, um sie auf diese Weise an die verschiedenen in ihrem Beruf anfallenden Arbeiten heranzuführen. Gerade verantwortungsbewußte Handwerksmeister scheuten angesichts solcher Schwierigkeiten vor dem Abschluß neuer Ausbildungsverträge zurück. Zudem beschlossen zahlreiche Innungen, die Lehrlingshaltung systematisch zu reduzieren, um bei der scheinbar endgültigen Verringerung der Nachfrage nach Handwerksleistungen eine Überfüllung des Gewerbes zu verhindern.¹⁵²

Ostern 1931 gelang es den meisten Bewerbern noch, nach vielen Mühen schließlich eine Lehrstelle zu finden, seit 1932 war das nicht mehr möglich. Geradezu katastrophal waren die Aussichten für die Zeit nach Abschluß der Ausbildung: Da alte, erfahrene Kräfte in Massen entlassen werden mußten, gab es für die »Junggesellen« so gut wie keine Arbeitsplätze.¹⁵³ Selbst als Ungelernte konnten die Berufsanfänger schwer in einem Betrieb unterkommen, denn während die Unternehmer zu Beginn der Wirtschaftskrise junge Leute wegen der geringeren Bezahlung bevorzugten, behielten sie bei weiterem Abbau der Belegschaften nur die besten, seit langem bewährten Arbeiter und Angestellten.

Nicht besser als dem Gros der Jugendlichen ging es den jungen Akademikern. Wenn es ihnen trotz finanzieller Schwierigkeiten gelang, ihr Studium abzuschließen, hatten sie kaum Chancen, ihren Beruf auszuüben. Schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise litten z. B. viele junge Ärzte Not, weil der Bedarf der Krankenhäuser gedeckt war und Versuche, eine auskömmliche Praxis zu gründen, an der restriktiven Politik der Krankenkassen scheiterten.¹⁵⁴ Ebenso war die Lage junger Lehrer vor allem an den

höheren Schulen oft bedrückend: Wegen des ungünstigen Verhältnisses zwischen Anwärter- und Studienratsstellen mußten sie unter Umständen zehn Jahre und länger auf ein endgültiges Beschäftigungsverhältnis warten.¹⁵⁵ Nach dem Zusammenbruch der öffentlichen Finanzwirtschaft fiel der Staat als einer der wichtigsten Arbeitgeber der Akademiker fast ganz aus, und auch private Unternehmen waren in der Depression an hochqualifizierten, teuren Kräften kaum interessiert. So stellte die Hamburger Schulverwaltung 1931 nur etwa 20 Junglehrer ein, und 1932 rechnete sie damit, auf Jahre hinaus keinen einzigen annehmen zu können.¹⁵⁶ Akademiker aller Fachrichtungen waren daher froh, wenn sie unentgeltlich, allenfalls gegen eine geringe Aufwandsentschädigung als Volontäre in Betrieben oder Behörden arbeiten und auf diese Weise die Verbindung zu ihrem Beruf bewahren konnten.¹⁵⁷

Die Gesamtzahl der erwerbslosen Jugendlichen läßt sich nicht feststellen, da die nur von der Familie versorgten in keiner Statistik auftauchen.¹⁵⁸ Seit der Aufhebung des Anspruchs Minderjähriger auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 war diese »Dunkelziffer« zweifellos recht bedeutend. Vom Arbeitsamt oder von der Wohlfahrtsbehörde unterstützt wurden in Hamburg am 15. Januar 1931 11 172 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren, am 30. Juli 1932 14 516 in dieser und 19 558 in der nächsten Altersgruppe bis 25 Jahre.¹⁵⁹ Rund jeder fünfte Jugendliche war damit in Hamburg infolge von Arbeitslosigkeit für seinen Lebensunterhalt auf öffentliche Mittel angewiesen.¹⁶⁰

Die Stimmung dieser jungen Menschen gab einer von ihnen wieder – sicher kein Radikaler, wie die Tatsache zeigt, daß er den liberalen Hamburger Anzeiger als Adressaten für seine Zuschrift wählte: »Allen steht die Not im Gesicht geschrieben. Elend und verhungert sehen die meisten von uns aus. Würste man aber auch, wie es im Innern [...] aussieht, dann würde man erschrecken. In jedem Gesicht steht die Rebellion. Die vielen, die fünf Mark von der Wohlfahrt bekommen oder auch elf Mark – wovon glaubt der Staat, werden sie satt? Wenn wir gegen dieses Leben rebellieren, sind wir nicht schuld daran, schuld seid Ihr!« Es folgte die Schilderung eines typischen Tagesablaufs: Schlafen bis in die Mittagsstunden, um das Frühstück zu sparen, Herumlungern am Strand, in den Parks, auf den Straßen, Kartenspielen, Betteln. Der Einsender schloß mit dem dringenden Appell: »Gebt uns doch Arbeit und Brot! Ihr könnt es! Ihr habt die Macht; wenn Ihr nur wollt. Nur raus aus dem Dreck. Wir bitten darum. Zeigt einmal im Reichstag, daß euch unsere Zukunft am Herzen liegt. Werft nicht mit Phrasen umher, sondern arbeitet in Ruhe.«¹⁶¹

Die besonderen Gefahren langfristiger Arbeitslosigkeit für junge Menschen wurden von den Behörden und der interessierten Öffentlichkeit sehr ernst genommen. Wenn es auch nicht zu der befürchteten allgemeinen Verwahrlosung der Jugendlichen kam, so war das Anwachsen der Kriminalität in diesen Altersklassen doch ein deutliches Warnsignal. Die Strafanzeigen gegen erwerbslose Jugendliche nahmen zwischen 1929 und 1930 um 91 % und 1932 noch einmal um 69 % zu.¹⁶² Fast 40 % der verurteilten jungen

Straftäter waren 1930 arbeitslos.¹⁶³ Eigentumsdelikte wurden zwar nicht nennenswert häufiger, aber schwerer. Die Zahl der politischen Vergehen stieg erst 1932 stark an.¹⁶⁴ Erwerbslosigkeit führte zur Zerrüttung vieler Familien, so daß den Jugendlichen der Rückhalt bei den Angehörigen fehlte und der Staat immer öfter die Sorge für Gefährdete übernehmen mußte.¹⁶⁵

Reichs- und Kommunalbehörden, Jugendverbände, Gewerkschaften, Kirchen und private Wohlfahrtsorganisationen bemühten sich, durch eine Fülle von Maßnahmen und Einrichtungen die minderjährigen Arbeitslosen »von der Straße zu bringen«, ¹⁶⁶ ihnen »über die Inhaltlosigkeit ihres Alltags hinwegzuhelfen«. ¹⁶⁷ Die Notstandskommission des Senats stellte Mittel für eine Vermehrung des Berufsschulunterrichts für Erwerbslose auf 20 Wochenstunden, für Kurse zur beruflichen Weiterbildung, allgemeinbildende Veranstaltungen der Volkshochschule sowie vom Jugendamt gemeinsam mit dem Amt für Leibesübungen organisierte Sport- und Werknachmittage, Wanderungen und Freizeiten zur Verfügung.¹⁶⁸ Die Wohlfahrtsbehörde beschäftigte etwa 300 junge Erwerbslose bei Erdarbeiten im Jugendpark Langenhorn und einigen ähnlichen Projekten.¹⁶⁹ Durch die Möglichkeit, freiwillig ein neuntes Schuljahr zu absolvieren, konnten Volksschüler ihre Chancen, eine Lehrstelle zu bekommen, erheblich verbessern; doch fiel es vielen Eltern aus finanziellen Gründen schwer, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.¹⁷⁰

Das Arbeitsamt Hamburg führte berufskundliche Kurse für jugendliche Erwerbslose durch und verlangte die Teilnahme als Voraussetzung für die Auszahlung der Unterstützung.¹⁷¹ Auch Gewerkschaften schulten ihre jungen unbeschäftigten Mitglieder in Fachkursen.¹⁷² Ebenso wie andere private Organisationen richteten sie die Arbeit in ihren Tages- und Jugendheimen ganz auf die Betreuung minderjähriger Erwerbsloser aus, denen neben der Gelegenheit zu Spiel, Sport und Basteleien, neben Diskussionsveranstaltungen und Freizeiten vor allem täglich ein billiges warmes Mittagessen geboten wurde. Andere Verbände und Institutionen suchten außer durch ähnliche Maßnahmen durch Näh- und Schuhmacherkurse zu helfen.

Seit dem Sommer 1931 waren solche privaten Initiativen besonders wichtig, weil die Bemühungen staatlicher Stellen infolge der Finanzmisere zum Teil zum Erliegen kamen. So mußte nicht nur die Wohlfahrtsbehörde ihre Arbeitsfürsorge stark einschränken und das Jugendamt auf die Durchführung von Freizeiten seit September völlig verzichten,¹⁷³ durch die Entlassung von Lehrern wurde auch deren Bereitwilligkeit beeinträchtigt, sich für Sport- und Wandernachmittage mit arbeitslosen Jugendlichen zur Verfügung zu stellen.¹⁷⁴ Nach der Etablierung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der hauptsächlich vom Reich finanziert wurde, überließ ihm der Hamburger Senat unter dem Zwang, jede Sparmöglichkeit wahrzunehmen, im allgemeinen die Sorge für die Beschäftigung der Minderjährigen.¹⁷⁵ Obwohl das Jugendamt als Träger der Arbeit beteiligt werden konnte, bedeutete diese Entwicklung doch, daß die demokratischen Politiker ihre Chance schmälerten, bei den jungen Menschen das vielfach erschütter-

te »Vertrauen zum Staat und seinen Einrichtungen [...] wieder herzustellen«, wie es zur Begründung der mit Hamburger Mitteln durchgeführten Freizeiten geheißen hatte.¹⁷⁶ Statt dessen wurden die Jugendlichen verstärkt dem Einfluß konservativer, antirepublikanischer und rechtsradikaler Kräfte ausgesetzt, die wegen der anfänglichen Zurückhaltung der Freien Gewerkschaften und der SPD gegenüber dem Arbeitsdienst in dieser Organisation dominierten.

Der Erfolg aller öffentlichen und privaten Bemühungen, neben der materiellen die psychische Not der jungen Arbeitslosen zu bekämpfen, blieb begrenzt. Freizeitbeschäftigung war kein Ersatz für sinnvolle Arbeit. Leiter von Jugendheimen klagten über die völlige Mutlosigkeit der Besucher, ihren Mangel an Energie, und fragten sich ratlos, was sie der Arbeit Gleichwertiges finden könnten, um die Jugendlichen aus ihrer Lethargie zu reißen.¹⁷⁷ Um so größer waren die Möglichkeiten politischer Organisationen, die den Minderjährigen nicht nur Essen, warme Aufenthaltsräume und die Gemeinschaft mit gleichgesinnten Freunden boten, sondern ihnen durch die Einbeziehung in den Kampf für einen anderen Staat, eine neue Wirtschaftsordnung und einen grundlegenden Wandel der Politik ein positives Ziel gaben. Systematisch wandten sie die Methode der Zusammenfassung und Indoktrination der jungen Erwerbslosen in eigenen Heimen freilich erst 1932 an.

Wie dieser Überblick zeigt, hatte die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in der Weltwirtschaftskrise zu Anfang der dreißiger Jahre allen Grund zur Verzweiflung. Selbst die nüchternen Angaben der Statistik machten für jeden deutlich, wie hoffnungslos vielen Gegenwart und Zukunft erschienen. Die Zahl der Selbstmorde schnellte zwischen 1929 und 1930 in die Höhe, die der Eheschließungen und Geburten ging seit 1931 recht erheblich zurück.¹⁷⁸ Fast täglich brachten die Zeitungen kurze Notizen, daß wieder Menschen wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten freiwillig aus dem Leben gegangen waren.

6. Politische Forderungen und Einstellungen der Arbeitnehmer

Es erhebt sich die Frage, wie die verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf die katastrophale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen politisch reagierten, welche Erwartungen sie, vermittelt durch die Verbände, an den Staat und die ihn tragenden Parteien richteten. Die Stimmungen und Meinungen in den sozialen Gruppen lassen sich für die Zeit der Großen Depression nicht unmittelbar fassen. Eingaben an Behörden oder Parlamentarier, Pressezuschriften oder gar private Mitteilungen sind in so geringer Zahl erhalten, daß sie generelle Aussagen nicht erlauben. Aufschlußreich sind dagegen die Stellungnahmen der Berufs- und Interessenorganisationen. Zwar geben in ihnen die entschiedensten und aktivsten Mitglieder den Ton an, die Publikationen und öffentlichen Erklärungen beeinflussen aber auch die Auffassungen der übrigen und darüber hinaus weiterer Kreise von Berufskollegen. Gewiß ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die offiziellen Äußerungen den unter den Mitgliedern vorherrschenden Überzeugungen nicht genau entsprechen, sei es, daß die Verbandsleitungen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, die Unzufriedenheit an der Basis übertrieben darstellen, sei es, daß sie weniger radikal argumentieren, um sich nicht durch übersteigerte Ansprüche zu diskreditieren. Der Taktik sind jedoch enge Grenzen gesetzt. Die Verbandsführung muß im wesentlichen die Vorstellungen der Mehrheit der Mitglieder artikulieren, will sie nicht ihren Sturz riskieren, Massenaustritte oder gar die Gründung von Gegenorganisationen provozieren. Die Veröffentlichungen und Stellungnahmen können daher als repräsentativ für die Anschauungen der meisten

Mitglieder und, wenn es sich um große Verbände handelt, für die in der Berufsgruppe vorherrschenden Meinungen gelten. Gelingt es der traditionellen Verbandsleitung nicht, dem Stimmungswandel an der Basis Rechnung zu tragen und die eingefahrene Politik rechtzeitig zu modifizieren, so wird das zumeist sehr bald in spektakulären Protestbewegungen oder Gegenründungen sichtbar.

Haltung des ADGB zur Wirtschaftskrise und zur Politik der Reichsregierung

Der Zusammenbruch des Arbeitsmarktes nötigte an erster Stelle die Organisationen der Arbeiter und Angestellten, eine Erklärung und Vorschläge für Gegenmaßnahmen zu bieten. Bei den Arbeitern hatten in Hamburg die Freien Gewerkschaften so gut wie keine Konkurrenz. Im Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der neben der Hansestadt auch Altona, Wilhelmsburg, Wandsbek und einige kleinere Gemeinden umfaßte, waren zwischen 1928 und 1930 rund 200000 Arbeiter organisiert, davon etwa 70000 allein im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, 30000 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 20000 im Deutschen Baugewerksbund und je 10000 bis 12000 in den Verbänden der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Fabrikarbeiter bzw. Holzarbeiter.¹ Christliche Gewerkschaften spielten in Hamburg, da eine nennenswerte katholische Bevölkerungsgruppe fehlte, ebensowenig eine Rolle wie im politischen Bereich das Zentrum. Über die Zahl der unorganisierten Arbeiter ist nichts bekannt. In manchen Wirtschaftssektoren, so insbesondere bei den Hafenarbeitern, bei denen eine starke Fluktuation die organisatorische Erfassung erschwerte, aber auch bei den Werft-, Fabrik- und Textilarbeitern war sie nach der Einschätzung zeitgenössischer Beobachter recht erheblich.² Eine grobe Berechnung mit Hilfe der Betriebszählungsergebnisse von 1925 ergibt, daß ungefähr 40% aller Arbeiter nicht oder anders als in den Freien Gewerkschaften organisiert waren.³

Deren politischer Einfluß war infolge der engen Verbindung mit der SPD in Hamburg mindestens so bedeutend wie im Reich. Seit 1929 gehörte der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB, John Ehrenteit, dem Senat an, zwei weitere Senatoren, Heinrich Stubbe und Adolph Schönfelder, hatten vor dem Beginn ihrer politischen Karriere führende Positionen in ihren freigewerkschaftlichen Berufsverbänden innegehabt. Sieben der 18 Vorstandsmitglieder des ADGB Groß-Hamburg wurden 1928 auf der Liste der SPD in die Bürgerschaft gewählt. 23 der 60 sozialdemokratischen Abgeordneten von 1928 waren entweder zur Zeit ihrer Wahl hauptberuflich oder in leitender ehrenamtlicher Funktion für die Gewerkschaften tätig, oder sie hatten durch entsprechende Stellungen in einer früheren Phase ihrer Laufbahn nachhaltige Eindrücke empfangen.⁴

Eine Konzeption zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu entwickeln,

war für die Gewerkschaften nicht nur im Hinblick auf die Arbeiterschaft wichtig, die von ihnen die Durchsetzung ihrer Interessen erwartete, sondern auch mit Rücksicht auf die Erhaltung »der Organisation«, die stets zu den vorrangigen Zielen gehörte. Die Unmöglichkeit, bei großer Erwerbslosigkeit erfolgreiche Lohnkämpfe zu führen, ließ den Wert der Gewerkschaftszugehörigkeit manchen fragwürdig erscheinen und den Gedanken entstehen, angesichts der prekären Einkommensverluste auch die Verbandsbeiträge zu sparen. Die Gefahr bestand, daß die Verantwortung für die permanente Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft in der Depression nicht allein dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, sondern ebensosehr den in seinem Rahmen agierenden Gewerkschaften angelastet wurde. Besonders leicht lockerte sich die Verbindung zu den langfristigen Arbeitslosen, da die Verbände ihnen nur für eine begrenzte Zeit Unterstützungen zahlen konnten und infolgedessen auch Rechtsansprüche keine Veranlassung mehr boten, die Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten. Zwischen 1929 und 1931 verlor der Hamburger ADGB 12,8 % seiner Mitglieder; ihre Zahl ging von 213 448 Ende 1929 in den nächsten beiden Jahren auf 200 910 bzw. 186 203 zurück. Am schlimmsten waren die Einbußen bei den Bauarbeitern, den Fabrikarbeitern sowie den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern.⁵

Entsprechend sanken die Einnahmen, zumal Erwerbslose im allgemeinen von den Beitragszahlungen befreit waren, zwischen 1930 und 1931 beim ADGB um 15 % von 15,2 auf 12,9 Millionen RM. Gleichzeitig belasteten die Ausgaben für die Unterstützung der erwerbslosen Mitglieder, deren Zahl sich zwischen 1928 und 1931 mehr als verdoppelte, die Gewerkschaftskassen. Beim Hamburger ADGB schlugen die Erwerbslosenunterstützungen 1928 mit 1,2 Millionen RM, 1931 aber mit 3,5 Millionen RM zu Buche. Die Kampfkraft der Gewerkschaften wurde daher in der Weltwirtschaftskrise in dreifacher Weise beeinträchtigt: durch die ungünstige Arbeitsmarktsituation, durch den rückläufigen Trend bei der Mitgliederbewegung und durch die prekären Finanzverhältnisse. Streiks mußten nicht nur wegen der Gefahr möglichst vermieden werden, daß Erwerbslose die verlassenen Arbeitsplätze besetzten, sondern auch im Hinblick darauf, daß die Mittel nicht reichten, um den Mitgliedern bei längeren Ausständen den Lebensunterhalt zu sichern.⁶

Die Stellungnahmen des Hamburger ADGB zu den Problemen der Wirtschaftsdepression entsprachen zunächst uneingeschränkt den Erklärungen der Berliner Zentrale der Freien Gewerkschaften.⁷ Sie blieben ganz im Rahmen der bisherigen Politik. 1929 und 1930 konzentrierten sich die Bemühungen vor allem darauf, Versuche der Unternehmer abzuwehren, die Arbeitsmarktkrise zum Lohndruck zu benutzen. Dem Argument, daß die Selbstkosten der Betriebe gesenkt werden müßten, um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu verbessern, begegneten die Gewerkschaften zu Recht mit dem Hinweis, daß Löhne nicht nur ein Kostenfaktor seien, sondern auch die Kaufkraft der breiten Bevölkerung und damit die Absatzmöglichkeiten für Konsumgüter im In-

land bestimmten. Infolge der Rationalisierungen in der Industrie in den zwanziger Jahren habe sich die Bedeutung der Löhne als Kostenelement vermindert, so daß ihr Abbau keinesfalls gleich große Preisreduktionen nach sich ziehen und der Kaufkraftausfall deshalb weitere Stockungen hervorrufen würde.

In dem Mißverhältnis zwischen Warenangebot und Konsum, das dadurch entstanden sei, daß die bessere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft im Zuge der Rationalisierung, die Verbilligung und Ausweitung der Produktion keine entsprechenden Lohnsteigerungen oder Preissenkungen zur Folge gehabt hätten, sahen die Freien Gewerkschaften eine wesentliche Ursache für die derzeitige Wirtschaftskrise. Daraus leiteten sie die Forderung ab, die Preise früher und stärker herabzusetzen als die Löhne. Die Möglichkeit dazu böten die übertriebenen Gewinne der Monopole und des Zwischenhandels sowie die Ersparnisse durch die Rationalisierung, die die Unternehmer bisher ausschließlich für sich beansprucht hätten. Diese Auffassung hatte zu Beginn der Depression einiges für sich; mit dem Fortschreiten der Deflationskrise schrumpften aber die Gewinnspannen im allgemeinen ohnehin auf ein Minimum, wenn sie nicht überhaupt verschwanden, und damit ging auch der Spielraum für weitere, wirtschaftlich vernünftige Preissenkungen verloren. Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltskürzungen verminderte sich die Kaufkraft so stark, daß es zum Ausgleich eines gewaltigen, für die Betriebe mit Sicherheit völlig untragbaren Preisabbaus bedurft hätte. Der Gedanke, auf diese Weise die Wirtschaftskrise zu überwinden, erschien immer unrealistischer.

Als begleitende Maßnahmen forderte der ADGB die staatliche Kontrolle der Monopole und eine starke Ermäßigung der hohen landwirtschaftlichen Zölle, die der arbeitenden Bevölkerung in den Städten die Lebensmittel verteuerten. Im Verlangen nach umfassender Preissenkung trafen sich die Gewerkschaften mit dem Kabinett Brüning, wenn es sich auch bei seiner Deflationspolitik nicht wie sie von binnenwirtschaftlichen Überlegungen, sondern von Exportrückichten leiten ließ und deshalb primär an der Verminderung der Produktionskosten interessiert war. Die Opposition der Arbeitnehmerorganisationen gegen den extremen Agrarprotektionismus machte aber die Grenze der Verständigungsmöglichkeiten deutlich: Aus innenpolitischen Gründen war Brüning in diesem Bereich zu keinem Entgegenkommen bereit.

Auch in der Frage der Arbeitsbeschaffung gab es große Diskrepanzen. So widersprüchlich die Äußerungen von Vertretern des ADGB manchmal waren – gelegentlich machten sie sich sogar die stereotype Forderung bürgerlicher Organisationen nach strengster Sparsamkeit des Staates zu eigen⁸ –, kann doch kein Zweifel daran bestehen, daß Brünings zaghafte Programme hinter ihren Vorstellungen weit zurückblieben. Unter anderem setzten sie sich dafür ein, den öffentlichen Wohnungsbau durch restlose Verwendung des Hauszinssteueraufkommens für diesen Zweck zu forcieren, Auslandsanleihen für Großprojekte aufzunehmen und die Hindernisse zu beseitigen, die die Gemeinden vom internationalen Kreditmarkt fernhielten.⁹ Dar-

über hinaus befürworteten sie die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts, um private Auftraggeber durch Verbilligung des Leihkapitals zu Investitionen anzuregen.¹⁰ Dieser Vorschlag bot einen Ansatz, um die Überwindung der Wirtschaftskrise durch monetäre Maßnahmen zu versuchen. Er wurde jedoch zunächst nicht weiterentwickelt. Der Gedanke, Arbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung im Innern zu finanzieren, wenn Auslandsanleihen nicht zu bekommen waren, lag den Hamburger Freien Gewerkschaften im Sommer 1931 ebenso fern wie anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Da es seit dem spektakulären Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 und vollends seit der katastrophalen Störung des internationalen Kreditmarkts seit Juni 1931 keine Chance mehr gab, ausländische Gelder für Arbeitsbeschaffungsprojekte heranzuziehen, trat die Forderung nach *Vermehrung* der Arbeitsgelegenheit hinter dem Wunsch nach gerechterer *Verteilung der vorhandenen* Arbeit zurück. Durch generelle, gesetzlich vorgeschriebene Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden, verbunden mit dem Zwang, eine entsprechende Anzahl zusätzlicher Arbeitskräfte einzustellen, hoffte der ADGB, im Reich 500000 bis 600000 Erwerbslose wieder in Betrieben unterzubringen.¹¹ Die ersparten Unterstützungsmittel sollten dazu dienen, den Beschäftigten einen gewissen Ausgleich für die Verminderung ihres Einkommens zu gewähren, so daß sie statt eines Sechstels nur knapp fünf Prozent ihrer Bezüge verloren. Im Sinne dieser Vorstellungen vereinbarte in Hamburg der Gesamtverband mit dem Senat, die wöchentliche Arbeitszeit in den Staatsbetrieben auf 44 Stunden herabzusetzen, wodurch fast 1500 Wohlfahrtserwerbslose, wenn auch nur vorübergehend, eingestellt werden konnten; eine stärkere Reduzierung der Arbeitszeit unterblieb, weil der Hamburger Staat angesichts der schwierigen Finanzlage nur geringen Ersatz für den entgehenden Lohn zu leisten vermochte.¹²

Auch ein Ersuchen der Bürgerschaft an den Senat, bei der Reichsregierung auf eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung hinzuwirken, ging auf eine gewerkschaftliche Initiative zurück. Das gleiche galt für eine Anordnung des Senats, daß bei Staatsaufträgen zu 75 % bzw. 90 % Hamburger Erwerbslose beschäftigt werden sollten. Die starke Vergrößerung der Auslandsschulden zur Finanzierung öffentlicher Bauten im Laufe des Rechnungsjahres 1929/30 entsprach ebenfalls den Wünschen des ADGB. Ebenso wie einige andere Beschlüsse zugunsten der Arbeitslosen zeigten diese Entscheidungen, welchen Einfluß er in Hamburg über die SPD in den politischen Gremien ausüben konnte.¹³

Ganz anders war die Situation im Reich. Seit die SPD im März 1930 aus der Regierung ausgeschieden war, konnten die Freien Gewerkschaften dort nur noch wenig von ihren Vorstellungen durchsetzen. Da SPD und ADGB in dieser Phase in engstem Einvernehmen handelten – viele Erklärungen zur Wirtschaftskrise gaben die Spitzengremien gemeinsam heraus –, erfuhren sie die Problematik der Tolerierungspolitik in gleicher Weise. Brüning war am ehesten zu taktischen Rücksichten bereit, etwa dazu, die Notverordnung mit den schweren Belastungen für die Arbeitnehmer-

schichten erst unmittelbar nach Abschluß des SPD-Parteitages am 5. Juni 1931 zu veröffentlichen. In der Sache kam er der SPD und den Gewerkschaften aber kaum entgegen, es sei denn, daß sich ihre Wünsche wie bei der Preissenkung mit seinen Intentionen trafen; allenfalls vertröstete er sie mit Versprechungen und Absichtserklärungen für eine ungewisse Zukunft. Von den Entscheidungsprozessen waren sie weitgehend ausgeschlossen, da sie aber darauf verzichteten, in klarer Opposition zur Regierung die für sie untragbaren Bestimmungen zu Fall zu bringen, konnte ihnen ein Teil der Verantwortung für die einseitige Härte gegenüber den Arbeitnehmern angelastet werden.

Tolerierung Brünings trotz der Notverordnung vom 5. Juni 1931

Besonders deutlich wurde das Dilemma des ADGB, das auch in der Hamburger Organisation Konflikte auslöste, bei den Auseinandersetzungen um die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Parteitages der SPD hatte der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, am 30. Mai 1931 in einem Schreiben an den Reichskanzler zu der bevorstehenden Notverordnung Stellung genommen. Im Hamburger Echo wurde es unter der energischen Überschrift: »Die Geduld der Arbeiter am Ende«, auf der ersten Seite veröffentlicht. In ihm faßte Leipart unter Hinweis darauf, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung die Krise verschärft hätten, die skizzierten Argumente und Vorschläge der Freien Gewerkschaften zusammen: keine Kaufkraftverminderung, allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Sicherung der Arbeitslosen- und der Sozialversicherung, notfalls stärkere steuerliche Belastung der leistungsfähigen Schichten, intensivstes Bemühen um Auslandsanleihen zum Zweck der Arbeitsbeschaffung. Nachdrücklich betonte er, daß die Landwirtschaft durch die überhöhten Agrarzölle auf Kosten der städtischen Bevölkerung eine Subvention erhalte, »die den Ausgaben für die so oft ungerechtfertigt angegriffene Arbeitslosenversicherung mindestens gleichkommt«.¹⁴

Der Erfolg der Bemühungen war jedoch gering. Als einziges Zugeständnis enthielt die Notverordnung eine durch einschränkende Bedingungen praktisch unwirksame Ermächtigung der Reichsregierung, die Arbeitszeit in bestimmten Wirtschaftsbereichen auf 40 Wochenstunden zu verkürzen.¹⁵ Zahlreiche andere Bestimmungen, wie die drastischen Verschlechterungen bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, die unsoziale Ausgestaltung der Krisensteuer, die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattung und der Einbruch ins Tarifvertragsrecht durch die Vorschriften über Senkung der Löhne und Gehälter der öffentlichen Arbeiter und Angestellten, mußten dagegen als Affront gegen die Gewerkschaften wirken.

SPD und ADGB drängten deshalb auf Einberufung des Reichstags, um in ihm die Modifikation der für sie untragbaren Regelungen zu erreichen.

Bei einer Unterredung Brünings mit Vertretern der drei Gewerkschaftsrichtungen am 15. Juni 1931 gab Leipart der Überzeugung Ausdruck, »daß die praktische Durchführung der Notverordnung ins Chaos führe«. Der Erklärung des Reichskanzlers, daß eine Diskussion über die Verordnung das Vertrauen in die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland untergraben, weitere Devisenabzüge hervorrufen und dadurch die Zahlungsfähigkeit des Reichs gefährden werde, setzte er die Meinung entgegen, die Verzweiflung unter den betroffenen etwa zehn Millionen Erwerbslosen und Arbeitnehmern sei mit Sicherheit »schlimmer als die Beunruhigung, die die Einberufung des Reichstages auslösen könne«. Sie schaffe vielmehr ein Ventil für diese Erregung. »Wenn man den Unzufriedenen keine Möglichkeit zur Äußerung gebe, würden sie unfehlbar zu den radikalen Parteien, und zwar zu den Kommunisten abwandern. Die Gewerkschaftsführer seien dann nicht mehr Herr der Lage, zumal bekanntermaßen die Kommunisten ihre Werbetätigkeit aufs äußerste verstärkt hätten. Von den Gewerkschaften würden alsdann nur noch die Führer übrig bleiben, Mitglieder aber werde man nicht mehr hinter sich haben.«¹⁶ Möglicherweise übertrieb Leipart seine Befürchtungen, um Brüning zu einem Kurswechsel zu veranlassen. Dies galt aber nur für das Ausmaß der Gefährdung; daß ADGB und SPD es mit dem Verlust zahlreicher Anhänger bezahlen mußten, wenn sie so einschneidende Benachteiligungen der Arbeitnehmerschaft hinnahmen, konnte nicht zweifelhaft sein. Allein Brünings Drohung mit seinem Rücktritt bewog deshalb schließlich die Führungen der beiden Organisationen, auf die verlangte Reichstagsitzung zu verzichten.

Obwohl die Vertreter des ADGB von der Alternative der Reichsregierung: unveränderte Beibehaltung der Notverordnung oder Zahlungsunfähigkeit und wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands, also keineswegs überzeugt waren, machten sie sich vor der Öffentlichkeit diese pessimistische Perspektive in leicht abgewandelter Form zu eigen. Bei einer außerordentlichen Delegiertenversammlung des ADGB Groß-Hamburg am 23. Juni 1931 faßte der in der Hansestadt gewählte Reichstagsabgeordnete und zweite Bundesvorsitzende der Freien Gewerkschaften, Peter Graßmann, alle Beschwerden zusammen, die Leipart und er bei der Besprechung beim Reichskanzler gegen die Notverordnung vorgebracht hatten: Sie sei »abscheulich, [...] ungerecht, [...] sozial- und gesellschaftspolitisch gesehen, gefährlich, sie kann nicht bleiben.«¹⁷ Dann aber rechtfertigte er das Nachgeben der SPD, indem er genau wie Brüning die Möglichkeit, daß die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank bei weiteren massierten Abzügen ausländischer Gelder für die gesetzlich vorgeschriebene Notendeckung nicht mehr reichten, unmittelbar mit einer Währungskatastrophe gleichsetzte. In den Tagen, als die Führungen der Partei und des ADGB ihre Entscheidung treffen mußten, hätte das deutsche Volk »einen Schritt vor dem Abgrund einer neuen Inflation« gestanden.¹⁸ Noch dramatischer stellte der Vorsitzende des Ortsausschusses, Ehrenteit, den Konflikt der Spitzengremien dar. Er bezeichnete Inflation und Bürgerkrieg als unausweichliche Folgen für den Fall, daß sie auf der Einberufung des Reichstags

oder auch nur seines Haushaltsausschusses bestanden hätten, und löste damit die erwartete entsetzte Abwehrreaktion aus.¹⁹

Der Stellenwert dieses Arguments bei den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die Haltung zur Notverordnung zeigt, welche Rolle traditionelle währungspolitische Anschauungen auch im ADGB spielten, wie wenig die Ursachen der Inflation analysiert worden waren. Die Reformer in den Gewerkschaften, die in einer unkonventionellen Geldpolitik ein wesentliches Mittel zur Überwindung der Wirtschaftsdepression sahen, mußten deshalb mit äußerster Vorsicht vorgehen, wollten sie nicht an der irrationalen Inflationsfurcht der Mitglieder scheitern. Bevor im April 1932 der WTB-Plan, dessen Kerngedanke die Finanzierung staatlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch innere Kreditschöpfung war, zum offiziellen Krisenprogramm des ADGB erklärt wurde, mußte ein erheblicher Lernprozeß stattfinden, und es dürfte eine der größten Leistungen seiner Befürworter sein, daß es ihnen gelang, den neuen Ideen innerhalb eines dreiviertel Jahres bei der Mehrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Die in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 enthaltenen Zumutungen für SPD und ADGB stellten den Sinn der Tolerierungspolitik grundsätzlich in Frage. Sie zwangen die Führungen, ihre Intentionen zu überdenken und vor den Mitgliedern zu begründen, warum sie diese offensichtlich arbeitnehmerfeindliche Regierung nicht zu Fall brachten. Die Argumentation enthält daher alle Gesichtspunkte, die für die Einstellung der Gewerkschaften zum Präsidialsystem Brünningscher Prägung generell von Bedeutung waren. Mit Recht machten Graßmann und Ehrenteit vor den Hamburger Delegierten geltend, daß die SPD zwar die Aufhebung der Notverordnung habe erzwingen können, daß es ihr aber an der nötigen Macht fehle, um günstigere Bestimmungen durchzusetzen und eine sozialer denkende Regierung zu etablieren. Schuld an den Belastungen trügen nicht SPD und Gewerkschaften, weil sie die Existenz des Kabinetts Brüning duldeten, sondern die Wähler, die am 14. September 1930 unter »unerhörtem Mißbrauch mit demokratischen Rechten« ein arbeitsunfähiges Parlament gewählt hätten. Kommunisten und Nationalsozialisten seien sich einig in dem Willen, jede sachliche Arbeit im Reichstag zu verhindern, da sie das wirtschaftliche und politische Chaos als Voraussetzung für ihre Erfolge brauchten. Kleine Fraktionen und Gruppen könnten infolge der Zersplitterung des deutschen Parteiwesens einen über ihre zahlenmäßige Stärke weit hinausgehenden Einfluß ausüben und ihre Stimmen um den Preis großer Zugeständnisse teuer verkaufen. Eine Änderung der Verhältnisse sei nur bei einer Neuwahl des Reichstags möglich, doch bestehe wenig Aussicht, daß die Wähler, solange die Wirtschaftskrise andauere, größeres Verantwortungsbewußtsein zeigten.²⁰

Zur Zeit ständen die Gewerkschaften vor der Entscheidung, entweder die unsozialen Maßnahmen des Kabinetts Brüning hinzunehmen oder der bolschewistischen oder faschistischen Diktatur den Weg zu ebnen. Am wahrscheinlichsten sei die Ernennung eines rechtsgerichteten, auf die Militärgewalt gestützten Direktoriums als Vorstadium zu der letzten Alternati-

ve. Diese Entwicklung könne den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, denn trotz aller Rückschläge hätten sie noch immer viel zu verlieren, so das Koalitionsrecht, die Freiheit, »zu demonstrieren oder gar noch schärfere Maßnahmen zu ergreifen«, und alle ihre in Jahrzehnten geschaffenen verschiedenen Einrichtungen. Auch werde ein Diktator Hugenberg oder Hitler die preußische Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung unter Führung der Sozialdemokratie keinesfalls bestehen lassen. Die Situation entspreche der nach einem verlorenen Streik, wenn die Arbeiterschaft vorübergehend zurückweichen müsse, um die Organisation für spätere Auseinandersetzungen zu bewahren. Ebenso gelte es jetzt, in der demokratischen Staatsverfassung und dem Gewerkschaftsapparat »den Kampfboden und die Waffen unseres Kampfes [...] hinüberzuretten in eine bessere Periode«. ²¹

Verständnis für die Tolerierungspolitik zu wecken, war nicht zuletzt deshalb sehr schwierig, weil viele Anhänger der sozialistischen Parteien in der weltweiten schweren Wirtschaftsdepression die Zusammenbruchskrise des Kapitalismus sahen, während die Führungen von SPD und ADGB mit dem Kabinett Brüning zwangsläufig auch das bestehende Wirtschaftssystem stützten. Graßmann gestand dieses grundsätzliche Dilemma offen ein. Die Spitzengremien hätten ihre Entscheidung »nicht zu Liebe des Kapitalismus« getroffen, »sondern aus der Notwendigkeit heraus, diese Wirtschaft zu erhalten, die die alleinige Grundlage der Existenz unserer Arbeiter ist«. Sie befänden sich »in derselben fürchterlichen Lage wie 1918/19«, als die Sozialdemokratie ihre politische Macht nicht zu einer grundlegenden Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse nutzen konnte, weil das Proletariat »bei diesem Experiment todsicher verreckt« wäre. Genausowenig hätten sich die verantwortlichen Politiker und Funktionäre trotz »allerschärfster Be- und Verurteilung des Kapitalismus« heute zu »großen heroischen Gesten« bereit finden können »aus der sehr nüchternen Erwägung heraus, daß es sich hier um das Leben und Sterben von Millionen Deutscher handelt«. ²²

Das Festhalten der Freien Gewerkschaften am Kabinett Brüning war also von der dreifachen Sorge bestimmt, die Eroberung des Staates durch die Faschisten zu verhindern, den Verfall der Wirtschaft nicht zu forcieren und den Bestand der eigenen Organisationen zu sichern. Durch ihren Verzicht auf entschiedene Opposition ermöglichten sie und die SPD als ihre politische Vertretung aber eine Finanz- und Wirtschaftspolitik, die durch ihre prozyklische Tendenz, wie sie klar erkannten, die Depression verschärfte und dadurch die Radikalisierung großer Teile der Bevölkerung förderte. Weil sie mangels einer positiven Alternative zum Kabinett Brüning entgegen ihrer besseren Einsicht dessen verfehlte Politik als das geringste Übel duldeten, trugen so auch die Gewerkschaften, ohne es zu wollen, zu dem gewaltigen Machtzuwachs der Nationalsozialisten bei. Die Folge war, daß sie schließlich alle drei wesentlichen Ziele verfehlten.

Die Kompromißbereitschaft, die der ADGB seit dem Winter 1930 dem Kabinett Brüning gegenüber zeigte, unterschied sich grundlegend von sei-

ner harten Haltung, als zu Beginn des Jahres die Existenz der von dem Sozialdemokraten Hermann Müller geführten Koalitionsregierung auf dem Spiel gestanden hatte. Bei den Bemühungen um die Sanierung der Reichsfinanzen war die SPD den bürgerlichen Parteien in der Steuerpolitik weit entgegengekommen, bei den Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherung war sie dazu nicht bereit, nicht zuletzt aus der Befürchtung, daß es ihren Koalitionspartnern in Wahrheit weniger um die Lösung der Sachprobleme als darum ging, sie auf allen Gebieten zurückzudrängen.²³ Insbesondere der ADGB hatte jedes Nachgeben in dieser Frage abgelehnt und erklärt, daß er den Kompromißvorschlag des Zentrums auch dann bekämpfen werde, wenn ihn die Reichstagsfraktion der SPD aus Sorge um den Fortbestand der Regierung akzeptiere. Bei den Hamburger Freien Gewerkschaften fand diese energische Politik volle Zustimmung: »Wir sind groß und stark geworden«, so hieß es im Mitteilungsblatt des Ortsausschusses in einem Kommentar zum Scheitern der Regierung Müllers, »weil wir rücksichtslos die Interessen der Arbeiter vertreten.« Dieses Vertrauen dürfe nicht erschüttert werden, nicht die Meinung aufkommen, »als seien wir unsichere Kantonisten«. Zwar vertrügen die Arbeiter auch »unangenehme Wahrheiten«, doch wollten sie unbedingt »eine klare Linie« sehen.²⁴ Ein Jahr später hatten die Freien Gewerkschaften nicht nur ihren Einfluß auf die Regierung fast ganz verloren, sondern auch von einem eindeutigen politischen Kurs konnte keine Rede mehr sein.

Die Tragweite der anstehenden Entscheidung war der Führung des ADGB dabei voll bewußt. Bei einer außerordentlichen Delegiertenversammlung des 11. Bezirks »Nordmark« am 9. und 10. März 1930 in Hamburg betonte das Mitglied des Bundesvorstands, Wilhelm Eggert, daß starke Kräfte für die Zeit nach der Verabschiedung der Young-Gesetze²⁵ die Neuordnung der innenpolitischen Verhältnisse in Deutschland anstrebten. Bei den Kämpfen um die Regelung der Finanzprobleme gehe es »in Wirklichkeit um die endgültige Verteilung der Kriegslasten«,²⁶ ja darüber hinaus um die Frage, »ob das deutsche Reich seinen volkmäßigen Inhalt behalten oder eine Republik der besitzenden Klasse werden« solle. Die drohende Reichstagsauflösung, so erklärte er unter starkem Beifall, könne den ADGB nicht schrecken. »Nur eines ist dabei notwendig: Die Arbeiter und Angestellten müssen zusammenstehen. Keine Stimme aus ihrem Lager darf der Reaktion zugeführt werden. Geschieht das – und daran hatte er offenbar keinen Zweifel –, dann wird die deutsche Sozialdemokratie, gestützt von der deutschen Gewerkschaftsbewegung, auch Sieger in diesem Kampfe bleiben.«²⁷

Die politischen Wirkungen der schweren Wirtschaftskrise schätzte die Gewerkschaftsführung zu diesem Zeitpunkt noch völlig falsch ein, obwohl die Erfolge der Nationalsozialisten bei den Kommunalwahlen in Preußen im November 1929 ein deutliches Warnsignal hätten sein müssen. Insbesondere Angestellte reagierten auf die verstärkte Gefährdung ihrer ökonomischen und sozialen Existenz nicht, indem sie die energische Vertretung von Arbeitnehmerinteressen honorierten, sondern indem sie sich um so

entschiedener vom Arbeiterproletariat distanzierten und verstärkt den rechtsradikalen Parteien ihre Stimme gaben. Erst der Schock über den Aufschwung der NSDAP und auch der KPD bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 förderte in der SPD und im ADGB die Erkenntnis, wie stark das Wählerverhalten gerade in einer Phase schwerer Wirtschaftsdepression von irrationalen Motiven bestimmt werden konnte. Während die Freien Gewerkschaften, getragen von dem Selbstbewußtsein aufgrund der sozialdemokratischen Wahlerfolge von 1928, den Zusammenbruch des Kabinetts Hermann Müller bewußt riskiert hatten, ermöglichten sie nun einer bürgerlichen Minderheitsregierung durch die Hinnahme immer neuer unsozialer Beschlüsse das Überleben.

Konservative Einstellung in Hamburg zu den ersten gewerkschaftlichen Alternativvorschlägen

Neben der Furcht vor dem Sieg des Faschismus war für diese abwartende Haltung entscheidend, daß auch die Freien Gewerkschaften zunächst kein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise besaßen. Je schlimmer sich die Lage zuspitzte, desto schwerer waren ihre Forderungen zu verwirklichen, desto deutlicher wurde auch, daß sie nur auf Linderung der Not und bessere Verteilung, nicht aber Vermehrung des schrumpfenden Arbeitsangebots zielten. Die Widersprüchlichkeit mancher Vorschläge offenbarte die Unsicherheit und Ratlosigkeit gegenüber der Depression. Erst durch die Annahme des WTB-Plans auf dem außerordentlichen »Krisenkongreß« am 13. April 1932 gewann der ADGB die Möglichkeit zurück, offensiv zu agieren.²⁸ Die entscheidende Schwäche der bisherigen Stellungnahmen war in diesem Programm überwunden: Durch die Bejahung der Kreditschöpfung des Staates im Innern erhielt die Regierung das Mittel, um unabhängig von der Bereitwilligkeit des Auslands, Anleiheverträge abzuschließen, durch große Arbeitsbeschaffungsprojekte, Steigerung des Geldumlaufs und Hebung der Kaufkraft aktiv auf die Belebung der Konjunktur hinzuwirken. Die Freien Gewerkschaften wollten an der internationalen Kooperation festhalten, wenn sie aber am Isolationismus der Staaten scheiterte, so war der Weg für eine autonome Bekämpfung der Wirtschaftskrise nunmehr frei.

Die Initiatoren des Plans, der Leiter des Statistischen Büros beim ADGB, Wladimir Woytinsky, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Fritz Tarnow, und der Chef der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, Fritz Baade, die beiden letzteren zugleich Reichstagsabgeordnete der SPD, hatten ihre Konzeption im Dezember 1931 zusammengefaßt. Sie beruhte aber im wesentlichen auf Gedanken, die Woytinsky schon im Winter 1930/31 entwickelt und im Juni 1931 im theoretischen Organ der Gewerkschaften: Die Arbeit, erstmals öffentlich zur Diskussion gestellt hatte. Durch die Publikation des Macmillan-Berichts und die Neuorientierung der englischen Währungspolitik im

Herbst 1931 in ihren Auffassungen bestärkt, hatten dann vor allem er und Tarnow eine rege publizistische Aktivität zur Propagierung ihrer Ideen entfaltet. Die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um eine neue aktive Arbeitsbeschaffungspolitik waren daher in den letzten Wochen vor den Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 bereits in vollem Gange; in Hamburg fand jedoch dieses Bemühen, der Arbeiterbewegung wieder positive Ziele zu geben, so gut wie keine Resonanz.

Von den »Reformern« erhielt nur Tarnow einmal Gelegenheit, in vorsichtigen, allgemeinen Wendungen seine Vorstellungen anzudeuten. Bei dieser Wählerversammlung am 16. September 1931, die vor allem den Zusammenhalt von SPD und Gewerkschaften demonstrieren sollte, rechtfertigte er ebenso wie alle offiziellen Redner der sozialdemokratischen Organisationen die Tolerierung Brüning's mit dem bekannten Hinweis auf die drohende völlige Entrechtung der Arbeiterschaft durch eine nachfolgende faschistische Regierung, dann aber ließ er seine Forderung nach aktiver Konjunkturpolitik anklingen: »Die gesellschaftlichen Organe« – womit er zweifellos auch die Gewerkschaften meinte – und die Staaten müßten »eingreifen, um das durch das kapitalistische System in Unordnung gebrachte Wirtschaftsgetriebe wieder in Gang zu setzen«. Allerdings, so schränkte er ein, gebe es im Rahmen einer »abgeschlossenen nationalen Wirtschaft keine Auswege aus der ökonomischen Krise«, sondern nur bei »einer internationalen Verständigung der Völker«. ²⁹ Dieser Vorbehalt war nicht taktisch motiviert, denn erst Ende 1931 rangen sich Woytinsky und Tarnow vermutlich unter dem Einfluß Baades durch, notfalls auch ein autonomes Vorgehen einzelner Regierungen gutzuheißen. ³⁰

Durch ihren optimistischen, aktivistischen Tenor unterschieden sich die Äußerungen Tarnows trotzdem grundlegend von dem Fatalismus, der die Reden der Anhänger einer traditionellen Politik kennzeichnete. Sie beherrschten in Hamburg bis zu den Bürgerschaftswahlen 1931 unbestritten das Feld. Der entschiedenste und prominenteste Gegner aller Versuche, durch monetäre Maßnahmen eine Wirtschaftsbelebung einzuleiten, der Leiter der gemeinsamen Wirtschaftspolitischen Forschungsstelle der SPD, des ADGB und der Genossenschaften, Fritz Naphtali, ³¹ kam sowohl in der Parteizeitung als auch bei Gewerkschaftskonferenzen in der Hansestadt wiederholt zu Wort. Mit rücksichtsloser Offenheit erklärte er schon unmittelbar vor den Reichstagswahlen am 14. September 1930, die Depression und die Massenarbeitslosigkeit »in fast allen großkapitalistischen Ländern« gehörten »zu den verheerenden und unausweichlichen Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise«. Nur wer »Wahlschwindel« treibe, könne deshalb behaupten, »daß er ein Generalkonzept für die sofortige Überwindung der ökonomischen Krise« in der Tasche habe. Wegen der »untrennbaren« Verbindung zwischen dem Kapitalismus und den periodisch wiederkehrenden Depressionen könnten sie erst mit dem Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung ein Ende finden. Der »Kampf der Krisenopfer, der Kampf der Arbeiterklasse« dürfe sich daher »nicht nur gegen Einzelercheinungen« wie die monetären Störungen richten, sondern müs-

se nach wie vor »gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem im ganzen« geführt werden mit dem Ziel, den Sozialismus zu verwirklichen. Jeder Wahlkampf sei ein »neuer Abschnitt« in diesem historischen Ringen.³²

Die Formulierung implizierte, daß die endgültige Überwindung der Krisen in weiter Ferne liege, daß der Durchsetzung des Sozialismus noch viele Wahlkämpfe vorausgehen würden. Sehr scharf widersprach Naphtali der These, daß es sich bei der gegenwärtigen, allerdings ungewöhnlich schweren Depression um die Endkrise des Kapitalismus handle. Nach seiner Überzeugung sei »ein neuer Aufschwung, eine Wiedereinschaltung der heute brachliegenden Arbeitskräfte« in den Produktionsprozeß im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems durchaus möglich. Insoweit stimmte er mit den Befürwortern einer aktiven Konjunkturpolitik überein, doch erwartete er im Gegensatz zu ihnen, wie er bei einer Rede vor Gewerkschaftlern wenig später deutlich machte, daß die Krise ebenso wie frühere verlaufen und es schließlich automatisch zu einem Wiederanstieg kommen werde und müsse »auf dem Wege der Preissenkungen und der Einschränkung in den Unternehmungen, bis die Angleichung erfolgt ist.«³³ Diese Vorstellung entsprach vollkommen der bürgerlichen Konzeption des Gesundschrumpfens, wie auch der Glaube an die gesetzmäßige Entwicklung der Depression ebenso zur Passivität verleitete wie das liberale Vertrauen auf die »Selbsteheilungskräfte« der Wirtschaft.

Folgerichtig gab Naphtali zu, daß die – schon behandelten – »Gegenwartsforderungen« der Sozialdemokratie, die »ihren dauernden Kampf um die Neugestaltung der Gesellschaft« ergänzten, allenfalls eine Besserung der Wirtschaftslage anbahnen und die Not lindern könnten.³⁴ In späteren Äußerungen beschränkte er sich sogar auf diese zweite bescheidenere Zielsetzung. Selbst die im Mittelpunkt der Bemühungen stehende Arbeitszeitverkürzung sei, wie er richtig analysierte, keine krisenüberwindende, sondern nur eine sozialpolitische Maßnahme zur Milderung der schlimmsten Auswirkungen der Depression.³⁵ Wie wenig Realitätsbezug und Perspektive der immer wieder vorgetragene Katalog von Einzelforderungen hatte, zeigte sich, als Naphtali noch Ende Mai 1931 Auslandsanleihen als Grundlage für eine »großzügige Arbeitsbeschaffung« dazurechnete, obwohl sich die internationale Kreditkrise bereits ihrem Höhepunkt näherte.³⁶

Diese Haltung angesichts der Wirtschaftskatastrophe, die sich in den Reden und Artikeln Naphtalis besonders klar abzeichnete, die aber die Politik der SPD und in dieser Phase auch der Gewerkschaften generell bestimmte, verdiente die ungeduldige Kritik Woytinskys: »Die objektive Bedeutung der angeblichen Aufklärungsarbeit, die wir führen, indem wir den Arbeitern die Überzeugung einzuhämmern versuchen, daß unter dem Kapitalismus die Krisen unvermeidlich sind und daß sie nur nach der Abschaffung der kapitalistischen Ordnung verschwinden werden, ist genau dieselbe, als wenn man den Leuten die Geduld gepredigt hätte, die nach dem Tode im Himmel belohnt wird.«³⁷ In Hamburg waren solche Einwände gegen den Kurs der Spitzengremien nicht zu vernehmen. Die örtlichen Funktionäre vertraten vorbehaltlos die traditionelle Linie, und bei Berichten über über-

regionale Kongresse wurden vor allem die Passagen herausgehoben, in denen sich die Referenten ablehnend oder skeptisch über die Chancen äußerten, durch eine neue Geldpolitik die Konjunktur anzukurbeln. Einhellig wurde den Gewerkschaftsmitgliedern in der Hansestadt durch die offiziellen Redner, die Publikationen ihrer Verbände und das Hamburger Echo, das als Mitteilungsorgan des ADGB zur Pflichtlektüre gehörte, das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Wirtschaftskrise vermittelt.

Die Gründe für diese konservative Einstellung der Hamburger Freien Gewerkschaften sind nicht eindeutig. Die Zusammensetzung des ADGB bietet keine ausreichende Erklärung; denn neben den Verbänden der handwerksmäßig geschulten Facharbeiter, die nach allgemeinen Erfahrungen eher einer risikofreien traditionellen Politik zuneigten, spielten in der Hansestadt auch die zumeist beweglicheren, für unkonventionelle Methoden und revolutionäre Neuerungen eher aufgeschlossenen Organisationen der ungelerten Arbeiter wie der Fabrikarbeiterverband oder – mit Einschränkungen – der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und der Metallarbeiterverband eine Rolle. Sicher wurde das konservative Element durch die große Zahl der Gemeindearbeiter und der zum Teil ebenfalls im öffentlichen Dienst beschäftigten Verkehrsarbeiter verstärkt, die gerade in Hamburg manche beamtenähnlichen Privilegien genossen.³⁸ Entscheidender war aber vermutlich, daß hier die SPD und durch den Vorsitzenden des Ortsausschusses auch der ADGB maßgeblich an der Regierung beteiligt waren. Der Senat betrieb, wie gezeigt wurde, nicht nur unter dem Druck der Finanzmisere und der Abhängigkeit von der Kassenhilfe des Reichs dieselbe primär am Haushaltsausgleich orientierte Parallelpolitik wie Brüning, sondern ließ sich auch von ähnlichen Grundüberzeugungen bezüglich Wirtschaftskrise und Währungsstabilität leiten. Gegenkonzeptionen gegen die finanz- und wirtschaftspolitische Linie der Reichsregierung mußten daher zugleich als Kritik am Senat und an den eigenen Spitzenpolitikern erscheinen.

Das Dilemma, das die SPD hinderte, den WTB-Plan anzunehmen, war in Hamburg von noch größerer Tragweite als im Reich: Da er dem Fernziel: Überwindung des Kapitalismus, nicht diente und die Position Brünings wie auch der in der gleichen Weise operierenden Landesregierungen und Gemeindeverwaltungen schwächte, widersprach er sowohl der sozialistischen Theorie als auch der aktuellen Politik der Sozialdemokratie. Meinungsverschiedenheiten konnten sich Partei und Gewerkschaften eher leisten, wenn sie wie im Reich von den Entscheidungsprozessen ausgeschaltet und zu einer bloß passiven Rolle verurteilt waren, als wenn sie versuchen mußten, in einer Koalitionsregierung durch geschlossenes Auftreten möglichst viel für ihre Mitglieder und Anhänger zu erreichen. Schließlich mag die Abneigung gegen Währungsexperimente in der Handelsstadt besonders groß gewesen sein und auch die Gewerkschaften beeinflusst haben; denn auffälligerweise fand sich im Gegensatz zu anderen Regionen bei den Unternehmen ebenfalls keine Gruppe bereit, die in ihren Kreisen entwickelten Reformvorschläge auch nur zu prüfen.

Wie die Gewerkschaftsmitglieder auf die Tolerierungspolitik und die ratlose Resignation der Verbandsführungen gegenüber der Wirtschaftskrise reagierten, läßt sich mangels genügend zuverlässiger Quellen nicht sicher erkennen. In der kommunistischen Presse wurde jede oppositionelle Äußerung maßlos hochgespielt. Dagegen erschien in den gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Publikationen jede Versammlung als neue Demonstration der Einmütigkeit, Zuversicht und Kampfbereitschaft. Gegen-erklärungen von Vertretern der KPD oder der KP-Opposition wurden zwar regelmäßig erwähnt, aber nur, um ihre völlige Isolierung zu zeigen und die empörte Abwehr als Beweis für die innere Geschlossenheit des Verbandes hervorzuheben.

Einige Indizien lassen jedoch Rückschlüsse zu. Wie ernst die Leitung des Hamburger ADGB die durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 ausgelöste Unruhe nahm, wird allein darin deutlich, daß sie die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz für nötig hielt und eigens prominente Berliner Redner kommen ließ, um das Festhalten an Brüning zu rechtfertigen. Auch glaubten diese Politiker ebenso wie Ehrenteit, nur durch sehr massive Gründe, die Schreckensvisionen einer neuen Inflation, eines Bürgerkrieges oder internationaler Konflikte, Verständnis für ihre Entscheidung wecken und das Abwandern großer Scharen von Mitgliedern zur KPD verhindern zu können. Ganz im Sinne der Vorstellungen Leiparts, daß man ein Ventil für die Unzufriedenheit schaffen müsse, forderte Ehrenteit nachdrücklich auf, Beschwerden über die Notverordnung und die Haltung der Sozialdemokratie in diesem Kreis, und nicht an anderer Stelle zu äußern. Er wie auch Leipart berichteten, daß die Vorstände der Gewerkschaften mit Protestresolutionen überhäuft würden.³⁹

Dennoch meldete sich nur ein Vertreter des Baugewerksbundes zu Wort, dessen Mitglieder durch die Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung besonders hart getroffen wurden; sie verloren im Fall der Erwerbslosigkeit bis zu 50 % der bisherigen Bezüge. »Nicht einmal in der kaiserlichen Zeit« sei der Lebensstandard der Arbeiterschaft mit einer so unglaublichen Brutalität herabgedrückt worden wie in der Ära Brüning. Durch die Notverordnungen werde die arbeitende Klasse »in einer derart krassen Weise« geschröpft, »daß man von einem Existenzminimum überhaupt nicht mehr reden« könne. Aus dieser Feststellung ergab sich für den Delegierten der Schluß: »Unsere Reichstagsfraktion wird sich überlegen müssen, ob die Tolerierung der Regierung Brüning so weit gehen darf, daß das letzte Hemd dem Arbeiter ausgezogen wird. Wir, die wir innerhalb der Betriebe die Arbeit leisten, wünschen, daß unsere Partei, die heute als die stärkste im parlamentarischen Kampfe steht, alle Machtmittel anwendet, daß endlich einmal mit diesen Notverordnungen Schluß gemacht wird.« Bravo-Rufe unterstrichen diese Forderung.⁴⁰ Solche offenen Äußerungen der Mißbilligung blieben allerdings die Ausnahme. Im allgemeinen wurde, wie ein Vergleich der Versammlungsberichte zeigt, Opposition in den Gewerkschaften seltener laut als in der SPD, der die Kompetenz und die Verantwortung für die politischen Entscheidungen zufiel.

Geringer Einfluß der KPD bei den Betriebsarbeitern

Dem entsprach, daß die KPD bei Gewerkschafts- und Betriebsratswahlen nicht annähernd dieselben Erfolge erzielen konnte wie bei den politischen Wahlen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise. Dabei hatte sie seit der erneuten Linkswendung der Kommunistischen Internationale nach ihrem 6. Weltkongreß im Juli und August 1928 den Kampf gegen die »reformistische« Gewerkschaftsbürokratie verschärft. Als Hauptfeind galten in dieser Phase die Führungen der SPD und des ADGB. Dadurch, daß die KPD jede Gelegenheit nutzte, den »Arbeiterverrat« dieser »Sozialfaschisten« zu entlarven, hoffte sie, die Mitglieder zu sich herüberzuziehen und so die »Einheitsfront von unten« zu verwirklichen. Während es seit 1925 ihr Bestreben gewesen war, Einfluß und Funktionen in den Freien Gewerkschaften zu erringen, ging es im Zeichen der neuen Politik darum, die oppositionellen Gruppen in den Verbänden des ADGB durch Festigung ihrer Organisation zu stärken, unter Einbeziehung bisher unorganisierter Arbeiter eigene »rote« Einheitsverbände zu gründen, wo immer sich Gelegenheit dazu bot, und die sozialdemokratischen Leitungen ohne Rücksicht auf die Durchsetzungsmöglichkeiten durch permanente Forderungen und Angriffe von innen und außen unter Druck zu setzen. Je nach der Kräftekonstellation in der Führung der KPD hatte die Schaffung konkurrierender Organisationen oder der Ausbau der innergewerkschaftlichen revolutionären Opposition Vorrang. Darüber hinaus stellten sich die Kommunisten die Aufgabe, bei den Betriebsratswahlen die Mehrheit zu gewinnen sowie durch Auslösung und erfolgreiche Durchführung zahlreicher Streiks ihren Einfluß in der Arbeitnehmererschaft zu vergrößern.⁴¹

Alle diese Bestrebungen liefen auf eine Spaltung oder Schwächung der Freien Gewerkschaften hinaus. Die Vorstände der Hamburger Organisationen nahmen die Bedrohung sehr ernst. Wiederholt warnten sie in ihren Mitteilungsblättern und Jahresberichten vor der Unterstützung der kommunistischen Aktionen und kündigten an, daß sie nach den Statuten jedes Eintreten für einen Gegenverband, die Kandidatur auf einer Oppositionsliste, ihre Verbreitung oder Propagierung mit dem Ausschluß beantworten würden.⁴² Die genaue Zahl der Maßregelungen ist nicht bekannt; doch war sie, gemessen an der Größe der Organisationen, sicher unerheblich.

Trotz eines gewaltigen agitatorischen Aufwands konnte die KPD in Hamburg bei den Betriebsarbeitern nur geringe Erfolge erzielen.⁴³ Soweit die wenigen überlieferten Ergebnisse von Gewerkschaftswahlen eine generelle Aussage zulassen, war die Bedeutung der kommunistischen Fraktionen zwar sehr unterschiedlich, aber in keinem Verband bildeten sie wirklich eine Gefahr für die »Reformisten«. Bei der Wahl zum Bundestag des Deutschen Verkehrsbundes erhielt die Opposition in Hamburg 1928 nur 280 von 5558 Stimmen, bei den Wahlen zum Kongreß des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes 4486, die »Amsterdamer« Richtung aber 15592 Stimmen. Im Holzarbeiterverband ging die Wahl der Ortsverwaltung 1929 mit 611 zu 145 Stimmen zugunsten der Sozialdemokraten aus. Die organisierten

Hamburger Hafenarbeiter überließen 1929 und 1930 keinen einzigen Funktionärsposten oppositionellen Kandidaten. An einer Versammlung, bei der die Delegierten zum 1. Reichskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition am 30. November 1929 bestimmt werden sollten, beteiligten sich nur 18 der rund 18000 Hafenarbeiter. Bei den Schiffsreinigern, bei denen sie früher über einen gewissen Einfluß verfügt hatten, erhielten die Kommunisten 1930 gerade ein Viertel der Stimmen, und selbst bei den Speicherarbeitern, bei denen die Beschäftigten der sowjetischen Firma »Derutra« organisiert waren, unterlagen sie mit 60 zu 80 Stimmen. Bei den Ewerführern entschieden sich nur etwa 15 von 160, bei den Bunkerleuten lediglich vier und bei der großen Gruppe der Kaiarbeiter sieben Gewerkschaftler für sie. Bei den Wahlen des Zimmererverbandes konnten die Kommunisten 22 von 100, bei den Malern und Lackierern 35 von 127 Stimmen auf sich vereinen. Allein von der Distriktsleitung Wilhelmsburg des Fabrikarbeiterverbandes ist bekannt, daß sie 1929 an Kommunisten übergang. Ihr Ausschluß wurde bei der Jahresversammlung gegen vier Stimmen gebilligt.⁴⁴

Größeren Widerstand setzten dagegen die Buchdrucker einem Antrag ihres Vorstands entgegen, einem Kollegen wegen seiner Tätigkeit für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) die Mitgliedschaft zu entziehen. Er wurde mit 713 gegen 570 Stimmen ausgeschlossen; doch ist unklar, ob die vielen negativen Voten auf Sympathien für die KPD oder nur darauf zurückzuführen sind, daß die Maßnahme in dem konkreten Fall als besondere Härte empfunden wurde.⁴⁵ Alle Verbandsleitungen waren stark genug, um die angedrohten Ausschlüsse auch durchzusetzen. Von den Konkurrenzorganisationen der betroffenen oppositionellen Gewerkschaftler und Unorganisierten spielte in Hamburg allein der Einheitsverband der Seeleute und Hafenarbeiter mit etwa 500 Mitgliedern eine bescheidene Rolle. Bei den Betriebsrätewahlen 1931 gaben ihm von rund 16000 noch beschäftigten Hafenarbeitern 2175 ihre Stimme.⁴⁶

Wichtiger noch als die Kämpfe in den Gewerkschaften waren für die KPD die Betriebsratswahlen. Bei ihnen mußte sich zeigen, inwieweit sie den »Sozialfaschisten« im ADGB Abbruch tun konnte und vor allem, welchen Erfolg ihr Werben um die Unorganisierten hatte, die sich plötzlich nicht wie von den »Reformisten« wegen ihrer mangelnden Solidarität diffamiert, sondern als Avantgarde des klassenbewußten Proletariats gefeiert sahen. Auch bei den Entscheidungen über die Betriebsratsmandate entsprachen die Resultate jedoch nicht dem propagandistischen Einsatz der Kommunisten. Die Zahl der freigewerkschaftlichen Vertreter blieb in Hamburg in den Jahren 1928 bis 1930 ungefähr gleich; erst 1931 war ein Rückgang um 14,4 % zu verzeichnen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß gleichzeitig die Zahl der Betriebe, in denen gewählt werden konnte, durch Schließungen, Stilllegungen oder Reduzierung der Belegschaften um 12 % sank. Nicht- oder andersorganisierte Kandidaten gewannen in dem fraglichen Zeitraum zwar kontinuierlich an Boden, doch fielen selbst ihre 846 Mandate im Vergleich zu den mehr als 4000 der Freien Gewerkschaften

wenig ins Gewicht. Zudem konnte sich die RGO nur einen kleinen Bruchteil sichern, die meisten hatten in nationalen oder liberalen Verbänden organisierte Angestelltenvertreter inne.⁴⁷

1929 konnte die RGO im groß-hamburgischen Wirtschaftsgebiet nach Ermittlungen des ADGB nur 16 Listen mit 64 Kandidaten einreichen,⁴⁸ und auch 1931 verfehlte sie bei weitem ihr Ziel, die Freien Gewerkschaftler mit 250 »roten« Listen zu konfrontieren. Während in 1584 erfaßten Unternehmen mit 161858 gewerblichen Arbeitnehmern Betriebsräte gewählt wurden, gelang es den Kommunisten nur in 41, den Nationalsozialisten in drei Betrieben eigene Listen aufzustellen. In 42 Unternehmen gab es überhaupt eine Alternative, in allen anderen galten automatisch die Kandidaten des ADGB als gewählt. 7956 Stimmen entfielen insgesamt auf die RGO; das waren in den Betrieben, in denen gewählt werden mußte, 21,3 %, umgerechnet auf sämtliche durch Betriebsräte vertretene Arbeitnehmer, aber nur 4,9 % der Voten. Gegenüber 4446 Mandaten für Mitglieder des ADGB erhielt die RGO nur 82 oder 1,8 % der Sitze. Den stärksten Rückhalt fand sie bei den Metall- und Chemiarbeitern, den geringsten überraschenderweise bei den Arbeitern des Verkehrsgewerbes, zu denen die so lebhaft umworbenen Hafendarbeiter gehörten.⁴⁹

Am schmerzlichsten war für die KPD, daß sie trotz der rapiden Verschlechterung der Wirtschaftslage und der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit dem politischen und ökonomischen System in Betrieben Rückschläge erlitt, in denen sie zu Beginn der Depression ihre Schwerpunkte hatte. Symptomatisch dafür war die Situation auf den Hamburger Werften. Von den Arbeitern gehörten relativ viele – angeblich 60 % – keiner gewerkschaftlichen Organisation an.⁵⁰ Ihre Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse waren schlechter als die der meisten Arbeitergruppen. Während im allgemeinen in Hamburg erheblich höhere Tariflöhne gezahlt wurden als in anderen Regionen, mußten sie sich mit ausgesprochen niedrigen Einkommen begnügen.⁵¹ Zudem waren sie gezwungen, weite Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurückzulegen und einen relativ großen Teil ihres Lohnes für Fahrgeld auszugeben. Die Unternehmer zeichneten sich durch besondere Intransigenz aus; der langfristigen Strukturkrise der deutschen Werftindustrie nach dem ersten Weltkrieg suchten sie dadurch zu begegnen, daß sie ihre Unkosten zu Lasten der Arbeitnehmer möglichst gering hielten.

Einen Anfang Oktober 1928 begonnenen Streik für Anpassung der Löhne an die Bezüge vergleichbarer Arbeitergruppen, kürzere Arbeitszeit und bessere Urlaubsbezahlung mußten die beteiligten Freien Gewerkschaften nach 14 Wochen abbrechen, weil das unter sozialdemokratischer Leitung stehende Reichsarbeitsministerium am 2. Januar 1929 einen Schiedsspruch für verbindlich erklärte, den 95 % der organisierten Hamburger Werftarbeiter bei einer Urabstimmung abgelehnt hatten. Die Kommunisten nutzten den langen Arbeitskampf, um in einer Flut von Flugschriften die Verhandlungsführer des Metallarbeiter- und Holzarbeiterverbandes anzugreifen, Protestversammlungen zu arrangieren, Kampfleitungen der Unorganisierten wäh-

len zu lassen, Sammlungen zu ihren Gunsten zu veranstalten und ihre Unterstützung aus den Gewerkschaftskassen zu verlangen.⁵² Ein Erfolg zeigte sich erst nach dem Ende des Streiks. Die Enttäuschung über den unbefriedigenden Ausgang, der die Berechtigung der kommunistischen Polemik manchen nachträglich zu beweisen schien, trug sicher zum guten Abschneiden der RGO bei den Betriebsratswahlen für 1929 bei. Bei Blohm & Voß und der Reiherstiegwerft gewann sie die Mehrheit der Mandate. Im größten Hamburger Schiffbauunternehmen konnte sie in diesem Jahr 4110 Stimmen auf sich vereinen, während es die Freien Gewerkschaften nur auf 2667 brachten.⁵³

Doch schon 1930 mußte die RGO erhebliche Verluste hinnehmen. Bei Blohm & Voß konnte sie ihre Mehrheit mit 3432 gegen 3064 Stimmen der Freien Gewerkschaften nur knapp behaupten. Auf der Reiherstiegwerft büßte sie vier von sechs Mandaten und damit – ebenso wie in einigen Landbetrieben der Metallindustrie – zugleich die Mehrheit im Betriebsrat ein.⁵⁴ Auf der Deutschen Werft Finkenwärder ging ihr Stimmenanteil von 571 auf 377, die Zahl ihrer Mandate von vier auf zwei zurück, während die »Reformisten« – bei einer von 2155 auf 2705 Personen gewachsenen Belegschaft – ihren Vorsprung von 1112 auf 1836 Stimmen und neun auf zwölf Sitze vergrößern konnten.⁵⁵ 1931 verlor die RGO dann auch bei Blohm & Voß die Mehrheit: 1332 Arbeiter entschieden sich für sie, 1593 für die freigewerkschaftliche Liste. Mit 258 überwiegend den Christlichen Gewerkschaften abgenommenen Stimmen gewannen erstmals die Nationalsozialisten je einen Sitz im Arbeiter- und im Betriebsrat dieses Unternehmens.⁵⁶

Soweit das lückenhafte Hamburger Material einen Vergleich zuläßt, verfügten die Kommunisten in der Hansestadt Anfang 1931 über noch weniger Anhang unter der Betriebsarbeiterschaft als im Reichsdurchschnitt. Allerdings waren die Erfolge überall bescheiden. Rückschläge wie in bedeutenden Hamburger Firmen sind reichsweit generell nicht festzustellen. Ihren Anteil an den Arbeiterratsmandaten aller Wirtschaftszweige konnte die RGO zwischen 1930 und 1931 von 1,5 % auf 3,4 % vergrößern, während sie in Hamburg auch 1931 nur 1,8 % der Sitze innehatte.⁵⁷ Eine Ursache für diese Diskrepanz war möglicherweise, daß hier die Arbeiterschaft wegen des verzögerten Beginns der Wirtschaftskrise zum Zeitpunkt der Wahlen, zwischen Januar und März 1931, noch nicht so lange äußerster Not ausgesetzt war wie in anderen Regionen. Wahrscheinlich wirkte auch der Skandal um den Fraktionsführer der Kommunisten in der Hamburger Bürgerschaft und engen Vertrauten Ernst Thälmanns, John Wittorf, nach, der als Sekretär des Bezirks Wasserkante Parteigelder unterschlagen hatte und deshalb 1928 aus der KPD ausgeschlossen worden war.⁵⁸ Zuvor schon hatte die Hamburger KPD infolge der Niederlage und Ausschaltung der »Ultralinken« 1926 einige ihrer bekanntesten Mitglieder verloren, unter ihnen insbesondere den verantwortlichen Führer beim Aufstand im Oktober 1923, den Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordneten Hugo Urbahns.⁵⁹ Neben anderen wegen des Mangels an Quellen nicht faßbaren lokalen Faktoren spielte ferner die lange und starke sozialdemokratische Tradition der Hansestadt eine Rolle.

Auch die Gründe für die Rückschläge der Hamburger Kommunisten 1930/31 lassen sich nur aufgrund einiger Indizien erschließen. Die innerparteilichen Kämpfe im Zusammenhang mit dem erneuten Richtungswechsel der Komintern, die in Hamburg abermals zum Ausschluß prominenter Genossen führten, kosteten die KPD zweifellos manche Sympathien in der Arbeiterschaft, zumal in den meisten Fällen die Wendung gegen die Gewerkschaften im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. So wurde der Vorsitzende der Bürgerschaftsfraktion, Heinrich Stahmer, Anfang März 1930 ausgeschlossen, weil er es ablehnte, bei der Betriebsratswahl beim Strom- und Hafenbau die Liste der RGO anzuführen.⁶⁰ Die KPD verlor damit einen ihrer besten und witzigsten Redner, dessen Ausführungen und schlagfertige Zwischenrufe auch in der gegnerischen Presse Beachtung fanden. Ebenso war die Weigerung, an der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung mitzuwirken, bei den Abgeordneten Albert Sanneck und Hans Westermann ein Anlaß, sie aus der Partei zu entfernen.⁶¹ Für die einfachen Mitglieder war es erst recht schwer verständlich, daß ihnen in den vergangenen Jahren der Eintritt in die Freien Gewerkschaften zur Pflicht gemacht worden war und daß sie nun angesichts des wirtschaftlichen Zusammenbruchs das Risiko eingehen sollten, wegen ihres Einsatzes für oppositionelle Listen mit der Verbandszugehörigkeit das Recht auf Unterstützung bei Krankheit oder Erwerbslosigkeit einzubüßen.

In Unternehmen, in denen die Kommunisten 1929 die Mehrheit im Betriebsrat gewonnen hatten, kam vielfach die Enttäuschung hinzu, daß sie von ihren weitreichenden Forderungen nichts durchsetzen konnten. Auch blieb nicht ohne Wirkung, daß sich die Vorstände des Hamburger ADGB nicht mit Sanktionen begnügten, sondern sofort nach Bekanntwerden der neuen kommunistischen Gewerkschaftstaktik die Schwächen und Mißerfolge der RGO zu einer energischen propagandistischen Gegenoffensive nutzten. Die Entwicklung in Hamburg bestätigte die Erfahrung der Berliner Polizei, daß die RGO ihre Ziele überall dort verfehle, »wo freigewerkschaftliche Funktionäre wirklich aktive Arbeit leisteten«.⁶² Da sie selbst durch die Tolerierungspolitik belastet waren und 1931 noch über kein konstruktives Krisenprogramm verfügten, deutet diese gelungene Abwehr auf die geringe Attraktivität der kommunistischen Politik hin, die aber im größeren Zusammenhang behandelt werden muß.

Die Position der KPD in den Betrieben wurde schließlich dadurch geschwächt, daß die Massenentlassungen in der Depression zuerst und am stärksten ihre Anhänger trafen. Die Fronten zwischen SPD und KPD waren so verhärtet, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte im allgemeinen für sie nicht eintraten, und die Unternehmer entledigten sich ihrer mit Vorliebe, weil sie Unruhe in die Belegschaften trugen und Streiks und zwischentarifliche Lohnbewegungen auszulösen versuchten. Der Machtwechsel im Betriebsrat von Blohm & Voß 1931 ging beispielsweise mit einer Verringerung der Beschäftigtenzahl von 8833 auf 4719 einher. Selbst bei den Entlassungen aus den Staatsbetrieben seit August 1931 gaben, wie ein

bürgerschaftlicher Untersuchungsausschuß feststellte, in Einzelfällen politische Kriterien den Ausschlag. Die heftige Agitation der Kommunisten im Hafen weckte bei manchen sozialdemokratischen Arbeiterräten Erinnerungen an die Atmosphäre vor dem Hamburger Aufstand im Oktober 1923; sie ließen sich deshalb bei ihren Vorschlägen von dem Gedanken leiten, durch Ausschaltung besonders entschlossener Gegner einer ähnlichen Eskalation vorzubeugen.⁶⁵ Mit dem Fortschreiten der Wirtschaftskrise wurde die KPD inoffiziell in Hamburg wie überall immer mehr zu einer Partei der Erwerbslosen.⁶⁴

Den eklatanten Fehlschlag ihrer Betriebsarbeit gestanden hohe Funktionäre der KPD offen ein.⁶⁵ Aus den Mitgliederverlusten des ADGB konnte die RGO nur wenig Nutzen ziehen. Die Taktik, durch selbständige Organisation und Leitung von Streiks die Führung der Arbeiterschaft an sich zu reißen, versuchte sie in Hamburg bis zum Sommer 1930 mehrfach anzuwenden, scheiterte allerdings stets nach wenigen Tagen. Danach mußten auch die Kommunisten erkennen, daß Arbeitskämpfe angesichts der Massenarbeitslosigkeit weder sachliche noch propagandistische Erfolge versprachen.⁶⁶

Kommunistische Bemühungen um die Erwerbslosen

Um so stärker forcierten die Hamburger Kommunisten ihre Anstrengungen, die Erwerbslosen als die dritte große Zielgruppe ihrer Agitation neben den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften und den Unorganisierten zu mobilisieren und an die Partei zu binden. Nach zentralen Richtlinien bemühten sie sich, in zahlreichen Bürgerschaftsanträgen den konkreten Nöten der Erwerbslosen Rechnung zu tragen, um sich als ihre wahre Interessenvertretung zu empfehlen. Anfang 1930 verlangten sie beispielsweise die Gewährung von Winterbeihilfen für alle Unterstützungsempfänger, Tariflohn und Fahrgelderstattung für Fürsorgearbeiter, Beseitigung der Pflichtarbeit und des Arbeitszwangsverfahrens, Renovierung der Wohlfahrtsstellen und Arbeitsnachweise, beschleunigte Erledigung der Eingaben und Beschwerden der Hilfsbedürftigen, im nächsten Winter außerdem Unterstützung der gesamten Klientel der Reichsanstalt nach den Sätzen der Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Bezüge aller Erwerbslosen um 30%, Mietzuschüsse und unentgeltliche Benutzung der Hallenbäder für Wohlfahrtsempfänger.⁶⁷ Dieser Katalog von Einzelverbesserungen wurde ergänzt durch die Forderung nach grundlegenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, wobei die Kommunisten, wie insbesondere ihr Eintreten für die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und Einstellungszwang und für die Inangriffnahme großer öffentlicher Bauprojekte zeigte, an die Vorschläge des ADGB anknüpften und sie zu übertreffen suchten.⁶⁸ Ob die Parlamentsarbeit der Hamburger, die dem Zentralkomitee der KPD geradezu als vorbildlich erschien,⁶⁹ tatsächlich die erhoffte Resonanz fand, ist nicht zu erkennen; sicher wurde die Wirkung aber

dadurch beeinträchtigt, daß die Kommunisten keine vernünftigen Finanzierungsmöglichkeiten nannten.

Für die Werbung unter den Erwerbslosen ergiebiger waren vermutlich die Bemühungen des kommunistischen bürgerschaftlichen Mitgliedes der Wohlfahrtsbehörde, durch unermüdlichen Einsatz für die Beschwerden und Wünsche der Hilfsbedürftigen ihre Anerkennung zu finden.⁷⁰ Hinzu kamen die traditionellen Agitationsmethoden: häufige und massenweise Verteilung hektographierter Flugblätter vor den Arbeitsnachweisen und Wohlfahrtsstellen, in denen aktuelle Mißstände angeprangert wurden, Vertrieb einer speziellen Zeitschrift: Der Arbeitslose, Bildung von Erwerbslosenausschüssen, Protestversammlungen und -demonstrationen. Die Publikationen fanden einige Beachtung und trugen nach Auffassung der Wohlfahrtsbeamten dazu bei, die Aggressionen der Hilfesuchenden zu verstärken; doch waren Ausschreitungen, gemessen an der großen Zahl der Erwerbslosen, selten.⁷¹

Ob sich an den »Hungerunruhen«, Zusammenstößen mit der Polizei, die die KPD beispielsweise als Antwort auf die Notverordnung vom 5. Juni 1931 inszenierte, außer den Aktivisten aus den eigenen Reihen Erwerbslose spontan beteiligten, ist nicht auszumachen. Ebenso ist der Mobilisierungseffekt der nach langen Vorbereitungen einige Male durchgeführten Massendemonstrationen und »Hungermärsche« schwer einzuschätzen. Da die KPD bei solchen Anlässen ihre Mitglieder aus dem gesamten norddeutschen Raum zusammenzog,⁷² muß unklar bleiben, wie viele ihr bis dahin fernstehende Erwerbslose etwa beim »Internationalen Kampftag gegen Arbeitslosigkeit« am 25. Februar 1931 unter den rund 10000 Demonstranten waren.⁷³

Daß auch die Arbeitslosen im allgemeinen nicht bereit waren, durch eine Beteiligung an den Aktionen der KPD persönliche Risiken einzugehen, zeigte deren wenig erfolgreiches Bemühen, »Streiks« der Fürsorge- und Unterstützungsarbeiter auszulösen. Bei den Fürsorgearbeitern bot sich ihr nur Ende 1929 eine Chance, als die Wohlfahrtsbehörde, um den vermeintlich zu geringen Arbeitswillen der vollwerbsfähigen Hilfsbedürftigen anzuspornen, bei den von ihr durchgeführten Notstandsarbeiten ein dreifach abgestuftes Lohnsystem einführte. Die schon durch die langfristige unfreiwillige Untätigkeit in ihrem Selbstgefühl verletzten Arbeiter und Angestellten empfanden diese an Gefängnisarbeit erinnernde Bezahlung als diskriminierend. Ihrer Empörung gab zuerst ein dem Stahlhelm angehörender Fürsorgearbeiter, offenbar ein ehemaliger kaufmännischer Angestellter, Ausdruck. Erst dann schaltete sich die KPD ein, organisierte eine Protestversammlung mit dem Stahlhelmer als Hauptredner, verteilte von ihm und einem Kommunisten unterzeichnete Flugblätter und trat in der Bürgerschaft mit denselben Argumenten und zum Teil wörtlich gleichen Wendungen wie der »Sozialreferent für nationale Arbeiter« für die Beschwerden der Fürsorgearbeiter ein. Dieser revanchierte sich, indem er für seinen kommunistischen Mitstreiter und drei Gesinnungsgenossen zu intervenieren versuchte, als die Wohlfahrtsbehörde auf ihre Hetzereien mit Unterstüt-

zungssperre und Anordnung geschlossener Pflege reagierte. Bezeichnenderweise fand diese eigenartige Verwirklichung der Einheitsfronttaktik bei den Fürsorgearbeitern, die fast ausnahmslos für Familien zu sorgen hatten, von vornherein, selbst vor der Annäherung ihrer Entlohnung an den Staatsarbeitertarif, kein positives Echo. Nur die Unterstützungsarbeiter, überwiegend junge, ledige Erwerbslose, von denen als Gegenleistung für den Unterhalt gegen eine geringe Aufwandsentschädigung an drei Tagen in der Woche Arbeit verlangt wurde, ließen sich zum Teil zu einem »Solidaritätsstreik« bewegen. Da sie wegen Arbeitsverweigerung sofort jeden Unterstützungsanspruch verloren, brach die Aktion jedoch nach wenigen Tagen zusammen.⁷⁴

Dieselbe Erfahrung wiederholte sich im Lauf des Jahres 1930 noch einige Male: Unter den Unterstützungsarbeitern hatte die RGO relativ viele, unter den Fürsorgearbeitern so gut wie keine Sympathisanten.⁷⁵ Die Hamburger SPD nahm den Einfluß der Kommunisten immerhin so ernst, daß sie es vor den Reichstagswahlen 1930 für nötig hielt, in einer speziellen Betriebszeitung für diese beiden Erwerbslosengruppen vor allem gegen die KPD Front zu machen.⁷⁶ Auf Betreiben der Kommunisten kam es im August 1930 auf einigen Arbeitsplätzen zu Obstruktion,⁷⁷ im Oktober 1930 zum größten – und bis zum Sommer 1932 letzten – »Streik« der Unterstützungsarbeiter in Hamburg. Nach eigenen Aussagen hoffte die RGO, durch diese Aktion das Signal für Arbeitskämpfe auch in privaten Betrieben zu geben. Zugleich versuchte sie, einen Zusammenhang mit dem Streik in der Berliner Metallindustrie herzustellen und beide Bewegungen als Ausdruck der revolutionären Entschlossenheit in der Arbeiterschaft für ihre Propaganda nutzbar zu machen.⁷⁸ Auf dem Höhepunkt befanden sich in Hamburg etwa zwei Drittel der Unterstützungsarbeiter im »Ausstand«. Die Wohlfahrtsbehörde glaubte, in einer Pressebesprechung Rechenschaft ablegen zu müssen, und auch außerhalb der Grenzen des Stadtstaats fand der »Streik« Beachtung.⁷⁹

Allerdings war die breite Beteiligung nur teilweise auf Übereinstimmung mit den Zielen der KPD zurückzuführen; viele blieben aus Furcht vor Gewalttätigkeiten der Arbeit fern. Starke »Streikposten« hinderten die Erwerbslosen am Betreten des Arbeitsplatzes, die dennoch ihrer Arbeitspflicht nachkamen, wurden von Trupps der RGO während ihrer Tätigkeit überfallen, in der kommunistischen Presse unter Angabe der Wohnung angeprangert und manchmal auf dem Heimweg zusammengeschlagen.⁸⁰ Sobald für genügenden Polizeischutz gesorgt war und deutlich wurde, daß die staatlichen Organe dem Druck nicht nachgaben, flaute der »Streik« allmählich ab. Nach zweieinhalb Wochen wurde er von der RGO abgebrochen. Durch den grundlegenden Wandel in der Bewertung der Unterstützungsarbeit, die je mehr sich die Wirtschaftskrise und die Not der Erwerbslosen verschlimmerten, nicht mehr als ungerechte Belastung, sondern wegen der kleinen Aufbesserung der Bezüge als erstrebenswerter Vorteil empfunden wurde, gingen die Ansatzmöglichkeiten für die Auslösung eines neuen »Streiks« 1931 verloren.

Sicher konnte die KPD bei den Erwerbslosen größere Erfolge erzielen als bei den Betriebsarbeitern. Ihrer Verzweiflung und Empörung über das unverschuldete Elend gaben viele durch die Entscheidung für die revolutionären Marxisten bei den Parlamentswahlen, durch Beteiligung an Massenaufzügen und -kundgebungen im Rahmen des Demonstrations- und Versammlungsrechts Ausdruck. Nur wenige waren aber bereit, darüber hinaus persönliche Risiken einzugehen. Eine feste Bindung an die KPD gelang selten. Derselbe Zwiespalt bestimmte das Verhalten der Betriebsarbeiter. Auch von ihnen votierte eine beträchtliche Zahl aus Protest gegen das versagende kapitalistische Wirtschaftssystem und die Tolerierung der Brüning'schen Maßnahmen durch die SPD bei den politischen Wahlen für die KPD. Anders ist der Gewinn von 168 674 Stimmen bei den Bürgerschaftswahlen im September 1931 nicht zu erklären, denn in Hamburg gab es zu diesem Zeitpunkt höchstens 120 000 Erwerbslose. Wenn es aber um die Zusammensetzung der Betriebsräte und damit um die unmittelbare Vertretung ihrer Interessen ging, verließ sich auch die Mehrheit dieser KPD-Wähler lieber auf die Erfahrung der »Reformisten«. Von den durch Betriebsvertretungen repräsentierten Arbeitnehmern entschieden sich 1931 in Hamburg, wie erwähnt, nur 4,9 % für die Kommunisten, während sie bei den allgemeinen Wahlen im September des Jahres, bei denen große Bevölkerungsgruppen als Wählerreservoir für sie von vornherein ausfielen, 21,9 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten. Wie diese Zahlen zeigen, gelang es der KPD trotz ihrer beachtlichen Wahlerfolge während der Weltwirtschaftskrise nicht, nennenswerte Teile der Arbeiterschaft über den momentanen Protest hinaus fest an sich zu binden. Ein zu unbedingter Gefolgschaft und persönlichen Opfern bereites revolutionäres Potential war nicht vorhanden.⁸¹

Stärke, grundsätzliche Positionen und Divergenzen der großen Angestelltenverbände

Wie die Lage der Angestellten in der Großen Depression derjenigen der Arbeiter in vieler Hinsicht glich, so stimmten auch die aktuellen wirtschaftspolitischen Stellungnahmen und Forderungen ihrer Verbände mit denen der Arbeitergewerkschaften in zentralen Punkten überein. Im Detail und in grundsätzlichen »weltanschaulichen« Fragen boten sie freilich ein breiteres Spektrum von Auffassungen, weil bei den Angestellten keine der drei großen Gewerkschaftsrichtungen so eindeutig dominierte wie bei den Arbeitern. Während von diesen, soweit sie organisiert waren, Anfang 1929 reichsweit 81,8 % dem ADGB angehörten, hatten sich von den Angestellten 26,1 % für freigewerkschaftliche, 22,4 % für liberale und 31,1 % für christlich-nationale Verbände entschieden.⁸² Bei den Kaufmanns- und Büroangestellten, die in Hamburg den Ausschlag gaben, war der Vorsprung der »bürgerlichen« Verbände sogar noch größer; die freigewerkschaftlich orientierten erfaßten nur 17,6 %, die liberalen 30,5 % und die christlich-

nationalen, darunter an erster Stelle der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband (DHV), 40,8 % der Organisierten.⁸³

Einig waren sich alle im entschiedenen Anspruch auf gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Staat und in der Wirtschaft.⁸⁴ Auch der DHV setzte allen Bestrebungen, den »breiten Bevölkerungsmassen« die seit der Revolution gewonnenen Rechte wieder zu nehmen, entschlossenen Widerstand entgegen. Die Umwandlung zur Gewerkschaft wollte keiner der großen Angestelltenverbände rückgängig machen; die Mitwirkung bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Allgemeinverbindlichkeit und Unabdingbarkeit der Tarifverträge sowie das staatliche Schlichtungswesen betrachteten alle als unverzichtbare Errungenschaften der Arbeitnehmer in der Weimarer Republik. Obwohl die Arbeits- und Lebensbedingungen der Angestellten viel zu wünschen übrig ließen, kam eine Rückkehr zur Vorkriegsordnung für sie daher generell nicht in Frage.

Diametrale Gegensätze bestanden dagegen hinsichtlich der Mittel und Wege, die Gleichberechtigung der Angestellten durchzusetzen und zu sichern. Der AfA-Bund anerkannte die veränderte Funktion und Position der Angestellten im organisierten Kapitalismus, ihre Proletarisierung, als endgültige Entwicklung und zog daraus die Konsequenz, daß sie nur gemeinsam mit der Arbeiterbewegung mit Erfolg für ihre Interessen kämpfen könnten. Demgegenüber betonten sowohl der liberale Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) als auch der DHV wie alle bürgerlichen Verbände die Distanz zum Proletariat. Den Klassenkampf lehnten sie als marxistische Irrlehre ab. Zwar seien Interessen- und auch Klassengegensätze nicht zu leugnen; doch könne und müsse durch Orientierung auf das übergeordnete Ganze, die Volksgemeinschaft oder Nation, ein Ausgleich gefunden werden.⁸⁵

Diese Grundüberzeugung veranlaßte die Führung des GDA, den sozialen demokratischen Rechtsstaat eindeutig zu bejahen, für den durch die Weimarer Verfassung der gesetzliche Rahmen geschaffen worden war.⁸⁶ In einem Grundsatzreferat beim GDA-Kongreß 1930 plädierte der Bundesvorsteher, der demokratische Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider, nachdrücklich dafür, an die Stelle der klassischen liberalen Doktrin, nach der der Staat in das Wirtschaftsgeschehen und die Beziehungen der Kontrahenten so wenig wie möglich eingreifen sollte, »einen neuen Freiheitsbegriff« zu setzen. Angesichts der Absprachen, Zusammenschlüsse und anderen Formen der Machtkonzentration auf Seiten der Unternehmer sei es Aufgabe des Staates, durch soziale Sicherungen die Freiheit des einzelnen zu garantieren. Den nötigen Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik aber gewähre den Organisationen der Arbeitnehmer nur die parlamentarische Demokratie. »Voraussetzung für jede politische Arbeit sind die freiheitlichen Grundrechte der Reichsverfassung. Sie zu erhalten und damit die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und die Freiheit der staatsbürgerlichen Betätigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu sichern, ist politisch, aber ebenso sehr gewerkschaftlich notwendig. Wer den deutschen Volksstaat will, muß auch die Freiheit und Gleichberechtigung aller seiner

Bürger wollen. Gegen die plutokratischen Kräfte eines Industriestaates gibt es keinen anderen Schutz für die wirtschaftlich Schwachen.«⁸⁷

In dem Bestreben, durch seinen auf die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse bezogenen Freiheitsbegriff dem Liberalismus zeitgemäße Ziele und wieder größere Anziehungskraft zu geben, kam Schneider zu einer grundlegenden Neubewertung der Sozialpolitik, in der sich zugleich das gewachsene Selbstbewußtsein der Angestellten zeigte. »Wer könnte leugnen«, so fragte er, »daß der alte manchesterliche Lehrsatz vom ›freien Spiel der Kräfte‹ [...] heute wieder geistert. Und daß er sich Geltung verschaffen würde, wenn nicht die Staatsräson für einen Ausgleich sorgen müßte. Dieser Ausgleich ist: Die deutsche Sozialpolitik.«⁸⁸ An anderer Stelle präzierte er: »Anerkennung der Sozialpolitik erfordert die grundsätzliche Anerkennung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung. Armenpflege aus noch so gutem Herzen heraus befriedigt heute nicht mehr. Nur der Rechtsanspruch kann als sittliches Gebot der gegenwärtigen Wirtschaftsform genügen. Wir wollen nicht Almosenempfänger, sondern Teilhaber des Ertrages der Wirtschaft sein.«⁸⁹ Für die »Demokratisierung des Wirtschaftslebens« durch weitgehende innerbetriebliche Mitbestimmung und Beteiligung an allen für die Wirtschaftsordnung und -entwicklung relevanten staatlichen Entscheidungen konnte der GDA vorbehaltloser eintreten als die Freien Gewerkschaften, die stets das Verhältnis dieser Forderung zu ihrem längerfristigen Ziel, der Sozialisierung der Produktionsmittel, klären mußten.⁹⁰

Durch das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung unterschied sich der GDA deutlich vom DHV. Dieser 1893 gegründete Verband hielt auch nach seiner gewerkschaftlichen Neuorientierung zu Beginn der Weimarer Republik an seiner völkisch-antisemitischen Tradition fest. Zwar trug er den neuen politischen Verhältnissen Rechnung, indem er durch Abgeordnete bei allen Parteien zwischen Zentrum und NSDAP seine Forderungen in den Parlamenten durchzusetzen versuchte. Für die Weimarer Demokratie hatte er aber ebensowenig Sympathie wie für den wilhelminischen Obrigkeitsstaat. Sie war nach seiner Auffassung ein geistloses, rein formales, die Mehrheitsbildung und Beschlußfassung regelndes System. Das Ideal des DHV war ein ständisch geordnetes, von wirklichen Führerpersönlichkeiten gelenktes, originär deutsches Reich, über dessen Gestaltung aber nur unklare Vorstellungen bestanden.⁹¹

Anders als im Reich verfügte der DHV in Hamburg nicht über den stärksten Anhang unter den kaufmännischen Angestellten. Ende 1928 hatte die Ortsgruppe Groß-Hamburg 11 521 – ausschließlich männliche – Mitglieder; denn Frauen war der Beitritt zum Verband nach wie vor verwehrt.⁹² Im Zentralverband der Angestellten, der zum AfA-Bund gehörenden Organisation des kaufmännischen und Büropersonals, waren Ende 1930 11 073 Männer und Frauen zusammengeschlossen; für einen anderen Termin liegen keine Zahlen vor.⁹³ Größer als die beiden Verbände zusammen war in Hamburg der GDA, der im Juni 1929 ca. 27 000 Mitglieder verzeichnen konnte.⁹⁴ Das Zurückbleiben des DHV ist deshalb besonders bemerkens-

wert, weil er in der Hansestadt entstanden war, dort noch immer den Sitz der Zentralverwaltung und auch die zweitgrößte Ortsgruppe hinter Groß-Berlin hatte. Offenbar beruhte seine quantitative Überlegenheit im Reich auf der Organisation der kaufmännischen Angestellten in einer Vielzahl kleiner und mittlerer Städte sowie ländlicher Gebiete.

Die Stärke des ZdA in Hamburg ist weniger überraschend: Abgesehen davon, daß er ebenfalls von hier seinen Ausgang genommen hatte, vermochte er generell neben den Angestellten der industriellen Großbetriebe vor allem bei Behörden, Einrichtungen der Sozialversicherungen und Konsumvereinen beschäftigte zu gewinnen.⁹⁵ Nicht nur die Staatsverwaltung bot bei dem Einfluß der SPD in Hamburg gute Möglichkeiten für die Mitgliederwerbung, sondern neben einigen Reichsbehörden und der Bezirksverwaltung der AOK insbesondere auch die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine mit ihren ca. 2000 und die »Produktion« mit ihren rund 4600 Mitarbeitern (Ende 1929).⁹⁶

Der GDA konnte bei den Behördenangestellten ebenfalls Erfolge erzielen. Er bot allen jenen eine Alternative, die sich durch die sozialistischen Parolen des Zentralverbands abgestoßen fühlten, aber Rückhalt bei einer der Regierungskoalition nahestehenden Gewerkschaft wünschten. Um den ungewöhnlichen Vorsprung des GDA in Hamburg zu erklären, reicht dieses Motiv jedoch nicht aus. Unerheblich war die Tatsache, daß er als einziger der zum Vergleich stehenden Organisationen Angestellte aller Kategorien einschließlich der technischen in einer »Einheitsgewerkschaft« zusammenzufassen versuchte; denn gut 90 % seiner Mitglieder waren kaufmännische und Büroangestellte.⁹⁷ Eine größere Rolle spielte sicher, daß einer der Gründerverbände, der Verein für Handlungs-Commis von 1858, in Hamburg beheimatet war. Im Bestreben, die Angestellten zur Selbsthilfe zu befähigen, hatte dieser Verband, dem 1909 knapp 84000 wirtschaftlich unselbständige Mitglieder im ganzen Reich angehörten, neben einer eigenen Stellenvermittlung eine leistungsfähige Kranken-, eine Pensions-, eine Hinterbliebenen- und Altersversorgungs-, eine Spar- und Darlehens- sowie eine Rentenkasse für Stellungslose, schließlich eine allgemeine Unterstützungskasse für sonstige Notfälle aufgebaut.⁹⁸ Viele Organisierte entschlossen sich deshalb schon aus dem Grund, den Übergang zum GDA mitzumachen, um ihre Ansprüche an diese Einrichtungen zu bewahren. Die Situation war freilich in dieser Hinsicht beim DHV ähnlich.

Die Dominanz des GDA in Hamburg ist daher in erster Linie durch das Fortbestehen starker liberaler Traditionen in der Angestelltenschaft der dem Weltmarkt zugewandten Handelsstadt zu erklären. Die Unterstützung dieser Bevölkerungsgruppe hatte im letzten Vorkriegsjahrzehnt zum raschen Aufschwung der Vereinigten Liberalen beigetragen, die ihre in der Namenswahl zum Ausdruck gebrachten Prinzipien mit sozialpolitischen Forderungen verbanden und, ebenso wie dies der Verein für Handlungs-Commis etwa seit der Jahrhundertwende postulierte, die Intervention des Staates zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren bejahten.⁹⁹ Das berufsmäßige Vorstandsmitglied des Verbandes, Henry Schaper, war 1913

für die Vereinigten Liberalen in die Bürgerschaft eingezogen; in dieser Funktion gewährleistete er bis 1933 den engen Kontakt zwischen den Nachfolgeorganisationen, dem GDA und der DDP bzw. Staatspartei. Allein die Abhängigkeit der Hamburger Wirtschaft vom Verkehr und Warenaustausch mit der Welt mußte den »mittelständisch« denkenden Angestellten die Entscheidung für eine liberale Organisation nahelegen, denn die mit der völkischen Ideologie des DHV untrennbar verbundenen Sympathien für autarkistische Bestrebungen bedeuteten für viele von ihnen die Gefährdung ihrer Existenz. Daß sich die Mehrzahl der Hamburger Kaufmannsgehilfen in besonders schlechter materieller Lage befand, hatte offenbar keine Vorliebe für den politisch radikaleren DHV zur Folge.

Trotz der »weltanschaulichen« und politischen Gegensätze zwischen den Angestelltenverbänden bedienten sie sich vielfach derselben Argumentation, um in der Weltwirtschaftskrise die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen. Übereinstimmend deuteten sie die Kampagne der Unternehmer für die Senkung der Selbstkosten als prinzipiellen Angriff gegen die Rechte der Arbeitnehmer, bei dem es in Wahrheit nicht so sehr um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Produkte wie darum ging, die alte Position als »Herr im Hause« zurückzugewinnen. Der Zusammenbruch des Arbeitsmarkts sollte nach ihrer Überzeugung ausgenutzt werden, um durch den Abbau der Löhne und Gehälter, Arbeitslosenunterstützungen und Sozialversicherungsleistungen sowie die Aushöhlung des Tarifvertragsrechts die Widerstandskraft der organisierten Arbeiter und Angestellten zu schwächen. Wie die Arbeitergewerkschaften verwiesen auch die Angestelltenverbände auf die Bedeutung der Massenkaukraft für den Konjunkturverlauf, da auf diese Weise ihr Kampf gegen Einkommensschmälerungen die Legitimation erhielt, daß er nicht reinem Gruppenegoismus entsprang, sondern im Interesse der Allgemeinheit geführt wurde. Diesem Denkmodell entsprechend erwarteten sie ebenfalls den Anstoß zur Überwindung der Absatzkrise von umfassenden Preissenkungen, weshalb Maßnahmen gegen die Diktate der Monopole, Kartelle, Trusts, Innungen und sonstigen wirtschaftlichen Vereinigungen unter ihren Vorschlägen eine zentrale Stelle einnahmen. Arbeitszeitverkürzung, um die Folgen der Rationalisierung auszugleichen, und energisches Vorgehen gegen Doppelverdiener waren weitere Forderungen, über die sich alle wichtigen Angestelltergewerkschaften und die Arbeiterorganisationen einig waren. Nur bei der Kombination und Gewichtung der verschiedenen Verlangen gab es Abweichungen.¹⁰⁰

Die Freien Angestellten gegen Tolerierungspolitik und monetäre Krisenbekämpfung

Der AfA-Bund arbeitete eng mit dem ADGB zusammen und gab viele Erklärungen mit ihm gemeinsam heraus. Auf eine erneute eingehende Darstellung der Position kann deshalb verzichtet werden. Wie der ADGB ver-

band auch die Spitzenorganisation der Freien Angestellten die Kritik an der dauernden Vernichtung von Kaufkraft mit Angriffen gegen die überhöhten Agrarzölle sowie die fehlende Kontrolle der Monopole und trat anfangs für die Hereinnahme von Auslandsanleihen zum Zweck der Arbeitsbeschaffung, später hauptsächlich für allgemeine Arbeitszeitverkürzung ein.

Gewisse Abweichungen entstanden seit dem Frühsommer 1931. Während Vorstandsmitglieder des ADGB trotz der Empörung über die Notverordnung vom 5. Juni nach außen hin die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verteidigten, sich der Nötigung Brünings zu fügen und auf die Einberufung des Parlaments zu verzichten, ließen sowohl die Leitung des AfA-Bundes als auch der ZdA in seinen Publikationen keinen Zweifel daran, daß sie diesen Beschluß nicht mittragen. Beim unmittelbar vorangegangenen Parteitag der SPD hatte der Bundesvorsitzende Siegfried Aufhäuser zwar die Unausweichlichkeit der Tolerierungspolitik für die Vergangenheit anerkannt, zugleich aber deutlich gemacht, daß sie die Partei nicht zu bedingungsloser Passivität verurteilen dürfe. Die Duldung des Kabinetts Brüning müsse abhängig sein von der Art seiner Politik und ein Ende finden, wenn es die elementaren Interessen der Arbeitnehmer verletze, wenn es ihnen nur neue schwere Opfer aufbürde, ohne die Arbeitslosen-, die Invalidenversicherung und die sonstigen sozialen Einrichtungen in ihrem gegenwärtigen Bestand zu sichern. Eine entsprechende Entschließung, in der gerade auch der Zusammenhang zwischen dem Einsatz für die wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Arbeitnehmer und dem Kampf gegen den Faschismus betont wurde, hatte eine überwältigende Mehrheit gefunden.¹⁰¹

Die Unvereinbarkeit der Notverordnung mit den von Aufhäuser formulierten Grundsätzen war unbestreitbar. Daß sich die Reichstagsfraktion dennoch schließlich dem Willen Brünings beugte, nahmen AfA-Bund und ZdA zum Anlaß, erneut ihre Unabhängigkeit gegenüber der Partei zu unterstreichen, der allein die Verantwortung für den Tolerierungskurs zufalle.¹⁰² Das Argument der sozialdemokratischen Abgeordneten, sie hätten nicht durch eine Aktion gegen die Regierung eine zweite Währungskatastrophe mit ihren verheerenden wirtschaftlichen und politischen Folgen auslösen dürfen, blieb in auffälligem Gegensatz zu den Äußerungen des ADGB in der Zeitschrift des ZdA unerwähnt. In ungewöhnlich scharfen Formulierungen attackierte er statt dessen das »Schanddokument gegen die Angestellten, Arbeiter und Beamten zur Rettung des kapitalistischen Profits«,¹⁰³ das »einer Verhöhnung jeder sozialen Gerechtigkeit« gleichkomme, durch das die Regierung »den Notleidenden die Hungerkur« verordne, »damit die Reichen weiter reichlich zu essen haben«.¹⁰⁴

Ebenso schonungslos wurde die Vergeblichkeit aller Opfer herausgearbeitet; denn »stur und blind« halte Brüning an seiner verfehlten, durch Widersprüche gekennzeichneten Wirtschaftspolitik fest. Aus der »galoppierenden Kaufkraftschwindsucht« und der »ins Ungeheuerliche gestiegenen Arbeitslosigkeit« ziehe er den »unfaßlichen« Schluß, daß die Wende zum Besseren eingeleitet sei. Er fördere das »Produktionskapital, obwohl

der Produktionsapparat auf Jahrzehnte hinaus übersetzt ist«; dabei sehe er die Absatzschwierigkeiten, trage aber im großen Maß zur weiteren Kaufkraftvernichtung bei. »Mit solchen Mitteln, die durch planlose Subventionspolitik noch verschärft werden« – so war im Organ des ZdA zu lesen –, »läßt sich keine Krise mildern, geschweige denn gar überwinden. Der Weg geht zwangsläufig tiefer hinab ins Elend [...] Aus dem Kurs ins Chaos gibt es ohne energische Schwenkung kein Entrinnen.«¹⁰⁵

Wie schon in Aufhäusers Resolution wurde die Möglichkeit, durch Duldung des Kabinetts Brüning die Rechtsradikalen von der Macht fernzuhalten, in Zweifel gezogen und damit auch das entscheidende innenpolitische Motiv der sozialdemokratischen Mehrheit in Frage gestellt. Ausgehend von einer Analyse des Faschismus, nach der Agrarier und selbständiger städtischer Mittelstand seine wichtigsten Träger und Nutznießer waren, sah der AFA-Bund wegen der Vergünstigungen für diese Schichten schon in der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 faschistische Tendenzen verwirklicht.¹⁰⁶ Durch die unsozialen Bestimmungen und Einseitigkeiten der neuen Notverordnung, so führte Aufhäuser am 16. Juni 1931 im Freien Angestellten aus, wende sich Brüning gerade gegen die Bevölkerungsgruppen, die »ihm in der Abwehr des Faschismus manche Unterstützung geleistet« hätten. »Will er überhaupt den republikanischen Staat erhalten, so wird er immer wieder die Hilfe dieser schaffenden Volkskreise gebrauchen. Diese Notverordnung aber ist [...] ein Mißbrauch der bisherigen positiven Einstellung der republikanischen Arbeitnehmerschaft zum Staat. Darum handeln wir nicht nur im Interesse der Angestellten, sondern in dem des Volksstaates, wenn unsere freien Gewerkschaften gegen die Notverordnung in der Fassung vom 5. Juni mit aller Entschiedenheit ankämpfen.«¹⁰⁷

Die Argumentation war wieder unverkennbar von dem Bestreben mitbestimmt, den eigenen Wünschen durch Gleichsetzung mit dem Wohl der Allgemeinheit größere Berechtigung zu geben. Dennoch ist nicht zu bestreiten, daß die maßgeblichen Persönlichkeiten im AFA-Bund und ZdA deutlicher als die Mehrheit der SPD den Widerspruch sahen, der darin bestand, daß sie den Faschismus abwehren wollten, zu diesem Zweck aber eine Wirtschaftspolitik hinnahmen, die nach der allen gemeinsamen Einsicht die Krise verschärfte und so den Radikalen den Boden bereitete. Inwieweit die kritische Einstellung der Verbandsleitungen zur Tolerierungspolitik Mitglieder zum Anschluß an die SAP oder KPD bewog, muß offen bleiben, da entsprechende Untersuchungen fehlen. Die führenden Funktionäre selbst lehnten die Sezession entschieden ab.

Obwohl gerade die freien Angestelltenverbände den Zusammenhang zwischen der Gefährdung der Demokratie und der verfehlten Wirtschaftspolitik Brünings besonders stark betonten, fanden die Bemühungen Woytinskys, Tarnows und anderer um ein Alternativprogramm zur Belebung der Konjunktur bei ihnen keine Unterstützung. Dies war der zweite bemerkenswerte Unterschied zum ADGB. Die ersten tastenden Versuche und vorbereitenden Diskussionen in der hier interessierenden Phase bis zum Herbst 1931 blieben unbeachtet; als die Überlegungen seit Anfang

1932 konkrete Gestalt annahmen und auch von anderer Seite, so dem Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Ernst Wagemann, ähnliche Pläne zur Krisenbekämpfung mit Hilfe monetärer Maßnahmen vorgelegt wurden, reagierte der AFA-Bund überwiegend ablehnend.¹⁰⁸ Undurchdachte Inflationsfurcht spielte dabei eine große Rolle. Jeder währungspolitische Vorschlag, sei es Kreditausweitung im Innern, begrenzte Zahlungsmittelvermehrung oder auch nur die Änderung der Wechselkurse, um die RM dem abgewerteten britischen Pfund wieder anzupassen, begegnete dem Vorwurf, daß damit einer neuen Inflation der Weg geebnet würde.¹⁰⁹ Möglicherweise wirkte sich noch immer aus, daß die Angestellten als Gehaltsempfänger schwerer als die tageweise entlohnnten Arbeiter unter der erst acht Jahre zurückliegenden rasanten Geldentwertung gelitten hatten.

Hinzu kam, daß die Theoretiker der Freien Angestelltengewerkschaften, unter denen Akademiker eine größere Rolle spielten als in den Arbeiterverbänden, mit wenig Flexibilität ihren sozialistischen Überzeugungen anhängen. Bei den Auseinandersetzungen um die Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik standen sie fast ohne Ausnahme auf der Seite derer, die die Korrektur einzelner Fehlentwicklungen bei der prinzipiellen Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft für letztlich vergeblich hielten und sich daher von der Beseitigung der Störungen im Bereich des Geld- und Kreditwesens allenfalls vorübergehende, unbedeutende Erleichterungen versprochen. Voraussetzung für die Überwindung von Not und Elend war nach ihrer Auffassung der grundlegende Umbau der Wirtschaft im Sinne des Sozialismus.¹¹⁰ Da auch der WTB-Plan in der im April 1932 zum offiziellen Krisenprogramm des ADGB erklärten Fassung diese Forderung enthielt, konnte der AFA-Bund, indem er ihr emphatisch zustimmte, die Differenzen bezüglich der Arbeitsbeschaffung und ihrer Finanzierung verdecken.

Eine eigenständige Position der Hamburger Organisationen der Freien Angestellten ist – vielleicht auch infolge der unzulänglichen Überlieferung – nicht zu erkennen. In öffentlichen Kundgebungen bekannten sie sich klar zur Politik ihrer Spitzenverbände.¹¹¹ Bei der Diskussion um Sinn und Ziele der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik hielten sie sich offensichtlich zurück. Bei einer Angestelltenversammlung der SPD vor den Bürgerschaftswahlen 1931 demonstrierten Aufhäuser und der Vorsitzende des Hamburger ZdA, Alfred Ehlers, der einen aussichtsreichen Listenplatz erhalten hatte, die Einigkeit mit der Partei.¹¹² Sie war in allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen tatsächlich vorhanden; bei dem Problem der aktiven Krisenbekämpfung teilte die SPD überwiegend die Auffassung des AFA-Bundes. Die Meinungsverschiedenheiten über die Haltung zum Kabinett Brüning spielten in Hamburg keine Rolle. Hier war der Wille ausschlaggebend, die Übereinstimmung zwischen den freien Arbeitnehmerorganisationen und der SPD unter Beweis zu stellen. Die Nöte der Wirtschaftskrise wirkten, wie die Ortsgruppe des ZdA glaubte feststellen zu können, mobilisierend auf die Angestellten und führten zumindest bis 1930 zu verstärktem Interesse auch für den freigewerkschaftlichen Verband.¹¹³

Der liberale GDA gegen die krisenverschärfende »Sparhysterie«

Der liberale GDA stand dem Kabinett Brüning kaum weniger kritisch gegenüber. Schon in der Phase bis zu den Reichstagswahlen 1930, in der noch die Sanierung der Staatsfinanzen das Hauptziel war ohne weiterreichende wirtschafts- und außenpolitische Ambitionen, stießen wesentliche Regierungsvorschläge, so insbesondere das »Notopfer der Festbesoldeten«, beim GDA auf Ablehnung. Anders als der DHV vermied es der GDA, den Animositäten gegen die Beamten Vorschub zu leisten. Die Besoldungsreform von 1927 akzeptierte er, forderte lediglich gleiche Maßstäbe bei der Entlohnung der Angestelltenarbeit. Ein Notopfer aller Besserverdienenden zugunsten der Arbeitslosenversicherung hätte er gebilligt; aber auch den Gedanken, den Beamten zum Ausgleich für das Privileg der Unkündbarkeit ebenso wie ihren Arbeitgebern Beiträge zu ihr abzuverlangen, befürwortete der GDA. Der von der Regierung gewählten Lösung widersprach er wegen der Einbeziehung der nichtpflichtversicherten Angestellten des öffentlichen Dienstes, da sie durch die notwendige Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit und die Abgabe in ungerechter und untragbarer Weise doppelt belastet würden.¹¹⁴

Einseitige Parteinahme zugunsten einzelner Bevölkerungsgruppen war auch der wichtigste Vorwurf gegen Brünings Ende September veröffentlichtes Wirtschafts- und Finanzprogramm. Zwar versäumte der GDA nicht, auf die konjunkturschädigenden Wirkungen der geplanten Verringerung der Massenkaufkraft hinzuweisen, im Mittelpunkt seiner Kritik aber stand der moralische Aspekt. Daß die Regierung nur Löhne, Sozialleistungen und Steuern, nicht aber die Kartellbindungen, sonstigen Absprachen und die Zölle als Preisfaktoren nannte, daß sie die Landwirtschaft kräftig subventionieren, die Ausgaben für soziale Zwecke aber radikal kürzen wollte, daß sie den Besitzenden zahlreiche Steuererleichterungen versprach, dagegen bei den Massensteuern zu keinem Entgegenkommen bereit war und sogar die Erhöhung einiger Verbrauchsabgaben vorsah, alle diese Ankündigungen waren nach seiner Auffassung kennzeichnend für die systematische Bevorzugung der ohnehin privilegierten Bevölkerungsschichten. Für ihn war es ein Gebot der »Gerechtigkeit«, zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele »zuerst das tragfähigere Besitzeinkommen durch Abbau der Kartell- und Monopolpreise, der Zölle usw.« zu senken und die Finanzmittel zur Durchführung der sozialen Aufgaben durch Aufwand- und Nachlaßsteuern sowie durch Zuschläge zur Einkommensteuer bei Einkünften von mehr als 8000 RM im Jahr, zur Vermögens- und Erbschaftssteuer aufzubringen.¹¹⁵

Die Rücksichtnahme der Regierung auf die Unternehmerorganisationen griff der GDA ebenso scharf an, wie es seine sozialistischen Konkurrenten taten. Der krasse, von menschlichem Mitgefühl unberührte Gruppenegoismus ihrer angeblich sachverständigen Erklärungen, die Diskrepanz zwischen den Worten und Handlungen der »Wirtschaftsführer«, ihre schwere

Mitverantwortung für die Depression fanden in ihm eher einen härteren Kritiker, weil er nicht an die Unausweichlichkeit der Krisen im kapitalistischen System glaubte, sondern die Ursachen in menschlichen Fehlentscheidungen sah.¹¹⁶ Gerade die Hamburger Ortsgruppe, die bei Tarifverhandlungen die besondere Intransigenz ihrer Kontrahenten kennengelernt hatte,¹¹⁷ betonte den Gegensatz zu den Arbeitgebern sehr deutlich. »Sind nicht«, so fragte der Vorsteher des Hansegaus, Kaufmann, bei der Jahresversammlung 1930, »die zweifellos vorhandene Überorganisation zahlreicher Betriebe, die Überkapazität der Betriebe, die Investition von Riesensummen in überflüssigen oder zur Zeit noch überflüssigen kostspieligen Betriebseinrichtungen, sind nicht die künstlichen Preisversteifungen durch die Kartelle [...], sind nicht, gemessen an der Notzeit, übertriebene Unternehmergewinne, Zinshöhe, übertriebenes Selbstfinanzierungssystem, Höchstansprüche auf Kapitalrente während schwieriger Übergangszeit, Verödung des deutschen Kapitalmarktes durch Kapitalflucht ins Ausland (beim Arbeitnehmer würde man das Volksverrat nennen), sind nicht alle diese Vorgänge allermindestens wesentliche Mitursachen an der gegenwärtigen Lage?« Bei allen Versuchen, einzelne Notstände wie die große Dauererwerbslosigkeit unter den älteren Angestellten im Zusammenwirken mit den Unternehmern zu überwinden, habe »kurzsichtigste Profitrechnung [...] über das soziale Gewissen gesiegt«. Die Bemühungen von jener Seite, nun die Politik der Gewerkschaften für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich zu machen, müßten Empörung auslösen.¹¹⁸ Daß die Sichtweise Kaufmanns ebenfalls einseitig war, braucht nicht eigens betont zu werden; hier geht es um die Beurteilung des Unternehmertums durch die liberalen Angestellten.

Im Verhalten der Wirtschaftskreise sah der Bundesvorsitzende Gustav Schneider die wesentliche Ursache für die riesigen Stimmengewinne der radikalen Parteien bei den Reichstagswahlen 1930. Sie seien nicht bloß als unbestimmter Protest gegen die augenblickliche Wirtschaftsmisere zu verstehen, sondern Ausdruck einer weit verbreiteten antikapitalistischen Grundstimmung. Die Gegnerschaft richte sich weniger gegen den Staat als gegen »die Ungerechtigkeit der Besitzverteilung und die rechnerische Kaltherzigkeit der Wirtschaft gegenüber der Not des Reiches und dem Elend von Millionen Volksgenossen«. Die »Wirtschaftsführer« hätten »zu lange die erste Geige gespielt, ohne den Beweis zu erbringen, daß sie das Instrument beherrschen. Es ist an der Zeit, daß ihnen der Staat dieses Instrument aus der Hand nimmt, denn der Staat ist die Volksgesamtheit, aber die Besitzenden sind nur vier Prozent.«¹¹⁹

Noch schroffer und konkreter formulierte der zweite Vorsitzende und Vertreter des GDA im Reichswirtschaftsrat, Max Rößiger, den Gegensatz zu den Unternehmern: Das System der künstlichen Warenverteuerung im Innern durch Schutzzölle und Preisabsprachen stehe vor dem Zusammenbruch, und die Wirtschaft wisse sich »keinen anderen Rat mehr als die Enteignung der Lohn- und Gehaltsempfänger durch generelle Lohnsenkung«. Auf allen ihren Tagungen, in Zeitschriften, Publikationen und ihr nahesteh-

henden Zeitungen arbeite sie »fieberhaft an der Erzeugung des Massenwahns, daß uns nur *bedingungslose* Lohnsenkung retten könnte. Mit allen Mitteln« würden »die eigentlichen Zusammenhänge der Wirtschaftskrise verschleiern«, und der Erfolg bleibe nicht aus, wie der Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie zeige. Diesen schlecht bezahlten, täglich von Erwerbslosigkeit bedrohten Arbeitern einen Abzug von acht Prozent zu diktieren, während man bei den Beamten mehr als sechs Prozent für unzumutbar halte, sei »eine psychologische Ungeheuerlichkeit«. Das schlimme Beispiel werde aber Schule machen und zu einer Lohnabbauwelle mit allen verhängnisvollen Folgen führen. »Man taumelt in eine Sackgasse hinein und hofft, daß inzwischen eine Wiederankurbelung der Wirtschaft einsetzt, die die Einlösung des Wechsels, den man jetzt zieht, erübrigt.« Dabei erhöhen die Wirtschaftskreise den Anspruch, mit »ihren Stellungnahmen höher gewertet zu werden als eine reine Interessengruppe«. ¹²⁰

Wie sehr solche negativen Urteile der Meinung der Hamburger GDA-Mitglieder entsprachen oder sie bestimmten, zeigte sich beispielsweise bei einer Versammlung der liberalen Dachorganisation, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände: Nachdem Ernst Lemmer die bekannten Forderungen und Argumente der Gewerkschaften vorgetragen hatte, wurde in der Aussprache vor allem betont, daß »die gesamte Krisis auf ein Versagen der Wirtschaftsführer« zurückgehe, »denen die wirtschaftliche und finanzielle Liquidation des Krieges bis heute nicht gelungen« sei. ¹²¹

Die Abhängigkeit der Reichsregierung von den Unternehmerorganisationen wirkte besonders verbitternd, weil der GDA die Vergeblichkeit der den Arbeitnehmern auferlegten Opfer vorausah. Wie die Gewerkschaften generell führte ihn die gemeinsame Orientierung an der Kaufkrafttheorie zu der richtigen Einschätzung, daß sowohl die Verringerung des verfügbaren Masseneinkommens als auch der durch die Finanzkalamitäten erzwungene Verzicht auf öffentliche Aufträge neue schwere Absatzstockungen und verstärkte Arbeitslosigkeit hervorrufen würden. Dagegen verkannte er – ebenfalls genau wie die übrigen Gewerkschaften, später mit Ausnahme des Kreises um Woytinsky – die von einem forcierten Preisabbau ausgehenden Störungen. ¹²²

Besonders der Hamburger GDA betonte sehr früh die zentrale politische Bedeutung des Arbeitslosenproblems, von dessen Lösung die Zukunft der demokratischen Republik abhängen würde. Schon Anfang Juli 1930 warnte Kaufmann, daß der Staat zugrunde gehen werde, wenn es nicht gelänge, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden; denn der politische Radikalismus, der das Staats- und Wirtschaftsleben »zerfleische«, ziehe seine Kraft »fast ausschließlich aus dem durch die Arbeitslosigkeit verursachten Elend«. Sicher stellte Kaufmann bei dieser Analyse eine zu enge und einseitige Kausalbeziehung zwischen den beiden Phänomenen her; gerade in den von Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffenen oder bedrohten Schichten blieben ja viele den Weimarer Parteien treu. Wichtig ist aber, daß er das

Anwachsen des Extremismus schon vor den Reichstagswahlen ernst nahm und die Bedeutung der Krisenbekämpfung für die innenpolitische Stabilität erkannte.

Fragen wie die Ausmerzung des Doppelverdienertums und des Überstundenunwesens, auf die die Angestelltenverbände im allgemeinen großen Wert legten, waren nach seiner Überzeugung zwar wichtig, aber »gemessen am Gesamtproblem nur winzige Teilfragen«. Nicht Linderung, sondern Beseitigung der Arbeitslosigkeit müsse angesichts der schwerwiegenden politischen Implikationen das Ziel sein. Entsprechend radikal waren seine Lösungsvorschläge: Neben einer Kombination der bisher propagierten Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung, »krasser Steuerherabsetzung« und »brutaler Zerschlagung der Länder durch eine Reichsreform [. . .], um Mittel freizumachen«, hielt er einen umfassenden Einstellungszwang wie nach der Demobilmachung für notwendig. Allerdings sah er selbst offenbar keine Chance, die Forderung nach so weitgehender Staatsintervention im GDA durchzusetzen; er verzichtete deshalb auf den Versuch, ihr durch formelle Zustimmung des Gautages Nachdruck zu verleihen.¹²³

Daß die Regierung Brüning auch die gemäßigteren, von allen Arbeitnehmerorganisationen vertretenen Vorschläge wie zum Beispiel das Verlangen nach gesetzlicher Arbeitszeitverkürzung nur zögernd aufgriff und sogar bei Forderungen, die ihrem eigenen Programm entsprachen, sich mit sehr viel weniger Energie um die Verwirklichung zu bemühen schien als bei ihren besitzfreundlichen Maßnahmen, führte zu wachsender Entfremdung. »Während bei den Lohnsenkungen gehandelt wird, geht es bei den Preissenkungen sehr gemächlich zu«, so beschwerte sich im November 1930 Gustav Schneider,¹²⁴ und zur Jahreswende erschien in der GDA-Zeitschrift bereits ein Nachruf auf die dahingeschiedene Tatkraft des Kabinetts: »Einmal schien es so, als sei ein starker Wille bei der Reichsregierung vorhanden. [. . .] Das Geraune von der Preissenkung ist leeres Gerede geblieben, weil der Wille zu durchgreifenden Maßnahmen fehlt, obgleich nicht mit der Volksvertretung, sondern mit Notverordnungen regiert wird. Die Regierung hat versagt.«¹²⁵

Verschärft wurden die Differenzen dadurch, daß Pläne des Kabinetts an die Öffentlichkeit drangen, die Rücklagen der Angestelltenversicherung zur Sanierung der Reichsknappschaft mitheranzuziehen, die infolge der starken Rationalisierung und besonders großen Arbeitslosigkeit im Bergbau in Schwierigkeiten geraten war. Der GDA sah in dieser beabsichtigten »Beschlagnahme von Mitteln, die für die Zukunftssicherung der Angestellten in Frage kommen«, ein Zeichen, daß »die Regierung keinen Wert mehr auf den Rest des Vertrauens« lege, den sie »vielleicht« bei der Gruppe noch besitze, ja darüber hinaus, daß sie sich dem von allen Seiten einsetzenden »Kesseltreiben« gegen die Angestellten anschließen wolle.¹²⁶ Die Heftigkeit der Reaktion ist nur zu verstehen vor dem Hintergrund des jahrelangen Abwehrkampfes gegen Bestrebungen, die Angestelltenversicherung in die allgemeine Sozialversicherung einzubeziehen. An der Unabhängigkeit ihrer Versicherung hielten viele Angestellte nicht nur aus finanziellen Grün-

den entschlossen fest, sondern sie war ihnen zugleich ein Symbol für die Sonderstellung ihres »Standes« und seine Distanz zum Proletariat.

Der Tiefpunkt im Verhältnis zur Reichsregierung war wiederum mit der Notverordnung vom 5. Juni 1931 erreicht. In einem Telegramm, das er zur Beruhigung der Mitglieder publizistisch stark verbreitete, hatte der GDA noch unmittelbar vor der Verabschiedung versucht, die drückendsten Benachteiligungen der Arbeitnehmer und Arbeitslosen zu verhindern.¹²⁷ Am selben Tag war in der GDA-Zeitschrift ein offener Brief an den Reichskanzler mit außerordentlich scharfen Angriffen erschienen, die keine Rücksicht darauf erkennen ließen, daß immerhin der Vizekanzler ebenso der Staatspartei angehörte wie die parlamentarischen Vertreter des Verbandes. Die Hamburger Ortsgruppe sorgte sogar durch Verteilung eines Flugblatts mit dem vollständigen Wortlaut dafür, daß die Attacke weit über den GDA hinaus bekannt wurde.¹²⁸ Dabei spielte das verzweifelte Bestreben eine Rolle, die Äußerungsmöglichkeiten, die durch die Ausschaltung des Reichstags verlorengegangen waren, durch außerparlamentarische Einwirkung auf die öffentliche Meinung zu ersetzen.

Besser sei es, so rechtfertigte der GDA seinen Schritt, »noch in letzter Stunde hart seine Meinung zu sagen, als hinterher rückblickend auf Trümmer zu weisen. Und unsere Meinung ist, daß wir eine Regierung haben, die sich bereits zu allgemeinschädlichen, einseitigen Maßnahmen den Arbeitnehmern gegenüber hat mißbrauchen lassen und die jetzt nach allen Anzeichen im Begriff ist, das mit den neuen Notverordnungen wieder zu tun.« Sie sei die Gefangene jener Mächte im Unternehmerlager, die den Augenblick »größter Massennot zu einer Sozialreaktion ohnegleichen nützen« wollten. Der dauernd wiederholte Ruf nach neuen Lohnsenkungen ungeachtet der verheerenden Wirkungen der bisherigen gliche dem irren Treiben in einem »Tollhaus«, und nie habe sich »die Regierung dieser Verblendung wirklich entgegengestellt. [...] Sie hat gesprochen, ermahnt, versprochen, ja sich sogar Vollmachten zum Handeln geben lassen – und doch nicht gehandelt.« Nachdem es ihr – nach Brünings Worten – zu ihrer eigenen Überraschung gelungen sei, den Weizenpreis auf das Zweieinhalbfache des Weltmarktsatzes zu steigern, ohne Tumulte auszulösen, habe sie offenbar »Geschmack an solchen Massenbelastungsproben bekommen«. Was über die bevorstehende Notverordnung verlautete, verrate »ein neues ungeheuerliches Attentat auf die Arbeitnehmer. [...] Der Tritt nach unten ist zur Psychose geworden.« Eine solche »Art der Sanierung der Reichsfinanzen« aber müsse sich »staatsbürgerlich in einen fürchterlichen Fehlbetrag verwandeln!«

Wie bei dieser »Mahnung in letzter Stunde« kehrten nach der Herausgabe der Notverordnung in den vielen Stellungnahmen des GDA alle bekannten Vorwürfe gegen das Kabinett Brüning in krasserer Form wieder: Tatenlosigkeit gegenüber der Wirtschaftskrise, Unterwerfung unter den Willen der Großagrarier und Schwerindustriellen, »gröbliche« Verletzung des »elementaren Gesetzes wirklicher Staatskunst«, daß »eine Volksregierung [...] die Schwachen vor den Starken schützen« solle.¹²⁹ Sämtliche negativen

Tendenzen der bisherigen Notverordnungen schienen in dieser auf die Spitze getrieben. »Wie trunken« gehe die Regierung ihren Weg weiter, beklagte Max Rößiger, wie immer um eine Nuance schroffer als der Bundesvorsitzende. Das Ziel müsse »Wirtschaftsaufschwung für alle sein«, das Kabinett Brüning aber betreibe »Va-banque-Politik durch wirtschaftsschädliche Befriedigung der Wünsche derer, die den sozialen deutschen Volksstaat am meisten verleugnen«. Durch die neue Notverordnung habe es eine »Front nach innen gegen den deutschen Arbeitsmenschen« aufgerichtet.¹³⁰

Unermüdlich verlangte der GDA die unverzügliche Beseitigung der drückendsten und ungerechtesten Bestimmungen,¹³¹ verteidigte aber die Entscheidung, den Reichstag nicht einzuberufen, obwohl er sehr klar sah, daß erst die Ausschaltung des Parlaments die extremen Einseitigkeiten im Regierungsprogramm ermöglicht hatte. Ebenso wie der ADGB und die SPD ließ er sich von Brünings Argument beeindrucken, daß bei einem Zusammentritt des Reichstags nicht nur eine Regierungs- oder Parlamentskrise, sondern eine Staatskrise drohe, weil forcierte Kredit- und Devisenabzüge als Reaktion auf die Gefährdung des Kabinetts binnen weniger Tage eine Währungskatastrophe mit allen verhängnisvollen politischen Konsequenzen auslösen würden.¹³²

Die Furcht vor einer Wiederholung der Inflation wirkte auf diese Weise auch innenpolitisch lähmend. Der GDA geriet genau wie die übrigen Arbeitnehmerorganisationen – mit Ausnahme des AfA-Bundes, der den Regierungssturz in Kauf zu nehmen bereit war – in eine prekäre Situation: Trotz schärfster Gegnerschaft gegen die Politik des Kabinetts Brüning fehlte der Wille, auf seine Ablösung hinzuwirken. Im Organ der Hamburger Ortsgruppe wurde dieses Dilemma illusionslos dargelegt: »Daß die jetzige Reichsregierung nicht bereit sein wird, ihr steuer- und sozialpolitisches System grundlegend zu ändern im Sinne der berechtigten Wünsche der Arbeitnehmer und Kleinbauern, ist sicher [...] Trotzdem wird das durch solche Maßnahmen natürlich unpopuläre Regiment Brüning-Dietrich-Curtius weiter an der Macht bleiben, denn – und das ist das Tragische an unserem Schicksal – es ist niemand da, der es wirklich besser machen würde.«¹³³

Die Kombination von Passivität und rein negativer Kritik wirkte wenig überzeugend. Nur kurze Zeit später gelang es den Wirtschaftsfachleuten des Verbandes jedoch, Ansätze für konstruktive Vorschläge zur Überwindung der Depression zu finden. Im September 1931 setzte sich Alexander Vogel in den Materialblättern für Wirtschafts- und Sozialpolitik erstmals mit den von verschiedenen Seiten vorgelegten Plänen auseinander, den Preisverfall durch vermehrte Ausgabe von Zahlungsmitteln zu stoppen. Im Ergebnis warnte er zwar vor der übertriebenen Hoffnung, daß man allein mit Hilfe der Geldpolitik die internationale oder die deutsche Wirtschaftskrise völlig überwinden könne, doch sei es notwendig, soweit das in der Macht der Reichsregierung und der Reichsbank liege, dem Deflationsdruck entgegenzuwirken. Eine Gefährdung der Währung sei bei planmäßigem, durch gesetzliche Regelungen genau begrenztem Vorgehen nicht zu befürchten, wohl aber müsse vor einer Vergrößerung des Geldumlaufs eine

Änderung der entgegenstehenden internationalen Abmachungen erreicht werden, um nicht von neuem »außenpolitisches Porzellan [zu] zerschlagen«. ¹³⁴

Anfang Oktober hatte sich der Berliner Vorstand entschieden. Unter Berufung auf den Macmillan-Bericht bezeichnete Gustav Schneider Kreditausweitung als »das Gebot der Stunde«, ergänzt durch staatliche Kontrolle der Wirtschaftsmächte. ¹³⁵ Die Hamburger Organisation, die sonst die Politik der Zentrale voll mitrug, hielt sich in dieser Frage zurück: Sie vermied zwar eine positive Stellungnahme, setzte der neuen Parole aber auch keinen Widerstand entgegen. Unsicherheiten und Widersprüche bei Äußerungen zu währungspolitischen Problemen finden sich in den allgemeinen Publikationen des Verbandes ebenfalls immer wieder, ¹³⁶ wichtiger ist jedoch, daß die Bereitschaft vorhanden war, neue Konzeptionen aufzugreifen und mit bisher unerprobten Methoden die Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu versuchen. Eine Initiative der Reichsregierung in dieser Richtung hätte zumindest seit September 1931 außer beim ADGB auch beim GDA erleichterte Zustimmung gefunden. Für die liberale Gewerkschaft war es weit einfacher, eine aktive Konjunkturpolitik mit Hilfe monetärer Maßnahmen zu bejahen, weil sie weder mit unbeeinflussbaren Gesetzmäßigkeiten im Auftreten und Verlauf der ökonomischen Krisen rechnete noch dem Einwand begegnen mußte, durch die Befürwortung solcher Manipulationen zur Restabilisierung des kapitalistischen Systems beizutragen. ¹³⁷

Nicht nur das unbestimmte Verlangen nach mehr Aktivität, sondern die Forderung nach einem umfassenden und einheitlichen Plan zur Überwindung der Wirtschaftsnot, nach zielstrebigem Leitung der Regierung durchzog von nun an alle Veröffentlichungen des GDA. »Mit neuen Mitteln, aber nach einem festen Plane und mit starker Führung durch den Staat ist die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen«, so beendete Schneider sein Plädoyer für Kreditausweitung. ¹³⁸ Sein Stellvertreter Rößiger drängte unermüdlich: »Wo ist der Wirtschaftsplan, mit dem wir dieser Not begegnen wollen, damit wir nicht trotz noch genügend vorhandener Abwehrmittel an der Unfähigkeit, sie systematisch einzusetzen, zugrunde gehen? Wir haben reichliche, moderne Produktionsanlagen, noch reichlichere Arbeitskräfte, einen riesengroßen Bedarf an Gütern aller Art und eine Volksmasse von unerhörter Leistungsfähigkeit. Wir sind kein degeneriertes, zusammenbrechendes Volk. Wir zaudern nur, lavieren und verbrauchen uns im Kampf mit den Kräften, die sich jedem Plan entgegenstemmen, der aus den hinter uns liegenden Wirtschaftsniederlagen und der Wirtschaftsverworfenheit die Schlußfolgerung ziehen will.« So wie er die ökonomische Vergeblichkeit der wilden »Sparhysterie« in verschiedenen Artikeln schonungslos aufdeckte, so sah er auch die innenpolitischen Konsequenzen der programmlosen, nur an den momentanen fiskalischen Erfordernissen orientierten Entscheidungen sehr deutlich: »Die Regierung muß sich sagen, daß jede neue Notverordnung, die nur eine neue Notmaßnahme an die andere fügt, die Kluft zwischen ihr und der Volksmasse immer weiter reißt. Es herrscht eine unheimlich resigniert-zornige Stimmung.« ¹³⁹

Die politische Orientierung der GDA-Mitglieder

Drei Wochen nach Veröffentlichung dieser Warnung mußte in Hamburg gewählt werden. Die Frage drängt sich auf, wie die Empörung oder Verzweiflung über Brünings Politik das Wahlverhalten der GDA-Mitglieder bestimmte. Leider lassen die Quellen nur begründete Vermutungen und indirekte Antworten zu. Die Situation wird zudem dadurch kompliziert, daß der Hamburger Senat, um dessen Zukunft es bei den Bürgerschaftswahlen primär ging, von der Kritik des GDA im allgemeinen ausgenommen war. Die Sprecher der Ortsgruppe wurden zwar nicht müde, auf die Schädlichkeit der forcierten Sparpolitik hinzuweisen, erkannten aber die Zwangslage des Senats an. Einwänden begegnete insbesondere die Kürzung der Wohnungsbaumittel und die Mietenerhöhung in der Etatvorlage 1930 sowie die Entlassung zahlreicher Staatsangestellter im August 1931.¹⁴⁰ Zu tiefergehender Verstimmung führte nur einmal die Entscheidung des Senats, ohne Rücksicht auf laufende Verhandlungen mit den Organisationen allen Staatsangestellten zum 31. Januar 1931 zu kündigen, um den vom Reich geforderten außertariflichen Gehaltsabbau um 6% durchzusetzen.¹⁴¹ Trotzdem war das Verhältnis zwischen GDA und Regierung insgesamt in Hamburg weit weniger problembelastet als im Reich.

Der GDA betonte stets die in den Statuten festgelegte parteipolitische Neutralität. Sicher waren Mitglieder des Bundes in allen bürgerlichen Parteien aktiv, in der SPD dagegen nur in Ausnahmefällen. In Hamburg soll beispielsweise 1930 ein GDA-Mann zum neuen Vorsitzenden des Angestelltenausschusses der DNVP gewählt worden sein, als er nach dem Austritt vieler Mitglieder und des Vorstandes infolge des Konflikts mit dem DHV reorganisiert werden mußte.¹⁴² Die führenden Persönlichkeiten des GDA gehörten aber im Reich wie in Hamburg ausnahmslos der DDP an; als einzige Partei ermöglichte sie den Vertretern des GDA den Einzug in die Parlamente. Der Hamburger Landesverband räumte ihm sogar ungewöhnlich großen Einfluß ein: Zwei der 21 Bürgerschaftsmandate konnte er 1928 erringen und sie selbst 1931 behalten, als die Fraktion auf 14 Abgeordnete schrumpfte. Bemühungen, auch auf den Listen anderer Parteien Berücksichtigung zu finden, schlugen fehl. Sowohl die DVP als auch die DNVP reservierte Vertretern der Angestelltenschaft zuge dachte Plätze für den DHV.¹⁴³ Bei der SPD hatten die Freien Verbände ein ähnliches Monopol; auch kam sie wegen der ideologischen Differenzen als parlamentarische Plattform für den GDA nicht in Frage.

Die enge Bindung des GDA an die Demokratische Partei brachte ihn in der Ära Brüning in eine heikle Situation. Die heftigen Angriffe gegen die Reichsregierung konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß einer der Hauptexponenten der bekämpften Politik, der Reichsfinanzminister Hermann Dietrich, ein Parteifreund der Spitzenfunktionäre war und deshalb für die Umsetzung der Polemik in politische Praxis die parlamentarische Unterstützung fehlte. Zugleich trugen die publizistischen Attacken des GDA sicher dazu bei, daß für viele Mitglieder eine Wahl der DDP bzw.

Staatspartei wegen ihrer Mitverantwortung für die Notverordnungspolitik indiskutabel wurde. Hoffnungen, die die GDA-Führung aufgrund mancher programmatischer Übereinstimmungen und des gemeinsamen bündischen Selbstverständnisses an eine Verbindung der DDP mit dem Jungdeutschen Orden knüpfte, zerschlugen sich sehr rasch.¹⁴⁴ Nicht die Stärkung der sozial engagierten Kräfte in der Partei war das Ergebnis der Aktion, sondern, da die Jungdeutschen schon bald wieder eigene Wege gingen, die Fortführung der DDP mit neuem Namen und erheblich geschwächter Reichstagsfraktion. Für den Hamburger GDA war der Versuch wegen der geringen Bedeutung des Jungdeutschen Ordens in der Hansestadt ohnehin ohne Interesse.

Als Alternative zur DDP/Staatspartei fielen die sozialistischen Parteien für die meisten GDA-Mitglieder von vornherein aus, nachdem ihnen seit Jahrzehnten die Überzeugung vermittelt worden war, daß sie bewußt und gewollt auf ihre Eingliederung ins Proletariat hinarbeiteten. Unter dem Druck der Krise gab der GDA zwar die Proletarisierung der Lebensverhältnisse der Angestellten zu, um so stärker verwahrte er sich aber gegen proletarisches Denken, wozu auch die Entscheidung für eine sozialistische Partei gehörte.¹⁴⁵ Das Zentrum galt in Hamburg zu sehr als katholisch-konfessionelle Organisation, außerdem disqualifizierte es – ähnlich wie die Staatspartei – die Zugehörigkeit Brünnings und des Reichsarbeitsministers Stegerwald. In der DVP dominierten allzu einseitig die Unternehmerinteressen. Soweit sie überhaupt Wert auf Kontakte zu Arbeitnehmerverbänden legte, bevorzugte sie ebenso wie die DNVP überall die christlichen Gewerkschaften und den DHV. Nach Stresemanns Tod insistierte sie angesichts der Nöte der Depression so kompromißlos auf den vom GDA bekämpften Forderungen nach äußerster Sparsamkeit, Abbau der Sozialleistungen und Lohnreduktion, daß eine Annäherung unmöglich war.¹⁴⁶ Selbst prominente Parteimitglieder aus dem Vorstand des DHV wie Hans Bechly und Otto Thiel entschlossen sich 1932 nach vielen Jahren intensiver Arbeit für die DVP, ihr den Rücken zu kehren. In vergleichbarer Weise waren schon früher nach der Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden die im DHV organisierten Angestellten aus der DNVP gedrängt worden.

Keine dieser Parteien konnte bei einer Abwendung von der Staatspartei anziehend auf Angestellte wirken. Dagegen war das politische Profil der NSDAP noch weniger fest umrissen. Einen Berührungspunkt bot das Ideal des GDA, eine Synthese von Nationalgefühl und sozialem Gedanken zu erreichen.¹⁴⁷ Die Betonung des antiliberalistischen Charakters seiner Gewerkschaftsarbeit wirkte in die gleiche Richtung.¹⁴⁸ Ein Zugeständnis an die wachsende Sympathie für rechte Bewegungen, das ebenfalls der Entscheidung für die NSDAP Vorschub leisten konnte, war auch der Entschluß, bei Veranstaltungen des Bundes neben der schwarz-rot-goldenen Flagge die schwarz-weiß-rote zu zeigen,¹⁴⁹ ebenso wahrscheinlich das Bemühen um den Jungdeutschen Orden.

Dennoch zog die Verbandsleitung zur NSDAP eine klare Trennungslinie. In mehreren Artikeln stellte sie die Widersprüche in den wirtschaftspo-

litischen Äußerungen der Nationalsozialisten heraus¹⁵⁰ und suchte nachzuweisen, daß sie trotz gegenteiliger Beteuerungen den Gewerkschaften nach wie vor feindlich gegenüberständen.¹⁵¹ Vor allem gegen die NSDAP richtete es sich auch, wenn der GDA im Februar 1932 in einem besonderen Artikel in seinem Funktionsorgan den Antisemitismus grundsätzlich verurteilte.¹⁵² Gegen Mitglieder, die nationalsozialistische Propaganda in Veranstaltungen des Verbandes tragen wollten oder bei Betriebswahlen für Listen der NSDAP oder von ihr empfohlener Organisationen warben oder kandidierten, ging die Leitung – genau wie es die Freien Gewerkschaften gegenüber der KPD praktizierten – mit Ausschlußverfahren vor.¹⁵³

Insgesamt erwies sich die Widerstandsfähigkeit des GDA als erstaunlich groß, bedenkt man die partiellen programmatischen Affinitäten zum Nationalsozialismus und die schwierige politische Situation des Bundes. Der Zentralverband der Angestellten berichtete zwar wiederholt über Kontakte von GDA-Ortsgruppen zur NSDAP, doch spielte dabei anscheinend die Hoffnung eine Rolle, durch Hochspielen einzelner Vorkommnisse, Anhänger der Weimarer Republik zu sich herüberzuziehen. Gerade die Tatsache, daß er nur auf wenige, zumeist kleinere Städte in den verschiedensten Teilen Deutschlands verweisen konnte, zeigt, daß die Beziehungen unbedeutend waren.¹⁵⁴ Auch die Mitgliederverluste des GDA deuten nicht auf übermäßige Unzufriedenheit mit der kritisch-distanzierten Haltung der Führung zur NSDAP hin; sie blieben im Rahmen dessen, was bei der großen Arbeitslosigkeit unter den Angestellten zu erwarten war.¹⁵⁵

In Hamburg machten sich Bestrebungen, den Verband auf eine Unterstützung der NSDAP festzulegen, seit Ende 1931 bemerkbar, sie fanden aber, soweit sich das erkennen läßt, nicht genügend Resonanz, um die Funktionäre ernsthaft zu beunruhigen.¹⁵⁶ Befriedigt konnte die Leitung des GDA feststellen, daß er von parteipolitisch motivierten internen Kämpfen im Gegensatz zum DHV weitgehend verschont geblieben war.¹⁵⁷ Offenbar war die liberale Tradition trotz der Übernahme mancher eigentlich unvereinbarer Vorstellungen aus dem Repertoire des »revolutionären« Konservatismus noch immer stark genug, um die Mehrzahl der im GDA organisierten Angestellten selbst angesichts äußerster ökonomischer Bedrückung und Gefährdung ihrer sozialen Lage vor dem Anschluß an die NSDAP zu bewahren. Die These von der generellen Anfälligkeit des »neuen« Mittelstands für faschistische Ideologien muß im Hinblick auf diese große Gruppe überprüft werden.¹⁵⁸

Der DHV zwischen »weltanschaulicher« Sympathie für Brüning und Ablehnung der Deflationspolitik

Bei den Aussagen über die politische Orientierung der Angestellten spielt die Entwicklung des DHV eine große Rolle, der als stärkster Einzelverband mit angeblich mehr als 400 000 Mitgliedern und als Wegbereiter für die nationalsozialistische Ideologie bisher die meiste Beachtung fand.¹⁵⁹ Hier

kann deshalb ein zusammenfassender Überblick genügen. Die Ortsgruppe Hamburg des DHV führte am Sitz der Zentrale noch weniger ein Eigenleben als die lokalen Organisationen der anderen Gewerkschaften. Allerdings wurden vorzugsweise die »weltanschaulichen« Grundüberzeugungen und die parteipolitischen Verbindungen und Entschlüsse des DHV untersucht, nicht aber seine Stellungnahmen zu den drängenden konkreten Aufgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden. Auf sie muß daher etwas näher eingegangen werden.

Das Interesse des DHV konzentrierte sich in der Ära Brüning ganz auf die Entscheidungsprozesse im Reich. Zu Hamburger Vorgängen kam er zwar, soweit sie für die Arbeitnehmerschaft von Bedeutung waren, durch seine Vertreter in der Bürgerschaft, Erich Feger (DVP) und Eugen Clauß (DNVP, später Christlich-Sozialer Volksdienst), zu Wort, im übrigen aber ließ er sie weitgehend unkommentiert. Zustimmung verbot sich wegen der starken Beteiligung der SPD und DDP/Staatspartei an der Senatskoalition; scharfe Opposition war ausgeschlossen, weil die einzige größere Partei, die ihm seit Mitte 1930 in Hamburg noch einen Parlamentssitz einräumte, Mitverantwortung für die Regierungspolitik trug.

Die Berufung Brünings zum Reichskanzler wurde vom DHV lebhaft begrüßt. An der Unterstützung dieses ersten Präsidialkabinetts hielt er trotz einzelner Differenzen bis zum Ende unbeirrt fest. Dem ehemaligen Geschäftsführer des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Repräsentanten der »Frontgeneration« fühlte er sich besonders eng verbunden.¹⁶⁰ Freundschaftliche Beziehungen zwischen dem »politischen Beauftragten« des Verbands, Max Habermann, und dem Kanzler stärkten das Vertrauen. Hinzu kam, daß der DHV im Gegensatz zu den übrigen großen Angestelltenorganisationen bei vielen politischen Fragen Brünings Konzeption teilte. Die weitgehende Ausschaltung des Reichstags nahm er bei seiner Aversion gegen Parlamentarismus und Parteien mit Genugtuung wahr.¹⁶¹ Die Reparationsverpflichtungen, in denen AfA-Bund und GDA lediglich einen krisenverschärfenden Faktor sahen, galten ihm als Hauptursache des Wirtschaftselends, ohne deren Beseitigung ein dauerhafter Wiederaufschwung ausgeschlossen sei.¹⁶² Brünings Reaktion auf den Wahlsieg der Nationalsozialisten im September 1930, nun der außenpolitischen »Befreiung« absolute Priorität einzuräumen, um durch einen Erfolg auf diesem Gebiet den Radikalen das Wasser abzugraben, fand infolgedessen volle Zustimmung; selbst den Versuch, durch zeitweilige bewußte Steigerung der Not in Deutschland die Streichung der »Tribute« zu erzwingen, war der DHV bereit mitzumachen.¹⁶³

Aus »nationalen« Gründen billigte er auch, daß durch die hohen Schutzzölle zugunsten der Landwirtschaft der städtischen Bevölkerung die Lebenshaltung verteuert wurde.¹⁶⁴ Ebenso zeigte er im Unterschied zu den anderen nennenswerten Arbeitnehmerorganisationen dieselben unreflektierten Ressentiments gegen die angebliche Prunk- und Verschwendungssucht der Gemeinden wie die Reichsregierung, wobei er die Bedeutung der kommunalen Bauaufträge für den Konjunkturverlauf völlig außer acht

ließ.¹⁶⁵ Einen Anknüpfungspunkt boten ferner die Animositäten der deutschnationalen Handlungsgehilfen gegen die Beamten; als einziger der hier behandelten Angestelltenverbände begrüßte der DHV unverhohlen den Gehaltsabbau in den öffentlichen Büros.¹⁶⁶

Dagegen bekämpfte der DHV die Lohnabbaukampagne der privaten Unternehmer, die Förderung dieser Bestrebungen durch Regierungserklärungen und Schiedssprüche staatlicher Schlichter sowie die in den Notverordnungen enthaltenen sonstigen Schmälerungen des Arbeitnehmereinkommens mit denselben Argumenten wie alle Gewerkschaften. Die Erhaltung der Massenkauftkraft und Maßnahmen gegen die Preisdiktate der Konzerne gehörten zu den gemeinsamen Forderungen. Dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm Brünings vom Herbst 1930 machte der DHV genau wie der GDA vor allem die Ungerechtigkeit der Lastenverteilung zum Vorwurf.¹⁶⁷ Im übrigen betonte auch er die Aussichtslosigkeit der von der Regierung gewählten Krisenstrategie, die zur weiteren Schwächung des Binnenmarktes führen und zugleich die Abwehr des Auslands gegen den forcierten deutschen Export hervorrufen werde.

Bemerkenswert ist, daß die Wirtschaftsexperten des DHV bei ihrer Kritik im Unterschied zu denen der freien und liberalen Verbände nicht nur das Kaufkraftargument gebrauchten, sondern darüber hinaus den Deflationssammenhang und seine Problematik ansprachen. »Was wird man mit einem durch Lohnabbau erzwungenen Preisdruck erreichen?«, so fragte der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des DHV, Jahn: »Verschärfte Absperrung gegen deutsche Waren und Nachahmung unserer Lohnpolitik in der übrigen Welt. Dann werden gewiß alle Preise niedriger werden, das aber heißt: das Gewicht der Zinsen wird wachsen. Deutschland ist das größte zinszahlende Land der Welt, wie Amerika das große zinsempfangende Land ist. Lohnabbau, dadurch erzwungener Preisabbau, Aufwertung des Goldes ausgerechnet durch Deutschland, das hieße freiwillig die Zinsknechtschaft verschlimmern, in der wir schmachten.«¹⁶⁸ Jahn wie auch andere Autoren des DHV suchten damit, wie sie betonten, für die deutschen Verhältnisse die Schlußfolgerung aus den Forschungsergebnissen international angesehener Wissenschaftler wie Sir Henry Strakosch, Keynes, Irving Fisher, Cassel und Taussig zu ziehen und sie für die gewerkschaftlichen Ziele nutzbar zu machen.¹⁶⁹ Als Folge dieser frühen Rezeption der neuen Lehre beurteilte der DHV generelle Preissenkungen, nicht die durch Aufhebung der Kartellbindungen entstehenden, mit mehr Skepsis als andere Arbeitnehmerverbände,¹⁷⁰ die davon gemäß der Kaufkrafttheorie noch den entscheidenden Anstoß zur Überwindung der Depression erhofften. Erst einige Monate später kamen einzelne Persönlichkeiten in ihnen, wie insbesondere Woytinsky, ebenfalls aufgrund der Auseinandersetzung mit den Überlegungen der angelsächsischen Reformer zu einer ähnlichen kritischen Einschätzung der Bemühungen um ein niedrigeres Preisniveau.

Auch auf die gefährlichen revolutionierenden Folgen der »Deflationspolitik« – selbst der Terminus war den Schriften Keynes' entnommen – mach-

ten Vertreter des DHV unter Berufung auf den Cambridger Nationalökonom aufmerksam. Die Wertsteigerung des Geldes komme nur den Kapitalbesitzern und Gläubigern zugute, dagegen müsse der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen weiter zurückgehen, so daß schwere soziale Unruhen unvermeidlich seien.¹⁷¹ Die einseitige Rücksichtnahme auf die Interessen der Wirtschaftskreise im Programm der deutschen Regierung mußte diese Gefahr nach der Überzeugung der DHV-Führung noch verstärken: »Geht die Politik Wege, die bei den Arbeitnehmermassen den Eindruck erzeugen, die Gewerkschaften könnten ihnen nicht mehr helfen« – so warnte Jahn –, »dann werden sie dazu getrieben, ihr Heil nur noch in politischer Radikalisierung zu sehen. Würde das Regierungsprogramm, so wie es ist, verwirklicht, dann hätte der Vorkriegskapitalismus einen Sieg erfochten, dessen er nicht froh werden dürfte. Er sähe dann nicht mehr Verhandlungspartner vor sich, sondern Feinde, die ihm keine Zeit mehr zum Verhandeln lassen.«¹⁷²

Nicht weniger verhängnisvoll erschien freilich die offensichtliche Ratlosigkeit der verantwortlichen Politiker und Manager gegenüber der Depression. Schon im August 1930, bevor noch das Ergebnis der Reichstagswahlen die Prognose bestätigte, war in einem Leitartikel in der Deutschen Handelswacht zu lesen: »Warum tut ihr nichts gegen eine solche Weltkatastrophe, so fragt der Wähler den Abgeordneten, der Arbeitnehmer die Wirtschaftsführer, die Völker ihre verantwortlichen Staatsmänner. Was sollen die Gefragten antworten? Sie sind ebenso ratlos wie weiland Pharao gegenüber den zehn ägyptischen Plagen. Obwohl wir seit einem Jahrhundert kapitalistischer Wirtschaft immer wieder die Nöte der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisen erleben, obwohl die für diese Wirtschaftsordnung gefährlichste Lehre, der marxistische Sozialismus, aus diesem zeitweisen Versagen des Kapitalismus seine schärfsten Angriffe herleitet, obwohl Arbeitnehmer und Arbeitgeber in solchen Krisen die schwersten wirtschaftlichen Verluste erleiden, ist die Wirtschaftspolitik der Krisenbekämpfung noch nicht einmal über den Embryozustand hinausgekommen. Fast unvorbereitet werden die Volkswirtschaften der seelisch gefährlichsten Wirtschaftskrankheit ausgeliefert, die es gibt, der Hungersnot im Überfluß [...]. Die heutige Not bei überreichen Ernten ist eine Anklage gegen die menschliche Vernunft. So kann es nicht bleiben.«¹⁷³

Trotz der Bereitschaft, ja dem Verlangen, neue Wege in der Wirtschaftspolitik mitzugehen, blieb die Kritik des DHV gemäßigt. Während bei anderen dem Kabinett Brüning ursprünglich nahestehenden Verbänden wie dem GDA die Differenzen wegen der ökonomischen und sozialen Wirkungen der Notverordnungen die Hauptursache für die wachsende Entfremdung waren, wurden sie für den DHV durch die Gemeinsamkeiten bei den Fragen des Verfassungsumbaus und der außenpolitischen »Befreiung« überdeckt. So war er trotz aller Empörung über die Ungerechtigkeiten in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 bereit, sich mit ihr abzufinden, weil Brüning einen Vorstoß gegen die Reparationen mit ihr verband.¹⁷⁴

Als im Herbst 1931 das Kabinett die Unterstützung der DVP und damit

eines großen Teils »der Wirtschaft« verlor, führte der Wunsch, es im Amt zu halten, sogar dazu, daß in den Organen des DHV die Bedenken gegen die Deflationspolitik zurücktraten hinter der Zustimmung zu anderen wirtschaftspolitischen Zielen der Regierung. Hinzu kam, daß in dieser ersten Phase der Diskussion über die Möglichkeiten einer aktiven Krisenbekämpfung noch immer viele Unsicherheiten über die währungs- und konjunkturpolitischen Zusammenhänge bestanden, die durch die Aufhebung der Goldeinlöspflicht für das Pfund Sterling vergrößert wurden. Die Reichsmark entsprechend abzuwerten, kam für den DHV nicht in Frage; eher wollte er die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Ausfuhr durch weiteren Lohn- und Gehaltsabbau sichern.¹⁷⁵ Im Gegensatz zu früheren Äußerungen erwartete er nun – so erschien es wenigstens in den Publikationen – genau wie die Regierung die entscheidenden Impulse zur Überwindung der Absatzstockung vom Export und befürwortete daher, sich durch Preissenkungen »dem deflatorischen Geschehen in der Welt« anzupassen.¹⁷⁶ Die Erkenntnis, daß die Deflation durch eine solche Politik forciert werde und daß sie insbesondere für Deutschland eine Katastrophe bedeute, schien vergessen. Selbst die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, durch die die Regierung das gesamte innere Lohn-/Preisniveau systematisch herabzudrücken versuchte, fand die Billigung des DHV. Im Hinblick auf die Entschlossenheit, diesmal die Preisreduzierung zu erzwingen, und angesichts der neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die die erwartete Ausfuhrsteigerung bringen sollte, so wurden die Leser der Deutschen Handelswoche beruhigt, seien die Belastungen für die Arbeitnehmer tragbar.¹⁷⁷

Mit dieser Stellungnahme unterschied sich der DHV grundlegend von den übrigen Angestelltenverbänden. Die Verantwortung für die Überwindung der Depression wurde der Reichsregierung genommen und alle Hoffnung auf die Entwicklung in den beiden großen anglikanischen Ländern gelenkt, in denen die »Vorbereitungen für eine aktivere Wirtschaftspolitik« am weitesten gediehen seien. Wenn in ihnen der wachsende kreditpolitische Spielraum ausgenutzt und »eine leichte Preissteigerung« erreicht werde, sei es möglich, auch in Deutschland ohne Gefahr für die Währung den Reichsbankdiskont zu senken und eine Kreditausweitung vorzunehmen. Verbunden war dieser weithin zu Passivität verurteilende Ausblick in die Zukunft mit einer entschiedenen Absage an alle Pläne, amtliche oder private Arbeitsbeschaffungsprogramme »mit künstlichen Krediten oder mit neu gedruckten Geldscheinen« zu finanzieren. Ein solcher abermaliger Angriff auf »die Rechte der Sparer« könne zwar vorübergehend sicher zu erheblicher Verminderung der Arbeitslosigkeit führen, auf längere Sicht aber würden die Probleme durch »die organisierte Inflation« nur vertagt und kompliziert.¹⁷⁸

Dieser Appell an die Furcht vor einer Geldentwertung muß überraschen angesichts der Aufgeschlossenheit derselben DHV-Experten für die Überlegungen internationaler Wissenschaftler zur Deflationsbekämpfung; die Argumentation deckte aber vollkommen die Haltung Brünings und der Reichsbankleitung zum Problem der aktiven Konjunkturpolitik mittels

monetärer Maßnahmen. Daß die Wendung des DHV lediglich taktisch motiviert und angesichts der immer verheerenderen Zuspitzung der Wirtschaftskrise auf die Dauer nicht durchzuhalten war, zeigte sich kurz vor Brüning's Sturz. Nachdem anlässlich der Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 die starke Opposition gegen die Verbandsleitung kraß zutage getreten war, glaubte sie, an ihrer unbedingten Unterstützung Brüning's nicht länger festhalten zu können. Im Rückblick kritisierte ihr wirtschaftspolitischer Sprecher nicht nur die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sehr scharf und stellte die zugrundeliegende Intention, über den Außenhandel eine Belebung der Produktion zu erreichen, in Frage, sondern ging auch wieder mit der Deflationspolitik prinzipiell und hart ins Gericht. Wie im ersten dreiviertel Jahr der Ära Brüning verlangte er vom Staat – unter schweren Vorwürfen gegen die mangelnde Einsichtsfähigkeit der Unternehmer –, durch energischen Widerstand gegen ihre Lohn- und Gehaltsabbauwünsche »die Nation vor einer neuen Deflationskatastrophe« zu bewahren.¹⁷⁹ Dem Reichskanzler Schleicher unterbreitete der DHV dann Vorschläge für eine innerdeutsche Kreditausweitung zum Zweck der Arbeitsbeschaffung.¹⁸⁰

Mit dem Einschwenken auf den wirtschaftspolitischen Kurs Brüning's gab die DHV-Führung den ideologischen Zielen wieder Vorrang vor der gewerkschaftlichen Aufgabe, die ökonomischen Interessen der Organisierten zu vertreten. Sie unterzog durch diese plötzliche Kehrtwendung die Loyalität der Mitglieder einer schweren Belastungsprobe, mutete sie ihnen doch zu, die Steigerung ihres Elends hinzunehmen, weil Brüning's außenpolitische Intentionen und die Ansätze für einen stillen Verfassungswandel der Verbandsideologie entsprachen. Es fiel schwer, Verständnis für Brüning's Bemühen zu finden, die äußere »Befreiung« durch Verhandlungen mit den Kriegsgegnern und die innenpolitische Neuordnung durch schrittweise Ausschaltung des Parlaments und der Parteien zu erreichen, da gleichzeitig die Nationalsozialisten weit radikalere Ziele ohne alle taktischen Umständlichkeiten zu verwirklichen versprochen. Erst recht war es unmöglich, die Verteidigung einer erkanntermaßen verfehlten, deflationsverschärfenden Finanz- und Wirtschaftspolitik plausibel zu machen. Für den DHV wurde das beharrliche Festhalten der Verbandsleitung an Brüning gerade auch wegen dessen problematischer Krisenstrategie zur Zerreißprobe.

Gemeinsamkeiten und Konflikte des DHV mit den »nationalen« Parteien

Unter dem Druck der ökonomischen Not wuchsen die Schwierigkeiten, die beiden Funktionen des DHV als völkische Gesinnungsgemeinschaft und Gewerkschaft miteinander in Einklang zu bringen, wie es das Selbstverständnis und die Zusammensetzung der Mitgliedschaft erforderten. Während er aufgrund seiner »Weltanschauung« den rechten antiparlamentarischen Kräften zuneigte, machten es die gewerkschaftlichen Aufgaben –

zumindest bis zur Ausschaltung des Reichstags im Präsidialsystem – notwendig, Kontakt zu möglichst vielen Parteien zu suchen, um durch breite Unterstützung Erfolge für die Angestellten zu erringen. Diese Politik der parlamentarischen Querverbindungen geriet nun in eine Krise, weil sowohl in den Parteien die Kompromißbereitschaft zwischen den Angehörigen verschiedener sozialer Gruppen nachließ als auch im Verband die Fähigkeit abnahm, andere als die eigenen parteipolitischen Orientierungen zu tolerieren. Der DHV verlor die Ansprechpartner für seine Gewerkschaftspolitik und mußte auch aus diesem Grund die »Weltanschauung« zur Integration der Mitglieder wieder stärker betonen.

Am frühesten kam es zum Bruch mit der DNVP.¹⁸¹ Schon seit Mitte 1924 war der Einfluß des DHV in ihr dadurch zurückgedrängt worden, daß ihre Reichstagsfraktion nach dem großen Wahlsieg am 4. Mai Zuzug von einer starken Gruppe alld deutscher, antigewerkschaftlich eingestellter Politiker erhalten hatte. Wirtschaftliche Interessenpolitik denunzierten sie als egoistisch und opportunistisch, als Ergebnis mangelnder Gesinnungstreue. Die heftig ablehnenden Reaktionen auf den Artikel »Monarchismus« des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und DHV-Funktionärs Walther Lambach vom 14. Juni 1928 offenbarten die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes. Dabei hatte Lambach die problematische Situation der Arbeitnehmer in der DNVP unmittelbar gar nicht angesprochen, sondern die These vertreten, die DNVP könne die Jugend nur zurückgewinnen, wenn sie aus dem Bekenntnis zur Monarchie nicht länger eine Grundsatzfrage mache und sich als echte »Volkspartei« auch für Republikaner öffne. Durch die Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden am 20. Oktober 1928 gewannen die Kontrahenten des DHV weiter an Boden. Gemäß ihrer Parole: »Nicht große, sondern starke Rechte« oder »Block statt Brei«, legten sie auf die Unterstützung einer Massenorganisation keinen Wert mehr. Ihr Einsatz für die Formierung der radikalen Rechten unter Einschluß der NSDAP im »Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan« und die kompromißlose Härte, mit der sie Mitglieder der Reichsregierung für den Fall der Zustimmung zu der neuen Reparationsregelung als Landesverräter behandelt wissen wollten, waren dann der Anlaß für die endgültige Trennung der Arbeitnehmervertreter von der DNVP. Bei der Reichstagsentscheidung über das sogenannte »Freiheitsgesetz« versagten sie gemeinsam mit einer Minderheit der deutschnationalen Fraktion dem »Zuchthausparagraphen« die Zustimmung und erklärten wenig später am 3. Dezember 1929 ihren Austritt aus der Partei.

Daß sich die DHV-Führung ausgerechnet bei einer »nationalen Lebensfrage« von der vereinigten Rechten absonderte, löste bei vielen Mitgliedern Protest aus. Die Spitzenfunktionäre konzentrierten sich deshalb darauf, immer wieder die sozialreaktionäre Einstellung der DNVP unter der Leitung Hugenbergs nachzuweisen,¹⁸² wozu Angriffe gegen die Sozialversicherung, die tarifvertragliche Lohnregelung und das staatliche Schlichtungswesen, gegen die Gewerkschaften wie überhaupt gegen »Kollektivismus« und »Versorgungsstaat« reichlich Gelegenheit boten. Um für die ver-

lorenen parlamentarischen Positionen Ersatz zu bekommen und zugleich die Basis des Kabinetts Brüning zu festigen, förderte die DHV-Führung durch Propaganda und finanzielle Beihilfen kräftig die Konservative Volkspartei, zu der sich verschiedene im Lauf der Jahre 1929 und 1930 von der DNVP abgespaltene Gruppen und einzelne Dissidenten zusammenschlossen. Ihr Mißerfolg bei den Reichstagswahlen 1930 erwies die Vergeblichkeit dieses Versuchs. Das starke Engagement für die neue Partei vergrößerte aber die Spannungen zwischen der Spitze und einem Teil der Mitgliedschaft des DHV.

In Hamburg verlief dieselbe Entwicklung geradezu modellartig.¹⁸³ Nachdem der DHV vor dem Krieg an seinem Entstehungsort einer der Gründungsgruppen der DNVP, der antisemitischen Deutschsozialen Reformpartei, durch finanzielle und publizistische Unterstützung die Existenz gesichert hatte, rechneten seine Vertreter mit gleichen Einflußmöglichkeiten in der neuen Deutschnationalen Volkspartei. Früher als im Reich zeigte sich jedoch, daß nicht die Angestellten, sondern die kleinen selbständigen Gewerbetreibenden, verbunden mit einigen alldeutsch eingestellten Großunternehmern, ihrer Politik das Gepräge gaben. Gesetzliche Regelungen zugunsten der Arbeitnehmer, wie sie auch der DHV verlangte, wurden von ihnen als wesentliche Ursache für die Nöte der Nachkriegsperiode bekämpft. Zwar erhielt ein Vertreter des DHV bei Bürgerschaftswahlen bis 1928 stets einen sicheren Platz auf der Liste der DNVP, im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen waren die Angestellten damit aber deutlich unterrepräsentiert, und im Fall eines unlöslichen Interessenkonflikts, wie z. B. bei der Beschlußfassung über die Sonntagsruhe, entschied sich die Partei gegen sie.

Schon 1921 stellte der Vorsitzende der Angestelltengruppe in der Hamburger DNVP, Hans O. Dobbertin, in einem Schreiben an seinen DHV-Kollegen Alfred Diller fest, daß ihre politische Organisation in der Hansestadt »eine reine Arbeitgeberpartei« sei, deren Leitung nach der Pfeife des Geschäftsinhabers der Norddeutschen Bank, Max v. Schinckel, und des Direktors bei der Deutschen Werft, William Scholz, tanzen müsse.¹⁸⁴ Nicht einmal einen Delegierten zum Parteitag glaubten die Angestellten durchsetzen zu können, weil sie in den zur Nominierung berechtigten Kreisvereinen generell zu schwach vertreten waren, um gegen die tonangebenden Lehrer und Akademiker aufzukommen.¹⁸⁵ In einem empörten Brief an den Vorstand des Landesverbands beschwerte sich Dobbertin ein halbes Jahr später darüber, daß er Bestrebungen fördere, den Arbeitnehmern ihre Gleichberechtigung tatsächlich vorzuenthalten. Während »in Berlin und anderswo die führenden Geister sich bemü[h]ten, die Wege zur Volksgemeinschaft zu entdecken«, propagiere man in Hamburg ein »patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer«, was darauf hinauslaufe, den Machtanspruch der Wirtschaftskreise zu stärken: »den Standpunkt des Arbeitgebers, der ›Herr im Hause‹ sein, d. h. der lauter Diener unter sich haben will, keine Volksgenossen um sich, von dessen ›Wohlwollen‹ alles abhängig sein soll, was da krecht und fleucht.«¹⁸⁶

Um ihn von einem Bruch mit der DNVP abzuhalten, tröstete Diller, der als ehemaliger Funktionär in der DHV-Zentrale und derzeitiger Leiter der Sozialpolitischen Abteilung des Verbands in Berlin einen guten Überblick hatte, daß die Situation der Angestellten in der Hamburger Partei »besonders ungünstig« sei und daß nicht alle Landesverbände »innerlich so wenig soziales Verständnis« aufbrächten.¹⁸⁷ Wenige Jahre später mußte er einsehen, daß sich die Isolation und Einflußlosigkeit der organisierten Handlungsgehilfen in der DNVP in Hamburg nur früher abgezeichnet hatte als anderswo.

Der Landesverband hielt stets an einer harten Linie fest. Seit 1924 war ein Exponent des radikalen Flügels, der im Alldeutschen Verband führend tätige Werftdirektor Carl Gottfried Gok, deutschnationaler Spitzenkandidat im Wahlkreis Hamburg. Während der Auseinandersetzungen um Lambachs Artikel »Monarchismus« stellte die Landesorganisation, obwohl sie gar nicht zuständig war, den Antrag auf Parteiausschluß. Der generelle Konflikt zwischen den Protagonisten des Arbeitgeberstandpunkts und den Arbeitnehmern in der DNVP gewann dadurch an Schärfe, daß diese bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen zum Teil denselben Gegnern gegenüberstanden wie bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen. So wurde in der Gauzeitschrift des DHV voller Bitterkeit registriert, daß als einziges Hamburger Schiffbauunternehmen die Firma Blohm & Voß nach Beginn des Werftarbeiterstreiks im Oktober 1928 zahlreichen Angestellten gekündigt habe. Dieses Vorgehen sei ein Hohn auf die Beteuerungen der Werftleitung, daß ein Gehaltstarif das gute Verhältnis zwischen ihr und ihren Angestellten nur stören würde. »Einer der größten Wortführer auf diesem Gebiete war Herr Gok, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete [...]. Die Kollegen auf den Seeschiffswerften wissen nun, was sie von den Versprechungen der Werftherren zu halten haben. Sie können deutlich erkennen, daß sie nicht um einen Deut besser gestellt werden als die Arbeiter.« In Veranstaltungen der DNVP sollten sie über diese Erfahrung berichten.¹⁸⁸ Auch Rudolf und Walther Blohm spielten in ihrer Hamburger Landesorganisation eine bedeutende Rolle, letzterer von 1928 bis 1933 als Bürgerchaftsabgeordneter.

Angesichts dieser Spannungen war es für die Hamburger DHV-Führung keine Frage, daß sie nach dem Ausscheiden der Gruppe um Lambach ebenfalls entschieden gegen die DNVP Front machte. Schon bei der Sezession der Opposition im Landesverband seit November 1928 hatte sich der DHV mit ihr solidarisiert, obwohl noch keines seiner bekannten Mitglieder beteiligt war.¹⁸⁹ Im Dezember 1929 trat der in der DHV-Zentrale beschäftigte Vorsitzende des Angestelltenausschusses aus der Hamburger DNVP aus, nachdem er zuvor noch eine Vertrauenserklärung dieses Gremiums für Lambach erreicht hatte.¹⁹⁰ Mit ihm trennten sich die Mitbegründer des DHV, Johannes Irwahn und Albert Zimmermann, von der Partei. Alfred Diller folgte im Juli 1930, machte allerdings deutlich, daß er dem volkshkonservativen Experiment keine Sympathie entgegenbrachte, sondern eher der NSDAP zuneigte.¹⁹¹ Zum Ende der Parlamentsferien im August 1930 legte

der Vertreter des DHV in der deutschnationalen Bürgerschaftsfraktion, Eugen Clauß, das Mandat nieder; ein Jahr später kehrte er als Spitzenkandidat des Christlich-Sozialen Volksdienstes ins Parlament zurück. Wie viele Angestellte in Hamburg die DNVP verließen, ist nicht zu erkennen. Immerhin nahm die Parteiführung die Austrittsbewegung so ernst, daß sie in einer »Vollversammlung« der noch verbliebenen Mitglieder des Angestelltenausschusses Rechenschaft über ihr Vorgehen ablegte und eine scharfe Verurteilung der Anhänger Lambachs gegen angeblich nur eine Gegenstimme eines DHV-Funktionärs durchsetzte.¹⁹²

War die Position der deutschnationalen Handlungsgehilfen in der DNVP bereits so schwach, daß ihr Ausscheiden sie nicht nachhaltig erschüttern konnte, so löste die Aktion Lambachs in der Hamburger Organisation des Verbandes selbst einige Unruhe aus. Dabei spielte weniger die Trennung von der DNVP eine Rolle als der Wunsch vieler, besonders jüngerer Mitglieder, nun eine Festlegung zugunsten der NSDAP zu erreichen. Verstärkt wurde die Unzufriedenheit mit der DHV-Führung dadurch, daß sie ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt durch eine Satzungsänderung Ortsgruppe und Kreis Groß-Hamburg zusammenfassen wollte, wodurch die Ortsgruppe die Verfügungsgewalt über ihre Rücklagen verlor und vor allem die Rechte und Wirkungsmöglichkeiten der ehrenamtlichen Mitarbeiter zugunsten der beamteten Funktionäre stark eingeschränkt wurden.

Bei der Jahreshauptversammlung am 30. Januar 1930, die von ca. 1100 Kollegen, also etwa einem Zehntel der Mitgliedschaft, besucht war, wurde der zentrale Punkt der neuen Satzung mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Zahlreiche Redner protestierten dagegen, daß Lambach die Deutsche Handlungswacht für seine eigenen politischen Zwecke mißbrauche. Durch den Gesang des Horst-Wessel-Liedes und Sprechchöre: »Deutschland erwache!« erzwangen die Nationalsozialisten schließlich den Abbruch der Veranstaltung und lancierten Berichte über die Niederlage der Verwaltung und ihres Anhangs in Zeitungen im ganzen Reich.¹⁹³ Bei der Wiederholung der Versammlung sicherte sich die Leitung eine Mehrheit für ihre Pläne, indem sie allen Verbandsangestellten die Teilnahme zur Pflicht machte und den Gegnern über den Saal verteilte Einzelplätze zwischen ihren Anhängern anweisen ließ.¹⁹⁴ Für die Zukunft schützte sie sich vor weiteren Mißerfolgen dadurch, daß nur noch – offenbar von ihr ernannte – »Stimmführer« und ausgewählte Mitglieder mit besonderen Ausweisen zu den Jahreszusammenkünften zugelassen wurden.¹⁹⁵ Berichte über enthusiastischen Beifall für ihre politischen Entscheidungen sagen daher über die Stimmung an der Basis nichts mehr aus.

Die parteipolitischen Einstellungen der Mitglieder waren in der Phase der Neuorientierung nach der Krise der DNVP vielfach noch nicht eindeutig festgelegt. Das rowdyhafte Auftreten der nationalsozialistischen Störer bei der Hauptversammlung 1930 und ihr unnatürliches Bündnis mit der in Hamburg stramm auf Hugenberg-Kurs marschierenden deutschnationalen Bismarck-Jugend sowie an den Posten hängenden »verkalktesten Ortsgruppenbonzen« bewirkten, daß auch manche der NSDAP zuneigende

DHV er sich zumindest zeitweilig wieder stärker mit der Verbandsleitung solidarisierten.¹⁹⁶ So beschwerte sich ein altes Mitglied aus der Gründungszeit des DHV bei der Schriftleitung der nationalsozialistischen Hansischen Warte, in der zur Teilnahme an der Veranstaltung aufgefordert worden war: Aufgrund seiner ganzen Einstellung zu den Tagesfragen habe er für Hitlers Bewegung »immer größte Sympathie« empfunden und sich »ihres Kampfgeistes gefreut«, dies auch durch den Bezug zahlreicher Parteizeitschriften bewiesen. Er müsse sich aber dagegen wehren, daß eine Gruppe junger, »gewerkschaftlich unerfahrener Menschen durch Disziplinlosigkeit, Maulheldentum und tätliche Bedrohung jede sachliche Beratung unmöglich macht und organisierter Radau schwer erkämpfte Standesrechte zu vernichten droht«. Dieses Benehmen richte sich selbst und löse »bei anderen Verbänden nur ein hämisches Grinsen aus«. Lieber wolle er daher »eine reinliche Scheidung«, als »die Standesarbeit eines Lebensalters durch solche Zügellosigkeiten« zerstören zu lassen.¹⁹⁷

Aber auch junge Kollegen, die seit Jahren NSDAP wählten, sagten sich, wie der frühere Gauleiter der Partei und DHV-Funktionär Albert Krebs Hitler mitteilte, ausdrücklich von »solchem zuchtlosen Untermenschentum« los. Die Jugendorganisation des DHV, der Bund der fahrenden Gesellen, der in Hamburg nach Krebs' Schätzung noch vor wenigen Monaten zu drei Vierteln aus Anhängern der NSDAP bestanden und auch gemeinsam mit ihr für das Volksbegehren gegen den Young-Plan demonstriert habe, sei durch die »Machenschaften« der Unruhestifter wieder in die Hand einzelner volkshervorhebender DHV-Führer gekommen.¹⁹⁸ Die Reaktion auf die Anstrengungen der Nationalsozialisten, den DHV zu »erobieren«, ist nicht einfach als Generationenproblem zu sehen. Sicher hatte die NSDAP bei den jungen Verbandsmitgliedern die größten Chancen, doch auch bei ihnen gab es Vorbehalte, entweder weil sie Aufgaben und Funktionsweisen einer Gewerkschaft richtiger beurteilten oder weil sie sich aufgrund ihres bündischen Individualismus von gewalttätigen Massenaktionen abgestoßen fühlten. Die Entscheidung für die eine oder andere Partei hing selbst in einem so stark ideologisch festgelegten Verband wie dem DHV in erheblichem Maß von der konkreten Politik ab.

Dadurch, daß sich die führenden Funktionäre zu eng mit Brüning und der erfolglosen Konservativen Volkspartei identifizierten, erhielt die Kritik bald neuen Auftrieb. Der DHV gewährte zwar allen größeren Parteien vom Zentrum bis zur NSDAP Unterstützung und forderte vor den Reichstagswahlen generell dazu auf, überall dort, wo ein Verbandsvertreter als Spitzenkandidat aufgestellt war, diesem die Stimme zu geben, da aber in Hamburg Lambach zusammen mit Reichsminister Treviranus die volkshervorhebende Liste anführte, fiel hier der Einsatz für diese neue Gruppierung besonders auf. Durch großzügige finanzielle Beihilfen ermöglichte der DHV ihr einen aufwendigen Wahlkampf, er stellte ihr für ihre Werbung die Adressen sämtlicher Mitglieder in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Verfügung und ließ sie durch Beauftragte besuchen, um sie im persönlichen Gespräch für Lambach zu gewinnen. Er gab diesem Gelegenheit,

vor ausgewählten Vertrauensleuten seine Gedanken zu entwickeln, machte in einem großen Aufruf im Gauorgan Nordwacht allen Kollegen zur »Pflicht«, mit ganzer Kraft für ihn einzutreten, und ging in unmittelbar vor der Wahl verteilten Flugblättern der Ortsgruppe sogar so weit, eine abweichende Entscheidung für »standespolitisch unverantwortlich« zu erklären.¹⁹⁹ Dieses intensive Engagement rief naturgemäß bei andersdenkenden Kollegen Widerspruch gegen die Verletzung der in der Satzung vorgeschriebenen parteipolitischen Neutralität und gegen die Zweckentfremdung von Verbandsgeldern hervor.²⁰⁰ Daß die Volkskonservative Vereinigung unter Berufung auf ihre Überparteilichkeit auf die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen 1931 verzichtete, war vermutlich auf den Einfluß der Verantwortlichen im DHV zurückzuführen, die den Verband nicht erneut einer solchen Belastung aussetzen wollten.²⁰¹

Als parlamentarische Vertretungen von einiger Bedeutung kamen nach dem Scheitern der Konservativen Volkspartei für den DHV nur Zentrum, DVP und NSDAP noch in Frage. Ersteres spielte in Hamburg keine Rolle. Die DVP machte seit 1930 dieselbe Entwicklung durch wie die DNVP bis hin zum Ausscheiden prominenter Arbeitnehmervertreter aus der Partei 1932. In Hamburg wurde der offene Bruch allerdings vermieden, obwohl auch hier die DVP vorzugsweise die Interessen »der Wirtschaft«, d. h. der Unternehmer, vertrat. Eine einflußreiche Gruppe mit Senator Paul de Chapeaurouge an der Spitze war aber bemüht, eine schroffe Brückierung der Arbeitnehmer zu verhindern, und der DHV mußte sich hüten, die letzte einigermaßen relevante parlamentarische Bastion preiszugeben. Während so die führenden Persönlichkeiten der beiden Organisationen an einer gewissen Zusammenarbeit festhielten, ist doch anzunehmen, daß unter den jungen Mitgliedern, die in Hamburg wie überall im Reich in großer Zahl die DVP verließen und überwiegend zur NSDAP abwanderten,²⁰² neben Studenten auch viele dem DHV angehörende Angestellte waren.

Für »mittelständisch« denkende Angestellte, die die Politik der Reichsregierung ablehnten, blieb in der Endphase der Weimarer Republik im Grunde nur die NSDAP als aussichtsreiche Alternative übrig, wobei Mitgliedern des DHV infolge der starken ideologischen Affinität die Annäherung zweifellos erheblich leichter fiel als den oft noch der liberalen Tradition ihrer Organisation verbundenen Angehörigen des GDA. Die Haltung der DHV-Führung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung war zwiespältig.²⁰³ Die Äußerungen von Politikern oder in Publikationen der Partei wichen zu sehr voneinander ab, um ein sicheres Urteil zuzulassen. Sorge riefen insbesondere die Koalition mit Hugenberg's »Sozialreaktionären« beim Kampf gegen den Young-Plan und die Erneuerung des Bündnisses in der »Harzburger Front« hervor. Da auch Gruppen in der NSDAP Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassende Werksgemeinschaften propagierten und die sozialstaatlichen Einrichtungen der Weimarer Republik, vor allem das Sozialversicherungssystem, angriffen, fürchtete der DHV, daß entsprechende Bestrebungen der DNVP neue Stoßkraft erhalten könnten.

Der Ruf nach »Eroberung des DHV«, konkret: die Bemühungen, nationalsozialistische Zellen in ihm zu bilden und mit allen Mitteln und auf allen Ebenen die Formierung einer starken Opposition gegen die bisherigen Vorstände zu betreiben, mußte die entschiedene Gegenwehr der Verbandsleitung herausfordern. Das gleiche galt für die Beteiligung an Betriebsratswahlen mit eigenen Listen, die nur den bürgerlichen Angestelltenorganisationen und besonders dem DHV Abbruch tun konnten.²⁰⁴ Die DHV-Führung ging gegen dieses »verbandsschädigende« Verhalten in derselben Weise vor wie die Freien Gewerkschaften gegen die RGO: Sie beantwortete es mit Ausschlüssen und erreichte tatsächlich, daß sich die politischen Gegensätze 1931/32 nicht mehr in Krawallszenen entluden.

Dabei sicherten die programmatischen Gemeinsamkeiten, vor allem der schon im Namen verkündete Wille zur Vereinbarung nationaler und sozialer Ziele, der NSDAP auch auf seiten der Verbandsleitung Sympathie. Kontakte bestanden hauptsächlich zu Persönlichkeiten, die die soziale Komponente in der Parteiideologie stärker zur Geltung bringen wollten, so daß ein Ausgleich durch Abgrenzung und gegenseitige Anerkennung der Wirkungsbereiche möglich schien. Auch um dem wachsenden Druck der nationalsozialistischen Mitglieder zu begegnen und die Spannungen innerhalb des DHV abzubauen, setzte sich seine Führung mit Ausdauer dafür ein, Brünings Kanzlerschaft durch eine Regierungskoalition von Zentrum und NSDAP abzusichern. Allerdings verkannte sie vollkommen den Machtwillen Hitlers und die Feindschaft in der NSDAP gerade gegen diesen Kanzler, wie sie auch die Mißstimmung an der Basis des eigenen Verbands gegen seine Notverordnungspolitik unterschätzte. Die Pläne waren daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die Reichspräsidentenwahl im April 1932 machte das Dilemma des DHV sichtbar; da sie zur Entscheidung für Hindenburg und damit Brüning oder für Hitler zwang, war der Konflikt nicht länger zu vermeiden.

Auch in Hamburg fehlte es nicht an Belastungen im Verhältnis zwischen DHV und NSDAP. Die Gauleitung der Partei ließ Flugblätter mit sozialpolitischen Erklärungen im Sinne Hugenbergs verteilen, die das Mißtrauen gegenüber ihrer Aufgeschlossenheit für die Nöte und Forderungen der Arbeitnehmer verstärkten.²⁰⁵ Bei der Wahl der Angestelltenräte gewannen die Nationalsozialisten 1931 in einigen bedeutenden Firmen, unter anderem bei der Hamburg-Amerika-Linie, mit eigenen Listen einzelne Mandate. Zur offenen Krise kam es aber erst nach den Bürgerschaftswahlen am 27. September des Jahres, als der DHV seinen Angestellten, den Kreisleiter und neu gewählten Bürgerschaftsabgeordneten der NSDAP, Friedrich Stanik, wegen einer heftigen Attacke gegen den Verbandsvorsitzenden Bechly im Zusammenhang mit dessen Eintreten für Hindenburg im März 1932 ausschloß, während Hitler zwei Monate später den stets um Vermittlung bemühten Exponenten des »linken« Flügels in der Hamburger Organisation, Albert Krebs, aus der Partei stieß.

Das inkonsequente Lavieren der DHV-Führung zwischen den politischen Fronten, ihr starres Festhalten an Brüning, obwohl er durch seine

Wirtschaftspolitik erkanntermaßen die Not verschlimmerte, außenpolitisch nur langsame Fortschritte erzielte und die vielen Mitgliedern weit näherstehende nationalsozialistische Bewegung nicht in die Regierung integrierte, war geeignet, die Aversion der jungen Angestellten gegen das »liberalistische« System der parlamentarischen Interessenvertretung und gegen die »Bonzen« an der Spitze des Verbandes zu verstärken. Soweit sich erkennen läßt, waren zwei Gruppen für die Parolen der NSDAP besonders anfällig: zum einen junge, erst seit kürzerer Zeit dem DHV angehörende und daher noch nicht so fest mit ihm verbundene Angestellte, zum anderen erwerbslose Kollegen.²⁰⁶

Protestbewegung der unorganisierten Angestellten

Diese Beobachtung der Funktionäre kann verallgemeinert werden. Lange bevor es aus politischen Gründen zu Unruhe in den Verbänden kam, entstand 1928 in Hamburg eine Protestbewegung unorganisierter erwerbsloser Angestellter, die früheste zunächst nicht von politischen Gruppen oder Interessenorganisationen gelenkte außerparlamentarische Aktion im Zusammenhang mit der beginnenden Wirtschaftsdepression überhaupt. Durch die Ressentiments gegen den bestehenden Staat, die ihn tragenden Parteien und die etablierten Verbände bot sie der radikalen Opposition gute Ansatzmöglichkeiten für ihre Agitation. Es zeigte sich dieselbe Tendenz wie bei den Arbeitern, unter denen auch die unorganisierten erwerbslosen am ehesten der KPD zuneigten, nur daß sich die Angestellten bei der Frontstellung gegen das Arbeiterproletariat und seine politischen Vertretungen für die radikale Rechte öffneten.

Die Protestveranstaltungen und Zusammenschlüsse der Unorganisierten in wechselnden Formen und unter immer neuen Namen gingen auf die Initiative weniger, nicht im besten Ruf stehender Persönlichkeiten zurück, doch zeigte die relativ starke Beteiligung an ihren Aktionen die Erregung und leichte Mobilisierbarkeit der »auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft« oft schon seit Jahren unfreiwillig feiernden Angestellten.²⁰⁷ In mehreren Versammlungen mit jeweils annähernd 1000 Teilnehmern und durch eine spektakuläre Demonstration in der Bürgerschaft suchten sie in den Wintermonaten 1928/29 auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Unter Berufung auf das in den Revolutionstagen abgegebene und in der Verfassung bestätigte Versprechen, jeder werde Arbeit erhalten, richteten sie sehr weitgehende Forderungen nach materieller Hilfe an den Staat.²⁰⁸ Die bisherigen Leistungen, insbesondere die nur in Hamburg durchgeführten speziellen Notstandsarbeiten für Angestellte, fanden ebensowenig Anerkennung wie die gerade im Januar 1929 anstehende intensive Debatte der Bürgerschaft über weitere Unterstützungsmöglichkeiten, die gleichzeitige Heraufsetzung des Einstellungshöchstalters beim Staat von 45 auf 50 Jahre und die Bewilligung zusätzlicher Mittel für die Ausgabe von Mittagessen an unorganisierte erwerbslose Angestellte.

Alle an der Senatskoalition beteiligten Parteien verfielen der Ablehnung; die protestierenden Angestellten argwöhnten, daß sie ihre Mitglieder bei Stellenvermittlungen oder Hilfsmaßnahmen bevorzugten.²⁰⁹ Eben solches Mißtrauen brachten sie den Berufsorganisationen entgegen, gleichgültig, ob GDA oder DHV, denen sie außerdem vorwarfen, ihre Gelder statt für die Erwerbslosen für prächtige Erholungsheime oder Verwaltungspaläste auszugeben.²¹⁰ Beschwerden über die ungerechte Begünstigung der organisierten Kollegen, die außer ihren gewerkschaftlichen Zusatzunterstützungen auch noch Vorteile durch Teilnahme am Speisungsdienst des Arbeiterrats erhielten, zeigten die Unfähigkeit, sich der Realität noch ohne Ressentiments zu stellen;²¹¹ daß sich die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder durch viele Beitragszahlungen Anspruch auf die Solidarität der anderen erworben hatten, kam überhaupt nicht zur Sprache.

Ansätze für eine Annäherung an die etablierten Verbände und Parteien gab es nicht. Alle großen Angestelltengewerkschaften lehnten – zum Teil in gemeinsamen Erklärungen – die »Organisation der Unorganisierten« ab.²¹² Vertreter des Staates und der Regierungsparteien waren sorgsam darauf bedacht, sich nicht zu stark mit ihr einzulassen. Abordnungen wurden an die zuständigen Berufsverbände verwiesen; bei den Versammlungen waren nur Sprecher der Oppositionsparteien zugegen.²¹³

Das Gefühl, im bestehenden System für die Nöte kein Gehör zu finden und von den verantwortlichen Politikern allein gelassen zu werden, verstärkte sich. Diese Stimmung bot den Rechtsradikalen gute Chancen. KPD – diese freilich ohne Erfolgsaussichten –, DNVP und NSDAP wetteiferten bei den Protestkundgebungen seit Dezember 1928, die versammelten Angestellten für sich zu gewinnen. Den meisten Beifall erntete der nationalsozialistische Bürgerschaftsabgeordnete Wilhelm Hüttmann für seine heftige Attacke gegen die SPD.²¹⁴ Indem er sich in Anfragen an den Senat die Forderungen der Versammlung zu eigen machte, suchte er sich als ihr parlamentarischer Interessenvertreter auszuweisen und die Beziehungen zu festigen.²¹⁵ Er hatte zu diesem Zeitpunkt als Mitglied der unbedeutenden dreiköpfigen Bürgerschaftsgruppe der NSDAP sonst noch keine Gelegenheit, vor circa 800 Zuhörern zu sprechen und Zustimmung zu finden. Nicht weniger bemüht war die DNVP: In den Hamburger Nachrichten wurde mehrfach über Veranstaltungen dieses Zusammenschlusses der erwerbslosen Angestellten berichtet, und der Abgeordnete Ridderhoff machte sich zum Anwalt ihrer Beschwerde gegen den Senat, der ihre Kommission nach stundenlangem Warten mit der Erklärung abgewiesen hatte, er verhandle nicht mit Erwerbslosenorganisationen.²¹⁶ Bei einer öffentlichen Veranstaltung des Erwerbslosen-Bundes am 2. Juni 1930 sprachen als Hauptredner der völkische Publizist und Begründer der immer wieder als »gelb« verdächtigten Gewerkschaft »Deutsche Hilfe«, Friedrich C. Holtz, und das deutschnationale Bürgerschaftsmitglied Johannes Henningsen.²¹⁷

Wie die Entwicklung in Hamburg zeigt, ist die These, daß Angestellte besonders stark der NSDAP zuneigten, nur bedingt richtig. Wenn sie sich vom bestehenden Staat oder den etablierten Parteien keine Rettung aus ih-

ren Nöten mehr erhofften, wandten sie sich am ehesten der radikalen Rechten zu. Hauptsächlich bei Angestellten, die nach jahrelanger Erwerbslosigkeit einen Ausweg aus ihrer Misere suchten, die aufgrund ihrer Jugend gesellschaftlich noch nicht fest integriert waren oder infolge der völkischen Vorprägung im DHV mit der Bewegung sympathisierten, konnte die NSDAP Erfolge erzielen. Aber selbst in dieser nationalen Gewerkschaft gab es Vorbehalte. Bei den anderen Angestelltenorganisationen und zweifellos auch bei vielen Unorganisierten fand die NSDAP keinen nennenswerten Widerhall. Anders ist es nicht zu erklären, daß sie vor 1933 in der Handelsstadt Hamburg, in der die Angestellten stark überrepräsentiert waren, größte Schwierigkeiten bei der Mitgliederwerbung hatte. Zwar erhielt sie in der Weimarer Republik von Angestellten weitaus den stärksten Zuzug – von 10 563 Mitgliedern, die in der Phase zwischen den Reichstagswahlen 1930 und der »Machtergreifung« in der Hansestadt den Weg zu ihr fanden, gehörten 3904 zu dieser Gruppe –, da aber 1925 fast 198 000 und 1933 155 000 Angestellte in Hamburg wohnten, war dieser Mitgliedererwerb im Grunde unbefriedigend.²¹⁸ Bei Wahlen dagegen entschieden sich Angestellte, wenn sie ihrem Protest Ausdruck geben wollten, vorzugsweise für die NSDAP.

7. Politische Forderungen und Einstellungen der Unternehmer

Grundsätzliche Positionen

In den Stellungnahmen aller Arbeitnehmerorganisationen gleich welcher politischen Orientierung kehrte der Vorwurf wieder, daß die schwere Depression im Versagen der Unternehmer die wesentliche Ursache habe. Sie wurden angeklagt, daß sie in blinder Nachahmung amerikanischer Vorbilder die Rationalisierung in ihren Werken übertrieben oder aber sich auf die Anforderungen des 20. Jahrhunderts überhaupt nicht eingestellt hätten, daß sie trotz der tiefgreifenden Wandlung der ökonomischen Strukturen phantasielos der liberalen Doktrin von der automatischen, durch immanente Selbstheilungskräfte bewirkten Überwindung der Wirtschaftskrisen anhängen und als Heilmittel Maßnahmen empfahlen, die wie Lohnabbau und Ausgabendrosselung des Staates den Niedergang beschleunigen müßten. Tatsächlich zeigten die Publikationen der zahlreichen Unternehmerorganisationen und Äußerungen einzelner »Wirtschaftsführer« ein bemerkenswertes Maß an Übereinstimmung in den wirtschaftspolitischen Grundüberzeugungen. Im Detail gab es dabei eine Fülle von Nuancen, Abstufungen und Kombinationen von Argumenten je nach der Interessenslage in den verschiedenen Branchen. Gewohnt, oft weitreichende Entscheidungen zu treffen, zeichneten sich zudem gerade die bedeutendsten Unternehmer durch einen ausgeprägten Individualismus aus, der es erschwerte, ihre Auffassungen auf einen einfachen Nenner zu bringen.¹

Übereinstimmend sah aber die große Mehrheit die Hauptursache für die

Depression in der Überhöhung der Gesteungskosten, die die Rentabilität der Betriebe zerstöre und deshalb zu Produktionseinschränkungen und Entlassungen zwingt. Den Anstoß zur Überwindung der Krise erwartete sie ausschließlich von der Steigerung des Exports, sobald nach der Ermäßigung der wichtigsten Kostenfaktoren: Lohn, Sozialleistungen und Steuern, niedrigere Preise die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Weltmarkt verbesserten. Die Bedeutung der Löhne, Versicherungs- und Fürsorgebezüge für die innere Kaufkraft blieb fast immer unberücksichtigt, wie überhaupt dieses zentrale Argument der Arbeitnehmer zur Begründung ihrer Forderungen auffallend wenig Beachtung fand. Wenn Unternehmerrepräsentanten einmal darauf eingingen, vertrösteten sie auf die fernere Zukunft, in der durch die Wiederbeschäftigung Arbeitsloser bei Auslandsaufträgen die Gesamtkaufkraft wachsen werde und evtl. als Folge der besseren Ausnutzung der Produktionskapazitäten Preissenkungen auch das Realeinkommen des einzelnen erhöhen könnten.

Bedenken, daß rigorose Sparmaßnahmen des Staates weitere Absatzmöglichkeiten vernichten würden, tauchten ebenfalls nur selten auf. Sie wurden rasch abgetan mit der Begründung, von öffentlichen Stellen investierte Gelder könnten nur einmal für kurze Zeit Arbeitsgelegenheit schaffen, lägen dann aber in unproduktiven Bauten fest, während sie, wenn sie der Privatwirtschaft nicht durch übertriebene Besteuerung entzogen wären, durch rasche Zirkulation den vielfachen Nutzen stiften würden. Die Interessengebundenheit der Argumentation ist deutlich, denn auch bei Staatsaufträgen anfallende Ausgaben für Materialien und Löhne riefen in anderen Wirtschaftsbereichen Nachfrage hervor; für private Unternehmer aber war es unter den Bedingungen der Deflation sinnvoller, durch Steuer senkungen verfügbare Kapitalien nicht für Investitionen, sondern zur Schuldentilgung zu verwenden.

Erst die Erschwernisse für den internationalen Handel im Lauf des Jahres 1931 ließen Zweifel an der ausschließlich exportorientierten Krisenstrategie laut werden. In wichtigen Verbänden und Wirtschaftsgruppen begann eine Minderheit sich mit Vorschlägen auseinanderzusetzen, in Abkehr von der Deflationspolitik die Belebung der Konjunktur vom Binnenmarkt her zu versuchen. Die Mehrheit hielt zwar an der traditionellen Konzeption fest, doch machte sich größere Unsicherheit bemerkbar. Auch bei Äußerungen zu Fragen der Wirtschaftspolitik bot das Unternehmerlager nun ein differenzierteres Bild.²

Mit der SPD und den Gewerkschaften waren die wirtschaftspolitischen Intentionen nur unvollkommen zu verwirklichen, da sie auf die drastische Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer hinausliefen. Die Kompetenz der Parlamente mußte deshalb nach Möglichkeit beschränkt werden. Insoweit führte das gemeinsame Interesse der Unternehmer zu weitgehender Übereinstimmung. Im übrigen gab es aber im Bereich der Innenpolitik ein sehr viel breiteres Spektrum von unterschiedlichen Meinungen als bei wirtschaftspolitischen Problemen. Es reichte von dem Wunsch, durch Teilhabe der SPD an der Regierung stabile, auch bei den

ausländischen Geschäftspartnern vertrauenerweckende politische Verhältnisse zu bewahren, bis hin zu Plänen, die Leitung des Staates unter offenem Bruch der Verfassung einem Direktorium weniger auf die Reichspräsidentengewalt gestützter, extrem arbeitgeberfreundlicher Männer zu übertragen.

Besondere Bedeutung kam in Hamburg den Erklärungen der Handelskammer zu. In weiten Kreisen galt sie als Wahrerin des wirtschaftlichen Sachverstands und genoß hohes öffentliches Ansehen. Über Hamburgs Grenzen hinaus fanden ihre Voten starke Beachtung. Zu den Behördenspitzen und zum Senat, in dem sie bis zum August 1931 durch ihren früheren Präses Witthoefft vertreten war, bestanden gute Kontakte, die ihren Vorschlägen sorgfältige Prüfung sicherten, auch wenn sie mit Rücksicht auf die Interessen der Arbeitnehmer und Beamten oder die finanziellen Schwierigkeiten des Staates oft nicht oder nur teilweise verwirklicht wurden. In der Revolution in ihrer Funktion und Zusammensetzung weitgehend unangestastet gelassen, verstand die Handelskammer die von ihr erwartete Repräsentation der Wirtschaft noch immer als Einsatz für die Sorgen und Wünsche der Unternehmer und besonders des Überseehandels.³ Dabei bemühte sie sich um eine Synthese aus den Auffassungen der verschiedenen Verbände, so daß ihre Äußerungen als Quintessenz der unter Hamburger Unternehmern vorherrschenden Meinungen gelten können. Allerdings gewährleistete das System der Selbstergänzung, daß dieses Fazit unter konservativem Vorzeichen stand.

Kontinuität der wirtschafts- und finanzpolitischen Forderungen

In die Auseinandersetzungen um die endgültige Verteilung der Steuerlasten nach der Währungsstabilisierung hatten sich die Hamburger Wirtschaftsvertretungen nachdrücklich eingeschaltet. Während der schweren Rezession des Winters 1925/26, die bei dem Mangel an Betriebskapital und der restriktiven Kreditpolitik der Reichsbank durch das vorübergehende Ausbleiben amerikanischer Anleihen nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ausgelöst worden war, protestierten am 10. Februar 1926 128 Verbände bei einer Kundgebung in der Börse gegen die angeblich konfiskatorische Steuerpolitik, der sie die Hauptschuld an der Krise gaben. »Die deutsche Wirtschaft ist in Not! Die Zeichen ihres Verfalls mehren sich von Tag zu Tag«, so begannen sie ihren Alarmruf; die dramatischere Fassung: »Die deutsche Wirtschaft steht vor dem Zusammenbruch«, war lediglich mit Rücksicht auf die abschreckende Wirkung auf potentielle ausländische Geldanleger gemildert worden, tauchte in der Ansprache von Johannes Satz aber wieder auf.⁴ Die großen thesaurierten Überschüsse aus dem Reichshaushalt 1924 galten als Beweis für die zerstörerische Überbürdung des Gewerbes mit Steuern, wobei die Kritiker freilich übersahen, daß die Kassenfülle überwiegend Folge der extremen Ausgabendrosselung war

und daß bereits 68% der Steuereinnahmen aus der Massenbelastung stammten. Von der Überzeugung durchdrungen, daß der Wirtschaft die Ansammlung neuen Geldkapitals ermöglicht werden müsse, hatte die Reichsfinanzbürokratie sie in den ersten Jahren nach der Währungsreform bei der Neuordnung und Handhabung des Steuerrechts stark begünstigt und auf diese Weise dazu beigetragen, daß die notwendige Anpassung von Produktionskapazitäten und Konsumfähigkeit unterblieb.⁵

Bei der Beurteilung der Hamburger Aktion ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Lage des Handels nach dem Ende der Inflation schwieriger war als die der meisten Wirtschaftszweige. Geldkapital, das er zur Durchführung seiner Aufgaben vor allem benötigte, war verloren; Sachwerte, deren Erhaltung und Entschuldung in der Industrie und Landwirtschaft ein Äquivalent boten, spielten eine geringere Rolle. Für Kredite forderten die Banken, um ihre Eigenmittel rasch wieder aufzufüllen, exorbitant hohe Zinsen und Provisionen. Die Steuerpolitik der Jahre 1924 und 1925 hatte vor allem den großen Aktiengesellschaften Vorteile gebracht, so daß sich die Position des individualistisch organisierten Hamburger Handels relativ verschlechterte und er im direkten Export der mächtigen Industriekartelle eine weitere Konkurrenz fürchten mußte. Es war daher für ihn von entscheidender Bedeutung, wieder genügend eigenes Geldkapital anzusammeln, um die Unkosten senken und durch Gewährung günstiger Zahlungsbedingungen international wettbewerbsfähig bleiben zu können. Von dieser Voraussetzung her erschien jede Steuerforderung als drückende Minderung der Betriebsmittel.

Darüber hinaus legte die einseitige Fixierung auf »Kapitalbildung« und Export das Verlangen nach Reduzierung der Sozialabgaben und sogar der Löhne nahe, die zwar 1924 und 1925 kräftig gestiegen waren, in vielen Branchen und Berufen aber noch nicht einmal den Vorkriegswert erreicht hatten. In der Resolution der Verbände fehlte freilich ein Hinweis auf erstrebte Lohnsenkungen, doch ließ die Ansprache Satz' an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: »Die Parole muß für uns sein: Mehr produzieren und weniger Überflüssiges konsumieren, mehr arbeiten und weniger sich vergnügen. [...] Das deutsche Volk muß in seiner Gesamtheit seine Ansprüche an die Lebenshaltung herabsetzen.« Minuten später präzisierte er, daß diese Forderung vor allem für die Arbeitnehmer galt: »Die deutsche Arbeiterschaft muß im eigensten Interesse zu der Einsicht gelangen, daß sie vorübergehend ihre Ansprüche hinsichtlich der Löhne und der sozialen Versorgung herabsetzen und trotzdem ihre Arbeitsleistung erhöhen muß, damit wir in weit größerem Umfange, als dies jetzt der Fall ist, exportfähig werden und dadurch Arbeitsgelegenheit schaffen.«⁶ Damit waren einige Vorstellungen angesprochen, die in den künftigen Erklärungen zur Wirtschaftslage unabhängig von der Konjunkturentwicklung stereotyp wiederkehrten: die Verantwortung des Staates für Wirtschaftskrisen; das Bestreben, sie durch gesteigerte Massenbelastung zu überwinden; die Illusion, negative Rückwirkungen dieser Politik auf den Binnenmarkt im Hinblick auf die Vorteile für den Export ignorieren zu können.

Zwangsläufig mit dieser Konzeption verbunden war die Kritik an den Parlamenten in Reich, Ländern und Gemeinden, die die Lebensinteressen der breiten Bevölkerungsschichten zu wahren versuchten. »Dem Buhlen der politischen Parteien um die Gunst der Massen, denen man fortgesetzt Dinge verspricht, die auf die Dauer von einem verarmten Lande nicht geleistet werden können, muß endlich ein Ende gesetzt werden«, so begründete Satz den Vorstoß der Hamburger Wirtschaftsverbände. »Wenn der Reichstag auf den verhängnisvollen Bahnen, auf denen er sich bisher bewegt hat, nicht unverzüglich Umkehr hält, so macht er sich, anstatt die Vertretung des deutschen Volkes zu sein, zum Totengräber des deutschen Volkes.«⁷ Bei dieser Schelte blieb außer acht, daß der Reichstag wegen der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse nach der Währungsstabilisierung gerade im Bereich der Finanzpolitik der Regierung durch Ermächtigungsgesetze und wiederholte Bewilligung kurzfristiger, pauschaler Notetats weitgehend freie Hand hatte geben müssen. In Wahrheit ging es daher weniger um die Korrektur vergangener Fehler als darum, Lastenverschiebungen zum Nachteil der Wirtschaft nach der Wiedereinschaltung des Reichstages in den Entscheidungsprozeß zu verhindern.

Unmittelbares Ziel der Aktion war, dem neuen Reichsfinanzminister Reinhold den Rücken zu stärken, der in verschiedenen Zeitungsartikeln den Einsatz der thesaurierten Mittel zur Produktionsförderung versprochen hatte und am selben Tag in seiner ersten Budgetrede die Zustimmung des Reichstags zu diesem Programm zu gewinnen suchte. Von den Parlamentariern erwarteten die beteiligten Unternehmerverbände keinerlei Verständnis für die ökonomischen Zusammenhänge und Notwendigkeiten. Statt dessen hofften sie, durch Demonstration ihrer Einigkeit und Macht bei der großen Kundgebung in Hamburg sowie bei gleichartigen und gleichzeitigen Veranstaltungen in allen Teilen des Reichs ihren Auffassungen in der Öffentlichkeit Geltung verschaffen und die Stimmung so beeinflussen zu können, daß sie im direkten Kontakt mit dem Staatsoberhaupt und der Regierung mit ihrem Willen durchzudringen vermöchten. Da der Parlamentarismus versagt habe, so versuchten die Hamburger Arbeitgeber ihre Kollegen im Reich zu einem ähnlichen Schritt zu motivieren, müsse »die Wirtschaft sich selbst helfen«.⁸

Um den erstrebten größeren Einfluß auch institutionell abzusichern, forderten sie in ihrer Resolution neben Steuerabbau, Verwaltungsvereinfachung, Einschränkung der Sozialgesetzgebung als vierten Punkt, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat als Gegenkraft gegen den nach ihrer Meinung zu ausgabefreudigen Reichstag zu stärken. Nicht zufällig ging die Initiative für die Aktion vom Bürgerbund für Hamburg, Altona und Wandsbek aus, dessen Dachorganisation, der Reichsbürgerrat, etwa gleichzeitig die Einsetzung einer nicht auf das Parlament, sondern die Befugnisse des Artikels 48 der Reichsverfassung gestützten Regierung vorschlug.⁹

Kampagne für Steuer- und Sozialleistungsabbau zur Zeit der Großen Koalition

Der politische Hintergrund der Sorge um die Wirtschaft wurde 1928 noch deutlicher. Obwohl sich die Konjunktur inzwischen entscheidend gebessert hatte, entschlossen sich die Hanseatischen Wirtschaftskammern auf Veranlassung und unter Führung der Handelskammer Hamburg kurz vor den Reichstagswahlen zu einem aufwendigen Protest gegen die angeblich drohende Vernichtung vor allem zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe durch die übermäßigen öffentlichen Lasten. Da Kundgebungen und Besprechungen mit Regierungsvertretern und Parlamentariern nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten, investierten sie nun allein über 23 000 RM, um ihren Aufruf in ganzseitigen Anzeigen in den bedeutendsten überregionalen Zeitungen, der Wirtschaft nahestehenden Organen und allen Hamburger Tageszeitungen mit Ausnahme der kommunistischen »Volkszeitung« und des »Echos« zu veröffentlichen, das den Abdruck »wegen der Tendenz« der Erklärung abgelehnt hatte. Interessenten erhielten kostenlos Plakate mit dem Text; eine Fülle von Sonderdrucken wurde an den Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), 121 Industrie- und Handelskammern sowie viele Firmen, Verbände und Einzelpersonlichkeiten verteilt.¹⁰

Inhaltlich brachte der Aufruf nicht viel Neues. Ausgehend von einem höchst anfechtbaren Vergleich der gegenwärtigen »öffentlichen Lasten« – zu denen auch die Sozialabgaben gerechnet wurden – mit jenen der Vorkriegszeit, wurde wieder einmal die Forderung nach größter Sparsamkeit des Staates und Abbau der von ihm übernommenen Aufgaben erhoben. »Nur Umkehr von dem bisherigen Wege öffentlicher Wirtschaftsführung [könne] die Existenz von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf die Dauer aufrechterhalten.«

Die Kammern wollten ihren Aufruf nicht als politische Aktion verstanden wissen. Indem sie wiederholt das gemeinsame Interesse von Arbeitern, Angestellten und Unternehmern nachdrücklich betonten, suchten sie den Nachweis zu erbringen, daß sie lediglich ihrem Auftrag gemäß aus Verantwortung für die Zukunft der Wirtschaft handelten. Dennoch war die Erklärung nicht nur durch ihren Inhalt, sondern noch mehr durch den Termin der Veröffentlichung zwölf Tage vor den Reichstagswahlen in höchstem Maß politisch. Sie sollte die Wähler beeinflussen und wurde auch so verstanden.

Die Industrie- und Handelskammer Altona lehnte daher in Übereinstimmung mit einem Beschluß des Reichsverbands der Deutschen Industrie, vor den Wahlen Äußerungen zu vermeiden, ihre Beteiligung ab. Auch die Handelskammer Bremen und prominente Mitglieder der Hamburger Kammer wie der Volksparteiler F. H. Witthoefft und der Demokrat Walter Schues widersetzten sich ursprünglich dem Vorhaben, fanden sich dann aber mit ihm ab.¹¹ Ein Kritiker aus der mittleren Industrie warnte: »Nach ihrer Überlieferung will doch die Handelskammer in Hamburg noch etwas

mehr bedeuten als eine reine berufsständische Interessenvertretung, und deshalb ist es mindestens sehr unvorsichtig, wenn [. . . sie] mit wirtschaftlichen Argumenten im Wahlkampfe erscheint, die von viel stärkeren politischen Gruppen, als sie hinter der Handelskammer stehen, leicht widerlegt werden können.« Arbeitnehmer und Beamte wüßten sehr wohl, »daß für die in den Wirtschaftskammern maßgeblichen Kreise unter den Auswirkungen des Dawes-Abkommens doch Hochkonjunktur bestanden hat und noch besteht«. Durch eine unsachliche politische Kampagne gefährde die Hamburger Handelskammer sinnlos ihre Autorität.¹²

Die Reaktion auf den Aufruf gab den Opponenten recht. Überall erregte das Eingreifen der hanseatischen Wirtschaftskammern in den Wahlkampf Aufsehen und außerhalb der Unternehmerschaft und der bürgerlichen Rechten Befremden oder Empörung. Ihre Argumentation wurde in der Frankfurter Zeitung in einem langen Kommentar in den wichtigsten Punkten widerlegt. Ihre Klagen sollten die Unternehmer an die Adresse der DNVP, DVP und Wirtschaftspartei richten, denn die von ihnen herbeigesehnte Rechtsregierung habe die finanziellen Reserven verwirtschaftet und die dringend notwendige Verwaltungs- und Reichsreform keinen Schritt gefördert.¹³ Der Hamburger Arbeiterrat und die Bremer Arbeiterkammern antworteten mit einem Gegenaufruf, in dem sie ihren Kontrahenten verschiedene Fehler vorrechneten, die wirtschaftliche und moralische Berechtigung der Sozialpolitik betonten und schließlich aufforderten, nur Parteien die Stimme zu geben, »die den sozialen Fortschritt als ihr erstes und vornehmstes Ziel« betrachteten.¹⁴ Die Redaktion des Hamburger Echos attackierte das Manifest der Handelskammern als »politisches Pamphlet schlimmster Sorte«, als »einen gehässigen und erzreaktionären Angriff auf einen wesentlichen Teil des republikanischen Staatsinhalts, auf die Sozialpolitik«. ¹⁵ Der Verein Hamburgischer Staatsbeamten bestritt den Unternehmern »das sittliche Recht, von andern Opfer und Entsagung zu fordern, solange sie selbst nicht dazu bereit sind«. ¹⁶ Auch einzelne Kaufleute wehrten sich in Zuschriften an das Hamburger Echo gegen die Finanzierung politisch einseitiger Erklärungen der Handelskammer mit ihren Zwangsbeiträgen; dabei erinnerten sie an das Versäumnis, das Wahlrecht dieser Institution zu demokratisieren, denn bei dem durch zahlreiche Kautelen abgesicherten System der Selbstergänzung hätten fortschrittliche Unternehmer so gut wie keine Chancen.¹⁷

Überwiegend wurde der Aufruf jedoch in Unternehmerkreisen begrüßt. Aus allen Teilen des Reichs kamen Schreiben mit begeisterter Zustimmung. Mehrere Firmen erklärten, auch die für sie zuständigen Industrie- und Handelskammern zu einer gleichen Aktion veranlassen zu wollen. Ein Berliner Glasfabrikant bot an, vor der Wahl Flugblätter mit dem Aufruf durch seine Arbeiter und Angestellten verteilen zu lassen. Verschiedene Einsender forderten die Hamburger Handelskammer auf, nun auch einen Schritt weiterzugehen und auf den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien hinzuwirken, um eine wirtschaftsfreundliche Politik gegen die Arbeitnehmerorganisationen durchsetzen zu können.¹⁸

Die Anhänger der radikalen Rechten fühlten sich ebenfalls ermutigt: Alfred Roth unterbreitete dem Präses der Handelskammer Hamburg unter Berufung auf den Aufruf den Vorschlag zur Gründung eines »Bundes der Steuerzahler«, der die Macht der durch alle Parteien hindurch miteinander verschworenen Beamten bekämpfen, die Ausgabenwirtschaft der Parlamente kontrollieren und die möglichst sparsame Verwaltung der öffentlichen Mittel überwachen sollte.¹⁹ Die Frau eines Münchner Landgerichtspräsidenten empfahl als einzigen Ausweg aus der Not der Wirtschaft, Adolf Hitler und der NSDAP zum Sieg zu verhelfen.²⁰

Diese Schlußfolgerung lag den meisten Kaufleuten und der Handelskammer fern. Wichtig war ihre Aktion, abgesehen von den unmittelbaren wahlpolitischen Absichten, weil sie sich damit gegenüber einer breiten Öffentlichkeit auf wirtschaftspolitische Forderungen festlegten, die 1926 teilweise berechtigt, im Mai 1928 nach dem Konjunkturaufschwung zumindest sehr einseitig und in der folgenden Depression verhängnisvoll waren. Sie wurden zwar als unpolitisch ausgegeben, implizierten aber die Gegnerschaft gegen die SPD und die Arbeitnehmerflügel der DDP und des Zentrums. Durch die Loslösung von den konkreten Ereignissen, der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und politischen Konstellation, entarteten die Vorschläge zu Klischees, die die Entwicklung erfolgreicher Krisenstrategien behinderten. Nachdem die Wirtschaftskammern die Existenzgefährdung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vorausgesagt hatten für den Fall, daß sich die öffentlichen Instanzen nicht zur Abkehr von der bisherigen Ausgaben- und Steuerpolitik entschlossen, sahen sie im Einbruch der Depression den Beweis für die Richtigkeit ihrer Warnungen und keine Notwendigkeit, neue Konzeptionen zu entwickeln.

Bis zum Sommer 1929 stand die Steuerpolitik im Vordergrund der Bemühungen, dann gewannen die Bestrebungen zur Reform der Arbeitslosenversicherung an Bedeutung. Der Linksrutsch bei den Reichstagswahlen veranlaßte 89 Hamburger Wirtschaftsverbände, darunter die wichtigsten Organisationen des Handels und der Reeder, sich das Manifest der Wirtschaftskammern in einer großen Kundgebung am 4. Juni 1928 zu eigen zu machen. Nach vergeblichen Anstrengungen, im Kontakt mit einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung und der Ministerien der Verwirklichung ihrer Forderungen näher zu kommen, beteiligten sich die hanseatischen Handelskammern im Spätherbst 1928 unter Berufung auf ihre Erklärung vom Mai mit einer dringenden Eingabe an den zuständigen Reichstagsausschuß an der steuerpolitischen Kampagne des Hansa-Bundes und des DIHT.²¹ Inhaltlich stimmten ihre Wünsche mit deren Vorschlägen fast vollkommen überein. Lediglich bei den Ausführungen zur Senkung der Einkommensteuer gab es eine bezeichnende Abweichung: DIHT und Hansa-Bund wollten sie vor allem den mittleren Einkommen zugute kommen lassen, dagegen betonten die hanseatischen Handelskammern die Notwendigkeit, besonders die hohen stärker zu schonen. Die übrigen Ziele waren: Veranlagung nach dem dreijährigen Durchschnitt, Abschaffung der Vermögenszuwachssteuer, Verhinderung der Erbschaftssteuerrhöhung

und Reduzierung der Grund- und Gewerbesteuern. Bei der Begründung zeichneten sich die hanseatischen Kammern durch die einseitige und taktlose Betonung der von den Wirtschaftskreisen erbrachten Leistungen und Opfer gegenüber der sachbezogeneren Argumentation des DIHT und der stärker um Verständnis der Arbeitnehmer werbenden Resolution des Hansa-Bundes aus.

Dieser wenig kompromißbereiten Haltung entsprach es, daß die Hamburger Handelskammer die Steuervorlagen zur Deckung des Defizits im Reichshaushalt 1929 ausnahmslos ablehnte und die Zugeständnisse gegenüber den Forderungen der Unternehmervverbände als unzureichend verwarf.²² Auch die Gewerbekammer beklagte die mangelnde Rücksichtnahme auf die Nöte der Wirtschaft, verlangte, den Etatausgleich durch Ausgabenabbau zu erreichen, und lehnte Steuererhöhungen prinzipiell ab; sie war aber immerhin bereit, einige Verbesserungen anzuerkennen und einzelne Änderungen wie die Besteuerung des Gattenerbes zu akzeptieren.²³ Den Kaufleuten reichte jedoch zum Teil nicht einmal das kategorische Nein der Handelskammer zu den Finanzplänen der Reichsregierung, ebensowenig die im RDGÜ ventilierte Idee, erneut mit einem öffentlichen Vortrag in repräsentativem Rahmen zu protestieren; sie plädierten dafür, »mit schärferen Demonstrationen, wie Versammlung der Kaufmannschaft auf dem Ehrenhof des Rathauses und Entsendung einer Deputation an den Senat« vorzugehen.²⁴

Daß sich bei den Etatberatungen für 1929 »zum erstenmal seit Bestehen der deutschen Republik [...] im Reichstag die einzelnen Parteien in Sparsamkeits- und Abstreichungsanträgen gleichsam überboten«, wurde in der Hamburger Handelskammer befriedigt als Erfolg der konzertierten Aktion der Wirtschaftskreise verbucht.²⁵ Insbesondere die Sparvorschläge des Hansa-Bundes fanden ausdrückliche Anerkennung, obwohl sie in der Reichskanzlei als bloß auf die Wirkung auf die Öffentlichkeit bedachte »Tendenzschrift« bewertet wurden, die einen gravierenden Mangel an Sachkenntnis verrate, zahlreiche Irrtümer enthalte und »unter den obwaltenden parteipolitischen Verhältnissen« nicht mehr als eine völlig undurchführbare »Utopie« sei.²⁶ Das Ergebnis der unternehmerischen Propagandakampagne war ein Pyrrhussieg: Zwar wurde durch die Ausgabenkürzungen das erwartete Defizit von annähernd 600 auf 130 Millionen RM reduziert und auf die Mehrzahl der inkriminierten Steuern verzichtet; der Haushaltsvoranschlag war aber nun in manchen Positionen so unrealistisch, daß schon geringfügige Verschlechterungen gegenüber den Schätzungen die als Hauptziel bezeichnete Balance von Einnahmen und Ausgaben zerstören konnten. Auseinandersetzungen um die Finanzpolitik spielten daher auch weiterhin in den Äußerungen der Interessenorganisationen eine erhebliche Rolle und belasteten das Regierungsbündnis von SPD und DVP.

Anders als in den vergangenen Jahren exponierte sich die Hamburger Handelskammer seit 1929 nicht mehr besonders, sondern überließ den Spitzenverbänden, vor allem dem DIHT, die Führung im Kampf gegen die

für die Wirtschaft drückenden Steuern.²⁷ Bei internen Beratungen über die von ihm erarbeiteten Vorschläge kamen die Mitglieder ihres Steuerausschusses überein, über die Forderung nach Senkung der Gewerbesteuer hinaus deren völlige Beseitigung anzustreben. Wie stets diente die Notwendigkeit der Kapitalbildung als Begründung. Die unsoziale Einseitigkeit dieses Arguments zeigte sich, als die versammelten Kaufleute gleichzeitig die Auffassung vertraten, bei der Lohn- und Einkommensteuer dürfe das unbelastete Existenzminimum auf keinen Fall weiter heraufgesetzt werden, dagegen seien bei den hohen Einkommensgruppen Ermäßigungen des Tarifs und bei der Vermögenssteuer die Anhebung des Freibetrags dringend geboten.

Besonders lebhaft begrüßten sie den Vorschlag, den Kommunen zum Ausgleich für die entstehenden Einnahmeausfälle die Erhebung einer ungestaffelten Kopfsteuer von jedem Werktätigen zu erlauben, »um Lastenteilung und Selbstverantwortung [...] in breiten Kreisen der Gemeindebürgerschaft wiederherzustellen«.²⁸ Dabei kam die längst überholte, aber unter den Besitzenden noch weit verbreitete Vorstellung zum Tragen, daß über die öffentlichen Ausgaben in den Parlamenten fast ausschließlich die Repräsentanten jener Bevölkerungsschichten beschlössen, die zur Aufbringung der erforderlichen Mittel nicht beitrügen.²⁹ Daß diese Behauptung – mit erheblichen Einschränkungen, denn die mittelständischen Gewerbetreibenden waren in der Bürgerschaft keineswegs schlecht vertreten – allenfalls für die Realsteuern zuträfe, während an den gesamten Steuerlasten seit dem Ende des 1. Weltkriegs die Arbeitnehmer sehr stark beteiligt waren, wurde übersehen oder bewußt ignoriert. Dem Mißtrauen gegen die ausgabefreudigen Parlamentarier kamen auch die Bestrebungen entgegen, zu Lasten ihres Bewilligungsrechts die Befugnisse der Finanzminister durch Änderungen der Haushaltsordnungen zu erweitern, wie es die Hamburger Handelskammer seit Jahren gefordert hatte.³⁰

Ihre unversehene Zurückhaltung seit 1929 war möglicherweise auch Ausdruck der Schwierigkeiten, über das Verlangen nach Steuerabbau hinaus positive Vorschläge zur Deckung des Einnahmeausfalls zu entwickeln. Dieselben Probleme erfuhr der RDI bei der Vorbereitung der Anfang Dezember veröffentlichten finanzpolitischen Denkschrift: »Aufstieg oder Niedergang?«, deren konkrete Forderungen mit denen des DIHT und der Hamburger Handelskammer im wesentlichen übereinstimmten. Da es seinem Steuerausschuß nicht gelungen war, Einigkeit über den Ersatz der Mittel zu erzielen, die bei einer Verwirklichung seiner Pläne den Staatskassen entgehen würden, mußte das Präsidium die Lösung dieser entscheidenden Frage den Regierungen zuweisen, obwohl ihm völlig klar war, daß sein Programm dadurch an Überzeugungskraft verlor.³¹ Die Unmöglichkeit, ein für alle akzeptables finanzpolitisches Gesamtkonzept zu formulieren, legte es nahe, sich auf die Reform der Arbeitslosenversicherung zu konzentrieren, deren Notwendigkeit und Zielsetzung in Unternehmerkreisen nicht umstritten war.

Die Hamburger Handelskammer ließ bei dieser Kampagne den Arbeit-

geberverbänden den Vorrang, machte sich deren Stellungnahmen bei ihren Voten aber uneingeschränkt zu eigen. Die Agitation der Hamburger Arbeitgeber zeichnete sich gegenüber dem ruhigeren, scheinbar rein sachlichen Ton ihrer Spitzenvereinigung – etwa in der Denkschrift zur Arbeitslosenversicherungsreform vom April 1929 – dadurch aus, daß sie durch moralisierende Argumentation die Vertreter gegensätzlicher Positionen prinzipiell disqualifizierten, die Mehrzahl der Erwerbslosen oftmals unge rechtfertigt beleidigten und so Verständigungsmöglichkeiten von vornherein zerstörten. Insbesondere seit dem programmatischen Bekenntnis der Freien Gewerkschaften zur »Wirtschaftsdemokratie« auf ihrem Kongreß in Hamburg 1928 sahen die örtlichen Arbeitgeberverbände die gesamte Sozialpolitik unter dem Aspekt, jeden Angriff auf die Stellung und die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers abzuwehren.³³ Bei der Bedeutung dieses Kampfes schien Bemühen um unvoreingenommene und ausgewogene Betrachtung unangebracht. So wurde im April 1929 in den Mitteilungen des Arbeitgeberverbands Hamburg-Altona unter der Überschrift: »Das kommunale Schreckgespenst der übersteigerten Sozialpolitik«, nicht nur vor deren »unsozialen und demoralisierenden« Wirkungen gewarnt, sondern auch behauptet, »vor den entsittlichenden Folgen einer [solchen] Gefühls-, Massen- und Wahlpolitik graus[e] jetzt selbst den eifrigsten Verfechtern«. Nur »der Abbau des staatlichen Kostgängertums durch Neustärkung des Selbstverantwortungsgefühls« könne noch retten.³³

Das Bemühen der Reichsregierung im Sommer 1929, eine für alle Seiten tragbare Form der Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu entdecken, fand der Arbeitgeberverband des Großhandels »allmählich widerlich mit anzusehen« und warf der bisherigen Einrichtung vor, »ein Ansporn zur Arbeitslosigkeit« zu sein.³⁴ Weil der Sachverständigenausschuß, der die Reorganisation der Versicherung vorbereiten sollte, neben verwaltungstechnischen Änderungen und Leistungsminderungen auch eine Beitragserhöhung von 3 % auf 3 ½ % anregte, zog er sich den Vorwurf zu, daß er »in seiner Mehrheit aus politischen Gründen den Gewerkschaften [...] die Stirn nicht zu bieten« gewagt habe. Aus dem verhängnisvollen Kreis von Beitragserhöhung, stärkerer Arbeitslosigkeit und weiterer Beitragserhöhung, in dem sich die deutsche Sozialpolitik seit dem Krieg bewege – so variierte der Hamburger Arbeitgeberverband das bekannte Selbstkostenargument –, wolle man offenbar nicht herausfinden, bevor nicht die Wirtschaftskatastrophe da sei.³⁵ Auf ihrem Höhepunkt brachte er ungeachtet aller seither eingetretenen Abstriche und der steigenden Not der Arbeitslosen seine unveränderte Auffassung auf die einprägsame Formel: »Wechsel vom Wohlfahrtsstaat zum Wirtschaftsstaat«.³⁶

In Übereinstimmung mit der harten Haltung der Arbeitgeberorganisationen lehnten die Hamburger Wirtschaftskammern selbst eine befristete Beitragserhöhung um ein halbes Prozent entschieden ab, wie sie die Reichsregierung in einer Kompromißvorlage in Anknüpfung an das Sachverständigengutachten als Übergangslösung Ende August 1929 unter anderem vorschlug.³⁷ Die Handelskammer führte als Alternative die Anträge

der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an, die als heikelste Änderungen den Ausschluß der Saison- und Heimarbeiter aus der Versicherung, die Anrechnung von Vermögen und Einkünften mit Ausnahme von Sparzinsen und dauernde Unterstützungsverweigerung für den Fall der Ablehnung angebotener Arbeit vorsahen.³⁸ Die Finanznot der Reichsanstalt bezeichnete sie als Beweis für den weit verbreiteten Mißbrauch der Versicherung, ohne in diesem Zusammenhang auf die konjunkturellen und klimatischen Ursachen für das Anschwellen der Erwerbslosenzahlen im vergangenen Winter mit einem Wort einzugehen. Durch Vorstellungen bei den Hamburger Reichstagsabgeordneten der DVP, DDP und DNVP sowie Einschaltung des DIHT versuchte sie, weitere Unterstützung für den Arbeitgeberstandpunkt zu gewinnen.³⁹

Daß der Hamburger Senat nicht nur durch Stimmenthaltung die Annahme des umstrittenen Regierungsentwurfs im Reichsrat ermöglichte, sondern zur Begründung seiner Entscheidung erklären ließ, eine verantwortungsbewußte Länderregierung könne nicht binnen weniger Stunden für oder gegen eine Vorlage Stellung nehmen, »die einen an sich gefährlichen, sozialpolitisch kaum tragbaren Abbau der Arbeitslosenversicherung beabsichtige«, löste in Unternehmerkreisen allgemein Empörung aus;⁴⁰ denn damit bekannte sich der Senat im Streit um die Arbeitslosenversicherungsreform zur Auffassung der Arbeitnehmer. Dem Arbeitgeberverband Hamburg-Altona bot dieser Beweis mangelnder Objektivität, diese »rein sozialistisch-freigewerkschaftliche Politik« Anlaß, zur Bildung einer »geschlossene[n] bürgerliche[n] Abwehrfront zur Bekämpfung des Marxismus in seinen vielgestaltigen Erscheinungsformen« aufzurufen.⁴¹

Die Ausschaltung der SPD aus der Reichsregierung entsprach den Wünschen der organisierten Arbeitgeber. Ebenso wenig wie ihre Spitzenverbände im Reich oder die weithin als ihre politische Vertretung agierende DVP waren sie daher bereit, im Bereich der Steuerpolitik oder bei der Frage der Arbeitslosenversicherung einem Kompromiß zuzustimmen, der die Fortsetzung der Großen Koalition ermöglicht hätte. Der im Gesetzentwurf »zur Vorbereitung der Finanzreform« vorgesehenen Erhöhung der Versicherungsbeiträge auf 4 % setzten die Handels- und die Gewerbekammer die alten Forderungen nach erheblichem Leistungsabbau entgegen, die angekündigten Ausgabenbeschränkungen und Steuerentlastungen reichten ihnen nicht.⁴² Daß diese unnachgiebige Haltung nicht so sehr wirtschaftlich durch die Rücksicht auf die Tragfähigkeit der Betriebe bestimmt war, wie die Unternehmerorganisationen vorgaben, sondern politischen Motiven entsprang, zeigte sich nach der Bildung der »rein bürgerlichen« Regierung Brüning: Als die Handelskammer Ende September 1930 erwog, gegen die laut Zeitungsmeldungen vom Reichskabinett beschlossene Heraufsetzung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge von 4 ½ % auf 6 ½ % vorzugehen, bezeichnete der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona einen solchen Schritt als unzweckmäßig, weil die Notwendigkeit weiterer Einsparungen inzwischen fast allgemein anerkannt werde, zur Deckung des großen Defizits der Reichsanstalt zur Zeit aber nur staatliche Zuschüsse oder Beitrags-

steigerungen in Frage kämen und letztere aus vielen Gründen vorzuziehen seien.⁴³ Einer der Vorteile war, daß die Arbeitnehmer die Hälfte der neuen Lasten trugen.

Positive Einstellung zum Kabinett Brüning 1930

Die Bildung einer bürgerlichen Minderheitsregierung unter dem Reichskanzler Brüning und nach dem Anwachsen der extremen Flügel als Folge der Reichstagswahlen 1930 die weitgehende Beschränkung des Parlaments auf die Zustimmung zu Maßnahmen des Kabinetts entsprachen den politischen Vorstellungen der Hamburger Unternehmer ebenso wie den Wünschen ihrer Kollegen im Reich. Die Handelskammer begrüßte es, daß nicht länger »Entscheidungen über Lebensfragen der gesamten deutschen Wirtschaft durch wechselnde machtpolitische Mehrheiten« deren »Wiedergesundung« gefährden konnten.⁴⁴ Allerdings bedeuteten die Verlagerung der politischen Willensbildung vom Parlament auf die Exekutive und die damit verbundene Verkürzung des Entscheidungsprozesses auch, daß sich die Chancen regionaler Institutionen, Einfluß auszuüben, verringerten. Im Kontakt mit der Reichsministerialbürokratie konnten sich am ehesten die Berliner Spitzenverbände Gehör verschaffen, in deren Leitungsgremien die Hamburger Wirtschaft nur schwach vertreten war.⁴⁵ Die Handelskammer überließ ihnen daher noch stärker als 1929, als der Weg über die Hamburger Reichstagsabgeordneten und die entsprechende Einstimmung der Öffentlichkeit Erfolge versprochen hatte, die Stellungnahme zu allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen. Sie selbst konzentrierte ihre Kräfte vorwiegend darauf, Maßnahmen abzuwehren oder erträglicher zu gestalten, die wie der forcierte Agrarschutz und die Devisenrestriktionen die Hamburger Wirtschaft bei ihrer Abhängigkeit vom Welthandel schwerer trafen als viele binnenländische Unternehmen und bei denen sie daher nicht mit der für nötig gehaltenen energischen Unterstützung rechnen konnte. In diesen Bereichen suchte die Handelskammer, die Interessengemeinschaft aller Hamburger Bevölkerungskreise zu nutzen, um den Mangel an eigenem Einfluß durch die Mobilisierung der Presse auszugleichen.⁴⁶

Solange das Kabinett Brüning wie seine Vorgänger in der Etatbalancierung die dringendste Aufgabe sah, bewegten sich auch die Erklärungen der Handelskammer und der Hamburger Wirtschaftsverbände in den gewohnten Bahnen. Sie bemühten sich, alle Betriebe und Unternehmer belastenden Steuererhöhungen und Steigerungen der Sozialabgaben zu verhindern und die Beseitigung des Defizits durch Ausgabenabbau durchzusetzen.⁴⁷ Dabei waren sie allerdings genau wie ihre Spitzenorganisationen darauf bedacht, der bürgerlichen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten, und fanden sich aus diesem Grund einstweilen sogar mit der Verschiebung der noch von Hilferding angekündigten Steuersenkungen ab.⁴⁸ Das Ende September 1930 veröffentlichte finanzpolitische Reformprogramm Brünings fand einhellige Zustimmung »als ein erster Schritt«, die öffentlichen Haushalte in

Ordnung zu bringen, »als ein Anfang der Maßnahmen [...], die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind«;⁴⁹ es wurde zum Bewertungsmaßstab, als die Regierung die in sie gesetzten Erwartungen nicht vollkommen erfüllte.

Der Leitgedanke des Finanzprogramms, die Überwindung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise durch Minderung der Gestehungskosten der Betriebe anzustreben, entsprach genau den jahrelangen Plädoyers der Unternehmer. Mit zahlreichen in den Notverordnungen enthaltenen Entscheidungen verwirklichte Brüning wichtige Forderungen ihrer Organisationen, so die Einführung der – zunächst ungestaffelten – Bürgersteuer, deren Höhe im Verhältnis zur Belastung mit Realsteuern stieg, die Steuerbefreiung kleiner Vermögen bis 20000 RM, die Realsteuersenkung, die Ermäßigung der Einkommensteuer für die Rücklagen der Betriebe, Erleichterungen bei der Kapitalverkehrs- und Kapitalertragssteuer, den Leistungsabbau bei der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung, die Aufhebung des Versicherungsprinzips für arbeitslose Jugendliche und Ehefrauen, die Anrechnung eigener Einkünfte auf die Arbeitslosenversicherungsbezüge, die Beschneidung des Rechts, unzumutbare Arbeit abzulehnen, und die Gebührenpflichtigkeit von Krankenscheinen und ärztlichen Verschreibungen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Übereinstimmungen mit Brüning bestanden nicht zuletzt bei der Gegnerschaft gegen die Finanzpolitik der Kommunen und der Einstellung zu den Reparationsverpflichtungen, deren Untragbarkeit durch äußerste Anstrengungen, die notwendigen Ausfuhrüberschüsse zu erzielen, nachgewiesen werden sollte. Geradezu enthusiastisch beglückwünschte Ende Dezember 1930 der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie, Leisler Kiep, den Kanzler zu seinen Erfolgen: Das »Bewußtsein, daß das Steuer des Staates in klugen, festen und reinen Händen liegt, begründet bei mir Optimismus trotz all der inneren und äußeren Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind!« Er hielt den »eingeschlagenen Weg wirtschaftlich und [...] auch politisch für den einzig erfolgversprechenden«.⁵⁰ Öffentlich waren jedoch alle Unternehmerverbände bemüht, das Maß der Gemeinsamkeiten zwischen der Reichsregierung und ihnen herunterzuspielen, um nicht den Verdacht einseitiger Bevorzugung einer Interessengruppe entstehen zu lassen.⁵¹

Verhältnis zum Hamburger Senat

Seit die Unternehmer bei der Reichsregierung auf weitgehendes Verständnis und Entgegenkommen rechnen konnten, gewannen gelegentliche Differenzen mit dem Hamburger Senat an Bedeutung. Zu solchen Spannungen hatte zum Beispiel im März 1928 die Beseitigung des Gewerbesteuerprivilegs der Großbetriebe Anlaß gegeben, die der Senat mit deren verbesserter Ertragslage begründet hatte, ohne zuvor das Urteil der Handelskammer zu hören. Mit den »bürgerlichen« Mitgliedern des Senats war sie sich jedoch

einig gewesen, die Meinungsverschiedenheiten nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, weil dies die Chance geschmälert hätte, in gemeinsamem Wirken »die Forderung der Sozialdemokraten innerhalb der Grenzen des für die Wirtschaft Tragbaren zu halten«. Der Senat könne der Handelskammer kein grundsätzliches Recht auf Begutachtung aller steuerpolitischen Vorlagen zubilligen, so hatte Bürgermeister Petersen bei einer Unterredung über ihre Beschwerde dem Präses erklärt, und es sei unklug, darauf zu bestehen, weil dann auch die Gewerbe-, Detaillisten- und Konsumenten-kammer sowie der Arbeiterrat eingeschaltet werden müßten und die Stellungnahme der Handelskammer als eine von vielen entwertet würde.⁵² Die gute Zusammenarbeit mit der Leitung des Wirtschafts- und des Finanzresorts hatte der Handelskammerpräses honoriert, indem er bei der Jahresversammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns Ende 1928 und 1929 ausdrücklich die Leistungen der Hamburger Staatsverwaltung anerkannte.⁵³

Ein Wechsel in der Einschätzung der Reichsregierung und des Senats bahnte sich an, als dieser 1929/30 Verschlechterungen in der Arbeitslosenversicherung widerstrebte. Zu tiefgreifender Verstimmung führte dann seit November 1930 der Beschluß, von der im Reichsrat ausgehandelten Befugnis Gebrauch zu machen und trotz aller Gegenargumente aus Wirtschaftskreisen in Hamburg die Grund- und Gewerbesteuer nur um die Hälfte der als Norm vorgesehenen Sätze zu senken.⁵⁴ Als zusätzliche Belastung kam hinzu, daß Carl Petersen, dessen Aufgeschlossenheit für die Nöte »der Wirtschaft« die Handelskammer oft dankbar registriert hatte, in diesem Jahr der Koalitionsvereinbarung gemäß erstmals von dem Sozialdemokraten Rudolf Roß im Amt des Ersten Bürgermeisters abgelöst worden war.

Bei einer Besprechung mit einer Handelskammerdelegation über die Realsteuersenkung provozierte Roß die Unternehmervertreter, indem er der Überzeugung Ausdruck gab, »daß die gegenwärtige Krise lediglich auf den Bankrott des kapitalistischen Systems zurückzuführen sei«, und zugleich an den »Hanseatengeist der Kaufmannschaft« appellierte, sie mit aller Energie zu bekämpfen.⁵⁵ Unter Bezug auf ähnliche öffentliche Äußerungen Roß' bei einer sozialdemokratischen Versammlung am 12. Dezember 1930 und eine frühere Bemerkung vor Reichsbannerleuten über unzureichendes Verständnis der Wirtschaft für soziale Pflichten antwortete der Handelskammerpräses Hübbe darauf mit einer aufsehenerregenden scharfen Attacke in seiner Ansprache bei der Jahresversammlung 1930 Eines Ehrbaren Kaufmanns. Der Handelskammer liege es zwar von ihrem Auftrag her fern, sich mit den Meinungen »des Parteimannes« auseinanderzusetzen, so erklärte Hübbe, aber sie könne es nicht schweigend hinnehmen, »wenn der Präsident der hamburgischen Staatsregierung in krisenhaften Zeiten die Unruhe und Unsicherheit vermehrt durch politisch einseitige Stellungnahme«. Es sei unmöglich zu glauben, »daß eine hamburgische Regierung die Privatwirtschaft als lebensnotwendig in der Praxis anerkennen und fördern kann, wenn die innere Überzeugung der verantwortlichen Leitung durch politisches Dogma und wirtschaftsfeindliche Ziele bestimmt wird«. Das Festhalten der Sozialdemokratie am Gedanken des Kampfes

mit der Wirtschaft sei insbesondere im Stadtstaat, in dem »Machtpolitik« keine Rolle zu spielen brauche, »unproduktive Kräftevergeudung«. ⁵⁶ Die im hanseatischen Bürgertum weit verbreitete Vorstellung von der Dominanz rein sachlich zu lösender Verwaltungsprobleme im überschaubaren Rahmen der Stadt, wurde wieder einmal wirksam.

Die SPD und Roß selbst verwahrten sich entschieden gegen die einseitige »parteiolitische Kundgebung« des Handelskammerpräses. Tatsächlich offenbarte sie die fragwürdige Enge des in Unternehmerkreisen vorherrschenden Politikbegriffs; denn die Mitglieder Eines Ehrbaren Kaufmanns verstanden den Vorstoß als »unpolitisch«, nur an den Lebensinteressen der Wirtschaft orientiert. Sich auf eine politische Neutralität im Sinne dieses liberal-konservativen Bürgertums festlegen zu lassen und nach dem Vorbild der Vorkriegsbürgermeister »nur bei feierlichen Gelegenheiten« als Repräsentant des Staates in Erscheinung zu treten, lehnte Roß ab. Er bestand auf seinem verfassungsmäßigen Recht, auch während seiner Amtszeit als Präsident des Senats privat seine politische Überzeugung frei zu äußern und seinen Parteifreunden, denen er sein Mandat verdanke, öffentlich darüber Rechenschaft abzulegen. Seine kritische Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung habe ihn nie gehindert, mit aller Kraft die ökonomische Entwicklung in Hamburg und Deutschland zu fördern. Diese Trennung zwischen den Anschauungen des »Parteimanns« und den Handlungen des Senatspräsidenten wirkte für den Teil des Bürgertums, der seine Bewertungsmaßstäbe mehr oder weniger bewußt noch immer in den Vorkriegsverhältnissen fand, wenig überzeugend. ⁵⁷ Die Entgegnungen deckten ebenso wie der ursprüngliche Angriff des Handelskammerpräses das grundsätzliche Dilemma der SPD auf, die den Kapitalismus überwinden wollte, aber in staatlichen Entscheidungspositionen mit Rücksicht auf die Lage der Arbeitnehmer die Stützung und Belebung der Konjunktur anstreben und damit zugleich zur Stabilisierung des bestehenden Wirtschaftssystems beitragen mußte.

Selbst überregionale Zeitungen berichteten ausführlich über den Streit. Korrespondenten großer »linksbürgerlicher« Blätter fühlten sich an frühere Affronts maßgebender Hamburger Unternehmer gegen die Republik erinnert und argwöhnten, die Handelskammer wolle die politische Konjunktur für einen prinzipiellen Angriff gegen die demokratische Ordnung nutzen. ⁵⁸ Diese Interpretation war bezeichnend für die mißtrauische Empfindlichkeit vieler Anhänger der Weimarer Demokratie gegenüber den »Vernunftrepublikanern«; die politischen Hintergedanken des Handelskammerpräses wurden sicher überschätzt.

Noch im Sommer 1931 hielt es Hübbe für eine »Selbstverständlichkeit«, daß die SPD nach den Bürgerschaftswahlen weiter im Senat vertreten sein müsse. Er und Max Warburg übernahmen die Finanzierung einer überparteilichen »Werbestelle«, die propagandistisch für die Erhaltung der Großen Koalition wirken sollte und mit der Broschüre »Haltet das Tor offen!« die erfolgreichste Agitationsschrift gegen die Nationalsozialisten herausbrachte. ⁵⁹

Daß die Kammer nicht unbedingt auf Konfrontation mit der Hamburger Staatsleitung zielte, sondern auf deren finanzielle Zwangslage Rücksicht zu nehmen bereit war, zeigte ihre endgültige Stellungnahme zu der Realsteuervorlage des Senats: Obwohl ihre mit Nachdruck vorgetragenen Einwände gegen die Halbierung der Ermäßigung erfolglos geblieben waren, stimmte sie schließlich im Hinblick auf die hohen Wohlfahrtslasten doch zu.⁶⁰ Zahlreiche, darunter auch bedeutende, mit Ausnahme des RDGÜ allerdings ausnahmslos mittelständische Hamburger Wirtschaftsverbände brachten für derartige Konzessionen kein Verständnis mehr auf. Die ungenügende Senkung der Grund- und Gewerbesteuer in Hamburg war die konkrete Beschwerde, die sie am 12. Mai 1931 mit politisch rechtsgerichteten Organisationen wie dem der DNVP nahestehenden Deutschen Wirtschaftsband und dem Bürgerbund für Hamburg-Altona zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen die »in der Nachkriegszeit in Deutschland herrschende« Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichs- und Länderregierungen zusammenführte.⁶¹

Die schweren geschäftlichen Probleme im Zusammenhang mit der internationalen Kreditkrise, dem Zusammenbruch der Danat-Bank und der folgenden allgemeinen Reglementierung des Zahlungsverkehrs, schließlich der Devisenbewirtschaftung verstärkten die Mißstimmung und Reizbarkeit im Hamburger Unternehmertum. Die bewährte Methode, durch aufklärende Vorträge von Senatoren oder leitenden Beamten in der Handelskammer das Vertrauen zwischen politischer Führung und Kaufmannschaft zu stabilisieren, begann zu versagen. Den wohlvorbereiteten Experten aus der Verwaltung fürchteten die Unternehmer nicht gewachsen zu sein, deren offensichtlich überlegene Sachkompetenz konnte aber ihre Skepsis und ihr Unbehagen nicht mehr überwinden.⁶² Daß der Hamburger Staat seit dem Sommer 1931 die Bezahlung fälliger Rechnungen schuldig bleiben mußte, verschärfte die Spannungen.⁶³

Wohl um dieser Stimmung Rechnung zu tragen, richtete die Handelskammer Anfang Juli 1931 aus relativ geringfügigem Anlaß schwere Vorwürfe gegen den Senat, der immer noch Geld für die Verschönerung der Stadt und sonstige Annehmlichkeiten für einzelne Bevölkerungsgruppen übrig habe, Hilfen für die Wirtschaft, etwa durch Ermäßigung staatlicher Gebühren, aber fast immer unter Hinweis auf die schwierige Kassenlage ablehne. Die »Verwaltung einer Stadt wie Hamburg, deren Existenz auf dem Gedeihen der Wirtschaft« beruhe, müsse, »statt Steuern und andere Lasten immer nur zu erhöhen, endlich einmal in gänzlicher Umkehr von dem bisherigen Wege« den Unternehmen fühlbare Erleichterungen zukommen lassen. Verständnis für die Notlage des Staates sei nicht zu erwarten, solange er der Wirtschaft »jede, auch finanziell unbedeutende« Vergünstigung verweigere, zugleich jedoch »Summen ganz anderen Größenverhältnisses für unproduktive Zwecke ausgibt bzw. bewilligt.«⁶⁴ Gegen diesen in der Tat unhaltbaren Vergleich und die daran geknüpften unzutreffenden Verallgemeinerungen setzte sich der Senat mit gleicher Schärfe zur Wehr. Er erinnerte die Handelskammer an die hohen Ausgaben zur Stüt-

zung und Förderung der Hamburger Wirtschaft, die Senat und Bürgerschaft bei einer möglichst schonenden Steuer- und Gebührenpolitik geleistet hätten, und warf ihr vor, durch ihre in der Öffentlichkeit vorgetragene unberechtigte Polemik das zur Überwindung der ökonomischen Krise nötige Vertrauen zur Staatsführung zu untergraben.⁶⁵ Intern gestanden die Handelskammermitglieder auch zu, daß sich die Hamburger Finanzdeputation in allen Jahren der Weimarer Republik durch eine vorsichtige und solide Politik gegenüber den meisten deutschen Ländern mit Ausnahme Württembergs ausgezeichnet habe. Als nach den Bürgerschaftswahlen der Fortbestand des Koalitionssenats gefährdet war, setzten sich Unternehmer unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung, darunter auch den nationalen Verbänden nahestehende, nachdrücklich dafür ein, ihn in seiner bisherigen Zusammensetzung weiterarbeiten zu lassen.⁶⁶ Sie waren im übrigen überzeugt, daß die lebenswichtigen Entscheidungen im Reich fielen, weshalb sie ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Maßnahmen des Kabinetts Brüning konzentrierten.

Lohn- und Gehaltsabbau als Rettungsmittel

Da die Unternehmer bei den Steuern und Sozialabgaben mit dem Entgegenkommen der neuen Reichsregierung rechnen konnten, rückten seit dem Sommer 1930 die anderen die Geschäftstätigkeit belastenden Unkostenfaktoren, vor allem die Löhne und Gehälter, mehr und mehr in den Mittelpunkt der Agitation. Bei der 50. Vollversammlung des DIHT am 9. April 1930 plädierte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Ruhrindustrielle, Moritz Klönne, für einen »mehrjährigen Lohnfrieden«, räumte aber noch ein, daß ein allgemeiner Lohnabbau »sozialpsychologisch« und »wirtschaftlich« problematisch sei. In der anschließend verabschiedeten Resolution wandte sich der DIHT lediglich gegen weitere Lohnsteigerungen unter Berufung auf die Kaufkrafttheorie.⁶⁷ Zwei Monate später scheiterte ein Übereinkommen zwischen den Freien Gewerkschaften und den Spitzenorganisationen der Unternehmer, sich in »gemeinschaftlicher Arbeit« um eine Besserung der Wirtschaftslage zu bemühen, weil diese auf der pauschalen Forderung nach Senkung der Löhne und Gehälter sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich beharrten.⁶⁸ Einen Tag, nachdem Rudolf Blohm in der Handelskammer über die Bestrebungen berichtet hatte, stieß Walther Dauch nach, indem er in einem Artikel in den Hamburger Nachrichten die übertriebene Erhöhung des Lebensstandards und insbesondere der Löhne und Gehälter in Deutschland seit 1925, als man »doch auch nicht gerade gedarbt« habe, zur wesentlichen Ursache der Depression erklärte, der gegenüber die weltwirtschaftlichen Störungen nur eine geringe Rolle spielten.⁶⁹ Über diese offensichtlich vom Interesse an innerdeutschen Veränderungen bestimmte Deutung der Krise ließ sich ebenso streiten wie über die Qualität der Lebensverhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung 1925.

Bei der Stellungnahme zum Wirtschaftsprogramm Brünings von Ende September 1930 traten DIHT und RDI dann auch öffentlich, freilich noch in recht vorsichtigen Formulierungen, für die Herabsetzung der persönlichen Kosten in der Privatwirtschaft ein.⁷⁰ Mehr oder weniger kraß kehrte die gleiche Forderung in den Jahresberichten aller Hamburger Unternehmerverbände für 1930 wieder.⁷¹ Im Plenum der Handelskammer bestand »Einigkeit darüber«, daß zur Verminderung der Arbeitslosigkeit »möglichst viele Aufträge vom Ausland hereingebracht werden müßten. Dies könne jedoch nur durch eine Verbilligung der Produktion erreicht werden, die wiederum eine Herabsetzung der Löhne voraussetze«.⁷² In einem Vortrag vor der Industriekommission der Kammer über Verhandlungen mit der Reichsregierung über Wege zur Belebung des Arbeitsmarkts vertrat Rudolf Blohm Anfang Februar 1931 unter Bezug auf das bekannte Kostenargument die Meinung, der Abbau bei der »Lebenshaltung des Arbeiters [...] sei bis jetzt viel zu langsam« vorangeschritten. Die Soziallasten müßten »schleunigst« um 50 % vermindert werden.⁷³ Als Mittel, um die Lohnsenkung zu forcieren, und vorläufig dringendstes Erfordernis verlangte Blohm die Beseitigung oder wenigstens Beschränkung der staatlichen Schlichtung bei Tarifstreitigkeiten auf absolut lebenswichtige Produktionsbereiche.

Auch mit diesem Bestreben befand er sich in Übereinstimmung mit allen Arbeitgeber- und Unternehmerorganisationen: Gleichzeitig mit der Agitation für die Verringerung des Arbeitseinkommens verstärkte sich wieder der Kampf gegen die »Zwangsschlichtung«, vor allem die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen.⁷⁴ Angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der dadurch bedingten Schwächung der Gewerkschaften glaubten die Arbeitgeber, bei Ausschaltung der staatlichen Instanzen aus den Tarifvertragsverhandlungen drastischere Lohnabstriche durchsetzen zu können, da die Schlichter neben den für diese Wünsche günstigen wirtschaftspolitischen Intentionen des Kabinetts Brüning auch den sozialpolitischen Gesichtspunkt im Auge behalten mußten, die Arbeitnehmer vor Verelendung zu schützen. Die weitergehende Absicht, die Unabdingbarkeit der Tarifverträge aufzuheben, lehnte Blohm ab, weil dadurch den Gewerkschaften die Existenzberechtigung genommen würde. Ihren Wirkungsbereich durch Beseitigung der Allgemeinverbindlichkeit, d. h. der Ausdehnung der Vereinbarungen auf nichtorganisierte Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zu begrenzen, befürwortete er dagegen, gab aber zu, daß diese Frage in Unternehmerkreisen umstritten sei: Diese Stellungnahme Blohms, der in Hamburg zu den kompromißlosesten Verfechtern der Interessen »der Wirtschaft« gehörte, war bezeichnend für die Haltung zu den Gewerkschaften: Die Mehrheit der Hamburger Arbeitgeber wollte die Depression nicht zu ihrer Zerschlagung benutzen, wohl aber dazu, ihre Macht entscheidend zu vermindern.

Die Diskussion im Anschluß an Blohms Vortrag zeigte, daß einzelne Hamburger Industrielle die exportorientierte Fixierung ihrer Verbände auf die Gestehungskosten durchaus kritisch betrachteten. Der Direktor der

Norddeutschen Affinerie, Dr. Heinrich Wohlwill, wandte sich gegen eine generelle Senkung sämtlicher Löhne. Es gebe noch immer gut verdienende Wirtschaftszweige, in denen eine Arbeitszeitverkürzung zur Linderung der Erwerbslosennot angebracht sei. Wohlwill griff damit die zentrale gewerkschaftliche Forderung auf. Noch grundsätzlichere Zweifel an den Voraussetzungen der Arbeitgeberkonzeption äußerte der Mitinhaber einer Fabrik für technische Geräte und frühere volksparteiliche Senator, H. C. Vering: Ausgehend von der Erwägung, daß die Depression nicht nur durch konjunkturelle Momente, sondern im wesentlichen durch einen Strukturwandel in der Weltwirtschaft und vor allem die verfehlte Rationalisierung bedingt sei, schien es ihm fraglich, ob die Schaffung neuer Arbeit überhaupt möglich sei oder ob man sich nicht darauf beschränken müsse, im Zusammenwirken mit den Arbeitnehmern die Folgen des Arbeitsmangels zu beheben. So sehr die Entgegnung zutraf, er lasse sich bei dieser Analyse von übertriebenem Pessimismus leiten, richtig war zweifellos Verings Einwand, der Anteil der Exportindustrie an der deutschen Produktion sei zu gering, um »durch billigere Konkurrenz mehr Arbeit nach Deutschland schaffen« zu können.⁷⁵

Die Mehrzahl der Kaufleute und Industrievertreter in der Handelskammer hielt jedoch – in Übereinstimmung mit der Politik ihrer Verbände – an der Fiktion der Krisenüberwindung durch Ausfuhrsteigerung fest, weil sie die Handhabe bot, viele der ungeliebten sozialpolitischen Neuerungen in der Weimarer Republik wegen der damit verbundenen Produktionsverteuerung wieder rückgängig zu machen. Arbeitszeitverkürzung war ein Tabu, das nur im negativen Sinn angesprochen werden durfte.⁷⁶ Eher erschien vielen Hamburger Unternehmern die Verlängerung der Arbeitszeit als brauchbare Alternative, wenn Lohnkürzungen schlecht bezahlten Arbeitnehmergruppen das Existenzminimum zu nehmen drohten, denn auf diese Weise konnte der Wochenverdienst erhalten, die Arbeitsstunde aber dennoch verbilligt werden.⁷⁷ Das deutsche Volk habe seine wirtschaftlichen Erfolge vor dem Krieg dadurch errungen, daß es mehr arbeitete und weniger verbrauchte als andere Nationen, war die stereotype Formel.⁷⁸ Wer – abgesehen von dem imaginären ausländischen Markt – die angestrebte Mehrproduktion abnehmen sollte, wurde nicht erörtert.

Das kompromißlose Bemühen um Reduzierung der Gestehungskosten implizierte die Konfrontation mit der Arbeitnehmerschaft. Auch durch die Bereitschaft, auf gewerkschaftliche Vorstellungen einzugehen und gemeinsam mit den Arbeitnehmerorganisationen nach Lösungen für die Krisenprobleme zu suchen, unterschieden sich Wohlwill und Vering von der Mehrheit ihrer Kollegen. Stellvertretend für sie betonte der Handelskammerpräsident zwar, daß sie nicht Kampfeswille, sondern lediglich Verantwortungsbewußtsein zu ihrer harten Haltung veranlasse;⁷⁹ doch taten sie wenig, um durch psychologische Rücksichtnahme auf die verzweifelte Stimmung in Arbeitnehmerkreisen, durch Verständnis für die schwierige Situation der Gewerkschaften die aus ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption unvermeidlich resultierenden Spannungen abzubauen. Auch während der

Weltwirtschaftskrise verzichteten die Handelskammer, die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände nicht auf ihre alljährlich wiederholten scharfen Angriffe gegen die Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag im Hamburger Staat, obwohl bei der Kräfteverteilung in der Bürgerschaft eine Änderung völlig ausgeschlossen war.⁸⁰ Daß dabei primär nicht, wie behauptet wurde, wirtschaftliche Motive, sondern politische Vorbehalte gegen den »Weltfeiertag« des Proletariats den Ausschlag gaben, zeigte die Stellungnahme zu der Anregung, den Bußtag auf einen Sonntag zu verlegen. Obwohl auch auf diese Weise ein zusätzlicher Arbeitstag zu gewinnen war, lehnte die Handelskammer den Plan ab, weil dadurch die Gefühle weiter Kreise der protestantischen Bevölkerung verletzt würden.⁸¹ Der Arbeitgeberverband bemühte sich nicht einmal, den politischen Hintergrund der Kampagne gegen den Maifeiertag zu verbergen. Der Widerstand der SPD und ihre Unterstützung durch die DDP boten ihm Anlaß, das Bürgertum erneut zur entschlossenen Sammlung gegen den »Marxismus« und aufweichlerische Tendenzen im eigenen Lager aufzurufen.⁸²

Wachsende Unruhe und Unzufriedenheit mit Brüning in der Hamburger Unternehmerschaft

Bei dieser Einstellung war wenig Verständnis für die Notwendigkeit zu erwarten, der SPD die Tolerierung der prinzipiell wirtschaftsfreundlichen Politik durch einzelne Zugeständnisse an die Wünsche der Arbeitnehmerorganisationen zu erleichtern. Da auch die Hamburger Unternehmer mit wenigen Ausnahmen die Gefahren der Deflationspolitik und ihrer in diese Richtung zielenden Forderungen nicht erkannten, führten sie die Verschärfung der Depression immer mehr auf mangelnde Konsequenz und Härte des Kabinetts Brüning bei ihrer Realisierung zurück. Oder sie sahen die Hauptursache des Übels in dem angeblichen Versuch der Regierung, durch Anwendung planwirtschaftlicher Methoden eine Synthese aus Kapitalismus und Sozialismus zu erreichen. Selbst Max Warburg, der die meisten seiner Kollegen durch geistige Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit für unkonventionelle Vorschläge übertraf, warf Brüning rückblickend seine Nachgiebigkeit gegenüber der SPD und den Gewerkschaften als wesentlichen Grund für sein Scheitern vor.⁸³

Den Wendepunkt im Verhältnis zwischen Unternehmern und Reichsregierung markierte ausgerechnet die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Obwohl sie vor allem den Arbeitnehmern, Arbeitslosen und Beamten schwere Belastungen brachte und von ihren Organisationen mit weit mehr Recht als Affront aufgefaßt werden konnte, riefen einzelne Bestimmungen wie die Einführung der neuen »Krisensteuer« und besonders die – nie ausgenutzte – Ermächtigung, für ganze Wirtschaftszweige und Berufsgruppen Arbeitszeitverkürzungen vorzuschreiben, den heftigen Unwillen der Unternehmerverbände hervor.⁸⁴ Schon gegen entsprechende Vorschläge im Gutachten der Brauns-Kommission über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

hatte die Spitzenvereinigung der Arbeitgeber sofort energisch protestiert.⁸⁵ Den Verbandsführungen war allerdings wohl bewusst, daß bei einer Revision der Notverordnung viele den Unternehmervorstellungen entsprechende Regelungen zu Fall kommen würden.⁸⁶ Sie wollten an der Unterstützung Brünings trotz der Einwände gegen manche Maßnahmen festhalten, ließen aber erkennen, daß ihnen ein erheblicher Teil der Mitglieder die Gefolgschaft aufzukündigen drohte.⁸⁷

Nach mehreren ähnlichen Warnungen seit Anfang Mai 1931 drängte die Geschäftsführung des RDI im August, »die Verzweiflungsstimmung in der deutschen Industrie [habe] so um sich gegriffen [...], daß nur noch aller-schnellste Maßnahmen die Voraussetzungen für eine Beruhigung schaffen« könnten. Die leitenden Gremien selbst brächten dem Reichskanzler nach wie vor »volles Vertrauen« entgegen und bemühten sich, es auch in den Mitgliederkreisen zu erhalten, doch könnten sie die von ihnen »gewünschte positive Zusammenarbeit von Regierung und Industrie« nur fortführen, wenn durch rasches und umfassendes Handeln auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine weitere Verschärfung der Lage verhindert werde.⁸⁸ Die Radikalisierung an der »Basis« spiegelte sich in den Forderungen des RDI wider, die er mit Rücksicht auf andere, von der Reichsregierung weniger begünstigte Interessengruppen unveröffentlicht ließ: unter anderem Reduzierung der öffentlichen Ausgaben um 2 Milliarden RM und entsprechende Senkung der auf der Wirtschaft lastenden Steuern; Finanzkontrolle gegenüber den Kommunen; restloser Ersatz des Versicherungsprinzips durch das Fürsorgeprinzip bei der Arbeitslosenunterstützung; über die in der Unternehmerschaft unumstrittene Beseitigung der staatlichen Verbindlichkeitserklärung hinaus nun auch Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit und Unabdingbarkeit der Tarifverträge zum Zweck weiteren drastischen Lohn- und Gehaltsabbaus.⁸⁹ Der DIHT folgte einen Monat später mit gleichen Vorschlägen.⁹⁰

Auch in Hamburg erschwerte im Sommer 1931 die wachsende Unruhe unter den Unternehmern den Organisationen die Arbeit. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 bestimmte den Chemikaliengroßhändler William Kohrs, der als Kreisvereinsvorsitzender der DVP in Uhlenhorst über einigen Einfluß verfügte, in einem Artikel im Hamburgischen Correspondenten die sofortige Einberufung eines Ehrbaren Kaufmanns zu verlangen, um den Protest der Wirtschaftskreise an die Öffentlichkeit zu tragen und zugleich »beruhigend zu wirken und die ausgebrochene Panikstimmung zu beschwichtigen«. Die Diskussion über diesen Vorschlag im Plenum der Handelskammer spiegelte den Pessimismus sowie die Unsicherheit und die Meinungsverschiedenheiten über geeignete Gegenmaßnahmen unter den Hamburger Unternehmern wider. Der Präses lehnte den Antrag rundweg ab. Witthoefft empfahl zwar, zunächst die Ergebnisse der Verhandlungen Brünings mit der englischen Regierung in Chequers abzuwarten, widersprach aber der prinzipiellen Ablehnung öffentlicher Aktionen: »Man dürfe nicht tatlos zusehen, da durch Pessimismus die Wirtschaftslage nicht besser würde; [...] sonst würde jeder noch ängstlicher, als er von Natur aus

schon sei. Es sei allerdings schwer zu sagen, was man in einer Versammlung der Kaufmannschaft erklären solle. « Rudolf Petersen stimmte Kohrs uneingeschränkt zu. Er hielt es »für nötig, ein Ventil für die Stimmung der Kaufmannschaft zu schaffen; das sei zwar unsympathisch, aber eine Pflicht der Handelskammer«.

Rudolf Blohm dagegen veranlaßte eine mindestens gleich negative Einschätzung der Lage, sich gegen eine außerordentliche Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns auszusprechen. Er verwies auf die Unvereinbarkeit der von Kohrs angestrebten Ziele: »Ein Protest gegen die Notverordnung bedeute die Erklärung, daß die Wirtschaft am Ende angelangt sei und es so nicht mehr weitergehe. Wenn man dagegen der Kaufmannschaft Mut zuspreche, so erkläre man damit, daß es schon wieder besser werde. Es sei zwar sehr richtig, gegen eine Psychose anzugehen, aber die Lage sei im Augenblick tatsächlich so ernst, daß es unverantwortlich sei, sie anders darzustellen.«⁹¹ Erst nach der Ankündigung des Hoover-Moratoriums war er vorübergehend wieder zuversichtlich genug, um bei der Hamburger Exporttagung mit Vertretern des RDI am 29. Juni der lähmenden Hoffnungslosigkeit entgegenzutreten. »Wir sind der Überzeugung«, so betonte er im Namen der Handelskammer, »daß der Pessimismus der letzten Zeit vielleicht zu weit ging, daß er eine zu große Zurückhaltung hervorgerufen hat [...], und wir glauben [...], daß man sich durchringen muß zu einer überzeugten Entschlußkraft.«⁹²

Die weitgehende Behinderung des Zahlungsverkehrs während der Bankenkrise und die anschließende Devisenbewirtschaftung verstärkten das Verlangen nach Einberufung Eines Ehrbaren Kaufmanns. Die Mitglieder forderten Schutz gegen die zusätzliche Erschwerung ihrer Arbeit oder gar die Bedrohung ihrer Existenz durch unrealistische, in der Praxis undurchführbare oder inkonsequente Vorschriften.⁹³ Es reichte ihnen in dieser Situation nicht, »immer nur Berichte über das, was gewesen, entgegennehmen zu müssen«, sie wollten, daß Ein Ehrbarer Kaufmann »auch seine aufbauende Kraft erweisen möge«, und waren bereit, sogar einige Entgleisungen »von Rednern mit geringeren Hemmungen« in Kauf zu nehmen.⁹⁴ In Erinnerung an das Ende der Inflation, als in Hamburg unter maßgeblicher Beteiligung der Handelskammer noch vor der allgemeinen Währungsstabilisierung ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen worden war, erwarteten viele von ihr wieder entscheidende Schritte, um wenigstens die heimische Wirtschaft aus der Deflationskrise zu retten.⁹⁵

Die abwartende Zurückhaltung der Kammer erfüllte selbst einzelne Mitglieder mit größter Unruhe. Nach ergebnislosen Beratungen im Plenum über Maßnahmen zur Überwindung des Kreditmangels während der Bankenkrise machte R. Blohm seiner Enttäuschung über die Unentschlossenheit seiner Kollegen Luft. Wieder bestehe die Gefahr, daß nur einzelne Symptome bekämpft würden, die Ursachen für die Notlage der Wirtschaft aber unberührt blieben, wodurch »das Übel jeden Tag schlimmer« werde. Da nach den Ausführungen Warburgs ein wesentlicher Grund für die Illiquidität der Banken und besonders der Sparkassen in der erzwungenen

Überfütterung mit kurzfristigen Schatzanweisungen liege, die Diskrepanz zwischen Einnahmen und Ausgaben bei allen öffentlichen Körperschaften aber noch immer wachse, sei mit erneuten Kreditforderungen von ihrer Seite und infolgedessen mit einer Wiederholung der Schwierigkeiten in kürzester Frist zu rechnen. Abermals drängte Blohm auf die Anpassung der öffentlichen Ausgaben an die verminderte Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Gehaltssenkungen allein reichten nicht, vielmehr müßten alle »nicht unbedingt zur Aufrechterhaltung des staatlichen Lebens« notwendigen Aufgaben fortfallen, große Teile des Verwaltungsapparats »genau wie in der Wirtschaft« stillgelegt und etwa 30% der Beamten entlassen werden. Die wirtschaftliche Lage schien ihm so gefährlich, daß er rechtliche Hindernisse nicht einmal für erwähnenswert hielt. Eindringlich bat er, nicht nur dem »Symptom« Bankenkrise Aufmerksamkeit zu widmen, sondern zu erwägen, »ob es nicht, vielleicht bittere, Pflicht der Wirtschaftsvertretungen ist, mit allerschärfster Kritik« gegen die fortgesetzte Verschwendung öffentlicher Mittel vorzugehen.⁹⁶

Noch deutlicher trat Blohms verzweifelte Ungeduld in einem zweiten Brief zwei Wochen später zutage. Selbstverständlich müsse die Hamburger Handelskammer »die Unsinnigkeiten der Devisen-Notverordnung bekämpfen«, räumte er ein; um so mehr habe sie aber »die Pflicht, mit stärkstem Nachdruck zu fordern, daß andere Wege beschritten werden, um einen Wiederausbruch der Krise einzudämmen, und daß nicht nur, wie es in allen übrigen Notverordnungen bisher geschehen ist, an den Symptomen herumgedoktert wird«. Wenn die Deckung der Reichsmark schon »in den verflossenen besseren Tagen nicht reichte«, werde sie »künftig erst recht viel zu knapp sein. Seit Wochen wird also die Situation für die Zukunft mit jedem Tage rapider kritischer. Maßnahmen, wie die Einpeitschung der Steuern und sonstige ›Überbrückungen‹, ›Stillehaltungen‹ u. s. w., sind lediglich Betäubungs- und Täuschungsmittel. Aus diesem Dämmer Schlaf wird es ein furchtbares Erwachen geben. Ein erneuter akuter Krisenausbruch kann gar nicht lange auf sich warten lassen, wenn ruhig auf den Wegen weitergetorkelt wird, die schon unter besseren Voraussetzungen den Zusammenbruch herangeführt haben.«⁹⁷

Blohm gehörte auch zu den wenigen, die Verständnis für das zähe Bemühen eines der jüngsten Mitglieder der Handelskammer, C. V. Krogmann, aufbrachten, dieses Gremium aus seiner Lethargie zu reißen. Seit seiner Wahl in die Kammer Anfang 1931 kämpfte er in Briefen, Zeitschriftenartikeln und mündlichen Aussprachen unermüdlich für seine Auffassung, daß sie nicht bloß auf Entscheidungen der Regierung reagieren dürfe, sondern die Führung übernehmen und Vorschläge zur Überwindung der Depression und der mit ihr verbundenen Probleme entwickeln müsse, wie er selbst es mit einem Plan zur Förderung des Exports versucht hatte. »Daß ein ehemaliger Bürgermeister [Reichsfinanzminister Dietrich] und ein ehemaliger Gewerkschaftssekretär [Brüning] die großen [...] Zusammenhänge der Weltwirtschaft nicht übersehen«, sei zu begreifen; nicht verstehen aber könne er, »wenn die erste deutsche Welthandelsstadt in diesem Augenblick

nicht aktiv eingreift«. In einem Zeitpunkt, in dem es schon nicht mehr um die Zukunft des weitgehend vernichteten Hamburger Handels gehe, sondern darum, »ob im kommenden Winter tausende Deutsche totgeschlagen werden sollen«, reiche es nicht, »Notverordnungen abzuändern oder zu verhindern«. Da auf den nunmehr entscheidenden Gebieten des Außenhandels und der Währung »Hamburg allein« genügend Erfahrung und Sachverstand besitze, um eine Lösung zu finden, sei es Pflicht der Handelskammer und des Senats, »Wege zu zeigen«. ⁹⁸ So sehr die Vorstellungen über die notwendige Krisenstrategie differierten – Blohm hielt an der traditionellen Konzeption des Abbaus der Gesteungskosten fest, während Krogmann neue Methoden zu entdecken versuchte –, gemeinsam war beiden die Überzeugung, daß, wie Blohm formulierte, »die Wirtschaftskreise viel zu apathisch sind, alles über sich ergehen lassen und nur zu Einzelmaßnahmen der Regierung kritisierend Stellung nehmen«. ⁹⁹

Unkonventionelle Wirtschaftspolitik ohne Chancen bei der Mehrheit der Hamburger Unternehmer

Die dringenden Appelle verfehlten ihre Wirkung. Die Handelskammer wie auch die großen Hamburger Wirtschaftsverbände entschlossen sich weder zu aufsehenerregenden Protestaktionen, noch wagten sie, sich durch Propagierung umfassender Programme zur Überwindung der ökonomischen Depression öffentlich zu exponieren. Rücksicht auf ihre internationalen Geschäftsbeziehungen war sicher *ein* Grund für diese Zurückhaltung, denn das Vertrauen, das Brüning im Ausland genoß, durfte nicht geschmälert werden. Ebenso wichtig waren aber Ratlosigkeit, Unsicherheit und Uneinigkeit über den einzuschlagenden Weg.

Dies zeigte sich bei Beratungen im Handelskammerplenium über die Probleme der Devisenbewirtschaftung und Krogmanns Anregung, in einer besonderen Kommission einen Gesamtplan zur Bewältigung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu entwickeln. Alle Diskussionsteilnehmer reagierten völlig negativ. Entweder waren sie wie Walther Dauch und Hermann Münchmeyer der Meinung, Reformvorschläge würden ohnehin schon in großer Zahl von allen Seiten angeboten, es sei aber unmöglich, erfolgversprechende und bei »den engen Grenzen der außenpolitischen Konstellation und innerpolitischen Machtgruppierung« praktisch durchführbare Konzeptionen zu entwickeln. Oder sie glaubten, davor warnen zu müssen, »mit neuen Kunststücken, deren Folgen nicht übersehen werden könnten, die Wirtschaft und das Volk überhaupt weiter zu beunruhigen«. Oder sie sprachen den Wirtschaftsvertretungen, dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsbank generell die Möglichkeit ab, den Krisenverlauf nennenswert zu beeinflussen, weil es allein auf die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens durch eine politische Verständigung mit Frankreich ankomme. Als Ergebnis der Aussprache faßte der Präses als seine Position zusammen, »daß er keine

Veranlassung sähe, das auszusprechen, was allgemein bekannt sei, daß nämlich sparsamer gelebt werden müßte. Wesentlich Neues wußte auch er zur wirtschaftlichen Lage nicht zu sagen.¹⁰⁰

Selbst ein begrenzter Vorschlag Warburgs, den Zahlungsstockungen im Zusammenhang mit der Bankenkrise durch die Emission neuer, durch die bei den Geldinstituten festliegenden kurzfristigen Schuldverschreibungen der Länder und Kommunen gedeckter Noten zu begegnen, stieß auf ähnlichen Widerstand. Die Gefahr der Inflation, die bei unbegrenzter Verschuldung der öffentlichen Hand und entsprechender Notenausgabe wohl entstehen konnte, fürchtete Warburg nicht, da es sich nur um eine zeitlich befristete Notmaßnahme zum Ersatz der ausbleibenden Steuereingänge, Spareinlagen und ausländischen Kredite handeln sollte. Unter den augenblicklichen Bedingungen, so erklärte er mit Recht, müsse man viel weniger Angst vor »einer Inflation und etwa auftauchenden inflatorischen Wirkungen« haben als vor einem Übermaß an Konkursen, das bei einem Verzicht auf Gegenmaßnahmen zwangsläufig folgen werde. Allerdings setzte diese Argumentation Vertrauen in das Urteil und die Standfestigkeit der Reichsbankleitung sowie die Einsicht der deutschen Landes- und Kommunalverwaltungen voraus. Den meisten Kollegen erschienen die Gefahren für die deutsche Währung dann auch zu groß, um sich zur Zustimmung zu entschließen. Münchmeyer und Blohm erkannten zudem sehr klar, daß bei einer Verwirklichung des Plans die Finanzkalamitäten der öffentlichen Körperschaften entscheidend gemildert würden, daß damit der Zwang, die seit langem geforderten drastischen Einsparungen vorzunehmen, schwinde und sogar die Durchführung großer Arbeitsbeschaffungsprogramme in den Bereich des Möglichen rücke, die sie prinzipiell für nutzlos und verhängnisvoll hielten. Warburg selbst lehnte es ab, eine Abstimmung über seinen Gedanken herbeizuführen oder in einem Ausschuß weiter über ihn zu beraten, weil die Handelskammer das Odium, eine Inflation heraufbeschworen zu haben, wie es in der Presse heißen würde, nicht auf sich nehmen könne.¹⁰¹

Die Hamburger Handelskammer erwies sich damit als konservativer und zeigte mehr ängstliche Rücksicht auf die »öffentliche Meinung« als die zentralen Spitzenverbände. Fast gleichzeitig mit dem Vortrag Warburgs vor dem Plenum setzten sie sich in einer Eingabe an den Reichskanzler dafür ein, daß die Reichsbank durch liberale Auslegung ihrer Vorschriften für eine Ausweitung des Notenumlaufs und Schaffung neuen Giralgeldes sorgen solle, um die durch ausländische Kreditkündigungen verlorenen und die im Inland gehamsterten Zahlungsmittel zu ersetzen. Das Maß für die Vermehrung der Zahlungsmittel müsse sich nach der Geschwindigkeit des Geldumlaufs richten und ergebe sich durch sorgfältige Beobachtung des Wirtschaftsgeschehens und der Währungsverhältnisse. Eine Gefahr für die Stabilität der Reichsmark sei bei Innehaltung dieser Grenzen nicht zu befürchten. Werde dagegen der bisherige »Versuch fortgesetzt, durch Restriktionen die gehorteten Umlaufmittel wieder in den Verkehr zu ziehen«, so sei »mit Sicherheit vorauszusehen, daß das erstrebte Ziel nicht erreicht

und die wirtschaftliche Bedrängnis sich in politischen Unruhen auswirken wird, weil die Zahl der Arbeitslosen durch Erliegen der Betriebe rapide vermehrt und der Grund für das Ansteigen dieser Ziffer in verfehlten wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung gesucht werden wird«. ¹⁰²

In der Reichskanzlei stießen diese – nach heutiger Auffassung selbstverständlichen – Vorstellungen über die Aufgaben der Zentralnotenbank offenbar auf wenig Verständnis. In einem Schreiben an Staatssekretär Pünder glaubte sich Kastl für den RDI gegen die Unterstellung wehren zu müssen, daß die Spitzenverbände mit ihrem Plädoyer für elastische Anpassung der Geld- und Kreditpolitik an die wichtigsten Bedürfnisse der Wirtschaft Methoden das Wort hätten reden wollen, die in der Öffentlichkeit als »Rückkehr zu den Gepflogenheiten der Inflationszeit gedeutet werden könnten«. ¹⁰³

Der DIHT ging Anfang September 1931 noch einen Schritt über die in der gemeinsamen Eingabe formulierte Position hinaus. Er trat dafür ein, mit Vorsicht im Hinblick auf die unantastbare Stabilität der Währung, aber auch mit »einer gewissen Kühnheit eine auf Deckung des volkswirtschaftlichen Kreditbedarfs und auf Belebung der Wirtschaft gerichtete Politik« zu treiben. Im Unterschied zu Warburgs Zurückweichen vor den erwarteten Fehldeutungen in der Presse forderte der DIHT auf, durch »entsprechende Führung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung [...] eine irrümlische Überschätzung mechanischer Merkmale des Währungswesens, so der Deckungsgrenze oder eines gewissen Auf und Ab der Zahlungsmittelmenge«, zu verhindern, damit nicht ungerechtfertigte »Beunruhigungen« Reichsbank und Reichsregierung zwingen, auf eine wirtschaftlich orientierte Kreditpolitik zu verzichten. ¹⁰⁴ Allerdings ging es nur darum, den Spielraum für private Investitionen zu bewahren und zu erweitern; an ihrer Forderung nach radikalem Ausgabenabbau des Staates hielten die Unternehmervverbände ungeachtet der krisenverschärfenden Wirkung ebenso fest wie an der Ablehnung der Finanzierung öffentlicher Arbeitsbeschaffungsprojekte durch Kreditschöpfung. ¹⁰⁵

Die Führungen der großen Hamburger Wirtschaftsverbände versagten sich im Sommer und Herbst 1931 dem Wunsch, in der Öffentlichkeit für eine neue, liberale Geld- und Kreditpolitik zu werben. Trotz der auch in der Hansestadt spürbaren Unruhe unter den Mitgliedern hielten sie uneingeschränkt an der traditionellen, die Deflationspolitik begünstigenden Krisendeutung fest. Ähnlich wie die Anhänger der marxistischen Lehre in der Arbeiterbewegung waren sie überzeugt, daß es sich um eine der im kapitalistischen System üblichen, wenn auch besonders schweren Depressionen handele, die nach der nötigen Senkung der Gestehungskosten und folgenden Preisreduktionen »von selbst« durch eine neue Aufschwungphase abgelöst würde und in der Zwischenzeit ihre langfristig nützliche »reinigende« Wirkung entfalte. »Wir dürfen das Vertrauen haben, daß die gegenwärtige Krisis nicht für unendliche Zeit dauern wird«, so führte der Handelskammerpräsident bei der Jahresversammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns am 31. Dezember 1930 über die bevorstehende Entwicklung aus; »wenn der

Einzelne von uns auch den Wiederaufstieg nicht mehr erleben sollte: darauf kommt es nicht an, sondern einzig und allein auf die Zukunft unseres Volkes.«¹⁰⁶

Bei dem Ansehen, das die Handelskammer in Hamburg und im ganzen Reich genoß, war die Unfähigkeit, über die gewohnten Beschwerden und Mahnungen der Unternehmerverbände hinauszugelangen und sich um eine umfassende, insgesamt antizyklisch wirkende Alternative zur Deflationspolitik zu bemühen, besonders verhängnisvoll. Der ratlose Fatalismus, wie er in den Worten des Präses zum Ausdruck kam, war wenig geeignet, Gegner oder auch weniger widerstandsfähige kleine und mittlere Unternehmer vom Wert des Kapitalismus zu überzeugen, der, wie die Sprecher der großen Organisationen unbeirrt betonten, nach der Beseitigung aller vom Staat auferlegten Bindungen und Hemmungen wieder seine Überlegenheit erweisen würde.¹⁰⁷ So wurde im nationalsozialistischen Hamburger Tageblatt kritisiert, daß die Handelskammer und ihr Präses in ihren Rückblicken auf das Jahr 1931 lediglich mit recht schwacher Begründung die bestehende Wirtschaftsordnung verteidigt, vor ihrer eigentlichen Aufgabe, »die Hamburger und Deutsche Wirtschaft zu beraten und zu führen«, aber versagt hätten, daß sie über den »katastrophalen Einfluß« der von ihnen gepriesenen Wirtschaftsform auf den Menschen schwiegen und keine Vorschläge zu machen wüßten, »wie das Arbeitslosenproblem zu lösen [... oder] der unausdenkbaren Not derjenigen Mitglieder Eines Ehrbaren Kaufmanns [zu steuern sei], die unter der Herrschaft der freien Wirtschaft heute täglich auf der Strecke bleiben«. ¹⁰⁸ Insbesondere die fehlende Würdigung der Pläne für ein neues Geldsystem führten die Nationalsozialisten als Beweis für das Versagen der Handelskammer vor den Anforderungen der Gegenwart an.

Die wenigen Unternehmer, die sich in Hamburg für unkonventionelle Methoden einsetzten, waren isoliert. Max Warburg rang weiterhin um eine den wirtschaftlichen Erfordernissen besser angepaßte Neuorientierung der Währungspolitik. Seine Idee war, die Deckung der Umlaufmittel durch Gold und Devisen allmählich durch kommerzielle Sicherheiten zu ersetzen und den Umfang der Notenausgabe nach der Bewegung der Warenpreise zu richten. Doch trug dieser Plan insofern utopische Züge, als Warburg die Verwirklichung nur im Rahmen internationaler Kooperation aller Handelsstaaten möglich erschien und er für die völlige Loslösung der Notenemissionen vom Gold gar die friedliche Verfassung der Welt zur Bedingung machte. Schon sein Nahziel, eine Weltwährungskonferenz über die Neuverteilung der Goldvorräte entscheiden zu lassen und allen Zentralnotenbanken Beiräte internationaler Wirtschaftsexperten beizugeben, war bei der Tendenz zu immer stärkerer Abschließung der Staaten nach außen unrealisierbar.¹⁰⁹

Der stellvertretende Vorsitzende des RDGÜ in Hamburg, Otto A. Ernst, entwickelte im Sommer 1931 zunächst Vorschläge, um trotz der Illiquidität der Banken durch Einschaltung der Reichsbank oder eines neuen international finanzierten und geleiteten Geldinstituts den Handel mit bil-

ligen kurzfristigen Krediten zu versorgen, im übrigen blieb er mit seiner Konzeption noch ganz im Rahmen der bekannten Forderungen der Unternehmerverbände: Abbau der Staatsaufgaben, Steuern, Sozialleistungen, Löhne bzw. Gehälter und aller Zwangsmaßnahmen gegen die Wirtschaft.¹¹⁰ Erst nach der Veröffentlichung des Macmillan-Reports Anfang September und der Pfundabwertung zweieinhalb Wochen später gelangte er im Anschluß an die Erklärungen der englischen »Reformer«, insbesondere Keynes', zu prinzipieller Verurteilung der Deflationspolitik einschließlich der »Lohnsenkungspsychose«, durch die der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess nur verschärft würde. In Eingaben und Zeitungsartikeln drängte er jetzt, der Krise entgegenwirkende Alternativen zur traditionellen Währungspolitik zu entwickeln, speziell den Reichsmarkkurs an die Bewegung des Pfund Sterling zu koppeln.¹¹¹

C. V. Krogmann konzentrierte sich zunächst nicht so sehr auf mögliche Währungsmanipulationen wie auf die dahinter stehenden Probleme der Zahlungsbilanz. Er ging davon aus, daß sowohl die Transferierung der Reparationen als auch die vorherrschende Theorie über Verlauf und Überwindung der Depression die Steigerung des Exports voraussetzten. Sein Ziel war, die Einfuhr zu drosseln und die Ausfuhr zu vergrößern, ohne es zu dauernder staatlicher Reglementierung des Handels kommen zu lassen. Zu diesem Zweck sollten Importe nur bei Vorlage entsprechender Berechtigungsscheine gestattet sein, die der Exporteur im Wert eines bestimmten Prozentsatzes der von ihm ausgeführten Ware erhielt und die er entweder selbst verwerten oder an der Börse an einen Importkaufmann veräußern konnte, so daß der Gewinn wie eine Ausfuhrprämie seine internationale Konkurrenzfähigkeit verbesserte, die Einfuhr dagegen verteuerte und erschwerte. Nachdem Krogmann den Plan erstmals 1929 im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Neuregelung der Reparationszahlungen und die Aufgabe des Transferschutzes einigen ihm nahestehenden Unternehmern und Nationalökonomern unterbreitet und überwiegend Zustimmung gefunden hatte, nutzte er seit April 1931 seine neue Würde als Mitglied der Handelskammer, um angesichts des drohenden Devisenmangels intern und öffentlich voller Ungeduld auf die Prüfung und Verwirklichung seiner Idee zu drängen.¹¹² Wie eine Minderheit unter den Hamburger Unternehmern war er sich bewußt, daß die nötige Ausfuhrsteigerung durch noch so drastischen Abbau der Löhne nicht zu erreichen war, weil sie einen zu geringen Anteil an den gesamten Kosten eines Produkts ausmachten, daß aber die »Entfremdung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer« gefördert werde.¹¹³

Bei einer Beratung des Plans in einer Sonderkommission der Handelskammer stieß Krogmann außer auf viele berechtigte Bedenken wegen technischer Schwierigkeiten bei der Durchführung und nicht bedachter negativer Nebenwirkungen auch wieder auf die traditionelle fatalistische Einstellung zur Depression: »Der beste Regulator der Wirtschaft sei der Pleitegeier, der heute umgehe und alle die beseitige, die im Wettkampf nicht mehr mitkönnen. Die Krise stehe erst am Anfang. Diese Erkenntnis brauche

keine Resignation zu bedeuten, sondern müsse dazu führen, zu arbeiten. «Doch sei dies »nicht die Zeit, Strukturwandlungen vorzunehmen«, wie Krogmann beabsichtige.¹¹⁴ Daß diese Ausführungen ausgerechnet von dem Vorsitzenden Warburg stammten, zeigt, daß selbst die wenigen Unternehmer, die im partiellen, ihnen besonders vertrauten Bereich Mut zu neuen Lösungen fanden, im Generellen oft die Auffassungen der Mehrheit teilten.

Krogmann dagegen war der Überzeugung, daß sich die Weltwirtschaft ohnehin in ständiger Strukturwandlung befinde und daß es »das Gefährlichste sei«, einfach alles laufen zu lassen. Über die Wege zur Rettung der deutschen Wirtschaft könne man streiten, so verdeutlichte er ein dreiviertel Jahr später in einem nun in kräftigen nationalen Tönen gehaltenen öffentlichen Vortrag die schon bei der Handelskammerberatung vertretene Meinung, »es gibt deren mehrere. Aber einer muß beschritten werden, und es ist besser, daß ein falscher Entschluß gefaßt wird als keiner«. Nichts sei nämlich »für ein Volk verderblicher, als wenn seine Führer zaudern und unentschlossen das Unheil über [...] es] hereinbrechen lassen.«¹¹⁵ Schon einmal, 1922, hatte er erlebt, daß seine Ideen zur Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels der Ablehnung verfallen, dann aber nach mehrmonatiger Verzögerung durch die Gründung der Hamburgischen Bank von 1923 in den wesentlichen Punkten verwirklicht worden waren.¹¹⁶ Ihn erfüllte daher stärkste Unruhe angesichts der erneuten Tatenlosigkeit der Wirtschaftsexperten.

Nach der für Hamburgs Wirtschaft katastrophalen Abwertung der britischen Währung intensivierten die wenigen Außenseiter unter den Unternehmern ihre Bemühungen um eine alternative Krisenstrategie; außerdem erhielten sie Unterstützung von vereinzelt Kollegen. Doch gab es auch unter den »Reformern« erhebliche Gegensätze und vielfältige Kombinationen der verschiedensten Vorstellungen und Argumente. Bei der Mehrzahl der Hamburger Unternehmer fanden sie weiterhin keinen Rückhalt. Für das Wirtschaftsgeschehen hatten ihre Aktivitäten deshalb keine Bedeutung. Doch sind sie unter politischem Aspekt wichtig, weil zumindest einzelne wie Krogmann und der Volksparteiler Otto A. Ernst wegen der unerschütterlichen Abwehrhaltung der etablierten Institutionen, Verbände und Parteien Interesse und mehr oder weniger große Sympathie für die NSDAP zu entwickeln begannen, die ihren Vorschlägen besonders in Hamburg mehr Verständnis entgegenbrachte.¹¹⁷ Ansätze für diese Entwicklung zeichneten sich im Sommer 1931 ab; deutlicher trat sie seit dem Winter 1931/32 zutage, weshalb sie in einer späteren Arbeit gründlich untersucht werden soll.

Parteipolitische Orientierung

Im allgemeinen konzentrierten sich die Handelskammerkreise während der Weimarer Republik darauf, ohne Stellungnahme für eine einzige politische Richtung der vermeintlichen Wahlmüdigkeit im Bürgertum entge-

genzuwirken. Sie waren überzeugt, daß die Nichtwähler vor allem in den eigenen Reihen zu suchen waren, obwohl die Wahlresultate eigentlich keinen so eindeutigen Schluß zuließen. Verstärkte Wahlbeteiligung mußte demnach, so hofften sie, den bürgerlichen Parteien zugute kommen. Nachdem entsprechende Aufrufe der Kammern und Unternehmerverbände nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatten, organisierten einzelne – soweit sich feststellen läßt, der DVP und DNVP angehörende – Mitglieder seit 1928 einen Auto-Schleppdienst und suchten Zugang zu den Wählerlisten zu bekommen, um auch den letzten noch nicht an der Urne erschienenen Mitbürger an seine Wahlpflicht erinnern und herbeiholen zu können.¹¹⁸

Die große Mehrheit der Hamburger Unternehmer sah in der DVP ihre politische Vertretung. Von den 26 Kandidaten, die die Handelskammer 1924 zur Wahl in die Bürgerschaft vorschlug, wünschten 15 bei der DVP, neun bei der DNVP und zwei bei der DDP einen Listenplatz zu erhalten. »Gut drei Viertel« der Handelskammermitglieder waren nach Einschätzung Dauchs Anhänger der DVP und unterstützten sie zum Teil »auch finanziell nicht unerheblich«.¹¹⁹ Ein den Demokraten nahestehender Kaufmann meinte 1926 sogar neidvoll, daß »die Hamburger Wirtschaft« fast zu hundert Prozent der DVP oder – in geringerem Maß – der DNVP zuneige.¹²⁰

Die DDP fand vor allem bei einigen prominenten jüdischen Kaufleuten Unterstützung, so bei Carl Melchior, Fritz und Aby Warburg, Ferdinand H. G. Beit und Carl Cohn. Auch Carl Bunzel, der sich schon durch sein Engagement für die Vereinigten Liberalen und die Reform des Handelskammerrechts von den traditionellen Auffassungen der Mehrheit distanziert hatte, entschied sich für die DDP. Im übrigen läßt sich nur feststellen, daß Kaufleute offenbar eher den Weg zu ihr fanden als Industrielle; bestimmte Gruppen mit besonderer Vorliebe für die Demokratische Partei sind aber nicht zu erkennen. Zu den bekannten Mitgliedern gehörten der frühere Syndikus des Vereins Hamburger Rheder, Peter Stubmann, der Kaffeeimporteur Otto Hertling, der Direktor der Dresdner Bank, Hans Pilder, und der Versicherungsdirektor Walter Schues.

Wegen der Stärke derjenigen Gruppen in der Hamburger DDP, für die Liberalismus bedeutete, die Freiheit und die Entfaltungsmöglichkeiten des wirtschaftlich Schwachen durch eine umfassende Sozialpolitik zu sichern, verlor sie in Unternehmerkreisen zunehmend an Boden. Das Wirken der konservativer eingestellten Senatoren fand dagegen volle Anerkennung. Als Cohn 1929 auf Drängen seiner Partei aus dem Amt scheiden mußte, ehrten ihn einige hervorragende Unternehmer verschiedener politischer Orientierung dadurch, daß sie ein Ölgemälde von ihm für den Sitzungssaal der Finanzdeputation stifteten.¹²¹ Bürgermeister Petersen sprach der Handelskammerpräses anläßlich der Übergabe der Senatsführung an den Sozialdemokraten Roß offiziell den Dank der Hamburger Wirtschaft aus.¹²² Der DDP kam die Hochschätzung dieser »Honoratioren« jedoch offenbar nur wenig zugute. In einem von zahlreichen Wirtschaftlern unterzeichne-

ten Aufruf zu den Bürgerschaftswahlen 1928 wurden nur die Leistungen der DVP und der DNVP für das hanseatische Bürgertum hervorgehoben.¹²³

Im Gegensatz zur DDP gelang es der DNVP, ihren Rückhalt beim Besitzbürgertum allmählich zu verstärken. Ursprünglich hatten sich in ihr vor allem einige kirchlich in der Positiven Union engagierte Unternehmer mit den dominierenden mittelständischen Gewerbetreibenden zusammengefunden. Industrielle neigten ihr eher zu als Großkaufleute; die Inhaber und Direktoren der Hamburger Werften gaben ihr eindeutig den Vorzug.¹²⁴ Für den international orientierten Handel war besonders das starre Festhalten des deutschnationalen Landesverbands an der Ablehnung des Dawes-Abkommens und jeder Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern problematisch; denn die Einigung über die Reparationen und die davon abhängige Gewährung ausländischer Kredite waren für den Wiederaufstieg ihres Geschäfts nach der Inflation unerlässlich.¹²⁵ Zudem bot die Hamburger DVP sowohl hinsichtlich der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen als auch der nostalgischen Bindung an die »schwarz-weiß-rote« Vergangenheit eine voll befriedigende Alternative.

Immerhin sicherte sich die DNVP durch ihren energischen Einsatz für die – weithin kongruenten – Wünsche der großen und kleinen Unternehmer in zunehmendem Maß die Anerkennung der Wirtschaftskreise. Vielen von ihnen erschien ein Zusammenschluß oder wenigstens ein Bündnis mit der DVP die gegebene Lösung. Andere wie das volksparteiliche Handelskammermitglied Oscar Traun sahen ein, daß eine Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen bei den politischen Mehrheitsverhältnissen in Hamburg noch auf lange Sicht ausgeschlossen war. Er forderte sie daher nach dem Sieg der »Linken« bei den Bürgerschaftswahlen 1927 auf, zur Stärkung des bürgerlichen Einflusses im Senat bei der Wiederholung ihre Anhänger zur Entscheidung für die DDP oder DVP zu bewegen, womit er nicht nur die Selbstlosigkeit der DNVP überschätzte, sondern auch bemerkenswert wenig Verständnis für die Bedingungen politischer Arbeit im Parteienstaat zeigte. Gewohnt, für investiertes Geld nutzbringende Gegenleistungen zu erhalten, wollte er, wie wohl die meisten seiner Kollegen, hauptsächlich die beiden im Senat vertretenen bürgerlichen Parteien finanziell unterstützen.¹²⁶ Die Masse der Mittel, die von den der Handelskammer nahestehenden Kreisen aufgebracht wurden, dürfte der DVP zugute gekommen sein, sie waren aber offenbar nicht gewaltig.¹²⁷

Bei dem Wettstreit um die Gunst des Besitzbürgertums gewann die Hamburger DVP von Anfang an einen Vorsprung dadurch, daß es ihr gelang, den Präses der Handelskammer und Vorsitzenden des örtlichen Hansa-Bundes, Franz Heinrich Witthoefft, als Spitzenkandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung und die ersten Bürgerschaftswahlen nach dem Zusammenbruch des alten Staates zu gewinnen. Dadurch erhielt sie zum einen die Chance, die Geldquellen der Wirtschaftskreise für sich zu erschließen, zum anderen auch Anhänger der DDP von der Notwendigkeit zu überzeugen, den führenden Repräsentanten der Hamburger Kaufmann-

schaft in die Nationalversammlung zu entsenden, und die auf diese Weise gewonnenen Wähler im zweiten Schritt vielleicht dauerhaft an sich zu binden.¹²⁸ Außerdem galt sie als Nachfolgerin der konservativ-liberalen »Fraktion der Rechten«, der zum größten Teil aus den Notabelnwahlen hervorgegangenen Vertretung des hamburgischen Großbürgertums, und sprach deshalb die Wirtschaftselite besonders an. Die in ihrer Anfangsphase vom gewerblichen und beamteten Mittelstand geprägte DNVP der Hansestadt kam wegen der sozialen Schranken weniger in Frage.

Die Politik Stresemanns und die Programmatik der DVP boten die Möglichkeit, durch Mitarbeit in den Institutionen des neuen Deutschland die Interessen der Wirtschaft zu wahren und trotzdem an der Verehrung für das Bismarcksche Herrschaftssystem festzuhalten, die Einigung mit dem Westen als Voraussetzung für den Wiederaufbau der internationalen Geschäftsverbindungen zu betreiben und dennoch starke nationale Parolen zu verkünden, die Einbeziehung neuer Schichten, insbesondere der Arbeiterschaft, in die politische Verantwortung zu bejahen und auf elitären Gesellschaftsmodellen zu beharren. In diesem Rahmen gab es unter den Unternehmern in der Hamburger DVP eine große Spannweite der politischen Anschauungen: Die einen – wie vor allem der Hamburger Reichstagsabgeordnete Walther Dauch – wünschten schärfere Frontstellung gegen die SPD und engere Anlehnung an die DNVP. Andere waren ohne Begeisterung aus Tradition in der Deutschen Volkspartei, im Grund aber politisch kaum interessiert. Wieder andere erblickten ihre Hauptaufgabe darin, Stresemann gegen den rechten, im wesentlichen von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bestimmten Flügel seiner Partei zu unterstützen, und einzelne wie zum Beispiel Witthoefft sahen sich zumindest in den Anfangsjahren der Republik sogar zwischen DVP und DDP. Konservative wirtschaftspolitische Überzeugungen konnten sich mit Aufgeschlossenheit für neue Probleme und Lösungsversuche im Bereich der Innenpolitik verbinden.

Max M. Warburg und Franz Heinrich Witthoefft

Exemplarisch sollen die politischen Auffassungen der beiden bedeutendsten Unternehmer in der hamburgischen DVP, Max M. Warburg und Franz Heinrich Witthoefft, näher betrachtet werden. Beide spielten freilich in ihrer Partei, außer wenn es um die Behebung der chronischen Finanznöte ging, keine große Rolle. Ihnen standen andere Einflußwege offen, so daß sie der Routine der Parteiarbeit nur wenig Zeit opferten. Auch Witthoefft zog sich 1924 von führender politischer Tätigkeit zurück. Die ihn selbst überraschende Nominierung für den Senat 1928 verdankte er nicht besonderem Engagement für die DVP, sondern deren erneutem Versuch, den Nimbus des angesehenen Großkaufmanns zur Steigerung ihres politischen Einflusses zu nutzen. Warburgs und Witthoeffts Auffassungen sind deshalb nicht für die Hamburger DVP charakteristisch, sie werden

wegen der Bedeutung der beiden innerhalb der Hamburger Unternehmerschaft geschildert. Da es um ihre grundlegenden Überzeugungen geht, müssen sie in ihrer längerfristigen Entwicklung gezeigt werden.

Max Warburg machte in privaten Gesprächen kein Hehl daraus, daß er mit seiner Partei oft unzufrieden war. Aber eigentlich gebe es überhaupt nur Parteien, »aus denen man austreten müßte«. Aus »Trägheit« und aus gesellschaftlichen Gründen sei er in der DVP geblieben, nachdem er 1903 durch die Notabelnwahlen ein Bürgerschaftsmandat erhalten und sich der »Fraktion der Rechten« angeschlossen hatte. Den Sinn seines Engagements für die Nachfolgeorganisation fand Warburg darin, daß er dem latenten Antisemitismus in ihr entgegentreten und Stresemann wiederholt gegen den nach Innen und Außen intransigenten Flügel seiner Partei unterstützen konnte.¹²⁹ Nachdem er Stresemann während des Krieges sehr kritisch beurteilt hatte,¹³⁰ honorierte er dessen Wandlung vom entschiedenen Anexionisten zum Realpolitiker, sein Bemühen um Versöhnung der Anhänger des alten und des neuen Deutschland sowie um eine würdevolle, aber verständigungsbereite Außenpolitik mit wachsender Verehrung.¹³¹ Trotz der gegenseitigen Hochschätzung trat Warburg freilich nicht in näheren Kontakt zu ihm, weil er die Gefährlichkeit des Antisemitismus richtig erkannte und Stresemanns Position nicht durch die enge Verbindung mit einem prominenten Juden erschweren wollte.¹³² Die Parteiführung Dingeldeys (seit Dezember 1930), der durch immer neue Zugeständnisse an den rechten, aus der Regierungsverantwortung strebenden Flügel die Spaltung der DVP zu verhindern versuchte und Anfang Oktober 1931 zur Opposition gegen Brüning an der Seite der »Harzburger Front« übergang, hielt er ebenso wie seine Handelskammerkollegen und Parteifreunde Witthoefft und Münchmeyer für verhängnisvoll.¹³³

Seine eigene politische Haltung bezeichnete Warburg als »freikonservativ«. ¹³⁴ Dies bedeutete für ihn aber nicht starres Festhalten an den Strukturen und Werten der Vergangenheit. Schon im April 1917 hatte er sich dagegen gewandt, bei Überlegungen über die staatliche Ordnung nach dem Krieg einfach dort wieder anzufangen, »wo wir früher aufgehört haben«. Sowohl der reine Beamtenstaat als auch ein rein demokratisch-parlamentarisches System nach englischem Muster hatten nach seiner Überzeugung »ihre entsetzlichen Fehler«. Vor allem fürchtete Warburg nach den Erfahrungen mit den von der Schwerindustrie gekauften und den alldeutschen Blättern die Verhetzung der Massen durch eine mächtige Presse und die entsprechend radikale Zusammensetzung der Parlamente. Als Lösung schlug er vor, an die Spitze eines jeden Ministeriums gleichberechtigt einen beamteten und einen aus der Mitte des Parlaments gewählten Staatssekretär zu stellen, der die notwendige Fühlung mit den Abgeordneten halten, sich zugleich aber bei sachlicher Arbeit »mit seinem Amtsgenossen von Regierung wegen vertragen« müßte. Tüchtige Persönlichkeiten würden bei einem solchen auf Einzelleistung aufgebauten System immer zur Geltung kommen, »sitzen mehrere Menschen zusammen, so reden sie nur Dummeheiten«. ¹³⁵

Aufforderungen, sich in der Weimarer Republik selbst stärker politisch zu betätigen, kam Warburg nicht nach in der klaren Einsicht, daß der verbreitete Antisemitismus die Anerkennung der Leistungen verhindern würde und die Ressentiments gefährlich wachsen könnten, wenn zu viele Juden hervorragende Positionen im Staat einnähmen.¹³⁶ Nach wie vor beschäftigte ihn die politische Rolle der Presse. In zwei Denkschriften über die Schaffung einer überregional bedeutenden, liberalen Hamburger Tageszeitung faßte er 1929 seine politischen Anschauungen zusammen. Als allgemeine Richtlinie wählte er: »Gegen stimmungsmäßige Extreme und einseitige Interessen – für eine kraftvolle Politik der Mitte«. ¹³⁷

Die in Teilen des Bürgertums noch immer umstrittene Frage: Monarchie oder Republik, schwarz-weiß-rot oder schwarz-rot-gold?, beantwortete Warburg mit einem eindeutigen Bekenntnis zum neuen Staat und seinen Symbolen. Gerade Hamburg sei auf Grund seiner historischen Tradition berufen, »sich für eine gut geleitete Republik« und ihre positive Weiterentwicklung einzusetzen. »In der gegenwärtigen geschichtlichen Situation muß der Mut vorhanden sein, die heutige Form des Reiches anzuerkennen.« ¹³⁸ Es gehe darum, den »bestehende[n] Staat in seiner Autorität und Würde« zu stärken.¹³⁹ Doch solle deshalb die Entstehung des Reichs unter Führung der preußischen Monarchie nicht der Vergessenheit anheimfallen. »Die Gesinnungen Andersdenkender sind mit Ehrfurcht zu behandeln, und besonders ist gegenüber dem Flaggensymbol des alten Reiches Toleranz zu üben, soweit der Staatsbürger als Einzelmensch an ihm festhält. Der Staat als solcher wird freilich aus Gründen der Selbstachtung Anerkennung der von ihm geschaffenen Symbole fordern müssen und ist hierin zu unterstützen.« ¹⁴⁰

Mit dieser klaren Aussage distanzierte sich Warburg von vielen Hamburger Unternehmerkollegen, die 1926 im Verein mit dem volksparteilichen Präses der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, Burchard-Motz, Reichskanzler Luther zu seinem fatalen Erlaß zur weiteren Verbreitung der Handelsflagge animiert hatten.¹⁴¹ Der Adressat der Denkschrift, Wilhelm Cuno, hatte im selben Jahr die Schornsteine der Hapag-Schiffe mit den alten Reichsfarben schmücken lassen.¹⁴² Gleichzeitig trennte sich Warburg in dieser Frage auch von seinem Landesverband der DVP, denn während die Reichsorganisation unter dem Einfluß Stresemanns Schwarz-Weiß-Rot nur noch als Parteiflagge neben Schwarz-Rot-Gold zeigte, verweigerten die Hamburger den Farben der Republik diesen Respekt.¹⁴³

Nach der Aufwertung der NSDAP durch ihre Einbeziehung in die organisatorisch-propagandistischen Vorbereitungen für das Volksbegehren gegen den Young-Plan und ihren ersten großen Erfolgen bei den Kommunalwahlen im November 1929 arbeitete Warburg im Dezember noch deutlicher heraus, daß es ihm bei seinem Bestreben, »das Neue und Alte [...] nicht durch willkürliche Konstruktionen« zu trennen, sondern »zu lebendiger Einheit« zu verbinden, vor allem um die innere Stabilität der Republik ging. Die Zusammenfassung des politisch zersplitterten Bürgertums in einer mächtigen Mittelpartei war in der Endphase der Weimarer Demokra-

tie ein weit verbreiteter Gedanke; aber im Unterschied zu vielen Befürwortern hatte Warburg dabei nicht primär das Ziel im Auge, die Interessen dieser Bevölkerungsschicht gegen die »Marxisten« kraftvoller durchzusetzen, sondern die ruhige Entwicklung des Staates zu sichern. »Die Parole: ›Für die Republik – gegen die Monarchie‹«, so forderte er in der Dezember-Denkschrift, »hat abgelöst zu werden durch eine andere: ›Gegen den Bürgerkrieg – für die Verfassung und ihre organische Fortbildung‹. So können Hunderttausende gesammelt werden, für die die Wunden des 9. Novembers und des Flaggenwechsels nie vernarben werden, die aber ihre staatsbürgerliche Pflicht erkannt haben, der bestehenden Staatsform loyal zu dienen.« Die durch den »neuen Schlachtruf« zusammengeführten gemäßigten Kräfte sollten, wie Warburg hoffte, »die Staatsfeinde rechts und links, die Fascisten und Kommunisten«, isolieren und schwächen.¹⁴⁴

Zur unmittelbaren Bekämpfung des Radikalismus verlangte Warburg, schärfer als bisher gegen politische Verleumdungen und Ausschreitungen vorzugehen. Die Reichswehr wollte er ebenso wie die Polizei von politischer Beeinflussung freihalten. Ihnen allein sollte die Garantie der öffentlichen Sicherheit obliegen. Waffengebrauch durch andere Vereinigungen wie Wehrverbände oder Schutzorganisationen von Parteien lehnte Warburg ab. Offenbar glaubte er im Dezember 1929, daß die Verrohung der politischen Sitten inzwischen deutlich genug als generelle, alle Gemäßigten angehende Gefahr zu erkennen war. Das für ihn persönlich besonders gravierende Problem des Antisemitismus erwähnte er nicht mehr eigens. Im Juli hatte er in diesem Zusammenhang gefordert, ihm nicht nur aus Gerechtigkeit gegenüber den Juden, sondern vor allem wegen der negativen Rückwirkungen auf das deutsche Volk entschieden entgegenzutreten: »Er ist eine kulturelle Schande, der in älteren europäischen Staaten von gefestigterem Nationalgefühl kein Raum gewährt wird; er ist ein feiges bequemes Ablenkungsmittel, der den Sinn der Jugend verdirbt, aber auch die Juden selbst nötigt, ihre Energien auf Abwehr zu richten und sich zum gegebenen Gesellschaftszustand negativer zu verhalten, als es an sich ihrer Eigenart gemäß wäre.«¹⁴⁵

Um das Ansehen des bestehenden Staates zu festigen, hielt Warburg für nötig, die »Auswüchse des Parlamentarismus« zu beseitigen. Darunter verstand er – in diesem Punkt in Übereinstimmung mit den Unternehmerverbänden –, daß das Ausgabenbewilligungsrecht der Abgeordneten begrenzt und dem Reichskanzler die Freiheit eingeräumt würde, die Kabinettsmitglieder nach ihrer persönlichen Eignung ohne Rücksicht auf ihre Machtstellung in ihren Parteien oder die Zugehörigkeit zum Parlament auszuwählen, wobei er freilich auf die »programmatische Übereinstimmung mit der sachlichen Politik der Reichstagsmajorität« achten mußte. Für den Fall des Konflikts zwischen Reichstag und Kanzler erwog Warburg bereits, die Reichspräsidentengewalt, vor allem »das in der Verfassung vorgesehene gewaltige Machtmittel der Reichstagsauflösung«, stärker zur Geltung zu bringen.¹⁴⁶ Der Aufwertung der Persönlichkeit sollte die vorgesehene Wahlrechtsreform dienen, »indem sie den Menschen als Einzelnen« – un-

abhängig von der »Parteimaschine« – »wieder wählbar macht und ihm dadurch höhere Verantwortung und höhere Würde gibt«. ¹⁴⁷

Die Erklärungen zur Außenpolitik bewiesen die weitgehende Übereinstimmung mit Stresemanns Konzeption. Warburg bejahte die Mitarbeit im Völkerbund. Sein Ziel war die Annäherung der Lebensbedingungen der Völker als Voraussetzung für ihr friedliches Miteinander, die »gegenseitige Hilfe auch auf wirtschaftlichen Gebieten«. Von dieser Grundlage aus befürwortete er den Young-Plan, weil er es »stärker als der Dawes-Plan zur gemeinsamen Aufgabe der beteiligten Völker [mache], für die Reparationsfrage die letzte Lösung zu finden«. ¹⁴⁸

Warburgs Überlegungen zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik deckten sich weitgehend mit den Äußerungen der Unternehmerverbände. Auch er verlangte eine umfassende Finanzreform mit dem Ziel, die Staats-tätigkeit einzuschränken, Ausgaben und Steuern zu senken sowie die private Kapitalbildung zu fördern. Der Kapitalismus sollte »nicht verschämt als ein notwendiges Übel verteidigt«, sondern »als beste Gewähr für wirtschaftlichen und technischen Fortschritt« sowie die optimale Versorgung des gesamten Volkes bejaht werden. Prinzipiell war Warburg ebenfalls gegen Eingriffe staatlicher Instanzen in den Bereich der Wirtschaft; deutlicher als die Verbände gab er aber zu, daß die »Abgrenzung zwischen Staats- und Volkswirtschaft [...] nicht doktrinär erfolgen« dürfe, sondern den tiefgreifenden Strukturwandlungen gerecht werden müsse und daß insbesondere die öffentliche Kontrolle der Monopole notwendig sei.

Auch die Ausführungen zur Sozialpolitik erinnerten teilweise an bekannte Formeln, so der Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, daß sie »Unternehmer und Arbeiter einander entfremde [...], immer mehr Staatsbürger der Selbstfürsorge entzieh[en] und zu Staatsrentnern machen« wolle. Ebenso wie die meisten Vertreter des Besitzbürgertums verkannte Warburg dabei, daß die geringen Einkünfte der weniger Privilegierten keine genügenden Ersparnisse zur individuellen Zukunftssicherung erlaubten und daß sie daher auf kollektive Einrichtungen und den Schutz des Staates angewiesen waren. Immerhin machte er den Unternehmern die »soziale Betriebsführung« entschieden zur Pflicht und setzte sich dafür ein, im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen hohe Löhne und Gehälter zu zahlen sowie »das Besitzstreben« der Arbeitnehmer in jeder Weise zu fördern. Eindeutiger als viele seiner Kollegen erklärte er sich für die prinzipielle Anerkennung der Gewerkschaften, Betriebsräte, Tarifverträge und des Schlichtungswesens, wenn er auch die Verbindlichkeitsklärung auf Fälle von »staatspolitischer Bedeutung« beschränkt wissen wollte. Insgesamt ging es ihm bei aller Sorge um die Bewegungsfreiheit und den Ertrag der Wirtschaft darum, unerträgliche soziale Spannungen zu verhindern; »proletarische Armut auf der einen und Luxus und untätiger Reichtum auf der anderen Seite« sollten eine möglichst geringe Rolle spielen. ¹⁴⁹

Die Beurteilung der konkreten politischen Situation deckte sich voll mit dieser auf Ausgleich und Stabilität gerichteten Konzeption. Ein Versuch der weiter rechts stehenden Unternehmerkollegen, Max v. Schinckel, Ma-

rius Böger und John v. Berenberg-Goßler, Warburgs Unterstützung für den »Stahlhelm« zu gewinnen, scheiterte, weil er dem Verband zum Vorwurf machte, daß er seit seiner Politisierung allzu engstirnig gegen den »Marxismus« kämpfe und die Kluft zwischen »Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold« verewige.¹⁵⁰ Auch diese Entscheidung entsprach der Haltung Stresemanns, der im selben Jahr 1928 aus dem Stahlhelm austrat.

Eine Regierungsbeteiligung der NSDAP lehnte Warburg entschieden ab,¹⁵¹ obwohl selbst in seiner Firma die Meinungen darüber geteilt waren. Hans Meyer hielt genau wie er dieses Experiment für zu gefährlich und plädierte für eine große Koalition von Otto Braun bis Treviranus. Carl Melchior dagegen glaubte, daß man weitere Erfolge der Nationalsozialisten nur verhindern könne, wenn man sie zwingt, in der Regierungsverantwortung zusammen mit der DNVP die Unhaltbarkeit ihrer Versprechungen zu offenbaren.¹⁵² Das Anwachsen der extremen Flügelparteien bei den Reichstagswahlen 1930 registrierte Warburg mit Bestürzung; denn er mußte sich eingestehen, daß der Appell »an alle Instinkte, so insbesondere auch an die antisemitischen«, bei Kreisen auf Resonanz gestoßen war, denen er es niemals zugetraut hätte. Obwohl er die »demoralisierenden« Wirkungen der Arbeitslosigkeit sehr ernst nahm,¹⁵³ empfand er es bei seinem Glauben an die Vernunft doch als deprimierend, »die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit [...] derartig ausgedrückt zu sehen und das Volk in der Gefolgschaft von Männern«, die sich bislang nur durch hemmungslose Kritik, große Versprechungen, mangelnde Sachkenntnis und viel Energie auszeichnet hatten.¹⁵⁴

Anders als Warburg hatte sich Franz Heinrich Witthoefft bis zum Ende des 1. Weltkriegs kaum für Politik interessiert und auch keiner Partei angehört. In diesem – nach seiner Meinung im Hamburger Besitzbürgertum weit verbreiteten – gleichgültigen Vertrauen in die politische Führung des Reichs sah er rückblickend seine und seiner Gesinnungsgenossen Mitschuld an Krieg und Niederlage mit allen ihren Konsequenzen.¹⁵⁵ Nur 1915 ließ er sich unter dem Eindruck der militärischen Erfolge und der Verluste, die ihm die englischen Behörden durch Zwangsliquidation seiner überseeischen Besitzungen und die Unterbindung seiner Geschäftsbeziehungen bereiteten, zur Formulierung recht umfangreicher kolonialer Kriegsziele hinreißen.¹⁵⁶ Doch schon wenige Monate später hatte er seine skeptische Distanz zu den Kriegereignissen zurückgewonnen. Gegen weitergehende Forderungen vieler Hamburger Unternehmer setzte er sich nun für einen von den USA vermittelten Verständigungsfrieden und rasche Wiederanbahnung normaler Wirtschaftsbeziehungen mit allen Gegnern einschließlich Englands ein.¹⁵⁷ Den übersteigerten Annexionismus der Mehrheit der Nationalliberalen lehnte er ab und ließ aus demselben Grund finanzielle Unterstützungen nicht deren Hamburger Reichstagswahlverein, sondern dem in Heidelberg aufgestellten Präsidenten des Hansa-Bundes, Jacob Rießler, zukommen, den er wegen seiner maßvollen, um Ausgleich bemühten Haltung schätzte.¹⁵⁸

Die politische Leitung des Reichs seit Bismarcks Sturz beurteilte Witt-

hoefft sehr kritisch; er warf ihr vor, daß sie Deutschland in die äußere Isolation geführt und die Entscheidung über den Kriegseintritt trotz schlechter Vorsorge und schwacher Verbündeter mehr nach den Prinzipien des militärischen Ehrenkodex als nach nüchternen sachlichen, auch wirtschaftlichen Erwägungen getroffen habe.¹⁵⁹ Die Beratungen über die Parlamentarisierung im Verfassungsausschuß des Reichstags im Mai 1917 fanden seine rückhaltlose Zustimmung. »In sklavischer Nachahmung brauchen wir uns nicht an westliche Vorbilder zu halten«, so schrieb er am 7. Mai 1917 an Rießer, »aber daß der Reichskanzler dem Reichstag gegenüber voll verantwortlich sein sollte, daß ein parlamentarischer Ausschuß eingeweiht sein muß in die Interna der äußeren Politik und daß der Reichstag zu befragen ist über Krieg und Frieden«, dürfte »keinem guten Deutschen zur Opposition Veranlassung geben«.¹⁶⁰

Ohne Zögern stellte Witthoefft im November 1918 auf Bitten des Berliner Volkswirtschaftlers und späteren Bankiers Dr. Theodor Vogelstein seinen Namen für einen Aufruf zur Gründung einer großen Demokratischen Partei zur Verfügung.¹⁶¹ Die Vereinigung der beiden liberalen Parteien blieb sein Ziel, auch nachdem er dem Drängen Hamburger Kaufleute nachgegeben und die Spitzenkandidatur für die Nationalversammlung auf der Liste der DVP angenommen hatte.¹⁶² Dem Plan, wie in vielen anderen Teilen des Reichs auch in Hamburg vor den Bürgerschaftswahlen 1919 eine Listenverbindung mit der DNVP einzugehen, widersetzte er sich unter Berufung darauf, daß ihn als den Spitzenrepräsentanten der Kaufmannschaft zahlreiche Demokraten unterstützt hätten und er selbst politisch eher weiter nach links tendiere.¹⁶³ Die frühen Bemühungen der Berliner Fraktionsführung, die nationale Zuverlässigkeit der DVP beispielsweise durch ein Danktelegramm zum 60. Geburtstag des Kaisers Ende Januar 1919 oder durch eine Protestresolution gegen den deutschen Gegenentwurf zum Versailler Vertrag unter Beweis zu stellen, stießen bei Witthoefft ebenso wie bei Warburg auf Ablehnung, ja er versuchte nach der zweifelhaften Haltung der Parteileitung beim Kapp-Putsch sogar, eine Oppositionsgruppe gegen Stresemann zu organisieren.¹⁶⁴

Eine Friedensregelung schien Witthoefft aus wirtschaftlichen und innenpolitischen Gründen dringend.¹⁶⁵ Aus denselben Motiven setzte er sich schon 1919 für die gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerbund und die Aussöhnung mit Frankreich nach endgültiger Anerkennung der Westgrenze ein – Gedanken, die Stresemann später als Reichskanzler bzw. Außenminister verwirklichte.¹⁶⁶ Den Handelsboykott gegen Frankreich und Belgien im Zusammenhang mit dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet 1923 durch eine Regierungsverordnung zu erzwingen, hielt Witthoefft im Unterschied zu anderen Handelskammermitgliedern für eine »total verrückte Politik«.¹⁶⁷ Wirtschaftliche Überlegungen und vor allem die Sorge um den schwer daniederliegenden Hamburger Überseehandel veranlaßten ihn schließlich auch, allen seinen Einfluß einschließlich alter Beziehungen zu Tirpitz aufzubieten, um die Zustimmung einer genügenden Anzahl deutschnationaler Abgeordneter zum Dawes-Plan sicherzustellen.¹⁶⁸

Im Wahlkampf zur Nationalversammlung forderte Witthoefft das Bürgertum auf, nicht nur ironisch, sondern aus ehrlicher Überzeugung die »Befreiung vom überspannten Militarismus« sowie die Beteiligung der Arbeiterschaft an den politischen Entscheidungsprozessen als »Errungenschaften der Revolution« anzuerkennen.¹⁶⁹ Er war sogar bereit, die Verstaatlichung verschiedener Grundstoffindustrien und eine stark progressive Ausgestaltung der Einkommen- und Vermögenssteuer zur Aufbringung der Kriegs- und Reparationslasten zu akzeptieren.¹⁷⁰ Auch später warnte er davor, die SPD als die stärkste Vertretung der Arbeiterschaft aus der Regierung zu drängen.¹⁷¹ Diese Aufgeschlossenheit für den Wert der politischen Zusammenarbeit von Bürgertum und Arbeiterschaft bildete die Grundlage für das enge Vertrauensverhältnis zu Bürgermeister Carl Petersen während Witthoeffts Senatstätigkeit von 1928 bis 1931.¹⁷² Ebenso ermöglichte sie ihm, Stresemanns Kurs nach der Entscheidung für eine realistische, auf Ausgleich nach innen und außen bedachte Politik der Mitte uneingeschränkt zu bejahen.¹⁷³

Witthoefft selbst verstand seine parlamentarische Arbeit in der Nationalversammlung und in der Hamburger Bürgerschaft von 1919 bis 1924 vorwiegend als Tätigkeit eines Wirtschaftssachverständigen. Trotz seiner positiven Einstellung zum politischen Wandel von 1918 teilte er die Überzeugung vieler Angehöriger des Bürgertums, daß in Hamburg nach der Ausdehnung der Reichsgewalt fast ausschließlich Wirtschafts- und Verwaltungsfragen nach objektiven Kriterien zu behandeln seien.¹⁷⁴ Seinen Rückzug aus der aktiven Politik begründete er mit der beruflichen Überlastung, die der Wiederaufbau und die Leitung seiner Firma nach den Wirren der Inflationszeit bedingten. Mitentscheidend waren aber einerseits Enttäuschung über den parlamentarischen Alltag, andererseits Unzufriedenheit mit dem geringen Engagement seiner Unternehmerkollegen, die trotz des Drängens der Handelskammer mit wenigen Ausnahmen nicht bereit waren, ebenfalls durch Eintritt in die Bürgerschaft den neuen politischen Verhältnissen Rechnung zu tragen.¹⁷⁵ Seine öffentliche Wirksamkeit beschränkte Witthoefft bis zur Wahl in den Senat 1928 nun im wesentlichen auf die Leitung des von ihm mitbegründeten Hamburger Wirtschaftsrats, dessen Einfluß er – vergeblich – zu steigern hoffte, ferner auf den stellvertretenden Vorsitz im DIHT und die Vertretung der deutschen Interessen in der Internationalen Handelskammer.

Soweit die spärlichen Quellen ein Urteil zulassen, deckten sich seine Auffassungen über die Wirtschafts- und Finanzpolitik in dieser Phase weitgehend mit den Erklärungen der Verbände. Wie sie beklagte er sich über besitzfeindliche Steuergesetze, forderte Sparmaßnahmen, Reduzierung der Gestehungskosten sowie Förderung der »Kapitalbildung« und sah als Senator seine Aufgabe darin, in Verbindung mit der Handelskammer und der DVP-Fraktion diese Anschauungen durchzusetzen.¹⁷⁶ Zwei Faktoren sind als Ursache dafür zu nennen, daß die anfängliche Bereitschaft schwand, dem Besitzbürgertum erhebliche Opfer zur Finanzierung der Kriegsverluste zuzumuten: Zum einen hatte Witthoeffts Firma wie die meisten Han-

delsunternehmen infolge des Mangels an Geldkapital nach der Währungsstabilisierung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum anderen glaubte er seine Erwartung enttäuscht, daß auch die Arbeitnehmer durch Mehrleistungen ihren Beitrag zur Deckung der Lasten aus der Kriegsniederlage erbringen würden. Statt durch Mehrarbeit die notwendigen Ausfuhrüberschüsse zu ermöglichen, bestanden sie auf Einführung des Achtstundentags und gesteigerten Realeinkünften, wodurch sie nach Witthoeffts und der meisten Unternehmer Überzeugung die deutsche Volkswirtschaft völlig überforderten.¹⁷⁷

Immerhin erleichterte es ihm die prinzipielle Offenheit für neue Konzeptionen, seit Januar 1932 im wirtschaftspolitischen Beraterkreis Hitlers, im sogenannten Keppler-Kreis, mitzuarbeiten.¹⁷⁸ Sicher spielten Sympathien für den Nationalsozialismus bei dieser Entscheidung keine Rolle;¹⁷⁹ auch nach der »Machtergreifung« wahrte Witthoefft Distanz zu ihm und ließ sich in kein repräsentatives Amt entsenden. Eher gab das Bestreben den Ausschlag, Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der immer stärker anwachsenden Partei zu gewinnen und für Hamburgs Handel und Schifffahrt gefährliche Kursänderungen wie vor allem die Verwirklichung von Autarkieplänen zu verhindern. Hinzu kam vermutlich die Verzweiflung über den unaufhaltsamen Niedergang der Wirtschaft, der auch die Existenz von Witthoeffts mühsam wieder aufgebautem Unternehmen erneut bedrohte und den Entschluß begünstigte, in Abkehr von Brüning's erfolgloser Deflationspolitik mit neuen politischen Kräften unerprobte Wege zur Überwindung der Depression zu versuchen.

Unternehmer und NSDAP

Vor ihren großen Wahlerfolgen seit November 1929 fand die NSDAP bei den bedeutenderen Hamburger Unternehmern keinerlei Interesse. Das Mitglied Eines Ehrbaren Kaufmanns, der frühere Major Friedrich Bucher, berichtete im Juli 1929 der Reichsleitung der NSDAP über den weitgehenden Fehlschlag seiner Bemühungen, durch systematische Besuche bei den »leitenden Persönlichkeiten von Industrie, Handel und Bankwesen« Unterstützung für die Partei zu gewinnen.¹⁸⁰ Nach circa 200 Gesprächen konnte er nur drei Unternehmer nennen, darunter zwei Vorstandsmitglieder des Hamburger Nationalklubs, die, ideologisch disponiert aufgrund langer Beziehungen zu völkisch-nationalen Organisationen und beeindruckt von Hitlers Rede vor dieser Vereinigung im Februar 1926, sich als Anhänger der NSDAP bekannten. Andere billigten zwar das Auftreten führender, um die bürgerliche Elite werbender Nationalsozialisten, blieben aber wegen der sozialistischen Komponente in der Programmatik mißtrauisch und fühlten sich durch beleidigende Ausfälle in der Parteipresse, durch gewalttätige Ausschreitungen der »jugendlichen Rowdies« in den Reihen der Bewegung und durch das würdelose Benehmen ihrer Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten abgestoßen. So verweigerte Max von

Schinckel, der seiner DNVP, den Wehrverbänden und dem Stahlhelm große Beträge spendete und später für das Volksbegehren gegen den Young-Plan noch bedeutendere Summen in seinem Bekanntenkreis aufbrachte,¹⁸¹ der NSDAP wegen der Angriffe gegen die Banken jede finanzielle Beihilfe. Heinrich Otto Traun zog im Hinblick auf unqualifizierte Vorwürfe im lokalen Parteiorgan gegen verschiedene der Rechten nahestehende Unternehmer die Zusage zurück, die Geldsammlungen des Bürgerbundes auch der NSDAP zugute kommen zu lassen.

Selbst Kurt Woermann, der zwei Jahre später als Redner für sie tätig war, lehnte eine Unterstützung mit der Begründung ab, daß es den Hamburger Nationalsozialisten an »Ernst und Geist mangle«. Auch diese Bemerkung unterstreicht, welche Bedeutung der Wirtschaftsdepression für die allmähliche Annäherung mancher an die NSDAP zukam. Bei Blohm & Voß erhielt Bucher die selbstbewußte Antwort, man wolle zuvor die eigenen Leistungen der Partei sehen, denn positive Arbeit sei schwieriger als Kritik, mit der sie sich bislang habe begnügen können. Einst werde sie die Wirtschaftsführer doch brauchen, weshalb eine Rückversicherung nicht nötig erschien. Das – unberechtigte – Gefühl, daß die eigenen Verbände ohnmächtig seien gegenüber dem vermeintlichen Machtwillen und der Zielstrebigkeit der Sozialdemokratie, wie es im Dezember 1929 im Schreiben eines anderen Hamburger Industriellen zum Ausdruck kam, konnte freilich bei einer drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zum Ansatz werden, bei der kraftvollen und kampfbereiten NSDAP Zuflucht zu suchen.¹⁸²

8. Die politische Haltung des selbständigen Mittelstands und der Beamten

Wirtschaftspolitische Vorstellungen der selbständigen Gewerbetreibenden

Die mittelständischen Gewerbetreibenden und die Detaillisten nahmen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik überwiegend in derselben Weise Stellung wie die großen Unternehmer in Handel und Industrie. Hinzu kamen einige spezielle Forderungen und Akzente entsprechend ihrer besonderen Interessenlage. Charakteristisch für die Äußerungen mittelständischer Verbände war, daß sie den Umsatzrückgang nicht so sehr auf den Konjunkturverfall zurückführten und nach dessen Ursachen fragten, sondern die Schuld in unlauterem Wettbewerb vom Staat getragener oder begünstigter Konkurrenten sahen. So nahmen die Angriffe gegen die Regiebetriebe der Behörden, gegen Gefängnisarbeit, die Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte, die Lebensmittel- und Sachversorgung der Wohlfahrtsbehörde während der Weltwirtschaftskrise wieder an Zahl und Heftigkeit zu, obwohl diese Einrichtungen den Handwerkern und Detaillisten tatsächlich keine spürbaren Verluste zufügten.¹ Die Konsumgenossenschaften wurden bekämpft, weil sie durch weitgehende Steuerbefreiung ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile genossen. Bei ihrer Beteiligung an dieser Kampagne ließen die Hamburger Einzelhändler freilich außer acht, daß die »Produktion« in Form einer offenen Handelsgesellschaft betrieben wurde und die gleichen Steuern bezahlen mußte wie alle Wirtschaftsunternehmen.²

Zustimmung fanden bei den meisten Einzelhändlern auch die Bestrebungen, durch höhere Steuerbelastung die Leistungsfähigkeit der Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Filialketten zu beeinträchtigen, denen Brüning unter dem Druck der Wirtschaftspartei am 15. April 1930 durch Heraufsetzung der Umsatzsteuer für Einzelhandelsunternehmen mit Jahresumsätzen von mehr als einer Million RM entgegenkam.³ Die Diskussion um Beibehaltung oder gar Verschärfung der Steuer führte in der Hamburger Detaillistenkammer ebenso wie in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zu heftigen Kontroversen. Da in beiden Organisationen auch die Warenhäuser vertreten waren und erhebliche Beiträge leisteten, argwöhnten viele kleine Detaillisten, die zur Mäßigung mahnenden Leitungen handelten nicht in ihrem Interesse, sondern aus Sorge, die finanzkräftigen Mitglieder zu verlieren.⁴ Während in Berlin die Auseinandersetzungen im November 1932 mit der Trennung der Warenhäuser von der Hauptgemeinschaft endeten,⁵ gelang es in Hamburg, ihren Austritt aus der Detaillistenkammer zu vermeiden; doch formierte sich mit der Zuspitzung der Wirtschaftskrise eine Opposition, die teilweise zunächst in Verbindung mit der Wirtschaftspartei, später mit der NSDAP – intern und öffentlich schwere Angriffe gegen den Vorstand richtete.⁶

Bei diesem Streit kamen tiefsitzende Ressentiments gegen die kapitalistischen Großunternehmen zum Tragen, die, wie die mittelständischen Gewerbetreibenden der Reichsregierung vorwarfen, nicht nur steuerrechtlich bevorzugt seien, sondern während der Bankenkrise auch unmittelbare Hilfe zur Abwendung des Bankrotts erhielten, während Handwerker und Detaillisten trotz des besonderen Schutzversprechens in der Reichsverfassung vergebens nach ähnlich wirkungsvoller Unterstützung riefen.⁷ Mit Recht beschwerten sie sich, daß die bedeutenden Aktienbanken sie bei der Kreditvergabe weitgehend übergangen, einseitig den Bedarf der Großunternehmen befriedigt und durch diese Konzentration des Risikos selbst die Liquiditätsprobleme mitverursacht hätten. Die Zwangslage der Regierungen, wenn durch den drohenden Zusammenbruch großer Produktionsbetriebe viele Tausende von Arbeitsplätzen oder durch die bevorstehende Zahlungseinstellung weitverzweigter Banken die Rücklagen Hunderttausender von Arbeitnehmern und kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in Gefahr geraten, kam freilich zu wenig in den Blick.

Zu einer tatsächlich ruinösen Konkurrenz für das selbständige Handwerk drohte während der Wirtschaftskrise die überhandnehmende Schwarzarbeit zu werden.⁸ Das Drängen der Organisationen, den noch arbeitenden Handwerksbetrieben durch energische gesetzliche und polizeiliche Gegenmaßnahmen die Existenzmöglichkeit zu sichern, war durchaus berechtigt. Doch übersahen sie zu leicht, daß nicht Gewinnsucht, sondern elementare Not erwerbslose Gesellen und Facharbeiter zur Schwarzarbeit trieb und daß viele Auftraggeber infolge ihrer Einkommensverluste das reguläre Gewerbe gar nicht mehr bezahlen konnten. Verschärfte Verbote und Strafen bildeten deshalb keine angemessene Lösung. Die Forderung,

durch Wiedereinführung der Handwerkerkarte die Gewerbefreiheit weiter einzuengen, stieß sowohl bei den Arbeitnehmern als auch bei den größeren Unternehmern auf Ablehnung. Beide Gruppen prangerten die noch immer unrealistische Preispolitik der Innungen an. Nötig war nach ihrer übereinstimmenden Überzeugung nicht, neue Reglementierungen einzuführen, sondern Methoden zur Überwindung der Depression zu finden.⁹

Brünings Deflationspolitik im engen Sinn – also den Versuch, das inländische Preis-/Kosten-Niveau zu senken, nicht das Bemühen um Etatbalancierung – beurteilten die Mittelstandsorganisationen kritischer als die Vertretungen der großen Unternehmer. Vor allem die Problematik der Preissenkungskampagne erkannten sie aufgrund ihrer speziellen Erfahrungen in der Krise sehr deutlich.¹⁰ Sie veranlaßte die Kunden, in der Hoffnung auf weitere Preiseinbrüche abzuwarten oder bei Handwerkern und Einzelhändlern unter Berufung auf Erklärungen der Reichsregierung auf Ermäßigungen zu dringen, obwohl sie, um überhaupt Umsätze zu erzielen, ihre Verdienstspannen oft schon auf das äußerste reduziert hatten. Viele selbständige Gewerbetreibende fühlten sich daher als Opfer der Rücksichtnahme der Regierung auf die agrarischen und industriellen Produzenten einerseits und auf die Verbraucher andererseits.

Trotz der offensichtlichen und auch erkannten Bedeutung des Kaufkraftschwunds für ihre wirtschaftliche Lage kam es entgegen den Erwartungen der politischen Linken zu keiner Solidarisierung mit den Konsumenten. Löhne, Gehälter und Sozialleistungen wurden primär als Kostenfaktoren und nicht als kaufkraftbestimmende Elemente begriffen, weshalb kleine und mittlere Unternehmer ihren Abbau nicht weniger ungeduldig verlangten als die großen.¹¹ Die prinzipielle Abkehr von der Deflationspolitik und Entscheidungen im Sinne der englischen »Reformer« zur Konjunkturbelebung wurden als Ausweg aus dem Dilemma nicht erwogen. Ihre Ideen fanden zwar durchaus Beachtung – dies ist gegen eine in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über den Verlauf der Weltwirtschaftskrise vorherrschende These zu betonen –, doch wurden die Warnungen der beiden Mitglieder des Macmillan-Komitees, McKenna und Keynes, vor zu weitgehender Sparsamkeit im April 1931 im Organ der Gewerbekammer, in der Hamburger Industrie- und Gewerbe-Zeitung, entschieden zurückgewiesen.¹² Die Kritik an manchen Sparbeschlüssen des Kabinetts Brüning, z. B. an der Einführung des Bedürftigkeitsnachweises für jugendliche Erwerbslose, durch die gerade vielen Eltern aus dem Mittelstand der Unterhalt der unbeschäftigten Kinder allein aufgebürdet wurde, war insofern inkonsequent;¹³ denn ohne »deficit spending« reichte das Etatvolumen nicht für alle berechtigten Anforderungen.

Hinwendung zur rechtsradikalen Opposition und Spannungen in den Verbänden

Die doppelte Frontstellung gegen den Staat und das Großkapital, die sich aus der kurzschlüssigen Suche nach konkret faßbaren Schuldigen an der Verschlechterung der Lebensbedingungen ergab, bot gute Voraussetzungen für die Rezeption der nationalsozialistischen Ideologie. Obwohl ihm die Reichsverfassung besonderen Schutz versprach, fühlte sich der gewerbliche Mittelstand von den etablierten Parteien in der Weimarer Republik allein gelassen.¹⁴ In der SPD bemühten sich zwar manche um eine positive Einstellung zu dieser Bevölkerungsgruppe, die Mehrheit sah aber weiterhin in ihr eine im historischen Prozeß zum Untergang verurteilte Schicht, die daher nicht allzuviel Interesse verdiente. Die DDP warb zwar ebenso wie die beiden anderen bürgerlichen Parteien eifrig um die selbständigen Handwerker und Einzelhändler, bei allem Engagement tat ihr aber die notwendige Rücksicht auf die liberale Arbeitnehmerschaft bei ihnen Abbruch. In der DVP und DNVP befürchteten sie, gerade in der Endphase der Weimarer Republik durch das Kompromissen immer abgeneigerte Großunternehmertum an die Wand gedrückt zu werden. So erschienen zunächst die Wirtschaftspartei, später die NSDAP als Alternative attraktiv.

Beispielhaft lassen sich diese Tendenzen an den Auseinandersetzungen um die Bier- und Getränkesteuererhöhungen zeigen. Im Bestreben, angesichts der unaufhaltsamen Ausgabensteigerungen auch die letzten Steuerreserven auszuschöpfen, setzte die Reichsregierung die Biersteuer zum 1. Mai 1930 um fast 50% auf 9,5 bis 12 Pfg. je Liter herauf; der Hamburger Senat nutzte die durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 eröffnete Möglichkeit und führte zum 1. Oktober eine Gemeindebiersteuer in Höhe von 5 Pfg. je Liter sowie eine zehnprozentige Getränkesteuer ein; vom 1. April 1931 an verlangte er bei der Gemeindebiersteuer den doppelten Satz.¹⁵ In einer Zeit, in der Gastwirte, Saalbesitzer und Hoteliers mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, weil viele ihre Einkommensverluste zuerst durch den Verzicht auf Reisen, Tanzvergnügen, Restaurant- und Cafébesuche oder durch Einschränkungen ihres Konsums an Speisen und Getränken auszugleichen suchten, während die fixen Kosten im wesentlichen unverändert blieben,¹⁶ stieg somit die Besteuerung des Bieres innerhalb eines knappen Jahres um 175%.

Angesehene demokratische Politiker wie Gustav Stolper begründeten die Tragbarkeit der neuen Steuerbelastung unter Hinweis auf die stark gefallen Rohstoffpreise;¹⁷ die Brauereien gaben die Mehrkosten aber voll an die Wirte und Einzelhändler weiter. Diese hatten nur die Wahl, sie entweder selbst zu tragen oder zu riskieren, daß die Kunden auf Preiserhöhungen mit noch stärkerem Konsumverzicht reagierten. Da die Wirte die erste Steueranhebung zu übergroßen Aufschlägen benutzt hatten, waren die maßgeblichen Hamburger Politiker und Finanzexperten überzeugt, daß sie eine weitere steuerliche Mehrbelastung verkraften könnten, ohne sie auf die Kunden abzuwälzen. Bei dieser Kalkulation blieb jedoch außer acht,

daß die Wirte, um dem Absatzrückgang zu begegnen, die Preise bereits wieder gesenkt hatten, so daß Unkostensteigerungen im allgemeinen recht geringe Verdienste weiter schmälerten.¹⁸

Weit über die möglichen Konsequenzen der Steuererhöhung hinaus wurden daher sämtliche – überwiegend konjunkturell bedingten – Einnahmeausfälle dem Staat angelastet.¹⁹ In zahlreichen Versammlungen protestierten die Verbände in scharfem Ton gegen das mangelnde Verständnis der politischen Instanzen für die schwierige Lage des Gastwirtsgewerbes; sie suchten die parlamentarischen »Mittelstandsvertreter« unter Druck zu setzen, indem sie von ihnen den Nachweis ihrer ablehnenden Stellungnahme zu der Gesetzesvorlage verlangten; der Senatskoalition erklärten sie das Mißtrauen und kündigten harte Kampfmaßnahmen an.²⁰ Einzelne Redner erwogen bereits die Durchführung eines »Bierstreiks«, d. h. sie wollten den Ausschank von Bier einstellen, um auf diese Weise die beiden Gegner, die »großkapitalistischen« Brauereien und den »geldhungrigen« Fiskus zu treffen.²¹ Unsicherheit über die Rückwirkungen auf das Gewerbe und Uneinigkeit unter den Gastwirten, von denen viele doch noch vor einer so radikalen Aktion zurückschreckten, verhinderten 1930 die Verwirklichung des Plans. Erst im Frühjahr 1932 kam es zu einem mehrwöchigen Bierstreik, bei dem sehr rasch die NSDAP die Führung übernahm.

Alle Oppositionsparteien interessierten sich sofort für die Protestbewegung der Gastwirte. Bei den Kundgebungen 1930 waren zunächst nur sie vertreten;²² als sich dann auch »Mittelstandssprecher« der Regierungsparteien bemühten, die finanziellen Schwierigkeiten, die Motive für die Entscheidung der Fraktionsmehrheit und ihre eigene abweichende Position darzulegen, wurden sie wiederholt nicht einmal angehört. Die Erregung war so groß und wurde durch die Versammlungen noch gesteigert, daß die Finanzämter bei der Einziehung der Bier- und Getränkesteuer auf starken Widerstand stießen. Nach ihrer Einschätzung war der Grund meistens nicht Zahlungsunfähigkeit, sondern die Tatsache, daß die Verbände auf bewußte Obstruktion hinwirkten.²³

Die Aufpeitschung der Emotionen in den zahlreichen Protestversammlungen führte in den Verbänden selbst zu schweren Spannungen. Die leitenden Persönlichkeiten mußten bei aller Empörung über die Maßnahmen der Reichsregierung und des Senats darauf bedacht bleiben, die Möglichkeit zu Verhandlungen mit den Behörden nicht durch extreme Angriffe zu zerstören. Diese nötige Mäßigung wurde aber von einem Teil der Mitgliedschaft nicht mehr honoriert. So zog sich selbst der Vorsitzende des Zentralverbands der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg, Carl Meibohm, der wegen seiner temperamentvollen, affektgeladenen Reden in der Bürgerschaft oft auffiel, den Vorwurf seiner nationalsozialistischen Kollegen zu, die Interessen des Gewerbes nicht energisch genug zu vertreten.²⁴

Ähnliche Entwicklungen zeigten sich seit 1931 auch in anderen Mittelstandsorganisationen. Ihre führenden Vertreter gehörten am Vorabend der Weltwirtschaftskrise überwiegend der DVP oder DNVP an, ohne daß sich

spezifische Unterschiede zwischen Handwerkern und Einzelhändlern oder einzelnen Branchen erkennen ließen. Die Bevorzugung der einen oder der anderen Partei hing offenbar von den jeweiligen individuellen Voraussetzungen ab, insbesondere von alten Beziehungen zu völkischen Zusammenschlüssen oder auch zu lutherisch-orthodoxen kirchlichen Gemeinschaften.²⁵ Generell fand die DNVP bei mittelständischen Gewerbetreibenden sehr viel mehr Anklang als bei den großen Kaufleuten.

Typisch war die lose Bindung vieler Mittelstandsvertreter an die politischen Parteien: Wenn die erwarteten Erfolge ausblieben, waren sie leicht bereit, auf eine andere oder wieder, wie in den ersten Jahren der Weimarer Republik, auf eine berufsständische Organisation zu setzen. Als sich die Wirtschaftspartei seit 1927 in Hamburg zur Wahl stellte, verlor die DNVP an sie den Vorsitzenden des Bundes der Innungen und fachgewerblichen Vereine, Alfred Diestel, und den Glasermeister Hermann Maurer, die DVP den Kolonialwarenhändler Johannes Meier und den Obermeister der Färberinnung, Paul Wolk, die DDP die Obermeisterin der Damenschneiderinnung, Anna Priebisch. Dieser Wechsel wie auch der vorübergehende Erfolg der Wirtschaftspartei bei den Bürgerschaftswahlen und schließlich ihre dramatischen Verluste an die Nationalsozialisten – 1927 gewann sie 27 000, 1928 20 000, 1931 11 000 und 1932 noch 5 000 Stimmen – spiegeln die weit verbreitete Unzufriedenheit des gewerblichen Mittelstandes mit den Leistungen des Weimarer Staates und den etablierten, je an der Regierungsverantwortung beteiligten Parteien wider, zu denen nach dem kurzen Zwischenspiel von 1930 im Kabinett Brüning die als Protestorganisation gewachsene Wirtschaftspartei selbst gehörte.²⁶

In Versammlungen der verschiedensten mittelständischen Vereinigungen trat immer wieder das tiefe Mißtrauen gegen die Regierung der Großen Koalition unter Hermann Müller zutage, die Steuersenkungen versprach, aber statt sie durchzuführen, ihre Hilflosigkeit angesichts der Etatprobleme bewies. Die Nachricht von ihrem Rücktritt wurde in einer zufällig am selben Tag stattfindenden Kundgebung der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels von Groß-Hamburg mit stürmischem Beifall aufgenommen.²⁷ Kaum besser war das Verhältnis zu dem in der gleichen Weise gebildeten Hamburger Senat, der sich trotz der Zugehörigkeit eines angesehenen Repräsentanten des Handwerks, des Vorsitzenden des großen Hamburger Gewerbevereins von 1867, Johannes Hirsch, in der Frage der Regiebetriebe, der Gefängnis- und Erwerbsbeschränktenarbeit, der Sachversorgung der Wohlfahrtsbehörde, der Realsteuern mittelständischen Wünschen widersetzte. Auch Brüning büßte rasch die anfängliche Zustimmung vieler Gewerbetreibender ein.²⁸ Sie registrierten besorgt, daß nach der Ausschaltung des Parlaments mächtigere Wirtschaftsgruppen wie vor allem die Großindustrie und die Großbanken mehr Einfluß besaßen als sie.²⁹

Trotz starker Bedenken gegen die Notverordnungen des Sommers 1931 versuchten die Vorstände der wichtigsten Hamburger Mittelstandsorganisationen jedoch, Verständnis für die Notwendigkeit zu wecken, angesichts

der drohenden Finanzkatastrophe die Reichsregierung zu stützen.³⁰ Die Zahl derer, die ihnen die Gefolgschaft auf diesem Weg verweigerten, nahm aber offenbar stetig zu. Seit Juni/Juli 1931 mehrten sich die Berichte über Aktionen nationalsozialistisch orientierter Oppositionsgruppen in den amtlichen Vertretungen, Verbänden und Vereinen des Handwerks und Einzelhandels, die auf die Ablösung der führenden Persönlichkeiten durch Gesinnungsgenossen hinarbeiteten.³¹ Bis zum Ende des Jahres gelang es ihnen, den seit 30 Jahren amtierenden Obermeister der Malerinnung zu stürzen und durch einen Exponenten der Opposition zu ersetzen.³² In der Sattler- und der Tischlerinnung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen; in anderen Zusammenschlüssen waren die Nationalsozialisten erst 1932 erfolgreich.

Wenn die Opposition zur »Eroberung« des Verbandes nicht stark genug war, suchten sie Gegenorganisationen zu gründen, um die Leitung von außen her unter Druck zu setzen. Im Januar 1930 trat erstmals der nationalsozialistische »Kampfbund des Mittelstandes« in Hamburg mit einer Veranstaltung an die Öffentlichkeit. Der Vorsitzende Ernst Ivers hatte zwei Jahre zuvor auf der Liste der Wirtschaftspartei für die Bürgerschaft kandidiert.³³ Trotz des geringen Besuchs durch etwa 100 selbständige Gewerbetreibende erkannten die etablierten Vereinigungen sofort die Gefährlichkeit dieser Konkurrenz. Die Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels von Groß-Hamburg hielt es für nötig, sich in einer speziellen Gegenkundgebung gegen die »Quertreiber« des Kampfbundes zu wehren.³⁴ Je mehr die wachsenden wirtschaftlichen Bedrängnisse die Unzufriedenheit mit dem politischen System und den erfolglosen Bemühungen der traditionellen Verbände steigerten, desto schwieriger wurde die Position der bisherigen »Mittelstandsvertreter«.

Am Mitgliederzuwachs der NSDAP in Hamburg vor dem 30. Januar 1933 waren die selbständigen Gewerbetreibenden überproportional beteiligt.³⁵ Dennoch sollte die Anziehungskraft des Nationalsozialismus auf sie nicht überschätzt werden. Ähnlich wie bei den Angestellten und Beamten waren die absoluten Zahlen von 670 Handwerkern und 1165 Kaufleuten, die in dieser Zeit für die Partei gewonnen wurden, im Verhältnis zur Größe dieser Bevölkerungsgruppen – ca. 24000 bzw. 47000 Erwerbspersonen im Hamburgischen Staat 1933 – ganz unbedeutend. Viele gaben aus Protest gegen ihre Not der NSDAP wohl die Stimme, scheuten vor einer festen Bindung an sie aber offensichtlich zurück. Gefördert wurde diese Tendenz dadurch, daß sich die Hamburger Nationalsozialisten den Forderungen der mittelständischen Gewerbetreibenden gegenüber oft schwankend verhielten und noch 1931 ihre Berufskollegen auf der Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl nur an wenig aussichtsreicher Stelle berücksichtigten.³⁶

Grundeigentümer gegen die Weimarer demokratische, sozialstaatliche Ordnung

Wie sehr manche Verbandsleitungen durch jahrelange extreme Formulierung ihrer Forderungen und Beschwerden der Politisierung und Radikalisierung der Mitglieder vorarbeiteten und welche Gefahren für den Zusammenhalt der Organisation daraus unter dem Druck der Wirtschaftskrise entstanden, zeigte die Entwicklung im Hamburger Grundeigentümerverein besonders deutlich. Viele selbständige Gewerbetreibende gehörten ihm an, und nach der im Verbandsorgan sichtbar werdenden Selbsteinschätzung rechnete sich die große Mehrheit der über 8000 Mitglieder zum Mittelstand. Die Interessen der Grundeigentümer hatten für deren Exponenten so ausschließliche Bedeutung, daß sie Rücksicht auf die Bedrängnisse anderer Bevölkerungsgruppen vollkommen vermissen ließen. Dem Weimarer Staat machten sie zum Vorwurf, daß er ihnen nicht nur ihre politischen Privilegien genommen hatte, sondern sie auch durch die Mieterschutzgesetzgebung und die hohe Steuerbelastung, insbesondere die Erhebung der Hauszinssteuer, faktisch enteigne, zumindest den Wert ihrer Grundstücke zerstöre, um den übertriebenen Aufwand der Behörden und zahlreiche ungerechtfertigte Ansprüche der Bürger zu finanzieren.³⁷ Die Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gehörte neben dem Abbau der »Zwangswirtschaft« zu den stereotypen Forderungen auch der Grundeigentümer.

Die Publikationen ihres Hamburger Verbandes zeichneten sich durch besonders schroffe Formulierung dieser Anschauungen aus. Die Weigerung der Bürgerschaft, sich bei Entscheidungen über die Höhe der Grundsteuern und der gesetzlich geregelten Mieten in erster Linie nach den Wünschen der Haus- und Grundbesitzer zu richten, führte zur prinzipiellen Verwerfung des auf dem gleichen Wahlrecht beruhenden Parlamentarismus. Die Verhandlungen über diese Themen böten fast immer »ein wüstes Bild politischer Machtproben, [...] die mit wirtschaftlicher Vernunft nichts mehr zu tun« hätten, hieß es im Jahresbericht für 1927. Für Hamburg »als erstes Handelszentrum des Kontinents« sei es ein besonderes »Verhängnis, daß da, wo die Pulsschläge der Wirtschaft am lautesten pochen, die Entscheidung über solche bedeutungsvollen Fragen der Willkür wirtschaftlicher Stümper oder den ausgesprochenen Gegnern einer Gesundung unseres Staats- und Wirtschaftslebens ausgeliefert« würden.³⁸ Gemeint waren vor allem SPD und KPD, aber auch die DDP.

Alle, die für Hypothekengläubiger und Sparer noch etwas bessere Entschädigungen für die Inflationsverluste zu erreichen versuchten, wurden als »Aufwertungsfanatiker« diffamiert.³⁹ Daß in Hamburg großer Wohnungsmangel herrschte, wurde 1927 zwar zugegeben, daraus aber ein Argument gewonnen, um die Aufhebung aller die Verfügungsgewalt der Grundeigentümer einengenden Vorschriften zu verlangen. In der »freien« Wirtschaft werde jeder Bedarf stets gedeckt, und auch Wohnungen würden in genügender Zahl gebaut werden, sobald die Rentabilität des investierten

privaten Kapitals wieder gesichert sei. Ob die Mehrheit der Bevölkerung die implizierten starken Mieterhöhungen überhaupt tragen konnte, kam nicht in den Blick. Als die Irrealität dieser Konzeption in der Weltwirtschaftskrise nicht mehr zu übersehen war, ging der Hamburger Grundeigentümergeverein dazu über, in seinem Organ die Wohnungsnot generell zu leugnen, um so die Überflüssigkeit von Schutzbestimmungen zugunsten der Mieter zu erweisen. Die Statistiken über Wohnungssuchende und fehlenden Wohnraum gäben ein falsches Bild, weil ein übertriebener Bedarf zugrunde gelegt werde. Ziel der Manipulation sei, die Beibehaltung der »Wohnungszwangswirtschaft« zu rechtfertigen, denn auf ihr und den anderen Belastungen der Wirtschaft »zugunsten der breiten Masse« beruhe »die politische Machtstellung des Marxismus«, der sich durch solche Zugeständnisse an den weit verbreiteten Neid gegen alle Besitzenden die Gefolgschaft seiner Anhänger sichere.⁴⁰

Die Polemik gegen die seit der Revolution angeblich weit verbreitete Neigung, extreme Ansprüche ans Leben zu stellen und für deren Verwirklichung auf die Fürsorge des Staates zu vertrauen, nahm in der Hamburger Grundeigentümer-Zeitung viel Raum ein. Sie ermöglichte, sowohl gegen die »Wohnungszwangswirtschaft« als auch gegen den großen Finanzbedarf der öffentlichen Hand vorzugehen. So wandte sich der Volkswirt Dr. Richard S. Bak, der regelmäßig mit Betrachtungen zur ökonomischen Situation zu Wort kam, Ende 1928 in der Hauptversammlung des Vereins gegen die »Gratisbürger«, d. h. »die fast unzählbaren Arten von [Staats]Bürgern, die heute in Deutschland auf Kosten der Allgemeinheit gratis leben wollen«, den »sonderbare[n] Zeitgenosse[n], der alle Rechte des Bürgers beansprucht, ohne die Pflichten zu erfüllen«, der »nicht zu bestechen, [...] aber] immer bestochen [...] ist, weil er] von vornherein zu der Partei [gehört], die für ihn bezahlt oder die anderen für ihn zahlen läßt«. Daß damit ganz konkret vor allem die SPD gemeint war, zeigte die anschließende Attacke gegen das allgemeine Wahlrecht: Man »möge in dieser Zeit der Gleichmacherei jede Tätigkeit gleichstellen, weil Arbeit eben Arbeit sei, einerlei ob Kopf oder Hand, gelernt oder ungelernt – aber der Stimmzettel allein als Berechtigungsausweis für müheloses Nutznießertum an der Allgemeinheit, als Bezugsschein für arbeitsaufwandfreie staatliche Rente [...] sei] ein Verbrechen«. Zu den verabscheuungswürdigen Kostgängern des Staates rechnete Bak sämtliche Empfänger öffentlicher Unterstützung mit Ausnahme der Kriegs- und Inflationsoffer, aber darüber hinaus auch alle, deren Lebensverhältnisse sich seit dem politischen Umbruch verbessert hatten. Alle Anstrengungen, der Bevölkerungsmehrheit eine menschenwürdigere Existenz zu ermöglichen, sei es durch den Ausbau der Sozialversicherung und der kommunalen Fürsorge, sei es durch Investitionen im Schul- und Gesundheitswesen oder durch die Schaffung von Freizeiteinrichtungen, wurden pauschal verurteilt. »Künstlich überhöhte Lebenshaltung ist nicht wahre Kultur, sondern Selbsttäuschung. Kostgängertum zu Lasten des Staates, also Gratisbürgertum, bedeutet nicht Wiederaufbau, und Schädlinge, die als Gratisbürger am Mark des Volkes zehren, gehören nicht in den

freigebigen Schutz der staatlichen Wohlfahrt, sondern ins Arbeitshaus!« »Verwöhnung der Massen«, etwa durch freundlichere Wohnungen für proletarische Bevölkerungsschichten, fördere nur den Egoismus, züchte Schmarotzertum und erzeuge »die ärgste Not [...], die ein Volk befallen kann, die ›Gesinnungs‹not«. ⁴¹

Solche hemmungslosen Angriffe gegen »die Inflation der Ansprüche« als Folge der »sozialen Umschmelzung der Wählermassen« ⁴² kehrten in Äußerungen des Hamburger Grundeigentümergebietes immer wieder. Bak verstieg sich zu dem Vorwurf, »im Zeichen der Wohnungszwangswirtschaft und einer unerhörten Überspannung des ›Sozial‹begriffs [habe] der heutige ›Papa Staat‹ den »Großstadtmob« durch Mieterschutz, Sozialfürsorge und Arbeitslosenversicherung »zum ›Standard-Bürgertum‹ aufgezüchtet«. ⁴³ Trotz dieser aggressiven Unsachlichkeit war er im Grundeigentümergebiet nicht etwa isoliert. Er sprach bei den meisten Mitgliederversammlungen und Kundgebungen, wurde von den Zweigvereinen häufig zu Vorträgen eingeladen und erntete stets reichen Beifall. Seine Ausführungen wurden im Verbandsorgan ausführlich wiedergegeben; seine Philippika gegen die »Gratisbürger« wollten Zuhörer als Broschüre gedruckt erhalten, um sie an ihre Mieter verteilen zu können. Verständnis für gegensätzliche Interessen und Verständigungswille gegenüber der besitzlosen Mehrheit fehlten. Schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise trug die Organisation der Hamburger Grundeigentümer erheblich zur Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen bei.

Gleichzeitig führte sie bewegte Klage über die Feindschaft, die den Grundeigentümern angeblich von allen Seiten entgegenschlug. Sie seien ein vergewaltigter, seit der Revolution in Ketten geschlagener Stand. ⁴⁴ Die »Zwangswirtschaft« wandle ihr Arbeitsrecht in Arbeitspflicht, und die »Steuerschröpfung« mache ihr Ertragsrecht zunichte, so führte wieder Bak unter lebhafter Zustimmung aus. Arbeitspflicht ohne Ertragsrecht aber sei »Sklaverei, die das deutsche Grundeigentum als vergewaltigte Minderheit aus Selbsterhaltungstrieb zur Flucht in die Öffentlichkeit der Kulturwelt, zum Appell an ein internationales Schiedsgericht« treibe. ⁴⁵ Als Gegner erschien neben der marxistischen Arbeiterbewegung auch das Großkapital, die Hochfinanz, die wie früher die Fürsten so heute »den Bolschewismus« finanziere, und das Großunternehmertum, das durch die Möglichkeit, die Löhne niedrig zu halten, von den zwangsweise gedrückten Mieten profitiere. ⁴⁶

Diese doppelte Frontstellung gegen »Marxismus« und Großkapital sowie das Gefühl, daß die bisher unterstützten bürgerlichen Parteien gegen die Stoßkraft der Linken nicht aufkommen könnten, ⁴⁷ boten Ansatzpunkte für die Annäherung an die NSDAP. Allerdings wirkte die Furcht vor der sozialistischen Komponente ihrer Ideologie zunächst abschreckend. Vor allem der Punkt 17 des Parteiprogramms betreffend die unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, die Abschaffung des Bodenzinses und die Verhinderung der Bodenspekulation beunruhigte. Die offizielle Auslegung Hitlers, die Drohung richte sich nur gegen ungerech-

ten Erwerb, insbesondere durch jüdische Schieber, konnte nicht alle Bedenken zerstreuen, da im Organ des Straßer-Flügels, den Nationalsozialistischen Briefen, gleichzeitig radikal eigentumsfeindliche Interpretationen zu lesen waren.⁴⁸

Bis 1930 unterstützte der Hamburger Grundeigentümergeverein als »wirtschaftliche Interessenorganisation auf bürgerlich-vaterländischem Boden« die »Rechtsparteien« DVP, DNVP und Wirtschaftspartei;⁴⁹ er rang mit ihnen um die möglichst günstige Plazierung seiner »offiziellen« Bürgerchaftskandidaten und überwies für jeden von ihnen eine Wahlbeihilfe von 5000 RM.⁵⁰ Seine beiden Vorsitzenden, Dr. Friedrich Edelbüttel und Johannes Hüne, waren Abgeordnete der DVP; doch äußerte sich besonders Hüne oft ebenso radikal wie seine deutschnationalen Kollegen. Die DVP bot vor allem den Vorteil, daß sie als Regierungspartei wirkungsvoll für die Interessen der Grundeigentümer eintreten konnte. In den Zweigvereinen hatte offensichtlich die DNVP die stärkere Position. Mehrere Vorsitzende gehörten ihr an. Ihre Redner, insbesondere die Abgeordneten Henningsen, Nagel, Koch, Fraatz, Dehmlow, kamen oft in ihnen zu Wort, während Vertreter der DVP im allgemeinen nur vor den Wahlen neben deutschnationalen Kandidaten Gelegenheit erhielten, ihre Politik zu erläutern. Lediglich im Zweigverein des großbürgerlich geprägten Stadtteils Harvestehude-Rotherbaum, in dem wahrscheinlich überdurchschnittlich viele Juden organisiert waren, dominierten die Anhänger der DVP eindeutig.⁵¹

Vor den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bemühte sich die Leitung des Grundeigentümergevereins in Hamburg nachdrücklich, die Mitglieder von einer Entscheidung für die NSDAP abzuhalten. In fünf Folgen der Verbandszeitung ließ sie die Einstellung der Partei zum Privateigentum und besonders zum Haus- und Grundbesitz erörtern und knüpfte daran die Bemerkung, »eine Anzahl führender Nationalsozialisten« scheine sich über dessen Schutzwürdigkeit und »die Bedeutung dieser Frage für den Fortschritt in der Wirtschaft und Kultur nicht klar zu sein«; Grundeigentümer könnten aber nur Politikern Vertrauen schenken, die »unbedingt« für die Wahrung ihrer Interessen einträten.⁵² Nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten bereitete die Verbandsführung jedoch sofort die Annäherung vor. Der starke Zuwachs dieser Partei sei für das Grundeigentum »insofern von besonderer Bedeutung, als sie nach ihrem eigenen Programm mit Marxismus nichts zu tun haben und ihn mit allen Mitteln bekämpfen« wolle. Es werde sich nun zeigen, ob sie »zur praktischen Mitarbeit an der Gesundung unserer Wirtschaft in privatwirtschaftlichem Sinne befähigt und bereit« sei, so hieß es im Rückblick auf das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr 1929/30.⁵³

Offensichtlich mußte die Leitung der Stimmung in den Mitgliederkreisen Rechnung tragen. Im Grundeigentümergeverein St. Pauli gab der eher konservative, der Wirtschaftspartei nahestehende langjährige 1. Vorsitzende, Carl E. A. Fehmerling, einer verbreiteten Auffassung Ausdruck: Wenn er auch wegen der zweifelhaften Stellungnahmen zum Hausbesitz »nicht Anhänger der Nazis sei«, begrüße er im Hinblick auf die Linksparteien

doch ihren Aufstieg, ja er setze angesichts der bevorstehenden schweren Eingriffe ins Wirtschaftsleben mittels Notverordnungen seine ganze Hoffnung auf sie »als Sturmpartei« und wünsche, »daß sie alles verwirklicht, was auf ihrem Programm steht zugunsten unseres Vaterlandes«. ⁵⁴ Wie sehr die Fixierung auf den Kampf gegen den »Marxismus« allen inzwischen den Blick für die Realitäten verstellte, zeigten die Ausführungen des Vorsitzenden Eddelbüttel: Trotz der weitgehenden Beschränkung der SPD auf die unglückliche Rolle der Tolerierung der Reichspolitik warf er ihr vor, »sie versuche jetzt, ihre Gegner mit Gewalt, Ungerechtigkeit und Willkür niederzurennen«. ⁵⁵

Nachdem ein erster Versuch, einen Vorstandssitz zu erobern, im Oktober 1930 gescheitert war, ⁵⁶ gelang es den Anhängern der NSDAP zu Beginn des nächsten Jahres, sich in einem auf ihre Initiative hin neugebildeten »Organisationsausschuß«, der dem Verein durch Straffung und Intensivierung der Arbeit größere Schlagkraft sichern sollte, eine institutionelle Basis zu schaffen. Ebenfalls auf den Druck der nationalsozialistischen Sympathisanten in den eigenen Reihen war es zurückzuführen, daß der Hamburger Grundeigentümergebiet als Initiator und Hauptorganisator einer großen Kundgebung »für Privateigentum und Privatwirtschaft, gegen den wirtschaftszerstörenden Marxismus« am 3. März 1931 außer dem Bürgerbund, dem Zentralausschuß hamburgischer Bürgervereine, der DVP, der Wirtschaftspartei, der Konservativen Volkspartei, der DNVP und dem ihr nahestehenden Deutschen Wirtschaftsband auch die NSDAP beteiligte. Es war in Hamburg die erste Massendemonstration des Bürgertums mit rund 10000 Besuchern, bei der die NSDAP als Mitunterzeichner des Aufrufs gleichberechtigt auftrat. ⁵⁷

Andere Mittelstandsorganisationen mochten allerdings eine solche Partnerschaft mit der NSDAP sowie die in dieser Schärfe bisher nicht üblichen politischen Attacken in den Einladungen und den in der Versammlung verteilten Flugblättern nicht akzeptieren. Mehrere Handwerkerzusammenschlüsse wie der Bund der Innungen und fachgewerblichen Vereine und der Norddeutsche Baugewerbeverband lehnten eine Beteiligung nachweislich ab, ⁵⁸ andere wie auch die Einzelhandelsvereinigungen waren nicht vertreten. Die Veranstalter versuchten, den Eindruck zu erwecken, als ständen »zahlreiche Wirtschaftsverbände« hinter der Aktion, ⁵⁹ tatsächlich waren es außer den genannten politischen Organisationen nur der mit dem Grundeigentum eng verbundene Hamburger Haus- und Hypothekensmakler-Verein sowie die an die DNVP angelehnte Reichsvereinigung deutscher Hausfrauen.

Bei der Kundgebung kam es zum Eklat, als junge Nationalsozialisten den »Burgfrieden« brachen und den volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dauch am Reden hinderten. Trotz des Aufsehens, das dieser Zwischenfall erregte, konnte der Vorstand des Grundeigentümergebietes eine Kurskorrektur im Verhältnis zu den Nationalsozialisten nicht durchsetzen. Der Stellungnahme Eddelbüttels, »nach den trüben Erfahrungen dieser Versammlung [müsse] die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit der bürger-

lichen Parteien mit den Nationalsozialisten und auf eine gemeinsame Bekämpfung des Marxismus ein für allemal begraben werden«, folgte in der nächsten Nummer des Verbandsorgans am gleichen Platz, im gleichen Umfang und in gleicher Aufmachung eine Gegenerklärung des nationalsozialistischen Mitglieds des Organisationsausschusses, Georg Ch. Dreyer, in der die Veranstaltung als voller Erfolg für das Bürgertum gewertet und die Störung als unbedeutende Aktion einer kleinen Gruppe »irregeleiteter, verärgerter« junger Menschen abgetan wurde. In der folgenden Mitgliederversammlung sah sich Eddebüttel genötigt, von seiner Äußerung abzurücken und zu versichern, »daß auch er die Hoffnung auf ein einiges Zusammengehen des gesamten Bürgertums und auf einen Sieg der bürgerlichen Parteien über den Marxismus hochhalte«. ⁶⁰

Gefördert wurde die Bereitschaft, die NSDAP trotz der zweideutigen Haltung zu bürgerlichen Werten und Normen als Vorkämpferin für die Interessen des Grundeigentums anzusehen, durch die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik des Kabinetts Brüning. Die ersten Erklärungen und Maßnahmen weckten zwar Hoffnungen; auch die Grundeigentümer teilten die Auffassung aller Unternehmer, daß nur strengste Sparsamkeit im öffentlichen Sektor, Steuer- und Lastenabbau den wirtschaftlichen Wiederaufschwung bringen könne. Enttäuschung verbreitete sich aber schon in den letzten Monaten des Jahres 1930, weil die Reichsregierung doch so viel Rücksicht auf die schwierige Finanzlage der Länder und Gemeinden nahm, daß sie ihnen bei der Realsteuersenkung noch einen gewissen Spielraum ließ und die besonders dringend geforderte Beseitigung oder wenigstens drastische Reduzierung der Hauszinssteuer nicht sofort erzwang.

Wiederum war es die Notverordnung vom 5. Juni 1931, die stärkste Kritik auslöste. Zutreffend wurde in der Hamburger Grundeigentümer-Zeitung betont, die neuen Steuerlasten richteten sich »direkt und indirekt in bedrohlicher Weise gegen die Wirtschaft«; denn sie bedeuteten »nichts anderes als eine neue Schwächung der Kaufkraft weiter Volkskreise, die sich schon sehr bald in einem Rückgang der Produktion und einer Steigerung der Arbeitslosigkeit bemerkbar machen« werde. Selbst die innenpolitischen Folgen wurden sehr richtig vorausgesehen: »Diese unerträgliche Überspannung in der Belastung bislang noch ruhiger und besonnener Volkskreise wird sicherlich deren Radikalisierung zur Folge haben. Die Reichsregierung trägt auf diese Weise dazu bei, sich selbst in eine immer größer und unhaltbarer werdende Vereinsamung und Isolierung hineinzubringen. Sie verliert jeden psychologischen Kontakt mit Volk und Wirtschaft und erzeugt damit eine Verbitterung, der sie, wenn sie ihr nicht zum Opfer fallen will, doch über kurz oder lang wird Rechnung tragen müssen.« ⁶¹ Positive Vorschläge zur Überwindung des verhängnisvollen Kreislaufs von Steuer- und Abgabenerhöhungen, Kaufkraftverlust, Produktionseinschränkungen, Freisetzung weiterer Arbeitskräfte, steigenden Sozialausgaben und neuen Steuerforderungen wußte die Verbandsleitung freilich nicht zu machen. Sie übersah, daß die so ungeduldig verlangte Ausgabenreduzierung eine ähnliche Abwärtsbewegung in Gang setzte.

Die politischen Spannungen im Grundeigentümerverschein blieben auch nach dem Zwischenfall bei der Veranstaltung am 3. März 1931 so brisant, daß der Vorstand noch im selben Monat die Mitglieder in einem eindringlichen Appell zur Einigkeit beschwören zu müssen glaubte, alle parteipolitischen Bestrebungen vom Verband fernzuhalten.⁶² Durch allwöchentliche Treffen mit dem Organisationsausschuß versuchte er im Lauf des Jahres 1931, die Opposition unter Kontrolle zu halten, erreichte aber nur, daß der zu erwartende Konflikt um weitere Änderungen in der Vereinsstruktur bis nach den Bürgerschaftswahlen vertagt wurde.⁶³ Für sie schlug der Grundeigentümerverschein in Hamburg erstmals neben den bisher unterstützten Parteien auch der NSDAP zwei Kandidaten vor und ließ ihr die übliche Wahlhilfe von 5000 RM zukommen.⁶⁴ Allerdings waren die Hamburger Nationalsozialisten noch besorgt, sich nicht zu sehr als »bürgerliche« Partei darzustellen, und akzeptierten nur einen der Benannten für ihre Liste, Wilhelm Michaelsen, der von 1929 bis August 1931 Verantwortlicher Schriftleiter des Verbandsorgans gewesen war.⁶⁵

Bei einer der Wählerversammlungen des Vereins erhielt der Nationalsozialist Dreyer viel Beifall für früher völlig unerhörte Gedanken zur Wirtschaftspolitik. Schon die leidenschaftliche Solidarität mit den Arbeitslosen, die für »das Butterbrot der Erwerbslosenunterstützung« restlos enteignet seien, da ihr Besitz in ihrer Arbeitskraft ruhe, fiel aus dem Rahmen. Durch Schutz und Begünstigung der »sogenannten gemeinnützigen Gesellschaften, der Trust- und Mammutkonzerne« hätten die »Träger des Systems von 1918« die Bedingungen für den Wirtschaftsverfall geschaffen. Geradezu ein »Wahnsinn« sei es, wenn »ein Staat wie der deutsche, der kein Gold hat, sich trotzdem den Luxus einer Goldwährung« leiste. Ausgehend von der richtigen Überlegung, daß die Golddeckung nur eine »Fiktion« und für die Stabilität des Geldwerts unmittelbar ohne Bedeutung sei, sah Dreyer in der Entscheidung für diese Art der Deckung einen »Währungsbetrug« mit dem Ziel, die deutsche Finanzwirtschaft in der Abhängigkeit des Auslands zu halten sowie die Knappheit der Umlaufmittel und damit die Zinshöhe zu verewigen. Alle Maßnahmen zur Stützung der Großbanken, Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs und Sicherung des Devisenbestands während der Sommermonate 1931 deutete er als Ergebnis »der Unterwerfung unter die Alleinherrschaft des Goldes«. Als Ausweg empfahl er – nun selbst Opfer einer Fiktion – die Rückkehr »zur Rentenmark, die uns Helferich geschaffen, die hundertprozentig gedeckt ist und die allein wirklich stabile Geldverhältnisse« garantiert. Dadurch sollten zugleich die Herauslösung aus der weltwirtschaftlichen Verflochtenheit und weitgehende Autarkie ermöglicht werden. Abkehr von den bankrotten bisherigen Systemen: Liberalismus, Marxismus, Kapitalismus, Parlamentarismus, und Bruch mit sämtlichen je an ihnen beteiligten Parteien und Persönlichkeiten war die Losung.⁶⁶ Irgendwelche Sicherungen gegen eine Wiederholung der Inflation fehlten ebenso wie Vorkehrungen gegen die völlige Lähmung der vom internationalen Austausch lebenden Hamburger Wirtschaft. Daß solche umstürzenden Konzeptionen dennoch Interesse und positive Reso-

nanz fanden, zeigt, wie sehr die Schrecken der Geldentwertung für viele schon hinter den Nöten der Deflation verblaßten, so daß sie neue Lösungsvorschläge ungeachtet der Risiken begrüßten.

Zehn Tage nach den Bürgerschaftswahlen veranlaßte die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 den Grundeigentümerverschein, Brüning endgültig die Unterstützung aufzusagen. Empörung riefen vor allem die Bestimmungen hervor, die Hauszinssteuer nicht, wie erwartet, um 25 %, sondern nur um 20 % zu senken und einen Teil des Aufkommens für die ländliche Siedlung zu reservieren, statt es der Reparatur des städtischen Hausbesitzes zuzuführen.⁶⁷ Erleichtert wurde die Absage an Brüning dadurch, daß gleichzeitig die letzte noch an der Reichsregierung beteiligte Partei, durch die sich das Grundeigentum vertreten ließ, die DVP, zur Opposition übergang. Wieder wurde die Verbandsführung durch die erregte Stimmung an der Basis vorwärtsgetrieben. Eine vom Vorstand vorgelegte Entschließung, in der die Aufhebung der Notverordnungen vom 5. Juni und 6. Oktober 1931 gefordert und abschließend recht maßvoll versprochen wurde, das Grundeigentum wolle die Geschlossenheit in den eigenen Reihen stärken »zur Abkehr von einem Regierungssystem der Halbheiten«, genügte der Mitgliederversammlung am 16. Oktober nicht. Sie fügte den Satz an: »Der Grundeigentümerverschein in Hamburg spricht der Regierung Brüning seine schärfste Mißbilligung aus und erwartet, daß sie zurücktritt und der nationalen Front den Weg freimacht zu einem nationalen Volksstaat.«⁶⁸

Gleichzeitig verstärkten die Nationalsozialisten ihren organisatorischen Rückhalt, indem sie als neuen Zweigverein den Grundeigentümerverschein von St. Georg und Umgegend gründeten.⁶⁹ Der Versuch, im folgenden Jahr den Gesamtverein durch Ablösung des volksparteilichen 1. Vorsitzenden »gleichzuschalten«, endete nach heftigen Auseinandersetzungen jedoch mit einem Rückschlag: Es gelang, die bislang am Vereinsleben nicht interessierten Mitglieder zur Abwehr der nationalsozialistischen Ambitionen zu mobilisieren, so daß der zum Nachfolger ausersehene Josef Hoffmann, der als Vertreter der DNVP zum 2. Vorsitzenden gewählt worden, 1932 aber zur NSDAP übergewechselt war, sein Vorstandsamt verlor.⁷⁰ Nach diesem Erfolg legte der Grundeigentümerverschein wieder mehr Wert auf Abgrenzung gegenüber der NSDAP.

Wirtschaftspolitische Gegenwehr und Radikalisierung der Beamten

Eine Sonderstellung nahmen die Beamten ein. Durch die wiederholte Verringerung ihres Einkommens und die Angst vor neuen Einbußen teilten sie zwar die Nöte der großen Bevölkerungsmehrheit; ebenso wurden sie als Konsumenten und in den höheren Besoldungsgruppen oft als Grundeigentümer von der allgemeinen wirtschaftlichen Desorganisation betroffen. Die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und damit eines Mindesteinkommens unterschied sie aber von den übrigen Arbeitnehmern und auch von vielen

kleinen Gewerbetreibenden und zog ihnen den Neid aller in ihrer Existenz bedrohten Gruppen zu. Die zunehmende Ausschaltung der Parlamente steigerte den Einfluß der Bürokratie und brachte manchem Beamten einen Zugewinn an Macht, zugleich erfuhr er aber außer der Verminderung seines Einkommens einen deutlichen Verlust an Sozialprestige. Das Kabinett Brüning tat wenig, um das Ansehen der Beamten und ihrer Vertreter zu schützen. Der Hamburger Senat war stärker bemüht, sich durch wiederholten öffentlichen Dank für ihren hingebungsvollen Dienst ihre Loyalität zu bewahren. Auch achtete er darauf, vor Eingriffen in Gehälter und Pensionen den Organisationen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Da die wesentlichen Entscheidungen aber im Reich fielen, änderte dies nichts an dem Gefühl, wehrlos einseitigen Diktaten unterworfen zu sein. Während bei den übrigen Arbeitnehmern vor Lohn- und Gehaltskürzungen Verhandlungen mit den Gewerkschaften vorangehen mußten, sahen die Beamten durch die überraschenden Abstriche per Notverordnung nicht nur ihre materielle Lage, sondern auch ihre Rechtssicherheit bedroht.⁷¹

Gegen besondere »Notopfer« oder Gehaltskürzungen setzten sich alle Beamtenverbände mit dem Argument zur Wehr, daß ihre Mitglieder zwar gleiche Belastungen wie die übrige Bevölkerung zu tragen bereit seien, auf sie begrenzte Anforderungen aber als ungerecht ablehnen mußten. Als Ersatz schlugen sie die allgemeine Erhöhung der Einkommenssteuer vor.⁷² Bei dieser Stellungnahme achteten sie die Rückschläge und Entbehrungen, die Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltssenkungen oder Umsatzrückgang und Verdienstschmälerung mit sich brachten, zu gering. Der Kampf gegen die Angriffe auf die Gehälter deckte zugleich die Interessengegensätze innerhalb der Beamtenschaft auf. Während die Organisationen der unteren und mittleren Beamten die sozialere Ausgestaltung des Gehaltsabbaus durch Staffelung der prozentualen Abzüge nach der Höhe des Einkommens erstrebten, lehnten die höheren Beamten eine solche weitere Nivellierung der Gehälter strikt ab.⁷³

Einig waren sich dagegen alle in dem Verlangen, durch energische Forcierung der Preissenkung einen Ausgleich für die nicht zu verhindernden Einkommensverluste zu erhalten. Daß der Erfolg hinter den Erwartungen weit zurückblieb, wurde der Rücksicht der Reichsregierung auf Agrarier und industrielle Kartelle angelastet, wodurch das Gefühl der Benachteiligung wuchs.⁷⁴ Den Großunternehmern machten die Beamtenverbände ferner zum Vorwurf, daß sie durch eine übertriebene Rationalisierung ohne Rücksicht auf die überflüssig werdenden Menschen für die Entstehung der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit mitverantwortlich seien und daß sie nun darauf drängten, die Mittel für die teilweise durch ihre Fehler verursachten wachsenden Sozialausgaben durch Schlechterstellung der öffentlichen Bediensteten aufzubringen.⁷⁵

Als positive Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise forderten die Organisationen der Beamtenschaft von der Reichsregierung, gegen die »vaterlandsfeindliche Kapitalflucht« energischer, notfalls mit drakonischen Strafen vorzugehen⁷⁶ und die Revision des Young-Plans »mit dem Ziele der

Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen und staatlichen Freiheit des deutschen Volkes« so rasch wie möglich zu betreiben.⁷⁷ Es werde »als ein Verzicht auf wohlwollende Fürsorge für die eigenen Volksgenossen empfunden«, wenn an das Ausland Reparationszahlungen geleistet würden, die im »verarmten Deutschland [...] allmählich zu einer Aufzehrung der Substanz des Volksvermögens und damit zu einer nicht mehr gutzumachenden Verelendung der Bevölkerung« führen müßten.⁷⁸

Die in der Abwehr gegen Gehaltskürzungen und Angriffe auf die soziale und rechtliche Stellung der Beamten entwickelten Ressentiments gegen das deutsche Großkapital wie auch gegen die Ansprüche der ehemaligen Kriegsgegner konnten, wie solche Formulierungen zeigen, zum Anlaß werden, den Nationalsozialisten Aufmerksamkeit und Sympathie zuzuwenden. Im Oktober 1930 legte der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes noch ein ausdrückliches Bekenntnis zur Weimarer Verfassung ab.⁷⁹ Differenzen zwischen den angeschlossenen Verbänden über die politische Orientierung und Schwierigkeiten, sich auf ein allseits akzeptiertes Votum zu einigen, zeichneten sich aber schon im Sommer dieses Jahres ab.

Ein Erlaß der preußischen Staatsregierung vom 3. Juli, durch den sie den Beamten jede Unterstützung der KPD und NSDAP verbot, stieß bezüglich letzterer beim Deutschen und Preußischen Beamtenbund auf Widerspruch. Die beiden Organisationen gingen so weit, die Reichsregierung zum Schutz der »staatsbürgerlichen Freiheit der Beamten« gegen ihren preußischen demokratischen Dienstherrn aufzufordern. Dazu gehörte nach dieser Auffassung das Recht, sich innerhalb der NSDAP gegen die Republik zu betätigen. Gegen den Beschluß erhob der Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs mit seinen circa 6100 Mitgliedern »schärfsten Protest« und sperrte dem DBB die Beiträge. In einem Flugblatt warf er ihm vor, er engagiere sich für die staatsbürgerliche Freiheit der Beamten, »die auf die staatsbürgerliche Freiheit anderer pfeifen, er setz[e] sich ein für letzten Endes putschistische Bestrebungen, die auch in der Beamtenschaft schon Fuß gefaßt haben«.⁸⁰

In Hamburg löste ein vorsichtiger formulierter Erlaß des Senats, in dem er Anfang November 1930 vor der Förderung der beiden staatsfeindlichen Flügelparteien lediglich warnte, keine ähnlichen Kontroversen innerhalb der Beamtenschaft aus. Auch hier begann die Abwehrfront der Regierungskoalition gegen den Nationalsozialismus jedoch durchlässig zu werden. Die DVP distanzierte sich mit einer Erklärung, daß die Entschlossenheit der NSDAP-Führung zum gewaltsamen Umsturz nach den letzten Bekundungen nicht mehr erwiesen sei. Gemeint war vor allem Hitlers »Legalitätseid« vor dem Reichsgericht. Insofern sei die Warnung vor der Unterstützung dieser Bewegung wahrscheinlich gegenstandslos.⁸¹

Ob die Loyalität gegenüber der Republik bei der Masse der Hamburger Beamten fester verankert war als bei der Gesamtheit ihrer Kollegen, läßt sich schwer entscheiden. Jedenfalls konnten die Organisationen länger eindeutig für die Weimarer Verfassung eintreten, ohne auf merklichen Widerstand zu stoßen, weil sie nicht wie die Bundesleitung des DBB auf mehr-

heitlich mit der Rechten sympathisierende regionale Unterverbände Rücksicht nehmen mußten. Zum 10. Jahrestag der Verabschiedung der Reichsverfassung am 11. August 1929 und erneut anlässlich des zehnjährigen Bestehens der hamburgischen demokratischen Verfassung am 7. Januar 1931 bekannte der Beamtenrat für die Staatsbediensteten die Treue zu dem damals geschaffenen Volksstaat.⁸² Wiederum nahm allerdings die DVP – wahrscheinlich aus Sorge vor neuen Mitgliederverlusten an die weiter rechts stehenden Parteien – diese Erklärung nur sehr reserviert auf. Die Geschäftsleitung des volksparteilichen Hamburgischen Correspondenten lehnte ebenso wie die der Hamburger Nachrichten die Veröffentlichung des Aufrufs im redaktionellen Teil der Zeitung ab.⁸³

Die Reaktion auf Mordanschläge eines ehemaligen und eines aktiven Polizeibeamten im März 1931 schien den Erfolg des Senats bei seinem Bemühen um die Demokratisierung der Verwaltung zu beweisen. Ein Ende 1930 wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP aus dem Dienst entlassener Polizist hatte zusammen mit zwei anderen SA-Männern dem kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning nach einer Versammlung aufgelauert und ihn kaltblütig erschossen, einen Tag zuvor ein ebenfalls der NSDAP nahestehender Kollege den jüdischen Regierungsrat Lassally, der ihn vor der Einleitung eines Disziplinarverfahrens über seine politische Betätigung vernehmen sollte, durch einen Schuß aus der Dienstpistole schwer verletzt. In einer stark besuchten Kundgebung des Landesverbands der Polizeibeamten Groß-Hamburgs distanziierten sich die Anwesenden nicht nur nachdrücklich von den Attentätern, sondern gaben auch ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich der Senat durch seine Erlasse von Anfang November 1930 das Instrumentarium »zur Säuberung und Reinerhaltung der hamburgischen Beamtschaft von staatsfeindlichen Elementen« geschaffen habe. Zugleich forderten sie ihn auf, gegen die Kollegen, »die der verantwortungslosen Hetze der extremen Parteien erliegen, rücksichtsloser als bisher« einzuschreiten.⁸⁴ Diese Mahnung wie die Attentate selbst deuteten allerdings darauf hin, daß sich nationalsozialistische Gesinnung auch unter den Hamburger Polizeibeamten ausbreitete.

Wie wenig die Überzeugung vieler Republikaner, daß die Staatsorgane in Hamburg geschlossener und entschiedener auf die Herausforderung der Gegner reagieren könnten, der Realität entsprach, machte das Gerichtsverfahren gegen den Lassally-Attentäter Anfang Oktober 1931 deutlich. Er erhielt den prominentesten nationalsozialistischen Rechtsanwalt Hamburgs als Pflichtverteidiger zugewiesen und wurde wegen versuchten Totschlags lediglich zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Eine gegen den Widerstand der Behördenleitung von den beiden größten Polizeibeamtenverbänden gemeinsam einberufene Protestversammlung, bei der sich mehrere tausend Polizisten dagegen wehrten, daß Kollegen vor Gericht wegen angeblicher Bespitzelung des Angeklagten plötzlich in die Rolle des Schuldigen gedrängt worden waren, verschärfte die Krise. Nur dank der Kompromißbereitschaft des offenbar der SPD nahestehenden Landgerichtspräsidenten gelang es dem Senat, einen schweren Konflikt zwischen den für die

Wahrung der öffentlichen Ruhe und der Staatsautorität wichtigsten Institutionen: Polizei und Justiz, zu verhindern und das von den Nationalsozialisten angestrebte Schauspiel eines Verfahrens gegen den Hauptredner der Kundgebung, den sozialdemokratischen Bürgerschaftsabgeordneten Polizeioberst Friederichs, sowie den Berichterstatter des Hamburger Echos zu vermeiden.⁸⁵

Die Bereinigung durch unveröffentlichte Ehrenerklärungen für das Gericht und eine Mahnung des Senats an die Polizei, das Ansehen der Justiz auch bei begründeten Differenzen stets hochzuhalten, befriedigte den Hamburgischen Richterverein freilich nicht.⁸⁶ Dem überwiegenden, konservativ eingestellten Teil der Richterschaft war die öffentliche Desavouierung der sozialdemokratischen Polizeibeamtenführer wichtiger als die Sorge um die Autorität des republikanischen Staates. Bedenklicher war noch, daß sich die DVP in einer gegen Friederichs gerichteten Bürgerschaftsanfrage wiederum vom Vorgehen des Senats distanzierte.⁸⁷ Sie machte sich alle während des Prozesses zur Sprache gekommenen Vorwürfe gegen die angebliche Gesinnungsschnüffelei in der Polizei zu eigen, warnte vor ihrer Politisierung nach preußischem Muster und nutzte die Kontroverse nicht nur zu Attacken gegen SPD und Reichsbanner, sondern auch zu ironischen Bemerkungen über deren parteiische Haltung zu demokratischen Einrichtungen wie dem gemischten, mit Berufs- und Laienrichtern besetzten Schwurgericht. Das »geschlossene Hervortreten von Beamtenverbänden in parteipolitischem« – nämlich sozialdemokratischem – Sinne bei der Protestkundgebung erschien ihr qualitativ nicht verschieden von der Betätigung für die NSDAP.⁸⁸

Warnungen vor der Hinwendung vieler Beamten zu den Nationalsozialisten häuften sich seit April 1931. In allen wurde auf die Beunruhigung durch die Gehaltskürzung vom 1. Februar 1931 und die Gerüchte über bevorstehende weitere Abstriche hingewiesen. Besonders die evangelischen Beamten seien für die Parolen der Rechtsradikalen anfällig, so faßte der Vizepräsident des preußischen Landtags seine Beobachtungen in zahlreichen Beamtenversammlungen zusammen, weil sie durch die Auflösung der Mittelparteien ihre politische Heimat verloren hätten und nur noch bei den Nationalsozialisten Schutz gegen weitere Bedrückungen zu finden hofften.⁸⁹ Aber selbst die katholischen Beamten drohten nach Auffassung der niederschlesischen Zentrumsorganisation bei erneuten Gehaltskürzungen der Partei entfremdet und »eine feste Stütze« des geplanten Dritten Reichs zu werden.⁹⁰ Ähnliche Berichte kamen von Organisationen der Deutschen Staatspartei. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß auch die mittleren und unteren Beamten bei weiterer Verschlechterung ihrer Lage »in hellen Scharen dem Radikalismus in die Arme laufen« würden.⁹¹ Unter Hinweis auf die materiellen Belastungen lehnte ein Hamburger Beamter die Loyalitätserklärung des Beamtenrats für die Republik mit der Aufforderung zu erhöhter Pflichterfüllung angesichts der augenblicklichen Bedrängnisse für sich ab.⁹²

Auf die gefährlichen politischen Konsequenzen des fortgesetzten Ver-

suchs, die Haushaltsprobleme durch Einsparungen bei der Besoldung zu mildern, hatte der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Abegg, schon Ende September 1930 eindringlich hingewiesen. Nachdem die Reichsregierung jahrelang die Ergänzung einer »in ihrer überwiegenden Mehrheit rechts stehende[n] Beamtenschaft [...] aus gleichen Elementen« geduldet habe mit dem Ergebnis, daß sich besonders in der Reichsfinanzverwaltung, bei der Post und Reichsbahn eine »ungehemmte Opposition« bemerkbar mache, beginne sie nun, »die durch die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse entmutigten Beamten durch einseitige Belastung zu verbittern«. Vor allem das psychologische Ungeschick, einerseits Entbehrungen zu fordern, andererseits aber, »wie um sie als willkürlich zu kennzeichnen«, zur Durchführung der Osthilfe zahlreiche neue Dienststellen zu gründen, habe die Beamten in erschreckendem Maß dem Nationalsozialismus in die Arme getrieben. Durch die Pressemeldungen über neue Gehaltskürzungen würden sie vollends radikalisiert. »Es ist fast so, als wenn in der Nähe der Reichsregierung [...] bereits ein Propagandachef Hitlers säße!«⁹³

Mit der Notverordnung vom 5. Juni 1931 erreichte die Vertrauenskrise zwischen Regierung und Beamten einen Höhepunkt. Die überraschenden starken Belastungen nach zahlreichen beruhigenden Erklärungen und Dementis wirkten empörend. Erregung rief insbesondere die Kürzung der Kinderzuschläge hervor, da sie die Beamten mit den geringsten Einkommen am härtesten traf. Der Reichsbeamtenausschuß der Deutschen Staatspartei lehnte es ab, »diese Regierungsmaßnahmen [...] von der wirtschaftlichen, [...] rechtlichen [oder] politischen Seite her gegenüber der angeschlossenen Beamtenschaft zu vertreten«. ⁹⁴ Noch vor der Veröffentlichung der Notverordnung kam es in Hamburg bei einer vom DBB einberufenen Kundgebung zu äußerst erregten Szenen. Von dem »gewissen Geist der Zurückhaltung früherer Beamtenversammlungen« konnte der Beobachter nichts mehr spüren. ⁹⁵ »Ich warne den Staat«, so führte ein Diskussionsredner unter starkem Beifall aus. »Der Augenblick ist nicht mehr fern, daß anstürmenden hungernden Massen hungernde Polizeibeamte gegenüberstehen.« »Es geht zu Ende«, meinte ein anderer. »Einer Regierung, die nicht imstande ist, die Kapitalflucht zu verhindern, sollte man nahelegen, wie es mit dem Aufhängen gehe.« Ein Dritter, trotz seines Werbens um die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen offenbar der Rechten zuneigend, forderte vom Beamtenbund »mehr Kampf und klare Parolen«. Er solle durch Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervereinigungen seine Schlagkraft verstärken. »Auch bei der Beamtenschaft könne einmal Macht vor Recht gehen«, wie es die Versammelten der Reichsregierung vorwarfen. »Die Geduld der Beamtenschaft kann dieser Belastungsprobe nicht mehr standhalten«, so schloß die von ihnen verabschiedete Resolution. »Dienst- und Arbeitsfreude müssen erlahmen und die Staatsverdrossenheit wächst. Der Volksstaat gerät in Gefahr. Die Beamtenschaft warnt in letzter Stunde die Reichsregierung auf das eindringlichste, das Vertrauen der Beamten zu Recht und Gerechtigkeit ganz zu untergraben.«⁹⁶

In einer Flut von Eingaben an den Senat protestierten die verschiedensten Beamtenverbände – der Diplomhandelslehrer, Lehrerinnen, höheren Beamten, wissenschaftlichen Beamten, beamteten Ärzte, Oberbeamten der Ordnungspolizei, Philologen, technischen und juristischen Beamten des höheren Verwaltungsdienstes usw. – gegen die Notverordnung vom 5. Juni 1931 und ihre Verwirklichung in Hamburg.⁹⁷ Unerträglich erschien sie, wie der Vorsitzende des DBB Hannover in einem privaten Schreiben die Stimmung in der Beamtenschaft schilderte, vor allem deshalb, weil niemand »noch ein Fünkchen Glauben« hatte, daß der eingeschlagene Weg zum Erfolg führen könne. Den Beamten war sehr wohl bewußt, daß die Einkommenskürzungen wiederum Steuerausfälle, Umsatzschrumpfungen, Produktionseinschränkungen und wachsende Arbeitslosigkeit erzeugten und daß daher neue Entbehrungen zu erwarten waren.⁹⁸ Wie die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften betonten auch die Beamtenverbände zur Abwehr der Angriffe auf die Gehälter die Bedeutung der Massenkaufkraft für den Inlandsmarkt, da die Wirtschaftseinkommen ihm »längst nicht so schnell, so restlos und ausschließlich« wieder zuflössen.⁹⁹

Mit seinen wirtschaftspolitischen »Zeitforderungen« von Anfang September 1931 grenzte sich der Deutsche Beamtenbund deutlich von Brüning's Kurs ab. Den Versuch, die Konjunkturbelebung über den Export zu erreichen, hielt er für aussichtslos, weil in »normalen Zeiten« nur ein Fünftel der Produktion auf diesen Sektor entfalle. Die Umsatzmöglichkeiten hingen infolgedessen entscheidend von der Entwicklung des Arbeitnehmer Einkommens ab. Durch übermäßige Einschränkung der Löhne bzw. Gehälter und der Beschäftigtenzahl während wirtschaftlicher Krisen könnten die Unternehmer zu deren Verschärfung beitragen. Ebenso klar erkannte der DBB, daß es der Staat in der Hand habe, die Konjunktur günstig oder nachteilig zu beeinflussen, da er »durch seine Steuer- und Ausgabenpolitik über einen großen Teil des Sozialprodukts« verfüge. Wie alle Arbeitnehmerorganisationen sah er in Preissenkungen ein wesentliches Mittel zur Überwindung der Depression und die unabdingbare Voraussetzung für Lohn- und Gehaltsabstriche, damit nicht der Kaufkraftausfall die Absatzchancen weiter schmälere. Eine prinzipielle Abkehr von der Deflationspolitik war also nicht beabsichtigt. Die Steigerung des Geldwerts und die dadurch bedingte Einschränkung des Binnenmarkts galten als unvermeidlich.

Problematischer als die konkreten wirtschaftspolitischen Forderungen war daher für das Kabinett Brüning die Absage an die Grundsätze der liberalen kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Da es in ihr nicht mehr gelinge, »die sachlichen Produktionsfaktoren mit den brachliegenden Arbeitskräften zu verbinden« und die zahlreichen unerfüllten, »aber durchaus legalen Verbraucherbedürfnisse« zu befriedigen, müsse die Staatsgewalt nachhaltiger, als es bisher üblich war, in den Wirtschaftsverlauf eingreifen und durch eine »planmäßige aktive Wirtschaftspolitik« die zur Wiederherstellung gesunder Verhältnisse notwendigen Strukturveränderungen erzwingen. Dabei dürfe sie »auch vor der Anwendung von wirtschaftspolitischen Methoden nicht zurückschrecken, die dem kapitalistischen Dogma widerspre-

chen«. Zwar wollte der Deutsche Beamtenbund im Streit um den Wert der verschiedenen Wirtschaftssysteme nicht Partei ergreifen, doch bekannte er sich für die gegenwärtige Krise zur Auffassung »einer täglich wachsenden Zahl von verantwortungsbewußten Volksgenossen«, die »in der gewaltigen Not der Zeit die Rechtfertigung« für die Anwendung aller geeigneten Mittel sahen, um die Gefahren für »Volksstaat und Wirtschaft« zu bannen.¹⁰⁰ Diese Stellungnahme barg die Möglichkeit, Vorbehalte gegen die unkonventionellen wirtschaftspolitischen Vorschläge der Nationalsozialisten abzubauen, wenn auch eine Affinität zu ihnen bei der Verbandsführung selbst nicht bestand. Als Sofortmaßnahme zur Konjunkturbelebung befürwortete sie die Hereinnahme langfristiger Auslandskredite und als Voraussetzung dafür die internationale Verständigung. Immerhin konnten Angriffe der NSDAP gegen die prokapitalistische Politik der Regierung Brüning nach solcher Vorbereitung leichter Resonanz finden.

Die drastischen Einsparungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung im Juli/August 1931 führten auch in Hamburg zur Entfremdung gegenüber dem Senat, dem die Beamten bis dahin mehr Verständnis für ihre Nöte zugesprochen hatten als der Reichsregierung.¹⁰¹ Trotz seiner engen Verbindung zur SPD lehnte es der Allgemeine Deutsche Beamtenbund Hamburg Ende September 1931 ab, einer Einladung des Senatsreferenten zu einer Besprechung über die für Oktober geplante erneute Gehaltskürzung Folge zu leisten.¹⁰² Eine Versammlung der Hamburger Volksschullehrer beklagte den mangelnden Widerstandswillen des Senats gegen das Reich. In der Aussprache wurde das tiefe Mißtrauen gegen Reichsregierung und Senat gleicherweise deutlich.¹⁰³ Bei einer Zollbeamtenkundgebung erntete der kommunistische Reichstagsabgeordnete Torgler drei Tage später einhelligen und stürmischen Beifall für seine Forderung, sich nicht mehr auf Petitionen zu verlassen, sondern sich der eigenen Macht bewußt zu werden, wie es die meuternden Matrosen der englischen Marine und die streikenden polnischen Beamten getan hätten.¹⁰⁴

Das Anwachsen dieser radikalen Stimmung erschwerte die Position der gemäßigten, den Regierungsparteien nahestehenden Verbandsführungen, so sehr auch der Senat bemüht war, ihnen entgegenzukommen.¹⁰⁵ 1931 konnten sie sich aber generell behaupten. Erst 1932 kam es im Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburgs zur Ablösung des mehrheitlich sozialdemokratischen Vorstands durch eine »unpolitische«, konservative, der Rechten genehmere Leitung.

Wie viele Hamburger Beamte sich der NSDAP anschlossen oder mit ihr sympathisierten, läßt sich nicht erfassen.¹⁰⁶ Wie die preußische Regierung war der Senat darauf bedacht, keine Zweifel an seiner Beurteilung der radikalen Parteien zu lassen und durch eindeutige Warnungen die Unterwanderung des öffentlichen Dienstes durch Gegner des bestehenden demokratischen Staates zu verhindern. Diese Abwehr fand die Zustimmung und Unterstützung der republikanischen Beamten und stärkte ihr Selbstvertrauen. Sie mußte aber zunehmend versagen, je mehr immer neue ungerechte und oft unnötig erscheinende Belastungen das Gros der Beamten in Verzweif-

lung und allmählich viele von ihnen in Opposition zur Staatsführung trieben. »Zum Kommunisten wird man nicht geboren, sondern erzogen«, meinte ein Diskussionsredner bei einer Protestveranstaltung gegen die Notverordnung vom 5. Juni 1931.¹⁰⁷ Das gleiche galt für die vielen Beamten näherliegende Entscheidung, durch Hinwendung zur NSDAP gegen ihre Behandlung aufzubegehren. Durch das nicht nur von den Finanznöten diktierte, sondern auch durch grundsätzliche wirtschaftspolitische Überlegungen und überholte Vorstellungen von Beamtendienst und -ethos bestimmte Bemühen, die Besoldungsreform von 1927 rückgängig zu machen, trug das Kabinett Brüning wesentlich zur Radikalisierung der Beschäftigten des Staates bei.¹⁰⁸ Darüber hinaus zwang es die in der Krise finanziell abhängigen Länder und Gemeinden, in derselben Richtung vorzugehen. Erlasse konnten das Eindringen einzelner Radikaler in die Verwaltung und ihre offene Betätigung für die extremen Parteien verhindern; gegen die Folgen dieser verbitternden Politik waren sie wirkungslos, wie sich schon 1931 abzuzeichnen begann.

9. Die Oppositionsparteien in der Krise des wirtschaftlichen und politischen Systems

Die Überzeugung, daß der Staat das Wirtschaftsgeschehen entscheidend beeinflusse und daher Verantwortung für den Konjunkturverlauf trage, war in der Weimarer Republik allgemein verbreitet. Dem widersprach auch die ständige Polemik aus Unternehmerkreisen gegen die Verfälschung des privatkapitalistischen Systems durch Staatseingriffe nicht, denn diese Vorwürfe richteten sich nur gegen Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und Verbraucher sowie gegen unmittelbare Interventionen und zielten vor allem auf die Umverteilung der öffentlichen Lasten zugunsten »der Wirtschaft«. Gerade Unternehmer aller Größenordnungen waren sich einig darin, konjunkturelle Rückschläge den Regierenden der Weimarer Republik anzulasten.

In der schweren Depression zu Beginn der dreißiger Jahre wurden die wirtschaftlichen Bedrängnisse für viele so unerträglich, daß sie nur noch Energie und Erfolg bei deren Bekämpfung als Maßstab für die Beurteilung der Staatsführung anerkannten. Es gehörte eine starke, fest verankerte Einsicht in den Wert der politischen Freiheitsrechte und der demokratischen Institutionen und Entscheidungsprozesse dazu, um trotz materieller Not für den durch die Weimarer Verfassung geschaffenen »Volksstaat« einzutreten. Diejenigen, die ihn von Anfang an bekämpften, sahen durch die Unfähigkeit der verantwortlichen Politiker, einen Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu finden, ihre Aversionen gegen das »System« bestätigt. Gefährlicher war, daß die große Mehrheit derer, die nicht so entschieden für oder gegen die demokratische Republik eingenommen waren, zu-

nächst das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Koalitionsregierungen wie dem Kabinett Hermann Müller verlor und allmählich auch die Hoffnung auf eine wirkungsvollere Krisenstrategie des verfassungsrechtlich immerhin noch abgesicherten Präsidentialregimes Brüning'scher Prägung einbüßte. Weil die geforderten Entbehrungen vergeblich schienen und ein Ende nicht abzusehen war, verbreiteten sich Lethargie und Gleichgültigkeit gegenüber immateriellen Werten. Das Verlangen nach einem Wechsel des Regierungskurses wurde so stark, daß die Sorge um politische Institutionen und selbst ethische Normen an Bedeutung verlor.

In einem Kommentar zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 hieß es im demokratischen Hamburger Anzeiger, den Posten »sichere Gefolgschaft« könne Brüning nunmehr streichen. Bedrohlicher als die Angriffe der radikalen Opposition sei die Stimmung der »Armee derjenigen«, die das Gefühl hätten, daß die zugemuteten Opfer unerträglich seien, »daß sich ein Durchhalten, ein Überwasserhalten unter diesen Bedingungen nicht mehr lohn[e] und man lieber das Würfelspiel eines Chaos spielen solle«. Hinter der Regierung stehe nur noch »ein ganz bescheidenes Fähnlein, und das steht mit gerunzelten Stirnen da. Aus einer derartigen Situation kann keine Berufung auf Staatsnotwendigkeiten, auf Verantwortungsbewußtsein und Pflicht, und kann auch nicht die Staatsautorität nötigenfalls der handgreiflichen Machtmittel weder moralisch noch praktisch retten. Denn es handelt sich hier nicht lediglich um die Folgen gewissenloser Verhetzung.«¹ »Die Notverordnung hat überall den Staatsgedanken verschüttet«; man sieht Brüning »als Gefangenen der Unternehmer und des Kapitals«, schrieb ein Staatspartei in einem internen Bericht für Dietrich über die Stimmung im Lande.² Durch die Maßnahmen »des kaltherzigen Jesuiten« sei bis »weit hinein in den gehobenen Mittelstand der Beamten und Angestellten, die Schupo [Schutzpolizei] nicht ausgenommen, die Klein- und Mittelbauern, der Glaube an die Errettung aus dieser Not durch bürgerliche Regierungen vollständig vernichtet worden«, faßte ein anderer seine Beobachtungen zusammen. »Der Bürgerkrieg steht vor der Tür.«³

Neben der Bereitschaft zu unübersehbaren politischen Risiken wuchsen unter dem Druck der wirtschaftlichen Sorgen auch die Gegensätze zwischen den Bevölkerungsgruppen und erschwerten das Regieren. »Wenn den Erwerbslosen von Staats wegen ein kleiner Abzug gemacht wird« – beschwerte sich ein Hamburger Makler in einem Schreiben an die Handelskammer –, »so rotten sie sich auf den Straßen zusammen und demonstrieren in der radikalsten Weise. Wenn Beamten oder Angestellten wegen der Not der Zeit gewisse Abzüge gemacht werden müssen, werden prompt große Protestversammlungen veranstaltet und alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die beabsichtigten Maßnahmen zu unterbinden oder wenigstens zu mildern. Die Kaufmannschaft aber und besonders die mittleren und kleineren Geschäftsleute unternehmen nichts, aber auch gar nichts, um sich gegen die erdrückenden Maßnahmen der führenden Bankinstitute zu wehren und eine große Anzahl von ihnen bricht in stiller Duldung aller Ungechtigkeiten ohnmächtig zusammen. Stempeln gehen kann ein selbständi-

ger Geschäftsmann nicht und wenn ihm das grausame Schicksal den letzten Lebensmut genommen hat, ist oftmals der Strick oder die Kugel das letzte Mittel, um dem Jammer ein Ende zu machen.«⁴

Umgekehrt wurden aus den Kreisen der hier mit wenig Verständnis behandelten Arbeitnehmer häufig Stimmen laut, die die Leistungen und die Existenzberechtigung des gewerblichen Mittelstands bezweifelten und seine Preisgestaltung ähnlich oberflächlich kritisierten. Jede Gruppe tendierte dazu, nur die eigenen Probleme in ihrer vollen Schwere zu sehen, die vermeintlichen Vorteile anderer wie der vom Staat unterhaltenen Erwerbslosen, Angestellten und Beamten aber zu überschätzen und deren Nöte zu ignorieren. Diese zunehmende Egozentrik behinderte die Einsicht, daß Regierungen, Parlamente und Behörden widersprechenden Interessen Rechnung tragen müssen, und machte es schwerer, einen tragfähigen Konsens zu finden. Die Schwierigkeiten der Parteien wuchsen, die nach ihrer Interessenlage auseinanderstrebenden Mitglieder zu integrieren und nicht nur am Wohl einer Bevölkerungsschicht orientierte Lösungen für die anstehenden Aufgaben vorzuschlagen. Die weitgehende Beschränkung auf Billigung oder Ablehnung der Notverordnungen konnte in dieser Situation als Entlastung empfunden werden. Allerdings förderte die Ausschaltung aus dem Entscheidungsprozeß, da die Notwendigkeit fortfiel, die Probleme verschiedener Gruppen gegeneinander abzuwägen und Verständnis für sie zu wecken, auch die divergierenden Tendenzen und verstärkte so die gesellschaftliche Polarisierung.

Erfolge und Schwächen der NSDAP

Die um sich greifende Resignation, Verzweiflung, Aggressivität, der bedingungslose Wunsch nach völliger Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse boten den radikalen Parteien gute Voraussetzungen für ihre Agitation. Wie überall konnte auch in Hamburg die NSDAP den größten Nutzen aus dieser Stimmung ziehen. Das Drängen der Regierungsparteien im Sommer 1931, das deutsche Volk sei am Ende seiner Leistungsfähigkeit angelangt und müsse nun die Streichung der Reparationszahlungen verlangen, schien dem Kampf gegen die Anerkennung der Kriegsniederlage und des Versailler Vertrags, gegen die »Tribute« und die bei den gegebenen Machtkonstellationen allein mögliche, auf friedliche Revision gerichtete »Erfüllungspolitik« nachträglich Recht zu geben. Die Unfähigkeit der bisher in der Verantwortung stehenden Parteien, Lösungen für die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufenen Probleme zu finden, verstärkte die Ressentiments gegen die parlamentarische Demokratie und alle durch den politischen Liberalismus geprägten oder beeinflussten Institutionen und Organisationen. Die Angriffe gegen großkapitalistische Unternehmen wie überhaupt gegen das menschenverachtende kapitalistische Wirtschaftssystem fanden angesichts des scheinbar unaufhaltsamen Niedergangs breite Zustimmung. Während die DNVP unter Hugenberg

zwar die politische Ordnung des Weimarer Staates, die konkreten außen- und innenpolitischen Entscheidungen seiner Regierungen nicht minder scharf bekämpfte, die kapitalistische Wirtschaftsverfassung aber in Reinform wiederherstellen und auch die gesellschaftlichen Strukturen der Vorkriegszeit restaurieren wollte, versprach die NSDAP, das Verlangen nach totalem Wandel in allen Bereichen zu befriedigen. Nur die KPD erstrebte ebenso radikale Veränderungen, doch sicherte das entschiedene Bekenntnis zu »Volksgemeinschaft« und Nation bei der Vorprägung großer Teile der Bevölkerung durch Elternhaus, Schule, Hochschule, Lehrherren und Vorgesetzte, Kirche und Armee der NSDAP den Vorrang, soweit nicht die theoretische Erziehung in den Organisationen der Arbeiterbewegung dem entgegenwirkte.

Daß die positiven Ziele der Nationalsozialisten verschwommen oder widersprüchlich waren, tat ihnen keinen Abbruch mehr, sobald die Überzeugung vorherrschte, nichts verlieren, sondern nur noch gewinnen zu können. Warnungen vor dem revolutionären Charakter der Bewegung konnten ihren Erfolg deshalb ebensowenig bremsen wie Hinweise auf die Konsequenzen der von ihr propagierten Wirtschaftspolitik: die Gefahr einer neuen Inflation und die völlige Lähmung des Hamburger Wirtschaftslebens durch die geplante Abschließung vom Weltmarkt. Während die Bürgerschaftsabgeordneten der NSDAP 1928 noch versucht hatten, durch Appell an die Inflationsfurcht Emotionen gegen den Senat zu wecken, fand ihr Vertreter im Grundeigentümerverschein im Sommer 1931 lebhaften Beifall für ausgesprochen inflationistische geldpolitische Ideen.⁵ Bei einem extrem hohen Reichsbankdiskont von zeitweise 15 % und entsprechend exorbitanten Kreditkosten von häufig mehr als 20 % schien das Schlagwort von der »Brechung der Zinsknechtschaft« sehr viel realer begründet als früher, so daß unerprobte, selbst riskante monetäre Vorschläge ihren Schrecken verloren. Der Mahnung, durch die junge Politiker der Regierungsparteien vor den Bürgerschaftswahlen 1931 den weiteren Aufstieg der NSDAP zu stoppen hofften: »Haltet das Tor offen!«, verhindert die Verwirklichung der für Hamburg existenzbedrohenden Autarkiepläne der Nationalsozialisten, konnten diese mit der Forderung begegnen: »Öffnet das Tor wieder!«,⁶ denn angesichts der bereits eingetretenen wirtschaftlichen Stagnation und Zerstörung reichte Engagement für die Fortsetzung der bisherigen Politik und die Verteidigung des Bestehenden nicht mehr aus.

Je mehr die schwindende Bereitschaft, Interessenkonflikte durch Kompromisse zu lösen, die Willensbildung in und zwischen den Parteien erschwerte, desto bestechender wirkten die straffe, zentralistische Organisation der NSDAP, ihr konsequent hierarchischer Aufbau und der Ersatz mühsamer Entscheidungsprozesse durch der Diskussion entzogene »Führerbefehle«. Mit der zunehmenden Lähmung und Selbstausschaltung des Reichstags wuchs die Versuchung, das »Führerprinzip« auch für den Staat als ideale Regelung anzusehen. Die Entwicklung im Reich bestimmte in hohem Maß auch in Hamburg die Ansichten über die Leistungsfähigkeit des parlamentarischen Systems. Weder führten die verantwortungsbereite

Arbeit der Bürgerschaft, das weitgehend krisenfreie Zusammenwirken der Regierungskoalition und die darauf beruhende bemerkenswerte politische Stabilität zu einer deutlich günstigeren Beurteilung der parlamentarischen Parteiendemokratie, noch behinderten Schwächen in der lokalen Organisation der NSDAP ihren Aufschwung. Das Auftreten ihrer prominenten Repräsentanten in Hamburg, deren Erklärungen und Handlungen waren für die Einschätzung der Partei maßgebend.

Widersprüche in den Äußerungen verschiedener Politiker sowie die häufige Unvereinbarkeit von Worten und Aktionen lösten vielfach eher Interesse als Irritation aus. Sie wurden als Ausdruck prinzipieller Auseinandersetzungen zwischen der ursprünglichen, revolutionär eingestellten, den »sozialistischen« Umbau der Gesellschaft fordernden Anhängerschaft und einem mit der Parteiführung um Mäßigung, Überleitung in eine evolutionäre Entwicklung und Wahrung der Legalität bemühten Flügel mißdeutet. Viele verkanteten Hitlers Bestreben, sich in einer ersten Phase nur auf ihn eingeschworene, durch keine gesellschaftlichen Rücksichten und andere soziale Bindungen behinderte Kader junger, fanatischer Aktivisten zu schaffen, um mit ihnen jede taktische Wendung vollziehen und dann in einem zweiten Schritt die zur legalen Machteroberung nötigen bürgerlichen Wähler und Bundesgenossen umwerben zu können, ohne das Gesetz des Handelns an sie zu verlieren.

Differenzen und persönliche Fehden in der Hamburger NSDAP, die auch nach den Wahlerfolgen von 1927/28 anhielten, wurden dementsprechend als Begleiterscheinungen dieses Umstellungsprozesses angesehen. Sie führten Anfang September 1928 zum Rücktritt des Gauleiters Krebs, der der weltanschaulichen Schulung der Parteigenossen zu sehr den Vorrang vor organisatorischen Erfordernissen und vor allem der Schaffung einer eigenen »Hausmacht« gegeben hatte.⁷ Während einer Übergangsperiode, in der pro forma der schleswig-holsteinische Gauleiter Hinrich Lohse, de facto aber der Gaugeschäftsführer Wilhelm Hüttmann an der Spitze der Hamburger Partei stand, dauerten die Führungskämpfe an; das zutage geförderte Material über Betrügereien und unsaubere Finanzpraktiken Hüttmanns bot der gegnerischen Presse zahlreiche Angriffsmöglichkeiten, ohne daß sie der NSDAP aber nachhaltigen Schaden zufügen konnte. Zu viele sahen in solchen Verfehlungen unvermeidliche Schwächen einer Kampfpartei. Mit der Ernennung Karl Kaufmanns zum neuen Gauleiter im April 1929 gelang die Konsolidierung der örtlichen Organisation, die es ermöglichte, die NSDAP auch in Hamburg allmählich vorsichtig für bürgerliche Kreise zu öffnen. Kaufmann selbst war ein Exponent jenes festen Kerns Hitler bedingungslos ergebener junger Aktivisten. Nach Fronteinsatz als Freiwilliger im 1. Weltkrieg und Betätigung in verschiedenen Freikorps war er schon 1921 zur NSDAP gestoßen und, ohne einen »bürgerlichen« Beruf zu erlernen, als Vierundzwanzigjähriger 1925 zum Gauleiter von Rheinland-Nord aufgestiegen.⁸

Bis zu seiner Versetzung nach Hamburg hatten sich die Nationalsozialisten hier bei ihrer Bürgerschaftsarbeit und Agitation noch ausschließlich

auf die Gewinnung der Arbeitnehmerschichten konzentriert. Sie wetteiferten mit der KPD um das Vertrauen der erwerbslosen nichtorganisierten Angestellten und entschieden sich bei Parlamentsdebatten über Anträge, bei denen die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern kollidierten, etwa bei den Auseinandersetzungen um die Feiertagsruhe am 1. Mai und »Silbernen Sonntag«, stets zugunsten letzterer. Zugleich betonten sie ihre prinzipielle Feindschaft gegen die bürgerlich-liberalistische Demokratie und ihre Institutionen. In der Bürgerschaft zollte der nationalsozialistische Sprecher Reinke der »Ehrlichkeit« seines kommunistischen Kollegen Anerkennung und knüpfte daran ein befristetes Bündnisangebot zur Zerschlagung der den Weimarer Staat tragenden Parteien: »Wir sollten uns klar darüber sein, daß wir als die erbittertesten Kämpfer in diesem Hause alle Ursache haben, als tatsächliche Antiparlamentarier, gemeinsame Arbeit zu leisten, denn wir kennen in diesem Haus nur einen Feind: den Brei in der Mitte. Ist dieser Feind vernichtet, dann meine Herren von der Linken, ist die Zeit gekommen, wo wir vielleicht die Klinge kreuzen müssen.«⁹ Daß eine solche offene Drohung gegen die gewählte Parlamentsmehrheit ungerügt blieb, machte einmal mehr die Unsicherheit der Demokraten bei der Beurteilung und Abwehr der Radikalen deutlich. Als Teil des Ringens um die Masse der Bevölkerung ging daneben die tägliche Kleinarbeit außerhalb des Parlaments weiter: die Werbung von Haus zu Haus, die rege Flugblattverteilung auch außerhalb der Wahlkämpfe, die Veranstaltung unzähliger Sprechabende, kleiner und großer Kundgebungen, die ständigen Demonstrationen und Umzüge der SA, vorzugsweise durch Arbeiterwohngebiete, wo sie sich gegen den Rotfrontkämpferbund oder das Reichsbanner behaupten mußte.¹⁰

In der Ära Kaufmann vollzog die Hamburger NSDAP die taktische Wende Hitlers nach, die zeitweilige Zusammenarbeit mit dem konservativen, nationalen und republikfeindlichen Bürgertum zu erstreben, um vor allem dessen finanzielle und publizistische Möglichkeiten für sich zu nutzen, an dessen Prestige zu partizipieren und dadurch für weite Kreise wählbar zu werden. Die Kooperation zwischen NSDAP, DNVP und Stahlhelm beim Volksbegehren gegen den Young-Plan im Herbst 1929, bei dem Plebiszit zur Auflösung des preußischen Landtags im Sommer 1931 und der Bildung der »Harzburger Front« im Oktober, in Hamburg beispielsweise auch die Teilnahme an der vom Grundeigentümergebiet initiierten Kundgebung »des Bürgertums gegen den Marxismus« am 3. März 1931, waren der sichtbarste Ausdruck dieser Politik. So, wie Hitler und Goebbels im Nationalklub die »Wirtschaftsführer« umwarben, so bemühte sich die Gauleitung, bei Ausspracheabenden mit einem kleinen Kreis geladener Gäste ihr Vertrauen zu gewinnen.¹¹ In verschiedenen Flugblättern für den Bürgerschaftswahlkampf 1931 war sie darauf bedacht, ihren »Sozialismus« zu verharmlosen und durch Übernahme der Vorwürfe gegen die angebliche Verschwendungssucht und Pumpwirtschaft der republikanischen Regierungen, die ungerechtfertigte Aufblähung der Etats im Vergleich zur Vorkriegszeit den Vorurteilen des konservativen Bürgertums Genüge zu tun.¹²

Der neue Kurs bedeutete aber nicht, daß die Bemühungen um die Arbeitnehmerschaft oder der »Kampf um die Straße« aufgegeben wurden. Krebs konnte sein »Ringens um die Seele des Proletariats« nicht nur als Schriftleiter der nationalsozialistischen Wochenzeitschrift: *Hansische Warte*, und seit Beginn des Jahres 1931 der ersten Tageszeitung des Gaus, des *Hamburger Tageblatts*, fortsetzen, sondern wurde in diesem Wirkungsfeld auch durch die Ernennung zum Leiter der örtlichen Betriebszellenorganisation im April 1930 bestätigt.¹³ In einer Betrachtung zum Verfassungstag 1929 monierte er neben dem Individualismus in dieser »Vereinsatzung« als wesentlichsten Mangel, daß die »einzig deutschen und damit sozialistischen Teile, die sich mit dem Aufbau eines Rätessystems befassen«, unvollendet blieben. So sei sie der »letzte Triumph des Bourgeois«, des »zum rechnenden Kapitalisten entarteten Bürgers«.¹⁴ In ähnlichem Sinn beklagte Reinke, der mit Krebs für die Betriebsarbeit zuständig war, die mangelnde Konsequenz in der Novemberrevolution von 1918: »Man hat es vollkommen in der Hand gehabt, den sozialistischen Staat wahrzumachen, um den Kapitalismus zu beseitigen. Heute müssen wir sagen, daß wir vom Sozialismus noch nie so weit entfernt waren und daß der Kapitalismus noch nie so brutal geherrscht hat wie in der heutigen Zeit.«¹⁵

Das nahezu völlige Scheitern der NSDAP bei der Betriebsarbeiterschaft machte freilich die Grenzen der von Krebs, Reinke und anderen ihrer Richtung verfolgten Politik deutlich. Günstiger waren die Ergebnisse bei den Erwerbslosen, um die die Hamburger Nationalsozialisten seit Oktober 1929 mit einem besonderen, in unregelmäßiger Folge erscheinenden Blatt warben.¹⁶ Abgesehen von einigen jungen Kommunisten, schlossen sich ihnen allerdings überwiegend ehemalige Angestellte an, die bisher nicht organisiert waren oder nach langer vergeblicher Stellensuche den nationalen und liberalen Verbänden frustriert den Rücken kehrten, ferner Handwerkersöhne, die in der Weltwirtschaftskrise das Arbeitnehmerschicksal der Erwerbslosigkeit erfuhren, sich aber dennoch dem »Mittelstand« zugehörig fühlten. Die Bildung nationalsozialistischer Zellen gelang nur in wenigen Betrieben des Dienstleistungssektors mit starker Angestelltenbelegschaft, anfangs lediglich bei der Hapag und dem DHV, nach den Erschütterungen des Sommers 1931 außerdem bei vielen Hamburger Banken – hier hatte der deutschnational orientierte Deutsche Bankbeamtenverein gute Vorarbeit geleistet –, bei der Hochbahn, beim Schlachthof und auf verschiedenen Schiffen. Statt Betriebszellen entstanden besonders seit 1931 zahlreiche »Fachgruppen« von Arbeitnehmern, Erwerbslosen und kleinen und mittleren Arbeitgebern.¹⁷ Diese Entwicklung spiegelte den wachsenden Erfolg der NSDAP bei den ökonomisch bedrohten selbständigen Gewerbetreibenden wider, um die sie sich nun systematisch bemühte.

Es entsprach sowohl Krebs' Abneigung gegen taktische Feinheiten als auch seiner beruflichen Bindung an den DHV, daß er das Paktieren der NSDAP mit der DNVP Hugenburgs mit größtem Mißtrauen verfolgte und einer zu starken Annäherung in seiner Zeitung und bei seiner Schulungsarbeit entgegenzuwirken versuchte. Da der DHV die reaktionäre, arbeitnehmer-

und gewerkschaftsfeindliche Politik Hugenberg's scharf bekämpfte, mußte Krebs befürchten, nicht nur zusammen mit vielen Kollegen in einen Loyalitätskonflikt zu geraten, sondern auch die vielfältige Unterstützung des Verbands – durch teilweise Freistellung für die Parteiarbeit, Zuschüsse für das Hamburger Tageblatt oder Finanzierung besonderer Wochenendseminare für nationalsozialistische Mitglieder – zu verlieren. Wiederholt kam es deshalb zu Spannungen mit der nach Krebs' Meinung allzu opportunistischen Gauleitung, die er selbst und Außenstehende als prinzipiellen Gegensatz zwischen »Sozialisten« und bürgerlichen »Reformisten« überschätzten. So notierte er Anfang September 1931 über eine Unterredung mit dem volksparteilichen Korrespondenten der Deutschen Allgemeinen Zeitung in sein Tagebuch: Die »recht interessante Aussprache läßt sich auf die Formel bringen: Die NSDAP ist eine sehr erfreuliche Angelegenheit, wenn sie ihre sozialistischen Tendenzen aufgibt und sich von uns, den Vertretern des Großbürgertums, führen läßt. Weising sang ein hohes Lied auf die Klugheit [... des Diplomkaufmanns, Reserveleutnants und nationalsozialistischen Bürgerschaftskandidaten] Kurt Lange, ich dagegen gelte dem Hamburger Großbürgertum als der böse Geist.«¹⁸ Nach Bemühungen, durch einige den Auffassungen der Unternehmerverbände kraß widersprechende wirtschaftspolitische Artikel im Tageblatt »den unglaublichen Zusammenschluß der sogenannten ›Nationalen Opposition‹ [in Harzburg] etwas [zu] stören«, registrierte Krebs: »Der Gau soll über unsere bürgerfeindliche Haltung aufgebracht sein.«¹⁹

Auch anderen fiel es schwer, die taktischen Zugeständnisse und Rücksichten immer zu akzeptieren, welche die Entscheidung für den legalen Weg zur Macht über die Parlamente nötig machte. Vor allem in der SA, SS, der Hitlerjugend und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund kam es in Hamburg zu Unruhe, Austritten und Ausschlüssen.²⁰ Aus denselben Gründen, die in Berlin zum Aufruhr der SA unter Stennes führten, und teilweise dadurch gefördert, erreichte diese Bewegung in der ersten Jahreshälfte 1931 auch in der Hansestadt ein größeres Ausmaß. Durch Hitlers überraschenden Beschluß vom 1. August 1930, keine SA-Führer als Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen, fühlten sich viele der jungen Aktivisten gegenüber anderen, oft erst später hinzugestoßenen Parteigenossen zurückgesetzt, nachdem sie durch ihren aufopfernden Einsatz den Aufstieg der NSDAP gesichert und ihr erst »zu Tausenden von Mandaten in Reich, Ländern und Kommunen verholten« hatten.²¹ Der »Legalitätskurs« zwang die politische Führung, Waffengebrauch der SA abzulehnen und sich von den Tätern zu distanzieren, wenn sie sich trotz des Verbots zur Benutzung von Schusswaffen hinreißen ließen. In der SA glaubten sich viele auf diese Weise im Stich gelassen, während sie selbst unter Gefahr ihres Lebens in Saal- und Straßenschlachten die Stellung behaupten sollten.²² So rief es größte Erregung hervor, als die Gauleitung »den Mord« an dem kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning mit harten Worten verurteilte.²³ Hitler erkannte sofort die Gefahr: Er bestätigte zwar aus prinzipiellen Gründen den Parteiausschluß der Attentäter, sprach ih-

nen aber – in diesem Fall ohne Rücksicht auf den möglichen negativen Eindruck im konservativen Bürgertum – zugleich sein Mitgefühl aus und versicherte, aus eigenen Mitteln die Kosten für ihre Verteidigung durch den Münchner Spitzenanwalt der NSDAP, Hans Frank, bestreiten zu wollen.²⁴

Die wachsende wirtschaftliche Not trug weiter zur Verschlechterung der Stimmung bei.²⁵ Es wirkte verbitternd, daß die SA, in deren Reihen sich viele Erwerbslose befanden, die Spesen für ihre Einsätze, wie Kosten für Fahrten in die Umgebung oder Reparatur von Stiefeln und Kleidung, häufig selbst tragen mußte, während die Parteileitung für das »Braune Haus« und andere repräsentative Zwecke Millionenbeträge aufbrachte. Auch dies erschien als Verletzung der Treuepflicht zwischen Führung und Gefolgschaft und darüber hinaus als Verrat am »nationalen Sozialismus« im Zeichen einer »opportunistischen, versöhnlichen Interessenpolitik«.²⁶ Die Auseinandersetzungen waren symptomatisch für die politischen Schwierigkeiten im Gefolge der Wirtschaftskrise: Die verbreitete Radikalisierung, der Wunsch nach grundlegender Veränderung trugen wesentlich zum Aufschwung der NSDAP bei; aber selbst in dieser auf einen charismatischen Führer eingeschworenen, auf Befehl und Gehorsam aufgebauten Partei erschwerten sie es, die Doppelstrategie beizubehalten, einerseits die »revolutionäre« Auffangorganisation für die auf Systemwechsel drängenden Massen zu bleiben, andererseits sich den nach Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse verlangenden Teilen der Führungsschichten und allen um ihre spezifischen Interessen besorgten bürgerlichen Vereinigungen als mächtiger Verbündeter zu empfehlen.

In Hamburg verließen nach offenbar zuverlässigen Informationen der staatsparteilichen Tageszeitung bis Anfang Mai 1931 etwa 110 von rund 600 SA-Männern die NSDAP. Die meisten von ihnen wandten sich angeblich nicht Stennes, sondern der Gruppe um Otto Straßer zu, weil sie die schärfere Betonung sozialistischer Ziele anzog.²⁷ Bezeichnend war, daß Alfred Conn, der im November 1930 wegen Disziplinwidrigkeit als stellvertretender SA-Brigadeführer abgesetzt worden war²⁸ und nun die Führung in der Abspaltungsbewegung zu gewinnen versuchte, zum Beweis für den grundsatzlosen Opportunismus der Parteileitung gerade die Schrift von Hans Reupke: »Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft«, nannte, die durch Neuinterpretation des Programms Vorbehalte der Unternehmer gegen die NSDAP ausräumen sollte und dieses Ziel auch in bemerkenswertem Maß erreichte. Sie hatte wegen ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit und der Anbiederung bei den Arbeitgeberern bei allen Arbeitnehmerorganisationen als Indiz für das Einschwenken der NSDAP auf Hugenberg's extrem kapitalistischen Kurs Aufsehen erregt.²⁹

In einer Zusammenfassung aller Vorwürfe gegen die Parteiführung prangerten andere Hamburger Oppositionelle ebenfalls vor allem diese Schrift an. Seit dem Ausscheiden Otto Straßers werde der Sozialismus als konstitutives Element der nationalsozialistischen Idee an Thyssen, Kirdorff und ihre Freunde verraten. Voller verzweifelter Ungeduld wegen der Zuspit-

zung der Wirtschaftskatastrophe lehnten die Kritiker es ab, die Kräfte lediglich auf Wahlen zu konzentrieren, »während das deutsche Volk dem Untergang entgegengeht«. Die Erfahrungen mit dieser Taktik seit 1926 hätten zur Genüge bewiesen, daß nationalsozialistische Ziele innerhalb des bestehenden Systems nicht zu erreichen seien. Im Gegenteil: die Beteiligung an politischen Wahlen habe »aus der einst schlagfertigen, unbelasteten und sauberen NSDAP eine parlamentarische Partei schlimmster Ordnung« gemacht. »In der Anbetung der Masse wurde sie demokratischer als die Demokraten.« Wie diese berausche sie sich an der wachsenden Zahl der Mitglieder, ohne ihre Stärke zu nutzen. Selbst die Veranstaltungen und großen Aufmärsche spiegelten die Verbürgerlichung wider, sie hätten »heute einen wilhelminischen Anstrich«. Noch »zwei, fünf oder zehn Jahre« auf die Gestaltung des neuen Deutschland zu warten, wie Hitler seinen Anhängern in einer Erklärung zugemutet hatte, erschien diesen seit Jahren auf Aktivität gedrillten oppositionellen Nationalsozialisten unerträglich. Sie verstanden nicht, warum ihr Führer auf den Versuch verzichtete, *sofort* die »ungeheuer ernste« Lage zu ändern.³⁰ Die Hamburger Gauleitung nahm den in der Oppositionsbewegung zum Ausdruck kommenden antibürgerlichen Affekt offenbar so ernst, daß sie für die Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 nur wenige Verbandsvertreter und Repräsentanten des gehobenen Bürgertums als Kandidaten aufzustellen wagte. Wie sich am Beispiel des Grundeigentümervereins zeigen ließ, verzichtete sie sogar auf eigentlich dringend benötigte Zuschüsse und fand sich mit der vorübergehenden Abschwächung des Wohlwollens dieser Kreise ab.

Der Aufschwung der NSDAP wurde durch die inneren Konflikte kaum beeinträchtigt. Auch die Tatsache, daß sie bis zum Herbst 1931 eine konkrete Alternative zur Politik der Reichsregierung und des Senats nicht anzubieten wußte, schadete ihr nicht. Kennzeichnend für diese Schwäche war eine widerspruchsvolle Stellungnahme zu den bevorstehenden Sparmaßnahmen vom August 1931. Im ersten Teil des Artikels wurde das Programm als durchaus realisierbar bezeichnet, dem Senat aber der Wille zur Durchführung bestritten, weil er vor den Wahlen eher durch hemmungslose Pumpwirtschaft die Finanzen völlig ruinieren als seine Popularität gefährden werde. Im zweiten Teil wurde plötzlich betont, wie ungeeignet Sparmaßnahmen seien, um »eine zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufzurichten«, da infolge der Kaufkraftvernichtung und erhöhten Inanspruchnahme der staatlichen Sozialeinrichtungen genau das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung eintrete. Eine Rettung, so umging der Kommentator die Frage nach der nationalsozialistischen Finanzpolitik, sei »nur durch eine grundsätzliche Umstellung in der Auffassung von Ziel und Zweck der Wirtschaft« möglich.³¹ Bei ähnlich vagen Vertröstungen auf die kommende neue Staats- und Wirtschaftsordnung beließen es die Abgeordneten der NSDAP in ihren Beiträgen zu den wirtschaftspolitischen Debatten der Bürgerschaft. Die Flugblätter der Partei enthielten eine Fülle verlockender, aber völlig unrealistischer Versprechungen.³² In den Massenversammlungen beschäftigte sich die Prominenz ohnehin nur mit den großen

außenpolitischen Kontroversen und dem inneren Kampf gegen die NSDAP, schenkte den finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen dagegen kaum Beachtung. Die Verzweiflung über die wachsenden Belastungen kam den Nationalsozialisten dennoch zugute.

Da die Regierungsparteien dem Vorwurf, sie erschöpften sich im Kampf um momentane Abhilfen für die unmittelbar drängenden Probleme, nichts entgegenzusetzen hatten und auch selbst am raschen Erfolg ihrer Politik zweifeln mußten, wirkte die unbedingte Siegeszuversicht der Nationalsozialisten überzeugend, auch wenn sie im einzelnen über ihre Antikrisenstrategie keine Auskunft geben konnten. Der anhaltende ungeheure Aufwand an Propaganda,³³ die eindrucksvolle Einsatz- und Opferbereitschaft der Parteimitglieder, die großen, von einmütiger Begeisterung getragenen Massenversammlungen und die Entschlossenheit zur gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Gegnern suggerierten den uneingeschränkten Glauben an die Fähigkeit, aller Schwierigkeiten Herr zu werden. Gerade angesichts der fast allgemeinen Demoralisierung erschien diese demonstrativ zur Schau getragene Sicherheit faszinierend und anziehend. Da die NSDAP die Jugend unvergleichlich stärker anzusprechen verstand als die bürgerlichen Parteien und selbst die SPD, schien vielen die Zukunft ohnehin bei ihr zu liegen. Ihre entscheidenden Schwächen blieben der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Dazu gehörten in Hamburg weniger die internen Querelen als die katastrophalen Finanzverhältnisse: Zeitweise bestand die Gefahr, daß der Gerichtsvollzieher nach Veranstaltungen die Abendkasse beschlagnahmte.³⁴ In der Druckerei des Tageblatts drohten die Arbeiter wiederholt, in Streik zu treten, um rückständige Lohn- und Versicherungszahlungen zu erzwingen.³⁵

Die ungeheuren Wahlerfolge halfen 1930 und 1931 über Schwierigkeiten hinweg. Das Wachstum der Partei war äußere Bestätigung, zog weitere Wähler an und machte sie allmählich für die Berufs- und Wirtschaftsverbände interessant. Zwischen den Reichstagswahlen 1928 und 1930 erhöhte sich die Zahl der für die NSDAP abgegebenen Stimmen in Hamburg von 17761 auf 144684 und bis zu den Bürgerschaftswahlen 1931 noch einmal auf 202506, ihr Anteil von 2,6% auf 19,2% und 26,3%. Statt drei nationalsozialistischen Abgeordneten zogen 1931 43 in die Bürgerschaft ein.

Die hervorragenden Ergebnisse der NSDAP in Stadtteilen, in denen überdurchschnittlich viele Angestellte, Beamte und mittelständische Gewerbetreibende wohnten, bestätigten die Beobachtungen über die politische Entwicklung in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen.³⁶ Viel Anklang fand sie bei Erwerbslosen, insbesondere bei jenen, die nicht das Gedankengut der sozialistischen Arbeiterbewegung aufgenommen hatten, also Schulabgängern, die ein Berufsleben gar nicht erst kennenlernten, ehemaligen Angestellten und Handwerksgesellen. Von den noch in einem Betrieb tätigen Angestellten waren vor allem die nichtorganisierten und die Mitglieder der nationalen Gewerkschaften für das Werben der Nationalsozialisten anfällig.

Die Hamburger Mittelstandsorganisationen hielten sich mit Ausnahme

des Grundeigentümergevereins noch zurück, doch scheinen sich eine Reihe Mitglieder für die NSDAP entschieden zu haben, wie die Tatsache zeigt, daß sie in Stadtteilen am besten abschnitt, in denen außer den Angestellten auch die Selbständigen überrepräsentiert waren. Die Verbände wurden im Lauf des Jahres 1932 zum Teil gezwungen, diese Annäherung nachzuvollziehen. Ein ähnlicher Trend kann für die Beamten vermutet werden, wenn auch die Organisationen wegen der unklaren verfassungsrechtlichen Stellung der NSDAP noch stärker auf Distanz bedacht sein mußten.

Trotz eifriger Bemühungen spielte die Unterstützung großer Unternehmer in Hamburg vor den Bürgerschaftswahlen 1931 keine Rolle – lediglich für die Hapag und einzelne aus der völkischen Bewegung stammende Persönlichkeiten sind finanzielle Beihilfen bis dahin nachweisbar –; allerdings fand die NSDAP zunehmend Interesse und dank des taktischen Zusammengehens mit Hugenberg bei manchen in der DNVP oder in nationalen Vereinigungen engagierten »Wirtschaftsführern« auch Wohlwollen. Am aufgeschlossensten zeigten sich Angehörige der jüngeren Kaufmannsgeneration. Unter der Jugend des »Bildungsbürgertums«, bei Studenten und jungen Akademikern, deren Zukunftschancen sehr schlecht aussahen, konnten die Nationalsozialisten viele aktive Mitkämpfer gewinnen.³⁷

Generell war der Mitgliederzuwachs weniger eindrucksvoll als die Wahlerfolge. Nach der Parteistatistik, die allerdings nur die 1935 noch in der NSDAP organisierten und in Hamburg wohnenden Mitglieder erfaßte, schlossen sich ihr in der Hansestadt bis zum 14. September 1930 1659 und bis zum 30. Januar 1933 weitere 11458 Männer und Frauen an.³⁸ Bei der NSDAP zeigte sich die gleiche Tendenz wie bei der KPD, wenn auch in weniger ausgeprägter Weise: Viele protestierten durch Stimmabgabe für die Nationalsozialisten gegen das allgemeine Elend und gaben ihrem Wunsch nach einem radikalen Wechsel der Regierungspolitik Ausdruck; sie waren aber nicht bereit, sich durch feste Bindung an die Partei zu aktivem Einsatz für sie zu verpflichten und notfalls persönliche Nachteile auf sich zu nehmen.

Der Zerfall der Hamburger DNVP

Nutzen zogen die Nationalsozialisten zunächst aus dem Zerfall der DNVP. Er setzte in Hamburg früher ein als in Berlin, hatte aber die gleichen Ursachen. Der Vorstand des Landesverbands hatte stets unbeirrt an der Auffassung festgehalten, daß die DNVP das Zentrum einer radikalen »nationalen Opposition« gegen die Regierungen der Weimarer Republik bleiben und jede Mitarbeit in dem nach der Revolution geschaffenen politischen System ablehnen müsse. In den Rückschlägen bei der Reichstagswahl im Mai 1928 sah er die unvermeidliche Quittung für die von ihm stets bekämpfte Beteiligung an der Reichsregierung. Dem mangelnden Interesse der Jugend für die DNVP, das auch die Hamburger Parteiführung mit Sorge registrierte, wollte sie nicht durch Anpassung der Programmatik an die

gewandelten Verhältnisse, sondern durch äußerste Kompromißlosigkeit bei der Verfolgung der alten Ziele begegnen. Lambachs Vorschlag in Auseinandersetzung mit der Wahlniederlage, die DNVP mit Rücksicht auf die jungen, ohne Erinnerung an die Monarchie aufgewachsenen und daher innerlich nicht mehr an sie gebundenen Menschen auch für national denkende Republikaner zu öffnen, rief heftige Gegenwehr hervor, obwohl sich die Angestellten mit dem prominenten Vertreter des DHV solidarisierten.³⁹ Hugenbergs Plädoyer für die Rückkehr zum prinzipiellen Antiparlamentarismus unter der berühmt gewordenen Überschrift: »Block oder Brei?«, das unter anderem als Replik auf Lambachs Artikel scharfe Angriffe gegen die Berufs- oder Interessenvertreter in den Parlamenten, die »Nurgeschäftsleute«, enthielt, wurde im Organ des Landesverbands, der Hamburgischen Deutschnationalen Monatsschrift, sofort abgedruckt zusammen mit dem von der gleichen Intention bestimmten Aufsatz Freytagh-Loringhovens: »Nicht große, sondern starke Rechte!«.⁴⁰

Der wachsende Einfluß der Alldeutschen in der DNVP und der Aufstieg Hugenbergs bis hin zur Wahl zum Parteivorsitzenden Ende Oktober 1928 entsprachen den Wünschen des Hamburger Landesvorstands wie auch der Stimmung in den meisten Regionalverbänden. Hugenberg trug dieser Kräfteverteilung Rechnung, indem er in einem Rundschreiben zur Vorbereitung seiner Wahl gegen den »kleinlichen Fraktions- und Parteigeist«, unter dessen Einfluß die DNVP »zu einem öden, engen Gebilde des organisierten neudeutschen Parlamentarismus, einem Gebilde ohne Jugend und Hoffnung«, zu werden drohe, »die große, von dem Gedanken an eine bessere deutsche Zukunft getragene Partei *im Lande*« anrief.⁴¹ Sein Aktionsprogramm, das neben dem umfassenden Kampf gegen den Versailler Vertrag, gegen das parlamentarisch-demokratische System und für »die Wiederherstellung des deutschen Kaisertums« auf wirtschaftspolitischem Gebiet die Forderungen nach möglichst weitgehender Autarkie, nach Schutz des Privateigentums und der privaten Wirtschaft, nach strengster Sparsamkeit im öffentlichen Sektor sowie nach Abbau der Sozialpolitik und besonders der Arbeitslosenversicherung enthielt, fand im Organ der Hamburgischen Deutschnationalen uneingeschränkte Zustimmung.⁴² Im nächsten Heft bekam Hugenbergs alldeutscher Wirtschaftsexperte, Oberfinanzrat Bang, Gelegenheit, seine sozialpolitischen Ideen zu entwickeln.⁴³ Nachdem er seit vielen Jahren mit seinem Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft gegen überbetriebliche Tarifverträge, Schlichtungswesen und Gewerkschaften gekämpft hatte, war dies für die Arbeitnehmer in der DNVP ein schwerer Affront.

Zum offenen Konflikt kam es aber zuerst mit Teilen der Bürgerschaftsfraktion. Wie später Hugenberg erhob auch der Hamburger Landesvorsitzende Lienau unter Berufung auf das »Führerprinzip« den Anspruch, ihre Entscheidungen zu bestimmen. Diesem Gesinnungsdiktat widersetzte sich die Fraktionsmehrheit um die »Honoratioren« Oberlandesgerichtsrat Dr. Andreas Koch, Senatspräsident Hermann von Dassel, Regierungsdirektor Dr. Hermann Nagel, Rechtsanwalt Alfred Jacobsen und Studienprofessor

Dr. Kuno Ridderhoff. Sie bemühten sich 1927 und 1928 um Unterstützung für Westarps Politik, zeigten mehr Verständnis als die Gruppe Lienau für soziale Probleme und warben bewußt um das Vertrauen der Arbeitnehmer.⁴⁴ Tatsächlich nahm der DHV für sie Partei. Auch eine Gruppe der DNVP nahestehender selbständiger Kaufleute drängte im Sommer 1928, die unfruchtbare, mit hanseatischem Geist unvereinbare prinzipielle Frontstellung gegen den bestehenden Staat aufzugeben.⁴⁵

Die Schwäche der Opposition zeigte sich aber schon in dieser Phase: Nach bewegten Machtkämpfen, in deren Verlauf Lienau Anfang April 1928 sein Amt als Parteivorsitzender niedergelegt hatte, wurde er am 14. Juni vom Landesparteitag mit beachtlicher Mehrheit wiedergewählt, und in der unmittelbar folgenden Lambach-Krise versäumte es der Hamburger Vorstand nicht, sich gegen die Angestellten zu exponieren. Die Wahl Hugenbergs zum Parteiführer machte die ursprüngliche Hoffnung der Opposition zunichte, sich innerhalb der DNVP in unmittelbarer Unterstellung unter die Reichsleitung organisieren zu können. Die Stärkung seiner Position durch seine eigene Wiederwahl und die Berufung des Exponenten des alldeutsch-radikalen Flügels an die Spitze der Gesamtpartei nutzte Lienau, um im November 1928 vier zur Opposition gehörende Kreisvereinsvorsitzende abzusetzen und ihr Amt durch Anhänger seiner Richtung kommissarisch verwalten zu lassen. Weitere Aktionen gegen mißliebige Amtsinhaber und Ausschlüsse höchst angesehener Mitglieder wie des von den Franzosen während des Ruhrkampfes inhaftierten Pfarrers Becker, des ehemaligen Bürgerschaftsabgeordneten Emil Massié und von Dassels führten zu Massenausritten aus der Hamburger DNVP. Die Bürgerschaftsfraktion lehnte es ab, sich dem Vorgehen gegen von Dassel anzuschließen, der beim Berliner Parteigericht Beschwerde einlegte. Die Maßregelung gewählter Kreisvorstände war der Anstoß für die Gegner des Lienau-Flügels, sich seit November 1928 in eigenen deutschnationalen Vereinen zu formieren und im Dezember eine besondere Landesorganisation zu schaffen. In manchen Stadtteilen, darunter früheren Hochburgen wie Eilbeck, Borgfelde, Harvestehude-Rotherbaum, verlor die DNVP die meisten ihrer Mitglieder.⁴⁶

Das Ausscheiden der christlich-sozialen Arbeitnehmervertreter aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion und Partei im Dezember 1929 veranlaßte auch in Hamburg bekannte DHV-Funktionäre, endgültig mit ihr zu brechen. Viele weniger exponierte Angestellte hatten diesen Schritt schon vorher vollzogen. Aufsehen erregten besonders die Austritte des Mitbegründers des DHV, Johannes Irwahn, des langjährigen Schriftleiters der Deutschen Handelswacht, Albert Zimmermann – beide waren alte Antisemiten –, und des DHV-Beamten und Vorsitzenden des Angestelltenausschusses der Hamburger DNVP, Heinz Stange. In seiner Austrittserklärung brachte Stange zahlreiche Beweise für die permanente Zurücksetzung der Angestellten durch die Führung des Landesverbands. Außerdem warf er ihr vor, durch die Unterstützung der Diktatur Hugenbergs »zum Freitod der größten nationalen Partei« nicht nur in Hamburg, sondern auch im Reich beizutragen. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres, vor allem die

Förderung der wirtschaftsfriedlichen Organisationen durch die Parteileitungen in Berlin und Hamburg und die einseitige Propagierung des Buchs von Gustav Hartz: »Irrwege der Sozialpolitik«, mit seinem fundamentalen Angriff gegen das deutsche Sozialversicherungssystem, gaben ihm wie auch Irwahn und Zimmermann die Gewißheit, daß sich die DNVP seit Hugenbergs Sieg unwiderruflich von einer Volkspartei zu einer Arbeitgeberpartei entwickelte, die lediglich den Zustand von 1914 wiederherstellen wollte und deshalb selbstbewußt gewordenen Arbeitern und Angestellten keinen Platz mehr bot. Die »geschichtliche Aufgabe, den Marxismus zu überwinden«, könne diese Partei nicht lösen, schrieb Zimmermann, sie müsse der Gruppe Treviranus-Lambach, den späteren Volkskonservativen, oder den Nationalsozialisten überlassen werden.⁴⁷

Durch die Gründung der Volkskonservativen Vereinigung am 27. Januar 1930 in Berlin schien sich auch für die Hamburger Sezessionisten und Oppositionellen in der DNVP eine parteipolitische Alternative abzuzeichnen. Der Verband der deutschnationalen Vereine veröffentlichte den Aufruf der neuen Gruppierung in der nächsten Nummer seines Mitteilungsblatts mit einem positiven Kommentar. Beim Landesparteitag der DNVP am 20. Februar 1930 forderte die Studentengruppe zur Überwindung der Spaltung auf der Grundlage des Nationalen Manifestes und des ursprünglichen von Friedrich Brunstäd entworfenen Parteiprogramms auf; da dieser inzwischen zu den Volkskonservativen übergetreten war, implizierte die Berufung auf ihn, daß die »Abtrünnigen« als die wahren Hüter der deutschnationalen Tradition anerkannt wurden. Hugenberg und Lienau sprachen die Studenten das Mißtrauen aus und erklärten, als sie keine Resonanz fanden, »sich dem Durchbruch der Jungen in der Politik« – gemeint waren Lambach, Treviranus und ihre Anhänger – nicht länger verschließen zu können und deshalb aus der DNVP auszuschneiden.⁴⁸

Wenige Tage später trennten sich von Dassel und Pfarrer Becker von ihrer alten Partei, nachdem die Zentrale ihre Berufung gegen den Ausschluß aus dem Landesverband mehr als ein Jahr lang unerledigt gelassen hatte.⁴⁹ Selbst Max von Schinckel, der sich bei der Vorbereitung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan durch große Geldsammlungen noch intensiv für die »nationale Opposition« engagiert hatte,⁵⁰ kehrte der DNVP nun den Rücken, ohne seine Entscheidung allerdings publik zu machen. Zur Begründung verwies der achtzigjährige Bankier auf ungerechtfertigt verallgemeinernde Attacken gegen das Finanzkapital in einem Aufruf der Hamburger Deutschnationalen zum Volksentscheid; in Wahrheit hatte ihn aber, wie der auf Bitten Hugenbergs um Vermittlung bemühte Reichstagsabgeordnete Gok vermutete, die brüske Behandlung von Dassels empört.⁵¹ Die Austritte der Prominenten waren symptomatisch für den Verlust der meisten Arbeitnehmer, eines Großteils der Jugend und mancher durch ihr allgemeines Ansehen und oft auch durch ihre finanziellen Beihilfen für die Partei wichtiger Angehöriger der Oberschicht. Nach Informationen der Sezessionisten schrumpfte die DNVP von 18 000 Mitgliedern auf dem Höhepunkt ihres Erfolgs 1922 über 7000 Mitglieder im Mai 1928 auf 3000 im

Mai 1930 zusammen.⁵² Das Gepräge gaben ihr nun wohletablierte beamtete oder freiberufliche Akademiker und den Alldeutschen oder Kirchlich-Orthodoxen nahestehende Unternehmer mit ihrem Hang zum weltanschaulichen Rigorismus.

Der Rest des deutschnationalen Landesverbands auf Hugenberg-Kurs

Trotz des Mitgliederschwunds sah der Vorstand der Hamburger DNVP in der Parteientwicklung des Jahres 1929 »einen großen Fortschritt«. Wenn auch unter Opfern, sei die Einigung in einem fest gefügten »nationalen Freiheitsblock« gelungen.⁵³ Dieser von allen »Halbherzigen« und »Unzuverlässigen« gereinigte Rest des Landesverbands konnte sich, als zwischen April und Juli 1930 die Reichstagsfraktion an der Frage: Tolerierung oder Bekämpfung des Kabinetts Brüning?, auseinanderbrach, entschieden hinter Hugenberg stellen. Mit »unbeschreiblicher Entrüstung« reagierten die Hamburger Deutschnationalen auf die Abstimmung der Fraktionsmehrheit um Graf Westarp, die dem »bürgerlichen« Präsidialkabinett zunächst einmal die Arbeit ermöglichen wollte und daher am 12./14. April für die verbundene Steuer- und Agrarvorlage der Regierung votierte wie auch im Juli den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ablehnte. Diese Parlamentarier, so wurde ihnen vorgeworfen, irrten sich gewaltig über die Stimmung im Lande. Nicht die Fraktion, sondern der Parteivorstand habe den politischen Kurs zu bestimmen, da er durch die Vertretung der Landesorganisationen die Wählerschaft repräsentiere. Die Unvereinbarkeit dieser Ansicht mit der Verfassung störte Hugenbergs Anhänger nicht, weil sie das Weimarer »System« ohnehin verwarfen. Das Verhalten der Westarp-Gruppe wurde als schwere Illoyalität und Verletzung des Führergedankens empfunden.⁵⁴ Ihr endliches Ausscheiden im Juli 1930 rief in Hamburg Erleichterung und Genugtuung hervor.⁵⁵

Die Stellungnahmen des Landesvorstandes entsprachen durchaus den Reaktionen auf der untersten Ebene der Parteioorganisation. So schrieb der zweite Vorsitzende des Kreisvereins Cuxhaven an Hugenberg: »Wenn es nach den Gefühlen derer ginge, die hier oben in dem nassen Zipfel zwischen Elb- und Weserstrand als Unterführer der DNVP wirken, dann würde den Jasagern der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei sich bietender Gelegenheit das politische Grab geschaufelt werden.« Durch ihre Verletzung der Parteidisziplin hätten sie »den Weg zur Erreichung des 3. Reiches mit Hindernissen belegt [...] und] dem heutigen System die Kampfspritze zum vorläufigen Weiterleben gegeben. Und wofür?! Für Maßnahmen [für die Landwirtschaft], deren Enderfolg mehr als fragwürdig ist und die in gar keinem Verhältnis zu den Opfern völkischer und staatsmännischer Politik stehen.« Als Konsequenz forderte der Cuxhavener für die Zukunft, die DNVP aus jeglicher Abhängigkeit von irgendeinem Verband zu lösen. Der Brief schloß mit einem emphatischen Bekenntnis zu Hugen-

berg: »Wir sind stolz darauf, mit Überzeugung erklären zu können, daß unsere Bewegung einen Führer hat, der nicht *Parteiführer* ist, sondern als Führer über allem Tagesgeschehen nur ein Ziel im Auge hat: die Erämpfung des 3. Reiches.«⁵⁶ Den tiefsten Grund für seine Empörung über die abweichende Entscheidung der Westarp-Gruppe offenbarte dieser Deutschnationale in einem Schreiben an den ihm besser bekannten Reichstagsabgeordneten Gok: Wie nach der Annahme des Dawes-Plans gewännten Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen die Fraktion wieder so die Oberhand, daß ein Großteil der Wähler trotz »des strammen Rechtskurses« der Cuxhavener Partei zu den Nationalsozialisten abwandern werde.⁵⁷ Dieselbe Beobachtung machte der Vorsitzende der Bezirksgruppe Sachsenwald. Durch die Auseinandersetzungen im Dezember 1929, April und Juli 1930 seien die Anhänger der DNVP »kopfscheu« geworden. »Eine Spaltung ist unverkennbar. Die Stimmabgabe nach links ist freilich wesentlich geringer als die nach dem nationalsozialistischen Lager.«⁵⁸

Der Zerfall der DNVP in Berlin führte in Hamburg zu keiner neuen Sezession. Auch die für die Partei tätigen Industriellen und Großkaufleute blieben auf seiten Hugengeburs, während sich in der Reichstagsfraktion nach den christlich-sozialen Arbeitnehmern und den Landbundesvertretern nun auch die dem Reichsverband der Deutschen Industrie und anderen Unternehmerorganisationen nahestehenden Abgeordneten gegen ihn wandten.⁵⁹ Das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller, Dr. J. W. Reichert von dem mächtigen Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, unterzog sich sogar der Mühe, in einer ausführlichen Denkschrift Hugengeburs Idee einer »Tributabgabe auf alle Einfuhrwaren« zu widerlegen, die in der Partei als geniales Konzept zur Lösung der außen-, finanz- und wirtschaftspolitischen Probleme gefeiert wurde.⁶⁰

Demgegenüber distanzierte sich der Werftdirektor Gok, der wegen Krankheit an den entscheidenden Abstimmungen über Brüning's Agrarhilfe- und Steuerpaket am 12. und 14. April 1930 nicht hatte teilnehmen können, scharf von dem positiven Votum der übrigen Industrievertreter. Ihre Rechtfertigung ließ er in keinem Punkt gelten. Abgesehen von der unterschiedlichen Beurteilung der taktischen Situation, trennte ihn ein prinzipieller Gegensatz von seinen Kollegen: Während sie sich unter anderem von der Überzeugung leiten ließen, »daß das Kabinett Brüning als Bürgerblockregierung den Weg zu neuer antimarxistischer Politik eingeschlagen« habe,⁶¹ vertrat Gok die Auffassung, es sei mit dem einstigen Gewerkschaftssyndikus an der Spitze, dem früheren Vorsitzenden des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stegerwald, als Arbeitsminister und dem »knallroten Wirth« als Innenminister »in seinen maßgebendsten und bedeutendsten Köpfen sozialistisch bestimmt und [werde] sozialistisch bestimmte Politik machen, wenn es lange genug am Leben« bleibe. Für ihn hatte die »Machtprobe des Bürgertums gegen Sozialismus und Kommunismus« mit dieser Regierung noch keineswegs begonnen, wie die »Jasager« meinten, er sah in ihr vielmehr nur den »Platzhalter für die zur Sammlung

ihrer Kräfte, zur Ableitung des ersten Anpralls der Young-Folgen auf die bürgerlichen Parteien, zu einer Atempause vor der erst kommenden entscheidenden Machtprobe beiseite getretene Sozialdemokratie«. Als Bündnispartner akzeptierte Gok nur Parteien, die die endgültige Überwindung, nicht nur die zeitweilige Ausschaltung des Marxismus erstrebten; konkret bedeutete dies: nur die NSDAP, denn allen je an einer Koalition mit der SPD beteiligten Parteien machte er die Unterstützung oder Abschirmung der »sozialdemokratischen Mißwirtschaft« zum Vorwurf. Mitarbeit, die »von dem Wohlwollen, der Toleranz der anderen Regierungsparteien« abhing, war für ihn indiskutabel. Wirkliche Macht konnte die DNVP nach Goks Überzeugung allein durch Rückkehr zur prinzipiellen Opposition erringen, wie sie Hugenberg eingeleitet hatte. Dessen Gegnern warf er vor, »sich mit der Scheinmacht, mit parlamentarischen Mandaten, Ministersesseln und dergleichen Firlefanz begnügen« zu wollen. Für ihn gab es keinen Zweifel: »Die deutschnationale Volkspartei wird hugenbergisch sein, oder sie wird überhaupt nicht sein.«⁶²

Die Parteinahme des Vorstandsmitglieds des Alldeutschen Verbands, Gok, für Hugenberg konnte nicht überraschen. Aber auch Rudolf Blohm, bei dem solche Bindungen keine Rolle spielten, bedauerte, daß der »weitzblickende und großdenkende« Parteiführer nicht »volle Gefolgschaft gefunden« habe. Dadurch, daß sich ein Teil der deutschnationalen Fraktion »wieder einmal« aus momentanen parteitaktischen Erwägungen zur Unterstützung der »sogen. Bürgerblock-Regierung« auf einem Weg entschlossen habe, »der nichts anderes als eine Sanktionierung und Fortsetzung der bisherigen sozialdemokratischen Politik« bedeute, sei die von den Dissidenten berufene »Machtprobe des Bürgertums gegen Sozialismus und Kommunismus« [...] von vornherein zugunsten des Sozialismus präjudiziert und das Ende der Deutschnationalen Volkspartei klar vorauszusehen.⁶³ Nicht politischer Doktrinarismus, sondern Verbitterung und Mißtrauen wegen der, wie Blohm meinte, wirtschaftsfeindlichen Einstellung aller Regierungen der Weimarer Republik waren für diese Kritik entscheidend. Sie entsprach seiner wachsenden Unzufriedenheit mit der Politik des RDI, dem er, je schlimmer sich die Depression entwickelte, immer ungeduldiger übertriebene Nachgiebigkeit gegenüber gewerkschaftlichen oder durch Rücksicht auf die Gewerkschaften bestimmten Forderungen vorwarf.⁶⁴ Auch Hugenberg gegenüber bewahrte sich Blohm seine geistige Unabhängigkeit. Als der Parteiführer im Januar 1931 mit vagen Andeutungen über die Schaffung eines besonderen inländischen Zahlungsmittels zur Bekämpfung der Deflation an die Öffentlichkeit trat, protestierte er sofort telegraphisch. In seinen ablehnenden Notizen zu den offiziellen Erläuterungen verwarf er den zentralen Gedanken in Hugenbergs politischer Konzeption, die Idee, durch weitgehende Autarkie Deutschlands die außenpolitische Unabhängigkeit zurückzugewinnen.⁶⁵

So sehr die Hamburger Deutschnationalen das Ausscheiden der Westarp-Gruppe aus der Partei als Voraussetzung für eine offensive Opposition begrüßten, im beginnenden Reichstagswahlkampf erschwerte die Konkur-

renz der Konservativen Volkspartei die Situation der DNVP. Vor allem in Hamburger Wirtschaftskreisen fand der Zusammenschluß der meisten deutschnationalen Dissidenten viel Sympathie. Die Landesorganisation der DNVP bekam schmerzlich zu spüren, daß ihr nicht nur die großzügigen finanziellen Beihilfen von Schinckels und ihres früheren Schatzmeisters von Dassel fehlten, sondern dieser auch »die Geldleute« mit großem Erfolg »abgraste« und für die DNVP nichts oder nur ein geringer Bruchteil der sonst üblichen Beträge übrig blieb.⁶⁶ Die »Abneigung gegen die Persönlichkeit und die Methoden von Hugenberg [sei] bei den meisten der hier so zahlreich vertretenen Pfeffersäcke so groß«, teilte Gok der Reichsleitung mit, daß viele, die die DNVP »früher regelmäßig mit größeren Beiträgen unterstützt« hätten, sie ihr nun vorenthielten.⁶⁷ Der Landesverband mußte die Zentrale dringend um Übernahme eines Defizits von wenigstens 12 000,- RM bitten; die Berliner Organisation hoffte jedoch ihrerseits auf Zuschüsse aus Hamburg, weil sie »händeringende[n] Hilfeschreie[n] aus dem Lande von besonders großen und gefährdeten Landesverbänden« mangels der notwendigen Mittel machtlos gegenüberstand.⁶⁸

Der Konservativen Volkspartei standen dagegen dank der Unterstützung Hamburger Unternehmer und großer Zuwendungen des DHV reichliche Mittel für eine intensive Werbearbeit zur Verfügung. Regelmäßig erhielt z. B. jeder Haushalt die Volkskonservative Zeitung zugesandt.⁶⁹ Der bescheidene Erfolg bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 zeigte freilich, daß Geld und Propaganda das Fehlen einer verzweigten, gut funktionierenden Organisation und eines wirklich überzeugenden Programms nicht ersetzen konnten. Die Motive und Ziele der aus der DNVP ausgetretenen Persönlichkeiten und Gruppen waren zu heterogen, um eine klare Vorstellung über den politischen Standort der neuen Partei zu vermitteln. Für die einen schien sie sich nur wenig von der DVP zu unterscheiden, für die anderen, die aus sozialem Engagement mit der DNVP brachen, war die NSDAP die attraktivere Alternative. Trotz der Spitzenkandidatur zweier ihrer bekanntesten Politiker, Treviranus und Lambach, in Hamburg konnte die Konservative Volkspartei nur 20 737 oder knapp 3 % der Stimmen auf sich vereinigen – im Vergleich zu den 0,8 % im Reich war dies freilich ein hervorragendes Ergebnis. Die besten Resultate erzielte sie in großbürgerlich geprägten Stadtteilen; dagegen mißlang der Einbruch in die Arbeitnehmerschaft. An den Bürgerschaftswahlen 1931 nahm sie nicht mehr teil.

Illusionärer Anspruch der DNVP auf Führung der »nationalen Opposition«

Die Masse ihrer Wähler verlor die DNVP an die NSDAP. Die Reichsleitung wie auch die Hamburger Deutschnationalen hatten sich einer gefährlichen Illusion hingegeben, als sie glaubten, nach der Abspaltung der Volkskonservativen durch radikalen Rechtskurs die Abwanderung ihrer Anhänger zu den Nationalsozialisten verhindern zu können.⁷⁰ Statt sich von die-

sen Konkurrenten abzugrenzen, betonten sie die Gemeinsamkeiten. Schon beim Landesparteitag am 20. Februar 1930 hatte Gok empfohlen, in Fortführung des gemeinsamen Kampfes gegen den Young-Plan künftig eng mit dem Stahlhelm und den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten. Koch hatte sich die Vergrößerung ihrer Bürgerschaftsgruppe von drei auf zwanzig Abgeordnete gewünscht, »um die Koalition zappeln zu lassen«,⁷¹ damit aber bei den Bedrohten nur schadenfrohes Erstaunen über seine Selbstlosigkeit ausgelöst; denn für den Kommentator des Hamburger Anzeigers war klar, daß die Gefolgsleute Hitlers die Plätze der Deutschnationalen besetzen würden, die ihnen durch ihre extreme Agitation in den eigenen Anhängerkreisen den Weg bahnten.⁷² Zumindest im Landgebiet arbeiteten Deutschnationale und Nationalsozialisten auch konkret zusammen, indem Stahlhelm und SA bei Wahlkundgebungen der beiden Parteien gemeinsam den Saalschutz übernahmen.⁷³ Das Bemühen, durch vehemente Angriffe gegen die Politiker der Republik der NSDAP den Rang abzulaufen, um sich nicht von ihr distanzieren zu müssen und dennoch die Wähler zu halten, war jedoch vergeblich.⁷⁴ Zwischen den Reichstagswahlen 1928 und 1930 verlor die DNVP in Hamburg fast zwei Drittel ihrer Wähler; ihr Stimmenanteil ging von 88 921 auf 31 376 zurück. Gok fehlten fast 29 000 Stimmen, um sein Reichstagsmandat zurückzugewinnen.

Erst nach der Wahlkatastrophe begannen die Hamburger Deutschnationalen sich in einigen Bereichen gegen die NSDAP abzugrenzen, ohne freilich das Bemühen um die gemeinsame Front mit ihnen aufzugeben. Gemäß der Sprachregelung der Parteileitung, der Wahlausfall sei eine »Genugtuung für die Millionen, die mit Volksbegehren und Volksentscheid den Kampf gegen den neuen Plan und ihre Unfreiheit begannen«,⁷⁵ gab auch der Vorstand des Landesverbands seiner Freude über den »gewaltigen Sieg der nationalen Opposition« Ausdruck.⁷⁶ Allerdings räumte Gok in seiner Stellungnahme ein, der »Aufrichtung eines Ordnungsregiments in Deutschland wäre besser gedient gewesen, wenn die Nationalsozialisten ihren glänzenden Aufstieg nicht, wie es in der Tat geschehen ist, zu einem sehr großen Teil auf Kosten der Deutschnationalen gemacht hätten«. Die Ursache für diese Entwicklung suchte er nicht in der Politik der Partei unter Hugenbergs Führung, sondern verbuchte den Mißerfolg ausschließlich auf dem Schuldkonto der Sezessionisten, die seit 1924 die Stoßkraft der DNVP gelähmt, einen einheitlichen, zielklaren Kurs verhindert und schließlich durch den offenen Austrag des Richtungsstreits die Anhänger des ursprünglichen Programms scharfer nationaler Opposition zur NSDAP getrieben hätten. Diese »zeitweilig an der Partei irre gewordenen« Wähler würden zu ihr zurückkehren, so tröstete Gok sich und die verbliebenen Deutschnationalen, sobald sie merkten, daß es in ihr keine unfruchtbaren Kämpfe und »eigensüchtigen Intriganten« mehr gebe, daß aber ein zu starkes Übergewicht der Nationalsozialisten in der nationalen Bewegung schwere Gefahren berge: »Sozialistische Staatsführung ist unmöglich, gleichgültig in welcher Form der Sozialismus auftritt. Diese Lehre werden unsere nationalsozialistischen Freunde zu dem starken nationalen

Schwung, den sie vor uns in mancher Hinsicht voraus, und dem starken nationalen Willen, den sie mit uns gemeinsam haben, noch hinzulernen müssen. Von uns!⁷⁷

Damit waren drei Elemente angesprochen, die charakteristisch waren für die Haltung der Hamburger Deutschnationalen zur NSDAP: die Ablehnung ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik und besonders ihrer sozialistischen Tendenzen; die Entschlossenheit, gleichwohl in einer Front mit ihr gegen den bestehenden Staat zu kämpfen; der Anspruch, aufgrund der längeren Erfahrung und des größeren Sachverstands in diesem Bündnis die Führung zu übernehmen. Bei dem Bemühen, die DNVP als eigenständige politische Kraft auszuweisen, blieb die Parteiführung ängstlich darauf bedacht, keine Gegnerschaft zu den Nationalsozialisten aufkommen zu lassen. Immer wieder betonte sie, daß »Waffenbrüderschaft« nur mit ihnen möglich sei, da sie die gleichen zuerst vom Alldeutschen Verband verfochtenen völkischen Ziele vertreten.⁷⁸ Die Beteiligung an einer Regierung, die nicht bedingungslos die »Erfüllungspolitik« der letzten Jahre und jeden Kompromiß mit dem »Marxismus« verwerfe, die Einbeziehung in eine Einheitsliste mit anderen Parteien oder Organisationen und selbst den erneuten Abschluß eines »Burgfriedens« lehnte der Landesvorstand 1931 entschieden ab.⁷⁹ Erst recht hatte er für den Vorschlag eines Sympathisanten, sich um eine Wiedervereinigung mit den Volkskonservativen zu bemühen, nur die schroffe Antwort übrig, den irregeleiteten Wählern stehe der Rückweg ja offen, eine Gemeinschaft mit den Führern aber komme nicht in Frage.⁸⁰

Die Entscheidung der Berliner Parteileitung, gemeinsam mit den Nationalsozialisten durch Auszug aus dem Reichstag von der Opposition zur Obstruktion überzugehen, fand in Hamburg volle Unterstützung.⁸¹ Bei den Bürgerschaftswahlen 1931 ging es der DNVP nicht mehr um die Lösung der in Hamburg drängenden Probleme, sondern darum, »die Vertrauenskrise, die durch ganz Deutschland geht, in unserem begrenzten und doch wegen unserer besonderen Beziehungen zum Ausland bedeutungsvollen Gebiet zum Ausdruck [zu] bringen«. Ziel war der »Sturz des Kabinetts Brüning mit allen zu Gebote stehenden Mitteln« ohne Rücksicht auf den Preis, den gerade die Hamburger Bevölkerung wegen der Einbindung in die Weltwirtschaft und der Bedeutung internationaler Kredite sowohl für private Unternehmen als auch für die Staatsfinanzen bezahlen mußte.⁸² Die reorganisierte Studentengruppe erntete sogar »langanhaltenden Beifall« für die Erklärung, daß sich ihre Mitglieder im Stahlhelm auf den ersehnten Tag vorbereiteten, an dem sie mit der Waffe in der Hand, also in Bürgerkrieg und äußerem Krieg, für die Freiheit des Vaterlandes kämpfen könnten.⁸³ Gewalttaten von Nationalsozialisten, selbst der Mord an Henning, waren dementsprechend für die Hamburger Deutschnationalen kein Grund, sich klar zu distanzieren.⁸⁴

Formen, auf die sie unter anderem die Anziehungskraft der NSDAP zurückführten, versuchten sie seit den Reichstagswahlen 1930 noch stärker als früher nachzuahmen. So pflegte die Landesorganisation in ihrer Mo-

natsschrift und bei ihren Veranstaltungen einen ausgeprägten Führerkult um Hugenberg. Die – wie ihr Vorstand meinte – für das deutsche Volk aufgrund der preußischen Tradition besonders attraktive Disziplin der Nationalsozialisten, die Bereitschaft zu bedingungslosem Gehorsam, sollte auch in den eigenen Reihen durchgesetzt werden.⁸⁵

Von den Nationalsozialisten zu unterscheiden suchten sich die Hamburger Deutschnationalen fast ausschließlich bei der Frage nach der künftigen Wirtschaftsordnung und -politik. In ihren Stellungnahmen zum Wahlausgang 1930 und erneut in einer Erklärung zu den bevorstehenden Bürgerschaftswahlen 1931 zogen sie hier den Trennungsstrich.⁸⁶ Eine umfangreiche Denkschrift des Landesverbands vom Dezember 1930 zur Abgrenzung der beiden Rechtsparteien konzentrierte sich nach einer kurzen Einleitung ganz auf die wirtschaftspolitischen Gegensätze. Diese Akzentuierung entsprach der Tatsache, daß unter den Mitgliedern und Anhängern der DNVP seit dem Ausscheiden der Arbeitnehmer Gewerbetreibende, Kaufleute und Industrielle die wichtigste Rolle spielten, wie es im vergleichsweise befriedigenden Abschneiden in bürgerlichen Wohngebieten beim Wahldesaster 1930 und auch in der Wahl des Überseekauffmanns Max Stavenhagen zum neuen Parteivorsitzenden im November des Jahres zum Ausdruck kam. Diese in der Wirtschaft tätigen Bevölkerungsgruppen hoffte die DNVP zu halten oder zurückzugewinnen, indem sie dem eigenen Eintreten für das privatkapitalistische System die sozialistischen Bestrebungen der NSDAP entgegenstellte. Während sie selbst die private Initiative durch die Befreiung der Unternehmen von unerträglichen Bindungen, Steuern und sozialen Lasten fördern wolle, plane die NSDAP die Übernahme möglichst vieler Betriebe in die Hand des Staates, die Zerschlagung der Aktiengesellschaften und Banken. Sie gewährleiste nicht den Schutz des Privateigentums in allen Bereichen, stelle den Unternehmer- und Kapitalgewinn und damit den Kapitalismus überhaupt in Frage und gefährde durch ihre Geldschöpfungsideen die Stabilität der Währung. Gegen den Kollektivismus der Nationalsozialisten bekannte sich die DNVP zum letztlich liberalen Prinzip der Verantwortung des einzelnen.⁸⁷

Zu dieser auf das etablierte Bürgertum zugeschnittenen Konzeption paßte der Anspruch, aufgrund der größeren Sachkunde ihrer älteren, erfahrenen Politiker zur Führung innerhalb der Rechten berufen zu sein. So wünschenswert »das stärkere Hineinwachsen jugendlicher Kräfte« in die Politik sei – wurde in der Monatsschrift des Landesverbands der DNVP die Meinung eines Parteifreundes wiedergegeben –, könne er doch nicht billigen, daß in Hamburg der nationale Teil der Wählerschaft durch zwei knapp dreißigjährige Abgeordnete vertreten werde, die »bisher nicht im eigentlichen praktischen Leben standen und dieses also als junge Leute vorwiegend nur durch die Brille des nationalsozialistischen Parteifunktionärs ansehen« könnten.⁸⁸ Wie solche Äußerungen zeigen, hatte die DNVP den Kampf um die Jugend bereits verloren gegeben. Ihre problematische Bestimmung des Begriffs »sozial«, durch die die Unterlegenheit des Proletariats unabänderlich festgeschrieben wurde, schloß die Rückgewinnung der Arbeitnehmer-

schaft aus.⁸⁹ Durch die Berufung auf Bewährung und Erfahrung ihrer Politiker konnte die DNVP allenfalls den verbliebenen Bestand ihrer Mitglieder und Anhänger halten, nicht aber die vielen Wähler überzeugen, die in Verzweiflung über die scheinbar ausweglosen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nach *neuen* Lösungen verlangten.

Hinzu kam die Diskrepanz, daß die DNVP zwar ständig die in ihren Reihen vertretene Sachkunde nachdrücklich betonte, jedoch nur sehr konventionelle oder vage Vorschläge zur Überwindung der konkreten Krisenprobleme zu machen wußte. Wie alle Unternehmerverbände und die ihnen nahestehenden Parteien wiederholte sie stereotyp die Forderung nach strengster Sparsamkeit des Staates, Verwaltungsvereinfachung und -verbilligung mit dem Ziel eines weitgehenden Abbaus sämtlicher die Wirtschaft belastender Steuern und Abgaben.⁹⁰ Die Ausgaben wurden an denen des Jahres 1913 gemessen ohne Rücksicht darauf, daß der Staat infolge der Kriegsschäden und der Verarmung weiter Kreise der Bevölkerung durch Krieg und Inflation zahlreiche früher nicht notwendige oder von privaten Organisationen erfüllte Aufgaben hatte übernehmen müssen. Den Etat- und Deckungsvorlagen der Koalition stellte die DNVP umfangreiche, bis ins Detail ausgearbeitete, aber überwiegend unrealistische Sparvorschläge entgegen; seit 1929 ging sie im Zuge der Verschärfung ihrer Opposition in der Ära Hugenberg dazu über, den Hamburger Staatshaushalt pauschal abzulehnen.⁹¹

Ihr Drängen auf Ausgabenabbau blieb vom Konjunkturverlauf unbeeinflusst. Als der Senat im August 1931 wegen des drohenden Zusammenbruchs der Staatsfinanzen rigorose Sparmaßnahmen einleiten mußte, sahen die Deutschnationalen darin eine späte Bestätigung ihrer vor und während der Wirtschaftskrise immer wieder erhobenen Forderungen und plädierten für noch schärferes Vorgehen.⁹² Sorgen wegen des Nachfrage- und Beschäftigungsausfalls bei den privaten Unternehmen waren nicht zu erkennen. Die Arbeitslosigkeit wollten die Deutschnationalen ganz im Sinne der Unternehmerkonzeption durch Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Tagesverdienst, also Unkostensenkung zu Lasten der Arbeitnehmer, bekämpfen.⁹³

Im Widerspruch zu ihrer konjunkturpolitischen Indifferenz bei dem Bemühen um forcierten Ausgabenabbau hoben die Deutschnationalen bei ihrer Kritik an Brüning's Notverordnungen die krisenverschärfenden Wirkungen besonders hervor. Sie sahen richtig voraus, daß der Notverordnung vom 5. Juni 1931 mit ihren harten Bestimmungen weitere folgen müßten, weil durch die Steuererhöhungen und Belastungen für Arbeitslose, Kriegsoffer, Rentner, Beamte, Angestellte und Arbeiter die Kaufmöglichkeiten breiter Schichten geschmälert, die Nöte des mittelständischen Gewerbes verschlimmert, Produktionseinschränkungen und Entlassungen erzwungen und schließlich neue Steuererhöhungen zur Versorgung der auf öffentliche Hilfe angewiesenen Menschen unvermeidlich würden.⁹⁴ »Die erfolg- und phantasielose Politik des Kabinetts Brüning« habe zum »Kampf aller gegen alle« geführt: der städtischen Arbeitnehmer »gegen den

angeblichen Brotwucher der Landwirtschaft«, der Beamten gegen die Verschonung der Angestellten beim Gehaltsabbau, der Arbeitgeber gegen die sozialen Bezüge usw.⁹⁵

Über die Kritik hinausgehende positive Vorschläge blieben die Deutschnationalen aber weitgehend schuldig. Die Überwindung der Wirtschaftskrise erwarteten sie von der Streichung der »Tribute« oder der Sanierung der Landwirtschaft, deren Bedeutung für den inneren Markt sie dabei ebenso überschätzten wie die desorganisierenden Wirkungen der Reparationszahlungen.⁹⁶ Die wenigen konkreteren Anregungen wie die Erhebung einer »Tributabgabe« auf alle Importe, deren Ertrag der Ausfuhrförderung dienen sollte, oder die Einführung eines besonderen inländischen Zahlungsmittels, um Deutschland von internationalen Krediten und eventuell Pressionen unabhängig zu machen, waren im internen Kreis der DNVP umstritten. Während sie offiziell die Umstellung Deutschlands auf Autarkie propagierte, bekannte sich der Hamburger Landesverband in seiner wirtschaftspolitischen Denkschrift zu der Auffassung, daß das Deutsche Reich »keine abgeschlossene Insel [...], sondern im Gegenteil] auf allen Wirtschaftsgebieten tausendfach und unlöslich mit der Weltwirtschaft verwoben« sei.⁹⁷

Es war Ausdruck solcher Unklarheit, daß sich die Deutschnationalen mit sehr allgemein gehaltenen Ausblicken auf eine bessere Zukunft nach dem Sieg der Rechtsopposition begnügten. So wußte ihr Sprecher bei der Bürgerschaftsdebatte über die Notverordnung vom 5. Juni 1931 als Alternative nur anzubieten: Nötig sei »eine starke nationale Front [...], die eine Politik gegen die internationale Hochfinanz, für die schaffende Arbeit betreibt und dafür sorgt, daß wir in der Lage sind, aus der furchtbaren Arbeitslosigkeit herauszukommen und von der internationalen Versklavung befreit zu werden«.⁹⁸ Der »Führer« selbst äußerte aus gleichem Anlaß: Die Arbeitslosigkeit »war in dem Ausmaße, das sie erreicht hat, keineswegs eine Notwendigkeit – gerade in Deutschland nicht. Sie läßt sich bannen. Sie braucht uns nicht vollends zugrunde [zu] richten. [...] Aber die Aufgabe] kann nur durch die Tat, nicht durch Ausschüsse, Volksversammlungen und Reichstagsreden gelöst werden. Diese Tat wird ein Segen und die Rettung für unser Volk sein. Die Arbeiterschaft wird unter ihrer Wirkung aufatmen, die Finanzen und die Wirtschaft werden gesunden. Weder die Linke noch die Mitte haben das Zeug zu dieser Tat. Nur die Rechte, nur die nationale Opposition kann sie auf der Grundlage des nationalen Gemeinschaftswillens tun, den die Not immer weiteren Kreisen in die Herzen hämmert.«⁹⁹ Wie die rettende Tat real aussehen sollte, behielt Hugenberg für sich.

In ähnlicher Weise bezeichnete er bei einer großen Kundgebung in Hamburg wenige Tage vor den Bürgerschaftswahlen sehr klar die verheerenden Folgen der Abwertung der britischen Währung für die deutsche Wirtschaft, pries die Entscheidung auch als erlösende Maßnahme gegen die Deflation, bestritt aber dennoch der bestehenden deutschen Regierung die Möglichkeit, den Schritt nachzuvollziehen. Da es ihr an Autorität und Vertrauen fehle, »würde die Mark ins Unendliche absinken«. Die mit ihr ver-

bündete Sozialdemokratie würde »aus jedem Schwanken der Währung ein Instrument ihres Popularitätsbedürfnisses« machen und dadurch »eine neue bodenlose Inflation« herbeiführen. »Den Schlag richtig parieren, den uns die Krise des englischen Pfundes versetzen wird, das vermag nur eine Rechtsregierung.«¹⁰⁰

Daß die Deutschnationalen hinter ihren großartigen, unbestimmten Versprechungen das Fehlen praktikabler Konzeptionen zur Bewältigung der drängenden Staatsaufgaben verbargen, zeigte sich nach der »Machtergreifung« der Rechten: Erst im April 1933 bemühten sie sich in Hamburg auf Initiative des Stahlhelm, einen Beraterstab angesehenen Wirtschaftler um sich zu versammeln, wie ihn die NSDAP bereits seit mehr als einem Jahr im Keppler-Kreis besaß.¹⁰¹ Verschwommene Zukunftsvisionen aber reichten nicht, um bei weitgehend gleichen außen- und innenpolitischen Zielen erfolgreich mit der NSDAP um die Gunst des nationalen Bürgertums zu konkurrieren. Die überlegene Sachkenntnis, auf die sich die DNVP so viel zugute hielt, war auf diese Art nicht nachzuweisen, und die als Rettungsmittel geforderte Tatbereitschaft trauten die meisten Wähler sicher eher den Nationalsozialisten als den deutschnationalen Honoratioren zu. Bei den Bürgerschaftswahlen konnten sie das katastrophale Ergebnis vom September 1930 nur um 12 000 Stimmen auf 43 278 verbessern, obwohl diesmal die Volkskonservativen nicht kandidierten.¹⁰²

Förderung der rechtsextremistischen Opposition durch Presse und politische Vereinigungen: Die Hamburger Nachrichten

Detaillierter und differenzierter wurde in den Hamburger Nachrichten zu den wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen Stellung genommen, ohne daß es jedoch zu einer klaren Entscheidung kam. In der Mehrzahl der Artikel wandten sich die Autoren noch im September 1931 gegen währungspolitische Experimente, gegen Geldschöpfung, Kreditausweitung und verstärktes Engagement des Staates bei Arbeitsbeschaffungsprojekten. Sie plädierten für Forcierung der Deflationspolitik, Reduzierung der Staatsausgaben und -aufgaben und befürchteten, daß bei einer Entspannung der durch die Gold- und Devisenabflüsse entstandenen Zwangslage die erstrebten restaurativen Änderungen im Bereich der Finanz- und Sozialpolitik nicht mehr durchzusetzen wären.¹⁰³ Demgegenüber brachten die Hamburger Nachrichten am 27. September 1931 hinter einem »weitgehend« zustimmenden Vorspann einen ausführlichen Beitrag von John Maynard Keynes, in dem er die handelspolitischen Vorteile bei Aufgabe der Goldparität beschrieb und alle Staaten mit Ausnahme der goldhortenden Länder USA und Frankreich aufforderte, dem britischen Beispiel zu folgen.¹⁰⁴ Die Zeitung bot in ihrem Wirtschaftsteil ein Forum für gründliche, sachkundige Diskussionen, aber keine klare Orientierung.

Obwohl der Chefredakteur Hans Joachim von Neuhaus und die Mehrzahl der Mitarbeiter der DNVP angehörten, konnten die Hamburger Nachrichten zudem in dieser Phase nicht uneingeschränkt als Organ der Hugenberg-Partei gelten, als das sie zumeist angesehen wurden. Ihr Ziel war die Sammlung des rechtsgerichteten Bürgertums im Kampf gegen die Sozialdemokratie. Während der Auseinandersetzungen in der DNVP unterstützten sie die Auffassung des Westarp-Flügels, daß es Pflicht des Konservativen sei, trotz seiner prinzipiellen Ablehnung des »unheilvollen und unfähigen« Weimarer Systems im Rahmen der gegebenen politischen Ordnung für die Verwirklichung seiner Einsichten zu arbeiten, weil er »die Entwicklung [nicht] tatenlos oder gar fördernd zur Katastrophe treiben lassen« könne.¹⁰⁵ Nach der endgültigen Spaltung erhielt Otto Hoetzsch Gelegenheit, die Motive und programmatischen Ziele der Volkskonservativen in einem Leitartikel darzulegen.¹⁰⁶ Von dem Zusammenbruch der Großen Koalition am 27. März bis zur Reichstagsauflösung im Juli 1930 setzte sich die Redaktion der Hamburger Nachrichten in deutlicher Frontstellung gegen Hugenberg immer wieder dafür ein, daß die DNVP dem bürgerlichen Kabinett Brüning eine Chance geben solle. Dessen betonte Entschlossenheit fand ebenso Anerkennung wie die ersten Reformprogramme.¹⁰⁷

Zu einem Kurswechsel kam es, als der Ausgang der Reichstagswahlen deutlich machte, daß nicht der Konservativen Volkspartei, sondern der NSDAP die Mobilisierung einer nationalen Massenbewegung gelang.¹⁰⁸ Von nun an wurde die Entwicklung der NSDAP in den Hamburger Nachrichten mit Interesse und viel Sympathie verfolgt. Ihre Erfolge wurden gefeiert, Schwierigkeiten heruntergespielt. Bei Konflikten mit anderen Parteien oder der Staatsgewalt, bei allen mit konservativem Denken eigentlich unvereinbaren Aktionen galt die nationalsozialistische Rechtfertigung als maßgebend. So übernahmen die Hamburger Nachrichten nach dem Mord an dem kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning die Lesart, die wahren Schuldigen seien die Regierungen, insbesondere die SPD und das Zentrum, denn sie hätten die seelische Verwirrung angerichtet, die zu solchen Verbrechen führe.¹⁰⁹ Die Säuberung der SA von den Anhängern Stennes' wurde wenig später als Beweis für Hitlers ernste Entschlossenheit begrüßt, illegale Methoden der Machteroberung und revolutionäre, sozialistische Bestrebungen in seiner Partei zu verhindern.¹¹⁰ Die Leistungen der NSDAP in der thüringischen Regierung fanden nachhaltigen Beifall, die permanenten Beleidigungen volksparteilicher Politiker, die diese schließlich zur Aufgabe der Koalition mit den Nationalsozialisten veranlaßten, wurden als unbedeutende Stilmängel abgetan.¹¹¹ Diese Förderung durch die auflagenstarke, täglich zweimal erscheinende, alteingesessene Zeitung war für die NSDAP von erheblichem Wert. In gleichem Maß tat sie zwangsläufig der DNVP Abbruch, wenn auch die Stärkung und Festigung der »nationalen Front« seit den Reichstagswahlen 1930 das Ziel der Redaktion war. Vernichtende Kritik an Brünings Wirtschaftspolitik war nun selbstverständlich.¹¹²

Der Hamburger Nationalklub von 1919

In ähnlicher Weise profitierte die NSDAP von dem Interesse überparteilicher »nationaler« Organisationen. Nachdem sie durch die Reichstagswahlen vom September 1930 zur stärksten politischen Kraft im Kampf gegen »den Marxismus« geworden war und Hitler durch seinen »Legalitätseid« vor dem Leipziger Reichsgericht die Furcht vor revolutionären Umwälzungen beseitigt hatte, erhielt er im Dezember 1930 zum zweitenmal Gelegenheit, vor dem exklusiven Hamburger Nationalklub von 1919 zu »tagespolitischen Fragen« Stellung zu nehmen. Der Andrang war nun weit größer als vor vier Jahren. Das konservative hanseatische Großbürgertum glaubte, vom Führer der erfolgreichsten nationalen Partei im internen Kreis unverfälschte Auskünfte über seine politischen Ziele zu bekommen, wie er sie in Wahlversammlungen mit Rücksicht auf die Erwartungen der Massen nicht geben könne. Die meisten Zuhörer sahen nicht, daß Hitler gerade auch vor ihnen taktisch operierte, sich ihren Wünschen anpaßte, um sie als Verbündete bei seinem legalen Kampf um die Macht zu gewinnen.¹¹³

Die Einladung Hitlers brachte dem Nationalklub neue Mitglieder, da Außenstehende nicht zugelassen waren;¹¹⁴ sie führte aber auch zu schweren inneren Differenzen. Nachdem schon das Engagement von Schinckels und anderer Vorstandsmitglieder für das Volksbegehren gegen den Young-Plan eine Kluft zwischen den Anhängern der DVP und der nationalen Opposition aufgerissen hatte, sah eine Minderheit in der Entscheidung, Hitler den Klub als Forum für seine Agitation zur Verfügung zu stellen, eine Verletzung der in den Satzungen vorgeschriebenen Überparteilichkeit. Ein dem Senat nahestehendes Vorstandsmitglied erwog nach Pressemitteilungen, aus dem Klub auszuscheiden.¹¹⁵

Bei den Vortragsveranstaltungen waren stets deutschnationale Politiker und Publizisten als die entschiedensten Verteidiger des alten Staates bevorzugt worden. Nationalsozialisten waren aber seit 1927 nicht mehr, Volksparteiler häufiger als früher zu Wort gekommen. 1929 beherrschten wieder deutschnationale Redner das Feld – ein Zeichen für die langsame erneute Rechtswendung des Klubvorstands im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Young-Plan. Immerhin konnte noch im März 1930 der Reichstagsabgeordnete der DVP, Siegfried von Kardorff, im Nationalklub für die Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien von den Demokraten bis zu den Volkskonservativen zu einer großen Mittelpartei plädieren, die nicht als »Bürgerblock« gegen die Sozialdemokratie antreten, sondern als wesentlich gestärkter Partner nach Bedarf weiterhin mit ihr kooperieren sollte.¹¹⁶

Der Aufschwung der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 1930 sicherte auch im Nationalklub dem rechten Flügel endgültig die Vorherrschaft. Im März 1931 wurde Goebbels zu einem Vortrag gebeten. Zu Beginn des nächsten Jahres traten die beiden der NSDAP nahestehenden Kaufleute, Carl Vincent Krogmann und Hermann Victor Hübbe, in den Vorstand ein.¹¹⁷ Bei einer Tagung mit dem verbündeten Deutschen Herrenklub Ber-

lin erklärten die Vertreter des Hamburger Nationalklubs, »die Schaffung einer großen Rechtspartei« gegen die politische Linke zu erstreben; sie sprachen sich dafür aus, die Nationalsozialisten »immer mehr in den Kreis der Herrengesellschaften und nationalen Klubs« einzubeziehen, und kritisierten, daß sich die Berliner nicht an der Harzburger Front beteiligt hätten. Es beständen daher »erhebliche Zweifel«, ob der Hamburger Klub an der Zusammenarbeit länger festhalten könne.¹¹⁸

Stahlhelm und übrige »nationale« Wehrverbände

Die Entwicklung des Nationalklubs war trotz der geringen Zahl von ca. 500 Mitgliedern wegen ihres gesellschaftlichen Ansehens von erheblicher Bedeutung. Um seinen Einfluß auszuweiten, hatte er sich 1928 mit zahlenmäßig stärkeren nationalen Organisationen, nämlich mit den Vereinigten Vaterländischen Verbänden, den Vereinigten Stadtringen Hamburg-Altona – bestehend aus dem Stahlhelm, dem Nationalverband Deutscher Offiziere, dem Wehrwolf, dem Niedersachsenring und elf weiteren Wehr- und Jugendverbänden –, mit dem Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbek und dem Treubund Nordmark, zum Nationalen Block Nordmark unter Führung seines Vorstandsmitglieds Max von Schinckel zusammenschlossen.¹¹⁹ Die Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen seit der Wahl Hugenbergs zum deutschnationalen Parteivorsitzenden löste auch in den Verbänden Konflikte zwischen den Anhängern der verschiedenen Rechtsparteien aus. So brach das Finanzkuratorium der Vaterländischen Verbände im Dezember 1929 auseinander, weil Vering sich weigerte, die von ihm über den Deutschen Siedlungsbund aufgebrachten erheblichen Gelder Organisationen zur Verfügung zu stellen, die für den Volksentscheid gegen den Young-Plan eingetreten waren.¹²⁰ Umgekehrt schlossen der Stahlhelm und der Nationalverband Deutscher Offiziere die volksparteilichen Bürgerschaftsabgeordneten Erich Feger und Richard Behn aus, weil sie einen Aufruf ihrer Partei gegen das Volksbegehren unterzeichnet hatten.¹²¹ Solche Auflösungsstendenzen beeinträchtigten die Anziehungskraft der Verbände weiter und trieben die Enttäuschten zur NSDAP, zumal die nostalgische Orientierung an der Vorkriegszeit auf die jüngeren, nach Taten verlangenden Aktivisten ohnehin irritierend wirkte.¹²²

Gut behaupten konnte sich allein der Stahlhelm. Er sammelte nun alle diejenigen in seinen Reihen, die sich trotz des Niedergangs ihrer Verbände nicht der NSDAP anschließen mochten und sich besonders von dem sozialistischen Gehabe und rowdyhaften Auftreten der SA abgestoßen fühlten. Lange Zeit hatte der Stahlhelm in Hamburg nur geringe Erfolge erzielen können. Im Oktober 1927 rechnete die Polizei mit ca. 650 Mitgliedern und ca. 140 Angehörigen des Jungstahlhelm. Ende Dezember 1927 berichtete sie zwar über ca. 1000 Mitglieder, doch sei die Teilnahme von jeweils 150 bis 200 Mann an den Veranstaltungen »kläglich«.¹²³ Erst der Hamburger

Stahlhelmtag im Juni 1928 brachte der Frontsoldatenbewegung der Stadt einen starken Aufschwung. Die Zusammenkunft von 138000 Mitgliedern aus dem ganzen Reich demonstrierte die Kraft des Verbandes; ihre disziplinierten Aufmärsche begeisterten das für militärisches Zeremoniell empfängliche konservative Bürgertum. Das Treffen fiel zudem mit der endgültigen Wandlung des Frontsoldatenbundes zu einer politischen Organisation zusammen, die trotz mancher Schwankungen an der Seite der »nationalen Opposition« gegen die Weimarer Republik und ihre führenden Politiker, auch die der DVP, kämpfte.¹²⁴

In der in Hamburg verkündeten zweiten Stahlhelmbotschaft erklärte der Verband 14 Tage nach dem Sieg der Linken bei den Reichstagswahlen, sich der »Einheitsfront« zum »Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den internationalen Marxismus« anschließen zu wollen. Er kritisierte, daß nicht Frontsoldaten, die den Bestand des Reiches durch Einsatz ihres Lebens gerettet hätten, sondern Vertreter »einer mehr international als national gerichteten Demokratie« nach der neuen Verfassungsordnung zur Führung gelangt seien; forderte die Stärkung der Staatsautorität im Innern als Voraussetzung für eine machtvolle Außenpolitik, primär für die Beseitigung des Versailler Vertrags, und setzte sich als wichtigste Aufgabe, die »von den Nutznießern des heutigen Systems« geduldete oder gar geförderte Zerstörung der »religiösen und sittlichen Urkräfte des deutschen Volkstums« zu verhindern. Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Botschaft verlangte der Stahlhelm den Schutz »auch des kleinsten Privateigentums« und die Förderung des Mittelstandes; er wandte sich gegen den »Staatssozialismus« und seine gegenwärtige Ausformung im »Versorgungsstaat«, trat für die »Stärkung des inneren Markts zur Erlangung der deutschen Nahrungsfreiheit«, für Maßnahmen gegen die »Überfremdung« der Wirtschaft und für die Senkung der Gestehungskosten ein, um mit dem Ausland konkurrieren zu können. Den Arbeitern versprach der Stahlhelm in umständlichen, pathetischen Formulierungen die Hebung ihrer gesellschaftlichen Position, verwarf aber Streik und Aussperrung als Mittel des Bürgerkriegs, polemisierte gegen »gleichmachende Lohnpolitik« – gemeint waren Tarifverträge – und suchte im übrigen die Garantie für die gerechte Behandlung der Arbeitnehmer im nationalen Verantwortungsbewußtsein der »Wirtschaftsführer«. Bei der vorangegangenen Pressekonferenz hatte der 2. Bundesführer, Duesterberg, als Protagonist des Flügels, der die Wandlung des Stahlhelm zum nationalen Kampfverband vorantrieb, alle Probleme auf die schlichte Formel gebracht: »Erfüllungspolitik treiben und gleichzeitig die soziale Lage des Volkes heben zu wollen ist unmöglich.«¹²⁵

Dieses Programm unterschied sich in nichts von der politischen Konzeption der DNVP. Obwohl der Stahlhelm die Gewinnung der Arbeitnehmer für die nationale Bewegung als die Lebensfrage des deutschen Volkes ansah, scheiterte er daher an dieser Aufgabe ebenso wie die Deutschnationalen. Die Stahlhelm-Selbsthilfe, die als Gewerkschaftsersatz ohne Anwendung klassenkämpferischer Methoden wirtschaftliche und soziale Verbesserungen für die Arbeitnehmer erreichen sollte, trat in Hamburg kaum in Er-

scheinung; die von den Frontsoldaten unterstützte¹²⁶ in der Praxis ebenfalls wirtschaftsfriedliche Gewerkschaft »Deutsche Hilfe« führte ein Schatten-dasein. Appelle an die nationalen Arbeitgeber, Stahlhelmkameraden bevorzugt einzustellen und zu behandeln, hatten, wie die häufige Wiederholung zeigte, offenbar nicht allzuviel Erfolg, so daß auch dieser Versuch, Arbeitnehmer anzusprechen, fehlschlug.¹²⁷

Das Schicksal der DNVP, die durch die Brückierung der Arbeitnehmer ihren Niedergang einleitete, teilte der Stahlhelm zwar nicht, da er nicht auf große Wählermassen angewiesen war. Das gemeinsame Fronterlebnis, die Erinnerung an die Kameradschaft des Krieges, übereinstimmende außen- und innenpolitische Überzeugungen reichten ihm als integrierende Kraft. Doch ist sein Aufstieg seit 1928 nur relativ im Verhältnis zu seiner früheren Schwäche in Hamburg und im Vergleich zu den Mitgliederverlusten der übrigen Wehrverbände zu sehen. In einer tiefgreifenden sozialen Aufspaltung gingen ihre jüngeren und ihre wirtschaftlich unselbständigen Angehörigen fast ausnahmslos zur NSDAP, während sich die älteren, dem Bürgertum entstammenden überwiegend dem Stahlhelm anschlossen. Daß er dadurch keine Massenbewegung wurde, zeigte eine Erklärung der Hamburger Gauführung, sie lege »schon längst keinen Wert mehr darauf, die Stoßkraft« des Verbandes nach seiner zahlenmäßigen Stärke einzuschätzen, denn die Zahl könne »Herde, eine Minderheit aber Qualität bedeuten«.¹²⁸

Diese Feststellung erinnerte in auffälliger Weise an Hugenbergs und anderer Deutschnationaler Diktum, nicht die Masse, sondern die kleine, entschlossene Gruppe sei im politischen Kampf entscheidend: »Block, nicht Brei!« Die Übereinstimmung ließ erkennen, daß der Hamburger Stahlhelm die Annäherung und Anlehnung des Verbandes an die DNVP voll mittrug. 1928 hatten die Deutsche Volkspartei und der Frontsoldatenbund in der Hansestadt noch versucht, an ihrer Zusammenarbeit festzuhalten,¹²⁹ während auf Reichsebene die Abgeordneten der DVP wegen der Fürstenwalder Haßbotschaft gegen das Weimarer »System« aus dem Stahlhelm ausgetreten waren. Die betonte »schwarz-weiß-rote« Orientierung des volksparteilichen Landesverbandes schien einen solchen Sonderweg zu ermöglichen. Die maßgebende Beteiligung des Stahlhelm am Volksbegehren gegen den Young-Plan, das durch die Zuchthausdrohung gegen alle »Erfüllungspolitiker« auf die Diffamierung nicht zuletzt Stresemanns und Curtius' zielte, führte dann aber auch in Hamburg zum Bruch und zur völligen Eingliederung des Wehrverbandes in die »nationale Opposition«.¹³⁰ Gegenüber der Kritik ehemaliger Sympathisanten bekannte sich die Gauführung ausdrücklich zu seiner Politisierung.¹³¹

Im Sommer 1931 machte der Hamburger Stahlhelm durch ein besonders demagogisches Flugblatt von sich reden, in dem er angebliche Versprechungen der Sozialdemokratie bei Kriegsende mit der Misere der Gegenwart konfrontierte.¹³² Sein soziales Empfinden suchte er seit dem Herbst durch die Einrichtung von »Notküchen« für hilfsbedürftige Stahlhelmkameraden und politische Gesinnungsgenossen unter Beweis zu stellen.¹³³ Die betont wirtschaftsfreundliche Haltung sicherte ihm reichliche Zuwen-

dungen aus Unternehmerkreisen, darunter auch Mittel, die früher anderen, inzwischen erfolgloseren Wehrverbänden zugeflossen waren.¹³⁴ Sie ermöglichten ihm eine rege Propaganda. Er veranstaltete Kundgebungen und Aufmärsche, stellte den Saalschutz für die DNVP und provozierte dadurch, daß er sich durch demonstratives Tragen der Uniform am Kampf um die Straße beteiligte, handgreifliche Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern einschließlich der SA. Er trug so zur Störung der öffentlichen Sicherheit bei, die der Rechtsopposition zum Vorwand diente, den republikanischen Staatsorganen Schwäche vorzuwerfen und ihre Ablösung durch tatkräftige, von parlamentarischen Rücksichten unbehinderte »nationale« Regierungen zu verlangen. Eine eigenständige politische Rolle spielte der Stahlhelm nach seiner Angleichung an die DNVP aber nicht mehr.

Der Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbek

Eine andere Taktik verfolgte zeitweise der Bürgerbund für Hamburg-Altona-Wandsbek, der mit dem Nationalklub, den Vaterländischen Verbänden und dem Stahlhelm im Nationalen Block Nordmark verbündet war. Die komplizierten und schwankenden parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Bürgerbund kamen darin zum Ausdruck. Er war 1919 wie in vielen Städten des Reichs als Abwehrorganisation des Bürgertums gegen »die bolschewistischen und sozialistischen Bestrebungen« gegründet worden,¹³⁵ hatte aber, da sich die liberalen Hamburger Unternehmer ihm verschlossen, zunächst wenig Einfluß gewonnen.¹³⁶ 1929 sympathisierten die Mitglieder hauptsächlich mit der DNVP, ferner mit der DVP und der Wirtschaftspartei, was sich auch in der Zusammensetzung des Vorstands widerspiegelte.¹³⁷ Die Frontstellung gegen SPD und KPD blieb oberster Leitsatz. Im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik vertrat der Bürgerbund die Unternehmerforderungen, die auch für die drei ihm nahestehenden Parteien maßgebend waren. Besonders nachdrücklich setzte er sich für die Interessen des gewerblichen Mittelstandes ein – in seiner Zeitschrift warb er unermüdlich für den Boykott von Warenhäusern und Konsumvereinen –, weil er auf diese Weise sich breiten Rückhalt zu sichern hoffte.

Bis zur Ära Brüning gaben die Anhänger des radikalen deutschnationalen Flügels den Ton an. Der Geschäftsführer Arppe begründete seine Forderung nach rücksichtslosem Kampf gegen alle Feinde der Privatwirtschaft aufgrund eines sozialdarwinistischen Denkmodells: »Wehren wir uns nun nicht bis zur Vernichtung, dann sind wir Feiglinge. Feiglinge aber haben im Daseinskampf keinen Platz und müssen zugrunde gehen; sie sind nichts Besseres wert.«¹³⁸ Die kommunistischen Ausschreitungen in Berlin am 1. Mai 1929 boten Anlaß, der SPD vorzuwerfen, sie habe im November 1918 mitgeholfen, den deutschen Staat zu vernichten, und sei jetzt, im Besitz der Regierungsgewalt, nicht einmal in der Lage, den inneren Frieden zu erhalten. In krasser Polarisierung wurde auf der einen Seite »das staatsert haltende Bürgertum« gesehen, »das für den deutschen Staat mit Leib und

Blut, Arbeit und Schaffenskraft« bürge, während auf der anderen »die staatsfeindlichen Kräfte und deren Helfershelfer« ständen, »die nur eigene oder vaterlandsfeindliche Interessen vertr[ä]ten, sei es aus Vorbedacht, oder aus Dummheit«. ¹³⁹

Als zentrale Ursache der Wirtschaftsdepression galten die Reparationen. ¹⁴⁰ Gemeinsam mit der DNVP und dem Nationalen Block Nordmark veranstaltete der Bürgerbund am 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrags im Juli 1929 drei Protestkundgebungen, bei denen angeblich Zehntausende von Hamburgern in einer Resolution die Revision des »Diktats« forderten, die weitere Leistung von »Frondiensten« verweigerten, »die Rechte eines souveränen, wehrhaften Volkes« zurückverlangten und sich »mit allen Deutschen zu einem freien, wehrhaften Reich von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt« bekannten. ¹⁴¹ Gleichzeitig erschien in der Zeitschrift des Bürgerbunds ein Artikel von Bang gegen den Young-Plan. ¹⁴² Es entsprach dieser Unterstützung für den Hugenberg-Kurs, daß der Hamburger Bürgerbund seine Unterschrift für das Volksbegehren gegen den Young-Plan aufrechterhielt, obwohl die Dachorganisation, der Reichsbürgerrat, ihre nach Bekanntwerden des endgültigen Gesetzestextes wegen der vorgesehenen Bestrafung der am Vertragswerk beteiligten deutschen Regierungsmitglieder als Landesverräter zurückzog. ¹⁴³

Die Fortsetzung dieser radikalen Opposition war nach der Spaltung der DNVP nicht mehr möglich, sollte der Bürgerbund nicht ebenfalls auseinanderbrechen. Sein erster Vorsitzender, Heinrich Otto Traun, blieb bei Hugenbergs Partei, der zweite Vorsitzende, Moritz von Ußlar, spielte eine führende Rolle in der Hamburger Konservativen Volkspartei; unter den Mitgliedern gab es schwere Spannungen. ¹⁴⁴ Die drohende Krise suchte die Verbandsleitung dadurch zu verhindern, daß sie die Bemühungen um die politische Einigung des Bürgertums verstärkte und ihre Agitation wieder auf dieses Thema konzentrierte. Bei den großen Parteien fand sie allerdings wenig Entgegenkommen, die DNVP lehnte selbst lose Vereinbarungen über den Verzicht auf gegenseitige Angriffe im Wahlkampf ab. ¹⁴⁵

Widersprüche in den Stellungnahmen des Bürgerbunds zur Politik des Kabinetts Brüning spiegelten im übrigen die internen Divergenzen wider: Im Juliheft seiner Zeitschrift wurde – vor der Reichstagsauflösung – Enttäuschung über die Entschlußlosigkeit des Kanzlers laut und nach dem »mutigen Mann« gerufen, »der nicht nur mit der berüchtigten roten Mappe spielt, sondern die Volksvertreter, die heute nichts weiter als Parteivertreter bedeuten, nach Hause schickt, um mit Hilfe des Artikels 48 die notwendigen Reformen durchzuführen«. Dies sei kein Plädoyer »für bedingungslose Diktatur«; solange aber das Bürgertum »einen klaren politischen Willen vermissen lasse«, erscheine es richtiger, »den ganzen Krimskrums von Parlamentarismus für geraume Zeit einfach auszuschalten«. ¹⁴⁶ Im nächsten Monat wollte der Bürgerbund dagegen das Regieren mit Hilfe von Notverordnungen nur als »Zwischenlösung« akzeptieren, um die »dringendsten Gelder als Übergang für grundlegende Reformen« zu beschaffen. Ziel der

Wahl müsse sein, der »für Erhaltung des deutschen Staates und der Privatwirtschaft sich verantwortlich fühlende[n] Regierung die Unterstützung des Reichstages« zu sichern. »Aus staatsbewußtem Verantwortlichkeitsgefühl heraus« dürfe sich daher kein bürgerlicher Abgeordneter Brüning versagen und ihn hindern, »die so dringend notwendigen Reformen der Finanzen und der Verwaltung unter Mitwirkung des Parlaments anzubahnen«. ¹⁴⁷ Diese Ausführungen enthielten eine deutliche Absage an Hugenberg's bedingungslose Opposition.

Der Wahlsieg der Nationalsozialisten führte im Bürgerbund im Unterschied zu anderen rechtsstehenden politischen Verbänden zunächst nicht zu einem Auftrieb der radikaleren Kräfte und infolgedessen zu einem Meinungsumschwung in den öffentlichen Stellungnahmen. Im Dezember 1930 berichtete er mit der größten Hochachtung von den Leistungen des Kabinetts Brüning. Den »Radikalismus von rechts« lehnte er ebenso ab wie den von links und warf dem Bürgertum vor, es vergesse bei seiner zunehmenden Hinwendung zum Extremismus, »daß seine berechtigten Ansprüche, die im Staat wurzeln und eng mit dem Staate verknüpft sind, nie und nimmer in einer nur negierenden Oppositionsstellung durchgesetzt werden können«. Nirgends trete es »durch tatkräftige und zielbewußte Mitarbeit in die Erscheinung«, allein der aus der DNVP ausgeschiedene Reichsernährungsminister Schiele bilde eine Ausnahme. ¹⁴⁸

Im Lauf des Jahres 1931 wurde die Unterstützung Brüning's zusehends schwächer; in der Zeitschrift des Bürgerbunds erschienen wieder Artikel, die der Hoffnung auf den Sieg der Rechten und der Genugtuung darüber Ausdruck gaben, daß die »nach links orientierte« Reichstagsmehrheit ihr durch Aufhebung der »Freiheitsrechte«, nämlich durch die Verschärfung der Geschäftsordnung des Parlaments, wertvolle Vorarbeit leiste. ¹⁴⁹ Eine eindeutige Parole zugunsten der Parteien der »nationalen Opposition« konnte der Bürgerbund aber selbst vor den Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 noch nicht ausgeben. Sein Aufruf erlaubte die Wahl aller für die Privatwirtschaft eintretenden Parteien von der Deutschen Staatspartei bis zur NSDAP. ¹⁵⁰ An späterer Stelle erschien im selben Heft der Verbandszeitschrift jedoch ein Artikel aus der Feder des Präsidenten des Landesbürgerrats Bayern, in dem er Brüning's Notverordnungsregime »gegen die nationale Bewegung« scharf verurteilte und allen die Regierung stützenden Parteien ihre »verderbliche Verbundenheit mit den Marxisten« vorwarf. ¹⁵¹ Die Übernahme des Beitrags ließ erkennen, daß auch im Hamburger Bürgerbund die Rechte wieder die Oberhand gewann.

Im Oktober 1931 erhielt W. Arppe, der bis zum Mai 1930 regelmäßig den Leitaufsatz geschrieben hatte, dann aber zurückgedrängt worden war, von neuem Gelegenheit, in der Zeitschrift seine maßlosen Polemiken gegen die Reichsregierung zu veröffentlichen. Den zur Mäßigung Ratenden hielt er entgegen: »Das staaterhaltende Bürgertum muß sich auf den Boden der Tatsachen stellen, wenn es weiter will. Das ist schön gesagt, aber schwer getan, wenn dieser Boden der Tatsachen sich von Tag zu Tag ändert. Das Appellieren an den Geist des Aufbaus wird zur Komödie, wenn diejenigen,

die diesen Appell ausrufen, nichts vorzeigen können, was auch nur entfernt etwas mit Aufbau zu tun hat. Und nun gar das Appellieren an das Vertrauen zur Führung, wenn man beim Führer keine gerade Linie beobachten kann und feststellen muß, daß aus dem letzten Versuch, mit dem Reichstag zu regieren, immer noch wieder ein neuer allerletzter Versuch wird. Das zermürbt und mußte dazu beitragen, daß das Vertrauen zu Brüning so gut wie ganz geschwunden ist. « Es folgten – neben Anerkennung für Hugenberg – die üblichen Vorwürfe wegen der mangelnden Durchschlagskraft der Notverordnungen und der angeblichen Rücksicht auf sozialdemokratische und gewerkschaftliche Forderungen. Das einzige positive Resultat der Ära Brüning sah Arppe darin, daß er »dem zukünftigen starken Mann wertvolle Fingerzeige« bezüglich der Anwendungsmöglichkeiten des Artikels 48 gegeben habe.¹⁵² Nachdem die DVP beim Wiederezusammentritt des Reichstags Anfang Oktober 1931 zur Opposition übergegangen war und die Konservative Volkspartei in Hamburg bei den Bürgerschaftswahlen zugunsten der »nationalen Front« auf eine eigene Kandidatur verzichtet hatte, war auch für den Bürgerbund die Zeit der Unsicherheit, des Schwankens und der politischen Mäßigung vorbei.

Konflikte um den Rechtstrend der Bürgervereine

Die Entwicklung im Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbek ließ die Schwierigkeiten erkennen, in die eine überparteiliche, aber entschieden nationale Organisation infolge der Spaltung der DNVP und des Aufstiegs der NSDAP geriet. Die Tendenzen in den Bürgervereinen, für die nicht im gleichen Maß die »große Politik« dominierte, die sich mehr um kommunale, oft rein technische, praktische oder verwaltungsrechtliche Fragen kümmerten und die auch politisch weithin indifferente oder sehr unterschiedlich denkende Mitglieder umfaßten, spiegelten demgegenüber die wachsende Politisierung und als deren Folge Polarisierung des Bürgertums wider. In den meisten Vereinen fanden sich Anhänger sämtlicher bürgerlicher Parteien zusammen; überwiegend gaben 1928 in ihnen und damit auch im Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine jedoch die Sympathisanten der DVP und der DNVP den Ausschlag. Angriffe von Völkischen des Tannenbergbundes gegen volksparteiliche Vorstandsmitglieder riefen 1928 zwar Unruhe hervor, ein Erfolg war ihnen vorläufig aber nicht beschieden.¹⁵³ Einzelne Nationalsozialisten wie der Rechtsanwalt Curt Korn bemerkten ebenfalls die Chancen, die systematische Bemühungen um Einfluß in den Bürgervereinen boten, doch zeigte die Hamburger NSDAP generell lange Zeit wenig Interesse für diese überalterten Relikte aus der politischen und sozialen Ordnung der Vorkriegszeit.¹⁵⁴ In den Vereinen selbst konnten Nachwuchssorgen und der Wunsch, breitere Massen des Bürgertums zu erfassen, zur Voraussetzung werden, um den Aufstieg der NSDAP mit Aufmerksamkeit, teilweise mit Sympathie und dem Gefühl der Unterlegenheit zu verfolgen.¹⁵⁵

Die Verschärfung der innenpolitischen Auseinandersetzungen und die wachsenden wirtschaftlichen Bedrängnisse förderten seit 1929 die Politisierung der Bürgervereine. Aus Anlaß des zehnten Jahrestags der Unterzeichnung des Versailler Vertrags beteiligte sich der Zentralaussschuß »führend« an einer »unparteiischen« Kundgebung gegen die »Kriegsschuldflüge«. Im November 1929 befaßte er sich ausführlich mit Vorwürfen konservativer Kreise gegen den Norddeutschen Rundfunk, der durch Ausstrahlung politischer Diskussionen und in der »Stunde der Werktätigen« angeblich die gebotene Neutralität verletzt hatte; bei der Beratung über die Errichtung eines Gefallenendenkmals wurden heftige Angriffe gegen die Senatskoalition laut, und bei der einstimmigen Ablehnung der geplanten Errichtung eines Jugendheims in Wulfsdorf ließ sich der Zentralaussschuß im wesentlichen von der Argumentation des deutschnationalen Bürgerschaftsabgeordneten Henningsen leiten.¹⁵⁶ Im Februar 1930 erreichte die Erregung über die schlechte Wirtschaftsentwicklung auch den Zentralaussschuß. Mehrere Redner verlangten, in einer großen Kundgebung über die katastrophale Lage der Unternehmen und die »in Reich und Ländern eingerissene« staatliche Mißwirtschaft »aufzuklären« sowie die Regierungen an ihre verfassungsmäßige Pflicht zum Mittelstandsschutz zu gemahnen.¹⁵⁷

Das Gefühl, an einer »Schicksalswende« zu stehen, gab nach den Reichstagswahlen 1930 dem Wunsch starken Auftrieb, die Bürgervereine nachdrücklicher als bisher in die politischen Entscheidungsprozesse einzuschalten. Sie sollten die Plattform bilden, »auf der die Streitigkeiten der [bürgerlichen] Parteien zum Schweigen gebracht werden«, und zugleich den Willen »deutscher Bürger« verkörpern, sich zu einigen und »auch zur Wehr zu setzen, wo ungerechte Ansprüche an das Bürgertum gestellt werden«.¹⁵⁸ »Die Politisierung der Bürgervereine ist vollzogen«, kommentierte der Berichterstatter der Hamburger Nachrichten, »sie muß irgendwie umgesetzt werden in fruchtbare politische Arbeit«.¹⁵⁹

Meinungsverschiedenheiten, die Zweifel an der als selbstverständlich vorausgesetzten Integrationskraft der Bürgervereine hätten hervorrufen sollen, löste freilich schon die Frage nach der Einbeziehung der Nationalsozialisten in die bürgerliche Einheitsfront aus. Wie immer beunruhigte vor allem die unklare Einstellung zum Privateigentum.¹⁶⁰ Während die Anhänger der NSDAP und ihre Freunde in der DNVP in ihrem nationalen Elan eine ausreichende Garantie gegen umstürzende gesellschaftspolitische Experimente sahen, hielten die Gegner ihren Sozialismus für ebenso gefährlich wie den der »Marxisten«.¹⁶¹ Bei einer Versammlung zur Vorstellung der bürgerlichen Parteien vor den Reichstagswahlen 1930 beharrte der Vorstand des Südwinterhuder Bürgervereins trotz Protesten aus dem Kreis der Zuhörer sogar auf seiner Weigerung, neben Staatspartei, Wirtschaftspartei, DVP, Konservativer Volkspartei und DNVP auch die NSDAP zum Vortrag aufzufordern.¹⁶²

Zu schweren Auseinandersetzungen führte die Beteiligung des Zentralaussschusses an der vom Grundeigentümerverschein initiierten Kundgebung »für Privateigentum und Privatwirtschaft, gegen den wirtschaftszerstören-

den Marxismus« am 3. März 1931. Der Neue Eilbecker Bürgerverein, der Bürgerverein für Harvestehude-Rotherbaum und die Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung Finkenwärder protestierten gegen die bei dieser Veranstaltung praktizierte öffentliche Gemeinschaft mit den Nationalsozialisten, durch die die satzungsmäßig vorgeschriebene politische Neutralität verletzt worden sei. Für den Harvestehuder Verein begründete der staatsparteiliche Bürgerschaftsabgeordnete Eichholz den Einspruch: »Man könne mit jeder politischen Gruppierung kommunale Politik machen, bei der sachliche Gründe noch einiges Gewicht hätten, nur nicht mit den Nationalsozialisten, die jeder praktischen Arbeit abhold seien. Wenn man sie in die Bürgervereine hineinlassen würde, so würden sie bald als Sprengpulver wirken.«¹⁶³

Diese Warnung wies der Eilbecker Bürgerverein von 1875 »entrüstet« zurück; die Vereine ließen sich über die Aufnahme von Mitgliedern keine Vorschriften machen, und zweifellos gehörten ihnen viele an, »die sich offen zur NSDAP bekänten«.¹⁶⁴ Einer von ihnen war vielleicht schon zu dieser Zeit, sicher aber wenige Monate später, der Eilbecker Sprecher selbst. Auch der Vorsitzende des Eimsbütteler Bürgervereins nahm die Nationalsozialisten in Schutz. Die Aufforderung, die Bürgervereine von Politik frei zu halten, habe vor dem Krieg gegenüber einer »starken, zielbewußten Regierung« ihre Berechtigung gehabt, heute aber sei es »ein Skandal, ein Verbrechen am nationalen Volk, [...] dem schlafenden Michel, [statt ihm] die Augen zu öffnen, noch Schlafpulver« zu geben. Durch Aktivierung des Bürgertums müsse die immer stärker steigende »rote Welle« eingedämmt werden. Nach der Weimarer Verfassung gehe die Politik »vom Volke aus, und das sind auch wir und nicht nur die Sozialdemokraten. Unsere Politik aber hat eine sachliche zu sein, und dafür zu sorgen, brauchen wir die geeigneten Führer.«¹⁶⁵ Daß solche Worte in einer Zeit fielen, in der die SPD zunehmend in die Defensive gedrängt wurde, und daß sie im Zusammenhang mit einer Verteidigung der Nationalsozialisten standen, macht deutlich, welche irrationalen Fehleinschätzungen und Illusionen es neben der nüchternen Lagebeurteilung der linken Minorität in den Bürgervereinen gab.

Einen erneuten Vorstoß des Bürgervereins Harvestehude-Rotherbaum, einen klaren Trennungsstrich zur NSDAP zu ziehen, wies der Vorstand des Zentralausschusses mit der Begründung zurück, auf die Mitgliederwerbung der einzelnen Vereine keinen Einfluß nehmen zu können. Er unterband weitere Diskussionen im Plenum über das Thema, vermied aber eine Wiederholung der Auseinandersetzungen, indem er Einladungen zu wirtschaftlichen Kundgebungen nicht mehr annahm.¹⁶⁶ Aufgrund ihrer Erfahrung und ihres Ansehens konnten sich im Vorstand des Zentralausschusses Persönlichkeiten behaupten, die schon vor dem Krieg in dieses Amt gewählt worden waren und nun der DVP oder den konservativen Gegnern des Weimarer Staates nahestanden.¹⁶⁷ Ihr Bemühen, durch Ausklammerung kontroverser Fragen die Einheit der Bürgervereinsbewegung zu bewahren, erschien der rechten Opposition als Schwäche. Sie spielte seit 1930

wiederholt mit dem Gedanken, die Ablösung des gesamten Vorstands oder einzelner seiner Mitglieder zu erzwingen,¹⁶⁸ ohne allerdings bis zur »Gleichschaltung« der politischen Institutionen 1933 ans Ziel zu gelangen.

In den Vereinen selbst gewannen 1931 die Anhänger der »nationalen Opposition« weiter an Boden. Im Zentralausschuß wurden daher in zunehmendem Maß politisch brisante Anträge im Sinne der Rechten zur Debatte gestellt – und zumeist durch Überweisung an einen Ausschuß neutralisiert. So sprachen sich im Dezember 1930 die meisten Diskussionsteilnehmer trotz der Bedenken in Wirtschaftskreisen für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht aus,¹⁶⁹ sie übernahmen die Vorwürfe gegen die Verschwendungssucht des Staates, protestierten gegen die Steuererhöhungen und anderen Wirtschaftsbelastungen in der Notverordnung vom 5. Juni 1931 und machten sich deshalb die von Brüning entschieden bekämpfte Forderung nach Einberufung des Reichstags zu eigen.¹⁷⁰ Mit dem Verlangen nach »unparteiischer Untersuchung des gesamten Geschäfts- und Finanzgebarens der Allgemeinen Ortskrankenkasse« erkannte der Zentralausschuß die Anschuldigungen der Arbeitgeber und der Rechtsopposition als stichhaltig an.¹⁷¹

Vor den Bürgerschaftswahlen 1931 wurden, soweit sich das feststellen läßt, von den meisten Vereinen nur Vertreter der DVP, DNVP und nun auch der NSDAP um Vorstellung ihrer politischen Ziele gebeten.¹⁷² In dem siebenköpfigen Wahlkomitee des Zentralausschusses, das die Verbindung zu den politischen Parteien halten und vor allem über die möglichst günstige Plazierung der von ihm benannten Kandidaten verhandeln sollte, verlor die Staatspartei einen Sitz; es waren jetzt alle bürgerlichen Parteien von ihr bis zur NSDAP mit je einem Vertreter beteiligt.¹⁷³ Der geringe Erfolg der Bemühungen – nur die Staatspartei und die Wirtschaftspartei berücksichtigten die Nominierten an wenig aussichtsreicher Stelle, die NSDAP setzte einen von ihnen auf einen völlig hoffnungslosen Platz¹⁷⁴ – zeigte, wie sehr die politische Bedeutung der Bürgervereine geschwunden war.

Die Enttäuschung über die vernichtende Niederlage der in den Bürgervereinen favorisierten Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei suchte Eichholz zu nutzen, um mehr Verständnis für seine politische Konzeption zu finden: Das Bürgertum könne durchaus noch eine Rolle in den staatlichen Entscheidungsprozessen spielen, wenn es sich nicht einseitig auf den Kampf gegen den Marxismus festlege. Empörter Widerspruch im Zentralausschuß war jedoch die Reaktion.¹⁷⁵ Alle anderen Diskussionsredner stimmten überein, daß nur schärfere Gegenwehr gegen die Sozialdemokratie das Bürgertum retten könne. Die positiven Vorschläge zeugten von einem bemerkenswert geringen Realitätssinn. So empfahl einer die Stärkung der christlichen und nationalen Gewerkschaften als Sicherung »gegen die rote Flut«, obwohl sie in Hamburg nicht einmal bei den Angestellten mit den liberalen und freien Verbänden konkurrieren konnten.

Die einen erhoben selbstkritisch bittere Vorwürfe gegen das Hamburger Bürgertum, das »ein klägliches Mischmasch«, »zu faul und gleichgültig« sei, um »die politischen Parteien mit der Tat zu unterstützen«. Statt sich

den neuen Verhältnissen anzupassen, habe es sich auf den Erfolgen der Vorkriegszeit ausgeruht. Wenn in den Bürgervereinen und im Zentralauschuß stärker politisch gearbeitet würde, dürfte niemand mehr wagen, sie »mit ihrem starken Mitgliederstand beiseite zu schieben«. Die anderen wollten nicht die bürgerlichen Organisationen modernisieren, sondern die Vorkriegsverhältnisse restaurieren. Sie suchten »das für das ganze Bürgertum traurige Wahlergebnis damit zu erklären, daß seinerzeit durch die Vereinigten Liberalen die Hamburger Bürgerschaft politisiert worden sei«. Das »vaterstädtische Parlament« müsse sich wieder, ohne Politik zu treiben, ganz auf hamburgische Interessen konzentrieren, bei denen, so wurde vorausgesetzt, einmütige Entscheidungen nach Sachkriterien möglich wären. »Schaffen wir wieder ein Bürgertum der alten Hansestadt!«, brachte ein Deutschnationaler diese Anschauung auf eine griffige Formel, »dann werden Erfolge bei den nächsten Wahlen sicher sein.«

Dieser hilflose, auf die Vergangenheit statt auf die Zukunft bezogene Optimismus wie überhaupt die Kontroversen über den Weg, dem Bürgertum mehr politischen Einfluß zu verschaffen, waren bezeichnend für die Unsicherheit, mit der weite Kreise dieser Bevölkerungsschicht auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Erschütterung ihrer sozialen Stellung und den Anstieg des Radikalismus reagierten. Für die Parteien generell und erst recht für die erfolgreiche NSDAP waren die um ihren politischen Standort und ihre Rolle in der modernen parlamentarischen Demokratie ringenden Bürgervereine als Partner wenig attraktiv. Ihre tatbereiten, nach politischem Wandel drängenden Mitglieder selbst setzten für die Verwirklichung ihrer Ziele lieber auf die Nationalsozialisten als auf die diskutierenden, handlungsunfähigen Vereine. Zwar gewann seit dem Winter 1930/31 auch die unmittelbare Förderung der NSDAP zum Beispiel durch Einladungen zu Vorträgen, Propaganda für ihre Ideologie und ihre politischen Ambitionen an Bedeutung; dennoch begünstigten die Bürgervereine wie zahlreiche andere bürgerliche Organisationen weniger dadurch als durch ihre Unentschlossenheit und Passivität den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung.

Programmatik und Politik der Hamburger KPD nach dem 6. Weltkongreß der Komintern

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums bemühte sich die KPD, die wachsende Verzweigung und Radikalisierung breiter Bevölkerungsschichten zur Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele auszunutzen. Nach dem 6. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Juli/August 1928 hatten sich in der KPD erneut und endgültig die »Linken« durchsetzen können.¹⁷⁶ Die Leitung des Bezirks Wasserkante – mit dem Sitz in Hamburg – vertrat diese Linie mit besonderem Eifer. Der Kurswechsel war noch keine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, die erst wenige Symptome in einzelnen kapitalistischen Ländern ankündigten, son-

dern durch innenpolitische Auseinandersetzungen und Entwicklungen in der Sowjetunion bedingt. Die Proklamation der »dritten Periode« im Ablauf des ökonomischen und politischen Geschehens seit der Oktoberrevolution, in der die vorausgesehene Zerrüttung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems neue revolutionäre Möglichkeiten biete, wurde aber nachträglich durch den raschen Konjunkturverfall und die weltweite Ausbreitung der Depression bestätigt. Da die KPD sie als Endkrise des Kapitalismus deutete und begrüßte, entfiel für sie die Notwendigkeit, Vorschläge zur Überwindung der Schwierigkeiten zu entwickeln. Bei dem globalen Wirtschaftsverfall, der überall die gleichen Symptome aufweise und mit den gleichen Methoden bekämpft werde, erklärte Dettmann in der Hamburger Bürgerschaft, handle es sich um »die Krise des Kapitalismus an sich«, die zeige, »daß das kapitalistische Zeitalter vollkommen überlebt ist und [...] nur noch einen Fußtritt aller ehrlichen und anständigen Menschen verdient«. ¹⁷⁷

Bei ihrer parlamentarischen Arbeit ließ sich die KPD von dem Gedanken an die agitatorische Verwertung ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Anträge leiten. Das Ziel war, durch weitgehende Forderungen im Interesse der Arbeiter und Erwerbslosen, aber auch der kleinen Angestellten, Beamten und selbständigen Gewerbetreibenden alle proletarisierten Schichten für die KPD zu gewinnen. ¹⁷⁸ So setzte sich die Hamburger Bürgerschaftsfraktion im April 1928 für die Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbesteuer ein, um die Not unter den kleinen Kaufleuten und Handwerkern zu lindern, »die sich leider vielfach noch als Feinde der Arbeiterschaft betätigt[en]«. Das Werben um diese Kreise war freilich von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil die KPD gleichzeitig mit Rücksicht auf die Arbeiterschaft für die Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaft »Produktion« eintrat, die der gewerbliche Mittelstand als ruinöse Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen leidenschaftlich bekämpfte. ¹⁷⁹ Weitreichende Anträge der Hamburger Fraktion zur besseren Versorgung der Erwerbslosen wurden allen kommunistischen Parlamentariern vom Zentralkomitee zur Nachahmung empfohlen. ¹⁸⁰ Dem Einwand, daß sie finanziell undurchführbar und verantwortungslos seien, konnte die KPD leicht begegnen; sie brauchte nur darauf hinzuweisen, daß die von den Reichs- und Landesregierungen betriebene Politik der Einsparungen und Steuererhöhungen zum Zweck des Etatausgleichs den Wirtschaftsverfall beschleunigte und auf diese Weise ebenfalls in die Finanzkatastrophe führte. ¹⁸¹

Ihren Hauptgegner sah die KPD nach der Durchsetzung der »ultralinken« Orientierung verstärkt in der SPD, die sie unter anderem in Anlehnung an ein Verdikt Stalins aus dem Jahr 1924, Sozialdemokraten und Faschisten seien Zwillingbrüder, als »Sozialfaschisten« diffamierte. Dem lag die Auffassung zugrunde, daß die SPD durch die Beteiligung an Regierungskoalitionen oder die Tolerierung des Kabinetts Brüning den bürgerlichen Klassenstaat stabilisiere und sich daher nur durch die Wahl der Methoden, aber nicht grundsätzlich von den Faschisten unterscheide. Bürgerlich-parlamentarische Demokratie, Brünings Präsidialsystem, autoritäre Mili-

tärdiktatur und faschistisches Regime waren für die KPD lediglich verschiedene Formen kapitalistischer Herrschaft. Im Rückblick auf das Jahr 1928 warf der Hamburger kommunistische Bürgerschaftsabgeordnete Heinrich Stahmer der SPD-Führung vor, sie habe durch Fortsetzung der Großen Koalition »erneut ihre Verbundenheit mit den Interessen der besitzenden Klasse bekundet« und auf diese Weise »zur fast restlosen Verschmelzung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie« beigetragen.¹⁸² Anfang 1932 erklärte Dettmann in der Bürgerschaft: »Immer offener entlarvt sich das, was die kommunistische Partei seit dem Jahre 1918 behauptet hat: ob bürgerliche Demokratie, ob faschistische Herrschaftsmethoden, ob Diktaturmethoden des Kapitals, alle Methoden werden angewendet in der von der Bourgeoisie beliebten Weise zur Stützung des kapitalistischen Systems, zur Niederhaltung der Arbeiterschaft.« SPD und NSDAP stellte er wenig später ohne jede Einschränkung auf eine Stufe: »Was die Sozialdemokratische Partei heute tut durch ihre führenden Regierungsstellen, das unterscheidet sich in nichts von dem, was die Nationalsozialisten in Thüringen getan haben und heute in Braunschweig tun. Deshalb ist für uns die Tatsache feststehend, daß sie Feinde des Proletariats sind, und wo wir sie stören können, werden wir sie stören. Unsere Aufgabe ist es, jede Stütze des Kapitalismus zu schwächen, gleich ob es sich um Sozialdemokraten oder Nationalfaschisten handelt.«¹⁸³

Angebote zu begrenzter Zusammenarbeit wie der – wahrscheinlich bloß taktisch motivierte – Vorschlag, eine arbeiterfreundliche Politik eines reinen SPD-Senats zu unterstützen, wurden nach den Bürgerschaftswahlen im Februar 1928 noch einmal wiederholt,¹⁸⁴ später aber nicht mehr aufgegriffen. Der Hamburger Polizei fiel auf, daß der Wahlkampf mit besonderer Schärfe gegen die SPD geführt worden war.¹⁸⁵ Mehrfach kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und dem Rotfrontkämpferbund. Im Mai und September 1928 erlitten Reichsbannerleute bei solchen Gefechten in Barmbeck und Geesthacht tödliche Verletzungen.¹⁸⁶

Aktionen dieser Art, die einfache sozialdemokratische Proletarier trafen, waren umstritten und spielten nur zeitweilig eine Rolle. Unbeirrt hielt dagegen die KPD an ihrer Absicht fest, in allen Arbeiterorganisationen durch »Entlarvung« der sozialdemokratischen Führung die Mitglieder von ihr zu trennen. Eine Betrachtung zur Finanzpolitik des Senats in der Hamburger Volkszeitung vom 17. Januar 1930 stand unter der Überschrift: »Generalangriff gegen die Hungernden. Die sozialdemokratischen Führer als Schrittmacher des brutalsten Sozialfürsorgeabbaues und Verfechter der Lohndrückerei!« In einer verbotenen Nummer der Zeitung versuchte die KPD im Februar 1931, zur Vorbereitung eines »Hungermarsches« auf Hamburg Aufrührerstimmung unter den Erwerbslosen zu erzeugen, indem sie voraussagte, die knappen Etatansätze für alle sozialen und kulturellen Ausgaben würden in den ersten vier bis fünf Monaten des kommenden Haushaltsjahres zu brutalen Kürzungen und dann zur völligen Streichung der Wohlfahrtsunterstützungen zwingen, weil die Mittel verbraucht und

für Überschreitungen keine Reserven vorhanden seien. Diese »Enthüllungen« über die angeblichen Finanzpläne des Koalitionssenats verband die KPD mit heftigen Angriffen gegen die »verlumpfte reformistische Gewerkschaftsbürokratie« und die SPD. Ihrer »bereitwilligsten Hilfe« für jede Ausbeutungspolitik hätte sich das herrschende Bürgertum von vornherein sicher sein können. »Wer dem Kapitalismus die Bluthunde zur Niederschlagung der Revolution 1918/19 stellte, der wird auch die brutalsten Fronvögte zur Ausplünderung der werktätigen Massen stellen, wenn diese Posten nicht nur sehr gut bezahlt werden, sondern so beiläufig auch gesellschaftsfähig machen. So, wie die Polizei sich ihre Achtgroschenjungen, Vigilanten und Spitzel hält und sie durch Geld zu den schäbigsten Zwecken gebraucht, so hält sich die Bourgeoisie ihre sozialdemokratischen Minister, Regierungs- und Polizeipräsidenten, Bürgermeister und sonstige[n] ihren Zwecken dienlichen Beamten.«¹⁸⁷ Der Trennung von Arbeiterschaft und sozialdemokratischer Führung sollten auch der Aufbau von Oppositionsgruppen in den Gewerkschaften, die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen mit eigenen Listen seit 1929, die Schaffung konkurrierender »roter« Einheitsverbände und die Versuche zur selbständigen Organisation von Lohnstreiks dienen.¹⁸⁸

Da SPD und KPD als Arbeiterparteien um dasselbe Anhängerpotential stritten, behielt der Kampf gegen die »Reformisten« Priorität, selbst als die wachsenden Erfolge der Nationalsozialisten sie zu einer immer ernsteren Bedrohung für die marxistischen Organisationen gleich welcher Richtung werden ließen. Die KPD-Führung tendierte dazu, den Charakter und die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Bewegung falsch einzuschätzen. Heinz Neumann und seine Anhänger sahen in ihr hauptsächlich die Schlägertruppe der herrschenden Klasse, die nicht mittels intellektueller und politischer Auseinandersetzung, sondern nur durch physische Gewalt beim »Kampf um die Straße« zurückzudrängen sei. Unter der von ihm geprägten Parole: »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft«, kam es seit dem Herbst 1929 überall verstärkt zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten oder – seltener – Stahlhelmen. In der Hamburger Volkszeitung wurde täglich unter dieser Überschrift zu Gewalttätigkeiten gegen die »Nationalfaschisten« aufgefordert.¹⁸⁹ Drei Menschen fanden bis zum Herbst 1931 in der Hansestadt bei solchen blutigen Konflikten den Tod, mindestens 20 wurden schwer verletzt.¹⁹⁰ Daß die Nationalsozialisten durch die Angriffe Gelegenheit erhielten, sich dem Bürgertum als einzige wirksame Gegenkraft gegen den kommunistischen Terror zu empfehlen, und die Autorität des Weimarer Staates durch die dauernden politischen Unruhen untergraben wurde, löste bei der KPD keine Bedenken aus, da sie die parlamentarische Demokratie und das aus ihr degenerierte Präsidialsystem ebenso negativ beurteilte wie die faschistische Diktatur.

Über das Wachstum der NSDAP, das die eigenen Wahlerfolge bei weitem übertraf, tröstete sich die KPD-Führung mit Illusionen hinweg. In seiner Analyse des Reichstagswahlergebnisses vom September 1930 stellte das Zentralkomitee fest, die »Gewinne der Nationalsozialisten auf Kosten

der bürgerlichen Mittelparteien und der SPD [seien] zwar ein wesentliches Zeichen der allgemeinen Verschärfung der Lage, der Faschisierung, aber nicht vergleichbar mit dem Fortschreiten der proletarischen revolutionären Massenbewegung unter der Fahne des Kommunismus«. ¹⁹¹ In ähnlicher Weise glaubte die Hamburger KPD vor den Bürgerschaftswahlen 1931, die NSDAP völlig außer Betracht lassen zu können. Im Wahlkampf müsse die KPD »neue Schichten der Werktätigen« für sich gewinnen, verlangte Thälmann bei der vorbereitenden Delegiertenkonferenz; denn die Geduld eines Volkes habe Grenzen, und wenn sie nach den schlimmen Belastungen des vergangenen Jahres erschöpft sei, dann bleibe nur die Entscheidung für die einzige Partei übrig, »die ihm hilft und die seine Kämpfe führt, die Kommunistische Partei«. Thälmanns Anweisungen für die Agitation richteten sich ausschließlich gegen das »Brüning-System«, die »volksfeindliche« Politik des Hamburger Senats und besonders der sozialdemokratischen Führung; die NSDAP wurde nicht einmal erwähnt. ¹⁹²

Zwar proklamierten die zentralen Gremien wiederholt den verschärften Kampf gegen den Faschismus; er wurde aber in der Praxis mit wechselnder Intensität geführt und kam bei Funktionärsversammlungen in Hamburg 1930/31 kaum zur Sprache. Der verschwommene, weite Faschismusbegriff, der Sozialdemokraten, Zentrumsanhänger, Mitglieder des Brüning-Kabinetts und Rechtsradikale umfaßte, mußte Verwirrung unter den Sympathisanten und einfachen Genossen stiften und die Abwehr des Nationalsozialismus behindern.

Die zutreffende Beobachtung, daß die NSDAP ihren Aufschwung vor allem dem Zulauf der notleidenden, verzweifelten Angestellten, kleinen Beamten und mittelständischen Gewerbetreibenden verdankte, verleitete die KPD-Führung zu falschen Hoffnungen. Nachdem sie seit 1928 vergeblich versucht hatte, diese Gruppen zu gewinnen, um sich eine über das Proletariat hinausreichende Massenbasis zu schaffen, sah sie in der Mobilisierung und Politisierung der »werkstätigen Mittelschichten« die Chance, ihrem Ziel näherzukommen. Sie erwartete, die von den Nationalsozialisten verführten Massen zu sich herüberziehen zu können, wenn sie selbst ihre – glaubwürdigeren – sozialistischen Forderungen mit nationalen Parolen verband. In ihrem »Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes«, das am 24. August 1930 als Aufruf zu den Reichstagswahlen veröffentlicht wurde, klagte die KPD die Regierungen und die Sozialdemokratie des »fortgesetzten Hoch- und Landesverrats an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands« an, sie verurteilte »die auf Grund des Versailler Gewaltfriedens durchgeführte territoriale Zerreißung und Ausplünderung Deutschlands« und versprach, im Falle ihrer »Machtergreifung« den »räuberischen Versailler Friedensvertrag« und den Young-Plan, der Deutschland knechtet, [zu] zerreißen [... sowie] alle internationalen Schulden und Reparationszahlungen, die den Werktätigen Deutschlands durch die Kapitalisten auferlegt sind, [zu] annullieren«. ¹⁹³

Im Sinne der taktischen Zielsetzung dieses Programms bemühten sich

die Hamburger Kommunisten in den Wahlkämpfen 1930 und 1931 wie auch in der Krise des Sommers 1931 intensiv um die »kleinen Geschäftsleute und Handwerker« – unter anderem mit speziellen Stadtteilzeitungen.¹⁹⁴ Wie die Wahlergebnisse zeigten, blieb ihnen aber ein Erfolg weitgehend versagt. Die ideologische Annäherung an die NSDAP konnte deren mittelständische Anhänger nicht überzeugen; dagegen entstand die Gefahr, daß sie Mitglieder und Sympathisanten der KPD in der Arbeiterschaft abstieß und so die Widerstandskraft der Partei gegen die nationalsozialistische Bedrohung schwächte.

Die wenigen konkreten Vorschläge zur Behebung der wirtschaftlichen und sozialen Notstände waren widersprüchlich und undurchführbar, zum Beispiel die Forderung nach Einführung der 28-Stunden-Woche und Kaufkraftvermehrung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Im übrigen bot das Programm vage Hinweise auf die Leistungen der Sowjetunion für die Arbeiterschaft und Ankündigungen über die Enteignung und Entmachtung aller Großunternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft. Es gab den Wählern die Möglichkeit, durch ihre Entscheidung für die KPD ihrem Protest gegen die miserablen Lebensbedingungen und ihren aus der Verzweiflung geborenen sozialen Ressentiments Ausdruck zu verleihen, zeigte aber denen, die nicht den revolutionären Umsturz des bestehenden Systems erstrebten, keine Perspektive für die Überwindung der Schwierigkeiten. Auch insofern war es nicht geeignet, über den radikalen Teil der marxistisch geschulten Arbeiterschaft hinaus breitere Schichten dauerhaft an die KPD zu binden.

In der Gewinnung der Mittelschichten sah die KPD eine von drei Voraussetzungen für die Auslösung des bewaffneten Aufstands. In der Bürgerschaft gab Dettmann ausdrücklich zu, daß sie Aktionen vorbereite, »die durchaus zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen« würden. Die erste Vorbedingung dafür sei bereits erfüllt, denn die KPD habe die Mehrheit »im ausschlaggebenden, fortgeschrittensten Teil der Bevölkerung, in der Arbeiterschaft«, in den Industriezentren Berlin, Ruhrgebiet, Oberschlesien erreicht. Die zweite sei zur Hälfte verwirklicht: Die Mittelschichten hätten erkannt, »daß es unter diesem fluchwürdigen System nicht weitergehen kann«, und sich von den Mittelparteien der radikalen, aber genauso kapitalistischen NSDAP zugewandt. Diese »vorübergehende Erscheinung und Verwirrung« werde durch die Arbeit der KPD überwunden. Wie weit sie hinsichtlich der dritten Voraussetzung, der Unterwanderung der Polizei und Reichswehr, gelangt war, ließ Dettmann im unklaren.¹⁹⁵

Tatsächlich plante die KPD keinen bewaffneten Aufstand, da es ihr bis zum Ende der Weimarer Republik nicht gelang, die für notwendig gehaltenen Vorbedingungen zu schaffen. Die häufigen prononcierten Bekenntnisse zur gewaltsamen Errichtung der Diktatur des Proletariats¹⁹⁶ – unter ausdrücklicher Erinnerung an den Hamburger Aufstand von 1923 – riefen aber bei den Regierungsparteien und Staatsorganen Unruhe und Mißtrauen hervor und führten dazu, daß sie auf Aufforderungen zum Widerstand gegen Anordnungen der Behörden, auf verbotene Demonstrationen und Wider-

setzlichkeiten gegen die Polizei mit großer Härte reagierten. Wiederholte mehrtägige Verbote brachten die Hamburger Volkszeitung in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Mehrfach kam es zu regelrechten Gefechten mit der Polizei. Versuche, wilde Streiks im Hafen auszulösen, beantworteten sozialdemokratische Betriebsräte dadurch, daß sie bei den – aus finanziellen Gründen notwendigen – Entlassungen vorzugsweise Kommunisten in Vorschlag brachten, die nach ihrer Meinung wieder eine Situation wie 1923 schaffen wollten.¹⁹⁷ Diese Konfrontation mit der durch den sozialdemokratischen Polizeiherrn Schönfelder repräsentierten Staatsmacht bzw. mit den »reformistischen« Funktionären in den Betrieben vertiefte die Kluft zwischen KPD und SPD, so daß sie keine der beiden Parteien überbrücken wollte, als der Sieg der Nationalsozialisten eine Zusammenarbeit erfordert hätte.

Organisatorische Schwächen und interne Konflikte der KPD

Ein wesentliches Hindernis, um »das Anwachsen der revolutionären Masseninitiative«¹⁹⁸ für einen entscheidenden Schlag gegen den bürgerlichen Klassenstaat und den Faschismus zu nutzen, sah die KP-Führung selbst in den organisatorischen Schwächen der Partei.¹⁹⁹ Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die in der Wirtschaftskrise gewonnenen Millionen neuer Wähler fest in die KPD einzugliedern. Schon für 1927 zeigte eine Statistik, die 88,5 % der abgerechneten Mitglieder in Groß-Hamburg erfaßte, daß die KPD einige nach ihrer Auffassung besonders wichtige organisatorische Ziele nicht erreicht hatte.²⁰⁰ Nur 9,6 % ihrer Mitglieder waren in Großbetrieben mit mehr als 1000 Arbeitnehmern beschäftigt, aus denen eigentlich die politische Avantgarde des Proletariats kommen sollte. 21,1 % hatten ihren Arbeitsplatz in Kleinbetrieben mit bis zu 50 Beschäftigten, 6,6 % in Betrieben mit 51 bis 100 Beschäftigten und 21,6 % in Betrieben mit 101 bis 1000 Beschäftigten. Insgesamt standen also nicht mehr als 56,9 % der Parteimitglieder im Betrieb. 73,6 % waren Handarbeiter, 18,1 % Hausfrauen, 4,2 % Kopfarbeiter und nur 4,1 % Kleingewerbetreibende, um die sich die Hamburger KPD in dieser Zeit bereits intensiv bemühte. Allerdings hatte sie relativ mehr Angehörige dieser letzten Gruppe in ihren Reihen als die Reichsorganisation, in der es 1927 nur 2,3 % waren. Im übrigen entsprachen die Verhältnisse in Hamburg ungefähr der Situation in ganz Deutschland, wo 53,2 % der KPD-Mitglieder in Betrieben beschäftigt waren, unter ihnen 11,0 % in Großbetrieben mit mehr als 1000 Arbeitnehmern, und 80 % den Beruf eines Handarbeiters angaben.²⁰¹ Zur Berufsstruktur paßte, daß 96,4 % der erfaßten Hamburger Genossen die Volksschule, 2,8 % die Mittelschule und 0,8 % die höhere Schule besucht hatten.²⁰²

Wiederholt beklagte die Hamburger Parteiführung die Schwierigkeiten, die Jungarbeiterschaft zu erreichen. 1927 waren am Ort 10,5 % der Mitglie-

der zwischen 18 und 25, 13,4 % bis 30, 32,1 % bis 40, 26,5 % bis 50 und 17 % über 50 Jahre alt. Seit 1923 war der Anteil der Jungen zugunsten der mittleren Jahrgänge zurückgegangen. Im Vergleich zur Gesamtpartei war die Hamburger KPD verhältnismäßig alt. Die Zahlen für die entsprechenden Altersgruppen lauteten für das Reich: 12,3 % – 19,5 % – 32,7 % – 21,9 % – 13,4 %; das heißt: die jüngeren Genossen im Alter bis zu 30 Jahren waren in Hamburg deutlich unter-, die über 40 Jahre alten überrepräsentiert. Die KPD wirkte anziehender auf junge Menschen als die SPD und erst recht als die bürgerlichen Parteien und Organisationen, mit der NSDAP vermochte sie aber in dieser Hinsicht nicht zu konkurrieren.²⁰³ Auch nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise konnte die KPD des Bezirks Wasserkante trotz der sorgsam beobachteten Radikalisierung der Jugend zumindest bis Mitte 1930 keine größeren Erfolge bei ihr erringen. Nach einem offiziellen Parteibericht hatte der Kommunistische Jugendverband im gesamten Bezirk zu diesem Zeitpunkt nur 1350 Mitglieder, von denen lediglich 135 in Betriebszellen erfaßt waren. In allen Großunternehmen Hamburgs bestanden nur 12 kommunistische Jugendbetriebszellen. Von den ca. 5000 im Hamburger Hafen und auf den Werften beschäftigten Lehrlingen und Jugendlichen waren nach parteiinternen Angaben nur 25 bei der KPD organisiert.²⁰⁴

Einige andere Ergebnisse der Parteikontrolle von 1927 entsprachen ebenfalls nicht den Erwartungen der Führung. 28,3 % der Hamburger Mitglieder gehörten noch der Kirche an, was wohl zum Teil darauf zurückzuführen war, daß sie sich erst vor kurzem der KPD angeschlossen hatten.²⁰⁵ Obwohl in dieser Phase jeder Kommunist freigewerkschaftlich organisiert und tätig sein sollte, erfüllten in Hamburg nur 60,6 % der Genossen diese Forderung. 38,9 % kamen aus der SPD, 18 % hatten sie nach mehr als zehnjähriger, 5,1 % nach mehr als zwanzigjähriger Mitgliedschaft verlassen.²⁰⁶ Dieser relativ niedrige Prozentsatz alter Sozialdemokraten deutet darauf hin, daß viele, die in der Revolutionsphase oder nach der Auflösung der USPD zur KPD übergegangen waren, sich seither in Reaktion auf die Richtungskämpfe und die »Stalinisierung« der Partei wieder von ihr getrennt hatten.

Die Auseinandersetzungen der Gruppe um Thälmann mit den »Rechten« und den »Versöhnlern« führte 1928/29 auch in Hamburg zu neuen Mitgliederverlust und Veränderungen im Funktionärskörper der KPD. Da die Gegner der Linksschwenkung keine Chance sahen, sich politisch durchzusetzen, versuchten sie, Thälmann wegen seiner Verwicklung in die Unterschlagungsaffäre Wittorf zu stürzen. Am 26. September 1928 entthob das Zentralkomitee den Parteivorsitzenden aller seiner Funktionen, weil er die Veruntreuung großer Summen durch den ihm befreundeten Polleiter des Bezirks Wasserkante und Fraktionsführer der KPD in der Hamburger Bürgerschaft vertuscht hatte. Auf Intervention Stalins setzte jedoch das EKKI-Präsidium, dem die endgültige Entscheidung überlassen worden war, Thälmann am 6. Oktober wieder in alle Ämter ein. Es begnügte sich mit einer Rüge und tadelte das Zentralkomitee der KPD wegen der »für die

Partei höchst gefährlichen« Veröffentlichung der Resolution mit der Verurteilung Thälmanns.²⁰⁷

Dieser Ausgang der Affäre löste in der Hamburger Organisation bei unteren Funktionären und Mitgliedern eine Welle der Empörung aus. Die Bezirksleitung selbst hatte sich anfangs als einzige mit Mehrheit gegen die Absetzung Thälmanns gewandt,²⁰⁸ für ihre Haltung an der Basis aber kein Verständnis gefunden. Bei Parteiarbeiterversammlungen zerrissen Funktionäre ihre Mitgliedsbücher; führende Genossen protestierten in Rundbriefen und Schreiben nach Moskau gegen den Beschluß des EKKI. Die Aktivitäten der KPD im Bezirk Wasserkante waren zeitweise gelähmt. Eine große Austrittsbewegung schien bevorzustehen. Die Bezirksleitung konnte sie schließlich verhindern, indem sie die Aufmerksamkeit von dem Skandal fort auf die schweren Wirtschaftskämpfe dieses Winters, vor allem den vierzehnwöchigen Werftarbeiterstreik lenkte, der am 1. Oktober 1928 begonnen hatte. Funktionäre, die weiterhin gegen die Korruption in der Parteiführung polemisierten, wurden gemäßregelt.²⁰⁹

Zu der Bezirksparteiarbeiterkonferenz am 25. November 1928, die die Beschlüsse des 6. Weltkongresses der Komintern billigen sollte, wurden der Opposition zugerechnete wichtige Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre gar nicht erst eingeladen. Der Bürgerschaftsabgeordnete Hans Westermann fand daher keine Unterstützung für seine Warnung vor den Gefahren des neuen Kurses. Er wurde als unehrlicher Opportunist kritisiert und wenig später ebenso wie Heinrich Stahmer und andere um Einfluß in den Gewerkschaften bemühte Genossen aus der KPD ausgeschlossen. Wie bei der sorgfältigen Regie nicht anders zu erwarten war, bejahte die Parteiarbeiterkonferenz mit großer Mehrheit die vom 6. Weltkongreß beschlossene politische Linie. Bei den vorbereitenden Funktionärs- und Zellenversammlungen in den verschiedenen Stadtteilen hatte sich aber in manchen beträchtliche Opposition gegen den Kurs der Bezirksleitung gezeigt. Die Holzarbeiterfraktion bereitete ihr dadurch, daß sie einen Ausschlußantrag gegen zwei führende Genossen mit 50 gegen 5 Stimmen ablehnte, eine empfindliche Niederlage.²¹⁰

Nach dem Ende der Arbeitskämpfe im Groß-Hamburger Wirtschaftsgebiet nahmen die Auseinandersetzungen um die Behandlung der Wittorf-Affäre und die neue Parteilinie zu. Bei Parteiarbeiterversammlungen im Januar und Februar 1929 kam es zu stürmischen Debatten. Die Beschlüsse der Reichsgewerkschaftskonferenz, den Kampf gegen die »Reformisten« durch Ausbau der RGO und Konkurrenz bei den Betriebsrätewahlen zu verschärfen, wurden von einem Drittel der 500 zur Beratung eingeladenen Hamburger Funktionäre zugunsten der Vorschläge der »Versöhner« abgelehnt.²¹¹ In zäher Kleinarbeit gelang es der Opposition, die bis zur Wittorf-Affäre aus einigen Intellektuellen, Redakteuren und Angestellten der russischen Handelsvertretung bestanden, aber keinerlei Kontakt zur Masse der Mitglieder oder zu den Betrieben gehabt hatte, ihren Einfluß zu verstärken. Sie gewann nun Rückhalt bei der Arbeiterschaft, da sich vor allem Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre für sie entschieden. Durch den Übertritt

erfahrener Genossen erhielt sie einen guten Stamm von Vertrauensleuten; sie konnte in 20 Stadtteilen und Ortsgruppen des Bezirks Fuß fassen, eine Stadtteilleitung und mehrere wichtige Parteiämter besetzen. Allerdings blieb die organisierte KP-Opposition mit 100 bis 150 Mitgliedern in Hamburg zahlenmäßig unbedeutend,²¹² nur dank der Qualität der ihr zugehörenden Genossen stellte sie eine Gefahr für die etablierte KPD dar. Die Bezirksleitung reagierte mit massiven Repressionen: 50 Funktionäre wurden aus der KPD ausgeschlossen, rund 120 ihrer Ämter enthoben.²¹³ Andere Genossen schieden aus Solidarität mit den Gemäßigten oder weil sie den Kurswechsel ablehnten, aus der Partei aus. So verlor eine 128 Mann starke Abteilung des Rotfrontkämpferbundes 36 Mitglieder; eine Gruppe des Kommunistischen Jugendverbands wurde aufgelöst, weil sich die 35 jungen Genossen einmütig hinter ihren von der Bezirksleitung ausgeschlossenen Führer gestellt hatten.²¹⁴

Die Arbeit der KPD wurde durch die internen Kämpfe und den Verlust bewährter Funktionäre erheblich beeinträchtigt. Die Mitgliederversammlungen der Hamburger Zellen und Stadtteilgruppen waren Anfang 1929 schlecht besucht. Nicht einmal nach den schweren Zusammenstößen mit der Polizei in Berlin am 1. Mai 1929 und den anschließenden Barrikadenkämpfen, bei denen 25 Kommunisten den Tod gefunden hatten und 36 schwer verletzt worden waren,²¹⁵ gelang es der Hamburger Parteiführung, Genossen und Sympathisanten zu größeren Protestkundgebungen zu mobilisieren. Der Aufruf der Zentrale zum Warnstreik wurde nur von wenigen Arbeitern befolgt. Ebensowenig wurde in Hamburg trotz eifriger Bemühungen der Bezirksleitung der Parole entsprochen, sich nach dem Verbot des Rotfrontkämpferbundes am 6. Mai 1929 den polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen zu widersetzen.²¹⁶ Die starke Fluktuation unter den Mitgliedern hielt an. 1929 standen nach einem parteiinternen Bericht im Bezirk Wasserkante 3000 Neuaufnahmen 2000 Abgänge gegenüber.²¹⁷

Die Mitgliederverluste als Folge der innerparteilichen Auseinandersetzungen und die Neuzugänge in Reaktion auf die Verschärfung der Wirtschaftskrise führten zu einem tiefgreifenden Strukturwandel der KPD.²¹⁸ Leider ist er bisher für Hamburg nur höchst unvollständig zu erfassen. Sicher ist, daß den Wahlgewinnen kein entsprechender organisatorischer Erfolg gegenüberstand. Die Zahl der KPD-Wähler wuchs zwischen den Bürgerschaftswahlen 1928 und 1931 von 114 257 auf 168 674. Sie erreichte damit freilich den höchsten Stand, bei den Bürgerschaftswahlen im April 1932 ging sie wieder auf 119 481 zurück. Wie nicht anders zu erwarten, erzielte die KPD ihre größten Zuwachsraten in den alten Arbeiterwohnvierteln Neustadt, St. Pauli und St. Georg, in denen sie immer ihre Hochburgen gehabt hatte. In der Neustadt lag das Sanierungsgebiet des Gängeviertels, das schon vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise als »Klein-Moskau« gegolten hatte.²¹⁹ Aus dem Rahmen fiel der angrenzende Wahlbezirk Altstadt, der zwar ebenfalls überdurchschnittlich viele, wenn auch weniger Arbeiter beherbergte als die übrigen typischen Arbeiterviertel,

daneben aber auch relativ vielen selbständigen Gewerbetreibenden Wohnung bot. Die KPD gewann hier nur verhältnismäßig wenige Wähler hinzu, die SPD verlor trotzdem mehr Unterstützung als im Durchschnitt der Stadt, die NSDAP wurde mit einem Drittel der Stimmen stärkste Partei. Im allgemeinen korrespondierten die Erfolge der KPD mit gravierenden Einbußen der SPD, dagegen waren sie in Barmbeck offenbar auf die Mobilisierung von Neuwählern oder bisherigen Nichtwählern zurückzuführen.²²⁰

Die Mitgliederzahl der Hamburger KPD verdoppelte sich im Verlauf der Wirtschaftskrise.²²¹ Dieser Zuwachs entsprach ungefähr der Entwicklung im Reich und im Bezirk Wasserkante.²²² Absolute Zahlen sind schwer greifbar. Im Bezirk verfügte die KPD 1930 über 10960 abgerechnete Mitglieder.²²³ Nach Mitteilungen einer kommunistischen Oppositionsgruppe soll sie in Hamburg Anfang Mai 1929 nur rund 5000 eingeschriebene Genossen gehabt haben.²²⁴ Dies würde bedeuten, daß sie es bis Anfang 1932 wieder auf rund 10000 Mitglieder brachte, also noch immer hinter ihrem Höchststand von 1923 zurückblieb. Die SPD hatte zu dieser Zeit 56744, die NSDAP im September 1930 schätzungsweise knapp 2000 und im Januar 1933 rund 12000 Mitglieder in Hamburg.²²⁵

Die starke Mitgliederfluktuation blieb besorgniserregend, wie die Parteiführung in Funktionärsversammlungen und internen Berichten wiederholt zugab.²²⁶ Eine der Ursachen war darin zu suchen, daß die KPD zunehmend zu einer Organisation der Erwerbslosen wurde, die ihren Protest zum Ausdruck bringen wollten, rasch aber auch wieder in Lethargie versinken oder sich einer anderen extremistischen Partei zuwenden konnten. Dauerhafte Erfolge bei den Betriebsarbeitern blieben der KPD weiterhin versagt. Sie konnte weder in den Freien Gewerkschaften eine beachtliche Position erringen, noch bei den Betriebsrätewahlen eine Rolle spielen, noch selbständig größere Streiks durchführen.²²⁷ Die eifrigen Bemühungen um die werktätigen »Mittelschichten«, Angestellte, untere Beamte, kleine Kaufleute und Handwerker, fanden wenig positive Resonanz. Die unzureichende Jugendarbeit war immer wieder Thema herber Kritik der Bezirksleitung.²²⁸ Die Sympathisanten zeigten im allgemeinen keine Bereitschaft, persönliche Risiken einzugehen. Die Auslösung von politischen Massenaktionen und -streiks erwies sich als unmöglich, wie sich nach dem »Berliner Blutmai« 1929 und bei den »Hungerunruhen« im Sommer 1931 zeigte, an denen sich fast nur die kommunistischen Kader beteiligten.

Bis zu den Bürgerschaftswahlen 1931 entfaltete die Hamburger KPD lebhaftere Aktivitäten, dann verzeichnete die Polizeibehörde, daß sie infolge organisatorischer Mängel erlahmten.²²⁹ Nach einer in der nationalsozialistischen Presse veröffentlichten, aber anscheinend authentischen Quelle schrumpfte die Nachfolgeorganisation des 1929 verbotenen Rotfrontkämpferbundes, der Kampfbund gegen den Faschismus, zwischen März 1931 und Februar 1932 von 1360 auf 354 Mann. Weitere 305 Mann waren nun in nichtuniformierten »Erwerbslosenstaffeln« zur Agitation und Aufwiegelung an den Stempelstellen zusammengefaßt, die restlichen 700 aber

ausgetreten oder wegen völligen Desinteresses von der Mitgliederliste gestrichen.²³⁰ Im Dezember 1931 erreichten die innerparteilichen Kontroversen – wahrscheinlich über die Frage: Kampf gegen die Nationalsozialisten oder gegen die Sozialdemokratie? – wieder ein Ausmaß, daß die Beobachter der Polizei mit einer Spaltung der Bezirksleitung rechneten.²³¹

10. Leistungen, Belastungen und Schwächen der Regierungsparteien

Sozialdemokratische Partei: Organisation und Politik in Hamburg

Die aggressive Agitation der Kommunisten war vor allem für die SPD eine Gefahr. Je mehr Arbeitslosigkeit und Not wuchsen, desto überzeugender konnte der Vorwurf erscheinen, die Sozialdemokratie leiste durch ihre Stabilisierung des kapitalistischen Staates der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft Vorschub. Abwanderungen von der SPD zur KPD waren nicht nur für die Partei von Bedeutung, sondern schwächten zugleich die demokratische Republik.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden marxistischen Parteien waren besonders erbittert, weil sie um die Unterstützung derselben Bevölkerungsgruppen kämpften. Obwohl der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft der SPD seit dem Zusammenbruch des alten Staates stetig zurückgegangen war, bildeten sie mit rund 60 % genau wie in der KPD noch immer die stärkste Anhängergruppe.¹ Inwieweit die Behauptung zutrifft, die SPD organisiere in stärkerem Maße die »Arbeiteraristokratie«, läßt sich nicht feststellen, da die für die Hamburger KPD vorliegenden Zahlen eine Trennung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern nicht erlauben. Beobachtungen im Reichsgebiet² und Indizien wie die Verteilung der wenigen Stützpunkte in den Hamburger Gewerkschaften³ sprechen aber dafür, daß sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik ebenso wie die SPD

festen Rückhalt hauptsächlich bei der qualifizierten Arbeiterschaft fand. Umgekehrt hatte die Hamburger SPD im Januar 1931 immerhin mehr als 9000 ungelernete Arbeiter erfaßt.⁴ Ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden konkurrierenden Parteien bestand darin, daß die SPD in weit stärkerem Maß Angestellte und Beamte an sich binden und auf diese Weise als »Arbeitnehmerpartei« den geringeren Anteil an Arbeitern wettmachen konnte. Während der Wirtschaftskrise bildete sich als weiterer gravierender Unterschied heraus, daß die KPD ungleich stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen wurde. Etwa 7400 Hamburger Sozialdemokraten waren im letzten Quartal 1930 erwerbslos, das waren knapp 14 % der Parteimitglieder. Mitte 1931 betraf dieses Schicksal rund 10000 oder 18 % der Genossen.⁵

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung und zur KPD war die SPD überall, hauptsächlich weil die mittleren Jahrgänge zwischen 31 und 40 Jahren in der Konkurrenzpartei eine größere Rolle spielten. Bedeutsamer war, daß infolge der starken Mitgliederfluktuation in der KPD immer wieder neue Leute eine Chance erhielten, während in der SPD herausgehobene Parteifunktionen in der Regel Genossen anvertraut wurden, die sich in jahrelanger Organisationsarbeit bewährt und heraufgedient hatten.⁶ Allerdings führte das Drängen vieler jüngerer Sozialdemokraten, durch größere Flexibilität und Aktivität, Abkehr von den traditionellen politischen Methoden, energischere Betonung des Führungsanspruchs in der Koalition und mehr außerparlamentarische Initiative die Stagnation der Partei zu überwinden, in Hamburg im August 1929 zu einem Wechsel an der Spitze.

Wegen der Kritik an seiner Tätigkeit gab Max Leuteritz, der über die Gewerkschaftsbürokratie aufgestiegen war und seine Aufgabe als Parteivorsitzender vornehmlich im Zusammenhalt und Ausbau der Organisation gesehen hatte, sein Amt nach zehn Jahren auf. Zum Nachfolger wurde gegen den Exponenten des linken Flügels und gegen den Favoriten der Senatoren und der Fraktionsführung der Kandidat einer Gruppe jüngerer Reformen, der schleswig-holsteinische Parteisekretär Karl Meitmann, gewählt. Wegen seiner Erfahrungen bei der Säuberung der Sicherheitspolizei der Provinz nach dem Kapp-Putsch und seiner Leistungen als Reichsbannerfunktionär trauten ihm seine Anhänger selbstbewußtes und offensives Vorgehen gegen die Gegner der Partei und der Republik zu.⁷ Er war aufgeschlossen für die Forderung nach neuen Formen des politischen Kampfes und der Selbstdarstellung der SPD. Auch in der Redaktion des Hamburger Echos und in der Bürgerschaftsfraktion verfügten die reformfreudigen jüngeren Intellektuellen über einigen Einfluß.⁸ Dies änderte jedoch nichts daran, daß insgesamt das Übergewicht älterer, seit langem in ihren Ämtern bewährter und verdienter Genossen den Führungsgremien und der Fraktion das Gepräge gab und unkonventionelle Reaktionen auf außerordentliche politische Anforderungen erschwerte.

Die SPD wurde in der Wirtschaftskrise von allen Seiten angegriffen. Am leichtesten konnte sie die Beschuldigungen bürgerlicher Organisationen, sie habe durch ihre »sozialistischen Experimente« die Depression herauf-

beschworen, unter Hinweis auf die verheerende Entwicklung in anderen kapitalistischen Ländern abwehren. Dagegen hatte es die Hamburger SPD in doppelter Hinsicht schwer, die kommunistischen Vorwürfe zurückzuweisen, sie trage durch ihre Koalitionspolitik und durch die Tolerierung Brünings die Verantwortung für die Verelendung großer Teile der von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten. Schon vor der krisenbedingten Verschärfung der Auseinandersetzungen um die Verteilung der öffentlichen Lasten und Leistungen hatte sich die Hamburger SPD-Führung genötigt gesehen, ihr Festhalten an der Koalition mit der DVP zu verteidigen. Kritiker aus den eigenen Reihen beanstandeten besonders nach dem Wahlerfolg der Linksparteien 1928, daß es ihr nicht genügend gelungen sei, die eigenen Ziele und Interessen durchzusetzen, so zum Beispiel bei der Durchführung der Besoldungsreform oder bei der seit Jahren unbefriedigenden Personalpolitik.⁹ Dem begegneten die maßgeblichen Politiker mit dem gleichen Argument, mit dem sie in der Ära Brüning ihre Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien rechtfertigten. Koalitionen seien zwar nicht erstrebenswert, aber, solange der SPD die Macht zur Alleinregierung fehle, notwendig, wenn sie sich nicht um jeden Einfluß bringen und dem Bürgerblock Vor-schub leisten wolle.¹⁰

Während der schweren Depression trug die Hamburger SPD, wie eingehend dargestellt wurde, die Finanzpolitik des Senats trotz der drückenden Belastungen für die proletarischen und mittelständischen Schichten voll mit. Mit Recht machten ihre Sprecher geltend, daß bei der Abhängigkeit Hamburgs von Finanzhilfen des Reichs angesichts der Haltung des Kabinetts Brüning keine andere Möglichkeit blieb, als fortgesetzt um den Etat-gleich bei sinkenden Einnahmen und steigenden zwangsläufigen Ausgaben zu kämpfen. Ein Kassenzusammenbruch hätte die wachsende Zahl der auf die Leistungen des Staates angewiesenen Menschen, vor allem Wohlfahrtserwerbslose, sonstige Unterstützungsempfänger, Beamte, öffentliche Angestellte und Arbeiter mit ihren Familien, existentiell gefährdet. Dabei sahen die sozialdemokratischen Politiker deutlicher als ihre bürgerlichen Koalitionspartner, daß sowohl Steuererhöhungen als auch Einsparungen an Sach- und Personalkosten die Krise verschärften. Sie ließen keinen Zweifel daran, daß der notgedrungen im Bewußtsein der Verantwortung für die Hilfsbedürftigen beschrittene Weg tiefer in den Abgrund füh-re. Zur Überwindung der Depression empfahlen sie neben den traditionellen Rezepten der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gegen die im Kapitalismus üblichen konjunkturellen Rückschläge, nämlich Arbeitszeitverkürzung und Preissenkung zwecks Kaufkraftvermehrung, die Durchführung von Arbeitsbeschaffungsprojekten mit Hilfe von Auslandsanleihen, die aber seit dem Winter 1930/31 kaum noch zu bekommen waren. Als Ergebnis ihrer Mitwirkung in der Regierung konnte die SPD daher nur die Milderung der schlimmsten Nöte und das Bemühen um gerechte Verteilung der unvermeidlichen Entbehrungen nennen. Verständnis für diese Politik setzte ein hohes Maß an Vernunft, Realitätssinn und Selbstlosigkeit bei den Anhängern voraus.

Kritik an Hermann Müller und Opposition gegen Brüning

Angesichts des beschränkten und mit der Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzkrise weiter schrumpfenden Handlungsspielraums der Hamburger politischen Gremien wurde die Einstellung zur Reichsregierung für die SPD zum Kernproblem. Schon das Kabinett Hermann Müller mußte sich wegen seiner Passivität gegenüber der Aufgabe der Finanzsanierung Kritik gefallen lassen. Daß der Reichsbankpräsident Schacht im Dezember 1929 die Führung an sich reißen und ohne Rücksicht auf die konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Folgen die Rückstellung von 450 Millionen RM für die Schuldentilgung erzwingen konnte, bot der Hamburger SPD Veranlassung, von der Reichspartei die Entwicklung eines eigenen Finanzprogramms zu verlangen. Durch dessen intensive Propagierung sollte sie verhindern, daß bürgerliche Parteien und Verbände die Öffentlichkeit länger einseitig im Sinne ihrer finanzpolitischen Interessen beeinflussen konnten. Bei aller Unzufriedenheit mit den Versäumnissen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder zeigte die Hamburger Landesorganisation aber keinerlei Verständnis dafür, daß sich 26 Abgeordnete ihrer Reichstagsfraktion der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Kabinett Müller entzogen.¹¹ Damit zeichnete sich eine Einstellung ab, die auch die Haltung der Hamburger SPD während der Kontroversen über die Tolerierungspolitik bestimmte: Innerhalb der Partei waren harte Diskussionen und Kritik möglich, nach außen aber war Geschlossenheit gefordert.

Wie die Hamburger Parteiführung ihr Festhalten an der Großen Koalition mit der prinzipiellen Überlegung begründete, daß sie in der Regierung trotz notwendiger Kompromisse auf jeden Fall mehr für die Arbeitnehmer erreichen könne als aus der Opposition heraus, so machte sie es in der März-Krise 1930 auch dem sozialdemokratischen Reichskanzler zur Pflicht, »nicht freiwillig von seinem Platz zu weichen [...], sondern den Kampf bis zur letzten Konsequenz durchzuführen und, wenn vorher keine Einigung möglich ist, die Entscheidung über das Finanzprogramm in offener Reichstagsitzung herbeizuführen«. Sie warnte davor, den bürgerlichen Mittelparteien den Weg zu einer Diktatur mit Artikel 48 freizumachen, denn der Zweck der erstrebten Regierung gegen die Sozialdemokratie sei unter anderem der – bisher verhinderte – Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung.¹² Mit dieser illusionslosen Voraussage der geringen Chancen der SPD nach Etablierung des Notverordnungsregimes trennte sich die Hamburger Parteispitze vom ADGB, der dem Bruch der Großen Koalition mit weit weniger Sorge entgegenseh.

Den kampflosen Rücktritt Hermann Müllers nahmen die Hamburger Sozialdemokraten mit Enttäuschung auf. Sie kritisierten die Taktik ihrer Reichstagsfraktion, weil sie nicht vor der Verabschiedung der Young-Gesetze die Einigung über die Etatsanierung erzwungen und zugelassen hatte, daß ihr nun ungeachtet ihrer vielen steuerpolitischen Zugeständnisse die Verantwortung für die Auflösung der Koalition zugeschoben werden

konnte.¹³ Solange noch eine geringe Aussicht bestand, plädierten die Kommentatoren des Hamburger Echos für den Wiedereintritt in die neue Regierung. Ein Bürgerblockkabinett werde, gestützt auf die Vollmachten des Artikels 48 der Reichsverfassung, das Parlament ausschalten und den Sieg des Faschismus in Deutschland vorbereiten. In ihrer gegenwärtigen Form sei die Republik zwar noch weit von den Idealen der SPD entfernt, sie sei noch immer ein bürgerlicher, von kapitalistischem Geist beherrschter Staat, aber doch »die beste Plattform« für den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und als solche schützenswert.

Gleichzeitig mit diesem Votum, sich aktiv um die Bildung einer parlamentarisch verankerten Mehrheitsregierung zu bemühen, bereitete die Hamburger SPD eine Schwenkung in der Beurteilung des Konflikts um die Arbeitslosenversicherung vor, um für den Fall der Opposition die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Obwohl die Unnachgiebigkeit der Kontrahenten in dieser Frage die Regierungs- und vielleicht die Staatskrise auslöste, könne die SPD als Erfolg verbuchen, daß sie den Anschlag auf die Versicherungsleistungen abgewehrt habe.¹⁴ Diese zweigleisige und nach den früheren Warnungen nicht voll überzeugende Argumentation verriet die tiefe Unsicherheit und Ratlosigkeit nach dem Ausschluß von der Macht und den Entscheidungen über die politischen Kombinationen im Deutschen Reich.

Sowohl wegen der verfassungsrechtlichen Befürchtungen als auch wegen der abweichenden finanzpolitischen Intentionen kündigte die Hamburger SPD der Minderheitsregierung Brüning sofort schärfste Opposition an. Ihr Ziel war es, sie so rasch wie möglich zu stürzen, um nach Neuwahlen mit einer so gestärkten Fraktion in den Reichstag zurückzukehren, daß eine Kabinettsbildung ohne sozialdemokratische Beteiligung ausgeschlossen war. Als größte Partei könne die SPD nicht dauernd in Opposition stehen, wenn der Staat nicht seinen demokratischen und sozialen Charakter verlieren und »von gewaltigen inneren Erschütterungen heimgesucht werden« solle.¹⁵ Diese Mahnung war nicht nur an die politisch verantwortlichen Gegner, sondern auch an Gruppen in der eigenen Partei gerichtet, die aus Furcht vor der aggressiven Agitation der kommunistischen Konkurrenz den »Verschleiß« der SPD in der Regierung beenden wollten.¹⁶

Die Forderung nach Wiedereintritt ins Reichskabinett zog sich vom Bruch der Großen Koalition Ende März 1930 bis zur Bestätigung des bürgerlichen Minderheitskabinetts Anfang Oktober durch die Erklärungen der Hamburger Landesorganisation.¹⁷ Wie in ihrer Tageszeitung betont wurde, war die SPD bereit, auch Brüning bei der notwendigen Finanzsänierung zu unterstützen, vorausgesetzt, daß er auf die ungestaffelte und daher höchst unsoziale Bürgersteuer sowie auf den Leistungsabbau bei der Arbeitslosen- und Krankenversicherung verzichtet hätte.¹⁸ Die Durchführung des Finanzprogramms mit Hilfe des Artikels 48 hielten die Hamburger Sozialdemokraten für verfassungswidrig.¹⁹ An den Folgen der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, davon waren sie überzeugt, werde das deutsche Volk noch jahrelang tragen müssen. Schon der forcierte

Agrarprotektionismus, durch den sich die Regierung das Wohlwollen der Deutschnationalen zu erkaufen hoffte, schien ihnen verhängnisvoll, weil er den Außenhandel zerstöre und Lohnkämpfe als Antwort auf die Preissteigerungen provoziere.²⁰ Die weiteren Pläne, durch Reduzierung des inländischen Kostenniveaus, konkret vor allem durch Lohnabbau mit Hilfe der staatlichen Schlichter, die Wirtschaft über die Steigerung des Exports zu beleben, waren nach ihrer Auffassung ebenso aussichtsreich wie die Versuche des alten Münchhausen, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zu ziehen.²¹ Einer Regierung, die Kaufkraftvernichtung zum Prinzip ihrer Wirtschaftspolitik erhob, mußte die SPD im Interesse der gesamten Bevölkerung die Weiterarbeit unmöglich machen.

Widerwilliger Übergang zur Tolerierungspolitik nach den Reichstagswahlen 1930

Dem Wahlkampf unter der Parole: Verteidigung der sozialen Einrichtungen und Leistungen, sah der Hamburger Landesverband mit Ruhe entgegen.²² Die von den Nationalsozialisten drohende Gefahr für die Funktionsfähigkeit des Parlaments nahm er trotz einiger Beunruhigung über ihre Erfolge bei den Landtagswahlen in Sachsen²³ bis zum 14. September 1930 nicht allzu ernst. Zwar kamen einzelne prominente Warner wie Hermann Heller und Carlo Mierendorff zu Wort,²⁴ die Mehrheit aber ließ sich offenbar von der »Primitivität« der nationalsozialistischen Parolen und Kampfesweise täuschen.²⁵ Selbst die Illusion, der sich auch die KPD hingab, fehlte nicht, die proletarischen und proletarisierten bürgerlichen Schichten könnten ein gutes Rekrutierungsfeld für die SPD bilden, nachdem sie durch die NSDAP einmal aus ihren alten Parteibindungen herausgelöst und auf die Bedeutung der sozialen Frage hingewiesen worden seien.²⁶

Nach einem sehr engagierten und aufwendigen Wahlkampf, bei dem die SPD in zahlreichen kleinen und großen Kundgebungen unter Aufbietung ihrer prominentesten Redner, mit einer Fülle von Flugblättern, Wahl- und Betriebszeitungen für ihre Politik geworben und die verschiedenen potentiellen Anhängergruppen auf ihre speziellen Nöte anzusprechen versucht hatte, war der Verlust von 15 000 Stimmen in Hamburg eine herbe Enttäuschung.²⁷ In solcher Höhe völlig unerwartet aber kam der gewaltige Wahlsieg der Nationalsozialisten, deren Stimmenzahl von 17 761 bei der Bürgerschaftswahl 1928 auf 144 684 anwuchs. Ihr Ziel, eine Stärke zu erreichen, daß eine Regierungsbildung ohne die SPD undenkbar war, hatten die Sozialdemokraten verfehlt. Eine Kombination für ein von der Parlamentsmehrheit getragenes Kabinett zu finden, war noch schwieriger als vor den Wahlen, zumal die stark dezimierten liberalen Parteien nun erst recht vor einer Verbindung mit der SPD zurückschreckten.

Dennoch hielt die Führung ihrer Hamburger Landesorganisation zunächst an der Auffassung fest, daß eine Tolerierung einer auf das Notverordnungsrecht gestützten Minderheitsregierung Brüning nicht in Frage

komme, denn eine solche Entscheidung bedeute, wie Meitmann vor den Delegierten und Betriebsvertrauensleuten am 26. September unter großem Beifall ausführte, »Verzicht auf unmittelbaren Einfluß, aber volle Teilnahme an der Verantwortung«. Von den Spitzenpolitikern im Reich verlangte er, nicht die Entscheidungen anderer abzuwarten, sondern sofort mit aller Kraft um den Anteil der SPD an der Macht zu kämpfen. Der Ruf nach mehr Führung und Entschlossenheit zog sich durch seine gesamte Rede und wurde im Kommentar des Hamburger Echos eigens unterstrichen.

Es ging nach Meitmanns Analyse um die Erhaltung von Demokratie und Parlamentarismus, da es angesichts der neuen Kräftekonstellation im Reichstag nur die Wahl gebe zwischen der Bildung einer starken Regierung unter Einfluß der SPD und verfassungswidriger Politik, die zum Faschismus führen müsse.²⁸ Eindringlich und illusionslos warnte er vor den verheerenden Folgen einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung für alle Bereiche der Politik, für die Wirtschaftsentwicklung und die Zukunft der Arbeiterorganisationen. Die Mehrheit der Hamburger Delegierten bezeichnete deshalb in einer Entschließung als »vordringlichste Aufgabe der SPD, die Wiederherstellung normaler verfassungsmäßiger Zustände zu erzwingen«, und gab damit zu verstehen, daß sie bei den übrigen finanz-, sozial- und innenpolitischen Forderungen zu Kompromissen bereit war, um dieses Ziel zu erreichen. Da auch starke Kräfte im RDI dafür plädierten, die für eine ruhige Wirtschaftsentwicklung notwendige politische Stabilität Deutschlands durch Erneuerung der Großen Koalition zu sichern, war die Konzeption nicht aussichtslos.

Eine Minderheit mit dem »Linken« Paul Bergmann an der Spitze wollte freilich erst nach Aufhebung der Notverordnungen und Einigung über das Sachprogramm der SPD in die Regierung zurückkehren aus Sorge, sonst in einer politisch brisanten Situation die Partei zu gefährden und ihre Aktionsfähigkeit zu lähmen.²⁹ Die Motive für den Widerstand gegen die Tolerierungspolitik zeichneten sich damit ab. Noch stimmten aber alle Hamburger Sozialdemokraten überein, daß Brüning bei einer Fortsetzung des Notverordnungsregimes scharf bekämpft werden müsse.

Nachdem die Reichstagsfraktion beschlossen hatte, nicht für die sofortige Aufhebung der Notverordnungen zu stimmen, sondern ihre Ablösung durch ordentliche Gesetze zu erstreben und dabei auf die Ausmerzungen der schlimmsten Passagen zu drängen, schwenkte die Führung der Hamburger Landesorganisation sofort auf diesen Kurs ein, obwohl damit faktisch die von ihr verworfene Tolerierung der bürgerlichen Minderheitsregierung Brüning begann. Die Einheit der Partei war ihr wichtiger, als ihre Vorstellungen über die richtige politische Taktik durchzusetzen, zumal die gewünschte Rückkehr ins Kabinett auch am Widerstand Brünings und der hinter ihm stehenden Kreise scheiterte.

Es fiel ihr um so leichter, sich die Begründung für den Oppositionsverzicht zu eigen zu machen, als sie mit ihren Argumenten für die Notwendigkeit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung übereinstimmte. Sowohl die Berliner als auch die Hamburger Parteispitze sah die wichtigste

Aufgabe »in der Erhaltung der Demokratie, der Sicherung der Verfassung und dem Schutz des Parlamentarismus«. ³⁰ Die SPD für sich besaß mit einem Viertel der Reichstagsmandate nicht die Macht, ihre sachlichen Ziele durchzusetzen, wie den Anhängern immer wieder deutlich gemacht wurde. Sie konnte daher eine positive Neuordnung der Finanz- und Sozialpolitik nach der Aufhebung der Notverordnungen nicht erreichen. Deren restlose Annullierung aber hätte neben den Härten für die Arbeitnehmerschaft auch unverzichtbare Regelungen zu Fall gebracht, vor allem dem Reichsetat und damit allen Ausgaben des Reichs, seinen Leistungen für die Erwerbslosen, den Überweisungen an die Länder und auch der Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung die rechtliche Grundlage entzogen. Die Folge des entstehenden Finanzchaos wäre die ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Not der breiten Massen der Bevölkerung gewesen, woraus nur die extremen Parteien Nutzen ziehen konnten. Den Zweck des Antrags auf Aufhebung der Notverordnungen, »ein wüstes Durcheinander zu schaffen«, um den Boden für die Diktatur zu bereiten, müsse die Sozialdemokratie vereiteln, denn im Interesse ihrer Selbsterhaltung, des Schutzes der Republik und ihrer sozialen Einrichtungen dürfe die NSDAP die Machtmittel des Staates um keinen Preis in die Hand bekommen. ³¹

Solche Überlegungen bestimmten das weitere Verhalten zum Kabinett Brüning. Die Befürchtungen der Kritiker vom linken Flügel der Hamburger SPD, die Argumentation des Vorstands könne »leicht zu einem Tolerieren ohne Ende« führen, ³² wurden nun Wirklichkeit. Die Entscheidungsfreiheit der Sozialdemokratie verringerte sich, weil stets die Frage auftauchte, ob neue Belastungen für die von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten wirklich so viel schwerer wogen als frühere, daß sie es rechtfertigten, die »Machtergreifung« der NSDAP zu riskieren. So stellte die Führung der Hamburger SPD nachdrücklich die Einwände gegen die Ungechtigkeiten und die fatalen konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Folgen des Brüning'schen Sanierungsprogramms heraus, gab sich aber mit einzelnen, für die prinzipielle Problematik unerheblichen Verbesserungen zufrieden, die ihre Reichstagsfraktion im direkten Kontakt mit dem Kanzler erreichte. ³³

Schritt für Schritt verzichtete sie auf ihre Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Regierens mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung. Ende November 1930 wiederholte der Leitartikler des Hamburger Echos die Auffassung, daß die zu erwartende erneute Heranziehung des Notverordnungsrechts für finanzpolitische Entscheidungen schwere Gefahren für Demokratie und Parlamentarismus heraufbeschwöre, billigte aber der Regierung zu, daß mit dem gegenwärtigen Reichstag »vernünftige gesetzgeberische Arbeit nicht zu leisten«, rasches Handeln angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit und steigenden Finanznot jedoch dringend geboten sei. ³⁴ Eine Woche später, nach Verabschiedung der zweiten großen Notverordnung erkannte er an, daß es sich diesmal nicht wie im Juli um »eine allzu leichtherzige Benutzung des Diktaturparagrafen«, sondern um »eine un-

abweisbare Notwendigkeit« gehandelt habe. Die Demokratie gebe sich selbst auf, wenn ihr in kritischen Zeiten nicht das Recht zustehe, mit außergewöhnlichen Mitteln den Staat zu schützen; allerdings sei die große Gefahr nicht zu verkennen, daß sich ihre »Gegner und Verächter« dieses Prinzip einmal zunutze machen könnten.³⁵

Unermüdlich bemühten sich die Hamburger Spitzenpolitiker, den Mitgliedern den Sinn der Tolerierungspolitik klar zu machen. Bei Massenkundgebungen oder in den Spalten des Hamburger Echos warben die angesehensten Berliner Genossen um Verständnis für die Notwendigkeit, Opfer für die Abwehr des Faschismus und die Bewahrung der Demokratie zu bringen.³⁶ Bedenken gegen die passive Unterstützung des Präsidialkabinetts verschwanden zunehmend aus den Äußerungen der Landesverbandsführung. Befürchtungen, Brüning könne die Zwangslage der SPD ausnutzen, um seinen Willen ohne alle soziale Rücksicht unbeschränkt durchzusetzen, wurden im Echo zurückgewiesen: Die SPD sei noch immer eine Macht, denn auch die Mittelparteien scheuten vor der Auslieferung der Regierungsgewalt an die NSDAP zurück. »Zusammenarbeit, nicht Diktat« sei daher die Parole für den Kanzler wie für die Sozialdemokratie.³⁷

Abwehr der Radikalen

Grundlage dieser begrenzten Kooperation, bei der die SPD die größeren Opfer brachte, war der gemeinsame Wille zur Abwehr der Nationalsozialisten. Seit den Reichstagswahlen 1930 nahm die Hamburger SPD ebenso wie die Reichspartei die von ihnen ausgehende Gefahr sehr ernst. In einer Betrachtung zum Wahlausgang stellte Theodor Haubach im Hamburger Echo selbstkritisch fest, die SPD habe dem Vormarsch der NSDAP, den ihre Erfolge bei Kommunal- und Landtagswahlen signalisierten, zu lange tatenlos zugesehen und sich damit getröstet, »daß die besseren Gründe und die größere sachliche Wahrheit auf seiten der sozialistischen Arbeiterschaft lägen«. Unbeirrt habe sie infolgedessen an Argumentationsmustern und Propagandamethoden festgehalten, mit denen sie nur die ohnehin schon überzeugten Anhänger beeindrucken konnte, und damit monate-, ja jahrelang »den Gegnern ungehindert das Agitationsfeld überlassen«. Für die Zukunft verlangte Haubach, den Kampf um die Wähler permanent zu führen, »eine noch nie dagewesene Offensive in der Agitation« durchzuhalten, da »nicht nur das Schicksal [...], sondern das ganze politische Werk der Partei, letzten Endes Staat und Demokratie, auf dem Spiele« ständen.³⁸ Dieser Forderung versuchte die Hamburger SPD in der Phase bis zu den Bürgerchaftswahlen am 27. September 1931 zu entsprechen. Vom Oktober 1930 an veranstaltete sie, unterstützt vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, laufend Versammlungen, Kundgebungen und Massenaufmärsche, große Flugblatt-, Werbe- und Aufklärungsaktionen.³⁹ Eine Frage freilich hatte auch Haubach unbeantwortet gelassen, ob Agitation allein retten konnte, wenn sich die Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerungsmehr-

heit unaufhörlich verschlechterten ohne Aussicht, daß die Politik der Partei daran etwas zu ändern vermochte.

Bei der ersten Zusammenkunft der sozialdemokratischen Delegierten und Betriebsvertrauensleute nach der Septemberwahl, bevor noch die Entscheidung über die künftige Art des Regierens gefallen war, warnte Meitmann vor der Illusion, die NSDAP werde als Koalitionspartner in gleicher Weise abwirtschaften und sich abnützen wie die DNVP nach 1924. Hitler werde den Weg der Regierungsbeteiligung nur gehen, wenn er vorher alle Sicherungen geschaffen habe, »daß keine Wahl ihn wieder korrigieren« könne. Ihm gehe es nicht um Agrar- oder Finanzpolitik, er wolle »die Macht, die ganze Macht«, die er notfalls »durch Ströme von Blut« befestigen werde. Brüning kündige bereits gesetzliche Lohnsenkung an, Hitler aber werde »die Gewerkschaften zerstören, um zur Diktatur durchzustoßen«. ⁴⁰

In eindrucksvollen Massenkundgebungen, oft mit prominenten auswärtigen Rednern, demonstrierten die Hamburger Landesorganisationen der SPD und des Reichsbanners ihre Entschlossenheit, den Kampf mit der NSDAP aufzunehmen und sie unter Aufbietung ihrer geballten Kraft mit allen Mitteln von der Macht fernzuhalten. Dabei war freilich die Gefahr nicht auszuschließen, daß das Erlebnis der Gemeinsamkeit mit mehreren tausend Gleichgesinnten stärker wirkte als die mahnenden Ansprachen und ein trügerisches Gefühl der Sicherheit bei den Versammelten auslöste. Hermann Heller und Pietro Nenni führten den Genossen die Erfahrungen der italienischen Sozialisten mit dem Faschismus als warnendes Beispiel vor Augen. ⁴¹ Besonders Heller unterstrich, welche Bedeutung der Schwäche der demokratischen Regierungen und der Weigerung der Sozialisten, sich an ihnen zu beteiligen, beim Sieg Mussolinis zukam. Am selben Tag, an dem Hitler zum zweitenmal im Hamburger Nationalklub auftrat, am 8. Dezember 1930, prangerte Staatsanwalt Wilhelm Hoegner die Verbrechen der Nationalsozialisten in Bayern und ihre weiteren gewissenlosen Pläne an. ⁴² Alle Redner betonten den Willen der Sozialdemokratie, sich aus dem von ihr mitgeschaffenen und -getragenen Staat nicht hinauswerfen zu lassen, sondern die Nationalsozialisten solange wie möglich mit demokratischen Mitteln, wenn nötig aber auch mit Waffengewalt, durch Streiks und Boykott von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten oder schlimmstenfalls wieder zu vertreiben. ⁴³ »Legal« wollten die Gegner von rechts »die Verfassung mit der Verfassung umbringen«, rief Bürgermeister Roß den sozialdemokratischen Delegierten Hamburgs zu. Für Staat und SPD gelte es daher, auf der Hut zu sein und den Anfängen zu wehren. ⁴⁴

Die Weimarer Republik war trotz ihres kapitalistischen Gepräges für die Hamburger SPD mehr als nur ein Notbehelf. »Der demokratische Parlamentarismus, der die Möglichkeit der Mitarbeit aller Schichten des Volkes an den staatlichen Aufgaben allein gewährleistet, ist und bleibt uns die durch die Arbeiterschaft erkämpfte Grundlage unserer politischen Arbeit«, erklärte Podeyn im Februar 1929 in der Bürgerschaft. ⁴⁵ Zu dieser Zeit wurde über die Funktionsfähigkeit des Parlamentarismus in bürgerli-

chen Kreisen bis hin zur DVP wieder lebhaft diskutiert. Anfang Mai, nach den blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und unter sozialdemokratischer Führung stehender Polizei in Berlin hieß es über den tiefen Gegensatz zwischen den beiden Arbeiterparteien im Hamburger Echo: Die SPD lasse sich von der Überzeugung leiten, »daß sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg der breiten Volksmassen gebunden ist an die Demokratie und daß, wer die Demokratie bekämpft oder sie mißbraucht, den Kampf der Arbeiterschaft auf das schwerste hemmt«. ⁴⁶ Auch in den folgenden Jahren ließen die führenden Hamburger Sozialdemokraten nicht nach, energisch für die Deutsche Republik einzutreten. Gegen alle Versuche, das demokratische Staatssystem für die Nöte der Gegenwart verantwortlich zu machen, betonten sie: Nicht eine Krise des Parlamentarismus, sondern des Kapitalismus sei die Ursache der Schwierigkeiten. ⁴⁷

Anders als die KPD rechnete die SPD nicht mit der Möglichkeit, daß es sich bei der besonders schweren und ausgedehnten Depression um die Endkrise des Kapitalismus handele. Sie wollte den Zusammenbruch von Wirtschaft und Staat verhindern, weil er auch für die Arbeiterschaft zur Katastrophe würde. Ihrem Ziel, den Sozialismus zu verwirklichen, könne die SPD in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs nicht näher kommen, warnte der preußische Fraktionsvorsitzende, Ernst Heilmann, bei einer Zusammenkunft der Hamburger Delegierten zur Vorbereitung des Reichsparteitags 1931 die linke Opposition vor Illusionen, denn immer werde dann die Kampfkraft der Arbeiterschaft geschwächt. Fortschritte habe sie erstritten, wenn alle Hände arbeiteten. »Sozialismus wird nicht durch Zerstörung und dann erfolgenden Wiederaufbau eingeführt, sondern nur durch einen Umbau und Aufbau.« ⁴⁸

Aus dieser Haltung ergab sich der unüberwindliche Konflikt mit der KPD. Ihre Versuche, durch wilde Streiks, Gewalttätigkeiten gegen politische Gegner, Unruhen und Widerstand gegen Polizei und Behörden eine revolutionäre Situation zu erzeugen, kamen nach sozialdemokratischer Auffassung nur den rechtsradikalen Feinden des Staates zugute. Die Beschimpfung als »Sozialfaschisten« beantworteten SPD-Redner, indem sie die Kommunisten als »Vorspann des Faschismus« ⁴⁹ oder »Provokateure für den Faschismus« diffamierten, ⁵⁰ ihre »verräterische Rolle«, ihren »gemeinsten Mißbrauch mit den wahren Interessen der Arbeiterschaft« oder ihre »verbrecherische Politik« anprangerten ⁵¹ und ihnen zusammen mit der rechtsextremistischen Opposition die Schuld an der katastrophalen Verschärfung der Not »aller von ihrer Arbeit lebenden Menschen« anlasteten. ⁵² Das Bewußtsein, auf die andere Arbeiterpartei nicht zählen zu können, spielte auch bei der Entscheidung für den Versuch, die NSDAP durch Tolerierung Brüning's von der Macht fernzuhalten, eine Rolle.

SPD und Staatspartei waren sich in Hamburg einig, daß den radikalen Gegnern der Republik nur ein Staat imponiere, der sich rücksichtslos gegen sie durchsetze. ⁵³ Der Senat müsse das Bedürfnis der Bevölkerung nach öffentlicher Ruhe und Sicherheit unter Einsatz seiner gesamten Machtmittel befriedigen, formulierte der sozialdemokratische Polizeiherr Schönfelder

die Prinzipien seiner Amtsführung, da sonst der Ruf nach dem »starken Mann«, der endlich für Ordnung Sorge, zu einer Gefahr für den Fortbestand des demokratischen Staates werde. Wenn die gewählten Politiker nicht den unbedingten Willen hätten, gegen die ungesetzliche Gewalt die gesetzliche anzuwenden, werde diese dominieren, denn im Entscheidungskampf müßten »die unterliegen, die sich der Macht nicht bedienen«. Wer die Freiheit der Verfassung und die Gesetze der Demokratie nicht achte, habe auch kein Recht, sich auf sie zu berufen und in ihren Genuß zu kommen.⁵⁴

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder nutzten die Möglichkeiten ihrer Stellung, um die übergroße Nachsicht gegenüber den Radikalen zu korrigieren, deren sich SPD und Staatspartei nach den Septemberwahlen 1930 selbstkritisch beichtigt hatten. Aufgrund des Republikenschutzgesetzes oder des Artikels 48, Absatz 4 der Reichsverfassung, später aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 wurden nationalsozialistische und kommunistische Flugblätter und Zeitungsnummern wiederholt beschlagnahmt, Zeitungen für mehrere Tage verboten, Demonstrationen und Umzüge untersagt oder auf bestimmte Straßen beschränkt. Verbote richteten sich gegen das Tragen von Parteiuniformen, Umzüge auf Lastkraftwagen, politische Agitation an Schulen, jegliche Unterstützung der NSDAP, KPD und ihrer Nebenorganisationen sowie den Gebrauch von Parteiabzeichen durch Schüler.⁵⁵ Alle Staatsbediensteten warnte der Senat am 3. November vor einer Betätigung für die extremen Parteien, die Behörden leiteten verschiedene Disziplinarverfahren wegen nationalsozialistischer Aktivitäten ein.⁵⁶

Gegen rechtsradikale Unruhestifter ging die Polizei ebenso energisch vor wie gegen kommunistische. Unmittelbar vor den Reichstagswahlen 1930 wurden 34 Nationalsozialisten aufgrund eines hamburgischen Polizeigesetzes von 1879 eine Woche lang in Schutzhaft genommen, um vorbeugend Ausschreitungen zu verhindern. Der sozialdemokratische Fraktionsredner, Rechtsanwalt Dr. Herbert Ruscheweyh, billigte das Verfahren, obwohl er sich der Gefahr bewußt war, daß einmal ein Polizeiherr der NSDAP, DNVP oder KPD das Gesetz im Widerspruch zu seinem eigentlichen Zweck »terroristisch« anwenden könnte.⁵⁷ Nicht mangelnde Entschlossenheit beim Gebrauch der staatlichen Machtmittel war in diesem Fall der Exekutive und der Hamburger SPD vorzuwerfen, sondern eher, daß sie es versäumte, ein solches in ein demokratisches System nicht mehr passendes und für seine Repräsentanten unter Umständen gefährliches Gesetz zu beseitigen oder zu reformieren.

Bei der Strafverfolgung der politischen Extremisten rächte sich nun, daß die Demokratisierung der Justiz in Hamburg über bescheidene Ansätze nicht hinausgelangt war. Staatsanwälte und Richter begnügten sich bei Gesetzesbrüchen von Nationalsozialisten häufig mit sehr viel geringeren Strafen als bei ähnlichen Delikten von Kommunisten. Die Wirkung der energischen polizeilichen Gegenwehr gegen die Radikalen wurde dadurch teilweise wieder zunichte gemacht.⁵⁸

Auch waren Zweifel angebracht, ob die polizeiliche und gesetzliche Unterdrückung der militanten Antidemokraten auf die Dauer Erfolg haben konnte, wenn die SPD gleichzeitig durch ihre Tolerierung Brünings eine Finanzpolitik ermöglichte, die nicht nur ihren Anhängern schwere Lasten aufbürdete, sondern nach ihrer eigenen Erkenntnis die Wirtschaftskrise verschärfte und das Anwachsen des Radikalismus förderte. Dabei nahm sie in Kauf, daß sie selbst durch den verhängnisvollen Kurs des Kanzlers geschwächt und die NSDAP erst zu einer immer gewaltigeren und schwerer zu übergehenden politischen Bewegung wurde.

Tolerierung Brünings trotz des Affronts der Notverordnung vom 5. Juni 1931

Diese Problematik führte seit dem Frühjahr 1931 zu wachsenden Spannungen in der SPD. Das ungeheure Ansteigen von Arbeitslosigkeit, Not und Radikalismus machte den Mißerfolg der von der Sozialdemokratie geduldeten Regierung deutlich. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 erschien als Affront gegen die Partei, deren ungünstige taktische Situation das Kabinett ausnutzte, um den von ihr vertretenen Schichten der Arbeitnehmer, unteren Beamten und Erwerbslosen kaum erträgliche und ungerechte Entbehrungen zuzumuten. Schon die ersten durchsickernden Informationen über die bevorstehende neue Notverordnung veranlaßten die Hamburger SPD zu harter Kritik. In ihr fehle »jede konstruktive Idee«, war im Hamburger Echo zu lesen. »Mit allen möglichen Mitteln [werde] Geld für die Reichskasse zusammengekratzt, [würden] Ausgaben an allen Ecken und Enden beschnitten. Aber nirgends [zeige] sich auch nur ein ernsthafter Versuch, den Kampf gegen die Krise und ihre Folgen mit fest zupackender Entschlossenheit aufzunehmen, »etwa durch Arbeitszeitverkürzung und ein wirklich großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm«, wie auch die von der Regierung eingesetzte Brauns-Kommission vorgeschlagen hatte. Die Notverordnung stelle so »das volle Versagen« des Kabinetts beim Kampf gegen die Depression unter Beweis. Es fordere vor allem von den sozial Bedrückten »Opfer über Opfer«, ohne den Ausweg zu zeigen, der ihnen erst ihren Sinn geben könne.⁵⁹

Bei ihrem Parteitag in Leipzig vom 1. bis 5. Juni 1931 richtete die SPD einen dringenden Appell an die Reichsregierung, die wichtigsten Träger des neuen demokratischen Staates, »die arbeitenden Schichten, in ihrer Lebenshaltung, ihren Arbeitsbedingungen und in ihren sozialen Rechten ausreichend« zu schützen. Warnend erklärte sie, von der Wahrung der »lebenswichtigsten Arbeiterinteressen«, in erster Linie der Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ohne weiteren Leistungsabbau und der Gewährleistung der Wohlfahrtsfürsorge durch Einbeziehung der zerrütteten Gemeindefinanzen in die Etatsanierung, ihre künftige Haltung zum Kabinett Brüning abhängig machen zu wollen.⁶⁰ Die rücksichtslose Mißachtung dieser Bedingungen rief in der SPD Empörung hervor. Nach Darstellung der

krassesten Ungerechtigkeiten der Notverordnung einschließlich der bevorstehenden Leistungskürzungen bei der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung sagte der Kommentator des Hamburger Echos voraus, diese »soziale« Gesinnung, »die zu einer Schonung der leistungsfähigen Schichten und zu brutalen Maßnahmen gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise geführt« habe, werde »den schärfsten Widerstand aller betroffenen Kreise« provozieren. SPD und freie Gewerkschaften drängte er, »sich zum Dolmetsch der Gefühle der notleidenden Massen zu machen«. ⁶¹

Noch bevor die Berliner SPD-Gremien eine Entscheidung getroffen hatten, forderte die Hamburger Bürgerschaftsfraktion am 10. Juni den Senat in einem Antrag auf, bei der Reichsregierung auf die sozialere Gestaltung der Notverordnung hinzuwirken. Auch die Staatspartei stimmte diesem Antrag zu; sie und die SPD vereinigten ihre Vorschläge zu einer gemeinsamen Entschließung. Den ungewöhnlichen Schritt, vor einer Stellungnahme des Reichstags oder seines zuständigen Ausschusses in einem Landesparlament zu opponieren, rechtfertigte Dahrendorf mit zwei Argumenten: Zum einen sei der Reichstag durch die Stärke der extremen, nur destruktiv wirkenden Parteien faktisch arbeitsunfähig, so daß die Länderparlamente einspringen und »die ganz ernste Mahnung« an die Reichsregierung richten müßten, »die Grenze dessen, was die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten tragen« könnten, sei nicht nur, wie sie meine, »erreicht, sondern überschritten«. Zum anderen greife die Notverordnung »tief in die Rechte und in das soziale und politische Gefüge der Länder ein« und zwingt sie deshalb zur Abwehr. ⁶²

Ob die Hamburger SPD durch ihre Initiative auch ihre Reichsorganisation zu einer offensiveren Politik drängen oder ihr nur Rückendeckung für den Widerstand gegen die Notverordnung geben wollte, ist nicht zu entscheiden. Die Folgen erschienen der Führung des Landesverbands so verhängnisvoll, daß sie trotz der rechtlichen Unwirksamkeit ihres Einspruchs glaubte, nicht schweigen zu können. Nachdem Dahrendorf die Einwände und die in Leipzig formulierten wirtschaftspolitischen Vorschläge der SPD umrissen hatte, kam er zu dem Ergebnis, die Notverordnung zeige keinen Ausweg, um den staatlichen Zusammenbruch zu verhindern, sondern sei ein »außerordentlich schlechter Abweg«. Die Konsequenz vieler Bestimmungen werde der weitere Rückgang des Konsums und damit der Produktion, die Steigerung der Arbeitslosigkeit und gleichzeitig das Anwachsen der Erbitterung und der politischen Gefahr sein. Dagegen fehle es fast völlig an Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung und Arbeitsbeschaffung. Dennoch ließ die Hamburger SPD durch ihre Entscheidung, nicht die Aufhebung, sondern nur die Umgestaltung der Notverordnung zu verlangen, die Möglichkeit zu weiterer Zusammenarbeit mit Brüning offen. ⁶³ Sie erleichterte es dadurch den Gegnern, ihr trotz ihres Widerspruchs die Verantwortung für dessen Politik einschließlich der jüngsten Verletzung der Arbeitnehmerinteressen anzulasten.

Der Beschluß der Reichstagsfraktion vom 16. Juni 1931, auf die parlamentarische Beratung der Notverordnung zu verzichten, nachdem Brü-

ning einige Milderungen und weitere Verhandlungen zugesagt hatte, wurde in Hamburg akzeptiert. Unter dem Druck der Rücktrittsdrohung des Kanzlers und einer gewaltigen, großenteils politisch motivierten Kapitalfluchtbewegung seit Ende Mai 1931, die die vorgeschriebene Deckung der deutschen Währung gefährdete, scheute die SPD vor der Verantwortung zurück, durch ihr Festhalten an der Forderung nach Einberufung des Reichstags oder seines Haushaltsausschusses eine Regierungskrise und vielleicht den Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen auszulösen. Den Ausschlag gab wieder die Überlegung, daß die Sozialdemokratie nur für die Destruktion eine Mehrheit finden, positive Ziele im Parlament aber nicht durchsetzen könne.⁶⁴

Allerdings hielt es die Hamburger Führung für nötig, Spitzenpolitiker, denen allgemein Aufgeschlossenheit für die Forderung nach Aktivität und Initiative der Partei zugetraut wurde, wie den Reichspräsidenten Paul Löbe und den Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid aufzubieten, um im Echo um Verständnis für das erneute Nachgeben gegenüber Brüning zu werben.⁶⁵ Ähnlich wie Ehrenteit und Graßmann bei der außerordentlichen Delegiertenkonferenz des ADGB am 23. Juni glaubte auch Meitmann, in einem Artikel zur Einstimmung des Bezirksparteitags am 4./5. Juli 1931 die schrecklichsten Gefahren ausmalen zu müssen, die beim Übergang der SPD zur Konfrontation mit der Regierung auf das deutsche Volk zugekommen wären, nämlich Inflation, Militärdiktatur und Bürgerkrieg. Die nach einem Ausweg suchenden Anhänger vertröstete er auf künftige Wahlen. Nur scheinbar habe die Reichstagsfraktion am 16. Juni über das Schicksal der Notverordnung entschieden, denn gegen sie werde in unmittelbaren Verhandlungen mit der Regierung weiter gekämpft, tatsächlich habe sie »der Selbstbestimmung, der Demokratie eine Schlacht gewonnen«. Die Begeisterung, mit der Meitmann das Zurückweichen vor Brünings Pressionen nicht allein als richtig verteidigte, sondern als »die rettende Tat nicht nur für die deutsche Arbeiterklasse, sondern schlechthin für das ganze Volk« feierte, war allzu übertrieben, um glaubwürdig zu erscheinen.⁶⁶ Die im Negativen und Positiven überzogene Argumentation läßt aber erkennen, mit wie starken Widerständen die Parteiführung rechnete.

Prinzipielle Gegnerschaft gegen die gewerkschaftlichen Reformvorschläge zur Deflationsbekämpfung

Die halbherzige Politik der Hamburger SPD, die einerseits sehr klar vor den Folgen der Brüning'schen Maßnahmen warnte, andererseits aber, sobald in Berlin eine Entscheidung gefallen war, die Sorge um die Geschlossenheit der Partei allen anderen Bedenken überordnete, hatte eine Ursache darin, daß die verantwortlichen Genossen zwar die Milderung der Wirkungen, nicht aber die Überwindung der Wirtschaftskrise für möglich hielten. »Es gibt kein Generalrezept gegen die Krise, nur Charlatane werden solches behaupten«, war auf dem Höhepunkt am 17. Juni 1931 im Zusammen-

hang mit der Rechtfertigung des erneuten Nachgebens gegenüber Brüning im Hamburger Echo zu lesen.⁶⁷ Die sozialdemokratischen Politiker sahen in der weltweiten Depression einen der üblichen, mit dem Kapitalismus untrennbar verbundenen, wenn auch besonders schweren Konjunkturerbrüche, der eines Tages nach genügendem Preisrückgang durch einen neuen Aufschwung abgelöst würde.⁶⁸ Bis dahin gelte es, die von der Arbeiterklasse errungenen Positionen trotz der Kräfteverschiebung zugunsten der Unternehmer möglichst zu behaupten und ihre politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu erhalten.

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorschläge hatten partielle Verbesserungen zum Ziel: mehr internationale Zusammenarbeit, Verteilung der schrumpfenden Arbeitsgelegenheit auf eine größere Zahl von Menschen, solidarisches Eintreten für die Krisenopfer, strukturelle Reformen wie die schärfere Kontrolle des Monopolkapitals, planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des Einflusses auf Banken und Kreditinstitute, überhaupt Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Methoden, um die anarchischen Züge des Kapitalismus zu verringern.⁶⁹ Das Verlangen nach Preisabbau lief im Ergebnis auf eine Unterstützung der Brüning'schen Deflationspolitik hinaus, wie bei der Erörterung der entsprechenden Anregungen des ADGB gezeigt wurde. Arbeitsbeschaffungsprojekte sollten mehr der psychologischen Entlastung als der Bekämpfung der Depression dienen. Sehr klar hieß es im Februar 1930 im Hamburger Echo: Der Staat, der im Hinblick auf den Krisenzustand der Wirtschaft »als Verantwortlicher für das Wohl des ganzen Volkes eingreift, kann wohl durch gewisse sozialpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen mildernd auf den hohen Stand der Erwerbslosigkeit einwirken, er kann aber niemals von sich aus die Erwerbslosigkeit vollkommen beseitigen, das heißt, er kann nicht so viel Arbeit beschaffen, um alle Erwerbslosen in Beschäftigung zu bringen.«⁷⁰ Allein von der Verwirklichung der Pläne der SPD, größere Auslandsanleihen zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten hereinzunehmen, hätte ein spürbarer antizyklischer Effekt ausgehen können.

Die in den wichtigsten Arbeitnehmerverbänden, im GDA, DHV und wenig später auch im ADGB, diskutierten Überlegungen, in Anlehnung an die Ideen der Reformen unter den angelsächsischen Nationalökonomien in der Kreditschöpfung zur Wirtschaftsbelebung einzusetzen, wurden von den führenden Hamburger Sozialdemokraten ebensowenig rezipiert wie von ihren maßgebenden Berliner Genossen. Besonders Naphtali und Hilferding exponierten sich, solche Bestrebungen, die nur einer Manipulation am Steuermechanismus, nicht aber einer Erneuerung der verrotteten Maschine selbst gleichkämen, als »unsozialistisch« zu bekämpfen. Auch die Inflationsfurcht spielte für sie wie für die Hamburger Parteiführung eine Rolle; zugleich wurde sie – ebenso wie von Vertretern des ADGB – als Instrument benutzt, um die Forderung nach einem politischen Kurswechsel abzuwehren.⁷¹ In Hamburg konnte die SPD-Spitze um so leichter an den traditionellen wirtschaftspolitischen Auffassungen festhalten, als auch

die Freien Gewerkschaften den Vorschlägen Tarnows und Woytinskys gegenüber reserviert blieben.

In den Parteidistrikten kam dagegen die Währungsproblematik als Schlüssel für die Beseitigung der Wirtschaftsnöte gelegentlich zur Sprache.⁷² Wie die »Reformer« erkannt hatten, war die Arbeiterbewegung zur politischen Defensive verurteilt, solange es ihr nicht gelang, eine umfassende Konzeption zur Überwindung der Wirtschaftskrise zu entwickeln, anstatt sich nur um die Behebung einzelner Notstände zu bemühen. Diese Einsicht bewahrheitete sich auch im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1931. Das Verlangen der verzweifelten Bevölkerung, einen Ausweg aus der Krise und ein Ende der Entbehrungen gezeigt zu bekommen, konnte die SPD nicht befriedigen. In auffälliger Weise vermied sie es, auf die wirtschaftliche Zukunft einzugehen, und warb stattdessen mit ihren großen sozialen Leistungen in der Zeit vor dem Beginn der Depression.⁷³

Zunehmende Opposition gegen die Tolerierungspolitik

Während des Ringens um die Reaktion der SPD auf die Notverordnung vom 5. Juni 1931 empfanden selbst Anhänger der Politik des Parteivorstands Zweifel, ob die längere Tolerierung Brüning's wirklich der Unterdrückung des Faschismus diene oder ob sie »nicht die Stoßkraft der Partei und damit für die Zukunft die Macht der Arbeiterklasse« schwäche.⁷⁴ Die Linke hatte diese Frage schon bei der ursprünglichen Entscheidung über die Stützung der bürgerlichen Minderheitsregierung im September/Okttober 1930 bejaht und sah ihre Befürchtungen durch die seither eingetretene Entwicklung bestätigt. Ihre führenden Berliner Vertreter waren, ebenfalls von der marxistischen Theorie ausgehend, bei ihrer Analyse der ökonomischen und politischen Krise zu der Überzeugung gekommen, die SPD dürfe sich nicht auf das negative Ziel der Fernhaltung der Nationalsozialisten von der Macht beschränken, sondern müsse den Massen den Willen zur Überwindung des kapitalistischen Systems mit seinen verheerenden Konjunkturschwankungen und zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zeigen. Durch ihre passive Stützung der bürgerlichen Regierung vergebe sie nicht nur die Chance, dem Sozialismus näher zu kommen, sondern leiste dem Sieg der Rechtsradikalen gerade Vorschub.⁷⁵

Je mehr sich die Wirtschaftsnot verschärfte, auf desto größere Sympathie stieß die Gegnerschaft gegen die Tolerierungspolitik an der Basis. Nachdem sich im März 1931 neun sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete gegen ihre Fraktion gestellt und im Widerspruch zum Beschluß der Mehrheit die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers B abgelehnt hatten, meldeten sich auch in Hamburg in den Distriktsversammlungen der SPD vermehrt Anhänger der Opposition zu Wort. »Die legale Reaktion sei viel schlimmer und gefährlicher als der Kapp-Putsch«, meinte einer; die Toleranz der Partei müsse daher ein Ende haben. Brüning's Politik führe zu einer endlosen Abwärtsbewegung der Wirtschaft, kritisierte ein anderer –

um nur einige markante Äußerungen herauszugreifen.⁷⁶ Bei der Delegiertenkonferenz zur Vorbereitung des Reichsparteitags wurde der Führung vorgeworfen, die Mehrheitsverhältnisse zur Unterdrückung der Opposition auszunutzen. Sie solle eine Politik treiben, die nicht die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefe, sondern die kommunistischen Proletarier für die SPD gewinne.⁷⁷

Auch mit der Sozialistischen Arbeiterjugend und den Jungsozialisten gab es Differenzen, die der Vorstand durch Einengung ihres Betätigungsfeldes und verstärkte Kontrolle durch die Parteiorganisation zu beseitigen versuchte.⁷⁸ Seine Position war in Hamburg jedoch so stark, daß er eine scharfe EntschlieÙung gegen den Disziplinbruch der neun Dissidenten ohne Schwierigkeiten zur Annahme bringen konnte. In ihr wurde die Reichstagsfraktion verpflichtet, künftig bei allen bedeutungsvollen Entscheidungen Fraktionszwang zu verhängen und Verstöße als parteischädigendes Verhalten zu ahnden. Genauso fand ein anderer Antrag Billigung, der das Verhältnis zu den sozialistischen Jugendorganisationen im Sinne der Parteiführung regelte.⁷⁹

Soweit die spärlichen Berichte im Hamburger Echo erkennen lassen, entsprang die Gegnerschaft gegen die Tolerierungspolitik in der sozialdemokratischen Landesorganisation selten einer alternativen theoretischen Konzeption, sondern einer allgemeinen Mißstimmung über die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage, durch die das Bedürfnis nach größerer Aktivität der Partei gesteigert wurde. Diese Motivation reichte nicht für den schwierigen Entschluß, die alte politische Organisation zu verlassen und der Unzufriedenheit durch Übertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) Ausdruck zu geben, die Anfang Oktober 1931 in Berlin auf Betreiben der führenden Linksoptionellen, Seydewitz und Rosenfeld, gegründet wurde. Bei der konstituierenden Versammlung in Hamburg am 20. Oktober 1931 sollen nicht viel mehr als 300 Sympathisanten teilgenommen haben. Führende Genossen waren nicht darunter, auch Paul Bergmann blieb der SAP fern. Bei den Wahlen des Jahres 1932 tat sie der SPD in Hamburg kaum Abbruch.⁸⁰

Mitgliedergewinne und Wählerverluste

Trotz ihrer schwierigen politischen Situation, der doppelten Belastung als Regierungspartei in Hamburg und Garant des Brüning-Kabinetts im Reich, konnte sich die SPD in der Elbmetropole bemerkenswert gut behaupten. Der enttäuschende Wahlausgang 1930 hatte keine Demoralisierung zur Folge, sondern führte zu erhöhter Einsatzbereitschaft bei zahlreichen Versammlungen und Werbekampagnen. Inmitten der Wirtschaftskrise gelang es, die Mitgliederzahl 1930 um mehr als 2000 und 1931 noch einmal um über 3500 zu steigern.⁸¹ Durch die Gewinnung neuer Betriebsvertrauensleute konnte die Organisation gefestigt werden.⁸² Diese Leistung war unter anderem wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß in

Hamburg einige jüngere dynamische und reformfreudige Politiker wenigstens eine gewisse Chance erhalten hatten, erstarrte Traditionen und Formen durch zeitgemäßere abzulösen.

Allerdings war eine politische Konzeption, die Abwarten unter schweren Entbehrungen verlangte, um die demokratischen Institutionen, die sozialen Errungenschaften und die Organisationen der Arbeiterbewegung durch die Krise hindurchzuretten, nur Menschen zu vermitteln, die der SPD oder allenfalls den Linksliberalen bereits nahestanden und nun angesichts der wachsenden Bedrohung durch festere Bindung an die Partei die republikanischen Kräfte stärken wollten. Trotz eines wieder sehr engagierten Wahlkampfes verlor die SPD bei den Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 abermals 26 000 Stimmen. Sie hatte damit das schlechteste Ergebnis während der Weltwirtschaftskrise zu verzeichnen, vergleichbar dem bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 nach den ökonomischen und politischen Erschütterungen der Inflationsperiode.⁸³ Fast 215 000 Wähler setzten aber noch immer auf die SPD.

Generell war der starke prozentuale Rückgang zum einen darauf zurückzuführen, daß die SPD aus dem Anwachsen der Zahl der Stimmberechtigten und der hohen Wahlbeteiligung keinen Nutzen ziehen konnte; bei Jungwählern und Wählern, die erst unter dem Eindruck der Krise Interesse für die politischen Entscheidungen entwickelten, hatte die SPD wenig Erfolg. Zum anderen verlor sie einen Teil ihrer Stammwähler, vornehmlich an die KPD, in einigen Stadtteilen aber auch an die NSDAP.⁸⁴ Die schlimmsten Einbußen erlitt sie in den Hochburgen der Arbeiterparteien. In bürgerlichen Wohnbezirken, in Harvestehude und Rotherbaum, aber auch in den weniger durch das selbständige Bürgertum als durch eine große Angestellten- und Beamtenbevölkerung geprägten Stadtteilen wie Alsterdorf, Langenhorn, Klein- und Groß-Borstel, konnte sie dagegen ihren stets unterdurchschnittlichen Anteil relativ gut behaupten.

In den meisten Arbeiterwohnvierteln längs des Hafens und der Elbe, so in St. Georg, Billwärder Ausschlag und dem angrenzenden Borgfelde, korrespondierten die absoluten Verluste der SPD ziemlich genau mit den Gewinnen der KPD. In einigen, nämlich in St. Pauli, dem traditionellen KPD-Zentrum Neustadt mit dem Gängeviertel und dem neueren Arbeiterwohnbezirk Barmbeck, konnten die Kommunisten darüber hinaus viele Erst- und Neuwähler für sich mobilisieren. In anderen, wie auf der Veddel, in Horn und Billbrook, gelang es der SPD, ihren Wählerstamm zu erhalten, während die KPD ihre Fortschritte der Zustimmung in dieser früher nicht beteiligten Gruppe verdankte.

Bemerkenswert war, daß die SPD in mehreren Bezirken mehr Stimmen einbüßte, als die KPD hinzugewinnen konnte. Da die NSDAP in allen besonders stark anwuchs, ist anzunehmen, daß ehemalige SPD-Wähler zu ihr übergewechselt waren. Oder sie hatten sich der KPD zugewandt, und diese hatte entsprechend viele Wähler an die NSDAP verloren. Am bedenklichsten war dabei für die Sozialdemokratie, daß es sich wie bei der Altstadt und bei Finkenwärder zum Teil um Gebiete mit einer starken

Arbeiterbevölkerung handelte und daß gerade in ihnen die Verluste besonders hoch ausfielen. In den anderen beiden Bezirken, Eilbeck und Hohenfelde, in denen die Angestellten- und Beamtschaft erheblich überrepräsentiert war, mußte die SPD zwar auch Stimmen an die NSDAP abgeben, ihr prozentualer Rückschlag blieb aber im Rahmen des Durchschnittswerts. Sonst hatte die SPD in Stadtteilen, in denen verhältnismäßig viele Angestellte wohnten, geringere Verluste, die KPD niedrigere Zuwachsraten zu verzeichnen als im Durchschnitt, während die Nationalsozialisten außer in Langenhorn und Eimsbüttel in ihnen recht stark waren.

Gerade der Wechsel von Arbeitern zur NSDAP zeigte, wie schwer es der sozialdemokratischen Führung fiel, den Sinn der Tolerierungspolitik verständlich zu machen. Angesichts des unerträglichen wirtschaftlichen Drucks spielte die Sorge um die Erhaltung der Demokratie für manche eine geringere Rolle als der Wunsch nach energischem, unkonventionellem Vorgehen gegen die Depression.

Die Hamburger DDP gegen bürgerliche Sammlungsbestrebungen und Beteiligung am Kabinett Brüning

Bei ihrem Bestreben, den Faschismus in Zusammenarbeit mit dem gemäßigten Bürgertum abzuwehren, konnte die SPD in Hamburg voll auf die Deutsche Demokratische Partei rechnen. Trotz Differenzen in vielen Einzelfragen waren sich hier alle Gruppen in der DDP einig, daß die politische Vertretung der Arbeiterschaft aus der Verantwortung für den demokratischen Staat nicht entlassen werden durfte. Dies galt für die Parteigremien, deren Mehrheit nur bei bewußter sozialer Orientierung noch Chancen für den Liberalismus sah, es galt aber auch für die Honoratioren der DDP im Senat, die stärker die Aufgaben als Interessenvertretung des Bürgertums betonten und mehr politische Stabilität durch den Zusammenschluß mit der DVP und kleineren Parteien der Mitte zu erreichen wünschten. Dieser Richtung neigte auch der Chefredakteur des Hamburger Anzeigers, Dr. Alois Winbauer, zu, so daß die Kommentierung politischer Ereignisse öfter von den in Parteiversammlungen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen abwich, über die an anderer Stelle des Blattes loyal und ausführlich berichtet wurde. Die grundsätzlichen Divergenzen, ob die DDP als »bürgerliche Linkspartei« oder als »Mittelpartei« wirken sollte, bestanden in der Hamburger Landesorganisation fort, ohne allerdings ihren Zusammenhalt zu gefährden.

Der Versuch, mehr Einfluß auf die Tätigkeit der demokratischen Senatoren zu gewinnen, bildete wahrscheinlich den Hintergrund für den aufsehenerregenden unfreiwilligen Rücktritt Cohns auf Drängen seiner eigenen Partei im Juni 1929.⁸⁵ Sein Nachfolger im Senat, der ehemalige Chefredakteur des Hamburger Anzeigers und Fraktionsvorsitzende in der Bürger-

schaft Curt Platen, besaß engere Beziehungen zur Parteiorganisation als seine Kollegen. Er galt als Exponent des linken Flügels in der Hamburger DDP. Dennoch konnte der Erfolg der Aktion die Initiatoren nicht befriedigen. Die Arbeitsbehörde, deren Leitung Platen übernahm, hatte seit der Schaffung der Reichsarbeitsverwaltung nur noch wenige Aufgaben und daher geringe Bedeutung; ihr neuer Präses war aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, neben dem Beruf als Journalist, der Arbeit in der Bürgerschaft und in der Partei das Senatsamt so auszufüllen, daß er größeren Einfluß gewann. Mit Cohn ging ein Finanzsenator, der bei aller fiskalischen Vorsicht Verständnis für die wirtschaftlichen Erfordernisse und die sozialen Pflichten zeigte und diese mit der Autorität des international angesehenen Kaufmanns auch seinen Unternehmernkollegen gegenüber energisch vertreten hatte. Der Jurist Matthaei, der nun von der Arbeitsbehörde an die Spitze der Finanzdeputation wechselte, besaß weder den Experten in den Unternehmerorganisationen noch den hohen Beamten des eigenen Hauses gegenüber die gleiche Souveränität. Er tendierte stärker dazu, Finanzentscheidungen allein unter fiskalischem Aspekt zu sehen.

So wenig es den Parteiinstanzen gelang, auf die Arbeit der Senatoren entscheidend einzuwirken, so unzufrieden waren Petersen und seine Freunde oft mit den Beschlüssen der Mehrheit.⁸⁶ Da aber alle an der Koalition mit der SPD festhielten und somit die Frage, an der sich sonst vor allem die Konflikte entzündeten, die Rücksichtnahme auf die Interessen der Arbeitnehmer, nicht zur Debatte stand, bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten überwiegend auf die Reichspolitik und den Kurs der Reichspartei.

Nach den schweren Verlusten bei der Reichstagswahl 1928 und den Landtags- und Kommunalwahlen 1929, bei denen die Wirtschaftspartei in vielen Städten die DDP überflügelt hatte, gewannen in den Berliner Gremien die Kräfte an Einfluß, die von ihr energischeren und eindeutigen Einsatz für die Forderungen des gewerblichen Mittelstands wie der Unternehmer überhaupt verlangten.⁸⁷ Mit dieser stärkeren Betonung des »bürgerlichen« Charakters der DDP ging einher, daß Bestrebungen zum Zusammenschluß mit der DVP zu einer großen Mittelpartei Auftrieb erhielten. Die Hamburger wehrten sich gegen solche Tendenzen, dem Trend zur »Interessenpartei« nachzugeben, und bestanden darauf, die Integration aller Bevölkerungsgruppen durch gemeinsame immaterielle Ziele in einer »Weltanschauungspartei« zu versuchen, in deren Reihen auch um den Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Wünschen und Ansprüchen von Arbeitnehmern, Beamten, Selbständigen und Unternehmern gerungen wurde. Sie konnten freilich leichter der Versuchung widerstehen, durch programmatische Anleihen bei der Wirtschaftspartei mit dieser zu konkurrieren, weil sie in Hamburg der DDP verhältnismäßig wenig geschadet hatte und zudem durch interne Richtungsstreitigkeiten über die Einstellung zu Monarchie und Republik in ihrer Wirksamkeit gelähmt war.⁸⁸

Die entschieden soziale Einstellung und das Bekenntnis zu den Leistungen der Weimarer Koalition sicherten den Hamburger Linksliberalen gute

Beziehungen zu den demokratischen Jugendorganisationen, deren zunehmende Distanzierung von der DDP den Führungen der Reichspartei und anderer Landes- und Ortsverbände sonst häufig Anlaß zur Sorge bot.⁸⁹ Der Vorsitzende der örtlichen Organisation des Reichsbundes Deutscher Jungdemokraten, Erich Lüth, war 1928/29 zugleich stellvertretender Geschäftsführer und Bürgerschaftsabgeordneter der DDP. Der Landesverband widersetzte sich im Juli 1929 sogar einem Antrag des Organisationsausschusses der Reichspartei, ihn aus seinem Sekretärsamt zu entlassen, weil er in einem Artikel in der pazifistischen Zeitschrift »Das Andere Deutschland« auch den Verteidigungskrieg verworfen und die Einbeziehung des Kriegers in die moralische Achtung des Krieges als logische Konsequenz dieser grundsätzlich uneingeschränkten Verurteilung bezeichnet hatte.⁹⁰ Die Berliner Führung sah darin eine für die Partei gefährliche Abweichung von ihren Richtlinien, während die Hamburger glaubte, daß die DDP selbst für eine so radikale pazifistische Position offen sein müsse.

Die Zuspitzung der ökonomischen und politischen Krise im Lauf des Jahres 1930 führte dazu, daß sowohl die Differenzen mit der Reichspartei als auch die Spannungen im Hamburger Landesverband besonders deutlich in Erscheinung traten. Ähnlich wie die SPD der Hansestadt beurteilten die Demokraten die Leistungen der Regierung der Großen Koalition im Reich unter Hermann Müller sehr kritisch. Sie hatten kein Verständnis für die monatelange Passivität angesichts der drängenden Finanzprobleme und dann – unter dem Druck des Reichsbankpräsidenten – die überstürzte Verabschiedung eines unausgewogenen Sofortprogramms zur Überwindung der akuten Zahlungsschwierigkeiten im Dezember 1929. Als ob noch »die Junker« herrschten, so monierte der Reichstagsabgeordnete Johannes Büll im Hamburger Parteiausschuß, würden Landwirtschaft und Großindustrie bevorzugt, obwohl die Agrarier anschließend doch die nationalsozialistischen Feinde der Republik wählten. Daß im Volksstaat unter dem Schlagwort: Kapitalbildung, die Besitzenden geschont und die Ausfälle nur durch Erhöhung der massenbelastenden indirekten Steuern und Zölle ausgeglichen werden sollten, sei unbegreiflich.⁹¹

Auch aus innenpolitischen Gründen rief die Entschlußunfähigkeit der Reichsregierung Sorge hervor. Aus der »Parteiselbstsucht« wachse die »Staatsanarchie«, warnte Winbauer im Hamburger Anzeiger die auseinandrestrebenden und die Regierung paralysierenden Koalitionspartner. Nichts sei für einen Staat gefährlicher als »Unsicherheit und Schwäche, Lässigkeit und Halbheit seiner Führung«. Sie ermutige »den feigsten der Feinde und entmutige den tapfersten der Freunde«, provoziere »Nervosität und Unmut« und erzeuge »jene gefährliche Bereitschaft, sich einem Neuen zu ergeben, weil man das Gefühl hat, daß das Alte sich selbst mißtraue«. Zur Zeit wisse man kaum, »ob in Berlin eine Regierung sitzt oder nicht. Die Zügel schleifen am Boden. Es ist keine Geradheit, keine Führung, keine Sicherheit da. Im Land herrscht tödliches Schweigen. Nur die Hetze hebt frech und verlockend das Haupt und glaubt die Festung reif zur Übergabe, weil sie auf ihrem Turm keinen Kommandanten mehr sieht.«⁹²

Trotz der Unzufriedenheit und Besorgnis über das schlechte Funktionieren der Großen Koalition im Reich lehnte die Mehrheit der Hamburger DDP mit Senator Platen, dem Bürgerschaftsvizepräsidenten Landahl und dem Fraktionsvorsitzenden Christian Koch an der Spitze die Beteiligung ihrer Partei am »Bürgerblockkabinett« Brüning ab. Ebenso verwarf sie alle Pläne, mit den verschiedenen politischen Gruppierungen der Mitte zu einer großen bürgerlichen Sammelpartei zu fusionieren. Solche Überlegungen waren, seit Koch-Weser nach den Reichstagswahlen 1928 zusammen mit Stresemann den Ehrenvorsitz der um den Zusammenschluß bemühten Liberalen Vereinigung übernommen hatte, nicht mehr aus der Diskussion verschwunden. Nachdem die Bestrebungen durch den Tod des Außenministers und die Rechtswendung der DVP einen Rückschlag erlitten hatten und Verhandlungen mit dem Jungdeutschen Orden lange Zeit ergebnislos geblieben waren,⁹³ verstärkten Berliner Spitzenpolitiker, allen voran Koch-Weser, angesichts der Unsicherheit der politischen Zukunft nun ihre Anstrengungen, zu einem positiven Abschluß zu gelangen. Wegen des anhaltenden Rückgangs der DDP, der Abwendung der selbständigen Mittelschichten und der Jugend sahen sie für den Fall des Scheiterns der Regierung und der Ausschreibung von Reichstagsneuwahlen für die Demokratische Partei allein keine Chance mehr.⁹⁴

Gegen diese Absichten nahm Platen am 5. April 1930 bei einer Veranstaltung der Hamburger Jungdemokraten Stellung, der sie durch Einladung von Vertretern des Jungdeutschen Ordens, der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler – also der Organisationen, mit denen die Vereinigungsverhandlungen am weitesten gediehen waren – und der Presse größte Publizität gesichert hatten.⁹⁵ So sehr Platen die SPD tadelte, weil sie durch die Sprengung der Koalition »die gesamte Linke schwer geschädigt« habe, meldete er im Namen vieler Wähler ernste Zweifel an, ob der Demokrat Dietrich ein Bündnis mit Männern wie Brüning, Schiele und Treviranus eingehen, ob die DDP sich an dieser Regierung beteiligen durfte. Unmißverständlich wandte er sich gegen den Zusammenschluß mit der DVP, da durch eine solche Sammelpartei der Begriff »bürgerlich« wieder gleichbedeutend mit der Frontstellung gegen die Sozialdemokratie würde. Mit einer Partei, die durch den Kampf gegen die staatliche Schlichtung bei Tarifkonflikten die Arbeiterklasse der Unterdrückung ausliefern, sie »rechtlos machen« und »der Arbeitslosenversicherung den Todesstoß versetzen« wolle, könne es keine Gemeinsamkeit geben. Die Aufgabe der Demokraten, für den Gedanken »der Freiheit und Gleichberechtigung« aller Bevölkerungskreise zu wirken, verlange die Wahrung ihrer organisatorischen Selbständigkeit. Den Jungdemokraten, die nach dem neuen Vorstoß der DVP auf ihrem Mannheimer Parteitag zur Sammlung der bürgerlichen Mitte sofort eine lebhaftige Gegenagitation entfaltet und sich zu Vorkämpfern »ebenso eindeutiger wie entschiedener demokratischer Linkspolitik« gemacht hatten,⁹⁶ versicherte Platen zum Abschluß die Sympathie und Solidarität »großer Teile« der Hamburger DDP.

Diesen Willen, »die Partei des sozial denkenden Bürgertums« zu bleiben, unterstrich Christian Koch Anfang Mai 1930 in betont scharfer For-

mulierung. Den an den Fusionsbestrebungen beteiligten Berliner Parteiführern warf er vor, die Mitglieder, deren Vertrauen sie an die Spitze der DDP getragen habe, »verschachern« zu wollen, um durch die »Verbindung von Koch-Weser bis Treviranus« eine »Machtposition« zu schaffen, die es erlaube, die soziale Entwicklung abzubremsen. Einen solchen Weg werde der Hamburger Landesverband nicht mitgehen, gleichgültig welche Beschlüsse in Berlin fielen.⁹⁷ Daß er damit der Stimmung der großen Mehrheit Ausdruck gab, zeigte sich wenige Tage später, am 6. Mai, bei den Beratungen des Parteiausschusses, des »kleinen Parteitags«, der DDP.⁹⁸ Vergeblich bemühte sich Johannes Büll, Verständnis für die Politik der Reichstagsfraktion zu wecken. In einer scharfen Entschließung, die weit über Hamburg hinaus Aufsehen erregte,⁹⁹ protestierte der Parteiausschuß mit nur drei Gegenstimmen gegen die »Verletzung demokratischer und sozialer Forderungen« durch die letzten Entscheidungen der Fraktion und stellte die Spitzenpolitiker, insbesondere Hermann Dietrich, vor die Wahl, künftig entweder eine »Wirtschafts-, Sozial- und Agrarpolitik im Sinne der demokratischen Parteigrundsätze« zu treiben oder von der Leitung der DDP zurückzutreten. Eine »Verschmelzung mit anderen politischen Gesinnungsrichtungen« lehnte der Hamburger Parteiausschuß ab, weil nur die DDP in ihrer alten Gestalt die Garantie für eine »fortschrittliche und demokratische Staats- und Kulturpolitik in Deutschland« biete. Für den Fall der Fusion wurde sogar erwogen, sich von der Reichspartei zu trennen und gemeinsam mit den Lübecker Freunden eine selbständige Hanseatische Demokratische Partei zu gründen.¹⁰⁰

Mit der Rückendeckung des entscheidenden Hamburger Gremiums opponierte Landahl im Reichsvorstand und -parteiausschuß gegen die Politik der Berliner Führung. Zur Rechtfertigung wiederholte Koch-Weser die Argumente, mit denen er seit der Entscheidung für die Beteiligung am Kabinett Brüning die Unruhe im Land zu dämpfen suchte. Grundsätzlich erstrebe die DDP zwar Koalitionen unter Einschluß der SPD, nachdem aber das Bündnis infolge des Versagens der Sozialdemokraten bei der Aufgabe der Arbeitslosenversicherungsreform zerbrochen sei, habe sie nicht an ihrer Seite in den Wahlkampf ziehen können. Die Reichstagsauflösung und damit die längere Hinauszögerung der Finanzsanierung seien wegen der schwierigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage nicht zu verantworten gewesen. Die Bildung und die dauernde Gefährdung der Minderheitsregierung hätten auf die SPD wie auch auf die nach rechts drängenden, nach einem »marxistenreinen« Kabinett verlangenden Unternehmerkreise erzieherisch gewirkt und so die Bereitschaft zur Erneuerung der Großen Koalition gestärkt. Vor allem aber könne die DDP-Fraktion als Erfolg verbuchen, daß sie den Rückgriff auf Artikel 48 der Reichsverfassung verhindert habe, dessen – rechtlich zweifelhafte – Ausdehnung auf finanzpolitische Notstände die Ausschaltung des Parlaments und den allmählichen Übergang zur Diktatur vorbereite.¹⁰¹ Diese Begründung wies Landahl namens der Hamburger zurück, indem er mehr Wert auf den Inhalt als auf die Methoden der Reichspolitik legte. Die Steuergesetze und der Agrarprotektio-

nismus seien mit der Programmatik der DDP unvereinbar und trügen darüber hinaus zur Verschlechterung der Wirtschaftslage bei. Die Furcht vor der Anwendung des Artikels 48 sei allmählich zur »Angstpsychose« geworden, behindere somit, so war aus seinen Worten herauszuhören, rationale, sachlich richtige Entscheidungen. Schuld an der Schwäche und Verunsicherung der DDP sei nicht zuletzt das jahrelange Gerede über Fusionen und Parteineubildungen, wie das Gegenbeispiel der Hamburger Organisation beweise, die diesen Kurs stets bekämpft habe. Koch-Weser das Vertrauen auszusprechen, lehnte Landahl ab.¹⁰²

Maßgebend für die harte Opposition der Hamburger DDP-Führung waren sowohl wirtschaftspolitische Bedenken als auch Sorgen um den Bestand der Organisation. Die Hochschutzzollpolitik zugunsten der Landwirtschaft traf, wie die Demokraten in der Bürgerschaft beanstandeten, durch die Gefährdung des Außenhandels das Zentrum der Hamburger Wirtschaft und widersprach darüber hinaus ihrer Konzeption, bei stabilen Löhnen durch Verbilligung des Lebensnotwendigen die Kaufkraft der großstädtischen Massen zu steigern, um auf diese Weise die Produktion »anzukurbeln«. Das gleiche galt für die Umsatzsteuererhöhung für Großbetriebe des Einzelhandels, die zudem der Forderung nach Kapitalbildung zuwiderlief und eine Wirtschaftsgruppe schädigte, die die DDP bisher finanziell unterstützt hatte.¹⁰³ Die Beteiligung am »Bürgerblock« brüskierte die Arbeitnehmer in der DDP und trieb sie in die Reihen der SPD oder ließ sie politisch heimatlos werden, wenn sie sich wegen des Gegensatzes zwischen freien und liberalen Gewerkschaften zu diesem Weg nicht entschließen konnten. Deprimierte Äußerungen aus vielen Teilen des Reichs spiegelten diesen Trend wider.¹⁰⁴ Auch in Hamburg mußte die DDP seit April 1930 schwere organisatorische Rückschläge hinnehmen, die ihr Vorstand auf die verfehlte Politik der Reichsleitung zurückführte.¹⁰⁵

Allerdings war er nicht bereit, sich öffentlich auf harte Konfrontation mit der Führung der Reichspartei festlegen zu lassen. Ein Artikel Lüths im Dortmunder General-Anzeiger: »Herr Koch sollte gehen!«, durch den er eine Aufweichung der kompromißlosen Opposition im Sinne der Hamburger Mehrheit verhindern wollte, wurde nach seinem früheren aufreizenden, extrem pazifistischen Aufsatz und seinem Vorschlag zur Gründung einer republikanischen Partei links von der SPD zum endgültigen Anlaß, ihn aus der DDP zu drängen.¹⁰⁶ Die Jungdemokraten sprachen sich zwar für die Fortsetzung der »radikal-demokratischen« Politik ihres bisherigen Vorsitzenden aus, hielten aber am Kartellverhältnis zur DDP fest, deren Landesverband ihnen gesinnungsmäßig nahestehe und ihnen politischen Einfluß ermöge.¹⁰⁷

Übergang zur Staatspartei

Mitentscheidend für den Entschluß, sich von Lüth zu trennen, war die Sorge um den Zusammenhalt der Hamburger Organisation. Eine einfluß-

reiche Minderheit um Bürgermeister Petersen, die auf die Unterstützung besonders älterer Parteifreunde und Wähler sowie der parteinahen Presse rechnen konnte, beobachtete den Oppositionskurs der Landesverbandsführung voller Unzufriedenheit. Durch unermüdliche Versammlungstätigkeit erreichte Johannes Büll, daß die ihm nahestehenden Ortsgruppen Eimsbüttel und Eilbeck der DDP den Beschluß des Parteiausschusses vom 6. Mai mißbilligten und – ebenso wie die Ortsgruppe Cuxhaven – der Reichstagsfraktion das Vertrauen aussprachen.¹⁰⁸ Petersen kommentierte die Resolution verbittert, es stimme »traurig, eine Bewegung wie die in Hamburg, die man mit soviel Begeisterung und Idealismus ins Leben gerufen hat, in Besserwisseri und geistloser Kritiksucht, in kleinstem Menschentum und Geistesarmut versinken zu sehen«.¹⁰⁹ Diese Stellungnahme zeigt, wie weit sich die Exponenten der gegensätzlichen politischen Richtungen in der Hamburger DDP voneinander entfernt hatten. Die Fronten waren so verhärtet, daß der alte Vorkämpfer der gleichberechtigten Integration der Arbeiterschaft in den Staat nicht zu erkennen vermochte, daß dieselben ideellen Ziele seine Gegenspieler veranlaßten, die Mitwirkung von Demokraten im Kabinett Brüning und den Zusammenschluß mit sozialpolitisch rückschrittlichen Parteien zu bekämpfen. Seine Anschauungen in den Hamburger Gremien durchzusetzen, hatte Petersen aufgegeben, in denen der Reichspartei sah er dagegen seine Aufgabe darin, Koch-Weser den Rücken zu stärken, wodurch er den Eindruck der Proteste des Landesverbandes schwächte.¹¹⁰

Ebenso wie die Vertreter »der Wirtschaft« in der Hamburger DDP, wenn auch aus anderen Motiven, befürwortete Petersen die Verschmelzung der Mittelparteien.¹¹¹ Er sah darin die Verwirklichung einer alten Hoffnung seines Mentors und Freundes Friedrich Naumann, die liberalen Parteien zu vereinigen. Auch Winbauer versuchte im Hamburger Anzeiger, größere Aufgeschlossenheit für die nach seiner Meinung unvermeidliche Neuformierung des Parteiwesens zu erreichen, durch die eine neue, von der alten »durch die fürchterliche Cäsar des Weltkrieges« geschiedene Generation die 1918 versäumte Revolutionierung der politischen Strukturen und Gebilde nachhole.¹¹² Beide begrüßten den überraschenden Entschluß Koch-Wesers, nach der Reichstagsauflösung die DDP nicht erneut selbständig in den Wahlkampf zu führen, sondern die Gründung der Deutschen Staatspartei mit dem Jungdeutschen Orden, mit Nachwuchsorganisationen der DVP, verschiedenen liberalen Vereinigungen und Jugendgruppen sowie in der DNVP heimatlos gewordenen christlichen Gewerkschaftlern als Kern für einen »Zusammenschluß auf breitester Grundlage« zu proklamieren.¹¹³ Petersen beglückwünschte Koch-Weser zu »der Tat, die fortwirken wird«, und meldete sein Interesse an einem Platz in der Leitung der neuen Partei an.¹¹⁴

Nachdem sie jahrelang für die selbständige Fortführung der DDP gekämpft hatten, machte die Mehrzahl der Hamburger Vorstandsmitglieder den Übergang zur Staatspartei nur widerwillig und voller Skepsis mit. Aber selbst Landahl erklärte sich nach einigem Zögern bereit, den Gründungs-

aufrief mitzuunterzeichnen.¹¹⁵ Der Parteiausschuß akzeptierte nach einem beschwörenden Appell Petersens gegen drei Stimmen bei sieben Enthaltungen den Beschluß, die Staatspartei zu bilden und ihr die Organisation und den technischen Apparat der DDP für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen.¹¹⁶ An der Basis waren die Bedenken offenbar sogar schwächer ausgeprägt. Von den rund 1000 Teilnehmern einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stimmten nur fünf gegen die Gründung der Staatspartei.¹¹⁷ Von den bekannten Demokraten blieben ihr Dr. Hans Robinsohn, Dr. Carl Melchior und einige andere Juden fern.¹¹⁸ Trotz aller Versicherungen, daß eine rassische Diskriminierung nicht in Frage komme, empfanden sie es als Zumutung, eine Gemeinschaft mit einem Bund eingehen zu sollen, der den »Arierparagraphen« in seiner Satzung beibehielt. Für Melchior spielte außerdem eine Rolle, daß die ihm nahestehenden Unternehmerverbände über den Vorstoß Koch-Wesers verärgert waren, der ihre Bestrebungen zur Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien bis zu den Volkskonservativen unter Einfluß der DVP durchkreuzte. Er blieb aber Wähler der Staatspartei, und seine Firma, das Bankhaus Warburg, ließ seine Wahlspenden weiter je zur Hälfte ihr und der DVP zukommen.¹¹⁹ Wie viele andere Mitglieder nun stillschweigend ihrer Partei den Rücken kehrten, ist nicht zu erfassen. Immerhin waren die Verluste auch in Hamburg so erheblich, daß die völlige Reorganisation der Ortsgruppen nach der endgültigen Etablierung der Staatspartei im Winter 1930/31 notwendig wurde.¹²⁰

Wenn sich die Gegner der bürgerlichen Mittelpartei nach ihren früheren Drohungen überraschend schnell mit der Bildung der Staatspartei abfanden, so war für sie zweifellos die Überlegung wichtig, daß die Spaltung der Organisation sechs Wochen vor den Reichstagswahlen alle Erfolgsaussichten zerstört hätte. Sie mußten mit dem Verlust der zugkräftigsten Politiker, vieler älterer Parteifreunde, der Presseunterstützung und der unentbehrlichen finanziellen Beihilfen aus Wirtschaftskreisen rechnen, die seit Jahren für die Zusammenfassung der politischen Kräfte des Bürgertums eintraten. Aus diesem Grund zogen es auch die Befürworter einer selbständigen, betont sozialliberalen DDP vor, ihre Anhänger in möglichst großer Zahl der neuen Partei zuzuführen, um in ihr, wie Landahl formulierte, »die politischen Aufgaben mit neuen Mitteln, aber in altem Geist zu lösen«.¹²¹ Aus denselben Motiven rangen sich die Jungdemokraten nach heftigen internen Auseinandersetzungen zu dem Entschluß durch, das Kartellverhältnis zur Nachfolgeorganisation der DDP bestehen zu lassen, solange sie die Gewähr biete, »im Sinne eines wahrhaft sozialen Ausgleichs« zu wirken.¹²² Sie wollten »als das demokratische Gewissen« der Staatspartei mitarbeiten.¹²³ Die Hoffnung, linksliberale Auffassungen in der neuen politischen Verbindung durchsetzen zu können, war gerade in Hamburg nicht unberechtigt, weil hier der Jungdeutsche Orden nur eine geringe Rolle spielte. Seine für die Teilnahme an Wahlen und am parlamentarischen Leben gegründete Volksnationale Reichsvereinigung zählte nach eigenen Angaben in Hamburg nicht mehr als 300 Mitglieder.¹²⁴

Reichstagswahlkampf 1930 mit Gustav Stolper als Spitzenkandidaten

Als demonstratives Bekenntnis zu den alten Grundsätzen und Beruhigung für die jüdischen Anhänger konnte die Wahl des Spitzenkandidaten für den Reichstag aufgefaßt werden. Der mit 42 Jahren noch recht junge, aber schon sehr bekannte Wirtschaftsjournalist und Herausgeber der angesehenen Zeitschrift: *Der Deutsche Volkswirt*, Gustav Stolper, hatte beim Mannheimer Parteitag der DDP am 5. Oktober 1929 durch eine mitreißende Rede über Grundzüge eines zeitgemäßen liberalen Wirtschaftsprogramms Begeisterungstürme bei den durch die vielen Rückschläge der Vergangenheit demoralisierten Delegierten ausgelöst. In der Folgezeit hatte er seine Position durch aufsehenerregende Vorschläge für die völlige Umgestaltung des deutschen Finanzsystems, vor allem die klar geschiedene Verteilung der Steuerquellen auf Reich, Länder und Gemeinden je nach der Art ihrer Aufgaben, gefestigt. Er galt seither als Anwärter auf ein herausragendes Amt in der DDP. Mehrere Wahlkreise bemühten sich, ihn als Spitzenkandidaten für die Reichstagswahlen 1930 zu gewinnen. Auch die Parteiführung wünschte, sich seine Kenntnisse für die Parlamentsarbeit zu sichern, und erwo, seine Wahl durch einen vorderen Platz auf der Reichsliste abzusichern. Diese Pläne schienen plötzlich gefährdet, weil sich einige der Berliner »Freunde« bereit zeigten, »Stolper um seiner jüdischen Herkunft willen den Jungdeutschen zu opfern«. ¹²⁵ In dieser Situation bot ihm die Hamburger Staatspartei auf Fürsprache von Theodor Heuss hin die Listenführung an. Der bisherige Reichstagsabgeordnete Büll war als Bewerber bereits ausgeschieden, vermutlich weil er sich in den vorangegangenen Kontroversen zu sehr auf seiten des Berliner Vorstands engagiert hatte.

Stolper war keinem der beiden Flügel in der Hamburger Partei zuzuordnen. Er hatte gute Beziehungen sowohl zu Petersen als auch zu Landahl. ¹²⁶ Die Redaktionen des *Hamburger Anzeigers* und des stärker dem Rechtsliberalismus zuneigenden *Fremdenblatts* unterstützten seine Kandidatur. Bei seiner Programrede in Mannheim hatte Stolper ein emphatisches Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem abgelegt, aber zugleich in klarer Distanzierung vom Manchesterliberalismus dem Staat die Aufgabe zuerkannt, regelnd in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, durch öffentliche Aufträge Konjunkturschwankungen auszugleichen, neben der Industriearbeiterschaft die »notleidenden Kleinbauern«, den »schwer bedrohten gewerblichen Mittelstand« und die wachsende Schicht der Angestellten in seine sozialpolitische Fürsorge einzubeziehen, bei sozialen Konflikten zu schlichten und Massennotständen abzuhelpfen. Unternehmerforderungen entsprach sein Plädoyer für vermehrte Kapitalbildung und äußerste Sparsamkeit der öffentlichen Hand; daneben stand jedoch die eindeutige Zustimmung zum staatlichen Schlichtungswesen und zum Schutz der Sozial- und Arbeitslosenversicherung. Steuerentlastungen sollten den Beziehern niedriger und höchster Einkommen zugute kommen. Einkom-

men bis 2400 RM im Jahr, d. h. eines Großteils der Arbeitnehmer, wollte Stolper überhaupt von der Steuerpflicht befreien.¹²⁷

Dennoch hatten seine Ausführungen, daß hohe Löhne nur in einem Land mit reichen Kapitalreserven möglich seien, ebenso wie die Vorschläge zur Gewinnbeteiligung der Belegschaften, die als Instrument zur Differenzierung und Lähmung der Arbeiterklasse auch von den liberalen Gewerkschaften abgelehnt wurde, Mißtrauen unter den demokratischen Arbeitnehmern hinterlassen. Es wurde verstärkt dadurch, daß der Reichsarbeiterausschuß der DDP keine Gelegenheit zur Gegendarstellung erhalten hatte.¹²⁸ Viele Beamte fühlten sich durch abfällige Bemerkungen über die Bürokratie und besonders die auf stark übertriebenen Zahlen beruhenden Anregungen zum weitgehenden Abbau der Reichsfinanzverwaltung angegriffen.¹²⁹ Angehörige des gewerblichen Mittelstandes waren durch Stolpers bedingte Rechtfertigung der Monopolbetriebe, sein Eintreten für ein staatliches Tabakmonopol und die Forderung nach extremer Besteuerung des Tabaks und Alkohols beunruhigt,¹³⁰ obwohl er sich mit dem Verlangen nach Beseitigung der Gewerbesteuer, nach stärkerer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen bei Staatsaufträgen, nach mehr Mittelstandsschutz und steuerlicher Gleichbehandlung, wenn nicht Abschaffung der Staatsbetriebe viele Wünsche dieser Gruppe zu eigen gemacht hatte. In einer bitteren Beschwerde bezeichnete es Büll als Affront gegen »viele tausend Hersteller, Handelsvertreter und Ladenhändler« der Tabakbranche, daß er nach zwanzigjähriger Abgeordnetentätigkeit durch Machenschaften von »Leuten aus der Hochfinanz« ausgerechnet durch Stolper abgelöst worden sei.¹³¹

Mit seiner Beurteilung der aktuellen innenpolitischen Probleme stand Stolper den Linken in der Hamburger Staatspartei nahe, was erklären dürfte, daß sich Landahl zusammen mit Petersen stark für seine Kandidatur einsetzte.¹³² Wie sie schätzte er die Leistungen des Berliner Parteiapparats sehr kritisch ein.¹³³ Die Übernahme des Reichsfinanzministeriums durch Hermann Dietrich betrachtete er voller Skepsis.¹³⁴ In der Anwendung des Artikels 48 zur Durchführung vom Reichstag bekämpfter Finanzmaßnahmen sah er einen klaren Verfassungsbruch. Während das Verfahren im Hamburger Anzeiger gerechtfertigt wurde als Methode, das Parlament zu seiner Verantwortung zu erziehen,¹³⁵ beschwor Stolper die Fraktionsführung, nicht auch noch »ihren letzten Existenzgrund, Hüterin der republikanischen Verfassung zu sein«, preiszugeben, sondern unbedingt mit der Sozialdemokratie für die Aufhebung der Notverordnungen zu stimmen.¹³⁶ Wie die Parteilinke machte er die Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden nur voll Sorge mit. Von der Zusammenarbeit mit Kräften, die einem für eine moderne Partei unmöglichen Romantizismus huldigten, ein unvereinbares Organisationsprinzip und in entscheidenden politischen Fragen diametral andere Auffassungen als die DDP vertraten, erwartete er für die Zukunft nichts als Schwierigkeiten.¹³⁷

Der Überzeugung der Liberalen entsprechend, daß Persönlichkeitswahlen dem durch das Verhältniswahlrecht begünstigten Listensystem vorzu-

ziehen seien, konzentrierte die Hamburger Staatspartei ihren Wahlkampf darauf, Stolper groß herauszubringen. In einer notgedrungen kurzen, aber intensiven Kampagne sprach er 14 Tage lang jeden Abend bei einer gut besuchten Wahlkundgebung in den verschiedenen Hamburger Stadtteilen. In den Mittelpunkt stellte er die innenpolitischen Sorgen: Er betonte seine Gegnerschaft gegen die Diktatur mit Hilfe des Artikels 48 und plädierte für die Zusammenarbeit mit der SPD, die in Hamburg Staatspolitik getrieben, im Reich jedoch durch einseitige Voranstellung ihrer Parteiinteressen versagt und auf diese Weise die gefährliche Verfassungskrise verschuldet habe.¹³⁸

Die Abgrenzung zur Sozialdemokratie suchte Stolper vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik. Wie schon in Mannheim warf er ihr vor, den »Mittelstand« vernichten und alle Besitzenden ins Proletariat hinabdrücken zu wollen, während die Liberalen danach strebten, es am Wohlstand der Nation teilhaben zu lassen. Die Wiederholung der Thesen, das deutsche Volk habe seit der Inflation über seine Verhältnisse gelebt und müsse nun dafür durch Not und Arbeitslosigkeit bezahlen, Kapitalbildung und radikale öffentliche Sparsamkeit seien die einzig möglichen Methoden zur Überwindung der Wirtschaftskrise, schien den Argwohn zu rechtfertigen, daß der Spitzenkandidat Stolper ausschließlich auf Seiten der Unternehmer stehe.¹³⁹ Dem gewerblichen Mittelstand widmete er einen besonderen Artikel in der Wahlzeitung, um solche Befürchtungen zu zerstreuen und gegen Vorwürfe der DVP und der Wirtschaftspartei nachzuweisen, wie sehr er sich bei allen seinen finanzpolitischen Vorschlägen gerade für den Schutz und die Förderung dieser Schicht einsetze.¹⁴⁰ Angestellte und Beamte dagegen konnten sich derselben Beachtung nicht erfreuen. Daß der Gauvorsteher des GDA, Kaufmann, hinter der langjährigen demokratischen Abgeordneten, Oberschulrätin Emmy Beckmann, und dem Vertreter des Jungdeutschen Ordens auf dem vierten Platz des Wahlvorschlags erschien, war demgegenüber eine bedeutungslose Geste. Auf die drängendste Sorge der Zuhörer, Wege zur Überwindung und ein Ende der aktuellen Wirtschaftskrise zu sehen, ging Stolper nicht ein. Auch Landahl konfrontierte sie mit dem Mut zu rücksichtsloser Ehrlichkeit mit der Prognose, daß sich der Wiederaufstieg nur sehr langsam als Folge von Preis- und Lohnsenkungen entwickeln und die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen werde.¹⁴¹

Die von Erfolg zu Erfolg eilende NSDAP wurde von Stolper und seinen Freunden in der Hamburger Staatspartei völlig falsch eingeschätzt. Trotz der Enttäuschung über den Rückgang ihrer überwiegend an den Intellekt appellierenden DDP seit 1919 glaubten sie – ähnlich wie die Sozialdemokraten – zu sehr an die Macht der Vernunft, um die Ursachen für das Wachstum und die Gefährlichkeit dieser Bewegung zu begreifen. Sie wende sich, so schrieb Stolper zum Zweck »letzter Klärung« drei Tage vor den Wahlen, »allein an die Minderwertigkeitsinstinkte haltloser Massen«. Ihr Programm sei »von so offenkundiger logischer Sinnlosigkeit und Wirklichkeitsfremdheit, daß jeder logische Einwand daran scheiter[e]«. Eine Gefahr bildeten die Nationalsozialisten, »weil und solange sie Nutznießer der

deutschen Not sein« könnten;¹⁴³ da aber Stolpers Vorbedingungen für die Überwindung der Wirtschaftskrise: Sparsamkeit des Staates und Kapitalbildung, je mehr sich die Depression verschärfte, immer schwerer zu erfüllen waren, wirkte die sicher richtige Prognose kaum tröstlich.

In ähnlich überheblicher Verachtung der »Ungeistigkeit« der NSDAP hieß es in einer Wahlnummer der Hamburger Parteizeitung: »Wir haben Hitler, Goebbels und alle diese Clowns nie für Politiker gehalten, sondern für smarte Geschäftsleute in amerikanischem Wild-West-Stil.« Unter der Überschrift: »Maulheld Hitler in tausend Nöten!« folgte der Darstellung der gegensätzlichen Versprechungen an die verschiedenen Wirtschaftsgruppen die Aufforderung: »Deutsche, wacht auf! So etwas laßt Ihr Euch von einem hergelaufenen Ausländer bieten? Seid Ihr von Sinnen?« Oder die Nationalsozialisten wurden wie eine Landsknechthorde des Dreißigjährigen Krieges gezeichnet: Es handle sich um »als politische Bewegung maskiertes Strauchrittertum«, war in derselben Wahlzeitung zu lesen. Sie seien »keineswegs eine politische Partei, sondern ein Haufen gewissen- und gesinnungsloser Landsknechte, die auf Kosten des deutschen Bürgers Beute machen« wollten. Wenn sie nur für vier Wochen Einfluß gewännen, werde »aus Deutschland ein Trümmerhaufen, den niemand beseitigen« könne, die Läden, Werkstätten würden zerschlagen, die Menschen »am Arbeitsplatz vom Knüppel bedroht«, Frauen und Kinder »blutig geschlagen« werden, »weil wütende Räuberhaufen [...] ihnen] den letzten Notpfennig herausprügeln« wollten. »Diesen durch und durch undeutschen Landsknechten«, so lautete die Begründung, »kommt es doch nur auf Geld und Schnaps an [...] Im Winter wirst du zum Zahlen gefoltert werden, wenn du diesen Narren weiter nachläufst.«¹⁴³ Solche Schreckensgemälde konnten vielleicht die Gegner der NSDAP in ihrer Meinung bestärken, sie waren aber sicher, da sachliche Beweise für die Behauptungen und positive Alternativen zu Hitlers Versprechungen fehlten, nicht geeignet, Wähler, die sich von ihm eine Besserung ihrer Lage erhofften, umzustimmen.

Auch nach der Wahl sah Stolper keinen Anlaß, seine Ansicht über die NSDAP und ihren Anhang zu modifizieren. Nach seiner Meinung hatte sich »der Appell an die Nichtwähler gerächt«, da die Staatspartei durch ihn »die Dümmlen der Dummen im Lande mit nur zu großem Erfolg« zu einem »Spartakusaufstand der politischen Idioten« aufgerufen habe.¹⁴⁴ Die Inkonsequenz, die darin lag, daß er einerseits die unbedingte Verteidigung der Weimarer Verfassung forderte, andererseits für ihn negative oder selbst erschreckende Abstimmungsergebnisse der Ignoranz der Wähler anstete, wurde Stolper nicht bewußt. Ebenso ließ er jetzt im Unterschied zu seinen früheren Erklärungen unerwähnt, daß die Mobilisierung und Radikalisierung politisch bisher inaktiver Schichten größtenteils eine Folge der Wirtschaftsmisere und die Lösung dieses Problems deshalb die alles entscheidende, dringendste Aufgabe der staatstragenden Parteien war.

Der Wahlausgang bereitete allen Anhängern, aber besonders den Initiatoren der Deutschen Staatspartei eine schwere Enttäuschung. Soweit sie

nicht wegen ihrer Beteiligung an der Gründung der neuen Organisation um Rechtfertigung bemüht waren, stimmten die meisten überein, daß das Bündnis mit dem Jungdeutschen Orden die Demokraten weit mehr Wähler gekostet, als es ihnen gebracht hatte. Dies galt bei dem geringen Rückhalt der Jungdeutschen gerade auch in Hamburg. Die Staatspartei verlor im Vergleich zum Ergebnis der DDP bei den letzten Reichstagswahlen 1928 gut 16000 Stimmen. Mit einem Anteil von 8,5 % lag sie zwar noch immer erheblich über dem Reichsdurchschnitt von 3,8 %, aber der Rückgang um 3,1 % war weit gravierender als die generelle Minderung um 1,1 % in Gesamtdeutschland.¹⁴⁵

Die Hoffnung, durch die Spitzenkandidatur Stolpers jüdische Wähler beruhigen und halten zu können, erfüllte sich nur teilweise. Die stärksten Einbußen von 5,8 % mußte die Staatspartei im Stadtteil Rotherbaum hinnehmen, dessen Bevölkerung zu fast einem Sechstel aus Juden bestand; in Harvestehude, wo sie in ähnlicher Weise überrepräsentiert waren,¹⁴⁶ lagen die Verluste mit 3,4 % dagegen nur wenig über dem Durchschnitt. Möglicherweise wirkte in diesem stärker durch das Großbürgertum geprägten Stadtteil das Ansehen Stolpers als Wirtschaftsexperte ausgleichend, während in Rotherbaum unter den Angestellten und Beamten verbreitete Vorbehalte gegen ihn die negative Tendenz verstärkten. Die ungewöhnliche Stabilität der SPD in beiden Bezirken – statt durchschnittlich 4,9 % verlor sie nur jeweils 1,4 % der Stimmen – läßt darauf schließen, daß manche Juden außer beim Zentrum, das seine Wählerzahl schlagartig um rund zwei Drittel vermehren konnte, nun bei der Sozialdemokratie Rückhalt suchten.¹⁴⁷

Überdurchschnittliche Rückschläge erlitt die Staatspartei ferner in Stadtteilen, in denen besonders viele Angestellte wohnten. Offenbar wirkte sich aus, daß sich Stolper wie auch die Parteiorganisation wenig Mühe gegeben hatte, das Mißtrauen in diesen Kreisen gegen seine unternehmerfreundliche Haltung zu zerstreuen. Die SPD konnte sich in der Mehrzahl dieser Stadtteile wiederum besser behaupten als generell, so daß ein gewisser Zuwachs an Angestelltenstimmen denkbar ist. Größere Vorteile hatte aber anscheinend die NSDAP, deren Ergebnisse in den meisten der fraglichen Bezirke erheblich über dem Durchschnitt lagen.¹⁴⁸ Soweit die schwierige Identifizierung der Beamten in der damaligen amtlichen Berufsstatistik erkennen läßt, kehrten auch sie in größerer Zahl der Staatspartei den Rücken, weil sie die von ihr gestellten Finanzminister in erster Linie für die ihnen zugemuteten »Sonderopfer« verantwortlich machten und außerdem wohl die wenig freundlichen Bemerkungen des Hamburger Spitzenkandidaten nicht vergessen hatten.¹⁴⁹

Inwieweit die besonderen Bemühungen um den gewerblichen Mittelstand Erfolg zeitigten, ist schwer zu entscheiden, da die in Frage kommenden Stadtteile ein recht vielschichtiges Bild bieten. In den wenigen, in denen die hohe Quote der »Selbständigen« mit Sicherheit auf das Gewerbe zurückzuführen war, schnitt die Staatspartei verhältnismäßig gut ab, was darauf hindeutet, daß sie bei dieser Gruppe auf weniger Ablehnung stieß als

bei Angestellten, Beamten und Intellektuellen.¹⁵⁰ Generell erlitt die Staatspartei in den Hochburgen der DDP die schwersten Verluste, während sie in ehemals weniger günstigen Gebieten nicht so stark zurückging.

Wiederaufbau der Parteiorganisation

Die Monate nach der Wahl waren mit der Arbeit zur Reorganisation der Partei ausgefüllt. Nachdem es schon während des Wahlkampfes zu schweren Spannungen zwischen Demokraten und Jungdeutschen gekommen war, brach das Bündnis zwischen den ungleichen Partnern noch vor dem Zusammentritt des neuen Reichstags am 7. Oktober 1930 auseinander. Koch-Weser bezahlte das Fiasko, das er mit seinem Wagnis erlebte, mit dem Verlust aller Parteiämter und selbst des Reichstagsmandats. Obwohl das Experiment der Staatspartei Gründung nach dem Scheitern fast allgemein negativ beurteilt wurde, gab es in den Führungsgremien kaum Zweifel, daß eine Rückkehr zur DDP ausgeschlossen war.¹⁵¹ Auch der Hamburger Landesverband entschied sich, der Auflösung der, juristisch gesehen, noch neben der Staatspartei fortbestehenden DDP und der Überführung ihrer gesamten Organisation zuzustimmen.¹⁵²

Die Liquidation der Demokratischen Partei und die offizielle Gründung der Deutschen Staatspartei erfolgte am 8./9. November 1930 in Hannover. Nach diesem Reichsparteitag aber war von Aktivitäten der Berliner Zentrale im Lande kaum etwas zu merken, da der neue Vorsitzende Hermann Dietrich durch die Pflichten als Reichsfinanzminister zu sehr in Anspruch genommen wurde, um sich um die Parteiarbeit zu kümmern, ihr wohl auch weniger Bedeutung beimaß als früher Koch-Weser. Ähnliches galt für viele der übrigen leitenden Persönlichkeiten, die durch ihre Tätigkeit in Landesregierungen, Stadtmagistraten oder die Arbeit in der zusammengeschrumpften Reichstagsfraktion stark belastet waren. Aus allen Teilen des Reichs kamen verzweifelte Mahnungen, endlich ein Parteiprogramm oder wenigstens Richtlinien für die Behandlung der zentralen politischen Probleme herauszugeben, da, solange keine Klarheit über die Stellung zu den Grundsätzen und der Politik der DDP bestehe, weder die alten Anhänger zu halten noch neue zu gewinnen seien.¹⁵³ Erst nach einem dreiviertel Jahr machte die Parteiführung Anstalten, diesen Forderungen nachzukommen.¹⁵⁴

Das Versagen der Berliner Parteiorganisation veranlaßte den Hamburger Landesverband, seine Eigenständigkeit noch stärker als bisher zu betonen. In rastloser Tätigkeit bemühten sich die aktiven Mitglieder, die Organisation wiederaufzubauen, die bis zum Sommer 1930 intakt gewesen, durch die permanenten Diskussionen über neue Parteibildungen und dann den überraschenden Coup des Vorstands aber schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war.¹⁵⁵ Das Ziel, die Organisationsarbeit bis zum Januar 1931 abzuschließen, um im Februar mit der öffentlichen Agitation zu beginnen und bereits im März/April alle Kräfte für den Bürgerschaftswahlkampf zu

mobilisieren, wurde erreicht.¹⁵⁶ Es gelang, die Mitgliederzahl wieder zu steigern, im November 1930 auf 3400.¹⁵⁷ Der alte Stand war freilich auch im Februar 1931 noch nicht erreicht.¹⁵⁸ Nach Besuchen bei zahlreichen Ortsgruppen der Staatspartei berichtete das Berliner Vorstandsmitglied Marie Elisabeth Lüders, daß sie in Hamburg fast die einzige gefunden habe, die wieder gut funktioniere.¹⁵⁹

Zusammenarbeit mit der SPD gegen die Extremisten

Der Landesverband gewann sogar größere innere Geschlossenheit. Durch das Scheitern der so sehr begrüßten Verbindung mit dem Jungdeutschen Orden waren auch Petersen und die anderen Anhänger der bürgerlichen Sammlungsbewegung desavouiert, so daß sie den Zusammenschluß der Mittelparteien erst nach der weitgehenden Vernichtung der Staatspartei 1932 wieder vorsichtig ins Gespräch zu bringen wagten. Die sozialliberale Mehrheit in den Hamburger Leitungsgremien nutzte die Chance, um die Staatspartei als »bürgerliche Linkspartei« zu profilieren, die die Politik der hiesigen DDP fortsetzen und in ihrem Geist für die Interessen »der abhängigen Massen« und gegen alle Versuche eintreten wolle, die Sozialdemokratie aus der Staatsverantwortung »herauszustößen«.¹⁶⁰

Wie die Landesorganisation der SPD plädierte die der Staatspartei nach den Wahlen für die volle Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten. Schon in der ersten Stellungnahme nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses in der Nacht zum 15. September setzte sich Stolper für eine Verständigung zwischen Brüning und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun über »eine Regierung der Notwehr zum Schutz von Demokratie und Republik« ein.¹⁶¹ Noch im Zug nach Berlin vereinbarte er selbst mit seinem Kollegen Graßmann engste Kooperation. Stolper sah sehr klar, daß die SPD durch die von Brüning und vielen bürgerlichen Politikern bevorzugte Lösung, ihr die Tolerierung eines Minderheitskabinetts zuzumuten, »in eine ganz unmögliche psychologische Situation« geraten würde.¹⁶² Die Bereitschaft der SPD, sich mit dieser unglücklichen Rolle abzufinden, hatte auch Rückwirkungen auf die Einstellung der Hamburger staatsparteilichen Demokraten zur Reichsregierung. Da die SPD auf Opposition verzichtete, konnten sie kaum an ihrer Ablehnung des »Bürgerblockkabinetts« und der Beteiligung Dietrichs an ihm festhalten, so sehr die Skepsis gegenüber seiner Politik blieb. Auch daraus ergab sich eine Annäherung zwischen den Flügeln der Hamburger Staatspartei, ohne daß die Gegensätze freilich verschwanden.

In 31 Versammlungen in allen Stadtteilen wandte sich die Hamburger Staatspartei am 4. März 1931 in einer Resolution gegen die im Bürgertum verbreitete Parole: Kampf gegen Zwangswirtschaft und Marxismus. Der Anlaß war die große Kundgebung, zu der sich am Vortag der Grundeigentümergeverein und andere Wirtschaftsverbände mit den Rechtsparteien von der DVP bis zur NSDAP unter diesem Schlagwort zusammengefunden

hatten. Dagegen erklärte die Staatspartei unmißverständlich gegen alle pseudoliberalen Maximen, daß die Arbeitslosigkeit als »das größte Unglück Deutschlands in jetziger Zeit [...] nicht ohne staatliche Eingriffe und soziale Maßnahmen bekämpft werden« könne. Zugleich protestierte sie gegen die Gemeinschaft bürgerlicher Organisationen mit den Rechtsextremisten: Da ihr Aufstieg das dringend benötigte Auslandskapital von Deutschland fernhalte, führe ihre Förderung zur Verschärfung der Not und zu weiterer Wirtschaftszerstörung.¹⁶³

Bei ihrer energischen Abwehr ungerechtfertigter pauschaler Angriffe gegen »den Marxismus« – und damit verbunden, bei ihrem Auftreten gegen den Nationalsozialismus – konnte die Landesverbandsführung auf die rückhaltlose Unterstützung Petersens und seiner Freunde rechnen. Je mehr sich in der Ära Brüning der Druck gegen die SPD verstärkte, desto nachhaltiger betonte er wieder das Anliegen, das ihn einst an der Seite Naumanns in die Politik geführt hatte: die gleichberechtigte Zusammenarbeit von Bürgertum und Arbeiterschaft in der Verantwortung für den Staat.¹⁶⁴ Selbst auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes wandte er sich bei der Abschlußkundgebung der Staatspartei am 25. September 1931 gegen »die Mode der antimarxistischen Hetze«. Er bescheinigte der Hamburger SPD Verständnis für die Position des demokratischen Koalitionspartners und guten Willen, bei divergierenden Interessen und Zielen den Ausgleich zu suchen. Gegen die Wiederbelebung der Legende von der nationalen Unzuverlässigkeit der SPD erinnerte Petersen an die Verdienste, die sich die sozialdemokratische Arbeiterschaft durch ihren unbeugsamen Widerstand während des Ruhrkampfes um die Erhaltung Deutschlands erworben habe. Nicht die Nationalsozialisten böten Schutz vor dem Sieg des Bolschewismus, sondern der kommunistische Ansturm sei so lange zum Scheitern verurteilt, als sich die SPD ihm entgegenstemme. Nach einem ausdrücklichen Bekenntnis zu den von bürgerlichen Organisationen jetzt so heftig attackierten sozialen Leistungen Hamburgs und einem Ausblick auf die schweren Probleme der Zukunft kam Petersen zu dem Schluß, die Stadt habe sich kaum je in ihrer Geschichte in einer ähnlich ernsten Lage befunden, nie sei die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie daher so nötig gewesen wie gegenwärtig.¹⁶⁵ Vor den Wirtschaftsvertretern in seiner Partei hatte er ihr drei Tage früher bestätigt, es gebe nur »zwei sichere Bollwerke« gegen den verheerenden Radikalismus, eine – nicht existierende – »große bürgerlich-liberale und eine starke sozialdemokratische Partei«.¹⁶⁶

Diese Fairneß gegenüber dem sozialdemokratischen Partner und die Aufgeschlossenheit aller Politiker in der Hamburger Staatspartei für soziale Probleme bildeten die Grundlage für die gute Zusammenarbeit der beiden Senatsparteien, auf der die politische Stabilität Hamburgs beruhte. Wie die SPD hielten es die Hamburger Demokraten für untragbar, daß bei dem allgemeinen Zwang zu drastischen Ausgabenkürzungen allein der Rüstungsetat verschont bleiben sollte. Im Gegensatz zu ihrer Reichstagsfraktion sprachen sie sich Anfang Mai 1930 gegen die Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer B aus.¹⁶⁷ Ebenso stellten sie sich bei der Frage

der Amnestierung der sogenannten »Fememörder«, für die sich die gesamte Rechte bis hin zur DVP heftig und nach Brüning's Regierungsantritt schließlich erfolgreich eingesetzt hatte, an die Seite der SPD. Durch ihre nachdrückliche Unterstützung der ablehnenden Erklärung des Senats distanzierten sie sich von dem positiven Votum ihrer Berliner Parteifreunde.¹⁶⁸

Über die Notwendigkeit entschlossener Gegenwehr gegen den Radikalismus waren sich DDP/Staatspartei und SPD in Hamburg völlig einig. »Es ist ein Grundfehler von uns gewesen«, bekannte Eichholz nach dem Sieg der Nationalsozialisten bei den Septemberwahlen 1930 selbstkritisch in der Bürgerschaft, »mit denen, die nur die Diktatur anerkennen, über Demokratie zu streiten«. Ihnen gegenüber gebe es nur eines: die Machtmittel des Staates zu gebrauchen, um sich durchzusetzen.¹⁶⁹ In ähnlicher Weise äußerte sich Petersen ein Jahr später: »Wir sind in der Republik viel zu nachsichtig gewesen, wir haben viel zu sehr auf das Gute im Menschen vertraut, wir haben viel zu hohe Anforderungen an den Einzelnen gestellt, wir hätten sehr viel schärfer zufassen müssen, dann wären auch Bewegungen wie die kommunistische und nationalsozialistische heute nicht so stark geworden.«¹⁷⁰ Den jüdischen Mitbürgern sagte er Solidarität im Kampf gegen ihre Diffamierung und damit, wie er in Anknüpfung an den Appell Alfred Wieners, des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, versicherte, gegen »Ungeistigkeit und Ungerechtigkeit« in Deutschland zu.¹⁷¹ Die Maßnahmen des Senats gegen Ausschreitungen der Extremisten und ihr Eindringen in die Beamtenschaft wurden von der Staatspartei ohne irgendwelche Vorbehalte in bezug auf die Rechte mitgetragen. Daß Petersen nach einem Jahr, in dem die Repressionen weder den Zulauf zu den Radikalen gestoppt, noch Gewalttätigkeiten verhindert hatten, dennoch in der mangelnden Härte der Exponenten des demokratischen Staates die wesentliche Ursache für die Erfolge seiner Gegner sah, macht die Hilflosigkeit der Republikaner selbst bei völliger Einigkeit zwischen den wichtigsten Regierungsparteien deutlich.

Gegen die Wirtschaftspolitik Brüning's und antideflationistische Alternativkonzepte

Trotz gegensätzlicher Auffassungen über die ideale Wirtschaftsverfassung gab es auch im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik genügend Anknüpfungspunkte zwischen SPD und Staatspartei, um in Hamburg eine weithin reibungsfreie Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Liberalen erkannten weitreichende soziale Aufgaben und die besondere Verpflichtung des Staates gegenüber den einkommenschwachen Bevölkerungsschichten an, die Sozialdemokraten akzeptierten stets die Notwendigkeit, für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Hafens als des Zentrums der Hamburger Wirtschaft zu sorgen. Den finanzpolitischen Rigorismus des Kabinetts Brüning beobachteten viele in der Hamburger Staatspartei mit

Skepsis. Wie die SPD plädierte sie für die Hereinnahme von Auslandsanleihen zur Wirtschaftsbelebung.¹⁷²

Moldenhauers Finanzprogramm stieß im Hamburger Anzeiger auf vernichtende Kritik. Im Vergleich zu der Ungerechtigkeit seiner Konzeption, allein die Staatsbediensteten zu einem Sonderopfer für die Arbeitslosenversicherung zu zwingen, und der Unmoral, Kapital- und Steuerflucht von vornherein ins Kalkül einzubeziehen und deshalb die Gutverdienenden in der Privatwirtschaft zu schonen, erschienen Hilferdings Vorschläge dem Chefredakteur in einem viel positiveren Licht als früher.¹⁷³ Statt die Grundlagen für Ruhe und Ordnung zu schaffen, habe das Reichsfinanzministerium durch die Begünstigung der Starken und Belastung der Schwachen »zum inneren Kampfe aufgefordert«, wurde ihm nach der Reichstagsauflösung in einem anderen Artikel vorgeworfen. Nicht allein der vielgescholtene Reichstag trage deshalb die Schuld an der inneren Krise, »sondern ebenso das taprigste Kabinett [...] seit dem wackern Dr. Michaelis«, dem 1917 nach drei Monaten gescheiterten kaiserlichen Reichskanzler.¹⁷⁴ Die durch die Notverordnungen von Ende Juli 1930 eingeleiteten Verschlechterungen bei der Arbeitslosen- und Sozialversicherung ausgerechnet »in einer Zeit der Gärung und der schwersten Not« erschienen als »ein Akt politischer Kurzsichtigkeit«.¹⁷⁵ Auch das nach den Wahlen veröffentlichte umfassende Sanierungsprogramm hielt Stolper »in finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht für unzulänglich«.¹⁷⁶

Mit einem formellen öffentlichen Protest entschloß sich die Beauftragtenversammlung der Hamburger Staatspartei auf die Notverordnung vom 5. Juni 1931 zu reagieren.¹⁷⁷ Durch die Art der Begründung stellte sie sich damit auf die Seite der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen. Auch innerhalb der Gesamtpartei kam Widerstand vor allem vom Beamten- und vom Arbeitnehmerschul sowie von Orts-, Landes- oder Wahlkreisverbänden, in denen diese Bevölkerungsgruppen eine größere Rolle spielten. Mit Rücksicht auf sie hatten die Reichstagsabgeordneten in einer Erklärung ebenfalls »wesentliche Teile« als »verfehlt« verworfen.¹⁷⁸

Die Übereinstimmung mit der SPD in der Beurteilung der Notverordnung und den Willen, gemeinsam mit ihr auf Änderung zu drängen, betonte die Hamburger Bürgerschaftsfraktion dadurch, daß sie ihr betreffendes Ersuchen an den Senat mit dem Antrag der Sozialdemokraten verband. In der Begründung ging Landahl hauptsächlich auf die wirtschaftspolitischen Aspekte ein, identifizierte sich aber ausdrücklich mit den von Dahrendorf vorgetragenen sozialpolitischen Einwänden. Es gebe nur einen Weg aus der Finanzmisere: »die Wirtschaft wieder lebendiger zu gestalten, verstärkte Arbeitsmöglichkeit zu schaffen«. Statt dessen müsse die Notverordnung »alle Kraft in Produktion und Konsum lähmen«. Sie führe daher zu verhängnisvollen weiteren Rückschlägen in der Wirtschaft, ohne daß die erstrebten finanziellen Wirkungen erreicht werden könnten. Ein sonst kaum erörtertes Motiv Brünnings sprach Landahl mit seiner Warnung an, auch im Hinblick auf außenpolitische Ziele dürften »so gefährliche und so bedenkliche Mittel« wie die in der Notverordnung vorgeschriebenen nicht ange-

wandt werden, denn die Bereinigung der Reparationsfrage trage nur in begrenztem Maß zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise bei. Neue Steuern und den Abbau der Beamtengehälter lehnte er für die Hamburger Staatspartei wegen der konjunkturpolitischen Bedenken prinzipiell ab. Positive Gegenvorschläge allerdings fehlten. Die in der Resolution der Beauftragtenversammlung genannten drastischen Einsparungen bei den Sachausgaben mußten die Wirtschaft ebenso schädigen wie die Schmälerung der Massenkaukraft, und die als Lösung empfohlene Reichsreform oder die Beseitigung der Zollmauern durch eine weitsichtige Handelsvertragspolitik konnten allenfalls langfristig helfen.¹⁷⁹

Der Verzicht, in näherer Zukunft wirksame Methoden zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zur Diskussion zu stellen, kennzeichnet eine wesentliche Schwäche der Hamburger Staatspartei: Sie bot stets Raum für viele Meinungen, aber gerade im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik wurden in ihr so divergierende Auffassungen vertreten, daß eine Einigung auf ein konkretes Konzept zur Bewältigung der aktuellen Aufgaben unmöglich war. Stolper plädierte bei seiner regen Versammlungstätigkeit in Hamburg wie auch im Deutschen Volkswirt für Maßnahmen, die auf eine Verschärfung der Deflation hinausliefen. Durch seine These, daß äußerste Sparsamkeit im öffentlichen Sektor und Kapitalbildung die Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaft und damit eminent soziale Leistungen seien, stand er dem Gros der Unternehmer nahe. Obwohl er in Mannheim 1929 stark betont hatte, welchen Einfluß der Staat seit dem Weltkrieg auf das Wirtschaftsgeschehen ausübte, sah er keine Möglichkeit, sich dem allgemeinen Abwärtstrend entgegenzustemmen. Er vertraute auf die »gesetzmäßige« Krisenüberwindung ohne öffentliches Eingreifen.¹⁸⁰ Gleiche Anschauungen vertraten Höpker-Aschoff bei einer Wahlrede in Hamburg und andere angesehene staatsparteiliche Politiker.¹⁸¹

Die Exponenten der Arbeitnehmer- und Beamtenverbände, allen voran der auf der Liste der Staatspartei in die Bürgerschaft gewählte Gauvorsteher des GDA, Kaufmann, suchten dagegen den Zugriff auf die Einkommen ihrer Mitglieder abzuwehren, indem sie die Bedeutung des Inlandsmarkts, des Konsums, für die Entwicklung der Wirtschaft betonten.¹⁸² Dieselbe Auffassung lag der Stellungnahme Landahls zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 zugrunde. Auch Platen begegnete der Forderung vieler Hamburger Unternehmer, durch Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichem Tageslohn die Gesteungskosten zu senken, mit der Frage, wer die Mehrproduktion kaufen solle.¹⁸³ Die Vorschläge zur Krisenbekämpfung, die der GDA in Anlehnung an Keynes und andere »Reformer« unter den angelsächsischen Nationalökonomien allmählich entwickelte, wurden aber, zumindest soweit es die Öffentlichkeit erfuhr, in der Hamburger Staatspartei völlig ignoriert. Nur Dietrich befaßte sich in einer Rede zur Eröffnung des Hamburger Wahlkampfes überhaupt mit dem Problem, durch große Staatsaufträge der Wirtschaft einen belebenden Impuls zu geben und auf diese Weise Arbeit zu schaffen. Sein Plan, 100 Millionen RM als »Initialzündung« zur »Ankurbelung« der Wirtschaft einzusetzen, war aber zum

einen von der Größenordnung her, zum anderen deshalb unzureichend, weil es sich nicht um zusätzliche, durch Kreditausweitung beschaffte Mittel, sondern um Gelder der Arbeitslosenversicherung handeln sollte.¹⁸⁴

Furcht vor einer neuen Inflation oder auch nur Bedenken, daß die Anhänger mit Panik reagieren könnten, hinderten die Politiker der Hamburger Staatspartei, monetäre Maßnahmen zur Krisenbekämpfung, speziell die Finanzierung verstärkter Staatsnachfrage mittels innerer Kreditschöpfung, überhaupt zu diskutieren. So wurde der Reichsregierung trotz der Unzufriedenheit mit ihrer Behandlung der Bankenkrise und weit verbreiteter Verbitterung über die schwere Schädigung des regulären Außenhandels durch die Drosselung des Devisenverkehrs im Hamburger Anzeiger das Vertrauen ausgesprochen, weil sie »das Gespenst der Inflation gebannt« habe.¹⁸⁵ Die Vorschläge – leider ungenannt – »wirtschaftlicher Ratgeber«, durch eine kontrollierte, sorgfältig überwachte »Inflation« die Wirtschaft zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, stießen auf entschiedene Ablehnung. Die sachlichen Einwände zeigten, daß der Kritiker die eigentliche Intention seiner Kontrahenten nicht erfaßt hatte. Obwohl er die verheerenden Wirkungen der Deflation anerkannte, sah er die Alternative nicht in der Wiederherstellung der Geldwertstabilität, sondern in der Auslösung einer Hyperinflation. Er gab deshalb der Reichsbank und Reichsregierung recht, »lieber die schwersten Entbehrungen [zu] wählen als eine neue Inflationspanik«. Seinem Schluß: »Mag die Deflationskrise noch so drückend und unerträglich sein, verglichen mit den Inflationswirren ist sie das kleinere Übel«, stimmten allerdings nicht mehr alle Betroffenen zu.¹⁸⁶

Von den Berliner politischen Freunden zeigten sich manche wie Dietrich, der preußische Handelsminister Schreiber, der frühere Reichsfinanzminister Reinhold und Koch-Weser aufgeschlossener für neue Krisenstrategien, ohne aber zu einer endgültigen Entscheidung zu kommen.¹⁸⁷ Infolge der konservativen Haltung der Hamburger Staatspartei in dieser Frage fehlte dem GDA auch in einem Landesverband, der den Arbeitnehmern sonst mehr Einfluß einräumte als andere, der politische Rückhalt, um seine Vorschläge für eine erfolgreiche Bekämpfung der Depression durchzusetzen. Die Staatspartei vergab die Chance, der kritisierten Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning eine positive Alternativkonzeption entgegenzustellen. Ihre Unsicherheit verbarg sie, indem sie sich im Wahlkampf auf die Abwehr der nationalsozialistischen Wirtschaftspläne konzentrierte. Eindringlich warnte sie vor den Gefahren, die durch die erstrebte Lösung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft, durch die Umstellung auf Autarkie, Einführung einer Binnenwährung, Schließung der Börsen, inflationäre Geldprojekte gerade für Hamburg zu entstehen drohten.¹⁸⁸ Zu fragen war freilich, wie viele verzweifelte, nach einem Ausweg suchende Wähler sich lieber von verschwommenen, widersprüchlichen, falschen oder illusionären Versprechungen gefangen nehmen lassen wollten, als überhaupt keine Lösung für die Wirtschaftsprobleme gezeigt zu bekommen.

Die Situation der Staatspartei bei den Bürgerschaftswahlen 1931

Der Kampf gegen den Nationalsozialismus war das zentrale Thema der Hamburger Staatspartei in der Bürgerschaftswahlkampagne 1931. Im Gegensatz zu ihrer vorjährigen Agitation kennzeichnete sie ihn nicht mehr nur als Bewegung politischer Harlekine oder Rowdys, sondern bemühte sich, die Unhaltbarkeit und Gefährlichkeit seiner Forderungen in den verschiedenen Bereichen der Politik gründlich nachzuweisen. Diesem Ziel diente auch eine in Gemeinschaft mit einer Gruppe junger Volksparteiler und dem Sozialdemokraten Ruscheweyh erarbeitete, gut aufgemachte Broschüre: »Haltet das Tor offen!«, die dank großzügiger privater Spenden, vor allem des Bankhauses Warburg, in riesiger Auflage verteilt werden konnte. Sie fand, gerade weil in ihr nicht für eine bestimmte politische Gruppe geworben, sondern von überparteilicher Warte aus mit den Extremisten abgerechnet wurde, starke Beachtung und löste eine Serie von Gegenartikeln und -flugblättern sowie erneuten Repliken aus.¹⁸⁹

Die Staatspartei selbst verfügte in Hamburg über genügende finanzielle Mittel, um einen langen, intensiven Wahlkampf führen und relativ viel Werbematerial herausbringen zu können.¹⁹⁰ Dadurch, daß sie seit März immer wieder unter Aufbietung ihrer angesehensten Redner gleichzeitig bis zu 60 Versammlungen mit demselben Thema in den verschiedenen Stadtteilen veranstaltete, sicherte sie ihnen besondere Publizität. In Carl Petersen besaß sie einen Spitzenkandidaten, dem es durch seine Rednergabe und durch seinen großen sittlichen Ernst gelang, seine Hörer mitzureißen und für eine Zeit über die Nöte des Alltags zu erheben.

Die Hamburger Staatspartei konnte auf beachtliche Leistungen in der Regierung des Stadtstaates verweisen, war allerdings wie im Reich und in den meisten Ländern durch die Leitung des Finanzressorts auch mit besonderer Verantwortung für die schwer erträglichen Sparmaßnahmen, insbesondere die wiederholten Abstriche bei den Bezügen der Beamten und Staatsangestellten, belastet. Dieser Nachteil wurde durch Dietrichs hervorragende Stellung im Kabinett Brüning noch verstärkt. Gegenüber der Gesamtpartei zeichnete sich der Landesverband wie früher durch eine zielklare Politik aus, die den Interessen der Selbständigen in Handel, Industrie, Handwerk und freien Berufen, aber auch denen der Arbeitnehmer und Beamten nach Möglichkeit Rechnung trug. Wie die Hamburger Demokraten bei ihrer Entscheidung für die Staatspartei verlangt hatten, widerstand die örtliche Führung der Versuchung, dem allgemeinen Rechtstrend nachzugeben, und hielt an ihrer betont sozialliberalen Orientierung und an ihrem entschiedenen Einsatz für die demokratische Republik fest. Für die im Dezember 1930 ins Leben gerufene Radikaldemokratische Partei war daher in Hamburg noch weniger Raum als anderswo.¹⁹¹

Die besonderen Leistungen der Hamburger Staatspartei und ihre Schwächen im Bereich der Wirtschaftspolitik führten dazu, daß sie bei den Bür-

gerschaftswahlen 1931 ihren Stand vom Vorjahr behaupten und damit angesichts der fortschreitenden Radikalisierung ein hervorragendes Ergebnis erzielen, aber nur in geringem Maß die Rückschläge ausgleichen konnte, die die DDP nach dem übereilten Zusammenschluß mit dem Jungdeutschen Orden 1930 erlitten hatte.¹⁹² Zwei Tendenzen sind unverkennbar: Zum einen mußte sie im Gegensatz zum generellen Trend in der Stadt in Gebieten, in denen überdurchschnittlich viele Angestellte wohnten, prozentual zumeist weitere Einbußen hinnehmen, absolut gesehen, konnte sie oft einige Wähler hinzugewinnen. In allen mit Ausnahme von Eimsbüttel erzielte die NSDAP erneut überdurchschnittliche Zuwachsraten, die SPD erlitt unterdurchschnittliche Verluste. Dies spricht für die Vermutung, daß sich viele Angestellte von der Staatspartei keine Vorteile mehr versprochen und je nach ihrer allgemeinen politischen Einstellung zur NSDAP oder in geringerer Zahl zur SPD abwanderten. Da sich die Abwendung der Angestellten von den Liberalen beim GDA weder in einer Annäherung des Verbands an die aufsteigenden Nationalsozialisten noch in besonderen Spannungen zwischen Leitung und Mitgliedern widerspiegelte, ist anzunehmen, daß die Tendenz zur politischen Neuorientierung hauptsächlich die nicht oder in anderen bürgerlichen Berufsverbänden organisierten Angestellten betraf, während die GDA-Kollegen ihr aufgrund ihrer spezifischen weltanschaulichen Vorprägung weniger folgten.

Zum anderen zeigte sich eine ganz ähnliche Entwicklung in Stadtteilen mit großer Beamtenbevölkerung: auch hier überall prozentuale Verluste der Staatspartei, korrespondierend mit überproportionalen Gewinnen der NSDAP und relativ geringen Einbußen der SPD. Selbst in den beiden Stadtteilen, in denen ein Großteil der Hamburger Juden wohnte, in Harvestehude und Rotherbaum, erreichte die NSDAP mit 12,6 % bzw. 11,2 % weit über dem städtischen Durchschnitt von 6,8 % liegende Zuwachsraten, was unter anderem auf das Votum der hier ebenfalls überrepräsentierten Beamten zurückzuführen sein dürfte. Die Befürchtungen staatsparteilicher Politiker, daß die Beamten gegen die immer neuen Zugriffe auf ihr Einkommen durch Wahl der Nationalsozialisten protestieren würden, waren offenbar nicht unberechtigt.¹⁹³

Am schlechtesten schnitt die Staatspartei wieder in ihren Hochburgen ab, während beachtliche Verbesserungen in Arbeiterwohnbezirken für das insgesamt stabile Ergebnis sorgten; doch muß offen bleiben, welchen sozialen Gruppen sie hier ihren Erfolg verdankte. Möglicherweise wirkte der Einfluß der sozialistisch geprägten Umwelt in der Weise, daß in der Statistik nicht hervortretende Wählerschichten der fortschrittlichsten bürgerlichen Partei die Stimme gaben. Nicht zweifelhaft ist das eine Ergebnis, daß die Staatspartei für ihre Mitverantwortung für Brünnings Krisenstrategie bezahlen mußte, die Einnahmeausfälle und unvermeidlichen zusätzlichen Ausgaben in erster Linie durch Belastungen der Arbeitnehmer und Beamten zu decken und die Überwindung der Depression über die Senkung der Gestehungskosten in der Privatwirtschaft, voran der Löhne und Gehälter, zu versuchen. Es rächte sich, daß sie bei allen ihren Leistungen in der geisti-

gen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus auf die drängenden wirtschaftspolitischen Fragen eine Antwort schuldig blieb.

Politische Richtungen im Hamburger Landesverband der Deutschen Volkspartei

Im Vergleich zu der dritten Hamburger Regierungspartei, zur DVP, konnte sich die Staatspartei allerdings außerordentlich gut behaupten. Die Gegenüberstellung der Resultate bei den Reichstagswahlen 1928 und 1930 sowie den Bürgerschaftswahlen 1931 – hier ein Rückgang von 11,6% auf 8,5% und 8,7%, dort von 13,8% auf 9,2% und 4,8% – zeigt, daß sich das Bemühen der Hamburger Staatspartei auszählte, unabhängig von einseitigen Pressionen mächtiger Wirtschaftsgruppen und ohne Konzessionen an den scheinbar unaufhaltsamen Rechtstrend im Bürgertum den sozialliberalen, entschieden republikanischen Kurs der Demokraten fortzusetzen. Es ist zu klären, in welcher Weise dagegen die Politik der DVP zu ihrem Niedergang beitrug.

Zwischen den Senatoren der drei Regierungsparteien hatte sich im Lauf der Zusammenarbeit seit 1925 ein gutes Vertrauensverhältnis herausgebildet, so daß sie die meisten Beschlüsse gemeinsam trugen. Gegenüber ihrer Fraktion wahrten sich die volksparteilichen Senatsmitglieder die gleiche Selbständigkeit wie ihre demokratischen Kollegen. Dies zeigte sich sehr deutlich nach der Wahlniederlage 1931, als sie ohne Rücksicht auf den Wunsch der DVP-Gremien, die Koalition aufzukündigen, im geschäftsführenden Senat blieben. Insbesondere Chapeaurouge wich bei aller Übereinstimmung im Prinzipiellen – bei der Einstellung zum Weimarer Staatsaufbau, zur Wirtschaftsverfassung und zu den Zielen der Wirtschaftspolitik – bei den aktuellen politischen Entscheidungen in den letzten Jahren der Republik häufig von den Auffassungen der Parteimehrheit ab. Die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus und die Notwendigkeit, entschlossen gegen ihn aufzutreten, nahm er ernster als viele in der DVP, die Sympathie mit der nationalen Bewegung immer wieder zu Zugeständnissen verleitete.¹⁹⁴ Den »Kampf gegen den Marxismus« hielt er für ein falsches Schlagwort. Gegen den gängigen Vorwurf gegen die SPD, durch die Verfälschung des kapitalistischen Systems durch sozialistische Experimente die Wirtschaftsmisere verschuldet zu haben, betonte Chapeaurouge, daß Bismarck den »Staatssozialismus« eingeführt habe und seither in Deutschland eine »Mischform« zwischen den beiden Wirtschaftsprinzipien bestehe. Die Leistungen seiner sozialdemokratischen Kollegen erkannte er vor seinen Parteifreunden wiederholt an.¹⁹⁵ Für die zunehmende Distanzierung der Berliner Parteiführung vom Kabinett Brüning wegen angeblicher Konzessionen an die SPD hatte er dementsprechend kein Verständnis.¹⁹⁶

Zentrale finanzpolitische Forderungen der Reichstagsfraktion beurteilte Chapeaurouge ebenfalls negativ. Die so stark propagierte ungestaffelte Bürgerabgabe lehnte er wegen ihres unsozialen Charakters und der hohen

Erhebungskosten ab. In der Realsteuersenkung sah er in der gegenwärtigen schweren Finanzkrise ein ungerechtfertigtes Zugeständnis »an die Straße«. Bedenken hatte er auch gegen die vorgeschlagene pauschale Ausgabenreduzierung und die gesetzliche Festlegung der Ausgabenhöhe in künftigen Haushaltsjahren. Durch das mangelnde Verständnis für die Nöte der Länder und Gemeinden, das sich in dem Verlangen nach prozentualer Kürzung der Steuerüberweisungen zeigte, mußte sich die DVP nach seiner Überzeugung bei allen im regionalen Bereich tätigen Politikern und Beamten diskreditieren.¹⁹⁷ In keinem Fall vermochte Chapeaurouge jedoch, seine Auffassungen innerhalb der Hamburger DVP oder gegenüber der Reichstagsfraktion durchzusetzen, so daß sie für die Beurteilung der Parteientwicklung nicht maßgebend sein können.

Bis zur Wahlniederlage am 27. September 1931 gelang es, die Differenzen weitgehend zu kaschieren. Da sie sich überwiegend auf die Reichspolitik bezogen, konnte Chapeaurouge vermeiden, seine abweichenden Meinungen vor einer größeren Öffentlichkeit zu äußern. Die Partei- und Fraktionsführung betonte gelegentlich ihre Bedenken gegen die Politik des Senats, so 1930 bei der Erhöhung der Gemeindebier- und -getränksteuer, beim Vorgehen gegen nationalsozialistische Beamte oder bei der nach ihrer Ansicht unzureichenden Realsteuersenkung Anfang 1931, und sorgte damit für Verstimmung bei den Koalitionspartnern; insgesamt bekannte sie sich aber bis zum Ende der parlamentarischen Regierung im Oktober 1931 zu den Leistungen des Senats und verteidigte ihr Zweckbündnis mit der SPD, durch das sie mehr für das Bürgertum erreicht habe als durch Verharren in der Opposition.¹⁹⁸ Eine Koalition allein der bürgerlichen Parteien stand wegen der Stärke der SPD und der Weigerung der DDP/Staatspartei, sich an einer Rechtsregierung zu beteiligen, in Hamburg nicht zur Debatte. Die Zustimmung zur Großen Koalition wurde der DVP dadurch erleichtert, daß die Deutschnationalen hier stets den völkisch-radikalen Flügel vertraten und selbst zur Übernahme von Regierungsverantwortung wegen des Zwangs zu Kompromissen nicht ernsthaft bereit waren. In bezug auf Hamburg bot sich der DVP daher keine Alternative zu ihrer Politik. Meinungsunterschiede im Landesverband, seine Position im Verhältnis zur Gesamtpartei und Einstellungswandlungen traten in erster Linie bei Fragen der Reichspolitik zutage.

Nach dem »Linksruck« bei den Wahlen 1927/28 schienen eine Zeitlang auch in der Hamburger DVP die Kräfte an Boden zu gewinnen, die sie nicht als »Rechtspartei« darstellen und ihre »schwarz-weiß-rote« Tradition betonen wollten, sondern Zukunftschancen für sie darin sahen, daß sie als liberale »Mittelpartei« im Geist Stresemanns rückhaltlos für die Weimarer Republik eintrat. Die Position der Gemäßigten wurde dadurch gestärkt, daß die DNVP nach der Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden als potentielle Koalitionspartnerin im Reich ebenso ausfiel wie in Hamburg. Der Wortführer dieser Gruppe zumeist jüngerer Politiker, der Chefredakteur des Hamburgischen Correspondenten und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rudolf Michael, bezeichnete es nach dem Tod des Außenministers

unter stürmischem Beifall volksparteilicher Studenten als dessen Vermächtnis, die Politik der Mitte fortzuführen und »diesen Staat von heute nicht nur mit dem Verstande zu verteidigen, sondern auch zur Herzenssache zu machen. ›Wer Stresemann liebt, kann die Republik nicht hassen.«¹⁹⁹ Einen Monat später schlossen sich die Befürworter einer so verstandenen Reform der DVP zur Hamburger Dezember-Gemeinschaft zusammen. Sie wollte zugleich Verbindungen zwischen den bürgerlichen Parteien herstellen, um – ebenfalls in Anknüpfung an einen unverwirklicht gebliebenen Plan Stresemanns – der Bildung einer einzigen großen liberalen Staatspartei vorzuarbeiten.²⁰⁰

Die Entscheidung, sich eine besondere Organisation zu schaffen, war schon Ausdruck dafür, daß sich die Anhänger einer fortschrittlichen, mehr an »weltanschaulichen« Zielen als an wirtschaftlichen Interessen orientierten Politik in der Hamburger DVP wieder in die Defensive gedrängt sahen. Durch den Tod Stresemanns hatten sie ihren wichtigsten Rückhalt bei der Reichspartei verloren. Michael wechselte Anfang 1930 als Leiter des innenpolitischen Ressorts zum Hamburger Fremdenblatt über und übernahm dabei die Verpflichtung, sein Bürgerschaftsmandat niederzulegen wie überhaupt sich nicht mehr parteipolitisch zu exponieren, so daß auch sein Einfluß in der DVP schwand.²⁰¹ Nennenswerte Erfolge im Sinn ihrer ursprünglichen Intention konnte die Dezember-Gemeinschaft nicht erringen; ihre Bedeutung lag darin, daß sie 1931 innerhalb der DVP ein Zentrum für die Bestrebungen bildete, sich über Parteischranken hinweg zur sachlichen Gegenwehr gegen den Nationalsozialismus zusammenzufinden. Eine Initiative mehrerer Senatoren und anderer arrivierter Politiker der drei Regierungsparteien fand dadurch auch in der DVP tatkräftige Unterstützung. Das Ergebnis war die Schrift: »Haltet das Tor offen!«.²⁰²

Wirtschafts- und innenpolitische Kompromißlosigkeit nach Stresemanns Tod

Sobald mit dem Beginn der Depression die wirtschafts- und finanzpolitischen Probleme erneut in den Vordergrund traten und die Interessengegensätze unversöhnlich aufeinanderstießen, bestimmte in der Hamburger DVP wieder der rechte, Unternehmerkreisen nahestehende Flügel den politischen Kurs. Sein Exponent, Walther Dauch, bildete zusammen mit Vertretern der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie oft die rechte Opposition, nach Stresemanns Tod die rechte Avantgarde in der Reichstagsfraktion.²⁰³ Im November 1929 plante diese Gruppe, ihn nach Curtius' Wechsel in das Außenministerium für das Amt des Reichswirtschaftsministers zu nominieren, setzte sich allerdings nicht durch.²⁰⁴ Im Wahlkreis Hamburg hatte er bis zum Herbst 1931, als der Zusammenbruch seiner Firma, Schlubach, Thiemer u. Co., sein Engagement in Südamerika notwendig machte, unangefochten die Spitzenkandidatur der DVP inne.

Die Äußerungen der Hamburger Volkspartei zur Wirtschaftskrise, ihre

Erklärungen und daraus abgeleiteten Forderungen stimmten völlig mit den Stellungnahmen der Unternehmerverbände überein. Wie diese richtete sie schon in der Phase wirtschaftlicher Erholung nach der Annahme des Dawes-Plans schwere Angriffe gegen den angeblich übermäßigen Finanzbedarf der öffentlichen Hand. Sie verlangte äußerste Sparsamkeit, vor allem Reduzierung des aufgeblähten Verwaltungsapparats, Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen durch eine Reichsreform und Verzicht der Kommunen auf teure Bauten sowie unangemessen aufwendige Repräsentation, um auf diese Weise die Voraussetzung für die Entlastung »der Wirtschaft« durch einen Steuerum- und -abbau zu schaffen. Durch die Behinderung der »Kapitalbildung« würden die Zinsen in Deutschland in die Höhe getrieben und viele Firmen gezwungen, das in der Inflation vernichtete Betriebskapital durch teure Kredite zu ersetzen. Über Vorteile durch die Befreiung von alten Schulden sagte die DVP nichts, und die nach ihrem Umfang nicht genau einzuschätzende, aber jedenfalls beträchtliche Kapitalflucht ins Ausland benutzte sie als Beweis für die behauptete Wirtschaftsfeindlichkeit der deutschen Steuern. In der Höhe der Gestehungskosten sah sie die Ursache für Schwierigkeiten beim Export, von dessen günstiger Entwicklung nach der Überzeugung ihrer Experten längerfristig der Erfolg der deutschen Wirtschaft abhing.²⁰⁵

Obwohl der Beginn des Abschwungs bei der Konsum-, und nicht der Investitionsgüterindustrie auf eine entscheidende Schwäche des Inlandsmarktes hindeutete, faßte die DVP gemeinsam mit den Arbeitgeberorganisationen die Wirtschaftskrise als Bestätigung für ihre Konzeption auf. Walther Dauch legte seine Gedanken in einer Ausarbeitung »zur Finanz- und Steuerreform« vom 2. Oktober 1929 nieder, die er wahrscheinlich zur Begründung seiner harten Linie für die Beratung der Reichstagsfraktion über die Maßnahmen zur Etatbalancierung und die befristete Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge verfaßte und der er möglicherweise seine Nominierung – und Ablehnung – als Reichswirtschaftsminister verdankte.²⁰⁶ Für ihn stand fest, daß auf der Grundlage der im Ausland aufgenommenen Anleihen und der starken Kreditausweitung im Innern das Niveau »der staatlichen und privaten Lebensführung übermäßig gesteigert worden« sei und das deutsche Volk nun mit dem Zusammenbruch seiner Staatsfinanzen und der Wirtschaft dafür bezahlen müsse, daß es jahrelang über seine Vermögens- und Einkommensverhältnisse gelebt habe. Er wiederholte die bekannte These, daß die Höhe der Gestehungskosten infolge der großen Ausgaben für den öffentlichen Bereich und der Unmöglichkeit, »Kapital in den Betrieben selbst neu zu bilden«, die Hauptursache für die Wettbewerbsschwierigkeiten auf dem Weltmarkt und daraus resultierend, die zunehmende Arbeitslosigkeit im Innern sei. »Jede vernünftige Finanzpolitik« müsse daher »zum Hauptziel haben, der Neubildung von Kapital, insonderheit in den Betrieben selbst, jede erdenkliche Erleichterung zu gewähren und unser ganzes Steuersystem« mit dieser Intention umzubauen. Eine Vertagung der notwendigen »durchgreifenden« Finanzreform bis nach der Verabschiedung des Young-Plans, wie sie Stres-

mann schließlich unter Aufbietung seiner letzten Kräfte durchsetzte, lehnte Dauch ab.

Im einzelnen verlangte er: Senkung der gesamten Reichsausgaben einschließlich der »sogenannten zwangsläufigen«, durch die Gesetze vorgeschriebenen, um mindestens 5 % im Etat 1931/32; eine Bindung des Reichstags, Ersparnisse oder Mehraufkommen an Steuern nicht auszugeben, sondern für künftige Steuererleichterungen zu reservieren; eine mehrjährige Sperrfrist für Anleihermächtigungen der Reichsregierung; ein völliges Verbot, zu Lasten des Reichs Bürgschaften, Kredite oder Zuschüsse an die Sozialversicherungsträger zu bewilligen. Über die konjunkturellen Folgen einer so radikalen Spar- und Thesaurierungspolitik einschließlich des Verzichts auf jegliche Anleiheaufnahme und damit auf alle über den außerordentlichen Haushalt zu finanzierenden größeren Projekte machte sich Dauch keine Sorgen, da er den Anstoß für den Wirtschaftsaufschwung zu ausschließlich vom Export erwartete. Seine Sparvorschläge stießen selbst bei manchen ebenfalls »der Wirtschaft« nahestehenden Fraktionskollegen auf Widerspruch. So verneinte Reichsfinanzminister Moldenhauer bei einem Vortrag im Ostasiatischen Verein in Hamburg, kurz bevor die Große Koalition an der Intransigenz der Gruppe um Dauch scheiterte, sowohl die Realisierbarkeit schematischer prozentualer Ausgabenabstriche als auch die Möglichkeit, die Darlehenspflicht des Reichs gegenüber der Arbeitslosenversicherung inmitten einer schweren Wirtschaftskrise aufzuheben.²⁰⁷

Noch klarer trat die Einseitigkeit Dauchs im Interesse der Unternehmer bei seinen steuerpolitischen Vorschlägen zutage.²⁰⁸ Die Gewerbesteuer und die Besteuerung hoher Einkommen sollten um je 400 Millionen RM gesenkt, die Kapitalertragsteuer und die Besteuerung von Vermögen bis 25 000 RM beseitigt, die Kapitalverkehrssteuern reduziert, dagegen für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums nur 325 Millionen RM verbraucht werden. Zum Ausgleich wollte Dauch die Umsatzsteuer um ¼ % sowie die Biersteuer erhöhen, die Überweisungen an die Gemeinden kürzen und ihnen die Erhebung einer ungestaffelten Bürgerabgabe von jedem Wahlberechtigten gestatten. Durch ein Sperrgesetz sollten Erhöhungen von Besitz- und Einkommensteuern den Ländern und Gemeinden fünf Jahre lang untersagt und anschließend an entsprechende den gleichen Ertrag gewährleistende Zuschläge zur Bürgerabgabe gebunden werden. Unterschüsse und Mehrausgaben durften sie ebenfalls durch Heraufsetzung der Bürgerabgabe decken. In derselben Weise sollte eventuell die Umsatzsteuererhöhung vermieden werden. Um keine Zweifel an der Besitzfreundlichkeit seines Finanzprogramms zu lassen, sah Dauch vor, die Ersparnisse bei Annahme des Young-Plans von schätzungsweise 700 Millionen RM restlos zur Abschaffung der Industriebelastung und der Rentenbankzinsen sowie zur Senkung der Grundsteuern zu verwenden.

Sein Bemühen um Entlastung der privaten Wirtschaftsunternehmen verband Dauch bei seinen öffentlichen Auftritten oft mit polemischen Angriffen gegen die weniger privilegierten Bevölkerungsschichten und ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie. Der scheinbare Wohlstand in

Deutschland in den zwei Jahren 1927/28 nach der Überwindung der Stabilisierungskrise und vor dem Einbruch der Großen Depression sei überwiegend nur erborgt, aber nicht erarbeitet und erspart. Mit ausländischem Geld sei nicht nur die Wirtschaft angekurbelt, sondern der Konsum »künstlich angeregt« und eine nicht vorhandene Kaufkraft »vorgetäuscht« worden. Die übermäßigen Lohnsteigerungen seit der Währungsstabilisierung hätten zum Teil keine wirtschaftliche Grundlage, sondern seien »politisch« erzwungen durch die Mitwirkung des Staates bei Tarifregelungen.²⁰⁹ Zustimmend zitierte Dauch einen »hervorragenden amerikanischen Finanzmann und Wirtschaftler«, der es als »eine Abart des Bolschewismus« bezeichnet hatte, daß in Deutschland diejenigen die Steuern beschlössen, die sie nicht bezahlten.²¹⁰ Diese in solcher Verallgemeinerung keineswegs zutreffende Vorstellung war auch der Grund, weshalb die DVP so großen Wert auf die ungestaffelte und daher die Masse der Wahlberechtigten besonders hart treffende Bürgerabgabe als ein Mittel zur Erziehung zur Sparsamkeit legte. Die ständige Ausweitung der sozialen Fürsorge, so vervollständigte Dauch sein verzerrtes Bild über die Verteilung von Privilegien und Lasten in Deutschland, habe zur Züchtung eines »Staatsrentnertums« geführt, »das weite Kreise daran hindert, den Kampf mit dem Leben aufzunehmen«. ²¹¹ Der – folgenlose – Protest des Arbeitnehmersvertreters in der volksparteilichen Bürgerschaftsfraktion, des DHV-Funktionärs und Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hamburg, Erich Feger, war einer der seltenen Vorfälle, die Spannungen zwischen den sozialen Gruppen und zugleich die Ohnmacht der Arbeitnehmer in der Hamburger DVP offenbarten.²¹²

Attacken wie die Dauchs förderten auf der Gegenseite den Verdacht, daß es den Anwälten der Unternehmerinteressen letztlich gar nicht um Beitragserhöhung oder Leistungssenkung in der Arbeitslosenversicherung, um die Sanierung der Staatsfinanzen und die Reduzierung der Gestehungskosten gehe, sondern darum, die seit 1918 errungenen Verbesserungen in der politischen und sozialen Position der Arbeitnehmer wieder rückgängig zu machen. Die sachlich unhaltbaren Vorwürfe trugen auf diese Weise so zur Verhärtung der Fronten zwischen den Flügelparteien der Großen Koalition bei, daß die Mehrheit der SPD-Fraktion sie schließlich lieber zerbrechen ließ, als weiter zurückzuweichen. In der Hamburger DVP fand dieser auf den Konflikt zulaufende Kurs Beifall. Die bekannten Forderungen wurden 1929 in schärferem Ton und ultimativer Form wiederholt. Bereits Anfang August verkündete der Bremer Reichstagsabgeordnete Hintzmann bei einer Versammlung der Vereinsvorsitzenden und Delegierten des Hamburger Landesverbands, die DVP werde nach dem Abschluß der Haager Konferenz über den Young-Plan die Reichsregierung verlassen, wenn die SPD ihren Bedingungen nicht zustimme und die Durchführung eines Sparprogramms für Reich, Länder und Gemeinden sowie die »Änderung der Verfassung in der Richtung einer Selbstbeschränkung der finanziellen Allmacht der Parlamente, insbesondere des Reichs«, akzeptiere.²¹³

Die letzte Forderung bezog sich auf einen Antrag der DVP vom Dezem-

ber 1928, durch Änderung der Verfassungsartikel 85 und 54 festzulegen, daß über den Etatvoranschlag hinausgehende Ausgabenbewilligungen des Einverständnisses der Regierung oder einer Zweidrittelmehrheit im Reichstag bedürfen und Mißtrauensvoten außer bei der alljährlichen Schlußabstimmung über das Budget nur bei derselben Mehrheit Erfolg haben sollten.²¹⁴ Ziel des Antrags war es, größere politische Stabilität zu erreichen und dennoch den Parteien die Möglichkeit zu erhalten, die Interessen ihrer Wähler und Geldgeber kompromißlos zu vertreten. Da die DVP wegen der weitgehenden Identifizierung mit den Forderungen »der Wirtschaft« eine Massenbasis nicht gewinnen konnte, wünschte sie, eine mit umfassenden finanzpolitischen Kompetenzen ausgestattete Regierung zumindest zeitweise vom Parlament unabhängig zu machen; denn dort waren die politischen Repräsentanten der Unternehmer unterlegen, während ihre Verbände im unmittelbaren Kontakt mit den Kabinettsmitgliedern und der Ministerialbürokratie ihre »Sachargumente« leichter zur Geltung bringen konnten.

Daß es bei den Konflikten des Jahres 1929 um mehr ging als um finanzpolitische Entscheidungen, nämlich darum, den Einfluß der Sozialdemokratie im Staat dauernd zurückzudrängen, wurde in der Hamburger DVP wiederholt betont. So erklärte der meistens eher dem linken Flügel zugeordnete Reichstagsabgeordnete Freiherr von Rheinbaben im Dezember 1929 bei einer Versammlung in der Hansestadt, die geforderten finanzpolitischen Sofortmaßnahmen könnten »selbstverständlich [...] nichts anderes [sein] als Teilaktionen einer großen kommenden Auseinandersetzung zwischen dem heute zersplitterten Bürgertum und der seit elf Jahren systematisch und planmäßig erstarkten Sozialdemokratie über die künftige Form der deutschen Wirtschaftsführung«. Nur ein »unter Ausnutzung der Erleichterung des Young-Planes neu fundierter bürgerlicher und christlicher Staat [könne] in eine freie und bessere Zukunft führen«.²¹⁵

Bei solchen weitreichenden Zielen wirkte für die Mehrheit der Hamburger Volkspartei nicht einmal die Gefahr der Reichstagsauflösung abschreckend. Hintzmann hatte sie im August 1929 geradezu als erwünscht bezeichnet. Er wie auch Dauch gaben sich überzeugt, daß die DVP unter der Parole: »Für sparsame Wirtschaft – gegen die bisherige Verschwendung der Staatsmittel!«, eine ihren Zwecken günstigere Zusammensetzung des Reichstags »und damit eine auf das Sparprogramm verpflichtete stabile Reichsregierung« erreichen werde.²¹⁶ Angesichts der Zuspitzung der finanzpolitischen Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien forderte der Landesparteitag die Reichstagsfraktion am 1. März 1930 in einer einstimmig angenommenen Resolution auf, sich mit erneuten unzulänglichen »Augenblickslösungen« anstelle grundlegender Reformen nicht abzufinden, sondern hart zu bleiben, »auch auf die Gefahr ernstester Entschlüsse«.²¹⁷

Unterstützung Brünings im Sinne der Unternehmer

Das Kabinett Brüning fand bei der Hamburger DVP bis zum Frühjahr 1931 rückhaltlose Unterstützung. Die Ausschaltung der SPD aus der Regierung, die Distanzierung vom Parlament wie auch besonders die finanzpolitischen Entscheidungen entsprachen völlig den in ihr vorherrschenden Vorstellungen. Selbst der für Hamburg verhängnisvolle Agrarprotektionismus stieß kaum auf Kritik. Wichtiger erschien die grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich der Ursachen und der Methoden zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Nach wie vor sahen die maßgebenden Kreise in der DVP den entscheidenden Grund für den Niedergang der Wirtschaft in ihrer Überbürdung mit Steuern, sozialen Abgaben und überhöhten, politisch beeinflussten Löhnen, in der ungenügenden Rentabilität der industriellen Produktion und der geringen Möglichkeit zur »Kapitalbildung«. Wie Brüning erwarteten sie deshalb von der Senkung des gesamten Kostenniveaus und Lebensstandards im Innern sowie den folgenden Preisreduktionen den Anstoß zur Belebung des Exports und zur Überwindung der Depression.²¹⁸

Ebenso hielten sie schärfste Maßnahmen zum Etatausgleich für ein unbedingtes Erfordernis, ohne daß sie – anders als SPD und DDP/Staatspartei – die problematischen prozyklischen Wirkungen überhaupt ansprachen.²¹⁹ Brünings Sanierungsprogramm, so lobte Dauch Anfang November 1930, entspreche weitgehend den Forderungen der DVP; es enthalte keine »sozialistischen Experimente«. ²²⁰ Mit der von der Volkspartei »energisch beeinflussen« Notverordnung vom 1. Dezember 1930 habe der Kanzler die seit langem verlangte »gründliche Umstellung der öffentlichen Wirtschaft in Deutschland« eingeleitet. Allerdings erstrebe die DVP die Einsparung von weiteren 300 Millionen RM.²²¹ Brünings erfolgreiche Abwehr der von SPD und KPD beschlossenen Tantiemensteuer registrierte Dauch voll Begeisterung. Er war sogar bereit, die Gelegenheit zu nutzen, um den »Leute[n] im Westen einmal [...] sehr ernst ins Gewissen zu reden«, die bereits wieder zur Opposition übergehen wollten.²²²

Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Entscheidungen in der Endphase der Weimarer Republik führte dazu, daß es noch schwieriger als früher wurde, über divergierende ökonomische Interessen hinweg die verschiedenen Anhängergruppen auf übergeordnete, aus einer gemeinsamen »Weltanschauung« erwachsende politische Ziele zu verpflichten. Die DVP hatte den Versuch, den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht zu werden, nach Stresemanns Tod zusehends aufgegeben. Ihre Politik richtete sich weitgehend nach den Stellungnahmen der großen Unternehmerverbände. Da die Bestrebungen des gewerblichen Mittelstands bei den in der Weltwirtschaftskrise vorrangigen Problemen mit ihnen übereinstimmten, konnte er sich ebenfalls durch die Volkspartei repräsentiert fühlen.

Auf die Beamten nahm sie eine gewisse Rücksicht, indem sie im Juni 1930 das vorgesehene spezielle »Notopfer« ablehnte und erklärte, Gehaltsabstriche nur im Rahmen einer allgemeinen Senkung des Arbeitseinkommens billigen zu können.²²³ Im nächsten Jahr begnügte sich der Parteifüh-

rer mit dem Versuch, die Beamten durch die Erinnerung an ihre Schicksalsverbundenheit mit dem Staat zur Hinnahme weiterer Gehaltskürzungen zu bewegen. Nicht zur vorübergehenden Deckung eines Defizits, wohl aber zur Durchführung eines den Bestand des Reichs sichernden »wirklich großzügigen Reformprogramms [. . .], das zugleich mit der Aufrollung der Tributfrage verknüpft ist«, seien sie ihnen zuzumuten.²²⁴ Bei der grundlegenden Diskrepanz zwischen der wirtschaftspolitischen Konzeption der wichtigsten Beamtenverbände, die durch Anleihen bei der Kaufkrafttheorie und Warnungen vor den Gefahren der Deflation die Belastungen ihrer Mitglieder abzuwehren suchten, und den Forderungen der DVP nach drastischen Einsparungen im öffentlichen Bereich und Reduzierung des allgemeinen Lebensstandards reichten solche Appelle nicht, um die Entfremdung zu verhindern. 1932 traten der Bürgerschaftsabgeordnete und Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes in Hamburg, Carl Grevmühl, sowie das Vorstandsmitglied des Reichsbundes höherer Beamter, Polizeipräsident Hugo Campe, von der DVP zur Staatspartei über.²²⁵

Gegenüber den Arbeitnehmern in ihren Reihen war die DVP nicht einmal auf psychologische Beruhigung bedacht. Nicht nur die Forderungen nach Lohn- und Gehaltsabbau, Leistungsverschlechterungen in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens und der allgemeinverbindlichen Tarifverträge waren ein Affront gegen sie, Dauch ließ es sich auch in einer Zeit, in der die meisten Arbeitnehmer in Furcht vor Erwerbslosigkeit lebten oder von ihr betroffen waren, nicht nehmen, sein Lieblingsthema zu entwickeln, Deutschland müsse vom »Wohlfahrtsstaat« der Gegenwart wieder zum »Sicherheitsstaat« der Vorkriegszeit werden.²²⁶ Im Reich und in Hamburg beklagten in der DVP engagierte Vertreter des DHV die geringe Berücksichtigung der Arbeitnehmer in der öffentlichen Argumentation und bei der Kandidatenaufstellung ihrer Partei.²²⁷ Der langjährige Reichstagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des DHV, Otto Thiel, sah darin, daß die DVP in Abwendung von ihrem ursprünglichen Programm, die Gemeinschaft aller Bevölkerungsgruppen zu erstreben, die Interessen der Arbeitnehmer und des kleinen Mittelstands preisgab, die Hauptursache für ihren Niedergang.²²⁸ Auch Feger setzte sich in Hamburg wiederholt, aber vergeblich gegen die einseitige Identifikation volksparteilicher Redner mit den politischen Auffassungen der Unternehmer zur Wehr.²²⁹ Die Quittung erhielt die DVP bei den Wahlen. Schon 1930 erlitt sie in den Wohngegenden der Angestellten und Beamten katastrophale Verluste.

Unsicherer Kurs der DVP zwischen Brüning und der »nationalen Opposition«

Obwohl die DVP von ihren drei Wahlzielen, der Regierung Brüning eine Mehrheit im Reichstag zu sichern, die Grundlage für die Sammlung der bürgerlichen Mittelparteien von der Staatspartei bis zur Konservativen

Volkspartei zu schaffen und die Extremisten rechts und links sowie die SPD entscheidend zu schwächen,²³⁰ keines erreicht hatte, hielt der Landesverband an seinem bisherigen Kurs unbeirrt fest. Die Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der SPD im Reich blieb der oberste Leitsatz. Diese Kompromißlosigkeit entsprach durchaus dem Willen der aktiven Anhänger, wie ihr Verhalten bei Wahlversammlungen gezeigt hatte.²³¹ Die volksparteilichen Politiker waren die Gefangenen ihrer eigenen Agitation. Nachdem sie alle Schuld an den wirtschaftlichen Nöten unsachlichen Eingriffen und Machtgelüsten der SPD angelastet hatten, war der Wunsch übermächtig, »den Marxisten« endgültig jeden Einfluß auf die Regierung zu verweigern. Insbesondere der gewerbliche Mittelstand, auf dessen Unterstützung die DVP wegen seiner zahlenmäßigen Bedeutung Wert legen mußte, bestand auf der Distanzierung von der Sozialdemokratie noch ungeduldiger als die selbstbewußten und daher rationalen Erwägungen eher zugänglichen großen Unternehmer, die nach der Wahlniederlage der Mittelparteien am 14. September 1930 zum Teil für die Erneuerung der Koalition mit der SPD plädierten.

Die DVP-Führung geriet durch diese Festlegung auf einen harten »Antimarxismus« ebenso ins Dilemma wie die Regierung Brüning. Ihr Bestand war von der Duldung der SPD abhängig und daher eine gewisse Rücksichtnahme geraten, die hinter der DVP stehenden Wirtschaftsgruppen aber verlangten den Nachweis, daß sie »sozialistischen« Bestrebungen in keiner Weise nachgab.²³² Als Alternative blieb nur die Erweiterung der Regierungsbasis nach rechts durch Einbeziehung der Deutschnationalen und Nationalsozialisten oder eine beschönigend als »Direktorium« bezeichnete völlig vom Parlament gelöste, verfassungswidrige Diktatur, wie sie Kreise der rheinisch-westfälischen Industrie erstrebten. In der Hamburger DVP fand eine solche Lösung allerdings keine Befürworter. Der verstärkte Rechtstrend der Volkspartei nach der Reichstagswahl 1930, den die Gegner in einer zu personalistischen Betrachtungsweise vor allem der politischen Einstellung des neuen Vorsitzenden, Eduard Dingeldey, zuschrieben, ergab sich aus dem Versuch, den Forderungen der Unternehmer- und Mittelstandsverbände und der Stimmung an der Basis der meisten Landesorganisationen, auch der Hamburger, zu entsprechen.²³³ Die Wende zum »Dingeldey-Liberalismus«, wie die nach rechts schwankende Politik der DVP polemisch genannt wurde, fand an der Elbe überwiegend Unterstützung, wenn auch einzelne wie Senator Chapeaurouge und der DHV-Vertreter Erich Feger sie mit Sorge beobachteten.²³⁴

Dingeldey war mit angesehenen Mitgliedern der Hamburger DVP befreundet, mit Dauch verband ihn ein enges Vertrauensverhältnis.²³⁵ An einer Zusammenkunft von etwa 50 Parlamentariern und hervorragenden Persönlichkeiten der DVP in Berlin, die nach dem Wahlfiasco und dem Mißerfolg Scholz' bei der Sammlung der bürgerlichen Mitte seine Ablösung als Parteiführer betreiben wollten, nahm auch der Hamburger Generalsekretär, Dr. Herrmann, teil.²³⁶ Die Wahl Dingeldeys, der beruflich der Industrie nahestand, aber auch gute Beziehungen zur Reichsgemeinschaft

junger Volksparteiler und zu den Arbeitnehmern in der Partei unterhielt,²³⁷ wurde in diesem Gremium vorbereitet. Bald nach seinem Amtsantritt wechselte Herrmann in die Reichsgeschäftsstelle der DVP über, so daß die Verbindung zwischen Hamburg und Berlin noch enger gestaltet wurde.²³⁸ Dingeldeys politische Auffassungen stimmten mit denen der im Landesverband tonangebenden Mitglieder weitgehend überein. Die Gremien oder Versammlungen der Hamburger DVP nahmen zwar selten zur Politik der Reichspartei Stellung, dann aber, um ihr Einverständnis zu bekräftigen.²³⁹ In auffallender Weise kündigte Dingeldey eine Verhärtung in der Haltung der DVP zur Reichsregierung mehrfach in Hamburg an.

Als Zeichen für das Einschwenken der Hamburger DVP auf den neuen »Dingeldey-Kurs« werteten die Koalitionspartner die Erklärung, mit der sie sich am 10. Dezember 1930 in der Bürgerschaft von dem Senatserslaß gegen die politische Betätigung der Beamten wegen der Gleichstellung von KPD und NSDAP distanzierte.²⁴⁰ Tatsächlich hatte sich Dingeldey in seiner programmatischen Rede anläßlich der Wahl zum Parteivorsitzenden am 1. Dezember gegen den »törichten« Versuch sozialdemokratisch geführter Regierungen ausgesprochen, der NSDAP »mit kleinlichen Polizeimaßnahmen« zu begegnen. Gleichzeitig hatte er freilich auch vor der Anpassung der DVP an die aufsteigende Rechtsbewegung gewarnt und aufgefordert, das »eigene Wesen selbstbewußt herauszukehren«.²⁴¹

Der Hamburger Landesverband zeigte bei der Beurteilung des Nationalsozialismus größere Meinungsverschiedenheiten als bei den meisten Entscheidungen; seine Haltung schwankte zudem häufig. Bis zur Reichstagswahl 1930 überzog wie bei den meisten Gegnern der NSDAP die Geringschätzung für ihre »Rüpeleien und Clownerien«.²⁴² Immerhin veranlaßten die Erfolge in Thüringen und Sachsen auf Kosten der DNVP und DVP, vor dem unsachlichen Radikalismus und »der zwiespältigen Haltung der Nationalsozialisten gegenüber der privaten Wirtschaftsform« zu warnen.²⁴³ Im Widerspruch gegen die Förderung, die ihnen die Hamburger Nachrichten durch wohlwollende Berichterstattung und »Interviews mit den Modergroßen um Hitler« zuteil werden ließen, arbeitete Michael in einem langen Artikel die von ihnen ausgehenden Gefahren für die bürgerliche Ordnung heraus. Er verwies auf den »Haß, mit dem die Unterführer Hitlers überall im Lande das Bürgertum in seiner ganzen materiellen und moralischen Stellung verfolgen«. Wie ein Jahr später die Kreise um die von ihm geleitete Dezember-Gemeinschaft machte er besonders auf die Undurchführbarkeit ihrer wirtschaftspolitischen Utopien »in einer hochkapitalistischen Welt« aufmerksam. Ausdrücklich billigte er die vom Senat beschlossenen Polizeimaßnahmen zur Unterdrückung nationalsozialistischer Ausschreitungen, betonte aber zugleich, daß »der positive Kampf« gegen den Radikalismus mit der Anspannung aller Kräfte zur Überwindung der Wirtschaftskrise identisch sei. Michael kam zu dem Schluß: »Die nationalsozialistische Welle, die jetzt so laut durch alle Volksversammlungen schäumt, [...] ist kein Gewinn für die deutsche Politik: Sie ist eine Gefahr, eine brennende Gefahr

für den Bestand des Staates und der sozialen Schichten, die ihn wirtschaftlich und politisch tragen.«²⁴⁴

Nach dem in solcher Höhe unerwarteten Wahlsieg der NSDAP neigten in Hamburg wie im übrigen Deutschland viele Volksparteiler dazu, sie in die Reichsregierung aufzunehmen. Zum Teil war Sympathie mit der mächtigen nationalen Bewegung ausschlaggebend. Unter dem Eindruck, daß »Unglaubliches« erreicht worden sei, träumte ein Mitglied davon, die gesamte Bevölkerung in zwei großen Parteien zu sammeln, die Arbeiterschaft in der NSDAP und das Bürgertum in einer erneuerten, durch ein großzügiges Reformprogramm attraktiven DVP, die an die Nationalsozialisten ein Angebot zur Mitarbeit auf dieser Grundlage richten solle.²⁴⁵ Häufiger als derartige Illusionen über die Zukunftschancen der eigenen Partei war der Wunsch, die Nationalsozialisten durch Beteiligung an der Verantwortung für den Staat zu »zähmen« oder ihre Unfähigkeit zu entlarven und auf diese Weise ihre Anziehungskraft auf bürgerliche Wähler zu zerstören.²⁴⁶ Insbesondere nachdem Hitler vor dem Reichsgericht seinen Willen beschworen hatte, nur mit legalen Methoden die Macht zu erstreben, gaben sich viele der Täuschung hin, seine Bewegung werde wie früher die SPD als Regierungspartei ihren revolutionären Elan verlieren.²⁴⁷

Ein Ergebnis war die Erklärung zugunsten der NSDAP aus Anlaß der Senatswarnung an die Beamten. Die volksparteilichen Senatoren hatten die Verfügung nach Rücksprache mit der Fraktionsführung ohne Widerspruch hingenommen.²⁴⁸ Den negativen Eindruck, den die zwiespältige Haltung der DVP hinterließ, suchte Chapeaurouge bei einer Beiratssitzung zu verwischen: Im Hinblick auf das provokatorische Benehmen der Nationalsozialisten in vielen Behörden nach den Reichstagswahlen sei der Erlaß unbedingt nötig gewesen. Immer wieder hätten ihre Führer den Willen zur Gewaltanwendung gerade auch gegen das Bürgertum bekundet. Es sei nach ihren letzten Äußerungen zwar möglich, aber nach seiner Auffassung »wenig wahrscheinlich«, daß sie sich »in Zukunft ehrlich auf den Boden der Legalität stellen«. Dennoch habe sich die DVP der Gleichstellung von KPD und NSDAP mit Rücksicht auf die 10000 verhetzten bürgerlichen Mitläufer widersetzen müssen, die sie zurückzugewinnen hoffe. Privat gestand Chapeaurouge zu, daß es Teile der DVP an Mut zur Kritik der NSDAP fehlen ließen, in den Parteigremien wagte er aber offenbar diese Meinung nicht mehr zu vertreten.²⁴⁹ Die Koalitionspartner fanden seine Erklärung für das Ausscheren der DVP, die die internen Spannungen bei der Beurteilung des Nationalsozialismus nur mühsam verdeckte, wenig überzeugend.

Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die zeitweise Annäherung der Hamburger DVP an die NSDAP mit der »antimarxistischen« Wirtschaftskundgebung am 3. März 1931, bei der Dauch unter anderem neben einem Nationalsozialisten ein Hauptreferat übernommen hatte, von dessen Anhängern aber niedergeschrien worden war.²⁵⁰ Attentate von Nationalsozialisten gegen Regierungsrat Lassally und den kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Henning mußten im selben Monat Schwankende in

der Hamburger DVP von der Gewalttätigkeit der Bewegung überzeugen. Negative Erfahrungen der Parteifreunde in Thüringen und Braunschweig bei der Zusammenarbeit mit der NSDAP in der Regierung trugen zur Ernüchterung bei: In ihren öffentlichen Äußerungen warnte die Hamburger DVP nun stark vor dem revolutionären Charakter des Nationalsozialismus.²⁵¹ Seine Führer beteuerten zwar »die Legalität des Vorgehens«, wurde in einem Kommentar des Hamburgischen Correspondenten zu einer Rede Goebbels' in der Hansestadt betont, sie ließen aber keinen Zweifel an der »Illegalität der Ziele«.²⁵² In diese Linie paßte das Engagement jüngerer Volksparteiler um die Dezember-Gemeinschaft, zusammen mit Gleichgesinnten aus den anderen staatstragenden Parteien alle Kraft auf die Aufklärung über die Gefahren der nationalsozialistischen Revolution zu konzentrieren.²⁵³ Daneben standen allerdings Äußerungen, die auf die Möglichkeit eines Arrangements mit der NSDAP bei veränderten politisch-Kräfteverhältnissen hindeuteten: Der Wunsch des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Rose, nach den Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 möge das schwarz-weiß-rote Banner über Hamburg leuchten, war nur bei der Bildung eines Rechtssenats mit DNVP und NSDAP zu erfüllen.²⁵⁴

Die führenden Politiker der DVP beobachteten voll Sorge, daß sie den Abmarsch der Anhänger zu den Nationalsozialisten nicht aufhalten konnten. Nicht nur die »ganze Jugend, sondern auch verschiedene der älteren Parteifreunde« liefen zu ihnen über, berichtete Dauch über Hamburg.²⁵⁵ Da der Gedanke, die NSDAP in der Regierungsverantwortung abzunutzen, zunehmend unrealisierbar und problematisch erschien, dominierte seit März 1931 die Taktik, durch Verweigerung jeden Kompromisses die Wähler zu überzeugen, daß keine Partei, auch die nationalsozialistische nicht, härter für ihre Interessen eintrete.²⁵⁶

Zudem führte die katastrophale Verschärfung der Wirtschaftskrise im Zusammenhang mit dem forcierten Abzug der Auslandsgelder seit Anfang Mai 1931 dazu, daß viele der in der DVP maßgebenden großen und kleinen Unternehmer von einer verzweifelten Untergangsstimmung erfaßt wurden, die sie mit aggressiver Ungeduld auf die Verwirklichung ihrer Forderungen drängen ließ. Nachdem er sich wegen seiner politischen Arbeit in Berlin drei Monate lang wenig um die Tätigkeit der Handelskammer und seine eigene Firma hatte kümmern können, war Dauch entsetzt über die Lage der Hamburger Wirtschaft. Keiner der Überseeaufleute wisse, so schrieb er am 28. April an Dingeldey, ob seine Firma im nächsten Jahr noch existieren werde. Alle Werte seien »ungeheuerlich gefallen«, die Kunden wegen des Sturzes der Rohstoffpreise zahlungsunfähig, Aussichten auf Besserung nicht vorhanden. Es könne »einen ein Grauen befallen ob der tatsächlich herrschenden Verhältnisse«. Brüning müsse »sehr schnell handeln« und ein Moratorium für die Reparationszahlungen für mindestens zwei bis drei Jahre erreichen.²⁵⁷ Den innenpolitischen Hintergedanken verriet Dauch nach dem erneuten Wahlfiasco in Oldenburg: »Wir kommen als Partei nicht wieder auf einen grünen Zweig, solange Brüning nicht durchgreifende Maßnahmen anordnet und gleichzeitig [...] das Reparationspro-

blem energisch aufgreift«. Durch eine Aktion gegen die »Tribute«, so hoffte Dauch, könne sich der Kanzler eine »Einheitsfront schaffen«, die die Durchführung der innenpolitischen Reformen erleichtern, aber vor allem »den Rechtsradikalen den Wind aus den Segeln nehmen« werde.²⁵⁸

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die bevorstehende neue Notverordnung, die wegen der Ausschaltung des Reichstags in Einzelverhandlungen mit der Regierung, Zeitungsartikeln und öffentlichen Versammlungen stattfanden, kündigte Dingeldey am 2. Juni 1931 in Hamburg die mögliche Abwendung der DVP vom Kabinett Brüning an. Vor allem an dem unangebrachten Optimismus des Finanzministers übte er scharfe Kritik. Notwendig sei eine Regierung, die den Mut auch zur unpopulären Tat besitze und in jedem einzelnen des deutschen Volkes die Bereitschaft zu wecken vermöge, »eine Zeitlang den Verzicht als oberstes Gesetz« für sich gelten zu lassen. Nur der völlige Bruch mit den Methoden und Zielen des vergangenen Jahrzehnts könne den Wirtschaftsverfall beenden; denn, so wiederholte er das Credo aller Unternehmervereiner, die Ursache liege in der Verfälschung des kapitalistischen Systems durch das Eindringen sozialistischer Bestrebungen. Nach einer Zusammenstellung der konkreten Forderungen: Einsparungen im Reichshaushalt von 300 Millionen RM, Abstriche bei der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, Auflockerung des »Tarifzwangs«, erklärte Dingeldey: Die Unterstützung der DVP sei an die Voraussetzung gebunden, daß sich der Kanzler »von sozialistischen Einflüssen freihalte«. Sollten Berichte über geplante Steuererhöhungen und -einführungen sowie die Dekretierung der 40-Stunden-Woche zutreffen, so sei für sie eine neue politische Situation gegeben und die Revision ihrer Haltung zum Kabinett Brüning nötig.²⁵⁹

Vor der Verschärfung der innenpolitischen Krise schreckte die DVP-Führung nicht zurück. Sie verlangte, Brüning solle die preußische Zentrumsfraktion zur Aufgabe der Koalition mit der SPD zwingen und auf diese Weise den Weg zur freiwilligen Auflösung des Landtags »noch in diesen Tagen« freimachen. Eine beiläufige Wendung gegen die Gewalttätigkeiten der Rechtsradikalen hatte wenig Bedeutung angesichts dieser Bereitschaft, einer ihrer wichtigsten Forderungen vorzuarbeiten. Die Beteiligung am Volksbegehren des Stahlhelm zur Auflösung des preußischen Landtags im August 1931 bildete die konsequente Fortsetzung dieser Linie. Frenetischer Beifall und der spontane Gesang des Deutschlandlieds ließen erkennen, daß die große Mehrheit der Anhänger die Annäherung an die »nationale Opposition« mit Begeisterung aufnahm.²⁶⁰

Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten vermieden es, der Entscheidung ihrer Reichstagsfraktion über die Stellungnahme zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorzugreifen. Dem Antrag von SPD und Staatspartei, der Senat solle auf ihre Abänderung drängen, stimmten sie nicht zu.²⁶¹ In Berlin waren es aber vor allem Dauch und Dingeldey, die trotz der Rücktrittsdrohung Brünings und trotz eindringlicher Hinweise des Reichsbankpräsidenten auf die Beunruhigung der Auslandsgläubiger und die Folgen weiterer Devisenabzüge für die Währung in der Fraktion mit 15

gegen 13 Stimmen den Beschluß durchsetzten, für die Reichstageseinberufung einzutreten.²⁶² Das Ziel war nicht der Sturz Brünings, jedoch die völlige Umbildung des Kabinetts unter seiner Führung.²⁶³ Da die für den Konfrontationskurs verantwortlichen Kreise der Schwerindustrie und der Großkaufmannschaft in der Notverordnung am stärksten geschont wurden, entstand unter den Anhängern der Weimarer Republik der Verdacht, die DVP wolle nicht nur wirtschaftspolitische Intentionen verwirklichen, sondern gemäß der Forderung des Langnam-Vereins, des radikalsten Industriellenverbandes, die Bildung eines Direktoriums vorbereiten.²⁶⁴ Nach weiteren Verhandlungen mit dem Reichskanzler korrigierte die Fraktion zwar am 16. Juni ihren Beschluß; bei den Parteien, mit denen die DVP in Hamburg noch die Regierung bildete, blieb aber ein starkes Mißtrauen zurück. In den Augen der Gemäßigten inner- und außerhalb der eigenen Reihen war sie mit der Verantwortung für die katastrophalen Devisenverluste belastet, die Radikalen machten ihr ihren »Umfall« zum Vorwurf. Durch größere Intransigenz versuchten maßgebende Politiker in der Folgezeit, die »nationale« Verlässlichkeit und Kampfesgeschlossenheit der DVP unter Beweis zu stellen.

Die DVP im Bürgerschaftswahlkampf 1931

Den Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1931 führte die DVP in schärfster Frontstellung gegen die Sozialdemokratie.²⁶⁵ Kritik an Brüning erhielt die Forderung, die »auf Augenblickshilfe abgestellten Notverordnungen« abzulösen durch »die grundsätzliche Abkehr von den falschen Methoden einer sozialistisch-demokratischen Staats- und Wirtschaftsführung«. Nachdrücklich wiederholten die volksparteilichen Redner das Verlangen nach rigorosen Sparmaßnahmen und gaben ihm durch den Zusatz: »notfalls mit einer Zivildiktatur wie im Reich«, einen besonderen antiparlamentarischen Akzent. Den bekannten Katalog der konkreten Wünsche ergänzte der Spitzenkandidat, Vorkriegsbürgermeister Dr. C. A. Schröder, durch den Vorschlag der Arbeitsdienstverpflichtung und den Aufruf zum Kauf deutscher Waren. Mit der gerade auch von der DVP stets betonten Bedeutung Hamburgs als »Tor zur Welt« war dieser Appell an den nationalen Egoismus schwer vereinbar, jedoch bezeichnend für die aggressive Ratlosigkeit unter dem Druck der Krise.²⁶⁶ Das wichtigste Argument gegen die Nationalsozialisten, »Hamburgs deutsche Aufgabe, Mittler zu sein zwischen heimischen und fremden Märkten«, erfordere die Wahl in sachlicher Arbeit erfahrener, verantwortungsbewußter Politiker, wirkte deshalb weniger überzeugend.²⁶⁷

Auch sonst kennzeichneten den Wahlkampf manche Widersprüche: Die Hamburger DVP bemühte sich um Vertrauen bei den Arbeitnehmern, indem sie im Gegensatz zu den früher üblichen Angriffen gegen die Arbeitslosen- und Sozialversicherung »dem Heer der Arbeitslosen und Notleidenden [...] die Hilfe des Staates und der Gesamtheit« zusagte.²⁶⁸ Solche An-

strengungen wurden zunichte, weil die besonders beachteten Redner der Reichstagsfraktion in krasserer Einseitigkeit den Unternehmerstandpunkt vertraten.²⁶⁹ Die Leistungen des Hamburger Senats fanden trotz der betonten Gegnerschaft gegen SPD und Staatspartei im allgemeinen Anerkennung. Daneben standen aber die Vorwürfe gegen die Reichsregierung, die die Volkspartei zusehends in die Nähe der NSDAP führten.

Bei einer Tagung in Hamburg am 23. September zum Abschluß des Wahlkampfes unterstrich die Reichstagsfraktion ihre Sorge und ihr »lebhaftes Unbehagen« darüber, daß sich das Kabinett Brüning trotz der »mit jedem Tag gefährlicher werdenden Gesamtlage zu durchgreifenden Entscheidungen« nicht entschlossen und bei seinen bisherigen Maßnahmen einseitig auf die SPD Rücksicht genommen habe. Sowohl im Reich als auch in Hamburg erschöpften die Regierungen ihre Kräfte bei der Bewältigung der Augenblicksaufgaben wie der Überwindung der Bankenkrise und der Balancierung des Etats, zeigten aber keine Initiative, um der großen Probleme des kommenden Winters, vor allem der Arbeitslosigkeit, durch strukturelle Änderungen, nämlich die »Auflockerung des Zwangssystems« in der Wirtschaft, Herr zu werden. Solchen Vorwürfen war eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen, wenn auch die DVP selbst keinen erfolversprechenden Ausweg zu zeigen vermochte; Befremden rief aber hervor, daß Dingeldey als Zugeständnis an die SPD nach dem Nordwolle-Skandal und den Mißständen bei der Danat- und Dresdner Bank ausgerechnet die Verordnungen zur Bankenaufsicht und Aktienrechtsreform sowie die Einsetzung von Sondergerichten zur Bekämpfung des politischen Terrors nannte. Nachdem sich die Hamburger DVP im Wahlkampf in Abgrenzung gegen die NSDAP dem Bürgertum besonders als Garant der öffentlichen Ruhe und Sicherheit empfohlen hatte, riß Dingeldey nun auch diese Barriere nieder. Unverhohlen verlangte er von Brüning die Einbeziehung der NSDAP in die Regierung. Ihm sei die Aufgabe gestellt, »mit den nach nationalen Werten hungernden Kräften das Schicksal Deutschlands zu meistern«.²⁷⁰

Dingeldey selbst förderte damit die Angleichung der DVP an den Nationalsozialismus, vor der er bei der Übernahme des Parteivorsitzes gewarnt hatte. Gründe, die DVP und nicht die NSDAP zu wählen, waren immer schwerer zu erkennen. Gravierende Unterschiede gab es nur noch im Bereich der Wirtschaftspolitik. Die volksparteiliche Konzeption: allgemeine Senkung des Lebensstandards, drastische Sparsamkeit, Beseitigung der wichtigsten rechtlichen und sozialen Fortschritte der Arbeitnehmer seit 1918, konnte aber nicht anziehend wirken. Als Methode zur Überwindung der Wirtschaftskrise hatte sie sich inzwischen selbst in der mildereren Form Brünings als Fehlschlag erwiesen. Sogar in den eigenen Reihen machten sich im August 1931 Zweifel an den parteioffiziellen Sparforderungen bemerkbar, weil der Staat dadurch seine dringendste Aufgabe, »konjunkturausgleichend« zu wirken und Arbeit »für möglichst viele Hände« zu beschaffen, verfehle.²⁷¹ Beim Kampf gegen die »Tribute«, gegen die Verweigerung der Gleichberechtigung, der äußeren »Macht und Ehre« Deutschlands²⁷² sowie schließlich gegen die Regierung Brüning war die DVP trotz

aller Anstrengungen der skrupelloseren »nationalen Opposition« unterlegen.

Der Wahlausgang war für die Hamburger DVP eine Katastrophe. Gegenüber den letzten Bürgerschaftswahlen 1928 verlor sie fast 60% ihrer Wähler, die überwiegende Mehrheit an die NSDAP, eine kleinere Zahl auch an die DNVP, die sich ein wenig von ihrem Debakel 1930 erholen konnte. Die Volkspartei fiel damit wieder hinter die Deutschnationalen zurück. Die schlimmsten Rückschläge erlitt sie in ihren früheren Hochburgen: bürgerlichen Wohngebieten mit großer Angestellten- und Beamtenbevölkerung. Schon bei den Reichstagswahlen 1930 hatte sie hier erheblich über dem Durchschnitt liegende Verluste hinnehmen müssen. 1931 setzte sich dieser Trend verstärkt fort. Die NSDAP erzielte in allen in Frage kommenden Bezirken mit Ausnahme von Eimsbüttel und Borgfelde, die an Arbeiterwohngebiete grenzten und in den Übergangszonen selbst eine starke Arbeiterbevölkerung besaßen, sowohl 1930 als auch 1931 hervorragende Zuwachsraten, die DNVP konnte 1931 ebenfalls mehr Boden als normal gut machen.²⁷³

Soweit sich Stadtteile aussondern lassen, in denen die selbständigen Gewerbetreibenden überrepräsentiert waren, lagen die Einbußen der DVP 1931 zwar auch über dem Durchschnitt, sie waren aber nicht so gravierend wie in den Wohnbezirken der Angestellten und Beamten. Anscheinend genoß die Volkspartei 1930 beim mittelständischen Gewerbe noch einiges Vertrauen, während es 1931 weitgehend verloren war.²⁷⁴ Selbst im bevorzugten Wohngebiet des Großbürgertums: Harvestehude, erlitt sie übermäßige Verluste. Hier wirkte sich 1930 die Konkurrenz der Konservativen Volkspartei, 1931 der Strukturwandel der DNVP nachteilig aus, die sich inzwischen von einer mittelständischen zu einer großbürgerlich geprägten Partei entwickelt hatte. Die Volkskonservativen hatten in diesem Jahr durch die Begründung ihres Wahlverzichts, sie wollten den Angriff der »nationalen Opposition« gegen den Senat nicht schwächen, praktisch zur Entscheidung für die DNVP aufgefordert.²⁷⁵

Das Ende der parlamentarischen Regierung in Hamburg

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen am 27. September 1931 enttäuschte die Hoffnung im Lager der Regierungsparteien, die Hamburger Bevölkerung werde, da es sich nicht um die Stellungnahme zu Fragen von solcher politischen Tragweite wie im Reich handele, mehr Vernunft beweisen als die Gesamtheit der deutschen Wähler und ihnen die Fortsetzung ihrer Arbeit ermöglichen. Die Koalition verfügte nur noch über 69 der 160 Bürgerschaftssitze. Aber auch eine andere Mehrheitsbildung war unmöglich. Nur SPD und KPD besaßen mit 81 Mandaten noch eine knappe Mehrheit. Der scharfe Gegensatz zwischen den beiden Arbeiterparteien schloß eine Zusammenarbeit jedoch aus. Die Einbeziehung der DNVP in die Regierung, um die sich Petersen auf Betreiben der DVP mit Duldung der sozial-

demokratischen Senatskollegen bemühte, scheiterte an der Weigerung der Deutschnationalen, sich an einer Koalition mit den »Marxisten« zu beteiligen. Ohne die Abschirmung nach rechts fürchtete die überwältigende Mehrheit in den Leitungsgremien der DVP, nach der schweren Wahlniederlage länger mit Regierungsverantwortung belastet zu sein. Sie drängte ihre Senatoren, aus dem Amt auszuschcheiden, um jede Verbindung mit der SPD zu lösen. In der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften wuchs ebenfalls der Wunsch, ihre Repräsentanten aus dem Senat abzuberaufen. Dagegen forderten führende Unternehmer, auch politisch sonst mit der Rechten sympathisierende, er müsse mit Rücksicht auf den hamburgischen Kredit, die bedrohliche Finanzlage und die schweren Probleme des kommenden Winters seine Arbeit in der bisherigen Zusammensetzung fortführen.²⁷⁶ Kommunistische Unruhen im Hafen zeigten, wie wichtig eine starke, handlungsfähige Staatsleitung auch für die Wirtschaft war.

In dieser Situation entschloß sich der Senat am 3. Oktober 1931, geschlossen zurückzutreten, um bis zur Wahl einer neuen Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Nach der Hamburger Verfassung besaß er dieselben Rechte wie ein ordentlicher Senat; die fehlende Zustimmung der Bürgerschaft konnte er bei allen finanziell wirksamen Gesetzesvorlagen durch Rückgriff auf die Dietramszeller Notverordnung²⁷⁷ ersetzen. Seine Ablösung mußte durch Einigung auf einen neuen Senat erfolgen, womit bei der Zerspaltenheit der Opposition nicht zu rechnen war. Für längere Frist konnte auf diese Weise eine gewisse politische Stabilität gesichert werden. Die ehemaligen Koalitionsparteien waren von der Verantwortung für Maßnahmen der Regierung und das Bündnis mit politischen Gegnern befreit, die Senatoren weniger dem Druck ausgesetzt, ihr Amt aufzugeben. Politische Entscheidungen traf nun ausschließlich die Exekutive. Die erste Ära parlamentarischer Regierung fand damit auch in Hamburg ihr Ende.

Schluß

Das Wahlergebnis vom 27. September 1931 war Ausdruck des Protests breiter Bevölkerungsschichten gegen die katastrophale Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen in den zurückliegenden anderthalb Jahren. Dennoch verkannten die Anhänger der unterlegenen Regierungsparteien die Bedeutung der Entscheidung, wenn sie bloß die Unvernunft und Verantwortunglosigkeit der Wählermehrheit beklagten und ihr vorwarfen, sie habe ohne Gedanken an die Zukunft in blinder Negation die Verzweiflung über die Vergangenheit abreagiert. ¹ In allen Bevölkerungsgruppen herrschte das richtige Empfinden, daß die Politik der Reichsregierung keinen Ausweg aus der Wirtschaftskrise eröffnete, sondern die Lage verschlimmerte. Die Hamburger Koalitionsparteien trugen Mitverantwortung dafür, entweder weil sie am Kabinett Brüning beteiligt waren oder ihm durch Tolerierung die Arbeit ermöglichten. Im Hinblick auf ihre Politik in Hamburg konnten sie ebenso wie der Senat zwar geltend machen, daß sie infolge der Zuspitzung der Kassennöte des Staates und der Tendenz der Reichsregierung, Länderrechte faktisch zu beschneiden, fast keinen Handlungsspielraum mehr besaßen; da sie aber keine Alternativen aufzeigten, wirkte dieses Argument nicht entlastend.

Die meisten Bevölkerungsgruppen mußten schwere Entbehrungen hinnehmen. Unerträglich erschienen sie, weil ihr Stellenwert in einer Gesamtkonzeption und damit ihre Notwendigkeit, ihr Sinn und die Erfolgsaussichten nicht zu erkennen waren. Manche Gruppen wie besonders die Angestellten konnten sich von keiner der in Hamburg beachtenswerten staats-

tragenden Parteien repräsentiert fühlen. In vielen Fällen wurden durch die Sparmaßnahmen erst in der Weimarer Republik errungene Fortschritte rückgängig gemacht, die den früher benachteiligten Schichten größere Chancengleichheit hatten sichern sollen. Dadurch wie durch die Entscheidung, »die Wirtschaft« einschließlich der Agrarier zu schonen und die Kosten der Krise überwiegend den Arbeitnehmern und Beamten aufzubürden, wurden die Interessen der Bevölkerungskreise am stärksten verletzt, die dem neuen Staat am engsten verbunden waren.

Vorschläge, durch defizitär finanzierte Staatsaufträge und innere Krediterschöpfung den Anstoß zur Überwindung der Deflationskrise zu geben, fanden daher seit dem Sommer 1931 in verschiedenen Arbeitnehmerverbänden, insbesondere im GDA, DHV und ADGB, zunehmend Beachtung. Einige »Reformer« erklärten ausdrücklich als ihr Ziel, nicht nur zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme, sondern vor allem zur innenpolitischen Beruhigung und Stabilisierung beizutragen. Die SPD aus der Defensive herauszuführen, war das Hauptmotiv, weshalb sich Woytinsky im ADGB und Anton Erkelenz in den liberalen Gewerkvereinen nachdrücklich für die wirtschaftspolitischen Ideen Keynes' und anderer progressiver angelsächsischer Nationalökonomengruppen engagierten. Keine der demokratischen Parteien entschloß sich jedoch, ihre Konzeption zu übernehmen. In Hamburg war der Anreiz für die SPD besonders gering, weil sich auch die Freien Gewerkschaften konservativ verhielten. Bei den Rechtsradikalen stießen dagegen unkonventionelle geldpolitische Pläne allmählich auf mehr Interesse, auch wenn sie in der hier behandelten Phase bis Ende September 1931 nur Bruchstücke zusammenhanglos und sporadisch benutzten.

Gewiß war es weit schwerer, in der Regierungsverantwortung unerprobte, nur von einer Minderheit unter den Wirtschaftsexperten und -wissenschaftlern befürwortete Krisenprogramme aufzugreifen und zu verwirklichen, als sie in der Opposition für die Propaganda zu verwenden. Die Tendenz, überkommenen Denkmodellen und bewährten Methoden den Vorzug zu geben, wurde zudem dadurch gefördert, daß die führenden Persönlichkeiten im Staatsapparat, in den demokratischen Parteien, in Kammern und Verbänden relativ alt waren und der Auswahlmodus überall die Anhänger traditioneller Anschauungen begünstigte. Der überragende Einfluß der Bürokratie während der Weltwirtschaftskrise wirkte in dieselbe Richtung.

Durch ihr Desinteresse für neue Strategien der Krisenüberwindung vergaben die gemäßigten Linksparteien die Chance, aus der Abhängigkeit vom Kabinett Brüning herauszukommen und die politische Initiative zurückzugewinnen. In den Arbeitnehmerverbänden führte das Festhalten der befreunden Parteien an einem Kanzler, dessen krisenverschärfende Wirtschaftspolitik die Lage der Mitglieder verschlechterte, zu internen Spannungen, beim DHV zu zerstörungdrohenden Konflikten zwischen Leitung und Basis. Wegen des zwangsläufigen Mißerfolgs Brünings begannen die Unternehmer- und Mittelstandsverbände seit dem Frühsommer 1931 unter dem Druck der Mitglieder, in Distanz zum Reichskabinett und zu

den mitverantwortlichen Parteien zu gehen, obwohl es den Forderungen »der Wirtschaft« weitgehend und einseitig zu entsprechen versuchte. Die staatstragenden Parteien verloren an Rückhalt. Gleichzeitig kam es verstärkt zu Kontroversen in den eigenen Reihen, weil die Kompromißfähigkeit unter dem Druck der materiellen Not abnahm, vielfache Interessenverletzungen bei der Finanzmisere des Staates unvermeidlich waren und gemeinsame wirtschaftspolitische Zielvorstellungen fehlten, die eine Einigung über die Verteilung von Vorteilen und Lasten ermöglicht hätten. In Hamburg war diese Entwicklung besonders folgenschwer, da es keine bürgerliche Partei wie das Zentrum gab, deren starke weltanschauliche Fundierung die Abwanderung der Anhänger verhinderte.

Die Staatsorgane waren fast vollständig in Anspruch genommen, die Folgen der Wirtschaftskrise zu bekämpfen. In Parteiveranstaltungen und in der Presse nahmen die wirtschaftspolitischen Probleme immer mehr Raum ein. Daß es den demokratischen Parteien nicht gelang, Möglichkeiten zur Überwindung der Depression zu zeigen und ein Ende der Entbehrungen in naher Zukunft in Aussicht zu stellen, wirkte demoralisierend. So energisch SPD und DDP/Staatspartei in Hamburg den Radikalen entgegentraten, auf längere Sicht mußten administrative und polizeiliche Repressionen versagen, wenn die Abwehr nicht durch eine positive, hoffnungweckende Politik ergänzt werden konnte. Ebenso konnte eine noch so gute überparteiliche Propaganda für die Arbeit des Koalitionssenats das Fehlen erfolgversprechender Pläne für die Bekämpfung der unerträglichen Deflationskrise nicht ausgleichen. Angesichts des Ausmaßes der Not waren die Wähler überfordert, wenn sie aus Sorge um die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats Parteien stärken sollten, die für die unmittelbar drängendsten wirtschaftlichen Probleme keine Lösung wußten. Es verdient im Gegenteil Anerkennung, daß noch immer Tausende trotz oft sehr bedrückter materieller Lage im Reichsbanner aktiv für die Republik eintraten und fast 300 000 Wähler bei den Bürgerschaftswahlen 1931 der Erhaltung des bestehenden demokratischen Staates den Vorrang vor anderen Zielen gaben.

Das offensichtliche Versagen bei den wirtschaftspolitischen Aufgaben aktualisierte Vorurteile gegen die Parteien. Die strukturellen Vorbelastungen der Weimarer politischen Ordnung: das Mißtrauen gegen den Parlamentarismus und die Herrschaft der Parteien, Ressentiments gegen die »gleichmacherische« pluralistische Demokratie und die Vorliebe für obrigkeitstaatliche Formen in Teilen des Bürgertums, führten dazu, daß das Verlangen nach Befreiung von unerträglichem wirtschaftlichem Druck rasch in die Bereitschaft zur Aufgabe des bestehenden politischen Systems mündete. Der notwendige Kurswechsel wurde von vielen nicht im Rahmen der gegebenen parlamentarischen Parteiendemokratie, sondern durch ihre Ablösung erstrebt. Schon bei der Etablierung des Präsidialregimes, das es nun verhinderte, den Wunsch nach einer neuen Politik über den Austausch der Regierungskoalition zu verwirklichen, hatten Vorbehalte gegen die Parteien eine Rolle gespielt. Der Konsens über den Wert sowohl des politischen als auch des wirtschaftlichen Systems war nicht genügend gefestigt,

um bei extremen Belastungen wie in der Weltwirtschaftskrise standzuhalten. Zur Zeit der Bürgerschaftswahlen 1931 lehnte nach Meinung damaliger Beobachter die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Kapitalismus mit seinen offenbar unvermeidlichen katastrophalen Konjunktureinbrüchen ab.²

Die ideologischen Vorprägungen bestimmten die Richtung, in die der Wunsch nach grundlegendem Wandel führte. Die KPD konnte infolge ihrer inneren Schwächen und der starken, auch emotionalen Bindungen der meisten Sozialdemokraten an ihre Partei aus der verbreiteten Unzufriedenheit weniger Nutzen ziehen als die NSDAP. Die Schwierigkeiten der bürgerlichen Parteien, angesichts der Verschärfung der sozialen Spannungen und der Interessengegensätze für ihre verschiedenen Anhängergruppen akzeptable politische Konzeptionen zu finden, begünstigten die Hinwendung zu autoritären Staatsmodellen, in denen Parteien keine Verantwortung für die Entscheidungen tragen mußten. Die DVP geriet durch den Versuch, die auseinanderstrebenden Mitglieder und Anhänger durch die Betonung der nationalen Parole zu integrieren, zunehmend in hoffnungslose Konkurrenz zur NSDAP. Die Hamburger Senatskoalition wurde durch die gelegentlichen Sonderwege des volksparteilichen Partners schon vor dessen verheerender Wahlniederlage am 27. September 1931 geschwächt.

Anders als im Reich gehörte Scheu der demokratischen Parteien vor der Regierungsverantwortung in Hamburg nicht zu den Schwächen des politischen Systems. Die Tendenz, rasch in die Opposition zurückzukehren, um durch kompromißlose Vertretung der eigenen Anschauungen Rückschläge für die Partei zu verhindern, bestand hier nicht. Alle drei Senatsparteien ließen sich von der Überzeugung leiten, in der Regierung mehr für ihre Anhänger erreichen zu können als in der Opposition, und waren daher bereit, auch Konzessionen an die Partner und unpopuläre Entscheidungen zu verteidigen. Obwohl im Sommer 1931 die Dietramszeller Notverordnung die Möglichkeit bot, die Verantwortung für die drückenden Finanzmaßnahmen der Exekutive zu überlassen, hielt die Koalition in Hamburg an der parlamentarischen Verabschiedung der notwendigen Gesetze fest. Erst die Radikalisierung großer Wählerschichten infolge der Wirtschaftskrise und des Scheiterns der Reichsregierung bei ihrer Bekämpfung erzwang hier die Preisgabe des parlamentarischen Systems. Brünings verfehlte Deflationspolitik, sein Versuch, die Depression zur Verwirklichung außen- und verfassungspolitischer Ziele, unter anderem zur Neuregelung des Verhältnisses von Reich und Ländern, zu nutzen, wirkten sich daher, wie das Hamburger Beispiel zeigt, auch in einem Staat mit einer funktionierenden Parteienregierung politisch verhängnisvoll aus. Die oft erörterten Vorbelastungen waren nicht so gravierend, daß sie die Weimarer politische Ordnung bedrohen mußten. Zu einer Gefahr wurden sie wegen des Versagens der demokratischen Politiker, der Verzweiflung und Resignation breiter Bevölkerungsschichten überzeugend entgegenzutreten und ihnen einen Weg aus der Wirtschaftsnot zu zeigen.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Arbeitsamt
ABl HH	Amtsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg
ABV	Archiv der Firma Blohm & Voß
ADB	Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA-Bund	Allgemeiner freier Angestellten-Bund
AfK	Archiv für Kommunalwissenschaften, Berlin
AHK	Archiv der Handelskammer
AHdK	Archiv der Handwerkskammer
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BRT	Bruttoregistertonnen
BüV	Bürgerverein
DBB	Deutscher Beamtenbund
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHSG	Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DHW	Deutsche Handelswacht
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DK	Detailistenkammer
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSt	Deutscher Städtetag
DStp	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FA	Familienarchiv
Fst	Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus
GDA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
GEG	Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine
GK	Gewerbekammer
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hamburger Anzeiger

HAL	Hamburg-Amerika-Linie
HC	Hamburgischer Correspondent
HDM	Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift
HE	Hamburger Echo
HF	Hamburger Fremdenblatt
HGVOBl	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
HGZ	Hamburger Grundeigentümer-Zeitung
HIGZ	Hamburger Industrie- und Gewerbezeitung
HK	Handelskammer
HN	Hamburger Nachrichten
HT	Hamburger Tageblatt
HV	Hamburger Volkszeitung
HVVW	Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
Jb.	Jahrbuch
Jbr.	Jahresbericht
KVP	Konservative Volkspartei
LAA	Landesarbeitsamt
LB	Lagebericht
LFA	Landesfinanzamt
MdBü	Mitglied der Bürgerschaft
MdR	Mitglied des Reichstags
NL	Nachlaß
NRT	Nettoregistertonnen
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NVO	Notverordnung
RABl	Reichsarbeitsblatt
RAM	Reichsarbeitsminister(ium)
RDGÜ	Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFM	Reichsfinanzminister(ium)
RGBl	Reichsgesetzblatt
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RK	Reichskanzler, -kanzlei
RWM	Reichswirtschaftsminister(ium)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SKRAA	Senatskommission für die Reichs- und Auswärtigen Angelegenheiten
StAH	Staatsarchiv Hamburg
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDAV	Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Verbände
VDESI	Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VVV	Vereinigte Vaterländische Verbände
WB	Wohlfahrtsbehörde
WP	Wirtschaftspartei
ZdA	Zentralverband der Angestellten
ZK	Zentralkomitee
ZStAP	Zentrales Staatsarchiv der DDR, Potsdam

Anmerkungen

Einleitung

- ¹ Conze, Entscheidungen, S. 177.
- ² Kaltefleiter, a. a. O.
- ³ Bezeichnend dafür ist der von Jasper hrsg. Sammelband: Von Weimar zu Hitler, in dem außer dem einen speziellen Aspekt behandelnden Aufsatz von Helbich Beiträge über die Wirtschaftskrise oder die Finanzpolitik fehlen. In dem 1980 erschienenen weiteren Band der Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek zu diesem Thema (Stürmer, Weimarer Republik) wie auch bei dem Kölner Kolloquium vom Juni 1979 (Erdmann/Schulze, a. a. O.) werden die wirtschaftspolitischen Probleme jeweils nur in einem Beitrag von Borchardt behandelt ohne Bezug zur innenpolitischen Krise. Im einleitenden Referat bzw. im Resümee schreiben Schulze und Erdmann der katastrophalen Depression vergleichsweise geringe Bedeutung für den Untergang der Republik zu. In mehr oder minder starkem Maß gilt die Feststellung ferner für die Arbeiten von Bracher (insbes.: Auflösung; Diktatur; Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung), Conze (s. Litverz.), Becker, Buchheim, Kros, Schulz (Aufstieg) und die meisten Gesamtdarstellungen der Weimarer Republik. In seinen frühen Arbeiten, insbesondere in dem Beitrag zu dem gemeinsam mit Raupach hrsg. Sammelband, bewertete Conze die Finanzpolitik Brünnings kritischer und maß ihr mehr Bedeutung bei als in seinen letzten Aufsätzen. Am nachdrücklichsten wurde auf die Bedeutung der verfehlten Wirtschaftspolitik für den Untergang der Weimarer Republik zunächst von zwei Außenseitern hingewiesen, Heinrich Bennecke und Gerhard Ziemer, dann differenziert und mit zahlreichen neuen Belegen von Werner Jochmann (Brünnings Deflationspolitik).
- ⁴ Theodor Geiger, Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit 7 (1930), S. 637–654. Geiger analysiert die Existenzangst des Mittelstands als wesentliches Motiv für die Wahl der NSDAP weitgehend, ohne zu werten. Immerhin heißt es: »Im Augenblick der höchsten krisenhaften Erregung stürzt man sich in die rebellische Politik der Unvernunft«. (S. 649) Heinrich August Winkler (Mittelstand, S. 35) versieht die Formel mit negativem Vorzeichen: Er sieht in der Panik eine übertriebene Reaktion auf die wirtschaftliche Not.
- ⁵ Bracher, Auflösung, S. 327. Er zitiert: Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialde-

- mokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948, S. 396 und Gustav Stolper, Notwahlen. In: *Der deutsche Volkswirt* 4 (1930), S. 1727 ff.
- 6 Conze, Brüning's Politik, S. 547 und 549. Ich beschränke mich auf Beispiele aus den Arbeiten von Conze und Bracher, weil sie maßgebend zur Erforschung der Ära Brüning beigetragen haben. Beide Autoren messen vor allem den Techniken, weniger den Inhalten der Politik hohe Bedeutung bei, wobei Conze die Finanzentscheidungen kritischer behandelt. Doch billigt er Brüning's Strategie Erfolgchancen zu und sieht den wesentlichen Fehler darin, daß er »es versäumte oder nicht vermochte, Hitler durch volkstümliche Propaganda entgegenzutreten«. Conze, Brüning als Reichskanzler, S. 326. Bracher erklärt eindeutig, die »skrupellose Technik politischer Destruktion« sei für den Aufstieg des Nationalsozialismus »viel wesentlicher« gewesen als die Wirtschaftsnot. *Auflösung*, S. 333.
- 7 Conze, Brüning als Reichskanzler, S. 325; ders., Brüning's Politik, S. 549.
- 8 Das Erscheinen der Brüning-Memoiren führte zu keiner Annäherung der Standpunkte, ließ vielmehr die alte Kontroverse mit größerer Schärfe wiederaufleben: Vgl. Bracher, Brüning's unpolitische Politik, und Conze, Brüning als Reichskanzler, S. 312–314.
- 9 Beispiele bei Sanmann, S. 110, Anm. 4; vgl. ferner Bracher, *Auflösung*, S. 358, 385–387, und Hillgruber in: *Tormin* (Hrsg.), *Weimarer Republik*, S. 205.
- 10 Kroll; Predöhl, *Epochenbedeutung*; ders., *Ende*; Sanmann; Petzina (wiederholt, s. *Litverz.*); Wolfram Fischer, *Weimarer Republik*; Keese; Ralph Treviranus; Nöll von der Nahmer; Treue, *Wirtschaftsgeschichte*; Karl Hardach, *Wirtschaftsgeschichte*; Irmeler; Albers; Garvy. – Conze, *Entscheidungen*; Heiber; Erdmann, *Weltkrieg*; Morsey, *Entstehung*; Jochmann, Brüning's Deflationspolitik.
- 11 Vgl. S. 159, 314, 356, 372, 417, außerdem Grotkopp, a. a. O., der allerdings hauptsächlich nur die seinem Kreis, der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft, nahestehenden Theoretiker sowie die in der Öffentlichkeit stark diskutierten Pläne behandelt; Jochmann, Brüning's Deflationspolitik; Schneider, *Arbeitsbeschaffungsprogramm*, S. 38 f., 79; Garvy, a. a. O.; Krohn, *Krisen-debatte*, S. 77. Die Keynes-Rezeption verstärkte sich seit dem Winter 1931/32. Die Frage muß noch näher untersucht werden.
- 12 Helbich, *Reparationen*; Lüke; Born, *Bankenkrise*; Hermens, *Kabinett Brüning*; ferner die mehrfach zitierten Arbeiten von Conze sowie Becker in *GWU* 17 (1966), S. 208–210.
- 13 Stucken, S. 89–91; Wolfram Fischer, *Wirtschaftspolitik 1918–1945*; ders., *Weimarer Republik*; Sanmann, S. 133 f. In der ersten Arbeit gesteht Fischer den außenpolitischen Rücksichten noch mehr Berechtigung zu als in dem späteren Vortrag. – Die englische Regierung und die für die reibungslose Abwicklung des Young-Plans verantwortliche Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel ließen erkennen, daß sie eine etwas geringere Abwertung der RM akzeptieren würden, Lüke, S. 348 f. Borchardt, *Frage der währungspolitischen Optionen*, S. 172–174, bezweifelt, ob und zu welcher Form der Abwertung britische Stellen aufforderten; seine gründliche Erörterung bestätigt aber, daß mit Widerstand von dieser Seite nicht zu rechnen war.
- 14 Sanmann, S. 136; Fischer, *Weimarer Republik*, S. 46–48; Irmeler, S. 308.
- 15 Köhler, *Arbeitsbeschaffung*, a. a. O.; ferner Sanmann, S. 139 und Volk, a. a. O. Morsey, *Kritik*, weist in Brüning's finanzpolitischem Denken Konstanten nach, die auch seine Haltung in der Wirtschaftskrise bestimmten: die prinzipielle Hochschätzung sparsamer Haushaltsführung, die Ablehnung durch Anleihen und erst recht durch Kreditschöpfung finanzierter Arbeitsbeschaffungsmaßnah-

men aus Angst vor inflationären Wirkungen, die Überzeugung von der Untragbarkeit der Reparationen und die Kritik an der nach seiner Ansicht übertriebenen Verbesserung der Beamtenbesoldung.

- ¹⁶ Z. B. Petzina, Interpretation; Elemente; deutsche Wirtschaft u. ö.; ebenso Borchardt, Zwangslagen, S. 324.
- ¹⁷ Vgl. S. 282–285, 308 f., 314 f.
- ¹⁸ Wolffsohn, S. 159–178, 215–218, 285 f., 300–303; vgl. später S. 353 f.
- ¹⁹ Borchardt, Ursachen; Zwangslagen. Hier können nur einige Einwände vorgebracht werden. Eine eingehende Stellungnahme muß wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen überlassen bleiben.
- ²⁰ Zwangslagen, S. 322.
- ²¹ Zwangslagen, S. 333.
- ²² Statist. Jb. Reich 1931, S. 456 f.
- ²³ Bracher, Auflösung, S. 307.
- ²⁴ Zu den methodischen Schwierigkeiten bei dem Versuch, die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf das politische Bewußtsein und die politischen Entscheidungen exakt zu erfassen, vgl. den anregenden Aufsatz von Vierhaus, Auswirkungen. Im Anschluß daran betont auch Petzina, Germany, S. 71, daß die Folgen des Konjunkturverfalls für das Leben der einzelnen Menschen und kleiner sozialer Gruppen weit schwerer zu ermitteln sind als der Wirtschaftsverlauf.
- ²⁵ Eine umfassende Darstellung der verschiedenen ineinanderwirkenden Krisenfaktoren versuchen Schaap für den Freistaat Oldenburg und Wiesemann für Bayern im Jahr 1932 zu geben. Auf die Beziehungen zwischen den Reichs- und Staatsregierungen und die dafür maßgebenden politischen Entwicklungen konzentrieren sich Besson in seinem Buch über Württemberg und Ehni in einer Arbeit über Preußen. Den Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Struktur einer Region und der politischen Orientierung der Bevölkerung unter dem Eindruck aktueller wirtschaftlicher oder politischer Vorgänge behandeln Heberle und Stoltenberg für Schleswig-Holstein, Plum für den Regierungsbezirk Aachen. Spezieller mit den Bedingungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus befassen sich zahlreiche Autoren, z. B. Allen (Nordheim), Noakes (Niedersachsen), Böhnke (Ruhrgebiet), Pridham (Bayern), Hambrecht (Mittel- und Oberfranken), Schön (Hessen), Grill (Baden), Pehle (Regierungsbezirk Aachen).
- ²⁶ Ralph Treviranus bezieht die Entwicklung der Länder- und Gemeindefinanzen ein. Vornehmlich die Auseinandersetzungen zwischen Reichs- und Landesregierungen um die Finanzpolitik behandeln: Klöter, S. 198–209; Menges, S. 359–396; Habel, S. 126–133; Besson, insbes. S. 196–204, 209–211, 217–226. Petzina, Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich, konzentriert sich auf die Unterschiede zwischen Agrar- und Industriegebieten sowie zwischen Gebieten mit abweichender industrieller Struktur; vom Handel geprägte Regionen finden keine Beachtung. Einen knappen Überblick über die Situation des Außenhandels bietet Gessner, Agrardepression, S. 11–31.
- ²⁷ Rebentisch, Kommunalpolitik. – Ders., Landmann, S. 279–288; Asmussen; Steinborn, S. 502–524; Först, S. 205–219; Henning, Adenauer, S. 123–153; Blaich, Ludwigshafen; Sprenger, S. 225–233; Hanschel, S. 351–366. Die grundsätzlichen und strukturellen Probleme werden in dem von Hansmeyer hrsg. Gemeinschaftswerk behandelt, ferner im knappen Abriss von Ribhegge. In beiden Arbeiten wird die Situation der Gemeinden in der Weltwirtschaftskrise nur gestreift.

- ²⁸ In einem Bericht des Staatsrats in der Finanzdeputation, Leo Lippmann, über die Konferenz der Finanzminister der größeren Länder am 21. 8. 1931 hieß es: Bei der Erörterung der allgemeinen Finanzlage »zeigte es sich, und das gilt insbesondere auch für Preußen, daß das Problem viel zu einseitig, lediglich vom Standpunkt der Länderfinanzen, nicht aber auch gleichzeitig im Hinblick auf die Lage der Gemeinden, von den Finanzministern beurteilt wird«. StAH: Finanzdep. IV, V u. OIIa 1 t IA, Tl. VII, [28].
- ²⁹ Borchardt, Ursachen, S. 224.
- ³⁰ RGBl. 1931, I, S. 453. Das Kabinett Brüning erließ die Notverordnung ohne Begeisterung auf Drängen der Landesregierungen. Am 6. 8. 1931 erklärte Matthaei bei einer Besprechung im Reichsfinanzministerium, daß Hamburg die geforderte Gehaltskürzung nur durchführen könne, wenn die Länder für solche Maßnahmen das Verordnungsrecht erhielten. Am 14. 8. teilte die Gesandtschaft mit, der zuständige Referent habe zwar schon einen entsprechenden Notverordnungsentwurf vorliegen, er sei aber »nicht allzu sehr entzückt davon, daß das Reich nun wieder durch die Länder vorgeschickt wird«. Schäffer-Tagebuch, 6. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13, S. 565 f.; Bericht der Hbg. Gesandtschaft, 14. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. OIIa 1 a XXVI. Es ist daher zu fragen, ob nicht Brüning in seinen Memoiren (S. 372) erst nachträglich der Notverordnung die Funktion zuschrieb, der Reichsreform vorzuarbeiten. Dasselbe ist gegen Hagen Schulzes (Otto Braun, S. 700) und Conzes (Reichsverfassungsreform, S. 343) auf die Brüning-Memoiren gestützten Darstellungen einzuwenden.
- ³¹ Darüber klagten z. B. Leuteritz (SPD) in der 36. und Brinckmann (DDP) in der 38. Bürgerschaftssitzung am 20. 10. bzw. 3. 11. 1926; Podeyn (SPD) in der 14. Sitzung am 8. 6. 1928. Sten.Ber. 1926, S. 986, 1052; 1928, S. 476.

1. Kapitel

- ¹ Hamburger Fremdenblatt (HF) 59, 28. 2. 1930: Hamburgs bessere Nerven. Die für die DVP typischen Vorbehalte gegen das parlamentarische System, die in den Ausführungen Michaels mitschwingen, werden auf S. 42, 55 f. untersucht. – Das Hamburger Fremdenblatt, das vor dem Krieg die Vereinigten Liberalen unterstützt hatte, stand nach der Revolution auf dem rechten Flügel der DDP und trat für die Vereinigung der beiden liberalen Parteien ein. Dadurch näherte es sich allmählich dem Standpunkt der DVP, wie die Übernahme des Chefredakteurs des volksparteilichen Hamburgischen Correspondenten (HC), Rudolf Michael, in das innenpolitische Ressort des HF am 1. 1. 1930 zeigte. Zur Position des HF in der Endphase der Weimarer Republik vgl. Fromme, a. a. O.
- ² Vgl. im Anhang Anlage 2a.
- ³ HC, 17. 3. 1926, Senatsjubiläum.
- ⁴ C. V.-Zeitung, Berlin, Jg. 5, Nr. 7, 12. 2. 1926: Die antisemitisch-völkische Bewegung in Hamburg.
- ⁵ Sten.Ber. 1919, S. 1.
- ⁶ Z. B. wurde im sozialdemokratischen Hamburger Echo (HE) im April 1923 eine Koalition mit den Kommunisten nach sächsischem Vorbild mit der Begründung abgelehnt, in Sachsen gebe es keine Partei, die wie die Hamburger DDP schon vor dem Krieg an der Seite der SPD für gleiches Wahlrecht und die Demokratisierung der Verfassung gekämpft habe. HE 110, 22. 4. 1923: Ein Arbeitersenaat in Hamburg. In dem Organ der Kommunisten, der Hamburger Volkszeitung (HV), wurde das kommentiert: »In Hamburg sollen danach ganz besondere Ver-

hältnisse bestehen, was auf die ehemals auch im ›Echo‹ weidlich verspottete ›hamburgische Eigenart‹ hinausläuft.« HV 95, 24. 4. 1923: Die Koalition mit Einem Ehrbaren Kaufmann.

⁷ Vergl. Anm. 1.

⁸ Vergl. Anm. 4.

⁹ Vgl. zu diesem Abschnitt: Ullrich; F.-W. Witt, S. 19–21; Comfort, S. 24–29; Sozialdem. Partei Hamburg, Jahresberichte 1912/13, 1913/14 und 1914/19. Als zeitgenössischer bürgerlicher Beobachter bestätigte beispielsweise das Mitglied der Fraktion der Linken, Max Westphal, die unterschiedliche Haltung der Hamburger SPD und der »offizielle[n] Sozialdemokratie nach ihrem Programm, auf ihren Parteitag, in ihrer Presse und im Reichstage«. 1. Bürgerschaftssitzung, 4. 1. 1905, Sten. Ber., S. 15–17.

¹⁰ Vor den Reichstagswahlen 1890 leistete die Hamburger Organisation 44 Wahlkreisen finanzielle Unterstützung. Laufenberg, Arbeiterbewegung II, S. 431.

¹¹ So beschrieb rückblickend der erste sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete, Otto Stolten, die Haltung der Partei. Otto Stolten, Mein Einzug in die Bürgerschaft. In: Stolten/Stubbe/Krause/Leuteritz, S. 14.

¹² Zur Bedeutung des Reformismus in den Freien Gewerkschaften allgemein vgl.: Bieber, S. 48 ff.; Varain, S. 26 ff.; Gerhard A. Ritter, Arbeiterbewegung, insbes. S. 174 f.; Groh; Steinberg, S. 111. Daß die Hamburger Freien Gewerkschaften keine Ausnahme machten, wird für die Zeit des Weltkrieges bestätigt durch ein Schreiben Carl Petersens an seinen Bruder Gustav vom 12. 8. 1915: »Hier in Hamburg haben die opportunistischen Reformer [...] die Oberhand gewonnen [...] Ich habe viele interessante Unterhaltungen mit den guten Gewerkschaftlern der hiesigen Bewegung gehabt, die fest entschlossen sind, solange das eine vernünftige Politik der Regierung irgendwie ermögliche, die Partei in der jetzt eingeschlagenen Richtung zu halten.« Abgedruckt in: Lüth/Loose, S. 41 f.

¹³ Von den 160 Bürgerschaftsabgeordneten wurden 40 von den sogenannten »Notabeln«, d. h. Richtern, Handelsrichtern, ehrenamtlichen Behördenmitgliedern, Senatoren, Bürgerschaftsabgeordneten und Kammermitgliedern, 40 von den Grundeigentümern und 80 von den übrigen Bürgern des Hamburger Staates gewählt. Der Erwerb des Bürgerrechts war ursprünglich an die Zahlung einer Gebühr, seit 1896 an die Versteuerung von jeweils 1200 Mark in fünf aufeinanderfolgenden Jahren gebunden. 1893/94 besaßen nur 3,5 % der Bevölkerung oder 14 % der Reichstagswähler, 1903/04 5,2 % der Bevölkerung oder 22,8 % der Reichstagswähler das Bürgerrecht. Seit 1906 wurde bei den sogenannten »allgemeinen Wahlen« in zwei Gruppen gewählt: Bürger mit mehr als 2500 Mark versteuertem Einkommen im Jahr konnten über die Vergabe von 48 Sitzen entscheiden, während 24 Sitze für die städtischen Wähler der untersten Einkommensklasse blieben. 8 Mandate wurden den Abgeordneten des Landgebietes vorbehalten. Bolland, S. 63–64, 166–181; Eckardt, S. 32–46.

¹⁴ Stolten, Einzug (s. Anm. 11), S. 13.

¹⁵ So in einer Resolution, die am 4. April 1913 in einer Massenkundgebung gegen die neuen Rüstungs- und Steuervorlagen angenommen wurde. Sozialdemokratische Partei Hamburg, Jahresbericht 1912/13, S. 10.

¹⁶ Z. B. bei einer Demonstration gegen den Balkankrieg am 20. Oktober 1912. Ebda, S. 7.

¹⁷ Vgl. die Ausführungen Otto Stoltens auf dem Würzburger Parteitag 1917: »Eine große Partei, die Einfluß auf die Dinge ausüben kann, infolge ihrer Größe und der wirtschaftlich bedeutsamen Kräfte, die hinter ihr stehen, hat die Pflicht, sich nicht selbst auszuschalten, sondern jede Gelegenheit zu benutzen, um für die

- Arbeiterklasse herauszuschlagen, was irgend möglich ist [...] Diese Politik ist schon lange Jahre geübt, aber immer wieder zurückgedrängt worden durch die revolutionäre Demonstrationspolitik. Diese muß in Zukunft aufhören.« Protokoll SPD-Parteitag 1917, S. 377.
- ¹⁸ Stellungnahme der ehemaligen sozialdemokratischen Senatoren zu den politischen Vorgängen in Hamburg, März 1933, abgedruckt in: Timpke, S. 74.
- ¹⁹ Ebenda.
- ²⁰ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1: Juli 1914 – Oktober 1917. Berlin 1958, S. 24f. Vgl. auch die Äußerung von Carl Petersen in einem Schreiben an seinen Bruder Gustav vom 12. 8. 1915: »Hier in Hamburg haben die opportunistischen Reformer ganz im Gegensatz zu früher so die Oberhand gewonnen, daß das Hamburger Echo geradezu mit an der Spitze aller Blätter, die diese Richtung in der Sozialdemokratie vertreten, steht.« (Lüth/Loose, S. 41f.).
- ²¹ Emil Krause, Aus der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerschaft in den Jahren 1907 bis 1918. In: Stolten/Stubbe/Krause/Leuteritz, S. 34–39. Die Leistungen der SPD und besonders der Gewerkschaften hat auch der damalige erste Referent des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes anerkannt: Lippmann, S. 206–207, 210, 222–223.
- ²² Carl an Gustav Petersen, 31. 1. 1915, in: Lüth/Loose, S. 36–38, Zitat: S. 37.
- ²³ Comfort, S. 65f.; Lippmann, S. 237.
- ²⁴ Sozialdemokratischer Verein Hamburg, Jahresbericht 1914/1919, S. 9.
- ²⁵ Vgl. Bünemann; Comfort, S. 30–57; Witt, S. 21–27; Jahresbericht Sozialdemokratischer Verein Hamburg 1914/1919, S. 10–34; Leuteritz: Die Revolution und die Bürgerschaft, in: Stolten/Stubbe/Krause/Leuteritz, S. 43–63; Lippmann, S. 274.
- ²⁶ 1. Bürgerschaftssitzung, 24. 3. 1919, Sten.Ber., S. 9. Hervorhebung von der Vfn.
- ²⁷ Perner, 18. Bürgerschaftssitzung, 23. 3. 1921, Sten.Ber., S. 543–546; 11. Sitzung, 19. 3. 1924, ebda, S. 152.
- ²⁸ Mit dieser Begründung wies 1924 Otto Stolten das Drängen seiner Parteifreunde zurück, nach dem Tode Diestels dessen Nachfolge anzutreten. Lippmann, S. 292. Zur Haltung der SPD bei der Regierungsbildung 1919 vgl. auch Comfort, S. 60f.
- ²⁹ Über die DVP als Nachfolgerin der drei »alten« Fraktionen der Vorkriegsbürgerschaft, »Rechte«, »Linke« und »Linkes Zentrum«: H.-J. Schulze, Wandlung, S. 146–149, 190. Gemäß den Bestimmungen der Verfassung von 1879 waren die Senatoren bei Antritt ihres Amtes aus ihren Fraktionen ausgeschieden.
- ³⁰ HE 287, 17. 10. 1927: Verknennung der Sachlage.
- ³¹ Vgl. die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der DVP, Dr. Bagge, auf ihrem Vertretertag im April 1919: »Man kann die Überzeugung haben, daß die alte sozialistische Partei mit Hilfe der bürgerlichen Vertreter gewillt ist, den Wiederaufbau Hamburgs in die Wege zu leiten. In dem Bewußtsein, über die nötige Anzahl geeigneter Kräfte nicht zu verfügen, hat sie die Beamten in ihren Stellen gelassen und den Senat zum Teil mitübernommen. Dadurch ist die Überleitung des alten Hamburgs zur Beruhigung aller Parteien, mit Ausnahme der U. S. P., gewährleistet.« Zitiert nach Schulze, S. 216f.
- ³² Die Ambivalenz der sozialdemokratischen Entscheidung betont sehr deutlich: Jochmann im Vorwort zu Lippmann, S. XX.
- ³³ Nach dem Wahlsieg der SPD am 9. 10. 1927 z. B. in HF 280, 10. 10. 1927 und HC 477, 12. 10. 1927: Der Sieger zwischen zwei Fronten.

- ³⁴ Siehe Anlage 1.
- ³⁵ Ausführlicher dazu mit eingehenden Belegen: Büttner, Vereinigte Liberale; für die Entwicklung im Reich: Albertin, Liberalismus; Werner Schneider; Stephan.
- ³⁶ Carl Petersen in der 7. Bürgerschaftssitzung, 12. 2. 1902, Sten. Ber., S. 173.
- ³⁷ Heinrich Haupt, Die Vereinigten Liberalen in Hamburg, in: Die Hilfe, Jg. 16, Nr. 11, 20. 3. 1910, S. 169.
- ³⁸ Klub vom 3. Oktober, Jahrbuch 1924/25. Hamburg o. J., S. 5.
- ³⁹ Milberg, S. 341.
- ⁴⁰ So die Formulierung im Gründungsaufwurf vom 16. 11. 1918, zitiert nach Stephan, S. 13.
- ⁴¹ Autorisierte Niederschrift über ein Gespräch mit dem ehemaligen Vorstandsm. der Hbger DDP, Dr. Hans Robinsohn, am 24. 9. 1974, Fst: Fasc. 751-5.
- ⁴² Albertin, Liberalismus, S. 69, 73, 171 f., 179-195; Werner Schneider, S. 70-73.
- ⁴³ Petersen an Naumann, 23. 4. 1917, abgedr. bei Lüth/Loose, S. 44 f.
- ⁴⁴ HN 612, 2. 12. 1918. Vgl. Hartenstein, S. 28.
- ⁴⁵ Tätigkeitsbericht der Hbger DDP 1925/26, in: Die Freie Stadt Nr. 13, Nov. 1926; Gesprächsniederschrift Robinsohn, 24. 9. 1974, Fst: Fasc. 751-5.
- ⁴⁶ Stubmann an Koch-Weser, 9. 12. 1926, BAK: NL Erkelenz 129, S. 146. Vgl. Stephan, S. 326-331.
- ⁴⁷ Stubmann an Koch-Weser, 9. 12. 1926, BAK: NL Erkelenz 129, S. 146-148.
- ⁴⁸ Ebda. Vgl. Stephan, S. 344-350; Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 39-46; Benoist-Méchin, Bd. 2, S. 263-277; Vogelsang, S. 23-41.
- ⁴⁹ HA 244 und HC 488, 17. 10. 1928.
- ⁵⁰ Stubmann im Reichsparteiausschuß der DDP am 21. 10. 1928, BAK: R 45 III/13, S. 194; ders. und Lüth bei der Generalvmlg der Hbger DDP am 30. 10. 1928, HA 256, 31. 10. 1928.
- ⁵¹ Tätigkeitsbericht der Hbger DDP 1925/26, in: Die Freie Stadt Nr. 13, Nov. 1926. Vgl. Stephan, S. 338; Die bürgerl. Parteien, Bd. 2, S. 636-640.
- ⁵² Stephan, S. 320 f.; Schneider, S. 93-97; Schustereit, S. 127-139.
- ⁵³ Tätigkeitsbericht der Hbger DDP 1925/26, in: Die Freie Stadt Nr. 13, Nov. 1926.
- ⁵⁴ Bericht über den demokratischen Landesparteitag am 19. 10. 1923, in HC 482, 16. 10. 1923.
- ⁵⁵ Für die Stellungnahme der Hamburger DDP zu dieser seit dem Krieg umkämpften Frage, die in der Wirtschaftskrise wieder eine große Rolle spielte, ließen sich beliebig viele Belege anführen. Vgl. nur die Berichte über die Landesparteitage am 16. 11. 1927 und 17. 10. 1928 in HA 269, 17. 11. 1927 bzw. HA 244, 17. 10. 1928.
- ⁵⁶ Entschließung vom 16. 11. 1927, HA 269, 17. 11. 1927.
- ⁵⁷ Vortrag des Fraktionsvorsitz. Curt Platen im Stadtbundklub Hamburgischer Frauenvereine am 13. 1. 1928, HF 14, 14. 1. 1928. - In einem Flugblatt vom 18. 3. 1919 erläuterten die Hamburger Demokraten die Ausführungen zur Sozialisierung im Wahlaufwurf der Gesamtpartei vom 16. 12. 1918 (vgl. Albertin, Liberalismus, S. 73), indem sie in Abwehr volksparteilicher Angriffe die Einschränkungen derart herausstrichen, daß eine Sozialisierung praktisch unmöglich war. Die DDP habe im übrigen ständig betont, »daß der gegenwärtige Zustand unserer Volkswirtschaft Sozialisierungen entgegensteht«. In den zu den Bürgerschaftswahlen 1919 von der DDP verteilten »Richtlinien für die Hamburgische Politik« hieß es eindeutig: »Keine Sozialisierung von Handel und Schiffahrt«. Fst: Box 751. Zur Haltung der Gesamtpartei vgl. Portner, S. 186-190; Schustereit, S. 56-62; Stephan, S. 70, 106-108.

- ⁵⁸ Stubmann bei der Generalvmlg der Hbger DDP am 30. 10. 1928, HA 256, 31. 10. 1928.
- ⁵⁹ Stubmann, Einigung des Liberalismus, HA 15. 2. 1926; ders. in der Vorstandssitzung der DDP am 14. 6. 1928, BAK: R 45 III/20, S. 202f., abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 453f.
- ⁶⁰ Ebda; Protestresolution des Hbger Parteiausschusses der DDP, HF 168, 13. 6. 1928.
- ⁶¹ Protokolle der Vorstandssitzung der DDP, 14. 6. 1928, BAK: R 45 III/20, S. 203, abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 455; der Parteiausschußsitzung, 20./21. 10. 1928, ebda, R 45 III/13, S. 193; Max Eichholz im Parteiausschuß der Hbger DDP, HA 226, 26. 9. 1928; Johannes Büll auf dem Landesparteitag, HA 244, 17. 10. 1928; Gerhard Meuthen in der Generalvmlg. der Hbger DDP, HA 256, 31. 10. 1928.
- ⁶² Landahl im Hbger Parteiausschuß, HA 226, 26. 9. 1928; Büll beim Landesparteitag, HA 244, 17. 10. 1928.
- ⁶³ Petersen, Naumanns politische Bedeutung, in: Die Hilfe, Jg. 25, Nr. 41, 9. 10. 1919, S. 564.
- ⁶⁴ 1928 hatten acht von 21, 1931 sechs von 14 Bürgerschaftsabgeordneten dieses Amt schon vor dem Krieg innegehabt.
- ⁶⁵ Z. B. Petersen beim Landesparteitag am 14. 10. 1923, HC 482, 16. 10. 1923.
- ⁶⁶ Hammerschmidt an Petersen, 16. 1. 1924, abgedr. bei Lüth/Loose, S. 82f.
- ⁶⁷ Gesprächsniederschr. Robinsohn, 24. 9. 1974, Fasc. 751-5; bestätigt durch einen Antrag des Arbeitnehmersausschusses beim Landesparteitag am 16. 11. 1927, in: Die Freie Stadt Nr. 24, 1. 12. 1927.
- ⁶⁸ Als Petersen 1927 nicht kandidierte, erlitt die DDP bei den Bürgerschaftswahlen erhebliche Verluste, die bei der Wiederholung 1928 mit ihm als Spitzenkandidaten fast wieder ausgeglichen werden konnten. Vgl. Anl. 2.
- ⁶⁹ Vgl. Anm. 269 und 271.
- ⁷⁰ 1. Bürgerschaftssitzung, 24. 3. 1919, Sten.Ber., S. 11. Zu diesem Kapitel vgl. Gratenau, a. a. O.
- ⁷¹ Gegenüber dem sozialdemokratischen Wunsch, den seit der Revolution bestehenden, am 23. März 1919 auf breiter Basis von allen Arbeitnehmern mit weniger als 10000 Mark Jahreseinkommen neu gewählten Arbeiterrat und den Wirtschaftsrat durch Hamburgisches Gesetz rechtlich abzusichern, vertraten die Demokraten zusammen mit den Senatsjuristen die umstrittene Rechtsauffassung, daß den Ländern durch Artikel 165 der Reichsverfassung die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich entzogen sei. Darauf begnügte sich die SPD mit der Aufnahme eines Hinweises auf die zu erwartenden reichsrechtlichen Vorschriften in die Hamburger Verfassung. Da das Reichsgesetz ausblieb, waren infolge dieser Regelung eine Neuwahl des Arbeiterrats und selbst eine Nachwahl für ausgeschiedene Mitglieder bis zum Ende der Weimarer Republik unmöglich, so daß der Arbeiterrat seine politische Legitimation mehr und mehr einbüßte. Vgl. Anfrage Stahmers (KPD) und Senatsantwort, 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten.Ber., S. 171.
- ⁷² Vgl. z. B. Sozialdemokratischer Verein Hamburg, Jahresbericht 1913/14, S. 67; Carl Petersen in der 8. Bürgerschaftssitzung, 18. 4. 1917, Sten.Ber., S. 162. Am 10. 11. 1920 äußerte sich Theodor Blinkmann (DDP, bis 1918 Fraktion der Linken) über die Vorkriegsverhältnisse: »Ich habe noch keinen Menschen in Hamburg gehört, der nicht geklagt hat über die Bureaukratie in Hamburg. Ich bin sogar der Meinung: wenn man von einem Beamtenstaat spricht, dann könnte man ruhig Hamburg als Musterstaat hinstellen.« Nur so sei »der ewige Ruf nach Ver-

- waltungsreform« zu erklären. 53. Sitzung, Sten. Ber., S. 1566; ähnlich auch Wolfgang Brinckmann (DDP) in der 48. Sitzung, 26. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1414.
- 73 Vgl. zu diesem Abschnitt: Blecke, a. a. O.; Heinrich J. Merck, [Unveröffentlicht] »Erinnerungen und Aufzeichnungen«, April 1949, StAH: FA Merck, II 9 Konv. 4 b, S. 12–14; Lippmann, S. 110 f.
- 74 Benckemann, Um- und Ausbau der hamburgischen Staats- und Selbstverwaltung mit revidiertem Abdruck der Staatsverfassung und der grundlegenden Verwaltungsgesetze. Hamburg 1893, S. 3. Zitiert nach Blecke, S. 33.
- 75 Blecke, S. 53.
- 76 Krause in der 1. Bürgerschaftssitzung, 24. 3. 1919, S. 13.
- 77 Merck (s. Anm. 73), S. 12.
- 78 Goldfeld (Fraktion der Linken) in der 30. Bürgerschaftssitzung, 8. 7. 1914, Sten. Ber., S. 890.
- 79 14. Bürgerschaftssitzung, 8. 6. 1928, Sten. Ber., S. 476.
- 80 Büll in der 63. Bürgerschaftssitzung, 29. 12. 1920, Sten. Ber., S. 1875.
- 81 Vgl. die Ausführungen von Emil Krause in der 1. Bürgerschaftssitzung am 24. 3. 1919: »Für den Übergang die Verwaltungsbehörden völlig neu zu besetzen, neu zu gestalten, das wäre ein Wagnis, das leicht zu sehr Üblem ausschlagen könnte.« Sten. Ber., S. 13. Die Initiative zur eigentlichen Verwaltungsreform ging ebenfalls nicht von der SPD aus, sondern von der DDP und vom Beamtenrat. Siehe auch: Witt, S. 28–30.
- 82 29. Bürgerschaftssitzung, 24. 9. 1924, Sten. Ber., S. 476.
- 83 Protokoll SPD-Parteitag 1920, S. 76; vgl. auch die Ausführungen von Heinrich Eisenbarth, ebda, S. 67 f. und Berthold Grosse in der 44. Bürgerschaftssitzung, 6. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1313.
- 84 Büll in der 63. Bürgerschaftssitzung, 29. 12. 1920, Sten. Ber., S. 1875.
- 85 Blinckmann in der 53. Bürgerschaftssitzung, 20. 11. 1920, Sten. Ber., S. 1569.
- 86 Brinckmann, ebda, S. 1572. Ebenso schon in der 48. Sitzung am 20. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1414.
- 87 Brinckmann in der 48. Bürgerschaftssitzung, 20. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1412–1416; ders. in der 53. Sitzung, 20. 11. 1920, ebda, S. 1571 f.; Blinckmann in ders. Sitzung, ebda, S. 1566–1569.
- 88 Brinckmann in der 48. Bürgerschaftssitzung, 20. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1414 bzw. Walter Matthaei in der 44. Sitzung, 6. 10. 1920, ebda, S. 1315.
- 89 53. Bürgerschaftssitzung, 10. 11. 1920, Sten. Ber., S. 1568 f.
- 90 Brinckmann, 48. Bürgerschaftssitzung, 20. 10. 1920, Sten. Ber., S. 1413.
- 91 Rede in einer Wahlversammlung der DDP am 8. 2. 1928, HA 34, 9. 2. 1928. Bei dem Verlangen nach Verwaltungsreform stand für Petersen eindeutig die Frage der Effizienz im Vordergrund. An Brinckmann schrieb er am 5. 12. 1919: »Unser Unglück ist die dezentralisierte Laienverwaltung. Geschaffen werden muß eine zentralisierte technische Verwaltung.« StAH: Senat Cl. VII Lit. Bd. No. 68, Vol. 1, zitiert nach Gratenau, S. 79, Anm. 48. Petersens Vorbild war die alte preußische Verwaltung. Als Grund für den Rechtstrend der Wählerschaft nannte er im Reichsparteiausschuß der DDP am 11. 11. 1921: »Das Volk sehne sich nach der guten Verwaltung von einst, die bei allen Fehlern des alten Regime eben doch war. Das Volk sehne sich nach sachverständigen, integren Menschen [...] Die jetzige Art der Ämterbesetzung habe Hunderttausende nach rechts geführt. Die Sozialdemokratie habe törichte Verwaltungspolitik getrieben.« BAK: R 45 III/11, S. 67, abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 217.
- 92 Z. B. Wilhelm Dücker, MdBü (DVP), Das demokratische Hamburg, in: HC 572, 27. 11. 1920; Walther Dauch, MdBü (DVP), Zusammenschluß des Bürger-

- tums!, in: HC 14. 9. 1924: »Man denke nur an unseren früheren hervorragenden Verwaltungsapparat, um den uns die ganze Welt beneidete, und stelle durch einen Vergleich mit früher fest, wohin wir durch das neue Regime gekommen sind, das von einer »Demokratisierung« der Verwaltung sprach, aber vielmehr zu einer Politisierung, d. h. zu einer Entsachlichung der Verwaltung gelangte«; Rudolf Michael, MdBü (DVP), Die wirtschaftlichen Aufgaben der neuen Bürgerschaft, in: HC 423, 10. 9. 1924; Waldemar Schultz, Verwaltung oder Politik?, in: HC 171, 12. 4. 1925.
- ⁹³ Die Haltung der SPD wird in diesem und dem folgenden Abschnitt dargestellt aufgrund der Ausführungen von Grosse in der 44. Bürgerschaftssitzung am 6. 10. 1920, Sten.Ber., S. 1312–1315; Walter Lamp'l, Das Senatsgesetz, in: HE 454 und 455, 29. 9. 1920; Max Leuteritz, Sie rücken sich ins Licht, in: HE 463, 4. 10. 1920. Alle Zitate stammen aus dem ersten Artikel von Lamp'l in HE 454. Dieselben Argumente gegen einen kleinen Senat gebrauchte Rudolf Michael (DVP) am 29. 3. 1928 im Lübecker Generalanzeiger 76.
- ⁹⁴ Blinkmann, 52. Bürgerschaftssitzung, 10. 11. 1920, Sten.Ber., S. 1567.
- ⁹⁵ 29. Bürgerschaftssitzung, 24. 9. 1924, Sten.Ber., S. 480.
- ⁹⁶ Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 119 vom 23. Mai 1924, Verhandlungen Senat/Bürgerschaft, S. 283–296. Zur Kritik des Senatsantrages vgl. Richard Perner (SPD) und Christian Koch (DDP) in der 29. Bürgerschaftssitzung am 24. 9. 1924, Sten.Ber., S. 475–477 und 480.
- ⁹⁷ Gesetz über den Aufbau der Verwaltung vom 19. 11. 1926, HGVOBl 1926, Nr. 128, S. 751–756. Matthaei in der 29. Bürgerschaftssitzung, 24. 9. 1924, Sten.Ber., S. 475.
- ⁹⁸ 38. Bürgerschaftssitzung, 3. 11. 1926, Sten.Ber., S. 1047; dazu die Ausführungen von Leuteritz (SPD), Brinckmann (DDP) und Dauch (DVP) in der 36. und dieser Sitzung, Sten.Ber., S. 983–987, 991–995, 1047–1052. Zur Kritik der in anderen Hamburger Behörden bereits üblichen und durch das Gesetz über den Aufbau der Verwaltung sanktionierten Praxis, einen Teil der ehrenamtlichen Mitglieder durch nichtstaatliche Korporationen bestimmen zu lassen, vgl. auch: Blecke, S. 72–77, sowie dessen Darlegungen bei einer Delegiertenkonferenz der Hbger SPD, HE 16. 4. 1926: Staatspolitische Arbeit der Hamburger Sozialdemokratie.
- ⁹⁹ Lamp'l, Das Senatsgesetz, in HE 454, 29. 9. 1920.
- ¹⁰⁰ Brinckmann, 36. Bürgerschaftssitzung, 20. 10. 1926, Sten.Ber., S. 992.
- ¹⁰¹ Dauch, 38. Bürgerschaftssitzung, 3. 11. 1926, ebda, S. 1050.
- ¹⁰² Zitat eines sozialdemokratischen Wahlkampfartikels durch Heinrich Stahmer (KPD) in der 6. Bürgerschaftssitzung am 4. 4. 1928, Sten.Ber., S. 181.
- ¹⁰³ Perner und Gustav Dahrendorf bzw. Leuteritz, Claus Umland und Perner bei Delegiertenkonferenzen der Hbger SPD, HE 13. und 28. 5. 1927.
- ¹⁰⁴ Leuteritz, 36. Bürgerschaftssitzung, 20. 10. 1926, Sten.Ber., S. 986. Vgl. auch Brinckmann (DDP) in der 38. Sitzung, 3. 11. 1926, ebda, S. 1052: »Es ist lächerlich [...], zu behaupten, daß wir durch Beschlüsse in der Bürgerschaft etwa verkehrte Meinungen der Finanzdeputation korrigieren können. Im großen und ganzen hat die Finanzdeputation die Macht in der Hand, alle Dinge, kulturelle, wirtschaftliche Dinge und was es überhaupt in Hamburg gibt, maßgebend zu beeinflussen und über sie zu entscheiden.«
- ¹⁰⁵ Dies zeigen z. B. die Ausführungen auf dem Landesparteitag der Hamburger DDP am 16. 11. 1927, HA 269, 17. 11. 1927. Die SPD ihrerseits sprach von einer »rücksichtslosen Politisierung des Staatsbetriebes durch die Demokraten«. HE 5, 5. 1. 1928.
- ¹⁰⁶ Mdl. Mittlg. v. Chr. Koch gegenüber Werner Jochmann. Einige Belege befinden

- sich in den Sammlungen der Fst., darunter die Anklageschrift gegen einen ehemals der DDP angehörenden Beamten wegen Euthanasieverbrechen.
- ¹⁰⁷ Dieser Mißerfolg bot der KPD einen guten Ansatzpunkt für den Versuch, die sozialdemokratische Anhängerschaft ihrer Führung zu entfremden: »Darüber, was die Regierungskoalition will [...], kein Wort in der Koalition, sondern [...] nur Liebesblicke nach der Finanzdeputation und der Wunsch nach Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratie. Ihren Einfluß haben Sie nicht verstärkt [...]. Ich muß deshalb darauf hinweisen, daß Ihr Liebeswerben und Ihr augenblickliches Aufrichten nach dem Ausgang der Wahlen von Herrn Finanzsenator Cohn und den Rechtsparteien nicht tragisch genommen wird, weil sie wissen, daß dieses Aufflackern [...] nur ein kleines Theaterdonnerchen, nicht für hier drinnen, sondern für draußen, ist.« Friedrich Dettmann in der 15. Bürgerschaftssitzung am 13. 6. 1928, Sten.Ber., S. 510.
- ¹⁰⁸ 21. Bürgerschaftssitzung, 15. 8. 1928, Sten.Ber., S. 768.
- ¹⁰⁹ 2. Bürgerschaftssitzung, 7. 3. 1928, ebda, S. 42. Vgl. Lippmann, S. 266–269, 338–348, 469–471.
- ¹¹⁰ Von kommunistischer Seite wurde die Situation polemisch überspitzt, aber nicht ganz unzutreffend kommentiert: »Wie tüchtig konnten sich die Sozialdemokraten während des Wahlkampfes gegen den volksparteilichen Polizeipräsidenten Campe betätigen, der dauernd den Senator Schönfelder auf die Nudel schiebt. Wie konnte die Sozialdemokratie schimpfen auf den deutschnationalen Präsidenten der Gesundheitsbehörde, Professor Pfeiffer, der Senator Gruenwaldt auf die Nudel schiebt.« In den Koalitionsverhandlungen aber habe sie auf die Forderung nach Beseitigung der »reaktionären Behördenleiter« verzichtet. Stahmer, 6. Bürgerschaftssitzung, 4. 4. 1928, Sten.Ber., S. 183. Über die Polizei urteilte Theodor Haubach (SPD) in der 17. Sitzung am 20. 6. 1928: Seine Partei könne das Vertrauen, das sie den meisten unteren Beamten entgegenbringe, auf die höheren nicht ausdehnen. Es gebe unter ihnen »einen außerordentlich hohen Satz«, der mehr als »eine formale Korrektheit gegenüber der Republik« nicht aufbringe. Sten.Ber., S. 596.
- ¹¹¹ Vgl. S. 252–254.
- ¹¹² StAH: Sozialbeh. I, VG 24.28, S. 4f.
- ¹¹³ HC 9. 9. 1924: Die neue Bürgerschaft. Ihre politische Aufgabe.
- ¹¹⁴ Staatshandbuch 1914 und 1929. Der siebte Staatsrat, Hugo Heidecker, war vor dem Krieg Syndikus der Handelskammer gewesen.
- ¹¹⁵ Zu diesem Abriß vgl. bes. die Resolution einer gemeinsamen Delegiertenversammlung von SPD und freien Gewerkschaften am 26. 11. 1918 (Sozialdemokratischer Verein Hamburg, Jahresbericht 1914/1919, S. 17f.) sowie die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner in der 1., 2., 12., 14. und 16. Bürgerschaftssitzung am 24. 3., 26. 3., 16. 5., 23. 5. und 30. 5. 1919, Sten.Ber., S. 9, 49f., 349–353, 402–409 und 444–446; ferner Comfort, S. 61. Der Ausdruck »Sozialisierungsgeschichte« wurde von Senator Karl Hense in der 2. Sitzung, ebda, S. 27, gebraucht.
- ¹¹⁶ Nach dem Gesetz betr. die Handelskammer und die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns vom 17. 3. 1919 waren auf Antrag und gegen Zahlung einer Gebühr in das von der Handelskammer (HK) geführte Register Eines Ehrbaren Kaufmanns einzutragen: »die in ein hamburgisches Handelsregister eingetragenen Geschäftsinhaber, welche vorzugsweise Geschäfte im großen betreiben«, sowie die Vorstände im hamburgischen Staatsgebiet ansässiger Gesellschaften. Die Versammlung Eines Ehrbaren Kaufmanns wählte indirekt die HK und nahm deren Jahresbericht entgegen. ABl HH 1919, Nr. 64, S. 420–422.

- ¹¹⁷ Zu diesem Abschnitt: Protokolle des Ausschusses zur Prüfung der Senatsveränderung No. 260 von 1918 betreffend Neugestaltung des Gesetzes über die Handelskammer und die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns, StAH: Bürgerschaft I, C 1113. Von grundsätzlicher Bedeutung sind die Erörterungen in den Sitzungen am 28. 1. (hieraus alle Zitate), 13. und 17. 2. 1919. Schon das Programm der Vereinigten Liberalen für die Bürgerschaftswahlen 1907 enthielt die Forderung nach »einer zeitgemäßen Reform« der Handelskammerwahlen (Bol-land, S. 211).
- ¹¹⁸ Protokoll der Plenarsitzung der HK am 23. 11. 1918, Punkt 1, AHK: ohne Signatur.
- ¹¹⁹ Gesetz betreffend die Handelskammer und die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns, ABl HH Nr. 64, S. 415–424. Es blieb bis zum Ende der Weimarer Republik im wesentlichen unverändert in Kraft.
- ¹²⁰ Zusammenstellung in Fst: Fasc. 227–11 I.
- ¹²¹ Randbemerkung von Johannes Biensfeldt auf einer Eingabe der HK gegen Arbeitszeitverkürzung vom 11. 5. 1932, StAH: Arbeitsbehörde, Nr. 73.
- ¹²² Die DHSG unterstützte stets den Standpunkt der HK, daß die erheblichen Einnahmen aus dem mietefrei genutzten staatseigenen Börsengebäude ein Ersatz für den 1919 entzogenen Staatszuschuß sei, obwohl keine der übrigen Wirtschaftskammern einen solchen Zuschuß erhielt. Finanzdep. an den Vors. des Haushaltsausschusses, 1. 4. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. OIIA 1aXVIB 3a, Stück 77, S. 3.
- ¹²³ Protokoll der 10. Plenarversammlung der HK am 27. 4. 1928, S. 5, AHK: ohne Signatur.
- ¹²⁴ Hamburger Stimmen 69, 21. 3. 1928, Der neue Senat.
- ¹²⁵ Vgl. zu diesem Abschnitt: Witt, S. 39–53 und Comfort, S. 134–136.
- ¹²⁶ Witt, S. 55 f.
- ¹²⁷ Comfort, S. 143. C. sieht einen wichtigen Grund für den Mißerfolg der SPD bei der ungelerten Arbeiterschaft in der engen Verflechtung mit dem ADGB. Dadurch, daß die Industriegewerkschaften in ihm keinen ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechenden Einfluß hätten ausüben können, Reorganisationsversuche blockiert und oppositionelle Strömungen durch Massenausschlüsse unterdrückt worden seien, habe sich bei den ungelerten Arbeitern beträchtliche Animosität gegen die freien Gewerkschaften entwickelt, die auf die mit ihnen verbundene SPD übertragen worden sei. Ebda, S. 88–96, 100–102, 142–147.
- ¹²⁸ Zu diesem ganzen Abschnitt: Witt, S. 54 f.
- ¹²⁹ Vgl. Anlage 2a; Comfort, S. 152–166. C. übersieht dabei freilich, daß in Hamburg bereits seit 1906 eine entschieden fortschrittliche bürgerliche Oppositionspartei existierte. Er überschätzt daher wahrscheinlich die Zahl der bürgerlichen Wähler, die vor dem Krieg aus Opposition gegen den Obrigkeitsstaat die SPD unterstützt hätten.
- ¹³⁰ Vgl. Anlage 2a.
- ¹³¹ Vgl. Anlage 2a. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird dadurch beeinträchtigt, daß die Zahl der Wahlberechtigten insbesondere durch die Einführung des Frauenwahlrechts und die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre auf mehr als das Zweieinhalbfache anstieg. Dennoch kann die Kontinuität des Wahlverhaltens vor und unmittelbar nach dem Krieg nicht ignoriert werden; vgl. Büttner, Liberale, S. 4, Anm. 8.
- ¹³² Z. B. Carl Petersen im Reichsparteiausschuß der DDP am 11. 11. 1921, BAK: R 45 III/11, S. 66. In der historischen Literatur findet sich die These u. a. bei

- Eyck, Bd. 1, S. 89; Milatz, S. 114 f.; S. Neumann, S. 50; Bracher, Auflösung, S. 87.
- ¹³³ Gründungsaufruf des Landesvereins Hamburg der Deutschen Vaterlandspartei, 17. 9. 1917 (Fst: Fasc. 7163); Listen der Bürgerschaftskandidaten (Statist. Mittlgg. hbg. Staat 8: Bürgerschaftswahl 16. März 1919, S. 32) und Führungsgremien sowie Unterzeichner der ersten Aufrufe der DVP (Fst: Fasc. 7523 I). Durch den Anschluß der Grundeigentümer an die DVP kam später noch Guido Kamla-de hinzu.
- ¹³⁴ Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes, 19./20. 6. 1920, ZStAP, Kopien in Fst: Fasc. 412. Zur Haltung der Hamburger DVP beim Kapp-Putsch vgl. ihre Erklärung in der 14. Bürgerschaftssitzung am 13. 3. 1920, Sten.Ber., S. 389: Sie habe »keine Veranlassung, schützend aktiv« für die Regierung einzutreten, halte es aber auch in Zukunft für ganz ausgeschlossen, »daß die politische Gewalt in Deutschland auf die Dauer auf die Reaktionäre der äußersten Rechten« übergehe. Vgl. auch Loose, Kapp-Putsch, bes. S. 74.
- ¹³⁵ Liste der Gründungsmitglieder z. B. in HF 13. 3. 1924 und »Vossische Zeitung« 26. 5. 1924.
- ¹³⁶ Schulze, S. 116 f., 121–123, 130; Behrens, S. 48.
- ¹³⁷ Carl Petersen, in: Die Hilfe Jg. 16, Nr. 7, 20. 2. 1910, S. 102.
- ¹³⁸ Schulze, S. 62 f. und seine Tabellen 3 und 5.
- ¹³⁹ Statist. Mittlgg. hbg. Staat 8, Bürgerschaftswahl 1919, S. 32 f.; 22, Bürgerschaftswahl 1928, S. 38 f.
- ¹⁴⁰ Bernhard M. Bromberg, Md. der HK, Kaufleute an die Front, HC 303, 31. 10. 1924; Rudolf Michael, Der Hamburger Kaufmann, HC 283, 21. 6. 1925; Curt Platen, Aus dem politischen Hamburg, HA 11. 5. 1926.
- ¹⁴¹ Vgl. S. 358–360 und 625, Anm. 127.
- ¹⁴² Schulze, S. 120 f., 183–190; Behrens, S. 48–56.
- ¹⁴³ Die Wirtschaftspartei hatte 1928 offenbar einigen Erfolg mit ihrem Vorwurf, der Präses der Detaillistenkammer versuche »mit amtlichen Mitteln [...] die Führer des Hamburger Einzelhandels mit der großkapitalistischen Volkspartei zu verfilzen«. Die Gegensätze zwischen dem Einzelhandel und den »kapitalistisch orientierten Kartellbaronen« sollten mit seiner Hilfe überbrückt werden, und wenn die »Verständigungsmaschine« versage, so werde »die Unzufriedenheit der Mittelständler mit dem Deckmantel »nationaler Ideale« begöscht«. Der Mittelstand Nr. 17, 28. 4. 1928 (Abschrift), Anlage 1 zur Niederschrift über die 6. Vollversammlung der Detaillistenkammer am 9. 5. 1928, bei der über den Artikel eingehend beraten wurde. AHK: 102/1A6/25, Bl. 48 f.
- ¹⁴⁴ Abgedruckt in: HC 127, 17. 3. 1925.
- ¹⁴⁵ HE 6, 6. 1. 1928, Das »große« gegen das »kleine« Bürgertum, mit Abdruck eines Briefwechsels des Bundes der Innungen und fachgewerblichen Vereine mit DNVP und WP. Am 15. 1. 1928 wurde im HE 15 berichtet, die in der DVP herrschenden »oberen Zehntausend« hätten Hirschs Senatskandidatur gegenüber eine schroff ablehnende Haltung eingenommen. Im übrigen meldeten auch die Grundeigentümer Ansprüche an. Diese Schwierigkeiten seien es, »die die DVP hin- und herziehen zwischen den Deutschnationalen, dem Mittelstand, den »königlichen Kaufleuten« und verwandten Patriziern«. Dazu außerdem HA 75, 28. 3. 1928; HE 89, 29. 3. 1928 u. a. Hamburger Zeitungen.
- ¹⁴⁶ Der Stimmenanteil der WP ging in den wenigen Monaten zwischen den Bürgerschaftswahlen 1927 und 1928 von 4,2 auf 2,9 % zurück. Daraufhin formierte sich eine starke Opposition gegen Parteivorstand, Bürgerschaftsfraktion und die zu deren Gunsten intervenierende Berliner Parteileitung. Hauptstreitpunkt war die

- Einstellung zu den alten Reichsfarben und zur Monarchie, die vom Hamburger Vorstand unbeirrt verteidigt wurden. Dazu kam sein Versuch, bei den Reichstagswahlen 1928 dem deutschnationalen Mittelstandskandidaten, Brekelbaum, gegen den Willen der Parteiorganisation durch eigenen Verzicht zum Erfolg zu verhelfen. Die Opposition, der die Vorstände von fünf Ortsgruppen, darunter der erfolgreichsten Ortsgruppe Veddel, die Mehrzahl der 1928 gewählten Wahlkreisdelegierten und der Schriftleiter des Hamburger Parteiorgans angehörten, schied Anfang Januar 1929 aus der WP aus. Sie verfügte infolgedessen zwar noch über einige angesehene Kandidaten, aber über keine nennenswerte Organisation mehr. *Der Mittelstand*, Jg. 2, Nr. 32, 11. 8. 1928 und HC 24, 15. 1. 1929.
- ¹⁴⁷ Z. B. Michael: *Der Kern der hamburgischen Verfassung*, HC 508, 20. 10. 1920.
- ¹⁴⁸ Wilhelm Dückler, *Das demokratische Hamburg*, HC 572, 27. 10. 1920.
- ¹⁴⁹ Rudolf Michael in HC 508, 20. 10. 1920.
- ¹⁵⁰ Besonders prononciert z. B.: Walther Dauch, *Zusammenschluß des Bürgertums*, HC 14. 9. 1924. Ähnlich äußerte sich Dauch auch noch nach der Bildung der großen Koalition, z. B. HC 27. 10. 1926.
- ¹⁵¹ Vgl. die Begründung für die Regierungsbeteiligung der DVP durch Max Schramm, *Die große Koalition in Hamburg. Das Fazit des ersten Jahres*, in: *Hamburger Stimmen* 17. 3. 1926: »Sie wollte die wertvollen Kräfte, die sie vertrat, in den aktiven Staatsdienst stellen und den wichtigen Wirtschaftskreisen, denen ihre Wähler angehörten, Gehör und Einfluß bei den entscheidenden Stellen verschaffen.« – Zur Haltung der Mittelstandsvertreter vgl. Behrens, S. 241.
- ¹⁵² Walther Dauch, *Wahlrede*, HN 64, 7. 2. 1928.
- ¹⁵³ Bericht über den Landesparteitag der DVP am 18. 6. 1927 in: *Hamburger 8 Uhr Abendblatt*, 20. 6. 1927 (Organ der DVP).
- ¹⁵⁴ So z. B. Michael vor der Wirtschaftsgruppe am Deichtormarkt der DVP, *Hamburger Stimmen*, 29. 1. 1927. Der Ruf nach Verfassungsreform wurde in den volksparteilichen Hamburger Zeitungen laufend erhoben.
- ¹⁵⁵ Dauch, *Heute und vor drei Jahren*, HC 27. 10. 1926. Etwas gemäßigter auch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der DVP, Otto A. Ernst, am 29. 3. 1927, HN 149, 30. 3. 1927.
- ¹⁵⁶ Dauch, *Wahlrede*, HN 64, 7. 2. 1928.
- ¹⁵⁷ Z. B. Michael vor der Wirtschaftsgruppe am Deichtormarkt der DVP am 27. 1. 1927, *Hbger Stimmen*, 29. 1. 1927.
- ¹⁵⁸ Michael, *Senatsjubiläum*, HC 17. 3. 1926.
- ¹⁵⁹ Beide Erklärungen wurden in der Hamburger DVP stark beachtet: z. B. Michael, *Frontwechsel*, in: HC 12. 9. 1926. Zur Stellungnahme des RDI vgl. Stegmann, *Silberberg-Kontroverse*; ferner die Rede Silberbergs bei Mariaux, S. 49–73.
- ¹⁶⁰ Michael, *Bürger und Arbeiter*, HC 485, 16. 10. 1927. Vgl. auch die Absagen an den von der Hamburger DNVP geforderten Bürgerblock, der nicht nur praktisch undurchführbar, sondern auch politisch nicht wünschenswert sei, da die SPD nicht in die Opposition gedrängt werden dürfe: Michael, *Um die Macht in Hamburg*, HC 18. 5. 1927 und Wilh. Otto Rose im Bezirksverein Cuxhaven am 24. 5. 1927, *Hamburger Stimmen*, 28. 5. 1927.
- ¹⁶¹ So in der 38. Bürgerschaftssitzung am 3. 11. 1926, *Sten. Ber.*, S. 1049; in *Wahlervsmgg.* am 7. 10. 1927 und 6. 2. 1928, HN 472, 8. 10. 1927 bzw. 64, 7. 2. 1928. Weniger schroff brachte die gleiche Grundüberzeugung auch Chapeaurouge in einer Wahlrede Anfang 1928 zum Ausdruck (StAH: FA Chapeaurouge, U 89).
- ¹⁶² SKRAA an Reichskanzler Cuno, 14. 6. 1923, StAH: CL I Lit. T Nr. 1, Vol. 57, Fasc. 13, abgedr. bei: Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution*, S. 38–46.
- ¹⁶³ Max M. Warburg an v. Rechenberg, 17. 7. 1922, Fst: NL Michael, 11 M 4.

- ¹⁶⁴ Burchard hatte sich mehrfach mündlich und am 19. 4. 1926 schriftlich beim Reichskanzler dafür eingesetzt, für die Dienstgebäude des Reichs im Ausland die Handelsflagge einzuführen. In Übereinstimmung mit »rechts stehenden Kaufmannskreisen« (Petersen im Senat am 5. 5. 1926) hatte die von ihm geleitete DHSG aufgefordert, anlässlich des Besuchs des Reichspräs. in Hamburg am 4. 5. 1926, dem Tag vor der Herausgabe des Flaggenerlasses, die Handelsflagge zu hissen, die fast sämtliche Schifffahrtslinien, Banken und Großhandelsfirmen zeigen würden. Auf dem Gebäude der DHSG und den Landungsbrücken war ebenfalls die Handelsflagge aufgezogen. Geheimprotokoll des Senats, 5. 5. 1926, in StAH: FA Chapeaurouge, U 198; Senatsantwort auf sozdem. Anfrage in der Bürgerschaft, 12. 5. 1926, Sten.Ber., S. 485; Zuschrift Burchards an HA, 8. 5. 1926; Rundschreiben des Verbandes der Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe, in HE 10. 5. 1926.
- ¹⁶⁵ Die vorher nicht informierte DVP stellte sich nachdrücklich vor Burchard und drohte sogar mit Sprengung der Koalition (Vering an Bagge, 12. 5. 1926; Erklärung in Hbger Stimmen, 12. 5. 1926, FA Chapeaurouge, U 198). Die Debatte in der 18. Bürgerschaftssitzung am 12. 5. 1926, Sten.Ber., S. 485–492, spiegelte deshalb nur noch einen geringen Teil der ursprünglichen Erregung wider: Burchard mußte lediglich eine äußerst schonend formulierte Rüge des Senats hinnehmen. Er blieb bis zum Ende der Weimarer Republik in seinem Amt und war anschließend bis 1934 2. Bürgermeister.
- ¹⁶⁶ HC 155, 1. 4. 1924: »Bismarck-Kundgebung« der DVP. Z. B. war beim Landesparteitag am 18. 6. 1927 der Saal mit den alten Reichsfarben und der hamburgischen Flagge geschmückt. Hbger 8-Uhr Abendblatt vom 20. 6. 1927. Beim 1. Landesparteitag nach dem Eintritt in den Senat am 28. 6. 1925 hatte W. O. Rose erklärt: »In allem, was wir tun, wollen wir sein die schwarz-weiß-rote Partei im Senat.« HF 178, 29. 6. 1925.
- ¹⁶⁷ Hbger Stimmen 34, 10. 2. 1928.
- ¹⁶⁸ Niederschrift über die Koalitionsverhandlungen vom 30. 10. 1924 bis 2. 3. 1925 sowie Schriftwechsel und Materialien betr. Reichsbanner im StAH: FA Chapeaurouge, U 181; Richard Behn, Glossen, in: Hamburger Stimmen 89, 9. 11. 1924. In der 21. Bürgerschaftssitzung am 27. 5. 1925 z. B. ermöglichte die DVP, außerhalb der Tagesordnung eine stundenlange, erregte Reichsbanner-Debatte zu führen. Sten.Ber., S. 378–396. Eine schwere Straßenschlacht zwischen Reichsbanner und Rotfrontkämpferbund in Geesthacht am 30. 9. 1928 nahm Carl Anton Piper zum Anlaß, um am 3. 10. in der Bürgerschaft in einer – wie der sozialdemokratische Parteivorsitzende Leuteritz zu Recht entgegnete – äußerst einseitigen Stellungnahme »auf das schärfste« dagegen zu protestieren, »daß sich das Reichsbanner unter der Vorgabe, die Verfassung zu schützen, irgendwelche Machtbefugnisse anmaßt«. 32. Sitzung, Sten.Ber., S. 844.
- ¹⁶⁹ HN 153, 1. 4. 1926.
- ¹⁷⁰ Vgl. Anm. 162.
- ¹⁷¹ Z. B. HE 147, 29. 5. 1928.
- ¹⁷² Gesprächsniederschrift Robinsohn, 24. 9. 1974, Fst: Fasc. 751–5.
- ¹⁷³ Leuteritz in einer Delegiertenvsmlg. der SPD, HE 28. 5. 1927. Die Kritik an der Koalitionspolitik kommt in den Berichten des HE nur andeutungsweise zum Ausdruck, während sie in der HV stark aufgebauscht wurde. Zusammengekommen lassen die Berichterstattung des HE und der HV sowie die Tatsache, daß die Große Koalition das häufigste Thema sozialdemokratischer Redner war, aber doch erkennen, daß sie in der SPD nicht unangefochten war.
- ¹⁷⁴ Z. B. W. O. Rose bei einer volksparteil. Vsmlg., HC, 29. 5. 1927. Auch der

kommunalpolitische Redakteur des HF, Adolf Hager, vertrat die Ansicht, die Konzessionen der SPD seien nicht geringer, sondern prinzipiell sogar bedeutungsvoller gewesen als die der anderen Koalitionsparteien, so daß sich Hamburg »wieder als ein Staatswesen mit bürgerlichen Grundsätzen« präsentiere. Es habe geradezu eine »Entsozialisierung« stattgefunden, so bei der Umwandlung der Gas- und Wasserwerke von Staatsbetrieben in gemischtwirtschaftliche Unternehmen. HF 275, 5. 10. 1927. Ähnlich hatte sich Curt Platen in HA 17. 3. 1926 geäußert.

¹⁷⁵ Der Schwindel von der Einheitsfront, S. 5.

¹⁷⁶ Vorwärts 494, 19. 10. 1927: Eine verdiente Antwort.

¹⁷⁷ Wegen Vorbereitung und Verlauf der Verhandlungen vgl. den öffentlichen Briefwechsel zwischen KPD, ADGB und SPD in HV 232, 13. 10. 1927, HE 286, 16. 10. 1927 bzw. HE 289, 19. 10. 1927, die stenographische Niederschrift der Verhandlungen am 28. 10. 1927 (Schwindel, a. a. O.) und die abschließende Erklärung der KPD in HV 28. 10. 1927. Bereits vor Beginn der mündlichen Verhandlungen warfen sich SPD und KPD gegenseitig »gigantischen Arbeiterverrat« (HE 20. 10. 1927) bzw. »zweideutiges Spiel« (HV 20. 10. 1927) vor.

¹⁷⁸ Vgl. Sozdem. Verein, Jahresbericht 1921/1924, S. 15. Nach diesem Bericht hatte die USPD zur Zeit der Vereinigung mit der SPD im Sept. 1922 noch 1400 Mitglieder. Die Polizeibehörde hatte Anfang Juli 1922 sogar nur mit ca. 700 Mitgliedern gerechnet. StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61.

¹⁷⁹ Vgl. Flechtheim; Weber, Wandlung, Bd. 1; Angress.

¹⁸⁰ Polizeibericht Nr. 18, 26. 4. 1922, über Distriktsversammlungen der KPD, StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61. Ein Antrag Urbahns', die Politik der Parteileitung und der Komintern zu billigen, wurde mit 67 gegen 14 Stimmen abgelehnt, ein Gegenantrag mit 88 gegen 4 Stimmen angenommen. Ähnlich auch ein Bericht vom 27. 4. 1922 über eine kommunistische Fraktionsversammlung der Vulkanwerft, ebda.

¹⁸¹ Lageberichte der Hamburger Polizei Nr. 12 vom 18. 10. 1925, Nr. 13 vom 18. 11. 1925, Nr. 5 vom 20. 5. 1926, Nr. 6 vom 18. 6. 1926; über die Überwindung der Opposition: Nr. 10 vom 18. 11. 1926 und Nr. 3 vom 19. 3. 1927. StAH: Staatliche Pressestelle I, LI 25.

¹⁸² Vgl. Comfort, S. 69–78, 114–116; überhaupt zur Geschichte der Hamburger KPD 1918–1923: ebda, S. 109–130.

¹⁸³ Polizeiberichte vom 24. 6., 29. 6. und 5. 7. 1922, StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61.

¹⁸⁴ Polizeibericht vom 29. 6. 1922 über eine Tagung von Bezirksleitung und Nachrichtendienst der KPD am 27. 6., StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61.

¹⁸⁵ Polizeiberichte vom 25. 4. 1922 über Bezirksparteitag der KPD-Wasserkante am 23. 4. und vom 16. 9. 1922 mit Abschrift eines Rundschreibens der KPD-Wasserkante an die Ortsgruppen, StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61.

¹⁸⁶ Polizeiberichte vom 26. 4. und 16. 9. 1922. Nach einer Zusammenstellung der Polizei vom 27. 4. 1922 über die Ergebnisse der Betriebsratswahlen in sieben Werften und sechs anderen Großbetrieben der metallverarbeitenden Industrie gewann die KPD 92 (auf den Werften: 69) von 148 (99) Mandaten. StAH: Polizeibehörde, Ablieferung 45, Liste 2, Nr. 61. Vgl. außerdem: Comfort, S. 116 und 164f.

¹⁸⁷ Angress, Kampfzeit, S. 413–490; Comfort, S. 123–127; Heinz Habedank, Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes 1923. Berlin (DDR) 1958.

- ¹⁸⁸ Lagebericht (LB) Nr. 13 der Hamburger Polizei vom 18. 11. 1925 und Nr. 5 vom 20. 5. 1926, StAH: Staatliche Pressestelle I, LI 25.
- ¹⁸⁹ Schreiben des Prokuristen der Viva-Buchhandlung an eine Genossin, zitiert im LB Nr. 12 der Hamburger Polizei. Im LB Nr. 16 vom 9. 12. 1924 wurde für den Bezirk Wasserkante ein Rückgang von 25 000 Mitgliedern im Juni 1924 auf 8000 verzeichnet. StAH: Staatl. Pressest. I, LI 25.
- ¹⁹⁰ HE 121, 3. 5. 1929.
- ¹⁹¹ Schreiben des Prokuristen der Viva-Buchhandlung (vgl. Anm. 189); Bezirksleitung über Ergebnisse der Werbeweche laut LB 10, 18. 8. 1925, StAH: Staatl. Pressest. I, LI 25.
- ¹⁹² LB 10, 18. 8. 1925; LB 2, 18. 2. 1926; LB 1, 20. 1. 1927, ebda.
- ¹⁹³ LB 4, 17. 4. 1926, ebda.
- ¹⁹⁴ LB 10, 18. 11. 1926; über den geringen Erfolg der Gewerkschaftsarbeit: LB 10, 2. 9. 1924; 13, 18. 11. 1925; 2, 18. 2. 1926; 3, 18. 3. 1926; 3, 19. 3. 1927, StAH: Staatl. Pressest. I, LI 25; LB 2, 16. 6. 1928, StAH: Film S 10977.
- ¹⁹⁵ LB 4, 3. 5. 1927, StAH: Staatl. Pressestelle I, LI 25.
- ¹⁹⁶ LB 3, 19. 3. 1927, ebda. Dasselbe galt auch im übrigen Reich, vgl. Flechtheim, S. 139.
- ¹⁹⁷ LB 3, 19. 3. 1927, StAH: Staatl. Pressest. I, LI 25.
- ¹⁹⁸ LB 9, 12. 10. 1926 und 3, 19. 3. 1927, ebda.
- ¹⁹⁹ LB 3, 18. 3. 1926; 11, 20. 12. 1926; 2, 19. 2. 1927, ebda.
- ²⁰⁰ LB 6, 18. 6. 1926, ebda.
- ²⁰¹ LB 1, 29. 2. 1928, StAH: Film S 10977. In der Bürgerschaft trat die KPD beispielsweise in der 13. Sitzung am 6. 6. 1928 und in der 31. Sitzung am 12. 12. 1928 für die Interessen der unteren und mittleren Angestellten u. Beamten ein. Sten. Ber., S. 397 und 1141. Erfolge dieser Bemühungen wurden von der Polizei offenbar nicht beobachtet; über sie wird nirgendwo berichtet.
- ²⁰² LB 2, 19. 2. 1927, StAH: Staatl. Pressest. I, LI 25; LB 1, 29. 2. 1928, StAH: Film S 10977.
- ²⁰³ Perner vor Delegierten der SPD am 27. 5. 1927, HE 28. 5. 1927.
- ²⁰⁴ Z. B. Etkar André in der 17. Bürgerschaftssitzung am 20. 6. 1928, Sten. Ber., S. 600 und HV 13. 12. 1928.
- ²⁰⁵ Perner vor Delegierten der SPD am 27. 5. 1927, HE 28. 5. 1927. Am 3. 10. 1927 war im HE 273 zu lesen: »Der einzige Feind, den Hamburgs Arbeiterklasse zu fürchten hat, das ist der Feind in ihren eigenen Reihen, [...] der sich Kommunist nennt und nichts anderes ist als ein schmutziger Verräter an der Klasse, dessen Hände von unzähligen Verbrechen beschmutzt sind, die er an der Sache seiner Brüder begangen hat.« Eine von den Kommunisten verursachte Krawallszene in der Bürgerschaft wurde am 13. 12. 1928 im HE kommentiert: »Jedem, der noch nicht bar jeden Anstandes ist, [muß] ein Ekel vor solcher Gesellschaft und ihren widerlichen Taten hochsteigen.« Daß die KPD sich mit dem »Mob« verbinde, war ein gängiger Vorwurf der SPD, z. B. Leuteritz bei Generalvmlg. der SPD, HF 56, 26. 2. 1928.
- ²⁰⁶ HN 1. 6. 1927; HF 5. 5. 1927 (Rose vor der DVP St. Pauli); HC 18. 5. 1927; Hamburger Stimmen 28. 5. 1927; HA 2, 3. 1. 1928; HF 3, 3. 1. 1928; HN 3. 1. 1928; HF 14 und HC 23, 14. 1. 1928 (Vsmllg. der Kreisvereine Altstertal und Eimsbüttel der DNVP); HN 36, 21. 1. 1928. Zum Einfluß der Wirtschaftskreise, speziell Cunos: John Schüder im Bürgerverein Altstadt, HN 36, 21. 1. 1928; H. O. Sieveking in der Kreuzzeitung, zitiert in HA 45, 22. 2. 1928. Über das Schicksal des »Burgfriedens«: LB 1 der Hbger Polizei, 29. 2. 1928, S. 17, StAH: Film S 10977; Lienau bei einem parl. Abend der DNVP, HF 11. 2. 1928.

- ²⁰⁷ Frankfurter Zeitung 747, 7. 10. 1927; Behrens, S. 324, auf dessen Dissertation der folgende Überblick über die Entwicklung der Hamburger DNVP weitgehend, wenn auch nicht in allen Ergebnissen, beruht. Bezeichnend für die Haltung des Landesverbandes war, daß er 1926 z. B. Protestlisten gegen das in Hamburg bestehende Redeverbot für Hitler auslegte. HF 7. 5. 1926.
- ²⁰⁸ Behrens, S. 340–344, 346, 348 f., 355; Beispiele u. a. in HC 8. 10. 1926 und 28. 6. 1927.
- ²⁰⁹ Behrens, S. 335, 344. Der ständige Spitzenkandidat der Hamburger DNVP, Gok, ließ seine Abneigung gegen die Regierungsbeteiligung 1927 wiederholt erkennen, z. B. im Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes am 12./13. 2. 1927, Fst. 412; beim Landesparteitag am 30. 5. 1927, HA 31. 5. 1927. In einer EntschlieÙung distanzierte sich der Parteitag von der Koalitionsentscheidung der Reichspartei, HF 31. 5. 1927.
- ²¹⁰ Behrens, S. 345.
- ²¹¹ Ebda, S. 354–364.
- ²¹² Vgl. ebda, S. 8–29, 48–56, 64–67 und Schulze, S. 126–134, 191–193.
- ²¹³ Vgl. Hamel, S. 102–107, 110–113.
- ²¹⁴ Behrens, S. 66, 80–86; Schulze, S. 205.
- ²¹⁵ Behrens, S. 329 f., 90; Striesow, S. 341–420.
- ²¹⁶ Behrens, S. 327, 332.
- ²¹⁷ Ebda, S. 210 f., 230–285.
- ²¹⁸ Ebda, S. 125–138.
- ²¹⁹ 1919 wurde noch kein Vertreter der »gelben« Arbeitervereine für die Bürgerchaftswahlen nominiert. Aber schon 1921 erschien der Vorsitzende (seit 1913) des Kartells der nationalen Arbeiter- und Werksvereine, Jens Christian Jensen, auf Platz 11, 1924 auf Platz 27, 1927 auf Platz 32 und 1928 auf Platz 23 der deutschnationalen Vorschlagsliste.
- ²²⁰ Behrens, S. 138–141, 360, außerdem HF 3. 7., 4. 7., 6. 7. 1928; HN 310, 5. 7. 1928. Genauer darüber später, S. 318, 405.
- ²²¹ StAH: Sozialbeh. I, AF 81.26; vgl. später, S. 325–327.
- ²²² Behrens, S. 146–155, 233.
- ²²³ Ebda, S. 290–300.
- ²²⁴ J. G. Hess, Inh. einer Fleischkonservenfabrik, an Handelskammer Hamburg, 21. 1. 1930, AHK: 80 A 10a, S. 27 f.; ähnlich Ernst Arnold Versmann und Friedrich Heye als Vorsitzender der Industriekommission in Schreiben vom 4. und 5. 12. 1931, AHK: 21 A 1/13 b, Bd. 2.
- ²²⁵ Behrens, S. 155–169.
- ²²⁶ Ebda, S. 33–36. Der Reichstags Spitzenkandidat der Hamburger DNVP seit Mai 1924, der Werftdirektor C. G. Gok, gehörte z. B. dem Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes an, ebda, S. 296 f.; Fst: Fasc. 412 (AV).
- ²²⁷ Ebda, S. 38–48, 170–210, bes. S. 200–210.
- ²²⁸ Ebda, S. 103–119; Henningsen in einer Ausschußsitzung der Vereinigten Vaterländ. Verbände Groß-Hamburgs, HF 355 a, 24. 12. 1927.
- ²²⁹ Behrens, S. 89–91.
- ²³⁰ Ebda, S. 315–323.
- ²³¹ Ebda, S. 264 f. und 348. Auf dem Landesparteitag der Hamburger DNVP am 30. 5. 1927 rechtfertigte Brekelbaum im Gegensatz zu Gok die Regierungsbeteiligung im Reich, HF 31. 5. 1927.
- ²³² Dem folgenden Abriß der Geschichte der Hamburger NSDAP bis 1928 liegen hauptsächlich die Darstellungen von Werner Jochmann in drei unveröffentlichten Vorträgen und der Einleitung zu: Im Kampf um die Macht, S. 22–27, zugrun-

- de; außerdem die Erinnerungen des Ortsgruppen- bzw. Gauleiters in den Jahren 1926–1928, Albert Krebs, S. 40–68.
- ²³³ Am 30. 7. 1922 berichtete der Schriftführer der Hamburger NSDAP, Karl Teichelmann, dem Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Hannover, Gustav Seifert, von 32 Mitgliedern. BAK: NS 26/141.
- ²³⁴ Lohalm, S. 119.
- ²³⁵ Der Völkische Block gewann auf Anhieb 37757 Stimmen (= 6,03%). Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 ging sein Anteil wieder auf 14479 Stimmen oder 2,29% zurück. Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, Anlage 5.
- ²³⁶ LB 14, 17. 12. 1925, S. 9, Fst: Fasc. 32012. Vgl. auch Schreiben von Paul Brandt an Hitler, 2. 3. 1926, in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 226–230, bes. S. 227; wegen der Fehden in der Hamburger NSDAP außerdem ebda, Dok. 77f., 80–87.
- ²³⁷ Mitgliederliste als Anlage zu Schreiben Klant an Amann, 11. 3. 1925, BAK: Smlg. Schumacher 201. Unter 117 mit Berufsangabe aufgeführten Mitgliedern waren 35 kaufmännische und Büroangestellte, 22 Arbeiter und unselbständige Handwerker, elf Lehrlinge, elf selbständige Handwerker und Einzelhändler, acht Beamte, vier Akademiker, zwei Lehrer und ein Journalist, neun Hausfrauen und zwei Pensionäre. Keiner der selbständigen Gewerbetreibenden, dagegen 30 Angestellte, 18 Arbeiter, fünf Beamte und alle Akademiker waren jünger als 30 Jahre. Auffallend viele Mitglieder wohnten im selben Haus oder in unmittelbarer Nachbarschaft. Zur Situation der Akademiker in der Partei vgl. Krebs, S. 40.
- ²³⁸ Mitgliederliste, 11. 3. 1925 (s. vorige Anm.). Die Berechnung bezieht sich auf 114 mit Altersangabe versehene Mitglieder. Zur Altersgliederung 1922: Jochmann, 1. Vortrag.
- ²³⁹ Orlow, S. 81–85, 94f., 119–124; Krebs, S. 42.
- ²⁴⁰ BAK: Smlg. Schumacher 201; Krebs, S. 54. Daß sich Krebs' Zahlenangaben in der richtigen Größenordnung bewegen, wird durch einen Lagebericht der Hamburger Polizei vom 31. 7. 1927 (Fst: Fasc. 32012) bestätigt. Danach waren bei der Hauptversammlung der Ortsgruppe am 22. 7. 1927 324 Mitglieder anwesend.
- ²⁴¹ Die Polizei schätzte die Stärke der Hamburger NSDAP z. B. am 18. März 1926 auf ca. 600, am 4. Sept. 1926 auf ca. 400 Mitglieder, während Klant am 1. 7. 1925 195 und am 23. 6. 1926 241 Mitglieder nach München meldete. LB 3 und 8, Fst: Fasc. 32012 bzw. BAK: Smlg. Schumacher 201.
- ²⁴² So der Titel eines Aufsatzes von Werner Conze in: HZ 178 (1954), S. 47–83, abgedr. bei Jasper, S. 27–57.
- ²⁴³ Fst.: Personalkartei.
- ²⁴⁴ SKRAA an Reichskanzler Cuno, 14. 6. 1923, gedr. in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 38–46.
- ²⁴⁵ Jochmann, 1. Vortrag.
- ²⁴⁶ LB 6, 31. 7. 1927, Fst: Fasc. 32012.
- ²⁴⁷ Vgl. Jochmann, Kampf, S. 28–44.
- ²⁴⁸ Mehrere Mitglieder- und Teilnehmerlisten für Veranstaltungen des Nationalklubs befinden sich in Fst.: Fasc. 453.
- ²⁴⁹ Bernhard Bromberg, Md. des Nationalklubs, an Oswald Spengler, 26. 3. 1924, abgedr. in: Spengler, Briefe, S. 311f.; Hermann Willink bei Tagung des Hamburger Nationalklubs und des Deutschen Herrenklubs - Berlin in Hamburg, 27. 6. 1932, S. 1, GStA Berlin-Dahlem: Rep. 331, RMdI; Bericht der Kripo-Hamburg über Vernehmung der Sekretärin des Nationalklubs, 19. 7. 1945, Fst: Fasc. 453.

- ²⁵⁰ Verzeichnis der von 1919–1933 im Nationalklub gehaltenen Vorträge in Fst: Fasc. 453.
- ²⁵¹ Vgl. schon den Bericht der deutschnationalen Hamburger Nachrichten über Hitlers Rede im Nationalklub, 3. 5. 1926, gedruckt in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 231 f.
- ²⁵² Eine Vortragsliste des Grundeigentümergevereins von Eimsbüttel über die Jahre 1908–1933 ergibt folgendes Bild: Bis Kriegsende wurden ausschließlich Vorträge über Hausverwaltung und -erhaltung geboten; seit 1926 tauchten regelmäßig deutschnationale Redner, meist Henningsen od. Dr. Nagel, mit Vorträgen zunächst über Steuer- und Wirtschaftspolitik auf, seit 1927 erhielten sie insbesondere vor oder nach Bürgerschaftswahlen wiederholt Gelegenheit, außerdem zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. (Heinrich Claussen und Otto Möller, 25 Jahre Grundeigentümergeverein von Eimsbüttel und Umgegend. 1908–1933. Jubiläumsschrift. Hamburg 1933.) In anderen Vereinen war die Situation ähnlich, wie die Berichterstattung in den Tageszeitungen zeigt. Koch-Weser äußerte am 14. 6. 1928 im Vorstand der DDP die Auffassung, das Gros der Wähler bilde sich nicht während der Wahlagitiation, sondern aufgrund der Tagespresse oder, »was noch schlimmer ist, aus der [beruflichen] Fachpresse« seine Meinung. BAK: R 45 III/20, S. 205. Das NSDAP-Mitglied Rechtsanwalt Curt Korn machte die Parteileitung am 9. 2. 1929 auf die Chancen aufmerksam, die Vorträge in Bürgervereinen und ähnlichen Organisationen böten. Fst: Fasc. 913 I.
- ²⁵³ Dem Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine gehörten 1927 48 Vereine mit ca. 20000, 1931 47 Vereine mit ca. 17000 Mitgliedern an. StAH: Staatl. Pressezt. I, D II 5 bzw. Hbger Adreßbuch 1932, Bd. 5, S. 999 f. Einige Vereine hatten sich ihm nicht angeschlossen. Zur Vorkriegsgeschichte der Bürgervereine: Obst, a. a. O.; Schulze, S. 16–18.
- ²⁵⁴ 1898 wurden zwei eindeutig deutschsoziale Bürgervereine in Barmbeck und auf der Uhlenhorst gegründet; ältere Vereine, so z. B. in Eimsbüttel und St. Georg, sympathisierten mit den Antisemiten (Obst, S. 115 f.); den 1895 gegründeten Verein Hamburger Bürger zu Eilbeck leitete der deutschsoziale, nach 1918 als 2. Vors. des deutschnat. Kreisvereins in diesem Stadtteil tätige Ernst Stoltenberg (Behrens, S. 14).
- ²⁵⁵ Obst, S. 117–120, 160 f.; Versammlungsprotokoll des BüV Harvestehude/Rotherbaum, 16. 1. 1906, StAH: Bürgerverein Harvestehude Nr. 1, Bd. 1.
- ²⁵⁶ So der BüV Harvestehude/Rotherbaum (§ 1 der Satzung, StAH: ebda), der Hohenfelder BüV (§ 1, HN 5. 4. 1925).
- ²⁵⁷ Carl Albrecht, Hamburger Bürgertag, in: HN 14. 9. 1924.
- ²⁵⁸ Bericht über die 329. Sitzung des ZA, HN, 31. 10. 1924; Sitzungsprotokoll des BüV Harvestehude/Rotherbaum, 21. 10. 1924, StAH: Bürgerverein Harvestehude Nr. 1, Bd. 2.
- ²⁵⁹ HN 394, 24. 8. 1927, Zu den Bürgerschaftswahlen. Außer dem veranstaltenden Hammer BüV von 1863 nahmen folgende »unpolitischen« Vereine teil: Horner BüV, BüV Bille von 1873, Gewerbeverein Hammer Park, St. Georger Sportverein, Tennis-Verein Hamm. Es sprachen u. a. die Nationalsozialisten Usmar Bennewitz und Heinr. Degener.
- ²⁶⁰ Eindeutig auf dem Boden der DDP stand vor allem der BüV Harvestehude/Rotherbaum (am 1. 4. 1931 503 Mdd). Teilweise mit ihr bzw. der Staatspartei verbunden waren in den letzten Jahren der Weimarer Republik außerdem der Barmbeck-Uhlenhorster BüV von 1885 (65), der Neue Eilbecker BüV (103) und der BüV zu Hamburg, gegr. 1871 (951). Im BüV Eimsbüttel (520) gab es anscheinend eine recht starke demokratische Fraktion. – Den Austritt aus der DDP

- hatte z. B. im April 1926 der BüV St. Georg von 1886 mit 131 gegen 20 Stimmen beschlossen, nachdem er schon seit 1923 die durch die korporative Mitgliedschaft entstehenden finanziellen Verpflichtungen nicht mehr erfüllt hatte. HF 22., 23. 5. 1926.
- ²⁶¹ Z. B. war der Obermeister der Stellmacherinnung Vorstandsmitglied des Grundeigentümergevereins und Vorsitzender eines Bürgervereins, HN 473, 9. 10. 1924, Der Fall Fehmerling.
- ²⁶² Statist. Mittlg. hbg. Staat 8, Bürgerschaftswahl 16. 3. 1919, S. 55; 11, Bürgerschaftswahl 20. 2. 1921, S. 55; Schulze, S. 39f.
- ²⁶³ HN 495, 22. 10. 1924, Bürgerschaftswahl und Grundeigentum.
- ²⁶⁴ HN 8. 10. 1924; 9. 10. 1924; 23. 6. 1927; Hamburger Stimmen 13, 16. 1. 1928. Daß der Großteil der Mitglieder auf seiten der DNVP stehe, wurde 1924 wiederholt im Grundeigentümergeverein behauptet: HF 4. und 9. 10. 1924. Für die Richtigkeit spricht die Vorliebe für deutschnat. Redner.
- ²⁶⁵ Siehe S. 33, 373; Büttner, Liberale, S. 22f.
- ²⁶⁶ Umland in der 10. Bürgerschaftssitzung, 2. 5. 1928, Sten. Ber., S. 292: »Ich möchte darauf hinweisen, [...] daß der Mittelstand immer mehr und mehr nicht nur an Bedeutung verlieren wird, sondern einen immer schwereren Kampf gegen das Großkapital, gegen den Großbetrieb zu führen hat. Aber dagegen ist leider kein Kraut gewachsen!« – Erik Nölting, Ist die Bourgeoisie unbesiegbar? Umgestaltung der wirklichen Verfassung, in: HE 24, 24. 1. 1929; Egon Bandmann, Mittelstandspolitik oder Wirtschaftspolitik?, ebda 261, 21. 9. 1929; ders. ebda 270, 30. 9. 1929 (Zurückweisung der Kritik eines sozialdemokrat. Genossen, er »wolle die Arbeiterschaft bewegen, einer ihr fremden und gegnerischen Schicht zu helfen«: Er mißbilligt die Rückständigkeit des »heutigen Einzelhändlers«, aber er »kämpfe um ihn und überlasse ihn nicht Hugenberg«.)
- ²⁶⁷ In einer Zuschrift an die »Deutsche Wirtschaft« 1932, H. 4, S. 12f. wurden als Vereine genannt, denen ein Gewerbetreibender üblicherweise angehöre: Bürger-, Grundeigentümer-, Gewerbeverein, Innung, Gesang-, Sport-, Krieger-, Regiments-, Schulverein, ein kirchlicher und ein Verein für Wohlfahrtspflege.
- ²⁶⁸ Vgl. S. 318, 405. Im Hinblick auf die Notwendigkeit, junge Menschen für die DNVP zu gewinnen, fand Lambachs Aufforderung, das Bekenntnis zur Monarchie zu durchdenken, auch bei Deutschnationalen außerhalb der Angestellten-schaft Zustimmung, so in Zuschriften an die Deutsche Tageszeitung und die DAZ, zitiert in HC 3. 8. 1928.
- ²⁶⁹ Bereits am 3. 9. 1928 notierte Koch-Weser in seinem Tagebuch: »Es scheint, daß die Politik der Bünde, namentlich des Jungdeutschen Ordens, den politischen Parteien die ganze Jugend wegnimmt [...] Die samt und sonders zerbröckelnden bürgerlichen Parteien haben darunter zu leiden, daß ihnen der Zement der Jugend fehlt.« BAK: NL Koch-Weser 38.
- ²⁷⁰ Für die Hbger SPD vgl. S. 50. Bei ihrer Generalvmlg. am 10. 3. 1927 z. B. war die Gewinnung der Jugend ein beherrschendes Thema der allgemeinen Aussprache; HE 11. 3. 1927. – Für die bürgerl. Parteien: Michael in HC 555, 27. 11. 1927; Henningsen in Ausschußsitzung der VVV Groß-Hamburgs, HF 355 a, 24. 12. 1927; Rose beim DVP-Landesparteitag am 29. 9. 1928, HC 30. 9. 1928. Aus den Bürgervereinen kamen dieselben Klagen, HN 568, 5. 12. 1929.
- ²⁷¹ Michael, Der Mut zum Kämpfen, in: HC 555, 27. 11. 1927; Hager, Kein Nachwuchs. Eine Sorge der Parteien, in: HF 355 a, 24. 12. 1927. Dort die Zitate.
- ²⁷² Klub vom 3. Oktober, Jahrbuch 1924/25, Glückstadt Hamburg 1925, S. 8–9. Zuschrift »aus dem Kreise der Jugend« in HF 3, 3. 1. 1928.

- ²⁷³ »Ulrich von Hutten«, Hoch lebe der hanseatische Wagemut!, in: *Hamburger Stimmen*, 15. 6. 1924.
- ²⁷⁴ Bürgerschaft, Verzeichnis der Abgeordneten 1928.
- ²⁷⁵ Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Senat nach seiner Umbildung im Juni 1929, da dieser Senat die Probleme der Weltwirtschaftskrise zu lösen hatte.
- ²⁷⁶ Ein gutes Beispiel bietet die Wahlbroschüre Nr. 1 der SPD: »Ran an den Staat« vom 11. 9. 1927; Gut 1 ½ Spalten des 2 Spalten langen Leitartikels nimmt die Schilderung der Vorkriegsverhältnisse ein, nur eine knappe halbe Spalte ist den Fortschritten seit der Revolution gewidmet. Der Artikel schließt mit der Warnung, daß die »Mächte des Rückschritts« erstarbt und bestrebt seien, die Vorkriegsverhältnisse wiederherzustellen. StAH: Staatl. Pressest. I, D I 2 e, Bd. 1.
- ²⁷⁷ Die Gegenüberstellung von »bürgerlichen« Parteien und »Arbeiterparteien«, »bürgerlichen« und »sozialdemokratischen Senatoren« war auf allen Seiten üblich. Die SPD-Fraktion begründete 1928 z. B. ihr Engagement gegen eine Tarifierhöhung bei der Walddörferbahn mit dem Hinweis, diese Vororte seien auch stark von *Arbeitern* bewohnt. 13. Bürgerschaftssitzung, 6. 6. 1928, Sten. Ber., S. 416. Als Ziel seiner Partei nannte Podeyn am 20. 2. 1929, »dem gesamten Staatswesen den Stempel der Fürsorge für die minderbemittelte Bevölkerung und die Arbeiterschaft aufzudrücken«, ebda, S. 185. Umgekehrt verstanden sich die nicht-sozialdemokratischen Senatoren hauptsächlich als Vertreter des Bürgertums, wie z. B. die Ausführungen Petersens in einer Unterredung mit dem Präses der Handelskammer am 30. 3. 1928 (AHK: 42 C 3/5, S. 41–43) oder die Berichtserstattung Witthoeffts in der Kammer (ebda, S. 77 ff.) zeigten. Für Witthoefft reduzierte sich die Aufgabe sogar auf die Vertretung der »Wirtschaft«. Am ehesten sträubte sich die DDP gegen eine solche Beschränkung der politischen Arbeit, z. B. Platen in HA 17. 3. 1926.
- ²⁷⁸ Rudolf Michael, Das Märchen vom Staat, in: HC 23. 5. 1926.

2. Kapitel

- ¹ Selbst ein so guter Kenner der Verhältnisse wie der Direktor der Dresdner Bank in Hamburg, Hans Pilder (DDP), bemerkte Ende 1928, nichts sei schwerer, »als sich ein einigermaßen zuverlässiges und klares Bild von dem wirtschaftlichen Durchschnitt einer gegenwärtigen Epoche zu machen«. 32. Bürgerschaftssitzung, 19. 12. 1928, Sten. Ber., S. 1172.
- ² Bei Veröffentlichung der Betriebsstatistik 1928 (Statistik Hbg. Staat, H. 34, Gewerbliche Betriebszählung, S. 7) wurden noch die Veränderungen betont, die sich seit der Durchführung der Erhebung ergeben hatten. 1935 wurde sie dagegen in einer anderen Veröffentlichung des Statistischen Landesamtes (Der Einzelhandel in der Stadt Hamburg, in: HVW 12, 1935, S. 83) als geeignete Vergleichsbasis angesehen, um den Zustand vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise darzustellen.
- ³ Wendemuth/Böttcher, S. 9. W. trug als Leiter des Strom- und Hafensbaus, B. als stellvertretender Kaidirektor wesentliche Verantwortung für den Hafen.
- ⁴ Ebda, S. 12. Übertroffen wurde Hamburg nur von Berlin um 40 % und Mannheim um 3 %.
- ⁵ Ebda, S. 27–38, 43–46, 83–100, 108–110 und Tabelle, S. 239 f.
- ⁶ Für Hamburg: Statist. Jb. Hamburg 1928/29, S. 163, Tab. 13; für Bremen: Zusammenstellung der Zentralstelle für den wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienst über den Hafenverkehr in den kontinentalen Nordseehäfen, 21. 5. 1929,

- StAH: DHSG II, Spezialakten XXIA 16/24/1/1, Bd. 4. Alle deutschen Häfen wurden 1928 über See von 81 458 Schiffen mit 42 Millionen Nettoregister-tonnen (NRT) Raumgehalt angelaufen. Statist. Jb. Reich 1930, S. 175.
- 7 Wiskemann, S. 340; Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 70, 72, 143, 159, 166, 176 f.; 1929/30, S. 151, 158. In den Konkurrenzhäfen Hamburgs wurden 1928 ein- und ausgeführt: in Bremen 6 Mio t, in Antwerpen 23 Mio t, in Amsterdam 6 Mio t Fracht. Nur in Rotterdam wurden erheblich mehr Güter, nämlich 35 Mio t, umgeschlagen. Heinr. Meyer, S. 107.
- 8 Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 13, Übersicht 2. In der Betriebszählung wurden alle in Hamburg ansässigen gewerblichen Niederlassungen und die in ihnen beschäftigten Erwerbstätigen erfaßt, auch wenn sie ihren Wohnsitz außerhalb Hamburgs hatten. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden im folgenden Abschnitt zugrunde gelegt, da es um die Wirtschafts- und nicht um die Bevölkerungsstruktur Hamburgs geht. Die Zahlen beziehen sich, soweit nichts anderes vermerkt wird, immer auf den Staat. Als Betriebe werden die örtlichen Einheiten bezeichnet.
- 9 Ebda, S. 15.
- 10 Statistik Dt. Reich, Bd. 418, S. 154.
- 11 Gegenüberstellung der Zahlen bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 329, nach: Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 15; Statistik Dt. Reich, Bd. 417, S. 10a, 56f.
- 12 Hamburg in der Umsatzsteuerstatistik. In: HVW 8 (1931), S. 141–145, bes. S. 142 f. Industrie und Gewerbe erbrachten in Hamburg 15,4 % des Gesamtumsatzes.
- 13 Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 82.
- 14 Ebda, S. 64 und 78; Statistik Dt. Reich, Bd. 413, S. 235 f. Bei einer Rundfrage der Handelskammer Ende 1928 bei allen 18 500 ins Handelsregister eingetragenen Firmen, die Geschäfte im Großen betrieben, machten 2270 Angaben über Exportbeziehungen, darunter 949 Fabrikanten und 977 Großhändler oder Importeure. G. Leuckfeld, Aufbau und Gliederung des hamburgischen Exportgeschäfts. In: Wirtschaftsdienst 1929, S. 1100–1102.
- 15 Das Handelsgewerbe im Hamburgischen Staate. In: HVW 5 (1928), S. 189–196, hier: S. 190.
- 16 Ebda, S. 190 und 192, Übersicht 3.
- 17 Ebda.
- 18 Hamburg in der Umsatzsteuerstatistik. In: HVW 8 (1931), S. 141–145, hier S. 145. Der reine Handel kam vor allem für sehr große Warenpartien in Frage; er betraf in Hamburg meist ebenfalls das Auslandsgeschäft. – Über die Haupthandelspartner: Wendemuth/Böttcher, S. 229–232; Heinrich Meyer, S. 77–84.
- 19 Das Eisen- und Metallgewerbe im hamburgischen Staate. In: HVW 5 (1928), S. 125–129, hier: S. 128 f. Die übrigen Zahlen berechnet nach: Statistik des Hamburgischen Staates, H. 34, S. 40, 64, 66–74.
- 20 Das Eisen- und Metallgewerbe im hamburgischen Staate. In: HVW 5 (1928), S. 125; Hamburg in der Umsatzsteuerstatistik. In: HVW 8 (1931), S. 144, Übers. 2 (berechnet durch Addition der Zahlen für Wirtschaftsgruppe V–VIII); H. Rasch (Direktor des Hamburgischen Gewerbeaufsichtsamtes), Die hamburgische Industrie in ihrer Beziehung zum Hafen. In: Wirtschaftsdienst 5 (1920), S. 539–541, hier: S. 540.
- 21 Ebda, S. 539–541; Wiskemann, S. 274–277 und Wendemuth/Böttcher, S. 61–69; Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 66–76; Hamburg in der Umsatzsteuerstatistik. In: HVW 8 (1931), S. 144.
- 22 Ebda, S. 145.

- ²³ Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 13 und 66.
- ²⁴ Berechnet nach ebda, S. 64. Zur Berechnungsmethode und Verteilung der Klein- und Alleinbetriebe auf die Wirtschaftsgruppen vgl. Büttner, Hamburg in der Depression, S. 330, Anm. 24.
- ²⁵ Wenn von der Gesamtzahl der in der Abtlg. B ermittelten Betriebe und Erwerbstätigen (Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 64), die ein Jahr später in einer Sondererhebung (Ausschuß zur Untersuchung, Handwerk, Bd. 2, S. 19) festgestellten 22 862 Handwerksbetriebe und 86 969 in ihnen beschäftigten Personen abgerechnet werden, verbleiben 3 576 eigentliche Industriebetriebe mit 98 051 Belegschaftsmitgliedern. Nach der allgemeinen Statistik hatten 2403 Betriebe mit zusammen 129 236 Personen mehr als 10 Beschäftigte.
- ²⁶ Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 78–80.
- ²⁷ W. Siegmund, Die Struktur des Einzelhandels in Hamburg nach der Umsatzsteuerstatistik. In: Der Einzelhandel 13 (1931), S. 150f.; 14 (1932), S. 18, 61. Zum Vergleich: Ein Hausierer oder Straßenhändler brachte es auf einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 3500 RM. Reichsweit lag der durchschnittliche Jahresumsatz je Einzelhandelsbetrieb noch niedriger; er betrug 29000 RM, bei Ausschaltung der Warenhäuser 27000 RM; im Lebensmittelhandel waren es 25000 RM, in der Bekleidungsbranche 49000 RM, im übrigen Einzelhandel 23000 RM. Vierteljahrshefte Statistik Dt. Reich 40 (1931), H. 1, S. 83.
- ²⁸ Das Handelsgewerbe im hamburgischen Staate. In: HVW 5 (1928), S. 193. Die Prozentzahlen berechnet nach: Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 64, 78–80; fürs Reich: Statistik Dt. Reich, Bd. 413, S. 235 f., für die Großstädte: Statistik Dt. Reich, Bd. 418, S. 94.
- ²⁹ Statist. Jb. Hamburg 1926/27, S. 254–257.
- ³⁰ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 82. In der Berufsstatistik sind in der Abteilung D alle Bediensteten des Reichs, der Länder und der Gemeinden gezählt. Nicht enthalten sind dagegen die am Staatskai, in anderen staatlichen Betrieben und im öffentlichen Gesundheitswesen beschäftigten Arbeitnehmer. Genauere Vergleichszahlen stehen jedoch nicht zur Verfügung. Den Vergleich auf die Abteilung E: Gesundheitswesen, hygienische Gewerbe und Wohlfahrtspflege auszuweiten, empfiehlt sich nicht, da in ihr zu viele private Unternehmen erfaßt sind. Der Umfang dieser Abteilung war in Hamburg unter den 20 Großstädten am größten, doch wurde es, selbst wenn die Abteilungen D und E zusammengezogen werden, von allen genannten Landesmetropolen hinsichtlich der Ausdehnung des öffentlichen Sektors übertroffen.
- ³¹ Statist. Jb. Hamburg 1920, S. 12; 1926/27, S. 257; Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 15. Die Bevölkerung Hamburgs hatte sich zwischen 1914 und 1925 um 12,4 % vermehrt. Die Zahl der Beamten war um 6 %, die der Angestellten um 66 % gestiegen, die der Arbeiter um 3 % gesunken. Während des Krieges und in der Inflationszeit war der Personalapparat der Behörden erheblich erweitert und erst nach der Stabilisierung wieder auf den ungefähren Vorkriegsstand zurückgeführt worden. In den Jahren bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise wuchs er allerdings rasch wieder an, vgl. Tabelle 29.
- ³² Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 81; Statistik Dt. Reich, Bd. 408, S. 119. Die leitenden Angestellten und Beamten sind in den Zahlen nicht enthalten, da sie in der Statistik den Selbständigen zugeordnet werden. Als Berufszugehörige werden die Erwerbstätigen und die wirtschaftlich von ihnen abhängigen Personen zusammengefaßt.
- ³³ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 90, 171 f., 180–183, 186–189. Da Aufstellungen über die Zahl der in Hamburg tätigen Reichsbeamten fehlen, kann der Umfang

- der Privatangestelltenschaft nur mit Hilfe der Berufsstatistik eingeschätzt werden. Zur Methode vgl. Büttner, Hamburg in der Depression, S. 332, Anm. 33. Der tatsächliche Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen war eher ein wenig größer als der so errechnete.
- ³⁴ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 42.
- ³⁵ Ebda, S. 47, Übersicht 32 und S. 48, Übersicht 34. Entgegen der offenbar verdruckten Überschrift bezieht sich auch die Übersicht 32 auf die Abteilungen A bis C.
- ³⁶ Ebda, S. 36, Übersicht 24 und S. 38–40, Übersicht 28. Die leitenden Beamten und Angestellten sind immer abgerechnet.
- ³⁷ Eine Aufschlüsselung der Selbständigen nach der Größenklasse der Unternehmen enthält nur die Betriebsstatistik. Danach wurden 86 543 Selbständige – 98 % der Gruppe – in Niederlassungen mit höchstens 50 Beschäftigten ermittelt. Nur auf die Alleinbetriebe entfielen 34 075 Personen oder 39 %, auf die Kleinbetriebe mit maximal fünf Erwerbstätigen weitere 38 715 Selbständige oder 44 %. Statistik Hbg. Staat, H. 34, S. 22.
- ³⁸ Ebda, S. 18.
- ³⁹ Hamburg in der Umsatzsteuerstatistik. In: HVW 8 (1931), S. 142; Das veranlagte Einkommen und seine Verteilung in der Stadt Hamburg im Rahmen der deutschen Großstädte, 1925. In: HVW 7 (1930), S. 7f. Unter den Steuerpflichtigen mit veranlagten Jahreseinkommen von mehr als 8000 RM sind auch unselbständige Bezieher großer Gehälter.
- ⁴⁰ Berechnet unter Abzug der leitenden Beamten und Angestellten nach: Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 39f. und Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 228–230.
- ⁴¹ Die Zahl der Selbständigen verringerte sich in Hamburg in Industrie und Gewerbe um 3389 (= 10,5 %), in Handel und Verkehr wuchs sie um 12 635 (= 32 %). Im Reich wuchs sie in der ersten Abtlg. um 0,9 %, in der zweiten um 29,1 %. Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 47f.; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 226, 228.
- ⁴² Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 14. Die Zahlen wurden zu den Ergebnissen der allgemeinen Betriebsstatistik (Statistik des Hamburgischen Staates H. 34, S. 13, 21) in Beziehung gesetzt. Das ist möglich, weil sich Gewerbekammerbezirk und Staatsgebiet in Hamburg deckten. Ungenauigkeiten aufgrund der differierenden Erhebungstermine lassen sich nicht vermeiden.
- ⁴³ Berechnet nach Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 14f.
- ⁴⁴ Ebda, S. 19. Zur Situation des deutschen Handwerks insgesamt auch Winkler, Mittelstand, S. 29f.
- ⁴⁵ Beispiele im einzelnen bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 334.
- ⁴⁶ Diese und die folgenden Zahlen errechnet nach Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 24–376.
- ⁴⁷ Zum Beispiel waren von den im Schlossergewerbe tätigen Schlossern 59 % jünger als 20 und nur 19 % 30 Jahre und älter, von den im Schiffbau beschäftigten Schlossern zählten dagegen lediglich 14 % weniger als 20, aber 50 % 30 und mehr Jahre und von denen bei der Reichsbahn waren sogar nur 4 % unter 20 und 74 % mindestens 30 Jahre alt. Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 66, Übersicht 52.
- ⁴⁸ Ebda, S. 92; Statistik Dt. Reich, Bd. 408, S. 219.
- ⁴⁹ Bei diesen Berechnungen wurden die Ergebnisse der allgemeinen Berufsstatistik mit denen der Handwerksenquôte kombiniert. Dieses Verfahren ist insofern problematisch, als in der Berufsstatistik die Einwohner, in der Handwerksenquôte die im Gewerbekammerbezirk ansässigen Betriebe mit ihren Beschäftigten erfaßt wurden. Daraus resultierende – nach einer Kontrollrechnung mit den Ergebnissen der allgemeinen Betriebszählung wenig bedeutende – Ungenauigkeiten

- ten müssen in Kauf genommen werden, weil es hier um die berufliche Gliederung der Hamburger Bevölkerung, nicht der im Staat beschäftigten Personen geht. Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 37, Übersicht 27; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 230; Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 14.
- ⁵⁰ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 40; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 230; Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 14.
- ⁵¹ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 39f.; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 228 und 230.
- ⁵² Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 163–168, 171–175.
- ⁵³ Ebda, S. 38–40; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 228–230.
- ⁵⁴ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 39; Statistik Dt. Reich, Bd. 402, S. 228; Handwerksenquôte, Bd. 2, S. 14.
- ⁵⁵ Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 43.
- ⁵⁶ Berechnet durch Kombination der Ergebnisse der allg. Berufszählung (ebda, S. 41) und der Handwerksenquôte (Bd. 2, S. 46–114, 198–250, 286–318). Zur Problematik s. Anm. 49, zum Berechnungsverfahren s. Büttner, Hamburg in der Depression, S. 335.
- ⁵⁷ Thape, S. 64f.; Wheeler, Struktur, bes. S. 185 ff.; Comfort, S. 134–136, 143 f., 162 ff.
- ⁵⁸ Eine kurze Übersicht über die unmittelbaren und mittelbaren Kriegsfolgen für Hamburg bei Wiskemann, S. 329–334.
- ⁵⁹ Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte ging in Hamburg von 1913 bis 1918 um 16% von 109 203 auf 91 711 Personen zurück, obwohl auf den Werften ca. 2400 Personen mehr beschäftigt wurden. Reichszentrale Heimatdienst, S. 10.
- ⁶⁰ Versailler Vertrag Artikel 236 mit Anlage III; Art. 260; 297; 264–267, 327; 331–338, 340; 363–364; 365.
- ⁶¹ Dies ist das Hauptergebnis der Untersuchung von Levy, insbes. S. 9–15. Dort auch zahlenmäßige Nachweise für die Zeit bis 1923. Nach Woytinsky erreichte der Welthandel bei Umrechnung der Gegenwartspreise entsprechend der Kaufkraft von 1913 erst 1925 wieder annähernd den Vorkriegsumfang (98,3%). Nach einer gleichartigen Berechnung des National Foreign Trade Council, New York wuchs er bis 1925 auf 102%, bis 1928 auf 117,5% des Volumens von 1913. Dagegen kam das Statistische Reichsamt für den Außenhandel in 42 Staaten zwischen 1925–1928 auf eine Steigerungsrate von nur 3,6%, obwohl es die Geldentwertung nicht einmal berücksichtigte. Alle Angaben nach Heinrich Meyer, S. 17. – Sehr wichtig für diesen Abschnitt sind außerdem die Vorträge von Bernhard Harms: Die Krisis der Weltwirtschaft (1922) und: Strukturwandlungen der Weltwirtschaft (1926), in: B. H., Wirtschaftskrieg, S. 171–230 bzw. S. 245–315.
- ⁶² Levy, S. 45–74; Harms, Krisis, S. 181–184, 208–211; Heinrich Meyer, S. 19–22; Trendelenburg, Protektionismus; Hans Otto Wesemann, Der administrative Protektionismus. In: Wirtschaftsdienst 1930, S. 1484–1486.
- ⁶³ Somary, Wandlungen, S. 78 f.
- ⁶⁴ Die Zahl der unabhängigen Zollverwaltungen in Zentral- und Osteuropa wurde durch die Friedensverträge nahezu verdoppelt; Levy, S. 48. Vgl. außerdem: Somary, Wandlungen, S. 75; Harms, Krisis, S. 184.
- ⁶⁵ Harms, Krisis, S. 177–181. – Rolf Erdmann, Abschlüsse der deutschen Seeschiffswerften für das Geschäftsjahr 1926/27. In: Wirtschaftsdienst 1928, S. 779–782; ders., Die Krisis im deutschen Schiffbau, ebda, S. 1502–1505. Erdmann schätzt dort die Übertonnage der Weltschiffahrt auf etwa 15 Mio Tonnen (S. 1503). Die Kapazität der deutschen Werften war nach einer von ihm wiedergegebenen Schätzung aus Schiffbaukreisen nur zu 38%, nach eigener vorsichtigerer

Schätzung nur zu höchstens 50% ausgenutzt (S. 1503, 1505). Vgl. ferner: Harms, Strukturwandlungen Weltwirtschaft, S. 271–274; Sven Helander, Die Hafenentwicklung der Welt und die Schifffahrtskrise. In: Wirtschaftsdienst 1927, S. 349–351.

⁶⁶ Levy, S. 49–54, 57–59; Meyer, S. 21.

⁶⁷ Levy spricht sogar von einer »Enteuropäisierungstendenz in der Weltwirtschaft«, für die er auf S. 75–92 zahlreiche Beispiele anführt. Vgl. auch Gerd Hardach, Weltkrieg, S. 266–291, 294–299; Petzina/Abelshäuser, S. 71 ff.

⁶⁸ Meyer, S. 23.

⁶⁹ Beispiele bei Harms, Krisis, S. 178–180; ders., Strukturwandlungen Weltwirtschaft, S. 257–259; Levy, S. 13, 49–52; Somary, Wandlungen, S. 31, 40, 58 f. – Die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse entwickelte sich z. B.:

	Millionen RM			% der Weltausfuhr		
	1913	1925	1928	1913	1925	1928
Deutschland	330,6	366,5	536,1	46,4	25,8	28,8
USA	112,4	354,6	448,4	15,7	25,1	24,0
Großbritannien	157,4	356,5	377,6	22,0	25,2	20,2

Dabei exportierten die USA 1928 nur etwa 8% ihrer elektrotechnischen Produktion. Bruno Kiesewetter, Der Welthandel III: Elektrotechnische Erzeugnisse. In: Wirtschaftsdienst 1929, S. 2164–2170, speziell S. 2164.

⁷⁰ Somary, Wandlungen, S. 70; Gerd Hardach, Weltkrieg, S. 274 f., 296 f.

⁷¹ Levy, S. 78 f., 85 f.; Somary, Wandlungen, S. 67 f.

⁷² Die Nettoguthaben Europas in Übersee beliefen sich vor dem Krieg auf annähernd 100 Milliarden Mark. 1926 betrug die Nettoschuld Europas mehr als 30 Mrd. Mark. Die USA waren in der Vorkriegszeit mit etwa 16 Mrd. Mark an Europa, 1926 war Europa mit ca. 60 Mrd. Goldmark an die USA verschuldet. Etwa drei Viertel der amerikanischen Guthaben in Europa waren sog. politische Guthaben. Harms, Strukturwandlungen Weltwirtschaft, S. 252 f. Die genaue Höhe der europäischen Schulden in den USA ist nicht bekannt, da es über die privaten Anleihen keine hinreichenden Statistiken gab. Vgl. auch Gerd Hardach, Weltkrieg, S. 296 f.; Harms, Krisis, S. 201 f.; Levy, S. 18, 81 f.; Somary, Wandlungen, S. 39 f., 59.

⁷³ Somary, Wandlungen, S. 68–72, 88–90.

⁷⁴ Rosenbaum, Funktionen; Wiskemann, S. 282–287, 336 f.; Hans Otto Wesemann, Das Problem des Exporthandels. In: Wirtschaftsdienst 1929, S. 4–7; John Brech, Probleme des Weltwarenhandels, ebda 1930, S. 8–11; Meyer, S. 33–37; Handelskammer Jbr. 1926, S. 95; 1927, S. 95; 1928, S. 92. – Die Tendenz zur Ausschaltung des Handels kam dem Speditionsgewerbe zugute, das im Vergleich zur Vorkriegszeit an Umfang und Bedeutung gewann. Handelskammer Jbr. 1928, S. 88. Dieses Beispiel zeigt, wie schwer es ist, die quantitativen Auswirkungen der Strukturveränderungen für die Gesamtwirtschaft einzuschätzen.

⁷⁵ Harms, Strukturwandlungen Weltwirtschaft, S. 296–298.

⁷⁶ Nach einer Angabe des Vors. des Vereins Hamburger Exporteure wurden 1928 drei Viertel des deutschen Exports nach Übersee durch den Ausfuhrhandel abgewickelt. Rudolf H. Petersen, Die überseeischen Märkte im Rahmen der deutschen Exportförderung. In: Übersee-Jahrbuch 1929, S. 15–20.

⁷⁷ Heinrich Meyer, S. 30 f.

- ⁷⁸ Harms, Krisis, S. 211; George Simon, Vors. des Vereins Hamburger Exporteure, *Der deutsche Ausfuhrhandel nach dem Kriege*. In: *Übersee-Jahrbuch 1922*, S. 27–30; F. W. Mohr, Syndikus des Ostasiatischen Vereins, *Die wirtschaftliche Lage in Ostasien nach dem Kriege*, ebda, S. 203–233; Wilhelm Burchard-Motz, *Seeschifffahrt und Überseehandel seit der neuen Währung*, ebda 1925, S. 11–14.
- ⁷⁹ Z. B. Marius Böger, Leiter der Deutsch-Austral- und Kosmos-Linien, nach deren Verschmelzung mit der Hamburg-Amerika-Linie 1926 stellvertretender Vorstandsvorsitzender dieser Gesellschaft, *Die deutsche Seeschifffahrt nach dem Kriege*. In: *Übersee-Jahrbuch 1924*, S. 19–22.
- ⁸⁰ Nach einer Angabe des ehemaligen Präses der Handelskammer erlöste Deutschland während der Inflation im Vergleich zur Vorkriegszeit für seine Ausfuhr prozentual weniger, als es für die Einfuhr bezahlen mußte. Franz Heinrich Witt-hoefft, *Deutschland und die Weltwirtschaft*. In: *Übersee-Jahrbuch 1924*, S. 13–18.
- ⁸¹ Levy, S. 44. Vgl. Tab. 17. Trotz der auf den ersten Blick günstigeren Entwicklung sind die Wirkungen der Inflation für den Einfuhrhandel negativer zu bewerten als für den Ausfuhrhandel, da er nicht dieselben Hemmnisse als Folge der kriegsbedingten Strukturwandlungen überwinden mußte und bei stabilen Währungsverhältnissen größere Zuwachsraten hätte erzielen können.
- ⁸² Wiskemann, S. 330; Heinrich Meyer, S. 36.
- ⁸³ *Der Hamburger Baumwollmarkt*. In: *Übersee-Jahrbuch 1924*, S. 34–37. Über Hamburg wurden 1924 51 % der Vorkriegsmenge, nämlich 521 849 ndz statt 1030 574 ndz importiert. Ebda, 1925, S. 374.
- ⁸⁴ Von 1925 bis 1926 wuchs die Steinkohlenausfuhr über Hamburg um mehr als 25 Mio. nt von 52000 nt auf 25 644 544 nt; die Ausfuhr von Koks stieg von 72 000 nt auf 243 000 nt, von sonstigem Brennmaterial von 17000 nt auf 2,6 Mio. nt. Statist. Jb. Hamburg 1926/27, S. 157; 1928/29, S. 152.
- ⁸⁵ Handelskammer, Jbr. 1927, S. 94.
- ⁸⁶ Vgl. Tab. 17. Für 1928 liegen nur Angaben in Bruttotonnen vor. In Nettotonnen war die Ausfuhr sicher ebenfalls kleiner als 1913.
- ⁸⁷ Handelskammer, Jbr. 1927, S. 93 f.; 1928, S. 90 f.
- ⁸⁸ Vgl. Tab. 17; außerdem: Handelskammer Jbr. 1926, S. 95; 1927, S. 95; 1928, S. 91 f.
- ⁸⁹ Handelskammer Jbr. 1928, S. 89.
- ⁹⁰ Für die folgenden Ausführungen generell: Wiskemann, S. 339 f.; Krohne; Priester; Lindemann.
- ⁹¹ Der deutsche Seefrachtenindex zeigte eine nur sehr geringe Steigerung gegenüber 1913:

1913	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
100	106,4	102,3	110,6	106,2	102,0	108,9	92,3	83,8	68,6

Statist. Jb. Reich 1927, S. 154; 1928, S. 186; 1930, S. 184; 1931, S. 169; 1933, S. 181.

- ⁹² Am 16. August 1920 vereinbarten die Hamburg-Amerika-Linie (HAL) und die United American Lines den gemeinsamen Betrieb aller früher von der HAL betriebenen Linien mit Ausnahme des Südamerika- und Afrikadienstes. Der Norddt. Lloyd schloß 1920 ein Abkommen mit der United States Mail Steamship Company, nach dem Konkurs dieser Gesellschaft 1922 eines mit den United States Lines. Genauer dazu: Krohne, S. 233 f. und Priester, S. 97–110.
- ⁹³ Vgl. Anm. 97. Über den Reedereiabfindungsvertrag: Krohne, S. 222–224.

- ⁹⁴ Vgl. Krohne, S. 235–238; Walter Greiling: Die Hamburger Schiffahrtsfusion. In: Wirtschaftsdienst 1926, S. 1553–1555; Die Konzernbildung in der Welt-schiffahrt, ebda, 1928, S. 1061. Die HAL hatte sich folgende Gesellschaften angegliedert: Deutsche Levante-Linie (1920), Deutsch-Austral- und Kosmos-Linien (1926), die ihrerseits kurz zuvor die Schiffe des Stinnes-Konzerns übernommen hatten. Durch Austausch der Vorzugsaktien und einen gemeinsamen Aufsichtsratsvorsitzenden bestanden enge Bindungen zwischen der HAL und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die HAL besaß drei Achtel des Aktienkapitals der beiden Hamburger Afrika-Linien und war in deren Aufsichtsrat vertreten.
- ⁹⁵ Greiling (wie Anm. 94), S. 1554.
- ⁹⁶ Krohne, S. 224 f., 230–232.
- ⁹⁷ Größenentwicklung der in Hamburg beheimateten Seeschiffsflotte:

Jahr	BRT	%	nur Dampfschiffe %
1913	2968493	100	100
1920	742351	25,0	21,9
1924	1024546	34,5	30,7
1925	1671808	56,3	50,4
1927	1838327	61,9	56,6
1928	2017346	67,9	59,2
1929	2149144	72,4	60,4
1930	2213255	74,6	63,4
1931	2242621	75,5	61,8
1932	2125490	71,6	55,5

Statist. Jb. Hbg. 1925, S. 155; 1927/28, S. 165; 1928/29, S. 161; 1930/31, S. 140; 1932/33, S. 78.

- ⁹⁸ Vgl. Greiling (wie Anm. 94), S. 1554. Seine Schätzung bezieht sich auf die gesamte deutsche Seeschiffahrt im Jahr 1926 mit einer Nettotonnage von 58,3 % derjenigen der Vorkriegsflotte.
- ⁹⁹ Auf die deutschen (1914) / in Hamburg beheimateten (1929) Seeschiffe einer Altersklasse entfielen % der Gesamttonnage:

Jahre	1–5	1–7	1–10	1–20	älter als 20
1914	25,1	35,8	54,6	91,7	8,3
1929	27,4	52,7	70,4	83,9	16,1

Schaafhausen, Bericht: Die Lage des deutschen und Weltschiffbaus, 2. 10. 1929, Anlage. StAH: DHSGII, Spezialakten XXIC1/5. Vergleichszahlen für 1914 lassen sich nur für Deutschland errechnen nach Statist. Jb. Reich 1928, S. 171.

¹⁰⁰ Handelskammer Jbr. 1926, S. 88 f.; 1927, S. 84–86; 1928, S. 81–82.

¹⁰¹ Auf eine NRT Schiffsraum entfielen im Hamburger Hafen nt Ladung:

	1913	1924	1926	1928	1929	1930	1931	1932
eingehend	1,17	0,84	0,61	0,82	0,82	0,73	0,71	0,71
ausgehend	0,62	0,41	0,60	0,43	0,40	0,39	0,39	0,37

Berechnet nach Wendemuth/Böttcher, S. 226, 228; Statist. Jb. Hamburg 1928/29,

S. 165, 132, 147; 1929/30, S. 147, 154, 165; 1930/31, S. 136, 138, 145; 1931/32, S. 82, 85; 1932/33, S. 76, 79. Nur die deutschen oder sogar nur die Hamburger Schiffe zu berücksichtigen, ist mangels entsprechender Unterlagen nicht möglich.

- ¹⁰² Fritz L. Mezger, Die Schifffahrtsunternehmen im Jahre 1926. In: Wirtschaftsdienst 1927, S. 550–553; Rolf Erdmann, Bilanz der Schifffahrtsbilanzen, ebda 1928, S. 468–470. Wie folgender Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung der HAL zeigt, wuchsen die Handlungskosten bedeutend langsamer als die Gewinne. Die Steigerung war laut Erdmann »fast ausschließlich« auf die Finanzierungsmethode – Anleiheaufnahme statt Kapitalerhöhung – zurückzuführen, da sie eine hohe Zinsbelastung bedingte. (Mezger, S. 553; Erdmann, S. 469 f.):

HAL	Roh- gewinn Mio. RM	Handlungskosten, Steuern, soz. Lasten, Zinsen, Mio. RM	Rein- gewinn Mio. RM	Hiervon Ab- schreibungen Mio. RM
1924	8,0	7,7	0,2	–
1925	16,5	7,0	9,2	9,2
1926	32,4	11,9	20,4	14,7
1927	49,5	16,8	26,2	19,9

Wenn jeweils die Ergebnisse des Vorjahres gleich 100 gesetzt werden, ergeben sich folgende Steigerungsraten (Mezger, S. 553):

	Rohgewinn			Handlungskosten			Reingewinn		
	1925	1926	1927	1925	1926	1927	1925	1926	1927
HAL	206	196	153	91	133	141	(4600)	222	128
Lloyd	154	138	–	131	140	–	187	160	–
Hbg.-Süd	108	112	–	100	120	–	123	100	–
Hansa	100	125	–	100	107	–	100	135	–

- ¹⁰³ Handelskammer Jbr. 1928, S. 83.

¹⁰⁴ 1913 wurden von/nach Hamburg transportiert mit dem Flußschiff 73%/51%, mit der Eisenbahn 27%/49%; 1927 mit dem Flußschiff 57%/41%, mit der Eisenbahn 43%/59%. Meyer, S. 37–40. Wie Pätzmann, S. 219–224, nachweist, führten Bedarfsänderungen, die Bevorzugung neuer Produktionsgebiete oder Standortverlagerungen der Industrien dazu, daß die für die Flußschifffahrt wichtigsten Transportgüter, Steinkohlen, Zement und Erden, Getreide, Ölsaaten und Zucker, nur noch in geringen Mengen von und nach Hamburg versandt wurden. Ebenso Paul Schulz-Kiesow, Die Krise in der Elbeschifffahrt I, in: Wirtschaftsdienst 1930, S. 747–750.

¹⁰⁵ Rolf Erdmann, Die Krisis im deutschen Schiffbau. In: Wirtschaftsdienst 1928, S. 1502–1505. Nach einer dort zitierten Angabe eines führenden Vertreters der deutschen Wertindustrie war infolge der Inflation der Gewinn bei den zuletzt hergestellten Schiffen auf 0,05% gesunken.

¹⁰⁶ Schaaflhausen, Bericht: Die Lage des deutschen und des Weltschiffbaus, 2. 10. 1929, StAH: DHSG II, Spezialakten XXIC 1/5; Erdmann, Der deutsche Schiffbau nach der Konzentration. In: Wirtschaftsdienst 1927, S. 1658–1660.

¹⁰⁷ HF 198a, 18. 7. 1928: Neue Schiffbaukrise; Erdmann, Krisis Schiffbau, Wirt-

schaftsdienst 1928, S. 1502–1505; ders., Die Abschlüsse der deutschen Werften. In: HA 161, 13. 7. 1929; Handelskammer, Jbr. 1926, S. 99; 1927, S. 128; 1928, S. 133. Die Hamburger Werften waren nach der Jahresübersicht der Gewerbekammer 1927 etwas besser ausgelastet. Sie waren auf eine Belegschaft von 28 000 bis 30 000 Mann bei normalem Betrieb eingerichtet und beschäftigten in diesem Jahr 16 000 bis 18 000 Arbeitnehmer. HIGZ 1928, Nr. 1, S. 2–6.

¹⁰⁸ Rolf Erdmann, Abschlüsse der deutschen Seeschiffswerften für das Geschäftsjahr 1926/27. In: Wirtschaftsdienst 1928, S. 779–782.

¹⁰⁹ Ders., Die Abschlüsse der deutschen Seeschiffswerften für 1927/28. In: Wirtschaftsdienst 1929, S. 1279–1282; HA 161, 13. 7. 1929. Die Abrechnungen der Werften lassen nicht erkennen, welche Unkostenfaktoren für die Schmälerung des Reinertrags entscheidend waren. Die steuerliche Belastung scheint keine Rolle gespielt zu haben. Die Angaben über die Steigerung der Soziallasten schwanken zwischen 30% und 65%.

¹¹⁰ Am 31. 12. 1929 hatte die Firma Blohm und Voß neun Schiffe mit 106 000 t, die Deutsche Werft neun Schiffe mit 66 000 t in Auftrag. Es folgte die Deschimag mit 30 Schiffen mit insgesamt 45 110 t. HF 29a, 29. 1. 1930: Die Beschäftigung der Werften. Am 1. 7. 1927 hatte noch die Deschimag-Gruppe mit einem Auftragsbestand von 187 000 dead-weight-Tonnen an der Spitze gestanden vor Blohm und Voß mit 170 000 d. w. t und der Deutschen Werft mit 102 000 d. w. t. Erdmann, Schiffbau nach der Konzentration, Wirtschaftsdienst 1927, S. 1658–1660. Auch die Rubrik »In Bau befindliche Schiffe« in den Werftbilanzen für 1927 und 1928 zeigt die gute Beschäftigung der beiden Hamburger Firmen. Wirtschaftsdienst 1928, S. 782; HA 161, 13. 7. 1929.

¹¹¹ Pätzmann, S. 87.

¹¹² Auszug aus den Abrechnungen der Fa. Blohm und Voß und der Deutschen Werft (in 1000 RM):

	B + V			Dt. Werft		
	1926	1927	1928	1926	1927	1928
Aktienkapital	14 000	14 000	14 000	5 000	10 000	10 000
Abschreibungen	630	793	807	243	575	612
Reingewinne	464	1 334*	533	434	719*	709
Dividenden	2½ %	5 (2½) %		8 %	6 %	6 %
Reserven	2 850	2 850	2 850	–	152	188

* In der Bilanz von 1928 statt dessen 1 295 000 RM bzw. 709 000 RM angegeben. Erdmann, Abschlüsse Seeschiffswerften 1926/27, Wirtschaftsdienst 1928, S. 779–782; ders., Abschlüsse Werften, HA 161, 13. 7. 1929.

¹¹³ Handelskammer Jbr. 1926, S. 97f.

¹¹⁴ Vgl. Handelskammer Jbr. 1926, S. 99–103; 1927, S. 128–134; 1928, S. 134–142.

¹¹⁵ Vgl. Lüke, S. 36–50, 209–239.

¹¹⁶ Jahresberichte Gewerbe-Aufsichtsbeamten 1923/24; 1925 bzw. 1926, Bd. 3, Tl. 8: Hamburg, S. 5–9; 3–6; 1, 5–11. Für die Einfuhrentwicklung vgl. im Anhang Tabelle 17.

¹¹⁷ Statist. Jb. Hamburg 1927/28, S. 230–233.

¹¹⁸ Die Konkurse von Erwerbsunternehmen gingen von 1926 bis 1927 von 454 auf 251, die Geschäftsaufsichten von 75 auf 29 zurück. Darunter waren 1926 249, 1927 110 Konkursanträge, die mangels Masse abgelehnt wurden. Die Konkurse, Geschäftsaufsichten und Vergleichsverfahren im hamburgischen Staat. In: HVW

1932, S. 75–78. Im Monatsdurchschnitt gab es in der Stadt 1926 53 157, 1927 41 025 Arbeitslose. Statist. Jb. Hamburg 1927/28, S. 307.

¹¹⁹ Jahresbericht Gewerbekammer (GK) Hamburg 1927, HIGZ 1928, Nr. 1, S. 3.

¹²⁰ Kroll, S. 84. Zu diesem Abschnitt insgesamt vgl. dens., S. 83–114; Keese; Horn, S. 47–52.

	Neue Konkurse					Vergleichsverfahren u. Geschäftsaufsichten		
	1927	1928	1929	1927 = 100		1927	1928	1929
1. Industrie u. Handwerk	2188	3118	3867	143	177	496	1078	1720
2. Handel u. Verkehr	3935	5397	6478	137	165	820	1878	2957
1 und 2 zus.	6123	8515	10345	139	169	1316	2956	4677

Statist. Jb. Reich 1929, S. 355; 1930, S. 399.

¹²² In industrielle Neuanlagen wurden investiert: 1927 835 Mio RM, 1928 980 Mio RM, 1929 337 Mio RM; in Ersatzanlagen 1927 1,6 Mrd. RM, 1928 1,8 Mrd. RM, 1929 1,7 Mrd. RM. Kroll, S. 84. Etwas andere Zahlen, die aber dieselbe Tendenz anzeigen, gibt Keese, S. 53. Ihm zufolge gingen wegen weit geringerer Ausgaben für Vorräte die gesamten Bruttoinlandsinvestitionen schon 1928 von 16,8 auf 15,8 Mrd. RM zurück.

¹²³ Wert der Aktienneuemissionen: 1927 1438 Mio RM, 1928 1339 Mio RM, 1929 979 Mio RM. Wenn der Durchschnitt der Aktienkurse in den Jahren 1924–1926 = 100 gesetzt wird, ergeben sich als Indexzahlen für 1927 158,0, für 1928 148,4, für 1929 133,9. Kroll, S. 106.

¹²⁴ Indexziffern der gewerblichen Produktion (1928 = 100) für 1929: insgesamt 100,4 – Produktionsgüter 104,0 – Verbrauchsgüter 94,8 – Verbrauchsgüter nur des elastischen Bedarfs 92,6. Kroll, S. 87, 96.

¹²⁵ Stand der Spareinlagen bei den Sparkassen und den fünf großen Genossenschaftsverbänden in Mio. RM: 1927: 6457,9 1928: 9286,3 1929: 11 874,1. Die Bilanzen der Privatversicherungsunternehmen schlossen: 1927: 2691, 1928: 3518, 1929: 4146 Mio RM; darunter die private Lebens- und Krankenversicherung: 1927: 1124, 1928: 1709, 1929: 2308 Mio RM. Die neuen Kapitalanlagen der privaten Lebensversicherungen betragen: 1927: 752,3, 1928: 1076,4, 1929: 1415,0 Mio RM. Statist. Jb. Reich 1930, S. 373, 419, 371; 1931, S. 399.

¹²⁶ Kroll, S. 88.

¹²⁷ Statist. Jb. Reich 1928, S. 381, 388; 1929, S. 274, 281; 1930, S. 316, 323.

¹²⁸ Durchschnittliche Beschäftigtenzahl im Jahr laut Krankenkassenstatistik: 1928: 19 494 000, 1929: 19 749 000. Statist. Jb. Reich 1930, S. 312. Wegen der Entwicklung des Volkseinkommens vgl. S. 109. Etwas niedrigere, schon 1929 leicht fallende Zahlen errechnet Keese, S. 45.

¹²⁹ Außer der in Anm. 120 genannten Literatur vgl.: Petzina, Interpretation; ders., Grundriß, S. 665–742; ders., Wirtschaft Zwischenkriegszeit, S. 1–107 (= erweiterte Fassung des zuvor genannten Beitrags); Karl Hardach, Wirtschaftsge-schichte 20. Jahrhundert, S. 50–64. In den weltwirtschaftlichen Zusammenhang stellt die Entwicklung: Kindleberger, a. a. O.

¹³⁰ Kroll, S. 95.

¹³¹ Ebda, S. 97.

- ¹³² Ebda, S. 95.
¹³³ Ebda, S. 90.
¹³⁴ Statist. Jb. Reich 1931, S. 365, 367; 1933, S. 373; 1934, S. 371, 373. Es wurden etwa 3000 Aktiengesellschaften erfaßt.
¹³⁵ Statist. Jb. Reich 1934, S. 362.
¹³⁶ Statist. Jb. Reich 1934, S. 384f.
¹³⁷ Statist. Jb. Reich 1936, S. 506f. Die interne Bruttoinvestition wurde berechnet als Summe der gesamten Anlageinvestitionen und der Mengenänderung der Vorräte unter Berücksichtigung der von Keese, S. 53, geschätzten Wertänderung der Vorräte. Nach Hoffmann, Wachstum, S. 104, ging der Anteil der Nettoinvestitionen am Nettosozialprodukt in der Periode 1930/34 im Vgl. zur Periode 1925/29 von 11,1 % auf 1,4 % zurück.
¹³⁸ Statist. Jb. Reich 1932, S. 290; 1934, S. 297. Beschäftigung und Kapazitätenausnutzung waren in den einzelnen Industrien ganz unterschiedlich. Die Zahl der Arbeiter in v. H. der Arbeitsplatzkapazität schwankte 1932 zwischen 64,7 (Genußmittelindustrie), 59,9 (Textilind.) bzw. 58,2 (Nahrungsmittelind.) als dem einen und 19,5 (Bauwirtschaft) als dem anderen Extrem.
 Beschäftigte Arbeiter in v. H. der Arbeitsplatzkapazität:

Jahresdurchschnitt	1929	1930	1931	1932
Gesamte Industrie	70,4	61,2	50,7	41,9
Produktionsgüterindustrie	70,3	58,3	45,2	35,8
Verbrauchsgüterindustrie	70,6	65,0	57,9	49,8

Genauer dazu Kroll, S. 111.

- ¹³⁹ Statist. Jb. Reich 1931, S. 301; 1932, S. 291; 1933, S. 291. 1928 wurden noch die bei den Arbeitsämtern und nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen verfügbaren Arbeitsuchenden gezählt. Die hier wiedergegebene Zahl der Arbeitslosen wurde nachträglich berechnet: Statist. Handbuch Deutschland 1928–1944, S. 484. Vgl. den letzten Absatz der Anm. 148.
¹⁴⁰ Statist. Jb. Reich 1936, S. 501. Um Unterschiede im Bedarf aufgrund der verschiedenen Altersgliederung der Bevölkerung vor und nach dem Krieg auszuscalten, sind Frauen und Kinder in »Vollpersonen« umgerechnet worden. Um die Verschlechterung des Lebensstandards festzustellen, ist die letzte Zeile die aufschlußreichste.
¹⁴¹ Vgl. Werner, S. 36–39; Petzina, Problem des Verlaufs. P. erörtert auch die methodischen Probleme, die infolge der Unzulänglichkeit des vorliegenden statistischen Materials entstehen.
¹⁴² Vgl. im Anhang Tabelle 16.
¹⁴³ Vgl. im Anhang die Tabellen 17 und 18.
¹⁴⁴ S. im Anhang, Tabelle 19 bzw. 5.
¹⁴⁵ Jahresübersicht 1928 der GK-Hbg, HIGZ 6, Nr. 1, 5. 1. 1929, S. 1–5.
¹⁴⁶ Vgl. Anlage 15.
¹⁴⁷ Vgl. Anlage 14.
¹⁴⁸ Vgl. Anlage 6–9. Zum Zeitpunkt der Berufszählung am 16. 6. 1925 waren in Hamburg drei von hundert Einwohnern erwerbslos, während im Reich nur einer keine Arbeit hatte. Die berufliche und soziale Gliederung der hamburgischen Bevölkerung nach der letzten Berufszählung. In: HVW 1934, S. 175–177. – Dem Vergleich der Arbeitslosenzahlen stellen sich besonders große Schwierigkeiten entgegen. Je nach der Zielsetzung der jeweiligen Erhebung wurden verschiedene Personengruppen in verschiedenen Gebieten an verschiedenen Stichtagen erfaßt.

Bis Oktober 1927 ermittelte das Statistische Landesamt die im Hamburger Staat und in der Stadt vorhandenen Erwerbslosen, darunter gesondert diejenigen, die von den Gemeinden unterstützt wurden. Infolge der Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung liegen danach nur noch Zahlen über die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge vor, und zwar seit Oktober 1928 nur für das Gebiet des Arbeitsamts und der Stadt Hamburg. Da der Arbeitsamtsbezirk außer dem Hamburger Staat ohne Cuxhaven auch die Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek, den Landkreis Harburg sowie Teile der Kreise Stade, Stormarn und Pinneberg umfaßte, werden lediglich die Zahlen für die Stadt wiedergegeben. Die Summen der von den Gemeinden unterstützten Erwerbslosen und der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung sind nicht vergleichbar, weil die ersteren ihre Bedürftigkeit nachweisen mußten, während bei den letzteren bis zum Juli 1932 das Versicherungsprinzip galt. Infolgedessen läßt sich der Zeitpunkt, zu dem sich die Arbeitsmarktlage wieder verschlechterte, nicht durch Gegenüberstellung dieser Zahlen für 1927 und 1928 bestimmen. Er muß vielmehr aus den Angaben über die Arbeitssuchenden erschlossen werden.

Wegen der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge nach maximal 1 ½, später 1 ¼ Jahren und der Einführung der Bedürftigkeitsprüfung durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 spiegelte die Statistik der Hauptunterstützungsempfänger den tatsächlichen Umfang der Arbeitslosigkeit immer schlechter wider, je länger die Krise dauerte. Daneben gewannen die sogenannten »Wohlfahrtserwerbslosen« – hilfsbedürftige und daher von der gemeindlichen Fürsorge unterstützte, nicht gegen Arbeitslosigkeit versicherte oder ausgesteuerte, arbeitsfähige Erwerbslose – zunehmend an Bedeutung. Sie wurden erstmals am 31. Juli 1928 gesondert erfaßt; doch enthält die Monatsstatistik der nordwestdeutschen Wohlfahrtsämter Angaben über die arbeitsfähigen Hilfsbedürftigen. Seit August 1930 wurden die Wohlfahrtserwerbslosen außer von den Fürsorgeverbänden auch von den Arbeitsämtern gezählt, bei denen sie sich zur Vermittlung melden mußten. Da der Begriff »Wohlfahrtserwerbsloser« nicht zweifelsfrei feststand, führten die beiden Erhebungen zu abweichenden Ergebnissen. So ließen die Arbeitsämter kranke Erwerbslose unberücksichtigt, weil sie bis zur Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit von den Krankenkassen betreut wurden, während die Wohlfahrtsbehörden nur dauernd erwerbsunfähige oder noch nicht im erwerbsfähigen Alter stehende Personen bei der Zählung ausschlossen. Ferner kam es dadurch zu Unterschieden, daß am Stichtag in Arbeit vermittelte Erwerbslose von den Arbeitsämtern nicht mehr einbezogen, von den Fürsorgestellten aber bis zur ersten Lohnzahlung noch unterstützt und bis dahin auch weiter mitgezählt wurden. Die Diskrepanz verstärkte sich, als die Reichsanstalt durch Erlasse vom 7. März und 2. August 1932 die Richtlinien für die Statistik der Wohlfahrtserwerbslosen einseitig enger faßte, insbesondere nur noch ehemalige Arbeitnehmer unter 60 Jahren anerkannte. In der Stadt Hamburg wurden am 31. August 1932 nur 72 % der vom Bezirksfürsorgeverband gemeldeten Wohlfahrtserwerbslosen vom Arbeitsamt bestätigt; 11,2 % wurden abgelehnt, weil die Arbeitnehmereigenschaft fehlte, 11,4 %, weil sie sich nicht mehr der Stempelkontrolle unterzogen. (Wie es kommen mußte, in: Wohlfahrtswoche, Jg. 6/1931, S. 143 f.; Präses der Wohlfahrtsbeh. Hbg. an Reichsarbeitsmin., 30. 3. 1932, StAH: SKRAA, VII D 1, Bd. 15; Arbeitsamt-Hbg., Bericht über die Arbeitsmarktlage im August 1932, Anlage, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 16). Um das Ausmaß der Not und die finanzielle Belastung der Gemeinden einzuschätzen, sind die Zahlen der Wohlfahrtsbehörden aufschlußreicher.

Da die von keiner öffentlichen Stelle unterstützten Arbeitslosen sonst nicht erfaßt werden, sind auch die Statistiken über die Arbeitssuchenden beachtenswert. Ihre Zahl war zunächst größer als die der Erwerbslosen, weil sie auch ungekündigte, einen Stellungswechsel anstrebende Arbeitnehmer umfaßte; die Differenz wurde aber im Verlauf der Krise immer kleiner. Wie eine Rundfrage bei zehn Arbeitsämtern ergab, befanden sich schon im Herbst 1928 nur 1,7% der bei ihnen gemeldeten Arbeitssuchenden noch in Stellung. (Anlage 2 zu Rundschreiben des Reichsarbeitsministers vom 9. 11. 1928, StAH: SKRAA II, VII D 1, Bd. 14). Im Tiefpunkt der Depression, 1932, erreichte die Zahl der Arbeitssuchenden wahrscheinlich nicht einmal die der Arbeitslosen, weil viele, die keine öffentliche Unterstützung bezogen, die Vermittlungschancen für so gering hielten, daß sie sich den Weg zum Arbeitsamt ersparten. Diese Menschen tauchten in keiner Statistik auf. (Unsichtbare Arbeitslosigkeit, in: Wohlfahrts-Woche 7 [1932], S. 351 f.)

¹⁴⁹ Paul Neumann, Zuwanderung und Arbeitslosigkeit in Hamburg, in: Die freie Gewerkschaft, Jg. 8, Nr. 36, 4. 9. 1929; Jahresbericht Gewerbeaufsichtsamt Hbg. 1929, S. 9. Seit 1930 trifft diese Feststellung nicht mehr zu.

¹⁵⁰ Vgl. im Anhang Tabelle 5.

¹⁵¹ Dies zeigen auch der Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamts Hbg. 1929, S. 8–15, der Jahresbericht der HK-Hbg. 1929, Bd. 1, S. 68–74, Bd. 2, S. 137–163 und die Jahresübersicht 1929 der GK-Hbg. in HIGZ Jg. 7, Nr. 1, 4. 1. 1930, S. 1–6.

¹⁵² Vgl. Tab. 4 im Anhang. Die Angaben über die Gesamtzahl der Betriebe und die Summe der Betriebe der einzelnen Größenklassen differieren zum Teil, weil Betriebe ohne Personal in der Tabelle nicht gesondert aufgeführt werden. Die Gruppenbildung 1925 wurde so weit wie möglich derjenigen von 1933 angepaßt, im einzelnen zu dem Verfahren vgl. Büttner, Hamburg in der Depression, S. 350; ebenso für die in diesem Buch in die Tab. 4 nicht aufgenommenen Wirtschaftszweige, S. 264 ff.

¹⁵³ Die berufliche und soziale Gliederung der hamburgischen Bevölkerung nach der letzten Berufszählung. In: HVW 1934, S. 175–177.

¹⁵⁴ Anlage 6 im Anhang. Die Angaben über die mittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen wurden gewonnen, indem die Zahl der Berufszugehörigen je Erwerbsperson berechnet und die Zahl der Arbeitslosen mit diesem Faktor multipliziert wurde.

¹⁵⁵ 39,2%, bei Einbeziehung der Hausangestellten 38,1%. Berechnet nach: Statist. Jb. Hamburg 1933/34, Nachtrag, Tab. 14, S. 22. Die Zahlen beziehen sich auf die Stadt.

¹⁵⁶ Ebda. Von den Angestellten waren 26,9% erwerbslos.

¹⁵⁷ Als Jugendliche werden die bis zu 20 Jahre alten Personen bezeichnet.

Von den Erwerbspersonen waren				Von 100 Menschen einer Altersgruppe waren Erwerbspersonen		
Jahre	1925	%	1933	%	1925	1933
unter 20	80944	14,7	47881	8,5	26,6	18,7
20–40	266804	48,5	294501	52,5	67,6	69,7
40–60	167601	30,5	183997	32,8	59,8	57,5
60 und mehr	34843	6,3	34459	6,2	34,9	26,3
zusammen	550192	100,0	560874	100,0	51,0	49,7

Die berufliche und soziale Gliederung, in: HVW 1935, S. 172.

- ¹⁵⁸ Von der Arbeitslosigkeit waren die einzelnen Altersgruppen folgendermaßen betroffen:

1933 Jahre	Erwerbspersonen	Arbeitslose	Arbeitslose auf 100 Erwerbspersonen
unter 20	47881	11452	23,9
20–40	294501	102573	34,8
40–60	183997	46903	25,5
60 u. mehr	34495	7498	21,7
zusammen	560874	168426	30,0

Berechnet nach: Die berufliche und soziale Gliederung usw., HVW 1935, S. 174.

- ¹⁵⁹ Vgl. Anlage 4.

¹⁶⁰ Wie stark die Fluktuation zwischen den Betriebsgruppen der verschiedenen Größenordnungen beispielsweise zwischen 1925 und 1929 war, zeigt eine Erhebung des Statistischen Landesamts, bei der es die Methode der Individualstatistik anwandte. Indem es nicht nur die Summen der Betriebe einer Größenklasse verglich, sondern das Schicksal jeder einzelnen Firma verfolgte, stellte es fest, daß nicht 206 Unternehmen aus der Gruppe der Betriebe mit mehr als zehn Personen ausgeschieden waren, sondern 1010 Unternehmen mit zusammen fast 18000 Erwerbstätigen inzwischen weniger Personen beschäftigten und 738 Betriebe mit reichlich 26000 Erwerbstätigen überhaupt nicht mehr existierten. Dafür waren 669 Firmen mit 25000 Beschäftigten neu hinzugekommen und 873 ehemalige Kleinunternehmen mit 16000 Beschäftigten durch Vergrößerung des Personalbestands in die Gruppe aufgestiegen. Die gewerblichen Betriebe mit mehr als 10 Personen in der Stadt Hamburg, 1925 und 1929, in: HVW 1930, S. 299–306.

¹⁶¹ Da in der Berufszählung die in Hamburg wohnenden Arbeitslosen ermittelt wurden, von denen viele zuletzt in den preußischen Nachbargebieten beschäftigt gewesen waren, sind diese Zahlen für die Wirtschaftsentwicklung im Hamburger Staat von geringem Aussagewert. Die folgende Darstellung bezieht sich deshalb auf den in der Betriebszählung ermittelten Beschäftigungsrückgang in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, Anlage 4.

¹⁶² StAH: SKRAA II, II A 3/15; Sozialbeh. I, AW 02/11; AHK: 21 C 471.

¹⁶³ Auch das Holz- und Schnitzstoffgewerbe ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, das 1933 nur noch zu 59% beschäftigt war. Dabei spielte in Hamburg außerdem die Schiffbaukrise eine Rolle. Vgl. auch Anlage 21.

¹⁶⁴ Der spezialisierte Ein- und Ausfuhrhandel wurde 1925 noch nicht gesondert ausgezählt, sondern den entsprechenden Branchen des Großhandels zugeordnet.

¹⁶⁵ Vgl. Anlage 6.

¹⁶⁶ Der Einzelhandel in der Stadt Hamburg, 2. Teil, in: HVW 1936, S. 65–74. Im 1. Teil der Untersuchung in HVW 1935, S. 83–88, wird der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln analysiert. – Für den Beschäftigtenzugang bei den Warenhäusern (Anlage 4) war entscheidend, daß eines der größten erst nach der Zählung von 1925 eröffnet wurde.

¹⁶⁷ Rudolf Ascher, Die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf den mittelbaren und unmittelbaren Export, Referat bei der von der HK-Hbg und dem RDI veranstalteten »Hamburger Exporttagung« am 30. Juni 1931, AHK: 78 B 3/21, Bl. 22–26, Zitat Bl. 26.

¹⁶⁸ Zu diesem Abschnitt: Jantzen, S. 91–99; Kindleberger, S. 148–153; John Brech,

- Rohstoffkrise und Weltwirtschaft. In: Wirtschaftsdienst 1930, S. 2129–2133; ders., Das Krisenjahr der Warenmärkte, ebda 1932, S. 7–14. Rudolf H. Petersen, Rede bei der 49. Vollversammlung des DIHT in Berlin, 17. April 1929, AHK: 78 A 4/3; Jahresbericht des Vereins Hamburger Exporteure für 1929, in: HC 180, 16. April 1930 (Vor schicksalsschweren Aufgaben); Rudolf Ascher, Referat, 30. Juni 1931 (vgl. Anm. 167); Rudolf H. Petersen, Korreferat über Finanzschwierigkeiten beim Absatz deutscher Industrieerzeugnisse in Übersee, Hamburger Exporttagung, 30. Juni 1931, AHK: 78 B 3/20, Bl. 39–43.
- ¹⁶⁹ Hans Otto Wesemann, Der administrative Protektionismus. In: Wirtschaftsdienst 1930, S. 1484–1486; Kindleberger, S. 137–141.
- ¹⁷⁰ Fritz L. Mezger, Finanzierung und Zusammenarbeit im Überseehandel. In: Wirtschaftsdienst 1929, S. 1102–1104; [Rolf] E[rdmann], Gedanken zur Außenhandelskrise. Wirkungen einer deutschen Exportpsychose, in: HA, 2. 7. 1929; Rudolf Ascher, Referat, 30. 6. 1931 (vgl. Anm. 167), Bl. 25. Im Jahresbericht der Kreditabteilung des Bankhauses M. M. Warburg und Co. für 1929 wurden die Ursachen für die Schwierigkeiten verschiedener Außenhandelsfirmen analysiert (S. 3f.): »Gemeinsam ist ferner bei fast allen die Tatsache, daß es sich selten um verfehlte Spekulationen oder einzelne große Verluste handelt, sondern um ein meist krasses Mißverhältnis zwischen den Lasten durch Spesen, Steuern und Zinsen und den erzielbaren Handelsmargen. Ferner der zu große Privatverbrauch der Inhaber, der, selbst wenn er gegenüber der Vorkriegszeit erheblich eingeschränkt war, doch seit der Geldstabilisierung die notwendige Wiedersammlung von Eigenkapital hintangehalten hat [...] In vielen Fällen ist das allmähliche Absterben des Geschäfts darauf zurückzuführen, daß die Firmen zu lange an dem Handel mit Artikeln, vor allem Stapelartikeln, festgehalten haben, die bei richtiger Errechnung der Rendite heute nicht mehr lohnend sind. Wenn auch in einer bedauerlich großen Zahl von Fällen bewußte Täuschungen der Bankiers durch die Kunden vorgekommen sind, so ist doch die Selbsttäuschung, der der Kreditnehmer unterliegt, die noch größere Gefahr für den Kunden wie für den Bankier.« Privatarchiv Warburg: Fasc. Jahresbericht 1929.
- ¹⁷¹ Dies war z. B. ein wichtiger Grund für den Zusammenbruch der angesehenen Hamburger Überseefirma Schlubach, Thiemer u. Co. im Juni 1931, die Plantagen und Niederlassungen in Mittelamerika und Afrika besaß. [Rolf] E[rdmann], Zusammenbruch im Hamburger Überseehandel, in: HA, 12. 6. 1931.
- ¹⁷² L. Fenchel, Die Schrumpfung des Welthandels und Weltseeverkehrs. In: Wirtschaftsdienst 1932, S. 1223–1226. Die zitierten Berechnungen des Statistischen Reichsamts beziehen sich auf 91 Länder, die 99% des gesamten Welthandels abwickelten.
- ¹⁷³ Hamann/Habicht; Jantzen, S. 78f.; außerdem Bericht der Hbg. Gesandtschaft v. 28. 11. 1928 betr. Exportförderung, StAH: SKRAA II, III A 1 c 17, Bd. 3.
- ¹⁷⁴ Gesandtschaft, Bericht, 28. 11. 1928, ebda.
- ¹⁷⁵ Hamburgische Exportbank. Ausfuhrfinanzierung, in: Hamburger 8-Uhr Abendblatt, 14. 1. 1929.
- ¹⁷⁶ Gesandtschaft, Bericht, 28. 11. 1928, StAH: SKRAA II, III A 1 c 17, Bd. 3; Bericht des Berliner Vertreters der HK-Hbg, W. Eller, vom 23. 10. 1929, AHK: 77 D 63 g 2.
- ¹⁷⁷ Gesandtschaft, Bericht, 28. 11. 1928, StAH: SKRAA II, III A 1 c 17, Bd. 3; W. Eller, Bericht, 4. 6. 1929, AHK: 77 D 63 g 2.
- ¹⁷⁸ Hamburgische Exportbank, 14. 1. 1929 (vgl. Anm. 175); Aktenvermerk, 14. 10. 1930, BAK: R 2/13157; Schreiben der Hamburgischen Bank von 1923 an RFM, 3. 8. 1931 und 29. 8. 1931, ebda.

- 179 Gesandtschaft, Bericht, 28. 11. 1928, StAH: SKRAA II, III A 1 c 17, Bd. 3.
- 180 Abraham Frowein, Referat: Finanzschwierigkeiten beim Absatz deutscher Industrieerzeugnisse in Übersee, Hamburger Exporttagung am 30. 6. 1931, S. 2, AHK: 78 B 3/20.
- 181 Im RFM angefertigter Aktenvermerk, 14. 10. 1930, S. 4, BAK: R 2/13157.
- 182 Ebda; Memorandum der Hamburgischen Bank von 1923 für Besprechung im RWM am 11. 11. 1931, BAK: R 2/13157.
- 183 Berenberg-Goßler, Vorstandsmitglied der Hbg. Bank von 1923, in einer Besprechung mit Bernard am 7. 11. 1930, Aufzeichnung Bernard 8. 11. 1930, S. 1, BAK: R 2/13157.
- 184 Gesandtschaft, Bericht, 28. 11. 1928, S. 6, StAH: SKRAA II, III A 1 c 17, Bd. 3; Aufzeichnung Bernard, 8. 11. 1930, BAK: R 2/13157; W. Eller, Bericht, 23. 10. 1929, S. 2, AHK: 77 D 63 g 2.
- 185 Ebda; im RFM angefertigter Aktenvermerk, 14. 10. 1930, S. 4, BAK: R 2/13157.
- 186 Aufzeichnung Bernard über Besprechung mit Vertretern der Hbg. Bank von 1923, 8. 11. 1930, BAK: R 2/13157; Niederschrift über 27. Sitzung des Reichskreditausschusses am 26. 9. 1930, S. 1: Ausführungen des Direktors der Reichskreditanstalt, Samuel Ritscher, BAK: R 2/13157.
- 187 Aufzeichnung Bernard 8. 11. 1930, S. 1 f., BAK: R 2/13157.
- 188 Ebda, S. 3.
- 189 Genauer über die komplizierte Zollgesetzgebung und die einzelnen Tarife: Sering, S. 829–842.
- 190 Sering, S. 835; Teichmann, S. 280.
- 191 Sering, S. 840.
- 192 Genauer dazu: Teichmann, S. 193–212; Sering, S. 837.
- 193 Zu den folgenden Abschnitten: Teichmann, S. 259–297; Sering, S. 842–851; Saldern, Hermann Dietrich, S. 45–70.
- 194 Eine genauere Übersicht über die laufend wechselnden Quoten findet sich bei Teichmann, S. 278.
- 195 Fa. Otto Friedeberg an HK-Hbg., 28. 7. 1930, AHK: 77/4. Vgl. auch Teichmann, S. 279.
- 196 Fritz Baade im »Deutschen Volkswirt« 1930/31, S. 172, zitiert nach Sering, S. 842.
- 197 Kabinettsitzung am 7. 4. 1930, BAK: R 43 I/1442, Protokoll, S. 9. Zu einem sehr kritischen Urteil kamen auch die angesehenen Volkswirtschaftler Bernhard Harms und Edgar Salin, vgl. ihren Briefwechsel über diese Frage bei: Brügelmann, S. 141–144.
- 198 Die zwiespältige Haltung Brünings zeigen z. B. die Protokolle über die Ministerbesprechungen am 17. 2. 1931, BAK: R 43 I/1448, S. 219, und am 23. 2. 1931, ebda, S. 370. Den Zielkonflikt zwischen Agrar- und Handelspolitik, die Gegensätze innerhalb des Kabinetts in dieser Frage und die Versuche der Interessenverbände, die Regierung in ihrem Sinne zu beeinflussen, zeigen: Koops, Zielkonflikte; Gessner, Agrardepression.
- 199 Dies wird übereinstimmend in zahlreichen Schreiben an die HK-Hbg. berichtet: AKH: 77/4. In der Senatssitzung am 13. 8. 1930 bestätigte Staatsrat Heidecker die Angaben. StAH: Staatl. Pressestelle II, F III 1 m.
- 200 Zahlreiche Schreiben sowie Berichte des Berliner Vertreters der HK-Hbg. in AHK: 78 K 13.
- 201 Z. B. Abschrift eines Berichts aus Holland an den DIHT, 8. 10. 1930, AHK: 40 A 2/18. Dieselbe Akte enthält ähnliche Berichte auch aus anderen Ländern, insbesondere aus Frankreich.

- 202 Vgl. Statist. Jb. Reich 1930, S. 234.
- 203 Berechnet nach: Carl Krämer, Der deutsche Außenhandel im 1. Halbjahr 1928, in: Wirtschaftsdienst 1928, S. 1384.
- 204 Die folgende Darstellung beruht auf zahlreichen Berichten im AHK: 77/4.
- 205 Anlage zum Schreiben des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse an die HK-Hbg., 29. 7. 1930, AHK: 77/4, Bl. 21.
- 206 Fa. Heinrich Bredebusch an HK-Hbg., 25. 7. 1930, AHK: 77/4, Bl. 42.
- 207 Eingabe der Handelskammern Bremen, Lübeck und Hamburg an den Reichskanzler, Reichswirtschafts- und Reichsaußenminister, 13. 8. 1930 und Auszug aus dem Senatsprotokoll vom selben Tag (dort das Zitat) im StAH: Staatl. Pressestelle II, F III 1 m.
- 208 Bericht über die Besprechung der Vertreter der Hanseatischen Handelskammern mit dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Trendelenburg, 6. 11. 1930, AHK: 77/4.
- 209 Zur Entwicklung der Bankenkrise: Gerd Hardach, Weltmarktorientierung, S. 126–139; Stucken, S. 82–88; Lüke, S. 268–310; Born, Bankenkrise, S. 56–109; zur Regelung des Zahlungsverkehrs: ebda, S. 114–116, genauer: Reichsgesetzblatt (RGBl) 1931, Teil I, S. 365–369, 376–379, 388–394, 405 f., 419–421. – Die folgende Zusammenfassung der wichtigsten Auswirkungen für den Außenhandel basiert auf Berichten und Schreiben im AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 1–2; 29 K 6a/1, Bd. 1; 29 K 10/20, Bd. 1.
- 210 Vgl. hierzu und zum folgenden: Stucken, S. 92–98; Born, S. 57, 67–85.
- 211 RGBl. 1931 I, S. 365–368 und 373–376.
- 212 W. Eller, Bericht über eine Besprechung von Vertretern der DHSG und der HK-Hbg. mit Reichsbankdirektor Fuchs am 17. 7. 1931, AHK: 29 K 10/20, Bd. 1; RGBl. 1931 I, S. 376, 393, 405.
- 213 RGBl. 1931 I, S. 421–425.
- 214 Heidecker an Hbg. Gesandtschaft, 3. 8. 1931; Bericht Heideckers über Besprechung im RWM, 6. 8. 1931, StAH: SKRAA II, II A 4/29/14, Bd. 1; Bericht über dieselbe Besprechung in der 16. Plenarvsmg. der HK, 5. 8. 1931; Niederschrift über Besprechung zwischen Vertretern des Senats, der Reichsbankhauptstelle Hamburg, des Landesfinanzamts und der HK über die Devisenverordnung, 3. 8. 1931, AHK: 29 K 10/20, Bd. 1.
- 215 Z. B. Fa. Ph. Astheimer und Sohn an HK, 6. 8. 1931 (Fruchtimporteure); Verband Hanseatischer Weinhändler-Vereine an den Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels, 6. 8. 1931, AHK: 29 K 10/2, Bd. 1; Berliner Börsenzeitung, 14. 8. 1931: Drosselung des Agrarimports mit Hilfe der Devisenordnung? Forderungen des Landbundes an die Reichsregierung.
- 216 Schäffer, Tagebuch, 7. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13a; Luther, Tagebuch, 15. 8. 1931, BAK: NL Luther 365.
- 217 Mitteilung des Präses der HK-Hbg., 7. 8. 1931, AHK: 29 K 10/20, Bd. 1; Fernspruch Hamburg. Gesandtschaft an SKRAA, 10. 8. 1931, StAH: SKRAA II, II A 4/29/14, Bd. 1.
- 218 Deutscher Reichs- und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 197, 25. 8. 1931; 17. und 18. Plenarvslg. der HK, 21. und 25. 8. 1931, AHK: Protokolle; Niederschrift über Sitzung der Warensektion der HK, 25. 8. 1931, AHK: 29 K 10/20, Bd. 2; HK-Hbg., Jahresbericht 1931, S. 35 f.; ferner zahlreiche Schreiben in AHK: 29 K 7/5, Bd. 1 und 29 K 10/2, Bd. 2. Verhandlungen mit RWM und Reichsbank über Änderung der Vorschrift: ebda, 29 K 7/5, Bd. 1.
- 219 HA 251, 27. 10. 1931: Handel und Devisenwirtschaft. In der 17. Plenarvsmg. der HK am 21. 8. 1931 wurde geklagt, daß für Im- und Export z. Zt. keine

- Devisen zu erhalten seien. Die folgende Darstellung der mittelbaren Schwierigkeiten infolge der Devisenbewirtschaftung basiert auf einer Fülle von Zuschriften in AHK: 29 K 10/2, Bd. 1 und 29 K 10/20, Bd. 1. Ähnliche Berichte aus anderen Teilen des Reichs in BAK: R 2/14 186–14 188.
- ²²⁰ 17. Plenarvmlg. der HK, 21. 8. 1931, AHK: Protokolle.
- ²²¹ Hierzu und zu dem folgenden Abriß der Probleme nach der Pfundabwertung, die durch die NVO vom 2. 10. noch verschärft wurden: Schreiben und Berichte in AHK: 29 K 10/2, Bd. 2.
- ²²² Der Kurs des englischen Pfundes fiel 1932 auf durchschnittlich 14,76 RM. Statist. Jb. Reich, 1933, S. 360f.
- ²²³ RGBl 1931 I, S. 533–535. Über die Durchführung: HK-Hbg., Jahresbericht 1931, S. 36; Gutachten der HK für den Generalstaatsanwalt, 1. 7. 1932, AHK: 29 K 9/6.
- ²²⁴ Die folgenden Ausführungen nach den regelmäßigen Berichten von Carl Krämer, Hans Otto Wesemann, John Brech und L. Fenchel im Wirtschaftsdienst 1928, S. 1383–1386; 1929, S. 180, 437–440, 1405–1408; 1930, S. 147, 486–489, 1315–1319, 1884; 1931, S. 145, 277–280, 1223–1226, 1340–1344; 1932, S. 82, 207–212, 463–469. Vgl. im Anhang Tab. 16.
- ²²⁵ Rudolf Ascher, Referat bei Hamburger Exporttagung, 30. 6. 1931, AHK: 78 B 3/21, Bl. 26.
- ²²⁶ Vgl. im Anhang Tabelle 17.
- ²²⁷ [Rolf] E[rdmann], Zusammenbruch im Hamburger Überseehandel. Schlubach, Thieme u. Co. stellen die Zahlung ein, in: HA 12. 6. 1931.
- ²²⁸ A. Schönberg, Denkschrift, 7. 7. 1933, BAK: R 2/13 179.
- ²²⁹ Vermerk über Besprechung von O'Swald u. Bitter im RFM am 30. 10. 1931, 31. 10. 1931, BAK: R 2/13 157.
- ²³⁰ Der Reichsbankdiskont betrug im Monatsdurchschnitt im Mai 1931 5 %, im Juni 6,2 %, im Juli 8,6 %, im August 11,8 %, seit September 8 %. Am 1. August 1931 wurde er vorübergehend auf 15 % erhöht. Statist. Jb. Reich 1932, S. 355; Jahresbericht HK-Hbg. 1931, S. 27.
- ²³¹ Die Einnahmen aus Lagermieten sanken gegenüber 1929 auf durchschnittlich 85 % (1930), 76 % (1931), 53 % (1932) und schließlich 38 % (1933), die Gebühren für den Warenumschlag auf ca. 60 % (1933). Eingabe des Vereins der Lagerhalter von Hamburg und Nachbarorten an die Behörde für Wirtschaft, 26. 1. 1934; außerdem: Denkschrift Schaafhausen, 5. 5. 1930 sowie mehrere Eingaben von Freihafenlagerfirmen mit Aufstellungen über Geschäftstätigkeit, Einnahmen und Ausgaben in: StAH: DHSG II, XVI A 1/20/1; HA 116, 20. 5. 1932: Leere Lager im Hamburger Hafen.
- ²³² L. F[enchel], in: Wirtschaftsdienst 1931, S. 479; 1932, S. 248–251. Vgl. Anm. 101.
- ²³³ Vgl. Anm. 91. Generell dazu die regelmäßigen Berichte über den Weltfrachtenmarkt, insbesondere die Halbjahres- und Jahresübersichten, in: Wirtschaftsdienst 1929–1932 und L. Fenchel, Die Verkehrskrise der deutschen Schifffahrt, ebda. 1932, S. 248–251.
- ²³⁴ Index der englischen Schifffahrtskammer, die nur die freie Schifffahrt berücksichtigte, während das Statist. Reichsamte die – in Deutschland ausschlaggebende – Linienschifffahrt einbezog. Seit 1931 sind diese Zahlen wegen der Pfundentwertung nicht mehr auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen. Der Index stieg wieder von 81,8 auf 83,3 %. L. Fenchel, Der Weltfrachtenmarkt 1930, in: Wirtschaftsdienst 1931, S. 162–164 und M[ax] D[rews], Der Weltfrachtenmarkt 1931, ebda 1932, S. 97–100. Im Juli 1931 erzielte ein 220 t großes Küstenschiff für

- eine 20tägige Fahrt 1250 RM Fracht, von denen für Zinsendienst, Reparaturen und Unterhalt der Familie 275 RM übrigblieben. Paul Schulz-Kiesow, Wettbewerbsprobleme der deutschen Küstenschifffahrt, ebda 1931, S. 1839–1841.
- ²³⁵ L. Fenchel, Der Weltfrachtenmarkt 1929, in: Wirtschaftsdienst 1930, S. 205–207.
- ²³⁶ Vgl. im Anhang Tabelle 18. L. Fenchel, Die Krise im nordatlantischen Passagierverkehr, in: Wirtschaftsdienst 1931, S. 1736–1739; ders., Die Verkehrskrise der deutschen Schifffahrt, ebda 1932, S. 248–251.
- ²³⁷ Vgl. im Anhang Tabelle 20. Die HAL zog 1931 etwa ein Drittel ihrer Flotte aus dem Verkehr (HC 300, 29. 6. 1932, Aktionärsdebatte bei der Hapag).
- ²³⁸ Zu diesem Abschnitt die Berichte von Rolf Erdmann und Max Drews in: Wirtschaftsdienst 1929, S. 584–586; 1930, S. 627–631; 1931, S. 885–889; Erdmann in HA 66, 19. 3. 1930; Kurt Zepf in: HE 90, 31. 3. 1931; Der Abschluß der Hamburg-Süd, in: Hamburger 8-Uhr Abendblatt 109, 12. 5. 1931.
- ²³⁹ Der HAL und dem Norddt. Lloyd erlaubte nur die Auszahlung der ersten Entschädigungsrate für die in den USA beschlagnahmten Schiffe 6% Dividende zu gewähren.
- ²⁴⁰ Zu diesem Abschnitt: Vossische Zeitung 276, 9. 6. 1932; HA 120, 25. 5. 1932; HN 239, 25. 5. 1932; HF 164, 14. 6. 1932.
- ²⁴¹ Reichsverkehrsmin. an Staatssekretär in Reichskanzlei, 15. 1. 1932, BAK: R 43 I/2135.
- ²⁴² Bei der HAL, dem Lloyd und der Hamburg-Süd wurden die Aktien im Verhältnis 3 : 1, bei den ebenfalls in Hamburg beheimateten beiden Afrikareedereien im Verhältnis 10 : 3 zusammengelegt.
- ²⁴³ Hierzu und zum folgenden: HA, 7. 9. 1931; HA 225, 26. 9. 1931; HC 300, 29. 6. 1932; Vossische Zeitung 276, 9. 6. 1932.
- ²⁴⁴ Reichsverkehrsmin. an Staatssek. in Reichskanzlei, 15. 1. 1932, BAK: R 43 I/2135.
- ²⁴⁵ Präsident des Senats an Reichskanzler, 12. 3. 1932, BAK: R 43 I/2135 und persönliches Schreiben Petersen an Dietrich, 12. 3. 1932, StAH: SKRAA II: III B 12/5, Inv. 2, Bd. 3.
- ²⁴⁶ RGBl. 1932 II, S. 97. Zur Vorgeschichte der NVO zahlreiche Schriftstücke in BAK: R 43 I/2135; R 2/15929–15930; NL Silverberg 700; ferner: Schäffer, Tagebuch, 7. 1. und 11. 3. 1932, IfZ: ED 93, Bd. 17a und 19a; HA 38, 15. 2. 1932; HF 79, 19. 3. 1932; HA 68, 21. 3. 1932.
- ²⁴⁷ Im Reichskabinettt waren die Meinungen über eine stärkere Zusammenfassung von HAL und Lloyd geteilt: Während der Verkehrsminister Treviranus darauf drängte, warnte der Finanzminister Dietrich davor, die HAL mit den Verpflichtungen des Lloyd zu belasten. Dietrich an Treviranus, 19. 12. 1931, BAK: R 2/23 361. Außer den in Anm. 246 genannten Akten sind für diesen Abschnitt wichtig: NL Silverberg 697; Tagesvermerk Luthers, 17. 3. 1932, NL Luther 368; Schäffer, Tagebuch, 7. 1. 1932, IfZ: ED 93, Bd. 17a; HA 63, 15. 3. 1932.
- ²⁴⁸ Dazu die Aufsätze von Max Drews, Rolf Erdmann und Paul Schulz-Kiesow in: Wirtschaftsdienst 1930, S. 747–750, 1009–1012; 1931, S. 1771–1774, 2012–2015; HA 296, 19. 12. 1930; HA 244, 19. 10. 1931; HA 246, 24. 10. 1931; Eingaben und Berichte in StAH: SKRAA II, III B 17/3 und DHSG II, Spezialakten XXI A 18/40/4/2. – Anfang Juni 1932 bezogen in Hamburg 700 Privatschiffer Wohlfahrtsunterstützung. Cords in der 10. Plenarvsmgl. der HK, 3. 6. 1932, AHK: Plenumsprotokolle.
- ²⁴⁹ DHSG an Schiffer-Verein »Kehrwieder«, 15. 10. 1931, StAH: DHSG II, Spez. XXI A 18/40/4/2.

- ²⁵⁰ RGBl. 1931 I, S. 783 f. Verhandlungen bis zur Bildung der Elbe-Zwangskartelle im Juni 1932 in StAH: SKRAA II, III B 17/3.
- ²⁵¹ Interessenverein der Bugsierdampferbesitzer, Hamburg, an Reichskanzler, 7. 10. 1932, StAH: DHSG II, Spez. XXI A 17/58.
- ²⁵² Dass. und Mitteldeutscher Kleinschiffer-Verband an Reichskanzler, 25. 6. 1931, BAK: R 43 I/2133.
- ²⁵³ Vgl. Tabelle 19.
- ²⁵⁴ Rolf Erdmann, Max Drews und Paul Schulz-Kiesow in: Wirtschaftsdienst 1930, S. 1619–1622; 1931, S. 716–719, 1466–1468; HA 238, 11. 10. 1930; HF 66, 7. 3. 1930. Genaue Zahlen über Umfang und Entwicklung des deutschen Seeschiffbaus finden sich regelmäßig in den Statistischen Jahrbüchern für das Deutsche Reich. 1930 umfaßten deutsche Bestellungen 150892 BRT, ausländische 143555 BRT; am 1. Jan. 1931 deutsche 46530 BRT, ausländische 195500 BRT (Drews, Wirtschaftsdienst 1931, S. 1466).
- ²⁵⁵ Vgl. Anlage 5. Hamburgisches Gewerbeaufsichtsamt, Jahresbericht 1930, S. 7; Entwurf Jahresbericht 1930 der GK-Hbg., S. 30, AHdK, ohne Signatur.
- ²⁵⁶ Dazu die Berichte über die Werftabschlüsse in: Wirtschaftsdienst 1931, S. 1468; HC 568, 5. 12. 1930; HF 66, 7. 3. 1930; HA 45, 23. 2. 1931; Vossische Zeitung 598, 19. 12. 1931; HE 5, 5. 1. 1932; HF 74, 14. 3. 1932; HE 303, 20. 12. 1932; Vossische Zeitung 594, 12. 12. 1932. Das Geschäftsjahr endete bei Blohm und Voß am 30. Juni, bei der Deutschen Werft am 31. Dezember. Die Angaben über den Arbeiterbestand bei Blohm und Voß nach Aufstellungen im Archiv der Firma: 608 S 11.
- ²⁵⁷ Die Darstellung in diesem Abschnitt beruht auf den Jahresberichten des Hamburgischen Gewerbeaufsichtsamts für 1929, 1930 und 1931/32, S. 8–15, 6–8 bzw. S. 8 f.; denen der GK-Hbg. für 1929, 1930 und 1931, in: HIGZ 1930, S. 3–6, 1931, S. 1–5 bzw. 1932, S. 1–7; ferner auf dem Material zum Jahresbericht 1930 der GK sowie den Ausführungen des Syndikus Stenzel in der Plenarvmlg. der GK am 16. 10. 1931, AHdK: Akte Jahresbericht, ohne Signatur bzw. I B 22.
- ²⁵⁸ Im Bezirk des LAA Nordmark war 1931 für 15,3 % der Gewerkschaftsmitglieder Kurzarbeit eingeführt. Jahrbuch 1931 des ADGB, S. 37. Der Ortsausschuß Groß-Hamburg ermittelte die Zahl der Kurzarbeiter unter seinen Mitgliedern zum letztenmal im Februar 1930; es waren 12 %. Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB, Bericht 1930, S. 22 f. Für die Stadt Hamburg liegen erst für Juli 1932 Zahlen aus den Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten vor, vgl. Anlage 13.
- ²⁵⁹ Soweit nichts anderes vermerkt wird, basieren die Angaben in diesem Abschnitt auf den in Anm. 257 genannten Jahresberichten, den Meldungen der einzelnen Innungen für die Jahresberichte 1929 bis 1931 der GK-Hbg., AHdK: Akten Jahresbericht, ohne Signatur, sowie dem Artikel: Das hamburgische Handwerk über sich selbst, in: HIGZ 1932, S. 49–52. Die Situation des gesamten deutschen Handwerks und Einzelhandels beschreibt Winkler, Mittelstand, S. 31–38, und bietet in den Anmerkungen, S. 205–207, zahlreiche Quellenhinweise und weitere wichtige Zahlenreihen. Zur Bewertung der Ergebnisse vgl. Anm. 269.
- ²⁶⁰ HA 303, 30. 12. 1931: Das Handwerk an der Jahreswende.
- ²⁶¹ Statist. Jb. Hbg. 1930/31, S. 199 und 1932/33, S. 108.
- ²⁶² Geschätzt aufgrund der im Gewerbeammerbezirk gezahlten Lohnsumme. Sie ging gegenüber 1929 um 60 % zurück. Da sich die Baukrise im Landgebiet früher und stärker auswirkte, ist für die Stadt Hamburg mit einer Minderbeschäftigung von 40 bis 50 % zu rechnen. Entwurf Jahresbericht 1930 der GK-Hbg., S. 45, AHdK: Akte Jahresbericht 1930, ohne Signatur.
- ²⁶³ Vgl. Tabelle 21. Die Wohnbautätigkeit in der Stadt Hamburg im Jahre 1931, in:

HVV 1932, S. 8f.; Der Wohnungsbau im hamburgischen Staate in den Jahren 1930 bis 1934, ebda 1935, S. 105–108; Jahresbericht Gewerbeaufsichtsamt Hbg. 1929, S. 14, 1930, S. 7; Jahresbericht HK-Hbg. 1929, Bd. 2, S. 157f. 98,6% der Wohnungsneubauten wurden im Rechnungsjahr 1928/29 in Hamburg mit Hilfe von Staatszuschüssen finanziert (Statist. Jb. Städte, 1930, S. 211). Generell dazu Fischer-Dieskau, a. a. O.

- ²⁶⁴ Entwürfe Jahresbericht 1930 der GK-Hbg., S. 60; 1931, S. 9, 90a, AHdK: Akte Jahresbericht, ohne Signatur; Das hamburgische Handwerk über sich selbst, in: HIGZ 1932, S. 50.
- ²⁶⁵ Vgl. Anlage 40. HA 7, 7. 1. 1931; Tyszka in HA 22. 5. 1931; HA 303, 30. 12. 1931; HIGZ 1932, S. 50f.; Mitteilungen verschiedener Innungen für die Jahresberichte 1930 und 1931 der GK-Hbg., AHdK: Akten Jahresbericht, ohne Signatur. – Nach Walter Weise, Der Haushalt der Handwerkswirtschaft. Einnahmen und Ausgaben des deutschen Handwerks in den Jahren 1928 bis 1933. Hannover 1935, S. 31ff., sanken die Umsätze im Vgl. zu 1928 reichsweit auf 80% (1930), 65% (1931) und 50% (1932), die Gewinne aber erheblich stärker auf 67% (1930), 48% (1931) und 33,5% (1932).
- ²⁶⁶ Reichspartei des deutschen Mittelstandes an RK, 22. 7. 1931, BAK: R 43 I/2371.
- ²⁶⁷ Handwerkerenquête, Bd. 1, S. 350–358 (Erhebungen der Handwerkskammern Wiesbaden, Koblenz und Harburg); Wulf, S. 51 (Handwerkskammerbezirk Flensburg); HA, 19. 3. 1931, Das Handwerk in der Krise. Der wöchentliche Tariflohn lag in Hamburg bei 40 bis 48 RM. Statist. Jb. Hbg. 1930/31, S. 225.
- ²⁶⁸ Die Lage des Schuhmacherhandwerks, in: HIGZ 1931, S. 291f.; Entwürfe für Jahresberichte der GK-Hbg. 1929, S. 23f.; 1930, S. 103–105, 117f.; 1931, S. 133–137, AHdK: Akten Jahresbericht, ohne Signatur. Von den selbständigen Uhrmachern bezogen 8% Wohlfahrtsunterstützung (HIGZ 1932, S. 50). Andere konkrete Zahlen über die Inanspruchnahme der Wohlfahrtsbehörde durch ehemals selbständige Handwerker liegen für 1931 nicht vor. Doch bestätigen verschiedene Wohlfahrtsstellen die Innungsberichte über die stark zunehmende Hilfsbedürftigkeit in diesen Kreisen (StAH: Sozialbehörde I, VG 54/31).
- ²⁶⁹ Jahresbericht der Wohlfahrtsstelle IV für 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 54/31. Diese gleicherweise für ehemals selbständige Handwerker wie Einzelhändler geltende Beobachtung der Wohlfahrtspfleger zeigt, daß Winkler, Mittelstand, S. 31–38, die Lage der Gewerbetreibenden in der Weltwirtschaftskrise zu positiv beurteilt. Auch wenn ihre materielle Situation nicht schlechter war als die der Arbeitslosen und der meisten Kurzarbeiter – darin ist Winkler zweifellos recht zu geben –, war die »Panik im Mittelstand« begründet. Die jährlichen Durchschnittseinkommen der selbständigen Gewerbetreibenden lagen 1928 vermutlich nicht, wie Winkler meint, »etwas«, sondern recht erheblich unter den vom Statistischen Reichsamt geschätzten 3000 bis 4000 RM, weil einerseits Warenhäuser und andere Großbetriebe in die Statistik einbezogen wurden, andererseits Bezieher kleinster, nicht steuerpflichtiger Einkommen – im Handwerk fast 40% der Betriebsinhaber – unberücksichtigt blieben. Der finanzielle Vorsprung der Gewerbetreibenden vor den Privatangestellten und Arbeitern, deren mittlere Jahresverdienste Winkler im Anschluß an Max Victor (Die Arbeit 1931, S. 23) für 1928 (nicht 1925!) mit 2600 RM bzw. 1825 RM angibt, war daher nicht mehr »beträchtlich«, zumal viele Arbeitergruppen erst nach dem Stichtag bedeutende Lohnerhöhungen durchsetzten. Am 1. Dezember 1930 beliefen sich allein die Tariflöhne ohne Akkord- und Überstundenzuschläge im Durchschnitt auf jährlich 2500 RM für gelernte und 2000 RM für ungelernete männliche Arbeiter. Berechnet nach Statist. Jb. Reich 1931, S. 283. Die negativere Bewertung der Aus-

- gangsposition führt zu dem Schluß, daß der rund 50%ige Umsatzrückgang bis 1932 (Winkler, S. 33 und Anlage 22 dieser Arbeit) den selbständigen Mittelstand in schwere Bedrängnis brachte. Dem widerspricht auch nicht die Tatsache, daß sich die Kleinbetriebe mit maximal fünf Beschäftigten zwischen 1925 und 1933 vermehrten, weil dies ausschließlich auf die Zunahme der Alleinbetriebe, insbesondere durch Neugründungen von Erwerbslosen, zurückzuführen ist.
- ²⁷⁰ John Lemmel, Vors. des Vereins der Kolonialwarenhändler an DK, 15. 12. 1930, AHK: 102/4 C 3/14; HA 291, 14. 12. 1931: Einzelhandel und Preissenkungskaktion.
- ²⁷¹ HA 165, 18. 7. 1931: Der Einzelhandel in der Geldknappheit; HA 178, 3. 8. 1931: Anormaler Ausverkauf; Paul Schulz-Kiesow, Der Einzelhandel in der Geld- und Kreditkrise, in: Der Einzelhandel 1931, S. 92 f.
- ²⁷² HA 240, 14. 10. 1931: Verschärfter Wettbewerb im Einzelhandel.
- ²⁷³ Vgl. im Anhang Tabelle 22. Die Hamburger Detaillistenkammer erstellte seit 1925 regelmäßig Tabellen über die Umsatzentwicklung im Einzelhandel, indem sie aus jeder Branche 20 repräsentative – große, mittlere und kleine, in der Innenstadt und in den Außenbezirken gelegene – Geschäfte für die Erhebung auswählte. Da das Archiv der Kammer zum größten Teil verlorenging, ist nur noch diese eine Statistik in den Akten der Wohlfahrtsbehörde erhalten. StAH: Sozialbeh. I, AF 81/30, Bd. 2. Die generelle Umsatzschrumpfung um 38,7% entsprach ziemlich genau dem Reichsdurchschnitt: Winkler, Mittelstand, S. 206, Anm. 66.
- ²⁷⁴ Vgl. S. 89.
- ²⁷⁵ Für die folgenden Ausführungen vgl. die Tabellen 14 und 15. Der Landesfinanzbezirk Unterelbe deckt sich mit dem Gebiet des Hamburger Staates.
- ²⁷⁶ Petzina, Problem des Verlaufs, S. 29.
- ²⁷⁷ Vgl. Tabellen 7 bis 13, außerdem Anm. 148; die Zahlen für die einzelnen Monate bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 274–276.
- ²⁷⁸ Für spätere Termine liegen keine vergleichbaren Hamburger Zahlen vor.
- ²⁷⁹ Wanderungsbilanz in der Stadt Hamburg:

	1928	1929	1930	1931	1932
Zugewanderte	132 621	118 437	100 297	85 913	76 017
Abgewanderte	118 776	106 407	102 700	96 577	89 624
Bilanz	+13 845	+12 030	– 2 403	–10 664	–13 607

Die Bevölkerungsbilanz der Stadt Hamburg im Jahre 1931, in: HVW 1931, S. 321; im Jahre 1932, ebda. 1932, S. 225.

- ²⁸⁰ HVW 1933, S. 85–87. Es handelt sich um die ortsanwesende Bevölkerung. Die Wohnbevölkerung vermehrte sich in der Stadt um 4,9%, im Landgebiet um 21,5% und im Staat um 5,7%. Statist. Jb. Hbg. 1933/34, Nachtrag, S. 7.

3. Kapitel

¹ Haller, a. a. O.

² Vgl. Baumgarten; Netzband/Widmaier; Krohn.

³ Während die privaten Anlageinvestitionen 1926 um 11,9% zurückgingen, nahmen die öffentlichen um 15,4% zu. Der Gesamthaushalt von Reich, Ländern und Gemeinden wirkte mit etwa 1,7 Mrd. RM expansiv bei einem Bruttosozialprodukt von ca. 73,7 Mrd. RM. Am wichtigsten waren die Investitionen der

Gemeinden. Der Reichshaushalt allein hatte nur einen geringen expansiven Effekt, da die inlandswirksamen Ausgaben nur um 127 Mio. RM größer waren als die Einnahmen. Baumgarten, S. 92–104.

- 4 Dies zeigen auch Ausführungen des Reichswirtschaftsministers Curtius, der am 3. 3. 1928 im Reichstag dafür plädierte, durch geeignete Verteilung der öffentlichen Aufträge Konjunkturschwankungen auszugleichen, zitiert bei Baumgarten, S. 132.
- 5 Der Deutsche Volkswirt 2 (1927/28), S. 259.
- 6 Die Finanzpolitik des Kabinetts Müller wird ausführlich dargestellt von Maurer, a. a. O.; Vogt in der Einleitung zu Kabinett Müller II; Dieckmann, Popitz, S. 78–94; das Jahr 1928 außerdem von Baumgarten, S. 126 ff.
- 7 Baumgarten, S. 143–147.
- 8 Ebda, S. 146; Timm, S. 23–25; Preller, S. 374.
- 9 Ebda, S. 157.
- 10 Maurer, S. 63 f.
- 11 Zitiert nach Maurer, S. 63.
- 12 Soweit nicht anderes vermerkt wird, beruht die Darstellung der Finanzpolitik in der Ära Brüning außer auf den in Anm. 10 zur Einleitung genannten Arbeiten auf folgenden Untersuchungen: Korsch, a. a. O.; Saldern, Hermann Dietrich, S. 114–148; Born, Bankenkrise, S. 43–54; W. Fischer, Wirtschaftspolitik 1918–1945, S. 43–54; ferner auf der Analyse der wichtigsten Gesetze und Notverordnungen in RGBl. I 1930, S. 131 ff., 207 ff., 311 ff., 463 f., 517 ff.; 1931, S. 12 f., 279 ff., 453 f., 537 ff., 699 ff. Besonders anregend sind die kritischen Studien von Ziemer und Jochmann, Brünings Deflationspolitik. Morsey, Brünings Kritik, zeigt die Kontinuität im finanzpolitischen Denken des Abgeordneten und Kanzlers. Um eine Rechtfertigung bemüht sich Hermens, Das Kabinett Brüning. Brüning selbst vertritt seine Konzeption in seinen »Memoiren 1918–1934« ganz unkritisch; offenbar haben weder die Erfahrung des »New Deal« noch die spätere Diskussion über seinen Kurs einen Auffassungswandel herbeigeführt.
- 13 Vgl. später, S. 163, 245; Preller, S. 439–443.
- 14 Vgl. Maurer, S. 63; Helbich, S. 35. Am 27. 5. 1930 äußerte Brüning im Kabinett: »Wenn man das ganze Defizit durch neue Lasten decken würde, würde man die Wirtschaft sehr schädigen.« Bei Fortdauer der Weltkrise sei das allerdings unvermeidlich. Schäffer, Tagebuch, 27. 5. 1930, IfZ: ED 93, Bd. 8. Schäffer notierte wichtige Bemerkungen während der Sitzungen stenographisch in sein Tagebuch.
- 15 Brüning vor dem Fraktionsvorstand der Deutschen Zentrumspartei, 16. 6. 1930, abgedr. bei Morsey, Protokolle, S. 453; Schäffer, Denkschrift: »Zur Krisenfrage«, 15. 5. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 30, Bl. 143 ff.; ders., Tagebuch, 1. 5. 1931, ebda, Bd. 10, S. 134.
- 16 Helbich, a. a. O.
- 17 Schäffer, Tagebuch, 15. 12. 1930 (Brüning), IfZ: ED 93, Bd. 4, S. 307; ders., Denkschrift: »Zur Krisenfrage«, 15. 5. 1931, S. 5 ff., ebda, Bd. 30; Bericht der Hamburg. Gesandtschaft über Verhandlung der Vereinigten Reichsratsausschüsse mit dem Reichskanzler, 13. 8. 1931, StAH: SKRAA II, IA 17.
- 18 Vgl. S. 341, ferner Bondi, a. a. O. sowie Petzina, Interpretation, S. 168.
- 19 Zur Biographie Hahns: Ziemer, S. 229, A. 137; für Schwarzschild: Sösemann, S. 34–39. Schwarzschild selbst sprach am 18. 7. 1931 in seinem Tagebuch-Artikel: »Der Kollaps«, von Cassandra-Verzweiflung, mit der er wochenlang für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel plädiert habe. Schwarzschild, Die letzten Jahre, S. 123. Hahn schrieb rückblickend 1963: »Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens, jetzt, nach dreißig Jahren, noch

- dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war.« Hahn, Fünfzig Jahre, S. 81.
- ²⁰ Schwarzschild, Die letzten Jahre, S. 94–107. Sösemanns Charakterisierung (S. 119–123), Schwarzschilds »wirtschafts- und finanzpolitische Gegenvorschläge trugen inflationäre Züge«, ist durch den Anklang an damalige Vorwürfe irreführend. Zu einer positiven Würdigung kommt Ziemer, S. 159f.
- ²¹ Hahn, Kredit und Krise, Zitat auf S. 21, teilweise abgedruckt in: Hahn, Fünfzig Jahre, S. 84–86.
- ²² Hahn an Erkelenz, 11. 12. 1931, BAK: NL Erkelenz 62; Hahn, Fünfzig Jahre, S. 79.
- ²³ Vgl. besonders Grotkopp, a. a. O.; Korsch, a. a. O.
- ²⁴ Vermerk über eine Abendbesprechung beim Reichskanzler, 21. 5. 1931, BAK: R 43 I/2369, S. 118.
- ²⁵ Schäffer, Tagebuch, 15. 12. 1930, IfZ: ED 93, Bd. 9, S. 307.
- ²⁶ Brünings Eröffnungsworte in der Kabinettsitzung am 2. 6. 1931 gibt Luther folgendermaßen wieder: »Wir verwundeten jeden und hätten nirgends etwas wirtschaftlich Faszinierendes. Die Notverordnung werde nirgend einen psychologischen Antrieb zum Guten und Segensreichen bieten.« Luther, Tagebuch, 2. 6. 1931, BAK: NL Luther 425, S. 57; ferner Vermerk über eine Besprechung mit den Ministerpräsidenten in der Reichskanzlei am 2. 6. 1931, BAK: R 43 I/2369, S. 242. – Am 14. 6. 1931 sprach sich Brüning gegen die bewußte drastische Verschärfung der Deflation aus, weil die starke Wertsteigerung des Kapitals die Zinsenlast erschweren werde (Morsey, Protokolle, S. 530), und am 31. 7. 1931 stellte er in einer Besprechung mit Wirtschaftssachverständigen die Frage, wann die Deflationspolitik wegen der Verringerung der öffentlichen Einnahmen ihr Ende finden müsse; eine weitere Lohnsenkung lehnte er abermals entschieden ab, denn dadurch »würde eine verzweifelte politische Stimmung entstehen«. BAK: R 43 I/1139.
- ²⁷ Diese und die folgenden, teilweise unvereinbaren Überlegungen finden sich alle in der Aufzeichnung über eine Besprechung mit Wirtschaftssachverständigen am 31. 7. 1931, BAK: R 43 I/1139; Schäffer, Tagebuch, 31. 7. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 12, S. 509f.
- ²⁸ Besprechung mit Wirtschaftssachverständigen, 31. 7. 1931, BAK: R 43 I/1139; Ministerbesprechung, 3. 8. 1931, BAK: R 43 I/1451, S. 29f. Zur Position Silberbergs, der einen eigenen Plan zur Wirtschaftsbelebung mittels monetärer Maßnahmen entwickelte: Wolffsohn, S. 171–178.
- ²⁹ Z. B. Bericht der Hamburg. Gesandtschaft vom 13. 8. 1931 über Ausführungen Brünings vor den Vereinigten Reichsratsausschüssen, StAH: SKRAA II, IA1e7, S. 7. Ebenso vor den Führungsgremien des Zentrums am 14. 6. und 25. 8. 1931 (Morsey, Protokolle, S. 530, 542). Die nach der Pfundabwertung gebotene Devaluation der Reichsmark setzte Brüning ständig mit »Inflation« gleich, so ebda am 12. 10. und 15. 12. 1931 (Morsey, Protokolle, S. 546, 554).
- ³⁰ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 3. 8. 1931, BAK: R 43 I/1451, S. 30f.
- ³¹ Dietrich im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts, 26. 7. 1931, BAK: R 43 I/1450, S. 559. Ähnlich vor dem Gesamtvorstand der Dt. Staatspartei, 15. 8. 1931, BAK: R 45 III/49, S. 110f.
- ³² Schäffer, Tagebuch, 7. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13, S. 572f. Dietrichs Skepsis und Unsicherheit gegenüber der Deflationspolitik behandelt sehr gut: Saldern, Dietrich, S. 164–170.

- 33 Z. B. im Gespräch mit Luther, Saemisch und Schäffer am 12. 9. 1931, Schäffer, Tagebuch, IfZ: ED 93, Bd. 14, S. 773. Vgl. auch Grotkopp, S. 76; Wolffsohn, S. 67, 80–82.
- 34 Genauer dazu: Kroll, S. 380–395. Besonders wichtig sind die Denkschrift vom 9. September 1931: »Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturbelebung durch Investition und Kreditausweitung« mit dem vertraulichen Begleitschreiben (BAK: NL Kastl 4) sowie die Ausführungen Lautenbachs bei der Tagung der Friedrich-List-Gesellschaft am 16. und 17. Sept. 1931 (BAK: NL Luther 454). Die Denkschrift ist mit geringfügigen Abweichungen abgedruckt in: Lautenbach, S. 137–155. Vgl. auch Kurt Wolf (seinerzeit Beamter im RWM), S. 167f. Biographische Hinweise bei Grotkopp, S. 38f., Anm. 4.
- 35 Denkschrift, 9. 9. 1931, S. 9 (im Druck: S. 142). Lautenbach betonte (S. 17/148): »Das positive Handeln, Investitionen und Kreditbereitstellung, ist hierbei in jeder Beziehung das Primäre, die Sparmaßnahmen [sind] lediglich etwas Subsidiäres, gewissermaßen nur eine Versicherung gegen Überspannung oder Übertreibung, zugleich eine Versicherung gegen unliebsame psychologische Reaktionen, ein Palliativ gegen die törichte Inflationspsychose, an der die ganze Welt krank.«
- 36 Schäffer, Tagebuch, 1. 5. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 10, S. 134; ders., Denkschrift, 15. 5. 1931, ebda, Bd. 30, S. 143f. In dieser Denkschrift hatte Schäffer auch noch die Meinung vertreten, daß die Preissenkungspolitik wegen der »Gesamtdeflationskrise der Welt erforderlich ist und [...] am raschesten zur Gesundung der Krise führt.«
- 37 Schäffer, Denkschrift, 2. 9. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 31, S. 389–402, Zitat: S. 402. Die Denkschrift ist im vollen Wortlaut abgedruckt bei: Wandel, S. 307–315. Um so unverständlicher sind seine Ausführungen, Schäffer habe Brüning's Politik, bis zur Beseitigung der Reparationen eine scheinbar planlose Deflationierung zu betreiben, um anschließend die RM um 20% abzuwerten, voll und ganz unterstützt (S. 157). Abgesehen davon, daß es für diese Absicht außer Brüning's Memoiren keinen Beleg gibt, verkennt Wandel, daß Schäffer als Beamter die Richtlinienkompetenz des Kanzlers respektierte und deshalb seine eigenen Einsichten zurückstellte. Schäffer äußerte sich privat mehrfach kritisch über den absoluten Vorrang der Reparationspolitik. Wenn er in Denkschriften für Brüning seinen etatpolitischen Forderungen mit dem Hinweis auf die internationalen Verhandlungen Nachdruck zu geben versuchte, so war diese Argumentation taktisch motiviert. Die grundlegende Denkschrift behandelt Wandel am Rande, ohne zu klären, wie sie zu der angeblich völligen Übereinstimmung Schäffers mit Brüning paßt.
- 38 Tagebuchaufzeichnung Schäffers über Gespräch mit Luther am 31. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13, S. 729f. Wandel, S. 176. Auch Hahn versuchte nach der Pfundabwertung vergeblich, Luther zu einem Kurswechsel zu bestimmen. Nach seiner Erinnerung erklärte er ihm wörtlich: »Wenn Sie Ihre Politik des Preisabbaus statt des -aufbaus fortsetzen, so wird die Partei der bankerotten Debitoren zu der Partei der Nazis stoßen und Sie aus der Reichsbank depossedieren.« Hahn, Fünfzig Jahre, S. 82.
- 39 Schäffer an M. J. Bonn, 26. 10. 1931, BAK: NL Bonn 52. Schäffer an Brüning, 19. 3. 1932; Denkschrift vom 28. 2. 1932, IfZ: ED 93, Bd. 32, S. 75–86, 134–138; Tagebuch, 24. 4. 1932, ebda, Bd. 20, S. 499f. Wandel, S. 228.
- 40 Schäffer bei einer Unterredung mit Lautenbach und Carl Melchior, Tagebuch, 31. 7. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 12, S. 502.
- 41 Luther, Tagebuch, 2. 12. bzw. 30. 11. 1931, BAK: NL Luther 425, S. 19 bzw.

15 a: »Das Schreckliche bleibt, daß ich keinen Menschen habe, der mit mir sachlich das Ganze [Diskontsenkung] abwägt. Die Reichsbankleute kennen ja jede Entscheidung im voraus. Orthodoxie als Seelenverfassung in heutigen Zeiten – bei verantwortlichen Entscheidungen!« Ähnlich am 8. 12. 1931, ebda 369, S. 30. Die Spannungen klingen auch noch in Luthers Memoiren an: Vor dem Abgrund, u. a. S. 82 f., 250 f.

- ⁴² Tagebuch, 2. 12. 1931, BAK: NL Luther 369, S. 18; Abgrund, S. 251. Warburg, Aufzeichnungen, S. 142 f., urteilte rückblickend: »Ich kam zu der Überzeugung, daß Luther, der gewiß glänzende Redner- und vortreffliche Formulierungsgaben besaß, sich des Meisterns einer so exorbitanten Finanzkrise nicht gewachsen zeigte. Nur das unmittelbar Nächste im Auge, anstatt auch die weitere Zukunft zu sehen, wußte er auf die rapide ansteigende Arbeitslosigkeit keine Antwort.« In den unveröffentlichten Aufzeichnungen hieß es: »Luther war ein vorzüglicher Beamter, ein glänzender Redner, ein scharfer Denker. Aber jeder Phantasie bar. Ich hatte später mit ihm, namentlich während der Bankkrise, scharfe Auseinandersetzungen, ohne daß ich jeweils diesen sehr eigensinnigen Mann überzeugen konnte. In der Krisiszeit hätten Schacht und viele andere die nötigen Schritte viel richtiger getan als Luther, der eben doch nur ein Oberbürgermeister war.« (Privatarchiv Eric M. Warburg; M. M. W., Div. Korr. 1930, Schacht, S. 2). Nach den Erinnerungen Moldenhauers (BAK: NL Moldenhauer 3, S. 17 f.) begründete Warburg sein Eintreten für Luther 1930: »Luther gelte als der Mann, der 1923/24 als Finanzminister die Währung gerettet habe [...] Gewiß sei Luther kein Bankmann. Aber für die Reichsbank lägen die Dinge doch viel einfacher als für eine Großbank. Er verfüge über einen sehr guten Stab geschulter Beamter, so daß man Luther durchaus die Aufgabe übertragen könne.« Milder äußerte sich am 18. 7. 1931 Schwarzschild (Die letzten Jahre, S. 124) über den Reichsbankpräsidenten, »der, als Fünfzigjähriger in ein völlig neues Terrain versetzt, anormalen Ereignissen gegenüber nicht hilfloser war, als es billigerweise erwartet werden mußte«. Vgl. auch Grotkopp, S. 81 f.
- ⁴³ Dies zeigt z. B. ein Vergleich der Tagebucheintragung Luthers vom 2. 12. 1931, S. 18 f., mit den amtlichen Niederschriften, Vermerken Luthers und Schäffers über Ministerbesprechungen am 5., 6. und 7. 12. 1931, BAK: R 43 I/1453; NL Luther 367; IfZ: ED 93, Bd. 16, S. 1142 ff. Dem Kabinett gegenüber lehnte Luther in diesen Sitzungen die gewünschte Diskontsenkung ab, setzte sie aber am 8. 12. 1931 mit größter Mühe in der Reichsbank gegen den Widerstand insbesondere von Dreyse und Wilhelm Vocke durch (NL Luther 425, S. 29 f.). Am 10. 12. wurde der Reichsbankdiskont von 8 % auf 7 % reduziert.
- ⁴⁴ Luther zu Außenminister Curtius nach dessen Wiedergabe, Schäffer, Tagebuch, 26. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13, S. 709.
- ⁴⁵ Vgl. insbes. die Arbeiten von Gerd Hardach: Weltmarktorientierung, S. 117–162; Reichsbankpolitik; Währungskrise 1931; Die beiden Reichsbanken; Borchardt, Frage der währungspolit. Optionen; Stucken, S. 120 f.; Irmeler; Ziemer, S. 121–131; Grotkopp, S. 81 f., 126 f.; Kroll, S. 401 f., 406; zur Reaktion auf die Kreditkrise auch Born, S. 68 ff.
- ⁴⁶ Z. B. Vermerke über Unterredungen mit Luther am 4., 6. 3. 1931, BAK: R 43 I/2368, S. 276 f., 280. Schon vor seiner Ernennung zum Reichsbankpräsidenten hatte Luther in einer Unterredung mit dem Verleger des Hannoverschen Kuriers, Walther Jänecke, am 9. 3. 1930 auf die Möglichkeiten verwiesen, die er bei der kritischen Lage der Reichskasse als finanzieller Berater der Regierung erhalten würde und die er »mit Nachdruck« wahrnehmen wolle. BAK: NL Luther 365. In seinen Memoiren rechtfertigt Luther seine und Brünnings Politik entschie-

- den. Die Vorschläge der Reformer diskreditiert er, indem er sie in einem Atemzug mit den zahlreichen wirren Plänen Unberufener nennt und in diesem Zusammenhang sogar das Attentat gegen ihn behandelt. Vor dem Abgrund, Kap. 14.
- ⁴⁷ So noch am 28. 4. 1932 in einem Tagesvermerk, BAK: NL Luther 368. Ähnlich im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts, 22. 8. 1931, S. 13f., BAK: R 43 I/1451 und NL Luther 365.
- ⁴⁸ Luther, Tagebuch, 10. 12. 1931, BAK: NL Luther 425.
- ⁴⁹ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 7. 12. 1931, BAK: R 43 I/1453; Vermerk Luthers, 7. 12. 1931, BAK: NL Luther 367.
- ⁵⁰ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 5. 12. 1931, S. 9, BAK: R 43 I/1453. Am 7. 12. 1931 erklärte Luther ebda: »Zur Privatwirtschaft gehöre nun einmal eine selbständige Währungspolitik, die sich nur den wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen und nicht umgekehrt die wirtschaftlichen Gegebenheiten schaffen könne.« BAK: NL Luther 367.
- ⁵¹ Niederschrift über die Ministerbesprechung am 15. 6. 1931, S. 4, BAK: R 43 I/1450; Vermerk Luthers vom 22. 6. 1931, BAK: NL Luther 365.
- ⁵² Denkschrift der statistischen Abteilung der Reichsbank: »Zur deutschen Kreditkrise«, 31. 7. 1931, BAK: NL Luther 359. Vgl. die Tabellen und Graphiken zur Situation der Reichsbank bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 290–293.
- ⁵³ Z. B. Vermerke Luthers über Besprechung mit Bankvertretern, 22. 9. 1931; über Ministerbesprechung, 2. 10. 1931, BAK: NL Luther 366; Niederschrift über Ministerbesprechung am 2. 10. 1931, S. 11, BAK: R 43 I/1453. Vgl. auch Zimmer, S. 127–129 und Grotkopp, S. 206.
- ⁵⁴ Ausdrücklich z. B. in der Ministerbesprechung am 6. 12. 1931, BAK: NL Luther 367.
- ⁵⁵ Schäffer, Tagebuch, 12. 9. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 14, S. 773; Luther, Tagebuch, 16. 9. 1931, BAK: NL Luther 366. Das (geheime) stenographische Protokoll über die Aussprache befindet sich ebda 454. Zu Vorgeschichte und Verlauf der Tagung vgl. Brügelmann, S. 132–139 und die Kurzbiographien der Teilnehmer ebda im Anhang. Luthers Darstellung (Vor dem Abgrund, S. 246–253) ist von dem Bestreben nach Rechtfertigung bestimmt. Ausdrücklich als »Vertreter des richtigen Standpunktes« bezeichnete er am 17. 3. 1932 mit Bezug auf den Wagemann-Plan: Bonn, Naphtali, Hilferding, Löb und Gestrich, von denen die drei letzten auch an der Tagung der List-Gesellschaft teilnahmen. NL Luther 368.
- ⁵⁶ Kurzbiographien bei Grotkopp, S. 89, 176. Alle drei gehörten zur jüngeren Generation: Heimann wurde 1889, Neisser 1895 und Rittershausen 1898 geboren.
- ⁵⁷ Protokoll, S. 238 (s. Anm. 55).
- ⁵⁸ Ebda, S. 23; vgl. später S. 158.
- ⁵⁹ Colm, ebda, S. 71.
- ⁶⁰ Ebda, S. 206–211.
- ⁶¹ So die Formulierung von Salin, ebda, S. 219.
- ⁶² Ebda, S. 51–57, Zitate auf S. 51 und 56f.
- ⁶³ Ebda, S. 64.
- ⁶⁴ Ebda, S. 297–300.
- ⁶⁵ Ebda, S. 256f.; Eucken, ebda, S. 116–121.
- ⁶⁶ Gutachten Palyi, Juli 1932, BAK: R 43 I/2377; für Palyis Haltung einige eindrucksvolle Beispiele bei Grotkopp, S. 27, 33, 236. Zur Biographie Gestrichs ebda, S. 39. Wilhelm Lautenbach bezeichnete ihn 1937 als den ersten, »der sich mir angeschlossen hat« (W. L., Zins, S. 194). Luther urteilte über Gestrich: »Aber das ist doch ein das Ganze erfassender Mensch, der Probleme sieht, wo die Reichsbankleute nur Lösungen sehen«. (Tagebuch, 2. 12. 1931, BAK: NL Lu-

- ther 425). Für Bonn: Schäffer, Tagebuch, 10. 9. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 14, S. 766. Am 8. Mai 1931 hatte Bonn die Auffassung vertreten, die Krise werde »nur durch Ausbrennen enden, nämlich, wenn alle Preise auf ein gleichmäßig tiefes Niveau gekommen sind. Bis dahin ist der Haushalt in Ordnung zu halten.« (Ebda, Bd. 10, S. 146). Für Stolper: Kroll, S. 400f. und Ziemer, S. 142f.; außerdem die Zitate aus den Artikeln seines Mitstreiters, Carl Landauer, bei Kroll S. 124f. und 339f.
- 67 Bei der Tagung der List-Gesellschaft nahmen Salin und Rittershausen auf Keynes Bezug. Auch Schäffer berief sich wiederholt auf ihn, so in einem Gespräch mit Bülow und Curtius am 26. 8. 1931 (IfZ: ED 93, Bd. 13) und in der Denkschrift vom 2. 9. 1931 (ebda Bd. 31, S. 389–402). Weitere Belege s. Register.
- 68 Z. B. Born, S. 44; Baade, Einfluß, bes. S. 328; Korsch, S. 37–51; Krohn, Krisen-debatte.
- 69 Unter der Überschrift: »Nicht mehr soviel sparen sollen wir?« wurden Keynes' Thesen z. B. in einem Leitartikel in der HIGZ vom 25. April 1931 kritisch behandelt. Die Keynes-Rezeption in Deutschland zur Zeit Brüning's soll in einer späteren Studie dokumentiert werden. Vgl. auch Krohn, Krisen-debatte, S. 77.
- 70 Einen Überblick über die vorherrschenden Lehrmeinungen in Deutschland gibt Kroll, S. 144–176. Er kommt zu dem Schluß: »Aus diesen Lehrbüchern der Nationalökonomie konnte ein deutscher Staatsmann in den Jahren 1930–1932 nichts, aber auch gar nichts entnehmen, was auch nur im geringsten geeignet wäre, den Kampf mit der Weltwirtschaftskrise aufzunehmen, ein Tatbestand, den man doch wohl nicht gut anders denn als Fiasko der Nationalökonomie bezeichnen kann!« (S. 175f.). Vgl. auch Baade, S. 326, 329. Das Versagen der Nationalökonomien bot bereits einzelnen zeitgenössischen Politikern Anlaß zur Kritik. Anton Erkelenz bedauerte in einem Schreiben an Gertrud Israel vom 13. 2. 1931, daß seine Ausführungen zu diesem Thema in der Redaktion der Sozialen Praxis dem Rotstift zum Opfer gefallen waren. »Denn ich empfinde in meiner politischen Tätigkeit seit langer Zeit, daß gerade in den entscheidenden Augenblicken, so volkswirtschaftliche Weitsicht besonders wichtig wäre, die volkswirtschaftliche Wissenschaft zu schweigen pflegt. Ich habe persönlich dieses Gefühl besonders gegenüber der Inflation gehabt und habe es auch jetzt wieder. [...] Deshalb kann ich auch nicht finden, daß meine Ausführungen die Professoren beleidigen.« BAK: NL Erkelenz 60. Eduard Heimann meinte bei der Tagung der List-Gesellschaft am 16. 9. 1931: »Wenn ich etwas allgemeiner sprechen kann, so fühlt sich gerade der Nationalökonom – ich weiß nicht, ob die Herren von der Wirtschaft und Verwaltung in dem gleichen Maße – heute wie ein geprügelter Hund, der nur mit einem eingeklemmten Schwanz herumlaufen kann, geschweige daß er irgendwelche Vorschläge machen kann.« BAK: NL Luther 454, S. 72.
- 71 Niederschrift über Ministerbesprechung am 2. 10. 1931, S. 7, BAK: R 43 I/1453 und Schäffers Aufzeichnung über die Sitzung, IfZ: ED 93, Bd. 14.
- 72 Ebda; Denkschrift des Ministerialdirigenten im RFM Norden: Erste Gedanken darüber, ob Deutschland dem Beispiel Englands hinsichtlich seiner Währung folgen soll, 23. 9. 1931, BAK: NL Luther Nr. 366; Dietrich vor dem Gesamt-vorstand der Dt. Staatspartei, 26. 9. 1931, S. 3, BAK: R 45 III/49, abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 664; Brüning und Stegerwald vor der Fraktion der Dt. Zentrums-partei, 12. 10., 15. 12. 1931, Morsey, Protokolle, S. 546, 558; Luther, Notiz über Besprechung mit Bankvertretern, 22. 9. 1931, BAK: NL Luther 366, auch Warmbold in der Ministerbesprechung am 8. 11. 1931, BAK: R 43 I/1453. – Statt des ursprünglichen Emissionsbetrags von 9,1 Mrd. RM hatten die deutschen

- Auslandsanleihen am 29. 2. 1932 noch einen Kurswert von 7,9 Mrd. RM. Die öffentliche Hand sparte auf diese Weise 0,7, die Privatwirtschaft 0,5 Mrd. RM. Ausschuß für Auslandsanleihen an Ludwig Kastl, 16. 9. 1932, BAK: NL Kastl 33.
- 73 Ministerbesprechung am 2. 10. 1931, BAK: R 43 I/1453; ähnlich auch am 15. 12. 1931 vor der Fraktion, Morsey, Protokolle, S. 555.
- 74 Niederschrift über Besprechung mit den Länderregierungen über Sanierungsmaßnahmen, 6. 10. 1931, S. 3, BAK: R 43 I/2374; ebenso Dietrich vor dem Gesamtvorstand der Dt. Staatspartei, 26. 9. 1931, S. 3, BAK: R 45 III/49.
- 75 Nach einem Vermerk Luthers am 30. 11. 1931, BAK: NL Luther 425, Bl. 17f.
- 76 Denkschrift Goerdelers betr. Arbeitsbeschaffung, April 1932, BAK: R 43 I/2045. 500000 langfristig Erwerbslose wollte Goerdeler gegen eine Unterstützung von 1,20 RM pro Tag sowie Kleidung und Verpflegung für den Mann beschäftigen. Vgl. Ritter, Carl Goerdeler, S. 51f.; Rebentisch, Kommunalpolitik, S. 146f.
- 77 Niederschrift über die Ministerbesprechung am 7. 12. 1931, S. 1, BAK: R 43 I/1453. Warmbold weigerte sich, die NVO vom 8. 12. 1931 zu unterzeichnen. Brüning, Memoiren, S. 479 und 503; Erklärung Warmbolds in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. 10. 1968, zitiert bei Ziemer, S. 145.
- 78 Dietrich vor dem Gesamtvorstand der Dt. Staatspartei, 21. 2. 1932, BAK: R 45 III/50, Bl. 24. Zur Einstellung der verschiedenen Kabinettsmitglieder zur Frage der Arbeitsbeschaffung mittels Kreditausweitung in dieser Phase vgl. Köhler, Arbeitsbeschaffung, S. 279–285.
- 79 Vermerk vom 7. 3. 1932, BAK: R 43 I/2045, Bl. 15.
- 80 Rundschreiben des DIHT, 16. 7. 1931, AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 1; S. 135, 138 dieser Arbeit. Inflationsfurcht machte sich immer wieder bemerkbar: Schon am 30. 5. 1929 berichteten der Präsident des Dt. Städtetages, Mulert, und der Präsident der Dt. Girozentrale, Ernst Kleiner, von großen Abhebungen aus Angst vor einer Inflation bzw. der Forderung, Markkonten in Valutakonten umzuwandeln. StAH: SKRAA II, I A 1 f 1. Die Detaillistenkammer Hamburg plante für das Winterhalbjahr 1929/30 einen Vortrag über das Thema: »Kann in Deutschland wieder eine Inflation vorkommen?«, Der Einzelhandel Jg. 11, Nr. 16, 31. 8. 1929, S. 215.
- 81 Statist. Jb. Reich 1934, S. 417.
- 82 Statist. Jb. Reich 1931, S. 454; 1932, S. 450; 1933, S. 430; 1935, S. 432.
- 83 Schäffer, Tagebuch, 24. 11. 1931 und 4. 12. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 15, S. 1080 und 16, S. 1119.
- 84 Vgl. Anm. 82. Die Hansestädte sind nicht berücksichtigt.
- 85 Statist. Jb. Reich 1931, S. 461; 1932, S. 457; 1933, S. 440; 1934, S. 442; 1935, S. 439. Carl Krämer, Das deutsche Finanzsystem V. Reich–Länder–Gemeinden. In: Wirtschaftsdienst 1930, S. 2205–2209.
- 86 Vorbericht 1 für die Sitzung des Dt. Städtetages am 3. 2. 1933, S. 11, AfK: Dt. Städtetag (DSt) A 340.
- 87 Mulert bei einer Besprechung in der Reichskanzlei, 10. 8. 1931, Notiz Mulerts, S. 3, AfK: DSt B 3765.
- 88 Rundfunkvortrag Mulerts, 1. 3. 1931, AfK: NL Mulert 31. Die Ausgaben der Gemeinden für die wirtschaftliche Fürsorge, wozu die Leistungen für die Wohlfahrtserwerbslosen gehörten, und die Arbeitslosenfürsorge stiegen seit der Rechnungsperiode 1928/29 von Jahr zu Jahr von 1230 auf 1354, 1754, 2097 und 2545 Millionen RM oder auf 110, 143, 170 und 207%; die im Bereich des Wohlfahrtswesens gezahlten Zuschüsse und Unterstützungen kletterten von 872 auf 974, 2075, 2327 und 2709 Millionen RM, d. h. auf 112, 232, 267 und 311%.

Statist. Jb. Reich 1931, S. 457/460; 1932, S. 453/456; 1933, S. 433/439; 1934, S. 435/441; 1935, S. 435/437.

- ⁸⁹ AfK: DSt B 4721 und StAH: Sozialbeh. I, VG 38/17. BAK: R 43 I/2372, Bl. 657-723; Vortrag Mulert, 12. 2. 1931, AfK: NL Mulert 31. Generell dazu: Reben-tisch, Kommunalpolitik, S. 112-122.

Die Ausgaben der Gemeinden sanken in den Bereichen (Quelle s. Anm. 88):

	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1930/31	1931/32	1932/33
	Millionen RM					1929/30 = 100		
Bildungswesen	1719	1792	1630	1340	952	91	75	53
Wohnungswesen	1127	1213	932	431	212	77	36	17
Wirtschaft und Verkehr	1340	1365	1192	911	702	87	67	51
Gemeindliche Anstalten	702	754	662	566	461	88	75	61

- ⁹⁰ Besprechung des Engeren Vorstandes des Dt. Städtetages in der Reichskanzlei, 10. 8. 1931, Notiz, S. 3, AfK: DSt B 3765.
- ⁹¹ Mulert vor dem Vorstand des Dt. Städtetages, 3. 2. 1933, S. 4, AfK: DSt A 340; Mulert an RFM, 18. 4. 1932, StAH: Sozialbeh. I, FR 32/05.
- ⁹² Mulert an RFM, 14. 7. 1930, AfK: DSt B 4721. Erklärung des Vorstands des DSt vom 20. 3. 1931, ebda, DSt A 734.
- ⁹³ Mulert an RFM, 30. 7. 1931, BAK: R 2/13 378.
- ⁹⁴ Jeweils am 31. März. Statist. Jb. Reich 1932, S. 479.
- ⁹⁵ Mulert an RFM, 10. 9. 1931 und Anl.: Ergebnis der Rundfrage des Dt. Städteta-ges vom 27. 8. 1931 über die Inhaberschuldverschreibungen, BAK: R 2/13 378.
- ⁹⁶ Vortrag Mulert, 9. 12. 1931, AfK: NL Mulert 28. Niederschrift über Vorstandssitzung des Städtetages, 15. 4. 1932, S. 5, AfK: DSt A 170.
- ⁹⁷ Rundschreiben des RWM an die Landesregierungen, 16. 2. 1932, StAH: SKRAA II, II A 4/29/14, Bd. 2. - Arbeitsgemeinsch. der kommunalen Spitzenverbände an RFM, 1. 12. 1931, AfK: DSt B 3766; Vorbericht für Vorstandssitzung des Städtetages, 4. 12. 1931, AfK: DSt A 493, Bd. 1.
- ⁹⁸ Die wichtigsten Forderungen sind u. a. in folgenden Dokumenten enthalten: Dt. Städtetag an RFM, 14. 7. 1930 (AfK: DSt B 4721); Pressekonferenz des Städteta-ges, 8. 11. 1930 (BAK: R 43 I/2367); Städtetag an Reichsrat, 10. 11. 1930 (StAH: Senatskanzlei, Personalabtlg. I, 1930 Ja 49); Niederschrift über Vorstandssitzung des Städtetages, 20. 3. 1931 (AfK: DSt A 734); Rundschreiben des Städteta-ges, 16. 6. 1931 (StAH: Sozb. I, FR 32/02); Dt. Städtetag an Staatssekr. in d. RK, 29. 7. 1931 (BAK: R 43 I/2372); Städtetag an RFM, 31. 7. 1931 (BAK: R 2/13 402); Besprechg. Engerer Vorstand des Städtetags mit Reichsreg., 10. 8. 1931 (AfK: DSt B 3765); Tel. des Städtetages an Reichsreg., 2. 10. 1931 (AfK: DSt A 7); Arbeitsgemeinsch. der kommunalen Spitzenverbände an RFM, 1. 12. 1931 (AfK: DSt B 3766); Vorbericht f. Vorstandssitzung des Städtetages, 4. 12. 1931 (AfK: DSt A 493, Bd. I); Vortrag Mulert, 12. 2. 1932 (AfK: NL Mulert 32); Dt. Städtetag an RFM, 18. 4. 1932 (StAH: Sozb. I, FR 32/05).
- ⁹⁹ Stegerwald nach einer Notiz Luthers im Wirtschaftsausschuß des Kabinetts am 16. 9. 1931, BAK: NL Luther 366. Grundlage der Reichshilfe zu den Wohl-fahrtslasten war die NVO vom 5. 6. 1931.
- ¹⁰⁰ Für den Fragenkomplex und die Auseinandersetzung mit Schacht sind insbeson-dere folgende Akten wichtig: AfK: DSt A 302, A 634, B 1796, B 2784, Bd. 2, B 3465; ferner: Dietrich-Troeltsch/Upmeyer; Reben-tisch, Kommunalpolitik, S.

- 109–111; Die Verwendung des Kommunalkredits. Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik, in: *Wirtschaft und Statistik*, Jg. 10 (1930), S. 955–961.
- 101 W. Rath, Die Kommunal финанzen nach der Reichsfinanzstatistik, in: *Wirtschaftsdienst* 1928, S. 1505–1508, Zitat: S. 1506. Die Darstellung in den vorangegangenen Abschnitten basiert außer auf diesem Artikel auf den Analysen der Reichsfinanzstatistik durch Carl Krämer, ebda, S. 1054–1056, Bruno Asch, ebda, S. 1884–1887 und wiederum Carl Krämer, ebda 1930, S. 2205–2209.
- 102 Hahn an Mulert, 8. 10. 1928, AfK: DSt B 2784, Bd. 2.
- 103 Bericht der Hbg. Gesandtschaft über Generalausprache zwischen Reichsreg. und Ländervertretern über den Reichshaushaltsplan 1931, 18. 11. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V. u. O. ID 11 b X A, Bd. 2, Unterakte 1931. Vgl. zu diesem Abschnitt auch: Saldern, Dietrich, S. 150–157; Rebentisch, Kommunalpolitik, S. 124–127.
- 104 Vermerk Pünders über Unterredung mit Mulert, 31. 7. 1931, BAK: R 43 I/2372.
- 105 RFM an Präs. des Städtetages, 28. 9. 1931, BAK: R 2/13378.
- 106 Z. B. Külz und Elsas an Dietrich, beide 18. 8. 1931, BAK: R 2/13378.
- 107 RFM an die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, 11. 11. 1931, und deren Protestschreiben, 1. 12. 1931, AfK: DSt B 3766. Auch die führenden Kommunalpolitiker der Deutschen Staatspartei bemühten sich im Dezember 1931 und Januar 1932 wochenlang vergeblich um eine Besprechung. Elsas an Fischer, 5. 4. 1932, BAK: NL Dietrich 254. In diesem Brief ebenso wie z. B. in dem Rückblick Mulerts auf das Jahr 1932 in der Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages am 3. 2. 1933, S. 6 u. 17 (AfK: DSt A 340), klingt die Empörung über die Bevorzugung der wirtschaftlichen Interessenvertreter nach.
- 108 Bericht Heideckers über Verhandlungen der Vereinigten Reichsratsausschüsse, 9. 3. 1932, StAH: SKRAA II, II A 3/47.
- 109 Schäffer, Tagebuch, 4. 12. 1930, IfZ: ED 93, Bd. 9.
- 110 Vermerk über eine Besprechung im RFM am 15. 12. 1930, AfK: DSt B 3766.
- 111 RGBl. 1931 I, S. 429; Mulert an RK, 6. 8. 1931, BAK: R 43 I/2372 (Zitat S. 502); Notizen Mulerts über Unterredungen mit Pünder, 6. 8. 1931, AfK: DSt B 3765 bzw. Severing und Höpker-Aschoff, 6. 8. 1931, ebda, B 3612.
- 112 Notiz Mulerts über Unterredung mit Pünder, 6. 8. 1931, AfK: DSt B 3765.
- 113 25. 8. 1931, Morsey, Protokolle, S. 536f.
- 114 Niederschrift über die Ministerbesprechung, 2. 10. 1931, S. 3, BAK: R 43 I/1453.
- 115 HA 245, 20. 10. 1931.
- 116 Mulert an RK, 18. 7. 1930, BAK: R 43 I/2366. Vgl. zu diesem Abschnitt: Rebentisch, Kommunalpolitik, S. 128–132; Hofmann, S. 119–122.
- 117 Erklärung des Städtetags zum Finanz- und Wirtschaftsprogramm, WTB Jg. 81, Nr. 2269, 8. 11. 1930, BAK: R 43 I/2367; Carl Krämer, Das Regierungsprogramm. In: *Wirtschaftsdienst* 1930, S. 1693–1695.
- 118 Niederschrift über Sitzung des Vorstandes des Dt. Städtetages, 15. 4. 1932, AfK: DSt A 170; Mulert an RFM, 18. 4. 1932, StAH: Sozialbeh. I, FR 32/05. Die Stimmung ist in einem bei Saldern, Dietrich, S. 155, auszugsweise abgedruckten Vermerk Pünders vom 4. 4. 1932 gut erfaßt. Über Mulert: Hofmann, S. 41–43.
- 119 Elsas an Hermann Fischer, 5. 4. 1932, BAK: NL Dietrich 254.
- 120 Martini an die Finanzdep., 25. 5. 1932, StAH: Sozialbeh. I, FR 32/5.
- 121 Bericht Pipers an SKRAA über Gespräch mit Mulert über Folgen des Regierungswechsels, 3. 6. 1932, StAH: Sozialbeh. I, FR 32/08, Bd. 1. Pünder hatte am 4. 4. 1932 vermerkt, selbst von staatsparteilichen Oberbürgermeistern »können

man hören, daß ein baldiger Sturz der Reichsregierung in keiner Weise unzweckmäßig wäre«. BAK: R 2/20 287, zitiert bei Saldern, Dietrich, S. 155.

- ¹²² Niederschrift über Vorstandssitzung des Dt. Städtetages, 3. 2. 1933, S. 6, AfK: DSt A 340.

4. Kapitel

- ¹ Wenn nichts anderes vermerkt wird, hierzu und zu den folgenden Angaben: Hamburgs Finanzwesen im Rahmen des Reichs, in: HVW 7 (1930), S. 183–192; außerdem: Finanzausgleich I, S. 266. Von den Einnahmen aller Länder und Gemeinden aus den Reichsüberweisungssteuern entfielen 1925/26 3,7% (1927/28: 3,4%), aus den Landes- und Gemeindesteuern 2,9% (4,1%) auf Hamburg bei einem Bevölkerungsanteil von 1,85%. Ebda, S. 271.
- ² StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 a; Bürgerschaft I, C 193, Bd. 12. Nach Feststellungen des Reichsfinanzministeriums gehörte Hamburg zu den Ländern, in denen kleinere Gewerbebetriebe 1929 am geringsten durch Einkommen- und Gewerbesteuer belastet waren (Reichsratsdrucksache Nr. 181, 15. 11. 1930, Material für ein Gewerbesteuerrahmengesetz, S. 102f., BAK: R 43 I/2367). Sehr niedrig war in Hamburg insbesondere die Gewerbesteuer für Einzelpersonen. Sie bewegte sich je nach der Höhe des Gewerbeertrages zwischen 3% und 12%. Körperschaften und Aktiengesellschaften standen sich bei Erträgen ab 15 000 RM in Hamburg besser als in Preußen (Anlage z. Schreiben des Staatsamts f. ausw. Angelegenheiten an RFM, 9. 1. 1931, Finanzdep. IV: V u. O II A 1 a XVI B 3 a).
- ³ Lippmann, S. 383–385. Die Lohnsteuer war erst nach dem Krieg eingeführt worden.
- ⁴ HVW 7 (1930), S. 184. Eine Gegenüberstellung des Zuschußbedarfs in den verschiedenen Ausgabenbereichen in Hamburg, Ländern u. Gemeinden sowie Preußen bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 385.
- ⁵ Zusammenstellung: Anteil des Hafens an den Ausgaben für die Staatsschuld, 18. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; dass., 3. 11. 1931; Denkschrift des Statist. Landesamts für den Reichssparkommissar: Die Notwendigkeit eines Zuschusses des Reiches zur Erhaltung des Hamburger Hafens, ca. Nov. 1932; Anlagen zur Denkschrift des Statist. Landesamts: Die finanzielle Lage des Hamburger Hafens, 14. 8. 1936; Zusammenstellung: Bau-Ausgaben für den Hamburger Hafen 1912–1940 als Material für einen Vortrag beim Reichsstatthalter am 3. 9. 1940, ebda, V u. O II A 1 t I A, Tl. VI, Bd. 2. Vgl. auch Lippmann, S. 396.
- ⁶ Zur Verdeutlichung seien die Zahlen für die Zuwachsraten (1913–1925/26) noch einmal nebeneinander gestellt: Steuereinnahmen: Reich 162% – Länder 206,7% – Gemeinden 112,4% – Hamburg 96,7%; Ausgaben: Reich 123,5% – Länder 96,2% – Gemeinden 87,5% – Hamburg 48,9%. Der Anteil der Gemeinden an den Steuereinnahmen aller Gebietskörperschaften betrug 1913 37,3%, 1925 31,7%; er verhielt sich somit in den beiden Jahren wie 1:0,85, der Hamburgs wie 1:0,79. Berechnet nach: Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege, S. 162f., 187, 191 und Statist. Jb. Reich 1928, S. 540f.
- ⁷ Genauer dazu: Peter-Christian Witt, Finanzpolitik 1903–1913, S. 17–23, 80–90; Menges, S. 110–133; Finanzausgleich I, S. 36–38.
- ⁸ Epstein, Erzberger, S. 369–391; Eschenburg, Erzberger, S. 140–145; Menges, S. 184–228; Hornschu, S. 8–14; Finanzausgleich I, S. 38–41.

- ⁹ Eine Zusammenstellung der Hamburger Landes- und Gemeindesteuern in: Verwaltungsaufbau, S. 234 f., 344–348.
- ¹⁰ Im Durchschnitt der Länder machten die Reichsüberweisungssteuern 1925/26 45,2%, 1926/27 42,4%, 1927/28 43,2% der Gesamtsteuereinnahmen aus; für Hamburg betragen die Anteile 51,5%, 42,2% bzw. 38,4%. Finanzausgleich I, S. 267 f.
- ¹¹ Ebda, S. 49, 274 f., 353; Verwaltungsaufbau, S. 138–140. Vgl. auch Lippmann, S. 435–438.
- ¹² Das Forensalprinzip wird am genauesten dargestellt in: Verwaltungsaufbau, S. 140 f.
- ¹³ Finanzausgleich I, S. 43, Anm. 1, S. 352.
- ¹⁴ Ebda, S. 48 und 288.
- ¹⁵ Ebda, S. 48. Die gesamten Auswirkungen des Finanzausgleichs in Hamburg zeigt die folgende Tabelle (ebda, S. 274 f.):

Rechnungsjahr 1927/28	Ein- kommen- steuer	Körper- schafts- steuer	Umsatz- steuer	Kfz- Steuer
in 1000 RM				
Aufkommen	127 988	22 225	21 719	4 990
Anteil bei Verteilung nach Aufkommen	95 991	16 668	6 516	4 790
tatsächl. Anteil	78 135	13 159	5 414	1 956
= % des Aufkommens	61,0	59,2	24,9	39,3

- ¹⁶ Lippmann, S. 432 mit Bezug auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer.
- ¹⁷ Wie eine Übersicht über den Anteil der wichtigsten Verwaltungszweige am Finanz- und Zuschußbedarf zeigt, wurden vor allem das Wohlfahrts- und das Wohnungswesen stärker berücksichtigt: Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege, S. 156 f.; vgl. die Tabelle bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 388.
- ¹⁸ HN 561, 30. 11. 1928.
- ¹⁹ Cohns Etatreden, die er in wochenlanger Arbeit selbst formulierte (Lippmann, S. 300), begannen immer mit einem Überblick über die Wirtschaftsentwicklung, die ökonomischen Perspektiven und die zu erwartenden Rückwirkungen auf die Finanzen.
- ²⁰ In seiner Etatrede am 27. 1. 1926 setzte sich Cohn mit möglichen Einwänden gegen seine Forderung nach Preisabbau auseinander: »Man behaupte nun nicht, daß unsere sozialen Abgaben diesem Abbau entgegenstünden. Soziale Abgaben sind ein Teil des Lohnes und müßten sonst aufgebracht werden durch Steuern für Gesundheitszwecke, für Armenzwecke usw. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik gehören zusammen. Und schließlich ist der Zweck jeder wirtschaftlichen Arbeit doch der, der Menschheit zu dienen.« 4. Bürgerschaftssitzung, Sten. Ber., S. 89. Ein Jahr später erklärte er, die Rationalisierung der Betriebe sei wegen der mit ihr verbundenen Personalentlassungen nur erträglich, wenn durch einen Preisabbau der Absatz und damit der Arbeitsmarkt belebt würden. »Aufgabe des Gesetzgebers wird es sein, darauf zu achten, daß dieser Preisabbau eintritt und nicht lediglich eine vom sozialen Standpunkt unerlaubte Erhöhung des Unternehmergewinns.« 5. Bürgerschaftssitzung, 9. 2. 1927, Sten. Ber., S. 120.
- ²¹ Dazu u. a. Etatreden 19. 3. 1924, Sten. Ber., S. 148; 23. 3. 1925, Sten. Ber., S.

- 227; 27. 1. 1926, Sten. Ber., S. 89; 9. 2. 1927, Sten. Ber., S. 120; 21. 3. 1928, Sten. Ber., S. 105–108.
- ²² Z. B. am 8. 6. 1928 in Auseinandersetzung mit entsprechenden Forderungen in der Bürgerschaft (Sten. Ber., S. 468 f.) und am 3. 1. 1929 im Haushaltsausschuß der Bürgerschaft gegen Mette (SPD) (Protokoll, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1, 129). Schon früher, so am 9. 2. 1927, hatte er geraten, bei Kapitalanleihen im Ausland besondere Vorsicht walten zu lassen und so bald wie möglich davon abzukommen (5. Bürgerschaftssitzung, Sten. Ber., S. 120). Lippmann wird Cohn bei seiner Charakteristik (S. 297–300) gerade in diesem Punkt nicht gerecht.
- ²³ HE 326, 24. 11. 1928 (dort das erste Zitat, der Brief der demokratischen Fraktion an Cohn und dessen Antwortschreiben); HE 328, 26. 11. 1928; HN 555, 27. 11. 1928; HN 561, 30. 11. 1928 (dort das zweite Zitat); HF 327, 24. 11. 1928; DAZ 557/8, 29. 11. 1928.
- ²⁴ 10., 13., 14. und 15. Sitzung der Senatskommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die aufgrund der Denkschrift über die Finanzlage Hamburgs zu ergreifenden Maßnahmen (später kurz »Finanzkommission« des Senats genannt), 2. 5., 17. 9., 29. 9. und 8. 11. 1928, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1.
- ²⁵ 4. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 14. 1. 1928, ebda.
- ²⁶ 11., 13. und 15. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 10. 5., 17. 9. und 8. 11. 1928, ebda.
- ²⁷ Lippmann, S. 109, 111, 120–122, 309–311.
- ²⁸ Ebda, S. 53, berichtet Lippmann: Die in München gehörten Vorlesungen Lujó Brentanos »waren entscheidend für die Einstellung, die ich während meines ganzen Lebens in der sozialen Frage, zu den Sozialgesetzen und den Gewerkschaften gehabt habe«. In Berlin hörte er auch Gustav von Schmoller und Adolph Wagner; außerdem den Strafrechtler Franz von Liszt, der die soziologischen Bedingungen des Verbrechen berücksichtigt wissen wollte und den Erziehungs- und Sicherungszweck der Strafe statt des Vergeltungsprinzips betonte, ferner Otto von Gierke, der sich besonders der Erforschung des Genossenschaftsrechts widmete. Ebda, S. 57 f. – Die sozialen Ausgaben des Staates verteidigte Lippmann beispielsweise in der 3. Bürgerschaftssitzung am 29. 1. 1930 unter Hinweis auf die positiven Rückwirkungen für alle Konsumbetriebe »als eminent produktive Ausgaben«. Sten. Ber., S. 102.
- ²⁹ Vgl. z. B. die Ausführungen Podeyns, S. 39.
- ³⁰ Alle Angaben über die Etatabschlüsse nach: Statist. Jb. Hamburg 1928/29, S. 251, 1930/31, S. 214 und 1931/32, S. 123.
- ³¹ Verwaltungsaufbau, S. 140.
- ³² Lippmann, S. 434.
- ³³ Lippmann, Denkschrift zur Finanzlage Hamburgs nach dem Stande vom 1. Oktober 1927, 18. 11. 1927, S. 6, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI A 2.
- ³⁴ Eine Zusammenstellung der wichtigsten Tarifänderungen bei den Reichssteuern in den Rechnungsjahren 1924/25 bis 1927/28 findet sich in: Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege, S. 43–45.
- ³⁵ Berechnet nach: Mette/Podeyn, S. 78 f. Soweit nicht interregionale Vergleiche angestellt werden sollen, ist diese Arbeit für die Zeit bis 1928 anderen Übersichten vorzuziehen, weil alle in den Etats verschiedener Behörden aufgeführten, denselben Zwecken dienenden Bruttoausgaben einschließlich des für den Wohnungsbau bestimmten Teils der Hauszinssteuer und einschließlich der Betriebsausgaben der Kaiverwaltung und der Münze zusammengefaßt und nicht ledig-

- lich nach Verwaltungszweigen aufgeteilt sind. Vom Rechnungsjahr 1929/30 an sind leider nur die Zahlen der Haushaltspläne in dieser Weise aufbereitet.
- ³⁶ Ebda, S. 82–89. Die höheren Beamten erhielten nach der realen Kaufkraft 1928 nur etwa 60% der Vorkriegsbezüge, die in den niedrigsten Gehaltsklassen erreichten knapp 90%. Auch bei den Arbeitern waren die Verbesserungen in der niedrigsten Lohnklasse am größten; sie wuchsen zudem, da die Familienverhältnisse erst nach dem Krieg berücksichtigt wurden, mit der Kinderzahl.
- ³⁷ Protokolle im StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1–2.
- ³⁸ 1. Sitzung der »Finanzkommission« des Senats, 10. 11. 1927, ebda.
- ³⁹ Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft Nr. 9: Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1928, S. 9–22.
- ⁴⁰ 4. Bürgerschaftssitzung, 21. 3. 1928, Sten. Ber., S. 108–112, 119–127.
- ⁴¹ Hans Podeyn als Berichterstatter des Haushaltsausschusses an Cohn, 1. 6. 1928, StAH: Bürgerschaft I, C 193, Bd. 9; Erster Bericht des ständigen Staatshaushaltsausschusses, Juni 1928, in: Ausschlußberichte Bürgerschaft 1928, Nr. 13, S. 3f.
- ⁴² Mitteilungen des Senats Nr. 98, 4. 5. 1928, und Nr. 142, 15. 6. 1928, in: Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1928, S. 125 u. 205.
- ⁴³ Mitteilung des Senats Nr. 223, 21. 9. 1928; Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat über ihre 23. Sitzung am 3. 10. 1928 (Genehmigung); Mitteilung des Senats Nr. 263, 2. 11. 1928, in: Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1928, S. 344–346, 372 und 415.
- ⁴⁴ Petersen und Matthaei in der 11. Sitzung der Finanzkommission, 10. 5. 1928; Ausführungen Cohns in der 14. Sitzung, 29. 9. 1928, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1.
- ⁴⁵ Mittlg. des Senats Nr. 302, 12. 12. 1928, in: Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1928, S. 472–476. Der Antrag entsprach genau den Vorschlägen Petersens in der 15. Sitzung der Finanzkommission, 8. 11. 1928, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1.
- ⁴⁶ Petersen im Senat, 12. 12. 1928, StAH: Senatskanzlei, Plenumsprotokolle, Cl VIII No X a, S. 1046f.
- ⁴⁷ Mittlg. des Senats Nr. 285, 11. 10. 1929 und Nr. 235, 27. 10. 1930, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1929, S. 476 und 1930, S. 339–342.
- ⁴⁸ Mittlg. des Senats Nr. 41, 8. 2. 1929, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1929, S. 53–56.
- ⁴⁹ Cohn in der 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten. Ber., S. 176 und 2. Bericht des ständigen Staatshaushaltsausschusses, April 1929, in: Ausschlußberichte Nr. 17, S. 7f.
- ⁵⁰ Podeyn, Piper und Platen in der 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten. Ber., S. 179–185, 190–195 und 201–205; Podeyn, Hüne und Stubmann in der 14. Bürgerschaftssitzung, 25. 4. 1929, ebda, S. 504–507, 491–496; Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat aus ihrer 16. Sitzung am 29. 4. 1929, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1929, S. 280–284.
- ⁵¹ Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat aus ihrer 3. Sitzung am 29. 1. 1930, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1930, S. 39.
- ⁵² Niederschrift über die 18. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 28. Aug. 1929, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2; Mitteilung des Senats Nr. 324: 2. Nachtrag zum Staatshaushaltsplan 1929, 2. 12. 1929, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1929, S. 534f.
- ⁵³ Podeyn in der 6. und 14. Bürgerschaftssitzung am 20. 2. und 25. 4. 1929, Sten. Ber., S. 184 und 507.

- ⁵⁴ Zu diesem Abschnitt insbesondere: Lippmann, Denkschrift zur Finanzlage Hamburgs nach dem Stande vom 1. Oktober 1927, 18. 11. 1927, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI A 2; Erinnerungen, S. 170–172, 320–322, 482–493.
- ⁵⁵ Anlage 3 zur Denkschrift der Finanzdep. vom 18. 12. 1930 über den Staatshaushaltsplan 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁵⁶ Mette/Podeyn, S. 23 und Staatshaushaltsabrechnung 1929, S. 15 f. In den Zahlen für 1927/28 und 1928/29 sind besondere Leistungen für die Ablösung der Markanleihe von 1919 (vgl. Lippmann, S. 363 f.) enthalten, die in den außerordentlichen Haushalt eingestellt wurden.
- ⁵⁷ Lippmann, S. 487; Mette/Podeyn, S. 13, 18; Staatshaushaltsabrechnung 1929, S. III.
- ⁵⁸ Lippmann, S. 487.
- ⁵⁹ Lippmann, Denkschrift zur Finanzlage Hamburgs, 18. 11. 1927, S. 8, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI A 2. Am 20. 11. 1930 betrug die fundierte Schuld nach der Denkschrift der Finanzdep. vom 18. 12. 1930 (ebda, V u. O II A 1 a XVI B 2) 169,9 Mio. RM; von Mette/Podeyn (S. 23) wurde sie 1931 auf rund 163 Mio. RM beziffert.
- ⁶⁰ Anlage 3 zur Denkschrift der Finanzdep. über den Staatshaushaltsplan 1931, 18. 12. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2. Die Angaben für 1927 sind wahrscheinlich zu niedrig. Nach der Denkschrift Lippmanns vom 18. 11. 1927, S. 8 (ebda, II A 1 a XVI A 2) waren damals 42,6 Mio. RM schwebende Schuld tatsächlich aufgenommen; aufgrund der Bewilligungen war bereits mit einer Erhöhung auf 100 Mio. RM nach Ausführung aller Arbeiten zu rechnen.
- ⁶¹ In der 15. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 8. 11. 1928 führte er beispielsweise aus: »Weder das Reich noch ein anderes Land habe trotz der Unmöglichkeit, zur Zeit Auslandsanleihen und auch Inlandsanleihen größeren Umfangs zu erhalten, in dem Maße wie Hamburg Ausgaben auf Anleihe bewilligt. Die großen Ausgaben auf schwebende Schuld (Schatzwechsel) zu nehmen, sei ein s. E. überaus gefährliches Verfahren.« (S. 6, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1).
- ⁶² Lippmann an Stubmann, 26. 4. 1928, ebda.
- ⁶³ Anlage 3 zur Denkschrift der Finanzdep. über den Staatshaushaltsplan 1931, 18. 12. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁶⁴ Mitteilung des Senats Nr. 307, 14. 12. 1928, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1928, S. 499.
- ⁶⁵ Pilder an Lippmann, 30. 3. 1929, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 1. Auch Mette, SPD, hatte in einer Sitzung des Haushaltsausschusses am 3. 1. 1929 geäußert, die Tilgung der Anleihe eile noch nicht, und darüber hinaus die Übertragung weiterer Ausgaben vom ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt gefordert. Im ersten Punkt war selbst der Vertreter der DNVP, Henningsen, gleicher Meinung. Ebda.
- ⁶⁶ 1. und 2. Bericht des ständigen Staatshaushaltsausschusses, März und April 1929, Ausschußberichte 1929, Nr. 11 und Nr. 17, S. 4. Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat aus der 17. Sitzung am 8. 5. 1929, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1929, S. 285.
- ⁶⁷ Wie Anm. 63.
- ⁶⁸ Berechnet nach Anlage 7b zu Büttner, Hamburg in der Depression, S. 274.
- ⁶⁹ Vgl. Anlage 8.
- ⁷⁰ Staatshaushaltsabrechnung 1928, S. 161; 1929, S. 36.
- ⁷¹ Vgl. Anlage 24. Der Aufwand für die Wohlfahrtserwerbslosen wurde erst seit

- Oktober 1929 besonders ermittelt. In der sogenannten »Allgemeinen Fürsorge«, zu der die arbeitsfähigen Unterstützten gehörten, wurden für Barleistungen in den Jahren 1926 bis 1928 jeweils rund 10 Millionen RM, 1929 dagegen 12 Millionen RM benötigt. Statist. Jb. Hbg. 1929/30, S. 298.
- ⁷² Vgl. Anlage 25 und 36b.
- ⁷³ Vgl. Anlage 25.
- ⁷⁴ Vgl. Anlage 24.
- ⁷⁵ Vgl. Anlage 30. Über die Motive für die starke Neuverschuldung 1929: Matthaei in der 7. Bürgerschaftssitzung am 19. 3. 1930, Sten. Ber., S. 255.
- ⁷⁶ Staatshaushaltsabrechnung 1928, S. 28f.; 1929, S. 15f. Die Verzinsung der schwebenden Schuld erforderte allein 8,3 Millionen RM mehr.
- ⁷⁷ Niederschrift über die 18. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 28. 8. 1929 mit Anlagen 1–3. In Anlage 1: »Überblick über den ordentlichen Haushalt der Rechnungsjahre 1923–1929« das Zitat.
- ⁷⁸ Senatsverfügungen vom 14. 10. 1927, StAH: Sozialbeh. I, VG 38/12; vom 30. 8. 1929, ebda, VG 38/16; ebenfalls vom 30. 8. 1929, Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁷⁹ Präses der Baubeh. an den Senat, 8. 10. 1929, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁸⁰ Matthaei im Senat, 20. 12. 1929, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, Plenumsprotokolle, S. 942.
- ⁸¹ Niederschrift über die 19. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 23. 12. 1929, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁸² 3. Bürgerschaftssitzung, 29. 1. 1930, Sten. Ber., S. 113.
- ⁸³ Lippmann in der 21. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 19. 2. 1930, S. 4, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁸⁴ Vgl. Haushaltsplan 1930, S. III. Der ursprüngliche Voranschlag der Baubehörde war um 13 Millionen RM gekürzt worden. Podeyn in der 7. Bürgerschaftssitzung am 19. 3. 1930, Sten. Ber., S. 256.
- ⁸⁵ Ebda, S. 252.
- ⁸⁶ Niederschrift über die 21. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 19. 2. 1930, S. 2, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁸⁷ Zu diesem und dem vorigen Abschnitt: Mitteilung des Senats Nr. 63, 8. 3. 1930, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1930, S. 77–99; Staatshaushaltsplan sowie -abrechnung 1930.
- ⁸⁸ Niederschrift über die 22. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 25. 2. 1930, StAH: Finanzdep. IV: V u. O II A 1 a XVI B 2. Im Grundsteuergesetz war die Verwendung von 27% der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau vorgesehen.
- ⁸⁹ Roß in der 21. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 19. 2. 1930, S. 8, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ⁹⁰ 7. Bürgerschaftssitzung, 19. 3. 1930, Sten. Ber., S. 280.
- ⁹¹ Niederschrift über die 22. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 25. 2. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2; Mitteilung Nr. 63 des Senats, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1930, S. 82–84.
- ⁹² 7. Bürgerschaftssitzung, 19. 3. 1930, Sten. Ber., S. 257.
- ⁹³ Podeyn, ebda, S. 259.
- ⁹⁴ Schröder, ebda, S. 270.
- ⁹⁵ Dritter Bericht des ständigen Staatshaushaltsausschusses, April 1930, Ausschlußberichte 1930, Nr. 18; Mitteilung der Bürgerschaft an den Senat aus ihrer 14. Sitzung am 12. 5. 1930, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1930, S. 194–198.

- ⁹⁶ Mitteilung Nr. 136 des Senats, 16. 5. 1930, Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1930, S. 209–216.
- ⁹⁷ StAH: Senatskanzlei, A 2 a, Plenumsprotokolle, 6. 6. 1930, S. 390–392.
- ⁹⁸ Vgl. Anlagen 7–9.
- ⁹⁹ Berechnet nach: Statist. Jb. Hamburg 1930/31, S. 284.
- ¹⁰⁰ Das Biersteuerexzise wurde ausschließlich nach dem örtlichen Aufkommen verteilt, wodurch Hamburg, da es nur noch wenige kleine Brauereien besaß, fast leer ausging. Bei der Mineralwassersteuer war dagegen das örtliche Aufkommen nur zu einem Drittel und die Bevölkerungszahl zu zwei Dritteln maßgebend, in diesem Fall für Hamburg die ungünstigere Lösung. Vgl. Steuerverteilung 1928/29 bis 1930/31, S. 7.
- ¹⁰¹ Matthaei in der 26. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 31. 7. 1930, S. 2, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹⁰² Vgl. Anlagen 7–9, 14 und 19.
- ¹⁰³ Staatshaushaltsabrechnung für 1930, S. 35; Statist. Jb. Hbg. 1930/31, S. 284; Anlage 24 dieser Arbeit.
- ¹⁰⁴ Vgl. Anlage 25.
- ¹⁰⁵ StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹⁰⁶ Niederschrift, S. 1, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹⁰⁷ Matthaei an Lippmann, 23. 8. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹⁰⁸ Niederschriften über 26. und 27. Sitzung (mit Anlage B) der Finanzkommission des Senats, 31. 7., 4. 9. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹⁰⁹ Niederschriften über die 27., 28. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 4., 15. 9. 1930, ebda; über die Sitzung des Plenums, 22. 9. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 619 f.; Mitteilung Nr. 212 des Senats, 22. 9. 1930, Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1930, S. 297–310.
- ¹¹⁰ 18. Bürgerschaftssitzung, 29. 9. 1930, Sten. Ber. S. 794.
- ¹¹¹ 28. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 15. 9. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹¹² 19. Bürgerschaftssitzung, 30. 9. 1930, Sten. Ber., S. 823.
- ¹¹³ Ebda, S. 804 f. und 841 f.
- ¹¹⁴ Denkschrift Staatshaushaltsplan 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2; Mitteilung Nr. 17 und 69 des Senats, 2. 2. und 29. 5. 1931, Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1931, S. 17 und 166.
- ¹¹⁵ Matthaei und Lippmann in der 31. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 12. 1930 und Denkschrift: Fehlbetrag des Rechnungsjahres 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹¹⁶ Die Überprüfung war abgeschlossen und das generelle Resultat bekannt. Das Gutachten des Reichsparkommissars lag am 26. 2. 1931 vor. StAH: Bürgerschaft I, C 193, Bd. 13.
- ¹¹⁷ Staatshaushaltsabrechnung 1930, S. 12 und 15. Vgl. auch Anlage 23 und 24.
- ¹¹⁸ 28. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 15. 9. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 2.
- ¹¹⁹ Telegramm der Hamburg. Gesandtschaft, 18. 11. 1930, StAH: Senatskanzlei, Personalabtlg. I, 1930 Ja 48. Das Reichsfinanzministerium behielt zunächst durch Vorabzug 100 Millionen RM für sich ein, war aber ermächtigt, den Ländern 50 Millionen RM durch den Verkauf oder die Übereignung von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu erstatten. Steuerverteilung 1928/29 bis 1930/31, S. 7 und 18. Hamburg erhielt seinen Anteil, als es 1931 Kassenhilfe benötigte, in bar ausbezahlt.

- ¹²⁰ Lippmann an Zarden, 3. 1. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 a; Schäffer an Lippmann, 5. 1. 1931; Notiz Lippmanns über Besprechung Matthaeis mit Dietrich, 19. 1. 1931, StAH: Steuerverw. I, IA 55/1; Reichsfinanzmin. an Staatsamt für ausw. Angelegenheiten, 14. 2. 1931, StAH: SKRAA II, II A 4/9.
- ¹²¹ Staatshaushaltsplan 1931, S. 31.
- ¹²² Niederschrift über die 29. und 33. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 22. 12. 1930, 7. 1. 1931; Denkschrift: Staatshaushaltsplan 1931, 18. 12. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2. Die Angaben über die Inanspruchnahme der Wohlfahrtsbehörde wurden errechnet nach: HVW 8 und 9 (1931 und 1932), Ständige Zahlenübersicht 43 bzw. 10.
- ¹²³ 29. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 22. 12. 1930, S. 4, 6, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ¹²⁴ Niederschrift über die 33., 36., 37., 38. und 39. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 7., 14., 19., 20. 1. und 4. 2. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2 und 3 a; Verhandlungen im Plenum des Senats, 11. und 20. 2. 1931, Senatskanzlei, A 2 a, Protokolle, S. 68–71, 86; Anlage 3 zur Mitteilung Nr. 32 des Senats: Staatshaushaltsplan 1931, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1931, S. 62.
- ¹²⁵ Statist. Jb. dt. Städte 4 (1930), S. 211; 5 (1931), S. 72; 6 (1932), S. 32. Vgl. auch Anlage 21b.
- ¹²⁶ Vgl. Anlage 24. Mitteilung Nr. 32 des Senats, 2. 3. 1931, insbes. Anlage 2 und 8, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft 1931, S. 60f., 70f.; Staatshaushaltsplan 1930, S. 24–26, 1931, S. 28–34; Staatshaushaltsabrechnung 1930, S. 13f., 1931, S. 10f., 21f. Beim Vergleich der Haushaltspläne blieb die einmalige Abgabe der Beleihungskasse von zwei Mio. RM für 1930 unbeachtet.
- ¹²⁷ Ebda.
- ¹²⁸ Mitteilung Nr. 32 des Senats, 2. 3. 1931, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft, S. 42.
- ¹²⁹ Ebda, S. 46f.
- ¹³⁰ Staatshaushaltsabrechnung 1931, S. 36.
- ¹³¹ Ebda, S. 14.
- ¹³² Zu diesem Abschnitt: Mitteilung Nr. 32 des Senats, 2. 3. 1931, insbes. Anlage 1 und 6, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft, S. 58, 66; Staatshaushaltsplan 1931, S. III. Die tatsächlichen – weit geringeren – Ausgaben werden später im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen dargestellt.
- ¹³³ Matthaei in der 6. Bürgerschaftssitzung, 18. 3. 1931, Sten. Ber., S. 202.
- ¹³⁴ Nach einer Angabe Lippmanns bedingte die Alterssteigerung allein jährliche Mehrkosten von einer Million RM. Protokoll über die Sitzung des Steueraussschusses der Handelskammer am 24. 2. 1931, S. 3, AHK: 42 C 3/5.
- ¹³⁵ Mitteilung Nr. 32 des Senats, 2. 3. 1931, Anlage 3 und 9, Verhandlungen Senat–Bürgerschaft, S. 62f. und 72.
- ¹³⁶ 6. Bürgerschaftssitzung, 18. 3. 1931, Sten. Ber., S. 204–211, 215–220, 225–230, 241; Zitat: S. 226.
- ¹³⁷ Zweiter Bericht des ständigen Staatshaushaltsausschusses, Mai 1931, Ausschlußberichte 1931, Nr. 7, verglichen mit Staatshaushaltsplan 1931.
- ¹³⁸ Senatsverfügung an alle Behörden, 4. 5. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 38/19.
- ¹³⁹ Appelbaum in der 9. Bürgerschaftssitzung, 18. 5. 1931, Sten. Ber., S. 304.
- ¹⁴⁰ Ebda, S. 305.
- ¹⁴¹ 2. Bericht des Haushaltsausschusses, Ausschlußberichte 1931, S. 13f., 17, 20. Die Erhöhung der Zinsen für Aufwertungshypotheken von 5 auf 7½% hätte,

- um einen vollen Ausgleich zu erreichen, eine Steuersenkung oder Mietesteigerung im Umfang von 6% der Friedensmiete erfordert. Da den Grundeigentümern in Hamburg ein besonders hoher Anteil für Instandsetzungskosten zugebilligt wurde, hielt die Mehrheit des Ausschusses 4% für genügend.
- ¹⁴² Berechnet nach Staatshaushaltsabrechnung 1929, S. III, 12 f., 36; 1930, S. III, 13 f., 35. Der Wohnungsbauanteil der Hauszinssteuer wurde dazu addiert nach Mette/Podeyn, S. 92 f.
- ¹⁴³ 9. und 11. Bürgerschaftssitzung, 18., 20. Mai 1931, Sten. Ber., S. 330–333, 439 f.
- ¹⁴⁴ 9. Bürgerschaftssitzung, 18. Mai 1931, Sten. Ber., S. 316.
- ¹⁴⁵ Ebda, S. 320 f.
- ¹⁴⁶ Dahrendorf in der 11. Bürgerschaftssitzung, 20. Mai 1931, Sten. Ber., S. 441.
- ¹⁴⁷ Vgl. Born, Bankenkrise, S. 64–85; Hardach, Weltmarktorientierung, S. 120–129; Stucken, S. 82–84; für die Österreichische Creditanstalt: Aussch., S. 338 ff.
- ¹⁴⁸ Born, Bankenkrise, S. 134–150; Lüke, S. 328–333.
- ¹⁴⁹ Ernst Spiegelberg, Direktor im Bankhaus M. M. Warburg, Mitglied des deutschen Stillhaltekomitees, an Erich Warburg, 13. 8. 1931; Carl Melchior an Lippmann, 14. 8. 1931; Erich Warburg an Lippmann, 14. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Reichsbank-Direktorium an die Nederlandsch Indische Handelsbank, 14. 9. 1931, BAK: R 2/13 385.
- ¹⁵⁰ Matthaei in der 26. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 7. 1930, und Anlage 3 zur Denkschrift: Staatshaushaltsplan 1931, 18. 12. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2; Matthaei im Senat, 17. 10. 1930, ebda, Senatskanzlei, A 2a, Plenumsprotokolle, S. 676 b.
- ¹⁵¹ Z. B. Lippmann in der 29. und 37. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 22. 12. 1930, 19. 1. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2 und 3 a.
- ¹⁵² 26. Sitzung der Finanzkommission, 31. 7. 1930, ebda.
- ¹⁵³ Z. B. Lippmann schon in der 19. Sitzung der Finanzkommission, 23. 12. 1929, ebda.
- ¹⁵⁴ Denkschrift zum Staatshaushalt 1931: »Schuldentilgung«, 3. 3. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 a.
- ¹⁵⁵ Lippmann in der 26. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 7. 1930, ebda, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ¹⁵⁶ Lippmann vor dem Steuerausschuß der Handelskammer Hamburg, 24. 2. 1931, Niederschrift S. 5, AHK: 42 C 3/5.
- ¹⁵⁷ 29. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 22. 12. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2.
- ¹⁵⁸ Matthaei und Lippmann in der 36. Sitzung der Finanzkommission, 14. 1. 1931, ebda.
- ¹⁵⁹ Dr. Ing. Alfred Petersen, Frankfurt/M., an Bgm. Petersen, 29. 1. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XVI B 3 a.
- ¹⁶⁰ Vermerk Lippmanns über Unterredung mit Luther, 7. 2. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XXVI.
- ¹⁶¹ Lippmann an Matthaei, 6. 2. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XVI B 3 a.
- ¹⁶² Lippmann in der 1. Sitzung des Ausschusses zur Verteilung der Einnahmen des hamburgischen Staates auf die einzelnen Behörden, 30. 6. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XVI B 3 d; Exposé für Verhandlungen mit der Reichsreg. am 7. 8. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XXVI. Die im Juni und Juli zur Abdeckung von Auslandsverpflichtungen vom Reichsfinanzministerium und der Reichspost gewährten Kredite sind bei den schwebenden Inlandsschulden des August nicht mitgerechnet. Dagegen sind die im Juli nicht erledigten oder nur für einen Monat prolongierten Kredite in den Zahlen für den August erneut enthalten.

- 163 Lippmann an Zarden, Ministerialdirektor im RFM, 25. 7. 1931, ebda.
- 164 Lippmann an den Vors. der Beratungsstelle für Auslandsanleihen, 8. 6. 1931, BAK: R 2/4110.
- 165 Vermerk Lippmanns über Unterredung mit Luther, 7. 2. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 166 Senatsverfügung, 12. 6. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 38/04; Niederschrift über Besprechung zwischen Finanzdep., DHSG und Baubehörde, 19. 6. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 b.
- 167 Ebda.
- 168 Bericht Lippmanns über Verhandlungen mit Dreyse, 15. 6. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 169 Einladung zu Besprechung der Finanzdep. mit Bankvertretern, 19. 6. 1931; Vermerk Lippmanns über diese Besprechung, 30. 6. 1931; Präs. d. Senats an RK, 19. 6. 31, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 170 Präs. des Senats an RK, 19. 6. 1931; Vermerke Lippmanns über Unterredung mit Erich Warburg, 20. 6. 1931; über Verhandlungen in Berlin, 23. 6. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI. Präs. des Senats an RFM, 19. 6. 1931; Verfügung des RFM an Reichshauptkasse, 24. 6. 1931, BAK: R 2/15 322. Am 16. 6. verhandelten Matthaei und Lippmann, am 22. 6. Petersen, Matthaei, Lippmann und als Berater der Hamburger Regierung Carl Melchior im Reichsfinanzministerium.
- 171 Vermerk Lippmanns über Verhandlungen in Berlin, 23. 6. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Lippmann an Schäffer, 29. 6. 1931, BAK: R 2/13 385.
- 172 Schreiben vom 29. 6. 1931, BAK: R 2/13 385.
- 173 Vermerk Lippmanns über Verhandlungen mit Reichsbank und RFM, 3. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 174 Schäffer, Tagebuch, 2. 7. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 11, S. 292.
- 175 Vermerk Lippmanns, 3. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 176 Schäffer, Tagebuch, 2. 7. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 11, S. 292.
- 177 Ebda. S. 293.
- 178 Ebda. Vgl. Born, Geld und Banken, S. 177.
- 179 Vermerke Lippmanns über Verhandlungen mit Max und Erich M. Warburg, Rosenthal und Carl Melchior, 1., 6., 8. 7. 1931; Matthaei an Warburg, 4. 7. 1931; Fa. Max M. Warburg an Matthaei, 8. 7. 1931; Bericht Lippmanns im Senat, 3. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI. Zu dem 50-Mio-Dollar-Kredit: Born, Bankenkrise, S. 90.
- 180 Lippmann an Matthaei, 4. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 181 Vermerk Lippmanns, 8. 7. 1931, ebda.
- 182 Lippmann im Senat, 3. 7. 1931; Vermerk Lippmanns über die Prolongation des Postkredits, 8. 7. 1931, ebda.
- 183 Bericht Lippmanns über Verhandlungen in Berlin, 11. 7. 1931, ebda.
- 184 Ebda. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 91.
- 185 Bericht Lippmanns, 11. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- 186 Ebda.
- 187 Lippmann an Matthaei, 11. 7. 1931, ebda.
- 188 Vermerk Nordens, 13. 7. 1931, BAK: R 2/13 385.
- 189 Präs. des Senats an RFM, 24. 7. 1931, BAK: R 2/15 322. – Matthaei an Hasse, 14. 7. 1931; Vermerk Matthaeis, 17. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Verfügung an Reichshauptkasse, 20. 7. 1931, BAK: R 2/15 322.
- 190 Vermerk Lippmanns über Telefonat Pipers, 21. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V

- u. O II A 1 a I; Mittlg. Lippmanns an Piper, 24. 7. 1931; Lippmann an Zarden, (RFM), 25. 7. 1931; Lippmann an Matthaei, 20. 8. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XXVI; Präs. des Senats an RFM, 18., 24. 7. 1931, BAK: R 2/15322; RFM an Reichshauptkasse, 25. 7. 1931, StAH: SKRAA II, II B 1, Bd. 1.
- ¹⁹¹ Exposé Lippmanns für Verhandlungen mit Reichsregierung am 7. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- ¹⁹² Berichte Lippmanns über Besprechungen mit Schäffer am 6. 8. 1931; mit Dietrich am 7. 8. 1931 (dort das Zitat), StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Roß und Lippmann in der 44. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 8. 8. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XVI B 3 b; Tagebuch Schäffers, 6. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13, S. 564–566.
- ¹⁹³ Lippmann an Bauer, Hbg. Gesandtschaft, 15. 8. 1931; Lippmann an Schäffer, 14. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI. Der Brief, auf den in diesen Dokumenten Bezug genommen wird, ging am 8. August ab.
- ¹⁹⁴ Matthaei an Mendelssohn & Co., 12. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- ¹⁹⁵ Entwurf der Firma Warburg, 13. 8. 1931, ebda; Finanzdep. an die Niederländisch-Indische Handelsbank, 13. 8. 1931, BAK: R 2/13385.
- ¹⁹⁶ J. Henry Schröder & Co. an Finanzdep., 19. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI. Eine Abschrift ging ans RFM, BAK: R 2/13385.
- ¹⁹⁷ M. M. Warburg & Co. an Matthaei, 18. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- ¹⁹⁸ Finanzdep. an Niederländisch-Indische Handelsbank, 13. 8. 1931; Niederländisch-Indische Handelsbank an RFM, 18. 8. 1931; dies. an Finanzdep., 18. 8. 1931, BAK: R 2/13385.
- ¹⁹⁹ Warburg an Matthaei, 18. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI (dort die Zitate); Hans Meyer, Warburg und Co. Amsterdam, an Schäffer, 19. 8. 1931, BAK: R 2/13385.
- ²⁰⁰ Ernst Spiegelberg an Erich Warburg, 13. 8. 1931; Carl Melchior an Lippmann, 14. 8. 1931; Erich Warburg an Lippmann, 14. 8. 1931; Melchior an Lippmann, 19. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- ²⁰¹ Bericht Lippmanns über Verhandlungen in der Reichsbank am 24. 8. 1931, ebda.
- ²⁰² Lippmann an Matthaei über Verhandlungen im RFM und mit Carl Melchior, 20. 8. 1931, ebda.
- ²⁰³ Reichsbankdirektorium an Niederländisch-Indische Handelsbank, 18. 9. 1931, BAK: R 2/13385.
- ²⁰⁴ Vgl. Anlage 33. Haspa an Finanzdep., 24. 11. 1931, Anlage, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 bm I.
- ²⁰⁵ Niederschrift Rosensteins über Besprechung mit Vertretern der drei Sparkassen, 15. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 bi. – Zur Organisation: [Oscar] Kaven, Zur Rechtsstellung der Hamburger Sparcasse von 1827. In: Sparkasse. Zeitschrift für das Sparkassen- und kommunale Bankwesen. Organ des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Jg. 47 (1927), Nr. 10, S. 241 ff.
- ²⁰⁶ Henning, Liquidität, S. 55, 61, Abb. 1 und 3. Zahlen über die einfache Barliquidität ohne die Nostroguthaben liegen nicht vor.
- ²⁰⁷ Haspa an Lippmann, 14. 7. 1931; Präs. des Senats an RK, RFM und Reichsbankpräsi., 17. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 bi.
- ²⁰⁸ Vgl. Anlage 33 a.
- ²⁰⁹ Matthaei und Lippmann im Senat, 13., 15., 17. und 22. 7. 1931, StAH: Senatskanzlei, Plenumsprotokolle, S. 359–362, 364–366, 373 f., 378 sowie Geheimprotokoll, 22. 7. 1931, Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Haspa und Neuspar an

- Finanzdep., 23. 7. 1931; Lippmann an Zarden, 25. 7. 1931, ebda; Haspa an Finanzdep., 14. 7. 1931, ebda, V u. O IIB 5 bi.
- ¹¹⁰ Lippmann an Matthaei, 24. 7. 1931; GEG an Finanzdep., 8. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XXVI.
- ¹¹¹ Niederschrift über 44. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 8. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XVII B 3 b; Exposé für Verhandlungen mit der Reichsreg. am 7. 8. 1931; Lippmann an Zarden, 25. 7. 1931, ebda, V u. O IIA 1 a XXVI; Verzeichnis der inländischen kurzfristigen Verbindlichkeiten des Landes Hamburg, BAK: R 2/3904, S. 63.
- ¹¹² Matthaei an den Treuhänder für die Danat-Bank, 16. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XXVI; Sitzungsbeschluß der Finanzdep., 28. 7. 1931, ebda, V u. O IIA 1 a XVII B 3 a.
- ¹¹³ Vermerk Pünders, 13. 7. 1931, BAK: R 43 I/2270; Senatsprotokoll, 13. 7. 1931, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 361.
- ¹¹⁴ Haspa an Finanzdep., 14. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIB 5 bi.
- ¹¹⁵ Lippmann an Bgm. Roß, 23. 7. 1931, ebda.
- ¹¹⁶ Rundschreiben des Präs. des Dt. Städtetages an die Mitgliedstädte, 17. 7. 1931, ebda.
- ¹¹⁷ Lippmann an Schlottau, Direktor der Haspa, 14. 7. 1931; Haspa und Neuspar an Lippmann, 14. 7. 1931; Präs. des Senats an RK, RFM und Reichsbankpräs., 17. 7. 1931, ebda.
- ¹¹⁸ Verordnungen über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs vom 15., 18., 23., 28. 7. und 1. 8. 1931, RGBl. I, S. 365 f., 376–378, 393 f., 405, 419–421.
- ¹¹⁹ Vgl. Anlage 33.
- ¹²⁰ Vermerk Lippmanns, 22. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIB 5 bi.
- ¹²¹ Reichsbankdirektorium an Präs. des Senats, 22. 7. 1931, ebda.
- ¹²² Vermerk über Telefonat der Gesandtschaft, 5. 8. 1931; Garantieverklärung des Senats, 6. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIB 5 b m I; Lippmann und Struve im Senat, 5. 8. 1931, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, Plenumsprotokolle, S. 399–405. Vgl. Born, Bankenkrise, S. 117–119, 130–133.
- ¹²³ Niederschrift über die 44. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 8. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XVII B 3 b; Verzeichnis der als »zeitweilige Anleihen« vorweggenommenen Einnahmen (für Verhandlungen in Berlin am 2. 10. 1931), ebda, V u. O IIA 1 a XXVI.
- ¹²⁴ RFM an Senat, 13. 11., 15. 12. 1931, StAH: SKRAA II, VII D 8, Bd. 4.
- ¹²⁵ Plenumsprotokoll des Senats, 19. 6. 1931, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 305–308; vgl. Lippmann, S. 517 f.
- ¹²⁶ Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses zur Verteilung der Einnahmen des hamburgischen Staates auf die einzelnen Behörden, 30. 6. 1931, und Zusammenstellung aufgrund dieser Besprechungsprotokolle, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XVII B 3 d.
- ¹²⁷ Schnellbrief des RFM an die Landesregg., 17. 7. 1931, StAH: SKRAA II, II A 4/29/14, Bd. 1; Bericht über Besprechung der Finanzminister der größeren Länder, 21. 7. 1931, ebda, Finanzdep. IV, V u. O I D 11 A I.
- ¹²⁸ RGBl. I, 1931, S. 381.
- ¹²⁹ Geheimprotokoll des Senats, 22. 7. 1931; Bericht Lippmanns über 3. Sitzung des Ausschusses zur Verteilung usw., 23. 7. 1931; Exposé für Verhandlungen mit der Reichsreg. am 7. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O IIA 1 a XXVI; Niederschriften über 2., 3. und 4. Sitzung des Ausschusses am 21. 7., 23. 7. und 3. 8. 1931, ebda, V u. O IIA 1 a XVII B 3 d.
- ¹³⁰ Geheimprotokoll des Senats, 22. 7. 1931, ebda, V u. O IIA 1 a XXVI.

- ²³¹ Z. B. HA 162, 15. 7. 1931; HC 325, 16. 7. 1931.
- ²³² Niederschriften über die 43., 45. und 47. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 1., 12. und 14. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3b; Exposé für die Pressekonferenz am 15. 8. 1931, ebda, in einem Teil der Hamburger Tagespresse, z. B. im HA 189 vom 15. 8. 1931, vollständig abgedruckt; Drucksache für Senatssitzung, 7. 8. 1931, Senatskanzlei, Personalabtlg. I, 1931 Ja 18; Plenumsprotokoll, 14. 8. 1931, ebda, A 2a, S. 425.
- ²³³ Vgl. Mette/Podeyn, S. 91; ähnliche Äußerungen aus allen Senatsparteien, z. B. Niederschriften über 7., 8., 37. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 16., 23. 2. 1928, 19. 1. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 1 bzw. 3a.
- ²³⁴ Anweisung der Senatskommission für Staatsarbeiterangelegenheiten, 24. 12. 1930; Bericht Struves, 10. 1. 1931, StAH: Sozialbeh. I, AW 00/64. Bis Ende Januar 1931 wurden dank der Arbeitszeitverkürzung 1252 Wohlfahrtserwerbslose bei Hamburger Behörden eingestellt. Bericht Beckers, Febr. 1931, ebda.
- ²³⁵ Vgl. Anlage 29.
- ²³⁶ Bericht, 31. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3c, Unterakte: Handel, Schifffahrt und Gewerbe.
- ²³⁷ Berichte der Baubehörde, Ingenieurwesen, 27. 7. 1931, Garten- und Friedhofswesen, 29. 7. und 7. 10. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3c, Unterakte: Baubehörde.
- ²³⁸ Ende 1931 waren bei der Wohlfahrtsbehörde außer 202 eigenen Beamten, 727 Angestellten und acht außerplanmäßigen Beamten 576 von anderen Behörden überwiesene Kräfte beschäftigt. Jahresbericht 1931, 15. 9. 1932, StAH: Sozialbeh. I, VG 54/31.
- ²³⁹ Berichte über Überprüfung der Unterstützungen gemäß Anordnung vom 27. 1. 1931, 13. und 22. 5. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 38/18.
- ²⁴⁰ Am 4. 7. 1931 ordnete die Leitung der Wohlfahrtsbehörde an, daß die seit 1925 unveränderten Richtsätze ohne spezielle Genehmigung statt um die Hälfte (seit 26. 9. 1927) nur noch um ein Drittel überschritten werden dürften. StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7. Am 7. 10. 1931 wurde der anrechnungsfreie Teil der Einnahmen aus Untervermietung bei leeren Zimmern von 15 auf 5%, bei möblierten Zimmern von 25 auf 10% reduziert. Ebda, VG 24/31, Bd. 3, Bl. 25.
- ²⁴¹ Vgl. Anlage 34.
- ²⁴² Stellvertretend für zahlreiche übereinstimmende Äußerungen Bericht der Wohlfahrtsbeh. für den Wahlkampf, Sommer 1931, StAH: Senatskanzlei, Präsidialabtlg., 1931 A 51; Niederschriften über Oberfürsorgetagessitzung, 26. 11. 1931, Sozialbeh. I: VG 25/11, Bd. 1; über 37. Zus.kunft der Wohlfahrtsstellenleiter, ebda, VG 24/31, Bd. 3.
- ²⁴³ Die grundlegenden Bestimmungen und Berichte finden sich im StAH: Sozialbeh. I, AW 50/13, 50/14, 53/18 und 53/24.
- ²⁴⁴ Z. B. Bgm. Roß in der 48. und 49. Sitzung der Finanzkommission des Senats am 31. 8. und 3. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3b.
- ²⁴⁵ Die Arbeitszeit wurde von ursprünglich 48 Wochenstunden herabgesetzt: am 1. 1. 1931 auf 44. Std., am 1. 4. für Alleinstehende auf 36 Std., am 1. 8. für Alleinstehende auf 32 Std., für Verheiratete auf 36 Std. StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 1–2. Wegen der Zahl der Fürsorgearbeiter vgl. die regelmäßigen Monatsübersichten in HVW 7 und 8, 1930–1931.
- ²⁴⁶ Neumann an Finanzdep., 24. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3b.
- ²⁴⁷ Eine Sammlung der Verfügungen findet sich im StAH: Senatskanzlei, Präsidialabtlg., 1930 A 14/b 28.

- ²⁴⁸ 15. Bürgerschaftssitzung, Sten. Ber., S. 712–715, die Zitate auf S. 713 f.
- ²⁴⁹ Vgl. Michael Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 53–59, 118–130; ders., Konjunkturpolitische Vorstellungen.
- ²⁵⁰ 15. Bürgerschaftssitzung, 26. 8. 1931, Sten. Ber., S. 720–726, Zitat: S. 720.
- ²⁵¹ Ebda, S. 729–732, Zitat: S. 731, die Erklärung der DVP: S. 734.
- ²⁵² Ebda, S. 732.
- ²⁵³ Zusammenstellung des Rechnungsamts, 12. 8. 1931; Niederschrift über die 45. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 12. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 3 b; Vermerk Olschers über Verhandlungen mit Lippmann am 20. 8., 22. 8. 1931, BAK: R 2/15 322.
- ²⁵⁴ Bericht Lippmanns über Verhandlungen in Berlin, 20. 8. 1931; Bericht Bauers, 22. 8. 1931; Vermerk Lippmanns über Telefonat mit Schäffer, 22. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Vermerk Olschers, 22. 8. 1931, BAK: R 2/15 322; Schäffer, Tagebuch, 21. 8. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 13.
- ²⁵⁵ Z. B. Lippmann an Schäffer, 24. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI.
- ²⁵⁶ Bericht Lippmanns über Verhandlungen in Berlin, 20. 8. 1931; Lippmann an Schäffer, 24. 8. 1931; Präs. des Senats an RFM, 4. 9. 1931; Petersen an Dietrich, 9. 9. 1931, ebda; Bgm. Petersen an Reichskanzler, 28. 9. 1931, ebda, V u. O II A 1 t IA, Tl. VI, Bd. 2. Vgl. RGBl. I, 1920, S. 413.
- ²⁵⁷ Petersen an Schäffer, 26. 8. 1931, mit anliegendem Besprechungsprotokoll, BAK: R 2/15 322.
- ²⁵⁸ Matthaei in der 48. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 3 b. Ende September hatte Hamburg Einnahmen in Höhe von 38,3 Millionen RM als »zeitweilige Anleihen« vorweggenommen od. als Sicherheit für deren Rückzahlung abgetreten. Unterlage für Verhandlungen in Berlin am 2. 10. 1931, ebda, IIA 1 a XXVI.
- ²⁵⁹ Bgm. Petersen an Reichsfinanzmin., 9. 9. 1931, ebda.
- ²⁶⁰ Johannes Lotzin, Chemische Fabrik, an Handelskammer, 29. 7. 1931, AHK: 42 C 5/17.
- ²⁶¹ Matthaei in der 49. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 3. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 3 b.
- ²⁶² Vgl. Anlage 33b. Staatsamt für ausw. Angel. an Gesandtschaft, 15. 9. 1931; Berichte der Gesandtschaft, 17., 22. 9. 1931; Neuspar an Senat, 22. 9. 1931; Haspa an Dt. Girozentrale, 25. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 bm I; Niederschr. über 52. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 28. 9. 1931, ebda, V u. O II A 1 a XVII B 3 b; Plenumsprotokolle, 28. 9., 7. 10. 1931, Senatskanzlei, A 2 a, S. 514 f., 524 f.
- ²⁶³ Matthaei in der 50. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 16. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVII B 3 b.
- ²⁶⁴ Petersen an Dietrich, 9. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI; Dietrich an Petersen, 10. 9. 1931, BAK: R 2/15 322.
- ²⁶⁵ Fernspruch an Gesandtschaft, 21. 9. 1931; Fernspruch der Gesandtschaft über Entscheidung des Reichskabinetts, 24. 9. 1931; Bericht Pipers, 27. 9. 1931, StAH: SKRAA II, IIB 1, Bd. 1; Bgm. Petersen an Reichskanzler, 28. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 t IA, Tl. VI, Bd. 2; Reichsbankdirektorium an RFM, 25. 9. 1931; Tagesnotiz Luthers, 26. 9. 1931, BAK: NL Luther 366. Bgm. Petersen an RFM, 29. 9. 1931, BAK: R 2/15 322.
- ²⁶⁶ Bericht Lippmanns über Besprechung mit Olscher, 29. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XXVI. – HVW 8, 1931, S. 292.
- ²⁶⁷ Bgm. Petersen an RFM, 29. 9. 1931, BAK: R 2/15 322.

- ²⁶⁸ Vermerk Olschers, 16. 10. 1931, ebda; RFM an Senat, 16. 10. 1931, StAH: SKRAA II, II B 1, Bd. 1.
- ²⁶⁹ Bericht Lippmanns über Verhandlungen im RFM, 20. 8. 1931; Bericht der Gesandtschaft über Finanzministerbesprechung, 27. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XXVI. Niederschriften über die 48. bis 51. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 8., 3., 16. und 21. 9. 1931; Bericht des Senatsreferenten für Beamtensachen, Schultz, über Besprechung im RFM, 19. 9. 1931, ebda, V u. O II A 1a XVII B 3 b.
- ²⁷⁰ Niederschriften über die 48. und 49. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 31. 8. und 3. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3 b.
- ²⁷¹ So Lippmann gegenüber Olscher, Bericht vom 20. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XXVI.
- ²⁷² 15. Bürgerschaftssitzung, 26. 8. 1931, Sten. Berichte, S. 726, 731.
- ²⁷³ HA 234, 7. 10. 1931, Sparprogramm – und was dann?
- ²⁷⁴ Z. B. HA 245, 20. 10. 1931, Kalte Verreichlichung oder Reichsreform.
- ²⁷⁵ Bei einer Referentenbesprechung im RFM über die Anpassung der Beamtensoldung wurde den Vertretern Hamburgs nahegelegt, die Selbstverwaltung der Schule und die akademische Volksschullehrerausbildung zu beseitigen. Bericht Schultz', 19. 9. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVII B 3 b.
- ²⁷⁶ Vgl. Menges, S. 391–396; Habel, S. 126–193; Besson, S. 161–187. Über die Hauptgründe für die Proteste: Büttner, Hamburg in der Depression, S. 410, Anm. 395.
- ²⁷⁷ Dies erklärte Dietrich z. B. bei Finanzverhandlungen mit Vertretern der Länder am 26. 8. 1931 mit Bezug auf die Ersparnisse durch das Hoover-Moratorium: Bericht der Gesandtschaft, 27. 8. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XXVI.
- ²⁷⁸ Beispiele bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 411, Anm. 297.
- ²⁷⁹ Im Juli 1928 verzichtete der Senat z. B. auf den beabsichtigten Einspruch gegen die vom Reichstag beschlossene Lohnsteuersenkung, weil ein Erfolg als unwahrscheinlich erschien. Das Reichsfinanzministerium hatte in internen Besprechungen zugesagt, zum Ausgleich die Erhebung einer Getränkesteuer zu ermöglichen. Berichte Lippmanns, 9. 7., ohne Datum (wohl 10. 7.) 1928, StAH: SKRAA II, II A 3/6, Bd. 6; Berichte bzw. Fernspruch der Gesandtschaft, 12., 18., 19. 7. 1928, Steuerverw. I, III A 15 b IA/2; Plenumsprotokolle des Senats, 11., 18. 7. 1928, Senatskanzlei, A 2 a.
- ²⁸⁰ Vgl. S. 464–466
- ²⁸¹ Plenumsprotokoll des Senats, 16. 6. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 400b–407, Zitat: S. 405; Bericht der Gesandtschaft v. 19. 6. 1930 über Beratung der Vereinigten Reichsratsausschüsse, SKRAA II, II A 3/23. Nach Lippmanns Auffassung war »die politische Einstellung zu dem Kabinett Brüning« für die Ablehnung des Senats entscheidend: an Matthaei, 17. 6. 1930, Finanzdep. IV, V u. O I D 11 b VIII B, Unterakte: VO des Reichspräs. v. 26. 7. 1930.
- ²⁸² Bericht Lippmanns, 28. 6. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O I D 11 b VIII B, Unterakte: VO v. 26. 7. 1930; Verhandlungen des Senats, 30. 6. 1930, Senatskanzlei, A 2 a, S. 463–470.
- ²⁸³ Plenumsprotokoll des Senats, 25. 8. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 591–592; Bericht der Gesandtschaft über Verhandlungen der Vereinigten Reichsratsausschüsse, 28. 8. 1930, SKRAA II, II A 3/23.
- ²⁸⁴ Plenumsprotokoll des Senats, 10. 11. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2 a, S. 742–746; Bericht Lippmanns über 1. Lesung in den Vereinigten Reichsratsausschüssen, 13. 11. 1930, Steuerverw. I, I A 55/1.

- ²⁸⁵ Plenumsprotokoll des Senats, 27. 3. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2a, S. 169–173.
- ²⁸⁶ Bericht der Gesandtschaft über Reichsratssitzung am 6. 10. 1931, 10. 10. 1931, S. 7f., StAH: SKRAA II, IA 1e 7.
- ²⁸⁷ Lippmann, Mein Leben, S. 356f.
- ²⁸⁸ Ebda, S. 520f.
- ²⁸⁹ Vgl. Anlage 23.
- ²⁹⁰ Vgl. Anlage 30.
- ²⁹¹ Vgl. Anlage 27.
- ²⁹² Beleihungskasse an Reichsarbeitsmin., 7. 7. 1932, StAH: SKRAA II, IV A 2, Bd. 4; Berichte des Gewerbeaufsichtsamts, 27. 10. 1930, 9. 1. 1931, Arbeitsbehörde I, Nr. 74. Im gesamten Bezirk des Landesarbeitsamts Nordmark wurden nur 3356 Arbeitskräfte angefordert, Schreiben vom 5. 12. 1931, ebda. Vgl. Wolffsohn, S. 45–50. Mit diesem ersten »Arbeitsbeschaffungsprogramm« knüpfte das Kabinett Brüning an Maßnahmen seiner Vorgänger an. Durch das »Baukreditgesetz« vom 26. 7. 1930 wurde ein entsprechendes Gesetz vom 26. 3. 1929 verlängert und erweitert.
- ²⁹³ StAH: Arbeitsbeh. Nr. 78.
- ²⁹⁴ Lohse an Chapeaurouge, 19. 9. 1930; Antwort, 23. 9. 1930; Matthaei an Lohse, 8. 10. 1930, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 90.
- ²⁹⁵ Berichte der Baubeh., Hochbauwesen, 15. 9. 1931, 14. 3. 1932; Ingenieurwesen, 18. 9. 1931, 19. 3. 1932, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 78.
- ²⁹⁶ Vertreter der öffentl. Interessen bei den Wasserwerken an Lohse, 2. 1. 1931; Gaswerke an Lippmann, 2. 1. 1931; Lippmann an Lohse, 5. 1. 1931, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 115. Vgl. Mtlg. Nr. 51 des Senats, 20. 4. 1931, Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1931, S. 117f.
- ²⁹⁷ Die sozialpolitische Bedeutung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge. Bearbeitet im Reichsarbeitsministerium. o. O. o. J. (1929); Rundschreiben des Präs. der Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter, 21. 9. 1929, Beil. z. Reichs-Arbeitsmarktanzeiger Nr. 40 v. 1. 10. 1929; Wolffsohn, S. 50–52. Über den Teilnehmerkreis zahlreiche Dokumente im StAH: Sozialbeh. I, AW 00/62; 40/101.
- ²⁹⁸ Rundschreiben der Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter, 12. 5. 1929, StAH: Sozialbeh. I, AW 00/62; Fernspruch der Gesandtschaft, 28. 5. 1929, SKRAA II, VII D 1, Bd. 14. – Bis zur Weltwirtschaftskrise waren in Hbg. vorwiegend Behörden Träger der Notstandsarbeiten, dann sprangen Vereine ein, so daß der von privater Seite getragene Anteil an den Gesamtkosten rasch stieg. Die Gründung der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten zum 1. August 1930 führte zu keiner nennenswerten Vermehrung der Notstandsarbeiten, da sie zunächst einige Anlaufschwierigkeiten zu überwinden hatte und seit dem Sommer 1931 Hamburg den geforderten Anteil an den Förderungsbeträgen nicht bereitstellen konnte. Im Mai 1932 lehnte der Senat selbst eine zehnpromzentige Beteiligung ab, obwohl dadurch weit größere Mittel der Gesöffa für Notstandsarbeiten verloren zu gehen drohten. Vermerk Marx über Besprechung in der Arbeitsbeh., 7. 3. 1932, Sozialbeh. I, AW 00/81; Bericht der Gesandtschaft über Besprechung mit der Gesöffa, 23. 5. 1932, Arbeitsbeh. I, Nr. 115. Umfang und Finanzierung der Notstandsarbeiten entwickelten sich folgendermaßen (Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 285; 1929/30, S. 288; 1930/31, S. 274; 1931/32, S. 159; 1932/33, S. 152):

Rechnungs- jahre	Veran- schlagte Gesamt- kosten	Tatsäch- liche Gesamt- förderung	Aufwendungen Hamburgs		Geleistete Tagewerke	Ungefähre Zahl ¹ der Notstands- arbeiter
			in 1000 RM	%		
1926-1928	26 103	7749	20 464	78,4	655 966	8410
1929	13 167	1483	11 809	89,7	115 812	1485
1930	7045	837	6 398	90,8	69 788	895
1931	6447	1827	2 473	38,4	98 698	1265
1932	3 639	161	466	12,8	14 319	184

¹ Da die Notstandsarbeiter in Hamburg im allgemeinen 13 Wochen beschäftigt wurden, ist die Zahl der Tagewerke durch 78 zu teilen. Genaue Zahlen liegen nur für das Gebiet des Arbeitsamtes Hamburg vor.

²⁹⁹ HA 197, 25. 8. 1931.

³⁰⁰ Martini, Denkschrift über die Belastung der Fürsorge durch Wohlfahrterwerbslose und über die gegenwärtigen und etwa weiteren Maßnahmen der Arbeitsfürsorge, 16. 11. 1929; Redemanuskript: Die Arbeitsfürsorge, Ende 1929, StAH: Sozialbeh. I, AW 50/13, Bd. 1; Martini an Matthaei, 3. 9. 1930, ebda, AW 01/22; Bericht über die Arbeitsfürsorge für den Wahlkampf 1931, Senatskanzlei, Präsidialabtlg., 1931 A 51. HVW 1930-1932, regelm. Monatsübersicht.

Entwicklung der Arbeitsfürsorge in der Stadt Hamburg:

	Ende Juni		Ende Dezember	
	Fürsarb.	Wohlferwl.	Fürsarb.	Wohlferwl.
1928	198	1 817	122	2 982
1929	212	3 185	254	7 554
1930	2 035	10 357	1 847	19 688
1931	2 245	25 751	619	47 971
1932	1 348	71 003	2 029	94 094

³⁰¹ Z. B. Martini an Matthaei, 3. 9. 1930, StAH: Sozialbeh. I, AW 01/22; Marx an Gottfried, 1. 10. 1930; Marx an Garvens, 2. 10. 1930, ebda, AW 00/65, Bd. 2. Vgl. Rebentisch, Kommunalpolitik, S. 140.

³⁰² Bericht »Die Aufgaben der Abtlg. f. Arbeitswesen«, 10. 6. 1931, StAH: Arbeitsbehörde I, Nr. 1.

³⁰³ Senatsverfügungen vom 20. 12. 1929, StAH: Sozialbeh. I, AW 00/63; vom 24. 3. 1930, AW 00/67; Kaven an Wohlfahrtsbeh., 31. 5. 1930, ebda.

³⁰⁴ Plenumsprotokolle des Senats, 7. 4., 10. 9. 1930, StAH: Senatskanzlei, S. 277-282, 608; 6. Bürgerschaftssitzung, 5. 3. 1930, Sten. Ber., S. 233 ff. Aufgrund einer Senatsverordnung vom 23. 4. 1923 mußten bisher zu 50% Erwerbslose eingestellt werden. Verschiedene Arbeitnehmerorganisationen und die Baukontrolleure des Arbeitsamts berichteten über aktiven Widerstand zahlreicher Firmen, z. B. Entlassungen gerade der ältesten Belegschaftsmitgl. od. erheb. Verteuerung der Angebote unter Hinweis auf die Senatsverfügung: Notiz Biensfeldt, 24. 5. 1930; SPD-Fraktion an den Senat, 15. 11. 1930 und Stellungnahme des Leiters des Arbeitsamts, 2. 1. 1931; Berichte des Arbeitsamts, 18. 6., 25. 8., 8. 10., 18. 11., 9. 12. 1930, Arbeitsbeh. I, Nr. 89.

³⁰⁵ Die Berichte (16. 9. 1930, 19. 3., 18. 9. 1931, 19. 3. 1932, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 78) zeigen die Verdrängung privater Arbeiter durch Erwerbslose bei staatli-

chen Bauaufträgen. Im Tagesdurchschnitt wurden bei Arbeiten des Ingenieurwesens beschäftigt:

	1. 4.– 30. 9. 1929	1. 10.– 30. 3. 1930	1. 4.– 30. 9. 1930	1. 10.– 30. 3. 1931	1. 4.– 30. 9. 1931	1. 9. 1931	1. 3. 1932
Staats- und Hilfsarb.	2823	2960	3004	2991	2976	2690	2305
Übernehmer- leute	1807	1389	1264	703	496	151	32
Erwerbslose	1776	1199	1590	1219	1290	655	123

- ³⁰⁶ Um die Entlassung ständiger Hafenarbeiter zu vermeiden, hatte die Kaiverwaltung schon am 3. Sept. 1930 mit den Organisationen ein Abkommen geschlossen, nach dem sie die Arbeitszeit um maximal einen Tag in der Woche verkürzen und den Lohn entsprechend herabsetzen konnte (Plenumsprotokoll des Senats, 10. 9. 1930, StAH: Senatskanzlei, A 2a, S. 610f.). Zum 11. Januar 1931 wurde die Arbeitszeit der Arbeiter bei allen Behörden und staatlichen Betrieben auf 44 Wochenstunden reduziert (Verfügungen der Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter, 24. 12. 1930, 9. 1. 1931; Bericht Struves über die Verhandlungen, 10. 1. 1931: Sozialbeh. I, AW 00/64). – Schreiben des ADGB, Groß-Hamburg an Neumann, 2. 6. 1931; Niederschrift über Besprechung der Behördenvertreter, 28. 7. 1931, ebda; Bericht Dohrmanns, 13. 10. 1931, ebda, FR 32/03; Bericht Kavens, 21. 9. 1931, Arbeitsbehörde I, Nr. 73.
- ³⁰⁷ Bericht Nr. 41 über die Frage der Arbeitslosigkeit im hamburgischen Staatsgebiet, Dez. 1930, in: Ausschußberichte Bürgerschaft 1930; 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1061–1078; Mtlg. der Bürgerschaft aus ihrer 25. Sitzung sowie Mtlg. Nr. 51 des Senats, 20. 4. 1931, in: Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1930, S. 391f., 1931, S. 120f. – RGL. 1931 I, S. 297f.; Bericht der Gesandtschaft über Besprechung mit dem zuständigen Referenten im RAM, 9. 1. 1931, Arbeitsbeh. I, Nr. 115; Rundschreiben des RAM an die Sozialministerien der Länder, 20. 4. 1932; Bericht der Gesandtschaft über Besprechung mit den Ländern im RAM, 28. 4. 1932, ebda, Nr. 73.
- ³⁰⁸ Mtlg. Nr. 51 des Senats, 20. 4. 1931, Verhandlungen Senat-Bürgerschaft 1931, S. 119f.; Plenumsprotokoll, 20. 4. 1931, Senatskanzlei, A 2a, S. 202–206. Wie sehr das Problem die Öffentlichkeit erregte, zeigen zahlreiche Eingaben versch. Arbeitnehmerorganisationen sowie die Stellungnahmen der staatl. Institutionen in den Akten der Arbeitsbeh. Nr. 69 und 115.
- ³⁰⁹ Bei der Oberschulbeh. waren rd. 200 verheiratete Lehrerinnen tätig, deren Mann ebenfalls im Beruf stand. Die Zahl der »Doppelverdiener« bei den anderen Behörden war unbekannt, aber »sicher unerheblich«. Hey an Lohse, 17. 11. 1930, ebda, Nr. 69. Nach einer Eingabe des Stadtbundes Hamburgischer Frauenvereine an den Senat vom 30. 1. 1931 waren von 38000 Postbeamtinnen 1000 verheiratet und etwa 250 durch den Ehemann wirtschaftlich versorgt. Ebda, Nr. 115.
- ³¹⁰ Die Eingabe des Stadtbundes war dafür charakteristisch: Die zusammengesetzten 47 Hamburger Frauenorganisationen äußerten eingangs ihr »großes Befremden« über den »sinnlosen Kampf gegen die in Erwerbsarbeit stehenden verheirateten Frauen, deren Leistungen man unter dem Schlagwort »Doppelverdiener« in der Öffentlichkeit als unmoralisch und unsozial zu brandmarken versucht«. Sie schlossen: »Ernster noch als diese wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen erscheint uns die Notwendigkeit, in einer Zeit wankender Rechtsbe-

- griffe, wie der heutigen, die Unantastbarkeit der Rechtsgrundlagen des Staates zu verteidigen. Die Rechte des Staatsbürgers dürfen nicht einseitig bei den Frauen preisgegeben werden [...]. Der Staat hat als Arbeitgeber deshalb besonders die Pflicht, seine Gesetze selbst zu achten, zugleich als Vorbild für Betriebe der Privatwirtschaft und sonstige private Arbeitgeber.« Ebda.
- ³¹¹ In einer Eingabe an die Arbeitsbehörde vom 20. 4. 1932 beschwerte sich z. B. ein Arbeitsloser über »Tausende« von Doppelverdienern und nannte als Beispiel eine Frau, deren Mann, wie die Nachprüfung ergab, lungenkrank war und von ihr ernährt wurde. Dieses Doppelverdienende bezeichnete er als »eine unverschämte Sünde und ein strafbares Verbrechen an seinen Mitmenschen«. Ebda, Nr. 70. Der Beamtensrat der Jugendbehörde forderte, das Beamtensrecht zum Nachteil der »Doppelverdiener« zu ändern. Ebda, Nr. 69.
- ³¹² Erich Koch-Weser an Gessler, 26. 3. 1932: »Die Sorge, daß die Regierung in wirtschaftlicher Hilflosigkeit erstickt und die Not nur verwaltet und zu verteilen sucht, anstatt ihr abzuhelfen, ergreift immer größere Schichten des Volkes.« Abgedruckt in: Gessler, S. 505.

5. Kapitel

- ¹ Vgl. Preller, S. 364 ff., insbes. S. 374.
- ² Zusammenstellung der Statistikerin der Wohlfahrtsbehörde, Dohrmann, StAH: Sozialbeh. I, AF 20/19, Bl. 28; dies., Lebenshaltungskosten, Arbeitseinkommen und Unterstützungssätze in Hamburg nach dem Stand vom 30. 9. 1929, ebda, AF 20/10, Bd. 7. Vgl. die Neufassung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, RGBl. I, 1929, S. 162–198, insbes. §§ 105–107 (S. 176 f.).
- ³ Berechnet nach: Statist. Jb. Hbg. 1929/30, S. 289.
- ⁴ Genauere Angaben über die rasch wechselnden Bestimmungen bzgl. der Dauer und der zur Krisenfürsorge zugelassenen Berufe bei Preller, S. 420 f. Für die Höhe der Krisenunterstützung vgl. RABl. I 1927, S. 442.
- ⁵ RGBl. I 1929, S. 1 und Verordnung der Reichsanstalt vom 18. 12. 1928, RABl. I, S. 282; ferner RGBl. I 1929, S. 153, insbes. § 112 a (S. 158). Die Pensionen wurden restlos, die Renten bis auf einen Freibetrag von 30 RM im Monat angerechnet. Genauer dazu: 2. Bericht der Reichsanstalt pp. für die Zeit vom 1. Jan. bis zum 31. Dez. 1929, Beil. zum RABl. 1930, Nr. 12, S. 45–49, 53–60.
- ⁶ RGBl. I 1930, S. 318–321, 520; Preller, S. 432.
- ⁷ Verordnung über die Krisenfürsorge für Arbeitslose, 11. 10. 1930, RGBl. I, S. 463 f.; Preller, S. 435.
- ⁸ Statt der Unterstützungen der Lohnklasse VI wurden die der Klasse V gezahlt, die Gruppen VII und VIII durch die Gruppe VI, IX bis XI durch VII ersetzt. Bei Ledigen wurden die Unterstützungen um eine weitere Klasse herabgesetzt. Die dadurch entstehenden Verluste wurden aufgrund des Berichts von A. Dohrmann im StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7 (vgl. Anm. 2), RABl. I 1927, S. 442 und RGBl. I 1929, S. 176 f. berechnet. Vgl. auch Anlage 35.
- ⁹ Antrag der Wohlfahrtsbeh. bei der Notstandskommission des Senats auf Bewilligung zusätzlicher Mittel, 21. 10. 1930, StAH: Sozialbeh. I, AW 01/22; Protokoll über Sitzung der Wohlfahrtsstellenleiter, 15. 12. 1930, ebda, VG 24/30, Bd. 2; Martini in der 15. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 12. 2. 1931, ebda, StA 32/05, Bd. 5. In 300 Fällen wurden nach seiner Angabe in Hbg. Beträge von 10 Pfg. bis 2 RM als Krisenunterstützung bezahlt. Aber selbst wenn die vollen Sätze gewährt

wurden, konnten insbes. Ehepaare mit Kindern häufig nicht auskommen, da die von der Reichsanstalt für wirtschaftlich abhängige Familienmitglieder gezahlten Zuschläge meistens erheblich unter den in der Fürsorge als unerlässlich geltenden Beträgen lagen (Erhebung über ausgesteuerte Krisenunterstützte in Hamburg, in: Nachrichtendienst 12, 1931, S. 149–152). Nach den Leistungskürzungen durch die Notverordnung vom 5. 6. 1931 mußten die Wohlfahrtsämter in verstärktem Maß für die Klientel der Reichsanstalt eintreten. Im September wurden in Hamburg fast 3000 Empfänger von Arbeitslosenversicherung und fast 6000 Empfänger von Krisenfürsorge zusätzlich unterstützt (Protokolle über die Leitersitzungen am 15. 7., 9. 9. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 2). Daß Berichte über ungerechtfertigte Abschiebungen von Arbeitslosen, die die kommunistische Hamburger Volkszeitung mit Vorliebe veröffentlichte, zumindest teilweise zutrafen, bestätigte der zuständige Referent der Wohlfahrtsbehörde. Im internen Kreis gab er an, daß die Arbeitsnachweise die erste fällige Unterstützungszahlung unter dem Vorwand, die Akten seien unvollständig oder nicht zur Hand, zu verweigern und die Erwerbslosen an die Wohlfahrtsbehörde zu verweisen pflögten. Es sei notwendig, diesen Abschiebungsversuchen entgegenzutreten und die Hilfesuchenden, die einen Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung hätten, zum Arbeitsamt zurückzuschicken. Niederschrift über Sitzung der kleinen Kommission über Fragen der Arbeitsfürsorge, 27. 11. 1930, ebda, AW 00/60.

¹⁰ RGBl. I 1931, S. 293–297; Preller, S. 440 f.

¹¹ Vgl. Anlage 35.

¹² Entwicklung der Durchschnittsunterstützungen:

Okt.	1929	1930	1931	1932
Alu, RM	82,49	84,37	66,82	40,63
Kru, RM	78,51	78,23	56,04	55,91

Berechnet nach Statist. Jb. Hbg. 1929/30, S. 286; 1930/31, S. 272; 1931/32, S. 157; 1932/33, S. 150. Ungenauigkeiten beim Vergleich entstehen insbesondere dadurch, daß die Familienverhältnisse der Unterstützten, die Relation von Männern und Frauen und der Anteil der Kurzarbeiterunterstützungen nicht berücksichtigt werden können.

¹³ Beschluß der Reichsanstalt über die Höchstdauer der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung, 1. 10. 1931; Erlaß des RAM über Dauer der Krisenfürsorge, 23. 10. 1931, RABl. I, S. 223 f., 250 f.

¹⁴ Nachrichtendienst 12 (1931), S. 149–152 (gilt für Februar 1931). 75 % der neuen, von der Krisenfürsorge übernommenen Wohlfahrtserwerbslosen mußten sich mit geringeren Bezügen begnügen. Im allgemeinen erhielten Alleinstehende niedrigere, Ehepaare mit Kindern zum Teil erheblich höhere Unterstützungen.

¹⁵ Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge, 4. 12. 1924, RGBl. I, S. 765–770, Zitat: S. 766.

¹⁶ Als »Kleinrentner« wurden bezeichnet: »Alte oder erwerbsunfähige Personen, die infolge eigener oder fremder Vorsorge ohne die eingetretene Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären.« Bei ihnen sollte bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und Bemessung der Unterstützung auf die früheren Lebensverhältnisse Rücksicht genommen werden. RGBl. I, 1924, S. 767. Vgl. die Ausführungen des zuständigen Referenten im RAM, Otto Wölz, in: Soziale Praxis 33 (1924), Sp. 102–109, 1073–1077; Preller, S. 283–285.

¹⁷ Gesetz über Abänderung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht, 8. 6. 1926, RGBl. I, S. 255.

- ¹⁸ Dazu insbes. Oberbgm. Cuno (Hagen), der sich schon seit den neunziger Jahren mit den Unterstützungsprinzipien in der Armenfürsorge und Wohlfahrtspflege in verschiedenen Schriften auseinandergesetzt hatte, in: *Soziale Praxis* 33 (1924), Sp. 207–214; ferner Wölz (vgl. Anm. 16), ebda, Sp. 1073–1077.
- ¹⁹ Wölz in *Soziale Praxis* 33 (1924), Sp. 103; Nachrichtendienst, Jan. 1930: Die gemeindliche Fürsorge für Arbeitslose als brennende Tagesfrage.
- ²⁰ Rundschreiben an die Bezirksvorsteher und Pfleger des Wohlfahrtsamtes, 26. 9. 1927; Bericht von A. Dohrmann: Lebenshaltungskosten, Arbeitseinkommen und Unterstützungssätze in Hamburg nach dem Stand vom 30. 9. 1929, StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7.
- ²¹ Denkschrift Nordens über »Verhältnis der Unterstützungen in der allgem. Fürsorge zum Richtsatz«, 3. 10. 1927, ebda.
- ²² Bestimmungen der Hbger Wohlfahrtsbehörde über die Festsetzung der Unterstützungen, 4. 7. 1931, ebda. Vgl. Anlage 34.
- ²³ Denkschrift A. Dohrmann, 16. 3. 1932, ebda, AF 10/17. Die von der Wohlfahrtsbeh. gezahlten Unterstützungen waren weit geringer, sie erreichten schon 1927 nur in 17% der Fälle diese Höhe (vgl. Anm. 21).
- ²⁴ Nach den Beobachtungen eines anderen Wohlfahrtsbeamten mußte ein Lediger 6 bis 8 RM in der Woche für ein Zimmer aufwenden. Die Schlußfolgerung, daß dann mit der richtsatzmäßigen Unterstützung von 9 RM nicht auszukommen sei, wies der Chef der Wohlfahrtsbehörde allerdings mit dem typisch liberalen Argument zurück, »die Bevölkerung müsse angesichts des Überangebots von Zimmern selbst für einen Ausgleich der Mietehöhe sorgen. Es sei also Sache eines jeden Mieters, den Mietpreis unter Hinweis auf das Überangebot zu drücken.« Sitzung der Wohlfahrtsstellenleiter, 15. 7. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 2. In der Praxis führte diese Auffassung gelegentlich dazu, daß ein Pfleger einen Hilfsbedürftigen aufforderte, die Reduzierung der Miete zu erwirken, und ein anderer dem ebenfalls unterstützten Vermieter vorwarf, das Zimmer zu billig abzugeben. Mit Recht brachte der mit diesem Fall befaßte Richter zum Ausdruck, »wie sehr auf diese Weise das Vertrauen zu amtlichen Stellen erschüttert werde«. Leitersitzung, 4. 6. 1928, ebda, VG 24/28.
- ²⁵ Bericht A. Dohrmann, 10. 9. 1931, StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7.
- ²⁶ Besprechung der Wohlfahrtsbehörde über Sparmaßnahmen, 27. 1. 1931, ebda, VG 38/17; Martini in der Vereinigung nordwestdt. Wohlfahrtsämter, 30. 9. 1931, ebda, AF 20/10, Bd. 8.
- ²⁷ Sitzung der Wohlfahrtsstellenleiter, 7. 10. 1931, ebda, VG 24/31, Bd. 3; Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 19. 11. 1931, ebda, AF 20/10, Bd. 8. Nach Angaben Martini standen seit dem Sommer für jede Partei für Bekleidung nur 70 Pfennige im Monat zur Verfügung. Von den Schulen kamen Klagen, daß Kinder dem Unterricht fernblieben, weil ihnen Schuhe fehlten.
- ²⁸ Zusammenkunft der Wohlfahrtsstellenleiter, 7. 1. 1931, ebda, VG 26/26, Bd. 2; Besprechung in der Wohlfahrtsbeh. mit Vertretern der Detaillistenkammer, 29. 4. 1931, AHK: 31 B 26/4.
- ²⁹ Jahresbericht Arbeiterrat 1923/24 ff. Die Wohlfahrtsbehörde bezuschußte die Speisungen des Arbeiterrats im Winter 1929/30 mit 104 400 RM, sonstige Mittagstische mit 45 600 RM. Wohlfahrtsbeh. an Rechnungssamt, 23. 10. 1929, StAH: Sozialbeh. I, AW 01/21. In den vorangegangenen Jahren hatten die versch. Speiseeinrichtungen ebenfalls insgesamt 150 000 RM erhalten.
- ³⁰ RR Albers in der Oberfürsogerinnensitzung am 13. 10. 1930, ebda, VG 25/11, Bd. 1; Martini in der Leitersitzung der Wohlfahrtsbeh., 20. 10. 1930, ebda, VG 24/30, Bd. 2. Im allgemeinen erhielten die Unterstützten dreimal in der Wo-

- che gegen Zuzahlung von 10 Pfg. eine warme Mahlzeit. Viele hatten für Ernährung so geringe Mittel übrig, daß sie einen Teil der Mittagsportion für das Abendessen aufsparten. Leitersitzungen, 15. 12. 1930, 8. 4. 1931, ebda, VG 24/30, Bd. 2 und VG 24/31, Bd. 1.
- ³¹ Jb. Arbeiterrat 1931, S. 134; 1932, S. 84 f. Martini in der Leitersitzung der Wohlfahrtsbeh., 7. 10. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 3.
- ³² Abrechnungen im AHK: 31 G 2/2 und 31 G 3/3. Ähnlich wie bei den Notstands- speisungen ging auch die Regie des Winterhilfswerks 1931/32 von den privaten Hilfsorganisationen auf die Wohlfahrtsbehörde über. Martini in der Leitersit- zung am 7. 10. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 3.
- ³³ Wohlfahrtsbeh. an Rechnungsamt, 23. 10. 1929, ebda, AW 01/21; Niederschrift über 14. Sitzung der Wohlfahrtsbehörde, 12. 2. 1931, ebda, StA 23/05, Bd. 5; Leitersitzungen, 7. 10., 2. 12. 1931, ebda, VG 24/31, Bd. 3. Um auch die »un- sichtbaren« Arbeitslosen mitzuerfassen, wurde bei der Schätzung die Zahl der Arbeit- suchenden (Tabelle 9) als Bezugsgröße gewählt.
- ³⁴ Entwurf eines Schreibens an den Präs. des LFA Unterelbe, 24. 9. 1932, StAH: Steuerverwaltg. I, III A 35 B II. Bei früheren internen Berichten hatte die Statisti- kerin der Wohlfahrtsbeh. den Wert der Sachleistungen am 18. Sept. 1931 auf 8,4 % der lfd. Barunterstützung – das wären für eine Einzelperson 76 Pfg. – und am 6. Febr. 1932 einschließlich der Lebensmittelverbilligungen durch Reichsreg. und Hbger Einzelhandel auf 1,15 RM geschätzt. Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7 bzw. AF 10/17.
- ³⁵ Niederschriften über Leitersitzungen der Wohlfahrtsbeh. 17. 3. 1930, 11. 3. 1931, (ebda, VG 24/30, Bd. 1; VG 26/26, Bd. 2) und 15. Sitzung der Wohlfahrts- beh. 4. 6. 1931 (ebda, StA 23/05, Bd. 5). Artikel im Hamburger Fremdenblatt »Gegen Regiebetriebe der Wohlfahrt«, 2. 3. 1931; »Die Detaillistenkammer zur Sparpolitik«, 31. 8. 1931; »Staat und Einzelhandel«, 14. 9. 1931. Niederschr. über Besprechung in der Wohlfahrtsbeh. mit Vertretern der Detaillisten- und Handelskammer, 29. 4. 1931, AHK: 31 B 26/4.
- ³⁶ Leitersitzung, 17. 3. 1930, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/30, Bd. 1.
- ³⁷ Leitersitzungen, 17. 3. und 25. 8. 1930, ebda. Seit März 1931 beobachteten die Wohlfahrtsstellen, daß die Schuhmacher, wohl auf Betreiben der Innung, dazu übergingen, »ihre Gesuche um Zulassung in ultimativer Form zu stellen«. Nie- derschritten über die Leitersitzung am 11. 3. 1931 (ebda, VG 26/26, Bd. 2) und die Vsmgl. der Bezirksvorsteher der Wohlfahrtsstelle XII am 12. 3. 1931 (ebda, EO 34/41, Bd. 3, dort das Zitat).
- ³⁸ Niederschr. über 15. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 4. 6. 1931, ebda, StA 23/05, Bd. 5; Statist. Jb. Hbg. 1930/31, S. 289; 1931/32, S. 171.
- ³⁹ Niederschr. über Besprechung mit Vertretern der DK und HK, 29. 4. 1931, AHK: 31 B 26/4.
- ⁴⁰ Niederschr. über 15. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 4. 6. 1931, StAH: Sozialbeh. I, StA 23/05, Bd. 5.
- ⁴¹ Niederschr. über 16. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 19. 11. 1931, ebda, und Lei- tersitzungen, 7. 10., 4. 11. 1931, ebda, VG 24/31, Bd. 3; HF 6. 11. 1931: Lebens- mittelverbilligung und Feuerungsversorgung. – Das zunächst für vier Wochen geltende Abkommen zwischen der Wohlfahrtsbeh. und den Hbger Einzelhan- delsgorg. sah vor, daß jeder Erwerbslose Gutscheine für den verbilligten Bezug bestimmter Lebensmittel im Wert von etwa 40 Pfg. pro Woche erhalten sollte. Die Ausgaben der Wohlfahrtsbeh. für Lebensmittelverbilligung gingen 1932 von 2,7 Mio RM im Vorjahr auf 1,4 Mio RM zurück. Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 164.

- 42 Leitersitzung, 2. 12. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 3; Bezirksvorstehersmgl. der Wohlfahrtsstelle XII, 13. 1. 1932, ebda, EO 34/41, Bd. 3.
- 43 HF 21. 11. 1931: Der Lebensmittelbezug durch das Winterhilfswerk; HA 19. 12. 1931: Der Einzelhandel springt ab?; Leitersitzungen der Wohlfahrtsbeh., 2. 12. 1931, 23. 3. 1932, Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 3 u. VG 24/32, Bd. 1.
- 44 Ein Beispiel bietet der Kommentar zu den Forderungen der Schuhmacherinnung in dem Artikel: »Gegen Regiebetriebe der Wohlfahrt«, 2. 3. 1931.
- 45 Dies zeigen z. B. die Ausführungen des Finanzdeputierten Hertling (DDP) in der 73. Sitzung des Wohlfahrtsamts am 5. 8. 1927 (StAH: Sozialbeh. I, StA 23/05, Bd. 4) und ein Vermerk Matthaeis über angebliche Sparmöglichkeiten bei der Wohlfahrtsbeh., die ihm »ein genauer Kenner der Verhältnisse« mitgeteilt habe (Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 b).
- 46 Berichte Dohrmann, 7. 3. 1927, Sozialbeh. I, AF 20/12; 23. 12. 1931, ebda, AF 20/10, Bd. 8; W. Blunck, Zwischenörtlicher Vgl. der Unterstützungshöhe, in: Nachrichtendienst 13 (1932), S. 288.
- 47 Denkschrift über die Aufwendungen des Wohlfahrtsamts im Vergleich zu anderen deutschen Städten, Nov. 1927, Sozialbeh. I, VG 38/12. Sechs Großstädte hatten 1927 in der Allg. Fürsorge höhere Richtsätze als Hamburg.
- 48 Ergebnis der Rundfrage des Dt. Städtetages vom 25. 7. 1931 über die monatl. Fürsorgerichtsätze nach dem Stand vom 1. Juli 1930 bzw. 1. August 1931, ebda, AF 20/21; regelmäßige Übersicht im Statist. Jb. dt. Städte. Die Richtsätze für die Unterstützung des Alleinstehenden in der Allg. Fürs. lagen im Sommer 1931 in den meisten Städten zwischen 38 und 40 RM. In Hamburg waren 38,50 RM vorgesehen. Erheblich darunter lagen Bremen, Altona und Halle mit 34, 30 bzw. 34,60 RM.
- 49 Denkschrift des Wohlfahrtsamts vom Nov. 1927, Sozialbeh. I, VG 38/12. Für die sog. »sonstigen Bedürftigen« – Wohlfahrtserwerbslose wurden noch nicht gezählt – wandte Hamburg im Monat durchschnittlich 45,20 RM je Partei auf; es folgte Kiel mit 41,70 RM, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß den Fürsorgeempfängern dort die Hauszinssteuer erlassen wurde. Im Aug. 1929 lag Hamburg mit 49,10 RM hinter Altona (52,60 RM) an zweiter Stelle und nur noch geringfügig vor Kiel (47,60 RM). Dohrmann, Bericht: Die Unterstützungssätze von 23 dt. Städten, 23. 10. 1929, StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7.
- 50 »Der geheimnisvolle Richtsatz«, in: Wohlfahrts-Woche 1931, S. 428–430; Dohrmann, Berichte 18. 9. 1931; 23. 12. 1931; 6. 5. 1932, StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 7 u. 8. Nach dem zuletzt genannten Bericht betrug die Durchschnittsunterstützungen bei Einbeziehung der Arbeitsfürsorge im Januar 1932 in Hamburg 45,52 RM, in Bochum 48,35 RM, in Köln 47,09 RM, in Altona 42,20 RM, in Hannover 40,70 RM und in Berlin 37,25 RM. Vgl. Anl. 34c.
- 51 Kommentar Dohrmann zu den Monatsberichten des Statist. Amtes Stadt Berlin, 28. 9. 1931, ebda, AF 20/10, Bd. 7.
- 52 Arbeitsamt Hbg. an die nichtgewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, 12. 7. 1929, ebda, AW 00/14; versch. Notizen ebda, AW 31/22, Bd. 1–2; Hbger Echo, 23. 7. 1931: Wie wirkt sich die Notverordnung aus?
- 53 Niederschrift über die Oberfürsorgerinnensitzung am 9. 7. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 25/11, Bd. 1. – Protokolle der 5., 11. und 15. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 14. 3. 1929, 2. 6. 1930, 4. 6. 1931, ebda, StA 23/05, Bd. 5; Leitersitzungen, 20. 5., 15. 7. 1931, ebda, VG 24/31, Bd. 1–2; Stellungnahme Martinis zum Bericht des Senatsbeauftragten für die Verwaltungsreform vom 6. 1. 1930, 21. 5. 1930, ebda, VG 38/15, Bd. 2 (Wie im einzelnen nachgewiesen wurde, hatte sich die Arbeit seit 1924 mindestens verdoppelt, das Personal war aber um 1,4 %

- reduziert worden); Martini an die Notstandskommission des Senats, 20. 10. 1930, Arbeitsbeh. I, Nr. 128 (Bis zu acht Überstunden täglich seien nichts Außergewöhnliches mehr).
- ⁵⁴ Protokolle über Sitzungen der Wohlfahrtsstellenleiter, 25. 2., 18. 11. 1929, 17. 6. 1931, ebda, VG 24/29, Bd. 1–2, VG 24/31, Bd. 2; Bericht Senatsbeauftragter (s. Anm. 53), Tl. VII, 6. 1. 1930, ebda, VG 38/15, Bd. 1; Stellungnahme Martinis dazu, 21. 5. 1930, ebda, VG 38/15, Bd. 2; Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 29. 9. 1932, ebda, StA 23/05, Bd. 5. Eine Übersicht über die Hausverbote und Verwarnungen zeigt sehr deutlich die Zunahme der Ausschreitungen in den Wohlfahrtsstellen seit dem Winter 1929/30, ebda, VG 38/04.
- ⁵⁵ U. a. Martini in der 12., 16., 17. Sitzung der Wohlfahrtsbeh., 5. 8. 1930, 19. 11. 1931, 21. 1. 1932, ebda, StA 23/05, Bd. 5; Niederschr. über 37. Zusammenkunft der Wohlfahrtsstellenleiter, 28. 11. 1931, ebda, VG 24/31, Bd. 3; über Oberfürsorgerinnensitzung am 26. 11. 1931, ebda, VG 25/11. Ende 1931 waren der Wohlfahrtsbeh. 576 Kräfte von anderen Behörden überwiesen (Jahresbericht 1931, Abtlg. I, ebda, VG 54/31). Z. Tl. waren sie von den katastrophalen Lebensbedingungen, die sie erstmals kennenlernten, so erschüttert, daß sie alles Beantragte bewilligten. Wenn die Fürsorgerinnen die Anträge dann überprüften und oft andere Entscheidungen treffen mußten, entstanden für sie zusätzliche Konflikte mit den Hilfsbedürftigen und den neuen »Berufspflegern«. Von 24 an die Wohlfahrtsbehörde überwiesenen Haushaltslehrerinnen zogen 19 Stellenlosigkeit dem geforderten Arbeitsplatzwechsel vor.
- ⁵⁶ Wölz und Cuno in Soziale Praxis 33 (1924), Sp. 102–109, 1072–1077; 207–214.
- ⁵⁷ Antrag der Belegschaft der Betriebsstelle Alter Teichweg, 10. 11. 1928, StAH: Sozialbeh. I, AW 00/53; Meibohm in der 16. Bürgerschaftssitzung, 4. 6. 1930, Sten. Ber., S. 721. In einer Eingabe vom 8. 2. 1929 an die DHSG nannten sieben Notstandsarbeiter als Ziel: »aus der Fürsorge des Wohlfahrtsamtes frei zu kommen, um nicht mehr als Arme zu gelten«. StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 88. Daß auch bei älteren Sozialdemokraten negative Urteile über Fürsorge und Arbeitslosigkeit noch latent vorhanden waren, zeigt Max Leuteritz' Nachruf auf einen Reichsbannermann, der bei Auseinandersetzungen mit dem Rotfrontkämpferbund erschossen worden war: »Wer den Tiedemann kannte, weiß, daß er ein rechtschaffener Arbeiter war, der niemals arbeitslos war, der in jeder Beziehung unsere Achtung verdient.« 24. Bürgerschaftssitzung, 10. 10. 1928, Sten. Ber., S. 885.
- ⁵⁸ Vermerk Nordens, 26. 2. 1927, StAH: Sozialbeh. I, AF 10/23; Bericht der Abtlg. II der Wohlfahrtsbeh., 22. 6. 1928, ebda, AW 00/21 (Weigerung eines 1885 geb. ehemaligen Ewerführervizen, sich bei der Arbeitslosenversicherung zu melden, »da er nicht mit seinen früheren Untergebenen zusammenkommen will«).
- ⁵⁹ Vgl. S. 137. Vermerk Nordens, 26. 2. 1927, StAH: Sozialbeh. I, AF 10/23; Martini in der Leitersitzung am 5. 3. 1928, ebda, VG 24/28. Im Jahresbericht der Hbger Hilfsspende, die notleidende ehemals selbständige oder angestellte Kaufleute unterstützte, hieß es für 1927/28: Bei Liquidation des Geschäfts od. plötzlicher Entlassung sei das Elend der heranwachsenden Kinder »erschreckend groß, besonders da oft bis zum Äußersten der Schein eines gewissen Wohlstandes gewahrt werden soll«. AKH: 31 E 4 a/9.
- ⁶⁰ Dies war z. B. das Ziel einer Denkschrift des ehem. Justizbeamten Hans Baer vom 1. März 1930 (StAH: Sozialbeh. I, AW 00/60): Nach der Einschätzung des »überwiegenden Teil[s] des Volkes [hafte] jeder Fürsorge etwas Herabwürdigendes an«. Durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz sei durch die Begründung

eines Rechtsanspruchs auf Unterstützung »für den Erwerbslosen, der vorher fürsorglicher ›Gnade‹ preisgegeben war«, erreicht worden, daß er »im moralisch wertenden Bewußtsein der für ihn maßgebenden Volkskreise« nicht mehr als Wohlfahrtsempfänger gelte. »Man wird in den handarbeitenden Schichten heute vergebens nach dem alten weit verbreitet gewesenen Vorurteil suchen, wonach der Erwerbslose ein Mitmensch geringeren Grades sei. Auch in anderen Schichten beginnt jenes Vorurteil sich mehr und mehr zu zersetzen.« Nach der Aussteuerung aber werde der Wohlfahrtserwerbslose als »Erwerbsloser zweiter Klasse« angesehen. »Er lebt von der Wohlfahrt! Dieser Satz, mit dem die in Arbeit stehenden [...] Volksgenossen seine Stellung bezeichnen, enthält soviel ungerechte Unterwertung, soviel achselzuckende Herabwürdigung, daß man mit aller Anstrengung darauf sinnen müßte, wie man diesen ungerechten Urteilen einhämmern könnte: Nicht einen der Pflege, der Fürsorge Bedürftigen, einen sonach mitleidenswerten und vielleicht (auch dies liegt allzu oft in ihrem Urteil) ›minderwertigen‹ Menschen habt ihr in ihm zu sehen [...], sondern einen,] dem sein natürliches Recht auf Arbeit infolge der verfahrenen Wirtschaftsverhältnisse versagt wurde.« Nachdem die kommunale Wohlfahrtspflege »als Lückenbüßer der mangelhaften Sozialpolitik des Reiches« die Sorge für die ausgesteuerten Erwerbslosen habe übernehmen müssen, sollten sie durch starke Betonung eines Rechtsanspruchs auf Unterstützung weiterhin »von den Pflinglingen der Allgemeinen Fürsorge« geschieden und von einem besonderen städtischen Amt betreut werden. Das erhoffte »Schwinden unterwertender Beurteilung« sei entscheidend, um die bei »so vielen langfristigen Erwerbslosen zu beobachten[de]« Zerstörung des Selbstbewußtseins zu verhindern, die ihre Wiedereingliederung in den Wirtschaftsprozess gefährde.

- ⁶¹ Z. B. gab Min.rat Lehfeldt, RAM, am 14. 3. 1931 gegenüber Vertretern der Landesregierungen zu bedenken, daß die bisherige Lösung Ersparnisse bringe wegen der »psychologischen Hemmungen, die heute doch noch bei den meisten Arbeitnehmern dieser veredelten Form der Armenpflege gegenüber beständen, während sie bei der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung nicht gegeben seien«. (SKRAA II: VII D 1, Bd. 14). Martini hatte sich am 16. 6. 1930 aus finanziellen Erwägungen gegen eine Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe ausgesprochen, da nach Hamburger Schätzungen damals etwa 40% der Ausgesteuerten die Inanspruchnahme der Wohlfahrtsbehörde vermieden (Sozialbeh. I, VG 24/30, Bd. 1).
- ⁶² So wurde die Auffassung der Wohlfahrtsstellenleiter bei ihrer Zusammenkunft am 23. 9. 1929 im Protokoll und in den abschließenden Bemerkungen Martinis zusammengefaßt, ebda, VG 24/29. Der Gedanke, daß die Wohlfahrtsbehörde erzieherisch zu wirken habe, taucht ständig auf: Z. B. Protokoll der Leitersitzung am 5. 11. 1928, ebda, VG 24/28; Martini zum Senatserlaß vom 30. 8. 1929, ebda, VG 38/16; Bericht über die Überprüfung der ehrenamtlich betreuten Fälle, April 1932, ebda, VG 38/52; Entwurf f. Schreiben an Vormundschaftsamt, 5. 4. 1932, ebda, AF 20/23, Bd. 4.
- ⁶³ Der Fürsorgearbeiter, Stahlhelmmangehörige und »Sozialreferent für nationale Arbeiter«, A. N., wehrte sich in mehreren Eingaben besonders gegen die untertarifliche Bezahlung und die Abstufung des Lohnes nach der Arbeitsleistung, an der die Wohlfahrtsbehörde wegen des erzieherischen Effekts unbedingt festhalten wollte. N. sah in dieser Lohndifferenzierung eine Parallele zum »Gefängnis-system«, durch dessen Anwendung die Fürsorgearbeiter zu »Arbeitern zweiter Klasse« gestempelt würden. Unter Berufung auf die Tarifverträge, das Betriebs-

- rätengesetz und die Verfassung betonte er in seiner Eingabe vom 11. 11. 1929, er und seine Kollegen fühlten sich »als freie Arbeitnehmer« und beabsichtigten nicht, sich »willenlos als Paria betrachten zu lassen«. Ebda, AW 00/54.
- 64 Den Auffassungswandel spiegeln neben zahlreichen späteren Dokumenten z. B. die Ausführungen Martinis in der Leitersitzung der Wohlfahrtsbeh. am 25. 8. 1930 wider, ebda, VG 24/30.
- 65 Baubeh., Garten- und Friedhofswesen an Arbeitsbeh., 16. 11. 1929, Arbeitsbeh. I, Nr. 140; Leiter Otto Linné an Marx, Wohlfahrtsbeh., 3. 5. 1930, mit Anlagen; Stellungnahmen der drei Gartenbauabtlg. v. 21/22. 3. 1930, Sozialbeh. I, AW 00/60.
- 66 Insbes. das Ingenieurwesen der Baubeh. zeichnete sich im Gegensatz zum Garten- und Friedhofswesen durch starke Vorbehalte gegen die Wohlfahrtserwerbslosen aus. Vgl. Berichte Unger-Nyborgs, 11., 30. 11. 1929, 9. 3. 1931, ebda, AW 00/65, Bd. 1-3; Vermerk Marx' v. 17. 5. 1930, ebda, AW 00/60; Arbeitsamt an Hbger Arbeitsbeh., 13. 11. 1929, Arbeitsbeh. I, Nr. 140. Als »bezeichnend« für diese negative Einstellung empfand der zuständige Referent der Wohlfahrtsbehörde, daß die Beamten des Ingenieurwesens für den Freiwilligen Arbeitsdienst die benötigten Geräte stellen wollten, nicht aber für die Arbeitsfürsorge (Vermerk Struves, 21. 3. 1932, Sozialbeh. I, AW 00/81).
- 67 Berichte der Wohlfahrtsstellen über Erfolge der Unterstützungsarbeit, Sept. 1930; Marx an Wohlfahrtsamt Stralsund, 8. 2. 1932, ebda, AW 00/92.
- 68 Martini in der 38. Sitzung der Notstandskommission des Senats, 30. 5. 1929, ebda, AW 01/14; Berichte des Arbeitsamts für die Hbger Arbeitsbeh., 3. 6. u. 13. 11. 1929; Marx an Arbeitsbeh., 16. 7. 1930; Arbeitsbeh. an Vors. des Landesarbeitsamts, 31. 10. 1930, ebda, AW 00/62. Nach den beiden zuletzt genannten Dokumenten wurden bei allen Hbger Notstandsarbeiten im Durchschnitt nur noch zu 7 bzw. 10 % Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt. – Vgl. S. 240 dieser Arbeit.
- 69 Von den aufgrund der Senatsverfügung in Arbeit gekommenen Menschen waren 48 % Wohlfahrtserwerbslose, 52 % Arbeitslosen- und Krisenunterstützungsempfänger (Bericht über eine Unterredung im Arbeitsamt, 19. 2. 1931, ebda, AW 00/62). Vgl. S. 241.
- 70 Ebda, AW 00/14, Bl. 58. Im Januar 1931 fanden von 21 169 Wohlfahrtserwerbslosen 403, im Mai von 25 228 dann 412 eine feste Stelle; das waren 1,9 bzw. 1,6 %. Ähnlich sahen die Zahlen für August bis Oktober 1930 aus: Der Anteil der Wohlfahrtserwerbslosen an den Arbeitssuchenden betrug 19,4 %, 20,8 % bzw. 21,2 %, an den Vermittlungen in den freien Arbeitsmarkt aber nur 7,2 %, 5,7 % bzw. 5,9 %. Die Zahl derer, die Arbeit erhielten, sank von 3,1 % über 2,1 % auf 1,9 % (Bericht Grafs v. 26. 11. 1930, ebda, AW 00/61).
- 71 Die Zahl der Arbeitsunfälle ging 1932 im Vgl. zu 1930 allerdings erheblich von 31 823 auf 14 177 und auch stärker zurück als die Zahl der Arbeitnehmer. Die Gewerbeaufsichtsbeamten führten das darauf zurück, »daß in Zeiten geringen Beschäftigungsgrades ruhiger und daher auch mit größerer Vorsicht und Besonnenheit gearbeitet wird«. Jahresbericht Gewerbeaufsichtsbeamten 1931/32, Tl. 8, S. 25.
- 72 Vgl. Anlage 37. Der Lebenshaltungsindex betrug für Jan. 1930 153,73 RM.
- 73 Vgl. Anlage 13. Im September 1932 arbeitete mindestens ein Sechstel der Arbeitnehmer in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten verkürzt.
- 74 Vgl. Anlage 36a; ferner: Das Einkommen der Lohnsteuerpflichtigen in der Stadt Hamburg, in: HVW 12 (1935), S. 195 f. Von den Besteuernten hatten weitere 59 562 (24,1 %) weniger als 1 500 RM im Jahr, 20 995 (8,5 %) höchstens 1 800

- RM, 26 645 (10,8 %) bis zu 2100 RM, 28 947 (11,7 %) bis 2400 RM und 51 161 (20,7 %) maximal 3000 RM.
- ⁷⁵ Die Lebenshaltung von Arbeiterfamilien in Hamburg und im Reich im Jahre 1927, in: *HVV* 6 (1929), S. 300–306. Im Durchschnitt konnte ein Arbeitnehmer in der Stadt Hamburg 1925 über 3573 RM im Jahr verfügen: Steuerkraft der Finanzamtsbezirke, S. 192f.
- ⁷⁶ Eingaben der Hbger Gewerbekammer an die Wohlfahrtsbeh., 22. 11. 1930, 11. 3. 1931, *StAH*: Sozialbeh. I, VG 38/17; Martini in der Vereinigung nordwestdeutscher Wohlfahrtsämter, 11. 4. 1931, ebda; Bericht A. Dohrmann: Der Lebenshaltungsstand der Wohlfahrtserwerbslosen im Vergleich zu den Löhnen ungelerner Arbeiter, 6. 2. 1932, ebda, AF 10/17.
- ⁷⁷ Für die meisten Arbeitergruppen lag die Steigerung in Hamburg bei 20 %; Klempner und Mechaniker konnten die realen Tariflöhne um 40 % verbessern, Wertarbeiter erreichten zu keinem Zeitpunkt das Vorkriegsniveau. *Statist. Jb. Hbg.* 1928/29, S. 226 u. 1929/30, S. 243. Über die Problematik des Lebenshaltungsindex, der Reallohnberechnungen wie überhaupt der vergleichenden Gegenüberstellung von Vor- und Nachkriegslöhnen vgl. Preller, S. 152–158. Der durchschnittliche reale Bruttowochenverdienst war nach seinen Berechnungen reichsweit 1928/30 um 20 bis 95 % größer als 1914 (S. 157). Kuczynski, *Lage der Arbeiter*, Bd. 1, S. 322f., kam dadurch, daß er die Verminderung der Arbeitszeit berücksichtigte, Steuern- und Sozialversicherungsbeiträge sowie die Ausfälle durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit abzog und übertarifliche Zulagen sowie Arbeitslosenunterstützungen zuzählte, zu dem Ergebnis, daß die Nettolöhne nur 1928 denen der Vorkriegszeit entsprachen.
- ⁷⁸ Vgl. Preller, S. 159–162. Lohnstatistische Erhebungen stießen vor dem 1. Weltkrieg auf starken Widerstand; die Entlohnung der Angestellten wurde in Betriebsvereinbarungen geregelt. Das Statistische Reichsamt verzichtete daher bei ihnen auf Angaben über die Vorkriegsverhältnisse. Ein Vergleich der Fragebogenerhebungen des DHV von 1908 und 1929 zeigte, daß die realen Gesamteinkommen aller beteiligten Verbandsmitglieder um 7,4 % gewachsen, die der jüngeren Kräfte unter 30 Jahren aber erheblich (der Altersgruppe bis 24 Jahre um 20,9 %, bis 29 Jahre um 10,1 %) zurückgegangen waren. Auch der GDA kam zu dem Ergebnis, daß der Realwert der Angestelltegehälter 1929 nicht höher sei als vor 1914. *DHV*-Erhebung, S. 130; *GDA*-Erhebung, S. 102.
- ⁷⁹ Preller, S. 133–137; Speier, S. 52–56.
- ⁸⁰ Preller, S. 166–169. Bis zum Krieg war Erwerbslosigkeit für Angestellte kein Problem. Neben der Rationalisierung war der starke Zustrom von Kriegsbeschädigten und ehemaligen Berufssoldaten, von früher selbständigen Gewerbetreibenden, Rentnern und Frauen aus mittelständischen Kreisen, die in der Inflation ihre Rücklagen verloren hatten, für die grundlegende Änderung der Verhältnisse entscheidend.
- ⁸¹ Preller, S. 136f. In den monatlichen Berichten über die »Arbeitsmarktlage für Angestellte« im *Arbeitsmarkt-Anzeiger* des LAA Nordmark kehrte regelmäßig die Bemerkung wieder, daß Privatfirmen nur jüngere, dabei vielseitig ausgebildete Kräfte suchten. Über die staatlichen Hilfen: *Mittlg. Nr. 43 des Senats*, 10. 4. 1931, *Vhdlgg. Senat-Bürgerschaft* 1931, S. 88. Bis Ende August 1931, als die Finanzmisere die Einstellung auch dieser Maßnahme erzwang, konnten 150 bis 250 ältere, erwerbslose Angestellte für zwei, später drei Monate bei Kartothekarbeiten eine Beschäftigung finden, die der Senat aus Mitteln der Notstandskommission bezahlte (*StAH*: Arbeitsbehörde I, Nr. 85). Seit März 1928 konnten mindestens 40 Jahre alte erwerbslose Angestellte ferner aus einem Fonds des

- Reichsarbeitsministeriums Darlehen zur Gründung einer selbständigen Existenz erhalten (Erlaß vom 26. 3. 1928, SKRAA II, II C 1/4).
- ⁸² Arbeitsmarktanzeiger Nordmark, Februar 1929, S. 7f.; ausführlichere Zusammenstellung im StAH: Sozialbeh. I, AW 31/31. Einschließlich der 3347 bei den Verbandsnachweisen gemeldeten waren in der Stadt von insgesamt 8658 arbeitssuchenden Angestellten 4619 älter als 35 Jahre und 2832 länger als ein halbes Jahr erwerbslos. 34,5% erhielten Arbeitslosen-, 20,3% Krisen- und 45,2% überhaupt keine Unterstützung des Arbeitsamts.
- ⁸³ Vgl. S. 111. Nach Preller, S. 168f., und (ihm folgend) Speier, S. 72, gehörten zwischen 1927 und 1933 im Durchschnitt etwa 9% der erwerbslosen Arbeiter und Angestellten zu der letzten Gruppe, während sie an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer in diesem Sinne 1925 mit 19,5% beteiligt waren. Wenn man, um für Hamburg Vergleichszahlen zu gewinnen, die 8658 am 15. 2. 1929 arbeitssuchenden Angestellten (s. Anm. 82) in Beziehung setzt zu den 59173 Arbeitssuchenden am Ende des Monats, ergibt sich eine Quote von 14,6% bei einem Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer von 42,6% (Statistik Hbg. Staat, H. 33: Berufszählung, S. 40).
- ⁸⁴ GDA-Erhebung, S. 100f., die 100 der wichtigsten Tarifverträge aus allen Gebieten und Ortsklassen berücksichtigte. Auf ihr beruhen auch die folgenden Angaben. Die Zusammenstellung des Statist. Reichsamts (Statist. Jb. Reich 1929, S. 268f.) führt zu ähnlichen Ergebnissen.
- ⁸⁵ Berechnet nach Statist. Jb. Reich 1929, S. 266.
- ⁸⁶ Diese Angabe bezieht sich auf die 123304 an der GDA-Erhebung beteiligten Verbandsmitglieder. Da die Gehälter der leitenden Angestellten meistens der freien Vereinbarung unterlagen, sind sie in der Tarifstatistik nicht erfaßt.
- ⁸⁷ Nach den Erhebungen des GDA (S. 104, 169) und des DHV (S. 63) erhöhten sich die durchschnittlichen Mindestgehälter ihrer Mitglieder, die mit 239 bzw. 235 RM den in der Tarifstatistik ermittelten fast entsprachen, durch die Nebenbezüge um 4,5% (GDA für kaufmännische und Büroangestellte) bzw. 14% (DHV). Für die Abweichung ist vermutlich entscheidend, daß der DHV nur männliche Angestellte erfaßte.
- ⁸⁸ GDA-Erhebung, S. 109f.; DHV-Erhebung, S. 63. Beim GDA hatten nur 33,6% aller männlichen und 36,4% der männl. kaufmännischen Angestellten weniger als 2400 RM im Jahr. Da in ihm die Elite der Angestelltenschaft überrepräsentiert war (vgl. Geiger, Soziale Schichtung, S. 52f.), wird den Zahlen des DHV der Vorzug gegeben. Über die Zuordnung zum Proletariat: Bandmann, Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft, in Wirtschaftsdienst 15 (1930), S. 1653-1657; Geiger, Soziale Schichtung, S. 29. G. zog die Grenze für 1925/26 bei 1500 RM; die seither eingetretenen Einkommenssteigerungen und die Verteuerung der Lebenshaltung müssen entsprechend berücksichtigt werden.
- ⁸⁹ Die an der GDA-Erhebung beteiligten männlichen kaufmännischen Angestellten hatten ein Durchschnittsgehalt von 263 RM, die weiblichen von 155 RM (S. 104). Die Tarifverträge ließen in den meisten Fällen Abschläge von 10% zu, vor allem in kleineren Orten und ländlichen Gebieten waren sogar 15 bis 25% möglich. Nach den Ergebnissen der Befragung erhielten Frauen bei gleichem Alter und gleicher Tätigkeit durchschnittlich 15%, in den höheren Alters- und Gehaltsklassen bis zu 25% weniger als ihre männlichen ledigen Kollegen (S. 174-176).
- ⁹⁰ GDA-Erhebung, S. 130; DHV-Erhebung, S. 71. Da auch bei den Arbeitern Akkordzuschläge u. ä. nicht berücksichtigt werden können, müssen die tariflichen Mindestgehälter zugrunde gelegt werden.

- ⁹¹ Nach der Erhebung des DHV betrug das Durchschnittsgehalt einschließlich der Nebenbezüge in der Industrie 278 RM, dagegen im Großhandel 245 RM, im Verkehrsgewerbe 251 RM und im Kleinhandel 206 RM (S. 78); der GDA ermittelte für die Männer 280 RM gegen 247 und 248 RM im Groß- und Einzelhandel (S. 140).
- ⁹² GDA-Erhebung, S. 117.
- ⁹³ GDA-Erhebung, S. 116.
- ⁹⁴ Jahresbericht 1928 des DHV, Kreis Groß-Hamburg (hektographiertes Exemplar im Besitz der Forschungsstelle). Nach einer im Dez. 1927 durchgeführten Gehaltserhebung bei den Hbger Mitgliedern mußten sich in der Gehaltsgruppe II 33 % und in der Gruppe III 58 % mit untertariflicher Bezahlung und dadurch mit Verlusten von durchschnittlich 22,50 bzw. 26,70 RM abfinden (S. 1). Im Reich waren es 1929 24 % bzw. 27 % (DHV-Erhebung, S. 122).
- ⁹⁵ Arbeitsmarktanzeiger Nordmark Aug. 1932, S. 4; Preller, S. 167.
- ⁹⁶ Bericht über Arbeitsmarktlage für die Angestellten im Sept. 1931, in: Arbeitsmarktanzeiger Nordmark 1931, S. 6. Im Juli 1930 waren in Hamburg bereits 16 664 kaufmännische und 2092 Büroangestellte arbeitslos (im Jan. 1929 insgesamt 9756 im Staat). Eingabe des ZdA, 6. 8. 1930, StAH: Sozialbeh. I, AW 31/31; Vermerk Sängers, 21. 1. 1929, Arbeitsbeh. I, Nr. 75.
- ⁹⁷ Eingabe des Verbandes Deutscher Techniker, Hamburg, an MdBü Erich Feger, 5. 11. 1930, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 114. Vgl. Otto Schweitzer, Arbeitslosennot unter den technischen Angestellten, in: Soziale Praxis 1931, Sp. 912 ff. Danach fanden allg. 15 % der Absolventen der Technischen Hoch- und Mittelschulen eine ihrer Ausbildung entsprechende Anstellung. Nach einer amtlichen preuß. Untersuchung kamen von den zwischen 1926 und 1928 an den Hochschulen des Landes ausgebildeten Diplomingenieuren schon damals nur 27 % im erlernten Beruf unter.
- ⁹⁸ Vgl. S. 111 und 541, Anm. 155 f.
- ⁹⁹ DHV-Erhebung, S. 78. Berücksichtigt wurden sämtliche nicht durch den Tarifvertrag vorgeschriebenen Bezüge. Der GDA setzte sie nur in Beziehung zu den Durchschnitts-, nicht zu den Mindestgehältern, bietet dafür aber den Vorteil, daß er auch die ungünstigeren Verhältnisse bei den Frauen erfaßte. Die Durchschnittsgehälter der kaufmännischen Angestellten erhöhten sich danach durch die Nebenbezüge um 4 bis 8 % (GDA-Erhebung, S. 169).
- ¹⁰⁰ Vgl. Anlage 38. Diese Kürzungen entsprachen dem Reichsdurchschnitt: Das Schicksal der Angestellten in der Krisis, in: Weg der Wirtschaft (1932), Nr. 5.
- ¹⁰¹ HE 207, 30. 7. 1931: Die Werftkrise bei Blohm & Voß.
- ¹⁰² Diese Angaben nach »Schicksal der Angestellten« (wie Anm. 100) galten für das Reich, bei der Lage der Hamburger Wirtschaft und der generellen Benachteiligung ihrer Angestellten ist mit einer günstigeren Situation nicht zu rechnen. – Der AfA-Bund bezeichnete das Urteil, das Gehaltssenkungen bei Kurzarbeit zuließ, als »berüchtigt«. Der DHV fürchtete, durch die Tendenz, »aus uns Gehaltsempfängern mit dem festumrissenen Monatsgehalt den Stundenlöhner« zu machen, würde »einer der Hauptpfeiler stürzen, die unseren Stand bisher getragen haben«. Zitiert bei Speier, S. 69. Aus ähnlichen Gründen sprach der GDA von einem »ungeheuerlichen Urteil«. GDA-Führer, Jan. 1931, S. 6. Vgl. auch Heinz Potthoff, Wandlungen im Angestelltenrecht, in: Soziale Praxis 1932, Sp. 654–660.
- ¹⁰³ Vgl. Anlage 38. Die Tarifstatistik des DHV zeigte für das Reichsgebiet Gehaltsminderungen von durchschnittlich 15 %, allerdings nach dem Stand vom 1. Januar 1932. DHV-Rechenschaftsbericht 1931, S. 47. Der AfA-Bund berechnete

die Abzüge einschließlich der Verluste durch Kurzarbeit bis zum Mai 1932 auf rund 35 %. Schicksal der Angestellten (wie Anm. 100).

- ¹⁰⁴ Vgl. die sehr sorgfältige Analyse: Was verbrauchen die Angestellten? Ergebnisse der dreijährigen Haushaltstatistik des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes. Berlin 1931, bes. die eindrucksvollen Angaben über die Ernährung, S. 16–20, 36–38. Als physiologisch notwendige Ausgaben galten die für Ernährung, Wohnung u. Bekleidung. Ihnen wurden hier die Zwangsausgaben (Steuern, Sozialversicherung) gleichgestellt. Bei Einkommen unter 300 RM im Monat, mit denen die meisten Angestellten auskommen mußten, sank der Anteil der relativ frei disponiblen Ausgaben auf 20 % (S. 41). Angestellte und Beamte schränkten im Unterschied zu den Arbeitern die Ernährung zugunsten der sog. kulturellen Ausgaben ein (S. 62). – Für Hamburg liegen nur Zahlen aus dem Jahr 1926 vor (Lebenshaltung und Ernährungslage Hamburger Familien in den Jahren 1926 und 1907, in: HVW 5/1929, S. 313–321). Das Statist. Landesamt kam zu dem Ergebnis, daß alle drei berücksichtigten Gruppen – Arbeiter, Angestellte und Lehrer – qualitativ geringwertigere Nahrungsmittel verbrauchten als vor dem Krieg, daß sich aber den Kalorien und Nährwerten nach nur bei den Angestellten die Ernährungslage verschlechtert hatte.

¹⁰⁵ Vgl. Anlage 29.

¹⁰⁶ HGVObl. 1931, S. 284.

¹⁰⁷ Ebda, S. 225.

¹⁰⁸ Vgl. Anlage 29. Im Zuge des reichsgesetzlich vorgeschriebenen Personalabbaus war die Zahl der Beamten zwischen Oktober 1923 und April 1924 um 1634 reduziert worden. Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 120.

¹⁰⁹ Vgl. Anlage 39.

¹¹⁰ Eine Zusammenstellung der für die Berechnung der Teuerungszahlen erfaßten Lebensbedürfnisse und festgesetzten jeweiligen Mengen findet sich z. B. im Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 140. Für ein Ehepaar mit drei Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren war eine Zweizimmer-Altbauwohnung mit Küche vorgesehen.

¹¹¹ Vgl. Statist. Jb. Reich, 1927, S. 324.

¹¹² Vgl. Anlage 39. Zwischen dem 1. Dez. 1923 und dem 1. Sept. 1927 stieg der Lohn eines ungelerten Staatsarbeiters um 105 %, eines angelernten Staatsarbeiters um 102 % und eines staatlichen Facharbeiters (Zimmermann) um 153 %. Dagegen erhöhte sich das Gehalt für die untersten Beamtengruppen bis zu diesem Zeitpunkt nur um 74, 65 und 73 %. Nach der Arbeitszeitverkürzung bei den Staatsarbeitern und der 1. Gehaltssenkung bei den Beamten hatten im Febr. 1931 erstere 144, 137 bzw. 174 % mehr als 1923, letztere 99, 87 bzw. 80 %. Bericht des Rechnungsamts, 20. 7. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 b.

¹¹³ Die Verschuldung der Beamten. Eine staatspolitische Gefahr. Berlin (Verlagsanstalt des Deutschen Beamtenbundes) 1927, S. 5–37. Für Hamburg liegen keine Angaben über den Prozentsatz der verschuldeten Beamten vor. Da aber die Entwicklung der Gehälter ungefähr dem allgemeinen Trend entsprach – absolut gesehen waren sie höher, dafür war aber auch die Lebensführung in Hamburg teurer –, ist anzunehmen, daß die Zahlen über den Verschuldungsgrad übertragen werden dürfen. Die Höhe der Einzeldarlehen blieb innerhalb des üblichen Rahmens. Die Beamtenbank Groß-Hamburg gewährte Anfang 1927 1307 Darlehen von durchschnittlich 250 RM, die Beamtenbank in Altona 4000 Darlehen à 175 RM. Von der Vorschußkasse der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens hatten 950 Lehrer im Durchschnitt 263 RM geliehen. (Ebda, S. 18). Am 31. 12. 1928 hatte die Beamtenbank Groß-Hamburg 2571 Mitglieder, Anfang 1927 waren es vermutlich weniger. (Auszug Gottfrieds

aus dem Genossenschaftsregister, 19. 11. 1929, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 a VIII A). Demnach hätten mindestens 51 % der Mitglieder Darlehen aufgenommen, was die zuvor angestellten Überlegungen bestätigt.

- ¹¹⁴ Verschuldung der Beamten (s. Anm. 113), S. 15–17. Die Angaben basieren auf den Meldungen nur weniger Banken.
- ¹¹⁵ Ebda, S. 38–59.
- ¹¹⁶ Ebda, S. 51.
- ¹¹⁷ Vgl. Anlage 39.
- ¹¹⁸ Bei den Reichsbeamten war die Differenz zwischen den gegenwärtigen und den Bezügen der Vorkriegszeit nicht so gravierend: Die unteren Beamten konnten nach der Besoldungsreform von 1927 über 99,1 %, die mittleren über 81,9 % und die höheren über 74,8 % der früheren Kaufkraft verfügen. Berechnet nach einer Übersicht über die Entwicklung beispielhafter Gehälter in den Jahren 1913 und 1923 bis 1931 für die Ministerbesprechung am 4. 12. 1931, BAK: R 43 I/1453.
- ¹¹⁹ HGVOBL. 1931, S. 277–284.
- ¹²⁰ Zu den speziellen Problemen der Beamtenbanken generell die Eingabe des Deutschen Beamten-Genossenschaftsverbandes und der Reichszentralkasse der deutschen Beamtenbanken an den Reichskanzler, 18. 7. 1931, BAK: R 43 I/2371. Die Schwierigkeiten der drei Groß-Hamburger Geldinstitute der Beamten – der Spar- und Darlehnskasse des Vereins hamburgischer Staatsbeamten (Anfang 1932 23 000 Mitglieder, 7000 Sparer, 7000 Darlehensnehmer), der Beamtenbank Groß-Hamburg (Anfang 1932 2738 Genossen) und der Beamtenvereinigung zu Altona (Aug. 1932 3002 Mitglieder) – können hier nicht näher behandelt werden. Die knappen Bemerkungen basieren auf folgenden Akten: Finanzdep. IV, V u. O II B 5 a VIII A–B, XLIII A 1, XLV.
- ¹²¹ Adolf Bohlen, Die höheren Beamten nach drei Gehaltskürzungen. Das Ergebnis der Notverordnungen in Zahlen. Hrsg. vom Reichsbund der höheren Beamten. Berlin 1931, Tabelle IV. Die Ergebnisse wurden durch eine Fragebogenaktion bei 6000 Beamten gewonnen.
- ¹²² Die deutsche Beamenschaft zur Notverordnung vom 5. Juni 1931. Kritik und Forderungen des Deutschen Beamtenbundes. Berlin 1931, S. 8f., 52–79 (Schilderungen der materiellen Misere in Zuschriften).
- ¹²³ Denkschrift des Senats für den bürgerschaftl. Beamtenausschuß: »Höchstbetrag für Senats- und Beamtengehälter«, ohne Datum (zwischen 20. 7. und 1. 10. 1932), StAH: Bürgerschaft I, C 81, Bd. 4.
- ¹²⁴ Mitteilung Nr. 98 des Senats, 19. 8. 1931, in: Verhandlgg. Senat-Bürgerschaft 1931, S. 211. Der Senat sprach wörtlich von »besserer Ausnutzung der verbleibenden Kräfte«.
- ¹²⁵ Einige typische Beispiele finden sich bei Behrens, S. 233–235. So forderte der Vors. des Hamburger Gewerbevereins von 1867 und Bürgerschaftsabgeordnete der DVP, Johannes Hirsch, im Dez. 1924 »Vereinfachung der Steuerpolitik, und die überflüssigen Beamten, vielleicht ein Drittel der Gesamtheit, heran zu produktiver Mitarbeit, meinestwegen als Steinträger oder Werftarbeiter, aber arbeiten müssen sie, und zwar nützliche Arbeit«. Die Eingabe einer Kaffeeimportfirma an die Handelskammer vom 5. Sept. 1928, in der die Abwanderung zahlreicher Großhandelsunternehmen ins Ausland auf die Belastung mit Steuern und Gebühren »für nutzlose Verwaltungsarbeit« zurückgeführt wurde, endete: »Möge die Verwaltungsreform beginnen mit dem energischen Abbau von 100 Regierungsräten in Hamburg und von mehr als hunderttausend subalternen Beamten, welche nur die Wirtschaft belästigen, welches der Handel auf die Dauer nicht tatenlos entgegennimmt«. Tatsächlich gab es Anfang 1928 insgesamt nicht

einmal 20000 Beamte in Hamburg. AHK: 40 A 8/5/2. Der ehemalige DHV-Funktionär und Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Alfred Roth, reagierte auf einen Protest-Aufruf der hanseatischen Wirtschaftskammern mit dem Vorschlag zur Gründung eines »Bundes der Steuerzahler«, der durch Agitation in den verschiedenen politischen Parteien die Bürokratie »in energischer und konzentrierter Form bekämpfen« sollte. (Zuschrift v. 15. 5. 1928, AHK: 21 A 1/5 b; vgl. Lohalm, S. 56–58). Vor den Reichstagswahlen 1930 machte ein ganz im Sinne Roths wirkender »Deutscher Kampfbund für Wahrheit und Recht« von sich reden, der Vertrauensleute in die verschiedenen Parteien zu bringen versuchte – mit einigem Erfolg bei der Wirtschaftspartei – und mit Hilfe offenbar reichlicher Zuwendungen aus der mittelständischen Wirtschaft in Hauswurfsendungen gegen die Beamten hetzte. Sein Wirken wurde in den Zeitschriften der Beamtenverbände aufmerksam beobachtet, z. B. Hamburgische Beamtenzeitung 31 (1930), S. 289–292.

¹²⁶ Mommsen, Staat und Bürokratie, S. 94–102.

¹²⁷ Die Beamtenzeitungen berichteten ausführlich über die Angriffe. Im »Bürobeamten« 1930, S. 331–334, wurden beispielsweise Äußerungen der Wirtschaftspartei und des Bayerischen Bauernbundes, in der Zeitschrift für Textilwirtschaft, der vom DHV hrsg. Deutschen Handelswacht, Schwarzschilds »Tagebuch« u. a. angeprangert und mit »gegebenen Gegenmaßnahmen zur rechten Zeit« gedroht. Auch in der Hamburgischen Beamtenzeitung 31 (1930), Nr. 10, wurde warnend auf die Unvereinbarkeit solcher Attacken mit der Umwerbung der Beamten als Käufer hingewiesen. Ein Hamburger Beamter schilderte die Stimmung unter den Kollegen: »Die Beamtenschaft hat es endlich satt, sich fortwährend mit Dreck bewerfen zu lassen, sie ist durch die maßlosen Beschimpfungen aufgerüttelt und greift zu Gegenmaßregeln, d. h. zunächst zum Boykott des Einzelhandels. [...] Der Beamte will nicht mehr in jedem Falle Prügelknabe spielen. Die jahrelange systematische Hetze hat ein Gutes gezeitigt: die Beamtenschaft beginnt, sich jetzt politisch und wirtschaftlich zu organisieren.« (Zuschrift vom 13. 12. 1930 im AHK: 40 A 8/12). Nicht zuletzt aus Sorge vor solchen Reaktionen wandten sich z. B. der DIHT, die IHK Altona, die Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels v. Groß-Hbg. gegen Verleumdungen der Beamten. In einem Rundschreiben vom 24. Jan. 1931 forderte der DIHT die angeschlossenen Kammern auf, bei Streitigkeiten zwischen Beamten- und Wirtschaftskreisen gemeinsam mit dem DBB zu vermitteln. In der vorangegangenen Aussprache hatten die Beauftragten des DBB bestätigt, daß es örtlich zu organisierten »Abwehrmaßnahmen« gegen die Hetzkampagne vor den Reichstagswahlen gekommen sei. Ebda.

¹²⁸ Kopie des Schreibens vom 6. 11. 1930 im AHK: 40 A 8/12. Proteste der Beamtenorgg. gegen die 6%ige Gehaltskürzung zum 1. Febr. 1931 beantworteten anonyme »kaufmännische Angestellte, die sich im schwersten wirtschaftlichen Kampf befinden« in einer Zuschrift an den DBB Hamburg vom 6. 1. 1931 (ebda): »Es ist doch immer dasselbe Lied. Der Beamte starrt wie hypnotisiert auf die Tausende, die ein großes Einkommen haben, sieht aber nicht die Millionen, denen es pekuniär schlechter geht als ihm und die für ihre alten Tage keine gesetzlich garantierte Pension zu erwarten haben. Oder will der Beamte seine Pension etwa mit den lächerlich geringen Summen vergleichen, die die Invaliden- und Angestelltenversicherung auszahlt und für die ca. 40 Jahre lang im Verhältnis zum Einkommen recht hohe Beiträge gezahlt werden müssen? [...]. Weiß ferner der Beamte nicht, daß die unter Verzicht auf Genüsse materieller und geistiger Natur gemachten Ersparnisse infolge der verbrecherischen Inflation sich in ein Nichts aufgelöst haben und die gewesenen Besitzer kleiner Vermögen jetzt auf

- ihre alten Tage auf Bettelpfennige angewiesen sind? Haben etwa die Pensionsansprüche der Beamten durch die Inflation Schaden erlitten? Wir Unterzeichneten gehören keiner politischen Partei noch einer Gewerkschaft an, aber wir finden es doch seltsam, daß die Beamten, die marxistisch gewählt haben und wählen werden, von der ›Verelendungstheorie‹, die doch einen Hauptbestandteil der marxistischen Lehre bildet, am eigenen Leibe nichts verspüren wollen. Soll nur der Arbeiter (im weitesten Sinne des Wortes: also Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der Verelendungstheorie als Objekt dienen?« Gegen die Bemühungen, die Senkung der Beamtgehälter bis zum 1. 4. 1931 hinauszuschieben, polemisierte die Zinkhütte Hamburg am 2. 10. 1930: »Es klingt geradezu wie ein Hohn, wenn man dann ab 1. April 1931 auch vielleicht von dieser Seite aus zu sparen gedenkt. Wir wundern uns, daß die Regierung nicht fürchtet, vor diesem Zeitpunkt entweder von links oder von rechts weggefegt zu sein.« (AHK: 21 A 1/11, Bd. 2).
- ¹²⁹ Die Formulierung entstammt einem in der Dt. Mittelstandszeitung, dem Organ der Wirtschaftspartei, abgedruckten »launigen Gedicht« aus seiner Feder: »Armer deutscher Schinkenknochen«, in: Der Bürobeamte Nr. 17, 1. 9. 1930.
- ¹³⁰ Marius Böger leitete das der HAL anonym zugegangene Rundschreiben am 24. 6. 1931 an die Handelskammer weiter, AHK: 40 A 8/12.
- ¹³¹ Vgl. Mommsen, Staat und Bürokratie, S. 89–91.
- ¹³² Vgl. S. 135–138.
- ¹³³ Bericht über die Arbeitsmarktlage für Angestellte im April 1929, in: Arbeitsmarktanzeiger Nordmark, S. 7f. Es handelte sich um 485 Bewerber um eine Angestelltentätigkeit, von denen 20 (4,1 %) bis zu einem Jahr, 85 (17,5 %) bis zu drei, 55 (11,3 %) bis zu fünf, 134 (27,7 %) bis zu zehn Jahren und 191 (39,4 %) noch länger selbständig gewesen waren.
- ¹³⁴ Die Handels-, Detaillisten- und Gewerbekammer lehnten die Aufrechterhaltung von Betrieben, die den nötigen Lebensunterhalt nicht erbrachten, und die zusätzliche Unterstützung der Inhaber aus öffentlichen Mitteln prinzipiell ab. Sie fürchteten, diese Gewerbetreibenden könnten die Preise im Vertrauen auf die Hilfe der Wohlfahrtsbehörde bedenkenlos senken und damit andere Unternehmen in den Ruin treiben. Als Anfang 1933 die Zahl der Unterstützungsanträge aus Gewerbekreisen erneut stark zunahm, argumentierten die Kammervertreter bei Vhdgg. mit der Wohlfahrtsbeh., »wirtschaftlich notwendige Vorgänge, [...] die Anpassung der Wirtschaft an veränderte Verhältnisse«, dürften nicht gestört werden. Insbes. die Detaillistenkammer nannte neben der Umsatzschrumpfung das Eindringen Berufsfremder in den Einzelhandel als Ursache für die gegenwärtige Krise. (Niederschriften über Bezirksvorsteherversmlg. Wohlfahrtsstelle VIII, 24. 2. 1933, StAH: Sozialbeh. I, AF 81/30, Bd. 2; Leitersitzungen, 28. 2., 22. 3. 1933, ebda, VG 24/33, Bd. 1; Denkschrift der Wohlfahrtsstelle XIII, 4. 3. 1933, ebda, AF 81/30, Bd. 2). – Die Wohlfahrtsbehörde zahlte Zusatzunterstützungen im allgemeinen nur, wenn relativ kleine Beträge für eine kurze Frist (bis zu einem halben Jahr) benötigt wurden. Sonst verlangte sie – ebenso wie das Arbeitsamt vor der Aufnahme in die Kartei der Arbeitsuchenden – die Stilllegung des Betriebs und die Deponierung des Gewerbescheins bei der zuständigen Kammer. (Niederschriften über Leitersitzungen 17. 11. 1930, 4. 5. 1932, 22. 3. 1933, ebda, VG 24/30, Bd. 2; 24/32, Bd. 1; 24/33, Bd. 1. Rundverfügung 875 des AA Hbg., 14. 12. 1931, Arbeitsbeh. I, Nr. 16).
- ¹³⁵ Jahresberichte der Wohlfahrtsstellen IV und XV, Sozialbeh. I, VG 54/31; Vermerk Ruccius, 15. 1. 1932, ebda, AW 31/20.
- ¹³⁶ Eingabe von H. Schn., 11. 4. 1931; Entscheidung Kießlings in Sachen A., 7. 11. 1930, ebda, AW 31/20. Vgl. Anm. 134.

- ¹³⁷ RGBl I, 1931, S. 708. Johannes Hüne, Zum Schicksal der hamburg. Hauszinssteuer, in: HN 487, 18. 10. 1931; HC 538, 17. 11. 1931; Gerson, Die Notlage des Neuhausbesitzes, in: HGZ, Nr. 24, 10. 6. 1932; Jahresber. für das 100. Geschäftsjahr, ebda, Nr. 45-47, 4.-18. 11. 1932. Nach der Steuerstatistik gingen die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zwischen 1928 und 1932 in Hamburg auf 61,1% zurück (Anlage 36b).
- ¹³⁸ Der Bestand an leerstehenden Wohnungen in der Stadt Hamburg, in: HVW 10 (1933), S. 105-107. Lippmann, Mein Leben, S. 459.
- ¹³⁹ Auf Antrag des Schuldners konnten Zwangsversteigerungen für ein halbes Jahr ausgesetzt werden, wenn die Zuspitzung der Wirtschaftslage die Erfüllung der Verpflichtungen verhindert hatte, sei es durch die Unmöglichkeit, neue Hypotheken zum Ersatz der abgelaufenen zu erhalten, sei es durch Mietausfälle oder Betriebsverluste. RGBl I, 1931, S. 710f. Die Zahl der Zwangsversteigerungen nahm 1930 im Staat stark zu und ging dann dank der Schutzbestimmungen wieder zurück:

	1913	1928	1929	1930	1931	1932
	502 (436)	113 (116)	185 (153)	411 (513)	270 (323)	351 (277)
Beantragte Zwangsversteigerungen			1738	1449	1335	2379
Beantragte Zwangsverwaltungen			434	1089	1597	1971

Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 60 (in Klammern die stark abweichenden Zahlen in einer Eingabe des Grundeigentümergevereins vom 20. 12. 1932 für die Stadt, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 53, Bd. 2); HGZ Nr. 10, 10. 3. 1933, S. 8.

- ¹⁴⁰ NVO v. 8. 12. 1931, RGBl. I, 1931, S. 702f. Kündigungen von seiten des Schuldners blieben möglich. Die Bestimmungen hatten den negativen Nebeneffekt, daß sie die ohnehin sehr geringe Bereitschaft, Geld in Hypotheken anzulegen, schwächten.
- ¹⁴¹ NVO v. 1. 12. 1930, RGBl. I, 1930, S. 532ff.; NVO v. 6. 10. 1931, RGBl. I, 1931, S. 551.
- ¹⁴² Die Steuer sollte mit sinkenden Sätzen noch bis zum Ende des Rechnungsjahres 1939 erhoben werden. Die Beschaffung der zur Ablösung der Hauszinssteuer erforderlichen Mittel wurde durch die rechtliche Privilegierung der zu diesem Zweck aufgenommenen Kredite erleichtert. RGBl. I, 1931, S. 706f.
- ¹⁴³ Vgl. Lippmann, Mein Leben, S. 400-413; Eingabe des Grundeigentümer-Vereins in Hamburg an die Arbeitsbehörde, 13. 1. 1933, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 53, Bd. 2.
- ¹⁴⁴ Leo Lippmann, Die steuerliche Belastung des Grundeigentums in Hamburg, in: 100 Jahre Grundeigentümer-Verein in Hamburg. Beilage zu Nr. 31 der Hamburger Grundeigentümer-Zeitung vom 29. Juli 1932, S. 7. Die Angabe galt für 90% der Grundstücke, z. T. waren sie sogar mit 90% ihres Wertes belastet.
- ¹⁴⁵ Diese Zahl wurde in einer Eingabe des Arbeiterrats an die DHSG vom Febr. 1933 errechnet für ein zu 80% belastetes Grundstück und einen Zinssatz von 5¼%. StAH: Arbeitsbehörde I, Nr. 53, Bd. 2.
- ¹⁴⁶ Vgl. Lippmann, Mein Leben, S. 411f.; ders., Die steuerliche Belastung (wie Anm. 144); Ausführungen des Senatsvertreters im Steuerausschuß der Bürgerschaft laut HF 274, 3. 10. 1930.

- ¹⁴⁷ Richard S. Bak, in: HGZ, Nr. 35, 26. 8. 1932.
- ¹⁴⁸ Niederschrift über Oberfürsorgerinnensitzung am 21. 1. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 25/11, Bd. 1; Das Kinderelend in Hamburg, in: HA 171, 23. 7. 1932; Mitteilung Nr. 3 des Senats, 9. 1. 1933, in: Vhdlgg. Senat-Bürgerschaft 1933, S. 1f.
- ¹⁴⁹ Tagung des Fachausschusses für Jugendfürsorge des Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 22./23. 4. 1932, Nachrichtendienst 13 (1932), S. 104.
- ¹⁵⁰ Berichte der Wohlfahrtsbehörde, Abtlg. III, über die bisher durchgeführten Sparmaßnahmen, 6. 11. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 38/04. Seit Januar 1931 wurden Neubewilligte Berufs- und Lehrbeihilfen generell um ca. 25 % gekürzt. Beihilfen für den Besuch höherer oder Fachschulen sowie über 5 RM in der Woche hinausgehende Lehrbeihilfen durften nicht mehr von den Wohlfahrtsstellen, sondern nur noch von der Hauptgeschäftsstelle der Behörde genehmigt werden.
- ¹⁵¹ Jahresberichte Gewerbeaufsichtsbeamten 1929, Bd. 2, Abtlg. 8, S. 38; 99. Vorstandssitzung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung usw., 27. 11. 1930, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 74.
- ¹⁵² Jahresberichte Gewerbeaufsichtsbeamten 1931/32, Abtlg. 8, S. 16f.; Lehrlinge in Notzeit, in: HIGZ 1932, S. 62f.; Niederschrift über 3. Sitzung des Unterausschusses für Berufsberatung des Arbeitsamts Hamburg, 11. 3. 1932, StAH: Sozialbehörde I, AW 60/20, Bd. 1.
- ¹⁵³ Um der besseren Übersicht willen sei die Zahl der Lehrlinge und Gesellen in den Innungsbetrieben des Hamburger Staates hier zusammengestellt:

	1929	1930	1931	1932
Betriebe	19370	19436	18999	19330
Gesellen	38373	30903	18966	15788
Lehrlinge	11430	10685	9687	7900

Statist. Jb. Hbg., 1930/31, S. 199; 1932/33, S. 108.

Für Ostern 1933 rechnete der Senat damit, daß mindestens 50 % der 6204 Volksschulabgänger, außerdem zahlreiche Absolventen der höheren Schulen keine Lehrstelle erhalten würden. (Mitteilung Nr. 3 des Senats, 9. 1. 1933, Vhdlgg. Senat-Bürgerschaft 1933, S. 1f.). Die Wohlfahrtsbehörde konnte von den zu Ostern 1932 aus der Schule entlassenen, laufend von ihr unterstützten 753 Jungen 361 in Lehrstellen, 68 in Arbeitsstellen, 98 in Fachschulen und Unterrichtskursen und 226 gar nicht unterbringen; von den 719 Mädchen fanden 122 Lehrstellen, 86 Arbeitsstellen, 259 Schul- und Kursusplätze und 252 keinerlei Beschäftigung. (RR Albers in der Leitersitzung, 30. 11. 1932, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/32, Bd. 2, S. 138). – Von den 3925 Lehrlingen, die im Bezirk des Arbeitsamts Hamburg von März bis Juni 1932 ihre Ausbildung abschlossen, fanden nach dessen Ermittlungen nur ca. 400 einen Arbeitsplatz, darunter manche als Aushilfskräfte oder kurzfristig. (Amtl. Mitteilung des AA Hamburg Nr. 164, 15. 8. 1932, Arbeitsbeh. I, Nr. 16). Im Reichsgebiet waren die Verhältnisse ähnlich, vgl.: Nachrichtendienst des Vereins f. öffentl. u. priv. Fürsorge 13 (1932), S. 186–188, 239–241.

- ¹⁵⁴ Rosenbaum (DDP) in der 16. Bürgerschaftssitzung, 15. 6. 1928, Sten. Ber., S. 553: »Es gibt heute tatsächlich kein größeres Proletariat als das der jungen Ärzte, nachdem sie ein langjähriges Studium hinter sich haben.«
- ¹⁵⁵ Elisabeth Pape (DVP) nannte am 22. 6. 1928 in der Bürgerschaft folgende Zah-

len: Von 616 Studienratsstellen waren 118 Hilfsstellen, von diesen 111 mehr als 30 und 11 mehr als 40 Jahre alt. Von 180 Anwärtern waren 129 Männer und von diesen 100 Kriegsteilnehmer, also erst relativ spät in den Beruf gekommen. Die Hälfte der männlichen Studienratsanwärter war verheiratet, »aber in schlimmer materieller Lage«. (Sten. Ber. S. 641). Das Verhältnis zwischen Nichtfestangestellten und Festangestellten lautete bei den Philologen 1911 1:46, 1913 1:12, 1929 1:4,1, bei den Frauen 1929 1:2,5. (Schulleiter Max Traeger, DDP, in der 14. Bürgerschaftssitzung, 25. 4. 1929, Sten. Ber., S. 531).

- ¹⁵⁶ Schulrat Richard Ballerstaedt (SPD) in der 18. Bürgerschaftssitzung, 7. 12. 1932, Sten. Ber., S. 736. – Reichsweit standen für etwa 130000 Studenten jährlich nur etwa 10000 bis 12000 Akademikerstellen zur Verfügung. Die Zahl der arbeitslosen Akademiker wurde Anfang 1932 auf 40000 bis 60000 geschätzt. Niederschr. über 3. Sitzung des Unterausschusses f. Berufsberatung des AA Hbg., 11. 3. 1932, StAH: Sozialbeh. I, AW 60/20, Bd. 1.
- ¹⁵⁷ Solche Beschäftigungen wurden von privaten Organisationen, z. B. dem Ingenieurdienst (Niederschr. über Leitersitzung der Wohlfahrtsbeh., 13. 7. 1932, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/32, Bd. 2), oder der Hbger Arbeitsbeh. (ebda, 19. 10. 1932) vermittelt. Da die bei Hbger Behörden Untergebrachten auf Anordnung der Finanzdeputation keinerlei Vergütung erhielten, wurde die Maßnahme seit November 1932 von der Wohlfahrtsbeh. als »Unterstützungsarbeit« weitergeführt, d. h. die Volontäre bekamen als Entschädigung für entstehende Mehrkosten (Fahrgeld, stärkere Abnutzung der Kleidung u. ä.) sechs Mark pro Woche (ebda, 30. 11. 1932). Eine Liste der Arbeitsbehörde vom 9. 6. 1932 nennt als Beteiligte an der Aktion: fünf Chemiker, vier Apotheker, drei Journalisten, zwei Philologen, zwei Redakteure, je einen Arzt, Juristen, Syndikus, Graphiker (ebda, AW 60/20, Bd. 1).
- ¹⁵⁸ Die zahlenmäßige Bewegung der Arbeitslosigkeit Jugendlicher, in: Nachrichtendienst des Vereins f. öffentl. u. priv. Fürsorge 1930, S. 142 f.
- ¹⁵⁹ Die jugendlichen Erwerbslosen in der Stadt Hamburg:

	15. 4. 1929	15. 10. 1929	15. 1. 1931	30. 7. 1932
Bis 21 Jahre	3351	4756	11172	14516
Bis 25 Jahre				34074

Angaben des Leiters des AA in einer kommissarischen Besprechung der betroffenen Behörden, 7. 12. 1929, Sozialbeh. I, AW 00/77; Kimmerling (AA) in der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses zur Fürsorge für jugendliche Erwerbslose, 16. 2. 1931, ebda, AW 00/97; Sondererhebung des AA Hbg. für Juli 1932, Arbeitsbeh. I, Nr. 16 (vgl. Anlage 12). 1929 sind nur die vom AA, später auch die von der Wohlfahrtsbeh. unterstützten jugendl. Erwerbslosen erfaßt.

- ¹⁶⁰ Berechnet nach: Statist. Jb. Hbg. 1933/34, Nachtrag, S. 11.
- ¹⁶¹ HA 194, 19. 8. 1932. Den Richtsatz von 5 RM pro Woche zahlte die Wohlfahrtsbehörde einem Jugendlichen, der im fremden Haushalt lebte, 9 RM und evtl. einen gewissen Mietzuschuß bei eigener Haushaltsführung.
- ¹⁶² Für alle fraglichen Jahre liegt nur eine Statistik über die Gerichtshilfe des Hamburger Jugendamts vor. Sie stimmt aber für 1928 bis 1930, als Zahlen über die bei den Hamburger Jugendgerichten behandelten Fälle gesondert veröffentlicht wurden, mit diesen im großen und ganzen überein, so daß sie zur Kennzeichnung des Trends geeignet ist.

Jugendgerichtshilfe in Hbg.	1928	1929	1930	1931	1932
Beschuldigte	449	625	711	732	989
von ihnen in Arbeit	306	412	398	431	485
von ihnen erwerbslos	118	133	254	255	430
angezeigt wegen					
Körperverletzung	19	60	50	59	79
Diebstahl	213	276	310	315	322
schwerem Diebstahl	41	45	54	52	65
Raub	—	1	6	8	8
Sachbeschädigung	4	19	19	18	37
unerl. Waffenbesitz	1	8	13	22	—
Bannvergehen	1	5	5	2	
Vergehen gegen die Notverordnungen und das Republikschutzgesetz					80
Betteln	1	2	5	3	28
Mundraub	2	7	6	15	24
von Strafe abgesehen	132	150	166	166	138
Verurteilungen	212	194	234	214	244

Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 318 f.; 1930/31, S. 309 f.; 1931/32, S. 182 f.; 1932/33, S. 175–177.

- ¹⁶³ Wilh. Hertz, Dir. des Jugendamts, an Senator Neumann, 21. 2. 1931, StAH: Sozialbeh. I, AW 00/77.
- ¹⁶⁴ Denkschrift über die Lage der Jugendbehörde, 6. 10. 1931, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 c, Unterakte Jugendbeh.
- ¹⁶⁵ Ebda. Die Schulen meldeten 1931 doppelt so viele Gefährdungen infolge unglücklicher Familienverhältnisse wie im Vorjahr.
- ¹⁶⁶ Um die verschiedenen Maßnahmen zu koordinieren, wurde im Februar 1931 ein »Arbeitsausschuß zur Fürsorge für jugendliche Erwerbslose« gebildet, in dem das Arbeitsamt, die betroffenen Hamburger Behörden, die Volkshochschule und als Dachorganisationen der privaten Verbände der Jugendwohlfahrts- und der Jugendausschuß vertreten waren. Die Niederschriften über die Sitzungen des Ausschusses im StAH: Sozialbeh. I, AW 00/97, bieten einen guten Überblick über die verschiedenen Initiativen; dazu ferner zahlreiche andere Dokumente in derselben Akte.
- ¹⁶⁷ Hertz in einer Besprechung mit der Wohlfahrtsbeh. nach einem Aktenvermerk Struves, 30. 1. 1931, ebda.
- ¹⁶⁸ Auszug aus Protokoll des Senats, 20. 2. 1931, ebda; Mitteilung Nr. 3 des Senats, 9. 1. 1933, Vhdlg. Senat-Bürgerschaft 1933, S. 1 f. Der zusätzliche Unterricht kam etwa 1000 erwerbslosen Mädchen (im Sommerhalbjahr 1931 1189) und mehreren hundert Jungen zugute. Der Senat wandte dafür 1931 aus Notstandsmitteln 42 000 RM auf.
- ¹⁶⁹ Verhandlungen Wohlfahrtsbehörde-Jugendamt, ebda, AW 00/77 und 00/97. Etwa 100 Jugendliche erhielten bei regulärer Arbeitszeit einen Stundenlohn von 50 Pfg, die übrigen die Unterstützung und für drei Arbeitstage in der Woche eine Aufwandsentschädigung von 75 Pfg. pro Tag sowie das Fahrgeld.
- ¹⁷⁰ Aktenvermerk Struves über 1. Sitzung des Arbeitsausschusses zur Fürs. f. jugendl. Erwerbslose, 17. 2. 1931, ebda, AW 00/97.
- ¹⁷¹ Im Geschäftsjahr 1931 veranstaltete das Arbeitsamt im gesamten Bezirk 525

sechswöchige Kurse mit 10 500 Teilnehmern. Durch Sondermittel des Reichs in Höhe von 30 000 RM (davon für die Stadt Hamburg 20 000 RM) wurde die Teilnahme von 3 300 nichtunterstützungsberechtigten Jugendlichen ermöglicht. Niederschr. über 3. Sitzung des Unterausschusses für Berufsberatung des AA Hamburg, 11. 3. 1932, ebda, AW 60/20 und Rundschreiben des RAM an die obersten Sozialbehörden der Länder, 15. 10. 1931, ebda, AW 00/97.

- 172 Niederschr. über Besprechung zwischen den interessierten Organisationen, 9. 3. 1931, ebda.
- 173 Hertz an Martini, 21. 9. 1931, ebda.
- 174 Oberschulrat Schult in der 1. und 4. Sitzung des Arbeitsausschusses zur Fürsorge f. jugendl. Erwerbslose, 16. 2. und 6. 11. 1931, ebda.
- 175 Hertz in der 4. Sitzung des Arbeitsausschusses, 6. 11. 1931, ebda.
- 176 Antrag des Jugendamts an Wohlfahrtsbehörde und Arbeitsamt, die von ihnen betreuten jungen Erwerbslosen zur Teilnahme an der ersten Freizeit zu beurlauben, März 1931, ebda, Bl. 67.
- 177 Bericht des Leiters des staatl. Jugendheims Nagelsweg, 9. 1. 1933, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 147.
- 178 Der Hamburger Polizeibehörde wurden Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche gemeldet: 1928: 448/727, 1929: 484/725, 1930: 619/879, 1931: 635/911, 1932: 606/832. Auf 1000 Einwohner der Stadt berechnet, wuchs die Rate der Selbstmorde und Selbstmordversuche damit von 1,06 (1929) auf 1,31 (1930), 1,35 (1931) und 1,28 (1932). Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 28. – Die Zahl der Eheschließungen auf 1000 Einwohner betrug in der Stadt im Durchschnitt der Jahre 1921 bis 1930: 10,44, 1929: 10,35, 1930: 10,06, 1931: 8,87, 1932: 8,82. Ebda, S. 12. An Geburten kamen auf 1000 Einwohner 1921/30: 14,10, 1929: 13,92, 1930: 13,94, 1931: 12,81, 1932: 11,56. Ebda, S. 20. Die Heiratskurve fiel in Hamburg und in den meisten Großstädten seit dem 2. Halbjahr 1930 deutlich ab; vgl. HVW 1931, S. 37.

6. Kapitel

- ¹ Zahlen für Hamburg allein existieren nicht. Auch der ADGB konnte in seinen Zusammenstellungen über Gewerkschaftsmitglieder in Großstädten nur die Zahlen für den gesamten Ortsausschuß bringen; z. B. Jahrbuch 1931 des ADGB, S. 314.

Mitgliederentwicklung des ADGB Groß-Hamburg:

Ende Geschäftsjahr	1928	1929	1930	1931
Gesamtverband	201 020	213 448	200 910	186 203
(öffentl. Betriebe, Verkehr)			71 490	71 928
Metallarbeiter	27 199	29 723	30 565	29 032
Baugewerksbund	17 999	19 588	18 980	14 968
Nahrungsmittel- und Getränke- arbeiter	12 294	12 662	12 041	10 064
Fabrikarbeiter	10 879	11 459	10 060	9 087
Holzarbeiter	10 561	10 768	10 524	9 809

Für 1932 liegen keine Zahlen mehr vor, da die Jahresberichte immer erst im Juni des nächsten Jahres erschienen. Ortsausschuß Groß-Hamburg ADGB, Bericht 1928, S. 120; 1929, S. 118; 1930, S. 119; 1931, S. 87.

- ² Nach den Jahresberichten Gesamtverband Groß-Hamburg 1930, S. 56; 1931, S. 48; 1932, S. 38, waren bei ihm von den Hafenarbeitern organisiert: 1930 11 129, 1931 9914 und 1932 9192. Nach Angaben des Hafenbetriebsvereins, des Vereins der Lagerhalter, der Hadag, der Firmen im Petroleumhafen und des Staatskaetriebes waren im »Hafen Hamburg« vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise insgesamt ca. 24 000 Arbeiter beschäftigt (ebda 1930, S. 253). – Auch die Textilarbeiter im Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg, unter denen sich viele Frauen befanden, waren sehr schwach organisiert. Arbeitgeberverband der Textilindustrie im Niederelbebezirk an die Gewerkekammer-Hamburg, 27. 8. 1931, AHdK: XVIII H 1. Die Hbger Polizeibehörde rechnete 1928 mit einem Organisationsgrad von 40 % bei den Werft- und Fabrikarbeitern, von 20 % bei den Textilarbeitern. 3. LB, 22. 9. 1928, StAH: Film S 10977.
- ³ Berechnet, indem die 201 020 (1928) bzw. 160 869 (1925) Mitglieder des ADGB Groß-Hamburg zu den insgesamt 320 392 bei der Berufszählung 1925 ermittelten Arbeitern in Hamburg, den Stadtkreisen Altona und Wandsbek sowie den Landgemeinden Wilhelmsburg und Blankenese in Beziehung gesetzt wurden. Danach waren 1925 50,2 %, 1928 62,7 % im ADGB organisiert. Die Zahlen sind etwas zu hoch, da nicht alle im Bereich des ADGB Groß-Hamburg ansässigen Arbeiter mit Hilfe der Berufszählungsergebnisse erfaßt werden konnten. Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 40; Statistik Reich, Bd. 404, S. 13/68f., 75; 14/92.
- ⁴ Zusammengestellt nach: Bürgerschaft, Verzeichnis der Abgeordneten 1928; Statist. Mittlgg. hbg. Staat 22: Bürgerschaftswahl 19. 2. 1928, S. 35f.; Ortsausschuß Groß-Hamburg ADGB, Bericht 1928, S. 9. – Heinrich Stubbe, 1864–1941, war 1886–1904 Vorstandsmd. des Tischler- bzw. Holzarbeiterverbandes in Hamburg, seit 1894 Geschäftsführer der Holzarbeiterzeitung, 1905/06 Angestellter der Zentralkasse der Tischler, 1906–1919 Vorsitzender der Landesorganisation der SPD, 1904–1931 MdBü, 1915–1918 MdR, 1919–1931 Senator. Adolph Schönfelder, 1875–1966, war vor seiner Wahl in die Bürgerschaft 1919 seit 1905 zunächst Sekretär, später Vorsitzender des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

⁵ Vgl. Anm. 1.

⁶ Die Zahlen für den ADGB Groß-Hamburg lauteten:

	1928	1929	1930	1931
Einnahmen/Ausgaben Mio. RM	14,2	15,6	15,2	12,9
Ausgaben für Unterstützungen Mio. RM	4,4	4,5	5,3	6,2
Ausgaben für Erwerbslosenunterstützungen Mio. RM	1,2	1,9	2,6	3,5
Ausgaben für Streikunterstützungen Mio. RM	1,8	0,796	0,238	0,333
Erwerbslose Mdd.	40 221	45 772	54 939	80 640

Ortsausschuß ADGB Groß-Hamburg, Bericht 1928, S. 111–113, 116–118; 1929, S. 109–111, 114–116; 1930, S. 115–117, 120–122; 1931, S. 83–85, 88–90.

- ⁷ Vgl. Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 46–60; Gates, Economic Politics; Hüllbusch, Gewerkschaften und Staat. – Aus der Fülle der Erklärungen und Veröffentlichungen der Berliner Spitzengremien nenne ich nur einige besonders wichtige, die in Hamburg nachweislich ein positives Echo fanden: Entschließung des Bundesausschusses des ADGB vom 13. 10. 1930, BAK: R 43 I/2367, abgedr. in HE 14. 10. 1930 mit Leitartikel: Verkürzt die Arbeitszeit;

- Entschließungen des Bundesausschusses vom 10. 3. 1931 in: HE 70, 11. 3. 1931, und mit deutlichem Bezug darauf: Resolution der Vertretervsmgl. des 11. Bezirks des ADGB, ebda, 26. 3. 1931; offener Brief Leiparts an den Reichskanzler, 30. 5. 1931, BAK: R 43 I/2369, abgedr. in HE 147, 31. 5. 1931: »Die Geduld der Arbeiter am Ende«; W. Eggert-Berlin bei der a.o. Delegiertenkonferenz des 11. Bezirks am 8./9. 3. 1930, HE 9. 3. 1930; Leipart ebda am 23. 11. 1930, HE 24. 11. 1930. – Aufschlußreich für die Position des Hbger ADGB sind ferner u. a.: Ortsausschuß, Bericht 1928, S. 8f.; 1929, S. 5–7; 1930, S. 5f.; Jahresbericht Gesamtverband Groß-Hamburg 1930, S. 3–6; Die große Offensive beginnt, in: Die freie Gewerkschaft, 4. 6. 1930; Alfred Braunschthal, Preise und Löhne, ebda., 2. 7. 1930; Kampf der Wirtschaftskrise, ebda, 9. 7. 1930.
- ⁸ Z. B. hieß es in dem Artikel »Kampf der Wirtschaftskrise« (Die freie Gewerkschaft, 9. 7. 1930): »In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften unumgängliche Pflicht.«
- ⁹ Gemeinsame Erklärung der Vorstände von SPD und ADGB betr. Arbeitsbeschaffung vom 21. 1. 1930, dazu der Kommentar in HE 22, 22. 1. 1930: »Nichts belastet die öffentlichen Finanzen schwerer als steigende Erwerbslosigkeit, und nichts ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus verhängnisvoller als die Drosselung der Bauaufträge in Zeiten absteigender Konjunktur [...]. Die Entschließung [...] weist noch einmal mit allem Nachdruck darauf hin, daß Kapital nicht erhungert, sondern nur erarbeitet werden kann. Arbeitsbeschaffung durch Förderung des Wohnungsbaues, Mittelbeschaffung durch Freigabe der Auslandskredite – das ist der volkswirtschaftlich allein richtige und gangbare und darum auch politisch notwendige Weg.« Außerdem u. a.: Entschließung des Bundesausschusses des ADGB, 13. 10. 1930, BAK: R 43 I/2367.
- ¹⁰ Kampf der Wirtschaftskrise, in: Die freie Gewerkschaft, 9. 7. 1930; Fritz Naphali, Die Not wächst – was muß geschehen?, in: HE 139, 22. 5. 1931.
- ¹¹ Entschließung des Bundesausschusses des ADGB, 13. 10. 1930, BAK: R 43 I/2367. Von den drei gleichzeitig gefaßten Resolutionen zur Lohn-, Preis- und Arbeitsbeschaffungspolitik, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Beseitigung der Reparationen wurde im Hamburger Echo vom 14. 10. 1930 die zweite in den Mittelpunkt gerückt. Am 3. 11. 1930 brachte es eine detaillierte Berechnung von Fritz Croner über die möglichen Neueinstellungen bei Einführung der 40-Stunden-Woche. Auch bei den folgenden Kundgebungen wurde diese Forderung am stärksten betont: Leipart vor der a. o. Delegiertenvsmgl. des 11. Bezirks, HE 325, 24. 11. 1930; Entschließung des Bundesausschusses zur Arbeitszeitfrage, HE 70, 11. 3. 1931; Resolution der Vertretervsmgl. des 11. Bezirks, HE 26. 3. 1931; Resolution der Delegiertenvsmgl. des Ortsausschusses Groß-Hamburg, 27. 3. 1931, Geschäftsbericht 1931, S. 11–15; Leitartikel zum Bundeskongreß des ADGB: »Arbeitszeitverkürzung!«, in HE, 2. 9. 1931. Vor dem 14. Sept. 1930 galt noch die »Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit« als »wichtigste Aufgabe«; der Hbger ADGB begnügte sich mit der Forderung nach Reduzierung der Überstunden bzw. sehr allgemein gehaltenen Plädoyers für Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen.
- ¹² Vgl. S. 225, 241. Der Anstoß zu der Aktion ging vom Senat aus. Er verlangte zunächst die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden, da er aber zur Zahlung eines teilweisen Lohnausgleichs – auch wegen eines entgegenstehenden Übereinkommens des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands – nicht bereit war, lehnte der Gesamtverband die damit verbundene 17%ige Verminderung des Einkommens der Staatsarbeiter

ab. Angesichts der gleichzeitigen Kampagne der Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzung konnte er sich allerdings nicht völlig abweisend verhalten. Die Parteien einigten sich schließlich auf die 44-Stunden-Woche und die Erhöhung der Frauenzulage um 2 Pfennig pro Stunde. Der Gang der Verhandlungen ist dargestellt unter Beifügung der wichtigsten Dokumente im Jahresbericht 1930 des Gesamtverbandes Groß-Hamburg, S. 71–77.

¹³ Vgl. S. 188, 241 f.

¹⁴ BAK: R 43 I/2369, S. 185–187; HE 147, 31. 5. 1931.

¹⁵ RGBl. I 1931, S. 297 f., bes. Kap. II, Art. 1, Absatz 1.

¹⁶ Niederschrift über eine Besprechung mit den Gewerkschaften am 15. 6. 1931, BAK: R 43 I/2370.

¹⁷ Die Gewerkschaften zur Notverordnung. Vortrag, gehalten von Peter Graßmann ... am 23. Juni 1931 im Gewerkschaftshaus Hamburg. Hrsg. vom 11. Bezirk des ADGB. Hamburg 1931, S. 3.

¹⁸ Ebda, S. 18 f.

¹⁹ Ebda, S. 27.

²⁰ Graßmann, ebda, S. 7–9, Zitat: S. 7.

²¹ Graßmann, ebda, S. 23–25, Zitate: S. 24 und 25. Ähnlich Leipart bei der Kundgebung von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats am 16. 12. 1931, in: Leipart und Breitscheid über die Notverordnung. (Verlagsgesellschaft des ADGB) Berlin 1931, S. 10 f. In seinem Geschäftsbericht für 1931 machte sich der Hamburger ADGB diese Argumentation voll zu eigen (S. 6 f.).

²² Graßmann, in: Die Gewerkschaften zur Notverordnung (wie Anm. 17), S. 22 f. Das Hamburger Echo vom 24. 6. 1931 berichtete ausführlich über die Veranstaltung unter der Überschrift: »Keine Katastrophen-Entscheidungen«.

²³ Vgl. Maurer a. a. O. und Timm a. a. O.

²⁴ Der Zerfall der großen Koalition, in: Die freie Gewerkschaft, 9. 4. 1930.

²⁵ Das Gesetz über die Haager Konferenz, die Gesetze zur Abänderung des Reichsbank- und Reichsbahngesetzes sowie das Gesetz über das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wurden am 13. März 1930 in dritter Lesung angenommen und zusammen mit dem Young-Plan am 19. März im RGBl. Tl. II veröffentlicht.

²⁶ HE 9. 3. 1930: Die freien Gewerkschaften zur Wirtschaftskrise.

²⁷ HE 10. 3. 1930: Gewerkschaften zum Wahlkampf um die Sozialpolitik bereit.

²⁸ Genauer dazu: Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 64–102, 223–236.

²⁹ HE 17. 9. 1931: Gegen die Lüge von der marxistischen Mißwirtschaft.

³⁰ Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 66–68, 72 f., 83.

³¹ Ebda, S. 75–77.

³² Fritz Naphtali, Wirtschaftskrise und Wahlen, in: HE 9. 9. 1930. Auch Leipart betonte bei einer 40. Funktionärskonferenz des 11. Bezirks des ADGB in Hamburg am 23. 11. 1930: »Wenn es so einfach wäre, die Wirtschaft wieder anzukurbeln wie einen Motor, dann brauchte man sich nicht allzuviel Sorge zu machen. Aber niemand kennt das Zauberwort, das alle Räder mit einem Schlage in Bewegung setzt. Um so dringlicher ist es, jede Maßnahme zur Belebung der Wirtschaft oder wenigstens zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu prüfen«, wie insbesondere die Einführung der 40-Stunden-Woche. HE 325, 24. 11. 1930. Im Geschäftsbericht des ADGB Groß-Hamburg für 1931 hieß es (S. 7): »Die freien Gewerkschaften haben angesichts der gegenwärtigen Lage kein Vertrauen in die Zukunft der kapitalistischen Wirtschaft. Wir sind überzeugt davon, daß nur eine Umformung der Wirtschaft in unserem Sinne aus wirtschaftlicher Bedrückung

- und sozialer Not herausführen wird. Solange sich die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft nicht zum Sozialismus bekennt, ist die Anwendung rein sozialistischer Wirtschaftsmethoden auf demokratischer Grundlage nicht möglich.*
- 33 Naphtali auf der Reichskonferenz der Handels- und Verkehrsarbeiter des Gesamtverbandes am 26. 10. 1930 in Hamburg, HE 27. 10. 1930: Hinweg mit den volkswirtschaftlichen Phrasen.
- 34 Naphtali, Wirtschaftskrise und Wahlen, in: HE 9. 9. 1930.
- 35 Ders. vor den Handels- und Verkehrsarbeitern, HE 27. 10. 1930.
- 36 Ders., Die Not wächst – was muß geschehen, in: HE 139, 22. 5. 1931.
- 37 So in dem etwa im Februar 1931 erarbeiteten »Grundriß eines Aktionsprogramms für die Belebung der Wirtschaft« (Ms. im Archiv der sozialen Demokratie, NL Woytinsky), zitiert nach Schneider, Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 68. Auch bei der Veröffentlichung einer gekürzten Fassung der Denkschrift im Juni 1931 (Aktive Weltwirtschaftspolitik, in: Die Arbeit, S. 413–440) brachte Woytinsky den Vorwurf in etwas abgeschwächter Form: »Die Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik muß durch eine Wirtschaftspolitik abgelöst werden, die sich die Regulierung der Wirtschaft, Bekämpfung der Depressionskräfte, Vorbeugung der Krise zum Ziel setzt und auf diese Weise den Übergang der Wirtschaft zu einer höheren Form fördert.« (S. 439).
- 38 Vgl. Anm. 1. Nach dem Jahresbericht 1930 des Gesamtverbandes Groß-Hamburg, S. 56, gehörten 24 774 Mitglieder zu den Abteilungen: öffentliche Betriebe und Verwaltungen.
- 39 Leipart und Breitscheid über die Notverordnung (wie Anm. 21), S. 4; Die Gewerkschaften zur Notverordnung (wie Anm. 17), S. 25.
- 40 Die Gewerkschaften zur Notverordnung, S. 25 f.
- 41 Genauer dazu: Flechtheim, S. 150–172; Weber, Kommunismus Dokumente, S. 174–187, 190–194; Eisner, S. 222–247. Der Hamburger ADGB registrierte aufmerksam den Kurswechsel und die neuen Anweisungen für die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), z. B. in HE 7, 7. 1. 1929: Kommunistische Taktik in Arbeitskämpfen; HE 1, 1. 1. 1930: Gewerkschafts-Jahresbilanz [für 1929]; Die »neueste« Gewerkschafts-Taktik der KPD, in: Die freie Gewerkschaft Nr. 39, 24. 9. 1930. Die Erfolge der RGO blieben bescheiden: Nach eigenen späteren Angaben hatte sie im Reich Ende 1929 106 000, im Febr. 1931 145 380, im Dez. 1931 208 000 und im März 1932 252 170 Mdd. registriert (Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 366).
- 42 Z. B. Entschließung einer Funktionärsvsmgl. des ADGB Groß-Hamburg vom 15. 2. 1929, abgedr. im Geschäftsbericht 1929, S. 10 f.; Aufruf zu den Betriebsräte-wahlen 1930, abgedr. ebda 1930, S. 48 f.; stark erweiterte Fassung 1931, ebda 1931, S. 24–27; Entschließung der Vertretervsmgl. des Gesamtverbandes vom 24. 10. 1930 und Bekanntmachung im Mitteilungsblatt Nr. 12, wiedergegeben im Jahresbericht 1930 der Bezirksverwaltung, S. 25 f.; Resolution der Vertrauensleute des DMV-Hamburg vom 26. 9. 1930, abgedr. im Geschäftsbericht 1930 der Verwaltungsstelle Hamburg, S. 2.
- 43 Die folgenden Angaben nach: 2., 3. LB, 16. 6., 22. 9. 1928; 1., 3., 4. LB, 3. 3., 19. 10., 31. 12. 1929, StAH: Film S 10977. HE 78, 19. 3. 1930: Die große Pleite der Kommunisten.
- 44 Freie Gewerkschaft, 26. 2. 1930.
- 45 HE 339, 8. 12. 1930: Generalversammlung der Buchdrucker.
- 46 1. LB, 28. 4. 1931, StAH: Film S 10977. Nach Angaben in der »Roten Gewerkschaftsinternationale«, 20/21. Nov. 1931, hatte der am 11. Febr. 1931 in Hbg.

gegr. Einheitsverband der Seeleute am 1. 4. 1931 reichsweit 3707 und am 1. 10. 1931 9900 Mitglieder (Abschrift in BAK: R 58/472, S. 154), nach Ermittlungen des Berliner Polizeipräsidiams am 15. 8. 1932 reichsweit 3100 Mitglieder (Bericht v. 7. 10. 1932, ebda, S. 173).

- 47 Die Statistik erfaßt nur die der Betriebsrätezentrale des ADGB, AfA-Bundes und ADB Groß-Hamburg gemeldeten Betriebe (Ortsausschuß ADGB Groß-Hamburg, Geschäftsbericht 1928, S. 52; 1929, S. 65; 1930, S. 51; 1931, S. 28):

	Betriebe	Freigewerk- schaftliche Vertreter	Un- und Anders- organisierte	Angestellten- vertreter
1928	1194	4672	510	187
1929	1255	4540	561	262
1930	1701	4784	616	285
1931	1497	4098	846	326

1932 fielen Betriebsratswahlen aufgrund der Notverordnung vom 8. 12. 1931 und der Ergänzungsverordnung vom 14. 12. 1931 aus.

- 48 Ortsausschuß ADGB Groß-Hamburg, Geschäftsbericht 1929, S. 64.
49 Ergebnis der Betriebsratswahlen 1931 im Gebiet Groß-Hamburg nach Wirtschaftszweigen (Ortsausschuß ADGB, Geschäftsbericht 1931, S. 29f.):

Stimmen	Be- triebe*	Stimmen insges.	Freie Gewerk- schaften	RGO	NSBO	Sonst. u. Un- organis.	Freie in % der abgeg. Stimmen	RGO
Chemische Ind.	10	3 331	2011	1212	—	18	60,4	36,4
Staats- und Ge- meindebetriebe	9	12 053	9 479	2574	—	—	78,6	21,4
Eisenindustrie	7	6 082	3 562	2262	258	—	58,6	37,2
Nahrungsmittel	3	2 432	1 113	593	22	—	45,8	24,4
Graphisches Gewerbe	1	164	95	69	—	—	57,9	42,1
Bekleidungs- gewerbe	3	2 791	1 664	710	—	317	59,6	25,4
Bankgewerbe	6	2 482	780	—	—	1702	31,4	—
Verkehrsgewerbe	3	8 064	7 136	536	367	—	88,5	6,6
Gesamtsumme	42	37 399	25 840	7956	647	2037	69,1	21,3
Mandate insgesamt			276	82	3	28		

* In der Tabelle sind nur die Betriebe berücksichtigt, in denen mehrere Listen zur Wahl standen. Das nach einem anderen Modus wählende Baugewerbe ist nicht erfaßt.

Absolut gesehen, hatte die RGO auch unter den Metallarbeitern wenig Anhang. Von den Arbeiterräten, die die Verwaltungsstelle des DMV-Hamburg erfaßte (1929: 856, 1930: 772, 1931: 616), stellten die Freien Gewerkschaften 1929 94,5 %, 1930 92,7 % und 1931 91,9 %. (Berechnet nach Geschäftsberichten DMV-Hamburg 1929, S. 4; 1930, S. 4; 1931, S. 8).

- 50 Geschäftsbericht DMV-Hamburg 1928, S. 12 f.
51 Vgl. die Übersichten über die Tariflöhne männlicher Vollarbeiter in 32 Orten des deutschen Reichs in den Geschäftsberichten des ADGB Groß-Hamburg, z. B. 1928, S. 20; 1929, S. 20.
52 Geschäftsbericht DMV-Hamburg 1928, S. 8–13. Der Schiedsspruch entsprach nur bei der Frage der Urlaubsbezahlung der gewerkschaftlichen Forderung. Die

Arbeitszeit sollte sofort von 52 auf 50 und von November 1929 an auf 49 Stunden pro Woche verkürzt werden. Am unbefriedigsten waren die Lohnregelungen, insbesondere die Erhöhung der Tarifsätze um nur 5 Pfg. pro Stunde.

- ⁵³ HE 19. 3. 1931: Kommunistenpleite soll verdeckt werden.
- ⁵⁴ HE 19. 3. 1931. Bei Blohm & Voß errang die RGO 1930 13 (1929: 14), der ADGB 11 (9) Mandate; auf der Reiherstiegwerft war das Verhältnis: RGO 2 (6), ADGB 9 (5). Im größten Metallandbetrieb Menck & Hambrock verlor die RGO 1930 die Mehrheit, in der Maschinenfabrik Nagel & Kaemp erhielt sie nur noch einen Sitz (1929: 3), der ADGB 6 (4) Sitze. Die Lohnkämpfe 1928 und die anschließenden Auseinandersetzungen zwischen »Reformisten« und Oppositionellen in dieser Firma sind in dem ersten Roman des damaligen Redakteurs der kommunistischen Hamburger Volkszeitung, Willi Bredel, verarbeitet: Maschinenfabrik N & K. Ein Roman aus dem proletarischen Alltag. Berlin (DDR) 1960, Erstausgabe: Berlin 1930. – Schwere Rückschläge erlitt die RGO 1930 auch in der Textilbranche, so in der Hamburger Wollkämmerei: RGO 5 (9), ADGB 5 (2) Mandate, und in der zum Nordwolle-Konzern gehörenden Firma Bischoff u. Rodatz: RGO 6 (1929 sämtliche), ADGB 4 (1929 keine) Sitze; ferner z. B. im Staatskaibetrieb: RGO 963 (1005) Stimmen und 4 (5) Mandate, ADGB 3284 (2566) Stimmen und 14 (12) Mandate. Zusammenstellung der Betriebswahlergebnisse nach den Berichten im Hamburger Echo, Jan. bis März 1930. Wie stark der Einfluß der KPD 1930 selbst in einer Firma zurückging, in der sie zu Beginn des Jahres noch die Mehrheit im Betriebsrat gewonnen hatte, zeigte sich, als die Vorsitzende des Gremiums wegen Pflichtverletzung von einem Arbeitsgericht ihres Amts enthoben wurde: An den Protestversammlungen beteiligten sich nur 27 von ca. 1825 Beschäftigten. HE 12. 10. 1930.
- ⁵⁵ HE 89, 30. 3. 1930: Deutsche Werft Finkenwärder wählt freigewerkschaftlich.
- ⁵⁶ Zusammenstellung der Betriebswahlergebnisse bei Blohm & Voß (HE 23, 23. 1. 1931, HC 46, 27. 1. 1933):

	1929		1930		1931			1933		
	Stimmen	Mand. AR	Stimmen	Mand. AR	Stimmen	Mand. AR	BR	Stimmen	Mand. AR	BR
Freie Gew.	2667	9	3064	11	1593	9	8	775	5	4
RGO	4110	14	3432	13	1332	8	6	955	7	6
Christl.	392	1	427	1	94	–	–	–	–	–
NSBO ¹	–	–	–	–	258	1	1	164	1	1

AR = Arbeiterrat, BR = Betriebsrat

¹ 1933 Stahlhelm-Liste, für die die NSDAP eintrat

Zur Zeit der Wahl umfaßte die Belegschaft 1930 8833, 1931 4719 und 1933 2510 Mann.

- ⁵⁷ Berechnet nach Gewerkschafts-Zeitung 1931, S. 758f.
- ⁵⁸ Vgl. Flechtheim, S. 152f.; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 199–210.
- ⁵⁹ Außer Urbahns schied auch MdBü Karl Köppen (seit 1921) im Herbst 1926 aus der KPD aus. Zu ihren Biographien vgl. Weber, Wandlung, Bd. 2, S. 190, 329f.
- ⁶⁰ HE 11. 3. 1930. Stahmer legte am 15. 7. 1930 sein Mandat nieder (StAH: Senat, Präsidialabteilung, 1930 S V/1). Bei den Bürgerschaftswahlen am 24. April 1932 war er Spitzenkandidat der SAP. Statist. Mitteilungen Hamburger Staat Nr. 28, S. 85.
- ⁶¹ Sanneck, Mitglied des Baugewerksbundes, war am 1. Nov. 1928 für Rudolf

- Rothkegel in die Bürgerschaft nachgerückt. Anfang Januar 1930 wurde er aus der KPD ausgeschlossen und in die Fraktion der SPD aufgenommen, im Sept. 1931 wegen Weitergabe eines Berichts über interne Parteiangelegenheiten an die KPD wieder ausgeschlossen. StAH: Senat, Präsidialabteilung, 1928 A 165; HA 6, 8. 1. 1930; HE 264, 25. 9. 1931. Westermann, seit 1921 hauptamtlicher Sekretär und Leiter der Betriebsrätebewegung der Hamburger KPD, 1925 ausgeschlossen, im Okt. d. Jahres rehabilitiert, seit 1927 MdBü, legte nach seinem erneuten Ausschluß am 13. Febr. 1930 sein Mandat nieder. StAH: Senat, Präsidialabteilung, 1930 S V/1. Zu den Biographien vgl. Weber, Wandlung, Bd. 2, S. 268, 340 f.
- ⁶² Bericht vom 16. Jan. 1933, BAK: R 58/483, S. 21. – Die SPD-Betriebswacht wurde im Gebiet Groß-Hamburg 1929 in 35 000 Exemplaren verteilt. Hinzu kamen besondere Betriebszeitungen für einzelne Unternehmen und Fachgruppen. Bei Blohm & Voß gelang es 1929, durch die Betriebszeitung 132 neue Parteimitglieder zu werben. HE 14. 2. 1930. Der Aufruf des Hamburger ADGB zu den Betriebsratswahlen 1931 wurde – neben zahlreichen Flugblättern und Aufrufen der Einzelverbände – in 12 000 Exemplaren verbreitet. Geschäftsbericht ADGB Groß-Hamburg 1931, S. 24.
- ⁶³ Niederschrift über Zeugenvernehmung des Untersuchungsausschusses am 12. 2. 1932, StAH: Bü I, C 88/1; HA 31, 6. 2. 1932: Vor dem Untersuchungsausschuß.
- ⁶⁴ Im Reich waren 1927 68,1% der KPD-Mitglieder Industriearbeiter, darunter 39,9% gelernte Arbeiter. Im Sept. 1930 waren 44% Betriebsarbeiter und 40% Erwerbslose, 1931 schon 78–80% Erwerbslose. Ende 1932 rechnete die KPD nur noch mit ca. 11% Betriebsarbeitern (Bahne, S. 15 f.). Nach Ermittlungen des Berliner Polizeipräsidiums zählte die RGO am 15. Aug. 1932 322 000 Mitglieder, von denen ca. 49% erwerbslos waren; die RGO-Verbände hatten 68 000 Mitglieder, darunter ca. 52% Erwerbslose (BAK: R 58/472, S. 173 f.). Nach einem Bericht der Reichsleitung des [RGO-]Einheitsverbandes für das Baugewerbe waren im Sept. 1932 2338 seiner Mitglieder in Arbeit, 26950 erwerbslos (ebda, R 58/471, S. 201).
- ⁶⁵ Beim Parteitag des KPD-Bezirks Wasserkante gab Thälmann an, 1929 habe es in 15, 1930 in 80 Betrieben rote Listen gegeben. Dieser bescheidene Erfolg sei »durchaus nicht zufriedenstellend«. Im Schlußwort betonte er: »Die Frage der Gewerkschaftsarbeit ist vielleicht das größte Schmerzenskind.« HV 19., 20. 5. 1930. Im Rundschreiben Nr. 12 des Zentralkomitees der KPD v. 18. 9. 1930 wurde »als größte Schwäche unserer Arbeit« bezeichnet, »daß die Verbindung des Wahlkampfes mit der außerparlamentarischen Massenmobilisierung absolut ungenügend war«. Es sei nicht gelungen, »einen größeren tariflichen oder außer-tariflichen Wirtschaftskampf auszulösen, Steuerstreiks zu führen, eine Massenaktion gegen den Faschismus in den Betrieben auszulösen, den Aufbau der roten Betriebswehren, den Ausbau der RGO in den Betrieben wesentlich zu fördern«. BAK: R 134/61, S. 47–58.
- ⁶⁶ Von den von der RGO in Hamburg ausgelösten »wilden« Streiks hatte nur der Hafendarbeiterstreik vom 18. bis 27. Okt. 1928 einige Bedeutung, bei dem die Kommunisten die Unruhe auszunutzen suchten, die durch den gleichzeitig gewerkschaftlich geführten Werftarbeiterstreik entstanden war. Durch systematische Anwendung physischer Gewalt gegen die an- und abmarschierenden Arbeiter gelang es, einige Betriebe zeitweilig lahmzulegen. Aufrufe zum Streik im Hafen im Febr. u. Okt. 1931 blieben ohne Resonanz. Flugblatt in DHSG II, Spezialakten VIII F 1/195/1 bzw. Bericht Campes an Reichsinnenmin., 12. 10. 1931, SKRAA II, I A 1a 14, Bd. 2. Die RGO Berlin-Brandenburg verzichtete z. B. auf einen für den 14./15. Febr. 1931 geplanten Bezirkskongreß zur Vorbe-

- reitung von Wirtschaftskämpfen, weil sie wegen der Depression von vornherein zum Scheitern verurteilt seien und ihre Inszenierung »im jetzigen Moment das Prestige der RGO ganz erheblich schädigen würde«. BAK: R 58/369, S. 24.
- 67 2., 5., 6., 13. und 25. Bürgerschaftssitzung am 15. 1., 19. 2., 15. 3., 9. 5., 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 68–72, 172, 208, 571, 1076–1078.
- 68 19. und 25. Bürgerschaftssitzung, 30. 9. und 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 839f., 1076f. In allen Betrieben sollte der Personalbestand um 15 % vergrößert werden. An hamburgischen Staatsaufträgen schlug die KPD vor: Bau mehrerer Hoch- und Untergrundbahnlinien, des Köhlbrand-Tunnels, von 60000 Kleinwohnungen in vier Jahren, von sechs Volks- und Berufsschulen, fünf Volkshäusern, eines Krankenhauses, eines Jugendheims, eines Kanals und einer Autostraße nach Bergedorf, schließlich der Kanalisation in Geesthacht. Zur Finanzierung forderte sie Sondersteuern auf große Einkommen von mehr als 50000 RM im Jahr, Dividenden und Aufsichtsratsantienemen sowie die Herabsetzung aller staatlichen Gehälter von mehr als 8000 RM und der Pensionen von mehr als 6000 RM im Jahr. Sie versuchte damit, Ressentiments im Proletariat anzusprechen, zur Deckung der Ausgaben reichten die Mehreinnahmen nicht annähernd, da die genannten Steuern dem Reich zustanden und auch keine genügenden Erträge brachten.
- 69 Das ZK der KPD verbreitete die Anträge der Hamburger Fraktion vom 30. Sept. 1930 (s. vorige Anm.) als Anlage zum Rundschreiben Nr. 15 v. 21. Oktober 1930 unter dem Punkt: »Belebung und Organisation der Erwerbslosenbewegung«. BAK: R 134/61, S. 117–121.
- 70 Protokoll der Leitersitzung v. 7. 10. 1931, StAH: Sozialbeh. I, VG 24/31, Bd. 3.
- 71 Wegen Ausschreitungen in den Wohlfahrtsstellen wurden Hausverbote/Verwarnungen erteilt: 1. 4.–30. 9. 1929 7/4, 1. 10. 1929–31. 3. 1930 28/14, 1. 4.–31. 7. 1930 25/8. Übersicht v. 21. 5. 1930 mit Nachtrag in: StAH: Sozialbeh. I, VG 38/04.
- 72 Der Plan der KPD, aus Anlaß der Bezirkskonferenz der RGO in Hamburg am 1. Februar 1930 auch eine Bezirkskonferenz der Erwerbslosen und einen Kampf- und Hungermarsch in die Hansestadt zu veranstalten, scheiterte, weil die Polizei unter Berufung auf allgemeine Demonstrationsverbote in Preußen (seit dem 17. Jan.) und Hamburg (31. Jan.–2. Febr.) die Teilnehmer schon an den Sammelstellen in den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein festnahm und in ihre Heimatorte zurückbeförderte bzw. in Schutzhaft behielt. Der 1. und 2. Februar verliefen daraufhin »in Hamburg in auffallender Ruhe«. Vortrag von Polizeipräs. Campe bei der Deutschen Nachrichtenkonferenz in Berlin am 28./29. 4. 1930, Mskr. in BAK: R 134/58, S. 106ff. Bei einer Vsmg. der Harburger KPD am 19. 9. 1931 forderte der Redner auf, durch Teilnahme an einem für den nächsten Tag in Hamburg geplanten Aufmarsch die dortigen Genossen bei der Bürgerschaftswahl zu unterstützen. Bericht des überwachenden Polizeibeamten vom 26. 9. 1931, BAK: R 58/370, S. 79–83.
- 73 1. LB der Polizeibeh. Hamburg, 28. 4. 1931, S. 7, StAH: Film S 10977.
- 74 Der Vorgang ist im einzelnen dokumentiert in der Akte der Sozialbehörde I, AW 00/54.
- 75 Senator Neumann bei Besprechung über Fragen der Arbeitsfürsorge am 11. 12. 1930, ebda, AW 00/92. Die kommunistische Hbger Volksztg. berichtete häufig über Erfolge bei den Unterstützungsarbeitern, z. B. am 4. 7. 1930 über Entsendung von sechs Delegierten zum Bezirks-RGO-Kongreß durch die über 100 Mann starke Belegschaft »Louisenhof«-Farmen oder am 31. 7. 1930 über die Neuaufnahme von 32 Groß-Borsteler Pflichtarbeitern. Zum Teil waren die Berichte übertrieben, aber die Vorgänge auf den U-Arbeiter-Plätzen bestätigen den

- Einfluß der KPD. Am 10. Sept. 1930 verließen beispielsweise drei Pflichtarbeiterkolonnen vorzeitig ihre Baustellen, um an einer kommunistischen Demonstration teilzunehmen. Meldung des Aufsichtsführenden in Sozialbeh. I, AW 00/92.
- ⁷⁶ Ebda, AW 00/60.
- ⁷⁷ Rundschreiben Struves, 9. 8. 1930, ebda, AW 00/93; Vermerk Grafs, 21. 8. 1930, ebda, AW 00/42; Bericht über Vorgänge auf dem Arbeitsplatz Volksdorf 12.-15. 8. 1930; Beschwerde der als Vorarbeiter fungierenden Staatsarbeiter beim Sportplatz Stellingen, 1. 9. 1930, ebda, AW 00/54.
- ⁷⁸ Vermerk über Vollversammlung der Unterstützungsarbeiter am 15. 10. 1930, ebda, AW 00/93; Aufruf der RGO für einen Solidaritäts- und Kampfaufmarsch am 22. 10. 1930, bei dem Mitglieder der Streikleitung der Berliner Metallarbeiter und der Hamburger Pflichtarbeiter sprechen sollten, ebda, AW 00/94.
- ⁷⁹ Von einer Gesamtbelegschaft von 675 Unterstützungsarbeitern, auf den Durchschnitt der Woche berechnet, arbeiteten am 18. Okt. 209, am 20. 252, am 21. 270, am 22. 334, am 27. 412, am 29. 675 (Übersicht ebda, AW 00/93). – Pressekonferenz am 17. Okt. 1930, nachdem die Hbger Tageszeitungen seit dem 15. zum Teil bereits mehrfach über den »Streik« berichtet hatten; Anfrage des Vors. des Dt. Vereins für öffentliche und private Fürsorge, Prof. Wilh. Polligkeit, an die Wohlfahrtsbeh., 20. 10. 1930 (ebda und Unterakte V).
- ⁸⁰ Zahlreiche Berichte darüber ebda, AW 00/93 und in der Sitzung der Wohlfahrtsstellenleiter am 20. 10. 1930, ebda, VG 24/30, Bd. 2. Bei der Versammlung der Unterstützungsarbeiter am 15. 10. 1930 verließen viele der ca. 600 Teilnehmer den Saal, weil der Redner der RGO trotz ihrer Proteste darauf beharrte, daß der Kampf parteipolitisch geführt werde. Vermerk, ebda, AW 00/93.
- ⁸¹ Von einem völlig anderen Ansatz her kommt Erich Fromm, S. 53f., 251f., zu Ergebnissen, die diese Auffassung bestätigen.
- ⁸² Berechnet nach: Statist. Jb. Reich 1930, S. 575.
- ⁸³ Berechnet nach der Tab. ebda, S. 578f. Um die Zahl der kaufmännischen Angestellten im alle Angestelltengruppen umfassenden GDA einzuschätzen, wurde das von Speier, S. 190, Anm. 8, beschriebene Verfahren angewandt. Bei den »liberalen« Organisationen ist der Deutsche Bankbeamten-Verein miterfaßt, der zwar wie der GDA und der Allg. Verband der Versicherungsangestellten mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen im Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zusammengeschlossen war, politisch aber der DNVP nahestand. Ohne ihn verringert sich der Anteil der Liberalen noch um 3,5%.
- ⁸⁴ Hier können nur einige wenige wesentliche, die Verbände unterscheidende Positionen aufgezeigt werden. Zur näheren Information vgl. insbesondere Speier, S. 66–78, 133–144; aus freigewerkschaftlicher Sicht: Croner, Angestelltenbewegung; für den GDA: Priamus, S. 90–95, 117–148; für den DHV: Hamel, S. 167ff.; für den AfA-Bund: Kadritzke, S. 233ff. – Daß die »bürgerlichen« Verbände die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit allen Konsequenzen ebenso energisch verteidigten wie die freien Gewerkschaften, zeigen insbes. folgende grundlegenden Artikel, seitens des DHV: Hans Bechly, Was ist's mit den Gewerkschaften?, in: Dt. Handelswacht, 10. 4. 1930, S. 130–133; Max Hegewald, Wieder freies Spiel der Kräfte?, ebda, 25. 10. 1931, S. 312–314; Max Habermann, Verband und Politik, ebda, 25. 11. 1931, S. 335; Georg Brost, Sozialreaktionäre Hintergründe, ebda, 29. 2. 1932, S. 44f.; seitens des GDA u. a.: Gustav Schneider, Die geistigen Grundlagen der GDA-Arbeit, in: GDA, 1. 10. 1930, S. 227–230; Georg Curt Hennig, Angreifen!, in: Vorkämpfer, Febr.

- 1932, S. 27; An die Gewehre!, in: *Der Angestellte im Behördendienst*, Juni/Juli 1932, Titelseite.
- 85 Diese Auffassungen durchziehen alle Publikationen der Verbände. Sehr klar anerkannten die wirtschaftl. Interessengegensätze z. B. Bechly in *Dt. Handelswacht*, 10. 4. 1930, S. 130, oder Gustav Schneider in *GDA*, 1. 10. 1930, S. 229.
- 86 Noch im April 1932 hieß es im *Vorkämpfer* (Wo steht der Feind?, S. 50): »Eine Vormachtstellung gewisser Gruppen und Cliques spaltet das Volk in Klassen. Wer aber die nationale Einheit will, muß die Klassenbildung verneinen. Die Führer von damals erkannten das klar. Sie sahen die Möglichkeit für eine Gemeinschaft des Volkes auf dem Boden der Freiheit, der Gleichberechtigung, der Mitbestimmung und Mitverantwortung jedes einzelnen im Staate. Unter diesem Gedanken entstand das Verfassungswerk von Weimar. Es mag Lücken haben; groß und edel an ihm aber ist das hohe Ziel der Verwirklichung des freiheitlichen, nationalen und sozialen Volksstaates.« Vgl. auch das Zitat in Anm. 90 und G. Schneiders energische Verteidigung der Reichsverfassung beim 5. *Dt. Angestelltentag* am 21. 9. 1930 (s. Anm. 87). Dazu *Priamus*, S. 117–132. Den Anteil des *GDA* »an der Demontage der Weimarer Republik« vermag ich allerdings nicht zu sehen.
- 87 *V. Bundestag/Angestelltentag*, S. 70–95, Zitat, S. 79. Das Referat verdient besondere Beachtung, weil es eine Woche nach dem großen Wahlsieg der Nationalsozialisten am 21. Sept. 1930 gehalten wurde.
- 88 *Ebda*, S. 85 f.
- 89 *Ebda*, S. 77.
- 90 *Ebda*, S. 82 f., außerdem insbes. der Vortrag des Leiters des Hansegaus und Bürgerschaftsabg. Heinrich Theophil Kaufmann auf der *Jahreshauptvsmgl. der Ortsgruppe Groß-Hamburg* am 10. 2. 1928: *Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie*, in: *Handelsstand*, 1. 4. 1928, S. 34–36. Dazu *Priamus*, S. 135–137. Im Februar 1932 wurde im *Vorkämpfer* gefordert: »Nach dem Staate muß auch die Wirtschaft die Grundsätze der Mitbestimmung und Selbstverwaltung annehmen und verwirklichen. Wir kämpfen für den sozialen Rechts- und gegen den sozialreaktionären Almosenstaat.« (S. 27)
- 91 Vgl. *Hamel*, S. 167–240.
- 92 Nur der *DHV* veröffentlichte regelmäßig Zahlen über die Mitgliederentwicklung der Ortsgruppe Groß-Hamburg: Ende 1927: 10 490, 1928: 11 521; 1929: 15 183; 1930: 15 012; 1931: 15 793 (*Dt. Handelswacht* 1930, S. 193; 1932, S. 71). Die Zahlen für 1928 und 1929 sind nicht vergleichbar, weil zu Beginn des Jahres 1930 die Ortsgruppe Groß-Hbg. auf das Gebiet des früheren Kreises (Staatsgebiet ohne Amt Ritzebüttel, Altona, Wandsbek, Pinneberg, Wedel, Wilhelmsburg, Finkenwärder, Hgtn. Lauenburg ohne Ratzeburg und Mölln, Krs. Stormarn ohne Oldesloe und Reinfeld) ausgedehnt und für Ende 1929 schon die nun maßgebliche Mitgliedsstärke mitgeteilt wurde. Ende 1928 hatte der Kreis 14 020 Mdd. (*Hektogr. Jbr. DHV Krs. Groß-Hbg.* 1928, S. 66, *Bibl. der Fst.*). Bei der Bewertung der geringen Verluste 1931 ist zu beachten, daß der *DHV* im Gegensatz zu den anderen Verbänden dazu überging, die Rechte und Pflichten der erwerbslosen Mitglieder ruhen zu lassen, und infolgedessen zahlreiche »Karteileichen« mitschleppte.
- 93 *Angestelltenrundschau*. [Organ des] Zentralverband[s] der Angestellten (*ZdA*) Ortsgruppe Hamburg, Jg. 8, Nr. 3, 1. 3. 1931. Die Zeitschrift ist nicht mehr aufzufinden, die Einzelnr. in *StAH: Arbeitsbeh.* I, Nr. 149.
- 94 Genaue Mitgliederzahlen liegen nur für den Hansegau vor, der außer Hamburg Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Lübeck und Randzonen der Provinz Han-

- nover umfaßte: 1928 37834, 1929 38588, 1930 40054, 1931 38443 (Priamus, S. 258). Die vereinzelte Angabe für Hamburg findet sich in dem Beitrag: Zwischen natürlichen Bundesgenossen, in: Handelsstand, 1. 6. 1929, S. 78.
- ⁹⁵ Vgl. die Tabelle 20 bei Speier, S. 149.
- ⁹⁶ Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, hrsg. von August Kasch, Jg. 27, Bd. 2, Hamburg 1929, S. 38; Produktion 1929 [Jahresbericht o. O., o. J.], S. 34.
- ⁹⁷ GDA-Erhebung, S. 78; Speier, S. 190, Anm. 8. Die Angaben bei Priamus, S. 97, sind unbrauchbar.
- ⁹⁸ Walther Stiller, Der Verein für Handlungs-Commis von 1858. Kaufmännischer Verein in Hamburg. Seine Geschichte und seine Tätigkeit auf dem Gebiete kaufmännischer Standesfragen. Ein Beitrag zur Geschichte der Privatbeamtenbewegung. Jena 1910, insbes. S. 270.
- ⁹⁹ Büttner, Vereinigte Liberale, S. 5–14; Stiller (wie Anm. 98), S. 255f.
- ¹⁰⁰ Dieser Überblick basiert auf der Durchsicht der wichtigsten Verbandsorgane: Der freie Angestellte 1930–1932; Die Angestellten-Bewegung 1928–1931; GDA 1928–1932; Der Vorkämpfer 1931–1932; Materialblätter 1930–1932; Der GDA-Führer 1930–1932; Der Handelsstand 1928–1932; Dt. Handelswacht 1928–1932; Nordwacht 1928–1932.
- ¹⁰¹ Protokoll SPD-Parteitag 1931, S. 142–144, 286f.
- ¹⁰² Erklärung Aufhäusers in der 6. Bundesausschuß-Sitzung des AfA-Bundes am 22. 6. 1931 nach dem Bericht im Freien Angestellten v. 1. 7. 1931, S. 201. Noch deutlicher wurde der Zda in dem Artikel: »Tolerierungspolitik der Gewerkschaften?«, ebda, 1. 12. 1931, S. 358: »Die Politik der Tolerierung des kleineren Übels ist in der politischen Geschichte das umstrittenste Problem des letzten Jahres. Die Entscheidung und Verantwortung über die Tolerierung des Kabinetts Brüning liegt bei den politischen Parteien. [...] Wenn Brüning den Kampf will – die freien Gewerkschaften werden ihn führen! Die Wirtschaftspolitik dieses Unternehmerprogramms der Regierung Brüning tolerieren – hieße einen neuen Schritt zum Faschismus tun!«
- ¹⁰³ Fritz Schröder, Die Hindenburglinie, in: Der Freie Angestellte, 1. 7. 1931, S. 198.
- ¹⁰⁴ S. Aufhäuser, Regierung verordnet Not, ebda, 16. 6. 1931, S. 181.
- ¹⁰⁵ Gerhard Kreyszig, Der Kurs ins Chaos!, ebda, 1. 7. 1931, S. 199f. Ähnlich Dr. Kurt Mendelsohn, ebda, 1. 7. 1931, S. 197; Aufhäuser, Es wird weiter geschrumpft, ebda, 16. 12. 1931, S. 373f.
- ¹⁰⁶ Die Angestellten-Bewegung 1928–1931, S. 28.
- ¹⁰⁷ Aufhäuser, Regierung verordnet Not, in: Der Freie Angestellte, 16. 6. 1931, S. 182. Ebenso Kreyszig, Der Kurs ins Chaos, ebda, 1. 7. 1931, S. 200.
- ¹⁰⁸ Insbesondere Otto Suhr kämpfte in dem von ihm hrsg. Organ: Weg der Wirtschaft, gegen alle »künstlichen Kreditexperimente« (Jg. 6, Nr. 12, Dez. 1931, ebenso Jg. 7, Nr. 1–4, Jan.–April 1932). Beim Wagemann-Plan ließ er nur die Vorschläge zur Reorganisation des Bankwesens gelten. Ausdrücklich gegen den WTB-Plan wandte er sich in der März-Nummer der Zs.; ohne ihn zu nennen, auch im Freien Angestellten v. 1. 3. 1932, S. 67f. Mit der Warnung vor einer neuen Inflation verband er stets die Forderung, daß der »Umbau der Wirtschaft« allen Experimenten vorangehen müsse. Ähnlich negativ äußerten sich Aufhäuser, ebda, 16. 12. 1931 und der Autor des Berichts über die AfA-Bundesausschußsitzung am 22. 3. 1932, ebda, 1. 4. 1932. Mit einer positiven Stellungnahme zu monetären Korrekturen kam dagegen Jenny Radt am 1. 2. 1932 zu Wort (ebda, S. 34–36). Auf eine nähere Darstellung der Auseinandersetzungen über

dieses Problem muß hier verzichtet werden, um den zeitlichen Rahmen des Buches nicht zu sprengen.

- ¹⁰⁹ Vgl. die in der vorigen Anm. genannten Beiträge und die Ausg. v. Nov. 1931 des Organs: Weg der Wirtschaft, in der ein Bericht über die Lage in England nach der Pfundabwertung unter dem Stichwort »Trügerische Inflationshoffnungen« erschien.
- ¹¹⁰ Vgl. insbes. wieder die genannten Artikel Suhrs, ferner: Die Angestellten-Bewegung 1928–1931, S. 50, 434; Paul Hertz in: Der Freie Angestellte, 16. 6. 1931, S. 183; Leitartikel ebda, 1. 4. 1932, S. 97; Resolution des 4. Kongresses des AfA-Bundes, 5.–7. 10. 1931, Gewerkschafts-Zeitung, S. 675–677. Das Versagen des AfA-Bundes gegenüber den Aufgaben einer aktiven Konjunkturpolitik wird bestätigt in den Memoiren des damaligen Leiters der Sozialpolitischen Abtlg. des Deutschen Werkmeister-Verbandes, Fritz Croner: Ein Leben, S. 243 und 274 f.
- ¹¹¹ Ich bin für Hamburg im wesentlichen auf Versammlungsberichte im Hamburger Echo angewiesen. Die Übereinstimmung mit den Reichsorganisationen wurde z. B. bei einer Kundgebung der Ortsgruppe des ZdA am 22. Jan. 1930 in einer Vertrauenserklärung ausdrücklich unterstrichen, HE 23. 1. 1930.
- ¹¹² Bericht über eine sozdem. Angestelltenvsmg. am 23. 9. 1931, HE 24. 9. 1931.
- ¹¹³ Angestellten-Rundschau Jg. 8, Nr. 3, 1. 3. 1931, in StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 149. Der Hbger ZdA konnte danach 1930 2052 Neuaufnahmen verzeichnen.
- ¹¹⁴ Alexander Vogel, Der GDA lehnt die »Reichshilfe« ab!, in: GDA, 1. 7. 1930, S. 150; H. Juhnke, Zum Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung, in: Materialblätter, Okt. 1930, S. 515–522.
- ¹¹⁵ Bes. Juhnke, Materialbl., Okt. 1930, S. 515–522. Er kam zu dem Ergebnis: »Insgesamt bringt das Programm eine Entlastung und Förderung der Besitzenden und eine Mehrbelastung der Massen und dies, obwohl die Massen unter der drückendsten Last dieser Notzeit, der wachsenden Arbeitslosigkeit, schon ohnehin sehr schwer zu leiden haben.« Im selben Sinn auch Alex. Vogel, Zur Kritik des Regierungsprogramms, in: GDA, 1. 11. 1930, S. 255.
- ¹¹⁶ Diese Auffassung, die den GDA prinzipiell von den sozialistischen Organisationen trennte, wurde am klarsten im vertraulichen Mitteilungsblatt für die Funktionäre, im GDA-Führer vom Jan. 1931, formuliert: »Die erschreckende Wirtschaftskrise ist nichts Unabänderliches – etwa wie ein Erdbeben oder eine Wasserflut –, sondern etwas, das auf die Unzulänglichkeit der Menschen zurückzuführen ist und darum auch von den Menschen geändert werden kann. »Kann« –, daß es nicht geschieht, ist Mangel an Einsicht und gutem Willen und ist eine Frage des Machtkampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.«
- ¹¹⁷ Nach Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels sprach Kaufmann von »systematische[r] Sabotage des Tarifgedankens«. Die Organisation erschien ihm als »Festung, gepanzert durch krassesten Egoismus und fast mittelalterlich anmutenden Herrenstandpunkt«. Handelsstand, Febr. 1928, S. 13. Ebenso in den Artikeln: Theorie und Praxis der Wirtschaftsdemokratie, ebda, April 1928, S. 34–36; Und Hamburg?, ebda, Dez. 1931, S. 110.
- ¹¹⁸ Das Referat Kaufmanns beim Gautag am 5./6. Juli 1930 wurde im Handelsstand, Aug. 1930, S. 89–100, auszugsweise abgedruckt unter der bezeichnenden Überschrift: »Sturmwarnung«.
- ¹¹⁹ Gustav Schneider, Nach der Wahl – vor der Arbeit, in: GDA, 16. 10. 1930, S. 237 f. Ebenso der sehr scharf gehaltene Rückblick auf das unsoziale Verhalten der Unternehmer seit Beginn des 1. Weltkriegs: Zurück zur Volksgemeinschaft!, ebda, 1. 7. 1931, S. 133–135. Vgl. Priamus, S. 132 f.
- ¹²⁰ Max Rößiger, Immer tiefer hinein!, in: GDA, 16. 11. 1930, S. 270 f.

- ¹²¹ HA 284, 5. 12. 1930: Abbau und Lastenverteilung.
- ¹²² Z. B. Resolution des V. Bundestages, 18./20. 9. 1930, Protokoll, S. 102.
- ¹²³ Referat beim Gautag am 5./6. Juli 1930, auszugsweise abgedr. im Handelsstand, 1. 8. 1930, S. 98–100: »Sturmwarnung«.
- ¹²⁴ Zehn Jahre Arbeit für die Angestellten, in: GDA, 16. 11. 1930, S. 270.
- ¹²⁵ Jahreswende in harter Zeit, in: GDA, 1. 1. 1931, S. 1 f. Der Groß-Hamburger Gesamtvorstand des Gewerkschaftsrings erklärte Anfang Februar 1931 die von der Regierung ausgegebene Parole des gleichzeitigen Lohn- und Preisabbaus für falsch, stellte den Mißerfolg der Preissenkungsaktion fest und appellierte an die Solidarität der Bevölkerung beim Widerstand gegen weitere Kürzungen des Arbeitnehmerinkommens. HA 29, 4. 2. 1931, 1. Beilage.
- ¹²⁶ GDA-Führer Nr. 3, März 1931, S. 41 f.
- ¹²⁷ Telegramm v. 1. 6. 1931 an den Reichskanzler, BAK: R 43 I/2369, S. 196, veröffentlicht u. a. in den Materialbl., Mai 1931, S. 259.
- ¹²⁸ Das Flugblatt findet sich im AHK: 21 A 1/13 b, Bd. 1, Bl. 99. Ich zitiere im folgenden nach: GDA, 1. 6. 1931, S. 117–119: »In letzter Stunde!«
- ¹²⁹ Gustav Schneider, Zurück zur Volksgemeinschaft!, in: GDA, 1. 7. 1931, S. 134.
- ¹³⁰ Max Rößiger, Gegen die Massen, ebda, S. 135–137.
- ¹³¹ U. a. Eingabe an die Reichsreg. v. 2. 7. 1931, BAK: R 43 I/2370, S. 253–263; Erklärung zum Hoover-Vorschlag, Materialblätter Juni 1931, S. 329; weitere Eingabe, abgedr. in: Vorkämpfer Nr. 4, 1931, S. 60 f.; Leitartikel im GDA-Führer, Juni 1931, S. 89 f.; ebenso in: Der Angestellte im Behördendienst, Juni/ Juli 1931, S. 53–56 und anderen Zeitschriften des Verbandes.
- ¹³² Gustav Schneider, Zurück zur Volksgemeinschaft, in: GDA, 1. 7. 1931, S. 133–135.
- ¹³³ Blick ins Rathaus, in: Handelsstand, 1. 7. 1931, S. 69.
- ¹³⁴ Alexander Vogel, Geld und Krise, in: Materialblätter, Sept. 1931, S. 458–465.
- ¹³⁵ Gustav Schneider, Das Gefüge der Weltwirtschaft schwankt, in: GDA, 1. 10. 1931, S. 181 f. Der Veröffentlichung des Macmillan-Reports ist in diesem Zusammenhang entscheidende Bedeutung beizumessen. Bis zum August 1931 hieß es immer nur undifferenziert: »Abwehr aller die Währung bedrohenden Experimente«.
- ¹³⁶ Z. B. lehnte der GDA nach der Abwertung der britischen Währung eine Angleichung des Wechselkurses der Reichsmark als inflationistisches »Verbrechen« scharf ab, u. a. GDA-Führer, Nov. 1931, S. 190.
- ¹³⁷ »Die Wirtschaftsnot [ist] kein Gottesgericht«, wurde im Sept. 1931 im GDA-Führer betont (S. 149) und im November: »Die gewerkschaftliche Aufgabe kann nicht sein, das Ende des Kapitalismus abzuwarten, sondern seine jetzigen Krisenerscheinungen wirtschaftspolitisch zu bekämpfen.« (S. 189).
- ¹³⁸ Das Gefüge der Weltwirtschaft schwankt, in: GDA, 1. 10. 1931, S. 182.
- ¹³⁹ Die Zitate aus: Max Rößiger, Schluß mit dem Zaudern!, in: GDA, 1. Sept. 1931, S. 165–167. Schon im Augustheft der Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik hatte er ein »Überwindungsprogramm« von der Regierung gefordert (S. 388) und die Aussichtslosigkeit des ziellosen Sparens beschrieben (S. 390): »Die Regierung aber zaudert, und es ist leider zu befürchten, daß auch die kommenden Notverordnungen wohl eine Summe von Maßnahmen, aber keinen einheitlichen Plan ergeben. Dafür treiben wir in einen Spartaumel, der durch seine grotesken Formen zur Sparhysterie wird. Alles macht in Sparprogrammen. Jede Gruppe für sich, denn fast jede ist in Bedrängnis. [...] Es ist, als ob jede Gruppe glaube, daß sie sich doch noch irgendwie auf Kosten der anderen Gruppen sanieren könne, und als ob es geschafft sei, wenn nun wieder einmal für einige Monate die Ausgaben

- auf dem Papier den Einnahmen notdürftig angepaßt sind, während die Sparmaßnahmen, die die Rettung bringen sollen, schon wieder die Plattform anfressen, auf die man gerade springt.« Vgl. auch seine Ausführungen in: GDA, 1. 11. 1931, S. 199 (Scheidung der Geister). Gleiche Gedanken äußerte Kaufmann z. B. am 1. 12. 1931 im Handelsstand in der Rubrik: Und Hamburg? (S. 110).
- ¹⁴⁰ Vgl. die Übersichten: »Blick ins Rathaus« im Handelsstand, insbes. 1. 5., 1. 7. und 1. 9. 1931. Wegen der Deckungsvorlage richteten der Hamburger GDA am 15., der Gewerkschaftsring am 19. März 1930 Eingaben an den Senat (StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 2), die des GDA wurde im Handelsstand vollständig abgedruckt (April 1930, S. 52 f.). Berichte über die recht scharf gehaltene Protestresolution gegen den Angestelltenabbau in HF 238 a, HA 200 vom 28. 8. 1931.
- ¹⁴¹ Bericht im Handelsstand, Jan. 1931, S. 24. Die beteiligten Organisationen veranstalteten am 22. Dez. 1930 eine Protestversammlung mit mehreren tausend Teilnehmern, bei der die Erregung unter den Staatsangestellten sehr deutlich zum Ausdruck kam.
- ¹⁴² Nordwacht 1930, S. 46.
- ¹⁴³ Vgl. Priamus, S. 153–159. Henry Schaper hatte 1928 Platz 12, 1931 Platz 14 der demokratischen Liste inne; Theophil Kaufmann war 1928 an 22. Stelle platziert und im Nachrückverfahren in die Bürgerschaft gelangt, 1931 erhielt er den sicheren siebten Platz. Über die vergeblichen Bemühungen bei anderen Parteien: Kaufmann, Politische Aktivität, in: Handelsstand, 1. 3. 1928, S. 22. Die DVP vergab 1928 den zehnten, 1931 den siebten Listenplatz an den Vors. des Ortsausschusses des DGB und DHVer Erich Feger, 1931 außerdem den aussichtslosen 31. Platz an den Leiter der Stellenvermittlung des DHV. Die DNVP hatte 1928 den DHV-Funktionär Eugen Clauß an siebter Stelle, 1931 fehlten Angestellte auf den einigermäßen sicheren Plätzen.
- ¹⁴⁴ Vgl. Priamus, S. 192–197.
- ¹⁴⁵ So z. B. in der Stellungnahme zur bevorstehenden Notverordnung: »In letzter Stunde!«, GDA, 1. 6. 1931, S. 117. Weitere Beispiele bei Priamus, S. 140.
- ¹⁴⁶ Vgl. Döhn, S. 132–139, 148–185.
- ¹⁴⁷ GDA, 1. 2. 1931, S. 36; GDA-Führer, Okt. 1931, S. 164.
- ¹⁴⁸ In einer Antwort auf den offenen Brief eines nationalsozialistischen GDA-Kollegen im Hamburger Tageblatt hob der Verbandsvertreter hervor, »daß jede gewerkschaftliche Arbeit, im besonderen aber die des GDA, im tiefsten Grunde antiliberalistisch ist. Die Gewerkschaften sind ja [...] gewachsen als ganz natürlich-notwendige Gegenwirkung gegen den »volkszerstörenden Kapitalismus«; und alles, was sie getan haben und tun, ist ein Einbruch in jenes liberalistische Wirtschaftsdenken, das unter »Freiheit« die Freiheit zur Ausbeutung des wirtschaftlich Schwächeren versteht.« Handelsstand, Dez. 1931, S. 112.
- ¹⁴⁹ So z. B. beim Reichsjugendtag 1931, Der Freie Angestellte, 16. 11. 1932, S. 334. Der GDA rechtfertigte das »doppelte Fahnenymbol« mit der Parole: »Das Alte ehren und das Neue wollen!«
- ¹⁵⁰ GDA-Führer, April und Mai 1931, S. 61–63, 81–83.
- ¹⁵¹ GDA, 1. 10. 1929, S. 273; 16. 1. 1931, S. 27f; GDA-Führer, Mai 1931, S. 82 f.; Leitartikel im GDA, 1. 3. 1932, S. 33–35; Gewerkschaft oder Partei? – für Hamburg; Handelsstand, Dez. 1931, S. 112; Eroberung der Gewerkschaften? Niemals! Verwiesen wurde insbes. auf die Absicht, Zellen in den Gewerkschaften zu bilden, und auf Feders abschätzige Bemerkungen über Wirtschafts- und Betriebsdemokratie in einem Rundfunkvortrag.
- ¹⁵² GDA-Führer, Febr. 1932, S. 33–36.

- ¹⁵³ GDA, 1. 3. 1932, S. 33; Handelsstand, Dez. 1931, S. 112; Kaufmann bei der Jahreshauptversammlung des GDA-Ortsbezirks Eimsbüttel-Hoheluft-St. Pauli am 22. 1. 1932 (HA 19, 23. 1. 1932).
- ¹⁵⁴ Der Freie Angestellte, 1. 5. 1931, S. 134; 1. 1. 1932, S. 8; 16. 2. 1932, S. 52f., 61; 1. 3. 1932, S. 74; 16. 11. 1932, S. 334. Namentlich erwähnt wurden die Orte: Breslau, Dessau, Melsungen, Freiberg in Sachsen. Die Auseinandersetzungen in Breslau und Dessau wurden in der GDA-Zeitschrift bestätigt, aber behauptet, daß die nationalsozialistische Opposition dort wie allgemein zahlenmäßig völlig bedeutungslos sei. GDA, 1. 3. 1932, S. 33–35.
- ¹⁵⁵ Reichsweit sank die Mitgliederzahl des GDA zwischen Ende 1930 und 1931 um 2,3 % von 335 428 auf 327 742, war aber immer noch größer als 1929. Zu erheblichen Verlusten von 8,1 % kam es erst 1932, mit 301 244 Mitgliedern behauptete der GDA aber noch den Stand von 1928 (301 967). Der Hansegaue verlor schon 1931 4 % der Mitglieder, ihre Zahl ging von 40 054 auf 38 443 zurück. Priamus, S. 104, 258. Für Hamburg liegen keine Angaben vor. Da eine weitere Aufschlüsselung der Zahlen für den großen, ganz Schleswig-Holstein und Mecklenburg mit umfassenden Hansegaue unmöglich ist, müssen die Ursachen für die überproportionalen Einbußen und der Anteil Hamburgs daran ungeklärt bleiben. Priamus' Erklärungsversuch unter Hinweis auf den Sitz der DHV-Zentrale in Hamburg ist sicher nicht richtig, wie die Schwäche der dortigen Ortsgruppe des Handlungshelfenverbands zeigt.
- ¹⁵⁶ Handelsstand, Dez. 1931, S. 112; Kaufmann bei der Jahreshauptvsmg. des GDA Eimsbüttel-Hoheluft-St. Pauli, HA 19, 23. 1. 1932: Der GDA gegen Zersetzungspolitik.
- ¹⁵⁷ GDA, 1. 2. 1931, S. 36 und 1. 3. 1932, S. 33. Priamus, S. 197–207, beurteilt die Abwehr der GDA-Führung gegen den Nationalsozialismus zwar als ungenügend, schätzt die Erfolge der NSDAP aber dennoch vorsichtig ein.
- ¹⁵⁸ Croner, Ein Leben, S. 289, widerspricht der Theorie »von einem speziellen Angestelltenfundament der nationalsozialistischen Bewegung« ganz entschieden. Auch Kadritzke, S. 372, hält die These für »viel zu undifferenziert«. Dagegen hält Kocka aufgrund der bisher vorliegenden Untersuchungen mit einigen Modifikationen und der gebotenen Vorsicht an ihr fest; ebenso Speier, der die wesentlichen Teile seiner Analyse allerdings schon 1931 formulierte. Aus der Mitgliederentwicklung der Verbände einen Rechtstrend in der politischen Orientierung der Angestellten abzuleiten, wie Kocka u. a. versucht, ist problematisch, weil der DHV seine Zahlen manipulierte, vgl. Anm. 92.
- ¹⁵⁹ Außer der in Anm. 84 genannten Literatur: Jones, Crisis; ders., Between the Fronts.
- ¹⁶⁰ Der DHV sorgte u. a. durch seinen Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienst v. 31. 3. 1930 für weite Verbreitung des Leitartikels von Max Habermann in der DHW: »Reichskanzler Heinrich Brüning«.
- ¹⁶¹ Max Habermann, Die politischen Gaben des Jahres 1930, in: DHW 10. 1. 1931, S. 4f.; ders., Brüning und Hitler, ebda 25. 10. 1931, S. 310–312.
- ¹⁶² Hans Bechly, Was ist's mit den Gewerkschaften?, in: DHW 10. 4. 1930, S. 130–133; Edm. Kleinschmitt, Das große Raten – die erlösende Tat, ebda 25. 8. 1930, S. 313; Bechly, Die Notverordnung, ebda 12. 6. 1931, S. 201; Max Hegewald, Die Mobilmachung der letzten Reserven, ebda 24. 12. 1931, S. 357f.; Jahn, Nationaler Sozialismus in der Notverordnung, ebda, S. 359.
- ¹⁶³ Am 24. 12. 1931 schrieb Hegewald in der Handlungswacht (S. 357f.) mit Bezug auf die geplanten Reparationsverhandlungen: »Keine Furcht vor der noch schwereren Zeit und kein Versuch, noch einmal eine Atempause zu erlangen, darf uns zu

einem unerfüllbaren Zahlungsverprechen oder gar zu politischen Zugeständnissen verleiten, mit denen wir uns den Weg zur Freiheit verbauen. Reichen die bisherigen zerrüttenden Wirkungen der Kreditkrise noch nicht aus, um auch Frankreich zur Vernunft zu bringen, dann kann nur noch ein kompromißloser Widerstand helfen; dann müssen wir den Mut und Opferwillen aufbringen, diese Krise trotz aller uns selbst durch sie bereiteten Schmerzen solange auf die Welt wirken zu lassen, bis sie auch die französische Unvernunft überwunden hat.« Jahn schrieb zur Notverordnung vom 8. Dez. 1931: »Die Wirtschaftspolitik dieser Notverordnung ist gar nicht Wirtschaftspolitik um ihrer selbst willen, sondern sie ist Außenpolitik, und zwar ganz große Außenpolitik [...] alles [findet] seinen Sinn nur in der außenpolitischen Zwecksetzung, die sich aus der Aufrollung der Reparationsfrage ergibt.« DHW 1931, S. 359.

- ¹⁶⁴ Bechly, Was ist's mit den Gewerkschaften?, in: DHW 10. 4. 1930, S. 131.
- ¹⁶⁵ Ebda, S. 132.
- ¹⁶⁶ Ebda, S. 132; ferner insbes.: Hegewald, Zweierlei Maß, ebda, 25. 10. 1930, S. 394; Georg Brost, Gerechtigkeit. Ein Wort zur Stellung des Deutschen Beamtenbundes [der sich gegen den im Regierungsprogramm vorgesehenen sechsprozentigen Gehaltsabbau zum 1. Apr. 1931 gewandt hatte], ebda 10. 11. 1930, S. 412–414; die Glosse: Falsch gebrüllt, Löbe! [gegen eine Ansprache des Reichstagspräs. beim 7. Bundestag des DBB], ebda 10. 11. 1930, S. 421; Bechly, Die Notverordnung, ebda 12. 6. 1931, S. 202 sowie Hans Ivers, Vors. des Gaus Nordmark, Experimente, in: Nordwacht Nov. 1930, S. 186f.
- ¹⁶⁷ Jahn, Der Irrweg, in: DHW 10. 10. 1930, S. 369f.; Hegewald, Zweierlei Maß, ebda, 25. 10. 1930, S. 393f.
- ¹⁶⁸ Jahn, Der Irrweg, in: DHW 10. 10. 1930, S. 370. Ein Referat Jahns bei einer Ausschußtagung des DGB, in dem er ebenfalls die hier dargestellten Auffassungen entwickelte, wurde im Organ des Gaus Nordmark als Leitartikel zusammengefaßt: Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftskrise, in: Nordwacht Dezember 1930.
- ¹⁶⁹ Edm. Kleinschmitt, Das große Raten – die erlösende Tat, in: DHW 25. 8. 1930, S. 313; ders., Umwertung des Geldes droht, ebda, 10. 5. 1931, S. 169.
- ¹⁷⁰ Hegewald (Zweierlei Maß, in: DHW 25. 10. 1930, S. 394) erklärte apodiktisch: »Alles Gerede vom Preisabbau verschärft die Krise nur und schädigt uns alle, denn bei rückläufigen Preisen gibt's keinen Konjunkturaufschwung.«
- ¹⁷¹ Kleinschmitt, Umwertung des Geldes droht, in: DHW 10. 5. 1931, S. 169.
- ¹⁷² Jahn, Der Irrweg, ebda, 10. 10. 1930, S. 370.
- ¹⁷³ Kleinschmitt, Das große Raten – die erlösende Tat, ebda, 25. 8. 1930, S. 313.
- ¹⁷⁴ Hans Bechly, Die Notverordnung, in: DHW 12. 6. 1931, S. 201–203.
- ¹⁷⁵ Edm. Kleinschmitt, Gehaltssenkung keine Rettung, in: DHW 25. 10. 1931, S. 314f. Kl. brachte zwar alle bekannten Argumente gegen weitere Verminderungen des Arbeitnehmereinkommens, schränkte dann aber ein: »Wenn eine weitere Gehaltsanpassung nach unten noch zu rechtfertigen ist, so nur im Rahmen der Notwendigkeit, auf dem Weltmarkte auch gegenüber dem entwerteten Pfunde noch konkurrenzfähig zu bleiben.«
- ¹⁷⁶ Max Hegewald, Die Mobilmachung der letzten Reserven, ebda 24. 12. 1931, S. 357f.
- ¹⁷⁷ Ebda. Hegewald ging so weit, zu erklären: »Bei aller Kritik, zu der einzelne Teilmaßnahmen auch uns Kaufmannsgehilfen und Arbeitnehmer herausfordern, bleibt aber die Notverordnung, als Ganzes gesehen, eine Tat.« Zu welchen verkrampten Rechtfertigungsversuchen Brünings Politik die DHV-Führung zwang, zeigt Georg Brosts Beitrag über »das sozialpolitische Kapitel« mit dem

- Leitgedanken, der sozialpolitische Wert der Notverordnung liege »in dem, was sie nicht enthält«. Ebda, S. 360f.
- ¹⁷⁸ Edm. Kleinschmitt, Der Kampf um die wirtschaftspolitische Freiheit, ebda, 20. 2. 1932, S. 28f.
- ¹⁷⁹ Ders., Es ist genug, ebda, 15. 5. 1932, S. 114f.
- ¹⁸⁰ Arbeitsbeschaffung und Kreditausweitung. Auszug aus den der Reichsregierung am 5. Dezember überreichten Vorschlägen des DHV, in: DHW 10. 12. 1932, S. 307f.
- ¹⁸¹ Genauer dazu: Hamel, S. 189–191, 201–238; für die Sezession: Jonas; Jones, *Between the Fronts*.
- ¹⁸² So schon in Lambachs Rechtfertigung: »Bruch mit Hugenberg«, in: DHW 10. 12. 1929, S. 449–451.
- ¹⁸³ Vgl. Behrens, S. 125–146.
- ¹⁸⁴ Hans O. Dobbertin an Alfred Diller, 30. 6. 1921, Fst: NL Diller 11/D6.
- ¹⁸⁵ Dobbertin an den Geschäftsführer des Reichsangestelltenausschusses der DNVP, Krellmann, 8. 7. 1921, ebda.
- ¹⁸⁶ Dobbertin an den Vorstand der DNVP Hamburg, 2. 12. 1921, ebda.
- ¹⁸⁷ Diller an Dobbertin, 4. 7. 1921, ebda.
- ¹⁸⁸ Nordwacht, November 1928, S. 169.
- ¹⁸⁹ Nordwacht, Mai 1929: Die politische Leistung der Hbger Vorsitzenden »gipfelte darin, daß sie die Einheit des Landesverbandes sprengten, verdienstvolle Führer ausschlossen und eine Massenflucht der Mitglieder einleiteten, wodurch die allerbesten Voraussetzungen für die von Hugenberg und seinen Freunden erstrebte kleine Rechte geschaffen wurde«. Nach den Reichstagswahlen 1928 führte der DHV die »überraschend großen Stimmenverluste« der DNVP im Wahlkreis Hamburg darauf zurück, »daß die Angestellten als die überwiegende Mehrheit« der dortigen Wähler »Ursache hatten, der Kandidatenliste der DNVP sehr kritisch gegenüberzustehen«. Insbesondere monierte er die Nominierung des »Gelbenfreundes« Friedrich Everling. Nordwacht, Juni 1928, S. 99.
- ¹⁹⁰ Behrens, S. 140f.; HN 67, 9. 2. 1930: Parteikundgebung der deutschnat. Angestellten.
- ¹⁹¹ Diller an Lambach, 7. 4. 1930, Fst: NL Diller 11/D 7.
- ¹⁹² HN 67, 9. 2. 1930: Parteikundgebung der deutschnat. Angestellten.
- ¹⁹³ Die Schwierigkeiten des DHV wurden von den konkurrierenden Verbänden mit Genugtuung registriert, so insbesondere vom Deutschen Bankbeamten-Verein, dessen Leitung im Reich und im Gau Norddeutschland die Politik Hugenbergs unterstützte: Der Norddeutsche/Westdeutsche Bankbeamte 13 (1930), Nr. 2, 15. 2., S. 20; ferner: Handelsstand, März 1930, S. 38; GDA-Führer, März 1930, S. 68–70. Das anwesende Mitglied des Bundesvorstands Hermann Miltzow dementierte die Angriffe gegen Lambach. Außerdem behauptete er, die Opposition habe ca. 450 Arbeitslose und nicht dem DHV angehörende Nationalsozialisten zur Verstärkung herangeholt: GDA-Führer, Mai 1930, S. 105f.
- ¹⁹⁴ Der Nord- und Westdeutsche Bankbeamte, 18. 3. 1931, S. 31.
- ¹⁹⁵ Ebda, 23. 2. 1931, S. 18f., aufgrund einer Bekanntmachung in der Nordwacht.
- ¹⁹⁶ In einem Schreiben an Gauleiter Karl Kaufmann vom 1. Febr. 1930 urteilte Albert Krebs, die nationalsozialistischen Kollegen hätten sich zum Teil »wie eine Herde wilder Säue« aufgeführt. Dadurch sei der opponierende alte Ortsgruppenvorstand gestärkt worden, dessen Mitglieder zu 99% der DNVP und DVP angehörten. Die der NSDAP viel näher stehenden neuen – volkskonservativen – Leute hätten zunächst eine Niederlage erlitten, auf die Dauer würden aber durch solche »Terror-Akte« die Werbemöglichkeiten der NSDAP im DHV vernichtet

- und die Chancen der Richtung Lambachs verstärkt. Ähnlich auch an Hitler, 6. 2. 1930, daraus das Zitat, mit etwas anderem Akzent ferner an das stellv. Verwaltungsmd. des DHV, Benno Ziegler, 5. 2. 1930, Fst: NL Krebs 11/K1.
- ¹⁹⁷ Adolph R. an Hansische Warte, 31. 1. 1930, Fst: NL Krebs 11/K1.
- ¹⁹⁸ Krebs an Hitler, 6. 2. 1930, ebda. Über die gemeinsamen Demonstrationen Kurt Horn an Habermann, 23. 4. 1930, ebda. Speier, S. 118, verallgemeinert die Aussage Krebs' in unzulässiger Weise, indem er den eindeutigen Bezug auf Hamburg und auf einen bestimmten Zeitpunkt ignoriert. Er stützt sich auf George L. Mosse, *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich*. New York 1964, S. 261, der aber richtig einschränkt: »at one point«. In der Übersetzung: Ein Volk – ein Reich – ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus. Königstein 1979, S. 275, ist Krebs' Feststellung völlig verfälscht: Statt: Dreiviertel der Hamburger Fahrenden Gesellen waren 1929 Nationalsozialisten, heißt es dort: Sie »konnten 1930 Bündnisse mit drei Untergruppen [engl.: »three quarters«] der Fahrenden Gesellen für sich verbuchen«.
- ¹⁹⁹ Nordwacht, Sept. 1930, S. 141 f.; anschließend (S. 142) ein Artikel Lambachs: »Der Reichstag und die Angestellten«; Der Nord- und Westdeutsche Bankbeamte Nr. 9, 19. 9. 1930, S. 99–101; Karl Tiemann, Hamburg, an DHV, 15. 9. 1930, Fst: NL Krebs 11/K1; Behrens, S. 142 f.
- ²⁰⁰ Einige Schreiben in Fst: NL Krebs 11/K1; vgl. auch Hamel, S. 243 f.
- ²⁰¹ Vgl. Jonas, S. 138 f.
- ²⁰² Dauch an Dingeldey, 9. 1. 1931, BAK: NL Dingeldey Nr. 68.
- ²⁰³ Vgl. Krebs, *Tendenzen*, S. 13–35; Hamel, S. 238–258. *Handelswacht* 1930–1932.
- ²⁰⁴ Vgl. Kadritzke, S. 372, Anm. 65.
- ²⁰⁵ Max Habermann, Brüning und Hitler, in: *DHW* 25. 10. 1931, S. 310–312.
- ²⁰⁶ Dies ergibt sich aus den Stellungnahmen der Verbandsleitung zu den Unruhen, z. B. den Störungen bei der Hamburger Jahreshauptversammlung 1930 (vgl. Anm. 193), und wird durch Äußerungen der NSDAP nahestehender Mitglieder im NL Krebs bestätigt.
- ²⁰⁷ Die Aktivitäten, über die hier zusammenfassend berichtet wird, fanden ihren Niederschlag in folgenden Akten: StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 50; Sozialbeh. I, AF 81/26; Bürgerschaft I, A 34/7. Die Akteure gründeten zuerst eine Genossenschaft »Selbsthilfe. Gemeinnützige Interessengemeinschaft der kaufmännischen Angestellten und Techniker«, ließen sich dann in einer Protestversammlung am 14. 12. 1928 als »Ausschuß der stellenlosen kaufmännischen Angestellten« bestätigen, es folgten ein »Verein der Notstandsangestellten von Groß-Hamburg« und wieder eine Genossenschaft: »Notring. Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Angestellter«, schließlich ein »Erwerbslosen-Bund e. V.«. Sie veranstalteten Protestkundgebungen am 1. 12., 14. 12., 19. 12. 1928; 17. 1. 1929, 23. 1. 1930.
- ²⁰⁸ In der Protestvsmgl. am 1. 12. 1928 erhoben sie in einer Resolution »flammenden Protest gegen die ungerechte Behandlung von Seiten des Hamburgischen Staates« und des Arbeitsamts. Ihre Forderungen umfaßten u. a. Maßnahmen gegen Doppelverdiener, Überstunden und Lehrlingszüchtereie, mehr Notstandsarbeiten und Darlehen zur Gründung einer selbständigen Existenz, Brennmittel, Winterkleidung, Schuhzeug, Weihnachtsbeihilfen. Sozialbeh. I, AF 81/26. Noch weiter ging die am 23. 1. 1930 verabschiedete Resolution. Arbeitsbeh. I, Nr. 50.
- ²⁰⁹ Niederschr. über Vsmgl. am 14. 12. 1928, Sozialbeh. I, AF 81/26; Bericht im HA 15, 18. 1. 1929; Notring an Senator Platen, 7. 7. 1929 und 22. 7. 1929; Aufruf des Erwerbslosen-Bundes, Jan. 1930, Arbeitsbeh. I, Nr. 50.
- ²¹⁰ Schmidt in Vsmgl. am 14. 12. 1928, Sozialbeh. I, AF 81/26.

- ²¹¹ Resolution einer vom Erwerbslosen-Bund berufenen Versammlung am 23. 1. 1930, Arbeitsbeh. I, Nr. 50.
- ²¹² Vermerk Sängers über Unterredung mit A. Schmidt, 11. 10. 1928; AfA-Bund an Arbeitsbeh., 26. 10. 1928; AfA-Bund, GDA und Gedag/DHV an Reichsreg., 12. 12. 1928, Arbeitsbeh. I, Nr. 50. Bei der Protestversammlung waren keine Gewerkschaften vertreten.
- ²¹³ So Senator Neumann gegenüber »Ausschuß der stellungslosen kfm. Angestellten«, Vermerk vom 11. 12. 1928, Sozialbeh. I, AF 81/26; Oberinsp. Stumpf, Wohlfahrtsbeh., im Bericht über Möglichkeiten des Speisungsdienstes, 18. 1. 1929, ebda; Senat gegenüber Erwerbslosen-Bund, Senatsprotokoll vom 20. 12. 1929, Arbeitsbeh. I, Nr. 50. Das Fehlen der eingeladenen Vertreter der Koalitionsparteien wurde in den ersten Versammlungen übel vermerkt, später waren sie anscheinend nicht mehr zur Teilnahme aufgefordert.
- ²¹⁴ Niederschrift über Vsmlg. am 14. 12. 1928, Sozialbeh. I, AF 81/26.
- ²¹⁵ Anfrage Hüttmanns an das bürgerschaftl. Md. d. Wohlfahrtsbeh., Korell, 17. 12. 1928, Sten. Ber., S. 1152; an den Senat, 7. 1. 1929, Sten. Ber., S. 32; Beschwerde des Ausschusses der stellungslosen kaufmännischen Angestellten vom 14. 12. 1928 über die Bürgerschaftskanzlei, weil sie durch Zuordnung ihrer Bewegung zur KPD ihre Ehre verletzt habe, und entsprechende, vom Präsidium nicht zugelassene Anfrage Hüttmanns vom 7. 2. 1929, StAH: Bürgerschaft I, A 34/7, B 16.
- ²¹⁶ HN 585, 14. 12. 1928; HN 30, 18. 1. 1929; HN 40, 24. 1. 1930; HN 253, 3. 6. 1930. – 2. Bürgerschaftssitzung, 15. 1. 1930, Sten. Ber., S. 71.
- ²¹⁷ Programmzettel mit anhängender Beitrittserklärung für den Erwerbslosen-Bund in Arbeitsbehörde I, Nr. 50.
- ²¹⁸ Nach der Parteistatistik der NSDAP gehörte Hamburg vor dem 30. Jan. 1933 zu den Gauen mit dem geringsten Mitgliederbestand und der schwächsten Zunahme (S. 19, 24–27; über die Gesamtzahl der Parteibeiträge und die Zugänge von Angestellten in Hamburg, S. 82–90). Die Parteistatistik kann nur eine Tendenz deutlich machen, nicht aber die wirkliche Mitgliederbewegung widerspiegeln, da lediglich die am 1. 1. 1935 der NSDAP noch angehörenden Parteigenossen erfaßt sind. – Die Vergleichszahlen nach den Berufszählungsergebnissen 1925 (Statistik des Hbg. Staates H. 33, S. 55 u. 71) bzw. 1933 (Nachtrag z. Statist. Jb. Hbg. 1933/34, S. 21) betreffen Erwerbsspersonen, d. h. Erwerbstätige und früher als Angestellte beschäftigte Arbeitslose im Hamburger Staat.

7. Kapitel

- ¹ Dazu: Treue, Unternehmer; Röseler; Schneider, Unternehmer, S. 95–172; Weisbrod, Schwerindustrie, S. 273–501.
- ² Vgl. Wolffsohn, a. a. O.
- ³ Siehe S. 49.
- ⁴ Entwurf und als Flugblatt gedruckte endgültige Fassung der Resolution, Einspruch des Syndikus der Gewerbekammer, Stenzel, vom 3. 2. 1926 gegen die ursprüngliche Formulierung, in Broschürenform verbreitete Rede von Johannes Satz: »Steuern, Parteipolitik und Wirtschaftsnot« in: StAH: Handwerkskammer, Ablieferung 4, III C 74.
- ⁵ Vgl. Krohn, Stabilisierung, S. 102–210.
- ⁶ Vortrag Satz, 10. 2. 1926, S. 7f., StAH: Handwerkskammer, Ablieferung 4, III C 74.

- 7 Ebda, S. 7.
- 8 Vereinigung industrieller Arbeitgeberverbände Hamburg und Bezirk an verschiedene Unternehmerorganisationen, 29. 1. 1926, ebda.
- 9 Rundschreiben des Bürgerbunds für Hamburg, Altona, Wandsbek, 11. 1. 1926, ebda. – Zum Vorstoß des Präsidenten des Reichsbürgerrats, von Loebell: Krohn, S. 199.
- 10 AHK: 21 A 1/5a und b.
- 11 Protokoll der Plenarsitzung der Handelskammer, 3. 4. 1928; Vermerk des Syndikus Schwencke über Telefonat mit seinem Bremer Kollegen, 21. 4. 1928; Schreiben der IHK Altona, 4. 5. 1928, AHK: 21 A 1/5a; vertraul. Rundschreiben des RDI, 5. 6. 1928, ebda, 21 A 1/5c.
- 12 August Behrens an HK, 18. 4. 1928, AHK: 21 A 1/5a.
- 13 Frankfurter Zeitung, Abendausgabe vom 9. 5. 1928.
- 14 HE 137, 18. 5. 1928.
- 15 HE 127, 8. 5. 1928: Die Hanseatischen Wirtschaftskammern im Klassenkampf.
- 16 Hamburgische Beamtenzeitung 29. Jg., 19. 5. 1928: »Staatshand oben«.
- 17 HE 130, 11. 5. 1928: Den Wirtschaftskammern ins Stammbuch.
- 18 AHK: 21 A 1/5b.
- 19 Alfred Roth an HK, 15. 5. 1928, ebda.
- 20 Natalie L. an Dr. Lange, Gewerbekammer Bremen, 15. 5. 1928, ebda.
- 21 Die erneute Initiative der HK Hamburg wurde durch Beratungen im Steuerausschuß des DIHT ausgelöst (AHK: Plenumsprotokolle, 21. Sitzung, 12. 10. 1928). Anfang November verteilte der Hansa-Bund die Denkschrift »Freiheit der Wirtschaft« mit seinen Forderungen und umfangreichen Erläuterungen dazu (StA Bremen: 4,49-III A 8 i), am 10. November stellte der DIHT die »dringenden Erfordernisse der Finanz- und Steuerpolitik« zusammen und am 12. richteten die Handelskammern Hamburg, Bremen und Lübeck ihre Eingabe an den Ausschuß für Steuerfragen des Reichstags (AHK: 21 A 1/6c, Bd. 1).
- 22 HK an DHSG, 1. 2. 1929, StAH: Finanzdep IV, V u. OII A 1 I A, Tl. V, vgl. Mittlgg. der Handelskammer Hamburg, Jg. 11, Nr. 4, 16. 2. 1929, S. 69–71.
- 23 Gewerbekammer an DHSG, 30. 1. 1929, StAH: Steuerverw. I, III A 15 b I A/ 2.
- 24 Leuckfeld, HK, an MdR Walther Dauch, 8. 2. 1929, AHK: 21 A 1/6c, Bd. 1.
- 25 Stellv. Syndikus H. Becker, Weniger Steuern!, in: HC Morgenausg. v. 14. 5. 1929.
- 26 Vermerk v. 13. 3. 1929, BAK: R 43 I/2362; er betraf: Einsparungsvorschläge zum Reichshaushaltsplan 1929. Eine etatskritische Denkschrift. Im Auftrag des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie ausgearbeitet von Ernst Mosich. Bd. 1: Die sachlichen Verwaltungsausgaben, allgemeinen Bewilligungen und einmaligen Ausgaben des ordentlichen Haushalts. Berlin 1929.
- 27 Dazu bes. die Akten der HK: 21 A 1/8, Bd. 1–2, 21 A 1/9a, 21 A 1/56 und 40 A 2/11.
- 28 Niederschrift über Sitzung des Steuerausschusses, 21. 10. 1929, AHK: 21 A 1/56. Die zitierte Formulierung findet sich in der Pressenotiz über die Hauptausschußsitzung des DIHT am 4. 10. 1929, ebda, 21 A 1/8, Bd. 1. Am 28. 11. 1929 nannte auch der Hauptausschuß des DIHT die Liquidierung der Gewerbesteuer als eigentliches Ziel und forderte lediglich für die Zeit bis dahin die drastische Ermäßigung. Leitsätze für ein Finanz- und Steuerprogramm, Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 25, 14. 12. 1929, S. 862–866.
- 29 Vgl. z. B. Jahresbericht Arbeitgeber-Verband Unterelbe 1928, S. 26f.: Eine »Welt-Ausfuhrhafen-Wirtschaft mußte es besonders drückend empfinden, daß im Wege der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse der ziffernmäßig

- weit überwiegende, am Aufbringen der Steuer selbst aber so gut wie gar nicht beteiligte Teil der Bevölkerung eine fast monopolartige Verfügung über Steueraufkommen und Steuervermögen errang, während ihm andererseits aber verantwortliche Erfahrung über planvolle, wirtschaftspfleghche Handhabung dieser Macht nur zu oft abging«. Zahlreiche ähnliche politische Äußerungen löste der Steueraufruf der Hanseatischen Wirtschaftskammern vom Mai 1928 aus.
- ³⁰ U. a. Schreiben der Handelskammer an die DHSG, 1. 2. 1929, AHK: 21 A 1/51; Mittlgg. der Handelskammer 1929, S. 71.
- ³¹ Aufzeichnung des Syndikus bei Blohm & Voß, Dr. Robert Lind, über die Sitzung des Steueraussschusses des RDI am 12. 9. 1929, AHK: 21 A 1/8, Bd. 1; Bericht Eller, 6. 12. 1929, über die Übergabe der Denkschrift bei einer Geschäftsführerkonferenz des RDI, ebda. Der Vors. Duisberg und Hauptgeschäftsf. Kastl hätten ausgeführt, der »Reichsverband sei sich bewußt, daß seine Denkschrift von den Gegnern der Privatwirtschaft als überkapitalistisch bezeichnet werde [...] und daß man hinsichtlich seines Steuerabbauprogramms kritisieren würde, daß er keine Anregungen bezüglich der Deckung des Steuerausfalls gemacht habe. Der Reichsverband stände aber auf dem Standpunkt, daß dieses Aufgabe der politischen Führung, d. h. der Regierung sei, ihm [...] liege nur ob, in bestimmtester Form auf die Schädigung der Privatwirtschaft hinzuweisen und den Abbau gewisser Steuerarten zu verlangen.«
- ³² Vgl. Jahresbericht Arbeitgeberverband Unterelbe 1928.
- ³³ Mitteilungen Arbeitgeberverbände Unterelbe Jg. 5, Nr. 8, 15. 4. 1929, S. 61 f.
- ³⁴ Ausschnitt aus den Mitteilungen des Arbeitgeberverbandes des Großhandels in Hamburg e. V., Nr. 8, 28. 8. 1929, in: AHK: 66 A 1/11, Bd. 3.
- ³⁵ Mitteilungen Arbeitgeberverbände Unterelbe usw., 15. 8. 1929, S. 121.
- ³⁶ Jahresbericht Arbeitgeberverband Unterelbe 1931, S. 6.
- ³⁷ Gewerbekammer Hbg. an DHSG, 23. 8. 1929, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 23; Handelskammer Hbg. an DHSG, 24. 8. 1929, abgedr. in Mittlgg. der HK Nr. 18, 7. 9. 1929, S. 564 f.
- ³⁸ Vgl. die Übersicht in Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 10, 18. 5. 1929, S. 280–282.
- ³⁹ HK an die Abgeordneten Dauch, Büll und Gok, 11. 9. 1929; DIHT an HK Hbg., 12. 9. 1929, AHK: 66 A 1/11, Bd. 3. Der DIHT versuchte, den RDI zur Beeinflussung der ihm nahestehenden Zentrumsabgeordneten zu veranlassen, rechnete aber nur mit geringen Erfolgchancen, weil das Zentrum mit Rücksicht auf die christlichen Gewerkschaften eine Einigung mit der SPD anstrebe.
- ⁴⁰ Protestschreiben der Handelskammer an den Senat, 20. 9. 1929, abgedr. in Mittlgg. der HK Nr. 20, 5. 10. 1929, S. 626; Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw. Nr. 19/20, 15. 10. 1929, S. 141 f. Im Plenum der HK behaupteten der Präses und Reichstagsabgeordneter Dauch, der Senat habe lediglich Stimmenthaltung beschlossen, über die Begründung aber keine Einigung erzielen können; es sei ungeklärt, von wem die Begründung stamme. AHK: Plenumsprotokoll vom 20. 9. 1929. Im Senatsprotokoll vom 16. 9. 1929 ist aber die zitierte, von den Unternehmern beanstandete Begründung verzeichnet; sie war Teil der telefonisch an die Gesandtschaft übermittelten Instruktionen. StAH: SKRAA II, VII D 8, Bd. 3.
- ⁴¹ Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw., Nr. 19/20, 15. 10. 1929, S. 141.
- ⁴² Gewerbekammer an DHSG, 20. 3. 1930, StAH: Handwerkskammer, Ablieferung 4, V A 16, Bd. 2; Handelskammer an DHSG, 20. 3. 1930, SKRAA II, II A 3/23. Die Gewerbekammer schlug eine drastische Unterstützungssenkung in den hohen Lohnklassen und den evtl. Ersatz der Ausfälle durch eine freiwillige, allein vom Arbeitnehmer zu tragende Zusatzversicherung vor.

- 43 Vermerk Reymanns über Gespräch mit dem Syndikus des Arbeitgeberverbandes, von Scheven, 26. 9. 1930, AHK: 66 A 1/11, Bd. 7.
- 44 Ansprache des Präses A. Hübbe bei der Jahresvsmg. Eines Ehrbaren Kaufmanns am 31. 12. 1930, in: Mittlgg. der Handelsk. Hbg. 1931, S. 5.
- 45 So Rudolf Blohm in der Sitzung der Industriekommission der HK am 4. 2. 1931, AHK: 66 A 1/11, Bd. 7.
- 46 Vgl. S. 121–126.
- 47 Z. B. Stellungnahme der HK zu neuen Steuerplänen der Reichsreg. für DHSG, 24. 5. 1930, AHK: 21 A 1/11, Bd. 1; Dauch, Auf falschen Wegen, in: HN 201, 7. 6. 1930; Gutachten der HK zum Gesetzentwurf zur Änderung der Arbeitslosenversicherung, 14. 6. 1930, AHK: 66 A 1/11, Bd. 6; GK an DHSG, 14. 6. 1930, StAH: Handwerkskammer, Ablieferung 4, V A 16, Bd. 2.
- 48 Kastl an Silverberg, 2. 7. 1930, im Anschluß an eine Kritik der Etatvorschläge des Reichskabinetts: »Ich möchte aber im gegenwärtigen Augenblick auch der Regierung gar keine Schwierigkeiten machen, denn ich halte die baldige Klarheit über die Deckung des Haushalts für so wichtig im allgemeinen Interesse, daß ich auch schließlich ein mangelhaftes Programm mitmache, wenn die Regierung mit Bestimmtheit die Erklärung abgibt, [...] daß die große Finanzreform im Herbst kommen wird.« BAK: NL Silverberg 235. Dieselbe Tendenz zeigte das Rundschreiben des DIHT vom 27. 7. 1930, AHK: 21 A 1/11, Bd. 1.
- 49 Die erste Formulierung stammt aus der Stellungnahme des Präsidiums des RDI vom 8. 10. 1930, die zweite aus der Erklärung des Hauptausschusses des DIHT vom 9. 10. 1930, die beide statt einer eigenen Äußerung in den Mitteilungen der Handelskammer Hbg. vom 18. 10. 1930 (S. 808–810) veröffentlicht wurden.
- 50 Kiep an Brüning, 29. 12. 1930, BAK: R 43 I/1138.
- 51 Dies zeigen die Erklärungen des RDI und DIHT zu Brünings Finanzplan (Mitteilungen der HK-Hbg. v. 18. 10. 1930, S. 808–810) und eine Presseverlautbarung des RDGÜ vom 26. 11. 1930, in der betont wurde, Nachrichten, »wonach die Wirtschaft sich mit dem vorliegenden Finanzprogramm der Reichsregierung abgefunden habe«, seien »völlig unbegründet«. AHK: 21 A 1/11, Bd. 2. Erste Enttäuschung riefen vor allem dem Reichsrat zugestandene Abstriche bei der Realsteuersenkung hervor.
- 52 Niederschr. über Sitzung der Industriekommission der HK am 7. 3. 1928; Exposé von Rud. Blohm zur Steuervorlage, 30. 3. 1928; Niederschr. über Besprechung mit Bgm. Petersen, Sen. Cohn, Lippmann, 30. 3. 1928 (dort das Zitat), AHK: 42 C 3/5; über die Plenarvsmg. der HK am 9. 3. 1928, ebda, Plenumsprotokolle; HK an DHSG, 12. 3. 1928, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVI B1; Mittlgg. der Arbeitgeberverbände Unterelbe, 15. und 22. 3. 1928, S. 211, 215 f.
- 53 Mittlgg. HK Hbg. 1929, S. 3; 1930, S. 4.
- 54 HK an die DHSG, 11. 11. 1930, StAH: Steuerverwaltung I, I A 55/1; Protokoll der 29. Plenarvsmg. der HK am 31. 12. 1930, AHK; Eingaben der HK, 13. 12. 1930, 28. 2. 1931, AHK: 21 E 16/16; Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes des Großhandels in Hamburg für 1930, Auszug in HC 606, 30. 12. 1930.
- 55 Nach Bericht Rud. Blohms in der 29. Plenarvsmg. der HK am 31. 12. 1930, AHK: Plenumsprotokolle.
- 56 Mitteilungen der HK Hbg. 1931, S. 6.
- 57 HE 2, 2. 1. 1931; offener Brief Roß' an Hübbe, z. B. in HF 3, 3. 1. 1931; für die Reaktion in bürgerlichen Kreisen u. a. der Kommentar ebda.
- 58 Alfred Frankenfeld, Der Bürgermeister im Geldschrank. Staat und Wirtschaft in

- Hamburg, in: Berliner Tageblatt 11, 7. 1. 1931; Die politischen Rechte des Hamburger Bürgermeisters, in: Frankfurter Zeitung 11, 5. 1. 1931.
- ⁵⁹ Niederschrift über eine Besprechung im Überseeklub über die Möglichkeit einer gemeinsamen Wahlkampfführung der drei Senatsparteien. StAH: FA Chapeaurouge, U 91.
- ⁶⁰ HK an DHSG, 11. 11. 1930, StAH: Steuerverw. I, I A 55/1; Plenumsprotokoll, 31. 12. 1930, AHK.
- ⁶¹ Beteiligt waren u. a.: RDGÜ, Bund der Innungen und fachgewerblichen Vereine, Verband hamburgischer Gewerbe-Vereine, Verein Hamburger Hausmakler, Hamburger Haus- und Hypothekmakler-Verein, Landesverband hamburgischer Grundeigentümergevereine, Grundeigentümergeverein in Hamburg, Deutscher Wirtschaftsbund, Bürgerbund für Hamburg-Altona-Wandsbek (HC 10. 5. 1931). Die Resolution findet sich in AHK: 59 C 5/3, Bd. 4.
- ⁶² Dies zeigt z. B. ein Schreiben von Versmann an die HK Hbg. vom 3. 2. 1931, in dem er statt Vorträgen eine offene Diskussion mit Senatsvertretern über die Möglichkeiten wünschte, die bevorstehende Finanzkatastrophe abzuwehren, und für den Fall, daß sie nicht zustande kommen oder ergebnislos verlaufen sollte, Aktionen in der Öffentlichkeit forderte. AHK: 59 D 4/5.
- ⁶³ Vgl. S. 224, 231, Belege im AHK: 42 C 5/17.
- ⁶⁴ HK an DHSG, 7. 7. 1931, veröffentlicht in Mittlgg. der HK Hbg. v. 11. 7. 1931, S. 512.
- ⁶⁵ Senat an DHSG, 17. 7. 1931: Ersuchen, seine Stellungnahme der HK zu eröffnen und sie der Presse zugänglich zu machen. StAH: Senatskanzlei, Präsidialabtlg., 1930 A 14 b 19.
- ⁶⁶ Entsprechende Ausführungen Warburgs über die Hamburger Finanzpolitik in der 7. Plenarvmgl. der HK am 8. 4. 1932 blieben unwiderrprochen (AHK: Plenumsprotokolle). Selbst der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona gab bei seiner Kritik der Senatsvorlage zur Deckung des 21-Millionen-RM-Defizits (Sept. 1930) zu, daß die Finanzen anderer deutscher Länder »weitaus schlechter und angreifbarer« verwaltet würden (Mittlgg. Nr. 19, 1. 10. 1930, S. 114). – Zum Engagement für die Fortsetzung der Koalition 1931 Niederschrift im StAH: FA Chapeaurouge, U 187.
- ⁶⁷ Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 8, 12. 4. 1930, S. 288–295, Zitat Klönnes auf S. 290.
- ⁶⁸ Vgl. Wengst, Unternehmerverbände.
- ⁶⁹ Blohm im HK-Plenum, 6. 6. 1930, AHK; Walther Dauch, Auf falschen Wegen, in: HN 201, 7. 6. 1930.
- ⁷⁰ Mittlgg. der HK Hbg., Nr. 21, 8. 10. 1930, S. 808–810.
- ⁷¹ Jahresberichte Arbeitgeberverband Hamburg-Altona 1930, S. 6; Arbeitgeberverband des Großhandels in Hamburg für 1930, zusammengefaßt in HC 606, 30. 12. 1930: »Schluß mit den Experimenten!«; HK Hbg. 1930, S. 30f.; Hübbe bei der Jahresvmgl. Eines Ehrbaren Kaufmanns, 31. 12. 1930, in: Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 1, 3. 1. 1931, S. 6f.; Landesverband Groß-Hamburg des RDGÜ, zusammengefaßt in HN 70, 11. 2. 1931.
- ⁷² AHK: Plenumsprotokolle, 17. 10. 1930.
- ⁷³ Niederschr. über Sitzung der Industriekommission, 4. 2. 1931, AHK: 66 A 1/11, Bd. 7. Der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona identifizierte sich rückhaltlos mit den wirtschaftspolitischen Anschauungen seines Vorsitzenden Blohm. Dessen Aufsatz: »Die Senkung der Selbstkosten als Weg zur Minderung der Arbeitslosigkeit« in der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung Nr. 43 vom 26. 10. 1930 verteilte er als Sonderdruck an alle Mitglieder und weitere Interes-

- senten. (Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw. Nr. 21, 1. 11. 1930, S. 131).
- 74 Grundlegend dazu: Hartwich, Arbeitsmarkt, bes. S. 324–336.
- 75 Niederschrift über Sitzung der Industriekommission, 4. 2. 1931, AHK: 66 A 1/11, Bd. 7.
- 76 Beschlüsse des Vorstands der VDAV, abgedr. in Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw. Nr. 22, 10. 11. 1930, S. 134f.; Blohm als Vertreter der HK bei Besprechung in der Arbeitsbeh. über Bekämpfung der Arbeitslosigkeit lt. Bericht Reymanns in der Plenarvsmgl. am 31. 10. 1930, AHK: Plenumsprotokolle 1930.
- 77 Beschlüsse des Vorstands der VDAV, in Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw. Nr. 22, 10. 11. 1930, S. 134; Blohm in der Arbeitsbeh., Okt. 1930 (s. Anm. 76); Mehrarbeit statt Arbeitsstreckung. Von einem Hamburger Kaufmann, in: HN 533, 14. 11. 1930.
- 78 Hübbe bei der Jahresvsmgl. Eines Ehrbaren Kaufmanns 1929 u. 1930, Mittlgg. der HK Hbg., 4. 1. 1930, S. 5 und 3. 1. 1931, S. 6; Ansprache des Vors. des Vereins Hbger Exporteure, Rudolf H. Petersen, bei der Hbger Exporttagung am 30. 6. 1930, Beil. zu Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 15, 26. 7. 1930, S. 30; ders. bei Jahrestagung des RDGÜ in Bln., Kölnische Zeitung 572, 18. 10. 1930.
- 79 Hübbe bei der Jahresvsmgl. der industriellen Mitglieder Eines Ehrbaren Kaufmanns am 30. 12. 1930, Mittlgg. der HK Hbg. 1931, S. 7.
- 80 Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 6, 16. 3. 1929, S. 144; Nr. 3, 31. 1. 1931, S. 95. Hamburgs Wirtschaft gegen den 1. Mai, in: HN 78, 15. 2. 1930; Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw. Nr. 7, 1. 4. 1930, S. 42f.; Nr. 8, 15. 4. 1930, S. 47; Nr. 10, 15. 5. 1930, S. 60f. DVP, DNVP und WP traten für die Abschaffung des gesetzlichen Feiertags in Hamburg ein, die DDP zur Empörung des Arbeitgeberverbands für seine Einführung im ganzen Reichsgebiet.
- 81 Mittlgg. der HK Hbg., Nr. 3, 31. 1. 1931, S. 9.
- 82 Mittlgg. Arbeitgeberverbände Unterelbe usw., 1. 4., 15. 4., 15. 5. 1930, S. 42f., 47, 60f.
- 83 Max an James P. Warburg, 12. 6. 1932, Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. Warburg, Diverse Korrespondenz 1932.
- 84 Der DIHT sah in der NVO eine Abweichung von der bisherigen Regierungspolitik. Sie erwecke »den Eindruck, daß bei ihrer Gestaltung nicht ausschließlich wirtschaftlich sachliche [...], sondern stark auch Erwägungen darüber mitwirken, wieweit sie politisch für eine Minderheit im Reichstag eben noch erträglich sein würde«. Rundschreiben vom 12. 6. 1931, AKH: 21 A 1/13b, Bd. 2. Dazu ferner Aide-mémoire des RDI, 19. 6. 1931, BAK: R 43 I/2370; Tel. des RDGÜ an den RK, 2. 6. 1931, ebda 1139.
- 85 Eingabe der VDAV an die zuständigen Reichsministerien, 21. 4. 1931, auszugsweise abgedr. in Mittlgg. HK Hbg. Nr. 9, 2. 5. 1931, S. 316–319; z. T. fast wörtlich übereinstimmende Ausführungen des RDI, beschlossen am 23. 4. 1931, Anl. zum Schreiben Kastl an RK v. 4. 5. 1931, BAK: R 43 I/1138.
- 86 Rundschreiben des DIHT vom 12. 6. 1931, AHK: 21 A 1/13b, Bd. 1.
- 87 Schon bei Übersendung der Aufzeichnung über die am 23. 4. 1931 vom Präsidium und Vorstand des RDI festgelegten Auffassungen »zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage« hatte Kastl warnend bemerkt, »daß trotz der günstigen Beurteilung, die der Reichsverband der Deutschen Industrie den bisherigen Schritten der Reichsregierung entgegenbringt, und trotz der Hoffnungen, die die deutsche Industrie an die Arbeit der Reichsregierung knüpft, das Vertrauen zu [...] ihr] auf die Dauer nur aufrechterhalten werden kann, wenn sich an die

- bisherigen Schritte eine schnelle und umfassende Durchführung der weiteren notwendigen Maßnahmen anschließt«. Kastl an RK, 4. 5. 1931, BAK: R 43 I/1138. In der Aufzeichnung selbst hatte es geheißen: Infolge der Verschärfung der Depression und wegen der Unzulänglichkeit der bisherigen Aktionen zur Senkung der Gesteungskosten seien »weite Kreise der deutschen Wirtschaft in ihrer Einstellung zu den Maßnahmen der Regierung wieder wankend geworden«. Im Aide-mémoire des RDI zur gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage v. 19. 6. 1931 wurde zwar zunächst das Vertrauen zu Brüning betont, dann aber erklärt, die Überwindung der Vertrauenskrise im Ausland allein reiche nicht, es komme vielmehr entscheidend darauf an, »das Vertrauen des Inlandes auf eine feste, zielbewußte und entschlossene Führung der Reichsregierung wiederherzustellen«. BAK: R 43 I/2370.
- 88 Kastl an RK, 14. 8. 1931, BAK: R 43 I/2373, in abgeschwächter Form und ohne ausdrücklichen Hinweis auf die Differenzen zwischen Verbandsführung und Mitgliedschaft auch im Rundschreiben des RDI v. 20. 8. 1931, abgedr. in: Politik und Wirtschaft in der Krise, S. 915–918.
- 89 Aufzeichnung über die Stellungnahme des RDI zu der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftslage, 18. 8. 1931, BAK: R 43 I/2373.
- 90 Eingabe des DIHT: Zur gegenwärtigen Wirtschaftslage und den wirtschaftspolitischen Erfordernissen, den Mitgliedern mitgeteilt mit Rundschreiben v. 16. 9. 1931, aber nicht veröffentlicht. AHK: 77/3.
- 91 11. Plenarvmg. der HK Hbg., 5. 6. 1931, AHK: Plenumsprotokolle 1931.
- 92 Begrüßungsansprache beim gemeinschaftlichen Abendessen, 29. 6. 1931, Beilage zu den Mitlgg. der HK Hbg. 1931: Hamburger Export-Tagung mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie am 29. und 30. Juni 1931, S. 23.
- 93 Z. B. E. A. Versmann an HK Hbg., 15. 7. 1931, AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 1; Tel. des Vereins der Gerbstoffhändler in Hbg. an HK, 4. 8. 1931, AHK: 29 K 10/2, Bd. 1. Über die telefonische Abweisung ihres Antrags auf generelle Devisenfreigabe beschwerte sich eine Erzimportfirma empört: »Wir finden, daß die Handelskammer als Vertreterin des Hamburger Importhandels, von dessen Beiträgen sie in erster Linie unterhalten wird, die Pflicht hätte, derartige wohlberechtigte Wünsche ihrer Mitglieder zu unterstützen [...]. Wenn aber die Hände in den Schoß gelegt werden, weil es keinen Zweck hat, eine Änderung unhaltbarer Bestimmungen zu erstreben, dann versagt die Handelskammer kläglich in ihrer Pflicht, die Interessen ihrer Mitglieder mit allen Mitteln zu schützen.« Tropag an HK Hbg., 5. 8. 1931, abgedr. in HC v. 6. 8. 1931, AHK: 29 K 10/2, Bd. 1.
- 94 Rundschreiben der Vereinigung der am Großhandel mit Drogen und Chemikalien beteiligten Firmen der Hamburger Börse, 7. 12. 1931, im Rückblick auf das vergangene Jahr. AHK: 21 C 1.
- 95 Z. B. W. Schüler an HK, 4. 7. 1931, AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 1; Versmann an HK, 3. 2. 1931, ebda, 59 D 4/5.
- 96 R. Blohm an HK Hbg., 25. 7. 1931, AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 2.
- 97 R. Blohm an HK Hbg., 8. 8. 1931, ebda.
- 98 C. V. Krogmann an den Präses der HK, Nottebohm, 22. 8. 1931, Fst.: Fasc. 2237.
- 99 R. Blohm an Krogmann, 24. 8. 1931, ebda.
- 100 Plenarsitzung der HK, 25. 8. 1931, AHK: Plenumsprotokolle 1931, Auszug in: 29 K 10/20, Bd. 2.
- 101 Plenarsitzung der HK, 24. 7. 1931, AHK: Plenumsprotokolle 1931, Auszug in: 29 A 3/5/12, Bd. 1.
- 102 Gemeinsame Eingabe des RDI, DIHT und der Hauptgemeinschaft des Deut-

- schen Einzelhandels an den RK, 25. 7. 1931, AHK: 29 K 10/20, Bd. 1; nähere Ausführungen dazu im Rundschreiben des DIHT vom 28. 7. 1931, AHK: 29 A 3/5/12, Bd. 2. Vgl. Wolffsohn, S. 171–178 und 215–218.
- ¹⁰³ Kastl an Pünder, 14. 8. 1931, BAK: R 43 I/2372.
- ¹⁰⁴ Rundschreiben des DIHT vom 1. (zweites Zitat) und 16. 9. 1931 (erstes Zitat), AHK: 29 B 1/2 bzw. 77/3.
- ¹⁰⁵ In einer gemeinsamen programmatischen Erklärung vom 29. 9. 1931 faßten elf wirtschaftliche Spitzenverbände unter Berufung auf ihre Stellungnahmen seit 1925 noch einmal alle Vorwürfe gegen die Weimarer Regierungen und ihre bekannten Forderungen zusammen: u. a. Aufgaben- und Ausgabenabbau der öffentl. Hand, Steuersenkungen, Lohn- und Gehaltskürzungen, Verringerung der Sozialversicherungs- und Fürsorgeleistungen, daneben aber: Kreditausweitung bei Vermeidung von Währungsexperimenten. Abgedr. z. B. in Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 20, 3. 10. 1931, S. 712–714.
- ¹⁰⁶ Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 1, 3. 1. 1931, S. 6. Ähnlich fatalistisch äußerte sich der stellv. Vors. des RDI, Abr. Frowein, bei der Hamburger Exporttagung am 29. 6. 1931, Beil. zu Mittlgg. der HK Hbg. 1931, S. 23: »Die zweite Krisis, die wir haben, ist eine allgemeine Wirtschaftskrisis, wie sie häufig innerhalb unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems eingetreten ist, wann sie enden wird, können wir nicht wissen, aber wir sind selbstverständlich durch sie stark in Mitleidenschaft gezogen worden.« Nach Dauchs Auffassung waren »Konjunkturschwankungen [...] etwas Naturgegebenes und nicht durch planmäßige menschliche Maßnahmen auszuschalten«. Auf falschen Wegen, in: HN 201, 7. 6. 1930.
- ¹⁰⁷ Z. B. R. Blohm bei Hbger Exporttagung, 29. 6. 1931, Beil. zu Mittlgg. der HK Hbg. 1931, S. 22; ders. und Nottebohm in der Plenarversmlg. am 24. 7. 1931, AHK: Plenumsprotokolle 1931; MdR Herm. Fischer bei Vortragsabend des Hansa-Bundes Hbg., 11. 9. 1931, HA 213, 12. 9. 1931; programmatische Erklärung der Spitzenverbände, 29. 9. 1931, Mittlgg. der HK Hbg. Nr. 20, 3. 10. 1931, S. 712; Nottebohm bei Jahresvsmg. Eines Ehrbaren Kaufmanns, 31. 12. 1931, ebda Nr. 1, 9. 1. 1932, S. 4f.
- ¹⁰⁸ HT Nr. 9, 11. 1. 1932: Die Handelskammer in Hamburg.
- ¹⁰⁹ Möglicherweise nur zur Klärung der eigenen Gedanken verfaßte Niederschrift vom Sept. 1931, Privatarchiv Eric M. Warburg; Max M. Warburg, Diverse Korrespondenz 1931.
- ¹¹⁰ Eingabe von Otto A. Ernst v. 3. 8. 1931 mit anliegendem Manuskript eines Zeitungsartikels: »Wirtschaft und Währung«, BAK: R 43 I/2379.
- ¹¹¹ Mehrere Manuskripte für Zeitungsartikel und Schreiben Otto A. Ernsts vom April und Mai 1932 im StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVI A 2.
- ¹¹² Entwürfe, Manuskripte und Schriftwechsel Krogmanns in Fst.: 277–11. Der Plan wurde in einer von Eduard Rosenbaum redigierten Fassung im Wirtschaftsdienst Jg. 16, Nr. 14, 3. 4. 1931, S. 584–586, veröffentlicht. Ermutigung und Hilfe bei der Klärung einzelner Probleme hatte Krogmann insbesondere von dem Hauptschriftleiter des Wirtschaftsdienstes und Hamburger Universitätsprof. Kurt Singer erfahren. Der Versuch, über Paul Reusch die Großindustrie für den Plan zu gewinnen, war 1930 gescheitert. Im Hinblick auf Krogmanns spätere Entwicklung zum überzeugten Nationalsozialisten und Antisemiten ist der Hinweis angebracht, daß er zwei Juden, Rosenbaum und Singer, entscheidende Unterstützung bei diesen Bemühungen zu verdanken hatte.
- ¹¹³ Krogmann an Nottebohm, 10. 1. 1931, Fst. 227–11. Später noch genauer in einem Vortrag vor dem Verein Hamburger Exporteure, Anfang Februar 1933, ebda.

- ¹¹⁴ Protokoll über die Sitzung der Sonderkommission der Handelskammer zur Besprechung des Krogmann-Plans am 1. 6. 1931, ebda.
- ¹¹⁵ Vortrag Krogmanns vor der Vereinigung »Kunst und Leben« am 8. 4. 1932 über das Thema: Sind die autarkischen Bestrebungen für Deutschland richtig?, ebda.
- ¹¹⁶ Daran erinnerte Ricardo Sloman in seinem Schreiben an Krogmann vom 21. 11. 1929, ebda.
- ¹¹⁷ Otto A. Ernst, Großbritannien, Deutschland und der Goldstandard, Manuskript eines Artikels in den HN v. 17. 1. 1932; ders., Positive Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, Tl. I, Manuskript, StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI A 2. Krogmann, der 1919 ebenfalls für kurze Zeit der DVP angehört, sich im übrigen aber für Politik nicht interessiert hatte, besuchte nach seiner Erinnerung erstmals nach der Bankenkrise im Juli 1931 eine nationalsozialistische Kundgebung. Auch rückblickend hob er in diesem Zusammenhang besonders die nach der Wahl in die Handelskammer intensiv empfundene Enttäuschung darüber hervor, daß selbst dieses Gremium keine konstruktiven Ideen besaß, »um das drohende Unheil von Deutschland abzuwenden«. (Aufzeichnung Krogmanns von 1952: Mein Weg in die Politik, Fst 11 K 4). Die Volkswirtschaftler in der Hamburger NSDAP brachten seinen wirtschaftspolitischen Vorschlägen lebhaftes Interesse entgegen, obwohl er der Partei erst 1933 beitrug. (Z. B. Schreiben an Lange, 16. 12. 1931 mit Aufzeichnung über Neuordnung des Bank- und Geldwesens, Fst 227-11). Auch einige jüngere Kaufleute wie Kurt Woermann, Peter Ernst Eiffe, Hermann Victor Hübbe und Joachim de la Camp schlossen sich 1931 der NSDAP an oder näherten sich ihr. Woermann war wie Krogmann zunächst Md. der DVP, 1927 im Vorstand der DNVP und im März 1931 schon als Redner für die NSDAP tätig. (Tagebuch Krebs, 26. 3. 1931, Fst 11 K 3). Bei beiden läßt sich eine gewisse ideologische Disposition durch die Vorliebe für völkische oder nationalrevolutionäre Schriftsteller wie H. St. Chamberlain, Moeller van den Bruck und Max Maurenbrecher bzw. Engagement für die Fichte-Gesellschaft (Woermann) feststellen. Auch Eiffe kam von der DVP zur NSDAP.
- ¹¹⁸ Aufruf der HK zu den Bürgerschaftswahlen 1919; Rundschreiben der GK an die Gewerbe- und Industrievereinigungen, 29. 1. 1921; Plenarvsmgl. der HK, 2. 1. 1928, AHK: 42 A 2/5. Die Initiative für den Autorufdienst war vom Bürgerbund ausgegangen, die HK brachte der Aktion wohlwollendes Interesse entgegen. Sechs der acht Unterzeichner des Gründungsaufrufs waren Kaufleute und Industrielle. AHK: 42 A 2/17 und 40 A 2/9. Die DDP distanzierte sich vor den Reichstagswahlen 1928 von dem Unternehmen. HF 139, 19. 5. 1928.
- ¹¹⁹ AHK: 42 A 2/5. Dauch an Chapeaurouge, 6. 3. 1925, StAH: FA Chapeaurouge, U 181.
- ¹²⁰ Die hamburgische Eigenart und die Rechtsparteien, in: Die freie Stadt, 5. 6. 1926.
- ¹²¹ Otto Hertling an F. H. Witthoefft, 28. 5. 1929, Archiv A. O. Meyer, Paket 1024, F. H. Witthoefft Senatstätigkeit, Bd. 1. Beteiligt waren: Pilder (DDP), Schues (DDP), Hertling (DDP), Max Warburg (DVP), Witthoefft (DVP), Lincke (Direktor der Commerz- und Privat-Bank), v. Sydow (Direktor der Deutschen Bank).
- ¹²² Hübbe bei 26. Plenarvsmgl. der HK, 31. 12. 1929, AHK: Plenumsprotokolle 1929. In einem Glückwunschschreiben v. 31. 1. 1928 zu Petersens 60. Geburtstag äußerte Roderich Schlubach i. Fa. Schlubach, Thiemer u. Co die Hoffnung, »daß uns Hamburgern noch lange der Führer erhalten bleiben möge, den wir zum Glück in diesen schwierigen Zeiten in Ihnen [...] gefunden haben«. StAH: Familienarchiv Petersen, L 23.

- ¹²³ U. a. HF 42, 11. 2. 1928. Soweit die Parteizugehörigkeit bekannt ist, unterschrieben etwa gleich viele Mitglieder der DNVP und DVP. Von letzterer fehlten aber einige prominente Namen wie Dauch, H. M. Gehrckens jr., Rudolf H. Petersen, Oscar Traun, Max Warburg und Witthoefft. Sie erließen zusammen mit einigen volksparteilichen Unterzeichnern des Manifests am 19. 2. 1928 einen gesonderten Aufruf zugunsten der DVP. HF 50, 19. 2. 1928. Petersen wehrte sich bei einer Wahlkundgebung gegen die Ausschaltung der DDP aus dem Kreis der »bürgerlichen« Parteien, wobei er zugleich ganz entschieden für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD eintrat. HF 44, 13. 2. 1928.
- ¹²⁴ Siehe S. 68 f.
- ¹²⁵ Vgl. Anm. 168.
- ¹²⁶ Skizze von Oscar Traun zur Vorbereitung der Plenarsitzung der HK, übersandt am 29. 12. 1927, AHK: 42 A 2/5. Auch Behrens, S. 303 f., benutzt dieses Dokument; da er aber Oscar Traun mit Heinrich Otto Traun verwechselt, ist seine Interpretation irreführend.
- ¹²⁷ Dem Verwaltungsrat des »Hamburger Wahlfonds«, der sich um die Sanierung der DVP-Finzen bemühte, gehörten außer dem Vors. und Hauptgeschäftsführer der Partei folgende Wirtschaftler an: Cornelius Frh. v. Berenberg-Goßler, Eduard Wilhelm, Otto A. Ernst, H. M. Gehrckens jr., Arndt v. Holtzendorff, Ernst Lincke, M. March, Hermann R. Münchmeyer, Herm. Sauber, Ernst Schiele, Oscar Traun, H. C. Vering. Unbenutzer, nicht datierbarer Kopfbogen im StAH: FA Burchard-Motz, B 2; Ed. Wilhelm an Chapeaurouge, 21. 12. 1927, FA Chapeaurouge, U 154. Nach Witthoeffts Kenntnis hatten 1920 die Firmen M. M. Warburg u. Co 50000 M, Heinrich Traun u. Söhne 20000 M an die DVP gezahlt. Von den Banken erhoffte er weitere 50000 M zu erhalten. Einem Sonderfonds des Hansa-Bundes überwies Witthoefft 6000 M und drängte ihn, mindestens 250000 M für die DVP aufzubringen. (Schreiben an Otto Harms, 6. 5. 1920 und Fehling, 6. 5. 1920, Firmenarchiv A. O. Meyer, Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch 5). Im Okt. 1923 zahlte er als Beiträge für sich und seine Frau sowie die drei anderen Mitarbeiter der Firma 200 holländ. Gulden (an Rose, 5. 10. 1923, ebda, Kopierb. 10), für 1927 für sich und seine Frau 500,- RM (an DVP, 30. 12. 1926, ebda, Kopierb. 15). Besonders Warburg spendete der DVP auch später große Beträge (Ed. Wilhelm an Chapeaurouge, 21. 12. 1927). – Obwohl sich die HK seit Juni 1927 um die Ansammlung eines Wahlfonds bemühte, berichtete Traun Anfang Sept. im Plenum, daß die Eingänge »noch recht gering« seien und forderte zwei Wochen später erneut zu Spenden auf. 1928 verzichtete die HK auf die Wiederholung des Versuchs und empfahl, Spenden der bevorzugten Partei jeweils unmittelbar zukommen zu lassen (AHK: 42 A 2/5).
- ¹²⁸ Vgl. Anm. 162.
- ¹²⁹ Gespräche mit Ernst Feder, 28. 3., 22. 4. 1927, Feder, Heute sprach ich mit, S. 115, 122. Schreiben an Hans Meyer, 22. 10. 1931, Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. W., Diverse Korrespondenz 1931.
- ¹³⁰ M. M. Warburg an Carl Petersen, 11. 4. 1917, StAH: Familienarchiv Petersen, L 57.
- ¹³¹ Max M. Warburg, Karlsbad, »an alle M. M. W.'s«, 3. 10. 1929 (Betrachtung zum Tod Stresemanns), Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. W., Diverse Korrespondenz 1929; Max M. Warburg an Hans Meyer, 22. 10. 1931, ebda, Div. pol. Korr. 1931.
- ¹³² Max M. Warburg an alle »M. M. W.'s«, 3. 10. 1929, ebda, Div. Korr. 1929. An Generallt. a. D. Ernst Kabisch schrieb er am 27. 5. 1929: »Ich habe mich in den

- letzten Jahren sehr von jeder Tätigkeit, die mit der Politik zusammenhängt, zurückgezogen infolge der antisemitischen Angriffe, die eine richtige Würdigung objektiver, für unser Vaterland gut gemeinter Ratschläge leider unmöglich machen«, ebda.
- ¹³³ Warburg an Hans Meyer, 22. 10. 1931, ebda, Div. Korr. 1931.
- ¹³⁴ Warburg an Georg Solmssen, 31. 10. 1929, ebda, Div. Korr. 1929; Trauerrede für Dr. Jessen, 17. 8. 1932, ebda, Beilagen zum Jahresbericht 1932.
- ¹³⁵ Warburg an Carl Petersen, 11. 4. 1917, StAH: Familienarchiv Petersen, L 57.
- ¹³⁶ Rosenbaum/Sherman, S. 151, 161.
- ¹³⁷ Max M. Warburg, Richtlinien für die redaktionelle Führung einer Hamburgischen Tageszeitung, Anlage zu Schreiben an Wilh. Cuno, 26. 7. 1929, Hist. Archiv der Hapag-Lloyd AG Hbg: Akten Cuno, Korrespondenz mit Max M. Warburg; ders., Politische Gesichtspunkte einer Hamburgischen Tageszeitung, Anlage zu Schreiben an Rudolf Michael, 22. 12. 1929, Fst: NL Michael, 11 M 4. Zitat aus der Dezember-Denkschrift, S. 1.
- ¹³⁸ Juli-Denkschrift, S. 1.
- ¹³⁹ Dezember-Denkschrift, S. 2.
- ¹⁴⁰ Juli-Denkschrift, S. 2.
- ¹⁴¹ Vgl. S. 58.
- ¹⁴² Alfred Frankenfeld, Schiffahrt und Schwarz-Rot-Gold, in: Berliner Tageblatt Nr. 407, 29. 8. 1927.
- ¹⁴³ Vgl. S. 58f.
- ¹⁴⁴ Dezember-Denkschrift, S. 1–3.
- ¹⁴⁵ Juli-Denkschrift, S. 4.
- ¹⁴⁶ Dezember-Denkschrift, S. 2f.
- ¹⁴⁷ Juli-Denkschrift, S. 4. Derselbe Gedanke findet sich auch in der Dezember-Denkschrift, aus der der präzisierende Einschub stammt.
- ¹⁴⁸ Diese Abschnitte kehren in beiden Denkschriften wieder (S. 2 bzw. 6).
- ¹⁴⁹ Juli-Denkschrift, S. 5f.; Dezember-Denkschrift, S. 6–9.
- ¹⁵⁰ Einladung Warburgs zu einer vertraulichen Besprechung mit Seldte, 1. 6. 1928, und Notiz Warburgs über Aussprache mit v. Goßler, 6. 6. 1928, Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. W., Diverse Korrespondenz 1928.
- ¹⁵¹ Max Warburg an Bruder Paul, 16. 9. 1930, ebda, Div. Korr. 1930.
- ¹⁵² Hans Meyer an Hans Schäffer, 19. 9. 1930; Carl Melchior an Philipp Wieland, 6. 12. 1930, ebda.
- ¹⁵³ Warburg an Katharina von Kardorff, 26. 5. 1930, BAK: NL K. v. Kardorff 21; ders. an Hans Schäffer, 14. 8. 1930, Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. W., Div. Korr. 1930.
- ¹⁵⁴ Max Warburg an Bruder Paul, 16. 9. 1930, ebda.
- ¹⁵⁵ Reden Witthoeffts im Wahlkampf für die Nationalversammlung, Dezember 1918, Privatbesitz Gerd Witthoefft: Unterlagen F. H. Witthoefft, Mappe Nationalversammlung.
- ¹⁵⁶ An Lütjens äußerte sich F. H. Witthoefft am 29. 9. 1914 sehr skeptisch über Dauer und Ausgang des Krieges. Über die Schädigungen durch England z. B. Schreiben an Ostermayer, 9. 1. 1915; über die Kriegsziele (Ägypten an die Türkei, Persien, Ceylon, Hinterindien, Indochina und British Borneo an Deutschland) an Warburg, 17. 5. 1915, Archiv der Fa. A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbücher 1 u. 2. Kersten, S. 163, 166–171, 182, erkennt, da ihm nur wenige Briefe von Anfang 1915 aus dem Archiv der HK vorlagen, daß Witthoefft rasch wieder zu einer gemäßigten Haltung zurückfand.
- ¹⁵⁷ Witthoefft an Richard Schween, 14. 6. 1915 und 23. 6. 1916; an Ostermayer, 19.

5. 1916, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch 2.
- 158 Witthoefft an Rud. Sieverts, 31. 5. 1916; an Rießler, 2. 6. 1916, ebda. In dem Brief an Sieverts schrieb er: »Allerdings kann ich Ihnen nicht verhehlen, daß ich mit dem Auftreten der Führer unserer nationalliberalen Partei und mit ihren Reden im Reichstage in der letzten Zeit gar nicht einverstanden gewesen bin. Sie werfen mit Bezug auf die Außenpolitik der Reichsleitung zu viele Knüppel zwischen die Beine und davon bin ich gar nicht erbaut. Leute, die sich im Parlament an ihren eigenen Worten berauschen und in nationale Ekstase geraten und keine Realpolitik treiben, entsprechen meinen Anschauungen nicht.«
- 159 Reden im Wahlkampf zur Nationalversammlung, S. Anm. 155.
- 160 Witthoefft an Rießler, 7. 5. 1917, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch Hansabund 1.
- 161 Witthoefft an Vogelstein, 19. 11. 1918, ebda, Kopierbuch 4. Vgl. auch Stephan, S. 14 f und Albertin, S. 54–57.
- 162 Witthoefft an den Generalsekretär der Hbger DVP, W. O. Rose, 27. 12. 1918; an Fritz Brahm, 30. 12. 1918; an Rose, 9. 1. 1919, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. Witthoefft, Kopierbuch 4; ders. an den Geschäftsf. Vors. des Hansa-Bundes, Curt Köhler, Berlin, 31. 7. 1919, ebda, Kopierbuch Hansabund 1; Fritz Brahm an Witthoefft, 28. 12. 1918, 2. 1. und nochmal 2. 1. 1919, Privatbesitz Gerd Witthoefft: Unterlagen F. H. Witthoefft, Mappe Nationalvsmgl.
- 163 Witthoefft an Rose, 9. 1. 1919, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. Witthoefft, Kopierbuch 4.
- 164 Witthoefft an Carl Stoeckicht, 30. 1. 1919; an Max M. Warburg, 6. 6. 1919, an Rießler, 6. 6. 1919, ebda. Vgl. Hartenstein, S. 108–112, 269.
- 165 Witthoefft an Ed. Rosenbaum, z. Z. Versailles, 7. 6. 1919, ebda.
- 166 Witthoefft an den Vors. der Deutschen Friedensgesellschaft in Hamburg, F. Bloh, 18. 1. 1919, ebda; ders. an Stresemann, 10. 11. 1920; an Georges Deslaurens, Jan. 1921, ebda, Kopierbuch 6; ders. an Otto Sielcken, 7. 9. 1923, ebda, Kopierbuch 10.
- 167 Witthoefft an Ernst Benary jr., Erfurt, 19. 4. 1923, ebda, Kopierbuch 9. – Vgl. die Plenumsprotokolle 1923 im AHK, Sitzungen am 12. 1., 19. 1., 26. 1. und 13. 4.
- 168 F. H. Witthoefft an Sohn Heinz, 25. 4. 1924; an Tirpitz, 26. 8. 1924, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. Witthoefft, Kopierbuch 11.
- 169 Reden im Wahlkampf zur Nationalvsmgl., Ende Dez. 1918, Privatbesitz Gerd Witthoefft: Unterlagen F. H. Witthoefft, Mappe Nationalvsmgl.
- 170 Ebda und Schreiben an Kuenker, 26. 11. 1918, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch Hansabund 1.
- 171 Witthoefft an DVP-Fraktion-Berlin, 16. 6. 1920, ebda, Kopierbuch 5.
- 172 Aus Anlaß des Ausscheidens Witthoeffts aus dem Senat schrieb ihm Petersen am 15. 9. 1931: »Mit kaum einem anderen verband mich tief innerlich so sehr gemeinschaftliche Gesinnung und gemeinschaftliches Streben wie mit Ihnen.« Auch Bgm. Roß begnügte sich nicht mit offiziellen Abschiedsworten, sondern bedauerte in einem privaten Schreiben das Ende der Zusammenarbeit. Ebda, Paket 1024, Privatkorr. Witthoefft, Senatstätigkeit, Bd. 2.
- 173 Am 12. 10. 1922 schrieb Witthoefft an Stresemann: »Wir sind vollständig mit Ihnen einverstanden, die Politik der Mitte mitzumachen, denn wir sehen darin keinen Segen, fortwährend unfruchtbare Opposition zu treiben. [...] Lassen Sie sich nur nicht wieder beirren von den Quertreibern, deren es immer eine ganze Anzahl gibt. Ich habe die Empfindung, daß auch in der Deutschen Volkspartei und gerade der Reichstagsfraktion sich mancher für einen kleinen Herrgott hält,

- dem das Verständnis für die Entwicklung der politischen Dinge nicht einmal aufgegangen ist.« Ebda, Paket 2001, Privatkorr., Kopierbuch 8. Außerdem F. H. Witthoefft an Otto Sielcken, 7. 9. 1923 und an Sohn Peter-Ernst, 18. 1. 1924, ebda, Kopierbuch 10.
- ¹⁷⁴ Witthoefft an ORR Heidecker, 23. 1. 1919, ebda, Kopierbuch 4; ders. an W. O. Rose, 23. 12. 1920, ebda, Kopierbuch 6.
- ¹⁷⁵ Witthoefft in der 8. Plenarvsmg. der HK, 17. 2. 1919, AHK: Plenumsprotokolle 1919; ders. an Frankfurter Zeitung, 8. 6. 1920, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2001, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch 5; ders. an W. O. Rose, 27. 12. 1923, ebda, Kopierbuch 10; ders. an Rose, 9. 8. 1924, Kopierbuch 11.
- ¹⁷⁶ Nach seiner Wahl in den Senat bat Witthoefft die Handelskammer, ihn durch Mitteilung ihrer Forderungen und Bereitstellung des notwendigen Materials bei seiner Arbeit zu unterstützen (AHK: Plenumsprotokolle, 27. 4. 1928). 1931 lieferte sie ihm beispielsweise Vergleichszahlen zur Begründung seiner Initiative zur Personalverringerung beim Gewerbeaufsichtsamt und zur Widerlegung der Entgegnung Matthaëis (Reymann an Witthoefft, 2. 1. 1931; dieser an Matthaëi, 9. 1. 1931, Firmenarchiv A. O. Meyer, Paket 1024, Privatkorr. Witthoefft, Senatstätigkeit, Bd. 2). Ende Juli veranlaßte er einen Antrag der volksparteilichen Senatoren, auf dem Verwaltungsweg für das lfd. Jahr Einsparungen von 40 Mio RM und für das kommende von mindestens 100 Mio RM zu erzielen (ders. an Chapeaurouge, 31. 7. 1931, ebda).
- ¹⁷⁷ Witthoefft an Rosenbaum, 25. 1. 1919, ebda., Paket 2001, Privatkorr., Kopierbuch 4; ebenso, 24. 12. 1920, Kopierbuch 6: »Nach meiner Überzeugung müßte in Zukunft viel mehr gearbeitet werden als vor dem Kriege, das bezöge sich nicht nur auf die Arbeitnehmer, sondern ebenso auf die Arbeitgeber. Wenn das ganze deutsche Volk in der Bejahung dieser Frage sich einig wäre – und die Vernunft sollte eigentlich dazu führen –, dann sei es [möglich, ... sich] weiter empor zu arbeiten und mit der Zeit wieder den Rang unter den Völkern einzunehmen, der uns zukommt.«
- ¹⁷⁸ Auf die Mitwirkung Hamburger Unternehmer in diesem Kreis wird in einem geplanten späteren Band näher eingegangen. Vgl. Helfferich, Ein Leben, Bd. 4, S. 10–26; Czichon, Hitler, S. 24–56; Reinhard Vogelsang, S. 22–44.
- ¹⁷⁹ Am 20. 11. 1925 schrieb Witthoefft an Sohn Heinz: »Wir in Deutschland müssen für lange Jahre jedenfalls Frieden und Ruhe behalten, um überhaupt wieder auf die Beine zu kommen. Das ganze Geschrei der Nationalisten ist von Übel.« Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2000, Privatkorr. F. H. Witthoefft, Kopierbuch 13.
- ¹⁸⁰ Friedr. Bucher an Reichstg. der NSDAP, 20. 7. 1929 und an Ad. Hitler, 22. 7. 1929, Fst: 912 I.
- ¹⁸¹ Witthoefft an v. Schinckel, 12. 6. 1929, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2000, Privatkorr. Witthoefft, Kopierbuch 14.
- ¹⁸² August Behrens an HK Hbg., 9. 12. 1929 (Kommentar zu Denkschrift des RDI: Aufstieg oder Niedergang?): »Im heutigen Deutschland besitzt einzig und allein die Sozialdemokratie handfeste Männer mit politischem Rückgrat in der Regierung, d. h. Männer mit dem Willen zur Macht, und dieser in ihren Handlungen deutlich sichtbar werdende Wille zur Macht sichert ihnen die Gefolgschaft der Massen und damit auch die Macht. Diesem Willen mit Argumenten, wie sie die Denkschrift [...] enthält, entgegenzutreten zu wollen, beruht eben auf einem Verkennen der politischen Kräfte. Man kann der Macht nur mit Macht begegnen, und dazu fehlt es der Wirtschaft in ihren prominenten Trägern an jeder Eignung.« Eine Annäherung von Behrens selbst an die NSDAP ist nicht bekannt.

8. Kapitel

- ¹ Vgl. S. 249f. Senator Hirsch an den Syndikus der GK, Dr. Ing. Georg Stenzel, 6. 1. 1931, StAH: Handwerkskammer, Abl. 4, XII 58, Bd. 2; Senat an Bürgerschaft, 13. 5. 1931, mit Anl.: Denkschrift über die hamburgischen Regiebetriebe, StAH: Bürgerschaft I, B 15, Bd. 4. Ausführungen bei Tagung des Hbg. Mittelstandes, HF 291, 20. 10. 1929; Jahresbericht 1929 (HN 86, 20. 2. 1930) und Eingabe der Schuhmacherinnung, 6. 3. 1931, StAH: Steuerverw. I, IA 55/1; Delegiertenvsmgl. d. Arbeitsgemeinschaft d. Einzelhandels, HN 48, 29. 1. 1931; Erklärung der DK z. Sparprogr. des Senats u. amtl. Antwort, HF 31. 8., 1. 9. und 14. 9. 1931 sowie kritische Kommentare in HA 203, 1. 9. 1931 u. HE 18. 9. 1931.
- ² Vieth in 6. Bürgerschaftssitzung, 29. 4. 1929, Sten. Ber., S. 636f.; ders. in 24. Sitzung, 26. 11. 1930, ebda, S. 1007; gemeins. Flugblätter des Edeka-Verbands, der Hauptgemeinschaft des Dt. Einzelhandels und des Reichsverbands Dt. Kaufleute des Kolonialwaren-, Feinkost- und Lebensmitteleinzelhandels gegen die »Produktion«, Sept. u. Nov. 1929, StAH: Handwerkskammer, Abl. 4, III C74.
- ³ RGBl 1930 I, S. 137f.
- ⁴ Die Auseinandersetzungen wurden zunächst durch Angriffe der Wirtschaftspartei gegen die Detailistenkammer ausgelöst: Niederschr. über 6. Vollvsmgl. der DK, 9. 5. 1928 und 11. Vollvsmgl., 13. 11. 1929, AHK: 102/1A6/25–26; durch die Einführung der »Warenhaussteuer« erhielten sie neue Nahrung: Niederschriften über Plenarsitzung der HK, 11. 4. 1930 (ebda, 21C1/1b, Bd. 1), 5. u. 6. Vollvsmgl. der DK, 21. 5. u. 18. 6. 1930 (ebda, 102/1A6/27).
- ⁵ Rundschreiben des DIHT, 21. 11. 1932, AHK: 80 A5/1.
- ⁶ Niederschr. über 6. Vollversammlung der DK, 9. 5. 1928 mit Anl.: Der Mittelstand Nr. 17, 28. 4. 1928; über 9. Vollversammlung, 19. 10. 1932, AHK: 102/1A6/25 bzw. 29.
- ⁷ Z. B. Entschließung des Vereins der Kolonialwarenhändler von 1872 in Hbg. bei Kundgebung am 16. 3. 1931, StAH: Bürgerschaft I, A7, Bd. 12; Sondervsmgl. des Vereins der Fettwaren- und Feinkosthändler Hamburg-Altonas, HA 23. 7. 1931; Eingabe des Dt. Handwerks- und Gewerbekammertages vom 24. 7. 1931, in: HIGZ 17, 15. 8. 1931, S. 232f.; Besprechung in der DK, HA 20. 8. 1931.
- ⁸ Unterlagen im StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 137, bes. Eingabe der Gewerkekammer v. 23. 10. 1930; Artikel im HE v. 17. 10. 1931; Eingabe des Bundes der Innungen und fachgewerbl. Vereine betr. Einführung einer Handwerkerkarte, 6. 5. 1932; ablehnende Stellungnahme des Arbeiterrats (ebda) sowie der in der HK vertretenen Großunternehmer dazu im AHK: 80 M3/1.
- ⁹ R. O. Meyer an HK, 24. 5. 1932; R. Blohm an HK, 30. 5. 1932; HK an DHSG, 3. 6. 1932; W. Rickertsen an HK, 19. 7. 1932, AHK: 80 M3/1; Arbeiterrat an DHSG, 14. 6. 1932, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 137.
- ¹⁰ Entschließung des Vereins der Fettwaren- und Feinkosthändler Hamburg-Altonas von 1887, HA 272, 21. 11. 1930; Syndikus der DK, Dr. Otto Ribken, Zum Preisabbau, in: Der Einzelhandel Nr. 16, 15. 12. 1930, S. 185f.; Protestresolution des Vereins der Kolonialwarenhändler von 1872 in Hbg., 16. 3. 1931, StAH: Bürgerschaft I, A7, Bd. 12; Besprechung in der DK, HA 193, 20. 8. 1931; Syndikus der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels von Groß-Hbg. bei einer Protestvsmgl. mit ca. 2000–3000 Einzelhändlern am 9. 12., HA 288 u. HF 342, 10. 12. 1931. Die umfassendste Kritik lieferte der Hamburger Gewerbeverein von 1867 in seinem Jahresbericht für 1931 (S. 17): »Alle diktatorischen Maßnahmen, ob sie Preissenkung, Zinssenkung, Lohn- und Gehaltssenkung heißen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß ohne eine Ankurbelung der Wirtschaft

nichts erreicht wird. Jeder abgebaute Angestellte und entlassene Arbeiter vermehrt die Kosten der Wohlfahrtsstellen und bildet eine Gefahr für den ersehnten Aufstieg sowie einen Verlust für das Wirtschaftsleben.«

- ¹¹ Jahresbericht der Gewerbekammer 1930, AHdK, ohne Signatur; HE 228, 20. 8. 1931: Detaillistenkammer hat immer noch nichts hinzulernt; HE 16, 16. 1. 1932: Einzelhändler sind unbelehrbar. – Der Reichsverband des Dt. Handwerks drückte in einer Eingabe an die Reichsreg. am 4. 7. 1931 seine Sorge über die wirtschaftslähmenden Wirkungen der NVO vom 5. 6. 1931 aus, da das überwiegend auf den Inlandsmarkt angewiesene Handwerk dadurch besonders schwer getroffen werde (BAK: R 43 I/2370). Ähnliche Vorbehalte äußerte die Schuhmacherinnung in ihrem Jahresbericht 1931 (AHdK: Materialien f. d. Jahresber. der GK, ohne Signatur). Die Hbger Gewerbekammer akzeptierte demgegenüber die NVO als Versuch, den drohenden Zusammenbruch des Reichs abzuwenden, und entschied sich, die Reg. »in dieser Zeit schwerster Not« unbedingt zu unterstützen. (Plenumsprotokoll, 26. 6. 1931, ebda, Gk I B 22, Bd. IX).
- ¹² Nicht mehr so viel sparen sollen wir? in: HIGZ, 25. 4. 1931, S. 117–119.
- ¹³ Protokoll der Plenarvsmgl. der Gewerbekammer am 13. 6. 1931, AHdK: Gk I B 22, Bd. VIII.
- ¹⁴ Z. B. Eingabe des Reichsverbands des Dt. Handwerks an den RK, 24. 7. 1931, abgedr. in: HIGZ, 15. 8. 1931, S. 232 f. Bei einer Besprechung mit Senator Neumann über die Vergabe von Schuhreparaturen durch die Wohlfahrtsbeh. Anfang 1931 waren von den eingeladenen Parteien nur die DNVP und die Wirtschaftspartei erschienen. Solches Desinteresse wurde als symptomatisch empfunden. HIGZ 1931, S. 223. – Generell dazu: Winkler, Mittelstand, S. 121–139.
- ¹⁵ RGBl 1930 I, S. 136 f.; HGVOBl 1930, S. 395–397; 1931, S. 61.
- ¹⁶ Jahresberichte des Verbandes der Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe bzw. des Hamburger Hotelbesitzervereins für 1929, HC 60, 5. 2. 1930 u. HF 92, 2. 4. 1930. Danach waren schon 1929 die größeren Hotels nur zu knapp 60% (1930: 52%), die kleineren zu 52% belegt. Von 5637 Gastwirtschaften wurden in Hamburg am 1. Jan. 1928 lediglich 1418 zur Vermögenssteuer herangezogen, 1634 verdienten so wenig, daß sie nicht einmal Einkommenssteuer zahlen mußten. Für die Zeit zwischen Sept. 1930 und 1931 ermittelte der Zentralverband der Gast- u. Schankwirte von Groß-Hbg. einen Umsatzrückgang um ca. 20%. (Denkschrift: Die Notlage des Gastwirtsgewerbes von Groß-Hbg., StAH: Steuererw. I, II A 21 c). Nach den Steuererklärungen betrug er 1930 sogar bis zu 40% (Mittlg. des Vertreters des LFA in der 39. Sitzung der Finanzkommission des Senats, 4. 2. 1931, ebda, Finanzdep. IV, V u. O II A 1a XVI B 3 a).
- ¹⁷ Gutachten von Gustav Stolper für Bgm. Petersen zur geplanten Verdoppelung der Biersteuer, 13. 1. 1931, StAH: Steuererw. I, II A 21 a/4. Im RFM wurden Stolpers Kalkulationen abgelehnt; Zarden an Lippmann, 21. 3. 1931, ebda.
- ¹⁸ Dahrendorf (SPD) in der 18. Bürgerschaftssitzung, 29. 9. 1930, Sten. Ber., S. 794. – Eingabe des Brauerei-Verbandes für wirtschaftliche Interessen von Hamburg und Umgegend an die Bürgerschaft, 27. 9. 1930, AHK: 21 F 3/1; Bericht über Lage der Groß-Hbger Brauereien in HF 14. 10. 1930.
- ¹⁹ Im Bezirk des LFA Unterelbe (= Staat Hamburg) sank die Bierproduktion zwischen 1929 und 1931 im 1. Quartal um 34,9%, im 2. um 44,6% und im 3. um 42,6%. Anlage II zum Schreiben des RFM v. 5. 3. 1932, StAH: SKRAA II, II 3 A 47.
- ²⁰ Schon die Nachrichten über die geplante erste Biersteuererhöhung veranlaßten den Zentralverband der Gast- und Schankwirte von Groß-Hbg. und den Brauerei-Verband, am 13. Januar 1930 eine große Protestvsmgl. zu veranstalten, bei

der die üblichen, zuvor behandelten Mittelstandsforderungen an den Staat gerichtet wurden. Einladung u. Resolution im StAH: Handwerkskammer, Abl. 4, VI A 75. Eine Flut von Eingaben und zahlreiche Kundgebungen sollten die weiteren Steuererhöhungen verhindern: ebda, VI B 52; Bürgerschaft I, A 7, Bd. 12; Steuerverw. I, II A 21; AHK: 21 F 3/1. Eine Protestvsmg. am 29. 9. 1930 war von mindestens 7000 Angehörigen des Gastwirtsgebietes besucht (HA 228, 30. 9. 1930). In Hamburg gab es zu dieser Zeit 3776 Betriebe (Meibohm in der 18. Bürgerschaftssitzung am 29. 9. 1930, Sten. Ber., S. 782). Zu scharfen Kampfanfragen gegen die Regierungskoalition kam es besonders bei Kundgebungen am 13. 1. 1930 (HA 11, 14. 1. 1930), 29. 9. 1930 (HA 228, 30. 9. 1930) u. 6. 10. 1930 (HN 467, 7. 10. 1930). Bürgerschaftsabgeordnete, die für die Einführung der Gemeindebier- und Getränkesteuer gestimmt hatten, wurden durch Aushang von Listen angeprangert, wodurch nach Ansicht Chapeaurouges der strafrechtliche Tatbestand der Nötigung erfüllt war (Mitschrift einer Rede vor dem Beirat der DVP, 16. 12. 1930, StAH: FA Chapeaurouge U 158). Der Druck war so groß, daß z. B. der Staatsparteiiler Nobiling (Konditorinnung) Nachrichten über seine Zustimmung dementieren ließ (HA 233, 6. 10. 1930).

²¹ HN 467, 7. 10. 1930.

²² Bei der Vsmg. am 29. 9. 1930 sprachen als Bürgerschaftsvertreter: Dettmann (KPD), Henningsen (DNVP) u. Hüttmann (NSDAP) (HA 228, 30. 9. 1930). Am 6. 10. 1930 zeigte sich bereits, daß die radikalen Vorschläge der Nationalsozialisten viel Sympathie fanden (HN 467, 7. 10. 1930). Unter den Gastwirten konnten sie später leichter Mitglieder gewinnen als bei anderen Gruppen der Bevölkerung oder auch des Mittelstands; trotzdem waren die absoluten Zahlen nicht beeindruckend. Bei einer als besonders erfolgreich bezeichneten Zellenvsmg. waren laut Parteizeitung 150 »Fachgenossen« anwesend (HT 263, 16. 12. 1931).

²³ Berichte des LFA Unterelbe an Finanzdep., 20. 12. 1930 u. 25. 3. 1931; Vfg. zur Erzwingung der Steuerzahlungen v. 25. 3. 1931. Nach einer Übersicht nach dem Stand vom 31. 3. 1931 gaben nur 31 % der 4145 angemeldeten Betriebe fristgerecht die Steuererklärung ab, 66 % zahlten verspätet, 11 % gar nicht. StAH: Steuerverw. I, II A 21 c.

²⁴ HA 201, 29. 8. 1931: Gegen die Biersteuer.

²⁵ Vgl. Behrens, S. 222–230 und 257–270, dessen Aussagen über die unterschiedliche parteipolitische Orientierung der Branchen mir allerdings zu konstruiert erscheinen.

²⁶ Vgl. Martin Schumacher, a. a. O.

²⁷ HF 87a, 28. 3. 1930: Ausgabensenkung und Steuerabbau. In einer Stellungnahme zu den Zoll- und Steuervorlagen der Reichsreg. schrieb die Hamburger Gewerkekammer am 10. 3. 1930: »Wer all dieses regierungsseitige Tun auf verwaltemäßigem und gesetzgeberischem Gebiete in den letzten Monaten und Jahren betrachtet, der wird irre an dem guten Willen der Regierung und verliert das Vertrauen zu ihr. [...] und das schlimmste ist, niemand glaubt der Regierung und dem Reichstag mehr, daß sie im Jahre 1931 die Kraft haben werden, eine wirkliche für die Wirtschaft fühlbare Steuer- und Lastensenkung durchzuführen.« StAH: Handwerkskammer, Abl. 3, VI A 75.

²⁸ Dies zeigte sich z. B. bei einer Kundgebung mehrerer Lebensmitteleinzelhandelsverbände von Hbg.-Altona am 16. 3. 1931 (HA 64, 17. 3. 1931) od. des Nordwestdt. Handwerkerbundes in Altona am 14. 6. 1931 (ebda, 15. 6. 1931).

²⁹ Z. B. Eingabe des Dt. Handwerks- und Gewerkekammertages an den Reichskanzler, 24. 7. 1931, abgedr. in HIGZ Nr. 17, 15. 8. 1931, S. 232.

³⁰ So stimmte die Gewerkekammer entsprechenden Ausführungen des Syndikus

- Stenzel in ihrer Plenarvsmg. am 26. 6. 1931 einmütig zu. AHdK: Gk I B 22, Bd. 9. Ähnlich war der Tenor im Weihnachtsrückblick in HIGZ Nr. 26, 19. 12. 1931, S. 337 f.; im Jahresbericht der Detaillistenkammer für 1931, in: *Der Einzelhandel* Nr. 1, 15. 1. 1932.
- ³¹ Vereinzelt beriefen sich schon Ende 1929 Diskussionsredner auf die NSDAP, so bei einer Kundgebung des Landesausschusses des Hbg. Mittelstandes am 6. 12. 1929 (HA u. HN v. 7. 12.). Der Vors. der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels von Groß-Hbg. mußte sich ein Jahr später gegen die Forderung einer radikalen Gruppe wenden, entgegen der Anordnung des Senats am vorletzten »silbernen« Sonntag vor Weihnachten die Läden offen zu halten (HA 9. u. 11. 12. 1930). Im Jahresbericht für 1931 registrierte die Handwerkskammer Altona eine starke Radikalisierung im Handwerk, das sich »von der bisher führenden Wirtschaftspartei dem Nationalsozialismus« zugewandt habe (HA 301, 28. 12. 1931). Die Opposition machte sich u. a. bei einer Obermeister- u. Vertretervsmg. des Bundes der Innungen und fachgewerbl. Vereine am 28. 10. 1931 (HA 253, 29. 10.), im Landesausschuß des Hbg. Mittelstandes am 30. 10. 1931 (HF 302, 31. 10.), bei Mitgliedervsmgg. der Sattler- und der Tischlerinnung (HIGZ 23, 7. 11. 1931) bemerkbar. 1932 gewann sie stark an Boden. Generell dazu: Winkler, Mittelstand, S. 165–171. Der von ihm besonders stark beachtete, früh der extremen Rechten zuneigende Nordwestdeutsche Handwerkerbund spielte in Hamburg allerdings keine Rolle.
- ³² Die Opposition praktizierte ein im folgenden Jahr auch bei anderen Organisationen, insbes. der Detaillistenkammer, angewandtes Verfahren: Sie benutzte eine vier Jahre zurückliegende Unterschlagung eines früheren Angestellten der Innung, um schwere Vorwürfe gegen den Obermeister zu erheben. Der Vorstand trat zurück, als die 20. Mitgliedervsmg. trotz seines Widerspruchs einen gegen die Statuten verstößenden Antrag annahm. Der Führer der Opposition wurde mit 374 von 616 Stimmen gewählt. Obermeister Hansen, gegen den sich die Kampagne richtete, bekleidete zahlreiche Ehrenämter und war Md. des Reichswirtschaftsrats. HA 300, 24. 12. 1931; HA 9 und 15, 12 und 14. 1. 1932.
- ³³ HA 19, 23. 1. 1930; HN 38, 23. 1. 1930; HN 86, 20. 2. 1930. Statist. Mittlgg. Hbg. Nr. 22: Bürgerschaftswahl 1928, S. 41.
- ³⁴ HA 25, 30. 1. 1930. U. a. traten von der Wirtschaftspartei Johannes Meier u. der Vors. der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels, Heinrich Wesselhöft, von der DDP Georg Nobiling und Erich Lüth gegen den Kampfbund auf. Oskar Vogelhaupt (Bund der Innungen usw., Bürgerschaftsabg. der DDP) hatte sich schon in dessen Versammlung gegen die überflüssige Neugründung gewandt.
- ³⁵ Vgl. Tab. 3.
- ³⁶ Beim Kampf um den »silbernen Sonntag« entschieden sich die Hbger Nationalsozialisten z. B. zuerst für die Interessen der Angestellten und versuchten, nachdem der Ladenschluß durch die Haltung der Bürgerschaftsmehrheit gesichert war, plötzlich durch Neuinterpretation ihrer Stellungnahme ihre Aufgeschlossenheit für die Wünsche des Mittelstandes unter Beweis zu stellen. HE 326, 25. 11. 1930; HA 297, 20. 12. 1930. 1931 stellte die NSDAP sechs Einzelhändler auf den Plätzen 19, 34, 65, 95, 96 und 120 auf sowie fünf Handwerksmeister auf den Plätzen 59, 82, 110 und 112. Gewählt wurden 39 Kandidaten. 1932 hatte sie den Vors. des Verbandes Hbger Gewerbevereine, Christian Bartholatus, auf Platz 18 und den Obermeister der Schmiedeeinnung, Otto Bischof, auf Platz 40, außerdem drei Einzelhändler auf sichere Plätze gesetzt. Statist. Mittlgg. Hbg. Staat H. 27, S. 40f. und H. 28, S. 80f.
- ³⁷ Z. B.: *Der Sieg muß unser sein*, in: HGZ 1, 4. 1. 1929, S. 1.

- ³⁸ Jahrbuch Grundeigentümergeverein 1928, S. 13–25, Zitat: S. 16.
- ³⁹ Ebda, S. 18.
- ⁴⁰ Richard S. Bak, Der »Gratisbürger« – Für wen wird das Grundeigentum geschöpft? in: HGZ 1, 4. 1. 1929, S. 2–4; ders. in einer Mddvsmgl. des Grundeigentümergevereins am 5. 3. 1929 (HGZ 10, 8. 3. 1929, S. 1f.), bei einem Parl. Abend des Vereins am 26. 10. 1929 (HGZ 45, 8. 11. 1929, S. 1f.) u. öfter; ebenso im Jahresbericht für 1928/29 (HGZ 45, 8. 11. 1929, S. 2; dort das Zitat). – Die Zahl der in einer Wohnung lebenden Personen hatte sich im Vgl. zur Vorkriegszeit nur wenig verringert (1913: 4,00 – 1929: 3,61); die Wohnungen waren im Schnitt aber kleiner. Statist. Jb. Hbg. 1929/30, S. 140.
- ⁴¹ Bak, Der »Gratisbürger«, in: HGZ 1, 4. 1. 1929, S. 2–4. Ähnliche Vorwürfe gegen den »Fürsorgestaat« durch Univprof. E. Horneffer bei einer Kundgebung des Grundeigentümergevereins Hamburg am 25. 10. 1929, HGZ 44, 1. 11. 1929, S. 1f.
- ⁴² Bak, Was soll werden? in: HGZ 38, 19. 9. 1930, S. 1f.
- ⁴³ Vortrag bei der Mddvsmgl. am 11. 3. 1930, HGZ 11, 14. 3. 1930, S. 2–5, Zitat: S. 3.
- ⁴⁴ Der Sieg muß unser sein, in: HGZ 1, 4. 1. 1929, S. 1.
- ⁴⁵ Vortrag bei Mddvsmgl. am 5. 3. 1929, HGZ 10, 8. 3. 1929, S. 2.
- ⁴⁶ Bak, Vortrag bei Mddvsmgl. am 11. 3. 1930, HGZ 11, 14. 3. 1930, S. 3.
- ⁴⁷ Jahresbericht 1928/29, in: HGZ 45, 8. 11. 1929, S. 2.
- ⁴⁸ Vgl. die Auseinandersetzungen von Viktor Brecht (WP) und Ludwig Pesl mit Hans Fabricius (NSDAP) sowie die Stellungnahmen des Hbger Grundeigentümergevereins in der HGZ 16, 33–37: 19. 4., 15., 22., 29. 8., 5., 12. 9. 1930.
- ⁴⁹ Zitat im Jb. Grundeigentümergeverein Hamburg 1928, S. 24.
- ⁵⁰ Eichholz bei Bezirksvsmgl. Dulsberg der Dt. Staatspartei, HA 93, 21. 4. 1932: Mieter wählen mieterfreundliche Parteien.
- ⁵¹ Dies ergibt sich bei Durchsicht der Versammlungsberichte und -ankündigungen der Grundeigentümergevereine in den verschiedenen Stadtteilen in der HGZ 1928–1932.
- ⁵² Vgl. Anm. 48. Zitat in HGZ 36, 5. 9. 1930, S. 4. Hitlers offizielle Auslegung des Punkts 17 des Parteiprogramms vom 13. 4. 1928 druckte die Schriftleitung in der folgenden Nummer vom 12. 9. 1930 mit dem skeptischen Kommentar ab: »Nach dieser vieldeutigen Erklärung [...] wird sich jeder Grundeigentümer selbst ein Urteil darüber bilden können, ob er den Nationalsozialisten die gesetzgebende Gewalt zum Schutze des privaten Eigentums und der privaten Wirtschaft anvertrauen will.«
- ⁵³ HGZ 45, 7. 11. 1930, S. 45.
- ⁵⁴ 9. Hauptvsmgl. am 18. 10. 1930, HGZ 1, 2. 1. 1931, S. 3. Fehmerling war 1919 auf einer Grundeigentümerliste in die Bürgerschaft gewählt worden. Die Nähe zur WP ergibt sich aus seinen Ausführungen am 20. 12. 1928 (HGZ 2, 11. 1. 1929, S. 4) und dem hier zitierten Referat.
- ⁵⁵ HC 9, 7. 1. 1931: Sachliche Arbeit, nicht Opposition!
- ⁵⁶ Berichte über die Hauptvsmgl. des Grundeigentümergevereins am 21. 10. 1930, bei der der nationalsozialistische Gegenkandidat gegen das vom Vorstand zur Wahl vorgeschlagene Mitglied nach tumultartigen Auseinandersetzungen mit 54 Stimmen unterlag (HC 494, 22. 10. 1930; HN 496, 23. 10. 1930; HGZ 43, 24. 10. 1930, S. 1f.). Die Zweigvereine nahmen in unterschiedlicher Weise dazu Stellung: Der für Barmbeck, Uhlenhorst und Winterhude verurteilte »aufs schärfste, daß im Hauptverein von einigen Mitgliedern in letzter Zeit versucht worden ist, die Vereinsversammlungen zum Tummelplatz politischer Streitigkeiten herabzuwürdigen« (HGZ 47, 21. 11. 1930, S. 4). Im Grundeigentümergeverein von Eil-

- beck, Hohenfelde, Borgfelde und Hamm kam eine vom Vors. vorgeschlagene EntschlieÙung, daÙ politische Fragen möglichst aus den Vsmllg. ferngehalten werden sollten, dagegen nicht durch (HGZ 48, 28. 11. 1930, S. 4).
- 57 HGZ 9, 27. 2. 1931, S. 1f.; 10, 6. 3. 1931, S. 1-3; HN 105, 4. 3. 1931; Flugblätter im StAH: Handwerkskammer, Abl. 4, III C 74. Die Veranstaltung war die erste große Aktion des Organisationsausschusses.
- 58 Josef Hoffmann bei Mddvsmllg. am 10. 3. 1931, HGZ 11, 13. 3. 1931, S. 1. Im Organ der Handwerkskammer wurde erst am 11. 4. 1931 in einer knappen Notiz über die Veranstaltung berichtet: HIGZ 1931, Nr. 8, S. 114.
- 59 So bei der Übermittlung der von der Vsmllg. angenommenen EntschlieÙung an Bürgerschaft und Handelskammer, Eingabe des Grundeigentümergevereins vom 20. 3. 1931, StAH: Bürgerschaft I, A 7, Bd. 12; AHK: V 581.
- 60 HGZ 10 und 11, 6. und 13. 3. 1931, jeweils S. 1.
- 61 HGZ 25, 19. 6. 1931, S. 4.
- 62 HGZ 12, 20. 3. 1931, S. 1.
- 63 HGZ 23, 5. 6. 1931, S. 1: Ausbau unserer Vereins-Organisation!; HGZ 46, 13. 11. 1931, S. 5: Betrifft Jahresbericht.
- 64 Vgl. Anm. 50. Die NSDAP erhielt im Vgl. zu den übrigen unterstützten Parteien nur die Hälfte, weil sie lediglich einen Kandidaten nominierte (Aufzeichnung Dietz, Fst: Fasc. 912 II).
- 65 HGZ 36, 4. 9. 1931, S. 1; 38, 18. 9. 1931, S. 1.
- 66 HGZ 39, 25. 9. 1931, S. 3f. Dreyer propagierte seinen Währungsplan seit Juli 1931, unterstützt von seinem nationalsozialistischen Parteifreund, Rechtsanwalt Dr. Curt Korn, vgl. HGZ 31, 31. 7. 1931, S. 2f.
- 67 HGZ 42, 16. 10. 1931, S. 3.
- 68 HN 486, 17. 10. 1931: Das Grundeigentum wehrt sich gegen Vernichtung.
- 69 Die erste öffentliche Mitgliederversammlung fand am 15. 10. 1931 statt. HGZ 43, 23. 10. 1931.
- 70 Umfassende Dokumentation dazu im Besitz des Grundeigentümergevereins Hamburg, im AHK: V 581, in der HGZ und den Hamburger Tageszeitungen.
- 71 EntschlieÙung des 7. ordl. Bundestages des DBB z. Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsreg., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367.
- 72 Z. B. Resolution des DBB, Landeskartell Groß-Hamburg, 7. 6. 1930; Aktenvermerk des Beamtenreferenten, Staatsrat Dr. Schultz, über Unterredung mit Vertretern des DBB, 12. 6. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O I D 11 b VIII B, Unterakte: VO v. 26. 7. 1930; Berichte über Protestresolutionen u. -kundgebungen der Beamtenverbände in HA 131, 132 u. 139 v. 7., 10. u. 18. 6. 1930; HE 155 u. 166, 6. u. 18. 6. 1930; Tel. des DBB Hbg. an Bgm. Roß, 18. 11. 1930, StAH: Senat, Personalabtlg., 1930 Ja 48; EntschlieÙung des DBB z. Wirtschaftsprog., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367.
- 73 Vermerk Schultz' über Unterredung mit Martini als Vertreter des Reichsbundes höherer Beamten, 31. 10. 1930; Vermerk über Unterredung mit Vertretern des DBB, 29. 10. 1930, StAH: Senat, Personalabtlg., 1930 Ja 48; EntschlieÙung des DBB z. Wirtschaftsprog., Okt. 1930, ebda, 1930 Ja 49.
- 74 Vermerk über Unterredung zwischen DBB Hbg. u. Beamtenreferat, 29. 10. 1930, StAH: Senat, Personalabtlg., 1930 Ja 48; EntschlieÙung des DBB z. Wirtschaftsprog., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367; Eingabe des DBB an RK, 23. 4. 1931, ebda, 2368.
- 75 EntschlieÙung des DBB z. Wirtschaftsprog., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367.
- 76 EntschlieÙung des DBB Lübeck, 14. 10. 1930; EntschlieÙung des DBB z. Wirtschaftsprog., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367; Vertreter des Hbger DBB bei einer

- Unterredung mit Staatsrat Schultz, 29. 10. 1930, StAH: Senat, Personalabtlg., 1930 Ja 48.
- 77 Entschließung des DBB z. Wirtschaftsprogr., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367 (hier das Zitat); Eingabe des DBB an RK, 23. 4. 1931, ebda, 2368.
- 78 Reichsverband der Ruhe- und Wartestandsbeamten und Hinterbliebenen an RK, 25. 4. 1931, BAK: R 43 I/2368.
- 79 Entschließung des DBB z. Wirtschaftsprogr., Okt. 1930, BAK: R 43 I/2367; Bericht über den Bundestag in HE 294, 24. 10. 1930.
- 80 Der Beamtenbund, Jg. 14, Nr. 51, StAH: Senat, Personalabtlg., 1929 Ja 34; HF 185, 6. 7. 1930; HE 8. 7. 1930; Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung, Jg. 9, Nr. 78, 15. 7. 1930 (hier das Zitat); Hamburgische Polizeibeamten-Zeitung, Jg. 20, Nr. 8, 15. 4. 1930, S. 116 (für die Mddzahl). Vgl. Staat und NSDAP, S. XVIII–XXXVI.
- 81 Senatserlaß vom 3. 11. 1930, StAH: Senat, Personalabtlg., 1929 Ja 34. Für die Polizei wurde ein ausdrückliches Verbot der Zugehörigkeit zu staatsfeindlichen Organisationen erneut eingeschärft. Verfügung des Polizeiherrn, 4. 11. 1930, StAH: Staatl. Pressestelle II, V I 3. – HC 516, 4. 11. 1930: Kritik der Zeit; Erklärung der DVP in der 25. Bürgerschaftssitzung am 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1051.
- 82 StAH: Beamtenrat, Nr. 37.
- 83 Niederschrift über Vollvsmgl. des Beamtenrats, Jan. 1931, ebda.
- 84 HA 74, 28. 3. 1931.
- 85 Ausführliche Dokumentation über den Prozeß und die anschließenden Auseinandersetzungen im StAH: Landesjustizverwaltung, II Eb 2a Vol. 2c [1] sowie im Archiv des Landgerichts: B 4a, Mappe 16. Vgl. ferner HE 275, HA 233, HC 466 v. 6. 10. 1931, HN 467 v. 7. 10. u. HT 205 v. 8. 10. 1931. Landgerichtspräses. Dr. Johannes Meyer wurde im April 1933 nach § 5 des Berufsbeamtengesetzes beurlaubt und im Juli 1933 auf seinen Wunsch in den Ruhestand versetzt. (Johe, S. 66). Er nahm von sich aus Kontakt mit der Leitung des HE zur Beilegung der Kontroverse auf, was auf eine gewisse Verbindung zur SPD schließen läßt.
- 86 Hamburgischer Richterverein an den Präses der Landesjustizverwaltung, 18. 12. 1931, StAH: Landesjustizverw., II E b 2a Vol. 2c [1].
- 87 16. Bürgerschaftssitzung, 21. 10. 1931, Sten. Ber., S. 767f.
- 88 Da die Besprechung der Anfrage ausfiel, veröffentlichte der DVP-Vertreter Röper seine geplanten Ausführungen in der Parteizeitschrift »Erneuerung« 31, 31. 10. 1931 (StAH: Staatl. Pressestelle II, O I 3) und den HN 499, 25. 10. 1931. Zitat aus HC 466, 6. 10. 1931.
- 89 Josef Baumhoff an RK, 26. 5. 1931, BAK: R 43 I/2381.
- 90 Beamtenbeirat der Niederschles. Zentrumsparterie an RK, 11. 5. 1931, BAK: R 43 I/2369.
- 91 Dt. Staatspartei Rastenburg an Dietrich, 28. 4. 1931; Reichsbeamtenausschuß der DStp an Dietrich, 2. 5. 1931, BAK: NL Dietrich 244.
- 92 Dr. an Beamtenrat, 12. 4. 1931, StAH: Beamtenrat Nr. 37.
- 93 Aufzeichnung Abegg's für den Minister, 25. 9. 1930, Geh. Staatsarchiv Bln.-Dahlem: Rep 90/2326. Auch Rönneburg berichtete am 14. 3. 1931 im Gesamtvorstand der DStp, daß die Beamtenschaft bei der Reichsbahn, -post und -finanzverwaltung der Hauptträger der nationalsoz. Agitation sei. BAK: R 45 III/49, S. 11/34.
- 94 Reichsbeamtenausschuß an Dietrich, 9. 6. 1931, BAK: NL Dietrich 247.
- 95 HA 5. 6. 1931.

- ⁹⁶ HN 255, 5. 6. 1931. Der letzte Diskussionsredner, ein Zollbeamter, war auch der Berichterstatter für die HN.
- ⁹⁷ StAH: Senat, Personalabtlg. I, 1931 Ja 19 a 1 b.
- ⁹⁸ DBB Provinz Hannover an Barteld, 6. 6. 1931, BAK: NL Dietrich 242.
- ⁹⁹ DBB an Reichsreg., 14. 8. 1931, BAK: R 43 I/2379.
- ¹⁰⁰ Die deutsche Beamtenschaft zur Wirtschaftslage. Wirtschaftspolitische Forderungen des Deutschen Beamtenbundes. Berlin [3. 9.] 1931. In: StAH, Senat, Personalabtlg. I, 1931 Ja 18.
- ¹⁰¹ Beispiele dafür bieten die Eingaben in StAH: Bürgerschaft I, A 7, Bd. 12 und Senat, Personalabtlg. I, 1931 Ja 19 a 1 b.
- ¹⁰² ADB, Ortskartell Groß-Hamburg an Senatskommission für Beamtenangelegenheiten, 29. 9. 1931, StAH: Senat, Personalabtlg. I, 1931 Ja 19 a 1 b.
- ¹⁰³ HN 471, 9. 10. 1931: Eine Kämpfansage der Hamburger Lehrerschaft. Die Versammlung war einberufen von der Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens und vom Verein Hamburger Volksschullehrerinnen.
- ¹⁰⁴ HA 238, 12. 10. 1931: Eine Kundgebung der Zollbeamten.
- ¹⁰⁵ Die Proteste mündeten wiederholt in Kritik an der Verbandsltg., z. B. bei einer Lehrervsmlg. am DBB (HE 155, 6. 6. 1930) oder bei der Zollbeamtenvsmlg. an den »Führern« generell (HA 238, 12. 10. 1931). – Der Vors. des Ortskartells Groß-Hamburg des DBB mit ca. 50000 Mitgliedern war der Bürgerschaftsabg. der DVP, Carl Grevsmühl, der Vors. des Vereins Hamburgischer Staatsbeamten mit mehr als 20000 Mitgliedern der Staatspartei, Dr. Theodor Körner (Eingabe des DBB v. 7. 6. 1930, StAH: Finanzdep. IV, V u. O I D 11 b VIII B, Unterakte: VO v. 26. 7. 1930 bzw. Schreiben Körner an Dietrich, 20. 5. 1932, ebda, V u. O I I B 5 a XCIII A, 1. Akte). Der Vors. des Landesverbands der Polizeibeamten Groß-Hbgs, Polizeimajor Alfred Schulz, war Sozialdemokrat. Mit Rücksicht auf die Wünsche der Organisationen entschloß sich der Senat, die 3. Gehaltskürzung statt zum 1. Okt. erst zum 1. Nov. durchzuführen. (Aktenvermerke Schultz', 1. 10. 1931 und Frahms, 2. 10. 1931, StAH: Senat, Personalabtlg. I, 1931 Ja 19 a 1 b bzw. Ja 19 b 1; Niederschr. über 54. Sitzung der Finanzkomm. des Senats, 30. 9. 1931, ebda, Finanzdep. IV, V u. O I I A 1 a XVII B 3 b.)
- ¹⁰⁶ Die Parteistatistik der NSDAP bietet keinen Aufschluß, weil viele Beamte aus Furcht vor disziplinarischen Maßnahmen die Mitgliedschaft vor der »Machtergreifung« offiziell nicht erwarben.
- ¹⁰⁷ HN 255, 5. 6. 1931.
- ¹⁰⁸ Vgl. Mommsen, Staat und Bürokratie; ders., Stellung der Beamtenschaft; Rudolf Morsey, Staatsfeinde; ders., Beamtenschaft.

9. Kapitel

- ¹ HA 12. 6. 1931: Das Diktat der Krise.
- ² BAK: NL Dietrich 127, Bl. 195 f.
- ³ E. N. an L. Roselius, Bremen, 4. 8. 1931, BAK: R 43 I/678. In einem anonymen, »die öffentliche Meinung« gezeichneten Brief an die Hbger Handelskammer vom 2. 1. 1931 hieß es: »Das Mißtrauen zur heutigen Regierung und Verwaltung wird immer größer im deutschen Volke [...]. Wir haben kein Vertrauen zum Sanierungsprogramm, denn es hilft jetzt kein Mundspitzen mehr, es muß gepfiffen werden. Halbe Maßnahmen bringen uns nur dem Chaos näher [...]. Hoffentlich wird die Regierung bald mit den Kompromissen aufhören und das

- Reformwerk *rücksichtslos* durchführen, damit nicht erst fähigere Köpfe kommen müssen, um es zu vollenden.« AHK: 40 A 8/12.
- 4 Pl. an HK, 15. 8. 1931, AHK: 29 A3/5/12, Bd. 2.
- 5 Stellungnahme Reinkes zur Fahrpreiserhöhung bei der Hochbahn, 13 u. 19. Bürgerschaftssitzung, 6. u. 27. 6. 1928, Sten. Ber., S. 424 f. u. 711 f. – Vgl. S. 383.
- 6 Die beiden Broschüren befinden sich in Fst: Bibl. I Ud5 und Kasten 913; die der Regierungsparteien ist auszugsweise abgedruckt bei Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 341–347.
- 7 Hierzu und zum folgenden: Krebs, Tendenzen, S. 40–68, ferner die zwölfteilige Artikelserie von Werner Jochmann und Bernd Nellessen: Hamburg und Hitler, in: Die Welt, Nr. 21, 24, 25, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41 u. 43 vom 25., 28., 30. 1., 1., 3., 6., 8., 10., 13., 15., 17. u. 20. 2. 1961.
- 8 Fst: Fasc. 12 Ka.
- 9 8. Bürgerschaftssitzung, 6. 3. 1929, Sten. Ber., S. 281.
- 10 Dies zeigen zahlreiche SA-Befehle aus dem Besitz Conns, Fst: Fasc. 922 I, sowie Einladungen und Terminpläne, ebda, Fasc. 912 I.
- 11 Krebs notierte für die erste Januar-Dekade 1931 in sein Tagebuch: »... Besprechung mit einigen Herren der Hamburger Wirtschaft. Ergebnis liegt wohl nur im Kennenlernen. Im übrigen werden wir unsere Ziele einmal gegen diese Kreise durchsetzen müssen; nur müssen wir vorher von ihnen die wirtschaftlichen Realitäten kennenlernen. Im allgemeinen leben die Herrschaften in den Vorstellungen und Gedankengängen des Vorkriegsdeutschlands: Export-Weltwirtschaft-Export!« Am 5. 3. 1931 vermerkte er erneut: »Abends wieder Aussprache mit rund 35 geladenen Gästen. Zum Teil werden verbohrt sozialreaktionäre Anschauungen vorgetragen, besonders durch Direktor Willing von der Norddeutschen Bank. In der Aussprache werde ich ziemlich scharf in der Ablehnung des »kapitalistischen Systems«.« Fst: Fasc. 11 K 3.
- 12 Bezeichnend dafür sind die Flugblätter: »Wer ist verantwortlich für das Elend?« und »Wer sind die wahren Sozialisten und was ist wahrer Sozialismus?« Fst: Kasten 913.
- 13 Anordnung Kaufmanns vom 12. 4. 1930, Fst: Fasc. 11 K 1 b.
- 14 Hansische Warte v. 9. 8. 1929, Fst.: Fasc. 912 I.
- 15 Bürgerschaftssitzung, 2. 10. 1929, Sten. Ber., S. 965.
- 16 Rundschreiben Nr. 10 des Gauleiters, 18. 10. 1929, Fst: Fasc. 912 I.
- 17 Krebs, Tendenzen, S. 69–77. In seinem Tagebuch klagte er wiederholt über das Desinteresse und die geringe Aktivität in den NS-Betriebszellen, 15. 4., 5., 6.–11., 18., 19. 5. 1931, Fst.: Fasc. 11 K 3.
- 18 Eintragung vom 9. 9. 1931, Fst: Fasc. 11 K 3.
- 19 Eintragungen vom 6. und 22. 10. 1931, ebda.
- 20 HF 60a, 1. 3. 1930; HA 96, 25. 4. 1931; BT 196, 26. 4. 1931; HA 101, 104 und 112, 2., 6. und 10. 5. 1931; HE 208, 31. 7. 1931; HA 177, 1. 8. 1931; Unterlagen in Fst: Fasc. 99 (Hamburg).
- 21 Der SA-Befehl »SAF und Mandat« v. 2. 8. 1930 sowie weitere wichtige Quellen zur Entwicklung der »Stennes-Revolution« sind abgedruckt bei Jacobsen/Jochmann, darunter auch der Aufruf der Stennes-Gruppe an die SA vom 2. 4. 1931 (dort das Zitat). Vgl. auch Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 848–853; Bennecke, Hitler und SA, S. 147–154, 164 f.
- 22 Aufzeichnung oppositioneller Hamburger Nationalsozialisten zur Begründung ihres Austritts aus der Partei, 27. 9. 1931, Fst: Fasc. 912 II.
- 23 Krebs, Tagebucheintragung vom 16. und 17. 3. 1931, Fst: Fasc. 11 K 3.
- 24 HC 127, 17. 3. 1931.

- ²⁵ Krebs, Tagebucheintragung vom 15. 4. 1931, Fst: Fasc. 11 K 3. In den Forderungen und Erklärungen der Stennes-Gruppe wurde stets mit Nachdruck auf die wirtschaftlichen Probleme der SA hingewiesen (vgl. Anm. 21). Die erhaltenen Befehle Conns zeigen, daß die SA-Männer häufig 50 Pfg. oder ähnliche Beträge zu den Einsätzen mitbringen mußten. Fst: Fasc. 922 I und II.
- ²⁶ Aufruf der Stennes-Gruppe an die SA, 2. 4. 1931, in: Jacobsen/Jochmann, Dokumente I.
- ²⁷ HA 101, 104 vom 2., 6. 5. 1931. Die Angaben über die Stärke der SA scheinen zuverlässig zu sein. Genaue Gesamtzahlen liegen nicht vor. Nach den Meldungen Conns zählte seine Standarte am 6. 10. 1930 267 Mann; die Brigade 1 (Hamburg) bestand nach einer Neueinteilung am 11. 10. 1930 aus drei Standarten (Brigadebefehl 7). Fst: Fasc. 922 II.
- ²⁸ Oberführer Nordmark, Heuschkel, an Conn, 11. 11. 1930, ebda. Conns Aufruf an die Hamburger SA vom April 1931 ist abgedruckt bei Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 340. In seiner Austrittserklärung vom 20. 5. 1931 führte Conn zur Begründung die Annäherung der NSDAP ans Zentrum und ihren wirtschaftspolitischen Kurswechsel an, den Verzicht auf die Abschaffung des »arbeitslosen Einkommens« und der »Zinswirtschaft«. Fst: Fasc. 99.
- ²⁹ Hans Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft. Erläuterung der wirtschaftlichen Programmpunkte und Ideenlehre der nationalsozialistischen Bewegung. Berlin 1931. Reupke war Mitglied der NSDAP und Angestellter des RDI. Die Schrift wurde am 10. 3. 1931 im Völkischen Beobachter zur Unterrichtung über die wirtschaftlichen Ziele der Nationalsozialisten empfohlen. Ausführliche Stellungnahmen finden sich beispielsweise in der Gewerkschafts-Zeitung (ADGB) 1931, S. 130–133, oder im GDA-Führer 1931, S. 60–63, 81–83.
- ³⁰ Vertrauliche Aufzeichnung dreier SA-Männer zur Begründung ihres Austritts aus der NSDAP, 27. 9. 1931, Fst: Fasc. 912 II.
- ³¹ HT 160, 3. 8. 1931. Auch ein Artikelmanuskript des Wirtschaftsfachmanns des Tageblatts, Dr. Gustav Schlotterer: »Wenn wir regierten . . .«, führte nicht weiter. Er registrierte den Zusammenhang von Kaufkraftschwund und mangelnder Kapazitätsausnutzung der Produktionsanlagen, schlug aber als Lösung für eine Übergangszeit nur die teilweise Ausschaltung des Geldes vor durch Arbeit von Erwerbslosen für Erwerbslose in stillgelegten Fabriken und Ersatz fälliger Zahlungen an den Staat durch unentgeltliche Leistungen für Erwerbslose. Material Krebs, Fst: Fasc. 9116.
- ³² Ein besonders gutes Beispiel bietet die »1. Wahlzeitung der Nationalsozialisten« vom Sept. 1931, Fst: Kasten 913.
- ³³ Die sorgfältige Organisation der Propaganda spiegelt sich in zahlreichen Rundschreiben der Gaultg. u. SA-Führung wider. Fst: Fasc. 912 II und 922 II. Die Hbger NSDAP selbst führte ihren Wahlerfolg am 14. 9. 1930 auf die »schärfste Konzentrierung auf die Propaganda« zurück. Hansische Warte 41, 2. 10. 1930.
- ³⁴ Kaufmann an den Reichsschatzmeister der NSDAP, Schwarz, 8. 2. 1930, Fst: Fasc. 912 II. Bei Kaufmanns Amtsantritt hatte der Gau Schulden in Höhe von 18000 RM: ders. an Schwarz, 24. 1. 1930, ebda.
- ³⁵ Tagebucheintragung Krebs, 29./30. 7.; 1. 9.; 2. 10.; 6. 11. 1931, Fst: Fasc. 11 K 3.
- ³⁶ Vgl. Tabelle 2 und 3. Schwierigkeiten für die Analyse ergeben sich dadurch, daß in der Statistik Angestellte und Beamte zusammengefaßt und die leitenden Beamten den Selbständigen zugerechnet werden. Um annäherungsweise zwischen den Stadtteilen mit besonders vielen Angehörigen der einen oder anderen Bevölkerungsschicht zu unterscheiden, ist zusätzlich auf die Stärke der Wirtschaftsabteilungen Produktion und Handel bzw. Verwaltung usw. zu achten.

- 37 Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studenten-Ausschuß der Universität Hamburg gewannen die Nationalsozialisten bei einer Beteiligung von etwa 60% der Wahlberechtigten 1930 366 von 1931, 1931 883 von 2256 abgegebenen Stimmen. Sie waren damit 1931 stärkste Fraktion. HE 15. 2. 1930, 13. 2. 1931. Nach der Parteistatistik traten der NSDAP bis zum 14. 9. 1930 19 und bis zum 30. 1. 1933 weitere 114 Schüler und Studenten bei; doch dürfte die starke Mobilität dieser Gruppe das Bild bei ihnen besonders stark verfälschen. Die Hitler-Jugend hatte am 1. 1. 1931 172, am 1. 10. 1931 248 und am 1. 1. 1932 165 Mitglieder. BAK: NS 26/239.
- 38 Parteistatistik 1935, S. 26.
- 39 Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift (HDM), H. 7, Juli 1928. Vgl. S. 68, 318–321.
- 40 HDM 9, Sept. 1928. Hugenbergs Artikel war zuerst im Berliner Lokal-Anzeiger vom 26. und 28. 8. 1928 erschienen.
- 41 Rundschreiben Hugenbergs v. 18. 10. 1928 zur Parteivertretertagung am 20. Oktober, Fst: Fasc. 7533.
- 42 Aktionsprogramm [Hugenbergs] für die Parteiarbeit in der kommenden Zeit, [21. 10. 1928], Fst: Fasc. 7533; HDM 11, Nov. 1928.
- 43 HDM 12, Dez. 1928.
- 44 Vgl. Behrens, S. 355–357.
- 45 HF 21. 1. 1929.
- 46 Behrens, S. 358–361; HF 14., 16., 17., 21., 25. 1., 6., 8., 13. und 16. 2. 1929. Am stärksten betroffen war Eilbeck. Außerdem bildeten sich deutschnationale Vereine in Barmbeck, Eppendorf-Hoheluft, Neustadt und Altstadt.
- 47 HC 585, 15. 12. 1929 (Stange); Flugblatt mit Austrittserklärungen Irwahns und Zimmermanns v. 16. bzw. 19. 12. 1929, in Fst: Fasc. 7533.
- 48 HF 52, 21. 2. 1930; HN 87, 21. 2. 1930; HA 44, 21. 2. 1930; HN 89, 22. 2. 1930. Im März trat die Mark »General von Lettow-Vorbeck« aus der deutschnationalen Jugendorg., dem Bismarckbund, und der DNVP aus, HA 67, 20. 3. 1930.
- 49 HA 46, 23. 2. 1930; HN 92, 24. 2. 1930; HA 47, 24. 2. 1930.
- 50 Max M. Warburg an Georg Solmssen, 31. 10. 1929, Privatarchiv Eric M. Warburg; M. M. W., Div. Korrr. 1929; F. H. Witthoefft an v. Schinckel, 12. 6. 1929, Firmenarchiv A. O. Meyer: Paket 2000, Privatkorr. Witthoefft, Kopierbuch 19.
- 51 C. G. Gok an das geschäftsf. Vorstandsm. der DNVP, Major Nagel, 17. 1. 1930, Archiv Blohm u. Voß (ABV): 578 A/D 7. V. Dassel hoffte im Sommer 1930, Schinckel für die KVP gewinnen zu können. Namens des Nationalklubs plädierte dieser für die Wiedervereinigung von DNVP und KVP. Behrens, S. 367f.
- 52 Vgl. S. 70. HC 210, 7. 5. 1930. Die DNVP dementierte, ohne Zahlen zu nennen. Nach Angaben der Volkskonservativen waren bei den 3000 verbliebenen Mitgliedern sogar viele mitgerechnet, die seit langem keine Beiträge mehr zahlten.
- 53 Lienau beim Landesparteitag am 20. 2. 1930, HC 88, 21. 2. 1930.
- 54 HDM 5, Mai 1930.
- 55 Entschließungen des Landesvorstands vom 23. 7. und 1. 8. 1930, Hbger. 8-Uhr-Abendblatt 170, 24. 7. 1930 bzw. HN 356, 2. 8. 1930.
- 56 Fr. Stellbrink an Hugenberg, 23. 4. 1930, ABV: 578 A/D 7a I.
- 57 Ders. an Gok, 23. 4. 1930, ebda.
- 58 H. With an Gok, 4. 8. 1930, ebda.
- 59 Es handelte sich um den Vors. des Arbeitsausschusses deutschnationaler Industrieller, Generaldir. Dr. Hasslacher, das geschäftsführende Vorstandsm., Dr. Reichert, Dr. Hampe, Dir. Leopold, Dr. Rademacher. Alle traten bis Ende Juli

- 1930 aus der DNVP aus und mit Ausnahme Hampes zur KVP über. Nationalliberale Correspondenz, Pressedienst der Dt. Volkspartei, Jg. 57, Nr. 145, 30. 7. 1930. Der stellv. Vors. des RDI, Abraham Frowein und Dr. Moritz Klönne waren schon im Dez. 1929 aus der DNVP ausgeschieden. – Ein Werbeschreiben des Arbeitsausschusses Dtnat. Industrieller vom 29. 7. 1930, in dem das Verhalten des Hugenberg-Flügels in der Juli-Krise gerechtfertigt wurde, unterzeichneten die Hamburger Rud. Blohm, C. G. Gok, Paul Woermann. ABV: 578 A/A 1.
- ⁶⁰ J. W. Reichert, Stellungnahme zur »Tributabgabe auf alle Einfuhrwaren«, 10. 7. 1930, 24 S., hektographierte Denkschrift, vom VDESI an die Mitglieder verteilt, ABV: 624 U 40 II.
- ⁶¹ Rundschreiben des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller: Dr. Reichert, Die parlamentarischen Vorgänge in den Tagen vom 1. bis 14. April 1930, 16. 4. 1930, ABV: 578 A/A 1, Zitat auf S. 7.
- ⁶² Schreiben Goks an die Empfänger des Rundschreibens (s. vorige Anm.), 23. 4. 1930, ABV: 578 A/A 1, abgedr. in HDM 5, Mai 1930.
- ⁶³ R. Blohm an Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller, 22. 4. 1930, ABV: 578 A/A 1.
- ⁶⁴ Blohm an Kastl, 24. 5. 1930, ABV: 626 U 70 I; Tel. an RDI, 8. 7. 1931, ebda, 629 U 72 II; an RDI, 1. 8. 1931, ebda, 627 U 70 V; an W. Braun, Frankf./M., 7. 8. 1931, ebda, 629 U 71 I.
- ⁶⁵ Scheibe, Geschäftsführer des Arbeitsausschusses Deutschnationaler Industrieller an R. Blohm, 31. 1. 1931, mit Anlage: Bericht über Hugenbergs Rede im Berliner Sportpalast am 27. 1. 1931, in: Unsere Partei, Berlin, 9. Jg., Nr. 3, 1. 2. 1931, S. 34–36 (ABV: 578 A/A 1). Auf dem Schreiben vermerkte Blohm: »Mit inländ. Zahlungsmitteln kann man weder Ernährung sicher stellen noch Wirtschaft in Gang halten. Da im Außenhandel unbrauchbar, kommt damit erst recht vollkommene Abhängigkeit von \$ oder £. Dtschld. kann sich doch nicht auf eine Binnenwirtschaft einstellen!«
- ⁶⁶ J. Henningsen an Major Nagel, 5. 9. 1930, ABV: 578 A/D 7.
- ⁶⁷ Gok an Scheibe, 5. 9. 1930, ebda.
- ⁶⁸ Scheibe an Gok, 4. 9. 1930, ebda.
- ⁶⁹ Henningsen an Nagel, 5. 9. 1930, ebda; Behrens, S. 142 f.
- ⁷⁰ Resolution des Landesvorstands, HN 356, 2. 8. 1930; Rundschreiben des Arbeitsausschusses Deutschnat. Industrieller, 29. 7. 1930, ABV: 578 A/A 1.
- ⁷¹ HF 52, 21. 2. 1930.
- ⁷² HA 45, 22. 2. 1930.
- ⁷³ Kreisverein Amt Ritzebüttel der DNVP an Gok, 18. 8. 1930, ABV: 578 A/D 7a I.
- ⁷⁴ Diese Taktik empfahlen beispielsweise die Vorsitzenden der Kreisvereine Amt Ritzebüttel und Aumühle in ihren Einladungen Goks zu Wahlkundgebungen, 18. bzw. 4. 8. 1930, ebda.
- ⁷⁵ Erklärung der Parteitag. der DNVP, WTB 15. 9. 1930, Fst: Fasc. 7533.
- ⁷⁶ HDM 10, 30. 9. 1930, bes. Leitartikel Goks und ungezeichneter Beitrag: »... still auf gerettetem Kahn kehrt in den Hafen der Greis«; Stavenhagen und Gok beim Landesparteitag am 23. 2. 1931, HDM 3, 2. 3. 1931.
- ⁷⁷ HDM 10, 30. 9. 1930.
- ⁷⁸ Z. B. Stavenhagen und Andreas Koch bei einer Parteiveranstaltung, HN 525, 9. 11. 1930; Stavenhagen beim Landesparteitag am 23. 2. 1931, HDM 3, 2. 3. 1931.
- ⁷⁹ Stavenhagen beim Landesparteitag 1931, ebda.
- ⁸⁰ HN 588, 17. 12. 1930: Der Weg zu einer neuen Rechten.
- ⁸¹ Tel. des Landesverbandsvors. an die Reichstagsfraktion, HN 72, 12. 2. 1931.
- ⁸² Koch und Gok beim Landesparteitag 1931, HDM 3, 2. 3. 1931.

- ⁸³ Ebda.
- ⁸⁴ Vgl. HN 134, 20. 3. 1931: Pharisäerhaft. In der Parteipresse im engen Sinn und bei Veranstaltungen der DNVP herrschte weitgehend Schweigen über den Mord.
- ⁸⁵ So forderte Gok beim Landesparteitag 1931: »Worauf es ankommt, das ist, daß die Gefolgschaft die Überzeugung hat, daß der Führer das Richtige will, und daß sie ihm blindlings auch auf Wegen folgt, deren Zweckmäßigkeit nicht jedem ohne weiteres verständlich ist. Auf eins nur kommt es an: Auf die Erreichung des Zieles! Wir werden es erreichen, wenn wir in Treue und Geschlossenheit dem Führer folgen, der mit allem, was er je vorausgesagt und als notwendig bezeichnet hat, recht behalten hat ...« HDM 3, 2. 3. 1931. Vgl. auch die in Anm. 87 genannte Denkschrift, S. 316.
- ⁸⁶ HDM 11, 3. 11. 1930: »Dieses Mal Nazi!«; Stavenhagen und Koch bei einer Parteiveranstaltung, HN 525, 9. 11. 1930; HDM 2, 2. 2. 1931: Warum ich nicht Nationalsozialist wurde?; HDM 9, 15. 9. 1931: Wir und die Nationalsozialisten.
- ⁸⁷ DNVP, Landesverband Hamburg, Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, Faschisten und Deutschnationalen, Dez. 1930, abgedr. in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 315–339.
- ⁸⁸ HDM 11, 3. 11. 1930: »Dieses Mal Nazi!« Der Hinweis auf die größere Sachkunde auch in HDM 9, 15. 9. 1931: Wir und die Nationalsozialisten. Auch aus anderen Teilen des Reichs wurde über den illusionären Führungsanspruch prominenter Deutschnationaler gegenüber der NSDAP berichtet, z. B. von einem Major a. D. Stock in einem Schreiben an den Reichskanzler vom 27. 8. 1931, BAK: R 43 I/678.
- ⁸⁹ Bei ihren Abgrenzungsbemühungen gegenüber der NSDAP legten sich die Hamburger Deutschnationalen auf folgende u. a. in der Denkschrift vom Dez. 1930 (vgl. Anm. 87) enthaltene Definition fest: »Der Begriff ›sozial‹ bedeutet eine staatspolitische Gesinnung in Richtung der Einordnung des einzelnen in das Volksganze, der Unterordnung des Einzelinteresses unter das Allgemeininteresse [...]. Der Begriff ›sozialistisch‹ umschreibt ein parteipolitisches Programm, das, in Überspitzung des Sozialbegriffs, die Lehre der einseitigen Bevorrechtung einer Volksklasse, des Proletariats, der Diktatur dieser Klasse und damit des Klassenkampfes vertritt.« (S. 322).
- ⁹⁰ Z. B. Zuschrift Henningsens an die HN 61, 5. 2. 1928; Koch in der 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten. Ber., S. 196; Henningsen in der 14. Sitzung, 25. 4. 1929, ebda, S. 496f.; W. Blohm und Henningsen in der 16. Sitzung, 29. 4. 1929, ebda, S. 627ff; Henningsen in der 4. Sitzung, 5. 2. 1930, ebda, S. 138ff. u. ö.
- ⁹¹ 16. Bürgerschaftssitzung, 29. 4. 1929, Sten. Ber., S. 682f.; HA 151, 2. 7. 1929: Die Bürgerschaft im letzten Tagungsabschnitt.
- ⁹² Erklärung des Landesvorstands zum Sparerlaß des Senats, HN 384, 19. 8. 1931.
- ⁹³ J. Hoffmann im Bürgerschaftsausschuß zur Prüfung der Frage der Arbeitslosigkeit im Hamburgischen Staatsgebiet, 8. 11. 1930, StAH: Bürgerschaft I, C 924.
- ⁹⁴ Henningsen in der 13. Bürgerschaftssitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber., S. 609; vgl. auch den Leitartikel in HN 8. 6. 1931: Die große Enttäuschung.
- ⁹⁵ Hugenberg beim Landesparteitag der DNVP Westfalen-Ost, HDM 7, 10. 7. 1931.
- ⁹⁶ Z. B. Paul Bang, Das Grundproblem der Deutschen Wirtschaft, in: HDM 6, 1. 6. 1931; Hugenbergs weltwirtschaftliches Programm. Mahnung an das Ausland. Rede beim 10. Reichsparteitag der Deutschnat. Volkspartei am 19. 9. 1931 in Stettin. Deutschnationale Flugschrift Nr. 352. Bln. o. J.

- 97 Vgl. DNVP-Hamburg, Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten (wie Anm. 87), S. 332.
- 98 Henningsen in der 13. Bürgerschaftssitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber. S. 609.
- 99 Hugenberg beim Landesparteitag Westfalen-Ost, HDM 7, 10. 7. 1931.
- 100 HN 445, 24. 9. 1931: Macht mir den rechten Flügel stark.
- 101 Schreiben des 2. Stahlhelm-Gauführers Lauenstein an einen Mitinhaber der Firma A. O. Meyer, 11. 4. 1933, Firmenarchiv: Paket 37.
- 102 HN 414, 5. 9. 1931. Ihren Verzicht begründeten die Hamburger Volkskonservativen zum einen damit, daß regionale Parlamentswahlen durch die Verlagerung des Schwerpunkts der politischen Arbeit zugunsten der Regierungen und des Reichs an Bedeutung verloren hätten, zum anderen damit, daß sie »den Angriff der nationalen Opposition gegen die Willkür des sozialistisch-demokratischen Hamburger Senats« nicht schwächen wollten.
- 103 Z. B. Neuhaus, Staatsdeflation, in HN 379, 16. 8. 1931; Brauchen wir eine neue Währung?, HN 439, 20. 9. 1931; Entschlußlosigkeit, HN 451, 27. 9. 1931.
- 104 HN 451, 27. 9. 1931.
- 105 Graf Westarp, Der Konservative im heutigen Staat, in: HN 79, 16. 2. 1930.
- 106 Otto Hoetzsch, Die Politik der Konservativen, in: HN 390, 22. 8. 1930.
- 107 Was niemand mehr zu hoffen wagte, in: HN 147, 28. 3. 1930; Die Ära Brüning, HN 155, 2. 4. 1930; Die Umgruppierung in den Parteien, HN 201, 1. 5. 1930.
- 108 Diese Beobachtung wird bestätigt durch ein Schreiben von Dr. Curt Korn, NSDAP Hamburg, an Dr. Friedr. Wolff, Berlin, vom 12. 2. 1931, Fst: Fasc. 965. Zu den der Bewegung nahestehenden Zeitungen rechnete Korn die Hamburger Nachrichten, »welche früher rein deutschnational waren, jedoch seit den Reichstagswahlen auch die nationalsozialistischen Belange recht eifrig vertreten«.
- 109 Seelische Verwirrung, in: HN 126, 16. 3. 1931.
- 110 Temperament und Verstand, in: HN 156, 2. 4. 1931; Betrübte Lohgerber, HN 158, 4. 4. 1931.
- 111 Rückfall in Thüringen, in: HN 154, 1. 4. 1931.
- 112 Z. B. Diktatur mit Art. 48, in: HN 561, 2. 12. 1930; Fort mit den Tributen, HN 255, 5. 6. 1931; Was wir von Brüning erwarten, HN 271, 14. 6. 1931; Zur Lage, HN 327, 17. 7. 1931.
- 113 Der deutschnationale Abgeordnete Ridderhoff berichtete am 10. 12. 1930 in der Bürgerschaft über die Begegnung: »Wir haben ferner Gelegenheit gehabt, ihn [Hitler] in geschlossenem Kreise zu sprechen, wo er aus sich herausgehen konnte. Da ist nicht ein Wort gefallen von Gewalt, sondern nur von einem legalen Wege; er hat gesagt: durch Einwirkung auf die Presse, auf das deutsche Volk und vor allen Dingen durch Aufklärung und später durch den Stimmzettel. Von irgendwelcher Gewalt ist keine Rede.« Auf den Zuruf: »Sie sind naiv«, antwortete er: »Unbefangen, jawohl, nicht von Haß erfüllt und von dem Bestreben, falsch sehen zu wollen.« (25. Sitzung, Sten. Ber., S. 1046). Zu diesem Abschnitt generell vgl. Jochmann, Kampf um die Macht, S. 28–44; ferner die Dokumentation in Fst., Fasc. 453.
- 114 Nach der Zeugenaussage Giebelhausen v. 19. 7. 1945 baten nach Bekanntwerden der Einladung ca. 150 Herren um Aufnahme in den Klub, der damals ca. 500 Mitglieder hatte. Fst., Fasc. 453.
- 115 HA 303, 30. 12. 1930: Hitler-Krach im Hamburger Nationalklub.
- 116 Verzeichnis der Vorträge in: Fst., Fasc. 453; HF 14. 3. 1930: Für das Kartell der Mitte.
- 117 Amtsgericht Hamburg: Akte 2399 zum Vereinsreg. Bd. 44, Abschrift in Fst., Fasc. 453.

- ¹¹⁸ Notizen über die Tagung des Hamburger Nationalklubs mit dem Deutschen Herrenklub Berlin und den ihm angeschlossenen Herrenengesellschaften am 27. 6. 1932 in Hamburg sowie Bericht Pfundtners vom 7. 7. 1932 über die Tagung, Fst., Fasc. 453.
- ¹¹⁹ HF 255, 13. 9. 1928.
- ¹²⁰ Schinckel an Rudolf Blohm, 27. 12. 1929, ABV: 549 S 54; Schinckel an Deters, 4. 3. 1931, ebda, 608 S 13.
- ¹²¹ HF 6. 12. 1929: Die große Auseinandersetzung auf der Rechten.
- ¹²² Vgl. die Ausführungen Henningsens bei einer Sitzung des Ausschusses der Vaterländischen Verbände Groß-Hamburg, HF 24. 12. 1927: Kein Nachwuchs. Eine Sorge der Parteien.
- ¹²³ 7. und 8. Lagebericht der Polizeibeh. Hbg., 14. 10. und 21. 12. 1927, Fst., Fasc. 32012. Die Angaben wurden durch Ausführungen von Oberst Tullmann - Kiel bestätigt, der nach einer Kundgebung mit Seldte in Hamburg den geringen Erfolg der Frontsoldatenbewegung in dieser Stadt mit der Zurückhaltung der Norddeutschen entschuldigte. HC 17. 2. 1927.
- ¹²⁴ Genauer dazu Berghahn, S. 75-186.
- ¹²⁵ Texte der 2. Stahlhelmbotschaft vom 3. 6. 1928 und der Rede Duesterbergs beim Presseempfang am 1. 6. 1928 in Fst., Fasc. 412 Stahlhelm.
- ¹²⁶ Z. B. HN 166, 8. 4. 1930: Aufgaben des deutschen Arbeitgebers in der nationalen Bewegung.
- ¹²⁷ Solche Anzeigen und Hinweise finden sich auf dem Höhepunkt der Arbeitsmarktkrise ständig in den HDM und auch in den HN. In einem Schreiben an den Hamburger Landesverband der DNVP vom 6. 7. 1932 verwies die Fa. Blohm & Voß anlässlich eines konkreten Falles auf die praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten, Interventionen zugunsten »nationaler« Arbeitnehmer im gewünschten Maß zu berücksichtigen. ABV: 578 A/D 7.
- ¹²⁸ HN 166, 8. 4. 1930: Arbeitgeber und Arbeitnehmer im »Stahlhelm«.
- ¹²⁹ HF 7. und 10. 11. 1928: Stahlhelm und Deutsche Volkspartei in Hamburg.
- ¹³⁰ HF 6. 12. 1929: Die große Auseinandersetzung auf der Rechten.
- ¹³¹ HN 166, 8. 4. 1930: Arbeitgeber und Arbeitnehmer im »Stahlhelm«.
- ¹³² Das Flugblatt wurde in Hamburg zuerst bei der Kundgebung »des Bürgerturns gegen den Marxismus« am 3. 3. 1931 verteilt. Es war zeitweise verboten, da der Verdacht bestand, daß in ihm ein gefälschter Aufruf der Volksbeauftragten als Kampfmittel gegen die SPD benutzt wurde (HGZ Nr. 21, 22. 5. 1931). Das in großer Auflage verbreitete, in keiner Weise als Erzeugnis des Stahlhelm kenntlich gemachte Flugblatt findet sich u. a. in StAH: Handwerkskammer, Abl. 4, III C 74. Auch in der HDM wurde immer wieder auf es Bezug genommen.
- ¹³³ HN 8., 9., 15. 11. 1931.
- ¹³⁴ Schinckel an Deters, 4. 3. 1931; an R. Blohm, 21. 4. 1931, ABV: 608 S 13. Schinckel setzte sich, obwohl er die Leistungen des Stahlhelm anerkannte und dessen Ehrenmitglied war, besonders für die vaterländischen Verbände ein. Er wurde deshalb im Lauf des März/April 1931 von anders orientierten Mitgliedern des Finanzkuratoriums, an der Spitze dem Hapag-Direktor Deters, »ausgebootet«. Dem Stahlhelm war es nach Schinckels Mitteilung gelungen, sich »einen Kreis von erhebliche Jahresbeiträge [zahlenden] Förderern« zu schaffen, darunter Schinckel selbst. Darüber hinaus hatte das Kuratorium durch Reduzierung der Zuwendungen an die übrigen schrumpfenden Verbände auf das »für ihr Fortbestehen absolut erforderliche« Minimum von 2000 RM im Monat weitere Mittel für den Stahlhelm freigemacht. Deters setzte schließlich durch, die Gelder des

- Finanzkuratoriums noch stärker auf diesen zu konzentrieren, weshalb Schinckel seine Sammeltätigkeit einstellte.
- ¹³⁵ Deutscher Bürger, H. 1, 10. 1. 1929, S. 1.
- ¹³⁶ Der Präsident des Reichsbürgerrats, v. Loebell, an Max M. Warburg, 1. 6. 1922, Privatarchiv Eric M. Warburg: Div. Korr. M. M. W. 1922.
- ¹³⁷ Eine Liste der Vorstandsmd. in: Dt. Bürger, Nr. 2, Febr. 1930, S. 16.
- ¹³⁸ Deutscher Bürger, Nr. 1, 10. 1. 1929, S. 1.
- ¹³⁹ Ebda, Nr. 5, 10. 5. 1929, S. 4f.
- ¹⁴⁰ Z. B.: Die Früchte der Erfüllungspolitik, ebda, Nr. 1, 10. 1. 1929, S. 2-4.
- ¹⁴¹ Ebda, Nr. 7, 10. 7. 1929, S. 11.
- ¹⁴² Ebda, S. 4f.: Betrügerischer Bankrott?
- ¹⁴³ Ebda, Nr. 10, 10. 10. 1929, S. 14.
- ¹⁴⁴ Vgl. den Bericht über eine Ausschußsitzung in HF 99, 9. 4. 1930.
- ¹⁴⁵ Der Einladung zu einer Aussprache im Ausschuß des Bürgerbunds am 8. 4. 1930 über die »politischen Forderungen der nächsten Zukunft«, die der Vorbereitung der bürgerlichen Sammlung dienen sollte, leisteten von den sieben eingeladenen Parteien nur die Wirtschaftspartei und die Volkskonservative Vereinigung Folge. HF 99, 9. 4. 1930; Deutscher Bürger Nr. 5, Mai 1930.
- ¹⁴⁶ Dt. Bürger, Nr. 7, 10. 7. 1930, S. 10f. Im Januar 1930 hatte der Bürgerbund bereits dafür plädiert, den Artikel 48 RV zu benutzen, um die Kommunisten aus den Parlamenten auszuschalten. Ebda, Nr. 1.
- ¹⁴⁷ Ebda, Nr. 8/9, August/Sept. 1930, S. 1.
- ¹⁴⁸ Ebda, Nr. 12, Dez. 1930, S. 1-4.
- ¹⁴⁹ Ebda, Nr. 3, März 1931, S. 1-4.
- ¹⁵⁰ Ebda, Nr. 8/9, August/Sept. 1931, S. 1.
- ¹⁵¹ Ebda, S. 9-13.
- ¹⁵² Ebda, Nr. 10/11, Okt./Nov. 1931, S. 1-4.
- ¹⁵³ Zu Auseinandersetzungen kam es zuerst im Vaterstädtischen Bund, einem Zusammenschluß der Abgeordneten zum Zentralausschuß, die den »Rechtsparteien« einschließlich der DVP angehörten. StAH: FA Bertheau, G 3.
- ¹⁵⁴ Korn an NSDAP Hbg., 9. 2. 1929, Fst: Fasc. 912 I. Erst im Januar 1933 bemühte sich die Schriftleitung des HT um stärkere Zusammenarbeit mit dem Zentralausschuß, da sie »die Belange der Hamburger Bürgervereine mehr als bisher vertreten« wolle. Mitteilungsblatt des Centralausschusses Hamburger Bürgervereine über die 413. Sitzung am 26. 1. 1933, StAH: Bürgerverein Harvestehude Nr. 1, Bd. 4.
- ¹⁵⁵ HN 568, 5. 12. 1929: Der Nachwuchs der Bürgervereine.
- ¹⁵⁶ HN 557, 29. 11. 1929.
- ¹⁵⁷ HN 99, 28. 2. 1930.
- ¹⁵⁸ HN 488, 18. 10. 1930: Bericht über Mddvsmgl. des BüV Altstadt, bei der einstimmig der Antrag angenommen wurde, künftig »vaterstädtische und Reichsangelegenheiten einschließlich der Wahlen zur Beratung und Beschlußfassung« zu stellen.
- ¹⁵⁹ HN 492, 21. 10. 1930
- ¹⁶⁰ Der Ottensener BüV veranstaltete am 2. 3. 1931 eigens ein Streitgespräch zwischen einem Vertreter der NSDAP und der DVP über die Stellung zum Privateigentum, bei dem der Nationalsozialist wenig überzeugend wirkte. HA 2. 3. 1931.
- ¹⁶¹ Dies zeigte z. B. die Aussprache im Anschluß an einen Vortrag von MdBü Hermann Nagel (DNVP) im Uhlenhorster BüV über das Thema: »Gemeinsamer Abwehrkampf gegen den Marxismus«. HN 424, 11. 9. 1930.

- ¹⁶² HN 422, 10. 9. 1930.
- ¹⁶³ HA 73, 27. 3. 1931; Mitteilungsblatt des Centralausschusses, Nr. 128, 31. 3. 1931, StAH: BüV Harvestehude, Nr. 1, Bd. 4.
- ¹⁶⁴ Mitteilungsblatt des Centralausschusses, Nr. 130, 6. 5. 1931, ebda.
- ¹⁶⁵ [Nachrichtenblatt des] Eimsbütteler Verein von 1866, Jg. 6, Nr. 5, Mai 1931: Bericht über die Hauptversmlg. am 15. 4. 1931, StAH: FA Bertheau, G 3.
- ¹⁶⁶ Mitteilungsblatt des Centralausschusses Nr. 132, 11. 6. 1931, StAH: BüV Harvestehude, Nr. 1, Bd. 4.
- ¹⁶⁷ Dies galt z. B. für den 1. Vors. Dr. Carl Albrecht und den 1. Schriftführer Max Meissner.
- ¹⁶⁸ Niederschrift über Sitzung des Vaterstädtischen Bundes am 22. 4. 1930; Hauptversmlg. des Eimsbütteler Vereins von 1866 am 15. 4. 1931, Nachrichtenblatt Jg. 6, Nr. 5, Mai 1931; Schreiben Borstelmann an Meissner, 1. 11. 1930, StAH: FA Bertheau, G 3.
- ¹⁶⁹ HN 580, 12. 12. 1930.
- ¹⁷⁰ Sitzungen des Centralausschusses am 26. 3. und 5. 6. 1931. Berichterstatte war der Wirtschaftsparteiler Dr. Henry Stuewer. Dessen gedruckte Referate in: StAH: FA Bertheau, G 3.
- ¹⁷¹ HN 256, 5. 6. 1931.
- ¹⁷² So bei Wahlveranstaltungen des Freihafen-Bürgervereins von 1889 (HN 14. 8. 1931), des Borgfelder Bürgervereins (HN 19. 9. 1931) und anderer (vgl. HN 16. 8. 1931). Im Eimsbütteler Verein von 1866 kamen DVP und DNVP zu Wort (HN 19. 9. 1931).
- ¹⁷³ Briefwechsel Bertheau – Kayser, 2. u. 6. 12. 1930, StAH: FA Bertheau, G 3.
- ¹⁷⁴ Mitteilungsblatt des Centralausschusses Nr. 134, 7. 10. 1931, StAH: Bürgerverein Harvestehude, Nr. 1, Bd. 4.
- ¹⁷⁵ HN 461, 2. 10. 1931.
- ¹⁷⁶ Generell für diesen Überblick: Flechtheim, S. 150–177; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 186–247; Duhnke, S. 13–61; Bahne, S. 12–14.
- ¹⁷⁷ 15. Bürgerschaftssitzung, 26. 8. 1931, Sten. Ber., S. 716; ähnlich sein Fraktionskollege Redlich in der 10. Sitzung am 19. 5. 1931, ebda, S. 365.
- ¹⁷⁸ Rundschreiben Nr. 14 des ZK-Sekretariats der KPD, 6. 10. 1930, BAK: R 134/61. Am 15. 1. 1930 begründete Stahmer das Vorgehen: Die Regierungsparteien könnten »die Notlage der Erwerbslosen nur vorübergehend mildern«, während die KPD entschlossen sei, sie »auch politisch auszunutzen [...], weil den Erwerbslosen nur geholfen werden kann, wenn das System geändert wird«. 2. Bürgerschaftssitzung, Sten. Ber., S. 73.
- ¹⁷⁹ 8. Bürgerschaftssitzung, 18. 4. 1928, Zitat aus der Rede Dettmanns, Sten. Ber., S. 234; Hoefler in der 2. Sitzung, 15. 1. 1930, ebda, S. 50. Auch im Bürgerschaftswahlkampf 1928 hatte die KPD die Kleingewerbetreibenden, Angestellten und Beamten intensiv umworben: 1. Lagebericht der Polizeibeh. Hamburg (LB), 29. 2. 1928, S. 4, StAH: Film S 10977.
- ¹⁸⁰ Anl. z. Rundschr. Nr. 15 des ZK-Sekretariats der KPD, 21. 10. 1930, BAK: R 134/61.
- ¹⁸¹ Z. B. verbotene Ausgabe der Hamburger Volkszeitung vom 20. 2. 1931: Drohende Finanzkatastrophe, Ausschnitt in StAH: Finanzdep. IV, V u O II A 1 a XVI B 3a; Thälmann bei Delegiertenkonferenz der KPD Groß-Hamburgs, in HV 153, 24. 8. 1931; Dettmann in der 15. Bürgerschaftssitzung, 26. 8. 1931, Sten. Ber., S. 715–717; Heinrich Meyer in der 21. Sitzung, 16. 12. 1931, ebda, S. 1048f.
- ¹⁸² HV 2, 3. 1. 1929.

- ¹⁸³ 2. Bürgerschaftssitzung, 13. 1. 1932, Sten. Ber., S. 56 bzw. 84.
- ¹⁸⁴ Anfrage der KPD an den Senat, 5. Bürgerschaftssitzung, 28. 3. 1928, Sten. Ber., S. 136.
- ¹⁸⁵ 1. LB, 29. 2. 1928, S. 4, StAH: Film S 10977.
- ¹⁸⁶ Berichte in der Hamburger Tagespresse, z. B. in HN 230, 18. 5. 1928 und HC 477, 11. 10. 1928; Leuteritz in der 24. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1928, Sten. Ber., S. 885.
- ¹⁸⁷ HV, 20. 2. 1931, verbotene Ausgabe in StAH: Finanzdep. IV, V u. O II A 1 a XVI B 3 a. Der »Hungermarsch« fand am 25. 2. 1931 statt.
- ¹⁸⁸ Vgl. S. 63 f., 287–295. Besonders deutlich wurde diese Taktik im Rundschreiben Nr. 14 des ZK-Sekretariats vom 6. 10. 1930 formuliert, BAK: R 134/61.
- ¹⁸⁹ 3. LB, 19. 10. 1929, S. 2; 4. LB, 31. 12. 1929, S. 3, StAH: Film S 10977.
- ¹⁹⁰ HF 148, 29. 5. 1930; HF 249, 8. 9. 1930; HE 27. 1. 1931.
- ¹⁹¹ Rundschreiben Nr. 12 des ZK-Sekretariats, 18. 9. 1930, BAK: R 134/61.
- ¹⁹² HV 153, 24. 8. 1931.
- ¹⁹³ Weber, Kommunismus Dokumente, S. 58–65.
- ¹⁹⁴ 1. LB, 29. 11. 1930, StAH: Film S 10977. Z. B. war eine Flugschrift zum 1. Mai 1931: »Die rote Altstadt«, überwiegend an die Gewerbetreibenden gerichtet. StAH: Staatl. Pressestelle II, C I 14 c.
- ¹⁹⁵ 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1044.
- ¹⁹⁶ Beispiele brachte Schönfelder in der 4. Bürgerschaftssitzung am 5. 2. 1930, Sten. Ber., S. 150. In der HV wurde im Oktober 1928 dauernd in besonders scharfer Sprache zum bewaffneten Aufstand wie vor fünf Jahren aufgefördert (4. LB, 12. 12. 1928, S. 6, StAH: Film S 10977), ähnlich im Mai 1929 (2. LB, 7. 6. 1929, ebda).
- ¹⁹⁷ Vgl. S. 292.
- ¹⁹⁸ Stellungnahme der Bezirksleitung Wasserkante zu den ZK-Beschlüssen, HV 21, 26. 1. 1931.
- ¹⁹⁹ Rundschreiben der Bezirksleitung Wasserkante an alle Ortsgruppen vom 3. 11. 1931, 2. LB, 28. 11. 1931, S. 4, StAH: Film S 10977.
- ²⁰⁰ 2. LB, 16. 6. 1928, S. 6 f., StAH: Film S 10977.
- ²⁰¹ Die Vergleichszahlen aus dem Reich nach Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 282. Die Angaben über die Größengliederung der Betriebe, in denen die erfaßten Kommunisten arbeiteten, sind entsprechend umgerechnet.
- ²⁰² 2. LB, 16. 6. 1928, S. 7, StAH: Film S 10977.
- ²⁰³ Ebda, S. 6; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 281. In der SPD umfaßten die entsprechenden Altersgruppen 1928: unter 25 Jahren 10,8% – bis 30 Jahre 8,9% – bis 40 Jahre 22,5% – bis 50 Jahre 27,4% – über 50 Jahre 30,5% (Witt, S. 56). Für die NSDAP vgl. S. 71 f.
- ²⁰⁴ Das »linksrevolutionäre« Jugendproletariat, Hbger 8-Uhr-Abendblatt 171, 25. 7. 1930.
- ²⁰⁵ 2. LB, 16. 6. 1928, S. 7, StAH: Film S 10977. Die Erklärung des Phänomens nach Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 286.
- ²⁰⁶ 2. LB, 16. 6. 1928, S. 7, StAH: Film S 10977.
- ²⁰⁷ Genauer dazu: Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 199–210.
- ²⁰⁸ Ebda, S. 203.
- ²⁰⁹ 4. LB, 12. 12. 1928, S. 5 f., StAH: Film S 10977. Im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre wurden die kommunistischen Bürgerschaftsabgeordneten Rudolf Lindau (13. 10. 1928), Wilhelm Hildebrandt und Wilhelm Zimmer (23. 4. 1929), vielleicht auch Rudolf Rothkegel (1. 11. 1928) zur Aufgabe des Mandats gezwungen, weil sie gegen Thälmann Front gemacht hatten. Hilde-

- brandt widerrief am 24. April 1929 seine Entscheidung und wurde deshalb aus der KPD ausgeschlossen. StAH: Senat, Präsidialabteilung 1928 A 165 und 1929 A 137; HA 24. 4. 1929; HE 25. 4. 1929; Weber, Wandlung, Bd. 2, S. 164, 208f.
- ²¹⁰ 4. LB, 12. 12. 1928, S. 7f, StAH: Film S 10977.
- ²¹¹ 1. LB, 3. 3. 1929, S. 2, 6, ebda.
- ²¹² Tjaden, S. 120.
- ²¹³ 2. LB, 7. 6. 1929, S. 4f., StAH: Film S 10977.
- ²¹⁴ 1. LB, 3. 3. 1929, S. 2, ebda.
- ²¹⁵ Flechtheim, S. 155.
- ²¹⁶ 2. LB, 7. 6. 1929, S. 2, StAH: Film S 10977. Der RFB wurde am 3. Mai 1929 in Preußen, am 6. Mai in Hamburg verboten. Am 10. Mai hatten alle Länder sich dem Vorgehen Preußens angeschlossen.
- ²¹⁷ HE 225, 16. 8. 1930: Der entlarvte Kommunisten-Vormarsch. Das Hamburger Echo konnte aus einem 107 Seiten starken vertraulichen Bericht der Bezirksleitung Wasserkante für den Parteitag zitieren.
- ²¹⁸ Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 243 und 283f.; Bahne, S. 15–17.
- ²¹⁹ Vgl. die Ausführungen Pernalers in der 4. Bürgerschaftssitzung, 21. 3. 1928, Sten. Ber., S. 111, ferner Rosen in der 14. Sitzung, 8. 6. 1928, ebda, S. 464.
- ²²⁰ Vgl. Tabelle 2. In Finkenwärder zeigte sich bei ähnlicher Sozialstruktur ein vergleichbarer Wahlrend wie in der Altstadt.
- ²²¹ 2. LB, 28. 11. 1931, S. 4, nach einem Schreiben der Bezirksleitung Wasserkante an alle Ortsgruppen vom 3. 11. 1931. StAH: Film S 10977.
- ²²² Vgl. Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 362f. und 371f.
- ²²³ HE 225, 16. 8. 1930, (s. Anm. 217).
- ²²⁴ HE 121, 3. 5. 1929.
- ²²⁵ Witt, S. 53; Parteistatistik der NSDAP, Bd. 1, S. 26 (nur 1935 noch zur NSDAP gehörende Mitglieder).
- ²²⁶ Bahne, S. 16; Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 287. Für Hamburg: Vertraul. Bericht 1930 (HE 225, 16. 8. 1930); Bericht über Bezirksparteitag, HV 115, 20. 5. 1930.
- ²²⁷ Vgl. S. 63f., 287–292. Rundschreiben Nr. 12 des ZK-Sekretariats, 18. 9. 1930, BAK: R 134/61.
- ²²⁸ Vertraul. Bericht 1930 (HE 225, 16. 8. 1930); Hamburger 8-Uhr-Abendblatt 171, 25. 7. 1930; Bericht über Bezirksparteitag, HV 115, 20. 5. 1930.
- ²²⁹ 2. LB, 28. 11. 1931, S. 3, StAH: Film S 10977; für die Zeit vor der Reichstagswahl 1930: 1. LB, 29. 11. 1930, ebda.
- ²³⁰ HT 49, 26. 2. 1932. Das Tageblatt brachte detaillierte Zahlen für alle Stadtteile und Stempelstellen. Die Aussage paßt zu anderen Beobachtungen und Quellen. Es war der Polizei am 5. August 1931 gelungen, das Funktionärskorps des Kampfbandes auszuheben, seither war er nicht mehr in Erscheinung getreten. In einem beschlagnahmten Flugblatt von Anfang November 1931 wurde z. B. sehr über seine mangelhafte Organisation in Barmbeck geklagt. 2. LB, 28. 11. 1931, S. 14, StAH: Film S 10977.
- ²³¹ LB vom 22. 12. 1931, ebda.

10. Kapitel

- ¹ Vgl. Witt, S. 54; Sozdem. Verein Hbg., Jbr. 1927/28, S. 218–220; SPD Hbg-Nordwest, Tätigkeitsbericht 1929/30, S. 50–54; für die KPD S. 436. Es ergibt sich folgende Gegenüberstellung in %:

	Arbeiter	Ange- stellte	Kopfarbeiter Beamte	Akade- miker	Selbst. Gewerbe- treibende	Haus- frauen
KPD 1927	73,6		4,2		4,1	18,1
SPD 1928	57,5	9,4	3,4	0,3	3,8	19,4
SPD 1931	59,7	11,4	3,8	0,5	3,7	17,9

² Weber, Wandlung, Bd. 1, S. 283.

³ Vgl. S. 287f.

⁴ Berechnet nach SPD Hamburg-Nordwest, Tätigkeitsbericht 1929/30, S. 50–54, durch Addition der Zahlen für die Bauhilfsarbeiter (967), Brauereiarbeiter (148), Buchdruckereihilfsarbeiter (225), Fabrikarbeiter (2255), Gastwirtsgehilfen (233), Tischler und Hilfsarbeiter (1607), sonstige Metall-/Werftarbeiter (543), Hafenarbeiter (1322), Lagerhaus- u. Handelsarbeiter (830), sonstige Transportarbeiter (943). Danach waren 18 % der Mitglieder und 30 % der Arbeiter in der Hamburger SPD ungelernete Arbeiter.

⁵ Berechnet nach dem Verkauf von Erwerbslosenmarken laut 1. Beilage zum Merkblatt Nr. 5 der SPD Landesorg. Hamburg, Mai 1931, Fst: Fasc. 832, sowie nach dem Kassenbericht für das 2. Quartal 1931, HE 230, 22. 8. 1931: Vorwärts zu Kampf und Sieg! Die Erwerbslosigkeit in der Hbger SPD entwickelte sich im Jahresdurchschnitt folgendermaßen:

1924	904 Mitglieder	1928	2404 Mitglieder
1925	1489 Mitglieder	1929	3103 Mitglieder
1926	2954 Mitglieder	1930	5894 Mitglieder
1927	2722 Mitglieder		

⁶ Vgl. S. 50, 646 und 437, sowie Witt, S. 40f.

⁷ Witt, S. 41 f., 60f.

⁸ Ebda, S. 106–109. Der locker verbundenen Gruppe, die dem Hofgeismarkreis der Jungsozialisten nahestand und sich 1930 in den Neuen Blättern für den Sozialismus ein Sprachrohr schuf, waren in Hamburg Theodor Haubach, Gustav Dahrendorf, Herbert Ruscheweyh und Gustav Warburg zuzurechnen.

⁹ Die Kritik spiegelte sich z. B. in Podeyns Ausführungen vor der Landesdelegiertenkonferenz der SPD wider, HE 141, 24. 5. 1929.

¹⁰ Z. B. erklärte Leuteritz bei der Generalvmtlg. des Sozdem. Vereins f. d. hbg. Staatsgebiet am 23. 2. 1928: »In Hamburg keine Koalitionspolitik treiben, heißt einer Regierung des Bürgerblocks Vorschub leisten. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir den möglichen Einfluß benutzen. Dazu gehört auch die Koalitionspolitik, da wir allein nicht regieren können. Wir wollen und können nicht die Hanswürste der KPD sein.« HE 55, 24. 2. 1928.

¹¹ Entschließung des erweiterten Bezirksvorstands der SPD Hamburg-Nordwest v. 11. 1. 1930, HE 12. 1. 1930: Finanzreform und Wirtschaftsnot.

¹² HE 86, 27. 3. 1930: Doch Artikel 48? Es scheint mir zulässig, bei dem Mangel an anderen Quellen die Ausführungen im »Echo« mit der Auffassung der Parteileitung gleichzusetzen, da es besonders in kritischen Phasen zweifellos den offiziellen Kurs vertrat.

¹³ HE 87, 28. 3. 1930: Regierung zurückgetreten. Bei einer Versammlung der Delegierten und Betriebsvertrauensleute der Hamburger SPD kritisierten alle Redner und Diskussionsteilnehmer, auch der dem linken Flügel zugerechnete Paul Bergmann, den Austritt aus der Reichsregierung und besonders den

- kampflosen Machtverzicht. HE 112, 23. 4. 1930: Schärfster Kampf dem Bürgerblock!
- ¹⁴ HE 87, 28. 3. 1930: Vor schweren Kämpfen!
- ¹⁵ HE 90, 31. 3. 1930: Ein Kampfkabinett.
- ¹⁶ Vgl. die Ausführungen Hermann Hellers vor der Landesdelegiertenkonferenz, HE 162, 14. 6. 1930: Der Faschismus als internationale Erscheinung.
- ¹⁷ HE 104, 14. 4. 1930: Die Reaktion am Werk; verschiedene Erklärungen bei der Landesdelegiertenkonferenz, HE 112, 23. 4. 1930: Schärfster Kampf dem Bürgerblock; Graßmann ebda, HE 217, 8. 8. 1930: Das Kampfziel des 14. September; Meitmann ebda, HE 266, 26. 9. 1930: Aktiver Kampf für die Demokratie!
- ¹⁸ HE 195, 17. 7. 1930: Brünings Doppelspiel.
- ¹⁹ HE 90, 31. 3. 1930: Artikel 48?; HE 195, 17. 7. 1930: Brünings Doppelspiel.
- ²⁰ HE 104, 14. 4. 1930: Die Reaktion am Werk.
- ²¹ HE 164, 16. 6. 1930: Wettlauf zwischen Hunger und Technik.
- ²² HE 90, 31. 3. 1930: Ein Kampfkabinett; HE 195, 17. 7. 1930: Brünings Doppelspiel.
- ²³ HE 171, 23. 6. 1930: Die faschistische Gefahr.
- ²⁴ HE 162, 14. 7. 1930: Der Faschismus als internationale Erscheinung (Heller); HE 240, 31. 8. 1930: Die Nazis (Mierendorff).
- ²⁵ Ein Bericht über eine Wahlkundgebung mit Frick war im Hamburger Echo überschrieben: »Nationalsozialistische Primitivität«. HE 231, 22. 8. 1930.
- ²⁶ HE 171, 23. 6. 1930: Die faschistische Gefahr; HE 57, 26. 2. 1931: Nationalsozialismus-Volksbetrug.
- ²⁷ Vgl. Witt, S. 76–82, sowie die Wahl- und Betriebszeitungen in Fst, Kasten 832.
- ²⁸ HE 266, 26. 9. 1930: Hamburger Sozialdemokratie fordert aktive Politik; Aktiver Kampf für die Demokratie!
- ²⁹ Ebda.
- ³⁰ So die Entschließung der Reichstagsfraktion vom 3. 10. 1930, zustimmend abgedruckt in HE 274, 4. 10. 1930. Zu den Bemühungen um eine evtl. Regierungsbeteiligung der SPD und den entgegenwirkenden Widerständen vgl. Matthias, Sozialdemokratische Partei, S. 103–107.
- ³¹ HE 281, 11. 10. 1930: Was wird werden?; Meitmann, Podeyn, Perner, Dahrendorf in Versammlungen der Hamburger Distrikte, HE 275, 5./6. 10. 1930: Aus dem Hamburger Parteileben.
- ³² H. v. Borstel in der Distriktsversammlung Eilbeck nach einem Referat Meitmanns über die politische Lage, HE 275, 5. 10. 1930.
- ³³ Z. B. HE 327, 26. 11. 1930: Was wird werden?; HE 333, 2. 12. 1930: Verbessertes Diktat; HE 44, 13. 2. 1931: Kapitalistische Profitinteressen lähmen die Wirtschaft. (Vortrag Hermsbergs); HE 140, 23. 5. 1931: Gibt es noch Steuerreserven? (Erich Rinner).
- ³⁴ HE 327, 26. 11. 1930: Was wird werden?
- ³⁵ HE 333, 2. 12. 1930: Verbessertes Diktat.
- ³⁶ Z. B. Otto Braun, Wir retten den Volksstaat, in HE 282, 12. 10. 1930; Rudolf Breitscheid, Bürgerliche Illusionen, in: HE 292, 22. 10. 1930.
- ³⁷ HE 60, 1. 3. 1931: Aufs Ganze den Blick!
- ³⁸ HE 259, 19. 9. 1930: Parole: Angriff.
- ³⁹ Vgl. Witt, S. 94 f. sowie einen Teil des Werbe- und Aufklärungsmaterials in Fst: Kasten 832.
- ⁴⁰ HE 266, 26. 9. 1930: Aktiver Kampf für die Demokratie.
- ⁴¹ HE 162, 14. 6. 1930: Der Faschismus als internationale Erscheinung (Heller); HE 64, 5. 3. 1931: Pietro Nennis Appell.

- ⁴² HE 340, 9. 12. 1930: Eiserne Front gegen den Faschismus.
- ⁴³ So besonders deutlich Heller bei der Kundgebung am 13. 6. 1930, HE 161, 14. 6. 1930; Albert Grzesinski, Wahltag – Zahntag!, HE 239, 30. 8. 1930; Schönfelder bei der Demonstration für die Republik am 9. 11. 1930, HE 311, 10. 11. 1930; Roß, HE 343, 12. 12. 1930: Aktivierung ist das Gebot der Stunde.
- ⁴⁴ HE 343, 12. 12. 1930: Aktivierung ist das Gebot der Stunde.
- ⁴⁵ 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten. Ber., S. 185.
- ⁴⁶ HE 122, 4. 5. 1929: Trennungstrich nur nach links? Bekenntnisse zur »Deutschen Republik« u. a. auch in HE 166, 18. 6. 1930: Wer zeigt den Ausweg?; HE 197, 19. 7. 1930: Entscheidungskampf; HE 217, 8. 8. 1930: Das Kampfziel des 14. September. Bei dieser Wahlveranstaltung setzte sich Meitmann emphatisch für die Republik ein, während der Spitzenkandidat Graßmann vom ADGB Berlin die Vorbehalte stärker zum Ausdruck brachte.
- ⁴⁷ Z. B. Meitmann bei der Kandidatenaufstellung für die Reichstagswahl 1930, HE 217, 8. 8. 1930.
- ⁴⁸ HE 113, 24. 4. 1931: Der Machtkampf erfordert Disziplin.
- ⁴⁹ Heller, HE 162, 14. 6. 1930: Der Faschismus als internationale Erscheinung.
- ⁵⁰ Grzesinski bei einer Reichsbannerkundgebung, HE 253, 14. 9. 1931: Aufrüttelnde Kundgebung.
- ⁵¹ HE 229, 20. 8. 1930: Kampffront der Werktätigen; Graßmann, HE 217, 8. 8. 1930: Das Kampfziel des 14. September; HE 271, 1. 10. 1930: Ein notwendiges Nachwort; Roß, HE 343, 12. 12. 1930: Aktivierung ist das Gebot der Stunde.
- ⁵² Aufruf des Hamburger SPD-Vorstands zu den Bürgerschaftswahlen 1931, HE 252, 13. 9. 1931; Grzesinski bei Reichsbannerkundgebung, HE 253, 14. 9. 1931: Aufrüttelnde Kundgebung.
- ⁵³ So wurde ein Bürgerschaftsabgeordneter der Staatspartei im Echo zustimmend zitiert. HE 271, 1. 10. 1930: Ein notwendiges Nachwort.
- ⁵⁴ Schönfelder vor den Delegierten und Betriebsvertrauensleuten der Hamburger SPD, HE 343, 12. 12. 1930: Aktivierung ist das Gebot der Stunde. Ähnlich auch Roß ebda.
- ⁵⁵ Die wichtigsten Verordnungen waren: Polizeivo. v. 25. 8. 1930 betr. Verbot aller Aufzüge, Demonstrationen und Umzüge der NSDAP auf Lastkraftwagen in einheitl. Kleidung oder mit einheitl. Abzeichen; Polizeivo. v. 8. 9. 1930 betr. generelles Verbot, die sog. Parteiuniform der NSDAP und ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen öffentlich zu tragen; Senatsvo v. 31. 10. 1930 des gleichen Inhalts (HGVOBl. 1930, S. 464); dass. v. 7. 7. 1931 (HGVOBl. 1931, S. 181); Verbot der natsoz. Presse und Vsmlgg. v. 16. 3. 1931 (HGVOBl. 1931, S. 52); Erlasse des Schulsenators v. 10. 9. 1930 (StAH: FA Chapeaurouge, U 225).
- ⁵⁶ Vgl. S. 386.
- ⁵⁷ 20. Bürgerschaftssitzung, 15. 10. 1930, Sten. Ber., S. 861.
- ⁵⁸ Ein Beispiel war der Prozeß gegen den Polizeibeamten, der das Attentat auf Regierungsrat Lassally verübt hatte, vgl. S. 387f.
- ⁵⁹ HE 146, 30. 5. 1931: Es fehlt die Idee.
- ⁶⁰ HE 151, 4. 6. 1931: Gegen Faschismus und Sozialreaktion.
- ⁶¹ HE 154, 7. 6. 1931: Die neue Notverordnung.
- ⁶² 13. Sitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber., S. 596f., 602–607.
- ⁶³ Ebda, S. 602–607.
- ⁶⁴ Dahrendorf, ebda, S. 606; HE 164, 17. 6. 1931: Die Krise vermieden; Erklärung des Parteivorstands vom 18. 6., HE 167, 20. 6. 1931: Zerreißt das Lügengewebe!; Meitmann, Sammeln zum Kampf, HE 181, 4. 7. 1931; Flugblatt: »Erkennt die Gefahr!«, zur Rechtfertigung des Beschlusses vom 16. 6., in: Fst, Fasc. 832.

- 65 Breitscheid, An der Grenze!, HE 160, 13. 6. 1931; Löbe, Reichstageeinberufung – und was dann?, HE 161, 14. 6. 1931.
- 66 Meitmann, Sammeln zum Kampf, in: HE 181, 4. 7. 1931.
- 67 HE 164, 17. 6. 1931: Aktivität der Sozialdemokratie!
- 68 Z. B. Steinfeldt in der 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1071 f.; Dahrendorf in der 11. Sitzung, 20. 5. 1931, ebda, S. 490 f.; ders. in der 13. Sitzung, 10. 6. 1931, ebda, S. 604.
- 69 Dahrendorf, 13. Bürgerschaftssitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber., S. 605.
- 70 HE 57, 26. 2. 1930: Sisyphuskampf gegen Erwerbslosigkeit.
- 71 Vgl. S. 279, 285 und Meitmanns Artikel zum Bezirksparteitag 1931, HE 181, 4. 7. 1931: Sammeln zum Kampf.
- 72 Z. B. in Barmbeck-Süd, HE 328, 27. 11. 1930: Aus dem Hamburger Parteileben.
- 73 Ein besonders gutes Beispiel bietet die Beilage Nr. 37 zum HE: Vorstoß. Ein Film vom sozialdemokratischen Aufbau in Hamburg, 1. Folge, Fst: Fasc. 832. Der Eindruck wird bestätigt durch die Wahlreden Hamburger Politiker (laut Wiedergabe im HE) und das Werbematerial in Fst., Kasten 832.
- 74 HE 164, 17. 6. 1931: Aktivität der Sozialdemokratie! Auch Breitscheid ließ sowohl im Oktober 1930 als auch am 13. Juni 1931 Zweifel am Erfolg der Tolerierungspolitik durchklingen, HE 292, 22. 10. 1930 und HE 160, 13. 6. 1931.
- 75 Hierzu und zum Folgenden: Witt, S. 101–112; Drechsler, S. 57–63.
- 76 Vsmgl. des Distrikts Eppendorf-Winterhude, HE 172, 25. 6. 1931.
- 77 HE 113, 24. 4. 1931: Der Machtkampf erfordert Disziplin.
- 78 Die Spannungen wurden bei der Generalvsmgl. am 12. 3. 1931 und bei der Delegiertenkonferenz am 23. 4. 1931 deutlich. HE 72, 13. 3. 1931: Als Kampfpartei im Vormarsch; HE 113, 24. 4. 1931: Der Machtkampf erfordert Disziplin.
- 79 Delegiertenkonferenz am 23. 4. 1931, HE 113, 24. 4. 1931.
- 80 Vgl. Witt, S. 112.
- 81 Ebda, S. 53.
- 82 HE 72, 13. 3. 1931: Als Kampfpartei im Vormarsch.
- 83 Vgl. Witt, S. 58, 121–123.
- 84 Die Analyse in diesem Abschnitt bezieht sich auf die Tabelle 2 im Anhang.
- 85 Vgl. S. 177f.
- 86 Vgl. z. B. das Schreiben Petersens an seine Frau, 10. 5. 1930, abgedr. bei Lüth/Loose, S. 104.
- 87 Die Entwicklung reflektieren u. a. die Tagebuchvermerke Koch-Wesers vom 21. 6. 1927 und 22. 6. 1928 sowie sein Artikel: Der Wahlausgang, in: Demokratischer Zeitungsdienst, 12. 6. 1928 (BAK: NL Koch-Weser Nr. 36f.), ferner das Protokoll der Vorstandssitzung am 20. 10. 1928 (ebda, R 45 III/20), Ausarbeitungen der Reichsgeschäftsstelle über die Wahlresultate, 13. 12. 1929 und 8. 2. 1930 (ebda, R 45 III/21 f.), Schreiben aus Provinzstädten an Hermann Dietrich, z. B. von Gert Schlegel, Überlingen, 14. 6. 1928 (ebda, NL Dietrich 221), sowie die Beschwerden von Arbeitnehmern über ihre Zurückdrängung in der DDP, z. B. Gewerkverein Deutscher Metall-Arbeiter Oberhausen an Erkelenz, 24. 5. 1928 (ebda, NL Erkelenz 131), Emil Bierwirth, Essen, an dens., 26. 11. 1929 (ebda 129), Erkelenz an Feiler, 25. 2. 1929 (ebda 51), an Rauecker, 12. 3. 1929, Entschließung des Reichsarbeitnehmerausschusses gegen die Identifizierung der Partei mit den Sparvorschlägen des Hansa-Bundes, 22. 3. 1929 (ebda 129), ders. an den Parteivorstand, 5. 10. 1929 (ebda, NL Stolper 44). In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung der um den Zusammenschluß mit der DVP bemühten Liberalen Vereinigung durch Koch-Weser und August Weber zu sehen. (NL

- Koch-Weser 37, Tagebucheintragung vom 22. 6. 1928 bzw. NL Erkelenz 49, Schriftwechsel mit Weber 18./21. 6. 1928).
- ⁸⁸ Die Wirtschaftspartei gewann im Hamburger Staat bei den Bürgerschaftswahlen 1928 nur 20136 (2,9%), 1931 11375 (1,5%), bei den Reichstagswahlen 1928 16375 (2,3%), 1930 16910 (2,2%) der abgegebenen Stimmen. Zu den internen Vorgängen vgl. S. 519f., Anm. 146.
- ⁸⁹ Protokoll über die Sitzung des Parteivorstands der DDP am 20. 10. 1928, BAK: R 45 III/20, S. 232.
- ⁹⁰ Stephan als Vors. des Organisationsausschusses an Stubmann, 4. 7. 1929, BAK: NL Erkelenz 129. Den ursprünglichen Plan, Lüths Ausschluß zu betreiben, hatte Stephan möglicherweise aufgegeben, weil dafür der Parteivorstand zuständig und in ihm mit Erkelenz' Widerspruch zu rechnen war. Erkelenz an Rexrodt, 28. 6. 1929, ebda 124.
- ⁹¹ HA 295, 18. 12. 1929: Demokratischer Parteiausschuß.
- ⁹² HA 18, 22. 1. 1930: Die schlafenden Wächter.
- ⁹³ Tagebuchvermerk Koch-Wesers vom 5. 7. 1929, BAK: NL Koch-Weser 39, S. 64-71.
- ⁹⁴ Vermerk Koch-Wesers vom 22. 6. 1928, ebda 37, S. 143. Koch-Weser entwickelte im April 1930 Vorschläge für ein Programm der »neu zu gründenden Partei der Mitte«, ebda 101, S. 149-159.
- ⁹⁵ HA 82, 7. 4. 1930: Sammelruf und Demokratie. Über die Vorbereitungen: Lüth an Lemmer und Harald Feddersen, jeweils 4. 4. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II.
- ⁹⁶ Entschließung der Hamburger Jungdemokraten, abgedr. in HC 154, 1. 4. 1930: Sie wollen nichts lernen; Schreiben Lüths an Oscar Meyer, 1. 4. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II.
- ⁹⁷ HA 103, 5. 5. 1930: Politisches Frühlingsfest.
- ⁹⁸ HA 105, 7. 5. 1930: Der Weg der Demokraten.
- ⁹⁹ Unter der Überschrift: »Hamburger Demokraten gegen die Parteiführung« wurde z. B. in der Frankfurter Zeitung Nr. 338 vom 7. 5. 1930 über die Resolution des Parteiausschusses berichtet.
- ¹⁰⁰ Erklärung Landahls laut Demokratischem Zeitungsdienst, in: Weser-Zeitung 323 a, 4. 6. 1930: Lüth und die Demokraten.
- ¹⁰¹ Protokoll über Parteiausschußsitzung, 25. 5. 1930, BAK: R 45 III/14, S. 46ff., abgedr. bei: Albertin/Wegner, S. 534-540; ausführlicher im Rundschreiben Nr. 6 der Reichsgeschäftsstelle zur Vorbereitung der Vorstandssitzung, 16. 4. 1930, BAK: NL Stolper 44. Ein entsprechender Beitrag Koch-Wesers in der Vossischen Zeitung fand viel Beachtung, z. B. im HA 105, 7. 5. 1930.
- ¹⁰² Protokoll über Parteiausschußsitzung, 25. 5. 1930, BAK: R 45 III/14, S. 57f., abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 541. Bei der Vorstandssitzung am 5. 5. 1930 stimmten die Hamburger Vertreter für einen Antrag Wilhelm Abeggs gegen weitere Fusionsverhandlungen (HA 105, 7. 5. 1930: Der Weg der Demokraten), einem von Petersen eingebrachten Vertrauensvotum für Koch-Weser stimmte Stubmann aber ebenfalls zu (Lüth an Feddersen, 16. 5. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II).
- ¹⁰³ Stubmann und Hertling in der 11. bzw. 12. Bürgerschaftssitzung, 7./8. 5. 1930, Sten. Ber., S. 415f., 471. Wegen der Zustimmung zur »Warenhaussteuer« verließ z. B. Hermann Tietz die DDP, HA 89, 15. 4. 1930.
- ¹⁰⁴ Z. B. Hoffmann, Göttingen, an Erkelenz, 15. 4. 1930; Entschließung des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter, Görlitz, 30. 4. 1930, BAK: NL Erkelenz 57; Schreiben Erkelenz' zur Begründung seines Austritts aus der DDP, 29. 7. 1930, ebda 132. - Stockhinger an Meinerzhagen, 1. 8. 1930, ebda 128.

- ¹⁰⁵ Christian Koch bei einem Parteifest der Hamburger DDP, HA 103, 5. 5. 1930: Politisches Frühlingfest.
- ¹⁰⁶ Lüth an Feddersen, 13., 16. 5. 1930; an Christian Koch, 17. 5. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II. Lüths Austritt aus der DDP wurde am 22. 5. 1930 im HA gemeldet.
- ¹⁰⁷ HF 158, 8. 6. 1930: Zum Fall Lüth; HA 144, 24. 6. 1930: Richtlinien und Aufgaben jungdemokratischer Politik.
- ¹⁰⁸ HF 133 und 135, 14./16. 5. 1930: Aus der Demokratischen Partei.
- ¹⁰⁹ Petersen an seine Frau, 10. 5. 1930, abgedruckt bei Lüth/Loose, S. 104.
- ¹¹⁰ Lüth an Feddersen, 16. 5. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II. Die resignative Zurückhaltung gegenüber der Hamburger Partei wird durch Petersens in der vorigen Anm. zitierten Brief bestätigt.
- ¹¹¹ Lüth an Feddersen und Lemmer, 4. 4. 1930, Fst: Fasc. 751-9 II.
- ¹¹² HA 106, 8. 5. 1930: Erst ein Anfang.
- ¹¹³ HA 173, 29. 7. 1930. Vgl. Stephan, S. 439-453.
- ¹¹⁴ Petersen an Koch-Weser, 29. 7. 1930, BAK: NL Koch-Weser 105.
- ¹¹⁵ Dr. Hans Robinsohn, Erinnerungsbericht über die Umwandlung der Deutsch-Demokratischen Partei zur Staatspartei in Hamburg im Sommer 1930, 20. 4. 1971, StAH: Zeitgeschichtliche Sammlung.
- ¹¹⁶ HA 180, 5. 8. 1930: Die Hamburger Demokraten in der Deutschen Staatspartei. Die Zahl der Anwesenden wurde leider verschwiegen.
- ¹¹⁷ HA 182, 7. 8. 1930; HF 217, 7. 8. 1930.
- ¹¹⁸ Erinnerungsbericht Robinsohns, 20. 4. 1971, StAH: Zeitgeschichtl. Smlg.; Gespräch mit dems., 24. 9. 1974, Fst: Fasc. 751-5; Tel. August Weber an Koch-Weser, 28. 7. 1930, BAK: NL Koch-Weser 105.
- ¹¹⁹ Melchior an Max M. Warburg über ein Gespräch mit Silverberg, 31. 7. 1930, Privatarchiv Eric M. Warburg: M. M. W., Div. Korr. 1930; ders. an Dietrich, 24. 1. 1931, BAK: NL Dietrich 246.
- ¹²⁰ Vgl. Anm. 155f.
- ¹²¹ HA 182, 7. 8. 1930: Hamburger Demokraten und die Staatspartei.
- ¹²² HA 179, 4. 8. 1930: Jungdemokraten und Staatspartei.
- ¹²³ Abatz bei der ao. Mddvsmgl. der Staatspartei, HA 182, 7. 8. 1930.
- ¹²⁴ Stolper an Mende, 5. 9. 1930, BAK: NL Stolper 44.
- ¹²⁵ Heuss an Petersen, 15. 8. 1930; zur Vorgeschichte: Stolper an Fiehn, 13. 8. 1930, BAK: NL Stolper 44. Auch die Volksnationalen Cuxhavens protestierten gegen Stolpers Kandidatur, ders. an Mende, 5. 9. 1930, ebda.
- ¹²⁶ Landahl an Stolper, 12. 2. 1930; Stolper an Petersen, 17. 9. 1930, BAK: NL Stolper 44. HA 198, 26. 8. 1930: Stolper und Petersen.
- ¹²⁷ Die wirtschaftlich-soziale Weltanschauung der Demokratie. Programmrede von Dr. Gustav Stolper auf dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei am 5. Oktober 1929. Berlin o. J.
- ¹²⁸ Reichsarbeitnehmerausschuß der DDP an den Parteivors., 5. 10. 1929; Georg Bernhard an Koch-Weser, 11. 10. 1929, auszugsweise Abschrift; Bruno Rau-ecker an Stolper, 6. 11. 1929, BAK: NL Stolper 44. Wie das Schreiben Bernhards vermuten läßt, wurde das Referat vor der Drucklegung in einigen Passagen modifiziert und ergänzt, um die beanstandeten Einseitigkeiten gegen die Arbeiter- und Mittelstandsschichten auszumerzen.
- ¹²⁹ Reichsausschuß der Deutschen Demokratischen Beamten an Stolper, 22. 10. 1929, ebda. Der kritisierte Abschnitt mit völlig falschen Angaben über die Zahl der Finanzbeamten fehlt in der Druckfassung des Vortrags.
- ¹³⁰ Z. B. Bernhard an Koch-Weser, 11. 10. 1929; Rosenthal (Zigarren Großhändler, Vorstandsmitglied des Gewerbeausschusses der DDP Groß-Berlin) an Stolper,

7. 4. 1930; Geschäftsführer Bertram der Staatspartei Hamburg an dens., 3. 9. 1930, ebda.
- ¹³¹ Büll an Stolper, 23. 8. 1930, ebda.
- ¹³² Stolper an Landahl bzw. Petersen, 16. 9. 1930, ebda.
- ¹³³ Stolper an Theodor Wolff, 12. 9. 1930, ebda.
- ¹³⁴ Stolper an Friedrich Dessauer, 2. 7. 1930, ebda.
- ¹³⁵ HA 74, 28. 3. 1930: Die Selbstaufgabe; HA 164, 17. 7. 1930: Wenn es nicht anders geht ...
- ¹³⁶ Stolper an Oscar Meyer, 17. 7. 1930, BAK: NL Stolper 44.
- ¹³⁷ Stolper an Theodor Wolff, 12. 9. 1930, ebda.
- ¹³⁸ HA 202, 30. 8. 1930: Gustav Stolpers Programmrede; HA 206, 4. 9. 1930: Die Staatspartei im Wahlkampf.
- ¹³⁹ Außer in den in Anm. 138 zitierten Reden vertrat Stolper diese Position besonders in dem Artikel: Wir und die anderen, in: HA 212, 11. 9. 1930.
- ¹⁴⁰ G. Stolper, Finanzpolitik und Mittelstand, in: Die Freie Stadt, Nr. 5: Reichstagswahl 1930, S. 2, Fst: Kasten 751.
- ¹⁴¹ HA 185, 11. 8. 1930: Wirtschaftsnot – soziale Not.
- ¹⁴² G. Stolper, Wir und die anderen, in: HA 212, 11. 9. 1930.
- ¹⁴³ Die Freie Stadt, Nr. 3: Reichstagswahl 1930, Fst: Kasten 751.
- ¹⁴⁴ Stolper an den Chefred. des HF, Felix v. Eckardt, 17. 9. 1930, BAK: NL Stolper 44.
- ¹⁴⁵ Vgl. Tabelle 2 im Anhang, fürs Reich: Tormin, Parteien, S. 286f.
- ¹⁴⁶ Nach der Zählung von 1925 waren in Rotherbaum 15,23 %, in Harvestehude 15,89 %, in der Stadt 1,83 % und im Staat 1,73 % der Wohnbevölkerung »Israeliten«. Überrepräsentiert waren sie sonst nur in Eppendorf mit 3,54 % und der nördlichen Neustadt mit 2,32 %. Statistik Hamburger Staat, H. 32: Volkszählung, S. 90.
- ¹⁴⁷ Die Stimmenzahl des Zentrums wuchs in Harvestehude von 269 auf 439, in Rotherbaum von 279 auf 474; die DDP/Staatspartei verlor 496 bzw. 943 Wähler. Statist. Mittlgg. hbg. Staat 25: Reichstagswahl 1930, S. 96f.
- ¹⁴⁸ Die Staatspartei verlor in allen 15 Stadtteilen mit überdurchschnittlich vielen Angestellten besonders stark mit Ausnahme von Hohenfelde, Langenhorn und Eppendorf. Die NSDAP gewann in allen überproportional außer in Steinwärder/Waltershof und Kleiner Grasbrook, wo besonders viele öffentliche Angestellte wohnten, und in Langenhorn, das als Neubaugebiet sozialdemokratischer Genossenschaften aus dem Rahmen fiel. Die SPD schnitt in der Hälfte der fraglichen Stadtteile deutlich besser ab als im Durchschnitt, darunter besonders in den eben genannten sowie in Klein-Borstel, Fuhlsbüttel, Rotherbaum und Eppendorf, in denen allen Angehörige des öffentlichen Dienstes stark vertreten waren. Vgl. Tabelle 2 b und c.
- ¹⁴⁹ Es handelt sich um die meisten der in der vorigen Anm. behandelten Stadtteile, außerdem als bevorzugtes Wohngebiet leitender Beamter um Harvestehude. Zu den Schwierigkeiten für die Interpretation infolge der Zusammenfassung der Beamten mit den Angestellten bzw. Selbständigen in der Berufsstatistik von 1925 vgl. Anm. 36 zum 9. Kapitel.
- ¹⁵⁰ Sowohl Handel und/oder Industrie als auch »Selbständige« waren nur in Altstadt, Neustadt, St. Georg, Hohenfelde und Finkenwärder überrepräsentiert. Die DDP hatte hier unterdurchschnittliche Verluste. In Hohenfelde und Finkenwärder änderte sich das Bild 1931.
- ¹⁵¹ Z. B. Protokolle über die Vorstandssitzung der DDP am 27. 9., 16. 10. 1930, BAK: R 45 III/22, abgedr. bei: Albertin/Wegner, S. 587f., 605. Platen warf den

- Staatspartei Gründern vor, sie hätten geglaubt, »Gesinnungen und Seelen kommandieren zu können«, und dadurch die schweren Mitglieder- und Wählerverluste verursacht. HA 235, 8. 10. 1930: Führer und Jugend.
- ¹⁵² HA 260, 6. 11. 1930: Die DDP billigt die Gründung der Staatspartei.
- ¹⁵³ Schreiben an Mitglieder des Reichsvorstands von DDP Allenstein, 23. 11. 1930, BAK: NL Dietrich 243; Hermann Schäfer, Köln, 13. 1. 1931, ebda 255; dems., 22. 2. 1931, MDR Josef Winschuh, 6. 2. 1931, ebda 247; Ernst Rocholl, Kassel, 11. 2. 1931, Prof. Erich Obst, Hannover, 24. 4. 1931, ebda 246; Hermann Schäfer, 30. 4. 1931, ebda 244; Staatspartei Düsseldorf-Ost, 13. 6. 1931, ebda 256; Protestresolution der Staatspartei Hannover, Anfang Juli 1931, ebda 249; offener Brief von Staatsmin. a. D. Richard Moeller, in: Mecklenburgische Blätter, Mai 1931, ebda 246; 3. und 4. Bericht von M. E. Lüders, 3. 3. und 3. 4. 1931, ebda 245.
- ¹⁵⁴ Der Richtlinienausschuß brachte seine Arbeit nur schleppend voran, im Juli oder August 1931 legte A. Weber einen Entwurf für die Leitsätze und ein Programm vor. NL Dietrich 252.
- ¹⁵⁵ Stubmann in der Sitzung des Reichsvorstands der DDP, 16. 10. 1930, BAK: R 45 III/22, S. 152, abgedr. bei Albertin/Wegner, S. 605.
- ¹⁵⁶ Deutsche Staatspartei Hamburg an Dietrich, 26. 1. 1931, BAK: NL Dietrich 243.
- ¹⁵⁷ HF 323, 21. 11. 1930: Konstituierung der Deutschen Staatspartei.
- ¹⁵⁸ Nach dem 3. Bericht von M. E. Lüders vom 3. 3. 1931 über ihre Vortragsreise durch Deutschland war es im Februar 1931 gelungen, »einen Teil der nicht geringen Verluste wieder einzubringen«. NL Dietrich 245. Zahlen über den Mitgliederstand der DDP liegen leider nicht vor. M. E. Lüders ermittelte bei ihren Besuchen Verluste von 30 bis 60%. 4. Bericht, ebda. Hermann Schäfer meldete aus Köln, daß fast die Hälfte der Mitglieder den Übergang zur Staatspartei nicht mitgemacht habe. Schreiben vom 30. 4. 1931, NL Dietrich 244.
- ¹⁵⁹ 3. Bericht von M. E. Lüders, 3. 3. 1931, ebda 245.
- ¹⁶⁰ Platen vor dem Hamburger Parteiausschuß, HA 238, 11. 10. 1930: Dr. Stolper vor seiner Partei; vor den Jungdemokraten, HA 235, 8. 10. 1930: Führer und Jugend. Die letzte Mitgliederversammlung der DDP erklärte sich in einer Resolution mit der Gründung der Deutschen Staatspartei einverstanden »in der Annahme, daß dem alten demokratischen Ideengut eine neue Heimstätte« in ihr gesichert werde. HA 260, 6. 11. 1930: Die DDP billigt die Gründung der Staatspartei.
- ¹⁶¹ HA 215, 15. 9. 1930: Bei der Deutschen Staatspartei.
- ¹⁶² Stolper an Landahl, 16. 9. 1930; an Petersen, 17. 9. 1930 (dort das Zitat), BAK: NL Stolper 44.
- ¹⁶³ HA 53, 4. 3. 1931: Die Partei des Aufbaus.
- ¹⁶⁴ HA 71, 25. 3. 1931: Die Staatspartei eröffnet den Wahlkampf (das Manuskript der Rede im StAH: Familienarchiv Petersen L 46); Petersen, Deutsch und sozial!, in: HA 213, 12. 9. 1931.
- ¹⁶⁵ HA 225, 26. 9. 1931: Noch einmal sprachen die Führer (Redemanuskript in StAH: Familienarchiv Petersen L 46).
- ¹⁶⁶ HA 221, 22. 9. 1931: Dr. Petersen vor Handel und Industrie.
- ¹⁶⁷ Stubmann in der 11. Bürgerschaftssitzung, 7. 5. 1930, Sten. Ber., S. 415.
- ¹⁶⁸ Nöldeke in der 17. Bürgerschaftssitzung, 13. 8. 1930, Sten. Ber., S. 744.
- ¹⁶⁹ 19. Sitzung, 30. 9. 1930, Sten. Ber., S. 834.
- ¹⁷⁰ Redemanuskript 25. 9. 1931, StAH: Familienarchiv Petersen L 46.

- ¹⁷¹ HA 73, 27. 3. 1931: Front gegen Intoleranz und politische Verwirrung. Petersen sprach ebenso wie prominente Vertreter der SPD und DVP bei einer Veranstaltung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.
- ¹⁷² Stubmann in der 3. Bürgerschaftssitzung, 29. 1. 1930, Sten. Ber., S. 107.
- ¹⁷³ HA 132, 10. 6. 1930: Ist das alles, Herr Moldenhauer? Auch die Reichstagsfraktion beschloß einstimmig die Ablehnung des »Notopfers«. HA 137, 16. 6. 1930.
- ¹⁷⁴ HA 169, 23. 7. 1930: Lynkeus, Mahnung an das Staatsvolk. Winbauer hatte eine knappe Woche früher schwerste Vorwürfe gegen die »Verantwortungsscheu« und »Selbstdiffamierung« des Parlaments gerichtet, das nur die Auflösung verdiente. HA 164, 17. 7. 1930: Wenn es nicht anders geht ...
- ¹⁷⁵ HA 216, 16. 9. 1930: Sparsamer Haushalt.
- ¹⁷⁶ HA 260, 6. 11. 1930: DDP billigt Gründung der Staatspartei.
- ¹⁷⁷ HA 140, 19. 6. 1931: Staatspartei lehnt Notverordnung ab. In der Resolution wurden zwar auch »strengste Einsparungen bei allen Sachausgaben« gefordert, das Verlangen nach »sozialerer und wirtschaftlicherer Gestaltung« entsprach aber mehr der Arbeitnehmerposition.
- ¹⁷⁸ HN 263, 10. 6. 1931; HA 20. 6. 1931: Partei-Ansturm gegen die Notverordnung (Bericht über erregte Versammlung des Reichsarbeitnehmerausschusses, in der sogar Opposition gegen die Regierung gefordert wurde); Reichsbeamtenausschuß an Parteivors., 9. 6. 1931; Gerhard Vogt, Die Notverordnung, im Organ des Ausschusses: Der Beamtenfreund, Jg. 7, Nr. 6, 25. 6. 1931, BAK: NL Dietrich 247; Landesverband Schaumburg-Lippe an Reichsgeschäftsstelle, 15. 6. 1931; Entschließung des Wahlkreisverbands Düsseldorf-Ost, 21. 6. 1931; Ortsgruppe Berlin-Lichtenberg an A. Weber, 23. 5. 1931, ebda 244.
- ¹⁷⁹ 13. Bürgerschaftssitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber., S. 610-613; HA 19. 6. 1931: Staatspartei lehnt Notverordnung ab.
- ¹⁸⁰ HA 17. 4. 1931: Großer Abend im Demokratischen Klub. Nach der Abwertung der britischen Währung forderte Stolper in einer Rede vor Mitgliedern der Hamburger Staatspartei die Reichsregierung auf, »den Kampf um die Stabilität der Mark zu führen, Deutschland das Vertrauen in der Welt wiederzugewinnen und sich einzufügen in den Prozeß der internationalen Liquidation der Krise. Deutschlands Wirtschaft sei gesund, sie werde auch die Kraft haben auszuhalten, bis die Welt zur Vernunft kommt.« HF 292, 21. 10. 1931: Die Lage im Reich und in Hamburg.
- ¹⁸¹ HA 210, 9. 9. 1930; HF 9. 9. 1930. Im HA 169 wurde am 23. 7. 1930 betont: »Wer aber glaubt, neue politische Methoden können das Wirtschaftsleben ankurbeln und aus der Depression den Aufschwung hervorbringen, der vergißt, daß der Staat zwar wirtschaftliche Erleichterungen schaffen kann, daß er selbst aber nichts zu verschenken hat. Was er dem einen Staatsbürger an Liebesgaben und Subventionen gibt, muß er dem andern nehmen. Das ist ein unabänderliches, gar zu gern vergessenes Gesetz. Die Wirtschaftsflaute ist eine internationale, keine deutsche Angelegenheit.«
- ¹⁸² Z. B. Kaufmann in der 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1065 f. Das amerikanische Beispiel, auf das sich K. berief, benutzte Stolper als Beweis für seine These, daß hohe Löhne nur in einem Land mit Kapitalreichtum und daher niedrigen Zinslasten möglich seien.
- ¹⁸³ 10. Bürgerschaftssitzung, 19. 5. 1931, Sten. Ber., S. 371.
- ¹⁸⁴ HA 29. 4. 1931; HF 118, 29. 4. 1931.
- ¹⁸⁵ HA 180, 5. 8. 1931: Von der Rettung zur Sanierung.
- ¹⁸⁶ HA 192, 19. 8. 1931: Die Inflationsspritze.
- ¹⁸⁷ HA 205, 3. 9. 1931: Zwischen Inflation und Deflation (Dietrich und Schreiber);

- Notiz Luthers über Besuch von Reinhold, 18. 9. 1931, BAK: NL Luther 366; Vermerk Koch-Wesers, 14. 1. 1932, BAK: NL Koch-Weser 40.
- ¹⁸⁸ HF 35, 4. 2. 1931: Ein Abend der Staatspartei; HA 29, 4. 2. 1931: Staatspartei gegen Nationalsozialismus; HA 192, 19. 8. 1931: Hamburgs Wahl in schwerer Zeit; HA 216, 16. 9. 1931: Abrechnung mit dem Radikalismus; HA 225, 26. 9. 1931: Noch einmal sprachen die Führer.
- ¹⁸⁹ Fst.: Fasc. 323–1423; HN 424, 11. 9. 1931: Haltet das Tor offen!; HN 434, 17. 9. 1931: Die wunderliche Matrosen-Broschüre; HA 211, 10. 9. 1931: Haltet das Tor offen!; Recht und Freiheit. Kampfblatt der Deutschen Staatspartei Hamburg, Nr. 8, 15. 9. 1931. Auch in Kreisen der Bremer DVP fand die Broschüre Beachtung: Briefwechsel Biedermann/Senator Apelt, 12. 9./1. 10. 1931, StA Bremen: NL Apelt. Die Broschüre ist in großen Teilen abgedr. bei Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, S. 341–347. Die Initiative ging von Petersen, einigen Senatoren und anderen angesehenen Politikern der drei Regierungsparteien aus, vgl. Anm. 202.
- ¹⁹⁰ Fst: Kasten 751.
- ¹⁹¹ Dortmunder Generalanzeiger, 21. 12. 1930 und 2. 4. 1931.
- ¹⁹² Vgl. zum Folgenden Tabelle 2.
- ¹⁹³ HA 196, 24. 8. 1931: Forderungen der staatsparteilichen Beamtenschaft; Petersen bei der abschließenden Wahlkundgebung, HA 225, 26. 9. 1931: Noch einmal sprachen die Führer.
- ¹⁹⁴ Redekonzepte u. a. 16. 12. 1930, StAH: FA Chapeaurouge, U 158; 16. 4. 1931, ebda, U 161; Aufzeichnung: Reichstagswahl und Partei, 22. 9. 1930, Fst: Fasc. 752 III.
- ¹⁹⁵ Redekonzepte, 16. 12. 1930, StAH: FA Chapeaurouge, U 158; 16. 4. 1931, ebda, U 161; 21. 9. 1931, U 91.
- ¹⁹⁶ Redekonzept, 16. 4. 1931, ebda, U 161; Niederschr. über Vhdgg. zur Senatsbildung, betr. 8. 10. 1931, ebda, U 187.
- ¹⁹⁷ Redekonzepte, 14. 11. 1930, ebda, U 269; 16. 12. 1930, ebda, U 158; Schreiben an Dauch, 5. 6. und 5. 7. 1930, ebda, U 155; an Cremer, 19. 1. 1931, ebda, U 159. Den Mißerfolg zeigen u. a. die Antworten des Hbger Generalsekretärs Herrmann, 26. 7. 1930, U 155, und Dauchs, 15. 7. 1930 bzw. 19. 1. 1931, U 120.
- ¹⁹⁸ Wilh. Burchard-Motz, Mitarbeit oder Opposition, in: HF 38, 7. 2. 1928; R. Michael im Beirat der DVP, HN 126, 14. 3. 1928; Rose in der Bürgerschaft, 8. 6. 1928, Sten. Ber., S. 468; Grevsmühl beim Landesparteitag, HF 61, 2. 3. 1930: Politik auf weite Sicht; Hüne in der Bürgerschaft, 8. 5. 1930, Sten. Ber., S. 449; Rose ebda., 18. 5. 1931, Sten. Ber., S. 314.
- ¹⁹⁹ HF 307a, 5. 11. 1929: Hochschultagung der Deutschen Volkspartei. Sehr entschieden bekannte sich auch C. A. Schröder zur Weimarer Republik, 17. Bürgerschaftssitzung, 20. 6. 1928, Sten. Ber., S. 589.
- ²⁰⁰ HC 568, 5. 12. 1929. Zu den Mitbegründern gehörten – außer Michael – Manfred Bott und Erich Feger vom DHV, der China-Kaufmann Erwin Merck, der Geschäftsführer des Aufklärungsausschusses Hamburg-Bremen (einer von den hanseatischen Handelskammern für die Auslandspropaganda geschaffenen Stelle), Kurt Johannsen, und der Verlagsinhaber Otto Kayser, der sich dem rechten Flügel der DVP zurechnete (Kayser an Berenberg-Goßler, 25. 9. 1931, StAH: FA Chapeaurouge, U 120). Als Vorstandsmitglied im Vaterstädtischen Bund (einem Zusammenschluß der Anhänger der »Rechtsparteien« in den Bürgervereinen) wurde er trotz seiner früheren Tätigkeit für die Organisation Escherich von den Völkischen 1928 heftig attackiert (FA Bertheau, G 3).

- ²⁰¹ Schreiben der Verlagsleitung des HF an Michael, 27. 8. 1929, Fst: NL Michael, 11 M 4.
- ²⁰² Renatus Weber an Werner Jochmann, 20. 2. 1963, Fst: Fasc. 323–1423. Niederschr. über Besprechung im Überseeklub über Möglichkeiten, den Wahlkampf für Fortsetzung der Großen Koalition gemeinsam zu führen, undatiert (Sommer 1931), StAH: FA Chapeaurouge, U 91. Vgl. Anm. 189.
- ²⁰³ Moldenhauer, Memoiren, Kap. Ministerzeit, S. 95, BAK: NL Moldenhauer Nr. 3.
- ²⁰⁴ HF, 7. 11. 1929: Krisengerüchte über die Deutsche Volkspartei; bestätigt durch Schreiben Dauchs an Becker, 17. 1. 1930, AHK: 21 A 1/9a.
- ²⁰⁵ Wählerversammlung der DVP in Eimsbüttel, Hamburger Stimmen 132, 4. 10. 1927: Bürgerliche Führung gegen den Antisemitismus; Michael in der Bürgerschaft, 21. 3. 1928, Sten. Ber., S. 120f.; Hurtzig, ebda, 8. 6. 1928, S. 481f.; Dauch beim Landesparteitag, HF 272, 29. 9. 1928; Großhandelsausschuß DVP Hamburg, [Broschüre zur Tagung in der] Harmonie, 28. Februar 1929, [Abhandlung von Otto A. Ernst], AHK: 21 A 1/6c, Bd. 1; Dauch im Beirat der DVP Hbg., HC 537, 16. 11. 1929; usw. Der Etatexperte der Reichstagsfraktion, Cremer, schätzte das ins Ausland geflüchtete deutsche Vermögen auf 10 Milliarden RM, HN 131, 19. 3. 1930: Volksparteiliche Finanzforderungen.
- ²⁰⁶ Walther Dauch, Vorschlag zur Finanz- und Steuerreform, 2. 10. 1929; ders. an Becker (Syndikus der HK), 17. 1. 1930, AHK: 21 A 1/9a.
- ²⁰⁷ HE 75, 16. 3. 1930: Binsenwahrheiten.
- ²⁰⁸ Denkschrift vom 2. 10. 1929, AHK: 21 A 1/9a.
- ²⁰⁹ Dauch beim Landesparteitag, HF 272, 29. 9. 1928.
- ²¹⁰ Dauch bei einer Wählerversmlg. in Eimsbüttel, HF 38, 7. 2. 1928; ähnlich, aber durch den Bezug auf die Realsteuern sachgerechter, auch in seiner Denkschrift v. 2. 10. 1929 (AHK: 21 A 1/9a) und Piper in der 6. Bürgerschaftssitzung, 20. 2. 1929, Sten. Ber., S. 193. Dauch zitierte den Leiter der amerikanischen Delegation bei der Weltwirtschaftskonferenz, Robinson (an Chapeaurouge, StAH: FA Chapeaurouge, U 120).
- ²¹¹ Wählerversammlung in Eimsbüttel, HF 38, 7. 2. 1928.
- ²¹² Feger beim Landesparteitag nach Ausführungen Dauchs über »soziale Lasten« und »Staatsrentnertum«, HF 272, 29. 9. 1928.
- ²¹³ HF 2. 8. 1929: Der innenpolitische Kurs der Deutschen Volkspartei.
- ²¹⁴ Der Antrag vom 14. 12. 1928 wurde am 28. 2. und 1. 3. 1929 im Reichstag verhandelt, Sten. Ber., Bd. 424, S. 1338ff. und 1393ff. Dauch propagierte die Vorschläge z. B. im November 1929 in Hamburg, HC 537, 16. 11. 1929.
- ²¹⁵ HN 575, 10. 12. 1929: Reform oder Untergang.
- ²¹⁶ HF 2. 8. 1929: Der innenpolitische Kurs der Deutschen Volkspartei. Dauch deutete dieselbe Auffassung vorsichtiger an: HC 537, 16. 11. 1929.
- ²¹⁷ HC 103, 2. 3. 1930: Fest bleiben!
- ²¹⁸ Z. B. Hurtzig in der 12. Bürgerschaftssitzung, 8. 5. 1930, Sten. Ber., S. 466ff; Dauch bei einer Wählerversmlg. in Hamm, HF 238, 28. 8. 1930.
- ²¹⁹ Z. B. Hüne, 12. Bürgerschaftssitzung, 8. 5. 1930, Sten. Ber., S. 447.
- ²²⁰ Dauch bei einer Mitgliederversmlg. der Hamburger DVP, HF 307, 5. 11. 1930: Politischer Wiederaufbau. Auch Chapeaurouge anerkannte das Reformprogramm im ganzen als »großen Wurf« trotz stärkerer Bedenken wegen der zweifelhaften verfassungsrechtlichen Zulässigkeit und der Eingriffe in Länderrechte. Redekonzept, 14. 11. 1930, StAH: FA Chapeaurouge, U 269.
- ²²¹ Dauch bei einer DVP-Versammlung im Curio-Haus, HF 9a, 9. 1. 1931: Unser

- Kurs im Reich. Die Festlegung auf die 300 Mio RM Ersparnis wurde von Chapeaurouge erfolglos bekämpft. An Cremer, 16. 1. 1931, ebda, U 159.
- ²²² Dauch an Dingeldey, 28. 3. 1931, BAK: NL Dingeldey 68.
- ²²³ DVP an RK, Anl. zur Niederschr. über Ministerbespr. am 24. 6. 1930, BAK: R 43 I/1444.
- ²²⁴ Dingeldey bei einer Kundgebung der Hamburger DVP, HF 3. 6. 1931.
- ²²⁵ Chapeaurouge an W. O. Rose, 4. 2. 1932, Fst: Fasc. 752 III.
- ²²⁶ HF 9a, 9. 1. 1931: Unser Kurs im Reich.
- ²²⁷ Frank Glatzel in der Sitzung des Zentralvorstands der DVP am 24. 8. 1930, BAK: R 45 II/47; Feger an den Landesverbandsvors. Bagge, 26. 9. 1931, BAK: NL Dingeldey 60.
- ²²⁸ Vortrag von Otto Thiel vor der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler am 26. 10. 1930, Manuskript im BAK: NL Dingeldey 53.
- ²²⁹ Feger beim Landesparteitag 1928 der DVP, HF 272, 29. 9. 1928; ebenso beim Parteitag 1930, HF 61, 2. 3. 1930: Politik auf weite Sicht. In einem Schreiben an den Vorsitz. Bagge vom 26. 9. 1931 beschwerte sich Feger besonders über einseitige Stellungnahmen in den Wahlreden der Vertreter der Reichstagsfraktion, Hintzmann und Hugo. Speziell die Attacken Hugos gegen Gewerkschaften und Tarifverträge ließen ihn zweifeln, ob überhaupt noch »eine nutzbringende Gemeinschaftsarbeit in der Partei« möglich sei. BAK: NL Dingeldey 60.
- ²³⁰ Bagge bei der Eröffnung des Wahlkampfs, HF 238, 28. 8. 1930; HA 200, 28. 8. 1930.
- ²³¹ Z. B. provozierte Bagge bei einer Wählerversammlung durch seine Ankündigung, gegen die Ultraradikalen rechts und links zu kämpfen, die Aufforderung, mit gleicher Entschiedenheit gegen die SPD vorzugehen. HA 200, 28. 8. 1930: Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf. Nach der Wahlniederlage stand die Hamburger DVP-Führung unter starkem Druck der Mitglieder, die Koalition mit der SPD aufzugeben. Niederschr. über die Vhdlgg. über die Senatsbildung im StAH: FA Chapeaurouge, U 187.
- ²³² Vgl. Döhn, S. 185–228.
- ²³³ Z. B. Schnell, Halle, an Jochmus, Bielefeld, 29. 10. 1930, BAK: NL Dingeldey 31; Weiss, Ludwigshafen, an Dingeldey, 26. 11. 1930, ebda 33; Schüler, Bochum, an dens., 5. 12. 1930, ebda 33.
- ²³⁴ Niederschr. Chapeaurouges über Vhdlgg. zur Senatsbildung, darin über Unterredung mit Feger am 8. 10. 1931, StAH: FA Chapeaurouge, U 187; Feger an Chapeaurouge, 3. 10. 1931, ebda, U 91.
- ²³⁵ Telegr. Herm. Holthusen an Dingeldey, 19. 11. 1930; Glückwunschsreiben von Diestel, 3. 12. 1930, BAK: NL Dingeldey 32. Dauch und Dingeldey standen in regem brieflichen Gedankenaustausch über die politischen Ereignisse, wie zahlreiche Schreiben im NL Dingeldey zeigen.
- ²³⁶ HA 223, 24. 9. 1930: Revolte gegen Scholz. Dingeldey wurde zunächst zum stellvertretenden und am 30. November 1930 für den aus Krankheitsgründen zurückgetretenen Scholz zum ersten Parteivorsitzenden gewählt.
- ²³⁷ Thiel, Wie kommen wir zu einer großen Deutschen Volkspartei?, 26. 10. 1930, bes. S. 8, BAK: NL Dingeldey 53; Glatzel an Dingeldey, 20. 12. 1930, ebda.
- ²³⁸ HF 59, 28. 2. 1931.
- ²³⁹ Z. B. Grußtelegramm des 12. Landesparteitags an Dingeldey, HC 215, 10. 5. 1931: Zukunft mit Taten ...
- ²⁴⁰ 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1051.
- ²⁴¹ Nationalliberale Correspondenz, Jg. 57, Nr. 234, 2. 12. 1930, Fst: Fasc. 752 III.

- ²⁴² Grevmühl beim Landesparteitag 1930, HF 61, 2. 3. 1930: Politik auf weite Sicht!
- ²⁴³ Der Elbwart, Nr. 20, 17. 5. 1930: Parteiendämmerung, Fst: Fasc. 752 III.
- ²⁴⁴ HF 238, 28. 8. 1930: R. M., Der Nationalsozialismus.
- ²⁴⁵ Hemsoth an Reichsgeschäftsstelle, 18. 9. 1930, DZA: 60 Vo1, Bd. 210 (Film im BAK: R 45 II).
- ²⁴⁶ Aufzeichnung Chapeaurouges: Reichstagswahl und Partei, 22. 9. 1930, Fst: Fasc. 752 III. Chapeaurouge war sich bewußt, daß die Nationalsozialisten in die Schaltstellen des Staates hineindrängten, um ihn von innen zu zerstören. Er rechnete damit, daß ein Angebot zur Mitarbeit mit unmöglichen Forderungen beantwortet werde, so daß die bürgerlichen Regierungsparteien Gelegenheit erhielten, die Verantwortungsscheu der NSDAP zu entlarven. Dauch erklärte sich öffentlich zur Zusammenarbeit mit der NSDAP bereit, die sie jedoch verweigert habe. Statt dessen wolle sie abermalige Neuwahlen, ein »Va-banque-Spiel, das zum Bürgerkrieg führen« müsse. HN 13, 9. 1. 1931: Der Kurs der Deutschen Volkspartei im Reich.
- ²⁴⁷ Z. B. Erklärung der DVP-Fraktion in der 25. Bürgerschaftssitzung, 10. 12. 1930, Sten. Ber., S. 1051; Rose in der 6. Sitzung, 18. 3. 1931, ebda, S. 229.
- ²⁴⁸ Änderung Chapeaurouges zum Geheimprotokoll des Senats, 4. 11. 1930, StAH: FA Chapeaurouge, U 225.
- ²⁴⁹ Dies zeigt ein Vgl. seines Vortragskonzepts mit der Mitschrift seiner Rede im Beirat der DVP am 16. 12. 1930, ebda, U 158. Vgl. auch HC 587, 17. 12. 1930: Die Stellung der DVP im Senat.
- ²⁵⁰ Vgl. S. 381 f.
- ²⁵¹ Am 18. 5. 1931 bezeichnete Rose die NSDAP als wesentlich revolutionärer als die SPD (9. Bürgerschaftssitzung, Sten. Ber., S. 314). Am 18. 3. hatte er für die Gegenwart ebenfalls den revolutionären Charakter betont, aber die Möglichkeit der Entwicklung zu einer Reformpartei offengelassen (ebda, S. 229).
- ²⁵² HC 191, 25. 4. 1931: Goebbels in Hamburg. Zum selben Urteil war Chapeaurouge schon in seiner Aufzeichnung vom 22. 9. 1930 gekommen. Fst: Fasc. 752 III.
- ²⁵³ Vgl. S. 343, 481, 485. Michael unterstützte die Bestrebungen durch einen Artikel im HF 253, 12. 9. 1931: Sinn und Ziel der Hamburger Wahl. Bereits in seiner Aufzeichnung vom 22. 9. 1930 (Fst: Fasc. 752 III) hatte Chapeaurouge »planmäßige überparteiliche Aufklärung (der Anti-Nazi)« als Methode zur Bekämpfung des Nationalsozialismus dringend gefordert.
- ²⁵⁴ Rose beim 12. Landesparteitag der DVP am 9. 5. 1931. Die Wendung wurde nur in den HN 215, 10. 5. 1931, überliefert.
- ²⁵⁵ Dauch an Dingeldey, 9. 1. 1931, BAK: NL Dingeldey 68.
- ²⁵⁶ Dauch an Dingeldey, 9. 1. und 26. 5. 1931, ebda. Ebenso aus Bochum RA Schüller an dens., 5. 12. 1930, ebda 33.
- ²⁵⁷ BAK: NL Dingeldey 68. Hans v. Raumer erklärte in einem Brief vom 16. 5. 1931, die »praktisch in der Wirtschaft Tätigen« seien innerlich darauf vorbereitet, »den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenbruch Deutschlands im kommenden Winter zu erleben«. Dies schreibe er, obwohl er »im allgemeinen als Optimist verschrien sei«. Ebda 83.
- ²⁵⁸ Dauch an Dingeldey, 26. 5. 1931, ebda 68.
- ²⁵⁹ HF, HC, Weser-Zeitung v. 3. 6. 1931, StAH: Staatl. Pressestelle II, C I 10f.
- ²⁶⁰ Ebda.
- ²⁶¹ 13. Bürgerschaftssitzung, 10. 6. 1931, Sten. Ber., S. 623f.
- ²⁶² Schäffer-Tagebuch, 12. 6. 1931, IfZ: ED 93, Bd. 11, S. 211f.

- ²⁶³ Horkenbach, S. 205. Dauch an Dingeldey, 27. 6. 1931, BAK: NL Dingeldey 68.
- ²⁶⁴ Horkenbach 1931, S. 205. Diese Kombination war z. B. im HA 135 vom 13. 6. 1931: Direktorium? zu lesen.
- ²⁶⁵ Vgl. z. B. die Wahlrede Erich Fegers in HN 424, 11. 9. 1931.
- ²⁶⁶ HN 405, 1. 9. 1931. Die Aussagen beziehen sich auf den offiziellen Wahlauf Ruf und die Ausführungen mehrerer Kandidaten.
- ²⁶⁷ HN 404, 1. 9. 1931: Die Dt. Volkspartei tritt in den Wahlkampf für die Bürgerschaft; R. Michael, Sinn und Ziel der Hamburger Wahl, in: HF 253, 12. 9. 1931.
- ²⁶⁸ HN 405, 1. 9. 1931.
- ²⁶⁹ Feger an Bagge, 26. 9. 1931, BAK: NL Dingeldey 60.
- ²⁷⁰ HN 445, 24. 9. 1931: Die Deutsche Volkspartei zur Lage; HA 223, 24. 9. 1931: Dingeldeys Skepsis gegen den Kanzler.
- ²⁷¹ Zuschrift in HC 386, 20. 8. 1931: Das Sparprogramm des Hamburger Senats; auch: H. Weising, Zurück zur Wahrheit, in: HC 379, 16. 8. 1931.
- ²⁷² Dingeldey bei der Kundgebung in Hamburg am 2. 6. 1931, HF 3. 6. 1931.
- ²⁷³ Vgl. Tab. 2. In den meisten Stadtteilen, in denen neben den Angestellten auch der Sektor Verwaltung (häufig außerdem Gesundheitswesen) überproportional vertreten war, war der Trend besonders stark ausgeprägt.
- ²⁷⁴ Darauf deutet die Entwicklung in den Stadtteilen Altstadt und St. Georg hin, in denen die Selbständigen und die Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr überrepräsentiert waren.
- ²⁷⁵ Vgl. S. 642, Anm. 102.
- ²⁷⁶ Aufzeichnung Chapeaurouges: Bürgerschaftswahl und Senat, über die Verhandlungen zur Senatsbildung vom 28. 9. bis 28. 12. 1931, StAH: FA Chapeaurouge, U 187.
- ²⁷⁷ Vgl. S. 21, 147.

Schluß

- ¹ Z. B. HA 226, 28. 9. 1931: Ein Stoß gegen Hamburg.
- ² Z. B. HF 309a, 7. 11. 1931: Die Zukunft des deutschen Kapitalismus. Prof. Dr. Bonn im Überseeklub; HA 14, 18. 1. 1932: Kann man Arbeitslosigkeit vermeiden?

Verzeichnis der Tabellen im Anhang

1. Ressortverteilung des Senats 1919–1932	664
2. Wahlergebnisse in Hamburg	
a) im Staat 1907–1932	665
b) in den Stadtteilen 1928–1933	666
c) Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Stadtteile 1925	670
3. Mitgliederzuwachs der NSDAP in Hamburg bis zum 30. Januar 1933 nach Berufsgruppen	671
4. Zahl und Beschäftigte der Hamburger Gewerbebetriebe 1925 und 1933	672
5. Beschäftigung wichtiger Hamburger Gewerbebranchen am 10. Oktober 1927–1932	676
6. Arbeitslosigkeit im Hamburger Staat 1925 und 1933	678
7. Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in der Stadt Hamburg 1924–1933	679
8. Wohlfahrtserwerbslose in der Stadt Hamburg 1928–1932	680
9. Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg 1927–1933	680
10. Die Arbeitsuchenden nach Wirtschaftsbereichen bzw. Berufen am Jahresende 1928–1932	681
11. Die Hauptunterstützungsempfänger nach dem Alter 1929–1933	682
12. Die jugendlichen Arbeitslosen nach Wirtschaftsbereichen oder Beruf 1932	683
13. Kurzarbeit in Hamburg 1927–1932	684
14. Konkursverfahren im Hamburger Staat 1925–1932	685
15. Umsatzentwicklung in Hamburg 1924–1933	685
16. Deutschlands Gesamteigenhandel mit dem Ausland 1927–1932	
a) nach Werten	686
b) nach Mengen	686

17. Seewärtige Warencin- und -ausfuhr über Hamburg 1913–1932	687
18. Der überseeische Personenverkehr über Hamburg 1927–1932	688
19. Durchschnittliche werktägliche Beschäftigung im »Hafen Hamburg« 1927–1932	688
20. Aufgelegte Seeschiffs-Tonnage 1931–1933	689
21. Entwicklung des Hochbaus in der Stadt Hamburg 1928–1932	
a) begonnene Neubauten	690
b) Förderung des Wohnungsbaus durch den Hamburger Staat	690
22. Umsatzrückgang im Hamburger Einzelhandel 1929–1933	691
23. Abschlüsse des Hamburger Etats 1924–1932	692
24. Die Entwicklung des ordentlichen Haushalts 1928–1932	693
25. Die Einnahmen des Hamburger Staats 1928/29–1932/33	694
26. Zuschußbedarf des Landes Hamburg 1927/28–1933/34	695
27. Vom Hamburger Staat vergebene Aufträge 1928–1932	696
28. Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung 1929–1932	696
29. Personal und persönliche Ausgaben Hamburgs 1928–1933	697
30. Die Verschuldung des Hamburger Staates 1928–1933	698
31. Verwendung der seit der Währungsstabilisierung aufgenommenen Schulden 1929–1932	699
32. Verschuldung je Einwohner in den Hansestädten, preußischen und sächsischen Großstädten 1928–1932	700
33. Zahlen zur Lage der Hamburger Sparkassen	
a) Berufliche Gliederung der Sparer und Höhe der Konten 1926	701
b) Entwicklung der Spar- und Girokonten 1927–1932	701
c) Die monatlichen Unter- und Überschüsse im Sparverkehr 1930–1932	702
34. Entwicklung der Wohlfahrtsunterstützungen 1930–1932	
a) Durchschnittlicher Monatsaufwand für die verschiedenen Fürsorgegruppen	703
b) Tatsächliches Einkommen der Wohlfahrtserwerbslosen	703
c) Die monatlichen Durchschnittseinkommen in verschiedenen Großstädten	704
35. Entwicklung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen 1929–1932	705
36. Einkommensentwicklung nach der Steuerstatistik 1928–1932	
a) Steuerabzug vom Arbeitslohn	706
b) Veranlagte Einkommensteuer	706
37. Entwicklung der Tariflöhne in Hamburg 1927–1932	707
38. Tarifgehälter kaufmännischer Angestellter in Hamburg 1928–1932	708
39. Eingruppierung und Besoldung der hamburgischen Beamten 1927–1932	709
40. Hamburger Lebenshaltungsindices 1928–1933	712

Tab. 1: Ressortverteilung des Senats 1919–1932

	1919	1920	23. 3. 1921	1922	1923	1924	1925	18. 3. 25	1926	1927	1. 5. 1928	28. 6. 1929	1930	16. 9. 1931	1932
1. Bürgermeister	Vorkriegssenat (1919 Melle, 1920 Sthamer, 1921 Diestel)					DDP (Petersen)							SPD (Roß)	Staatsp. (Petersen)	
2. Bürgermeister	SPD (Stolten)							DVP (Schramm)		SPD (Roß)		Staatsp. (Petersen)	SPD (Roß)		
Auswärtiges	Vorkriegssenat (Sthamer)		SPD (Stolten)				DDP (Petersen)				SPD (Roß)				
Finanzen	Vorkriegssenat (Diestel)						DDP/Staatsp. (Cohn, 28. 6. 1929 Matthaei)								
Handel usw.	Vorkriegssenat (1920 Sthamer, 1921 Strandes)				DDP (Stubmann)		DVP (Burchard-Motz)								
Arbeit	–	VS	SPD	DDP/Staatsp. (Matthaei, 28. 6. 1929 Platen)											
Wohlfahrt	SPD (Hoffmann, 18. 3. 1925 Neumann)														
Jugend	SPD (Hoffmann, 1921 Krause, 1922 Grosse, 1925 Eisenbarth)														
Gesundheit	SPD (Gruenwaldt, 1928 Eisenbarth)														
Polizei	DDP (Petersen)		SPD (Hense, 1925 Schumann, 28. 3. 1925 Stubbe, 1926 Schönfelder)												
Justiz	VS		DDP/Staatsp. (Nöldeke, 1931 Petersen)												
Hochschule	VS (Melle)		DDP (Petersen)					DVP (Chapeaurouge)							
Schule	VS (Melle)		SPD (Krause)												
Berufsschule	SPD (Krause, 1920 Schumann)							DDP (Matthaei)			SPD (Roß, 1930 Krause)				
Bauwesen	VS (Berenberg-Gößler, Schramm)							DVP (Schramm, 1928 Hirsch)							
Landherrenschaft	DDP		SPD (Stubbe, 1931 Roß)												

VS = Vorkriegssenat

Quelle: Amtsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg

Tab. 2: Wahlergebnisse
a) Im Hamburger Staat 1907–1932

	Wahl- beteili- gung %	gültige Stimmen	NSDAP Völk. Block	DNVP	DVP Natio- nallib.	WP	DDP/ DStp Fort- schrittsp.	SPD	USPD	KPD	% der gültigen Stimmen							
											NS	DN	DVP	WP	DDP	SPD	USPD	KPD
R 1907	85,3	186 241	–	–	29 159	–	41 897	112 930	–	–	–	–	15,7	–	22,5	60,6	–	–
R 1912	86,9	225 839	–	–	26 823	–	57 106	138 360	–	–	–	–	11,9	–	25,3	61,3	–	–
N 1919	90,4	593 389	–	15 992	69 219	–	156 054	304 535	40 017	–	–	2,7	11,7	–	26,3	51,3	6,7	–
B 1919	80,6	531 100	–	15 181	45 691	–	108 740	267 975	42 852	–	–	2,9	8,6	–	20,5	50,5	8,1	–
R 1920	74,5	561 454	–	69 860	84 472	–	97 859	215 293	84 518	2 929	–	12,4	15,1	–	17,4	38,4	15,1	0,5
B 1921	70,9	536 133	–	60 446	74 517	–	75 576	217 774	7 686	59 179	–	11,3	13,9	–	14,1	40,6	1,4	11,0
R 1924	78,4	626 284	37 757	122 004	76 482	–	81 514	173 587	3 206	114 365	6,0	19,5	12,2	–	13,0	27,7	0,5	18,3
B 1924	66,1	534 326	13 495	90 626	74 834	–	70 622	173 358	1 588	78 522	2,5	17,0	14,0	–	13,2	32,4	0,3	14,7
R 1924	76,2	631 663	14 479	136 510	83 059	–	78 923	203 431	1 567	90 250	2,3	21,6	13,2	–	12,5	32,2	0,3	14,3
B 1927	75,2	648 705	9 754	98 817	72 432	27 163	65 295	247 469	–	110 239	1,5	15,2	11,2	4,2	10,1	38,2	–	17,0
B 1928	79,0	686 330	14 760	94 048	85 507	20 136	87 553	246 685	706	114 257	2,2	13,7	12,5	2,9	12,8	35,9	0,1	16,7
R 1928	79,4	692 745	17 761	88 921	95 715	16 375	80 344	255 133	–	116 140	2,6	12,8	13,8	2,4	11,6	36,8	–	16,8
R 1930	82,1	751 925	144 684	31 376	69 145	16 910	64 129	240 984	–	135 279	19,2	4,2	9,2	2,2	8,5	32,0	–	18,0
B 1931	83,8	771 482	202 506	43 278	36 927	11 375	67 105	214 553	484	168 674	26,3	5,6	4,8	1,5	8,7	27,8	0,1	21,9
B 1932	80,5	748 438	233 750	32 356	23 807	4 880	84 146	226 242	–	119 481	31,2	4,3	3,2	0,7	11,3	30,2	–	16,0
R 1932	81,6	756 391	254 983	39 651	14 833	3 258	45 706	239 428	–	133 713	33,7	5,2	2,0	0,4	6,0	31,7	–	17,7
R 1932	82,8	761 663	207 057	71 067	25 199	–	41 136	218 078	–	166 748	27,2	9,3	3,3	–	5,4	28,6	–	21,9

R = Reichstagswahl

N = Wahlen zur Nationalversammlung

B = Bürgerschaftswahl

b) In den Hamburger Stadtteilen 1928-1933

Stadt- teil	Wahl	Wahl- bet. in %	abge- gebene Stimmen	NSDAP		DNVP		DVP		DDP/Stp.		SPD		KPD	
				absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Stadt insges.	B 1928	78,9	649 511	14 366	2,2	86 710	13,4	75 820	11,7	83 609	12,9	231 339	35,6	110 798	17,1
	R 1928	79,3	655 637	17 198	2,6	82 061	12,5	85 823	13,1	76 439	11,7	238 833	36,4	112 636	17,2
	R 1930	83,0	709 901	133 726	18,8	27 930	3,9	63 021	8,9	60 937	8,6	223 841	31,5	131 148	18,5
	B 1931	83,8	731 049	187 091	25,6	38 623	5,3	34 024	4,7	64 199	8,8	199 190	27,2	163 117	22,3
	B 1932	80,4	704 713	216 475	30,7	28 767	4,1	21 119	3,0	81 291	11,5	209 248	29,7	115 518	16,4
	R 1932	80,9	709 364	233 465	32,9	35 004	4,9	13 384	1,9	43 441	6,1	220 741	31,1	128 868	18,2
	R 1932	82,6	720 255	191 498	26,6	64 134	8,9	23 088	3,2	39 385	5,5	201 143	27,9	160 696	22,3
	R 1933	88,3	774 337	296 226	38,3	59 002	7,6	18 406	2,4	27 201	3,5	204 249	26,4	138 839	17,9
Alt- stadt	B 1928	71,1	10 579	320	3,0	1 409	13,3	1 366	12,9	1 170	11,1	3 273	30,9	2 161	20,4
	R 1928	70,8	10 739	374	3,5	1 301	12,1	1 617	15,1	1 011	9,4	3 399	31,7	2 224	20,7
	R 1930	79,6	10 514	2 621	24,9	366	3,5	1 301	12,4	790	7,5	2 509	23,9	2 006	19,1
	B 1931	79,1	9 977	3 316	33,2	466	4,7	524	5,3	829	8,3	1 994	20,0	2 295	23,0
	B 1932	75,9	9 575	3 817	39,9	318	3,3	310	3,2	1 127	11,8	2 100	21,9	1 509	15,8
	R 1932	79,6	10 063	4 188	41,6	487	4,8	200	2,0	549	5,5	2 372	23,6	1 784	17,7
	R 1932	78,0	9 765	3 256	33,3	888	9,1	384	3,9	483	4,9	2 047	21,0	2 181	22,3
	R 1933	89,4	11 465	5 465	47,7	803	7,0	284	2,5	312	2,7	2 154	18,8	2 035	17,7
Neu- stadt	B 1928	70,5	37 672	831	2,2	3 623	9,6	2 756	7,3	3 580	9,5	12 280	32,6	11 969	31,8
	R 1928	71,1	38 009	925	2,4	3 353	8,8	3 240	8,5	3 104	8,2	12 697	33,4	12 245	32,2
	R 1930	74,1	38 287	6 357	16,6	1 121	2,9	2 304	6,0	2 332	6,1	9 904	25,9	13 377	34,9
	B 1931	79,0	39 409	8 039	20,4	1 144	2,9	1 118	2,8	2 365	6,0	8 412	21,3	16 237	41,2
	B 1932	73,0	36 150	9 403	26,0	772	2,1	573	1,6	3 320	9,2	8 625	23,9	11 929	33,0
	R 1932	77,1	37 889	10 123	26,7	963	2,5	364	1,0	1 657	4,4	9 513	25,1	13 547	35,8
	R 1932	77,3	37 126	7 887	21,2	1 844	5,0	605	1,6	1 432	3,9	8 238	22,2	15 206	41,0
	R 1933	82,1	39 384	12 759	32,4	1 783	4,5	559	1,4	884	2,2	8 876	22,5	13 035	33,1
St. Georg	B 1928	75,4	56 905	1 413	2,5	6 536	11,5	4 846	8,5	5 832	10,2	21 970	38,6	11 645	20,5
	R 1928	76,1	57 469	1 508	2,6	6 220	10,8	5 922	10,3	5 117	8,9	22 682	39,5	11 872	20,7
	R 1930	79,4	58 475	10 935	18,7	2 195	3,8	3 962	6,8	3 739	6,4	19 027	32,5	13 529	23,1
	B 1931	81,8	58 759	14 564	24,8	2 443	4,2	1 892	3,2	3 973	6,8	16 025	27,3	16 293	27,7
	B 1932	77,9	55 381	16 593	30,0	1 793	3,2	1 075	1,9	4 881	8,8	16 819	30,4	11 613	21,0
	R 1932	80,4	56 675	17 808	31,4	2 263	4,0	766	1,4	2 531	4,5	17 667	31,2	12 893	22,7
	R 1932	80,3	55 900	14 365	25,7	3 686	6,6	1 118	2,0	2 200	3,9	15 967	28,6	15 465	27,7
	R 1933	86,6	60 785	22 197	36,5	3 589	5,9	1 049	1,7	1 343	2,2	16 498	27,1	13 735	22,6
St. Pauli	B 1928	69,4	38 753	961	2,5	3 309	8,5	2 594	6,7	3 832	9,9	13 956	36,0	11 376	29,4
	R 1928	69,9	39 540	1 003	2,5	3 157	8,0	3 108	7,9	3 481	8,8	14 521	36,7	11 691	29,6
	R 1930	73,9	41 113	7 030	17,1	1 119	2,7	2 117	5,1	2 357	5,7	12 133	29,5	13 269	32,3
	B 1931	77,2	41 699	8 520	20,4	1 127	2,7	1 033	2,5	2 619	6,3	10 450	25,1	15 721	37,7
	B 1932	72,3	38 577	10 514	27,3	740	1,9	515	1,3	3 303	8,6	10 438	27,1	11 573	30,0
	R 1932	76,6	40 708	11 588	28,5	885	2,2	388	1,0	1 604	3,9	11 202	27,5	13 490	33,1
	R 1932	76,2	39 673	9 228	23,3	1 678	4,2	571	1,4	1 456	3,7	9 717	24,5	15 303	38,6
	R 1933	82,3	43 032	14 746	34,3	1 649	3,8	563	1,3	1 023	2,4	10 242	23,8	13 578	31,6
Eims- büttel	B 1928	80,9	78 184	2 030	2,6	10 195	13,0	8 480	10,8	10 551	13,5	28 221	36,1	13 227	16,9
	R 1928	81,3	78 474	2 294	2,9	9 417	12,0	9 543	12,2	10 075	12,8	29 115	37,1	13 307	17,0
	R 1930	84,9	81 428	15 779	19,4	2 887	3,5	6 724	8,3	7 271	8,9	25 991	31,9	15 111	18,6
	B 1931	85,8	82 711	21 352	25,8	3 682	4,5	3 507	4,2	7 627	9,2	23 083	27,9	18 081	21,9
	B 1932	82,2	79 805	24 801	31,1	2 866	3,6	2 095	2,6	9 276	11,6	23 861	29,9	13 059	16,4
	R 1932	81,8	79 134	26 293	33,2	3 389	4,3	1 374	1,7	5 157	6,5	24 704	31,2	14 317	18,1
	R 1932	83,3	80 562	22 222	27,6	6 179	7,7	2 220	2,8	4 602	5,7	22 730	28,2	17 943	22,3
	R 1933	89,1	86 549	33 837	39,1	5 876	6,8	1 763	2,0	3 285	3,8	23 018	26,6	15 315	17,7
Rother- baum	B 1928	72,7	17 879	639	3,6	3 385	18,9	3 742	20,9	3 927	22,0	3 943	22,1	982	5,5
	R 1928	74,4	17 993	798	4,4	3 233	18,0	3 973	22,1	3 578	19,9	4 178	23,2	1 015	5,6
	R 1930	79,4	18 716	4 743	25,3	1 032	5,5	2 623	14,0	2 635	14,1	4 083	21,8	1 236	6,6
	B 1931	76,9	18 100	6 609	36,5	1 508	8,3	1 321	7,3	2 350	13,0	3 412	18,9	1 748	9,7
	B 1932	77,6	18 290	7 221	39,5	1 246	6,8	909	5,0	3 666	20,0	3 322	18,2	1 133	6,2
	R 1932	75,3	17 917	7 709	43,0	1 522	8,5	525	2,9	1 885	10,5	3 993	22,3	1 281	7,1
	R 1932	80,4	18 837	6 754	35,9	2 659	14,1	967	5,1	1 704	9,0	3 862	20,5	1 716	9,1
	R 1933	85,7	20 394	9 678	47,5	2 381	11,7	761	3,7	1 291	6,3	3 815	18,7	1 399	6,9

Stadt- teil	Wahl	Wahl- bet. in %	abge- gebene Stimmen	NSDAP		DNVP		DVP		DDP/Stp.		SPD		KPD	
				absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Har- veste- hude	B 1928	76,8	17 648	364	2,1	3 784	21,4	4 767	27,0	3 967	22,4	2 952	16,7	738	4,2
	R 1928	78,0	17 620	467	2,7	3 649	20,7	4 898	27,8	3 695	21,0	3 096	17,6	782	4,4
	R 1930	82,7	18 207	3 989	21,9	1 286	7,1	3 438	18,9	3 199	17,6	2 950	16,2	905	5,0
	B 1931	79,8	17 754	6 121	34,5	2 199	12,4	1 941	10,9	2 810	15,8	2 629	14,8	1 137	6,4
	B 1932	79,3	17 725	6 762	38,1	1 711	9,7	1 340	7,6	3 988	22,5	2 493	14,1	770	4,3
	R 1932	74,1	16 627	6 756	40,6	2 123	12,8	753	4,5	2 072	12,5	3 072	18,5	825	5,0
	R 1932	83,6	18 580	5 643	30,4	3 960	21,3	1 555	8,4	2 004	10,8	3 167	17,0	1 170	6,3
	R 1933	86,8	19 662	8 433	42,9	3 413	17,4	1 159	5,9	1 646	8,4	2 946	15,0	1 014	5,2
Eppen- dorf	B 1928	80,8	53 028	1 364	2,6	8 234	15,5	8 452	15,9	8 220	15,5	16 736	31,6	6 390	12,1
	R 1928	81,2	53 029	1 630	3,1	7 871	14,8	9 243	17,4	7 435	14,0	17 496	33,0	6 177	11,6
	R 1930	85,5	55 770	11 618	20,8	2 236	4,0	6 371	11,4	6 207	11,1	16 238	29,1	7 074	12,7
	B 1931	85,1	56 335	16 192	28,7	3 513	6,2	3 751	6,7	6 210	11,0	14 208	25,2	8 984	15,9
	B 1932	83,9	54 962	18 350	33,4	2 858	5,2	2 333	4,2	8 217	15,0	14 606	26,6	6 051	11,0
	R 1932	81,4	53 335	19 392	36,4	3 360	6,3	1 428	2,7	4 255	8,0	15 520	29,1	6 552	12,3
	R 1932	85,3	55 566	16 075	28,9	6 318	11,4	2 609	4,7	3 947	7,1	14 462	26,0	8 878	16,0
	R 1933	90,4	59 152	24 693	41,7	5 518	9,3	1 974	3,3	2 778	4,7	14 436	24,4	7 355	12,4
Groß- borstel	B 1928	81,9	1 809	29	1,6	425	23,5	473	26,1	225	12,4	461	25,5	116	6,4
	R 1928	81,3	1 768	40	2,3	384	21,7	496	28,1	159	9,0	460	26,0	116	6,6
	R 1930	88,3	2 394	579	24,2	133	5,6	326	13,6	191	8,0	732	30,6	158	6,6
	B 1931	88,1	2 396	884	36,9	172	7,2	166	6,9	187	7,8	692	28,9	180	7,5
	B 1932	85,8	2 428	957	39,4	151	6,2	105	4,3	293	12,1	702	28,9	117	4,8
	R 1932	87,8	2 536	1 152	45,4	183	7,2	60	2,4	157	6,2	751	29,6	148	5,8
	R 1932	89,7	2 736	934	34,1	371	13,6	146	5,3	134	4,9	798	29,2	225	8,2
	R 1933	91,4	2 889	1 320	45,7	322	11,1	99	3,4	90	3,1	740	25,6	238	8,2
Fuhls- büttel	B 1928	85,0	4 816	121	2,5	967	20,1	1 109	23,0	980	20,3	1 187	24,6	209	4,3
	R 1928	84,6	4 873	157	3,2	943	19,4	1 181	24,2	909	18,7	1 222	25,1	197	4,0
	R 1930	88,4	6 644	1 453	21,9	364	5,5	959	14,4	972	14,6	1 533	23,1	313	4,7
	B 1931	88,0	7 679	2 612	34,0	692	9,0	689	9,0	1 089	14,2	1 633	21,3	489	6,4
	B 1932	86,4	7 889	3 195	40,5	530	6,7	400	5,1	1 398	17,7	1 699	21,5	305	3,9
	R 1932	85,4	7 868	3 561	45,3	633	8,0	274	3,5	906	11,5	1 806	23,0	351	4,5
	R 1932	87,9	8 187	2 940	35,9	1 215	14,8	465	5,7	809	9,9	1 739	21,2	506	6,2
	R 1933	93,3	8 690	4 285	49,3	1 136	13,1	335	3,9	582	6,7	1 599	18,4	453	5,2
Lan- gen- horn	B 1928	85,6	4 105	43	1,0	501	12,2	231	5,6	467	11,4	2 046	49,8	654	15,9
	R 1928	76,3	4 175	45	1,1	486	11,6	293	7,0	440	10,5	2 154	51,6	588	14,1
	R 1930	69,9	4 380	543	12,4	178	4,1	259	5,9	337	7,7	2 172	49,6	534	12,2
	B 1931	71,8	4 432	816	18,4	225	5,1	130	2,9	320	7,2	2 067	46,6	647	14,6
	B 1932	71,4	4 380	961	21,9	163	3,7	85	1,9	423	9,7	2 155	49,2	434	9,9
	R 1932	74,1	4 605	1 155	25,1	195	4,2	62	1,3	286	6,2	2 189	47,5	536	11,6
	R 1932	72,8	4 784	964	20,2	325	6,8	87	1,8	260	5,4	2 106	44,0	807	16,9
	R 1933	75,0	4 994	1 436	28,8	275	5,5	53	1,1	215	4,3	2 105	42,2	725	14,5
Klein- borstel	B 1928	83,7	611	12	2,0	135	22,1	131	21,4	107	17,5	157	25,7	35	5,7
	R 1928	75,1	632	16	2,5	147	23,3	139	22,0	89	14,1	174	27,5	34	5,4
	R 1930	88,8	987	223	22,6	76	7,7	136	13,8	106	10,7	276	28,0	53	5,4
	B 1931	86,9	1 018	352	34,6	90	8,8	95	9,3	105	10,3	255	25,0	81	8,0
	B 1932	89,0	1 047	403	38,5	82	7,8	51	4,9	149	14,2	275	26,3	53	5,1
	R 1932	95,9	1 179	532	45,1	87	7,4	49	4,2	95	8,1	310	26,3	77	6,5
	R 1932	88,5	1 085	366	33,7	174	16,0	61	5,6	77	7,1	254	23,4	97	8,9
	R 1933	89,3	1 110	561	50,5	135	12,2	47	4,2	37	3,3	231	20,8	68	6,1
Ohls- dorf	B 1928	84,1	948	23	2,4	147	15,5	213	22,5	178	18,8	284	30,0	49	5,2
	R 1928	82,6	962	23	2,4	154	16,0	205	21,3	165	17,2	290	30,1	56	5,8
	R 1930	85,8	1 399	306	21,9	66	4,7	188	13,4	178	12,7	356	25,4	120	8,6
	B 1931	88,0	1 469	477	32,5	106	7,2	130	8,8	179	12,2	306	20,8	170	11,6
	B 1932	83,9	1 381	534	38,7	94	6,8	56	4,1	202	14,6	325	23,5	94	6,8
	R 1932	83,7	1 363	601	44,1	97	7,1	50	3,7	119	8,7	338	24,8	92	6,7
	R 1932	85,5	1 408	460	32,7	207	14,7	78	5,5	97	6,9	335	23,8	132	9,4
	R 1933	90,0	1 503	712	47,4	182	12,1	56	3,7	68	4,5	325	21,6	90	6,0

668 Tabellen

Stadt- teil	Wahl	Wahl- bet. in %	abge- gebene Stimmen	NSDAP		DNVP		DVP		DDP/Stp.		SPD		KPD	
				absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Alster- dorf	B 1928	85,3	1457	22	1,5	349	24,0	268	18,4	237	16,3	380	26,1	70	4,8
	R 1928	69,6	1510	28	1,9	371	24,6	327	21,7	216	14,3	388	25,7	82	5,4
	R 1930	72,1	1888	396	21,0	122	6,5	301	15,9	191	10,1	375	19,9	112	5,9
	B 1931	72,9	2105	662	31,4	192	9,1	163	7,7	198	9,4	511	24,3	163	7,7
	B 1932	71,3	2200	795	36,1	154	7,0	121	5,5	274	12,5	591	26,9	107	4,8
	R 1932	71,0	2239	945	42,2	181	8,1	76	3,4	143	6,4	640	28,6	109	4,9
	R 1932	73,0	2297	704	30,6	361	15,7	131	5,7	138	6,0	612	26,6	179	7,8
	R 1933	75,6	2397	1085	45,3	329	13,7	85	3,5	86	3,6	556	23,2	139	5,8
Winter- hude	B 1928	82,7	29551	500	1,7	3703	12,5	4448	15,1	3824	12,9	10683	36,2	4413	14,9
	R 1928	82,9	29438	597	2,0	3405	11,6	4906	16,7	3489	11,9	10800	36,7	4484	15,2
	R 1930	86,6	36975	6905	18,7	1510	4,1	4227	11,4	3511	9,5	11798	31,9	5516	14,9
	B 1931	86,2	40892	10778	26,4	2655	6,5	2696	6,6	3980	9,7	11197	27,4	7324	17,9
	B 1932	82,6	40235	12846	31,9	2132	5,3	1811	4,5	5107	12,7	11768	29,2	4943	12,3
	R 1932	80,5	39170	13509	34,5	2571	6,6	1030	2,6	2744	7,0	12060	30,8	5337	13,6
	R 1932	84,5	41054	11162	27,2	4877	11,9	1863	4,5	2568	6,3	11225	27,3	7122	17,3
	R 1933	89,9	43952	17265	39,3	4454	10,1	1317	3,0	1801	4,1	11314	25,7	6040	13,7
Barm- beck	B 1928	82,7	96037	1606	1,7	9402	9,8	6295	6,6	10608	11,0	41965	43,7	19311	20,1
	R 1928	82,5	98344	1979	2,0	8935	9,1	7609	7,7	10156	10,3	42657	43,4	20181	20,5
	R 1930	85,2	115011	17074	14,8	3453	3,0	6666	5,8	8761	7,6	44720	38,9	24472	21,3
	B 1931	85,9	122107	24717	20,2	4240	3,5	3532	2,9	9897	8,1	40490	33,2	31453	25,8
	B 1932	82,3	118551	30126	25,4	2925	2,5	2128	1,8	11963	10,1	43598	36,8	22297	18,8
	R 1932	82,4	118697	32795	27,6	3359	2,8	1394	1,2	6288	5,3	45347	38,2	23790	20,0
	R 1932	83,4	119806	27051	22,6	6813	5,7	2182	1,8	5677	4,7	40332	33,7	31083	25,9
	R 1933	89,6	128944	43586	33,8	6449	5,0	1976	1,5	3887	3,0	41072	31,9	26886	20,9
Uhlen- horst	B 1928	80,1	25610	434	1,7	3819	14,9	3583	14,0	2758	10,8	8248	32,2	4751	18,6
	R 1928	80,9	25617	582	2,3	3504	13,7	3959	15,5	2499	9,8	8499	32,9	4886	19,1
	R 1930	84,2	26018	4877	18,7	1086	4,2	2798	10,8	1820	7,0	7385	28,4	5213	20,0
	B 1931	85,4	26233	6587	25,1	2027	7,7	1429	5,4	2045	7,8	6424	24,5	6174	23,5
	B 1932	81,2	24892	7703	30,9	1403	5,6	916	3,7	2347	9,4	6759	27,2	4626	18,6
	R 1932	80,1	24492	7915	32,3	1647	6,7	545	2,2	1192	4,9	6938	28,3	5154	21,0
	R 1932	82,8	25068	6150	24,5	3112	12,4	965	3,8	1041	4,2	6259	25,0	6188	24,7
	R 1933	88,7	26917	9881	36,7	2723	10,1	660	2,5	738	2,7	6497	24,1	5420	20,1
Hohen- felde	B 1928	78,5	20969	604	2,9	5117	24,4	4656	22,2	2897	13,8	4436	21,2	1311	6,3
	R 1928	79,2	20898	753	3,6	4896	23,4	5137	24,6	2384	11,4	4691	22,4	1310	6,3
	R 1930	82,8	21617	6373	29,5	1407	6,5	3345	15,5	1981	9,2	3869	17,9	1641	7,6
	B 1931	82,6	21601	8631	40,0	2307	10,7	1812	8,4	1780	8,2	3233	15,0	2250	10,4
	B 1932	79,8	20856	9246	44,3	1777	8,5	1171	5,6	2393	11,5	3454	16,6	1537	7,4
	R 1932	77,5	20052	9514	47,4	2065	10,3	636	3,2	1180	5,9	3702	18,5	1664	8,3
	R 1932	82,2	21133	7936	37,6	3743	17,7	1220	5,8	1111	5,3	3382	16,0	2227	10,5
	R 1933	88,2	22975	11753	51,2	3190	13,9	907	3,9	718	3,1	3359	14,6	1866	8,1
Eilbeck	B 1928	79,8	36439	888	2,4	6969	19,1	6542	18,0	5847	16,0	11098	30,5	3182	8,7
	R 1928	81,0	36641	1204	3,3	6592	18,0	6340	17,3	5353	14,6	11593	31,6	3195	8,7
	R 1930	85,1	37626	9453	25,1	1648	4,4	4178	11,1	3837	10,2	10056	26,7	3789	10,1
	B 1931	86,0	38048	13499	35,5	2475	6,5	2205	5,8	4091	10,8	8650	22,7	4658	12,2
	B 1932	82,5	36818	14743	40,0	2016	5,5	1468	4,0	4892	13,3	8895	24,2	3091	8,4
	R 1932	80,5	35989	15344	42,6	2425	6,7	947	2,6	2672	7,4	9313	25,9	3515	9,8
	R 1932	83,8	37361	13225	35,4	4490	12,0	1739	4,7	2387	6,4	8753	23,4	4632	12,4
	R 1933	89,5	39965	19191	48,0	4189	10,5	1361	3,4	1425	3,6	8503	21,3	3868	9,7
Borg- felde	B 1928	81,3	21302	495	2,3	3075	14,4	2733	12,8	2843	13,3	7796	36,6	2785	13,1
	R 1928	82,1	21414	589	2,8	3006	14,0	2967	13,9	2498	11,7	8188	38,2	2835	13,2
	R 1930	85,8	22227	4540	20,4	918	4,1	2070	9,3	1783	8,0	7246	32,6	3386	15,2
	B 1931	85,5	22171	5876	26,5	1232	5,6	1119	5,0	1921	8,7	6219	28,1	4246	19,2
	B 1932	81,8	21088	6686	31,7	896	4,2	695	3,3	2391	11,3	6631	31,4	2748	13,0
	R 1932	81,4	21038	7173	34,1	1065	5,1	432	2,1	1289	6,1	6837	32,5	3171	15,1
	R 1932	83,7	21440	5877	27,4	1884	8,8	775	3,6	1129	5,3	6330	29,5	4092	19,1
	R 1933	89,0	22904	9037	39,5	1655	7,2	580	2,5	775	3,4	6409	28,0	3474	15,2

Stadt- teil	Wahl	Wahl- bet. in %	abge- gebene Stimmen	NSDAP		DNVP		DVP		DDP/Stp.		SPD		KPD	
				absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%	absol.	%
Hamm	B 1928	81,9	47 725	1 140	2,4	7 895	16,5	6 907	14,5	7 124	14,9	15 993	33,5	5 455	11,4
	R 1928	82,6	48 551	1 530	3,2	7 379	15,2	8 100	16,7	6 454	13,3	16 863	34,7	5 465	11,3
	R 1930	86,3	58 770	12 681	21,6	2 891	4,9	6 334	10,8	5 716	9,7	17 821	30,3	7 544	12,8
	B 1931	86,2	62 271	18 497	29,7	4 203	6,7	3 530	5,7	5 965	9,6	16 343	26,2	10 068	16,2
	B 1932	81,8	60 575	20 884	34,5	3 026	5,0	2 322	3,8	7 428	12,3	17 475	28,8	6 898	11,4
	R 1932	80,1	59 166	21 694	36,7	3 755	6,3	1 373	2,3	4 046	6,8	18 164	30,7	7 516	12,7
	R 1932	84,0	61 981	18 487	29,8	6 875	11,1	2 554	4,1	3 808	6,1	16 915	27,3	10 031	16,2
	R 1933	89,7	66 904	27 911	41,7	6 333	9,5	2 060	3,1	2 682	4,0	17 091	25,5	8 531	12,8
Horn	B 1928	83,4	5 443	54	1,0	867	15,9	452	8,3	699	12,8	2 147	39,4	921	16,9
	R 1928	83,0	5 452	83	1,5	873	16,0	472	8,7	651	11,9	2 299	42,2	882	16,2
	R 1930	85,4	7 080	912	12,9	521	7,4	435	6,1	656	9,3	2 589	36,6	1 318	18,6
	B 1931	85,8	8 531	1 776	20,8	468	5,5	328	3,8	749	8,8	2 839	33,3	1 925	22,6
	B 1932	80,3	8 635	2 250	26,1	287	3,3	181	2,1	990	11,5	3 171	36,7	1 357	15,7
	R 1932	82,5	9 182	2 710	29,5	306	3,3	137	1,5	590	6,4	3 368	36,7	1 715	18,7
	R 1932	85,4	9 392	2 248	23,9	646	6,9	169	1,8	515	5,5	3 162	33,7	2 192	23,3
	R 1933	92,0	10 240	3 595	35,1	623	6,1	135	1,3	360	3,5	3 305	32,3	1 891	18,5
Billw. Aus- schlag	B 1928	85,5	32 094	368	1,1	1 951	6,1	1 078	3,4	2 626	8,2	16 214	50,5	7 530	23,5
	R 1928	85,6	32 324	413	1,3	1 914	5,9	1 412	4,4	2 454	7,6	16 489	51,0	7 444	23,0
	R 1930	87,4	32 746	2 852	8,7	882	2,7	1 299	4,0	1 585	4,8	14 579	44,5	8 594	26,2
	B 1931	88,3	33 201	4 105	12,4	935	2,8	544	1,6	1 992	6,0	13 072	39,4	10 231	30,8
	B 1932	83,0	31 684	5 244	16,6	518	1,6	299	0,9	2 181	6,9	14 025	44,3	7 631	24,1
	R 1932	86,3	33 011	6 302	19,1	593	1,8	233	0,7	1 296	3,9	14 331	43,4	8 601	26,1
	R 1932	86,5	32 809	4 649	14,2	1 129	3,4	407	1,2	1 211	3,7	13 013	39,7	10 463	31,9
	R 1933	90,9	34 425	7 766	22,6	1 146	3,3	341	1,0	769	2,2	13 534	39,3	9 309	27,0
Steinw. Wal- tershof	B 1928	80,8	846	16	1,9	120	14,2	81	9,6	169	20,0	414	48,9	20	2,4
	R 1928	81,3	874	22	2,5	112	12,8	87	10,0	161	18,4	429	49,1	32	3,7
	R 1930	87,1	884	130	14,7	32	3,6	104	13,8	85	9,6	425	48,1	41	4,6
	B 1931	85,0	850	174	20,5	61	7,2	65	7,6	98	11,5	387	45,5	34	4,0
	B 1932	83,6	807	181	22,4	56	6,9	18	2,2	127	15,7	381	47,2	18	2,2
	R 1932	128,3	*1 246	288	23,1	72	5,8	23	1,8	84	6,7	597	47,9	143	11,5
	R 1932	90,1	869	192	22,1	103	11,9	22	2,5	85	9,8	369	42,5	54	6,2
	R 1933	98,6	962	341	35,4	95	9,9	27	2,8	53	5,5	371	38,6	48	5,0
Kl. Gras- brook	B 1928	83,0	1 613	29	1,8	111	6,9	71	4,4	206	12,8	858	53,2	265	16,4
	R 1928	85,2	1 662	42	2,5	118	7,1	90	5,4	214	12,9	857	51,6	276	16,6
	R 1930	88,9	1 721	185	10,7	63	3,7	73	4,2	154	8,9	865	50,3	295	17,1
	B 1931	89,4	1 690	206	12,2	54	3,2	50	3,0	179	10,6	783	46,3	352	20,8
	B 1932	88,0	1 669	278	16,7	36	2,2	25	1,5	207	12,4	843	50,5	235	14,1
	R 1932	95,0	1 824	439	24,1	40	2,2	18	1,0	128	7,0	869	47,6	275	15,1
	R 1932	94,4	1 802	300	16,6	73	4,1	26	1,4	132	7,3	827	45,9	367	20,4
	R 1933	94,8	1 800	423	23,5	66	3,7	30	1,7	106	5,9	806	44,8	309	17,2
Veddel	B 1928	85,8	4 535	49	1,1	297	6,6	242	5,3	415	9,2	2 310	50,9	831	18,3
	R 1928	87,1	4 935	64	1,3	275	5,6	317	6,4	403	8,2	2 600	52,7	871	17,6
	R 1930	88,5	5 447	509	9,3	147	2,7	292	5,4	319	5,9	2 753	50,5	1 028	18,9
	B 1931	87,3	5 490	614	11,2	151	2,8	137	2,5	385	7,0	2 664	48,5	1 231	22,4
	B 1932	82,6	5 802	934	16,1	118	2,0	54	0,9	464	8,0	3 055	52,7	922	15,9
	R 1932	93,2	6 591	1 367	20,7	128	1,9	58	0,9	254	3,9	3 378	51,3	1 130	17,1
	R 1932	91,7	6 513	978	15,0	215	3,3	99	1,5	225	3,5	3 159	48,5	1 494	22,9
	R 1933	91,5	6 552	1 613	24,6	216	3,3	98	1,5	157	2,4	3 106	47,4	1 182	18,0
Finken- warder	B 1928	58,4	2 030	8	0,4	264	13,0	141	6,9	224	11,0	911	44,9	271	13,3
	R 1928	55,3	1 979	27	1,4	227	14,0	188	9,5	166	8,4	868	43,9	309	15,6
	R 1930	70,9	2 499	497	19,9	136	5,4	123	4,9	143	5,7	972	38,9	354	14,2
	B 1931	69,4	2 381	739	31,0	159	6,7	54	2,3	147	6,2	688	28,9	444	18,6
	B 1932	64,3	2 196	825	37,6	72	3,3	37	1,7	181	8,2	682	31,1	284	12,9
	R 1932	74,0	2 543	1 025	40,3	102	4,0	20	0,8	87	3,4	799	31,4	411	16,2
	R 1932	64,4	2 196	711	32,4	147	6,7	29	1,3	84	3,8	702	32,0	424	19,3
	R 1933	77,6	2 634	1 273	48,3	128	4,9	29	1,1	67	2,5	682	25,9	383	14,5

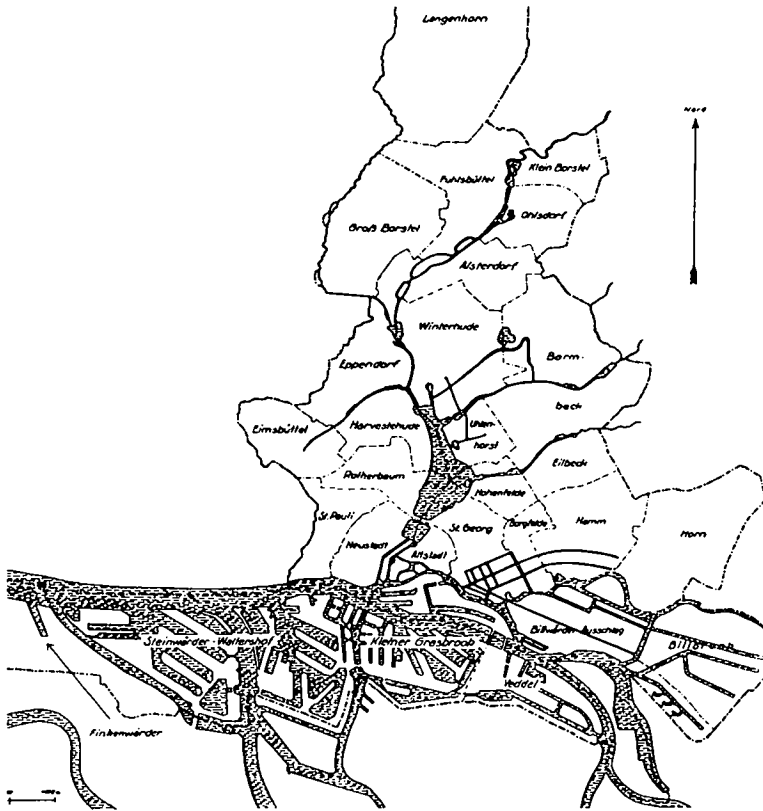
* darunter auf Wahrschein wahlende Seeleute

Quelle: Statist. Mittlbg. hbg. Staat, H. 22, 23, 25, 27-31.

c) Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Hamburger Stadtteile, 1925

Stadtteile	Selbst- ständige	Ange- stellte	Arbei- ter	Haus- personal	Indu- strie	Handel- Verkehr	Verwal- tung	Gesund- heits- wesen	Häusl. Dienste
Altstadt-Nord	18,19	22,29	53,08	3,64	24,95	51,18	5,43	2,40	8,19
Altstadt-Süd	18,94	25,76	48,87	3,66	25,60	54,67	5,76	1,78	5,64
Neustadt-Nord	18,21	19,65	55,92	3,47	30,82	47,14	3,55	2,79	7,18
Neustadt-Süd	14,43	22,80	57,92	2,28	29,66	52,77	3,30	2,04	4,52
St. Georg-Nord	21,55	34,59	36,51	4,04	26,11	45,49	5,28	4,64	6,44
St. Georg-Süd	12,84	26,18	56,66	1,62	32,43	49,35	3,23	2,26	4,85
St. Pauli-Nord	13,97	26,84	56,19	2,33	39,43	39,84	4,89	2,43	3,81
St. Pauli-Süd	13,50	19,43	63,84	2,21	35,90	43,79	3,48	2,16	4,25
Eimsbüttel	14,98	36,02	44,26	2,59	36,39	40,71	6,15	2,62	4,26
Rotherbaum	25,21	39,12	17,34	15,52	17,44	40,03	11,18	3,93	15,05
Harvestehude	28,79	28,63	11,43	29,18	13,24	37,35	6,57	3,48	27,30
Eppendorf	17,06	38,66	36,00	6,54	26,79	40,16	6,62	5,34	7,99
Groß Borstel	19,49	33,24	33,82	11,34	20,83	29,93	10,15	4,78	11,20
Fuhlsbüttel	13,92	51,87	26,65	6,07	13,37	20,54	11,14	2,43	3,77
Langenhorn	8,12	43,59	43,12	3,09	18,55	16,43	5,61	14,55	3,06
Klein Borstel	20,59	39,46	23,53	14,46	19,78	33,76	10,11	4,52	14,19
Ohlsdorf	15,07	40,79	29,53	10,20	16,05	35,59	6,33	5,31	8,02
Alsterdorf	17,07	39,16	31,83	9,53	11,84	13,07	5,24	7,78	4,97
Winterhude	15,07	28,76	44,45	9,76	32,31	36,32	5,46	3,30	12,15
Barmbeck	11,47	32,38	52,59	1,52	37,26	35,48	4,87	5,18	3,54
Uhlenhorst	16,61	29,19	44,37	8,10	30,42	35,67	4,71	3,66	10,42
Hohenfelde	25,17	38,09	24,00	10,87	22,18	42,62	6,75	4,48	11,13
Eilbeck	17,51	43,48	32,68	4,55	28,99	41,84	7,22	2,97	5,74
Borgfelde	14,88	37,39	42,67	3,16	30,29	44,64	4,96	3,14	4,69
Hamm	15,37	41,59	37,22	3,96	29,21	45,88	6,89	2,49	5,23
Horn	11,69	28,50	54,73	2,74	37,25	31,42	7,12	2,57	4,43
Billwärder									
Ausschlag	7,66	25,13	63,48	0,84	36,48	47,06	2,90	1,92	2,36
Steinwärder									
Waltershof	4,96	62,26	29,10	3,30	35,91	31,51	21,05	1,19	3,57
Kleiner Grasbrook	4,52	52,61	41,95	0,49	28,71	39,73	24,97	1,49	1,16
Veddel	10,10	29,55	55,85	1,64	31,03	49,50	6,02	1,30	2,74
Finkenwärder	18,52	17,93	56,17	1,79	41,57	22,90	3,49	0,86	2,75
Stadt Hamburg	15,72	32,53	44,71	4,93	30,70	41,58	5,60	3,46	6,60
Hamburgischer Staat	15,94	31,78	44,58	4,90	30,50	40,19	5,63	3,41	6,52

Quelle: Statistik Hbger Staat, H. 33, S. 78 f.



Tab. 3: Der Mitgliederzuwachs der NSDAP in Hamburg bis zum 30. Januar 1933 nach Berufsgruppen

	NSDAP Gau Hamburg				Hamburger Staat		NS-Mdd. in % der Erwerbspers. der Bevolk.	
	bis 14. 9. 30	bis 30. 1. 33	ins- gesamt	in %	16. 6. 1933	in %		
Parteimitglieder	1659	11 458	13 177	—	Wohnbev.	1 218 447	—	1,1
Erwerbs- personen	1538	10 563	12 101	100,0	Erwerbs- pers.	603 250	100,0	2,0
Arbeiter	351	2 848	3 199	26,4	Arbeiter	313 286	51,9	1,0
Angestellte	643	3 904	4 547	37,6	Angest.	155 023	25,7	2,9
Selbständige	293	2 030	2 323	19,2	Selbständ.	84 724	14,0	2,7
Handwerker	71	599	670	5,5	Ind./ Handw.	24 107	4,0	2,8
Kaufleute	156	1 009	1 165	9,6	Handel/ Verk.	47 249	7,8	2,5
Freie Berufe	488	66	422	4,1				
Beamte	112	660	772	6,4	Beamte	30 846	5,1	2,5

Die bis 1935 wieder ausgeschiedenen NSDAP-Mitglieder sind nicht zu erfassen, so daß die dadurch entstehenden Fehler in Kauf genommen werden müssen. Bei den Angestellten spielte eine solche Austrittsbewegung eine gewisse Rolle. Vgl. Kap. 6, Anm. 218; Kap. 8, Anm 106; Kap. 9, Anm. 36.

Quellen: Nachtrag z. Statist. Jb. Hbg. 1933/34, S. 21; Parteistatistik der NSDAP, Bd. 1.

Tab. 4: Zahl und Beschäftigte der Hamburger Gewerbebetriebe 1925 und 1933

		Betriebe insges.		Allein betr.	mit 2-5 Besch.		mit 6-200 Besch.		mit 201-1000 Besch.		über 1000 Besch.		Besch. je Betrieb, Durchschn.
		A	B		A	B	A	B	A	B			
Gewerbe überhaupt (ohne Küstenfischerei)	1925	82 871	474 133	32 692	38 117	98 649	11 439	214 734	168	68 664	22	59 394	5,7
	1933	82 959	361 833	41 259	33 836	90 413	7 701	144 864	148	55 992	15	29 305	4,4
	+/- %	+ 0,1	- 23,7	+ 26,2	- 11,2	- 8,3	- 32,7	- 32,5	- 11,9	- 18,5	- 31,8	- 50,7	
Industrie, Handwerk	1925	28 259	188 713	12 863	10 722	30 060	4 507	93 672	86	32 784	7	19 334	6,7
	1933	27 107	121 855	14 847	9 387	26 461	2 811	53 607	58	20 050	4	6 890	4,5
	+/- %	- 4,1	- 35,4	+ 15,4	12,5	- 12,0	- 37,6	- 42,8	- 32,6	- 38,8	- 42,9	- 64,4	
Herstellung von Eisen-, Stahl-, Metallwaren	1925	2 098	12 249	498	1 112	3 366	479	7 294	3	1 091	-	-	5,8
	1933	2 169	7 371	878	1 025	3 010	265	3 230	1	253	-	-	3,4
	+/- %	+ 3,4	- 39,8	+ 76,3	- 7,8	- 10,6	- 44,7	- 55,7	- 66,7	- 76,8	-	-	
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	1925	882	35 361	203	287	854	368	11 219	16	7 527	4	15 558	40,1
	1933	866	16 204	313	298	879	242	6 181	11	4 125	2	4 706	18,7
	+/- %	- 1,8	- 54,2	+ 54,2	+ 3,8	+ 2,9	- 34,2	- 44,1	- 31,3	- 45,2	- 50,0	- 69,8	
Schiffbau (Gewerbeart VII 1b/2b + 5/6)	1925	84	21 719	6	10	30	56	2 238	8	3 887	4	15 558	258,6
	1933	76	8 850	4	14	48	50	1 579	6	2 613	2	4 706	116,4
	+/- %	- 9,5	- 59,3	- 33,3	+ 40,0	+ 60,0	- 10,7	- 29,4	- 25,0	- 32,8	- 50,0	- 69,8	
Elektrotechnische Industrie	1925	700	6 272	188	329	1 001	180	4 379	2	704	-	-	9,0
	1933	766	3 775	390	277	840	98	2 163	1	382	-	-	4,9
	+/- %	+ 9,4	- 39,8	+ 107,4	- 15,8	- 16,1	- 45,6	- 50,6	- 50,0	- 45,7	-	-	
Optische und fein- mechanische Industrie	1925	600	2 145	320	216	550	59	1 275	-	-	-	-	3,6
	1933	537	1 508	343	149	409	45	756	-	-	-	-	2,8
	+/- %	- 10,5	- 29,7	+ 6,9	- 31,0	- 25,6	- 23,7	- 40,7	-	-	-	-	
Chemische Industrie	1925	272	6 724	22	102	289	140	4 483	6	1 930	-	-	24,7
	1933	259	6 767	34	106	344	114	3 581	4	1 689	1	1 119	26,1
	+/- %	- 4,8	+ 0,6	+ 54,5	+ 3,9	+ 19,0	- 18,6	- 20,2	33,3	- 12,5	●	●	
Textilindustrie	1925	495	3 484	254	149	419	89	1 787	2	1 024	-	-	7,0
	1933	288	1 825	165	78	236	43	878	2	546	-	-	6,3
	+/- %	- 41,8	- 47,6	- 35,0	- 47,7	- 43,7	- 51,7	- 50,9	± 0,0	- 46,7	-	-	

A = Betriebe, B = Beschäftigte

		Betriebe insges.		Allein betr.	mit 2-5 Besch.		mit 6-200 Besch.		mit 201-1000 Besch.		über 1000 Besch.		Besch. je Betrieb, Durchschn.
		A	B		A	B	A	B	A	B	A	B	
Vervielfältigungs- gewerbe	1925	733	9838	230	262	702	232	5481	7	3452	-	-	13,5
	1933	815	7118	344	264	765	203	3715	4	2294	-	-	8,7
	+/- %	+ 11,1	- 27,6	+ 49,6	+ 0,8	+ 9,0	- 14,5	- 32,2	- 42,9	- 33,0	-	-	
Kautschuk- und Asbestindustrie	1925	76	4624	33	19	60	18	504	4	1616	2	2411	60,6
	1933	68	1773	15	39	97	11	508	3	1153	-	-	26,1
	+/- %	- 10,5	- 61,7	- 54,5	+ 105,3	+ 61,7	- 38,9	+ 0,8	- 25,0	- 18,7	- 100,0	- 100,0	
Holz- und Schnitzstoff- gewerbe	1925	2577	12772	862	1228	3395	480	7879	2	636	-	-	5,1
	1933	1847	5256	1021	685	1901	140	2075	1	259	-	-	2,8
	+/- %	- 28,3	- 58,8	+ 18,4	- 44,2	- 44,0	- 70,8	- 73,7	- 50,0	- 59,3	-	-	
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	1925	2937	23242	596	1605	4746	715	13332	14	4568	-	-	7,9
	1933	2635	20473	413	1559	4758	651	11685	12	3617	-	-	7,8
	+/- %	- 10,3	- 11,9	- 30,7	- 2,9	+ 0,2	- 9,0	- 12,4	- 14,3	- 20,8	-	-	
Bäckerei und Backwarenindustrie	1925	658	6258	31	314	1062	308	3964	3	1201	-	-	9,5
	1933	809	6075	39	467	1493	301	3946	2	597	-	-	7,5
	+/- %	+ 22,9	- 2,9	+ 25,8	+ 48,7	+ 40,6	- 2,3	- 0,5	- 33,3	- 50,3	-	-	
Fleischerei und Fleisch- warenherstellung	1925	1240	4541	202	912	2632	125	1707	-	-	-	-	3,7
	1933	1222	5165	205	863	2575	153	2101	1	284	-	-	4,2
	+/- %	- 1,5	+ 13,7	+ 1,5	- 5,4	- 2,2	+ 22,4	+ 23,1	●	●	-	-	
Tabakindustrie	1925	574	3310	327	175	431	70	2245	1	307	-	-	5,8
	1933	158	888	107	35	91	16	690	-	-	-	-	5,6
	+/- %	- 72,5	- 73,2	- 67,3	- 80,0	- 78,9	- 77,1	- 69,3	- 100,0	- 100,0	-	-	
Bekleidungs-gewerbe (ohne Schuhmacherei)	1925	6409	18772	4357	1561	4439	482	8305	6	1671	-	-	2,9
	1933	5166	11479	3987	957	2616	219	4029	3	847	-	-	2,2
	+/- %	- 19,4	- 38,9	- 8,5	- 38,7	- 41,1	- 54,6	- 51,5	- 50,0	- 49,3	-	-	
Schuhmacherei und Schuhindustrie	1925	2366	3566	1713	615	1328	35	525	-	-	-	-	1,5
	1933	2185	3025	1825	343	817	17	220	-	-	-	-	1,4
	+/- %	- 7,7	- 15,2	+ 6,5	- 44,2	- 38,5	- 51,4	- 58,1	-	-	-	-	
Bau- und Bauneben- gewerbe	1925	4332	29656	1939	1589	4458	781	18570	9	3324	1	1365	6,8
	1933	4366	16700	2659	1287	3541	412	8236	8	2264	-	-	3,8
	+/- %	+ 0,8	- 43,7	+ 37,1	- 19,0	- 20,6	- 47,3	- 55,6	- 11,1	- 31,9	- 100,0	- 100,0	

		Betriebe insges.		Allein betr.	mit 2-5 Besch.		mit 6-200 Besch.		mit 201-1000 Besch.		über 1000 Besch.		Besch. je Betrieb, Durchschn.
		A	B		A	B	A	B	A	B	A	B	
Reinigungsgewerbe	1925	2 937	8 603	1 376	1 336	3 601	216	2 424	4	1 203	-	-	2,9
	1933	4 377	11 393	2 103	2 070	5 546	201	2 724	3	1 020	-	-	2,6
	+/- %	+ 49,0	+ 32,4	+ 52,8	+ 54,9	+ 54,0	- 6,9	+ 12,4	- 25,0	- 15,2	-	-	
Handel und Verkehr	1925	54 324	282 561	19 732	27 240	68 097	6 891	120 429	78	34 243	15	40 060	5,2
	1933	55 632	237 470	26 282	24 375	63 754	4 875	90 660	90	35 942	10	25 868	4,3
	+/- %	+ 2,4	- 16,0	+ 33,2	- 10,5	- 6,4	- 29,3	- 24,7	+ 15,4	+ 5,0	- 33,3	- 47,9	
Großhandel (ohne Buchhandel)	1925	7 950	59 106	1 372	3 658	10 977	2 806	44 378	6	2 379	-	-	7,4
	1933	6 703	38 523	2 308	2 721	8 136	1 671	27 292	3	787	-	-	5,7
	+/- %	- 15,7	- 34,8	+ 68,2	- 25,6	- 25,9	- 40,4	- 38,5	- 50,0	- 66,9	-	-	
Allg. Aus- und Einfuhrhandel	1925	1 191	10 577	171	491	1 519	510	8 645	1	242	-	-	8,9
	1933	975	5 692	361	350	1 098	264	4 240	-	-	-	-	5,8
	+/- %	- 18,9	- 46,2	+ 111,1	- 28,7	- 27,7	- 48,2	- 51,0	- 100,0	- 100,0	-	-	
Einzelhandel (ohne Buchhandel)	1925	24 262	60 951	9 675	13 463	30 983	1 071	14 742	10	4 474	1	1 077	2,5
	1933	25 828	62 099	11 649	13 218	32 798	950	12 508	11	5 189	-	-	2,4
	+/- %	+ 6,5	+ 1,9	+ 20,4	- 1,8	+ 5,9	- 11,3	- 15,2	+ 10,0	+ 16,0	- 100,0	- 100,0	
Warenhauser	1925	15	3 351	-	-	-	11	768	3	1 506	1	1 077	223,4
	1933	14	3 945	-	-	-	8	448	6	3 497	-	-	281,7
	+/- %	- 6,7	+ 17,7	-	-	-	- 27,3	- 41,7	+ 100,0	+ 132,2	- 100,0	- 100,0	
Einzelhandel mit Lebens- und Genußmitteln	1925	11 064	22 079	3 498	7 389	16 458	167	1 498	1	625	-	-	2,0
	1933	12 996	26 400	4 719	8 035	19 615	242	2 066	-	-	-	-	2,0
	+/- %	+ 17,5	+ 19,6	+ 34,9	+ 8,7	+ 19,2	+ 44,9	+ 37,9	- 100,0	- 100,0	-	-	
Einzelhandel mit Bekleidungsgegenständen	1925	2 521	13 418	779	1 357	3 557	372	6 739	6	2 343	-	-	5,3
	1933	2 495	10 523	1 009	1 194	3 257	287	4 565	5	1 692	-	-	4,2
	+/- %	- 1,0	- 21,6	+ 29,5	- 12,0	- 8,4	- 22,8	- 32,3	- 16,7	- 27,8	-	-	
Vermittlung, Verwaltung, Beratung	1925	8 549	21 814	4 630	3 152	8 545	707	8 639	-	-	-	-	2,6
	1933	9 199	17 617	6 771	2 054	5 625	373	4 943	1	278	-	-	1,9
	+/- %	+ 7,6	- 19,2	+ 46,2	- 34,8	- 34,2	- 47,2	- 42,8	●	●	-	-	
Aufbewahrung, Spedition, Bewachung	1925	1 075	14 676	70	510	1 343	448	10 768	7	2 495	-	-	13,6
	1933	891	10 386	217	354	1 069	316	8 108	4	992	-	-	12,2
	+/- %	- 17,1	- 29,2	+ 210,0	- 30,6	- 20,4	- 29,5	- 24,7	- 42,9	- 60,2	-	-	

		Betriebe insges.		Allein- betr.	mi 2-5 Besch.		mit 6-200 Besch.		mit 201-1000 Besch.		über 1000 Besch.		Besch. je Betrieb, Durchschn.
		A	B		A	B	A	B	A	B			
Geld-, Bank-, Börsenwesen	1925	865	9 579	167	412	1 102	269	4 421	6	2 767	1	1 122	11,1
	1933	839	6 863	259	400	1 172	173	2 568	7	2 864	-	-	8,2
	+/- %	- 3,0	- 28,4	+ 55,0	- 2,9	+ 6,4	- 35,7	- 41,9	+ 16,7	+ 3,5	- 100,0	- 100,0	
Versicherungswesen	1925	830	6 522	280	295	856	229	4 323	3	1 063	-	-	7,9
	1933	774	7 406	365	222	700	182	4 350	5	1 991	-	-	9,6
	+/- %	- 6,7	+ 13,6	+ 30,4	- 24,7	- 18,2	- 20,5	+ 0,6	+ 66,7	+ 87,3	-	-	
Verkehrswesen	1925	2 278	77 875	445	1 247	3 116	516	18 452	39	18 001	13	37 861	33,9
	1933	3 634	62 192	2 046	1 098	3 005	428	16 417	52	19 856	10	20 868	16,5
	+/- %	+ 59,2	- 20,1	+ 359,8	- 11,9	- 3,6	- 17,1	- 11,0	+ 33,3	+ 10,3	- 23,1	- 44,9	
See- und Küsten- schifffahrt	1925	106	21 839	-	26	70	61	3 565	15	6 257	4	11 921	206,0
	1933	94	17 886	-	29	101	47	2 661	14	4 358	4	10 776	190,3
	+/- %	- 11,3	- 18,1	-	+ 11,5	+ 44,3	- 23,0	- 25,4	- 6,7	- 30,4	± 0,0	- 9,6	
Binnenschifffahrt und Flößerei	1925	607	6 386	120	373	958	96	3 737	4	1 634	-	-	10,5
	1933	706	7 505	203	396	1 173	102	2 995	4	1 534	1	1 600	10,6
	+/- %	+ 16,3	+ 17,5	+ 69,2	+ 6,2	+ 22,4	+ 6,3	- 19,9	± 0,0	- 6,1	●	●	
Küsten-, Kanal- und Hafenwesen	1925	126	13 454	22	33	91	61	2 885	8	3 391	2	7 065	106,8
	1933	264	10 175	169	27	76	58	2 414	8	2 777	3	4 739	38,5
	+/- %	+ 109,5	- 24,4	+ 668,2	- 18,2	- 16,5	- 4,9	- 16,3	± 0,0	- 18,2	+ 50,0	- 32,9	
Gaststättenwesen	1925	6 219	21 891	2 211	3 457	8 652	542	9 828	4	1 200	-	-	3,5
	1933	5 187	18 746	1 298	3 433	8 863	455	8 335	1	250	-	-	3,6
	+/- %	- 16,6	- 14,4	- 41,3	- 0,7	+ 2,4	- 16,1	- 15,2	- 75,0	- 79,2	-	-	
				1925	1933	+/- %							
Gesamtbevölkerung				1 152 523	1 218 447	+ 5,72							
Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose)				586 407	603 250	+ 2,87							

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistik des Hamburgischen Staates, H. 33, S. 21; H. 34, S. 64-83; Die wichtigsten Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung im hamburgischen Staat, in: HVW 11, 1934, S. 49-76; Nachtrag zum Statist. Jb. Hamburg 1933/34, Tab. 13 und 20, S. 21 und 31, Tab. 6, S. 54. Eine stärker nach den Größenklassen der Betriebe differenzierte Tabelle findet sich bei Büttner, Hamburg in der Depression, S. 265-269.

676 Tabellen

Tab. 5: Beschäftigung wichtiger Hamburger Gewerbebezüge
am 10. Okt. 1927-1932

		absolute Zahlen					1928 = 100				
		1927	1928	1929	1930	1932 ^a	1927	1928	1929	1930	1932 ^a
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	Betriebe	1 041	947	933	946	757	110	100	99	100	80
	Arbeitnehmer	11 705	10 202	10 381	8 882	4 691	115	100	102	87	46
	Arbeiter	10 578	9 259	9 445	8 009	4 164	114	100	102	86	45
	Angestellte	1 127	943	936	873	527	120	100	99	93	56
Maschinen-, Apparate- und Fahr- zeugbau	Betriebe	572	542	529	527	449	106	100	98	97	83
	Arbeitnehmer	38 213	35 712	41 820	29 862	15 306	107	100	117	84	43
	Arbeiter	33 472	31 160	36 778	26 605	12 575	107	100	118	82	40
	Angestellte	4 741	4 552	5 042	4 257	2 731	104	100	111	94	60
Schiffbau	Betriebe	66	63	60	50	-	105	100	95	79	-
	Arbeitnehmer	25 011	21 988	27 454	17 679	-	114	100	125	80	-
	Arbeiter	22 247	19 495	24 810	15 660	-	114	100	127	80	-
	Angestellte	2 764	2 493	2 644	2 019	-	111	100	106	81	-
Elektrotechn. Ind., Fein- mechanik, Optik	Betriebe	523	507	484	481	401	103	100	95	95	79
	Arbeitnehmer	8 271	8 579	8 438	7 246	4 400	96	100	98	84	51
	Arbeiter	6 457	6 820	6 632	5 510	3 151	95	100	97	81	46
	Angestellte	1 814	1 759	1 806	1 736	1 249	103	100	103	99	71
Chem. Industrie	Betriebe	225	205	197	206	171	110	100	96	100	83
	Arbeitnehmer	7 176	7 094	7 558	6 881	6 058	101	100	107	97	85
	Arbeiter	5 163	5 215	5 535	4 861	4 210	99	100	106	93	81
	Angestellte	2 013	1 879	2 023	2 020	1 848	107	100	108	108	98
Textil- industrie	Betriebe	178	175	164	144	106	102	100	94	82	61
	Arbeitnehmer	3 931	4 136	4 370	3 587	2 266	95	100	106	87	55
	Arbeiter	3 378	3 695	3 912	3 155	1 863	91	100	106	85	50
	Angestellte	553	441	458	432	403	125	100	104	98	91
Papier- industrie	Betriebe	515	518	544	497	448	99	100	105	96	86
	Arbeitnehmer	12 033	12 297	11 988	11 025	8 223	98	100	97	90	67
	Arbeiter	10 101	10 373	10 110	9 234	6 761	97	100	97	89	65
	Angestellte	1 932	1 924	1 878	1 791	1 462	100	100	98	93	76
Kautschuk- industrie	Betriebe	43	52	45	44	38	83	100	87	85	73
	Arbeitnehmer	3 431	3 334	2 947	2 082	1 663	103	100	88	62	50
	Arbeiter	2 798	2 656	2 344	1 641	1 339	105	100	88	62	50
	Angestellte	633	678	603	441	324	93	100	89	65	48
Holz- und Schnitzstoff- gewerbe	Betriebe	1 054	960	897	877	615	110	100	93	91	64
	Arbeitnehmer	10 693	10 409	9 126	7 623	3 668	103	100	88	73	35
	Arbeiter	9 601	9 375	8 293	6 836	3 168	102	100	88	73	34
	Angestellte	1 092	1 034	833	787	500	106	100	81	76	48
Nahrungs- mittel- gewerbe	Betriebe	2 475	2 082	1 894	1 842	1 683	119	100	91	88	81
	Arbeitnehmer	28 289	25 880	24 843	23 232	18 026	109	100	96	90	70
	Arbeiter	23 043	20 947	20 148	18 572	14 440	110	100	96	89	69
	Angestellte	5 246	4 933	4 695	4 660	3 586	106	100	95	94	73
Bekleidungs- gewerbe	Betriebe	1 888	1 635	1 652	1 635	1 308	115	100	101	100	80
	Arbeitnehmer	17 537	17 147	17 318	15 188	10 490	102	100	101	89	61
	Arbeiter	14 675	13 401	13 732	12 516	8 684	110	100	102	93	65
	Angestellte	2 862	3 746	3 586	2 672	1 806	76	100	96	71	48
Baugewerbe	Betriebe	1 315	1 170	1 074	1 013	624	112	100	92	87	53
	Arbeitnehmer	27 606	25 103	24 438	17 771	5 815	108	100	97	71	23
	Arbeiter	25 324	23 804	23 101	16 402	5 210	106	100	97	69	22
	Angestellte	1 682	1 299	1 337	1 369	605	129	100	103	105	47
Handels- gewerbe	Betriebe	• 11 101	4 912	4 709	4 840	3 462	• 100	96	99	70	
	Arbeitnehmer	• 106 732	86 900	87 567	80 340	59 355	• 100	101	92	68	
	Arbeiter	• 33 525	25 306	26 619	22 838	15 761	• 100	105	90	62	
	Angestellte	• 73 207	61 594	60 948	57 502	43 594	• 100	99	93	71	

		absolute Zahlen					1928 = 100				
		1927	1928	1929	1930	1932*	1927	1928	1929	1930	1932*
Groß- und Außenhandel (o. Buch- u. Tabakhandel)	Betriebe	2822	2401	2284	1958	—	118	100	95	82	—
	Arbeitnehmer	51 008	45 241	44 234	38 314	—	113	100	98	85	—
	Arbeiter	17 366	13 052	13 464	10 807	—	133	100	103	83	—
	Angestellte	33 642	32 189	30 770	27 507	—	105	100	96	85	—
Versicherungswesen	Betriebe	125	118	129	129	148	106	100	109	109	125
	Arbeitnehmer	4 353	3 214	3 773	4 397	5 290	135	100	117	137	165
	Arbeiter	691	191	236	393	334	362	100	124	206	175
	Angestellte	3 662	3 023	3 537	4 024	4 956	121	100	117	133	164
Verkehrswesen	Betriebe	604	528	545	553	344	114	100	103	105	65
	Arbeitnehmer	36 491	34 077	37 356	32 926	20 287	107	100	110	97	60
	Arbeiter	29 126	25 958	28 445	24 616	15 665	112	100	110	95	60
	Angestellte	7 365	8 119	8 911	8 310	4 622	91	100	110	102	57
Gastwirtsgewerbe	Betriebe	2 073	1 774	1 780	1 725	1 309	117	100	100	97	74
	Arbeitnehmer	13 627	12 866	13 494	12 702	9 006	106	100	105	99	70
	Arbeiter	7 785	9 776	10 163	9 879	7 842	80	100	104	101	80
	Angestellte	5 842	3 090	3 331	2 823	1 164	189	100	108	91	38
Kleinbetriebe (bis 4 Personen)	Betriebe	• 12 650	6 071	5 940	6 975	5 806	•	100	98	115	96
	Arbeitnehmer	• 23 661	12 830	12 992	15 712	11 531	•	100	101	122	90
	Arbeiter	• 13 663	10 506	10 519	11 886	9 775	•	100	100	113	93
	Angestellte	• 9 998	2 324	2 473	3 826	1 756	•	100	106	165	76
Mittelbetriebe (5-49 Personen)	Betriebe	11 068	10 011	9 573	8 566	6 214	111	100	96	86	62
	Arbeitnehmer	137 505	129 352	124 749	113 697	80 121	106	100	96	88	62
	Arbeiter	74 406	73 564	70 617	64 241	42 473	101	100	96	87	58
	Angestellte	63 099	55 788	54 132	49 726	37 648	113	100	97	89	67
Großbetriebe (50 u. mehr Personen)	Betriebe	1 031	1 013	1 027	896	624	102	100	101	88	62
	Arbeitnehmer	197 859	178 510	190 529	153 999	102 487	111	100	107	86	57
	Arbeiter	144 463	127 559	137 782	105 051	64 908	113	100	108	82	51
	Angestellte	53 396	50 951	52 747	48 948	37 579	105	100	104	96	74
Betriebe insgesamt	Betriebe	• 24 749	17 095	16 540	16 437	12 644	•	100	97	96	74
	Arbeitnehmer	• 359 025	320 692	328 270	283 678	194 139	•	100	102	88	61
	Arbeiter	• 232 532	211 629	218 918	181 178	117 156	•	100	103	86	55
	Angestellte	• 126 493	109 063	109 352	102 500	76 983	•	100	100	94	71

* Für 1931 liegt keine Statistik vor.

• Infolge einer Umstellung der Erhebungsmethode sind diese Zahlen mit denen der folgenden Jahre nicht vergleichbar. Erfasst sind nur die Groß- und Mittelbetriebe und die der Gewerbeaufsicht unterstehenden Kleinbetriebe.

Quelle: Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Bd. 3, Teil 8.

Tab. 6: Arbeitslosigkeit im Hamburger Staat 1925 und 1933

	1925			1933			1933	
	Erwerbs- personen	davon Arbeits- lose	Arbeits- lose/100 Erwerbs- personen	Erwerbs- personen	davon Arbeits- lose	Arbeits- lose/100 Erwerbs- personen	Berufs- zugehö- rige je Erwerbbsp.	von der Arbeits- losigkeit Betroffene
Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forst, Fischerei	14 385	637	4,43	15 948	3 147	19,73	1,6	5 035
Industrie und Handwerk	202 259	16 215	8,02	203 256	86 709	42,66	1,8	156 076
Eisen-, Stahl-, Metall- warenherstellung	14 377	1 101	7,66	15 613	7 460	47,78	1,7	12 682
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	32 269	3 675	11,39	27 614	15 685	56,80	1,9	29 801
Schiffbau	—	—	—	14 900	9 627	64,61	—	—
Elektrotechn. Industrie, feinmech. und optische Industrie	8 872	720	8,12	8 940	3 565	39,88	1,6	5 704
Chemische Industrie	9 434	690	7,31	10 212	2 722	26,65	1,8	4 899
Textilindustrie	3 784	302	7,98	3 696	1 838	49,73	1,4	2 573
Papierindustrie und Vervielfältigung	10 430	480	4,60	11 123	3 970	35,69	1,6	6 352
Kautschuk- und Asbestindustrie	4 201	276	6,57	3 197	1 367	42,76	1,7	2 324
Holz- und Schnitzstoff- gewerbe	15 197	1 399	9,21	11 655	6 287	53,94	1,8	11 317
Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe	29 855	2 687	9,00	33 385	10 328	30,94	1,6	16 525
Bekleidungs-gewerbe	30 428	1 298	6,34	26 298	7 041	26,77	1,4	9 857
Bau- und Bauneben- gewerbe	30 485	2 121	6,96	35 966	19 520	54,27	2,1	40 992
Handel und Verkehr	266 540	16 468	6,18	275 555	69 355	25,17	1,8	124 839
Handels-gew. und Hilfs- gewerbe des Handels (einschl. Banken und Börsen)	157 253	8 615	5,48	161 739	36 695	22,69	1,6 ^a	57 166 ^a
Versicherungswesen	6 291	300	4,77	8 062	1 224	15,18	1,9 ^b	4 161 ^b
Verkehrswesen	79 241	5 854	7,39	80 889	23 450	28,99	2,1	49 245
Verkehrswesen (ohne Reichsbahn, -post)	—	—	—	63 062	21 892	34,71	2,1	45 973
Schifffahrt	—	—	—	47 755	17 661	36,98	—	—
Gast- und Schank- wirtschaftsgewerbe	23 755	1 699	7,15	24 865	7 986	32,12	1,5	9 583
Abltg. 1-6 (A-F) zusammen	586 407	38 947	6,64	603 250	176 417	29,24	1,7	299 909
Arbeitslose je 100 Einw.			3,38			14,48		24,6

^a Bei dieser Berechnung mußte das Bank- und Börsenwesen dem Versicherungswesen zugeordnet werden, da die Berufszugehörigen des ersteren 1933 nicht gesondert aufgeführt sind. Vgl. Kap. 2, Anm. 154.

Zusammengestellt und berechnet nach: Statistik des Hbg. Staates, H. 33, Übers. 11, S. 23 f. und Übers. 55, S. 70. Nachtrag zum Statist. Jb. Hbg. 1933/34, Tab. 10, 12 und 13, S. 14-16, 18-21.

Tab. 7: Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in der Stadt Hamburg 1924–1933

Jahresende		1927	1928	1927	1928	auf 1000 Einwohner ¹		
		= 100		= 100, Reich		Hamburg	Reich	Großstädte
1924	9 399					9	8,6	10,5
1925	27 470					25	24,0	29,0
1926	31 130					29	28,0	38,2
1927	23 248	100	65	100	77	21	22,4	27,7
1928	36 010	155	100	131	100	32	29,3	32,2
1929	38 839	167	108	142	108	34	31,8	37,8
1930	58 473	252	162	202	155	51	45,4	56,6
1931	79 242	341	220	225	172	69	50,4	63,0
1932	60 653	261	168	148	113	54	33,2	45,4
1933	59 406	256	165	124	94	52	26,5	

Monatsende	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Februar	31 328 ²	44 820 ³	48 594	67 744	82 221	63 649
Mai	26 752 ²	29 898	46 950	64 079	75 575	57 334
Oktober	25 548	35 152	54 685	74 468	61 406	58 245

1 In Hamburg: 1924 Ortsanwesende im Jahresmittel, 1926 bis 1929 sowie 1931 und 1932 Wohnbevölkerung im Jahresmittel, 1925, 1930 und 1933 gezählte Wohnbevölkerung am 16. 6. 1925, 10. 10. 1929 und 16. 6. 1933; im Reich Wohnbevölkerung am 16. 6. 1925.

2 Staat Hamburg.

3 Einschließlich Sonderfürsorge für berufsunfähige Arbeitslosigkeit.

Quellen: Statist. Jb. Hamburg 1928/29, S. 282; 1932/33, S. 151; 1933/34, S. 156. Statist. Jb. Reich 1927, S. 339; 1928, S. 388; 1929, S. 281; 1930, S. 323; 1931, S. 308; 1932, S. 299; 1933, S. 299 u. 301; 1934, S. 314. HVW 1928, ständige Übersicht 4. Arbeitsmarkt-Anzeiger Nordmark 1929–1933.

Tab. 8: Wohlfahrtserwerbslose in der Stadt Hamburg 1928–1932
(einschl. Pflicht- bzw. Unterstützungsarbeiter, aber ohne Fürsorge- und Notstandsarbeiter)

	1928	1929	1930	1931	1932
31. 3.	2510 ¹	6962	9789	22585	61021
31. 7.	3925	6446	10952	28574	74179
31. 12.	2982 ¹	7554 ¹	19688 ¹	47971	94094
31. 7. 1928 = 100					
31. 3.	64	177	249	575	1555
31. 7.	100	164	279	728	1890
31. 12.	76	192	501	1222	2397
auf 1000 Einwohner ²					
31. 3.	2,2	6,1	8,6	19,8	54,1
31. 7.	3,4	5,6	9,6	25,1	65,8
31. 12.	2,7	6,6	17,2	42,1	83,5

Vom Bezirksfürsorgeverband ermittelte / vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose (einschließlich Pflicht- und Fürsorgearbeiter)³

31. 3.		24 330 / 22 882	61 724 / 61 331
31. 12.		21 389 / 20 791	48 598 / 47 376 96 135 / 76 478

bis 1930 Parteien, seit 1931 laufend unterstützte Personen mit eigener Stempelkarte

1 Am Ende der in den Monat fallenden Vierwochenperiode.

2 Vgl. Tab. 7.

3 Vgl. Kap. 2, Anm. 148.

Quellen: Nordwestdt. Wohlfahrtsstatistik (monatlich) in: Wohlfahrtstabelle Jg. 3–7: 1928–1932; HVW 1930–1932; Die Wohlfahrtserwerbslosen im hamburgischen Staat nach Bezirksfürsorgeverbänden und Gemeinden, in HVW 1932, S. 119–122; Statist. Jb. Reich 1933, S. 298.

Tab. 9: Arbeitsuchende in der Stadt Hamburg 1927–1933

	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Jahresende	43 122 ¹	50 162	60 483	93 343	139 843	164 359	155 914
1927 = 100	100	116	140	216	324	381	362
1928 = 100	86	100	121	186	279	328	311
auf 1000 Einw. ²	39	45	53	82	123	146	138
Ende Febr.	53 526 ¹	43 614 ¹	59 173	69 635	101 178	151 356	167 845
Ende Mai	41 697 ¹	37 790 ¹	43 960	65 565	99 811	151 977	166 737
Ende Okt.	32 533 ¹	40 056	51 507	84 470	130 086	159 231	156 621

1 Höchstziffern des Monats

2 Vgl. Tab. 7.

Vgl. Kap. 2, Anm. 148.

Quellen: Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 285; HVW 1928–1933, regelm. Übersicht.

Tab. 10: Die Arbeitsuchenden in der Stadt Hamburg nach Wirtschaftsbereichen bzw. Berufen am Jahresende 1928–1932

	1928	1929	1930	1931	1932	1928	1929	1930	1931	1932
Land- und Forstwirtschaft	519	414	643	1049	1464	100	80	124	202	282
Bergbau, Hüttenwesen	51	102	114	167	219	100	200	224	327	429
Industrie der Steine + Erden	44	126	177	478	528	100	286	402	1086	1200
Metall- und Maschinenindustrie	6379	8292	17662	23976	25464	100	130	277	376	399
Chemische Industrie	1379	906	1314	1989	1899	100	66	95	144	138
Spinnstoffgewerbe	381	343	652	1256	1535	100	90	171	330	403
Papierindustrie	273	325	663	1023	1086	100	119	243	375	399
Lederindustrie	311	643	1150	1774	1941	100	207	370	570	624
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2055	3162	4173	6216	6789	100	154	203	302	330
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	3761	4117	4330	5930	6687	100	109	115	158	178
Bekleidungsgewerbe	2589	2485	3411	4699	4788	100	96	132	181	185
Gesundheits- und Körperpflege	660	611	971	2032	2547	100	93	147	308	386
Baugewerbe	4505	5274	7254	10304	10333	100	117	161	229	229
Vervielfältigungsgewerbe	674	929	1628	2545	2759	100	138	242	378	409
Kunstgewerbliche Berufe	39	15	53	152	183	100	38	136	390	469
Theater, Musik, Schaustellungen	991	1279	1586	1930	2433	100	129	160	195	246
Gast- und Schankwirtschaft	4139	4341	6689	7769	9428	100	105	162	188	228
Verkehrsgewerbe	8098	10652	16233	29770	36836	100	132	200	368	455
Häusliche Dienste	2320	2290	4110	7464	11620	100	99	177	322	501
Lohnarbeit wechselnder Art	4445	5870	9277	12247	14147	100	132	209	276	318
Maschinisten und Heizer	998	1286	1956	2388	2572	100	129	196	239	258
Kaufmännische Angestellte	4817	5919	7135	9929	13223	100	123	148	206	275
Büroangestellte	74	279	1073	1478	1838	100	377	1450	1997	2484
Techniker aller Art	646	804	2046	3067	3744	100	124	317	475	580
Freie Berufe	14	19	43	171	296	100	136	307	1221	2114
zusammen	50162	60483	94343	139803	164359	100	121	188	279	328

Berechnet nach: Statist. Jb. Hbg. 1932/33, S. 150.

Tab. 11: Die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge in der Stadt Hamburg nach dem Alter, 1929–1933

		bis 21 Jahre	über 21 bis 45 Jahre	über 45 bis 60 Jahre	über 60 Jahre	insges.	in % der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe von 1933				
							bis 21	22–45	46–60	über 60	insges.
Erwerbspersonen	16. 6. 1933	47 881*	399 284**	79 214**	34 495	560 874	100	100	100	100	100
Unterstützte	15. 1. 1929	5 325	25 360	7 190	2 796	40 671	11	6	9	8	7
	15. 1. 1930	3 809	26 799	7 883	2 352	40 843	8	7	10	7	7
	15. 1. 1931	5 992	39 604	10 800	3 009	59 405	13	10	14	9	11
	15. 1. 1932	3 808	53 633	16 607	4 925	78 973	8	13	21	14	14
	15. 1. 1933	2 436	42 027	14 350	3 604	62 417	5	11	18	10	11
Erwerbslose	16. 6. 1933	11 452*	129 187**	20 289**	7 498	168 226	24	32	26	22	30
							in % der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe von 1925				
Erwerbslose Staat	16. 6. 1925	5 782*	26 941**	3 830**	2 394	38 947	6	8	5	6	7

* bis 20 Jahre

** bis bzw. über 50 Jahre

Berechnet nach: Statist. Jb. Hamburg 1929/30, S. 288; 1930/31, S. 274; 1931/32, S. 159; 1932/33, S. 152; Statistik Hbg. Staat, H. 33, S. 51, 70; Die berufliche und soziale Gliederung der hamburgischen Bevölkerung nach der letzten Berufszählung, in: HVW 1935, S. 174.

Tab. 12: Die jugendlichen Arbeitslosen in der Stadt Hamburg nach Wirtschaftsbereichen oder Beruf am 30. Juli 1932

	bis unter 18 Jahre	18 bis unter 21 Jahre	21 bis unter 25 Jahre	zusammen
Baugewerbe	94	726	1092	1912
Bekleidungs-gewerbe	73	700	1189	1962
Schlachter, Küper	8	81	163	252
Buchbinder	34	228	372	634
Eisenindustrie	—	2081	3848	5929
Fabrikarbeiter	40	1260	1968	3268
Friseure	30	110	117	257
Gastwirts-gewerbe	10	188	579	777
Hafenarbeiter	—	50	393	443
Hausangestellte	—	1066	1479	2545
Holz-gewerbe	—	465	1006	1471
kaufm. Angestellte	248	1384	2521	4153
Kranken-pflege	6	8	69	83
Land-wirtschaft	12	134	203	349
Maler	4	387	553	944
Verkehrsgewerbe	—	1835	3385	5220
Sattler, Tapezierer	—	101	233	334
Schauspieler, Artisten	5	40	134	179
Tabak-gewerbe	—	23	144	167
Erwerbsbeschränkte	2274	19	38	2331
Lehrstellenanwärter	709	74	20	803
Zusammen	3547	10969	19558	34074

Quelle: Sondererhebung des Arbeitsamtes Hbg., StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 16.

Tab. 13: Kurzarbeit in Hamburg 1927–1932

Personenkreis	Zeitraum	Gebiet	Anzahl	auf 100 beschäft. Gewerkschaftsmitglieder	
					Reich
Unterstützte Kurzarbeiter	Jahr 1927 April 1927	Staat Staat	1446 234		
Kurzarbeitende Gewerkschaftsmitglieder	26./30. 4. 1927	Groß-Hamburg	1225	1,3	3,7
	1./ 6. 10. 1928	Groß-Hamburg	696	0,8	6,8
	10./16. 2. 1930	Groß-Hamburg	8645	11,8	13,0
Kurzarbeitende Angestellte und Arbeiter in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten	Sept. 1932	Hbg., Bergedorf Arbeitsamt Hbg.	29444 ¹ 31445 ¹		

1 Nach den Zahlen der einzelnen Betriebe errechnet, indem weniger als 47 Stunden beschäftigte Arbeitnehmer als Kurzarbeiter gezählt und die Belegschaften teilweise verkürzt arbeitender Betriebe zur Hälfte berücksichtigt wurden.

Die kurzarbeitenden Gewerkschaftsmitglieder nach Wirtschaftszweigen

	in absoluten Zahlen		von 100 beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern			
	1928	1930	Groß-Hamburg		Reich	
			1928	1930	1928	1930
Baugewerbe	–	207	–	1,1	0,3	0,9
Buchdruckereien	11	87	0,3	1,4	0,6	3,4
Textilindustrie	24	5400	0,4	54,7	28,2	29,4
Chemische Industrie	23	911	0,3	14,2	3,5	13,8
Holzgewerbe	273	394	3,0	5,2	4,0	13,0
Schuhfabriken	22	130	14,4	46,4	44,8	38,1
Metallindustrie	343	1516	1,7	6,4	7,8	18,4

Quellen: Material für den Jahresbericht 1927 der Arbeitsbehörde, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 1; Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB, Geschäftsber. 1930, S. 22 f.; Erhebung des Arbeitsamtes Hamburg aufgrund von Angaben des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona und der Staatsbetriebe, Anlage zu Schreiben des AAs an Arbeitsbeh., Sept. 1932, StAH: Arbeitsbeh. I, Nr. 73; Statist. Jb. Reich 1929, S. 279; 1931, S. 311 f.

Tab. 14: Das finanzielle Ergebnis der im Hamburger Staat eröffneten Konkursverfahren, 1925–1932

	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Eröffnete Konkursverfahren	326	226	160	193	169	210	214	147
darunter mit Angabe des finanziellen Ergebnisses mangels Masse	295	209	128	122	152	212	213	132
abgelehnte Konkurse	341	358	176	188	223	242	347	310
Eröffnete Konkursverfahren, Schuldenmasse in 1000 RM	31 852	13 227	9 550	18 297	19 903	46 839	40 629	19 102
davon gedeckt in %	4,9	8,1	7,0	7,4	5,3	6,9	12,0	3,6
Konkursverluste in 1000 RM	30 298	12 161	8 417	16 934	18 851	43 856	35 755	18 420
Konkursverluste in 1000 RM, 1928 = 100	179	72	50	100	111	257	211	109
Insolvenzverluste, Reich, 1928 = 100				100	156	186	216	195

Quelle: Das finanzielle Ergebnis der in den Jahren 1925 bis 1932 eröffneten Vergleichsverfahren. In: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1933, H. 4, S. 94–97.

Tab. 15: Umsatzentwicklung in Hamburg

a) Gesamtumsatz der Reichsbankhauptstelle Hamburg, 1924–1933

	Mio. RM	1928 = 100		Mio. RM	1928 = 100
1924	14 371	40	1929	39 547	111
1925	19 797	56	1930	39 801	112
1926	25 536	72	1931	27 520	77
1927	32 241	91	1932	26 155	74
1928	35 535	100	1933	28 028	79

Quelle: Statistisches Jb. Hamburg 1928/29, S. 259; 1933/34, S. 149.

b) Entwicklung des Umsatzsteueraufkommens im Bezirk des Landesfinanzamts Unterelbe (Hamburger Staat), 1925–1931
(bei weitgehender Ausschaltung der Tarifänderungen)

1928 = 100	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931, 1. Hj.
Hamburg	82	85	94	100	109	113	99,5
Reich	78	81	93	100	99,9	90	75

Quelle: Werner, S. 12 f.

Tab. 16: Deutschlands Gesamteigenhandel mit dem Ausland, 1927–1932

a) nach Werten

					1927	1928
		Einfuhr	Ausfuhr	zusammen	= 100	
1927	Mio. RM	15 839	11 746	27 585	100	
1928	Mio. RM	15 679	13 228	28 907	105	100
1929	Mio. RM	14 027	14 215	28 242	102	98
1930	Mio. RM	10 852	12 656	23 508	85	81
1931	Mio. RM	6 957	10 116	17 073	62	59
1932	Mio. RM	4 877	6 056	10 933	40	38

b) nach Mengen

1927	1000 Tonnen	70 392	61 688	132 080	100,0	
1928	1000 Tonnen	68 261	62 241	130 502	98,8	100,0
1929	1000 Tonnen	68 604	70 690	139 294	105,5	106,7
1930	1000 Tonnen	57 964	65 039	123 003	93,1	94,3
1931	1000 Tonnen	41 519	58 651	100 170	75,8	76,8
1932	1000 Tonnen	34 315	44 070	78 385	59,3	60,1

Berechnet nach: Statist. Jb. Reich 1933, S. 184 f.

Tab. 17: Seewärtige Warenein- und -ausfuhr über Hamburg, 1913–1932

	Einfuhr		Ausfuhr		Insgesamt	
	1000 nt	1913 = 100	1000 nt	1913 = 100	1000 nt	1913 = 100
1913	16 548	100,0	8 910	100,0	25 458	100,0
1919	1 837	11,1	506	5,7	2 343	9,2
1920	3 907	23,6	1 891	21,2	5 798	22,8
1921	7 502	45,3	3 509	39,4	11 011	43,3
1922	10 972	66,3	5 615	63,0	16 587	65,2
1923	14 158	85,6	6 774	76,0	20 932	82,2
1924	12 984	78,5	6 545	73,5	19 529	76,7
1925	12 429	75,1	6 962	78,1	19 391	76,2
1926	10 670	64,5	10 636	119,4	21 306	83,7
1927	16 653	100,6	8 126	91,2	24 779	97,3

»Hafen Hamburg« nach Gründung der Hamburgisch-Preußischen Hafengemeinschaft (1929), bestehend aus den Häfen Hamburg, Altona, Harburg-Wilhelmsburg

	1000 brt.		1000 brt.		1000 brt.	
	1927 = 100	1927 = 100	1927 = 100	1927 = 100	1927 = 100	1927 = 100
1927	18 761	100	8 839	100	27 600	100
1928	19 763	105	9 925	112	29 688	108
1929	18 975	101	9 782	111	28 757	104
1930	16 562	88	9 285	105	25 847	94
1931	14 975	80	8 275	94	23 250	84
1932	12 953	69	6 874	78	19 827	72

nach Verkehrsgebieten (»Hafen Hamburg«, ohne Küstenverkehr)

	1000 nt			1929 = 100		Millionen RM			1929 = 100	
	1929	1930	1932	1930	1932	1929	1930	1932	1930	1932
1. Einfuhr										
Europa	7 870	7 737	5 374	98	68	1 916	1 662	897	87	47
Übersee	9 664	7 692	6 572	79	68	4 515	3 301	1 580	73	35
Insgesamt	13 873	15 429	11 946	88	68	6 431	4 963	2 477	77	39
2. Ausfuhr										
Europa	4 355	4 336	3 819	99,6	88	2 330	2 169	1 255	93	54
Übersee	3 393	2 963	1 648	87	49	2 814	2 183	942	78	34
Insgesamt	7 748	7 299	5 467	94	70	5 144	4 352	2 197	85	43
3. Gesamter Warenumsatz										
Europa	12 255	12 073	9 193	99	75	4 246	3 831	2 152	90	51
Übersee	13 057	10 655	8 220	82	63	7 329	5 484	2 522	75	34
Insgesamt	25 282	22 728	17 413	90	69	11 575	9 315	4 674	81	40

Quellen: Wendemuth/Böttcher, S. 228 f.; Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 132, 147; 1929/30, S. 147, 154; 1930/31, S. 136–138; 1931/32, S. 82; 1932/33, S. 76; Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins 1932, S. 5.

Tab. 18: Der überseeische Personenverkehr über Hamburg, 1927–1932

	1927	1928	1929	1930	1931	1932
Gesamtreiseverkehr	129 208	139 177	149 073	157 298	111 849	100 589
Einreise	48 753	55 034	57 838	67 955	59 856	56 380
Ausreise	80 455	84 143	91 235	89 343	51 993	44 209
Auswanderung	42 166	38 916	39 163	34 980	7 541	7 692
in die USA	–	20 797	18 266	11 230	1 382	4 633
nach Britisch-						
Nordamerika	–	5 822	6 315	7 206	502	236
nach Südamerika	–	10 411	13 836	14 165	4 342	2 473
	1928 = 100					
Gesamtreiseverkehr	93	100	107	113	80	72
Einreise	89	100	105	123	109	102
Ausreise	96	100	108	106	62	53
Auswanderung	108	100	101	90	19	20
in die USA	–	100	88	54	7	22
nach Britisch-						
Nordamerika	–	100	108	124	9	4
nach Südamerika	–	100	133	136	42	24

Quellen: Der überseeische Personenverkehr über Hamburg in den Jahren 1930 bis 1935, in: HVW 1936, S. 23–25; desgl. im Jahre 1936 im Vergleich mit den Jahren 1926–1936, in: HVW 1937, S. 39–43; Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 71; 1929/30, S. 83.

Tab. 19: Durchschnittliche werktägliche Beschäftigung im »Hafen Hamburg«

	1927	1928	1929	1930	1931	1932
	20 071	20 960	20 402	15 816	13 449	10 195
1927 = 100	100	104	102	79	67	51
1928 = 100	96	100	97	75	64	49

Quelle: Jahresbericht Hafenbetriebs-Verein 1932, S. 7.

Tab. 20: Aufgelegte Seeschiffs-Tonnage beim Verband Deutscher Reeder, 1931-1933

	Schiffe	BRT	% der Gesamttonnage	In Hamburg-Altona beheimatet	
				Schiffe	BRT
1. 1. 1931	213	646 208	16,2		
1. 4. 1931	239	648 310	16,0		
1. 7. 1931	199	682 082	17,2		
1. 10. 1931	195	747 285	18,8		
1. 1. 1932	333	1 009 823	25,5		
1. 4. 1932	460	1 357 152	34,8	178	646 649
1. 7. 1932	360	1 269 777	32,6	147	597 336
1. 10. 1932	343	1 303 112	34,0		
1. 1. 1933	303 ¹	917 818 ¹	26,5 ¹	146 ¹	489 815 ¹
1. 4. 1933	340	966 432	28,0	168	560 564
1. 7. 1933	182 ²	703 031 ²	20,4 ²	88	364 435
1. 10. 1933	123	547 859	15,7		

1 Zur Abwrackung vorgesehene und verkaufte Schiffe nicht mitgerechnet.

2 Nach Wirksamwerden der Reichshilfe für die Schifffahrt.

Quelle: Regelmäßige Zusammenstellungen des Verbandes Deutscher Reeder in: BAK: R 2/15949.

Tab. 21: Entwicklung des Hochbaus in Hamburg, 1928–1932

a) Begonnene Neubauten in der Stadt Hamburg

	1928	1929	1930	1931	1932	1928	1929	1930	1931	1932
Öffentliche Gebäude	25	22	14	1	9	100	88	56	4	36
–, cbm umbauter Raum		373 347	335 037	3 200	18 191		100	90	0,9	5
Gebäude für überwiegend gewerbliche Zwecke	255	295	179	114	110	100	116	70	45	43
–, cbm umbauter Raum	1 126 432	1 278 554	474 945	225 588	93 954	100	114	42	20	8
Wohngebäude	1 425	1 182	1 106	341	686	100	83	78	24	48
Wohnungen	11 790	10 110	10 086	3 395	831	100	86	86	29	7
Gebäude insgesamt	1 705	1 499	1 299	456	805	100	88	76	27	47

b) Vom Hamburger Staat für Wohnungsbauten zur Verfügung gestellte Gelder¹

	1928	1929	1930	1931	1932	1928 = 100				
						1928	1929	1930	1931	1932
RM	56 006 600	53 525 400	49 952 800 (52 598 800) ²	11 611 638	823 475	100	96	89 (94) ²	21	1

1 Durch Vermittlung der Staatlichen Beleihungskasse für Hypotheken.

2 Einschließlich 2 646 000 RM aus dem Reichsnotprogramm.

Quelle: Statist. Jb. Hbg. 1930/31, S. 126, 216; 1931/32, S. 76; 1932/33, S. 71, 118; 1933/34, S. 123.

Tab. 22: Umsatzrückgang im Hamburger Einzelhandel 1929–1933

Vergleichsviertel- jahr 1929 = 100%	1932 in Vierteljahr				1933 in Vierteljahr			1928 Umsatz je Betrieb Durch- schnitt in 1000 RM
	I	II	III	IV	I	II	III	
Blumen	-50,8	-56,1	-53,6	-52,3	-51,3	-60,8	-56,8	14,4
Brennmaterialien	-51,5	-58,5	-46,6	-37,1	-55,2	-65,4	-50,7	49,6
Brot	-12,4	-14,6	-24,0	-18,8	-22,3	-22,9	-21,5	—
Buchhandel	-34,3	-35,2	-42,2	-46,7	-41,8	-43,6	-46,0	49,5
Damenkonfektion	-36,7	-28,4	-38,5	-43,4	-47,2	-31,8	-45,2	„
Drogen und Chemikalien	-38,1	-34,8	-42,0	-45,6	-49,6	-44,4	-45,8	34,5
Eisenwaren	-62,0	-66,0	-73,3	-69,3	-66,6	-68,0	-73,3	71,3
Fettwaren	+ 3,3	- 2,8	-10,9	-16,3	- 5,0	+ 2,8	- 1,9	—
Fische	-32,5	-42,2	-43,7	-37,6	-33,0	-36,3	-32,6	15,0
Gastwirtschaften	-45,6	-47,2	-51,6	-50,0	-50,5	-52,1	-52,3	—
Gemüse	-43,9	-39,3	-44,1	-50,0	-52,9	-48,5	-51,0	—
Haus- und Küchengeräte	-44,0	-46,8	-53,4	-49,6	-58,2	-53,3	-55,6	44,3
Herrenkonfektion	-52,1	-54,9	-55,5	-58,7	-58,9	-58,2	-54,0	„
Juwelen, Uhren, Gold- + Silberw.	-62,3	-64,1	-67,8	-60,3	-67,6	-63,5	-65,9	38,2 ¹
Kolonialwaren	-23,9	-19,8	-28,7	-25,3	-24,1	-20,2	-19,4	18,9 ²
Konfitüren, Schokoladen	-23,5	-22,7	-26,3	-37,0	-40,5	-24,5	-31,5	33,1
Kurz-, Weiß- und Wollwaren	-47,6	-60,2	-50,8	-47,1	-57,6	-65,0	-52,6	10,7
Milch	-36,3	-32,9	-38,5	-41,5	-41,3	-36,4	-37,3	60,3
Möbel	-34,4	-49,5	-62,7	-55,2	-50,0	-47,0	-51,2	30,5
Optiker	-45,0	-35,5	-47,3	-47,4	-43,8	-38,7	-50,7	54,3
Papierwaren	-57,4	-54,7	-62,6	-41,2	-62,6	-57,9	-62,5	23,8
Schuhwaren	-27,5	-32,4	-30,2	-37,8	-36,2	-29,7	-31,4	20,0
Tabakwaren	-12,3	-20,3	-25,4	-28,1	-21,6	-25,4	-30,3	82,0
Tapeten und Linoleum	-36,9	-52,5	-60,6	-57,4	-51,3	-57,5	-63,3	10,8
Durchschnitt	-38,7	-41,5	-45,7	-44,0	-45,8	-44,7	-45,7	53,6 ³
								166,9 ⁴

„ Herren-, Damen- und Kinderbekleidung: 154,5

1 Gold- und Silberwaren (Juweliere)

2 Uhrmacher

3 Tapeten

4 Teppiche, Linoleum, Gardinen

Quellen: StAH, Sozialbeh. I, AF 81/30, Bd. 2; letzte Spalte: W. Siegmund, Die Struktur des Einzelhandels in Hamburg nach der Umsatzsteuerstatistik, in: Der Einzelhandel, Jg. 14 (1932), S. 61. Zur Erhebungsmethode vgl. Kap. 2, Anm. 273.

Tab. 23: Die Abschlüsse der Hamburger Etats 1924–1932 nach den Abrechnungen

	Ordentlicher Haushalt			Außerordentlicher Haushalt	
	Einnahmen	Ausgaben	Ergebnis	Einnahmen	Ausgaben
	in 1000 RM				
1924/25	264 892	229 260	+ 35 632	10 772	10 772
1925/26	318 100	352 602	– 34 502	13 694	13 694
1926/27	381 114	392 919	– 11 805	17 904	17 904
1927/28	396 206	394 868	+ 1 338	47 670	47 670
1928/29	430 588	423 985	+ 6 603	45 429	45 429
1929/30	436 901	447 117	– 10 216	61 216	61 216
1930/31	435 958	449 675	– 13 717	30 783	30 783
1931/32	366 510	387 257	– 20 747	– ¹	– ¹
1932/33	317 052	354 568	– 37 516	898	898

Bis zum Rechnungsjahr 1930/31 wurde der für den Wohnungsbau bestimmte, der Beleihungskasse für Hypotheken überwiesene Anteil an der Hauszinssteuer nicht in den Etat eingestellt. Um den Vergleich mit den späteren Rechnungsjahren zu ermöglichen, wurde er hier den Einnahmen und Ausgaben hinzugerechnet. Es handelte sich 1924/25 um 14 270 000, 1925/26 um 39 347 000, 1926/27 um 34 953 000, 1927/28 um 53 294 000, 1928/29 um 53 623 000, 1929/30 um 53 431 000 und 1930/31 um 49 087 000 RM.

¹ Die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts 1931/32 wurden durch den 1. Nachtrag ins Ordinarium übernommen.

Quellen: Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 251; 1930/31, S. 214; 1931/32, S. 123; 1932/33, S. 117; 1933/34, S. 121; Staatshaushaltsabrechnung 1932, S. II f., Mette/Podeyn, S. 92 f.

Tab. 24: Die Entwicklung des ordentlichen Haushalts 1928–1932

	1928	1929		1930		1931		1932	
	Abrechnung	Plan	Abrechnung	Plan	Abrechnung	Plan	Abrechnung	Plan	Abrechnung
	in 1000 RM								
Einnahmen	430588	431342	436901	438285	435958	430567	366510	363006	317052
Ausgaben	423985	437611	447117	453967	449675	430567	387257	363006	354568
Finanzdep.	2089	81977	91835	96085	84652	73985	71569	46947	45589
DHSG	7988	8120	8578	8312	9081	28124	22020	19918	17870
Baubehörde	75133	79162	76537	76281	72245	45839	29413	25463	21673
Hochschul- und Schulbehörden	62490	64233	63854	65330	63725	60752	52282	44924	44532
Arbeitsbehörde	6789	9032	7319	7987	8987	9057	11655	12054	12765
Wohlfahrtsbehörde	49392	46188	54381	51756	72971	74069	86044	112956	113050
Gesundheitsbehörde	45759	48272	46762	48115	44209	45346	35017	30977	28627
Jugendbehörde	9176	9287	9756	9646	9334	9143	7569	6406	6165
Polizeibehörde	46376	49440	47985	50275	46249	46516	39610	37573	36232
Justizverwaltung	27224	27125	27319	27482	26898	26047	22951	21188	19955

Vgl. die Bemerkungen zu Tabelle 23.

Quelle: Staatshaushaltspläne und -abrechnungen 1928–1932.

Tab. 25: Die Einnahmen des Hamburger Staates, 1928/29–1932/33

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33
	in 1000 RM						1928/29 = 100			
Gesamte Einnahmen										
Jahressoll		449 371	447 130	480 898	452 320	378 538	99,5	107,0	100,7	84,2
Jahresist		448 764	455 506	431 108	374 194	325 516	101,5	96,1	83,4	72,5
Steuern ohne Überweisungen an Gemeinden										
Jahressoll		301 525	291 020	298 352	284 259	200 194	96,5	98,9	94,3	66,4
Jahresist		297 734	292 082	270 786	223 847	173 212	98,1	90,9	75,2	58,2
Überschüsse der Betriebe % Zuschüsse										
Jahressoll		24 927	29 116	38 046	30 216	20 920	116,8	152,6	121,2	83,9
Jahresist		23 348	30 154	26 452	30 642	27 485	129,2	113,3	131,2	117,7
Sonstige Einnahmen										
Jahressoll		122 919	126 994	144 500	137 845	157 424	103,3	117,6	112,1	128,1
Jahresist		127 682	133 270	133 870	119 705	124 819	104,4	104,8	93,8	97,8
Gesamtsteuereinnahmen	270 939	304 650	299 326	277 870	231 022	175 671	98,3	91,2	75,8	57,7
1. Steuern vom Einkommen und Vermögen	91 670	114 464	109 611	95 208	71 627	44 973	95,8	83,2	62,6	39,3
a) Einkommen- und Körperschaftssteuer	91 601	114 350	109 490	95 123	63 527	39 494	95,7	83,2	55,6	34,5
b) Bürgersteuer	–	–	–	–	8 007	5 433	–	–	–	–
c) Erbschaftssteuer	69	114	120	85	93	46	105,3	74,6	81,6	40,4
2. Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetr.	59 855	67 148	63 053	60 703	48 501	38 590	93,9	90,4	72,2	57,5
a) Grund- und Gebäudesteuern	30 520	35 476	33 466	37 480	34 411	31 005	94,3	105,6	97,0	87,4
b) Gewerbesteuern	29 335	31 672	29 586	23 223	14 090	7 584	93,4	73,3	44,5	23,9
3. Gebäudeschuldungs-(Hauszins-)steuer	96 106	100 348	103 274	96 703	84 366	65 029	102,9	96,4	84,1	64,8
davon für Bauzwecke	55 148	55 069	54 980	49 108	19 022	27	99,8	89,2	34,5	0,05
4. Steuern vom Umsatz und Vermögensverkehr	16 566	15 676	16 216	15 128	12 899	13 757	103,4	96,5	82,3	87,8
darunter:										
a) Umsatzsteuer	5 446	6 236	6 522	6 932	6 968	9 676	104,6	111,2	111,7	155,2
b) Steuern vom Grundbesitzwechsel	7 956	6 370	5 514	4 895	3 035	2 196	86,6	76,8	47,6	34,5
5. Kraftfahrzeugsteuer	1 956	2 250	2 568	2 586	2 465	2 181	114,1	114,9	109,6	96,6
6. Steuern vom Verbrauch und Aufwand	4 786	4 763	4 605	7 510	11 165	11 140	96,7	157,7	234,4	233,9
a) darunter: Getränkesteuern	–	–	–	3 417	8 024	5 739	–	–	–	–

Quellen: HVW 1929–1933; Statist. Jb. Reich 1930, S. 503; 1931, S. 473; 1932, S. 465; 1933, S. 449; 1934, S. 451; 1935, S. 447.

Tab. 26: Zuschußbedarf des Landes Hamburg

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34	29/30	30/31	31/32	32/33	33/34
	in 1000 RM							1928/29 = 100				
1. Allgemeine Verwaltung	7305	6885	6532	6630	5435	4164	4493	95	96	79	60	65
2. Finanz- und Steuer- verwaltung	5220	7136	6973	6990	6047	5590	6212	98	98	85	78	87
3. Staats- und Rechts- sicherheit	36521	41404	42698	41909	33941	30681	33538	103	101	82	74	81
a) Polizei	22047	26272	27533	27045	22136	19729	21243	105	103	84	75	81
b) Rechtspflege	14474	15131	15165	14864	11805	10952	12295	100	98	78	72	81
4. Bildungswesen, Wissen- schaft, Kunst, Kirche	63400	70074	73768	75206	55578	46378	46726	105	107	79	66	67
5. Wohlfahrtswesen	68054	79327	84239	100275	101781	107409	104225	106	126	128	135	131
darunter:												
Wirtschaftl. Fürsorge	34248	39213	45911	62841	70812	80564	79768	117	160	181	205	203
Erwerbslosenfürsorge	1632	1929	2736	2407	5083	6247	3115	142	125	264	324	161
6. Wohnungswesen	55654	55777	55364	49624	19788	253	173	99	88	35	0,5	0,3
7. Wirtschaft und Verkehr	28887	33519	36668	35312	24625	14339	14685	109	105	73	43	44
darunter:												
Gewerbe, Industrie, Handel, Landwirtschaft	2754	2345	3077	2677	2186	1514	1953	131	114	93	65	83
Verkehr, Straßen, Wasserstraßen	26133	31174	33590	32636	22439	12825	12732	108	105	72	41	41
8. Gemeindl. Anstalten und Einrichtungen	20350	20689	21262	19273	17139	10086	9993	103	93	83	49	48
9. Schuldendienst	15060	18061	24394	22290	27205	24995	22800	135	123	151	138	126
Summe 1-9 (+ sonstige Aus- gaben oder Einnahmen)	300451	332847	351897	357577	291564	243854	243125	106	107	88	73	73

Quelle: Statist. Jb. Reich 1930, S. 449; 1931, S. 465; 1932, S. 461; 1933, S. 445; 1934, S. 447; 1935, S. 443; 1936, S. 456 f.

Tab. 27: Vom Hamburger Staat durch Ausschreibung vergebenen Aufträge, 1928–1932

	Arbeiten		Lieferungen		Insgesamt	
	1000 RM	1928 = 100	1000 RM	1928 = 100	1000 RM	1928 = 100
1928	31 250	100	9 305	100	40 555	100
1929	35 439	113	9 609	103	45 048	111
1930	27 681	89	9 340	100	37 021	91
1931	7 272	23	5 424	58	12 696	31
1932	2 937	9	1 818	20	4 755	12

Quelle: Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 254; 1929/30, S. 235; 1930/31, S. 218; 1931/32, S. 124; 1932/33, S. 118.

Tab. 28: Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung, 1929–1932

	1929	1930	1931	1932
in 1000 RM	54 18 ¹	11 020	24 431	50 678
1929 = 100	100	203	451	935
Anteil Hamburgs an der Reichsbeihilfe zu den Wohlfahrtslasten gemäß NVO v. 5. 6. 1931 in 1000 RM			5 088	23 973
in % der Aufwendungen			20,8	47,3

¹ Geschätzte Zahl. Bis zum 30. September 1929 wurden die Aufwendungen für die Wohlfahrts-erwerbslosen nicht gesondert ermittelt; sie zählten zu den »allgemeinen Unterstützungsempfängern«. Da die Aufwendungen in der Allgemeinen Fürsorge im ganzen Jahr 4,3mal so groß waren wie in den drei Perioden seit dem 30. September, wurden die Aufwendungen für die Wohlfahrts-erwerbslosen in diesem Abschnitt mit demselben Faktor multipliziert in der Annahme, daß die Zahl im gleichen Tempo zunahm wie die der übrigen Unterstützungsempfänger. Die so ermittelten Zahlen sind wahrscheinlich zu niedrig; die Abweichungen dürften aber in dieser Phase noch nicht allzu gravierend sein.

Quelle: Statist. Jb. Hamburg 1929/30, S. 298; 1930/31, S. 284; 1931/32, S. 169; 1932/33, S. 162; Staatshaushaltsabrechnung 1931, S. 92; 1932, S. 7.

Tab. 29: Personal und persönliche Ausgaben des Landes Hamburg

Jahr	Beamte ¹	Angestellte ²	Arbeiter ²	Insgesamt	Persönl. Ausgaben ohne Arbeiterlöhne	
					Rechnungsj.	in 1000 RM
1928, 1. Jan.	19 513	12 102	16 546	48 161	1928/29	166 780
1929, 1. Jan.	19 212	12 004	16 768	47 984	1929/30	168 286
1930, 1. Jan.	18 841	12 272	17 892	49 005	1930/31	168 268
1931, 1. Jan.	18 478	11 870	17 819	48 167	1931/32	148 893
1932, 1. Jan.	17 967	12 046	13 712	43 725	1932/33	134 203
1933, 1. Jan.	17 251	12 042	13 480	42 773		
1929 = 100					1928/29 = 100	
1930, 1. Jan.	98,1	102,2	106,7	102,1	1929/30	100,9
1931, 1. Jan.	96,2	98,9	106,3	100,4	1930/31	100,9
1932, 1. Jan.	93,5	100,3	81,8	91,1	1931/32	89,3
1933, 1. Jan.	89,8	100,3	80,4	89,1	1932/33	80,5

1 Einschließlich der Beamten der Wasserstraßendirektion.

2 Ohne die Angestellten bzw. Arbeiter der Wasserstraßendirektion, ohne Gelegenheits- und Saisonarbeiter beim Strom- und Hafenaufbau, Friedhofsamt und ohne Badewärter und Wärter für das Obdachlosenhaus.

Quelle: Statist. Jb. Hamburg 1932/33, S. 120–123; Statist. Jb. Reich 1931, S. 484; 1933, S. 453; 1935, S. 452.

Tab. 30: Die Verschuldung des Hamburger Staates 1928–1933

	Alt- und Festwert- schulden	Auslands- schulden	Davon kurzfristige	Inlands- schulden	Davon kurz- und mittel- fristige	Nur kurz- fristige	Gesamte Kreditmarkt- schulden ¹	Reichs- u. a. öffentl. Kredite	Gesamt- verschuldung ¹
in 1000 RM									
31. 3. 1928	83 838	103 860	21 000	23 864	19 786		211 562	13 927	225 489
31. 3. 1929	77 784	105 732	22 700	56 686	50 390	34 000	240 201	15 696	255 897
30. 9. 1929	77 298	170 682		57 494	51 055		305 483	16 056	321 539
31. 12. 1929	76 750	182 840	99 788	60 661	51 773		320 250	16 064	336 315
31. 3. 1930	78 189	206 327		79 123	70 612		363 639	16 824	380 464
30. 9. 1930	77 165	241 090		90 200	80 523		408 454	11 501	419 955
31. 12. 1930	76 973	235 655	152 795	85 203	75 497		397 831	11 521	409 352
31. 3. 1931	76 971	222 343		110 223	101 836		409 537	11 396	420 933
31. 3. 1932	69 934	169 351	86 491	114 173	98 243	90 189	353 458	57 406	410 864
31. 12. 1932	67 200	163 700		113 200			344 000	78 500	422 500
31. 3. 1933	67 053	161 883	81 081	113 727	97 918	87 372	342 663	90 745	433 408
31. 3. 1928 = 100									
31. 3. 1929	93	102	108	238	255		114	113	113
31. 12. 1929	92	176	475	254	261		151	115	149
31. 3. 1930	93	199		332	357		172	121	169
30. 9. 1930	92	232		378	407		193	83	186
31. 12. 1930	92	227	728	357	381		188	83	182
31. 3. 1931	92	214		462	514		194	82	187
31. 3. 1932	83	163	412	478	496		167	412	182
31. 3. 1933	80	156	386	477	495		162	652	192

1 Abweichungen in den Summen durch Auf- und Abrundung der Summanden

Quellen: Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1930, H. 3, S. 78; 1931, H. 4, S. 128; Statist. Jb. Reich 1929, S. 450f.; 1930, S. 518f.; 1931, S. 486f.; 1932, S. 480f.; 1933, S. 460f.; Wirtschaft und Statistik 1931, S. 23 und 27; 1933, S. 342.

Tab. 31: Verwendung der seit der Währungsstabilisierung aufgenommenen Schulden

	31. 3. 1929	31. 3. 1930	31. 3. 1931	31. 3. 1932	31. 3. 1929	1930	1931	1932
	1000 RM				% der gesamten Neuverschuldung			
Wohnungswesen	28 900	32 800	25 424	22 527	16,2	10,9	7,4	6,6
Verkehrswesen (Straßen-, Wasserstraßen, Häfen, Verkehrsunternehmen)	73 600	122 900	173 441	169 680	41,2	40,7	50,4	49,8
Versorgungsbetriebe	9 200	9 600	9 645	9 746	5,2	3,2	2,8	2,9
Wohlfahrtswesen (bes. wertschaffende Erwerbslosenfürsorge)	15 100	33 100	38 210	35 690	8,5	10,9	11,1	10,5
Förderung der Wirtschaft	6 500	9 000	6 798	6 837	3,6	3,0	2,0	2,0
Verschiedene Unternehmungen der Vermögensverwaltung	23 300	51 800	52 015	45 515	13,0	17,1	15,1	13,4
Verschiedene Hoheitsverwaltungen	7 200	26 600	29 206	29 892	4,0	8,8	8,5	8,8
Sonstige, insbes. Kassenreserve	14 600	16 400	9 613	21 045 ¹	8,2	5,4	2,8	6,2
Insgesamt	178 600	302 300	344 351	340 931	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Darin sind 18 316 000 RM für die Deckung von Fehlbeträgen enthalten.

Quellen: Wirtschaft und Statistik 1931, S. 30, 706; Öffentlicher Kredit und Wirtschaftskrise. Ergebnisse der Reichsschuldenstatistik 1929 bis 1932 und Zusammenstellung von Rechtsvorschriften über das öffentliche Schuldenwesen. Berlin 1933 (Einzelschriften zur Statistik des Dt. Reichs Nr. 27), S. 203, 215.

Tab. 32: Verschuldung je Einwohner¹ in RM

	Hamburg	Bremen	Lübeck	Großstädte	Preußen	Sachsen	preußische Großstädte	sächsische Großstädte
31. 3. 1928	195,65	473,69	267,85	156,09	13,90	32,00	ca. 169,99	ca. 188,09
31. 3. 1929	222,45	604,01	292,86	220,30	20,63	41,41	ca. 240,93	ca. 261,71
31. 3. 1930	330,11	617,07	428,94	276,47	22,11	49,40	ca. 298,58	ca. 325,87
31. 3. 1931	365,23	525,09	457,68	302,86	23,41	58,22	ca. 326,27	ca. 361,08
30. 9. 1931	359,01	685,75	449,15	305,02	21,53	59,90	ca. 326,55	ca. 364,92
31. 3. 1932	356,49	678,69	447,06	303,11	25,64	59,64	ca. 328,75	ca. 362,75
31. 12. 1932	366,58	737,46	441,93	304,43	26,19	64,14	ca. 330,62	ca. 368,57

1 Einwohnerzahl nach der Volkszählung am 16. 6. 1925.

Quellen: Vierteljahrshefte zur Statistik des Dt. Reichs 1930, H. 3, S. 64; 1931, H. 4, S. 113; Wirtschaft und Statistik 1933, S. 342; 1931, S. 23, 702; 1932, S. 53; Statist. Jb. Reich 1932, S. 479–481; 1933, S. 458.

Tab. 33: Zahlen zur Lage der Hamburger Sparkassen

a) Berufliche Gliederung der Sparer und Höhe der Konten bei der Hamburger Sparcasse von 1827, Ende 1926

Berufe einschl. Familien- angehörigen	Konten	v. H. aller Konten	Guthaben in RM	v. H. aller Guthaben	Durch- schnitts- guthaben in RM
Ungelernte Arbeiter	3 249	3,6	1 185 272	2,2	364,81
Gelernte Arbeiter	10 063	11,2	5 043 328	9,5	501,17
Handlungsgehilfen	16 794	18,7	8 630 855	16,3	513,92
Hausangestellte	3 459	3,8	1 100 383	2,1	318,12
Beamte	7 729	8,6	4 199 063	7,9	543,29
selbständige Kaufleute	4 846	5,4	5 091 803	9,6	1050,72
selbst. Gewerbetreibende	6 660	7,4	6 528 616	12,3	980,27
Schiffahrt	1 847	2,1	1 190 420	2,2	644,51
Künstler, Musiker	773	0,9	479 654	0,9	620,51
Wissenschaft	1 685	1,9	1 370 196	2,6	813,17
Rentner	2 966	3,3	2 527 386	4,8	852,11
Mündel, Korporationen, Stiftungen	3 633	4,0	6 817 046	12,8	1876,42
nicht festgestellt	26 282	29,2	8 896 477	16,8	338,50

Quelle: Archiv der Handelskammer, 29, H. 1/17, S. 2f.

b) Entwicklung der Spar- und Girokonten bei den sechs Sparkassen des Hamburger Staates

	Spar- bücher	Spargut- haben, 1000 RM	Giro- konten	Girogut- haben, 1000 RM	Einzahlungen Auszahlungen auf Sparguthaben, 1000 RM	
	am Ende des Berichtsjahres				im Berichtsjahr	
1927	294 035	169 770	6 437	5 542	194 445	142 384
1928	499 191	262 888	8 915	8 776	287 231	207 940
1929	614 269	344 676	11 909	10 057	310 192	275 884
1930	679 728	380 977	14 333	16 134	329 188	311 332
1931	683 904	317 368	17 817	18 522	265 289	346 991
1932	695 373	318 081	21 433	17 277	221 485	233 012

c) Die monatlichen Über- bzw. *Unterschüsse* im Sparverkehr

	Hamburger Spark. v. 1827			Neue Sparkasse v. 1864			Sparkasse der «Produktion»		
	1930	1931	1932	1930	1931	1932	1930	1931	1932
	1000 RM								
Jan.	3695	2108	18	2144	6755	173	1278	213	961
Febr.	3551	1021	206	1631	372	216	832	171	667
März	1335	443	1058	1463	457	761	544	144	822
April	2869	2229	299	835	869	310	267	208	761
Mai	3456	265	236	1128	114	6	112	129	1123
Juni	584	4427	1799	225	3209	1110	168	878	1578
Juli	2559	4807	539	672	3436	22	640	1933	1494
Aug.	152	9889	1026	649	4252	339	560	2758	1070
Sept.	430	10661	430	934	4065	33	75	3537	658
Okt.	714	7352	2233	939	3228	68	336	2341	402
Nov.	979	4464	1229	1004	1824	258	86	1915	487
Dez. ¹	4388	1663	5328	2328	1526	4113	397	86	148

1 Einschließlich Zinsen für das ausgehende Jahr.

Quellen: Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 260; 1932/33, S. 145; HVW 1930-1932.

Tab. 34: Entwicklung der Wohlfahrtsunterstützungen in Hamburg

a) Durchschnittlicher Monatsaufwand in den Fürsorgegruppen in RM,
Januar 1930 bis März 1932

		Kriegs- opfer	Klein- rentner	Sozial- rentner	Alu- und Kru- Empfänger	Sonstige Bedürftige	Wohlf.- erwerbs- lose	zusam- men
1930	Januar	32,4	51,5	34,9	30,3	50,3	56,2	46,6
	April	35,0	51,2	34,6	34,1	47,1	63,8	47,6
	Juli	35,3	50,8	34,6	35,0	47,4	61,7	47,5
	Oktober	36,7	52,3	35,8	39,1	50,3	66,2	51,7
1931	Januar	37,4	51,8	35,4	34,2	49,2	64,1	50,5
	April	35,9	51,2	34,0	33,3	49,2	61,8	49,6
	Juli	34,5	48,2	31,4	28,8	47,3	57,6	46,8
	Oktober	31,8	47,8	30,7	29,7	48,4	55,0	46,1
1932	Januar	31,7	45,2	29,2	27,1	46,7	55,5	45,9
	Februar	32,5	43,7	28,1	26,6	45,9	54,8	45,4
	März	30,8	41,8	26,9	23,6	45,4	54,5	44,8

Vgl. Kap. 2, Anm. 148 und Kap. 5, Anm. 16.

Quelle: StAH: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 8.

b) Verhältnis des Gesamteinkommens (Unterstützung + anrechnungsfähiges Nebeneinkommen) Hamburger Wohlfahrtserwerbsloser zum Richtsatz, Anfang 1932 (Stichprobenerhebung)

	wöchentlicher Richtsatz RM	Von 100 Wohlfahrtserwerbslosen hatten ein Einkommen					
		Unter Richt- satz	Richt- satz	bis Richt- satz + 10 %	bis Richt- satz + 25 %	bis Richt- satz + 33 1/3 %	über Richt- satz + 33 1/3 %
Einzelperson	9,00	6,2	24,5	0,8	44,0	14,9	9,6
Einzelpers. mit Kindern	9,00 + 5,00 pro bzw. 3,00 Kind ^o	12,0	8,0	—	40,0	12,0	28,0
Ehepaar ohne Kinder	14,00	4,2	3,7	3,2	27,3	31,0	30,6
Ehepaar mit 1–2 Kindern	19,00–24,00 17,00–20,00 ^o	1,7	2,3	5,9	42,9	28,0	19,2
Ehepaar mit mehr als 2 Kindern	14,00 + 5,00 pro bzw. 3,00 Kind ^o	1,9	1,9	25,0	34,7	28,8	7,7
sämtliche Wohlfahrts- erwerbslosen		4,8	15,2	3,2	41,0	20,7	15,1

^o Der Zuschlag für Kinder unter 15 Jahren betrug 3,00 RM, für Jugendliche 5,00 RM.

Quelle: A. Dohrmann, Die Einkommensverhältnisse der von der Wohlfahrtsbehörde Hamburg laufend unterstützten Parteien im Vergleich zu den Richtsätzen. StAH: Sozialbeh. I, AF 10/17.

c) Vergleich der monatlichen Durchschnittsunterstützungen je Partei in RM

	Hamburg	Hannover	Bremen	Stettin	Altona	Kiel
1. Wohlfahrtserwerbslose						
Jan. 1931	64,0	56,9	55,2	50,7	53,1	45,3
Juli 1931	57,6	53,9	53,3	51,1	59,0	47,5
Nov. 1931	52,4	48,5	47,0	45,8	48,9	42,6
2. Allgemeine Fürsorge						
Jan. 1931	49,2	43,1	50,2	34,8	52,2	33,3
Juli 1931	47,3	41,0	42,5	38,3	58,2	34,0
Nov. 1931	47,1	39,2	37,3	32,3	49,4	35,0
3. Kleinrentner ¹						
Jan. 1931	51,8	50,9	43,7	46,5	40,5	44,0
Juli 1931	48,2	50,6	42,1	45,7	42,1	42,0
Nov. 1931	46,7	46,7	40,9	45,6	33,8	39,3

1 Zum Begriff »Kleinrentner« vgl. Kap. 5, Anm. 16.

Quelle: A. Dohrmann, Richtsätze und Höhe der laufenden Barunterstützung in den nordwestdeutschen Großstädten mit mehr als 200 000 Einwohnern. StAII: Sozialbeh. I, AF 20/10, Bd. 8.

Tab. 35: Entwicklung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung,
15. Okt. 1929–1932

I. Lohnklasse		Arbeitslosenunterstützung				Krisenunterstützung			
		1929	1930	1931	1932	1929	1930	1931	1932
I bis 10 RM wöchentl. Arbeitsverdienst	Männer	197	299	155	239	2	10	30	71
	Frauen	153	121	173	225	1	6	17	52
	<i>wichtl. Unterst. e. Ledigen in RM</i>	6,00	6,00	5,60	5,10	6,00	6,00	5,60	5,10
II über 10–14 RM	Männer	222	246	167	296	21	18	38	102
	Frauen	218	210	386	591	3	25	45	167
	<i>Unterst., RM</i>	7,80	7,80	7,20	6,00	7,80	7,80	7,20	6,00
III über 14–18 RM	Männer	220	341	225	232	44	19	57	102
	Frauen	373	445	366	419	29	52	96	180
	<i>Unterst., RM</i>	8,80	8,80	8,00	7,20	8,80	8,80	8,00	7,20
IV über 18–24 RM	Männer	453	650	570	527	99	95	311	477
	Frauen	1111	1446	1766	1377	138	145	936	1020
	<i>Unterst., RM</i>	9,87	9,87	8,82	8,40	9,87	9,87	8,82	8,40
V über 24–30 RM	Männer	780	1022	865	773	197	166	688	1019
	Frauen	1946	2388	1510	1324	239	437	1184	1758
	<i>Unterst., RM</i>	10,80	10,80	9,45	8,40	10,80	9,87	8,82	8,40
VI über 30–36 RM	Männer	1307	1352	1158	1328	505	645	1658	1676
	Frauen	1570	1900	1212	859	450	1040	563	1574
	<i>Unterst., RM</i>	13,20	13,20	11,55	8,40	13,20	9,87	8,82	8,40
VII über 36–42 RM	Männer	3733	3676	2640	2249	566	1755	3547	4335
	Frauen	704	1225	683	302	159	493	671	853
	<i>Unterst., RM</i>	14,63	14,63	12,68	9,90	13,20	10,80	9,45	9,90
VIII über 42–48 RM	Männer	5088	7057	7585	4940	648	2885	4176	7188
	Frauen	439	378	188	130	42	205	484	295
	<i>Unterst., RM</i>	15,75	15,75	13,50	9,90	14,63	10,80	9,45	9,90
IX über 48–54 RM	Männer	2450	4481	3747	1617	501	1150	4745	5209
	Frauen	211	164	157	55	24	65	249	165
	<i>Unterst., RM</i>	17,85	17,85	15,30	11,70	14,63	13,20	11,55	11,70
X über 54–60 RM	Männer	2627	3612	3989	1063	492	1209	4835	5417
	Frauen	65	91	52	35	24	–	199	93
	<i>Unterst., RM</i>	19,95	19,95	17,10	11,70	15,75	13,20	11,55	11,70
XI über 60 RM	Männer	5165	8674	6125	1796	814	2456	11706	9658
	Frauen	54	100	62	25	39	–	66	76
	<i>Unterst., RM</i>	22,05	22,05	18,90	11,70	15,75	13,20	11,55	11,70

Quellen: Statist. Jb. Hbg. 1929/30, S. 289 f.; 1930/31, S. 276 f.; 1931/32, S. 160 f.; 1932/33, S. 153 f.; RGBI I 1927, S. 199 f., 315.; 1930, S. 463 f.; 1931, S. 294; RAB I 1932, S. 111 f.

Tab. 36: Einkommensentwicklung nach der Steuerstatistik

a) Steuerabzug vom Arbeitslohn

	Pflichtige	Steuerbelastete ¹			Steuerbefreite ²		Unbesteuerter ³ Arbeitnehmer
		Einkommen je Pflichtigen	Steuer ⁴ in 1000 RM	Steuer ⁴ je Pflichtigen	Zahl	Einkommen je Befreiten	
1928	386 444	2177 ⁵	43 960	114	2264	1495 ⁵	198 219
1932	262 547	2393 ⁶	25 159	96	5140	1699 ⁶	311 786
1928 = 100	67,9	-	57,2	84,2	227,0	113,6	157,3

b) Veranlagte Einkommensteuer

Kalender- jahr	Einkünfte aus ... in 1000 RM										
	Land- und Forstwirtschaft	Gewerbe- betrieb	Sonstige selbst. Berufs- tätigkeit	Nichtselb- ständige Arbeit	Kapital- vermögen	Vermietung und Ver- pachtung	Sonstige Einkünfte	Insgesamt	Steuer- pflichtige	Besteuerte ⁷	Festgesetzte Steuer ⁸ in 1000 RM
1927	5551	329 171	36 457	88 255	41 633	14 615	8293	503 074	83 267	75 769	70 778
1928	8271	326 019	39 530	110 735	52 003	28 706	7994	533 380	89 215	81 517	70 911
1929	4915	297 693	39 866	118 482	51 989	26 797	8210	510 948		80 296	65 220
1932 ⁹	63 ¹⁰	117 775	22 426	53 430	39 317	17 530	7967	235 259		51 466	32 077
1928 = 100											
1929	59,4	91,3	100,8	107,0	100,0	93,3	102,7	95,8		98,5	92,5
1932	0,8	36,1	56,7	48,3	75,6	61,1	100,0	44,1		63,1	45,2

1 Bezieher von Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit, die im Jahr ein Bruttoeinkommen von mehr als 1200 RM hatten, aber nach Abzug des steuerfreien Einkommensanteils und vor Abzug der Familienermäßigungen nicht mehr als 8000 RM erhielten.

2 Lohn- und Gehaltsempfänger, deren Arbeitseinkommen die Freigrenze überstieg, die aber wegen der Familienermäßigungen oder Erhöhung des Freibetrags unbesteuert blieben.

3 Arbeitnehmer mit weniger als 1200 RM Gesamteinkommen im Jahr.

4 Steuererstattungen sind nicht berücksichtigt; 1932 einschließlich Ledigenzuschlag.

5 Nach Abzug einer Pauschale von 480 RM für Werbungskosten und Sonderleistungen. Bei Steuerbelasteten mit nicht mehr als 1200 RM Jahreseinkommen wurde der Abzug nicht vorgenommen.

6 Bruttoarbeitslohn ohne jeden Abzug.

7 Personen mit mehr als 1300 RM Jahreseinkommen aus selbständiger Berufstätigkeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstigen wiederkehrenden Bezügen und Leistungsgewinnen; Arbeitnehmer mit mehr als 8000 RM Jahreseinkommen oder Einkommen von mehr als 500 RM, 1932 mehr als 2000 RM, neben ihrem unter dieser Grenze liegenden Arbeitslohn. Die letzteren erscheinen hier nur mit ihrem sonstigen, veranlagten Einkommen.

8 Erstattungen sind nicht berücksichtigt. 1932 einschließlich der Zuschläge für Einkommen über 8000 RM und für Ledige sowie der Krisensteuer der Veranlagten.

9 Für 1930 und 1931 liegen keine Zahlen vor.

10 Landwirtschaftliche Reineinkünfte bis 6000 RM bei einem Gesamteinkommen von maximal 12 000 RM nicht veranlagt.

Quelle: Statist. Jb. Reich 1930, S. 527 f.; 1931, S. 502 f.; 1933, S. 472 f.; 1934, S. 478; 1935, S. 466 f.

Tab. 37: Entwicklung der Tariflöhne in Hamburg 1927–1932

	RM / 1 Std. (bzw. * 1 Woche, bzw. + 1 Tag)							Höchststand = 100		RM			
	1. Juli 1914	10. Jan. 1927	Höchststand seit	Betrag	April 1931	Okt. 1931	15. Sept. 1932	Okt. 1931	Sept. 1932	Lebenshaltungs- index		Reallohn im Ver- gleich zu 1913/14 ¹	
										Okt. 31	Sept. 32	Okt. 31	Sept. 32
a) Gelernte Arbeiter													
Maurer	0,90	1,28	11. 4. 29	1,56	1,56	1,44	1,10	92,3	70,5			1,07	0,93
Schlosser	0,75	0,98	1. 3. 30	1,34	1,34	1,34	1,09 ²	100,0	81,3			0,997	0,92
Klempner, Mechaniker	0,80	1,28	1. 5. 30	1,75	1,75	1,63	1,19	93,1	68,0			1,21	1,01
Metallarb., Werften	–	0,74	7. 1. 29	0,92	0,92	0,92	0,72	100,0	78,3			0,68	0,61
Chemiearbeiter	–	0,865	5. 5. 29	1,105	1,05	1,05	0,90	95,0	81,4			0,78	0,76
Schuhmacher	0,60	0,87	1. 1. 30	1,07	1,07	1,04	0,86	97,2	80,4			0,77	0,73
Bäcker	*36,00	*48,00	1. 4. 29	*60,00	*57,00	*57,00	*48,45	95,0	80,8			*42,42	*41,08
Staatsarbeiter	0,61 ³	0,87	1. 10. 29	1,15	1,15	1,10	0,96	95,7	83,5			0,82	0,81
										134,36	117,93		
b) Ungelernte Arb.													
Bauarbeiter	0,70	1,07	11. 4. 29	1,29	1,29	1,20	0,91	93,0	70,5			0,89	0,77
Metallarb., Werften	0,56	0,59	7. 1. 29	0,76	0,76	0,68	0,58	89,5	76,3			0,51	0,49
Chemiearbeiter	0,50	0,75	5. 5. 29	0,92	0,875	0,875	0,75	95,1	81,5			0,65	0,64
Kaiaarbeiter	+ 5,00	+ 7,60	1. 4. 29	+ 9,20	+ 8,80	+ 8,80	+ 7,60	95,7	82,6			+ 6,55	+ 6,44
Staatsarbeiter	0,47 ³	0,75	1. 10. 29	1,05	1,05	1,01	0,89	96,2	84,8			0,75	0,64

1 Über die Vorbehalte, die bei einem solchen Vergleich nötig sind, siehe Preller, S. 156f. Die Lage der Arbeiter war 1931 und 1932 erheblich ungünstiger, als die Vergleichszahlen erkennen lassen, weil insbesondere die wöchentliche Arbeitszeit vor dem Krieg länger, der Wochenverdienst also größer war und die im Lebenshaltungsindex nicht berücksichtigten Abzüge für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge damals kaum ins Gewicht fielen.

2 Am 15. Sept. 1932 bestand kein Tarif, im Jan. 1932 waren 1,09 RM/Std. vereinbart.

3 Berechnet aus den Bruttowochenlöhnen bei einer Arbeitszeit von 54 Std. pro Woche, nach: Die Tariflöhne im hamburgischen Staat in den Jahren 1914, 1924, 1926, 1927 und 1928, in: HVW 5 (1928), 165f.; Mette/Podeyn, S. 88.

Berechnet nach: Die Entwicklung einiger wichtiger Tariflöhne in Hamburg seit dem 10. Januar 1927, in: HVW 8 (1931), S. 303; Die Bewegung der Tariflöhne in der Stadt Hamburg vom 10. Januar 1927 bis 15. September 1932, in: HVW 9 (1932), S. 142f.; Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 225; 1931/32, S. 147; 1932/33, S. 141.

Tab. 38: Die Tarifgehälter lediger, männlicher kaufmännischer Angestellter in Hamburg 1928–1932

April bzw. Mai	1928	1929	1930	1931	1932 ²	1931	1932
	RM/Monat, seit 1930 Anfangs-/Endgehalt					1930 = 100	
Einzelhandel							
Verkäufer	112,—	123,—	112,—/215,—	112,—/205,—	96,—/175,—	100/95	86/81
1. Verkäufer	128,80	141,45	128,80/247,50	128,80/235,75	110,40/201,25	100/95	86/81
Kontorpersonal bis 25 Jahre ¹	186,—	205,—	217,—/288,—	204,—/270,—	174,—/230,—	94	80
Filialleiter, mittleres Eink.	220,—	250,—	270,—	270,—	216,—	100	80
Lagermeister bis 30 Jahre ¹	242,65	266,80	249,55/331,20	234,60/310,50	200,10/264,50	94	80
Großhandel							
Gruppe I nach 21. Lebensjahr	130,—	130,—	140,—/214,—	133,—/202,—	113,—/171,—	95/94	81/80
Gruppe II nach 21. Lebensjahr	150,—	150,—	161,—/236,—	152,—/223,—	129,—/189,—	94	80
Gruppe III nach 21. Lebensjahr	170,—	170,—	182,—/263,—	171,—/247,—	145,—/209,—	94	80/79
Gruppe IV nach 21. Lebensjahr	205,—	205,—	220,—/321,—	207,—/300,—	176,—/254,—	94/93	80/79
Gruppe IV nach 28. Lebensjahr	300,—	300,—					

1 Die Altersbegrenzung gilt nur für 1928 und 1929.

2 Diese Sätze galten im Mai 1933 unverändert.

Statist. Jb. Reich 1928, S. 373; 1929, S. 268; 1930, S. 310; 1931, S. 297; 1932, S. 287; 1933, S. 287.

Tab. 39: Eingruppierung und Besoldung der hamburgischen Beamten (und Staatsangestellten) 1927–1932

Hbg. Besoldungsordnung v. 5. 10. 1927 (alte Ordnung)	Reichsbesoldungsordnung v. 19. 12. 1927 ¹ Jahresgehalt in RM	Amtsbezeichnung nach der Hamburger Ordnung (Beispiele)	Anzahl % der Beamten am 31. 3. 1930	Mittleres Monatsgehalt (1914: Durchschnittsgehalt) ohne Kinderzuschläge								Entwicklung des Nominal-/Realwerts des Gehalts						
				1914	1. April 1927	15. Dez. 1928	1. Okt. 1931	seit 1. Jan. 1932	1928=100	1914 = 100								
					nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	1931	1932	1927	1928	1931	1932
1 (III) 2300–3150	A 11/12 1500–2200	Amtsgehilfen, Hauswarte	2337 12,9 %	175,-	181,65	123,21	226,67	144,50	200,25	147,78	180,23	143,92	88,3	79,5	70,4	82,6	84,4	82,2
2 (III/IV) 2300–3350	A 10 1600–2400	Betriebsgehilfen, Hausmeister, Justizwachtmeister			187,43	127,13	235,00	149,81	207,75	153,2	186,98	149,31	88,4	79,6	–	–	–	–
3 (IV) 2500–3550	A 9 1700–2600	Assistenten, Krankenträger, Schwimmlehrer		214,-	218,93	148,50	253,33	161,49	224,25	165,50	201,83	161,17	88,5	79,6	69,4	75,5	77,3	75,3
4 (V) 2850–3850	A 8 2000–2700	Assistenten, Werk-, Brücken-, Schleusen-, Lademeister, Wachtmeister, Feuerwehrmänner, Oberpfleger, Erzieher	7127 39,2 %	267,-	238,88	162,03	291,67	185,93	262,08	193,42	235,83	188,32	89,9	80,1	60,7	69,6	72,4	70,5
5 (V/VI) 2900–4400	A 7 2350–3500	Sekretäre, Maschinisten, Schiffsführer		217,-	246,23	167,01	320,83	204,52	280,63	207,10	252,50	201,63	87,5	78,7	77,0	94,2	95,4	92,9
6 (VI) 3300–4500	A 6 / 5 b 2300–3600/ 4200	Sekretäre, Steuerleute, Werkmeister, Oberwachmeister, Schuppenvorsteher, Erziehungsleiter		217,-	281,40	190,87	333,33	212,49	299,17	220,79	269,17	214,94	89,8	80,8	88,0	97,9	101,7	99,1
7 (VI/VII) 3750–5500	A 6 / 5 a / 4 c 2400–3600/ 2800–4200/ 5000	Obersekretäre, Betriebskontrolleure, Obermaschinenisten, Oberwerkmeister, Förster, Kapitäne, Kommissare, Fürsorger		217,-/303,-	359,10	243,57	375,00	239,05	336,25	248,15	302,50	241,56	89,7	80,7	80,4	78,9	81,9	79,7
8 (VII/VIII) 3750–6300		Obersekretäre, Oberfürsorger, Jugendleiter		303,-	370,65	251,40	441,67	281,55	395,58	291,94	355,83	284,14	89,6	80,6	83,0	92,9	96,3	93,7
9 (VII/IX) 3500–6500		Haushaltungslehrer			387,98	263,16	416,67	265,61	351,08	259,10	315,83	252,20	84,3	75,8	–	–	–	–

Hbg. Besol- dungsord- nung v. 5. 10. 1927 (alte Ordnung)	Reichsbesol- dungsord- nung v. 19. 12. 1927' Jahresgehalt in RM	Amtsbezeichnung nach der Hamburger Ordnung (Beispiele)	Anzahl % der Beamten am 31. 3. 1930	Mittleres Monatsgehalt (1914: Durchschnittsgehalt) ohne Kinderzuschläge								Entwicklung des Nominal-/Realwerts des Gehalts						
				1914	1. April 1927		15. Dez. 1928		1. Okt. 1931		seit 1. Jan. 1932		1928=100		1914 = 100			
					nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	1931	1932	1927	1928	1931	1932
10 (VIII) 4200-6600	A 4 c 2800-5000	Inspektoren, Verwalter, Hafenmeister, Oberlotsen, Standesbeamte, Polizei- meister, Verwaltungs- Polizeikommissare	6009 33,1 %	358,-	387,98	263,16	450,00	286,86	403,00	297,41	362,50	289,47	89,6	80,6	73,5	80,1	83,1	80,9
11 (IX) 4800-7000	A 4 a/b 3000/ 4100-5800	Oberinspektoren, Polizei- oberkommissare, Ober- hafenmeister, Lotsen- kapitane		442,-	428,40	290,58	525,00	334,67	469,50	346,49	422,25	337,18	89,4	80,4	65,7	75,1	78,4	76,3
12 (VII/IX) 4200-7600		Lehrer, ehem. Mittelschul- lehrer			387,98	263,16	500,00	318,74	417,83	308,36	375,83	300,11	83,6	75,2	-	-	-	-
13 (VIII/X) 4800-8800		Sonderschul-, Gewerbe-, Fachlehrer			445,73	302,33	583,33	371,86	495,17	365,44	445,29	355,58	84,9	76,3	-	-	-	-
14 (X) 6100-8800	A 3 / 2 d 4800-7000/ 7800	Amtmänner, Polizeihaupt- leute, Standesbeamte, Oberingenieure		615,-	561,23	380,68	625,00	398,42	553,83	408,73	497,96	397,63	88,6	79,7	61,9	64,8	66,5	64,7
15 (-) 4800-9000		Volksschullehrer mit akadem. Ausbildung	988 5,4 %	-	-	600,00	382,48	513,50	378,96	461,75	368,72	85,6	77,0	-	-	-	-	
16 (IX) 6100-10400		Studienräte an Handels- schulen, Seminarlehrer, Oberförster			561,23	380,68	675,00	430,29	579,50	427,67	521,00	416,03	85,9	77,2	-	-	-	-
17 (XI) 7000-10400	A 2 b 7000-9700	Büro-, Verwaltungs- direktoren		717,-	630,53	427,68	708,33	451,54	660,17	487,21	593,42	473,86	93,2	83,8	59,6	63,0	68,0	66,1
18 (X/XI) 6100-11000	A 2 c 4800-8400	Regierungs-, Bau-, Gewerberäte usw., Richter, Staatsanwälte, Abteilungs- ärzte, Kustoden, Konser- vatoren	1496 8,2 %	717,-	607,43	412,01	716,67	456,86	638,17	470,97	573,67	458,09	89,0	80,0	57,5	63,7	65,7	63,9

Hbg. Besoldungsordnung v. 5. 10. 1927 (alte Ordnung) Jahresgehalt in RM	Reichsbesoldungsordnung v. 19. 12. 1927 ¹ Jahresgehalt in RM	Amtsbezeichnung nach der Hamburger Ordnung (Beispiele)	Anzahl % der Beamten am 31. 3. 1930	Mittleres Monatsgehalt (1914: Durchschnittsgehalt) ohne Kinderzuschläge								Entwicklung des Nominal-/Realwerts des Gehalts						
				1914	1. April 1927		15. Dez. 1928		1. Okt. 1931		seit 1. Jan. 1932		1928=100		1914 = 100			
					nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	nomin.	real	1931	1932	1927	1928	1931	1932
19 (X/XII) 6100–11 500	A 2 c 4800–8400	Studienräte, Schulräte, Geistliche, Bauräte, Oberapotheker			630,53	427,68	758,33	483,41	667,50	492,61	600,00	479,12	88,0	79,1	-	-	-	-
20 (B I) 7500–11 500		außerordentl. Professoren			710,85	482,16	791,67	504,67	704,17	519,68	632,92	505,41	88,9	79,9	-	-	-	-
21 (XII) 8000–12 000	A 2 a/b 5400/ 7000–9700	Oberreg.-, Oberbau-, Obergewerberäte usw., Verwaltungsdirektoren (Dir. d. Hauptstaatskasse u. a.), Ltd. Oberärzte		842,-	711,38	482,52	833,33	531,22	740,83	546,73	665,83	531,69	88,9	79,9	57,3	63,1	64,9	63,1
22 (B II) 10 000–14 000		ordentl. Professoren			900,90	611,07	1000,00	637,47	887,50	654,97	797,50	636,83	88,8	79,8	-	-	-	-
23 (XIII) 10 000–15 000	A 1 8400–12 600	Regdirektoren, -gerichts- direktoren, Oberstaats- anwälte, Oberschulräte, Baudirektoren, Ärtzl. Direktoren	214 1,2%	1083,-	953,93	647,04	1000,00	637,47	887,50	654,97	797,50	636,83	88,8	79,8	59,7	58,9	60,5	58,8

1 Die Besoldungsordnungen sind nur mit erheblichen Einschränkungen vergleichbar, da verschiedene Positionen im Reich und in Hamburg unterschiedlich bewertet wurden und zahlreiche Gruppen von Beamten und Angestellten infolge der Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften nur in den Ländern bzw. Gemeinden zu finden sind. Um die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik berücksichtigen zu können (4. Spalte), wurde dennoch versucht, an Hand der Dienstbezeichnungen in den Besoldungsordnungen des Reichs (RGI I, 1927, S. 349 ff., bes. Anlage 1: S. 356–386) und Hamburgs (Hbg. GVOBI 1927, S. 439 ff., bes. S. 442–445 u. Anl. 1: S. 451–461) die entsprechenden Gruppen einander gegenüberzustellen.

Quellen: Statist. Jb. Hbg. 1928/29, S. 219 und 222 f.; 1929/30, S. 240; 1931/32, S. 130 f., 147; Statist. Jb. Reich 1932, S. 476 f.

Tab. 40: Hamburger Lebenshaltungsindices 1928–1933

	Ernährung	Bekleidung	insgesamt
1913/14	100,0	100,0	100,0
Jan. 1928	159,8	186,6	155,8
Jan. 1929	160,8	187,9	157,9
Jan. 1930	153,2	182,8	153,7
Jan. 1931	135,8	151,2	141,7
Sept. 1931	128,9	142,0	135,5
Jan. 1932	119,0	127,8	125,3
Sept. 1932	109,3	114,4	117,9
Jan. 1933	106,0	114,0	116,3

Quelle: Statist. Jb. Hbg. 1931/32, S. 147; 1932/33, S. 141.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivbestände

a) Bundesarchiv Koblenz (BAK)

R 2	Reichsfinanzministerium
R 43 I	Reichskanzlei
R 45 II	Deutsche Volkspartei
R 45 III	DDP/Staatspartei
R 58	Reichssicherheitshauptamt
R 134	Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung und Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern
NS 26	Hauptarchiv der NSDAP
Sammlung	Schumacher
Nachlässe	Bonn Dietrich Dingeldey Erkelenz Heuss Katharina von Kardorff Kastl Koch-Weser Külz Luther Moldenhauer Saemisch Silverberg Stolper

b) Staatsarchiv Hamburg (StAH)

Arbeitsbehörde I
Baudeputation
Bürgerschaft I
Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe (DHSG) II
Finanzdeputation IV
Polizeibehörde I
Senatskanzlei, Personalabteilung I
Senatskanzlei, Plenumsprotokolle
Senatskanzlei, Präsidialabteilung
Senatskommission für die Reichs- und Auswärtigen Angelegenheiten (SKRAA) II
Sozialbehörde I
Staatliche Pressestelle I und II
Steuerverwaltung I
Arbeiterrat
Beamtenrat
Handwerkskammer
Bürgerverein Harvestehude
Familienarchive Bertheau
 Burchard-Motz
 Chapeaurouge
 Merck
 Petersen

c) Staatsarchiv Bremen

Nachlaß Apelt

d) Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem

Rep. 90 Staatsministerium
Nachlaß Pfundtner

e) Archiv der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus

Zeitgeschichtliche Sammlungen
Nachlässe Conn
 Diller
 Krebs
 Krogmann
 Michael

f) Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ)

ED 93 Nachlaß Schäffer

g) Archiv des Vereins für Kommunalwissenschaften, Berlin (AfK)

Deutscher Städtetag (DSt)
Nachlaß Mulert

h) Archiv der Handelskammer Hamburg (AHK)

Plenumsprotokolle
5 Seeschiffahrt
6 Hamburger Hafen
7 Hamburger Kaiangelegenheiten
8 Binnenschiffahrt
12 Industrie und Handwerk
21 Steuern und Stempelwesen
24 Statistik
29 Bank-, Geld-, Kreditverkehr
30 Bildungswesen, kulturelle Angelegenheiten
31 Wohlfahrtspflege
40 Verfassung und Verwaltung des Reichs und der Länder
66 Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenversicherung
76 Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten
77 Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik
78 Exportförderung
102 Detaillistenkammer

i) Archiv der Handwerkskammer Hamburg (AHdK)

j) Archiv des Grundeigentümergevereins

k) Firmen- und Privatarhive

Blohm & Voß
Arnold Otto Meyer: Schriftwechsel Witthoefft
Eric M. Warburg
Gerd Witthoefft

2. *Gedruckte Quellen, Quelleneditionen, Memoiren*

Hamburger Adreßbuch. Jg. 142–148, 1928–1934.

AfA (Hrsg.), Die Angestelltenbewegung 1925 bis 1928. Berlin 1928.

Albertin, Lothar und Konstanze Wegner (Hrsg.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918–1933. Düsseldorf 1980.

- Amtsblatt der Freien und Hansestadt Hamburg. 1919.
- Die Angestellten-Bewegung 1928–1931. Geschichts- und Handbuch der Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik. Hrsg. v. Allg. Freien Angestelltenbund. Berlin 1931.
- Arbeitsmarktanzeiger des Landesarbeitsamts Nordmark. Hamburg 1928–1932.
- Aufhäuser, Siegfried, Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung. Referat, gehalten auf dem 4. AfA-Gewerkschaftskongreß. Leipzig 1931, Berlin 1931.
- Aufstieg oder Niedergang? Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929. Berlin Dezember 1929 (Veröffentlichungen des Reichsverbands der Deutschen Industrie Nr. 49).
- Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Das Deutsche Handwerk. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe: Industrie, Handel und Handwerk (III. Unterausschuß), 8. Arbeitsgruppe (Handwerk). Bd. 1: Generalbericht, Bd. 2: Statistische Grundlagen, Bd. 3: Sonderuntersuchungen über das Bäcker-, Konditor-, Fleischer-, Schuhmacher-, Schneider- und Buchbinderhandwerk. Berlin 1930.
- Ausschußberichte der Hamburger Bürgerschaft aus dem Jahre 1928–1932. Hamburg 1929–1933.
- Stenographische Berichte über die Sitzungen der Bürgerschaft zu Hamburg im Jahre 1918–1920, 1924–1926, 1928–1932. Hamburg o. J.
- Brüning, Heinrich, Memoiren 1918–1934. Stuttgart 1970.
- Hamburgische Bürgerschaft. Verzeichnis der Abgeordneten nach den Wahlen vom 19. Februar 1928. Hamburg o. J.
- vom 27. September 1931. Hamburg o. J.
- V. Bundestag, V. Deutscher Angestelltentag München 1930. Berlin o. J. (Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten/GDA, Schrift Nr. 50).
- Croner, Fritz, Ein Leben in unserer Zeit. Autobiographie. Frankfurt/M., Wien, Zürich 1968.
- [DHV-Erhebung] Die Gehaltslage der Kaufmannsgehilfen. Eine Fragebogenerhebung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Vereins. Hamburg 1931.
- Entwurf des hamburgischen Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928–1932. Epochen der Angestellten-Bewegung 1774–1930. Bearbeitet vom GDA-Archiv. Berlin 1930.
- Feder, Ernst, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1933. Hrsg. v. Cecile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker. Stuttgart 1971.
- Der Finanzausgleich im Deutschen Reich. Tl. 1: Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Bearbeitet im Statistischen Reichsamte. Berlin 1931 (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 16).
- Die deutsche Finanzwirtschaft vor und nach dem Kriege. Nach den Hauptergebnissen der Reichsfinanzstatistik bearbeitet im Statistischen Reichsamte. Berlin 1930 (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 14).
- [GDA-Erhebung] Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten. Ergebnisse und Erkenntnisse aus der großen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Berlin 1931.

- Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt. Hamburg. Jg. 1926, 1928–1932.
 Gessler, Otto, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrsg. v. Kurt Sendtner.
 Stuttgart 1958.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Jahrbuch 1928–1931. Berlin 1929–
 1932.
- Hahn, L. Albert, Fünfzig Jahre zwischen Inflation und Deflation. Tübingen 1963.
 ders., Kredit und Krise. Ein Vortrag über Aufgaben und Grenzen der monetären
 Konjunkturpolitik. Tübingen 1931.
- Statistisches Handbuch von Deutschland 1928–1944. Hrsg. vom Länderrat des
 Amerikanischen Besatzungsgebiets. München 1949.
- Handelskammer Hamburg, Bericht über das Jahr 1927–1932. Erstattet der Ver-
 sammlung »Eines Ehrbaren Kaufmanns« am 31. Dezember. Hamburg 1928–
 1933.
- Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband im Jahre 1928–1931. Rechen-
 schaftsbericht, erstattet von seiner Verwaltung. Hamburg 1929–1932.
- Handwerkerenquête s. Ausschuß zur Untersuchung usw.
- Helfferich, Emil, Ein Leben. Bd. 4. Jever 1964.
- Horkenbach, Cuno (Hrsg.), Das deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin o. J.
 (1931).
- ders., Das deutsche Reich 1931. Berlin o. J. (1932).
- Jacobsen, Hans-Adolf und Werner Jochmann (Hrsgg.), Ausgewählte Dokumente
 zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945. Bd. 1–2 und Kommentar-
 band. Bielefeld 1961.
- Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jg. 1928–1931. Berlin
 1929–1932.
- Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg. Hrsg. vom Statisti-
 schen Landesamt. Jg. 1920, 1924–1925, 1926/27–1933/34. Hamburg 1921, 1925–
 1934.
- Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg 1933/34, Nachtrag:
 Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung in Hamburg am 16. Juni 1933. Hamburg
 1934.
- Jahrbuch des Grundeigentümergevereins in Hamburg 1928. Hamburg 1928.
- Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt.
 Jg. 46–55. Berlin 1927–1936.
- Statistisches Jahrbuch deutscher Städte. In Verbindung mit seinen Kollegen hrsg. v.
 M(oritz) Neefe. Jg. 23–28. Leipzig (später Jena) 1928–1933.
- Jahresbericht (seit 1927: Jahrbuch) des Arbeiterrats Groß-Hamburg über das Jahr
 1923/24 ff. Hamburg 1925 ff.
- Jahresbericht des Arbeitgeber-Verbandes Unterelbe und des Arbeitgeber-Verbandes
 Hamburg-Altona e. V. für das Geschäftsjahr 1928–1932. Hamburg 1929–1933.
- Jahresbericht der Bezirksverwaltung Groß-Hamburg des Gesamtverbandes der Ar-
 beitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs.
 1929–1932. Hamburg 1930–1933.
- Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbehörden für die Jahre 1923
 und 1924, 1925–1930, 1931 und 1932. Bd. 3, Tl. 8: Hamburg. Berlin 1925–1933.
- Jahrhundertfeier des Grundeigentümergevereins in Hamburg 1832–1932. Festschrift.
 Hamburg 1932.
- Jochmann, Werner (Hrsg.), Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Ham-
 burger Nationalklub von 1919. Frankfurt/M. 1960.

- ders., Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente. Frankfurt/M. 1963.
- Keil, Wilhelm, Erlebnisse eines Sozialdemokraten. Bd. 2. Stuttgart 1948.
- Krebs, Albert, Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959.
- Lautenbach, Wilhelm, Zins, Kredit und Produktion. Hrsg. von Wolfgang Stützel. Tübingen 1952.
- Lippmann, Leo, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1964.
- Lüth, Erich und Hans-Dieter Loose (Hrsgg.), Bürgermeister Carl Petersen. 1868–1933. Hamburg 1971.
- Luther, Hans, Vor dem Abgrund. 1930–1933. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten. Berlin 1964.
- Mariaux, Franz (Hrsg.), Paul Silverberg. Reden und Schriften. Köln 1951.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Hamburg, Geschäftsbericht 1928–1931. Hamburg 1929–1932.
- Mette, Alfred und Hans Podeyn, Das politische Gesicht Hamburgs. Eine vergleichende Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des hamburgischen Staates, getrennt nach Zwecken in den Rechnungsjahren 1913, 1924 bis 1931. Bearbeitet im Auftrage des ständigen Haushaltsausschusses der Bürgerschaft. Hamburg 1931.
- Statistische Mitteilungen über den hamburgischen Staat.
1. Sonderheft: Die Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1910. Hamburg 1910.
 3. Sonderheft: Die Ergebnisse der Wahlen zur hamburgischen Bürgerschaft im Jahre 1913. Hamburg 1913.
- Nr. 7: Die Wahlen für die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung im 37. Wahlkreise am 19. Januar 1919. Hamburg 1919.
- Nr. 8: Die Neuwahl der hamburgischen Bürgerschaft am 16. März 1919. Hamburg 1919.
- Nr. 10: Die Reichstagswahl am 6. Juni 1920 im 15. Wahlkreis (Hamburg). Hamburg 1920.
- Nr. 11: Die Bürgerschaftswahl am 20. Februar 1921. Hamburg 1921.
- Nr. 15: Die Bürgerschaftswahl am 26. Oktober 1924. Hamburg 1924.
- Nr. 22: Die Bürgerschaftswahl am 19. Februar 1928. Hamburg 1928.
- Nr. 23: Die Reichstagswahl am 20. Mai 1928. Hamburg 1928.
- Nr. 25: Die Reichstagswahl am 14. September 1930. Hamburg 1930.
- Nr. 27: Die Bürgerschaftswahl am 27. September 1931. Hamburg 1931.
- Morsey, Rudolf (Hrsg.), Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933. Mainz 1969.
- Ortsausschuß Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bericht über das Geschäftsjahr 1928–1931. Hamburg 1929–1932.
- Partei-Statistik. Stand: 1935, ohne Saargebiet. Hrsg.: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP. Bd. 1: Parteimitglieder.
- Sozialdemokratische Partei. Bezirksverband Hamburg-Nordwest. Tätigkeitsbericht 1927/28, 1929/30. Hamburg 1929, 1931.

- Sozialdemokratische Partei in Hamburg. Jahresbericht der Landesorganisation und der drei sozialdemokratischen Vereine für das Geschäftsjahr 1912/13. Hamburg 1913.
- für das Geschäftsjahr 1913/14. Hamburg 1914.
- Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingel. von Gerhard Schulz, bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking. Bd. 1–2. Düsseldorf 1980.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917. Berlin 1917.
- abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920. Berlin 1920.
- Protokoll des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig 1931, vom 31. Mai bis 5. Juni im Volkshaus. Berlin 1931.
- Reichsarbeitsblatt. Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums usw. Tl. I–II. Berlin 1927–1932.
- Reichsgesetzblatt. Hrsg. v. Reichsministerium des Innern. Tl. I. Berlin 1928–1932.
- Reichszentrale für Heimatdienst, Landesabteilung Hamburg-Lübeck (Hrsg.), Die wirtschaftliche Lage Hamburgs unter besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen des Krieges und des Vertrages von Versailles. Mit zahlreichen statistischen Angaben. Hamburg 1921.
- Schwarzschild, Leopold, Die letzten Jahre vor Hitler. Aus dem «Tagebuch» 1929–1933. Hrsg. von Valerie Schwarzschild. Hamburg 1966.
- Der Schwindel von der Einheitsfront. Die Hamburger Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen SPD und KPD. Stenographischer Bericht. o. O. u. J.
- Spengler, Oswald, Briefe 1913–1963. In Zusammenarbeit mit Manfred Schröter hrsg. von Anton M. Koktanek. München 1963.
- Staat und NSDAP 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingel. von Gerhard Schulz, bearb. v. Ilse Maurer und Udo Wengst. Düsseldorf 1977.
- Staatshaushaltsabrechnung über das Rechnungsjahr 1928–1932. Ende März 1930–1934.
- Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 402: Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung des Deutschen Reichs. T. 1–3. Berlin 1928.
- Bd. 404: Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen. Der Norden und Westen Deutschlands. Berlin 1928.
- Bd. 408: Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes. Textliche Darstellung der Ergebnisse. Berlin 1931.
- Bd. 413: Gewerbliche Betriebszählung. Die gewerblichen Betriebe und Unternehmungen im Deutschen Reich. Berlin 1930.
- Bd. 417: Gewerbliche Betriebszählung. Die gewerblichen Niederlassungen und die technischen Betriebseinheiten in den Ländern und Landesteilen. Süddeutschland und Hessen. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1929.
- Bd. 418: Gewerbliche Betriebszählung. Das Gewerbe im Deutschen Reich, Textband. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1930.
- Statistik des Hamburgischen Staates. Hrsg. vom Statistischen Landesamt.
- H. 33: Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, 2. Tl.: Die Berufszählung. Hamburg 1928.
- H. 34: Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925, 3. Tl.: Die gewerbliche Betriebszählung. Hamburg 1928.

- Die Steuerkraft der Finanzamtsbezirke. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1929 (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 7).
- Steuerverteilung und Steuereinnahmen im Deutschen Reich 1928/29 bis 1930/31. Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1931 (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs Nr. 19).
- Stolten, Otto, Heinrich Stubbe, Emil Krause und Max Leuteritz, Der Kampf der Sozialdemokratie um das Rathaus in Hamburg. Hamburg 1927.
- Thape, Ernst, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten. Hannover 1969.
- Timpke, Henning (Hrsg.), Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Frankfurt/M. 1964.
- Hamburger Übersee-Jahrbuch. Hrsg. (ab Jg. 1924: in Verbindung mit dem Überseeclub Hamburg) von Friedrich Stichert. Jg. 1922, 1924, 1925, 1927, 1929. Hamburg o. J.
- Sozialdemokratischer Verein für das Hamburgische Staatsgebiet. Bericht der Landesorganisation für die Geschäftsjahre 1914 bis 1919, 1921 bis 1924, 1927/28. Hamburg 1920, 1925, 1929.
- Verhandlungen zwischen Senat und Bürgerschaft im Jahre 1924, 1927–1932. Hamburg 1925, 1928–1933.
- Verwaltungsaufbau, Steuerverteilung und Lastenverteilung im Deutschen Reich. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin 1929 (Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reichs. Nr. 6).
- Vogt, Martin (Bearb.), Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930. Bd. 1–2. Boppard 1970 (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik).
- Warburg, Max M., Aus meinen Aufzeichnungen. Privatdruck 1952.
- Weber, Hermann (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915–1945. 3. Aufl. Köln 1973.

3. Zeitschriften und Zeitungen

- Der Angestellte im Behördendienst. Hrsg. v. Gewerkschaftsbund der Angestellten. Reichsfachgruppe Behörden und öffentlich-rechtliche Betriebe. Jg. 10–12: 1930–1932.
- Der Freie Angestellte. Zeitschrift des Zentralverbandes der Angestellten. Berlin Jg. 32–36: 1930–1932.
- Hamburger Anzeiger 1928–1931.
- Der Norddeutsche/Westdeutsche Bankbeamte. Vereinigtes Gaublatt für den Gau Norddeutschland und den Gau Rheinland und Westfalen, Deutscher Bankbeamten-Verein. Hamburg Jg. 13–15: 1930–1932.
- Hamburgische Beamtenzeitung. Hrsg. v. Verein Hamburgischer Staatsbeamten. Hamburg Jg. 31–34: 1930–1933.
- Deutscher Bürger. Zeitschrift des Bürgerbundes für Hamburg, Altona, Wandsbek e. V. Landesbürgerrat Hamburg und Nordmark. Hamburg 1929–1931.
- Hamburger Echo 1928–1931.

- Der Einzelhandel. Amtliches Organ der Detaillistenkammer Hamburg. Hamburg Jg. 10-15: 1928-1933.
- GDA. Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten. Berlin 1928-1932.
- Der GDA-Führer [vertraul. Mitteilungsblatt für die Mitarbeiter]. o. O. 1930-1932.
- Die freie Gewerkschaft. Offizielles Mitteilungsblatt des ADGB, Ortsausschuß Groß-Hamburg. [Wöchentliche] Sonderbeilage des Hamburger Echos. Hamburg Jg. 7-9: 1928-1930.
- Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin Jg. 39-42: 1929-1932.
- Der Handelsstand. Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) Ortsgruppe Groß-Hamburg. Hamburg Jg. 29-33: 1928-1932.
- Deutsche Handelswacht. Zeitschrift des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Gewerkschaft der deutschen Kaufmannsgehilfen. Hamburg Jg. 35-39: 1928-1932.
- Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst. Hrsg. v. Friedr. Naumann. Berlin Jg. 16-25: 1910-1919.
- Hamburger Industrie- und Gewerbe-Zeitung. Mitteilungsblatt der Hamburgischen Gewerbekammer. Zeitschrift für Industrie, Handwerk und Gewerbe. Hamburg Jg. 5-10: 1928-1933.
- Materialblätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Moderne Zeitschrift für freiheitliche Angestellten-Politik (ab 1930: Magazin der deutschen Angestellten). Hrsg. v. Gewerkschaftsbund der Angestellten. o. O. Jg. 4-7: 1929-1932.
- Mitteilungen der Arbeitgeberverbände Unterelbe und Hamburg-Altona e. V. und der ihnen angeschlossenen Verbände. Hamburg Jg. 4-8: 1928-1932.
- Mitteilungen der Handelskammer zu Hamburg. Hamburg 1928-1932.
- Hamburger Nachrichten 1928-1931.
- Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Jg. 9-13: 1928-1932.
- Nordwacht. Monatsschrift des Gaues Nordmark im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband. Ausg. A. Hamburg 1928-1932.
- Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege. Hrsg. v. Ludwig Heyde. Jena Jg. 37-41: 1928-1932.
- Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft. Monatsschrift des Statistischen Landesamtes. Hamburg Jg. 5-12: 1928-1935.
- Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs. Berlin Jg. 37-41: 1928-1932.
- Der Vorkämpfer. Zeitschrift für die Mitarbeiter des GDA. 1931-1932.
- Weg der Wirtschaft. Wirtschaftspolitische Blätter des AfA-Bundes. Hrsg. von Otto Suhr. o. O. Jg. 3-7: 1928-1932.
- Wirtschaft und Statistik. Hrsg. v. Statist. Reichsamt. Berlin Jg. 8-12: 1928-1932.
- Wirtschaftsdienst. Weltwirtschaftliche Nachrichten. Hrsg. vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Hamburg Jg. 5, 12-18: 1920, 1927-1933.

Wohlfahrtswoche. Zeitschrift für Wohlfahrtskunde, Wohlfahrtspflege und Wohlfahrtspolitik. Amtliches Organ des Wohlfahrtsamtes und des Kriegsfürsorgeamtes der Hauptstadt Hannover Jg. 3-8: 1928-1933.

4. Darstellungen

(Verzeichnet ist nur die in den Anmerkungen zitierte Literatur)

- Albers, Willi, Finanzpolitik in der Depression und in der Vollbeschäftigung. In: *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, S. 331-365.
- Albertin, Lothar, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. Düsseldorf 1972.
- Allen, William Sheridan, »Das haben wir nicht gewollt!«. Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935. Gütersloh 1965.
- Angröss, Werner T., Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923. Düsseldorf 1963.
- Asmussen, Holger Christian, Die wirtschaftliche und politische Entwicklung in den Stadtkreisen Kiel und Neumünster 1929-1933, nebst einer Untersuchung über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Stadt Flensburg. Phil. Diss. Kiel 1973.
- Ausch, Karl, Als die Banken fielen. Zur Soziologie der politischen Korruption. Wien, Frankfurt, Zürich 1968.
- Baade, Fritz, Der Einfluß der Wirtschaftsforschung auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland in den letzten 53 Jahren. In: *Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zur politischen Wirtschaftslehre. Festgabe für Gert von Eynern*. Hrsg. von Carl Böhrer und Dieter Grosser. Berlin 1967, S. 317-340.
- Bahne, Siegfried, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932-1935. Frankfurt/M., New York 1976 (bearbeitete Fassung des Beitrags in: Matthias/Morsey, *Ende der Parteien*, 1960).
- Baumgarten, Dietrich, Deutsche Finanzpolitik 1924-1928. Diss. jur. Freiburg 1965.
- Becker, Josef, Heinrich Brüning in den Krisenjahren der Weimarer Republik. In: *GWU* 17 (1966), S. 201-219.
- Behrens, Reinhard, Die Deutschnationalen in Hamburg. Diss. Hamburg 1973.
- Bennecke, Heinrich, Wirtschaftliche Depression und politischer Radikalismus. Die Lehre von Weimar. München 1968.
- ders., Hitler und die SA. München, Wien 1962.
- Benoist-Méchin, J., Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946. Bd. 2: Jahre der Zwietracht 1919-1925. Oldenburg, Hamburg 1965.
- Berghahn, Volker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935. Düsseldorf 1966.
- Besson, Waldemar, Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928-1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.
- Bieber, Hans-Joachim, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920. Bd. 1-2. Hamburg 1981.
- Blaich, Fritz, Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise 1929-1932. Dargestellt am Beispiel der Stadt Ludwigshafen am Rhein. In: *Archiv für Kommunalwissenschaften* 9 (1970), S. 92-107.
- Blecke, Otto, Der Aufbau der hamburgischen Staatsverwaltung im allgemeinen. Diss. jur. Hamburg 1927.

- Böhnke, Wilfried, Die NSDAP im Ruhrgebiet, 1920–1933. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Bolland, Jürgen, Die hamburgische Bürgerschaft in alter und neuer Zeit. Aus Anlaß des 100jährigen Jubiläums der gewählten Bürgerschaft in ihrem Auftrage verfaßt. Hamburg 1959.
- Bondi, Gerhard: Die Weltwirtschaftskrise im Spiegel westdeutscher Geschichtsschreibung. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, Teil 2, S. 11–25.
- Borchardt, Knut, Zur Frage der währungspolitischen Optionen Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise. In: Theorie und Politik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Hans Möller zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Knut Borchardt und Franz Holzheu. Stuttgart, New York 1980, S. 165–181.
- ders., Wirtschaftliche Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik. In: Erdmann/Schulze, S. 211–249.
- ders., Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. In: Stürmer, Weimarer Republik, S. 318–339.
- Born, Karl Erich, Die Deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik. München 1967.
- ders., Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1977.
- Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. 5. Aufl. Villingen 1971.
- ders., Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln, Berlin 1969.
- ders., Parteienstaat, Präsidialsystem, Notstand. Zum Problem der Weimarer Staatskrise. In: Politische Vierteljahresschrift 3 (1962), S. 212–224.
- ders., Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik. In: VfZ 19 (1971), S. 113–123.
- Bracher, Karl-Dietrich, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933–1934. 2. Aufl. Köln, Opladen 1962.
- Brügelmann, Hermann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e. V. von 1925–1935. Tübingen 1956.
- Buchheim, Karl, Heinrich Brüning und das Ende der Weimarer Republik. In: Hochland 58 (1965/66), S. 501–512.
- Bünemann, Richard, Hamburg in der deutschen Revolution 1918/19. Phil. Diss. Hamburg 1951 (masch.).
- Büttner, Ursula, Hamburg in der Großen Depression. Wirtschaftsentwicklung und Finanzpolitik 1928–1931. Phil. Diss. Hamburg 1979.
- dies., Vereinigte Liberale und Deutsche Demokraten in Hamburg. 1906–1930. In: Zs. des Vereins für Hamburgische Geschichte 1977, S. 1–34.
- Claussen, Carsten Peter (Hrsg.), Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht. Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag am 11. April 1966. Berlin o. J. 1966.
- Comfort, Richard A., Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic. Stanford 1966.
- Conze, Werner, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz. In: HZ 214 (1972), S. 310–334.
- ders., Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1929–1933. In: Conze/Raupach (Hrsgg.), S. 176–252.
- ders., Die Krise des Parteienstaates in Deutschland. In: HZ 178 (1954), S. 47ff.

- ders., Brüning's Politik unter dem Druck der großen Krise. In: HZ 199 (1964), S. 529–550.
- ders., Die Regierung Brüning. In: Hermens/Schieder, S. 233–248.
- ders., Die Reichsverfassungsreform als Ziel der Politik Brüning's. In: Stürmer, Weimarer Republik, S. 340–348.
- Conze, Werner und Hans Raupach (Hrsgg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reichs. 1929/30. Stuttgart 1967.
- Croner, Fritz, Die Angestelltenbewegung nach der Währungsstabilisierung. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 60 (1928), S. 103–146.
- Czichon, Eberhard, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik. Köln 1967.
- Dempwolff, U., Die Wirtschaft der Stadt Hannover vom Ende der Inflation bis zum Ausklang der Weltwirtschaftskrise (1923–1933). Diss. 1970.
- Dieckmann, Hildemarie, Johannes Popitz. Entwicklung und Wirksamkeit in der Zeit der Weimarer Republik. Berlin-Dahlem 1960.
- Dietrich-Troeltsch, Hermann und Gisela Upmeyer, Die kommunale Schulaufnahme. In: Hansmeyer (Hrsg.), S. 160–219.
- Döhn, Lothar, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim am Glan 1970.
- Duhnke, Horst, Die KPD von 1933 bis 1945. Köln 1972.
- Eckardt, Hans Wilhelm, Privilegien und Parlament. Die Auseinandersetzungen um das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Hamburg. Hamburg 1980.
- Ehni, Hans-Peter, Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928–1932. Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik. Köln, Frankfurt/M. 1977.
- Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin, Frankfurt/M. 1962.
- Erdmann, Karl Dietrich, Der Erste Weltkrieg und die Weimarer Republik. In: Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte. 9. Aufl. Hrsg. von Herbert Grundmann. Bd. 4/1. Stuttgart 1973.
- Erdmann, Karl Dietrich und Hagen Schulze (Hrsgg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute. Kölner Kolloquium der Fritz Thyssen Stiftung. Juni 1979. Düsseldorf 1980.
- Eschenburg, Theodor, Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform. München 1973.
- Eyck, Erich, Geschichte der Weimarer Republik. Bd. 1: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. 4. Aufl. Erlenbach-Zürich, Stuttgart 1962.
- Fischer, Wolfram, Die Weimarer Republik unter den weltwirtschaftlichen Bedingungen der Zwischenkriegszeit. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 26–50.
- ders., Deutsche Wirtschaftspolitik 1918–1945. 3. verb. Auflage mit einem Tabellenanhang von Peter Czada. Opladen 1968.
- Fischer-Dieskau, Joachim, Wohnungsbau und Konjunkturhythmus. In: Claussen, S. 149–165.
- Flechtheim, Ossip K., Die kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik. Offenbach 1948.

- Först, Walter, Robert Lehr als Oberbürgermeister. Ein Kapitel deutscher Kommunalpolitik. Düsseldorf, Wien 1962.
- Fromm, Erich, Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung. Bearbeitet und hrsg. von Wolfgang Bonß. Stuttgart 1980.
- Fromme, Jürgen, Zwischen Anpassung und Bewahrung. Das »Hamburger Fremdenblatt« im Übergang von der Weimarer Republik zum »Dritten Reich«. Eine politisch-historische Analyse. Hamburg 1981.
- Garvy, George, Keynes and the economic activists of Pre-Hitler Germany. In: Journal of Political Economy 83 (1975), S. 391-404.
- Gates, Robert Arthur, The Economic Policies of the German Free Trade Unions and the German Social Democratic Party 1930-1933. Phil. Diss. Univ. of Oregon 1970.
- Geiger, Theodor, Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit 7 (1930), S. 637-654.
- ders., Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Stuttgart 1932.
- Gessner, Dieter, Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland 1930 bis 1933. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik. Düsseldorf 1977.
- Gratenau, Rudolf, Die SPD in den Hamburger Verfassungsberatungen von 1919-1921. Masch. Staatsexamensarbeit Hamburg 1974.
- Grill, Johnpeter Horst, The Nazi Party in Baden, 1920-1945. Phil. Diss. Michigan 1975.
- Groh, Dieter, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1973.
- Grotkopp, Wilhelm, Die große Krise. Lehren aus der Überwindung der Wirtschaftskrise 1929/32. Düsseldorf 1954.
- Habel, Bernd, Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit. Eine Untersuchung zum Problem Reich-Länder, gezeigt am Beispiele Bayerns unter dem Kabinette Held (1924-1933). Phil. Diss. München 1968.
- Haferkorn, Katja, Die bürgerliche westdeutsche Historiographie über das Ende der Weimarer Republik. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 18 (1970), S. 1003-1022.
- Haller, Heinz, Bemerkungen zur sogenannten Parallelpolitik der öffentlichen Finanzwirtschaft. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Bd. 180 (1967), S. 164-178.
- Hamann, Kurt und Hermann Habicht, Zur Geschichte der deutschen Exportkreditversicherung. In: Claussen, S. 197-207.
- Hambrecht, Rainer, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925-1933). Nürnberg 1976.
- Hamburger, Ernest, Betrachtungen über Heinrich Brüning's Memoiren. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung. H. 15, 1972, S. 18-39.
- Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893-1933. Frankfurt/M. 1967.
- Hanschel, Hermann, Oberbürgermeister Hermann Luppe. Nürnberger Kommunalpolitik in der Weimarer Republik. Nürnberg 1977.
- Hansmeyer, Karl Heinrich (Hrsg.), Kommunale Finanzpolitik in der Weimarer Re-

- publik. Mit Beiträgen vom Hrsg., von Gisela Upmeier, Josef Wysocki und Hermann Dietrich-Troeltsch. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973.
- Hardach, Gerd, Die beiden Reichsbanken. Internationales Währungssystem und nationale Währungspolitik 1924–1931. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 375–386.
- ders., Reichsbankpolitik und wirtschaftliche Entwicklung 1924–1931. In: Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Jg. 90 (1970), S. 563–593.
- ders., Währungskrise 1931: Das Ende des Goldstandards in Deutschland. In: Winkel, S. 121–133.
- ders., Der erste Weltkrieg 1914–1918. München 1973.
- ders., Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931. Berlin 1976.
- Hardach, Karl, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Göttingen 1976.
- Harms, Bernhard, Die Krisis der Weltwirtschaft. Vortrag, gehalten am 19. August 1922 auf dem Weltwirtschafts-Kongreß der Übersee-Woche zu Hamburg. In: B. H., Vom Wirtschaftskrieg zur Weltwirtschaftskonferenz, S. 171–230.
- ders. (Hrsg.), Strukturwandlungen der Deutschen Volkswirtschaft. Vorlesungen, gehalten während des Herbstlehrgangs 1927 der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung. Bd. 1–2. Berlin 1928.
- ders., Strukturwandlungen der Weltwirtschaft. Vortrag, gehalten am 23. September 1926 auf der Generalversammlung des »Vereins für Sozialpolitik«. In: B. H., Vom Wirtschaftskrieg zur Weltwirtschaftskonferenz, S. 245–315.
- ders., Vom Wirtschaftskrieg zur Weltwirtschaftskonferenz. Weltwirtschaftliche Gestaltungstendenzen im Spiegel gesammelter Vorträge. Jena 1927.
- Hartenstein, Wolfgang, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920. Düsseldorf 1962.
- Hartwich, Hans-Hermann, Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik. Berlin 1967.
- Heberle, Rudolf, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart 1963.
- Heiber, Helmut, Die Republik von Weimar. München 1966.
- Helbich, Wolfgang J., Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932. Berlin-Dahlem 1962.
- Henning, Friedrich-Wilhelm, Die Liquidität der Banken in der Weimarer Republik. In: Winkel, S. 45–92.
- ders. (Hrsg.), Probleme der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Berlin 1976.
- ders., Finanzpolitische Vorstellungen und Maßnahmen Konrad Adenauers während seiner Kölner Zeit (1906–1933). In: Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Hrsg. von Hugo Stehkämper. Köln 1976.
- Hentschel, Volker, Weimars letzte Monate. Düsseldorf 1978.
- Hermens, Ferdinand A., Das Kabinett Brüning und die Depression. In: Hermens/Schieder, S. 287–316.
- Hermens, Ferdinand A. und Theodor Schieder (Hrsgg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich Brüning. Berlin 1967.
- Heupel, Eberhard, Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932/33. Frankfurt/M., New York 1981.

- Hoffmann, Walther G., *Das Wachstum der Deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*. Berlin, Heidelberg, New York 1965.
- Hofmann, Wolfgang, *Städtetag und Verfassungsordnung. Position und Politik der Hauptgeschäftsführer eines kommunalen Spitzenverbandes*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966.
- Horn, Heinz, *Versuch einer empirischen Analyse der staatlichen Investitionspolitik in Deutschland 1925–1932 und von 1950–1960. Unter besonderer Berücksichtigung der konjunkturellen Auswirkungen*. Diss. Münster 1964.
- Hornschu, Hans-Erich, *Die Entwicklung des Finanzausgleichs im Deutschen Reich und in Preußen von 1919–1944*. Kiel 1950.
- Hüllbusch, Ursula, *Gewerkschaften und Staat. Ein Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaften zu Anfang und zu Ende der Weimarer Republik*. Diss. Heidelberg 1958.
- Irmeler, Heinrich, *Bankenkrise und Vollbeschäftigungspolitik (1931–1936)*. In: *Währung und Wirtschaft*, S. 283–329.
- Jantzen, Günther, *Hamburgs Ausfuhrhandel im 20. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte eines deutschen Kaufmannsstandes und des Vereins Hamburger Exporteure 1903–1953*. Hamburg 1953.
- Jasper, Gotthard (Hrsg.), *Von Weimar zu Hitler. 1930–1933*. Köln, Berlin 1968.
- Jochmann, Werner, *Brünings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik*. In: *Stegmann/Wendt/Witt*, S. 97–112.
- Johe, Werner, *Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg*. Frankfurt/M. 1967.
- Jonas, Erasmus, *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung*. Düsseldorf 1965.
- Jones, Larry E., *The Crisis of White-Collar Interest Politics: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband and Deutsche Volkspartei in the World Economic Crisis*. In: *Mommsen/Petzina/Weisbrod*, S. 811–823.
- ders., *Between the Fronts: The German National Union of Commercial Employees from 1928 to 1933*. In: *Journal of Modern History* 1976, S. 462–482.
- Kadritzke, Ulf, *Angestellte – Die geduldgigen Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten*. Frankfurt/M. 1975.
- Kaltefleiter, Werner, *Wirtschaft und Politik in Deutschland. Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*. 2. erw. Aufl. Köln, Opladen 1968.
- Kardorff, Siegfried v., Hans Schäffer, Götz Briefs und Hans Kroner (Hrsgg.), *Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Julius Wolf zum 20. April 1932*. Stuttgart 1932.
- Keese, Dietmar, *Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925–1936*. In: *Conze/Raupach*, S. 35–81.
- Kersten, Dietrich, *Die Kriegsziele der Hamburger Kaufmannschaft im Ersten Weltkrieg. Ein Beitrag zur Frage der Kriegszielpolitik im kaiserlichen Deutschland 1914–1918*. Phil. Diss. Hamburg 1963.
- Kindleberger, Charles P., *Die Weltwirtschaftskrise. 1929–1931*. München 1973.
- Klöter, Heidegret, *Der Anteil der Länder an der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik 1919–1933*. Diss. phil. Bonn 1967.
- Kocka, Jürgen, *Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933*. In: *Mommsen/Petzina/Weisbrod*, S. 792–811.

- Köhler, Henning, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparationen in der Schlußphase der Regierung Brüning. In: VfZ 17 (1969), S. 276–307.
- Koops, Tilman P., Zielkonflikte der Agrar- und Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 852–868.
- Korsch, Andreas, Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: Der Keynesianismus I. Theorie und Praxis Keynesianischer Wirtschaftspolitik. Entwicklung und Stand der Diskussion. Hrsg. v. G. Bombach, H. J. Ramser, M. Timmermann und W. Wittmann. Berlin, Heidelberg, New York 1976, S. 11–132.
- Krohn, Claus-Dieter, Zur Krisenendebatte der bürgerlichen Nationalökonomie in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise 1929–1933. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 10. Frankfurt/M. 1977, S. 51–88.
- ders., Stabilisierung und ökonomische Interessen. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923–1927. Düsseldorf 1974.
- Krohne, Rudolf, Der Zusammenbruch und der Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt. In: Harms, Strukturwandlungen Volkswirtschaft, Bd. 2, S. 218–249.
- Kroll, Gerhard, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur. Berlin 1958.
- Kros, Franz Josef, Heinrich Brüning und der Niedergang der Weimarer Republik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 18. 4. 1970, S. 19–31.
- Kuczynsky, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland. Bd. 1. Berlin 1947.
- Laufenberg, Heinrich, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend. Bd. 2. Hamburg 1931.
- Lepsius, M. Rainer, From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany. In: Juan Linz und Alfred Stepan (Hrsgg.), The Breakdown of Democratic Regimes. Baltimore, London 1978. Tl. 2, S. 34–79.
- Levy, Hermann, Der Weltmarkt 1913 und heute. Leipzig, Berlin 1926.
- Lindemann, Karl, Die deutsche Seeschifffahrt im Wandel der Nachkriegsjahre bis 1936. In: Probleme des Deutschen Wirtschaftslebens, S. 405–420.
- Lohalm, Uwe, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923. Hamburg 1970.
- Loose, Hans-Dieter, Abwehr und Resonanz des Kapp-Putsches in Hamburg. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte Bd. 56, 1970, S. 65–96.
- Lüke, Rolf E., Von der Stabilisierung zur Krise. Zürich 1958.
- Matthias, Erich, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. In: Matthias/Morsey, S. 101–278.
- Matthias, Erich und Rudolf Morsey (Hrsgg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
- Matzerath, Horst und Henry A. Turner, Die Selbstfinanzierung der NSDAP 1930–1932. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 59–92.
- Maurer, Ilse, Reichsfinanzen und Große Koalition. Zur Geschichte des Reichskabinetts Müller (1928–1930). Bern, Frankfurt/M. 1973.
- Menges, Franz, Reichsreform und Finanzpolitik. Die Aushöhlung der Eigenstaatlichkeit Bayerns auf finanzpolitischem Wege in der Zeit der Weimarer Republik. Berlin 1971.
- Meyer, Heinrich, Hamburg als Güterumschlagplatz vor und nach dem Kriege. Hamburg 1930.
- Milatz, Alfred, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1968.

- Milberg, Hildegard, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Hamburg 1970.
- Mommsen, Hans, Die Sozialdemokratie in der Defensive: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: Ders. (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Verhandlungen der Sektion Geschichte der Arbeiterbewegung des Deutschen Historikertages 1972. Frankfurt/M. 1974, S. 106–133.
- ders., Staat und Bürokratie in der Ära Brüning. In: Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson. Hrsg. von Gotthard Jasper. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1976, S. 81–137.
- ders., Die Stellung der Beamtenschaft in Reich, Ländern und Gemeinden in der Ära Brüning, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 151–165.
- Mommsen, Hans, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hrsgg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1974.
- Morsey, Rudolf, Beamtenschaft und Verwaltung zwischen Republik und »Neuem Staat«. In: Erdmann/Schulze, S. 151–168.
- ders., Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings »Memoiren 1918–1934«. Opladen 1978 (Rheinisch-Westfälische Akademie der Wissenschaften, Vorträge G 202).
- ders., Brünings Kritik an der Reichsfinanzpolitik 1919–1929: In: Geschichte, Wirtschaft, Gesellschaft. Festschrift für Clemens Bauer. Hrsg. von Erich Hassinger, J. Heinz Müller und Hugo Ott. Berlin 1974, S. 359–373.
- ders., Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern. In: Öffentlicher Dienst. Festschrift für Carl Hermann Ule. Hrsg. von Klaus König, Hans-Werner Laubinger und Frido Wagener. Köln, Berlin, Bonn, München 1977, S. 111–133.
- ders. (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele. Vorträge und Diskussionsbeiträge der verwaltungsgeschichtlichen Arbeitstagung 1976 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin 1977.
- Mühlich, Ludwig, Die Reichsfinanzpolitik in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932 unter besonderer Berücksichtigung der Finanzpolitik der Reichsregierung Brüning. Diss. rer. pol. Tübingen 1950.
- Netzband, Karl-Bernhard und Hans Peter Widmaier, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923–1925. Mit einer Einführung von Edgar Salin. Basel, Tübingen 1964.
- Neumann, Sigmund, Die Parteien der Weimarer Republik. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1965.
- Noakes, Jeremy, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933. Oxford 1971.
- Nöll von der Nahmer, Robert, Weltwirtschaft und Weltwirtschaftskrise. In: Propyläen Weltgeschichte. Hrsg. v. Golo Mann. Bd. 9. Berlin.
- Obst, Arthur, Geschichte der Hamburger Bürgervereine 1886–1911. Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Zentralausschusses Hamburgischer Bürgervereine am 10. Juni 1911. Hamburg 1911.
- Orlow, Dietrich, The History of the Nazi-Party: 1919–1933. Pittsburg 1969.
- Pätzmann, Edmund, Der Wettbewerb zwischen den beiden deutschen Häfen Hamburg und Bremen. Hamburg 1931 (masch. Mskr., Commerzbibliothek Hamburg).

- Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. Bd. 1-2. Leipzig 1970.
- Pehle, Walter H., Die nationalsozialistische Machtergreifung im Regierungsbezirk Aachen unter besonderer Berücksichtigung der staatlichen und kommunalen Verwaltung, 1922-1933. Phil. Diss. Düsseldorf 1976.
- Petzina, Dietmar, Elemente der Wirtschaftspolitik in der Spätphase der Weimarer Republik. In: VfZ 21 (1973), S. 127-133.
- ders., Germany and the Great Depression, in: Journal of Contemporary History 4 (1969), S. 59-74.
- ders., Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918 bis 1945. In: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Bd. 2. Stuttgart 1973, S. 665-784.
- ders., Zur Interpretation der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. In: Probleme der Geschichtswissenschaft. Hrsg. von Géza Alföldy, Ferdinand Seibt und Albrecht Timm. Düsseldorf 1973, S. 156-170.
- ders., Zum Problem des Verlaufs und der Überwindung der Weltwirtschaftskrise im regionalen Vergleich - Materialien und Interpretation. In: Henning, Probleme, S. 9-42.
- ders., Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Wiesbaden 1977.
- Petzina, Dietmar und Werner Abelshäuser, Zum Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 57-76.
- Plum, Günter, Gesellschaftsstruktur und politisches Bewußtsein in einer katholischen Region 1928-1933. Untersuchung am Beispiel des Regierungsbezirks Aachen. Stuttgart 1972.
- Portner, Ernst, Die Verfassungspolitik der Liberalen 1919. Ein Beitrag zur Deutung der Weimarer Reichsverfassung. Bonn 1973.
- Predöhl, Andreas, Das Ende der Weltwirtschaftskrise. Eine Einführung in die Probleme der Weltwirtschaft. Hamburg 1962.
- ders., Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise. In: VfZ 1 (1953), S. 99-118.
- Preller, Ludwig, Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949.
- Priamus, Heinz-Jürgen, Angestellte und Demokratie. Die nationalliberale Angestelltenbewegung in der Weimarer Republik. Stuttgart 1979.
- Pridham, Geoffrey, Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923-1933. London 1973.
- Priester, Hans E., Der Wiederaufbau der deutschen Handelsschiffahrt. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte der Gegenwart. Berlin 1926.
- Probleme des Deutschen Wirtschaftslebens. Erstrebtes und Erreichtes. Eine Sammlung von Abhandlungen. Hrsg. v. Deutschen Institut für Bankwissenschaft und Bankwesen. Berlin, Leipzig 1937, S. 405-420.
- Rebentisch, Dieter, Kommunalpolitik, Konjunktur und Arbeitsmarkt in der Endphase der Weimarer Republik. In: Morsey, Verwaltungsgeschichte, S. 107-157.
- ders., Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik. Wiesbaden 1975.
- Ribhegge, Wilhelm, Die Systemfunktion der Gemeinden. Zur deutschen Kommunalgeschichte seit 1918. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« Nr. 47, 24. 11. 1973, S. 3-31.
- Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955.
- Ritter, Gerhard A., Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozial-

- demokratische Partei und die Freien Gewerkschaften 1890–1900. 2. Aufl. Berlin 1963.
- Röseler, Klaus, Die Stellung der deutschen Unternehmer in der Wirtschaftskrise 1929–1933. Diss. Hannover 1966.
- Rosenbaum, Eduard, Funktionen des Export- und des Importhandels. In: Harms, Strukturwandlungen Volkswirtschaft, Bd. 2, S. 124–145.
- Rosenbaum, Eduard und A. J. Sherman, Das Bankhaus M. M. Warburg & Co. 1798–1938. Hamburg 1976.
- Saldern, Adelheid v., Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Boppard 1966.
- Sanmann, Horst, Daten und Alternativen der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Ära Brüning. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 10. Jg. (1965), S. 109–140.
- Schaap, Klaus, Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928–1933. Düsseldorf 1978.
- Schneider, Michael, Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn-Bad Godesberg 1975.
- ders., Unternehmer und Demokratie. Die freien Gewerkschaften in der unternehmerischen Ideologie der Jahre 1918 bis 1933. Bonn-Bad Godesberg 1975.
- ders., Konjunkturpolitische Vorstellungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Zur Entwicklung des Arbeitsbeschaffungsplans des ADGB. In: Mommsen/Petzina/Weisbrod, S. 226–237.
- Schneider, Werner, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik. 1924–1930. München 1978.
- Schön, Eberhart, Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen. Meisenheim a. Glan 1972.
- Schulz, Gerhard, Aufstieg des Nationalsozialismus. Krise und Revolution in Deutschland. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1975.
- ders., Die »große Krise« in der Zeitgeschichte. In: NPL 4 (1959), Sp. 805–824.
- Schulze, Hagen, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1977.
- Schulze, Hans-Jürgen, Die Wandlung der politischen Parteien der Hamburger Bürgerschaft 1913–1921. Bd. 1–2. Staatsexamensarbeit Hamburg 1966 (Manuskript im StAH).
- Schumacher, Martin, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933. Düsseldorf 1972.
- Schustereit, Hartmut, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919–1930. Düsseldorf 1975.
- Sering, Max, Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Dargestellt unter Verwertung und Ergänzung der Arbeiten des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Berlin 1932.
- Sösemann, Bernd, Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten: Theodor Wolff, Ernst Feder, Julius Elbau, Leopold Schwarzschild. Berlin 1976.
- Somary, Felix, Wandlungen der Weltwirtschaft seit dem Kriege. Tübingen 1929.
- Speier, Hans, Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918–1933. Göttingen 1977.

- Sprenger, Heinrich, Heinrich Sahn. Kommunalpolitiker und Staatsmann. Köln, Berlin 1969.
- Stegmann, Dirk, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929–1934. Thesen und Material zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und Beginn der Rüstungskonjunktur. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 6. Frankfurt/M. 1976, S. 19–75.
- ders., Antiquierte Personalisierung oder sozialökonomische Faschismus-Analyse? Eine Antwort auf H. A. Turners Kritik an meinen Thesen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Großindustrie vor 1933. In: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 275–296.
- ders., Die Silverberg-Kontroverse 1926. Unternehmerpolitik zwischen Reform und Restauration. In: Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zum 70. Geburtstag. Hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler. Göttingen 1974, S. 594–610.
- ders., Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung. In: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482.
- Stegmann, Dirk, Bernd-Jürgen Wendt und Peter-Christian Witt (Hrsgg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum siebenzigsten Geburtstag. Bonn 1978.
- Stehkämper, Hugo (Hrsg.), Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Köln 1976.
- Steinberg, Hans-Josef, Sozialismus und Deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg. Hannover 1967.
- Steinborn, Peter, Grundlagen und Grundzüge Münchener Kommunalpolitik in den Jahren der Weimarer Republik. München 1968.
- Stephan, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1973.
- Stoltenberg, Gerhard, Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918–1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1962.
- Striesow, Jan, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922. Phil. Diss. Hamburg 1981.
- Stucken, Rudolf, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914–1963. 3. Aufl. Tübingen 1964.
- Stürmer, Michael (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Königstein 1980.
- Teichmann, Ulrich, Die Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland. Köln-Deutz 1955.
- Timm, Helga, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930. Düsseldorf 1952.
- Tjaden, Karl Hermann, Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur »Rechts«-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik. Meisenheim a. Glan 1964.
- Tormin, Walter, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 2. Aufl. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967.
- ders. (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Hannover 1973.
- Trendelenburg, Ernst, Der Protektionismus und die Weltwirtschaftspolitik. Vor-

- trag, gehalten im Überseeclub Hamburg am 28. April 1927. In: *Hamburger Übersee-Jahrbuch 1927*, S. 118–134.
- Treue, Wilhelm, *Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933*. In: *Conze/Raupach*, S. 82–125.
- ders., *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*. Bd. 2: 20. Jahrhundert. 3. stark erw. Aufl. Stuttgart 1973.
- Treviranus, Ralph, *Die konjunkturpolitische Rolle der öffentlichen Haushalte in Deutschland während der großen Krise 1928–1934*. Diss. Kiel 1964.
- Turner, Henry Ashby jr., *Großunternehmertum und Nationalsozialismus 1930–1933*. Kritisches und Ergänzendes zu zwei neuen Forschungsbeiträgen. In: *HZ* 221 (1975), S. 18–68.
- ders., *Verhalten die deutschen »Monopolkapitalisten« Hitler zur Macht? In: Ders., Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*. Göttingen 1972, S. 9–32.
- Ullrich, Volker, *Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19*. Diss. Hamburg 1974.
- Varain, Heinz Josef, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890–1920)*. Düsseldorf 1956.
- Vierhaus, Rudolf, *Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland*. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse. In: *Conze/Raupach*, S. 155 ff.
- Vogelsang, Reinhard, *Der Freundeskreis Himmler*. Göttingen 1972.
- Vogelsang, Thilo, *Reichswehr, Staat und NSDAP*. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930–1932. Stuttgart 1962.
- Volk, Ludwig, *Brüning in eigener Sache*. Zu den Memoiren des letzten Zentrumskanzlers. In: *Stimmen der Zeit* 187 (1971), S. 123–127.
- Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975*. Hrsg. von der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/M. 1976.
- Wandel, Eckhard, Hans Schäffer, *Steuermann in wirtschaftlichen und politischen Krisen*. Stuttgart 1974.
- Weber, Hermann, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*. Bd. 1–2. Frankfurt/M. 1969.
- Weisbrod, Bernd, *Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise*. Wuppertal 1978.
- Wendemuth, Ludwig und Walter Böttcher, *Der Hafen von Hamburg*. Hrsg. von der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe und der Baudeputation, Sektion für Strom und Hafenbau. Hamburg 1927.
- Wengst, Udo, *Unternehmerverbände und Gewerkschaften in Deutschland im Jahre 1930*. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 1977, S. 99–119.
- Werner, Kurt, *Die deutschen Wirtschaftsgebiete in der Krise*. Statistische Studie zur regional vergleichenden Konjunkturbetrachtung. Jena 1932.
- Wheeler, Robert, *Zur sozialen Struktur der Arbeiterbewegung am Anfang der Weimarer Republik*. Einige methodologische Bemerkungen. In: *Mommsen/Petzina/Weisbrod*, S. 179–189.
- Wiesemann, Falk, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33*. Berlin 1975.
- Winkel, Harald (Hrsg.), *Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit*. Berlin 1973.

- Winkler, Heinrich August, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*. Köln 1972.
- Wiskemann, Erwin, *Hamburg und die Welthandelspolitik von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Hamburg 1929.
- Witt, Friedrich-Wilhelm, *Die Hamburger Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung der Jahre 1929/30–1933*. Hannover 1971.
- Witt, Peter-Christian, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903–1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Deutschland*. Lübeck, Hamburg 1970.
- Wolf, Kurt, *Konjunkturausgleich durch Einschränkung öffentlicher Aufträge*. In: Claussen, S. 167–172.
- Wolffsohn, Michael, *Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930–1934*. Berlin 1977.
- Wulf, Peter, *Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928–1932*. Köln/Opladen 1969.
- Ziener, Gerhard, *Inflation und Deflation zerstören die Demokratie. Lehren aus dem Schicksal der Weimarer Republik*. Stuttgart 1971.

Personenregister

- Abegg, Wilhelm 389, 652
Albrecht, Carl 65
Arppe, Wilhelm 425-426
Aufhäuser, Siegfried 300-302
- Baade, Fritz 282-283
Bagge, Heinrich 53, 512, 659
Bak, Richard S. 378-379
Bandmann, Egon 527
Bang, Paul 75, 405, 424
Bartholatus, Christian 632
Baumhoff, Josef 388
Bechly, Hans 311, 324
Becker, Erwin 406-407
Beckmann, Emmy 471
Behn, Richard 420
Behrens, August 628
Beit, Ferdinand H. G. 358
Bennewitz, Usmar 526
Berenberg-Goßler, Cornelius von 625
Berenberg-Goßler, John von 365
Bergmann, Paul 448, 459, 648
Bernhard, Georg 653
Bischof, Otto 632
Bismarck, Otto von 26, 59, 74, 365, 483
Blinckmann, Theodor 41, 514
Blohm, Rudolf 320, 345-346, 350-353,
410, 620, 640
Blohm, Walther 320
Böger, Marius 365
Bonn, Moritz Julius 155, 159, 555-556
Böttcher, Walter 528
Borchardt, Knut 14-16
Bott, Manfred 657
Bracher, Karl Dietrich 12-13, 17, 19
Braun, Otto 365, 475
Bredel, Willi 603
Breitscheid, Rudolf 456
Brekelbaum, Carl 70, 520, 524
Brentano, Lujo 178, 562
Brinckmann, Wolfgang 516
Brost, Georg 613-614
Brüning, Heinrich 12-15, 17, 22, 121,
137, 146-153, 155-157, 159-161,
165, 168-169, 214, 229, 236-238,
275-279, 283, 285-286, 300-301,
303, 307-308, 310-317, 322, 324,
340-341, 346, 348-349, 351-353,
361, 368, 372, 375, 384, 390, 394,
409, 415, 418, 424-426, 429, 431,
444-452, 454-458, 461, 464, 477-
478, 482, 490-491, 495-498, 502,
504, 507-508, 510, 544, 551-554,
613, 619
Brunstäd, Friedrich 407
Bucher, Friedrich 368-369
Büll, Johannes 463, 465, 467, 469-470
Bunzel, Carl 47-48, 358
Burchard-Motz, Wilhelm 58, 233, 362,
521
Burmester, Walter 77
- Camp, Joachim de la 624
Campe, Hugo 491, 517
Cassel, Gustav 314
Chapeaurouge, Paul de 58, 323, 483-
484, 492, 494, 520, 631, 658-660
Chevallerie, Otto de la 75
Claß, Heinrich 69, 75
Clauß, Eugen 313, 321, 611

- Cohn, Carl 176–178, 186, 358, 461–462, 517, 561–562
 Colm, Gerhard 158–159
 Conn, Alfred 638
 Conze, Werner 11–13
 Croner, Fritz 609
 Cuno, Wilhelm 65, 362
 Curtius, Julius 422, 485, 551

 Dahrendorf, Gustav 196, 455, 478, 648
 Dassel, Hermann von 405–407, 411, 639
 Dauch, Walther 58, 345, 352, 360, 381, 485–489, 492, 494–496, 516, 618, 625, 658–660
 Degener, Heinrich 526
 Dehmlow, Ernst 380
 Dernburg, Bernhard 153, 232
 Deters, Karl 643
 Dettmann, Friedrich 431–432, 435, 517, 631
 Diehl, Karl 158
 Diestel, Alfred 375
 Diestel, Arnold 28, 176, 178, 512
 Dietrich, Hermann 146, 153–154, 160, 166–167, 169, 214, 216–217, 232–233, 236, 310, 351, 394, 464–465, 470, 474–475, 479–481, 547
 Diller, Alfred 319–320
 Dingeldey, Eduard 361, 492–493, 495–496, 498, 659
 Dobbertin, Hans O. 319
 Drewitz, Hermann 263
 Dreyer, Georg Ch. 382–383, 634
 Dreyse, Fritz 153, 156, 210, 212, 215–216, 554
 Duesterberg, Theodor 420
 Duisberg, Carl 618

 Eddelbüttel, Friedrich 54, 380–382
 Eggert, Wilhelm 281
 Ehlers, Alfred 302
 Ehrenteit, John 195, 273, 278–279, 285–286, 456
 Eichholz, Max 429, 477
 Eiffe, Peter Ernst 624
 Eisenbarth, Heinrich 199
 Elsas, Fritz 169
 Erkelenz, Anton 502, 556, 652
 Ernst, Otto A. 355, 357, 625
 Erzberger, Matthias 174
 Eucken, Walter 158–159

 Feder, Gottfried 75, 611
 Feger, Erich 313, 420, 488, 491–492, 611, 657, 659
 Fehmerling, Carl E. A. 380, 633
 Fisher, Irving 314
 Fraatz, Ernst 380
 Frank, Hans 401
 Freytagh-Loringhoven, Axel von 405
 Frick, Wilhelm 649
 Friederichs, Carl 388
 Frowein, Abraham 623, 640

 Gehrckens, Heinrich M. jr. 625
 Geßler, Otto 31–32
 Gestrich, Hans 159, 555
 Gierke, Otto von 562
 Gilbert, Parker 165
 Goebbels, Joseph 398, 419, 472, 495
 Goerdeler, Carl 160, 557
 Gok, Carl Gottfried 70, 320, 407, 409–412, 524, 640–641
 Graefe-Goldebee, Alfred von 75
 Graßmann, Peter 278–280, 456, 475, 650
 Grevmühl, Carl 491, 636
 Grosse, Berthold 27
 Gruenwaldt, Louis 517

 Habermann, Max 313
 Hager, Adolf 522
 Hahn, Albert 151–152, 154, 166, 551, 553
 Hampe, Robert 639–640
 Hansen, Carl 632
 Hartz, Gustav 407
 Hasse, Ernst 215
 Hasslacher, Johann Jacob 639
 Haubach, Theodor 450, 517, 648
 Hegewald, Max 612–613
 Heidecker, Hugo 517
 Heilmann, Ernst 452
 Heimann, Eduard 158, 555–556
 Helfferich, Karl 383
 Helfritz, Paul 59
 Heller, Hermann 447, 451
 Henning, Ernst 387, 400, 418
 Henningsen, Johannes 326, 380, 427, 526, 564, 631
 Hergt, Oskar 66
 Herrmann, G. 492–493
 Hertling, Otto 358, 624

- Heuss, Theodor 469
Hildebrandt, Wilhelm 646–647
Hilferding, Rudolf 142–144, 158, 189,
340, 457, 478, 555
Hindenburg, Paul von 144, 324, 330,
521
Hintzmann, Ernst 488–489, 659
Hirsch, Johannes 54–55, 375, 519, 590
Hirtsiefer, Heinrich 46
Hitler, Adolf 12–13, 71, 75, 280, 322,
324, 335, 368, 379, 386, 389, 397–
398, 400, 402, 407, 412, 418–419,
451, 472, 493–494, 508, 633, 642
Hoegner, Wilhelm 451
Höpker-Aschoff, Hermann 479
Hoetzsch, Otto 418
Hoffmann, Josef 384
Hoffmann, Paul 47
Holtz, Friedrich C. 326
Holtzendorff, Arndt von 625
Hoover, Herbert 212
Hübbe, Anton 215, 342–343, 358
Hübbe, Hermann Victor 419, 624
Hüne, Johannes 54, 380, 384
Hüttmann, Wilhelm 326, 397, 631
Hugenberg, Alfred 66, 280, 311, 318,
323–324, 395, 399–401, 404–412,
416, 418, 420, 422, 424–426, 484
Hugo, Otto 659

Irwahn, Johannes 320, 406–407
Ivers, Ernst 376

Jacobsen, Alfred 53, 405
Jänecke, Walther 554
Jahn, Joseph 314–315, 613
Jensen, Jens Christian 524
Johannsen, Kurt 657

Kardorff, Siegfried von 419
Kastl, Ludwig 354, 618–619, 621–622
Kaufmann, Heinrich Theophil 304–305,
471, 479, 609, 611
Kaufmann, Karl 397–398, 614, 638
Kayser, Otto 657
Keynes, John Maynard 13, 159, 314,
356, 372, 417, 479, 502, 556
Kiep, Louis Leisler 341
Klant, Josef 72
Kleiner, Ernst 557
Klönne, Moritz 345, 640

Knack, Andreas 45
Koch, Andreas 380, 405, 412
Koch, Christian 43, 464
Koch-Weser, Erich 34, 79, 242, 464–
468, 474, 480, 526–527, 651–652
Köppen, Karl 603
Körner, Theodor 636
Kohrs, William 349–350
Korell, Louis 252
Korn, Curt 426, 526, 634, 642
Krause, Emil 515
Krebs, Albert 72, 322, 324, 397, 399–
400, 614
Krogmann, Carl Vincent 48, 351–352,
356–357, 419, 623–624
Krogmann, Richard C. 48
Külz, Wilhelm 31–32

Lambach, Walther 68, 79, 318, 320–322,
405, 407, 411, 527, 614–615
Landahl, Heinrich 30, 229–230, 464–
465, 468–471, 478–479
Lange, Helene 25
Lange, Kurt 400
Lassally, Oswald 387, 494, 650
Laufenberg, Heinrich 61, 213
Lautenbach, Wilhelm 154–155, 158–
159, 552, 555
Ledebur, Otto von 59
Leipart, Theodor 277–278, 286
Lemmer, Ernst 305
Leopold, Bernhard 639
Leuteritz, Max 443, 521, 583, 648
Levi, Paul 61
Lienau, Arnold 405–407
Lincke, Ernst 625
Lindau, Rudolf 646
Lippmann, Leo 178, 181, 186–187, 195,
208–210, 212, 214–217, 220, 233,
237–238, 267, 510, 562, 569
Liszt, Franz von 562
Löb, Rudolf 158–159, 555
Löbe, Paul 456
Lohse, Hinrich 397
Ludendorff, Erich 75
Lüders, Marie Elisabeth 475, 655
Lüth, Erich 463, 466, 632, 652–653
Luther, Hans 58, 125, 156–157, 167,
209, 216, 232, 362, 496, 552–555

Mähl, Wilhelm 54, 196

- March, Martin 625
 Martini, Oskar 46, 169, 580, 584
 Massié, Emil 406
 Matthaei, Walter 177-178, 181, 183,
 188, 190-192, 194-196, 198-199,
 207-209, 212, 214-217, 233-234,
 462, 510, 569
 McKenna, Reginald 372
 Maurer, Hermann 375
 Meibohm, Carl 374
 Meier, Johannes 632
 Meitmann, Karl 443, 448, 451, 456, 650
 Melchior, Carl 213-214, 358, 365, 468,
 569
 Merck, Erwin 657
 Mette, Alfred 564
 Meuthen, Gerhard 45
 Meyer, Hans 365
 Meyer, Johannes 387, 635
 Michael, Rudolf 24-25, 82, 484-485,
 493, 510, 657, 660
 Michaelis, Georg 478
 Michaelsen, Wilhelm 383
 Mierendorff, Carlo 447
 Miltzow, Hermann 614
 Moldenhauer, Paul 143-144, 146, 194,
 235, 478, 487
 Müller, Hermann 281, 375, 445, 463
 Münchmeyer, Hermann R. 352-353,
 361, 625
 Mulert, Oskar 169, 557
 Mussolini, Benito 451

 Nagel, Hermann 380, 405, 526
 Naphtali, Fritz 283-284, 457, 555
 Naumann, Friedrich 30, 34, 467, 476
 Neisser, Hans 158, 555
 Nenni, Pietro 451
 Neuhaus, Hans Joachim von 418
 Neumann, Heinz 433, 630
 Nobiling, Georg 632
 Nottebohm, Carl Ludwig 347, 349,
 352, 355

 Palyi, Melchior 159
 Pape, Elisabeth 594
 Papen, Franz von 169
 Perner, Richard 40
 Petersen, Carl 26, 34-36, 41, 177-178,
 183, 191-192, 214, 232-234, 342,
 358, 367, 462, 467-469, 475-477,
 481, 499, 511-512, 514-515, 563,
 569, 624-625, 627, 652, 656-657
 Petersen, Rudolf H. 350, 625
 Pfeiffer, Ernst 517
 Pilder, Hans 186, 215, 358, 528, 624
 Piper, Carl Anton 53, 521
 Platen, Curt 177, 462, 464, 479, 654-
 655
 Podeyn, Hans 39, 189-190, 192, 205,
 229, 238, 451
 Popitz, Johannes 144, 158, 189
 Priebisch, Anna 375
 Pünder, Hermann 167, 354, 559

 Rademacher, Walter 639
 Rathenau, Walther 30
 Rebentisch, Dieter 19
 Reichert, Jakob Wilhelm 409, 639
 Reinhold, Peter 332, 480
 Reinke, Helmuth 398-399
 Reupke, Hans 638
 Reusch, Paul 623
 Reventlow, Ernst zu 75
 Rheinbaben, Werner von 489
 Ridderhoff, Kuno 326, 406, 642
 Rießer, Jakob 365-366
 Rittershausen, Heinrich 158, 555-556
 Robinsohn, Hans 468
 Roedern, Siegfried von 132
 Röpke, Wilhelm 158
 Rößiger, Max 304, 308-309, 610-611
 Rose, Wilhelm Otto 202, 495, 521, 660
 Rosenbaum, Eduard 623
 Rosenfeld, Kurt 459
 Roß, Rudolf 28, 195, 199, 217, 228,
 236-238, 263, 342-343, 358, 451, 627
 Roth, Alfred 335, 591
 Rothkegel, Rudolf 604, 646
 Ruscheweyh, Herbert 453, 481, 648

 Salin, Edgar 158, 556
 Sanneck, Albert 291, 603-604
 Satz, Johannes 330-331
 Sauber, Hermann 625
 Schacht, Hjalmar 144, 165, 445, 554
 Schäfer, Hermann 655
 Schäffer, Hans 144, 146, 153-157, 167,
 211-215, 217, 551, 553, 556
 Schaper, Henry 298, 611
 Scheidemann, Philipp 32

- Schiele, Ernst 625
 Schiele, Martin 425, 464
 Schinckel, Max von 319, 365, 369, 407,
 411, 419–420, 639, 643–644
 Schleicher, Kurt von 12–13, 317
 Schlotterer, Gustav 638
 Schlubach, Roderich 624
 Schmitz, Hermann 153
 Schmoller, Gustav von 562
 Schneider, Gustav 296–297, 304, 306,
 309
 Schönfelder, Adolph 40, 273, 436, 452,
 517, 598
 Scholz, Ernst 492, 659
 Scholz, William 319
 Schramm, Max 28, 58, 520
 Schreiber, Walter 480
 Schröder, Carl August 497, 657
 Schues, Walter 333, 358, 624
 Schulz, Alfred 636
 Schwarzschild, Leopold 151, 551–552,
 554
 Schwerin von Krosigk, Johann Ludwig
 (Lutz) 169
 Seldte, Franz 643
 Seydewitz, Max 459
 Silverberg, Paul 57, 153, 552
 Singer, Kurt 623
 Stahmer, Heinrich 291, 432, 438, 517,
 603, 645
 Stalin, Josef 63, 431, 437
 Stange, Heinz 406
 Stanik, Friedrich 324
 Stavenhagen, Max 70, 414
 Stegerwald, Adam 161, 168, 311, 409
 Steinfeldt, Heinrich 241
 Stennes, Walther 400–401, 418
 Stephan, Werner 652
 Stern, Ernst H. 158
 Stolper, Gustav 159, 373, 469–473, 475,
 478–479, 653–654, 656
 Stolten, Otto 511–512
 Strakosch, Henry 314
 Straßer, Otto 401
 Stresemann, Gustav 34, 58, 66, 311,
 360–362, 365–367, 422, 464, 484–
 485, 487, 490
 Stubbe, Heinrich 273, 598
 Stubmann, Peter 24–25, 192, 202, 358,
 652
 Stuewer, Henry 645
 Suhr, Otto 608
 Sydow, Kurt von 624
 Tarnow, Fritz 282–283, 301, 458
 Taussig, Frank William 314
 Thälmann, Ernst 61–62, 290, 434, 437–
 438, 646
 Thiel, Otto 311, 491
 Tiarks, Frank Cyril 218
 Tirpitz, Alfred von 366
 Torgler, Ernst 391
 Traun, Heinrich Otto 369, 424, 625
 Traun, Oscar 359, 625
 Trendelenburg, Ernst 123, 153–154
 Treviranus, Gottfried Reinhold 322,
 365, 407, 411, 464–465, 547
 Umland, Claus 527
 Urbahns, Hugo 61–62, 290, 522, 603
 Ußlar, Moritz von 424
 Vering, Hermann C. 55, 58–59, 347,
 420, 625
 Versmann, Ernst Arnold 620
 Vocke, Wilhelm 153, 554
 Vogel, Alexander 308
 Vogelhaupt, Oskar 632
 Vogelstein, Theodor 366
 Volck, Adalbert 75
 Wagemann, Ernst 302
 Wagner, Adolph 562
 Warburg, Aby S. 358
 Warburg, Felix M. 213
 Warburg, Fritz M. 358
 Warburg, Gustav 648
 Warburg, Max M. 47–48, 58, 210–211,
 213–214, 216, 218–219, 232, 343,
 348, 350, 353–355, 357, 360–366,
 554, 620, 624–626
 Warburg, Paul M. 213
 Warmbold, Hermann 153, 160, 557
 Weber, August 651
 Weising, Hellmut 400
 Welter, Erich 158
 Wendemuth, Ludwig 528
 Wesselhöft, Heinrich 632
 Westarp, Kuno von 66, 406, 408
 Westermann, Hans 291, 438, 604
 Westphal, Max 511
 Wiener, Alfred 477

- Wilhelm, Eduard 625
Willink, Hermann 637
Winbauer, Alois 234, 461, 463, 467, 656
Wirth, Joseph 32, 409
Witthoefft, Franz Heinrich 49, 54, 127–
128, 177, 183, 196–197, 330, 333,
349, 359–361, 365–368, 624–628
Wittorf, John 290, 437
Woermann, Adolf 26
Woermann, Kurt 369, 624
Woermann, Paul 640
Wohlwill, Heinrich 347
Wolffheim, Fritz 61
Wolk, Paul 375
Woytinsky, Wladimir 282–284, 301,
305, 314, 458, 502
Wulle, Reinhold 75
Zimmer, Wilhelm 646
Zimmermann, Albert 320, 406–407

Organisationsregister

- Afrikareedereien 547
Akzept- und Garantiebank 223, 232
Alldeutscher Verband 59, 69, 76, 320, 405-406, 408, 410, 413
Allgemeine Ortskrankenkasse 268, 298, 429
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund 391
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund 14, 50, 60, 62-63, 139, 273-282, 286-289, 291-292, 295, 299-302, 308-309, 445, 456-457, 502, 518, 548, 597-601, 603-604
Allgemeiner freier Angestelltenbund 296-297, 299-302, 308, 313, 588, 608
Allgemeiner Studentenausschuß 639
Angestelltenverbände 225, 257-258, 295-327, 399, 478-480
Antisemitenparteien 53, 66-68, 70-72, 526
Arbeiter- und Soldatenrat 27
Arbeiterrat Groß-Hamburg 248-249, 326, 334, 342, 514, 580
Arbeitgeberverbände 338-339, 346, 348-350, 354, 407, 486, 618
Arbeitgeberverband des Großhandels 338, 609
Arbeitgeberverband Hamburg-Altona 338-339, 348, 617, 620
Arbeitsamt Hamburg 245-246, 252-253, 256, 264, 269-270, 292, 540, 579, 592, 596-597
Arbeitsausschuß Deutschnationaler Industrieller 409, 639-640
Arbeitsausschuß zur Fürsorge für jugendliche Erwerbslose 596
Arbeitsbehörde 201, 462
Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels von Groß-Hamburg 375-376, 591, 632
Arnold Otto Meyer (Ostasienfirma) 127-128
Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen 657
Ausschuß der stellenlosen kaufmännischen Angestellten 615-616
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 508
Baubehörde 136, 173, 180, 182-184, 188-193, 197-204, 209-210, 226, 239, 241, 585
Beamtenbanken 261, 589-590
Beamtenrat Hamburg 387, 515
Beamtenverbände 225, 260, 262-263, 334, 385-391, 478-479, 491, 591, 636
Beratungsstelle für Auslandsanleihen 165, 185
Bismarck-Bund 321, 639
Blohm & Voß 103, 133-134, 290-291, 320, 369, 537, 603-604, 618

- Brauerei-Verband 630
 Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbek 76, 332, 344, 369, 381, 420, 423-426, 620, 624, 644
 Bürgervereine 65, 75-78, 381, 426-430, 526, 644
 Bund der Aufrechten 73
 Bund der Innungen und fachgewerblichen Vereine 375, 381, 620, 632
 Bund der Niederdeutschen 58, 73
 Bund der Steuerzahler 335
 Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft 405
 Bund zur Erneuerung des Reiches 167
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 477
 Christliche Gewerkschaften 273, 290, 295, 311, 403, 406, 429, 467, 618
 Christlich-Sozialer Volksdienst 313, 321
 Commerz- und Privatbank 211
- Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) 123, 211, 214, 216, 219-221, 344, 498
 Deputationen 39
 Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe 49, 191, 209, 226, 362, 518, 521
 Deschimag-Gruppe 537
 Detaillistenkammer 54, 196, 249-250, 342, 371, 519, 550, 557, 592, 632
 Deutsche Bank 211
 Deutsche Demokratische Partei 21, 25, 28, 30-37, 39-45, 47, 52, 57, 60, 65, 68-69, 76-77, 79-80, 145-146, 176-178, 181-184, 186, 188-189, 192, 196, 214, 224, 233, 235, 251, 270, 296, 299, 310-311, 313, 335, 339, 342, 348, 358-360, 366, 373, 375, 377, 395-396, 398, 410, 419, 461-471, 473-475, 477, 482, 484, 490, 501, 503, 510, 513-517, 526-528, 611, 621, 624-625, 632, 651-652, 654-655
 Deutsche Getreide-Handels-Gesellschaft 120
 Deutsche Girozentrale 220, 222-223, 232
 Deutsche Staatspartei 20, 169, 196, 202, 205, 215, 225, 228-229, 232, 234, 236, 242, 299, 307, 311, 313, 388-389, 394-395, 425, 427-429, 452-453, 466-484, 490-491, 496, 498-499, 503, 526, 559, 636, 654-656
 Deutsche Vaterlandspartei 53
 Deutsche Volkspartei 22, 25, 28, 31, 33-34, 42-46, 49, 52-60, 65-69, 74, 77-81, 128, 141, 143-144, 169, 176-177, 180-184, 186, 188, 192, 195-196, 202-203, 205-206, 225, 228-229, 233, 236, 262, 310-311, 313, 315, 323, 326, 334, 336, 339, 349, 357-362, 366-367, 373-375, 380-381, 384, 386-388, 395-396, 398, 400, 410-411, 419-423, 426-429, 444-445, 448, 452, 462, 464, 467-468, 471, 475, 477, 483-501, 504, 512, 515, 519-521, 528, 611, 614, 621, 625, 627-628, 644, 651, 657, 659-660
 Deutsche Werft 103, 133-134, 290, 319, 537
 Deutscher Bankbeamtenverein 399, 606, 614
 Deutscher Bauwerksbund 273-274, 286
 Deutscher Beamtenbund 260, 386, 389-391, 491, 591, 636
 Deutscher Gewerkschaftsbund 313, 409, 488, 611
 Deutscher Herrenklub Berlin 419
 Deutscher Holzarbeiterverband 273, 282, 287, 289
 Deutscher Industrie- und Handelstag 128, 333, 335-337, 339, 345-346, 349, 354, 367, 591, 617-618, 621
 Deutscher Kampfbund für Wahrheit und Recht 591
 Deutscher Metallarbeiterverband 273, 285, 287, 289, 602
 Deutscher Siedlungsbund 420

- Deutscher Städtetag 20–21, 163, 165, 167–169, 184
 Deutscher Verkehrsbund 287, 289
 Deutscher Wirtschaftsbund 344, 381, 620
 Deutschnationale Volkspartei 31, 44, 52–54, 56–57, 59, 65–71, 73–74, 77–80, 121, 178, 251, 310–311, 313, 318–321, 323, 326, 334, 339, 344–345, 358–360, 365–366, 369, 373–375, 380, 384, 395, 398–399, 404–427, 429–430, 445–448, 451, 453, 467, 475, 477, 484, 492–493, 495, 498–500, 524, 527, 606, 611, 614, 621, 625, 630, 639–642
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 66–68, 72, 78, 257, 296–299, 303, 310–327, 399, 405–406, 411, 457, 488, 491–492, 502, 587–588, 607, 611–614, 659
 Deutschsoziale Reformpartei 66, 319, 526
 Deutschvölkische Freiheitspartei 59, 68, 74–75
 Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund 71, 73, 75
 Devisenbewirtschaftungsstelle (beim LFA Unterelbe) 124–126
 Dresdner Bank 211, 215–216, 219, 358, 498

 Ein Ehrbarer Kaufmann 55, 342–343, 349–350, 354–355, 368, 517–518
 Einheitsverband der Seeleute und Hafendarbeiter 288–289, 601–602
 Erwerbslosenbund 326, 615–616

 Finanzdeputation 29, 39, 43–45, 65, 169, 172–173, 176–179, 181–186, 188–191, 193–201, 204, 207–208, 212–213, 215–216, 218–219, 221–224, 230, 232, 251, 266, 345, 358, 462, 516–517, 595
 Fraktion der Rechten 53, 360–361, 512
 Freie Gewerkschaften (s. auch Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) 25–27, 50, 63, 227–228, 241, 273–278, 280–282, 285–292, 295, 297, 301–302, 312, 324, 329, 338, 345–348, 433, 438, 440, 442–443, 451, 500, 502, 511–512, 600, 602
 Freiwilliger Arbeitsdienst 270–271
 Friedrich-List-Gesellschaft 157–160

 Gelbe Gewerkschaften 67, 326, 407, 422, 524
 Genossenschaften 25, 27, 43
 Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens 64, 589
 Gesellschaft für öffentliche Arbeiten 575
 Gesundheitsbehörde 172, 180, 191
 Getreideheber-Gesellschaft 122
 Gewerbekammer 69, 92, 249, 336, 339, 342, 372, 531, 592, 618, 630–631
 Gewerkschaft Deutsche Hilfe 326, 422
 Gewerkschaftsbund der Angestellten 257, 296–299, 303–315, 323, 326, 457, 471, 479–480, 482, 502, 587–588, 607–612
 Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände 305, 606, 610
 Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) 466, 470, 502
 Golddiskontbank 153
 Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine 221, 223, 298
 Grundeigentümergevereine 33, 54, 77, 204, 377–384, 526, 633

 Hamburg-Amerika-Linie 65, 101–103, 128, 130–132, 213, 324, 341, 362, 399, 534–536, 547
 Hamburger Dezember-Gemeinschaft 485, 493, 495, 657
 Hamburger Echo 510, 512, 648

- Hamburger Fremdenblatt 251, 469, 485, 510
 Hamburger Gaswerke 223
 Hamburger Gewerbeverein v. 1867 54, 375, 590–591, 629–630
 Hamburger Grundeigentümergeverein v. 1832 33, 54, 77, 204, 377–384, 396, 398, 402, 404, 427, 475, 527, 620, 634
 Hamburger Haus- und Hypothekemaklerverein 381, 620
 Hamburger Hilfsspende 583
 Hamburger Nachrichten 642
 Hamburger Nationalklub v. 1919 65, 73–75, 368, 398, 419–420, 423, 451, 639, 642
 Hamburger Sparcasse v. 1827 (Haspa) 220–223, 232
 Hamburger Volkszeitung 510
 Hamburger Werkstätten für Erwerbsbeschränkte 249, 370
 Hamburger Wirtschaftsrat 367
 Hamburgische Bank v. 1923 117–118, 357
 Hamburgische Beleihungskasse für Hypotheken 45, 182–183, 189, 192, 196–200, 208, 226, 239, 241, 266
 Hamburgische Electricitäts-Werke 209, 212, 214, 230
 Hamburgische Gesandtschaft in Berlin 45, 49
 Hamburgische Konservative Vereinigung 53–54, 67
 Hamburgischer Correspondent 510
 Hamburgischer Richterverein 388
 Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft 130–131, 535, 547
 Handelskammer Bremen 333
 Handelskammer Hamburg 17, 44, 47–49, 54–55, 58, 68–69, 123–125, 128, 177–178, 263–264, 330, 333–359, 361, 366–367, 394, 495, 517–518, 592, 617–618, 622, 624–625, 628
 Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 335–336, 365, 617, 625, 651
 Hansische Warte 399
 Hapag s. Hamburg-Amerika-Linie
 Harzburger Front 22, 323, 361, 398, 400, 421
 Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels 371
 Hitlerjugend 400, 639
 Hofgeismar-Kreis der Jungsozialisten 648
- IG Farben 153
 Industrie- und Handelskammer Altona 333, 591
 Industriekommission der Handelskammer 69, 263, 346
 Innungen 135, 137, 249, 268, 630, 632
 Internationale Handelskammer 367
- Jugendamt 270
 Jungdeutscher Orden 311, 464, 467–471, 473–475, 482, 527
 Jungsozialisten 459, 648
 Jungstahlhelm 420
- Kaiverwaltung 191, 199, 200, 577
 Kampfbund des Mittelstandes 376, 632
 Kampfbund gegen den Faschismus 440, 647
 Karstadt-Konzern 206
 Kepler-Kreis 368, 417
 Klub vom 3. Oktober 30

- Kommunistische Internationale 60–61, 63, 287, 430, 437–438, 522
 Kommunistische Partei Deutschlands 32, 50–52, 59–65, 79–80, 95, 192, 196, 213,
 247, 252, 278–279, 282, 286–295, 301, 312, 325–326, 377, 386, 396, 398, 404, 423,
 430–440, 442–443, 447, 452–453, 460–461, 490, 493–494, 499, 504, 510, 517, 522–
 523, 603–606, 616, 645–647
 KPD-Opposition (KPO) 286, 438–439
 Konservative Volkspartei 68, 319, 322–323, 381, 407, 411, 418–419, 424, 426–427,
 491, 499, 639–640, 642
 Konsumentenkommission 342
 Konsumvereine 67, 146, 370
- Langnam-Verein (Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen
 in Rheinland und Westfalen) 497
 Landesausschuß des Hamburgischen Mittelstandes 632
 Landesverband der Polizeibeamten Groß-Hamburg 386–387, 391, 636
 Liberale Vereinigung 34, 464, 651
- Mendelssohn & Co. (Berliner Bankhaus) 158, 218
 Mittelstandsverbände 54–55, 370–372, 374–376, 381, 403, 492, 502, 581
 M. M. Warburg & Co. (Bank) 213–214, 218–219, 232, 468, 481, 543
- Nationale Opposition 400, 404, 407, 416, 418–419, 421–422, 426, 429, 491, 496, 499
 Nationaler Block Nordmark 420, 423–424
 Nationalliberale Partei 26, 31, 34, 53–54, 67, 365, 627
 Nationalliberale Vereinigung 53, 404
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 9, 12–13, 17, 19, 24–25, 45, 50, 58–
 59, 65, 68, 70–73, 75, 78–80, 122, 133, 148, 206–208, 247, 249, 251–252, 276, 279–
 282, 289–290, 297, 311–313, 317–318, 320–327, 335, 343, 355, 357, 363, 365, 368–
 369, 371, 373–374, 376, 379–384, 386–389, 391–392, 395–404, 409–414, 417–420,
 422, 425–430, 432–437, 440, 447–454, 458, 460–461, 463, 471–473, 475–477, 481–
 485, 492–495, 497–499, 504–507, 525–526, 611–612, 614, 616, 624, 631–634, 636–
 639, 642, 644, 650, 654, 660
 Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund 400
 Nationalverband Deutscher Offiziere 59, 76, 420
 Neue Sparcasse v. 1864 (Neuspar) 220–223, 232
 Niederländisch-Indische Handelsbank 219–220
 Niedersachsenring 420
 Norddeutsche Affinerie 347
 Norddeutsche Bank 319
 Norddeutscher Baugewerbeverband 381
 Norddeutscher Lloyd 102–103, 130–132, 534, 547
 Norddeutscher Rundfunk (Norag) 427
 Nordwestdeutscher Handwerkerbund 632
 Nordwolle-Konzern 206, 498
 Notstandskommission des Senats 270
- Oberschulbehörde 203, 269, 577
 Österreichische Creditanstalt 206
 Organisation Escherich 58, 657
 Ostasiatischer Verein Hamburg-Bremen 487

- Preußische Staatsbank 159, 214, 220
 »Produktion« 220–223, 298, 370, 431
- Radikaldemokratische Partei 481
- Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 139, 143–144, 147, 160, 164, 193–194, 196, 199, 210, 240, 243–246, 251, 253, 255, 259, 292, 339, 540, 579
- Reichsarbeitsministerium 289, 462, 584
- Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan 318, 323, 362, 369, 398, 407, 412, 419–420, 422, 424
- Reichsbahn 95, 104, 142, 154, 159, 239, 389
- Reichsbank 15, 55, 110, 116, 124–126, 139, 144, 146, 148, 151–153, 155–160, 165, 167–168, 177, 207–213, 215–216, 219–223, 232–233, 238, 278, 308, 330, 352–355, 445, 463, 480
- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 59, 342, 388, 398, 432, 443, 450–451, 503, 521, 583
- Reichsbürgerrat 332, 424
- Reichsbund der höheren Beamten 491
- Reichsbund Deutscher Jungdemokraten 32, 463–464, 466, 468
- Reichsernährungsministerium 120
- Reichsfinanzministerium 117–118, 125, 128, 142–146, 148, 153–156, 166–167, 169, 194, 199, 201, 204, 210–219, 230–233, 235–236, 332, 389, 470, 478
- Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler 464, 481, 492–493
- Reichskreditanstalt 117–118
- Reichslandbund 125
- Reichsmaisstelle 121
- Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 55, 77–78, 253, 263, 334, 371, 375–376, 380–381, 423, 427, 429, 462, 471, 519–520, 591, 621, 630, 632, 644, 652
- Reichspost 142, 211, 214, 216, 239, 389
- Reichspreiskommissar 150, 160
- Reichssparkommissar 178, 188, 197
- Reichsverband der Deutschen Industrie 57, 153, 333, 337, 346, 349–350, 354, 409–410, 448, 618–619, 621, 623, 628, 638
- Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels 336, 344, 355, 619–620
- Reichsverband des Deutschen Handwerks 630
- Reichsvereinigung Deutscher Hausfrauen 381
- Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 118, 160, 226
- Reichswehr 32, 363, 435
- Reichswirtschaftsministerium 123, 125, 160, 164, 352
- Reichswirtschaftsrat 128, 332
- Republikanische Union 32
- Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 288–292, 294, 324, 438, 601–606
- Rotfrontkämpferbund 398, 432, 439–440, 521, 583, 647
- SA (Sturmabteilung) 398, 400–401, 412, 418, 420, 423, 638
- Schlubach, Thieme & Co 127, 485, 543
- Schroeder, J. Henry (Bankhaus London) 218
- Schröder-Bank Hamburg 218
- Schukkert-Werke 209
- Schwarze Reichswehr 32, 58
- Seehandlung s. Preußische Staatsbank

Sozialdemokratische Partei Deutschlands 21, 25–53, 55–57, 60–65, 68–69, 77–80, 95, 141–146, 158, 176–177, 181–184, 186, 188–189, 192, 194–196, 202, 205–206, 214, 224–225, 227–229, 235–236, 238, 241–242, 251, 270–271, 273, 276–291, 294–295, 300–302, 308, 310, 313, 326, 329, 335–336, 339, 342–343, 348, 358, 360, 364, 367, 369, 373, 377–378, 381, 387–388, 391, 395–396, 398, 403, 408, 410, 418, 422–423, 428–429, 431–434, 436–437, 440, 442–466, 470–471, 473, 475–478, 481–484, 488–490, 492, 494, 496–504, 510, 512, 514–518, 522–523, 527–528, 583, 599, 604, 625, 628, 643, 646, 648, 654, 659–660

Sozialistische Arbeiterjugend 459

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands 301, 459, 603

SS (Schutzstaffel) 400

Stadtbundklub Hamburgischer Frauenvereine 577–578

Stahlhelm 59, 249, 253, 293, 365, 369, 398, 412–413, 417, 420–423, 433, 496, 643

Stinnes-Konzern 128, 543

Strom- und Hafenbau 203, 291

Tannenbergbund 426

Technische Staatslehranstalten 258

Treibund Nordmark 420

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 27, 51, 61, 437, 522

Universität Hamburg 69, 158, 638

Unternehmerverbände 14, 57, 153, 328–357, 365, 399–400, 403, 409–410, 415, 448, 462, 468, 486, 492, 497, 502, 623

Vaterstädtischer Bund 644, 657

Verband der Deutschnationalen Vereine 406–407, 639

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands 273–274, 285, 288

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter 273–274, 285

Verband Deutscher Reeder 132

Verband Hamburgischer Gewerbevereine 620, 632, 636

Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller 409

Verein für Handlungs-Commis v. 1858 298

Verein Hamburger Rheder 358

Verein Hamburgischer Staatsbeamten 334, 590, 636

Vereinigte Liberale 26, 28, 30–31, 34, 38–39, 76, 298, 358, 430, 510, 518

Vereinigte Stadtringe Hamburg-Altona 73–74, 420

Vereinigte Vaterländische Verbände Groß-Hamburgs 58–59, 74, 420, 423, 643

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 338–339, 349

Vereinsbank 211

Völkischer Block 71, 74, 525

Volkskonservative Vereinigung 323, 407, 413, 417, 644

Volksnationale Reichsvereinigung 468, 653

Warburg & Co. s. M. M. Warburg

Wehrverbände Groß-Hamburgs 58–59, 72, 363, 420, 422–423

Wehrwolf 59, 420

Winterhilfswerk 249, 581

Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung Finkenwärder 428

Wirtschaftspartei s. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes

Wohlfahrtsbehörde 46, 198–199, 201, 204, 210, 226–227, 245–250, 252–255, 264,
269–270, 293–294, 370, 375, 540, 572, 578–580, 583–584, 592, 594–596
Wohnungsamt Hamburg 265, 267–268

Zentralausschuß Hamburgischer Bürgervereine 65, 76, 381, 426–430, 526, 644

Zentralverband der Angestellten 298, 300–302, 312, 608–609

Zentralverband der Gast- und Schankwirte von Groß-Hamburg 374, 630

Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands 288

Zentrum (Deutsche Zentrumspartei) 20, 79, 145–146, 161, 168, 273, 281, 297, 311,
323–324, 335, 418, 503, 618, 638, 654